

# Die Ost-Erweiterung der „Europäischen Informationsgesellschaft“

---

*Die Artikulation eines politischen Projektes zur Integration des europäischen Kommunikationsraumes und seine Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa*

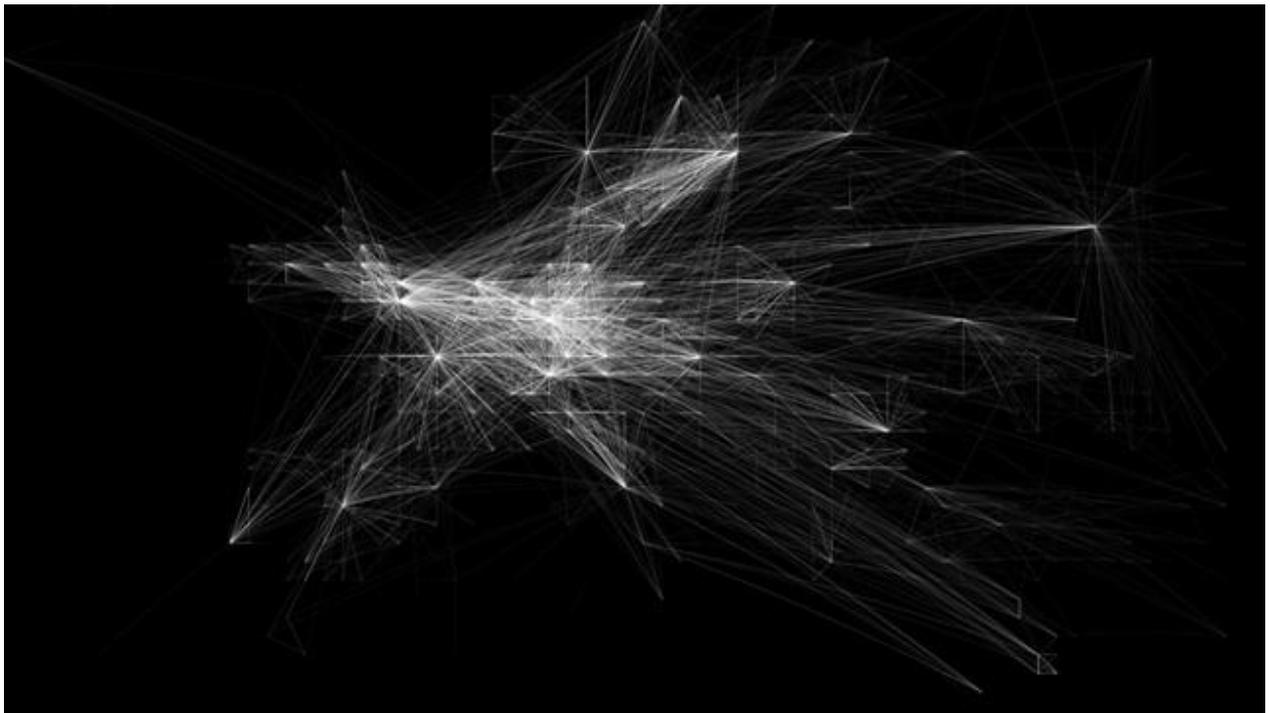


Abbildung 1: Chris Harrison: European City-to-City Connections.  
(Quelle: <http://www.chrisharrison.net/index.php/Visualizations/InternetMap>)

**Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades des  
Doktors der Politikwissenschaft (Dr. rer. pol.),  
eingereicht am Fachbereich der Politik- und Sozialwissenschaften  
der Freien Universität Berlin**

vorgelegt von:

**Mikiya Heise**

im Juli 2015

# Erklärung

Berlin, den 15.7.2015

Diese Arbeit wurde – mit Unterbrechungen – zwischen Oktober 2006 und Juli 2015 und unter der Leitung von Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin angefertigt.

**Erstgutachter:** Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr

**Zweitgutachter:** Prof. Dr. Klaus Roth

Hiermit versichere ich, dass ich die vorgelegte Arbeit selbständig verfasst habe. Andere als die angegebenen Hilfsmittel habe ich nicht verwendet.

Die Arbeit ist in keinem früheren Promotionsverfahren angenommen oder abgelehnt worden.

Berlin, den 15.7.2015

Mikiya Heise

## [Nachtrag]

Berlin, den 11.1.2018

Aufgrund gesundheitlich bedingter Ausfälle ist es zu mehrfachen Umbesetzungen sowohl in der Begutachtung wie auch in der Besetzung der Promotionskommission gekommen.

Schlußendlich begutachtet wurde die Arbeit von:

**Erstgutachter:** Prof. Dr. Frieder Otto Wolf

**Zweitgutachter:** Prof. Dr. Klaus Roth

Die Disputation fand am 12.10.2017 statt.

Berlin, den 11.1.2018

Mikiya Heise

## Danksagungen

Diese Arbeit wäre nicht begonnen, fortgeführt und beendet worden ohne die Hilfe vieler mir wichtiger Personen. Allen voran danke ich meinem Betreuer Wolf-Dieter Narr, dessen Weise, auch den unbequemsten Weg im aufrechtsten Gang zu gehen, mir eine ständige Inspiration gewesen ist – und über den Zusammenhang eines Promotionsvorhabens hinaus auch bleiben wird. Ich hätte diese Arbeit für niemanden anderen als für ihn schreiben können.

Ich danke meinen KommilitonInnen Daniel von Fromberg, Lars Bretthauer, Tobias Heidemann und Katharina Lenner für nächtliche Streitgespräche, Unterstützung und Zuspruch, Rat, gemeinsames Leid und Durchhalteparolen, Korrekturen und Kritik. Ich danke meinem Verein „reflect – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung e.V.“ für die Bereitstellung eines Schreibtisches in einer tollen Bürogemeinschaft.

Ich danke der Rosa-Luxemburg-Stiftung für ein Promotionsstipendium, das mir ermöglicht hat, dieses Projekt überhaupt zu beginnen. Katrin Witt und Julian Scholl danke ich für eine auskömmliche Teilzeit-Anstellung und die Bereitschaft, mich darüber hinaus immer wieder „von der Arbeit - für die Arbeit“ freizustellen.

Ich danke Nikolaus und Claudia Lemberg für eine Herberge in Zeiten der Not. Nie war ich produktiver als in diesen fünf Wochen in der Heide.

Mein größter Dank gilt Anne Lemberg, die mir immer den Rücken frei gehalten und gestärkt hat. Ohne ihre un/geduldige Unterstützung wäre diese Arbeit nicht fertig geworden.

Zu guter Letzt danke ich Taro, Pontus und Jona, die mir in den vergangenen Jahren immer wieder die Bedeutung dieses Unterfangens in eine heilsame Perspektive gebracht haben. Die Geschwindigkeit ihres von Neugier und Offenheit vorangetriebenen Lernens sind unerreichtes Vorbild für ihren Vater.

# Prolog

„Das Wahre ist das Ganze. Das Ganze aber ist nur das durch seine Entwicklung sich vollendende Wesen. Es ist von dem Absoluten zu sagen, dass es wesentlich Resultat, dass es erst am Ende das ist, was es in Wahrheit ist; und hierin eben besteht seine Natur, Wirkliches, Subjekt oder Sichselbstwerden zu sein.“ (Georg Wilhelm Friedrich Hegel: Phänomenologie des Geistes, Vorrede. In: Hegel-Werke, Bd. 3. Frankfurt/M 1986, 24f)

„Aber das menschliche Wesen ist kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum. In seiner Wirklichkeit ist es das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ (Karl Marx: Thesen über Feuerbach. In: Marx Engels Werke, Bd. 3, Berlin 1958, 6)

„Die Philosophiegeschichte, wie sie gemeinhin verstanden wird, das heißt die Geschichte der Philosophien der Philosophen, ist die Geschichte der Versuche und der ideologischen Initiativen einer bestimmten Klasse von Personen, die in jeder bestimmten Epoche bestehenden Weltauffassungen zu verändern, zu berichtigen, zu vervollkommen und folglich die entsprechenden diesbezüglichen Verhaltensnormen zu verändern bzw. die praktische Aktivität in ihrer Gesamtheit zu verändern. Vom uns interessierenden Standpunkt ist das Studium der Geschichte und der Logik der verschiedenen Philosophien der Philosophen ungenügend. Zumindest als methodische Ausrichtung muss man die Aufmerksamkeit auf die anderen Teile der Philosophiegeschichte lenken: das heißt auf die Weltauffassungen der großen Massen, auf diejenigen der begrenzteren führenden (oder intellektuellen) Gruppen und schließlich auf die Verbindungen zwischen diesen verschiedenen kulturellen Komplexen und der Philosophie der Philosophen. Die Philosophie einer Epoche ist nicht die Philosophie des einen oder anderen Philosophen, der einen oder anderen Gruppe von Intellektuellen, des einen oder anderen großen Segments der Volksmassen: sie ist eine Kombination all dieser Elemente, die in einer bestimmten Richtung kulminiert, in der ihr Kulminieren zur kollektiven Handlungsnorm, das heißt, zur konkreten und vollständigen (integralen) >Geschichte< wird.“ (Antonio Gramsci, Notizen für einen Aufsatz über Benedetto Croce, In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Gefängnishefte, Bd. 6: Philosophie der Praxis. Heft 10/II, §17, 1268f)

„Prozesse kommen in der Wirklichkeit überhaupt nicht zu Abschlüssen. Es ist die Beobachtung, die Abschlüsse benötigt und legt.“ (Bertolt Brecht: Notizen über Dialektik. In: Gesammelte Werke, Bd. 20: Schriften zur Politik und Gesellschaft. Frankfurt/M 1977, 156)

„Interessant ist, dass sich mir bei der Arbeit aus dem Inhalt der Gedanken gewisse Konsequenzen für die Form aufdrängen, die ich längst erwartete, aber die mich nun doch überraschen. Es handelt sich ganz einfach darum, dass aus meinem Theorem, dass es philosophisch nichts ‚Erstes‘ gibt, nun auch folgt, dass man nicht einen argumentativen Zusammenhang in der üblichen Stufenfolge aufbauen kann, sondern dass man das Ganze aus einer Reihe von Teilkomplexen montieren muss, die gleichsam gleichgewichtig sind und konzentrisch angeordnet, auf gleicher Stufe; deren Konstellation, nicht die Folge, muss die Idee ergeben. (...) Das Buch muss gleichsam

konzentrisch in gleichgewichtigen, parataktischen Teilen geschrieben werden, die um einen Mittelpunkt angeordnet sind, den sie durch ihre Konstellation ausdrücken.“ (Theodor W. Adorno: Ästhetische Theorie. Frankfurt/M 2000, 541)

„The rich have got their channels in the bedroom of the poor“ (Leonard Cohen, Tower of Song)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Erklärung .....</b>	<b>2</b>
<b>Danksagungen .....</b>	<b>3</b>
<b>Prolog .....</b>	<b>4</b>
<b>Inhaltsverzeichnis.....</b>	<b>6</b>
<b>1. Einleitung.....</b>	<b>10</b>
<b>a. Problemaufriss .....</b>	<b>10</b>
Eine erste Topographie des Feldes .....	12
<b>b. Explorative Fragestellung und Explizierung der theoretischen Perspektive und methodischen Vorgehensweise.....</b>	<b>21</b>
Über die Artikulation von politischen Projekten .....	23
Anmerkungen zur theoretischen, politischen und persönlichen Motivation der Arbeit und ihrem Wandel .....	25
Einschränkungen des Untersuchungszeitraumes und des Gegenstandsbereiches .....	46
<b>c. Systematisierung des Forschungsstandes .....</b>	<b>51</b>
<b>d. Anmerkungen zur Methode und der Arbeit mit den Quellen.....</b>	<b>55</b>
<b>e. Der Aufbau dieser Arbeit .....</b>	<b>62</b>
<b>2. Die mythische Diskursivität der Informationsgesellschaft .....</b>	<b>64</b>
<b>a. Die „Informationsgesellschaft“ als kleinster gemeinsamer Nenner eines unüberschaubaren Diskurskonglomerats .....</b>	<b>66</b>
<b>b. Die Mythen der Terra Inkognita „Informationsgesellschaft“ .....</b>	<b>70</b>
Über den Mythos der Immaterialität bzw. Gewichtslosigkeit der Informationsgesellschaft .....	71
Über den Mythos der „ortlosen Globalität“ der Informationsgesellschaft – Mapping Cyberspace....	88
Über den Mythos der „Universalität“ und der „elektronischen Agora“ .....	103
Zwischenfazit: Durch die mythischen Nebel hin zu einer Topographie der Informationsgesellschaft .....	106
<b>3. Historische Konjunkturen und Diskurse der Informationsgesellschaft .....</b>	<b>108</b>
<b>a. Die historischen Ursprünge des informationsgesellschaftlichen Diskurses .....</b>	<b>108</b>
Die Mathematisierung der Welt .....	109
Kommunikation: Transport, Telegrafie und Radio .....	113
Zwischenfazit .....	122
<b>b. Geopolitik der Kommunikation im Kalten Krieg .....</b>	<b>122</b>
Die geopolitische und geökonomische Situation nach 1945 .....	122
Der Kalte Krieg als Vater der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien .....	125
Die Geburt des Internet .....	129
Ideologische Kriegsführung: Kulturindustrie .....	130

Informationelle Dominanz.....	133
Zwischenfazit .....	137
<b>c. Die nationalstaatlich regulierten Telekommunikationssysteme der Nachkriegszeit.....</b>	<b>140</b>
<b>d. ...und ihre Krise .....</b>	<b>146</b>
Die „Informatisierung der Gesellschaften“ .....	146
Die Weltwirtschaftskrise als Katalysator.....	151
Der Anfang vom Ende der nationalen Telekommunikationsregime .....	163
Die Zerschlagung von AT&T.....	165
<b>e. Die Europäisierung der Telekommunikation .....</b>	<b>169</b>
Die Konzertierung eines Europäischen Kommunikationsraumes .....	174
Die Projektierung des europäischen Binnenmarktes als Realisierungsgefäß .....	176
Technologiepolitik als Industriepolitik .....	179
Ein gemeinsamer Markt für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte .....	189
<b>f. Fallbeispiel: Das Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland .....</b>	<b>193</b>
ISDN.....	197
Postreform I.....	198
Eingliederung in den Weltmarkt.....	199
Markt für Mehrwertdienste .....	204
Zwischenfazit .....	204
<b>4. Die Kapitalisierung der Telekommunikation .....</b>	<b>206</b>
Kapitalisierung und Internationalisierung.....	206
Fusionen I .....	212
Auf halbem Wege: Liberalisierung, Privatisierung und Binnenmarkt .....	218
Konvergenz .....	220
Fallbeispiel: Die Inkorporation des Internet.....	230
Fusionen II .....	237
Der Fall der New Economy .....	242
<b>5. Die Artikulation des politischen Projektes „Europäische Informationsgesellschaft“ ..</b>	<b>244</b>
<b>a. Europäische Kontexte.....</b>	<b>250</b>
Europäische Integration und Europäische Wettbewerbsstaatlichkeit .....	251
Die Post-Maastricht-Krise.....	258
Wettbewerbsfähigkeit, Wettbewerb und Wettbewerbsrecht .....	260
Die EU-Kommission.....	265
Die Technologisierung politischer Konflikte: Standards und Normung.....	272
Wegbereitende Richtlinien.....	275
...bis zur vollständigen Liberalisierung 1998 .....	278
Überblick über die diskursiven Steuerungsinstrumente der Kommission .....	281
Überblick über die verschiedenen EU-Programme zur Informationsgesellschaft .....	283
Zwischenfazit: Deregulierung und Reregulierung .....	286
<b>b. Das Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“ .....</b>	<b>291</b>

<b>c.</b>	<b>Der Bangemann-Bericht .....</b>	<b>297</b>
	Der Glaube in den allmächtigen Markt .....	299
	Die Europäisierung der Telekommunikationspolitik über den Binnenmarkt .....	301
	Wettbewerbspolitik als Infrastrukturpolitik im Dienst der Wettbewerbsfähigkeit .....	303
	Technologistischer Geschichts-, Staats- und Gesellschaftsbegriff .....	304
	Bedrohungsszenario und Dringlichkeit des Handelns .....	305
	Public Awareness und das Problem der Nachfrage .....	306
	Die Bausteine der Informationsgesellschaft .....	307
	Follow-Up: rolierender Aktionsplan, Expertengruppe, Information Society Project Office und Information Society Forum.....	309
<b>d.</b>	<b>Zwischenfazit: Die Europäische Informationsgesellschaft und ihre weitere Entwicklung...313</b>	
	Das Problem der Nachfrage einer angebotsorientierten Politik .....	315
	Die Europäische Informationsgesellschaft – „politisches Projekt“ oder „Leitbild“? .....	318
	Die Europäische Informationsgesellschaft als Gegenentwurf zu dem US-amerikanischen „Information Superhighway“ .....	321
	Fallbeispiel: Das Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland: Postreform II .....	323
<b>6.</b>	<b>Die Osterweiterung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ .....</b>	<b>335</b>
<b>a.</b>	<b>Phase Null: Die Ausgangssituation .....</b>	<b>335</b>
	„Rückkehr nach Europa“ .....	341
	Transformationsbeschwerden und Peripherisierung .....	355
	Polen.....	357
	Ungarn .....	361
	Tschechien .....	365
	Zwischenfazit: Der Wilde Osten der 1990er Jahre .....	367
	Die Bedeutung der IKT für die Transformationsökonomien .....	380
<b>b.</b>	<b>Erste Phase: EU-CEEC-ISF 1995-1997 .....</b>	<b>400</b>
	Erstes EU-CEEC-ISF .....	400
	Zweites EU-CEEC-ISF .....	406
	Drittes EU-CEEC-ISF.....	412
	Zwischenfazit: Erste Phase .....	419
<b>c.</b>	<b>Zweite Phase: Joint High Level Committee 1998-2000 .....</b>	<b>421</b>
	JHLC 1 .....	422
	JHLC 2 .....	427
	JHLC 3 .....	431
	JHLC 4 .....	433
	Zwischenfazit: Das Joint High Level Committee .....	434
	Boom und Bubble .....	434
	eEurope .....	437
	Neue Ökonomie .....	439
	Der Aktionsplan „eEurope 2002“ als tragende Säule der Lissabon-Strategie.....	442
	Über Benchmarks, Selbstregulation und offene Methode der Koordinierung .....	447
	Zwischenfazit: Zweite Phase.....	449

Exkurs: technologische, ökonomische und politische Konvergenz .....	450
<b>d. Dritte Phase: Aktionsplan eEurope 2003+.....</b>	<b>457</b>
Ministerkonferenz in Warschau 2000.....	457
Implementierung einer nationalen Strategie für die Informationsgesellschaft .....	460
Stimulierung privater Investitionen .....	464
E-Commerce .....	465
National Advisory Body .....	465
Nationales Koordinationsbüro.....	465
Implementierung internationaler Abkommen .....	466
Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission .....	466
Zwischenfazit Summary Progress Report.....	468
Aktionsplan eEurope 2003+ .....	470
Vergleich mit eEurope 2002 .....	470
Zielvorgabe 0: .....	478
Zielvorgabe 1: A cheaper, faster, secure Internet .....	480
Zielvorgabe 2: Investing in people and skills .....	485
Zielvorgabe 3: Stimulate the use of the Internet .....	490
Zusammenfassung und Zwischenfazit .....	500
Das Scheitern der Lissabon-Strategie .....	503
<b>e. Vierte Phase: Monitoring und Controlling .....</b>	<b>509</b>
Der erste Fortschrittsbericht .....	510
Der Abschlussbericht 2004, Budapest .....	516
Zwischenfazit und Zusammenfassung in Richtung eEurope 2005 .....	550
<b>7. Fazit .....</b>	<b>554</b>
<b>a. Pointierende Zusammenfassung .....</b>	<b>555</b>
<b>b. Die Osterweiterung der Informationsgesellschaft als „hegemoniales Projekt“.....</b>	<b>563</b>
Die Organisation von Zustimmung: Konsens und Zwang .....	564
<b>c. Tentative Bestimmungen zur strukturell selektiven Integration des mittel- und osteuropäischen Kommunikationsraums.....</b>	<b>570</b>
Die Topographie der Peripherisierung.....	575
Nokia .....	578
<b>d. Notizen zur Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation</b>	<b>592</b>
<b>8. Literatur .....</b>	<b>601</b>
Zeitungsartikel und Online Ressourcen .....	622
EU-Dokumente .....	626
<b>9. Anhang .....</b>	<b>631</b>
Zusammenfassung der Arbeit.....	631
Abstract .....	632
Abkürzungsverzeichnis.....	633
Abbildungsverzeichnis.....	635

# 1. Einleitung

## a. Problemaufriss

Die 1990er Jahre waren geprägt von mehr oder weniger phantasievollen Umschreibungen für den Übergang in ein neues Zeitalter. Die Wahrnehmung, etwas „Altes“ überwunden zu haben, dokumentierte sich zum einen in dem inflationär vor die vermeintlichen Gewissheiten der Vergangenheit gesetzten Präfix „post-“ (wie in post-industriell, post-modern, post-fordistisch, etc.). Allein der allerdings recht plausible Befund, dass das „Neue“ noch keine abschließend stabile Form angenommen und sich als solches somit noch nicht zu erkennen gegeben hatte, verhinderte hier, dass es mit einem eigenen, epochal-kategorialen Namen versehen werden konnte.<sup>1</sup> Zum anderen erschienen in dieser Zeit beinahe jährlich Abhandlungen über die neuen ‚Bindestrich-Gesellschaften‘ (wie Freizeit-, Erlebnis-, Wissens-, Risiko- oder Netzwerkgesellschaft), die „das Neue“ unserer Gesellschaften auf ihren Begriff zu bringen suchten. Die meisten dieser Entwürfe gerieten allerdings genauso schnell wieder in Vergessenheit, vielleicht nicht zuletzt aufgrund ihres letztlich nur halbherzigen Bemühens, gerade über die *Gesellschaftlichkeit* der von ihnen in Zusammenhang gebrachten Phänomene Aufschluss zu geben. Allen Widersprüchlichkeiten und Unschärfen zum Trotz spricht das aufgeregte Stimmgewirr der 1990er Jahre also eine zur Selbstverständlichkeit gewordene Wahrnehmung aus, dass sich in vielen gesellschaftlichen Bereichen und auf verschiedenen gesellschaftlichen Ebenen epochale Umbrüche vollzogen hätten.<sup>2</sup>

Auch die in dieser Arbeit prominent zu behandelnde „Informationsgesellschaft“, in der wir aufgrund der Bedeutungszunahme der „neuen Technologien“ und der durch diese eingeleiteten „Informationsrevolution“ angekommen sein sollen, stellt zunächst nur einen weiteren Vorschlag in dieser Reihe von Konzeptualisierungen einer neuen Gesellschaftlichkeit dar. Deren begriffliche Unschärfe ist der enormen Suggestivkraft des von *catch phrases* wie „Cyberspace“, „virtuelle Realität“, „information highways“, „Informationsrevolution“, „neue Technologien“, „Datenflut“ oder „Wissensgesellschaft“ aufgespannten semantischen Feldes geschuldet, welches die spezifische Gesellschaftlichkeit der Informationsgesellschaft mehr zwielichtig umleuchtet als erhellend ausleuchtet.

Die nachfolgende Untersuchung der *Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihrer Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa* hingegen soll genau von der Frage nach ihrer spezifischen *Gesellschaftlichkeit*, d.h. von Fragen nach ihren gesellschaftlichen Grundlagen und Voraussetzungen wie auch nach den durch sie etablierten gesellschaftlichen Formen, Strukturen und Verhältnissen angeleitet werden.

---

<sup>1</sup> Dabei handelte es sich wohl nur vordergründig um intellektuelle Bescheidenheit, denn immerhin wurde ja die – nun als überwunden geglaubte – Vergangenheit mit einem ebensolchem kategorial-epochalem Überblick zusammengefasst. Dies gilt m.E. gerade auch für die sogenannten „Postmoderne“, die sich ja gerade durch ihre Proklamation des Endes der „Grand Narratives“ zu einer ebensolchen aufschwingt, während sich ihre VertreterInnen durchaus weiterhin zu kategorial-epochalen Zusammenfassungen der Vorgeschichte bereit zeigen.

<sup>2</sup> Vgl. auch Castells 2001, S. 1ff

Dabei sind mit der *Artikulation* des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihrer *Erweiterung* nach Mittel- und Osteuropa zwei Komplexe benannt, die nicht nur zeitlich inmitten der vielstimmig entworfenen Umbruchsszenarien der 1990er Jahre zu verorten sind, sondern selbst unterschiedliche topoi in den Mittelpunkt der Betrachtung rücken lassen, die als zentrale Motive der verschiedenen Umbruchs-Narrative fungieren: von der „Informatisierung“ der „postindustriellen Gesellschaften“, der „Entwicklung“ der „neuen Technologien“ und ihrer Bedeutung für die „Globalisierung“ über die Gründung der Europäischen Union, der Herstellung eines Europäischen Binnenmarktes und der darüber vorangetriebenen Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses bis hin zu dem „Zusammenbruch des Ostblocks“, den „Transformations- und Transitionsprozessen“ in den Mittel- und Osteuropäischen Staaten und Volkswirtschaften und der sogenannten „EU-Osterweiterung“.

Die erste Herausforderung dieser Arbeit besteht demnach bereits darin, inmitten dieser bewegt-bewegenden Umstände das Thema, die Fragestellung und die zu untersuchenden Gegenstandsbereiche dieser Arbeit im Hinblick auf die Frage nach „Gesellschaftlichkeit“ zu entwickeln.

Wenn auch angesichts des begrenzten Rahmens einer Dissertation in gewissem Maße von vorneherein zum Scheitern verurteilt, ist diese Herausforderung doch bewusst gestellt und angegangen worden. In Anlehnung an ein Wort von Hegel,<sup>3</sup> nach dem eine Sache sich erst in ihrer Entwicklung vollendet und deshalb nur im Zusammenhang mit ihrem Werden zu verstehen ist, bietet der eben gezeichnete Hintergrund – die Wahrnehmungen epochal-struktureller Veränderungen und Umbrüchen sowie der damit implizierten Erosion von bisher gültigen Kategorie-Systemen – die Gelegenheit, das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nicht als leb- und zeitlosen Gegenstand zu fixieren, sondern ihre Gesellschaftlichkeit eben genau durch die Untersuchung ihrer *Artikulation* und *Erweiterung*, d.h. im pragmatischen Akt ihrer diskursiven Hervorbringung herausarbeiten zu können.

An dieser Stelle spätestens ist Einhalt geboten, nicht zuletzt um Täuschungen und Enttäuschungen vorzubeugen: selbstredend wird die Frage nach der „Gesellschaftlichkeit“ weder an und für sich, noch für Europa oder Osteuropa oder deren Teile in all ihren Facetten ausgearbeitet werden können. Dieselbe Einschränkung muss für die „Gesellschaftlichkeit“ der Informationsgesellschaft gemacht werden. Um im Rahmen einer – sicherlich mit Übermut und Ambition begonnenen, alsbald aber von den Mühen der Ebene ausgenücherten – Promotion nur ansatzweise bearbeitbar zu sein, muss sich der Blickwinkel verengen.

In dieser Arbeit soll es zunächst darum gehen, den Prozess der „Artikulation“ der „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu einem zentralen *politischen* Projekt der Europäischen Union in seiner historischen Genese – am Beispiel seiner „Osterweiterung“ – nachzuvollziehen. Im Rahmen dieser Ausarbeitung jedoch soll einem Politikverständnis nachgegangen werden, das aus einem komplexen Verständnis gesellschaftlicher

---

<sup>3</sup> „Denn die Sache ist nicht in ihrem Zwecke erschöpft, sondern in ihrer Ausführung, noch ist das Resultat das wirkliche Ganze, sondern es zusammen mit seinem Werden (...)“ Hegel: Phänomenologie des Geistes, S. 5, vgl. Hegel-W Bd. 3, S. 13

Verhältnisse hervorgeht und sich an diesem ebenso abarbeiten soll. Dazu an gegebener Stelle mehr.

Die „Europäische Informationsgesellschaft“ kann in diesem Zusammenhang als ein zentrales politisches Projekt vorgestellt werden, mit dem die Europäische Union nicht nur die wahrgenommenen Chancen und Bedrohungen dieser epochalen Umbrüche zu beantworten, sondern sich auch selbst gegenüber diesen zu artikulieren suchte. Über die globale Wettbewerbsfähigkeit der europäischen informations- und kommunikationstechnologischen Sektoren, eine intensiviertere Integration des europäischen Kommunikations- und Wirtschaftsraumes und dessen strategische Re-Positionierung auf einem globalisierten Weltmarkt sollte die „Europäische Informationsgesellschaft“ leuchtender Wegbereiter einer verheißungsvollen EU-europäischen Zukunft sein.

Darüber hinaus sollen die mit diesem Projekt verbundenen Anstrengungen und Initiativen der Europäischen Union im Hinblick auf die „EU-Osterweiterung“ unter die Lupe genommen werden. Der Artikulationsprozess eines politischen Projekts soll in dieser Arbeit im Rahmen der Europäischen Union und am Beispiel des strategischen Ausgreifens der „Europäischen Informationsgesellschaft“ nach Mittel- und Osteuropa sowie der durch dieses organisierten, selektiven Integration des europäischen Kommunikationsraumes exemplarisch herausgearbeitet werden.

Im Folgenden dieses Problemaufrisses soll es nun darum gehen, grobe Skizzen der für diese Arbeit wichtigsten Problematiken und Kontexte zu zeichnen, um auf die Explizierung der Fragestellung hinarbeitend den Boden für die Untersuchung des Artikulationsprozesses der „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu bereiten und die Kontexte für deren „Osterweiterung“ bereitzustellen. Im weiteren Verlauf der Arbeit sollen diese schlaglichtartigen Skizzen dann mit Details angereichert und dynamisiert in ihren Zusammenhängen dargestellt werden.

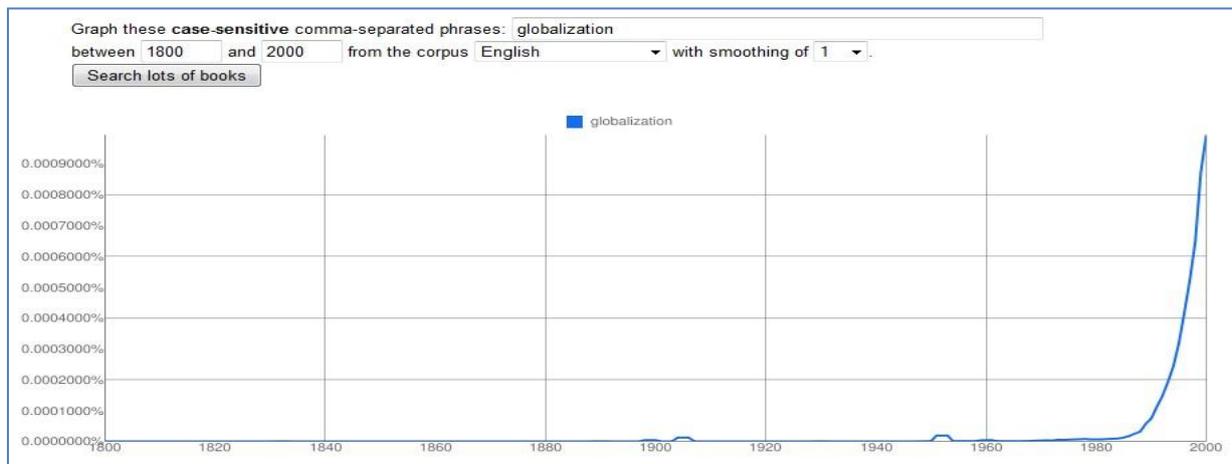
### ***Eine erste Topographie des Feldes***

Nichts markiert den vielstimmig proklamierten Epochenbruch so prominent wie die Chiffre „1989“. Natürlich ist der „Sieg des Kapitalismus“ über den „realexistierenden Sozialismus“ selbst das Resultat verschieden-vorläufiger Entwicklungen und stellt für viele Umbruchsnarrative noch nicht einmal den entscheidenden Kulminations- oder Umschlagspunkt dar. Allerdings sei mit der Chiffre „1989“ nicht ein Punkt auf der imaginären Zeitleiste einer zusammenhangslosen Ereignisgeschichte markiert, sondern ein Komplex von untergründigen, ungleichzeitigen Veränderungen bezeichnet, die plötzlich und auf dramatische Weise Sichtbarkeit erlangten. Konnte bereits vorher schon mehr oder weniger plausibel über die Wahrnehmung globaler Verschiebungen debattiert werden, nach 1989 waren diese als Faktum gesetzt, offensichtlich und nicht mehr sinnvoll bestreitbar. Mit der eingeleiteten Neuordnung der weltpolitischen Konstellation waren auch die Gewissheiten und Selbstverständlichkeiten einer vom Kalten Krieg geteilten Welt ins Wanken und letztlich und irreversibel zum Einsturz gebracht.

Die Implosion des gesellschaftlichen Alternativentwurfs in seiner kompromittierten ‚Realexistenz‘ hatte ein diskursives Vakuum hinterlassen, in welches sich fortan neue,

andere Narrative ausdehnen sollten. In diesem Sinne war „Globalisierung“ eines der meistbedienten „buzzwords“ der frühen 1990er Jahre.

Abbildung 2: Suche mit dem google Ngram Viewer nach der Häufigkeit der Verwendung des Begriffes "globalization" in der englischsprachigen Literatur zwischen 1800 und 2000 (18.2.2010)



#### - *Globalisierung, Wettbewerbsfähigkeit, Neoliberalismus*

Zwar war der Begriff „Globalisierung“ bereits Mitte des 20. Jahrhunderts in das politische Vokabular eingeführt worden und hatte es zu Beginn der 1980er Jahre auch in der wirtschaftspolitischen Debatte zu einiger Prominenz gebracht.<sup>4</sup> Ebenso können auf der Ebene der unter diesem Titel mehr schlecht als recht zusammengefassten Phänomene bereits für vormoderne, frühmoderne und moderne Epochen politische, ökonomische und kulturelle „Globalisierungsschübe“ plausibel nachgewiesen werden.<sup>5</sup> Ja, selbst die im Kontext der zeitgenössischen „Globalisierung“ angeführten Prozesse haben ihre Ursprünge unzweifelhaft in den spezifischen, US-amerikanisch dominierten Strukturen der ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Integration des westlichen Blocks nach dem Zweiten Weltkrieg und sollten ihren entscheidenden Katalysator in der Weltwirtschaftskrise Anfang/Mitte der 1970er Jahre finden.<sup>6</sup> Aber erst nach „1989“, also nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und dem Ende der Systemkonkurrenz kann über die „Globalisierung“ ihrem Wortsinn gemäß, d.h. nicht mehr unter Ausklammerung von mehr als einem Drittel der Welt debattiert werden. Nach „1989“ war paradigmatischer Ausgangspunkt politischen Denken und Handelns nicht mehr die Teilung der Welt in Ost und West, sondern die tatsächliche „Globalisierung“ des siegreichen westlich-kapitalistischen

<sup>4</sup> Vgl. Theodore Levitt: „The globalization of markets“, in: Harvard Business Review, 61. Jg., 1983, Nr. 3, S. 92

<sup>5</sup> Vgl. Held et al. 1999, 414-24.

<sup>6</sup> „Both the OPEC oil crises and the massive influx of petrodollars into international banking institutions highlighted the increasingly global dimensions of economic interaction. The combination of these events with new communications infrastructures and a wave of neoliberal deregulation, initially among the core Western economies, encouraged an explosion of global trade, investment and financial flows (...).“ (Held et al. 1999, 426)

Gesellschaftsmodells, die sich, da alle Grenzen und Mauern gefallen zu sein schienen, zum diskursiven Leitmotiv der 1990er Jahre erheben sollte.

Die Behauptung einer „neoliberalen“ Überprägung dieses diskursiven Leitmotives ist heute sicherlich ein Gemeinplatz. Zu der Siegeseuphorie und dem „Steuerungsoptimismus“ der marktradikalen Kräfte, die ja bekanntermaßen und vorschnell bereits das „Ende der Geschichte“ für sich reklamiert hatten, gesellte sich die Lähmung der mehr oder weniger plötzlich vor Trümmerhaufen gigantischen Ausmaßes stehenden kommunistischen, sozialistischen und sonstigen kapitalismuskritischen Kräfte (selbst die Sozialdemokratie sollte erst wieder in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre – und zudem wirtschafts- und sozialpolitisch zur „neuen Sozialdemokratie“ gewandelt – Fuß fassen).

So konnte die Intensivierung des globalen „Wettbewerbs“ nicht nur zum alternativlosen „Sachzwang“ globalisierter Konkurrenzverhältnisse, sondern gleich zum Idealzustand erhoben werden. Im Rahmen des unermüdlich wiederholten Credo, dass eine Krise immer auch als Chance zu begreifen sei, setzte sich die „Wettbewerbsfähigkeit“ als letztlich wünschenswerte – und ohnehin alternativlose – Überlebensstrategie, nicht nur für einzelne Unternehmen: Unter der von global und flexibel agierenden multi- und transnationalen Unternehmen etablierten, ständigen Drohung einer Verschiebung der globalen Arbeitsteilung zuungunsten der kostenintensiven Produktionsstandorte treten nun auch die um Investitionskapital werbenden Regionen, die zunehmend individualisierten ArbeitnehmerInnen, ja ganze Sozialsysteme und Volkswirtschaften im globalisierten Wettbewerb gegeneinander an. Die „Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit“ meint dabei nichts anderes, als die Über- bzw. Unterbietung der globalen Konkurrenz, sei sie hypothetisch oder real, in der Bereitstellung der Voraussetzungen für das volatile Versprechen, einen Anschluss an die auf globaler Ebene mobil und flexibel agierenden Kapitalströme zu erhalten. Nach diesen Spielregeln gewinnt, wer den „optimalen“ Standort präsentieren kann – unter dem Strich: wer die günstigsten Bedingungen und das meiste Entgegenkommen (bei der Qualifizierung der Arbeitskräfte, dem Lohnniveau und den tolerierten Arbeitsbedingungen, aber auch bei Umwelt- und Sicherheitsstandards, dem Maß an betrieblicher Mitbestimmung, bei der Erhebung von Steuern und Abgaben, etc.) an die von den Vertretern des Kapitals diktierten Anforderungen hervorzubringen vermag.

Unter dem Dogma der „Wettbewerbsfähigkeit“ artikulierten sich demnach auch die Bedingungen und Möglichkeiten für das politische Handeln auf nationalstaatlicher Ebene neu. „Innovationsfähigkeit“ und „Investitionsfreundlichkeit“, die Öffnung aller Märkte zur Gewährleistung eines möglichst freien Verkehrs von Kapital, Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften und die Maximierung des Profits bzw. der Aktienkurse haben sich längst als Maxime – wenn nicht gar Synonyme – einer effizienten, rationalen, zukunftsorientierten und eben wettbewerbsfähigen Wirtschaftspolitik etabliert. Während in dieser Version das freie Spiel von Angebot und Nachfrage auf offenen Märkten für eine optimale Verteilung der Ressourcen sorgt, kommt dem Nationalstaat in der Theorie nur noch die untergeordnete Rolle eines Hüters von Sicherheit, Recht, öffentlicher Ordnung und privatem Eigentum zu. Um sich nicht der „Wettbewerbsverzerrung“ schuldig zu machen, habe er sich aus der Wirtschaft weitgehend herauszuhalten: Privatisierung, Liberalisierung, Subventionsabbau,

überhaupt die Senkung von Staatsquote und -verschuldung im Sinne eines „ausgeglichenen Haushalts“ sowie die auf größtmöglichen Wettbewerb und den Abbau unnötiger Bürokratie zielende „light-touch regulation“ einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik sind die entscheidenden Stichworte für den „schlanken Staat“.

Freilich eignet der mit der Formel „neoliberal“ bezeichneten diskursiven Überprägung eine oberflächliche Jargonhaftigkeit. Weder ein Verschwinden des Nationalstaats zugunsten einer „Weltinnenpolitik“ oder der grenzenlose Handel auf freien, offenen Märkten sind heute Wirklichkeit. Der sogenannte „Neoliberalismus“ war kein in sich geschlossenes System, das von einem Zentrum aus ins Globale diffundierte. Sein sogenannter „Durchsetzungsprozess“ wird wohl besser verstanden als das Ergebnis von immer strategisch-selektiven, nationalstaatlichen Adaptionsprozessen, die aufgrund der jeweiligen Positionierung innerhalb internationaler Kräfteverhältnisse sowie der politischen Artikulationsfähigkeit der unterschiedlich ausgebildeten Interessensgruppen innerhalb der Volkswirtschaften einerseits und den Interessen der politischen Eliten andererseits von Ungleichzeitigkeiten und Fragmentierungen geprägt sind und daher – trotz der einenden Hülle hegemonialer Sprach- und Diskursregelungen – recht unterschiedliche und teilweise gegenläufige nationale Strategien und Ziele hervorgebracht haben.

#### - *Die „neuen Technologien“*

Ein zentraler Bestandteil so gut wie aller Globalisierungsnarrative ist der sogenannte „Fortschritt in den Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT). In beinahe jeder Abhandlung über die unter dem Banner der „Globalisierung“ subsumierten Prozesse wird den IKT eine zentrale Rolle als Triebkraft in der Restrukturierung einer sich globalisierenden Ökonomie (vgl. Castells 2001, 75-108), als moderner volkswirtschaftlicher Infrastruktur und als Querschnittstechnologie nicht nur für die „informationsintensiven Sektoren“, sondern letztlich für alle gesellschaftlichen „Subsysteme“ explizit<sup>7</sup> und/oder implizit zugeschrieben.

---

<sup>7</sup> Als Beispiel für eine typische und verbreitete Erzählung über Globalisierung hier ein von der „Bundeszentrale für politische Bildung“ veröffentlichter Text: „Auf der einen Seite standen technische Entwicklungen, die Kommunikationsmittel rapide verbesserten, verbilligten und verkleinerten. (...) Auf der anderen Seite zeigte sich immer deutlicher, dass ohne die Benutzung moderner Kommunikationsmittel Volkswirtschaften den Anschluss verpassten und ins Hintertreffen gerieten. Technische Entwicklungen und wirtschaftliche Sachzwänge trugen nunmehr wieder dazu bei, Grenzen aufzuheben. Zum Teil wurde dieser Prozess im Interesse internationaler Gemeinschaftsbildung (etwa in Westeuropa und Nordamerika) bewusst gefördert, zum Teil aber verlief er auch gegen die Interessen betroffener Länder, wenn deren Regierungen die Bevölkerungen von missliebigen Informationen abschotten wollten. Die Verquickung von technologischen Entwicklungen, wirtschaftlichen Interessen und politischen Zielsetzungen bewirkte eine nicht mehr aufhaltbare Eigendynamik – eine Informationsrevolution. (...) Das Besondere an dieser ‚Informationsrevolution‘ ist, dass sie auf der einen Seite den einzelnen Menschen in die Lage versetzt, in einem Ausmaß Informationen zu gewinnen, zu verarbeiten und weiterzuverbreiten, wie dies nie zuvor möglich war. Die Stellung des einzelnen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik wird dadurch grundsätzlich gestärkt, denn Informationsmonopole kann es nicht mehr geben. Auf der anderen Seite aber führt der dadurch ermöglichte Informationsaustausch zu einem weltweiten Massenphänomen, da die in ihrem Informationsverhalten freigesetzten Individuen massenhaft und unkontrolliert miteinander kommunizieren können. Die Individualisierung fördert insofern die Globalisierung, als jede einzelne Person nunmehr aus engen nationalen Grenzen ausbrechen und sich global betätigen kann.“ (Schweigler 1999, 22)

Eine tiefere Analyse der politisch-ökonomischen Entstehungszusammenhänge der sogenannten „informationellen Revolution“ und ihres Zusammenhangs mit der „Globalisierung“ wird hingegen nur selten betrieben, in der Regel erschöpft sie sich in der suggestiven Andeutung der zahlreichen um diese rankenden Gemeinplätze und Mythen bzw. in dem Verweis auf die selbstevidenten Diskurse um Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit. Bereits in der Formulierung „Fortschritt der Informations- und Kommunikationstechnologien“ verbirgt sich die technologistische bzw. technikzentrierte Vorstellung eines unvermeidbaren Voranschreitens der technologischen Entwicklung auf einer linearen Zeitachse, bei dem „Neues“ erfunden und „Altes“ verdrängt, überholt bzw. ersetzt wird.

Im Kielwasser einer solchen, geschichtsvergessenen Artikulation des „technologischen Fortschritts“ wie auch des von diesem getragenen Globalisierungsnarrativs als letztlich naturwüchsig-teleologischen, alternativlosen und ohnehin wünschenswerten Tendenzen einer nicht weiter explizierten historischen Entwicklung, akkumulierten Begrifflichkeiten wie „Netzwerk“, „Vernetzung“ und „Steuerung“ ausreichend Prestige, um ihren Einzug auch in die Sozialwissenschaften zu feiern. Vor dem Hintergrund dieses „Steuerungsoptimismus“ der frühen 1990er – Ausdruck des sicherlich nicht nur diskursiven Vakuums nach „1989“ – konnten ewig-Gestrige in ihrer althergebrachten, nun traditionell wirkenden Sprache zur Analyse von Gesellschaftlichkeit zwar noch kulturpessimistisch darüber rasonieren, ob und inwiefern diese zwangläufigen „Entwicklungen“ einen überhaupt wünschenswerten Fortschritt zum Wohle aller darstellten. Die Frage nach den politisch-ökonomischen und insbesondere geopolitischen Bedingungs- und Interessenskonstellationen ihrer eben nicht rein technischen Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte aber wurde auch von ihnen in der Regel nicht gestellt. Als ungleich zweckmäßiger und zukunftsgerichtet hatte sich ohnehin längst die pragmatisch gewendete Frage durchgesetzt, wie in einer globalisierten Welt aus diesem ohnehin als alternativlos begriffenen, technologischen Fortschritt der beste Profit geschlagen werden könnte.

#### - *Informationsgesellschaften*

Die Angst, dass andere diese Frage schneller und erfolgreicher beantworten könnten, hatte bis Mitte der 1990er Jahre so gut wie alle Industrienationen dazu veranlasst, strategische Programme und nationale Aktionspläne zur Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) wie auch Reformen der mit den elektronischen Medien konvergierenden Rundfunksektoren und der Medienindustrie überhaupt zu verabschieden.

„Telekommunikation und elektronische Medien sind zu zentralen Themen des triadischen Wettbewerbs zwischen den USA, Europa und Japan geworden. Vielversprechende Marktprognosen versetzen beträchtliche Teile der Industrie in Aufbruchsstimmung; antizipierte sozioökonomische Auswirkungen, die sowohl Chancen als auch Risiken beinhalten, motivieren und alarmieren Politiker und Interessenvertretungen.“ (Latzner 1997, 15)

Trotz der offenbar von allen Akteuren gleichermaßen geteilten, diffusen Angst, von den Entwicklungen der sogenannten „Informationsrevolution“ abgehängt zu werden, unterschieden sich auch auf diesem Feld – je nach nationalstaatlicher Ausgangssituation, wirtschaftspolitischer Entwicklungsstrategie und Wahrnehmung der spezifischen

Herausforderungen – die nationalen Schwerpunktsetzungen und konkreten Ausgestaltungen dessen, was Inhalt und Struktur eines nationalen Projektes zum Ausbau der jeweiligen informationell-kommunikativen Infrastruktur sein könnte.

- *Das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“*

Auch das zentrale Gründungsmotiv für das politische Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ kann in der Angst ausgemacht werden, dass gerade Europa durch eine fragmentierte, uneinheitliche Herangehensweise den Anschluss an die „globale Informationsgesellschaft“ verpassen könnte, in der immerhin das „Kernstück für das europäische Entwicklungsmodell im 21. Jahrhundert“ gesehen wird.

*Tatsächlich hat der IKT-Sektor eine enorme Bedeutung für die ökonomische Entwicklung in der Europäischen Union: zwischen 1995 und 2003 trug er durchschnittlich mehr als 5% zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Europäischen Union bei,<sup>8</sup> im Jahr 2001 betrug die Gesamtleistung des IKT-Sektors mit 643 Mill. € sogar 7,5% des BIP der EU.<sup>9</sup> Mit einer Wachstumsrate von 5,3% selbst in den Krisenjahren der „New Economy“ zwischen 2000 und 2003 stellt er darüber hinaus einen der dynamischsten Sektoren der EU, der zwischen 1995 und 2000 einen Anteil von 55% am Produktivitätswachstum in der EU (1,8%) überhaupt hatte.<sup>10</sup> Während das Volumen des Weltmarktes im Bereich der Telekommunikation zwischen 1986 und 2007 von 390 Mill. ECU auf immerhin 1137 Mill. Euro um 191,54% zunahm, wuchs das Marktvolumen innerhalb der EU in der gleichen Zeit um 324,39% von 82 Mill. ECU auf 348 Mill. Euro. Mit diesem – nicht nur im Vergleich zum Rest der Welt – rasanten Marktwachstum konnte die EU ihren Weltmarktanteil innerhalb von 20 Jahren von 21% auf 30,6% steigern (vgl. Baskoy 2008, 1).*

Angesichts dieser ökonomischen Bedeutung und trotz (oder vielleicht auch wegen) des enormen rhetorischen Aufwands, mit dem im Rahmen des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ die Integration eines einheitlichen „Europäischen Kommunikationsraumes“ vorangetrieben wurde, ist der Mangel an öffentlicher Aufmerksamkeit und wissenschaftlicher Analyse zu ihrer *politischen* Konstitution und *gesellschaftlichen* Bedeutung bemerkenswert. Tatsächlich vollzog sich die Revolution im Telekommunikationssektor weitgehend unbemerkt und ungestört, „im arkanen Raum von Unternehmenszentralen, Fernmeldeverwaltungen, nationalstaatlichen und europäischen Staatsbürokratien und unter Zuhilfenahme der sogenannten wertneutralen Wissenschaft“ (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 7). Obwohl die Artikulation der europäischen Kommunikationspolitik im Rahmen des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ – wie im Folgenden gezeigt werden soll – hinsichtlich der gesellschaftlichen Beteiligung und demokratischen Debatte mehr durch „top-down“- als durch „bottom-up“-Elemente gekennzeichnet ist, hat sie sich offenbar unter dem Schirm einer breiten gesellschaftlichen Zustimmung vollzogen. Die „Europäische Informationsgesellschaft“, diese Arbeitshypothese sei vorweg genommen, könnte demnach – in Anlehnung an die neogramscianischen Begrifflichkeiten der „Internationalen Politischen

<sup>8</sup> [http://ec.europa.eu/information\\_society/eeurope/i2010/docs/info\\_sheets/7-2a-i2010-innovation-en.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/info_sheets/7-2a-i2010-innovation-en.pdf)

<sup>9</sup> <http://ec.europa.eu/publications/booklets/move/36/de.pdf>

<sup>10</sup> [http://ec.europa.eu/information\\_society/eeurope/i2010/docs/info\\_sheets/7-2a-i2010-innovation-en.pdf](http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/i2010/docs/info_sheets/7-2a-i2010-innovation-en.pdf)

Ökonomie“ – als ein „hegemoniales politisches Projekt“ beschrieben werden, das vornehmlich in der Form einer „passiven Revolution“ umgesetzt wurde.

Dabei ging es bei der „Europäischen Informationsgesellschaft“ doch längst nicht nur um eine weitestgehend technische Frage einer europäisch-koo­rdinierten Modernisierung der nationalen Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen. Neben den sinnfälligen Fragen nach ihrer Bedeutung für demokratische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe stellt das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ vor allen Dingen und von Beginn an ein zentrales Moment in der Artikulation einer gesamteuropäischen Wirtschaftspolitik.

Das wird nicht zuletzt deutlich im Hinblick auf die operative Institutionalisierung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ im Rahmen der sogenannten „eEurope“-Initiativen (vgl. S. 437ff), die im Kontext der sogenannten „Lissabon-Strategie“ der EU verabschiedet worden sind.<sup>11</sup> Neben einer Koordinierung der unterschiedlichen nationalstaatlichen Strategien zu einer europäisch-gemeinsamen Herangehensweise im Bereich der IKT wie auch einer – allerdings stark markt- und wettbewerbsorientierten – „Harmonisierung“ der entsprechenden Rechtsrahmen zu einem einheitlichen europäischen Binnenmarkt und einem ebenso europäisch integrierten Kommunikationsraum wurden in diesem Zusammenhang auch umfangreiche Aktionspläne, Förderprogramme und Pilotprojekte initiiert. Über die zielgerichtete Förderung von Investitionen in Forschung, Entwicklung und Ausbau der „Europäischen Informationsgesellschaft“ sollte letztlich die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt und die Innovations- und Leistungsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums insgesamt gesteigert werden.

---

<sup>11</sup> Nach der „Lissabon-Strategie“ sollte die EU durch die weitere Öffnung der Märkte, Investitionen in moderne Infrastrukturen sowie den Abbau von Bürokratie bis zum Jahre 2010 zu dem „dynamischsten und wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum“ der globalisierten Welt werden. Auch wenn sich das Scheitern der im Juni 2000 verabschiedeten Lissabon-Strategie für einige Kritiker bereits sehr früh angekündigt haben mag – immerhin brach mit der Implosion der New Economy bereits im Sommer 2000 eine tragende Säule des euphorisch gefeierten, neuen Wachstumsmodells in sich zusammen – die Europäische Union wurde nicht müde, an dem durch diese Strategie vorgegebenen strategischen Ziel, der Förderung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit im globalen Wettbewerb, bis zuletzt festzuhalten. Erst mit der von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso auf dem Höhepunkt der Finanz- und Wirtschaftskrise Ende November 2009 vorgestellten, neuen Strategie „EU 2020“ wurde das Scheitern der Lissabon-Strategie eingestanden. Dementsprechend sollte die europäische Wettbewerbsfähigkeit fortan über Investitionen in wissensbasierte Wachstumsmärkte, Umwelttechnologien und intelligente Infrastrukturen gefördert und auf diese Weise ein „intelligenteres, ökologischeres und sozialeres Wirtschaftswachstum“ erreicht werden. Die IKT verschwanden zwar nicht aus dem Zentrum des Zukunftsmodells, müssen sich dieses aber fortan mit den „green technologies“ teilen. Trotz dieser neuen Vorzeichen „intelligenten Wachstums“ bleibt die Forderung nach einer Förderung sowohl des ökonomischen Wachstums wie auch der europäischen Wettbewerbsfähigkeit wie selbstverständlich der zentrale Fluchtpunkt auch der neuen Strategie. Beides, Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum erscheinen als alternativlose Strategien der westlichen Industriestaaten, auch die Bundesregierung konnte nicht umhin, im Zeichen der größten Finanz- und Wirtschaftskrise seit 80 Jahren im Dezember 2009 das sogenannte „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zu verabschieden. Vgl. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/ende-der-lissabon-strategie-eu-plant-intelligentes-wachstum-bis-2020;2488786> oder <http://www.n-tv.de/politik/EU-will-intelligentes-Wachstum-article604198.html>

Neben der wirtschaftspolitischen Bedeutung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ kann ihr auch eine bedeutende Rolle in der Katalysierung des europäischen Integrationsprozesses und für die Profilierung der EU-Kommission nachgewiesen werden.

- *EU-Osterweiterung*

Das enorme Wachstum des europäischen Telekommunikationsmarktes ist allerdings nicht zuletzt auch auf die geographische Vergrößerung der Europäischen Union nach Mittel- und Osteuropa zurückzuführen (vgl. Baskoy 2008, 1). Mit der sogenannten „EU-Osterweiterung“ sollte der europäische Binnenmarkt – zuvor bereits einer der wichtigsten – mit fortan mehr als 450 Mio. Menschen auch zu einem der größten Binnenmärkte der Welt werden.

Die EU-Osterweiterung ist selbstredend sowohl aus der Perspektive der EU und damit insbesondere den Interessen der westeuropäischen Mitgliedstaaten und der auf europäischer Ebene repräsentierten Industrie wie auch aus der Perspektive der mittel- und osteuropäischen Staaten und ihrem Interesse an einer „Rückkehr nach Europa“ bzw. der darüber vermittelten Herstellung eines Anschlusses an den Weltmarkt zu betrachten. So haben sich auf „westeuropäischer“ Seite bereits seit dem Ende der 1980er, vor allen Dingen dann aber seit Anfang der 1990er Jahre unzählige Strategiepapiere, Konferenzen und Beschlüsse mit der Frage auseinander gesetzt, wie die Integration dieser mittel- und osteuropäischen Gesellschaften, insbesondere aber wie die Integration deren Märkte im Sinne mehr oder weniger geteilter, westeuropäischer Interessen organisiert werden könnte. Auf der anderen Seite hatten in den mittel- und osteuropäischen Ländern schon lange vor dem Zusammenbruch des Ostblocks – angesichts von gescheiterten Modernisierungsprojekten und einer dramatischen Auslandsverschuldung – neu ausgebildete Eliten begonnen, Strategien für eine Modernisierung von Ökonomie und Gesellschaft auszuarbeiten. Nach „1989“ setzten die neu gewählten Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder auf die „Rückkehr nach Europa“ und hatten bei der Orientierung der von ökonomischen, politischen und sozialen Transformationsprozessen durchgeschüttelten Gesellschaften auf das „westliche Gesellschaftsmodell“, d.h. vornehmlich auf die Segnungen einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit freien Wahlen und einer kapitalistischen Marktwirtschaft, bis auf einige kurze Böen doch zumeist den Rückenwind der Geschichte in ihren Segeln.

Die „Ost-Erweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft“, mit der also nun der zentrale thematische Komplex dieser Arbeit benannt ist, trägt nicht nur zu dem erwähnten Bedeutungsgewinn der europäischen IKT-Industrie auf dem Weltmarkt bei, sondern greift der EU-Osterweiterung in vielerlei Hinsicht organisatorisch voraus wie sie wiederum auch Einblicke in den Artikulationsprozess des politischen Projekts der „Europäischen Informationsgesellschaft“ selbst gewährt.

Wie in vielen anderen Sektoren entfaltete der erhebliche Modernisierungsrückstand auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationsinfrastruktur einen enormen Handlungsdruck angesichts der neuen Konkurrenzsituation auf dem „freien Weltmarkt“. Deshalb wurden bereits Anfang der 1990er Jahre und damit lange vor Beginn der eigentlichen Beitrittsverhandlungen im Sinne der sogenannten „shock therapy“ die Privatisierung sowie

eine liberalisierende De- und Reregulierung dieser Sektoren politisch eingefordert und umgesetzt. Nach der „Goldgräberstimmung“ im „Wilden Osten“ Anfang der 1990er Jahre sind die globalen und insbesondere die westeuropäischen Medien- und Telekommunikationskonzerne auf jedem der mittel- und osteuropäischen Medien-, Kommunikations- und Werbemärkte stark, wenn nicht dominant vertreten und können als die Gewinner der kapitalistischen Öffnung Mittel- und Osteuropas betrachtet werden. Die über das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ organisierte, transnationale und kapitalistische Integration der Medien- und Kommunikationssektoren als zentralen gesellschaftlichen wie ökonomischen Infra-Strukturen kann somit nicht nur als integraler Bestandteil in der Strategie zur Herstellung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in einem erweiterten Europa interpretiert werden, sondern auch als initiales Moment in den Öffnungs-, Transformations- und Integrationsprozessen der mittel- und osteuropäischen Länder selbst.

Die politischen Initiativen auf europäischer Ebene, den Aufbau der mittel- und osteuropäischen Informations- und Kommunikationsstrukturen koordinierend zu steuern und ihre Integration in das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ einzuleiten, konkretisierten sich erst ab Mitte der 1990er Jahre. Um einen regelmäßigen Austausch zu etablieren, wurden zunächst gemeinsame Veranstaltungen zum Austausch über Perspektiven und Interessen einer intensivierten Zusammenarbeit durchgeführt, bald wurden erste Daten zur Verbesserung der Argumentationsgrundlagen erhoben und Expertengruppen zur Ausarbeitung des weiteren Vorgehens eingesetzt. Parallel wurde im Rahmen der „Heranführungsstrategien“ sowie der später einsetzenden „Beitrittsverhandlungen“ die Umsetzung des sogenannten Acquis Communautaire<sup>12</sup> überwacht.

Die Bemühungen im Hinblick auf die „Ost-Erweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft“ kulminierten in dem von den Kandidatenländern und unter Mitwirkung der EU-Kommission im Jahr 2000 beschlossenen Aktionsplan „eEurope 2003+“, der im letzten Teil dieser Arbeit (vgl. S. 457ff) untersucht werden soll. Dieser sah neben der Koordinierung einer gemeinsamen europäischen Herangehensweise, der Harmonisierung der Rechtsrahmen, einem an dem westeuropäischen eEurope-Aktionsplan angelehnten Maßnahmenkatalog auch die wirtschaftspolitische Bereitung des Bodens für eine dynamische Entwicklung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ in den mittel- und osteuropäischen Ländern wie auch die Implementierung eines umfangreichen benchmarking- und Monitoringverfahren vor.

Insbesondere am Beispiel der Vorbereitung, Verabschiedung und Umsetzung des Aktionsplans eEurope 2003+ sowie der auf diesen folgenden ausführlichen Beurteilungsverfahren hinsichtlich eines erreichten „Fortschrittes“ kann der konkrete Artikulationsprozess des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ vor dem Hintergrund der hier nur angerissenen Themenkomplexe in seinem sich entwickelnden politischen Zusammenhang herausgearbeitet werden.

---

<sup>12</sup> Dieser gemeinschaftliche Besitzstand der Rechte und Pflichten für Mitglieder der Europäischen Union beinhaltet neben Kapiteln zur Herstellung des Europäischen Binnenmarktes unter anderem auch die Kapitel Telekommunikation und Kultur/Audiovisuelles.

Am Beispiel des Feldes der Europäischen Kommunikationspolitik und dem explorativen Vordringen zu ihrem vorläufigen Kulminationspunkt, der Ost-Erweiterung des politischen Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“, kann, so die dieser Arbeit vorangestellte Verheißung, auch das Verständnis der Architektur und Arbeitsweise der Europäischen Union, der Spezifika des europäischen Integrationsprozesses, der Hervorbringung und Europäisierung der unterschiedlichen nationalstaatlichen politischen IKT-Strategien und der Erweiterung des europäischen Entwicklungsmodells auf die unter dem Eindruck von sozialen und politischen Transformationen stehenden Länder Mittel- und Osteuropas im Hinblick auf die Herausforderungen einer sich globalisierenden Welt aktualisiert und erweitert werden.<sup>13</sup>

## **b. Explorative Fragestellung und Explizierung der theoretischen Perspektive und methodischen Vorgehensweise**

Nach diesem grobem Aufriss der Problematiken, die nach einer ersten Draufsicht dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Ost-Erweiterung eingeschrieben zu sein scheinen und die demnach für eine Rekonstruktion seiner politischen Artikulation zu berücksichtigen sind, ist nun zwar das Terrain umrissen, auf dem die Fragestellung dieser Arbeit zu fixieren ist.

Gleichsam ist deutlich geworden, dass dieses Terrain zu groß und von unübersichtlicher topographischer Beschaffenheit ist und aufgrund der offenbar enormen Entwicklungs- und Transformationsdynamiken bei einem gleichsam nur sehr geringen und recht diffusen Lichteinfall nur unscharf und unterbelichtet abgebildet werden kann. Der Fragestellung kommt somit die Aufgabe zu, im weiteren Verlauf der Arbeit die Fokussierung zumindest einiger der relevanten Konturen zu ermöglichen.

Desweiteren sollte die Fragestellung eine vorschnelle Fixierung von vermeintlichen Gewissheiten über sogenannte „unabhängige Variablen“ vermeiden, damit die *Wechselseitigkeit der politischen Konstitutionsprozesse* in dem *Artikulationsprozess* der „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihrer *Erweiterung* nach Mittel- und Osteuropa nicht von vorneherein aus dem Blickfeld gerät. Denn diese oft sehr großen und von Umbruchsnarrativen durcheinander geworfenen Themenkomplexe, die zur Klärung der Fragestellung herangezogen und angeschnitten werden müssen, bleiben – trotz eines

---

<sup>13</sup> Dass sich Europa als Beispiel für derartige Untersuchungen besonders eignet, wird auch noch einmal von Stylianos Papathanassopoulos unterstrichen – zwar im Hinblick auf die Mediensektoren, aber genauso gültig für den die Medien teilweise subsumierenden Bereich der „Europäischen Informationsgesellschaft“: „Europe continues to offer the best place for examining these global processes. Not only have the regulatory changes been most developed across the continent but the social and political transformations in Eastern Europe have extended the boundaries of the ‘Europeanization of the media’. One way or another, the European Union (EU) has attempted since the mid-1980s to initiate a policy aiming to ‘Europeanize’ the whole communication sector of its member states, if not the European continent. Using strong industrial policy elements and considerations, this policy has attempted on the one hand, to harmonize and to protect the media sector, and on the other hand, to make it competitive in both the internal European market and the global market, and to protect the European cultural identity from the ‘American challenge’.“ (Papathanassopoulos 2005, 47)

mittlerweile recht umfangreichen Literaturbestandes – gerade in ihren gesellschaftlichen und geschichtlichen Dimensionen ebenfalls oft seltsam unscharf und unterbelichtet.<sup>14</sup>

Um die Erkundung dieses weitläufigen und unbekanntes Terrains zu orientieren, ohne dieses von vorneherein zu verstellen, bietet sich eine *explorative Untersuchung* der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihrer Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa an. Eine explorativ-offen gehaltene Fragestellung soll dabei nicht nur ermöglichen, die spezifischen Konjunkturen der unterschiedlichen, unter ihr zu behandelnden Problemkomplexe zu berücksichtigen, sondern auch ausreichend Platz einräumen für spontane Exkursionen zur Klärung von über- und untergeordneten Zwischenfragen, Aspekten und Hintergründen, um eventuelle Scheinevidenzen aufzuspüren und verdächtig zu machen und gegebenenfalls neu auszuleuchten.

In diesem Sinne also soll die in dieser Arbeit vorgenommene Untersuchung in explorativer Absicht von folgender Fragestellung angeleitet werden:

***Inwiefern wurde mit der Artikulation des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa die Integration eines selektiv strukturierten "Europäischen Kommunikationsraumes" vorangetrieben?***

Diese Fragestellung birgt mehrere Komplexe, die selbst und zumal in ihrem hier vorgestellten Zusammenhang fragwürdig sind. So setzt das die Frage einleitende, explorative „inwiefern“ bereits als Prämissen, nicht nur *dass* ein politisches Projekt „Europäische Informationsgesellschaft“ artikuliert wurde und dieses einen spezifischen Beitrag zur Integration des „Europäischen Kommunikationsraumes“ geleistet hat, sondern formuliert darüber hinaus die Hypothese, dass darüber dessen selektive Strukturierung vorangetrieben worden sei. Mit diesem „inwiefern“ ist in erster Linie der Auftrag verbunden, diesen Beitrag zu er/klären.

Dafür wird zunächst die Klärung der Frage nach der *Artikulation* des *politischen Projekts* einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und dessen konkreten *Inhalten* notwendig sein. Nach dem Aufriss der unterschiedlichen Dimensionen, die in die Artikulation dieses Projektes eingehen, soll dieses im Hinblick auf seine Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa *in seiner Entwicklung* weiter begrifflich konkretisiert werden. Auf dieser Grundlage soll es dann abschließend möglich sein, die Frage nach dem *spezifischen Beitrag* der erweiterten „Europäischen Informationsgesellschaft“ zur Integration eines selektiv strukturierten „Europäischen Kommunikationsraumes“ zu beantworten.

---

<sup>14</sup> So demonstriert zum Beispiel der Komplex „Globalisierung-IKT-Wettbewerbsfähigkeit“, der das Gravitationszentrum auch der „Europäischen Informationsgesellschaft“ bildet, mit großer Selbstverständlichkeit die Scheinevidenz eines natürlich gegebenen und alternativlosen, gleichsam gerichteten Zusammenhangs, der sich beredt über seine politisch-partikulare Konstituierung ausschweigt. Erst mit der Loslösung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ aus dem Narrativ einer sich naturwüchsig selbst vorantreibenden technologischen Entwicklung und der sich daraus ableitenden politischen Alternativlosigkeit, wie sie gerade im Hinblick auf die „Ost-Erweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft“ ubiquitär begegnen, würden die partikularistisch-politischen Wesenszüge der Europäischen Union und ihres hier verhandelten Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ sichtbar.

Im weiteren Verlauf dieser Einleitung soll die explorativ-offene Fragestellung durch Anmerkungen zur theoretischen Perspektive und methodischen Vorgehensweise der Arbeit konkretisiert und durch die Einschränkung des Untersuchungszeitraumes sowie weitere Definitionen und fallanalytische Einschränkungen des Gegenstandsbereiches weiter operationalisiert werden. Ihre Aufgliederung in konkretere Teil- und Unterfragen wird durch die Struktur der Darstellung der Arbeit weitgehend vorweggenommen.

### ***Über die Artikulation von politischen Projekten***

Die Formulierung „Artikulation des politischen Projekts“ fokussiert die Untersuchung auf die politische Ebene und impliziert darüber hinaus einen Politikbegriff, der zwar erst in der Durchführung der Untersuchung entfaltet werden kann, hier aber zumindest kurz angerissen werden soll.

Der durch die Fragestellung dieser Arbeit so prominent positionierte Begriff der „Artikulation“ steht in direktem Zusammenhang mit der explorativen Intention der Vorgehensweise, bei der nicht von einem fertigen Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ ausgegangen, sondern der gegliederte und praktische Akt seiner politisch-diskursiven Hervorbringung in den Blick genommen werden soll. In Bezug auf die Frage nach der „Gesellschaftlichkeit“ der „Europäischen Informationsgesellschaft“ meint der Begriff „Artikulation“ weder die Vorwegnahme einer abstrakt-statischen Gesamtheit noch ihre Zergliederung in voneinander isolierte und nur in diesem Sinne „unabhängige Variablen“.

Stattdessen wird mit dem Begriff der „Artikulation“ der Akt einer politisch-diskursiven *Hervorbringung* in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt, der allerdings in bzw. aus einer Gesellschaft heraus erfolgt, die in sich gegliedert ist durch die Beziehungen, die die tätigen Individuen miteinander eingehen und die Verhältnisse und Interessen, die sich darüber begründen. Während die einzelnen Momente des Gesellschaftlichen also einem spezifisch-situativ formulierten Eigeninteresse innerhalb spezifisch-strukturierter Praxisfelder – mit allerdings unscharfen Grenzen – folgen, bringen sie aufgrund ihrer Interessengegensätze ein von Antagonismen durchzogenes, dennoch aber organisch gegliedertes, gesellschaftliches Ganzes hervor. Aufgrund der Überdeterminierungs- bzw. Übersetzungsverhältnisse der in unterschiedlichen Praxisfeldern mitunter mehrfach artikulierten Momente kann dieses gesellschaftliche Ganze als eine in beständiger Transformation bzw. Reartikulation befindliche „Bedingungskonstellation“ begriffen werden, die allerdings über bestimmte Zeiträume und in diesem Sinne zu definierenden Epochen von einigermaßen kontinuierlichen Handlungsregulativen und -strategien strukturiert werden kann.

Für die Untersuchung der Artikulation des *politischen Projektes* einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ wird das Hauptaugenmerk auf das *politische Feld* und seine spezifischen, „relativ autonomen“<sup>15</sup> Produktionsbedingungen zu legen sein.

---

<sup>15</sup> Mit „relativ autonom“ ist hier nicht nur eine „mehr oder weniger“ ausgeprägte Autonomie der Politik gegenüber bspw. der Ökonomie gemeint, sondern, in abwandelndem Rekurs auf die staatsrechtlichen Überlegungen von Nicos Poulantzas, das konkret in seinen Abhängigkeiten und Unabhängigkeiten zu bestimmende, in der Regel wechselseitig konstitutive Verhältnis des politischen Feldes zu anderen gesellschaftlichen Feldern.

Auf politischem Terrain zerbrechen der härteste moralisch-ethische Rigorismus und explizit formulierte Partikularinteressen in der Regel an der politisch-praktischen Frage ihrer Durchsetzbarkeit auf einem immer schon von Kräfteverhältnissen vorstrukturierten Terrain in einzelne, oft pragmatisch-opportun gewendete Fragmente.<sup>16</sup> Die politische Frage stellt sich somit zumeist nicht absolut und alternativlos, sondern hinsichtlich der je spezifischen Vor- und Nachteile abwägend im Sinne eines „inwiefern?“. „Realistisch“ betrachtet, gibt es auf der Ebene des Politischen demnach kein apodiktisches „richtig“ oder „falsch“, sondern immer nur ein „mehr oder weniger sinnvoll“ hinsichtlich bestimmter Zielvorstellungen. In diesem Sinne ist das Feld des Politischen von strategischem Handeln geprägt, d.h. von subjektiv-tentativen Erwägungen über das für und wider eines bestimmten zielgerichteten politischen Handelns im Hinblick auf seine Voraussetzungen, die verfügbaren Mittel und Ressourcen sowie seine latent und manifest erwartbaren, funktionalen und dysfunktionalen Konsequenzen.<sup>17</sup> Ein politisches Projekt kann demnach scheitern oder auf halber Strecke liegen bleiben, in seiner Reichweite begrenzt und in seiner konkreten Umsetzung widersprüchlich bleiben. Für seine Durchsetzung ist es notwendig, Ressourcen zu mobilisieren, soziale Interessen zu bedienen, politische Kräfte zu artikulieren und auf einem von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen vorstrukturierten Terrain zu positionieren. Wir bewegen uns damit auf dem Boden der widersprüchlichen Selbstzerrissenheit der weltlichen Grundlage informationsgesellschaftlicher Verhältnisse.

„Wissenschaftlich“, so kann im Anschluss an den Politiker-Theoretiker Gramsci formuliert werden, lässt sich „nur der Kampf vorhersehen, nicht jedoch die konkreten Momente desselben (...). In Wirklichkeit wird in dem Maße ‚vorhergesehen‘, in dem man tätig ist, in dem man eine willentliche Anstrengung einsetzt und folglich konkret dazu beiträgt, das ‚vorhergesehene‘ Resultat zu schaffen. Die Voraussicht entpuppt sich mithin nicht als ein wissenschaftlicher Erkenntnisakt, sondern als (...) die praktische Weise, einen Kollektivwillen zu schaffen.“ (Gramsci, Heft 11, § 15) Während die retrospektive Anlage dieser Arbeit uns zwar von den Unwägbarkeiten der politisch-wissenschaftlichen Prognose entlastet, werden die hier auf der Ebene der politischen Praxis angesprochenen Anstrengungen, einen „Kollektivwillen zu schaffen“, d.h. die Anstrengungen der mit unterschiedlich vermögenden, befähigten und organisierten Akteure, das politische Projekt einer „Europäischen

---

<sup>16</sup> Wenn der moralisch-ethische Rigorismus nicht an der Frage seiner politischen Durchsetzbarkeit zerbricht, muss er für seine Durchsetzung in der Regel das störende Feld des Politischen gewaltsam zerbrechen.

<sup>17</sup> Unter dem Dogma der „europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ sind die von verschiedenen Akteuren und Interessensgruppen hervorgebrachten politischen Strategien nicht nur von einer antizipierenden Vision des „technologischen Fortschritts“ beflügelt, sondern darüber hinaus vor allen Dingen davon, ihm den bestmöglichen Boden für eine anschließende ertragreiche Ernte zu bereiten. Da an dem „technologischen Fortschritt“ allerdings letztlich von konkurrierenden Wissenschaftlern und Forschern, Ingenieuren und Informatikern, von Unternehmern und Investoren in eher politikfernen Räumen gearbeitet wird, vermag „die Politik“ diesem in der Regel nur nacharbeitend hinterherzulaufen, wenn sie ihn nicht gänzlich verschläft oder abenteuerlich-weitschweifigen Prognosen aufsitzt. Wenn die Politik es also nur selten vermag, den „technologischen Fortschritt voraussehend vorzubereiten und einzuleiten, so definiert sie doch den rechtlichen Rahmen für die Entwicklung der entsprechenden Märkte und Sektoren und kann mit entsprechenden Initiativen im Bereich der Forschung und Technologieförderung immer wieder entscheidende Impulse setzen.

Informationsgesellschaft“ in ihrem Sinne zu artikulieren, den Mittelpunkt der politischen Analyse dieser Arbeit bilden.

In den Vordergrund der Betrachtung rücken damit zum einen die mehr oder weniger erfolgreichen, mehr oder weniger kritikwürdigen und mehr oder weniger kohärent artikulierten *politischen Strategien* der hinsichtlich einer Integration zu einem einheitlichen Europäischen Kommunikationsraumes unterschiedlich positionierten und interessierten Akteure, wie sie sich in den politischen Prozessen um das Projekt „Europäische Informationsgesellschaft“ auf europäischer Ebene verdichten. Zum anderen ist das politische Feld gerade auf europäischer Ebene ein bereits vorgängig recht unübersichtliches Terrain, geprägt von strukturellen Ungleichheiten und Asymmetrien hinsichtlich der politisch-organisatorischen Artikulationskraft der unterschiedlichen Akteure sowie der Regulierung eines selektiven Zugangs zu politischer Repräsentation und Macht. Insofern wird auch diese selektierende topographische Beschaffenheit des politisch-diskursiven Feldes der Europäischen Union, auf dem um die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ gerungen wird, näher zu untersuchen sein.

#### ***Anmerkungen zur theoretischen, politischen und persönlichen Motivation der Arbeit und ihrem Wandel***

Ein sinnvoller Ausgangspunkt für die Konkretisierung und Operationalisierung der Fragestellung ist sicherlich die Klärung meiner wissenschaftlichen, politischen und persönlichen Motivation zu dieser Arbeit sowie deren Wandel im Verlauf des Arbeitsprozesses selbst. Dieser, insofern er als ernsthafte wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Material angegangen wurde, ist – eine fast tautologische Selbstverständlichkeit, die sich dennoch lohnt, doppelt zu unterstreichen – als ein kontinuierlicher *Lernprozess* zu begreifen.

Die ursprüngliche „Fragestellung“ dieser Arbeit knüpfte an die Ergebnisse und Argumentationslinien meiner Magisterarbeit an, in der ich, ausgehend von einer kritischen Auseinandersetzung mit Gramscis Hegemonieproblematik, die Frage bearbeitet habe, inwiefern die „Globalisierung der Medien“ gerade in ihrer spezifischen Eigendynamik die Strukturen des neoliberalen Globalisierungsprozesses im Allgemeinen zu prägen vermag. Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit war, dass die „Globalisierung der Medien“ nicht nur exemplarisch die neoliberale Reorganisation kapitalistischer Akkumulationsstrukturen und der erweiterten Reproduktions- bzw. Transformationsformen der kapitalistischen Produktionsweise vorstellt, sondern aufgrund ihrer zunehmenden strategischen ökonomischen Bedeutung darüber hinaus einen integralen, organisierenden Bestandteil in diesem Prozess darstellt (vgl. Knoche 2000).

In meiner Dissertation wollte ich dieses recht global verhandelte Thema nun präzisieren, d.h. auf das Beispiel der europäischen Kommunikations- und Medienpolitik *herunterbrechen*, um deren spezifische, strategische Bedeutung in den von komplexen Ungleichzeitigkeiten geprägten Formen der Durchsetzung des neoliberalen Projektes auszuarbeiten. In diesem Sinne sollte den während meines Studiums intensiv studierten Arbeiten zur These eines

„Neuen Imperialismus“ (vgl. Panitch 1994, 1999; Panitch/Gindin 2002) ein weiteres Kapitel über den nach Mittel- und Osteuropa exportierten EU-Imperialismus hinzugefügt werden.

Die politisch vorangetriebene Transnationalisierung der Medien und Telekommunikationskonglomerate wäre in diesem Sinne als Vorreiter einer neoliberalen Globalisierung und als Türöffner gegenüber den sich neu etablierenden Märkten in den MOEL konzipiert worden. Im Zentrum dieser Arbeit sollte die These stehen, dass „die Medienkonglomerate“ als transnational organisierte, global agierende und von der Werbeindustrie finanzierte Akteure – die wiederum als verlängerte Arm der um die Eroberung globaler Märkte kämpfenden Konsumgüterindustrie fungieren – sowohl die ökonomische wie auch die zivilgesellschaftliche „Avantgarde“ der neoliberalen Globalisierung repräsentieren. Dies nicht nur, da sie tagtäglich und in Echtzeit mit der Gesamtgesellschaft kommunizieren und in ihren Programmen und Nachrichten eine Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in Richtung transnationaler Interessen aktiv bewerben, sondern vor allen Dingen aufgrund ihrer eigenen, manifesten ökonomischen Interessen, die sich vor dem Hintergrund der „Globalisierung der Medien“ artikulieren und die sie in den Prozess einer politischen und wirtschaftlichen Öffnung der entsprechenden Gesellschaften einbringen. Mit der „Globalisierung der Medien“, so das vermutliche Ergebnis dieser Arbeit, reorganisierten sich die unter ihnen begriffenen ökonomischen Sektoren wie auch die materielle Struktur der zentralen zivilgesellschaftlichen Institutionen der Mittel- und Osteuropäischen Länder, womit sich die nationalen Kräfteverhältnisse zugunsten eines transnationalen und neoliberal artikulierten Akkumulationsregimes verschieben.

So überzeugend diese Thesen zunächst klingen, nehmen sie doch bereits vorweg, was eigentlich aus dem Material heraus zu entwickeln gewesen wäre. Mit anderen Worten: nach der Konzeption dieser Arbeit war sie eigentlich schon geschrieben, die vorausgesetzten Thesen hätten nur noch in der Realität „nachgewiesen“ werden müssen. Nach meinen eigenen, recht intensiv betriebenen Studien der Gefängnishefte des italienischen Kommunisten Antonio Gramsci lag die Versuchung nahe – im Windschatten der Popularität des sogenannten Neogramscianismus – die erstaunliche Vielzahl der aus dem „Steinbruch Gramsci“ zutage zu befördernden, sprachlichen Passformen auch für die Bearbeitung meines Gegenstandes zu nutzen. Der neogramscianische „Jargon“ über hegemoniale Konstellationen, die Zivilgesellschaft und die Verschiebung politischer Kräfteverhältnisse erschien mir dazu besonders geeignet, zumal ihm aufgrund seiner aktuellen Popularität in den Auseinandersetzungen um die These eines „Neuen Imperialismus“ sowie den im Rahmen der sogenannten „Internationalen Politischen Ökonomie“ geführten Debatten – gerade auch im Kontext einer kritischen Auseinandersetzung mit der Europäischen Union – wie von selbst eine suggestive Selbstevidenz zugekommen wäre.

Nach einer monate-, vielleicht jahrelangen Auseinandersetzung mit meinem Betreuer Prof. Dr. Wolf-Dieter Narr nicht nur über die Bedeutung und Fallstricke des Neogramscianismus, sondern über den Sinn und Zweck des Theoretisierens als wissenschaftlicher Praxis überhaupt,<sup>18</sup> stand jedoch die mir durchaus unbequeme, wengleich einleuchtende

---

<sup>18</sup> Vgl. Wolf-Dieter Narr: Vom Fascinosum der Theorie und seiner steilen Klettertour. In: Michael Take (Hg.): Politik als Wissenschaft. Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin 2006, 15-40

Erkenntnis, dass dies eine mehr als zweifelhafte Anlage für eine wissenschaftlich-redliche, d.h. letztlich auch ergebnisoffene Suche nach einem tatsächlichen Erkenntnisgewinn darstellt. Zum einen können die aus der Betrachtung der politischen Kämpfe seiner Zeit und des Scheitern der revolutionären Strategien im Westen gewonnenen, einem „absoluten Historismus“ verschriebenen, zeitdiagnostischen Begriffswerkzeuge Antonio Gramscis nur entgegen der expliziten Warnungen Gramscis und unter der Anwendung von Gewalt sowie des Verlustes des historisch-kritischen Fleisches zu einer Theorie der gegenwärtigen internationalen Konstellation ausgekocht werden.<sup>19</sup> Die historische Monumentalität sowohl der mit dem Epochenbruch „1989“ anhebenden, längst noch nicht abgeschlossenen Periode globaler Transformationen wie auch der mit der Informationsgesellschaft als „unaufhaltsamem Heilsbringer“ einer sich in eine digitale Zukunft sehnenen Gegenwart eingeleiteten Reorganisation gesellschaftlicher Strukturen und Abläufe, der Transformationsprozesse in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern, ja auch der Integrations- und Erweiterungsprozesse der Europäischen Union verbieten es aber schlichtwegs, den Bedeutungsverlust der durch sie zum Zerfall gebrachten Aussagesysteme durch eine bloße Fleißarbeit ihrer kohärenten Reartikulation, womöglich unter der Zuhilfenahme einer sinnfälligeren Semantik, zu kompensieren.

Da das grundlegende Faktum im Hinblick auf die zentralen topoi dieser Arbeit in deren bewegt-bewegenden Funktion in den unterschiedlichen, sich teilweise überlagernden „Transformationsprozessen“ auszumachen ist, wird die vordringlichste Aufgabe dieser Arbeit

---

<sup>19</sup> Gramsci selbst hatte sich gegen eine solche Indienstrafe nicht nur an vielen Stellen explizit verwehrt, er stellt auch die notwendigen Begrifflichkeiten bereit für ihre Kritik. So heisst z.B. bei Gramsci „Philosophie einer Epoche“ jene Philosophie (heute würde man wohl „Diskurs“ sagen und nicht ganz dasselbe meinen), die das Denken und Handeln einer bestimmten gesellschaftlichen Konstellation idealtypisch artikuliert und „verewigt“, indem über die immer sterblichen Bedingungen ihrer Möglichkeiten stillschweigend hinweggesehen wird, um auf einem so zeitweise als unbewegt deklariertem Boden theoretische Gebäude zu errichten. Solange eine gesellschaftliche Konstellation relativ stabil bleibt, können ihre unterschiedlichen Ecken, Enden, Winkel und Bögen vermessen, ihre Spektren durchleuchtet und ihre im Vergleich zur Vergangenheit interessantesten Aspekte und Dynamiken bearbeitet werden. Solange sich der Boden, über dem sich die Philosophie einer Epoche erhebt, nicht bewegt, können auch Zusammenhänge und objektive Bewegungsgesetze formuliert, kritische Punkte und subjektive Möglichkeiten identifiziert und empirisch bestätigt werden. Die Derartige betreibenden Wissenschaften verfügen über den notwendigen Zeithorizont, um Schulen auszubilden, sich zu institutionalisieren, zu professionalisieren, Prestige zu akkumulieren, „politikberatend“ zu wirken und sich letztlich zur „Philosophie einer Epoche“ zu verdichten. Ihre widerspruchsfrei und logisch kohärent entwickelten theoretischen Gebäude, gerade weil sie bestenfalls durch eine empirische Bestätigung ihrer Hypothesen gestützt werden, bleiben jedoch fest verankert in der Epoche, in der sie geschaffen wurden. Beginnt eine gesellschaftliche Konstellation sich nun zu verändern, müssen sich die theoretischen Gebäude diesen Veränderungen anpassen, insofern im Rahmen ihrer theoretischen Statik die Möglichkeit von grundlegenden tektonischen Veränderungen überhaupt in Erwägung gezogen werden kann. Ihre treuen SchülerInnen, Institutionen, die Routine der Professionalität sowie das von ihr zwischenzeitlich akkumulierte Prestige wird nun zum spröden Mörtel, der zusammenhalten will, was vor kurzem noch erfolgreich Wind und Wetter getrotzt hatte und sich nun bewegen soll. Bewegt sich das soziale Fundament aber zu stark, zu ruckartig oder umwälzend, beginnen die einzelnen Baumaterialien gar ihren Aggregatzustand plötzlich und unvorhersehbar zu verändern, gerät ein solches Gebäude ins Wanken und muss in seine Einzelbestandteile zerfallen. Freilich ist nicht alles, was zuvor richtig war, plötzlich falsch, vieles kann aus dem Bauschutt beinahe unversehrt gerettet werden, wohl aber muss es nach einem solchen „epistemologischen Bruch“ um einen neuen Platz in einer semantisch und grammatikalisch-syntaktisch neu auszubildenden „Philosophie der Epoche“ kämpfen.

nicht in der Ausarbeitung eines gegebenen theoretischen Aussagesystems, sondern in der Untersuchung der politischen Artikulation ebendieser Transformationsprozesse bestehen. Die hegemoniale Konstellation der Gegenwart, wenn es denn eine solche überhaupt geben sollte, kann nicht abgeleitet, sondern muss in ihren *aktuell relevanten* Kategorien neu ausgearbeitet werden. Die Verknüpfung dieser Kategorien zu einer neuen Erzählung, d.h. die Feststellung der Grammatik einer neuen „Philosophie der Epoche“ (Gramsci, Heft 10/II, §17, 1268; vgl. FN 19) ist vor einer Stabilisierung der „globalen gesellschaftlichen Transformationsprozesse“ vielleicht politisch-strategisch, nach rein wissenschaftlichen Maßstäben jedoch nicht möglich.

Die im Exposé einer Arbeit zwanghaft zu präsentierende Geschlossenheit des Arbeitsvorhabens wie auch die Souveränität gegenüber dem Gegenstand der eigentlich erst noch durchzuführenden Untersuchung, ja selbst die ambitionierten theoretischen Zielsetzungen hatten sich damit erst einmal zerschlagen. Ohne die theoretischen Gewissheiten eines letztendlich deduktiven Vorgehens aus einem auf beweglich-unsicherem Boden errichteten Theoriegebäude galt es für mich fortan, die Komplexität eines mehrfach artikulierten Feldes zunächst überhaupt erst einmal zuzulassen, zur Entfaltung zu bringen und auf explorativ-induktive Weise zu seinem Begriff zu verhelfen.<sup>20</sup>

Insofern als dass es unmöglich erscheint, mit wissenschaftlicher Redlichkeit von einer Theorie über den Zusammenhang der verschiedenen bewegt-bewegenden „Gegenstände“ dieser Arbeit auszugehen und es aufgrund der Unabgeschlossenheit ihrer Wechselwirkungen noch nicht einmal sinnvoll erscheint, auf eine solche hinzuarbeiten, geht diese Arbeit also bewusst das Wagnis einer „untheoretischen“ Vorgehensweise ein, mit einer auf die Entdeckung und Wahrung der Komplexität des zu untersuchenden politischen Feldes gerichteten, letztlich dekonstruktivistischen Haltung.<sup>21</sup>

---

<sup>20</sup> Eine solche explorative Untersuchung wäre im Übrigen dann tatsächlich im Sinne Gramscis, dessen Überlegungen zur Organisation von Konsens und der Formierung von Kräfteverhältnissen vor allen Dingen darauf angelegt waren, gegenüber den historisch-materialistischen und idealistischen Verkürzungen der mächtigsten philosophischen Aussagesysteme seiner Zeit die Komplexität und die Bedeutung des „subjektiven Moments“ in der Entwicklung des Gesellschaftlichen nicht weiter zu reduzieren, sondern auf dem Boden des modernen Staates überhaupt erst einmal zu entfalten. Von Gramsci, der selbst immer wieder riesenhaft angelegte Untersuchungen zur Topographie des „ideologischen Terrains“ eingefordert und entworfen hatte, lässt sich lernen, die mitunter von Zwang unterstützte Organisation von Konsens im Rahmen von jeweils neu zu bestimmenden gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in ihrem ausgreifend komplexen Zusammenhang in den Blick zu nehmen. Einige seiner Überlegungen und Begrifflichkeiten können in diesem Sinne gleichwohl zur Analyse der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ hinzugezogen werden.

<sup>21</sup> Mit dieser Herangehensweise ist eine kritische Perspektive auch auf die bereits etablierten Positionen in den Untersuchungsfeldern eingenommen, die ebenso ihrer sinnfälligen Selbstverständlichkeit entkleidet und damit neu zu erklären sind. So fällt diese Untersuchung der hochkomplexen Problematik einer europäischen Medien- und Kommunikationspolitik im Hinblick auf den Prozess der EU-Osterweiterung beispielsweise als Intervention auf dem Feld der etablierten Medientheorien aus, indem deren Fixierungen auf die Widersprüche und Aporien eines bürgerlichen Staatsbegriffes herausgearbeitet und kritisiert werden können. Das Dogma der Wettbewerbsfähigkeit, das implizierte demokratische Potential und das „Gesellschaftliche“ der „Informationsgesellschaft“ sind weitere solcher Selbstverständlichkeiten, die im Verlauf der Arbeit neu zu klären sein werden.

- *Das Projekt einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“*

Trotz oder vielleicht gerade aufgrund der eben formulierten Kritik an einem auch in der „Internationalen Politischen Ökonomie“ weit verbreiteten, selbstreferentiellen Gebrauch von Theorie und des in diesem Sinne eben als „untheoretisch“ proklamierten Charakters dieser Arbeit möchte ich einen Beitrag zu ebendieser wissenschaftlichen Tradition leisten.

Dabei wird diese Tradition allerdings eher als ein loser theoretischer Bezugsrahmen denn als fest verfügtes Fundament begriffen, auf das einfach „aufgebaut“ werden könnte. Die über die Bearbeitung meiner Fragestellung hinausweisende Motivation meiner Arbeit wäre demnach, einen *offenen analytischen Rahmen für das relativ junge Projekt einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ auszuarbeiten*, um eine kritische Positionierung gegenüber der ubiquitär zumeist nur konstatierten, enormen gesellschaftlichen Bedeutung der Massenkommunikation und ihrer technologischen, politischen und ökonomischen Restrukturierung zu ermöglichen. Im Hinblick auf das Thema dieser Arbeit soll analog eine kritische Positionierung gegenüber der europäischen Medien- und Kommunikationspolitik insbesondere im Kontext der EU-Osterweiterung und der „demokratischen Transformationsprozessen“ in den Mittel- und Osteuropäischen Ländern (MOEL) ermöglicht werden.

Die durch ein solches Projekt vorgeschlagene Neuverortung der medientheoretischen Debatte erscheint heute zwar notwendiger denn je, eine der Entwicklung ihres Gegenstandes angemessene „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ liegt allerdings nur in Ansätzen vor. In diesem Sinne erscheint es sinnvoll, nicht nur einige der tragenden Säulen eines solchen Projektes vorzustellen, sondern insbesondere auf die historischen Gründe seiner Verhinderung einzugehen. Gleichzeitig nutze ich die Gelegenheit, eine erste grobe Periodisierung für die Genese der „Informationsgesellschaft“ einzuführen sowie anhand der vorgenommenen Zuspitzungen und auch Abweichungen von diesem Bezugsrahmen die Perspektive dieser Arbeit noch einmal näher zu bestimmen.

Nach Robert McChesney lässt sich das Feld der „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“<sup>22</sup> entlang von zwei zentralen Fragestellungen gliedern:

---

<sup>22</sup> McChesney spricht von der „political economy of communication“. Ich verwende hier – mehr der Vollständigkeit halber als um eine programmatische Differenz zu markieren – den erweiterten Projektnamen einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“. Dabei gehe ich davon aus, dass McChesney sich wohl kaum gegen die Erweiterung um den programmatischen Begriff einer „Kritik“ im Sinne einer Grenzbestimmung wehren würde, die „internationale“ Dimension des für ihn ohnehin nur in seiner globalen Dimension zu verstehenden „Kommunikationssystem“ betont er selbst an vielen Stellen. Mit der Einarbeitung des Begriffes „Massenkommunikation“ ist intendiert, den Blick sowohl von den klassischen Massenmedien, die grob nach dem Kommunikationsmodell „ein Sender, viele disperse Empfänger“ definiert werden könnten, als auch von der Telekommunikation, die klassisch als Verlängerung der interpersonellen Kommunikation „ein Sender, ein Empfänger“ betrachtet wurde, zugunsten einer konvergierten Perspektive zu lösen, auf die z.B. auch der von Michael Latzer vorgeschlagene Begriff der „Mediamatik“ (Telekommunikation + Informatik + Multimedia) abzielt und die den gegenwärtigen und

„First, it addresses the nature of the relationships of media and communication systems to the broader structure of society. In other words, it examines how media (and communication) systems and content reinforce, challenge, or influence existing class and social relations. Second, the political economy of communication looks specifically at how ownership, support mechanisms (e.g. advertising), and government policies influence media behavior and content. This line of inquiry emphasizes structural factors and the labor process in the production, distribution, and consumption of communication.” (McChesney 1998, 3)

Die Kombination dieser beiden Dimensionen unterscheidet nach McChesney die „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ von anderen Zugängen zu diesem Feld.<sup>23</sup> Damit eröffnet sich ihr ein weites Feld für Untersuchungen, wobei vor allen Dingen die Fragen nach der Bedeutung von Medien und Kommunikation *in kapitalistischen Gesellschaften* ins Zentrum rücken.<sup>24</sup> Damit ist der Geltungsbereich der aus einem so aufgerissenen Forschungsfeld zu gewinnenden Aussagen gleichzeitig auch eingeschränkt:

“The political economy of communication cannot provide a comprehensive explanation of all communication activity, but it can explain certain issues extremely well and it provides a necessary context for most other research questions in communication.” (McChesney 1998, 3f)

Die Fragestellung dieser Arbeit verläuft dem hingegen quer zu den beiden von McChesney eröffneten Fragefeldern. Zunächst wird diese Arbeit über das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ den Blick vor allen Dingen auf die Telekommunikation richten, deren politische Konstituierung in der Literatur, obwohl gemeinhin als Infrastruktur der Globalisierung oder als „Nervensystem“ einer globalisierten Weltwirtschaft vorausgesetzt, noch deutlich weniger herausgearbeitet ist als bspw. die der Medien. Desweiteren orientiert die Fragestellung dieser Arbeit auf die durch das Projekt

---

zukünftigen Organisationsformen des Phänomens in seinen ökonomischen, technologischen, politischen und auch sozialen Dimensionen näher kommt.

<sup>23</sup> Während viele Ansätze z.B. auf das Verhältnis Text-Leser abheben und dabei aber die praktische Logik der Textentstehung nicht näher untersuchen, gibt es umgekehrt die Tendenz der herrschenden Medienwissenschaft, die Kommunikationsysteme oder das Kommunikationsverhalten von bspw. Firmen auf der mikro-ökonomischen oder betriebswirtschaftlichen Ebene zu durchleuchten, ohne dabei Rücksicht auf „Externalitäten“ wie die gesellschaftliche Meinung, die Öffentlichkeit oder auch nur die Option einer Kritik des Marktes oder gar der Eigentumsfrage in Erwägung zu ziehen. Von der empirischen Sozialforschung werden hingegen alle möglichen Fragen thematisiert, allerdings positivistisch in dem Sinne, als das die Bedeutung und Funktionsweise der Medien- und Kommunikationsstrukturen für die transformative Reproduktion kapitalistischer Gesellschaften nicht grundsätzlich infrage gestellt werden. Wenn McChesney in seinen Arbeiten vor allen Dingen auf Medien und Inhalte, die ideologische bzw. Propaganda-Funktion (Herman/Chomsky) fokussiert, also das, was Medien uns aufgrund ihrer Einbettung in kapitalistische Strukturen mitteilen und wie sie uns beeinflussen, dann handelt er sich dabei allerdings einen durchaus problematischen Basis-Überbau-Determinismus ein. Dieses Problem klingt insbesondere in den kritischen Kapiteln McChesneys und seinen Referenzen an die Arbeiten der 1970er Jahren immer wieder an, indem aus der Analyse der ökonomischen Konstitution der Medien- und Kommunikationsysteme, insbesondere der Eigentumsverhältnisse, nicht nur recht eindimensional eine Kommunikationsintention rekonstruiert, sondern ebenso einseitig eine determinierende „Wirkung“ abgeleitet wird.

<sup>24</sup> Zwar können entlang dieser Fragen grundsätzlich auch vor-, post- und nicht-kapitalistische Gesellschaften untersucht werden, sie zielen aber in erster Linie auf eine Kritik der Rolle von Medien und Kommunikation innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise ab.

einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ politisch konstituierte Funktion der Telekommunikation im Hinblick auf die selektive Integration des erweiterten Europäischen Kommunikationsraumes. Die Telekommunikationspolitik der Europäischen Union und deren ausgreifende Erweiterung auf die sich kapitalisierenden Gesellschaften Mittel- und Osteuropas wird also nicht zwingend mit der Produktion von spezifischen Medien- bzw. Kommunikationsinhalten in Zusammenhang gebracht, sondern eher mit Fragen nach ihrer Bedeutung für die selektive Integration des Europäischen Kommunikationsraumes, seiner Architektur und des Zugangs zu ihm. Ebenso wird den Eigentumsverhältnissen in dieser Arbeit zwar durchaus eine prominente Rolle zugestanden, allerdings nicht, um daraus die strukturelle Präferenz für bestimmte Medien- und Kommunikationsinhalte abzuleiten, sondern um die von Medien- und Kulturpolitik, zunehmend aber auch Wettbewerbs-, Technologie-, Wirtschafts-, Industrie-, Forschungspolitik konstituierten Entwicklungsdynamiken und (geo-)ökonomischen Beweggründe der Kommunikationsindustrie grundsätzlich zu begreifen.

Die theoretischen Bezugs- und Abstosungspunkte der „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ sind selbstverständlich zunächst in der Politischen Ökonomie (David Ricardo, John Stuart Mill, Adam Smith) zu suchen, vor allem aber in deren Kritik durch Karl Marx und der durch ihn begründeten „Kritik der politischen Ökonomie“, nach der gesellschaftliche und insbesondere kapitalistische Verhältnisse als historische zu betrachten sind und anhand der materiellen sozialen und politischen Beziehungen, die Menschen in ihnen eingehen und der Struktur der gesellschaftlichen Verhältnisse, die sich darüber konstituieren, untersucht werden müssen.

Die Klassiker der politischen Ökonomie wie des Marxismus haben sich allerdings nur sporadisch und unsystematisch, vor allen Dingen aber in gänzlich anderem historischen Kontext auf die gesellschaftliche Rolle der Medien bzw. der Massenkommunikation bezogen. Das liegt zum einen natürlich daran, dass der Stand der „technologischen Entwicklung“ ein vergleichsweise gänzlich anderer war: zur Zeit der Klassiker hatte sich gerade einmal die Telegrafie entlang der Eisenbahnlinien und das Rotationsdruckverfahren durchgesetzt, Telefon und Radio sollten sich erst ab den 1920er Jahren, das Fernsehen erst ab den 1950er Jahren massenhaft durchsetzen.<sup>25</sup> Zudem sollte die technologische Basis der „Kommunikationsindustrie“ – wie wir sie kennen – in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts durch Digitalisierung, Miniaturisierung, Satellitenkommunikation und das Internet von Grund auf revolutioniert werden. Zum anderen, und das ist in diesem Zusammenhang der entscheidende Punkt, waren weder Kommunikation noch Medien zu dieser Zeit nennenswert

---

<sup>25</sup> Die Übertragung der Olympischen Spiele 1936 in Berlin mag zwar als erstes „fernsehmediales Massenereignis“ bezeichnet werden. Tatsächlich konnten die Übertragungen in gerade mal „27 Fernsehstuben der deutschen Reichspost in Berlin und Potsdam empfangen werden; das bedeutete etwa 1000 Zuschauer. Es gab 50 Geräte für individuelle Nutzung in Ministerien und bei der Industrie.“ (Schwarzkopf 2001, 1539f, zitiert nach; <http://www.mediensprache.net/de/werbesprache/tv/history/>). In den USA gab es im Jahr 1951 immerhin bereits zehn Millionen Fernsehzuschauer, in Großbritannien 600.000, in Frankreich allerdings nur 4000. Während nun ein rasantes Wachstum einsetzte - ein Jahr später sollten es in den USA bereits 15 Millionen, in Großbritannien 1,2 Millionen und in Frankreich 11.000 sein – gab es zu diesem Zeitpunkt allerdings nur etwa 300 bundesdeutsche Fernsehzuschauer. ([http://www.dtvstatus.net/die\\_geschichte\\_des\\_fernsehens\\_06.html](http://www.dtvstatus.net/die_geschichte_des_fernsehens_06.html)).

in den Akkumulationsprozess des Kapitals eingebunden, auch der Journalismus war noch nicht den Gesetzen des Marktes unterworfen. So stellte der junge Marx fest:

„Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein. Dem Schriftsteller, der sie zum materiellen Mittel herabsetzt, gebührt als Strafe dieser inneren Unfreiheit die äußere, die Zensur, oder vielmehr ist schon seine Existenz seine Strafe. Allerdings existiert die Presse auch als Gewerbe, aber dann ist sie keine Angelegenheit der Schriftsteller, sondern der Buchdrucker und Buchhändler.“ (Marx, MEW 1, 71)

Selbst die ersten kommerziell ausgerichteten Zeitungsunternehmen “tended to operate in local and competitive markets and their content was almost always explicitly politically partisan,” d.h. „explicitly subsidized for noncommercial purposes” (McChesney 1998, 5).

Eine ernstzunehmende kommerzielle Presse entwickelte sich erst nach den bürgerlichen Revolutionen, und wurde auch von den frühen Theoretikern des bürgerlichen Liberalismus in ihrem kommerziellen Aspekt nicht als strukturelles Problem bearbeitet. Unterhaltung, Journalismus und Öffentlichkeit waren zu dieser Zeit nicht kommerziell oder ökonomisch motiviert, und selbst die kommerzielle Presse, die im 19. Jahrhundert existierte (vor allen Dingen Zeitungen), war in der Regel auf regionale Märkte begrenzt und von starken und klaren politischen Parteinahmen geprägt (die sogenannte „Gesinnungspresse“).

Das sollte sich erst Ende des 19. Jahrhunderts mit dem Aufstieg des sogenannten „Monopol-Kapitalismus“ ändern. Dieser ist durch eine zunehmende Konzentration ökonomischer Macht in Großunternehmen gekennzeichnet, die durch den Aufkauf und die Verdrängung von Wettbewerbern entstanden waren. Dadurch wurden auch die vormals fragmentierten und lokalen Märkte vergrößert, die, vom „Wettbewerb“ bereinigt, zunehmend oligopolistische Strukturen annahmen. In diesem Sinne konzentrierte sich auch die Zeitungsindustrie, die nach der Einführung der neuen Rotationsverfahren in der Drucktechnik seit Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur in der Lage war, die für die Bedienung von überregionalen Märkte erforderlichen großen Auflagen zu bedienen, sondern aufgrund der dazu notwendigen hohen Einstiegsinvestitionen letztlich auch zu einem ökonomischen Konzentrations- und Expansionskurs verdammt war. Vor allen Dingen aber wurde mit der Etablierung der Großkonzerne und ihren „Marken“ sowie durch die Vergrößerung und Oligopolisierung der Märkte eine strukturelle Integration der „Kommunikationsindustrie“ in den kapitalistischen Akkumulationsprozess ermöglicht: die bis dahin nur marginale „Werbeindustrie“ begann ihren Aufstieg: “In newspaper industry revenue overall, the share that accounted for advertising increased from 40 percent in 1880 to over 60 percent by 1920.” (McChesney 1998, 5)

In dem Moment, wo zunächst in der Zeitungsindustrie ökonomische Konzentrationsprozesse einsetzten und sich monopolistische Strukturen auszubilden begannen<sup>26</sup>, die in den USA auch bald das zu diesem Zeitpunkt noch sehr junge Radio erfassen sollten, wurden nun sowohl vom liberalen Standpunkt (z.B. von John Dewey oder Edward Bellamy) Kritik an der

---

<sup>26</sup> Ein Prozess, der durch das zunehmende Aufkommen von Werbung unterstützt wurde, die, während sie im Frühkapitalismus eine untergeordnete Rolle spielte, im monopolisierten Markt an Bedeutung gewinnt. (vgl. Baran/Sweezy 1966)

Legitimität eines kommerziellen Journalismus formuliert,<sup>27</sup> wie von kritischer Seite noch Vorschläge für die „Aneignung“ und „Umfunktionierung“ der frühen massenmedialen Apparate des Industriezeitalters formuliert wurden.<sup>28</sup>

Die mit der „Kommerzialisierung der Kommunikation“ entstandene Problematik beschreibt nicht nur den historischen Ausgangspunkt für eine „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“, sondern auch das Gravitationszentrum einer Vielzahl der heute etablierten medientheoretischen Disziplinen und Erwägungen.<sup>29</sup> Tatsächlich etabliert hat sich die „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ als Feld wissenschaftlicher Unternehmungen jedoch erst vor dem Hintergrund der geopolitischen, ideologischen, makro-ökonomischen und politischen Strategien der westlichen Nationalstaaten (und dabei insbesondere der USA) nach dem Zweiten Weltkrieg und der militärischen, politischen und ökonomischen Integration des westlichen Blockes im Kalten Krieg (Shaw 2000). Dabei ging es zum einen um eine Kritik der

---

<sup>27</sup> In diesem Zusammenhang zeigt Robert McChesney, dass die Krise der Legitimität des US-amerikanischen Journalismus durch die Entstehung des „professionellen Journalismus“ beantwortet wurde, also dem Versprechen, dass ein neutraler, vertrauenswürdiger, von den Interessen der Medienbesitzer, Werbekunden oder den Vorurteilen der Journalisten unabhängiger Journalismus durch die Ausbildung und Professionalität der Redakteure und Reporter gewährleistet werden könnte (vgl. McChesney 2004, 57-77).

<sup>28</sup> Hier sind z.B. Brechts Radiotheorie oder Benjamins Konzeption des Autors als Produzent zu nennen.

<sup>29</sup> Mit der über die Werbefunktion erfolgten Integration der Massenkommunikation in den Prozess der Kapitalakkumulation entstand z.B. die den Journalismus bis heute prägende „professionelle“ Ethik, d.h. der Anspruch einer „objektiven“ Berichterstattung. Um seine Glaubwürdigkeit angesichts der vor allen Dingen von liberaler Seite formulierten Zweifel an dem neuen Geschäftsmodell, namentlich der unterstellten Einflussnahme der neuen Geldgeber auf die veröffentlichten Inhalte und Meinungen, zu bewahren, wurde im Rahmen eines Professionalisierungsprozesses, in dessen Zuge auch viele der heute namhaft-existierenden Institutionen journalistischer Ausbildung gegründet wurden, die Orientierung an politischer Gesinnung und partikularen Standpunkten zugunsten von vermeintlich „objektiven“ Kriterien für die Berichterstattung zurückgedrängt (McChesney 2004, 58ff).

Mit der über das werbefinanzierte Geschäftsmodell eingeleiteten Kommerzialisierung der Information hat sich die primäre Funktion der Medieninhalte grundlegend gewandelt. Zwar kann in der Regel weiterhin nicht kausal von den Interessen der Geldgeber auf die Medieninhalte geschlossen werden, zumal diese nicht objektiv, sondern nur in der Aneignung eines geneigten Publikums ihre offenbar gar nicht mal so deutlich nachweisbare Wirkung entfalten. Selbstredend wird in der veröffentlichten Meinung noch eine unabhängige Weltauffassung vertreten, es eignet ihr mitunter eine oppositionell-kritische politische Meinung oder es sind ihnen sachlich-argumentative Erwägungen zu entnehmen, über die es nachzudenken lohnt. Damit wird zumindest schwer bestreitbar, dass sie z.B. ihrem bundesdeutsch verfassungsrechtlich erteilten Auftrag, zur politischen Meinungsbildung beizutragen, nachkommen. Allerdings stellt dieser in der *Praxis* der Medienproduktion eben nicht den Sinn und Zweck der journalistischen Bemühungen, sondern stellt schlechterdings nur so etwas wie eine „positive Externalität“ einer Ökonomie dar, in der es in erster Linie darum geht, die größtmögliche Aufmerksamkeit für Oberflächen herzustellen, auf denen Werbebotschaften präsentiert und verkauft werden können. Wahrheitsgehalt, Zuverlässigkeit, Aktualität und investigative Recherche sind nicht so sehr Kriterien eines aufklärerischen Auftrages wie Markenzeichen, um eine Leserschaft zu binden, eine Auflage zu ermöglichen und die Preise für Werbung und Anzeigen nach oben zu schrauben.

In diesem Sinne ist die relative Autonomie der veröffentlichten Meinung gegenüber den Interessen von Eigentümern und Geldgebern, besser: ihre relative Einschränkung angesichts der Produktionsbedingungen individueller Redakteure, eines zunehmenden Verdrängungswettbewerbs auf dynamischen Medienmärkten und der Abhängigkeit von einem volatilen Werbemarkt und der oft schmerzlichen Restrukturierung der traditionellen Geschäftsmodelle angesichts der von Digitalisierung und neuen Medien gestellten Herausforderungen Gegenstand vieler medienwissenschaftlicher Fragestellungen.

Verbindungen zwischen der US-Regierung, der US-Außenpolitik, der Kommunikationsindustrie und dem militärisch-industriellen Komplex, zum anderen um die Analyse des Zusammenhangs zwischen nationaler Entwicklungspolitik und den Strukturen des US-amerikanisch dominierten, globalen Medien- und Kommunikationssystems insbesondere in den post-kolonialen Staaten. "This invariably required an examination of the role of foreign and transnational communication firms in developing nations, as well as the operations of transnational organization like the United Nations, the World Bank, and UNESCO." (McChesney 1998, 11)

Im Kontext der sogenannten „Kulturimperialismusthese“ in den 1960er und 1970er Jahren wurden – trotz der vielen theoretischen Verkürzungen, sowohl in der imperialismustheoretischen wie der kulturtheoretischen Dimension dieser Debatten – bereits viele Aspekte der Problematik „Massenkommunikation und Globalisierung“ verhandelt. Die in diesem Rahmen vorgenommenen empirischen Analysen stellen gegenüber dem oft abstrakt-verallgemeinernden Globalisierungsdiskurs der 1990er Jahre die grundlegenden asymmetrischen Verhältnisse der globalen Medien- und Kommunikationsstrukturen heraus. Wohl aus diesem Grund rekurrieren auch die aktuellen Debatten, insofern sie sich überhaupt mit der empirischen Faktenlage und den strukturellen Asymmetrien in der globalen Kommunikationsordnung kritisch auseinandersetzen, immer wieder auf die Arbeiten von Vincent Mosco, Herbert I. Schiller, Peter Golding, Graham Murdock, Robert McChesney, Edward S. Herman, Jill Hills, Vincent Mosco und David Hesmondalgh bzw. im deutschsprachigen Raum auf die Arbeiten von Horst Holzer, Wulf D. Hund, Dieter Prokop, Manfred Knoche, Oskar Negt und Alexander Kluge.

Da mit der Bearbeitung der Fragestellung und im Hinblick auf das in diesem Abschnitt formulierte theoretische Interesse, einen analytischen Rahmen für eine „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ auszuarbeiten, noch ausführlicher auf den Zeitraum insbesondere seit den 1970er Jahren einzugehen sein wird, soll an dieser Stelle nur überblicksartig-schematisch die von David Hesmondalgh (2002) vorgeschlagene Periodisierung für die Entstehung eines globalen Kommunikationssystems seitdem vorgestellt werden. Demnach wären die entscheidenden Konjunkturen der ‚Globalisierung der Massenkommunikation‘ analytisch als die ineinanderschlagende Abfolge von vier Wellen darstellbar:

1. das Ende der fordistischen Nachkriegskonjunktur zunächst in den USA und England, die Entstehung der neoliberalen Formation als Antwort auf die Weltwirtschaftskrise, massive Investitionen in die IKT-Infrastrukturen (1970er) und die Reorganisation der US-amerikanischen Telekommunikationspolitik (Anfang 1980er);
2. der Einzug der neoliberalen Wirtschaftspolitik nach Westeuropa und andere Industriestaaten (ab Mitte der 1980er); in deren Folge die vormals nationalstaatlich regulierten Kommunikationssektoren liberalisiert und privatisiert wurden, sowie
3. die tatsächliche neoliberale Globalisierung nach dem Zusammenbruch des Ostblocks (ab 1989), die allerdings schon inmitten der

4. Konvergenz- und Internationalisierungsprozesse seit Beginn/Mitte der 1990er Jahre stattfand, die zur Auflösung der traditionellen sektoralen Struktur der Massenkommunikation und bis zum Ende der 1990er Jahre zur Entstehung eines globalen Kommunikationssystems führen sollten. (vgl. Hesmondalgh 2002, 114ff)

Als Folge dieser sehr schematisch periodisierten Entwicklungen lässt sich für das Projekt einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ festhalten: Im Zuge der Weltwirtschaftskrise verfolgten die zur Restrukturierung gezwungenen Unternehmen in der bald darauf bald folgenden Welle neoliberaler Deregulierung nicht nur expansive Internationalisierungsstrategien, sondern tätigten auch massive Investitionen in die Telekommunikations- und informationsverarbeitenden Infrastrukturen – wodurch die in diesem Sektor tätigen Unternehmen zunehmend ins Zentrum der Weltwirtschaft rückten. Seit ihrem Aufstieg zu einem relevanten ökonomischen Sektor agieren die kapitalistisch organisierten Medien- und Kommunikationsunternehmen in ihren ökonomischen Praxen und Strategien tatsächlich zunehmend wie andere ökonomische Akteure (Knoche 2000; Leidinger 2003, 383ff). Nach ihrer Mitte der 1990er Jahre weitgehend abgeschlossenen Privatisierung und den beständig erweiterten politischen Deregulierungsinitiativen waren die Medien- und Kommunikationssektoren intensiven Internationalisierungs-, Transnationalisierungs-, Konglomerations-, und Konzentrationsdynamiken unterworfen.

Insofern die Strategien der globalen Medienunternehmen heute in erster Linie von den Maximen eines neoliberal deregulierten, oligopolistischen und hoch-spekulativen transnationalen Medienmarktes bestimmt werden und Medienpolitik sich zunehmend als „Medienwirtschaftspolitik“ artikuliert (Knoche 2000), scheint es notwendig und sinnvoll, erneut auf die Tradition der „Kritik der politischen Ökonomie“ zurückzugreifen, um über eine betriebswirtschaftliche Unmittelbarkeit hinaus die Strukturen eines globalen, transnationalen und kapitalistischen Kommunikationssystems im Sinne einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ neu zu entfalten (Knoche 2000; McChesney 1998; 1999, 78).

Auf dem noch relativ unbestellten Feld der „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ dominieren neben den immer wieder rezierten Arbeiten zum Kulturimperialismus der 1970er Jahre bisher vor allen Dingen normative (McChesney), ökonomische (Knoche) und kulturwissenschaftliche (Hesmondalgh) Ansätze.

Im Hinblick auf die Formulierung einer politischen Perspektive gilt es zunächst, sich von den funktionalistischen, instrumentalistischen und reduktionistischen Ansätzen abzugrenzen, die insbesondere marxistische bzw. historisch-materialistische Herangehensweisen zum dem Bereich „Kultur, Medien und Kommunikation“ bisher – bspw. im Kielwasser der kulturimperialistischen Diskurse – hervorgebracht haben. Die Funktion der Medien kann jedoch weder aus einer a priori gegebenen, globalen Herrschaftsfunktion<sup>30</sup> noch aus dem allgemeinen Warencharakter<sup>31</sup> abgeleitet werden.

---

<sup>30</sup> vgl. hier als hervorragendes Beispiel die Konzeption der Ideologischen Staatsapparate bei Louis Althusser, unter die, analog zu Gramscis Bestimmung der Zivilgesellschaft, auch die Massenmedien fallen. Diese werden von vorneherein vom „Standpunkt der Reproduktion der Produktionsverhältnisse“

In der medienwissenschaftlichen Debatte spielen diese, auch aufgrund der von ihnen ausgehenden bzw. von ihnen gerechtfertigten politischen Erfahrungen, ohnehin eine nur noch marginale Rolle. Dabei sei an dieser Stelle nochmals unterstrichen, dass in der Tradition der ‚Kritik der politischen Ökonomie‘ selbst die ökonomischen Strukturen und Strategien ohnehin nicht im Sinne einer ‚reinen Ökonomie‘, d.h. unabhängig von ihrer politischen Dimension entwickelt werden können, insofern Produktionsbedingungen und -verhältnisse immer auch durch bestimmte politische und ideologische Kräfteverhältnisse konstituiert werden. Der durch die zunehmende Privatisierung, Liberalisierung und Kommerzialisierung des Kommunikationssektors geschaffene „bestimmte Markt“ sowie die sich auf diesem vollziehenden Konzentrations- und Fusionsprozesse gehen in diesem Sinne auch auf die Formierung politischer Kräfteverhältnisse bzw. die Artikulation von politischen Projekten auf einem spezifisch-selektiv strukturierten Terrain zurück. Was für die Konstitution „des Ökonomischen“ gilt, muss erst recht für die Konstitution „des Ideologischen“ gelten. Die

---

als der „ultimativen Bedingung“ für Produktion überhaupt konzipiert. Für Althusser kann „the essential of the existence and nature of the superstructure“ nur von eben diesem „point of view of reproduction“ (Althusser 1971, 131) charakterisiert werden. Von diesem Standpunkt aber erscheint Gesellschaft nur unter dem Gesichtspunkt der Funktionen, die die Reproduktion der Verhältnisse sichern. In diesem Sinne werden soziale Praxen zu Funktionen der Struktur reduziert, die als bereits gegeben vorausgesetzt wird. Obwohl Althusser zwischen „simple (reproducing exactly the previous condition of production)“ und „extended (expanding them)“ (Althusser 1971, 123) Reproduktion unterscheidet, nach der diese als „Reproduktion/Transformation“ (vgl. Pecheux) konzipiert werden könnte, entscheidet er sich „to ignore this (...) for the moment“ (Althusser 1971, 123) und in der Tat für den weiteren Verlauf seiner Abhandlung. Und obwohl er später formelhaft die Wichtigkeit von gesellschaftlichen Widersprüchen und Klassenkampf betont, erscheinen sie nicht wirklich im Zentrum seines Interesses. Die Ideologischen Staatsapparate sind von Beginn an in den geschlossenen Zusammenhang der Reproduktion der Verhältnisse eingeschlossen. Dieser Funktionalismus wird in folgender Passage mehr als deutlich: „1. *All ideological State apparatuses, whatever they are, contribute to the same result: the reproduction of the relation of production, i.e. of the capitalist relations of exploitation.* 2. *Each of them contributes towards this single result in the way proper to it. The political apparatus by subjecting individuals to the political State ideology, the ‘indirect’ (parliamentary) or ‘direct’ (plebiscitary or fascist) ‘democratic’ ideology. The communications apparatus by cramming over every ‘citizen’ with daily doses of nationalism, chauvinism, liberalism, moralism, etc, by means of the press, the radio and television. The same goes for the cultural apparatus (the role of sport in chauvinism is of the first importance), etc.. The religious apparatus (...). The family apparatus ... but there is no need to go on.* 3. *This concert is dominated by a single score, occasionally disturbed by contradictions (those of the remnants of former ruling classes, those of the proletarians and their organizations): the score of the Ideology of the current ruling class which integrates into its music the great themes of the Humanism of the Great Forefathers (...), and the themes of Interest, particular and general, etc. nationalism, moralism and economism.* 4. *Nevertheless, in this concert, one ideological State apparatus certainly has the dominant role (...). This is the School.*“ (Althusser 1971, 146, Hervorhebungen M.H.).

<sup>31</sup> Leidinger rekurriert z.B. auf Horst Holzer, der aus der dem Warencharakter entspringenden Dialektik „vier ökonomische bzw. politische Funktionsbereiche der Medien ab[leitet], die unter Konkurrenzbedingungen realisiert werden: kapitalökonomische Funktion, warentzirkulierende Funktion, d.h. Verbreitung von Konsumklimata und Bewerbung von Produkten und Dienstleistungen, herrschaftlichen Funktion im Sinne einer ‚Legitimierung und Propagierung des gesellschaftlichen Organisationsprinzips‘ und regenerative Funktion, womit er Information und Unterhaltung meint, die beide an den vorherigen Funktionen ausgerichtet sein müssen.“ (vgl. Leidinger 2003, 44) Zwar sind damit immerhin entscheidende Hinweise auf gesellschaftliche Funktionsbereiche der Medien gegeben, und der Warencharakter der Medien bildet in der Tat einen entscheidenden Ausgangspunkt für eine ‚kritische politische Ökonomie der Medien‘ (vgl. McChesney 1998), doch können diese Funktionen nicht allein aus dieser formalen Bestimmung entwickelt, geschweige denn ‚abgeleitet‘ werden, sondern müssen historisch und empirisch überprüft werden.

Einwände der Cultural Studies hinsichtlich der relativen Kontingenz subjektiver Aneignungsprozesse sowohl von kommunizierten Inhalten wie auch der „Kommunikationsmittel“ innerhalb von vermachteten gesellschaftlichen Verhältnisse kommen hier zum Tragen. Die folgende Untersuchung wird in der Betrachtung des Komplexes „Kultur, Medien und Kommunikation“ von dieser explizit politischen Perspektive ausgehen.<sup>32</sup>

Die politische Programmatik der „Kritik der politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ ist bisher hauptsächlich durch einen emphatisch-positiven Bezug auf liberale Themen und Ideale charakterisiert: „If communication was only incorporated into the heart of the capital accumulation process in the twentieth century, it has always been a cornerstone feature of liberal democratic theory and practice.“ (McChesney 1998, 7) In diesem Sinne stellen bürgerlich-liberale Themen wie der Schutz der Meinungs- und Pressefreiheit und einer freien und pluralistischen Medienlandschaft, die Funktionen der politischen Meinungsbildung und Erziehung zur Herstellung einer informierten Öffentlichkeit (Publizität) auch für die „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ ernstzunehmende und nicht hintergehbare Eckpfeiler dar:

„The political economy of communication takes these provisions seriously; it can probably be distinguished from all other forms of communication research by its explicit commitment to participatory democracy. Research is driven by a central premise drawn directly from classical democratic political theory: the notion that democracy is predicated upon an informed participating citizenry, and that a political culture typified by an active and informed citizenry can only be generated in final analysis by a healthy and vibrant media system. Accordingly, the political economy of communication has a strongly normative critique of the ways in which state policies and the methods by which media are owned, managed, and subsidized affect the capacity of the media to serve this “democratic function”.“ (McChesney 1998, 8)

Tatsächlich ist für McChesney eine Kritik des Kapitalismus nur insofern Bestandteil der „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“, wie das kapitalistische Mediensystem strukturell antidemokratisch ist. Auch wenn die Verständigung über Meinungs- und Pressefreiheit als staatlich sanktionierte Rechte die normativen Eckpfeiler dieser Debatten bilden, so fassen das Problem allerdings nicht im Sinne der materiellen Kommunikationspraxis.

Im Umgang mit dem Widerspruch zwischen der privatwirtschaftlichen und öffentlichen Funktion der Medien sind die hier als bürgerlich-liberal zusammengefassten Medientheorien

---

<sup>32</sup> In diesem Sinne könnte dann auch der Rückgriff auf Gramscis Anmerkungen zur Hegemonie erfolgen, die in den 1930er Jahren im faschistischen Gefängnis entstanden sind und in denen er die Bedeutung der „Tatsachen der Kultur“ für die Organisation und Stabilisierung von stabilen Herrschaftsverhältnissen herausarbeitet. Zwar konzentriert sich seine Analyse eher auf die Bedeutung der großen Intellektuellen im italienischen Risorgimento, allerdings identifiziert Gramsci z.B. die Presse bereits als das dynamischste Element in der Organisation der materiellen Struktur der Ideologie. Obwohl er die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Medien und Telekommunikation bis hin zur Entstehung eines globalen Mediensystems natürlich nicht voraussehen konnte, liefern seine historischen Analysen über die Bedeutung der Presse, des Radios, der Trivalliteratur und des Alltagsverstandes für den sich dem Faschismus übergebenden, italienischen Nationalstaat einige wichtige methodische Anhaltspunkte für meine Fragestellung.

von einem normativen Medienverständnis geprägt, das in der Tat stark an die staatstragenden liberal-bürgerlichen Demokratietheorien angelehnt ist.<sup>33</sup> In diesen wird Demokratie als freier Wettkampf der Meinungen und Ideen konzipiert, wobei aufgrund einer gewissen Skepsis gegenüber der ‚öffentlichen Meinung‘ (vgl. Habermas 1996, 209-24) den Medien in den modernen Massengesellschaften eine entscheidende Funktion zugesprochen wird.<sup>34</sup> Diese Funktion wird dementsprechend durch verschiedene normative Prinzipien definiert, die sich unter den drei Oberbegriffen „Information/Bildung/Sozialisation, Kritik und Kontrolle“ subsumieren lassen.

Christiane Leidinger bemerkt zurecht, dass derartige Bestimmungen in der Regel die „(ökonomischen) Bedingungen der Medienproduktion marginalisieren oder ausblenden und damit auch die Frage nach der Umsetzbarkeit der normativen Ansprüche an die Medien nicht oder nur sehr bedingt ausloten können.“ (Leidinger 2003, 45) Bestenfalls wird in solchen Debatten das Problemfeld Demokratie und Massenmedien zwar angesprochen, allerdings werden die Aporien, die sich aus der „Doppelfunktion“ der Medien als privatwirtschaftliche und öffentliche Instanzen ergeben, nicht strukturell erklärt. In der Regel erscheinen die Medien hier also als Gefangene eines gesellschaftlichen Widerspruchs, der durch ethische und moralische Instanzen (wie z.B. dem Presserat oder durch Appelle an individuelle JournalistInnen) zu berichtigen gesucht wird. Im schlechtesten Fall wird die Funktion der Medien als ‚Politikvermittler‘ zwischen Staat und Gesellschaft kritiklos akzeptiert, ohne dass, vermittelt über das demokratietheoretische Problem, zumindest die grundlegenden Widersprüche der ‚Doppelfunktion‘ aufscheinen.

„Generally, diversification of ownership within media companies has diluted tendencies towards political partisanship. In many EU Member States, family/individual-owned media companies have now been floated on the stock market (e.g. groups owned by Bertelsmann, Berlusconi, Kirch, Lagardère, Maxwell, Murdoch, Mediaset, Rusconi), although Berlusconi and Murdoch retain substantial interest through controlling shares. Shareholder-owned groups are less likely to have close ties to political parties than individual owners. Particularly in newspapers, political partisanship, which was pronounced in the 1980s, has lessened to a considerable degree. Whether this is ‘good’ or ‘bad’ for democracy is debatable. Although shareholder-owned companies have less political allegiance and increased transparency, there is the concern that they invest less in content and may sacrifice editorial independence in favour of profitability.“ (Harcourt 2005, 148)

In diesem Sinne müsste es der „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ gegenüber den bürgerlich-positivistischen Medientheorien in erster Linie um die Ausbildung eines nicht-normativ motivierten Ansatzes gehen. Medien und gesellschaftliche Kommunikationskanäle wären demnach nicht in erster Linie anhand ihrer

---

<sup>33</sup> In deren Hintergrund winkt stets der Begriff der bürgerlichen ‚Öffentlichkeit‘ (vgl. z.B. Habermas 1996) bzw. ‚Publizität‘ (Kant 1997) als regulierendes normatives Motiv.

<sup>34</sup> „Die moderne Demokratie basiert auf der Idee einer Kräfteverteilung zwischen Machthabern, Kontrolleuren und Wählern. Den politischen Akteuren stehen unabhängige, kritische Journalisten und aufgeklärte, umfassend informierte Bürger gegenüber – so soll es sein. [...] Demokratie basiert somit auf öffentlichen Prozessen der Meinungs-, Willens- und Entscheidungsbildung. Demokratie ist Regierung durch öffentliche Meinung.“ (Weischenberg 1998, 11)

vom ahistorisch und normativ überwölbten Standpunkt anvisierten, normativ definierten Funktionen einer „Öffentlichkeit“ bzw. repräsentativen Demokratie im idealen, Habermasschen Sinne zu bestimmen, um dann in ihrer Abweichung von diesem Ideal kritisiert zu werden. Im Rahmen einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ aber kann sich die Vorstellung eines wahrlich demokratischen Medien- und Kommunikationssystems nicht aus den ahistorischen Verklärungen der frühbürgerlichen Epoche, sondern nur aus der die nüchternen Analyse und Kritik des Bestehenden entwickeln.<sup>35</sup> Auch wenn die liberalen Kommunikationsfreiheiten weiterhin essentiell und als solche gegenüber staatlichem Eingriff und struktureller Zensur zu verteidigen sind, kann die Kritik des gegenwärtigen globalen Kommunikationssystems längst nicht mehr an ihrem durch Kapitalisierung und Kommerzialisierung vollzogenen „Strukturwandel“ (Habermas) ansetzen, sondern hat ihre tatsächliche gesellschaftlich-praktische Eigenlogik als profitorientierte Akteure auf transnationalen Märkten zu begreifen<sup>36</sup> und somit die Kritik ihrer politischen Ökonomie zu betreiben. Dabei zeichnet sich ihre Ökonomie als hochgradig politisch ab, wie kaum ein anderer ökonomischer Zweig sind Medien und Kommunikation gesellschaftlich umkämpft und politisch reguliert.<sup>37</sup>

---

<sup>35</sup> Diese Problemstellung ist z.B. auch McChesney bekannt: „The political economy of communication, at its best, should develop models for democratic communication that emerge organically from the critique of the commercial media system.“ (McChesney 1998, 9). Die Aufgabe, ein besseres, demokratisches Mediensystem zu bestimmen, würde im Übrigen dadurch erschwert, dass „the “really existing alternative” to capitalism and commercial media for much of the twentieth century – the communist systems in Eastern Europe and Asia – were singularly unattractive from a democratic perspective.“ (McChesney 1998, 9) Aus diesem Mangel von Alternativen wendet sich der US-amerikanische Medienkritiker dem Öffentlichkeitsbegriff im Sinne von Jürgen Habermas zu und entwirft als ideales Mediensystem eine von Staat und Markt unabhängige Sphäre, die nicht kommerzialisiert und trotzdem wohl finanziert, dezentral und natürlich demokratisch kontrolliert sein soll.

<sup>36</sup> Deshalb soll in dieser Arbeit nicht herausgearbeitet werden, *dass* die Kommunikationsstrukturen heute kapitalistisch organisiert sind und den Notwendigkeiten der Profitmaximierung und eben nicht primär den Normen eines bürgerlich-liberalen Staatsverständnisses entsprechen. Dies wurde schon oft festgestellt und bewiesen und kann hier vorausgesetzt werden. Vielmehr soll der Versuch unternommen werden, die Entstehung dieser Kommunikationsstrukturen anhand der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nachzuvollziehen.

<sup>37</sup> Ihre ökonomische Aktivität ist neben der Tatsache, dass das Medienkapital durch politische Deregulierungsmaßnahmen zunehmend wie jedes andere Kapital agieren kann, vor allen Dingen durch ihre *abgeleitete* Funktion innerhalb der kapitalistischen Produktions- und Reproduktionsverhältnisse gekennzeichnet, d.h., dass sich Medienunternehmen nicht so sehr über den Vertrieb der Medienprodukte selbst finanzieren wie über die von diesen produzierte Aufmerksamkeit für Werbebotschaften, und demnach in einem so genannten „Verbundmarkt“ agieren. Dabei interessieren mich vor allen Dingen die makroökonomischen Strategien von Staaten und Unternehmen, also die Regulierungsproblematik im weitesten Sinne, die Konzentrations- und Konvergenzprozesse und die Akkumulation von kommunikativer und ökonomischer Macht und damit einhergehend die Aufteilung der Welt (z.B. im Hinblick auf Osteuropa), und nicht so sehr, dies sei eingestanden, die *Kapitalförmigkeit* der Medienproduktion und das Schicksal der Lohnabhängigen. Letztere Aspekte sind nicht zu leugnen und spielen auch immer wieder eine Rolle, z.B. weil sie Indikatoren für die Transformation der materiellen Struktur abgeben (Tendenzen: zunehmende Lohndrückerei, prekäre Beschäftigungsverhältnisse, miserable Arbeitsbedingungen, zunehmende Standardisierung und technokratische Aushöhlung der Medienberufe, Konzentration von Macht und Wissen), stehen aber erstmal nicht im Vordergrund meines Interesses, weil sie – soweit ich das überblicke – eben nicht die spezifische Dynamik des Mediensektors zu erklären vermögen. Diese Vernachlässigung des Kapitalverhältnisses als sozialem Verhältnis mag aus marxistischer Perspektive

Aus diesem Grund wird die Analyse der politischen und ökonomischen Strategien auf dem Feld der Massenkommunikation, wie sie sich auf europäischer Ebene im Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ und dessen Erweiterung auf die mittel- und osteuropäischen Kommunikationsräume verdichten, im Vordergrund stehen. Eine darüber hinausgehende Analyse des Zusammenhangs zwischen der durch die „Europäische Informationsgesellschaft“ vorangetriebenen spezifischen Organisation der Kommunikationsinfrastruktur und der über diese zweifellos eingeleiteten Veränderungen in den ästhetischen, sozialen und ideologischen Dimensionen der über diese vermittelten bzw. zugänglichen Medieninhalten kann und soll in diesem Rahmen nicht geleistet werden.

Diese Schwerpunktsetzung will nicht als Mangel, sondern als bewusste und doppelte Intervention verstanden werden: Zum einen soll entgegen der im Rahmen des Projektes einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ sehr starken Tradition um die sogenannte Kulturimperialismusthese, in der nicht nur ein einfaches, kausales Determinationsverhältnis zwischen ökonomischen Strukturen und der Struktur der Medieninhalte, sondern auch zwischen letzterer und der Konstitution von m.E. ohnehin unzulässig objektivierten Subjekten vorausgesetzt wird, der von kulturtheoretischen Ansätzen vielfach empirisch nachgewiesenen relativen Kontingenz dieser Verhältnisse Rechnung getragen werden. Zum anderen verabsolutiert tendiert eine ‚kulturalistische‘ Strömung in der Debatte um die ‚Globalisierung der Medien‘ zur Verabsolutierung der – durch rein „Text“-bezogene Analysen von Medienprodukten und empiristische Rezeptionsanalysen gewonnene – Schlussfolgerung, dass die Rezeptionsbedingungen und interpretativen Eigenleistungen des Publikums dem Medienprodukt alternative und subversive Bedeutung aufprägen können.<sup>38</sup>

Dabei soll nicht die Gültigkeit dieser empirischen Ergebnisse angezweifelt werden, die allerdings nicht viel mehr aber auch nicht viel weniger besagen, als dass es ‚die Medienwirkung‘ und insofern auch „die Medienperformanz“ als eine sich immer gleich bleibende, explizierbare objektive oder psychologische Funktion schlechterdings nicht gibt.<sup>39</sup> Die Rezeption von Medienprodukten kann nicht als ein typischer, isolierter und ‚monumentaler‘ psychologischer Prozess konzipiert werden, sondern ist als Teil der Produktion von Kultur selbst komplex gesellschaftlich vermittelt und muss dementsprechend

---

ein faux pas sein, vor allem erschwert es die Suche nach einem Standpunkt der Kritik, weil sie den dafür etablierten Klassenstandpunkt links liegen und die Frage nach dem Standpunkt der Kritik offen lässt.

<sup>38</sup> In dem von Stuart Hall vorgestellten, für Rezeptionsanalysen der Massenmedien richtungsweisenden Encoding/Decoding-Modell, verweist er auf die relative Autonomie der RezipientInnen in der Dekodierung von Medien-Botschaften durch modifizierende, oppositionelle oder missverstehende Lesarten von medialen Texten, so dass „keine notwendige Korrespondenz“ (Hall 1999, 106) zwischen Kodierung und Dekodierung angenommen werden kann (vgl. Hall 1999).

<sup>39</sup> Auch wenn sich diese These durch unzählige „selbstgefällige Reproduktionen ein und desselben Forschungsdesigns“ (Ang 1999, 322) immer wieder bestätigen ließ, bleibt eine solche formale Verallgemeinerung ‚leer‘, ‚abstrakt‘ und ‚ohnmächtig‘, da sie kaum mehr als Aussagen wie die folgende hervorbringen vermag: „In den modernen medienvermittelten Gesellschaften sind die Leute kompliziert und widersprüchlich, die Texte der Massenkultur sind kompliziert und widersprüchlich und die Leute, die diese Texte verwenden, produzieren eine komplizierte und widersprüchliche Kultur.“ (Ang 1999, 322, vgl. Morris 1988, 22).

als „hochgradig politisierter kultureller Prozess“ (Ang 1999, 323) verstanden werden.<sup>40</sup> „Die Aufwertung des Populären alleine, - durch die Betonung der offensichtlichen Tatsache, dass die Zuschauer aktive Bedeutungsproduzenten und phantasievoll im Umgang mit Vergnügen sind – lässt die Kulturkritik so lange ins Banale abgleiten, wie das Populäre nicht in seinem sozialen Kontext untersucht wird. Mit anderen Worten: auch wenn die Zuschauer in tausendfacher Hinsicht beim Gebrauch und der Interpretation der Medien aktiv sind, ist es nichtsdestoweniger völlig verfehlt, auf der strukturellen und institutionellen Ebene ‚aktiv‘ mit ‚mächtig‘ im Sinne von ‚die Kontrolle besitzen‘ gleichzusetzen. Auch wenn es ein ausgesprochen sinnvoller Ausgangspunkt ist, die Aktivität der Leute im Umgang mit Medientexten und -technologien als einen Machtzuwachs innerhalb ihres Alltagskontextes zu betrachten (der selbstverständlich der Kontext der Medienrezeption ist), dürfen wir die Marginalität dieser Macht nicht übersehen.“ (Ang 1999, 326)

Die relativ kontingenten Produktions- und Rezeptionsbedingungen von ‚Texten‘ können deshalb nur vor dem Hintergrund der allgemeineren Strukturen der Medienperformanz sowie der Rekonstruktion der „dominanten kulturellen Ordnung“ (Hall 1999, 103) im Rahmen einer Theorie der gesellschaftlichen Herrschaft- und Machtstrukturen angemessen interpretiert werden. Für Stuart Hall existiert so „ein herrschaftsförmiger, kultureller Konsens, der durch die Medien produziert und reproduziert wird und der dazu führt, dass Ereignisse in ähnlicher Art und Weise interpretiert werden“ (Leidinger 2003, 51). Die Rekonstruktion dieser „dominanten kulturellen Ordnung“ (Hall 1999, 103) muss demnach ein integraler Bestandteil von Studien zu Rezeptionsprozessen sein. Damit sehen wir uns abermals auf Gramscis Hegemonietheorie verwiesen: „Die Cultural Studies griffen auf Gramscis Konzept der Hegemonie zurück, um die führende Rolle der herrschenden Klassen für die Produktion allgemein geltender Bedeutungen und die ‚spontane‘ Zustimmung zu den bestehenden sozialen Verhältnissen zu erklären – ein Prozess, der niemals abgeschlossen ist, weil die Hegemonie niemals vollständig sein kann. Seit den Kommunikationsmedien eine zentrale Rolle im Kampf um Hegemonie zugesprochen wird, befasste sie sich mit der Rolle der Medien für die Produktion von Konsens und Übereinstimmung (...). Auf dieser Grundlage konnten die jeweiligen textuellen und institutionellen Mechanismus medialer Ideologieproduktion verstanden werden, durch die die Medien Ideologie produzieren, d.h. wie in Prozessen institutionalisierter kultureller Produktion bestimmte Bedeutungen in die Struktur von Texten eingesetzt werden, und zwar ‚bevorzugte Bedeutungen‘, die der Absicherung der bestehenden ökonomischen, politischen und sozialen Machtzusammenhänge dienen.“ (Ang 1999, 324f)

Der Telekommunikationsinfrastruktur kommt in diesem Zusammenhang die Bedeutung zu, den Zugang zu den Medieninhalten einer solchen „kulturellen Ordnung“ neu zu organisieren. Zum einen wird mit ihrem Ausbau, wie er bspw. im Zuge des Projektes einer „Europäischen

---

<sup>40</sup> „Eine derartige Einbindung ist notwendig, wenn die Cultural Studies nicht bloss eine raffiniertere Form der empirischen Publikumsforschung sein wollen, sondern zu einem umfassenderen strukturellen und historischen Verständnis unserer gegenwärtigen kulturellen Lebensverhältnisse beitragen. (...) Die Rezeption muss als Bestandteil ‚eines komplexen und widersprüchlichen Terrains betrachtet werden, als multi-dimensionaler Kontext, in dem die Leute ihren Alltag leben.‘“ (Ang 323f, vgl. Grossberg 1988, 25)

Informationsgesellschaft“ vor allen Dingen im Hinblick auf die Breitbandinfrastrukturen und der Einrichtung von öffentlichen Internet-Zugangspunkten avisiert wird, die Möglichkeit eines Zugangs für breite Teile der Gesellschaften enorm verbreitert. In diesem Sinne nehmen die „demokratischen Partizipationsmöglichkeiten“ absolut zu. Gleichzeitig wird durch die spezifische Art und Weise, nicht nur in der ihr Ausbau vorangetrieben und der Zugang zu ihr bereitgestellt wird, sondern auch durch den kommunikativen Rahmen der Möglichkeiten, den die Telekommunikationsinfrastruktur für eine solche demokratische Partizipation bereitstellt, dieser Zugang erneut selektivierend reguliert. An der Art und Weise, in der die neuen „Möglichkeiten“ de facto genutzt werden, zeigt sich, dass ein vorhandener Zugang zur Informationsgesellschaft allein keineswegs zwingend einen demokratischen Mehrwert produzieren muss. In einem relativen Sinne steht zu befürchten, dass die „demokratischen Partizipationsmöglichkeiten“ zumindest für einige Teile der Gesellschaften bzw. die Repräsentation ihrer Interessen durch ihre zunehmende Abwicklung über die Telekommunikationsinfrastruktur sogar abnehmen. „Die Telekommunikation“ bleibt in diesem Sinne ambivalent, die Frage nach ihrer konkreten Bedeutung bspw. für „die Demokratisierung“ einer bestimmten Gesellschaft ist deshalb ebenfalls differenziert zu beantworten.

Um also das Argument ernst zu nehmen, dass zunächst der gesellschaftliche Kontext und die spezifischen Bedingungen nicht nur von ‚Text‘-Produktion und -Rezeption, sondern auch von Distribution und Zugang dieser ‚Texte‘ rekonstruiert werden müssen, zielt die Fragestellung dieser Arbeit darauf ab, inwiefern durch die Repräsentation ökonomischer, politischer und gesellschaftlicher Interessenstrukturen in der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung auf die mittel- und osteuropäischen Kommunikationsräume die Integration eines selektiv strukturierten, erweiterten „Europäischen Kommunikationsraumes“ vorangetrieben wird.

- *Zur Begründung eines hegemoniethoretischen Ansatzes im Rahmen des Projektes der „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“*

In der „Internationalen Politischen Ökonomie“ waren die von Gramscis realistisch-analytischen Untersuchungen zur Organisation hegemonialer Verhältnisse in modernen Gesellschaften ausgehenden Ansätze recht ertragreich, wenn auch mehr in ihrer munter diskutierenden Diversität als in den reflexartig immer wieder unternommenen Versuchen, eine theoretische Geschlossenheit herzustellen. Um der Komplexität der Fragen nach der gesellschaftlichen Bedeutung der Medien und Kommunikationsinfrastrukturen, die durch den als neoliberal bezeichneten Globalisierungsprozess aufgeworfen werden, gerecht werden zu können und die politische Dimension der „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu entwickeln, schlage ich in diesem Sinne die Begründung eines hegemoniethoretischen Ansatzes innerhalb des Projektes einer „Kritik der politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ vor.

Obwohl Gramsci im faschistischen Gefängnis im Italien der 1930er Jahre die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung der Medien zwar hervorhob, die Entstehung eines globalen Kommunikationssystems allerdings natürlich nicht voraussehen konnte, liefern seine

hegemonietheoretischen Konzepte und Analysen wichtige methodische Anhaltspunkte für die gesellschaftstheoretische Entfaltung meiner Fragestellung.

Zwar wird die Hegemoniemetapher nun schon seit einigen Jahren von allen Seiten – vor allen Dingen von Vertretern des sog. Neo-Gramscianismus in der International Political Economy – bemüht, allerdings bleiben dabei die Gramscianischen Kategorien oft inhaltlich und in ihrer theoretischen Beziehung zueinander abstrakt, was vor dem Hintergrund des von Gramsci formulierten „absoluten Historismus“ höchst problematisch erscheint: Erst nach einer historisch-kritischen Aktualisierung von Konzepten wie Zivilgesellschaft, Alltagsverstand, etc., bei der nicht nur die einzelnen Konzepte inhaltlich, sondern auch ihre theoretische und historische Beziehung zueinander infrage gestellt werden müssen, könnte eine „hegemoniale Formation“ der Gegenwart skizziert werden.

Um über das in der Literatur vorherrschende, abstrakt-theoretische Verständnis von ‚Hegemonie‘ hinaus ein konkretes Verständnis der hegemonialen Kräfte der Gegenwart zu entwickeln, scheint mir die Untersuchung der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ein sinnvoller Ausgangspunkt. Mit dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ europäisiert sich nämlich nicht ein beliebiger ökonomischer Sektor, sondern der strategische Querschnittssektor, dem eine entscheidende Bedeutung für die Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit der Volkswirtschaften zugeschrieben wird. Gleichzeitig reartikuliert sich mit der europäisch koordinierten Freisetzung der Informationsinfrastruktur auf den Markt *die* zentrale Infrastruktur und damit die materielle Grundlage der „Zivilgesellschaften“ als des „Terrains gesellschaftlicher Kämpfe“ (vgl. u.a. Kebir 1991).<sup>41</sup>

Zu prüfen wäre in diesem Zusammenhang beispielsweise, inwiefern die neoliberale kapitalistische Expansion sich die dynamischsten Teile der einst nationalen Zivilgesellschaften einverleibt, um sie auf globaler Ebene als ‚kommerzielle Unternehmung‘ zu rekonstituieren und somit die Reproduktion der neoliberalen Kräfteverhältnisse und Strukturen auf ökonomischer, politischer, kultureller und ideologischer Ebene voranzutreiben. Dies umso mehr, insofern insbesondere die transnational orientierte Kapitalfraktionen ihren eigenen Interessen folgend im politischen wie im gesellschaftlichen Raum aktiv zur

---

<sup>41</sup> Gramsci strich die zunehmende Bedeutung der „Zivilgesellschaft“ als „Terrain gesellschaftlicher Kämpfe“ in der Organisation und Stabilisierung von Herrschaftsverhältnissen heraus. Dabei fasste er den Kampf um Positionen in der „Zivilgesellschaft“ – in Abgrenzung zu idealistischen, normativen oder funktionalistischen Konzeptionen – als integralen Bestandteil in der Organisation hegemonialer Projekte, d.h. als das Terrain, auf dem mit und um die Hegemonie gerungen und gesellschaftlicher Konsens organisiert wird. Der Aufstieg von neuen, weniger formal organisierten und weniger an bestimmte soziale oder nationale Interessen gebundenen zivilgesellschaftlichen Institutionen seit der Mitte des 20. Jahrhunderts hat auch die Frage nach der Bedeutung von ‚Zivilgesellschaft‘ als dem „Terrain des gesellschaftlichen Kampfes um Hegemonie“ neu gestellt: In der globalen Kommunikationsinfrastruktur, die heute das Terrain einer solchen „internationalen Zivilgesellschaft“ selektiv vorstrukturieren würde wie in den zunehmend transnational agierenden Medienkonglomeraten, die wohl die mächtigsten Akteure auf diesem Terrain wären (vgl. Shaw 1999), materialisiert sich eine dominante ideologische Organisationsform, die zwar kaum mehr von dem partikularen Willen einzelner politischer oder ökonomischer Gruppierungen abhängt oder instrumentalisiert werden kann, die allerdings aufgrund ihrer materiellen Struktur selbst an einer neoliberalen Öffnung des kapitalistischen Gesamtsystems interessiert ist.

Organisation des neoliberalen Konsenses beiträgt – und nicht zuletzt auch die dazu notwendigen Argumente und Instrumente kontrolliert. Insofern ein solcher Zusammenhang auch im Hinblick auf die Artikulation einer europäischen Medien- und Kommunikationspolitik im Hinblick auf das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nachgewiesen werden könnten, wären entscheidende organisatorische und institutionelle Momente der neoliberalen Hegemonie auf transnationaler Ebene, d.h. erste Umriss eines „integralen Staates“ des Neoliberalismus, skizziert.

Vor diesem Hintergrund müsste ihre Bedeutung als zivilgesellschaftliche Institutionen neu bestimmt werden,<sup>42</sup> wobei im Hinblick auf die historische Transformationen ihrer materiellen Basis ihre (zivil-)gesellschaftliche Bedeutung in Abgrenzung zu Gramscis (aber auch Althussers, Adorno/Horkheimers, Habermas‘, usw.) Konzeptionen neu herauszuarbeiten wäre. Diese Transformation der materiellen Basis der „Hegemonieapparate“ wurde von Habermas im „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ schon anvisiert, allerdings von einem unhistorischen und normativ überwölbten Standpunkt. Zudem hat sich diese Transformation vor allen Dingen in den 90er Jahren und auf globaler Ebene dramatisch beschleunigt und transnationalisiert, so dass wir es heute mit einem globalen, transnationalen und oligopolistischen Medienkapital zu tun haben, das aufgrund von technologischen und politischen Entwicklungen zunehmend auch ökonomisch konvergiert (Presse + Rundfunk + Telekommunikation). Auch wenn dieses zumindest in Teilen weiterhin stark politisch reguliert ist, geht die Tendenz hier seit Mitte der 1990er Jahre deutlich in Richtung Deregulierung. Mittlerweile sind diese „Hegemonieapparate“ ausreichend autonom und ermächtigt, ihre eigenen Interessen voranzutreiben und zum Teil auch durchzusetzen. Inwiefern diese Transformation der „materiellen Organisation der ideologischen Strukturen“ im Hinblick auf die Integration der osteuropäischen Kommunikationsstrukturen in das Projekt einer europäischen „Informationsgesellschaft“ auch die Medien als zentrale Institutionen im Kampf um Hegemonie umfasst, kann in dieser Arbeit nicht geprüft werden.<sup>43</sup>

Auch wenn diese Fragen hier nicht beantwortet werden können, so soll doch zumindest die rasante Entwicklung der diesem Wandel zugrundeliegenden Infrastruktur, also der Informations- und Kommunikationstechnologien untersucht werden. Dafür gilt es, die politische Artikulation der „Europäischen Informationsgesellschaft“ wie auch deren spezifische ‚relative Autonomie‘, die ihr innerhalb der komplex vermittelten

---

<sup>42</sup> „Zivilgesellschaft“ soll hier im Sinne Gramscis als „Terrain gesellschaftlicher Auseinandersetzungen um Hegemonie“ begriffen sein, um in Abgrenzung zum Begriff „Öffentlichkeit“ auf ein nicht-normatives Konzept zurückzugreifen.

<sup>43</sup> Gleichwohl seien an dieser Stelle zumindest die Fragen gestellt: Was bedeutet es, wenn die zentralen Hegemonieapparate selbst zunehmend in den Reproduktionszyklus des transnational orientierten Kapitals eingebunden sind – sowohl indirekt, abgeleitet im Sinne von Katalysatoren sich globalisierender Produktions- und Konsumtionsverhältnisse als auch direkt im Sinne der Globalisierung bzw. Transnationalisierung des Medienkapitals selbst? Was bedeutet dieser Sachverhalt für die Verortung der Medien innerhalb einer gesellschaftlichen Totalität und für die Strukturierung des Terrains gesellschaftlicher Auseinandersetzungen? Was bedeutet das insbesondere für die osteuropäischen Gesellschaften, ihre mit einem Anschluss an die EU verbundenen Hoffnungen, ihre demokratische Verfassung, ihre ökonomische Entwicklung? Und schließlich: was bedeutet es, wenn man – nicht normativ aufgeladen, sondern nüchtern betrachtet – die Frage stellt, wie Welt, Ordnung, Macht, Geschichte und Identität sich heute in „kybernetischen“ Formen und Foren vermitteln?

Hegemoniekämpfe sowohl in ökonomischer wie in politisch-ideologischer Hinsicht eignet, nicht in einer abstrakt-theoretisch verallgemeinerten Form, sondern konkret durch die Analyse des von asymmetrischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogenen, komplexen Artikulationsprozesses des Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung auf die Kommunikationsräume Mittel- und Osteuropas auszuarbeiten.

In diesem Sinne wird diese Arbeit weder mit einem Referat der gegenwärtigen neogramscianischen Debatten noch einer Selbstpositionierung innerhalb der Debatten rund um die postfordistische Formation, die Transformation von Staatlichkeit, die Internationalisierung des Staates oder Transnationalisierung seiner Apparate anheben. Dies mag als eine Schwäche der Arbeit ausgemacht werden und sie für den oder die so geschulte Leser\_in ungleich schwerer kommensurabel machen. Diese Entscheidung aber ist das Ergebnis einer jahrelangen Auseinandersetzung mit ebendiesen Debatten und Diskursen – und hat übrigens auch die Abfassung dieser Arbeit nicht unbedingt erleichtert. Die Trampelpfade und teilweise ausgebauten Autobahnen dieser Debatten werden in der Hoffnung verlassen, dass bei einer abenteuerlustigen Expedition ins noch nicht begrifflich zurechtgestutzte Unterholz die ein oder andere neue Erkenntnis zutage gefördert werden kann.

Dabei ermöglichen es gerade die ‚absolute‘ Historizität und Unabgeschlossenheit der gramscianischen Hegemonieproblematik, die Komplexität von ineinander greifenden historischen Prozessen als aufeinander bezogene „Artikulationsverhältnisse“ zu entfalten und so den von der kulturalistisch geprägten Debatte um die Globalisierung der Medien angemahnten theoretischen Komplexität und Ambivalenz sozialer Prozesse gerecht zu werden. Nach Erik Borg vermag ein hegemonietheoretischer Ansatz die formale Trennung von Ökonomie und Politik gerade durch seine „dezentrale methodologische Struktur“ zu überwinden: „Hegemonie bezeichnet ein umfassendes Feld von Führungs- und Herrschaftspraxen, welche sich zwar zu einem Großteil im Wirken von Markt und Staat ausdrücken, aber weder im ‚Primat‘ des einen noch des anderen wurzeln.“ (Borg 2001, 69)

So „verzichtet ein hegemonietheoretischer Ansatz bewusst auf einen archimedischen Punkt der gesellschaftlichen Entwicklung und versteht den Zusammenhang zwischen strukturellen Zwängen der kapitalistischen Vergesellschaftungsweise, konkreten Akkumulations- und Regulationspraxen sowie den bestehenden Interessenskonstellationen und sozialen Kräfteverhältnissen als eine ‚Bedingungskonstellation‘, in deren Rahmen sich konkrete Dispositive von Praxis und Wissen, mithin hegemoniale Projekte, herausbilden und wandeln.“ (Borg 2001, 69, vgl. Hirsch 1994, 207)

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass die Anerkennung der Wichtigkeit eines Themas keinesfalls erfordert, es zum Anfangs- oder Endpunkt aller relevanten gesellschaftlichen Prozesse und Entwicklungen zu erklären oder in ihm das Herausziehen eines ‚Neuen‘, ‚Ganz Anderen‘ festzustellen.<sup>44</sup> Im Hinblick auf die Artikulation

---

<sup>44</sup> Auch wenn das angesichts der sich überschlagenden Superlative und beinahe täglich stattfindenden gesellschaftlichen Revolutionen, der florierenden Globalentwürfe von ‚Gesellschaft‘

des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihre Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa bedeutet dies, dass sie ebenfalls nicht als Anfangs- oder Endpunkt eines historischen Prozesses, sondern als determinierte und determinierende Bestandteile einer komplex überdeterminierten, globalen „Bedingungskonstellation“ verstanden werden müssen, die neben der Analyse von nationalen, trans- und internationalen Interessenskonstellationen auch eine Analyse der dominanten Produktions- und Akkumulationsweise, der gesellschaftlichen Beziehungen, der politischen Kräfteverhältnisse und des ideologischen Terrains erforderlich macht.

Daraus folgen Überlegungen zur Darstellungsweise bzw. zur Auffassung der Darstellung des Gegenstandes dieser Arbeit. Aufgrund der Gleichzeitigkeit und Mehrfachartikulation ihrer sich gegenseitig konstituierenden Momente und deren ständig verketteten und miteinander verschnittenen Wechselwirkung kann das artikulierte Ganze nicht als logische oder zeitliche Folge, sondern muss als gegliederte Struktur eines Auseinanderhervorgehens vieler nicht miteinander identischen Bestimmungen dargestellt werden. In diesem Sinne gibt es kein Zentrum, keinen unbewegten Beweger als privilegierten Ausgangs- und Endpunkt der Betrachtung. Damit sind die Herausforderungen für die Darstellung umrissen.

### ***Einschränkungen des Untersuchungszeitraumes und des Gegenstandsbereiches***

Um den mit der Fragestellung und darauffolgenden Ausführungen formulierten, überaus ambitionierten und zu umfassend geratenen Ansprüchen dieser Arbeit genüge zu tun und gleichzeitig wohl ein wenig, aber nicht vollends an ebendiesen zu scheitern, sind Einschränkungen sowohl des Untersuchungszeitraumes wie des Gegenstandsbereiches zugunsten einer Zuspitzung auf exemplarische Fallanalysen notwendig.

Der Untersuchungszeitraum im engeren Sinne erstreckt sich von dem mit „1989“ markierten Epochenbruch bis zum 1.5. 2004, d.h. von dem Jahr des Zusammenbruches des Ostblocks bis zur ersten Runde der „EU-Osterweiterung“, in der die sogenannte „Luxemburg-Gruppe“ (Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta und Zypern) der Europäischen Union beiträt.

Innerhalb dieses Zeitraumes vollzogen sich auch in der Organisation der globalen Kommunikationsverhältnisse dramatische Veränderungen: neben einem globalen Verfügbarwerden und einer in der Folge massenhaften Anwendung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien, allen voran der Durchbruch des Internets und später der Mobiltelefonie, fällt auch die durch Privatisierung und schrittweise Liberalisierung eingeleitete Restrukturierung und Transnationalisierung der beteiligten Sektoren durch Konvergenz- und Konzentrationsprozesse in den 1990er Jahren. Zu deren Beginn wurden in den meisten westlichen Industriestaaten die nationalen Strategien und Programme aufgelegt, mit denen in der dynamischen Konjunktur in der Globalisierung der Massenkommunikation standortbezogene Vorteile gesichert werden sollten (z.B. die beiden Reformen der Deutschen Post) und aus denen auch das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ hervorgehen sollte. Mit dem Anfang 1992 unterzeichneten Vertrag

---

oder gar ‚Welt‘ etc. vermutlich notwendig wäre, um eine wissenschaftliche Arbeit erfolgreich auf dem Buchmarkt zu vertreiben.

von Maastricht wurde die Europäische Union gegründet, die Herstellung eines europäischen Binnenmarktes und der Ausbau der europäischen Wettbewerbsfähigkeit avancierten fortan zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Zu etwa dem gleichen Zeitpunkt wurde auch die europaweite, vollständige Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes bis zum Jahr 1998 beschlossen. Auch wenn die entscheidende Phase für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ also in diesen Zeitraum fällt, werden zur Erläuterung bestimmter Phänomene innerhalb des Untersuchungszeitraumes gleichwohl einige in die Vergangenheit greifende historische Abrisse zu unternehmen sein.

Der Untersuchungszeitraum ist mit dem Beitritt der zehn Mittel- und Osteuropäischen Länder am 1.5. 2004 insofern tatsächlich abgeschlossen, als sich „die EU“ mit diesem Beitritt selbst strukturell verändert: an der Artikulation einer Europäischen Wirtschaftspolitik und zentraler EU-Projekte sind fortan auch die vormaligen „Kandidatenländer“ als nun stimmberechtigte Mitglieder beteiligt. Mit diesen Veränderungen sowohl hinsichtlich der Topographie des politischen Feldes wie auch in der Konstellation, den Interessen und dem Artikulationsvermögen der politischen Akteure müsste eine Fortführung der Untersuchungen im Sinne der Fragestellung nochmals gänzlich neu anheben.

Um die Bearbeitung der zunächst relativ offen gehaltenen Frage nach dem Beitrag der „Europäischen Informationsgesellschaft“ zur *spezifischen Integration eines selektiv strukturierten "Europäischen Kommunikationsraumes"* zu operationalisieren, ist der Gegenstandsbereich ebenfalls an einigen Punkten exemplarisch zu verdichten. So können die verschiedenen Teil- und Unterfragen, die im Verlauf der Arbeit bearbeitet werden sollen, zunächst entlang von drei analytischen Ebenen gegliedert werden:

- 1) *die Artikulation von politischen Strategien und Projekten der Europäischen Union auf den Medien- und Kommunikationssektoren;*
- 2) *die Strategien der inter- und transnational agierenden Telekommunikations- und Medienkonglomerate vor dem Hintergrund der neoliberal überprägten Globalisierung der Massenkommunikation; sowie*
- 3) *die spezifischen Formen und Strukturen der politischen Repräsentation von ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen auf europäischer Ebene, insbesondere im Zusammenhang mit dem EU-Osterweiterungsprozess.*

Mit diesen analytischen Ebenen sind selektiv strukturierte Handlungsfeldern voneinander unterschieden, innerhalb derer unterschiedliche Akteure mit unterschiedlichen Interessen und Strategien und unterschiedlichem Zugang zu diesen Feldern an der Artikulation des politischen Projektes einer „europäischen Informationsgesellschaft“ und an ihrer Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa mitwirken.

Die Fokussierung des untersuchenden Blicks vor allen Dingen auf die Felder der europäischen *Politik*, von denen aus unmittelbar an der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ wie an ihrer Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa gearbeitet wurde, wurde bereits teilweise erläutert. Das politisch relevante Feld für die Artikulation des Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ reicht von

unternehmerischen Interessensverbänden, den nationalen Wirtschaftsinteressen west- und osteuropäischer Staaten über die Ebene europäischer Politik bis in die Verhandlungsrunden innerhalb der internationalen Institutionen wie Weltbank, WTO, GATT, etc. Diese Untersuchung wird den Blick vor allen Dingen auf die erste analytische Ebene, die Artikulation von politischen Strategien und Projekten der Europäischen Union auf den Medien- und Kommunikationssektoren fokussieren, um der Frage nach der Repräsentation der unterschiedlichen Interessen sowie nach der Formulierung von Strategien auf dem selektiv vorstrukturierten, politischen Terrain der EU nachzugehen.

Allerdings ist „die EU“ – trotz einer gewissen institutionell-politischen Kontinuität – weder im Hinblick auf ihre Osterweiterung noch auf die selektive Integration eines erweiterten europäischen Kommunikationsraumes ein monolithischer oder selbständig-handelnder Akteur, sondern zerfällt bei genauerem Blick hinsichtlich bestimmter Aspekte in unterschiedliche politische Parteien, Institutionen, Directorate wie auch nationale und sektorale Interessensgruppierungen. Aus diesem Grund sind auch die gesellschaftlichen, nationalstaatlichen und unternehmerischen Interessen und Strategien entlang der zweiten und dritten analytischen Ebene einzubeziehen, insofern sie für das Verständnis der Artikulation der „Europäischen Informationsgesellschaft“ wie auch für ihre „Ost-Erweiterung“ von Bedeutung sind.

Letztere beide analytische Ebenen sind allerdings ebenfalls exemplarisch zu verdichten. Da ebenfalls nicht alle unternehmerischen Aktivitäten und Strategien untersucht und abgebildet werden können, die vor dem Hintergrund der Globalisierung der Massenkommunikation auf den unübersichtlichen IKT-Sektoren Mitteleuropas eingeschlagen werden, sollen die wichtigsten Tendenzen auf den europäischen und globalen Kommunikationsmärkten am Beispiel der Interessen, Strategien und Praxis deutscher Unternehmen entwickelt werden.

Die Rolle und das Selbstverständnis der einzelnen Mittel- und Osteuropäischen Länder sowohl nach 1989 wie auch im Annäherungsprozess an die Europäische Union kann hier weder vollständig noch in der notwendigen Komplexität dargestellt werden. Deshalb werde ich mich in der Untersuchung zum einen auf die mitteleuropäischen Länder Polen, Tschechien und Ungarn konzentrieren. In diesen sogenannten Visegrad-Staaten entstanden im Bereich der IKT nicht nur die frühesten mitteleuropäischen Initiativen, sondern stellen für Investoren auch die wichtigsten und verheißungsvollsten Standorte und Märkte. Hier werden vor allen Dingen die Interessen, Strategien und Initiativen der von den jeweiligen regierenden Stellen eingesetzten Repräsentanten im Mittelpunkt meiner Untersuchung stehen.

Kurz zusammengefasst fokussiert die Untersuchung der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und dessen Ost-Erweiterung auf das Feld der Medien- und Telekommunikationspolitik der Europäischen Union. Konkretisierende Hintergründe sollen dabei exemplarisch an den Strategien deutscher Unternehmen wie auch an den Länderbeispielen Polen, Tschechien, Ungarn herausgearbeitet werden.

- *Klärung des Begriffes: Massenkommunikation*

Obschon von der EU unter dem Titel „Informationsgesellschaft“ im Hinblick auf erwartete bzw. politisch eingeleitete Konvergenzprozesse programmatisch vereint, hatten die Sektoren Medien (Presse, Rundfunk, Hörfunk, Multimedia, etc.) und Telekommunikation (Telegrafie, Telefonie, digitaler Datenverkehr wie Internet, Email, etc.) historisch unterschiedliche Entwicklungspfade, die trotz einer zunehmenden Anzahl von Berührungs- und Überschneidungspunkten im Zeichen der sogenannten Konvergenz im Verlauf der Untersuchung differenziert zu betrachten sind. Zugleich verweisen die durch sowohl technologischen, ökonomischen und in der Regel nachholenden politischen Konvergenzprozesse eingeleiteten Verschiebungen in der Definition dieser Sektoren auf die Historizität von Begriffen wie „Medien“ und „Telekommunikation“, die heute zunehmend in dem Gesamtkomplex eines „globalen Kommunikationssystems“ aufgehen.

Technologisch konnte vor allen Dingen über die zunehmende Digitalisierung aller möglichen Kommunikations- und damit auch Medieninhalte eine zunehmende Kompatibilität unterschiedlicher Formate untereinander wie auch für die verschiedenen Ausgabegeräte hergestellt werden. In der heutigen multimedialen Wirklichkeit verschmelzen Text, Ton, Bild, Bewegtbild und Software-Applikation, zu deren Darstellung, aber auch Produktion, Bearbeitung und Verteilung nicht nur der zum Universalgerät aufgerüstete Heim-Computer, sondern zunehmend auch kleine Mobilgeräte wie Netbooks, Smartphones oder Tablet-PCs befähigt sind, über die nun nicht nur ursprüngliche Telekommunikationsdienste wie Telefonie, e-Mail und Kurznachrichtendienste, sondern zunehmend auch sogenannte Geo-Dienste (bspw. über die Lokalisierung von Persönlichkeitsprofilen und die Bereitstellung von darauf zugeschnitten Konsumangeboten) eingeflochten werden. Während von technologischer Seite die sich durch die Konvergenz eröffnenden Möglichkeiten nahezu grenzenlos erscheinen, sind die Grenzen auf ökonomischer Seite zwar schwer prognostizierbar, jedoch klar definiert: Denn nicht alles, was technologisch machbar ist, kann sich ökonomisch durchsetzen und so manche bahnbrechende technologische Neuerung wurde nach dem noch hoffnungsfrohen Betreten des Marktes aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten wieder aufgegeben. Insofern werden auch Forschung und Entwicklung heute zunehmend strategischen Überlegungen zur potentiellen Marktgröße und Marktgängigkeit der Produkte unterstellt.

Die ökonomische Konvergenz vollzieht sich durch neue, integrierte Dienstleistungen, die wiederum die Konglomeration von ehemaligen Medien- und Kommunikationsunternehmen nach sich ziehen. Seit etwa Mitte der 1980er Jahre sind auf diese Weise mächtige, global agierende und multisektoral aufgestellte Medien-Konglomerate entstanden, die auf verschiedenen Medien- und Kommunikationsmärkten ihre Entwicklungsstrategien verfolgen. Diese Konglomerate betreiben längst nicht mehr nur Geschäfte im Bereich der traditionellen Massenmedien (Presse, Rundfunk, Hörfunk), sondern greifen zunehmend auch auf die Telekommunikations- und Computerindustrien (Kabel-, Satelliten- und Digitalfernsehen, Internet, Internettelephonie, Videotelephonie, Software, Mobilfunk, etc.) aus. Film-, Musik- und Buchindustrien, aber auch die mikroelektronischen Industrien sind unlängst ökonomisch und organisatorisch in diese Medienkonglomerate eingeflochten. Darüber hinaus unterhalten

die global operierenden Konglomerate für die Bewerbung und Vermarktung ihrer Medienprodukte ein großes Arsenal von Merchandisingagenturen, Themen-Parks, Restaurants und sind über Lizenzverträge mit der Werbeindustrie verschränkt. Durch die trans- und intersektorale Kooperationen sollen sich zum einen sogenannte „Synergieeffekte“ ergeben, zum anderen sollen breit aufgestellte Kommunikationskonglomerate angesichts eines scharfen globalen Verdrängungswettbewerbs das mit einer kapitalintensiven Forschungs- und Entwicklungsarbeit verbundene Risiko vermindern. Christiane Leidinger sieht in dieser ausgeprägten „multisektoralen Konzentration“ das Spezifikum der sogenannten „Globalisierung der Medien“ (vgl. Leidinger 2003, 408f), wobei von ihr insbesondere die historisch bedingten Verknüpfungen mit der Rüstungsindustrie problematisiert werden.

Die „politische Konvergenz“, d.h. die rechtliche und institutionelle Zusammenlegung von bisher unterschiedlichen Regulierungsbereichen und -formen, kam in der Regel zwar nur mehr oder weniger nachholend zu den technologischen und ökonomischen Entwicklungen zustande. Durch die nachholende Orientierung an diesen positiviert und bestätigt sie diese aber nicht nur nachdrücklich, sondern bereitet ihr durch die Verabschiedung eines integrierten rechtlichen Rahmens auch den Boden, auf welchem dann Wettbewerb, Innovation, Wachstum und Sicherheit auch für die euphorisch extrapolierten, technologischen Entwicklungen und Geschäftsmodelle der Zukunft gesichert sein soll. Die Beweggründe für die politische Positivierung dieser Konvergenzprozesse sind sowohl ökonomisch wie politisch bemerkenswert und sollen später noch im Zusammenhang mit der „Europäischen Informationsgesellschaft“ einer genaueren Untersuchung unterzogen werden.

Vor dem Hintergrund dieser technologischen, ökonomischen und politischen Konvergenzprozesse erscheint es wenig sinnvoll, dieser Arbeit, die die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäische Informationsgesellschaft“ untersuchen will, eine strenge, begriffslgische Unterscheidung zwischen *Medien-* oder *Telekommunikations-Sektoren* zugrunde zu legen, die durch die historische Entwicklung in den letzten drei Jahrzehnten derartige Bemühungen schnell ad absurdum geführt werden würde. Die Konvergenz der einst klar voneinander abgegrenzten Sektoren, die Entwicklung neuer Geräte und die Entstehung von neuen Dienstleistungen wird auch von der EU nicht nur in unzähligen Dokumenten und Grünbüchern diskutiert, sondern mit dem im Jahr 2003 eingesetzten Rechtsrahmen für „elektronische Kommunikation“ sowohl politisch wie auch institutionell nachvollzogen. Die sicherlich vage Vision einer „globalen Informationsgesellschaft“ ist somit der politische Fluchtpunkt auch des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und wird damit vielleicht nicht zum zwingenden Ausgangspunkt, aber doch zu einem ständigen Referenzpunkt für Untersuchungen von Aspekten und Teilaspekten der gegenwärtigen Kommunikationsverhältnisse.

Auch wenn im weiteren Verlauf die mächtigen Interessen hinter und die strukturellen Gründe für diese Konvergenz kenntlich gemacht und in ihren Intentionen kritisiert werden können, erscheint es also in der Tat wenig sinnvoll, die durch die Digitalisierung eingeleitete, grundsätzliche Überführung der „Massenkommunikation“ in eine universale technische Form

als reversibel zu betrachten. Vielmehr materialisiert sich durch diese technologischen, ökonomischen und politischen Konvergenzprozesse im Rahmen des informationsgesellschaftlichen Diskurses ein konvergierter bzw. „media-matischer“ (Latzer 1997) Medien- bzw. Massenkommunikationsbegriff. Nur vor diesem Hintergrund sind die strategischen Entscheidungen einzelner Unternehmen oder die Etablierung neuer Geschäftsmodelle zu verstehen. Bei aller Kritik- und Fragwürdigkeit der tatsächlichen Konvergenz- und Konglomerationsprozesse erscheint es fortan also sinnvoll und notwendig, den Gesamtkomplex „globale Massenkommunikation“ in den Blick zu nehmen, um die Bewegung von dessen einst klar identifizierbaren einzelnen, nun ineinander konvergierenden Teilen sinnvoll einordnen zu können.

Wenn in diesem Sinne unter dem Begriff „Massenkommunikation“ grundsätzlich alle historisch konvergierenden Formen von Massenmedien wie auch der Telekommunikation gefasst werden sollen, so bedeutet dies nicht, dass die Arbeit den Anspruch an eine fokussierte Perspektive aufgibt. Im Gegenteil: gerade weil in dieser Arbeit, wie eben dargestellt, das Phänomen Massenkommunikation heute in seiner globalen und konvergierten Gesamtheit in den Blick genommen werden soll, ist es möglich, Teilaspekte in dieser Gesamtheit präziser zu verorten wie auch diese Gesamtheit durch die Ausarbeitung ihrer Teilaspekte genauer zu bestimmen.

Insofern es möglich ist, sie als solche aus dem Gesamtkomplex zu isolieren, steht in dieser Arbeit, wie bereits gesagt, die Telekommunikation im Mittelpunkt der Betrachtung. Zwar stellen die Förderung bspw. der audiovisuellen Medien, die Computerisierung der Haushalte oder auch die sprachliche Diversität wichtige Aspekte für das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“. Während eine nur rudimentär entwickelte „Medienpolitik“ der EU weiterhin auf die Wahrung normativer Ziele wie kultureller und sprachlicher Diversität und einen allgemeinen Zugang zur „Informationsgesellschaft“ orientiert, ist seit Mitte der 1980er Jahre die „Medienwirtschaftspolitik“ zunehmend ins Zentrum des politischen Interesses gerückt. Durch die Förderung von Innovation, Produktion und Distribution europäischer Produkte sollte ein relevanter europäischer Markt geschaffen und die europäische Wettbewerbsposition gegenüber der Konkurrenz in der Triade verbessert werden. Die Europäisierung der Telekommunikation ist denselben Zielen verpflichtet, findet aber, da sie lange Zeit durch hoheitliche und militärische Interessen geschützt in jeweils nationalem Rahmen als natürliches Monopol und nicht über den „freien Markt“ organisiert war, unter anderen Vorzeichen statt. Industriepolitisch als sektorübergreifende Querschnittstechnologie und Zukunftstechnologie erkannt, bilden der Ausbau und die Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und später insbesondere des Internets das Herz einer auf Wettbewerbsfähigkeit getrimmten „Europäischen Informationsgesellschaft“.

### **c. Systematisierung des Forschungsstandes**

Da für die methodenpluralistische Bearbeitung der explorativen Fragestellung Aspekte aus unterschiedlichen Teildisziplinen der Sozial-, Politik- und Wirtschaftswissenschaften hinzugezogen werden müssen, ist der bisherige Forschungsstand recht unübersichtlich.

Wie bereits eingangs der Arbeit erwähnt, sind im Diskurs über die „Globalisierung“ die Hinweise auf die bedeutende Rolle der Informations- und Kommunikationstechnologien wie auch der Massenmedien selbstverständlich und zahlreich: es gibt in der Tat kaum eine Abhandlung über die gesellschaftlichen Umbrüche der Gegenwart, die die zentrale ideologische, ökonomische oder auch politische Bedeutung der IKT und Medien nicht wenigstens am Rande bemerkt. Während andererseits auch die Literatur über Medien, Telekommunikation und die mit dem Internet verbundenen Phänomene unüberschaubare Ausmaße angenommen hat, so gibt es kaum Arbeiten, die einem etwaigen Zusammenhang von Globalisierung bzw. gesellschaftlichen Transformationsprozessen und globalisierter Massenkommunikation ihre tiefgehende Aufmerksamkeit widmen (vgl. Thompson 1995, 3).

Tatsächlich ist dieser Mangel in erster Linie auf die theoretische Komplexität dieser Problematik zurückzuführen. Da sich insbesondere die Medien und Kommunikationstechnologien an der Schnittstelle von ökonomischer, kultureller und politischer (sicherlich auch ideologischer, symbolischer wie auch militärischer) Theorie und Praxis bewegen, muss jede Annäherung an ihre Bedeutung für und in gesellschaftlichen Transformationsprozesse wie bspw. im Hinblick auf die EU-Osterweiterung die theoretische und methodische Bereitschaft aufbringen, die von historischer Kontingenz geprägte Komplexität möglicher „Überdeterminungsverhältnisse“ (Althusser) in den Blick zu nehmen.

In diesem Zusammenhang kann zunächst festgestellt werden, dass eine hegemonietheoretisch angeleitete Untersuchung zur Artikulation der europäischen Kommunikations- und Medienpolitik im Hinblick auf das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ wie dessen Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa weder im Ansatz und schon gar nicht in der hier vorgeschlagenen Intention vorliegt. Allerdings gibt es, verstreut über die angesprochenen Teildisziplinen, verschiedene methodische, theoretische und empirische Arbeiten, auf die, sicherlich nicht unkritisch, zurückgegriffen wurde.

So hatte sich Jörg Huffs Schmid in seiner zwei-bändigen Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung in Europa ausführlich mit der „Globalisierung und Neuordnung der Telekommunikation“ und – allerdings in etwas anderem Zusammenhang – mit den westeuropäischen Interessen am osteuropäischen „Hinterland“ auseinandergesetzt. Neben einem hervorragend dokumentierten Überblick über die historische Entwicklung der europäischen Wirtschaftspolitik und Kapitalinteressen bis zum Jahr 1994 kann Huffs Schmid die entscheidenden Problematiken einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nur antizipierend anreißen. Die von Josef Esser, Boy Lühje und Roland Noppe im Jahr 1997 herausgegebene Studie über die „Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung“ nimmt einige dieser Fäden und Fragen auf und spinnt sie – die bundesdeutsche Telekommunikationspolitik dabei international vergleichend – fort bis zum Vorabend der vollständigen Liberalisierung des Telekommunikationssektors in Europa. Dabei arbeiten sie auch die wichtigsten Arenen der Europäisierung und Transnationalisierung der vormals national artikulierten Strategien zur technologischen Entwicklung heraus. Am Fallbeispiel der Telekommunikation vertieft Tuna Baskoy die

Bedeutung der Wettbewerbspolitik in der Europäischen Union (2008). In ihrer Studie zur europäischen Informationsgesellschaft (2003) hat Petra Schaper-Rinkel schließlich die topographischen Bestimmungen für das Feld der europäischen Technologiepolitik und insbesondere im Hinblick auf die von ihr als „technologisches Leitbild“ gefasste Informationsgesellschaft ausführlich aktualisiert. Auch ihre Untersuchungen zur engen Verzahnung von technischer, politischer und ökonomischer Entwicklung wie auch der Studien über das politische „Gewordensein“ der teledigitalen Technologien wie das technologische „Gewordensein“ gerade der EU-Politik sind ausführlich in die Überlegungen zu meiner Arbeit eingegangen.

Die Politikwissenschaft hat insbesondere in den letzten 20 Jahren einen umfangreichen Literaturbestand zu Fragen der EU wie der europäischen Integration hervorgebracht. In dieser Arbeit soll insbesondere an die Arbeiten in der Tradition der „Kritik der politischen Ökonomie“ bzw. der „Internationalen politischen Ökonomie“ zur Spezifik des Euro-Kapitalismus (Gowan/Anderson 1997; Röttger 1997; Gowan 1995, 1996, 1998; Bieling/Steinhilber 2000; Beckmann/Bieling/Deppe 2003; Bieler/Morton 2001; Gill 2000, etc.) und den Arbeiten zur Frage nach einem Euro-Imperialismus (Beckmann/Bieling/Deppe 2003; Wissen 2005; Bohle 2003a) positiv angeschlossen werden.

Zur Osterweiterung der Europäischen Union brachte insbesondere die sog. „Transformationsforschung“ umfangreiche Literatur hervor. In der Regel erfolgt hier aber der Rekurs auf ein lineares Entwicklungsmodell, wobei die Ideale des bürgerlichen Rechtsstaats, der repräsentativen Demokratie (und damit die normativen Funktionen der Medien) wie der freien Marktwirtschaft unkritisch als Ziele einer solchen Transformation positiviert werden. In diesen Analysen zur „demokratischen Konsolidierung“ werden dementsprechend oft die Klischees des totalitären Kommunismus einerseits und der freiheitlich pluralistischen Demokratie andererseits reproduziert. Dem entgegen steht die – allerdings hin und wieder ins Suggestive abgleitende – Arbeit von Hannes Hofbauer (2007). Auch erleben gegenwärtig Dependenz- und Imperialismustheorien ein Comeback, die, wenn auch im Hinblick auf Osteuropa und Massenmedien oft reduktionistisch und zu allgemein formuliert, ebenfalls theoretische und empirische Anknüpfungspunkte bieten (insb. Panitch/Gindin 2003; Hirsch 2004; vgl. Beckmann/Bieling 2005; Gowan 1995, 1996, 1998). In der Kritischen Transformationsforschung haben sich in den letzten Jahren einige neo-gramscianische Ansätze herausgebildet, die aber oft auf einer allgemeinen bzw. abstrakten theoretischen Ebene verbleiben. Die Studien von Dorothee Bohle (2002) zur transnationalen Integration Polens sowie einige der Aufsätze in dem von Hans-Jürgen Bieling und Jochen Steinhilber (2000) herausgegebenen Sammelband bilden hier die Ausnahme.

Die Rolle der Medien in der Transformation Osteuropas hingegen ist, wie Thomaß und Tzankoff (2001, 7) feststellen, kaum untersucht und sie bemühen sich in ihrem Sammelband, diesen Mangel zu beheben. In diesem Zusammenhang muss konstatiert werden, dass die bürgerliche Kommunikationsforschung, wenn sie nicht explizit der Medien- und Werbeindustrie zuarbeitete, so doch in der Regel positivistisch, empiristisch und theoriearm blieb. Da sie – aufgrund ihrer Vorliebe zur Modellbildung – immer stabile, wenn nicht statische gesellschaftliche Strukturen und Mechanismen implizierte, ist sie weitgehend

ungeeignet, um soziale Transformationsprozesse zu erklären. Zwar können die in dem Band von Thomaß et al. veröffentlichten Beiträge wie z.B. der von Katharina Hadamik (2001) wie auch ihre umfangreiche Dissertation zur „Transformation und Entwicklungsprozess des Mediensystems in Polen 1989 bis 2001“ (2003) kritisch ausgewertet werden. Allerdings entwickeln diese Länderstudien nicht oder nur kaum die internationalen politischen Strukturen, die transnationalen ökonomischen Dynamiken oder den neoliberal artikulierten Prozess der EU-Osterweiterung als die historischen und theoretischen Rahmenbedingungen einer solchen Transformation. Auch die vom Internationalen Journalismus Zentrum unter der Leitung von Sylvia Huber durchgeführte, umfangreiche netzwerkanalytische Studie 'Medienmärkte in Mittel- und Osteuropa – Chancen und Bedrohungen für den Medienpluralismus in Europa' (Huber 2006), in der die Besitzstrukturen der Medienunternehmen in den MOEL nach Größe, Struktur und Reichweite untersucht wurden, liefert wertvolles Datenmaterial. Wichtige methodologische Anknüpfungspunkte bietet John Downings Buch (1996) über die Transformation der Gesellschaften und Mediensysteme Russlands, Polens und Ungarns, in dem er vor allen Dingen die Notwendigkeit betont, dass eine Medientheorie auf der Höhe der Zeit international vergleichend (das heißt auch und immer wieder, die Strukturierungen des Feldes durch die global dominanten Akteure wie die USA und Großbritannien zu berücksichtigen) und integrativ angelegt sein muss (vor allen Dingen die politikwissenschaftliche Herangehensweise mit einbeziehen sollte), wenn sie ihren Gegenstand angemessen begreifen will.

Um die Rolle der Telekommunikation in den mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften konkretisiert herauszuarbeiten, soll auf die von Björn Wellenius und Peter A. Stern im Auftrag der Weltbank versammelten Studien zur Implementierung von Reformen im Telekommunikationssektor (1994), die von Daniel J. Ryan versammelten Studien zur Rolle von Privatisierung und Wettbewerbspolitik im Bereich der Telekommunikation u.a. in Polen, Ungarn und Tschechien (1997), den von Karl-Ernst Schenk, Jörn Kruse und Jürgen Müller herausgegebenen Sammelband zum „Telecommunications Take-Off in Transition Countries“ (1997), die Arbeit von Paul J.J. Welfens und Cornelius Graack zur Deregulierung, Privatisierung und Internationalisierung der Telekommunikationswirtschaft (1996) und viele im Laufe der 1990er und frühen 2000er Jahre vereinzelt erschienene Studien mit unterschiedlichen Erkenntnisinteressen zurückgegriffen werden.

Christiane Leidinger stellt fest, dass „nicht nur eine breite Lücke zwischen Forschungsarbeiten zu Globalisierung und Medienglobalisierung, sondern auch zwischen dem anglo-amerikanischen und dem deutschsprachigen Forschungsstand“ klafft (Leidinger 2003, 25). Deshalb werden in diesem Zusammenhang – neben der umfangreichen Dissertation von Christiane Leidinger selbst (2003) – die umfangreichen Datensammlungen von Manuel Castells (2001), David Held (1999) sowie die Arbeiten von David Hesmondalgh (2002), Jill Hills (1991, 1998), Robert McChesney (1997, 1998, 1999, 2004, 2007) und Reg Whitaker (1999) zu konsultieren sein. Ebenfalls hilfreich, um die Lücke zu schließen, sind die orientierenden Arbeiten von Armand Mattelart zur Geopolitik und Geoökonomie der Informationsgesellschaft (2000, 2003).

Von besonderem Interesse für die Bearbeitung meiner Fragestellung sind die Konferenzen und Tagungen, die im Rahmen des „eEurope+2003 Aktionsplanes“ (2000-2004) und zu dessen Vorbereitung (1995-1997) stattgefunden haben, da hier die besonderen, oft weiter ausgreifenden Maßnahmen für eine schnellere Heranführung der Beitrittskandidaten an die Standards der europäischen „Informationsgesellschaft“ verhandelt wurden. Die Analyse der unterschiedlichen Formen und Strukturen in der politischen Repräsentation von ökonomischen, politischen und kulturellen Interessen in diesen (und ähnlichen) Verhandlungsrunden wird den „analytischen Kondensationspunkt“ dieser Arbeit bilden, zumal hier auf der mikropolitischen Ebene die konkrete Um- und Durchsetzung der auf makropolitischen Ebene artikulierten Strategien nachvollzogen werden kann.

Da diese Verhandlungsrunden bisher noch nicht sozialwissenschaftlich aufgearbeitet worden sind, wird sich die Untersuchung hier hauptsächlich auf die Auswertung der Primärquellen stützen, um die Entstehung des eEurope+ Aktionsplanes aus den EU-CEEC Information Society Fora 1995, 1996 und 1997 und der Ministerkonferenz 2000 in Warschau nachzuzeichnen. Aus einem Vergleich zwischen den für Westeuropa formulierten Aktionsplänen eEurope 2002 und eEurope 2005 und dem für Osteuropa formulierten eEurope+2003-Aktionsplan – vor allen Dingen im Hinblick auf die Implementierung der makroökonomischen „Bausteine“ für eine schnellere Entwicklung der Informationsgesellschaft in den MOEL – verspreche ich mir wichtige Hinweise für die Beurteilung der europäischen Kommunikations- und Medienpolitik im Hinblick auf die EU-Osterweiterung.

Schließlich geben die im Zusammenhang mit den Ministerkonferenzen in Ljubljana 2002 und Budapest 2004 vorgestellten Kontrollstudien und -berichte Aufschluss über die konkrete Umsetzung und den Erfolg des Aktionsplanes. In diesem Zusammenhang wurden nicht nur detaillierte Berichte über den Stand der Entwicklungen und die Fortschritte in den jeweiligen Beitrittsländern angefertigt, auch der Verlauf der Konferenzen selbst sowie deren Ergebnisse und Beschlüsse sind recht ausführlich dokumentiert.

Da die Fertigstellung dieser Arbeit mich weit länger in Anspruch genommen hat, als dies ursprünglich geplant war, bricht die Verarbeitung der immer neuen Literatur etwa im Jahr 2009 ab. Da sich der Untersuchungszeitraum auf die Zeit bis zur ersten Runde der „EU-Osterweiterung“, dem 1.5. 2004 beschränkt, sind zwar sicherlich alle relevanten Primärquellen gesichtet, eventuell nachfolgende Betrachtungen der Sekundärliteratur konnten aus rein praktischen Gründen aber nur bis zu dem genannten Zeitpunkt verarbeitet werden.

#### **d. Anmerkungen zur Methode und der Arbeit mit den Quellen**

Bei der auf die Identifikation und Eingliederung der einzelnen topoi abzielenden Untersuchung der einzelnen Materialstücke stellte sich natürlich immer wieder die Frage, mit welcher Methode das vorliegende, aus unterschiedlichsten Quellen bezogene, recht heterogene und teilweise auch fragmentarische Material überhaupt sinnvoll zum Sprechen gebracht werden kann.

Angesichts der explorativen Ausrichtung dieser Arbeit habe ich dazu unter pluralistisch-abwandelnder Anlehnung auf die Methoden der sogenannten „grounded theory“ (Glaser/Strauss 1967) zurückgegriffen. Warum bestenfalls von „Anleihen“ bei der „grounded theory“ gesprochen werden kann, begründet sich zunächst einmal in dem bereits erläuterten, schmerzhaften Weg zu der Einsicht, dass diese Arbeit nicht nur „untheoretisch“ zu beginnen ist, sondern vermutlich ebenso zu beenden sein wird. Mit diesem vorläufigen Vorbehalt gegenüber einem Voranschreiten zur Theoretisierung ist eine deutliche Abweichung zur grounded theory“ markiert.

Im Groben kann die dieser Arbeit zugrundeliegende, an die Methoden der „grounded theory“ angelehnte methodische Vorgehensweise folgendermaßen skizziert werden: zu den analytischen Komplexen, wie sie von dem Problemaufriss und der Fragestellung der Arbeit vorgestellt wurden, habe ich zunächst die relevante Literatur zusammengetragen, gesichtet und durchgearbeitet. Etwaigen Verweisen zu verschiedenen Primär- und Sekundärquellen wurde, soweit es sinnvoll erschien, nachgegangen. Das Gravitationszentrum des untersuchten Textkorpus bildeten dabei die Primärquellen zum Aktionsplan eEurope 2003+. Das versammelte Material wie auch die in ihrem Studium entstandenen Exzerpte und reflektierenden Gedankenskizzen wurden „codiert“, d.h. in einzelne „topoi“ aufgegliedert.

Die einzelnen „topoi“ und die dazugehörigen Materialstücke wurden katalogisiert und somit in eine Gliederung gebracht, die in erster Linie der Systematisierung des Materials verpflichtet war und deshalb bis zum Schluss ständigen Veränderungen unterlag. Die einzelnen Gliederungspunkte wurden im weiteren Verlauf der Untersuchung weiter aufgegliedert, ergänzt oder thematisch zusammengefasst und mit Notizen zu ihrer Bedeutung im Hinblick auf die Fragestellung der Arbeit versehen. Das dabei entstandene, sehr umfangreiche Materialkonvolut wurde in weiteren Arbeitsschritten weiter ergänzt und aufgegliedert bis ein weitgehend gesättigtes, d.h. in sich geschlossenes Referenzsystem entstanden war.

Erreichten die dabei entstehenden thematischen Blöcke einen gewissen Sättigungsgrad, d.h. die Untersuchung von weiterer Literatur und neuen Quellen brachte keine signifikant neuen Informationen oder Aspekte mehr hervor, wurde das Material verdichtet und gegenüber der Fragestellung in einen argumentativen Zusammenhang gebracht. Dieses Verfahren könnte analog zum „Schnitt“ im Produktionsprozess eines Filmes versinnbildlicht werden, in dem die verschiedenen Kameraperspektiven einer Einstellung erst zu einer Szene verdichten werden. In meiner wissenschaftlichen „post-Produktion“ konnte ich mir allerdings den Luxus leisten, auch in dieser Phase noch gezielt auf weitere Quellen aus- bzw. zurückzugreifen, um eventuelle Lücken oder Leerstellen des Narratives zu füllen.

Bei diesem Verdichtungs- und Verknüpfungsprozess kristallisierten sich die zentralen Themen und im weiteren Verlauf auch die zentralen Kategorien dieser Arbeit heraus. Diese wurden für die Gliederung der Darstellung nochmals gesichtet und im Rahmen von verschiedenen Dispositionsentwürfen in ihrem Zusammenhang skizziert und diskutiert, bis sich hinsichtlich der Gegenstände der Fragestellung eine m.E. theoretisch interessante argumentative Linie ergab. Nach einer entsprechenden Umarbeitung der Gliederung wurde das Materialkonvolut nochmals entsprechend umgeschichtet und sortiert. Der letzte

Arbeitsschritt bestand dann darin, das gegliederte Material zum Sprechen zu bringen und der aus dem Material gewonnenen Gliederung auf diese Weise zu ihrem Sinn zu verhelfen.

Sowohl „Inszenierung“ wie „die theoretisch interessante Linie“ sind jedoch mehr der konventionell linearen Darstellungsform einer Promotion als der Logik des darzustellenden Gegenstandes geschuldet. Die naheliegendste Darstellungsform dieser Arbeit wäre vielmehr ein Hypertext-System, das als „Wiki“ angelegt ist, d.h. ein vieltausendfach querverlinktes Netz von thematischen Einträgen, an denen kollektiv weitergearbeitet werden könnte. In diesem Sinne entspräche die Arbeit dann am ehesten dem erkenntnistheoretischen Modell, mit dem Theodor W. Adorno den fragmentarischen Charakter seiner Ästhetischen Theorie zu verteidigen suchte. Auch seine systematisch intendierte Theorie könne nur im Rahmen einer fragmentarischen Disposition zum Ausdruck gebracht werden:

„Interessant ist, dass sich mir bei der Arbeit aus dem Inhalt der Gedanken gewisse Konsequenzen für die Form aufdrängen, die ich längst erwartete, aber die mich nun doch überraschen. Es handelt sich ganz einfach darum, dass aus meinem Theorem, dass es philosophisch nichts ‚Erstes‘ gibt, nun auch folgt, dass man nicht einen argumentativen Zusammenhang in der üblichen Stufenfolge aufbauen kann, sondern dass man das Ganze aus einer Reihe von Teilkomplexen montieren muss, die gleichsam gleichgewichtig sind und konzentrisch angeordnet, auf gleicher Stufe; deren Konstellation, nicht die Folge, muss die Idee ergeben. (...) Das Buch muss gleichsam konzentrisch in gleichgewichtigen, parataktischen Teilen geschrieben werden, die um einen Mittelpunkt angeordnet sind, den sie durch ihre Konstellation ausdrücken.“  
(Adorno 2000, 541)

In diesem Sinne sollen die einzelnen Teile und Abschnitte dieser Arbeit den darzustellenden Gegenstand in ihrer Konstellation, nicht in ihrer Abfolge, herausarbeiten.

Nach dieser Darstellung des grundsätzlichen methodischen Vorgehens soll noch kurz auf einige Schwierigkeiten der Arbeit mit dem Untersuchungsmaterial eingegangen werden. In diesem Zusammenhang ist zunächst der bemerkenswerte Umstand zu erwähnen, dass diese Arbeit über die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in dieser Form nur vor dem Hintergrund ebendieser selbst entstehen konnte, insofern ein Großteil der für diese Arbeit verwandten und untersuchten Daten digitalisiert und online vorliegt und für mich relativ kostenfrei und leicht zugänglich war. Diese relativ freie Verfügbarkeit über immense Wissensarchive und Datenbanken, einen großen Bestand wissenschaftlicher Studien und auch die veröffentlichte Meinung war eine enorme Arbeitserleichterung.

So hat die EU ein umfangreiches online-Portal, das Zugang zu einem umfangreichen Dokumenten-Archiv und einen Überblick über die Initiativen in den verschiedenen Politikbereichen gewährt. Besonders relevante Themenseiten hatte ich vollständig auf meinem Rechner heruntergeladen, eine Vorsichtsmaßnahme, die sich später, als entsprechende Seiten plötzlich nicht mehr aufzurufen waren, als sehr nützlich erweisen sollte. Auch die Bundesregierung bewirbt ihre mittelfristige politische Strategie im Bereich der IKT im Internet und veröffentlicht – wie die EU – die dieser zugrunde gelegten Berichte, Studien und Expertisen. Zwar haben auch einige Unternehmen ihre Geschäftsberichte und

mittelfristigen Strategiepapiere teilweise online gestellt, hier bleibt die Auswahl aber doch eher unvollständig. Immerhin geben Unternehmensführung und verschiedene Experten zu gegebenen Anlässen aussagekräftige Interviews, die über die online-Archive verschiedener Zeitungen und Zeitschriften auch lange Zeit nach ihrer Veröffentlichung noch zugänglich sind.

Natürlich wurde die Literatursuche über die online-Kataloge der Berliner Universitäts-Bibliotheken sowie des Kooperativen Bibliothekverbund Berlin-Brandenburg durchgeführt. Auch die klassisch aus den Magazinen der Bibliotheken ausgeliehenen Bücher habe ich vorher meistens über die verschiedenen online-Masken vorbestellt. Anfragen an Bibliotheken, Archive und Informationsstellen der EU wurden in der Regel per email gestellt. Darüber hinaus wurde auch das an diese angeschlossene, automatische Fernleihsystem in Anspruch genommen. Von Vorteil war natürlich der über den Uni-Server ermöglichte Zugang zu den sonst kostenpflichtigen elektronischen Datenbanken wissenschaftlicher Publikationen und den online-Archiven auch internationaler Zeitschriften. Durch schnelle Recherchen konnte oft nicht nur die gegenwärtigen Arbeitsschwerpunkte und die wissenschaftliche Biographie des oder der entsprechenden Autorin, sondern über die institutionelle Anbindung auch ein Überblick über die Publikationslisten und Seminarreihen gewonnen werden. Die zu diesen verfügbaren Literaturangaben wiederum, die oft direkt mit den entsprechenden online-Quellen verlinkt sind, haben es mir wiederum ermöglicht, selbst eine umfangreiche Datenbank zu den verschiedenen thematischen Aspekten dieser Arbeit anzulegen.

Neben Programmen zur Verarbeitung und Darstellung von Texten, Grafiken, Bildern und Tabellen, für die Kalkulation und Darstellung von Tabellen und Datenbanken habe ich Literaturverwaltungsprogramme und wissenschaftliche Software zur Codierung und Systematisierung von Quelldokumenten benutzt. Ich habe im Internet auf Video aufgezeichnete Vorträge angesehen, die auf den relevanten EU-Veranstaltungen gehalten wurden und konnte mir so auch ein Bild der Atmosphäre und der immer besonderen Aura des gesprochenen Wortes machen. Diese Videos habe ich zur weiteren Auswertung auf meinen Rechner heruntergeladen, mir parallel zu den Vorträgen die entsprechenden Redemanuskripte und Powerpoint-Präsentationen angesehen und mit einer sozialwissenschaftlichen Software codiert. Wo Informationen nicht frei kopierbar waren, habe ich mir zumindest „screenshots“ erstellen und speichern können.

Parallel zu der gezielten Recherche habe ich das World Wide Web ständig nach Hintergrundinformationen zu bestimmten Ereignissen, AutorInnen oder technischen Details der Informationsgesellschaft durchforstet, die Websites verschiedener Initiativen und Informationsstellen besucht und deren Publikationen heruntergeladen. Für schnelle Nachfragen war quasi ständig ein Browser-Fenster zur online-Enzyklopädie Wikipedia, zur Suchmaschine Google und zu verschiedenen Übersetzungsdiensten geöffnet.

Für die Sichtung des umfangreichen Literaturbestandes war letztlich sogar der unvollständige Einblick in Bücher, wie er durch Dienste wie google-books oder Verkaufsportale wie amazon ermöglicht wird, hilfreich. Insbesondere bei vergriffenen Titeln konnten so oft trotzdem relevante Informationen eingesehen und recherchiert werden.

Letztlich verlief auch die Korrespondenz mit den Betreuern und Förderern dieser Arbeit, gerade angesichts der teilweise zu überbrückenden Distanzen und Zeitunterschiede, ebenfalls zu einem Großteil über elektronische Medien und Dienste.

Auch wenn die folgenden methodischen Überlegungen selbstredend auch für die Arbeit mit traditionellen Wissensarchiven gilt, so ist insbesondere hinsichtlich des online bezogenen Wissens das Phänomen einer neuen Selektivität in der Sichtbarkeit von Wissen zu reflektieren. Gegenstände und Ereignisse, die weder bei „google“ noch bei „Wikipedia“ geführt sind, treten nicht nur unweigerlich in den Hintergrund einer sich zunehmend online-rückversichernden wissenschaftlichen Aufmerksamkeit, ihre relative Unsichtbarkeit in den Diskursen der virtuellen Welt vermag mitunter auch, ihre soziale Existenz in der „realen“, d.h. nicht-virtuellen Welt infrage zu stellen. Anders gesagt: die suchmaschinenoptimierte, schnelle und kostengünstige Verfügbarkeit von bestimmten Wissen filtert die Wahrnehmung in einer bestimmten, vom Suchalgorithmus der Suchmaschine definierten Weise.

Die Frage nach der Verlässlichkeit und Vollständigkeit des online recherchierbaren Wissens ist also – wie tatsächlich im Hinblick auf eigentlich jede Quelle – immer berechtigt. Für diese Arbeit kann sie nicht abschließend, sondern nur pragmatisch-vorläufig mit dem vagen Konstrukt einer sogenannten „Medienkompetenz“ beantwortet werden, also konkret meiner Fähigkeit, Quellen nach ihrer immanenten Struktur, ihrer Platzierung und Herkunft, ihren Kontexten, ihren AutorInnen und natürlich auch nach den angegebenen Quellen- und Literaturnachweisen zu überprüfen, zu vergleichen und zu beurteilen.

Daraus folgend stellt sich zum anderen die Frage nach der methodischen Herangehensweise an die unterschiedlichen für diese Arbeit hinzugezogenen Quellen, vor allen Dingen im Hinblick auf ihre Heterogenität: Von den für den Prozess der konkreten Politikformulierung nicht unmittelbar relevanten, in ihrer Ausführlichkeit aber sehr gesprächigen Sitzungprotokollen mehr oder weniger formaler Gremien und „round tables“, über die großartig inszenierten, ministeriellen Absichtserklärungen ohne eine konkrete zukünftige Verbindlichkeit, die literarisch recht eigene Gattung der „Aktionspläne“, einer faszinierenden Emulsion von politischem Wunschdenken und empiristischer Faktenlage, die sich wiederum teilweise auf in sich inkohärente Datensätzen stützt, bis hin zu der umfangreichen Sekundärliteratur, die aus unterschiedlichsten Erkenntnisinteressen, wissenschaftlichen Disziplinen und auch politischen Parteinahmen produziert worden ist. Neben den angedeuteten Umwälzungen in den unterschiedlichen, durch die Fragestellung bisher nur hypothetisch miteinander verbundenen, analytischen Komplexen dieser Arbeit ist es auch diese Heterogenität der Quellen zu den ebenso heterogenen Gegenstandsbereichen, die ein inter- und transdisziplinär angelegtes, exploratives Vorgehen erforderlich machten.

Aus der Perspektive der Fragestellung nach dem „Inwiefern“ einer über das politische Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung vorangetriebenen Integration eines selektiv strukturierten „Europäischen Kommunikationsraumes“ ergab sich insbesondere im Hinblick auf die relevanten Primärquellen zur Entstehung und Umsetzung des Aktionsplanes „eEurope 2003+“ die grundsätzliche Frage, wie politische Prozesse untersucht werden können, die ständig und vermutlich sogar systematisch intendiert

zwischen Formalität und Informalität oszillieren. Die aus diesen Prozessen hervorgehenden Dokumente beinhalten neben den zahlreichen emphatischen Phrasen zu den Chancen und Gefahren der Informationsgesellschaft zudem bemerkenswert unkonkrete politische Maßnahmen, oft genug gekleidet in „dilatatorische Formelkompromisse“, aus denen geschlossen werden kann, dass konkretere politische Maßnahmen offenbar zu dieser Zeit an diesem Ort nicht beschlossen werden konnten. Der Inhalt dieser Dokumente stellt demnach nur die geglättete Oberfläche des eigentlichen politischen Prozesses zwischen unterschiedlichen Interessen dar, der zu bestimmten Teilen sicherlich auch darin besteht, den Gegner hinzuhalten, um Zeit zu gewinnen oder sprachliche Konsensformeln zu etablieren und strategisch zu positionieren, um sie in langsamen Kämpfen um Deutungshoheit mit einer spezifisch-partikularen Bedeutung aufzufüllen. Es ist überhaupt nicht notwendig, sich an Verschwörungstheorien zu berauschen und den Mythos einer „wirklichen Wirklichkeit hinter der bloß sichtbaren Erscheinung“ zu bemühen, um das Problem zu benennen, dass im Artikulationsprozess des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ informelle Absprachen und Einflussnahmen zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren, womöglich gar in „Hinterzimmern“ stattgefunden haben – immerhin sind zu diesem Zweck ja nationale „IT-Gipfel“ oder ähnliche Kongresse überhaupt eingerichtet worden. Wenn man aber nicht über ein souveränes Wissen über die „wirkliche Wirklichkeit“ verfügt, wie sie sich an und für sich wohl ohnehin nur wenigen Auserwählten zeigt, stellt sich die Frage nach einem analytischen Umgang mit dem arkan organisierten politischen Prozess, der für diese Untersuchung zumindest teilweise undurchsichtig bleiben muss.

Allein die Tatsache, dass der politische Prozess derart opak organisiert wurde, ist eine durchaus bemerkenswerte Feststellung, auf die später noch näher einzugehen sein wird. Die einzelnen Interessen, die unter dem Deckmantel der Formelkompromisse zwar kurzzeitig befriedet werden konnten, bleiben aber zunächst im Verborgenen. Letztlich könnte nur eine strukturelle Analyse der heutigen Kommunikations- und Mediensysteme und -märkte in den MOEL bestätigen, im Sinne welcher Strategien und Interessen sich der Prozess der EU-Osterweiterung dort tatsächlich ausgewirkt hat. Erst auf dieser Grundlage könnte abschließend diskutiert werden, welche strategische Bedeutung die im Namen der „Europäischen Informationsgesellschaft“ vollzogenen Restrukturierungen der Medien- und Kommunikationssektoren für die Integration eines „Europäischen Kommunikationsraumes“ tatsächlich gehabt haben bzw. haben könnten. Wenn aber retrospektiv vom fertigen Phänomen aus eine Linie zurück zu seinem angeblichen „Ursprung“ in den vagen Formelkompromissen oder emphatisch-überschwänglichen Apellen gezogen wird, bleibt zugleich ein Großteil des tatsächlichen politischen Prozesses, nämlich das strategisch-intentionale Suchen, Irren und Wagen und vor allen Dingen der politische Streit unterschiedlicher gesellschaftlicher Interessen ausgeblendet. Eine Zurichtung und Beurteilung des politischen Prozesses alleine aufgrund seiner Resultate ignoriert das mehr oder weniger ausgeprägte, in unterschiedliche Richtungen ausgeübte Ziehen und Zerren des politischen Prozesses, indem es ein komplexes Kräfteparallelogramm auf einen einzigen resultierenden Vektoren reduziert.

Soll die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ also in den Blick genommen werden, kann weder von den durch dieses hervorgebrachten Resultaten ausgegangen werden noch von einem objektiven, sich hinter dem Rücken der Akteure vollziehenden historischen Bewegungsgesetz, das weltlenkend die subjektiven Beweggründe der Individuen überschreibt. Letztlich bleibt auch hier nur der pragmatische Vorsatz, diese Dokumente genauesten nach den Spuren politischer Auseinandersetzungen zu untersuchen und sie in der Zusammenschau mit anderen und an anderer Stelle veröffentlichten Papieren und Strategien zu betrachten und zu vergleichen, um die Interessen der unterschiedlichen Akteure wie auch ihrer politischen Handlungsstrategien zu rekonstruieren.

Dazu mussten die vorliegenden Texte eingehend befragt werden, z.B. nach den Spezifika ihrer Gattung; der Kommunikationssituation bzw. den Kontexten und Umständen ihrer Produktion; den eingenommenen bzw. in ihnen repräsentierten Sprechpositionen; den mit diesen implizit oder explizit angedeuteten Hierarchien und Machtverhältnissen wie auch den damit zum Ausdruck gebrachten diskursiven Regulativen und ideologischen Leitmotiven oder auch der Bedeutung des jeweiligen Dokumentes insgesamt für die Bearbeitung der Fragestellung dieser Arbeit. Anhand dieser und ähnlicher Fragen wurde auf eine „Topographie des politisch-diskursiven Feldes“ hingearbeitet, bei der der vorliegende Text nicht als Text verabsolutiert, sondern in seiner konkreten Bedeutung für die Organisation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ erfasst werden soll.

Dabei korrespondieren diese durch die Heterogenität der Quellen und der explorativ-induktiv intendierten Anlage der Arbeit gestellten Aufgaben mit meiner grundsätzlich skeptischen Haltung gegenüber formalisierten oder formalisierenden Methoden, die ihre eigenen Beitrag zur Konstruktion des Untersuchungsgegenstandes nicht angemessen reflektieren oder deren promillegenen Quantifizierungsleistungen durch statische Annahmen über die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Zusammenhänge wie durch die für ihre Operationalisierung notwendige Absehung von relevanten Kontexten konterkariert werden. Insofern sah ich mich im Verlauf des Forschungsprozess zunehmend dazu veranlasst und bereit, von einem rigorosen methodischen Vorgehen abzurücken und einem sozialwissenschaftlichen Methodenpluralismus die Tür zu öffnen.<sup>45</sup> Über die historisierende wie kritische Kontrastierung der verschiedenen Zugänge zu und Perspektiven auf ein von Heterogenität und Umwälzung geprägtes Untersuchungsfeld sollen deren Polyvalenzen und komplexen Verknüpfungen herausgearbeitet und einer phänomenologisch-hermeneutischen

---

<sup>45</sup> Inspiriert zu einer derart methodisch pluralistischen Vorgehensweise hat mich der Pragmatismus einer kleinen Studie von Ursula Huws zu „The Making of the Cybertariat“. In dieser verschwendet sie keine Zeit damit, um die Formulierung des einen „richtigen“ Klassenbegriffes zu kämpfen – oder ihn gar von Marx abzuleiten, um diesen ihrer Analyse des „Cybertariats“ zugrunde zu legen. Stattdessen geht sie pragmatisch vor und reflektiert ihren Gegenstand wie selbstverständlich im Spiegel von sechs verschiedenen Klassenbegriffen, um sie im Rahmen ihres jeweiligen Geltungsbereiches, dessen kritische Bestimmung bei einer solchen Vorgehensweise natürlich unerlässlich ist, für die Konkretisierung und Klärung ihres Untersuchungsgegenstandes nutzbar zu machen, d.h. es deutlicher abzugrenzen und besser zu bestimmen (vgl. Huws 2002, 763-775).

Betrachtungsweise unterzogen werden, in deren Mittelpunkt nicht die zurechtende Reduktion von Komplexität, sondern ihre neugierige Entfaltung gestellt werden soll.<sup>46</sup>

Während der Lohn für eine derart unvoreingenommene – KritikerInnen würden wohl sagen: unentschiedene – Haltung gegenüber den Untersuchungsgegenständen neue Einblicke in die Komplexität ihres Artikulationszusammenhangs sein könnte, ist ihr Preis eine gewisse Unübersichtlichkeit, die zwar durch Anstrengungen auf der Ebene der Darstellung soweit wie möglich, letztlich aber nicht vollständig zurückgedrängt werden konnte.

## **e. Der Aufbau dieser Arbeit**

Gegenüber der oben dargestellten analytischen Vorgehensweise erschien es für die *Darstellung* jedoch sinnvoll, einige für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihrer Erweiterung auf die mittel- und osteuropäischen Kommunikationsräume relevanten Kontexte vorgängig zu explizieren.

Dementsprechend gliedert sich der Aufbau dieser Arbeit in sieben Abschnitte, auf diese in die Problemstellung einführende Einleitung folgen fünf inhaltliche Kapitel und ein Fazit.

In Kapitel 2 beginnt die Exploration der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ mit ihrer Rückführung auf ein unübersichtliches Konglomerat ahistorisch übereinandergelegte Diskursfragmente und einer vorsichtigen Lichtung der dieses umgebenden, mythisch aufgeladenen Nebelschwaden.

In Kapitel 3 wird der Versuch unternommen, die Suggestivkraft der informationsgesellschaftlichen Diskursfragmente zu historisieren und so die Vorgeschichte des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu skizzieren.

Dies konnte nur gelingen durch die flankierende Untersuchung des Kapitalisierungsprozesses der Telekommunikation, der Inhalt des 4. Kapitels ist.

---

<sup>46</sup> Mit dieser weitgehenden Absage an theoretische Vorannahmen über den zu untersuchenden Gegenstand wage ich mich allein auf dünnes Eis vor, billigend die Gefahr eines einbrechenden Scheiterns in Kauf nehmend. Die Vorwürfe eines naiven Objektivismus und einer nicht ausreichenden Reflektion der selbstredend letztlich immer implizierten theoretischen Vorannahmen, die allein schon aufgrund der benennenden und begreifenden Funktionen der Sprache selbst einzuwenden ist, sind letztlich nicht gänzlich zu entkräften, auch wenn und zumal sie selbstredend für jede wissenschaftliche Arbeit gelten müssen. Deshalb soll diesen Vorwürfen auch nicht mit einem Katalog theoretisch-methodischer Versicherungsschreiben vorab, sondern durch eine im Verlauf der Arbeit möglichst ehrliche und transparente Entwicklung meiner Urteile und Erklärungsversuchen begegnet werden.

So ist es z.B. eine explizite Absicht dieser Arbeit, entgegen der weit verbreiteten Voreingenommenheit gegenüber dem technologischen Wandel, aufgrund derer sich die Perspektiven hinsichtlich seiner gegenwärtigen und zukünftigen Entwicklungstendenzen in der Regel entweder eher pessimistisch oder eher optimistisch färben, die Polyvalenzen von „Technologien“ als „Werkzeugen in Menschenhand“ nicht einseitig aufzulösen, sondern grundsätzlich offenzuhalten. Damit ist nicht gesagt, dass für ihre Entwicklungen nicht bestimmte Tendenzen zu identifizieren und kritisieren sind, nur sind diese nicht auf „die Technologie“ als solche, sondern auf die selektiv strukturierten gesellschaftlichen Verhältnissen zurückzuführen, innerhalb derer sie hervorgebracht, verbreitet, genutzt und letztlich auch verschrottet werden. Die Untersuchung der Frage nach den spezifischen Verbreitungsweisen ebendieser eher pessimistischen oder eher optimistischen Einstellungen gegenüber der „technologischen Entwicklung“ und der diskursiven Regulativen, der sie unterliegt, wird im Laufe dieser Arbeit noch eine wichtige Rolle spielen.

Vor dem Hintergrund dieser Kontexte kann die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in Kapitel 5 entfaltet werden.

Um dieses in seinem historischen Wirken zu fassen, wird es in Kapitel 6 am Beispiel seiner Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa untersucht.

Im abschließenden Fazit werden die unterschiedlichen Ergebnisse dieser explorativen Untersuchung dann im Sinne der Fragestellung zusammengefasst und reflektiert.

## 2. Die mythische Diskursivität der Informationsgesellschaft

Zu Beginn der Untersuchung soll analytisch zwischen der „Informationsgesellschaft“ und dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ unterschieden werden.

Die „Informationsgesellschaft“ kann als der begrifflich kleinste gemeinsame Nenner eines unübersichtlich-ausufernden Konglomerats von Diskursen definiert werden, die aus verschiedenen Blickwinkeln und mit unterschiedlichem Interesse die sogenannte „Informatisierung“ der einstigen Industriegesellschaften, die zunehmende gesellschaftliche Bedeutung von informationsverarbeitenden Tätigkeiten und/oder der Informations- und Kommunikationstechnologien thematisieren.

Es mag in diesem Sinne erleichtern, dass der Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit nicht die „Informationsgesellschaft“ in ihrem unzugänglichen „an und für sich“, sondern die *Artikulation des politischen Projekts der „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seine Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa* darstellt, also ein der politikwissenschaftlichen Analyse ungleich zugänglicherer, weil vermeintlich klarer und konkreter identifizierbarer Gegenstand. Blättern wir aber – politikwissenschaftlich nüchtern – die umfangreiche Dokumentation dieses politischen Projektes auf, offenbart bereits ein erster Blick in eine beliebige Auswahl von mit dem politischen Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ befassten EU-Dokumenten den enormen rhetorisch-spekulativen Aufwand, mit dem die „Ankunft“ der „Europäischen Informationsgesellschaft“ beschworen wird:

Die „Europäische Informationsgesellschaft“ werde demnach nicht weniger als Revolutionen in allen gesellschaftlichen Bereiche herbeiführen. Unsere gesamte Lebensweise werde sich umwälzen, wenn bald schon alle Menschen dieser Welt, zumindest in Europa im ständigen, fast kostenfreien Zugang zu allen auf der Welt verfügbaren Informationen, Dienstleistungen und Unterhaltungsprogrammen demokratisch miteinander vereint sein werden. Regierungen würden offen und bürgernah, öffentliche Verwaltungen schlank, effizient und rational, die gesellschaftliche Teilhabe marginalisierter Gruppen gestärkt. Es stünde in ihrer Macht, die Arbeitslosigkeit zu besiegen und wirtschaftliches Wachstum zu generieren. Sie werde nicht nur die ökonomische Effizienz und die Wettbewerbsfähigkeit von europäischen Unternehmen, Nationen und des gesamten Kontinents steigern, sondern vereine es darüber hinaus mit den Zielen ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit. Sie werde das Umschlagsvolumen von Personen-, Waren- und Kapitalverkehr vergrößern und dabei auch noch die Straßen-, Wasser- und Flugverkehrssysteme vollautomatisch steuern. Ihre europaweite Installation verspricht nicht nur eine entscheidende geopolitische Überlegenheit und eine moderne Ausstattung und Führung der militärischen Streitkräfte, sondern auch eine bessere Handelsbilanz gegenüber der globalen Konkurrenz und damit Wohlstand und Sicherheit für alle EuropäerInnen. Indem sie flache, flexible und dezentrale Hierarchien installiert, sei das Ende undemokratischer, zentralistischer und diktatorischer Strukturen quasi vorprogrammiert, in diesem Sinne sei sie Waffe demokratischer Befreiungsbewegungen weltweit. Mit ihr verknüpfen sich Hoffnungen auf ein Barriere-freies

Leben, die Prävention von Krankheiten, die telemedizinische Durchführung chirurgischer Eingriffe, ja letztlich sogar auf die Verlängerung des menschlichen Lebens selbst.

Die „Europäische Informationsgesellschaft“ ist aber genauso eine Projektionsfläche für große Ängste und Sorgen: Wenn sie nicht mit aller Kraft und allen verfügbaren Ressourcen, ja sogar mit dem nötigen Enthusiasmus realisiert werde, ist ein Zurückfallen im globalen Wettbewerb zu befürchten, bei dem schlichtweg alles auf dem Spiel steht. Die durch sie eingeleitete Restrukturierung der Arbeitsprozesse und Arbeitsplätze fordert neue Qualifikationen unter der Androhung des Ausschlusses aus dem Erwerbsleben, die immer kürzer werdenden Halbwertszeiten ihrer Produkt- und Innovationszyklen erfordern die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, um nicht doch noch abgehängt und ausgebootet zu werden. Ihr Heraufziehen führt nicht nur den etablierten Mediensektor und die traditionelle Unterhaltungsindustrie in eine strukturelle Krise, das staatstragende Raisonement der bürgerlichen Öffentlichkeit selbst scheint gegenüber der ungefilterten Informationsflut aus Blogs, sozialen Netzwerken und Wikileaks dem Untergang geweiht. In ihren Tiefen lauern neue, gar noch unbekannte Gefahren und Bedrohlichkeiten, apokalyptische Szenarien vernichtender Angriffe von Computer-Viren und informationellem Ungeziefer (bugs) auf unsere Gesellschaften und Kulturen geistern immer wieder umher. Wir sehen uns einer neuen Verletzbarkeit und Netzwerken des Verbrechens ausgesetzt, wenn Hacker, Kinderschänder und extremistische Fanatiker jeglicher Couleur sich über die Kommunikationsnetze der Informationsgesellschaft austauschen, organisieren und ihr Unwesen treiben. So nehmen wir die neuen Formen der Kontrolle und Überwachung unseres alltäglichen Lebens in Kauf, den allgegenwärtigen Agenten der Informationsgesellschaft entgeht keines unserer privatesten und intimsten Geheimnisse, indem unsere Vorlieben, Freundschaften und Aufenthaltsorte zu detaillierten Persönlichkeitsprofilen miteinander verknüpft werden, werden wir zu „gläsernen Menschen“.

Auch das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ stellt somit zunächst eine enorme Projektionsfläche für spektakuläre Verheißungen, euphorisch-phantastische Versprechen und unheilvoll-apokalyptische Ängste dar. Diese ähneln den mythischen Vorstellungen, die sich die Menschen seit jeher über die noch unbekannt, nicht kartographierten Teile der Erdoberfläche machten. Die „Europäische Informationsgesellschaft“ erscheint als eine von wundersamen Fabelwesen bewohnte „Terra Inkognita“, als Gefäß der ältesten Träume, Imaginationen, Hoffnungen und Ängste der Menschheit, als ein unbekannter Kontinent, der zugleich unter und über, unsichtbar in und durch ganz Europa existiert, dieses zusammenschließt und gleichzeitig mit der ganzen Welt verbindet.

Das konkrete politische Projekt ist somit keineswegs ein nüchterner, eindeutiger und sachlich klar abgrenzbarer Untersuchungsgegenstand, sondern leuchtet in den schillerndsten Farben, die es aus der enormen Imagination- und Suggestivkraft der mythenumwitterten, informationsgesellschaftlichen Diskurse bezieht. Insofern *in die Artikulation* des politischen Projektes „Europäische Informationsgesellschaft“ Elemente des unter „Informationsgesellschaft“ subsumierten Diskurskonglomerats eingehen, kann die Geschichte des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nicht

ohne eine kritische Erläuterung der Suggestivkräfte der verschiedenen informationsgesellschaftlichen Diskurse geschrieben werden. So soll im Folgenden der These nachgegangen werden, inwiefern die mythischen Träume, an die die „Europäische Informationsgesellschaft“ anzuknüpfen vermochte, dem politischen Projekt erst zu seiner Verwirklichung verholfen haben; ob in Jenem nicht also ein Schlüsselmoment für die erstaunliche Durchsetzungsfähigkeit von Diesem zu sehen ist.

Auch wenn wir auf die Konturen der „Europäischen Informationsgesellschaft“ im Verlauf dieser Arbeit noch politikwissenschaftlich-nüchtern zu sprechen kommen werden, erscheint es also notwendig, zunächst einmal das Konglomerat von Diskursen um die sogenannte „Informationsgesellschaft“ zu ordnen und von mytischem Glanz zu befreien – allein schon, damit unser Blick nicht ständig von der suggestiven Ausstrahlung geblendet und irritiert werde. Während der Forschungsprozess mit der Untersuchung des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und ihrer Osterweiterung anhub, beginnt die Darstellung also mit der für ein Verständnis des Erfolgs dieses Projektes notwendigen Mythologie. Deren Ziel ist die historisch-kritische Auseinandersetzung des diskursiven Konglomerats und die Rückführung der nervösesten Phantasmagorien der „Informationsgesellschaft“ auf die gesellschaftlichen und historischen Bedingungen ihrer Möglichkeit.

#### **a. Die „Informationsgesellschaft“ als kleinster gemeinsamer Nenner eines unüberschaubaren Diskurskonglomerats**

Nichts erscheint naheliegender, als unsere Untersuchung zur „Informationsgesellschaft“ zu beginnen, indem wir ihre Hallen durch ihr breitestes, weiß-bunt leuchtendes Portal betreten. Beauftragt man Google, die gegenwärtig meistgenutzte und damit marktbeherrschende Internet-Suchmaschine, die von einem der größten und mächtigsten Unternehmen der Gegenwart betrieben wird, mit der Aufgabe, den Begriff „Informationsgesellschaft“ zu suchen, werden in weniger als einer Sekunde mehr als drei Millionen Seiten und damit mögliche Antworten vorgeschlagen. So zweifellos wir uns nun inmitten ebendieser „Informationsgesellschaft“ befinden: es erscheint unmöglich und sicherlich noch weniger sinnvoll, all diese Seiten nach ihr zu durchsuchen und zu prüfen.<sup>47</sup>

Der erste, d.h. der vom zugrundeliegenden google-Suchalgorithmus als wichtigster Treffer identifizierte „link“ verweist auf den entsprechenden Eintrag der großen Mitmach-Enzyklopädie Wikipedia.<sup>48</sup> Dort heißt es:

---

<sup>47</sup> Eine der viel zitierten Schwächen des sogenannten „web 1.0“ ist der Mangel an intelligenter Verknüpfung und Selektion. Diesem Mangel soll im „web 2.0“ durch das Wissen sozialer Netzwerke, im „web 3.0“ durch sogenannte „semantische Technologien“ begegnet werden.

<sup>48</sup> Der Wikipedia-Eintrag zum Begriff „Informationsgesellschaft“ setzt uns zunächst in Kenntnis gesetzt, dass: *„Dieser Artikel oder Abschnitt bedarf einer Überarbeitung. Näheres ist auf der Diskussionsseite angegeben. Hilf mit, ihn zu verbessern, und entferne anschließend diese Markierung.“*

Dies ist eine übliche Markierung in diesem Forum der kollektiven Wissensgeneration und lässt erkennen, dass das in einem Wikipedia-Eintrag vermittelte Wissen in dieser Enzyklopädie nicht über alle Zweifel erhaben ist, sondern oft ein Kompromiss zahlreicher Überarbeitungen einer globalen „Wikipedia-Community“ darstellt. Auf der Diskussionsseite wird z.B. über die wesentlichen Merkmale der Informationsgesellschaft und die Verständlichkeit des Artikeleinstieges diskutiert. Die Mitmach-

*„Der Begriff Informationsgesellschaft bezeichnet eine auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) basierende Gesellschaft. (...). Der Begriff Informationsgesellschaft ist nicht starr definiert und wird oft mit dem Begriff der Wissensgesellschaft zusammen verwendet. Ob wir uns heute in einer Informations- oder Wissensgesellschaft oder beiden befinden ist nicht allgemein klar. Die beiden Begriffe werden häufig synonym verwendet.“<sup>49</sup>*

Mag die Definition der Informationsgesellschaft als einer „auf Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) basierende Gesellschaft“ zunächst recht nüchtern und einleuchtend erscheinen, tun sich bei einer genaueren Betrachtung dieser Definition jedoch gewichtige Fragen auf: inwiefern kann eine *Gesellschaft* auf Technologien basieren? Was bedeutet es, wenn es sich dabei um Informations- und Kommunikationstechnologien handelt? Um welche Form der Gesellschaft handelt es sich bzw. welche Vorstellung von Gesellschaft liegt diesem Begriff zugrunde? Da es sowieso keine „starre“ Definition des Begriffes gebe, noch eine scharfe Abgrenzung gegenüber der sogenannten Wissensgesellschaft, noch eine Einigung über die Wirklichkeit, die beiden gegenwärtig zukommt, bleiben wir ratlos mit der Frage zurück, wie etwas, über dessen Wirklichkeit es keine Einigkeit gibt und das offenbar nicht klar definierbar ist, eine derartige Suggestivkraft entfalten kann?

Stellen wir die Frage andersherum, kommen wir einer Antwort näher. Denn die undefinierbarkeit und uneindeutigkeit des Begriffes hat nicht so sehr mit der unwirklichkeit des unter ihm Begriffenen zu tun, sondern ist vielmehr auf den Kampf um ebendieses, d.h. die darin verwickelten, unterschiedlich motivierten Strategien seiner Be- bzw. Enttennung zurückzuführen. Wie einst die Polarexpeditionen – zwar im Namen von König und Vaterland, in der Regel aber finanziert von privaten Investoren – sich Wettrennen auf Leben und Tod um die Eroberung der letzten weißen Flecken auf der Landkarte lieferten, so streiten heute viele Interessen um die Terra Inkognita Informationsgesellschaft. So wie dort Landzüge, Gebirgsketten, Schelfeis-Gebiete oder Buchten die Namen der politischen Herrscher oder der finanziellen Förderer der Expeditionen erhielten, so erhalten auch hier die Teilbereiche der Informationsgesellschaft verschiedene Namen, je nach den explorativen Erkenntnisinteressen und den spezifischen Küstenabschnitten, von denen aus die Expeditionen zu ihrer Kartographierung und Eroberung unternommen wurden bzw. je nach dem Willen der Eigentümer, die bestimmte Regionen ihres fruchtbaren Weidelandes abstecken und in Besitz nehmen.

In diesem Sinne finden sich im teilweise fragmentarischen Kartenmaterial zur Terra Inkognita namens „Informationsgesellschaft“ teilweise überlappende Benennungen und

---

Aufforderung ist symptomatisch, ein Wikipedia-Eintrag ist auf die Zustimmung aller Mitbearbeitenden angewiesen, in diesem Sinne kann das dort präsentierte Wissen als der gesellschaftliche Konsens schlechthin interpretiert werden. Wikipedia gibt uns dementsprechend ein Konsiderat dessen wieder, was mit Gramsci als der „Alltagsverstand“ der Informationsgesellschaft bezeichnet werden könnte. Natürlich ist Wikipedia damit kein wissenschaftlich, kohärent-autoritatives Werk, sondern eben bloß Spiegel der Debatten – Medienkompetenz und eigene Urteilskraft in der Bewertung der hier erhältlichen Informationen ist notwendige Voraussetzung ihrer Nutzung. In unserem Kontext aber sind diese Hinweise aber gerade deshalb recht hilfreich.

<sup>49</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Informationsgesellschaft>

Bezeichnungen wie „Cyberspace“, „Cybersociety“, „virtuelle Realität“, „Datenautobahnen“ bzw. „information highways“, „Telematische Gesellschaft“, „Medien- bzw. Multimedia-Gesellschaft“, „Nationale bzw. Globale Informationsinfrastruktur“, „Third Wave“, „Global Village“, „Informationsflut“, „Dienstleistungsgesellschaft“, „Wissensökonomie“, „Wissensgesellschaft“, „informationelle Revolution“, „informationelle Ökonomie“, „informationeller Kapitalismus“, „informationelle Gesellschaft“, „Post-industrielle bzw. Superindustrielle Gesellschaft“, „wissensbasierte Ökonomie“, „Neue Ökonomie“, „Informationalismus“, „Informationszeitalter“ oder auch „Netzwerkgesellschaft“. Es gibt das Web 1.0, das Web 2.0 und bald schon das Web 3.0, es gibt social networks, die blogosphäre und das dark net, es gibt ebay, amazon, facebook, google, youtube und yahoo, aber auch wikileaks, wikipedia und andere digital commons.

Wenn wir uns kurz erlauben, die jeweils unterschiedliche Aspekte fokussierenden oder in den Vordergrund rückenden Vermessungsskizzen – trotz ihrer unterschiedlichen kartographischen Projektionen, Maßstäbe und topographischer Thematiken – übereinanderzulegen, lässt sich, bei aller Unschärfe und Ungenauigkeit, die ein solches Vorgehen mit sich bringt, ein grober Umriss des unbekanntes Kontinents „Informationsgesellschaft“ erahnen: All diese Begriffe sind Namen für mehr oder weniger kohärente, miteinander verwandte oder verwobene Vorhaben und Diskurse, die auszuloten, auszusprechen oder zu begreifen suchen, welche Bedeutung die Informatisierung unserer Gesellschaften, also ihre Durchdringung und Veränderung durch die „neuen“, digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien, die durch sie ermöglichte Vernetzung von immer leistungsfähigeren Computernetzwerken und die zunehmende Digitalisierung, Speicherung und Verfügbarkeit von Wissens- und Datenbeständen für die Gegenwart und Zukunft insbesondere der Kommunikations- und Mediensektoren in den industrialisierten, „spätkapitalistischen“ Gesellschaften“, letztlich aber für nahezu alle gesellschaftlichen Teilbereiche in einer globalisierten Welt haben *könnten*<sup>50</sup> (vgl. Latzer 1997, 16).

Bei genauerer Betrachtung dieser Diskurse und der in diesen verwandten Begrifflichkeiten „fällt auf, dass die verwendete Terminologie inkonsistent ist, dass keine allgemein akzeptierten Definitionen (...) existieren. Deren unhinterfragte Verwendung – ein Merkmal von Mythen – verschleiert die dahinterstehenden Interessen und Zielrichtungen; durch die massenhafte Verwendung wird eine spezifische, einseitige Sichtweise generiert, die Probleme und Widersprüche mitunter verdeckt.“ (Latzer 1997, 32)

---

<sup>50</sup> Da Sinn und Zweck dieser Diskurse der Entwurf von optimistischeren und pessimistischeren, sicherlich aber von sich von der Gegenwart drastisch absetzenden Zukunftsszenarien ist, spielt die Antizipation und Extrapolation von Trends und Tendenzen sowie die Erstellung von Entwicklungs- und Wachstumsprognosen nicht selten eine zentrale Rolle. Daher sollte es nicht verwundern, dass diesen Vorschlägen zur Benennung dieser Trends und Tendenzen ein spekulativer Standpunkt zueigen ist. Ein solcher spekulativer Standpunkt begünstigt wiederum, die Projektion der eigenen Erwartungen und Befürchtungen als mögliche Artikulationformen des Gegenstandes selbst auszugeben. Neben dieser *unkritischen* Herangehensweise ist ebenfalls eine *ahistorische* Herangehensweise weit verbreitet, die in ihrem Rekurs auf einzelne Diskurselemente diese nicht weiter ob ihrer Gegenwärtigkeit befragt, sondern ihre Suggestivkraft – auch wenn sie ihren historischen Geltungsbereich bereits überlebt haben mag – nun, losgelöst von letzterem, nicht nur die Hoffnungen und Ängste der Menschen befeuern, sondern auch in den bunten Reigen der sie erforschenden wissenschaftlichen Disziplinen eingehen lässt.

Die „Informationsgesellschaft“ als solche bleibt also zunächst ungreifbar hinter mythologisch aufgeladenen, diskursiven Nebelwänden verborgen. Da eine selbsttätige Aufklärung der Nebelwände nicht zu erwarten ist, anhand dieser irrlichternden Projektionen aber auch keine präzise Kartographierung der Terra Incognita „Informationsgesellschaft“ möglich erscheint, notieren wir, dass die mythischen Nebelwände nicht etwa den Blick verstellen, sondern *konstitutiv* für die zu kartographierende „Informationsgesellschaft“ sind: Die „Informationsgesellschaft“ stellt „kein wissenschaftliches Konzept“<sup>51</sup> zur Verfügung, sondern ist der in der Tat sogar langweiligste in der eben vorgestellten, bunt-schillernden Reihe von Neologismen. Aber gerade aufgrund seiner semantischen Schlichtheit – ja von nichts weiter als einer „Gesellschaft der Information“ sprechend – vermag er als der „bislang (...) kleinste gemeinsame Nenner für eine Vielzahl unterschiedlicher, oft unverstandener Erscheinungen und Entwicklungen“ zu fungieren.<sup>52</sup> Gerade aufgrund ihrer begrifflichen Unschärfe zeigt sich die Informationsgesellschaft kompatibel mit dem Konglomerat der sich überschneidenden, teilweise widersprechenden und doch miteinander verwobenden Diskurse.

So wie im mehr oder weniger verzerrt zurückgeworfenen Bild einer Projektionsfläche nicht die Projektionsfläche bzw. der Spiegel selbst, sondern das mehr oder weniger verzerrte Bild des von diesem reflektierten Gegenstandes zu erkennen ist, so steht zu Beginn dieser Untersuchung die Vermutung, dass die auf die „Informationsgesellschaft“ projizierten Erwartungen, Ängste und Hoffnungen womöglich mehr über die Gesellschaften aussprechen, die diese imaginieren, als dass diese Imaginationen uns helfen, den Spiegel selbst – die „Informationsgesellschaft“ – zu verstehen.<sup>53</sup>

Diese Fährte soll im Folgenden aufgenommen werden. Ursula Huws warnt uns, dass der Versuch einer Rückführung der „Informationsgesellschaft“ auf ihre gesellschaftliche, weltlich-materielle Grundlage allerdings die Gefahren einer „Gratwanderung“ birgt:

„Einerseits ist es notwendig, die Behauptungen der "New Economy"-Propagandisten empirisch zu überprüfen. Man muss, anders gesagt, vor dem Ausschütten des Bades auf Kinder achten. Andererseits gilt es die entgegengesetzte Gefahr zu vermeiden, dass man nämlich annimmt, es hätte sich gar nichts geändert: Etwas würde also überhaupt nicht existieren, nur weil es mit dem vorhandenen Instrumentarium nicht exakt auszumachen ist.“ (Huws 2000)

---

<sup>51</sup> Hauf 1996, zit.n. <http://viadrina.eu.v-frankfurt-o.de/~sk/SoSe97/infosoc/Zitate.html>

<sup>52</sup> Spinner 1986 zit.n. <http://viadrina.eu.v-frankfurt-o.de/~sk/SoSe97/infosoc/InfosocDef.html>, vgl. Hauf 1996, 70

<sup>53</sup> In seinen Thesen zur Religionskritik des Ludwig Feuerbach hält Marx fest: „Die Tatsache nämlich, daß die weltliche Grundlage sich von sich selbst abhebt und sich, ein selbständiges Reich, in den Wolken fixiert, ist eben nur aus der Selbstzerrissenheit und dem Sich-selbst-widersprechen dieser weltlichen Grundlage zu erklären.“ (Marx, Thesen über Feuerbach, MEW 3, 6f). Entsprechend plädierte Marx für eine entsprechende Reorientierung des wissenschaftlichen Blicks auf die Selbstzerrissenheit der weltlichen Grundlage, aus der deren Projektion in Wolkenreiche zu erklären ist. In denselben Thesen merkte Marx weiterhin an, dass das „menschliche Wesen“ „kein dem einzelnen Individuum inwohnendes Abstraktum“ sei, sondern „in seiner Wirklichkeit“ „das ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Fragten wir analog nach dem „Wesen“ der Informationsgesellschaft, so erhielten wir wohl den Hinweis, dass auch dessen Wirklichkeit im *ensemble der gesellschaftlichen Verhältnisse* zu suchen sei.

Um die *weltliche Grundlage* der Informationsgesellschaft sowie deren Selbstzerrissenheit durch eine Rekonstruktion der *historischen Gesellschaftlichkeit* ihrer Verhältnisse herauszuarbeiten, bietet sich eine genauere, kritisch-dekonstruierende Betrachtung der wolkenreichen Mythen an, mit denen die Informationsgesellschaft sich umgibt und vernebelt.

## **b. Die Mythen der *Terra Inkognita* „Informationsgesellschaft“**

Der zentrale Mythos, dem das unter der „Informationsgesellschaft“ begriffene Diskurskonglomerat aufsitzt, ist sicherlich der Anfang der 1990er Jahre allerdings weitverbreitete und wirkmächtige des „Neuen“, des „Revolutionären“ sowie des Aufbruchs in eine „ganz andere Zukunft“.

„In der Ökonomie wie auch auf anderen Gebieten scheint sich ein Konsens herauszubilden, dass etwas ganz und gar Neues geschieht: dass die uns bekannte Welt gänzlich entmaterialisiert wird (oder, wie Marx es ausdrückt, "alles Stehende und Ständige verdampft") und dadurch gewissermaßen alle Begriffe in Frage gestellt werden, mit denen wir uns die alte materielle Welt verständlich machen. Wir bekommen ein paradoxes Universum dargeboten: enträumlichte Geographie, entzeitlichte Geschichte, gewichtslose Werte und bargeldlosen Zahlungsverkehr.“  
(Huws 2000)

Die schillernden Begrifflichkeiten rund um die Informationsgesellschaft beschwören gewaltige Suggestivkräfte, in denen sich archaische, wissenschaftlich-mathematische, sozial-politische, ökonomische oder auch militärische Steuerungs(alp)träume und Zukunftsvisionen aussprechen. In diesem Sinne stellen *neue* Technologien, *neue* Medien und eine *neue* Ökonomie die Gültigkeit althergebrachter Spielregeln infrage. „Der Diskurs, der die Informationsgesellschaft begleitet, hat das Prinzip der *tabula rasa* zum Gesetz erhoben. Es gibt nichts, was nicht veraltet wäre.“ (Mattelart 2003, 141)

Indem auch die Gültigkeit der bisherigen Erkenntnisinstrumente infrage gestellt ist, verhindert dieser von einem chaotischen Konglomerat spekulativ-akademischer Diskurse ehfrüchtig mitheruntergebetete Mythos, dass die politisch-ökonomischen Entstehungsgründe der Informationsgesellschaft nüchtern in den Blick genommen werden. Gegenüber der Geschichtsvergessenheit „*der* Informationsgesellschaft“ als einer sich selbst setzenden, epochalen Abstraktion gibt Petra Schaper-Rinkel in ihrer Arbeit zur „Europäischen Informationsgesellschaft“ den entscheidenden Hinweis: „Die digitale Revolution, die heute so wirkt, als sei sie plötzlich und rasant erschienen, beruht auf einer Politik, die in Europa seit Jahrzehnten betrieben wird.“ (Schaper-Rinkel 2003, 9) Mit dieser Politik werden wir uns noch ausführlich auseinandersetzen. Zuvor soll jedoch der Mythos des „Neuen“ durch die Ausarbeitung seiner politisch-ökonomischen, vor allen Dingen aber militärischen Hintergründe des sogenannten technologischen „Fortschritts“ gelichtet werden.

Denn bereits über die raum-zeitliche Konfiguration und die materielle Gegenständlichkeit der Informationsgesellschaft herrschen mythologische Verklärungen vor, wie sie sich z.B. in der Rede über ihre angebliche Gewichts- und Ortlosigkeit, Unendlichkeit oder Echtzeitlichkeit widerspiegeln.

Beginnen wir die Untersuchung der Informationsgesellschaft also mit der Lichtung des Schleiers von Mythen, die sie umnebeln, indem wir diesen Bestimmungen ihrer Materialität, ihrer Geographie wie Soziographie entgegenstellen, um eine erste plastische Skizze ihrer realen Topographie anzulegen. Daraufhin sollte es auch gelingen, die komplexeren Mythen um ihre Universalität, Fortschrittlichkeit oder gar ihrer angeblich einprogrammierten Liebe zur Demokratie aufklären zu können. Dann werden wir uns der Frage nach den weltlichen Gründen für die bereitwillige Reproduktion der Mythen dieser „Informationsgesellschaft“ widmen können. Insofern diese eine integrale Rolle in der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ gespielt haben, werden wir uns um eine Historisierung der relevanten Diskurse und Diskursfragmente bemühen.

Doch begonnen werden soll mit einer polemischen Auseinanderlegung des sicherlich luftigsten dieser Mythen, da sich dieser am deutlichsten vom irdischen Boden der Tatsachen abhebt.

### **Über den Mythos der Immaterialität bzw. Gewichtslosigkeit der Informationsgesellschaft**

“To see a world in a grain of sand....”. Die Untersuchung, die Stephen Cass, ein Journalist des Discover Magazins, mit einigen Mitstreitern vor wenigen Jahren unternommen hatte, schließt in Anlehnung an die Eröffnung von William Blakes *Auguries of Innocence* (1803), der somit nachträglich nun ein prophetischer Unterton zukommt, und einem wohl leicht verklärten Blick. Die kühne Frage, der sie nachgegangen waren, lautete: Wie viel wiegt das gesamte Internet zu einem gegebenen Zeitpunkt?<sup>54</sup> Zur Beantwortung dieser Frage hatten er und seine Mitstreiter versucht, die Zahl der Elektronen zu schätzen, die notwendig sind, um den gesamten zu einem gegebenen Zeitpunkt verfügbaren Informationsinhalt des Internet zu transportieren und abzubilden.<sup>55</sup> Ihr bemerkenswertes Ergebnis: das Internet wiege zum Zeitpunkt ihrer Untersuchung in etwa  $1.3 \times 10^{-8}$  Pfund.<sup>56</sup> Oder, in Ihren feierlicheren Worten:

„Love letters, business contracts, holiday snaps, spam, petitions, emergency bulletins, pornography, wedding announcements, TV shows, news articles, vacation plans,

---

<sup>54</sup> Cass 2007, zit.n. <http://discovermagazine.com/2007/jun/how-much-does-the-internet-weigh>

<sup>55</sup> Dazu untersuchten sie zunächst den technischen Ablauf der „paketvermittelten“ Informationsübertragung im Internet. Informationen werden über das Internet verschickt, indem sie in kleine Informationspakete aufgebrochen werden, die neben der Information selbst auch detaillierte Angaben über ihre Zieladresse enthalten müssen. Diese Informationspakete werden auf jeder der vielen Stationen ihres Weges gespeichert, ausgelesen und entsprechend weiterversandt. Es bewegen sich also nicht immer dieselben informationstragenden Elektronen oder Radiowellen vom sendenden Computer zum empfangenden, sondern nur ein immer gleiches Muster von bits und bytes, das, in Form von binär codierten Impulsen, wieder und wieder reproduziert und weitergeleitet wird. Dann errechneten sie das Gewicht der elektrischen Ladungen in den Mikro-Kondensatoren moderner Speicherchips und setzten dieses Gewicht ins Verhältnis mit einer Schätzung von Clifford Holliday über das typische Informationsaufkommen im Internet (40 sogenannte Peta-Bytes, d.h.  $40 \times 10^{15}$  Bytes). Vgl. Cass 2007, zit.n. <http://discovermagazine.com/2007/jun/how-much-does-the-internet-weigh>

<sup>56</sup> Unabhängig von Cass hat auch Russel Seitz dieselbe Frage bearbeitet und ist, auf anderen Wegen, zu einem anderen, in der Relation zum tatsächlichen Erkenntniswert aber letztlich doch sehr ähnlichen Ergebnis gekommen: nach Seitz wiegt das Internet zwei ounces, d.h. etwas mehr als 50 Gramm und damit in etwa so viel wie eine halbe Tafel Schokolade. Vgl. [http://adamant.typepad.com/seitz/2007/04/weighting\\_the\\_we.html](http://adamant.typepad.com/seitz/2007/04/weighting_the_we.html)

home movies, press releases, celebrity Web pages, home movies, secrets of every stripe, military orders, music, newsletters, confessions, congratulations – every shade and aspect of human life encoded as 1s and 0s. Taken together, they weigh roughly the same as the smallest possible sand grain, one measuring just two-thousandths of an inch across.”<sup>57</sup>

Das gesamte Wissen der Welt – wohlgermerkt in digitalisierter Form – untergebracht in dem kleinstmöglichen Sandkorn!

Leider jedoch sind Cass und seinen Mitstreiter einige gravierende Fehler unterlaufen. Denn tatsächlich ist die grundsätzliche Vorstellung, dass die Informationsgesellschaft mit einem Vergrößerungsglas zu suchen sei, mehr als irreführend: so sehr man auch nach diesem phantastischen Sandkorn suchen möchte, die Informationsgesellschaft wird man nicht in ihm finden. Treten wir also einige tausend Schritte zurück, um die Elemente der sogenannten Informationsgesellschaft in den Blick zu bekommen, die durch eine falsch eingestellte Brennweite ausgeblendet oder unscharf geblieben sind.

Der Mythos der Immaterialität der Informationsgesellschaft, der sich in dieser kleinen – zugegeben wohl eher populärwissenschaftlich einzuordnenden – Anekdote ausspricht, wird schon allein dadurch infrage gestellt, dass Cass und seine Mitstreiter in ihrer Rechnung vergessen haben, die Rechner und Server des großtechnologischen Computer- und Datennetzwerks mit dem Namen „Internet“ überhaupt erst einmal einzuschalten. Denn das kleine Gewicht einer sehr großen Anzahl von Elektronen kann nur dann Informationen tragen, wenn sie eine bestimmte raum-zeitliche Anordnung in den Telekommunikationskanälen und auf den Speicherplatten dieses großtechnologischen Netzwerks einnehmen, wenn sie als Bit oder Byte ein bestimmtes, binär codiertes Muster beschreiben. Der Energieverbrauch aber, der dazu notwendig ist, um eine technische Umwelt bereitzuhalten, die in der Lage ist, um diese sensible und komplexe raum-zeitliche Anordnung der elektrischen Ladungen und Impulsen zu produzieren und zu erhalten, gar zu übermitteln oder auszulesen, bewegt sich in deutlich anderen Größenordnungen.

Eine normale Suche bei Google (bspw. wie die eben nach dem Begriff „Informationsgesellschaft“ angestellte), benötigt zwar nur 1kJ (0,0003kWh) für ihre Bearbeitung, eine Energiemenge, die einem Ausstoß von gerade mal 0,2 Gramm CO<sub>2</sub> entspricht.<sup>58</sup> Es ist aber natürlich die Masse, die hier den Unterschied macht: allein über Google werden täglich über 200 Millionen Suchanfragen geschaltet, selbst bei der konservativen Rechnung von Google selbst entspricht das einem täglichen (!) CO<sub>2</sub>-Ausstoß von ca. 40 Tonnen. Damit hat allein die Standardsuche bei Google eine tägliche CO<sub>2</sub>-Bilanz,

---

<sup>57</sup> Cass 2007, zit.n. <http://discovermagazine.com/2007/jun/how-much-does-the-internet-weigh>

<sup>58</sup> Dementsprechend rechnet Google selbst vor, dass der CO<sub>2</sub>-Ausstoß für die Produktion einer durchschnittlichen Tageszeitung 850 Suchen, ein Glass Orangensaft 1050 Suchen, ein Cheeseburger 15.000 Suchen und der monatliche Energieverbrauch eines durchschnittlichen amerikanischen Haushaltes 3.100.000 Suchanfragen auf ihrer Website entsprechen (vgl. <http://www.google.com/corporate/green/datacenters/>) Alex Wissner-Gross von der Harvard University geht allerdings von einem Ausstoß von immerhin 5-10g CO<sub>2</sub> pro Google-Suche aus. Vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Fuer-wieviel-CO2-Ausstoss-sind-Internetsuchen-verantwortlich-Update-196697.html>

die einer zweifachen Erdumrundung im Flugzeug entspricht.<sup>59</sup> Nicht kalkuliert sind hier die deutlich energieaufwendigeren Suchen (bspw. über google-maps oder die Suche nach Bildern und Videos) oder Anwendungen wie google-mail. Ebenso wenig sind in dieser Rechnung enthalten die Anstrengungen, die das Unternehmen Google unternimmt, um diese Daten zu erheben bzw. ins digitale Format zu überführen.<sup>60</sup>

Wenn wir den Blick über Google hinaus weiten, stoßen wir auf eine im Auftrag des Bundesumweltministeriums durchgeführte Studie des Borderstep-Instituts, aus der hervorgeht, „dass sich der Stromverbrauch von Rechenzentren in Deutschland im Jahr 2006 im Vergleich zum Jahr 2000 mehr als verdoppelt hat. 2006 lag er schon bei etwa 8,7 Mrd. Kilowattstunden (d.h. 8,7 Terawattstunden) – das ist die Jahresstromproduktion von drei mittelgroßen Kohlekraftwerken.“<sup>61</sup> Der Stromverbrauch der rund 50.000 Rechenzentren allein in Deutschland entspricht jährlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen von rund 5,6 Millionen Tonnen, die Stromrechnung beläuft sich auf über 610 Mio. Euro. Die Anzahl der Rechenzentren und Server wächst rasant, bereits im Jahr 2008 berechnete wiederum das Borderstep-Institut, dieses Mal im Auftrag des Branchenverbandes BITKOM, dass der Stromverbrauch auf 10,1 Terrawattstunden und damit 1,8 Prozent des Gesamtstromverbrauchs in Deutschland angewachsen sei, was einer Steigerung von mehr als 13% in zwei Jahren entspricht. „Die damit verbundenen Kosten beliefen sich auf rund 1,1 Milliarden Euro. Die Autoren erwarten, dass bis 2013 der Energieverbrauch sogar um weitere 50 Prozent ansteigt, wenn Unternehmen an den bisherigen Praktiken beim Serverbetrieb festhalten.“<sup>62</sup>

„Nach einer Studie von Jonathan Koomey an der Stanford University lag 2005 der Stromverbrauch aller Server in den USA bei 2,6 Millionen Kilowattstunden, was 0,6 Prozent des gesamten Stromverbrauchs der Vereinigten Staaten entspricht. Rechnet man den Stromverbrauch für die notwendigen Infrastrukturen mit ein, beläuft sich der Verbrauch auf 1,2 Prozent. Im Ergebnis bedeutet dies, dass alleine in den USA fünf Kraftwerke der 1.000-Megawatt-Klasse nur laufen, um alle Rechenzentren und deren Infrastruktur mit Strom zu versorgen.“<sup>63</sup> Im Jahr 2007 betrug der Energieverbrauch durch Rechenzentren weltweit 120 Milliarden Kilowattstunden, was Kosten in Höhe von 7,2 Milliarden US-Dollar (5,48 Milliarden

---

<sup>59</sup> Oder der eines durchschnittlichen Autos, das fünfmal (!) um die Erde fährt, vgl. <http://timeforchange.org/what-is-a-carbon-footprint-definition>. Die Suchmaschine „blackle“ behauptet in diesem Zusammenhang, dass ihre Verwendung z.B. eines schwarzen Suchbildschirms anstatt des für Google typischen weißen erhebliche Energie eingespart werden könne. (<http://www.blackle.com/about/>) Leider werden diesbezüglich keine Zahlen präsentiert, immerhin aber verdeutlicht diese Intervention, dass natürlich die Darstellungen von digitalen Inhalten z.B. auf Monitoren nicht zu vernachlässigen, sondern selbst ein technischer und energieaufwendiger Vorgang ist.

<sup>60</sup> Für den google-Dienst „Street View“ sind ja immerhin Kameraautos alle abzubildenden Gegenden und Straßen abgefahren (mittlerweile wurde auch der Meeresboden, der Mount Everest und andere unzugängliche Regionen erfasst), für „google books“ werden alle Bücher eingescannt und digital erfasst, für den „Ngram Viewer“ werden ebendiese verschlagwortet, für Kunstliebhaber bietet das Google Art Project die Möglichkeit, über 30.000 Kunstwerke aus über 150 Sammlungen aus 40 Ländern anzusehen, etc..

<sup>61</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Green\\_IT](http://de.wikipedia.org/wiki/Green_IT)

<sup>62</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Green\\_IT](http://de.wikipedia.org/wiki/Green_IT)

<sup>63</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Green\\_IT](http://de.wikipedia.org/wiki/Green_IT)

Euro), der Leistung von 44 Atomkraftwerken vom Typ Mühlenberg oder einem CO<sub>2</sub>-Austoss von grob geschätzten 62 Millionen Tonnen entspricht.<sup>64</sup>

In diese Rechnungen sind noch nicht der Stromverbrauch der PC-Arbeitsplätze, also der Rechner, Monitore und Drucker zuhause oder im Büro eingegangen, womit nach der groben Schätzung der Münchener Beratungsfirma ClimatePartner noch einmal CO<sub>2</sub>-Emissionen in der Größenordnung von rund 246 Millionen Tonnen zu addieren wären.<sup>65</sup> Nach einer Studie von McKinsey werden sich die von der Informations- und Kommunikationsindustrie verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen bis zum Jahr 2020 verdreifachen.<sup>66</sup> „For office buildings, ICT typically accounts for more than 20% of the energy used, and in some offices up to 70%. Although energy costs typically comprise less than 10% of an overall IT budget, in a few years they could rise to more than 50% according to a 2006 Gartner report. Many large organizations – such as Google – already claim that their annual energy costs exceed their server costs.“<sup>67</sup> Und dabei brüstet sich Google in diesem Zusammenhang sogar damit, dass “Google-designed data centers use about half the energy of a typical data center.”<sup>68</sup>

In der Informationsgesellschaft geht es aber längst nicht nur um den Betrieb und die Kühlung von Servern, Rechenzentren und Heimcomputern. Rechnet man die Energiekosten, die bei der Produktion, dem Vertrieb und der Nutzung von Festnetz- und Mobiltelefonie, Büro-Telekomanlagen, PCs, Servern und Großrechnern, Local Area Networks (LAN), Kühlanlagen und Druckern anfallen, hinzu, stellen die durch die globale Informations- und Kommunikationsindustrie verursachten CO<sub>2</sub>-Belastungen einen Anteil von ca. 2% der weltweiten Gesamtemissionen, ein Anteil, der in etwa vergleichbar ist mit dem des globalen Flugverkehrs (!).<sup>69</sup> In Industrieländern kann der Anteil der Informations- und Kommunikationsindustrie an den Gesamtemissionen auf einen Anteil von 5 bis 6 % steigen, hier sind Konsumelektronik-Geräte wie Fernseher oder DVD-Spieler noch nicht einmal berücksichtigt.<sup>70</sup> Um die modernen informations- und kommunikationstechnischen Geräte wie Digitalkamera, Notebook, MP3-Player, Spielkonsole, Drucker, Mobil-Telefon etc. zu betreiben, wird allein in Deutschland die Energieleistung von zehn Kraftwerken benötigt. Ihre Nutzung verursachte „in Deutschland im Jahr 2007 rund 33 Millionen Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>)-Emissionen – mehr als der gesamte deutsche Luftverkehr.“<sup>71</sup>

---

<sup>64</sup> vgl. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/internet-forschung-gruen-wolkig-immer-und-ueberall-a-671879-4.html>

<sup>65</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,671879-4,00.html>

<sup>66</sup> <http://www.greenit.net/whygreenit.html#2>

<sup>67</sup> <http://www.greenit.net/whygreenit.html#2>

<sup>68</sup> <http://www.computerwoche.de/a/six-energy-efficient-data-center-practices,2494760,2>

<sup>69</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/0,1518,671879-4,00.html>

<sup>70</sup> <http://www.greenit.net/whygreenit.html#2>

<sup>71</sup> <http://www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3725.pdf>

Tabelle 1: Stromverbrauch für IKT in Deutschland im Jahr 2007 nach Sektoren, Geräteklassen und Betriebszuständen

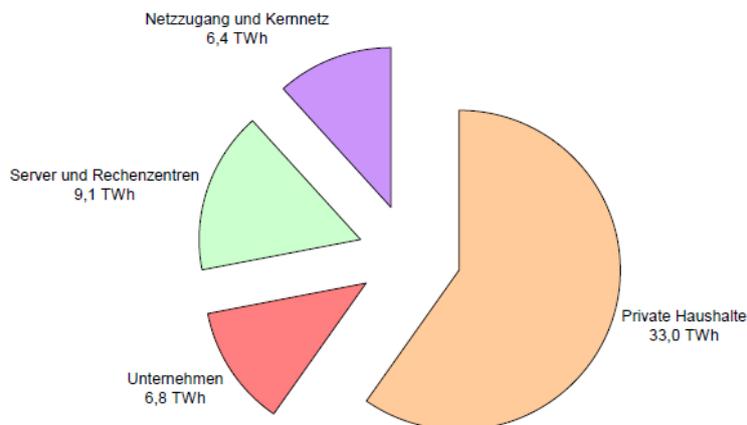
Sektor	Stromverbrauch in 2007 (GWh)		
	Alle Modi	Active Mode	Standby Mode <sup>1)</sup>
<b>Private Haushalte</b>	<b>33.010</b>	<b>23.548</b>	<b>9.462</b>
Computer <sup>2)</sup>	11.217	8.664	2.552
Mobile Geräte	479	332	146
Television <sup>2)</sup>	15.833	12.119	3.714
Audio-Geräte	3.212	1.287	1.925
Telefone, Router	2.270	1.145	1.125
<b>Unternehmen<sup>3)</sup></b>	<b>6.817</b>	<b>5.128</b>	<b>1.689</b>
<i>darunter: öffentl. Verwaltung</i>	<i>578</i>	<i>426</i>	<i>152</i>
Computer <sup>2)</sup>	6.196	5.008	1.188
Telefone, Router	622	120	501
<b>Server und Rechenzentren</b>	<b>9.122</b>	<b>9.122</b>	<b>0</b>
<i>darunter: öffentl. Verwaltung</i>	<i>644</i>	<i>644</i>	<i>0</i>
Server	3.649	3.649	0
Rechenzentren-Infrastruktur	5.473	5.473	0
<b>Netzzugang und Kernnetz</b>	<b>6.436</b>	<b>6.436</b>	<b>0</b>
Mobilfunk	3.107	3.107	0
Festnetz	3.329	3.329	0
<b>Summe IKT</b>	<b>55.385</b>	<b>44.233</b>	<b>11.151</b>

1) Netzwerk-Standby, passives Standby, Schein-Aus

2) Inkl. Peripheriegeräte

3) In der Abgrenzung der WZ-2003-Systematik der Wirtschaftszweige: WZ-Abschnitte D-O; darunter "Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung" (WZ L)

Abbildung 3: (Quelle: Fraunhofer ISI und Fraunhofer IZM 2009, 14)



Gesamter Stromverbrauch für IKT im Jahr 2007: 55,4 TWh

Abbildung 4: (Quelle: Fraunhofer ISI und Fraunhofer IZM 2009, 15)

Dem Gewicht des kleinsten Sandkornes ist aber genau genommen nicht nur der tatsächliche energetische Aufwand und laufende Stromverbrauch – hier polemisch versinnbildlicht im CO<sub>2</sub>-Ausstoß – der Informationsgesellschaft entgegenzustellen, sondern letztlich auch das Gewicht der technischen Umwelt, in der die Informationen produziert, gespeichert oder weitergeleitet werden und ohne welche diese kleinsten Ladungen keine andere gesellschaftliche Bedeutung hätten als die der allgemeinen Weltraumstrahlung.

Stellen wir dem zitierten, kleinstmöglichen Sandkorn also einmal das Gewicht der gigantischen Kabeltrommeln gegenüber, die bei dem ersten Versuch einer Verlegung eines transatlantischen Unterseekabels zum Einsatz kamen: „4200 Kilometer lang, 9000 Tonnen schwer: In einem Höllenritt über den Atlantik verlegten Ingenieure das erste Tiefseekabel von England nach Amerika.“<sup>72</sup> Da dessen immenses Gewicht zu diesem Zeitpunkt noch von keinem Schiff der Welt geschultert werden konnte, musste das Kabel auf zwei Schiffe verteilt werden. Nach verschiedenen, teilweise tragischen Rückschlägen gab es am 9. September 1866 eine transatlantische Kabelverbindung zwischen den USA und England.“<sup>73</sup>

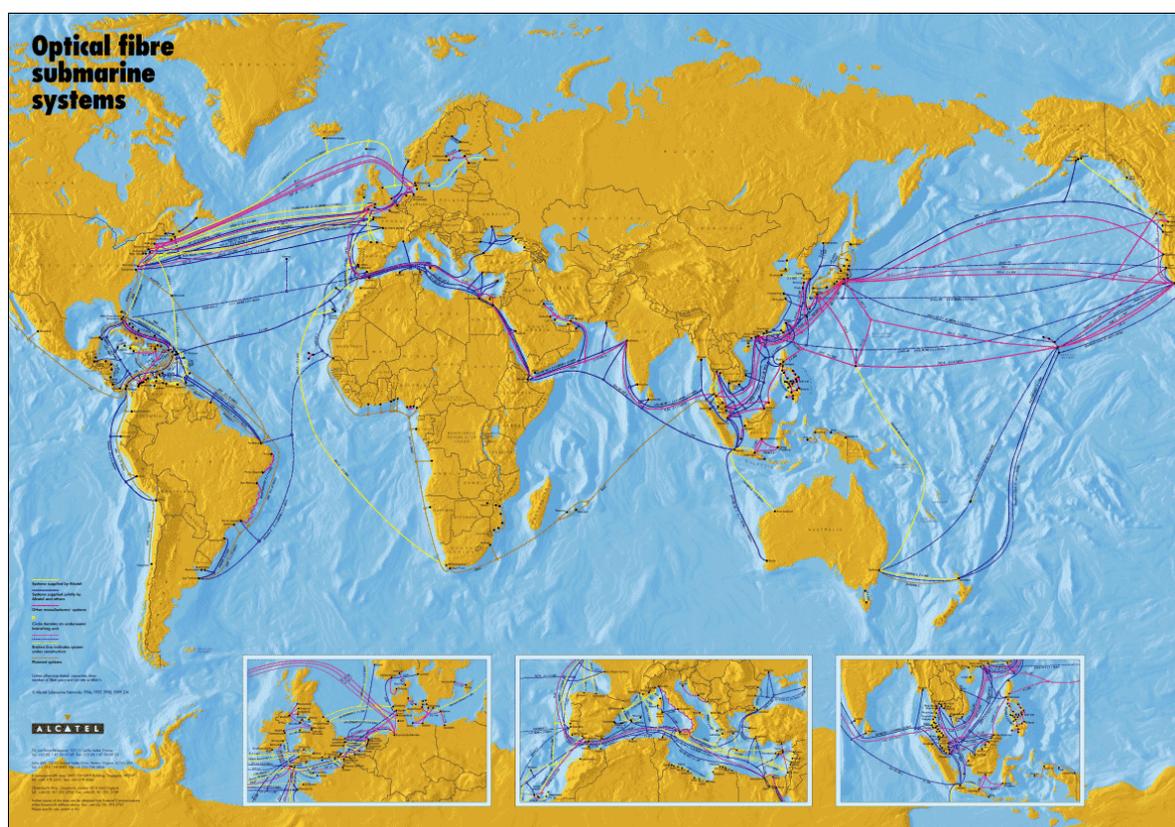


Abbildung 5: Karte des submarinen Glasfaserkabelnetzwerkes von Alcatel Submarine Systems aus dem Jahr 1999 (Quelle: Dodge/Kitchin 2001, 22f, vgl. <http://www.alcatel.com/submarine/>)

<sup>72</sup> Ulrich Alexis Christiansen: Kabelanschluss für die Neue Welt.

<http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a2520/118/10/F.html#featuredEntry>

<sup>73</sup> Ulrich Alexis Christiansen: Kabelanschluss für die Neue Welt.

<http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a2520/118/10/F.html#featuredEntry>

Zwar haben sich Material und Kapazität der Submarinkabel inzwischen erheblich verändert, bis heute aber ermöglicht ihr Netz immer noch – bei einer Gesamtlänge von etwa 300.000 Kilometern – die schnellsten transkontinentalen Telekommunikationsverbindungen. Die Verlegung der Unterwasserkabel sind aber nur ein besonders plastisches Beispiel für den enormen Energie- und Materialaufwand, der für den Auf- und Ausbau der sogenannten „Informationsgesellschaft“ betrieben wurde.

Bleiben wir noch einen Augenblick bei der im Alltag zumeist unsichtbaren informations- und kommunikationstechnologischen Infrastruktur. Die zig-tausend Kilometer der in und über der Erde verlegten Telekommunikationskabel, von verdrehten Kupferdrähten über die Koaxialkabel der Fernsehkabelnetze, die mittlerweile auch für die Telekommunikation nutzbaren Stromkabel bis hin zu den optischen Glasfaserleitungen und die auf dem Meeresboden zwischen den Kontinenten verlegten Unterwasserkabel – trotz ihrer Anfälligkeit für beinahe vormodern anmutende Bedrohungen durch Schiffsanker, Schleppnetze, aber auch für die auf den Kupfergehalt oder die witterungsbeständige Kabelisolierung abzielenden Rohstoffräuber – bilden weiterhin den zuverlässigsten, schnellsten und leistungsfähigsten Bestandteil dieser Infrastruktur. Komplettiert wird die informations- und kommunikationstechnologische Infrastruktur durch die Satelliten- und Funknetzwerke, über die heute nahezu jeder Punkt auf der Erde erreichbar ist – womit eine tatsächlich globale Kommunikationsinfrastruktur geschaffen ist.

Richten wir unseren Blick also nach oben, in den Äther, den „oberen Himmel“ und „Seele der Welt“ der griechischen Mythologie. Sticht man ihn mit der Antenne eines entsprechenden Empfangsgerätes an, sprudeln nicht nur unzählige Lang-, Mittel-, Kurz-, und Ultrakurzwellenradio- oder Fernsehprogramme heraus, er ist prall gefüllt mit Informationen, die sich über das gesamte elektromagnetische Frequenzspektrum erstrecken. Die staatlich-hoheitlich zugewiesenen Frequenzbänder werden neben den eben genannten zudem vom Militärfunk, von Navigationsanlagen, GPS- und Radarsystemen, vom Richtfunk, dem Amateur- und Betriebsfunk, dem Polizeifunk, den Rettungsdiensten, dem Flugfunk, von Anlagen für die Funksteuerung, von Funkuhren, ja sogar von den Fernbedienungen unserer technischen Alltagsgeräte genutzt. Auch das enorm wachsende Aufkommen in den Bereichen des Mobilfunks und der Drahtlos-Netzwerke (über „bluetooth“ und „WLAN“ bis zu den modernen UMTS- und LTE-Technologien) wird über den Äther bedient, der sich über terrestrischen Rundfunk- und Richtfunkanlagen, Mobilfunkmasten, lokalen WLAN-Netzen und Satellitenanlagen wölbt.<sup>74</sup>

Letztere führen unseren Blick nun tatsächlich an das Firmament: Gegenwärtig befinden sich mehr als 800 aktive Satelliten im Orbit unseres Planeten. Entsprechend ihren Aufgaben<sup>75</sup> umkreisen sie die Erde auf unterschiedlichen Umlaufbahnen. Ungefähr zwei Drittel aller

---

<sup>74</sup> Die Belastung der Umwelt mit sogenanntem „Elektrosmog“ ist z.B. Anlass für die Bundesnetzagentur, Karten über die Standorte von Funkanlagen und Sendemasten zu veröffentlichen.

<sup>75</sup> Zum Beispiel für die Beobachtung und Überwachung der Erd- und Wasseroberflächen unseres Planeten zu wissenschaftlichen und militärischen Zwecken, die Erforschung des Weltraums, die Bereitstellung von satellitengestützten Navigationsdiensten, die Erkundung der sich in der Atmosphäre zusammenbauenden Großwetterlage, etc..

Satelliten werden für die Übertragung von Rundfunkprogrammen und die Telekommunikation genutzt, wofür zumeist geostationäre Satelliten eingesetzt werden, die in einer Höhe von 35.786 Kilometern über dem Äquator eine Umlaufbahn von 264 000 Kilometern Länge beschreiben. Auf diesem sogenannten „Clarke Belt“ entspricht die Reisegeschwindigkeit der Satelliten exakt der Erdrotation, so dass sie von der Erde aus betrachtet wie geparkt auf einem immer gleichen Punkt über dem Äquator erscheinen – es ist diese kontinuierliche Präsenz, die einen ununterbrochenen Programmbetrieb ermöglicht. Während ältere Nachrichten- oder Telekommunikationssatelliten nur als Reflektoren für von der Erde ausgestrahlte Signale dienen konnten, können die Satelliten der neueren Generation ganze Landstriche, ja Kontinente „ausleuchten“, d.h. aktiv mit informationstragenden, elektromagnetischen Wellen bestrahlen.<sup>76</sup>

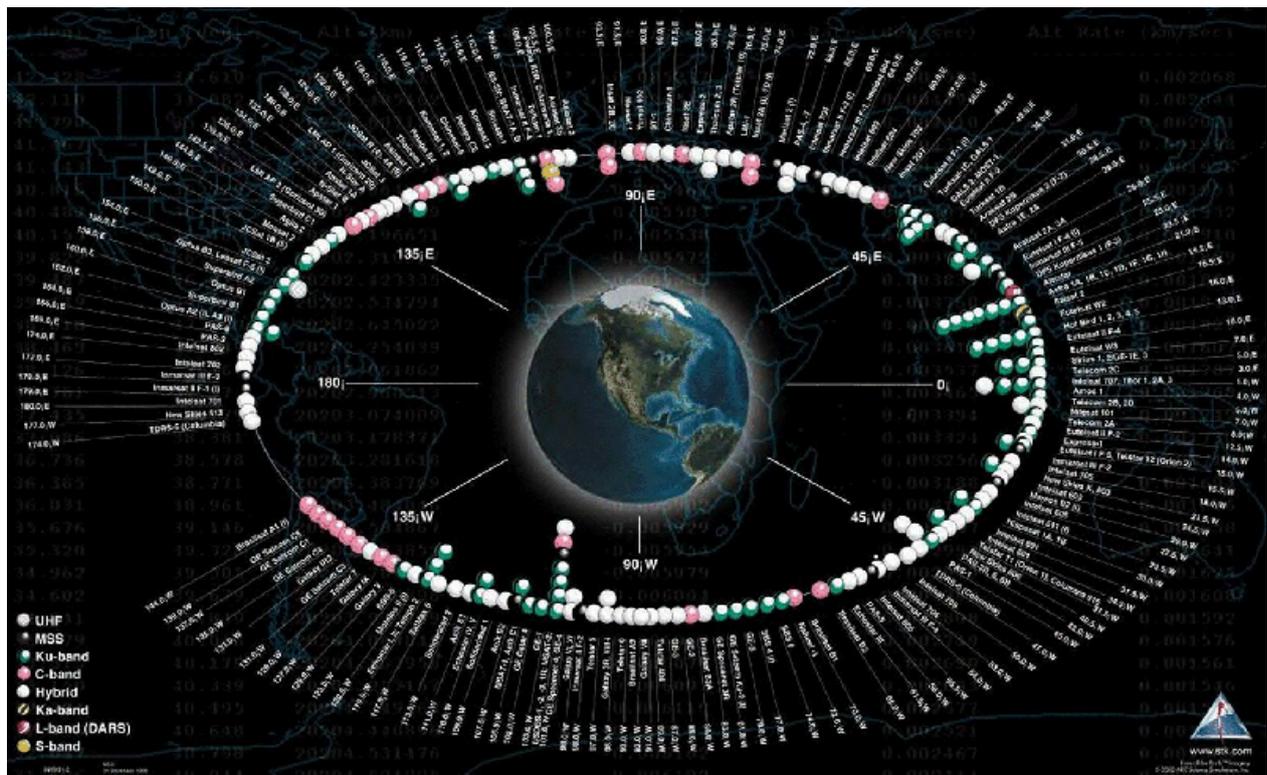


Abbildung 6: Schematische Abbildung der geostationären Satelliten auf dem sogenannten „Clarke Belt“. (Quelle: <http://www.cnes.fr/web/CNES-en/1108-the-beginnings-of-satellite-telecommunications.php>)

Im Sinne der polemischen Bestimmungen zur „Materialität“ der Informationsgesellschaft und einer durchaus ernstgemeinten Richtigstellung ihrer Energiebilanz wäre also nicht nur das Gewicht der Trägerraketen in Rechnung zu stellen, mit denen modernen Rundfunk-Satelliten ins All befördert werden oder der Energieaufwand in Tonnen CO<sub>2</sub> zu berechnen, der dafür aufgebracht werden muss. Darüber hinaus wären Fragen – im Sinne der Brecht’schen Figur des „lesenden Arbeiters“ – zu stellen nach den Produzenten des Mehrwerts, der für die

<sup>76</sup> Die Tatsache, dass mehr als die Hälfte aller Satelliten US-amerikanischer Herkunft sind (gefolgt von nur 89 russischen und 34 chinesischen Satelliten) oder auch die bemerkenswerte Ausparung des bevölkerungsreichsten Kontinents der Erde und die damit bemerkenswert asymmetrisch verteilte Macht zu Kommunikation, Teilhabe und Überwachung, deutet bereits die geopolitische und -ökonomische Bedeutung der Herrschaft über die globale Kommunikationsinfrastruktur an.

kostenintensiven Projekte der nationalen und internationalen Raumfahrtprogramme von einer Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden muss.

Das bis hierhin gezeichnete Bild ließe sich weiter ausbauen und anreichern: Denn die verschiedenen Telekommunikationsnetzwerke mit ihren unterschiedlichen Bandbreiten, Übertragungsgeschwindigkeiten und physikalischen Eigenschaften werden von zunehmend auf digitaler Basis funktionierenden Schnitt- und Schaltstellen, Routern, Switches, Vermittlungszentralen, Signalwandler und Verstärker miteinander verknüpft, durch die sich die in einzelne Datenpakete zerlegten „Informationen“ „selbstständig“ ihren Weg bis hin zu den mit eindeutigen IP-Adressen versehenen Endgeräten suchen.

Das für uns sichtbare Ende der zumeist mit bloßen Augen nicht erkennbaren, grenzüberschreitenden Infrastruktur von globalem Ausmaß sind aber die sogenannten „Kommunikations-Endgeräte“, die ihren verschiedenen Zwecken entsprechend ständig oder nur zeitweise „online“ geschaltet sind, um Informationen und Daten in die Netze einzuspeisen oder daraus abzuzapfen. Als deren Universalgerät hatte sich bis zuletzt der an das Internet angeschlossene Computer durchgesetzt. Erweiterbar um eine üppige Peripherie verschiedener Aus- und Eingabegeräte,<sup>77</sup> lassen sich mit den auf ihm ausführbaren Programmen und Anwendungen Texte, Bilder, Töne und Videos – als digitale Daten längst zu „Multimedia“ verschmolzen – einlesen, bearbeiten, wiedergeben, vervielfältigen und weiterverbreiten. Auf der Grundlage programmierbarer Rechenoperationen lassen sich ferner aufwendige und komplexe Simulationen berechnen, die nicht nur für die Computerspiele-Industrie von enormem Wert sind, sondern zunehmend auch für wissenschaftliche Berechnungen genutzt werden. Mit ausreichender Bandbreite angeschlossen an das „Netz der Netze“, ermöglicht der Computer weltweite Kommunikation und den Austausch von täglich wachsenden Mengen von Informationen, Datenbeständen und Programmcodes in „Echtzeit“.

Während die alten, analogen „Kommunikationsendgeräte“ wie Telefon, Faxgerät, Radio, Fernseher, etc. von der Universalmaschine Computer und ihrer Peripherie zwar nicht zum Verschwinden gebracht, so doch an den Rand gedrängt wurden, haben sich mit den Mobiltelefonen, in der neueren Generation aufgerüstet zu sogenannten „Smartphones“ und Tablet-Computern, längst neue, konvergierte, internetfähige und lokalisierbare, vor allen Dingen aber mobile Universalgeräte durchgesetzt. Durch eine enorm gesteigerte Rechenkapazität, eine über „touchscreens“ erleichterte, intuitive Bedienbarkeit und das

---

<sup>77</sup> Gemeinhin üblich geworden sind Bildschirm, Tastatur und Maus, aber auch Drucker, CD-ROM, DVD- oder BlueRay-Laufwerke und -brenner, Mikrofon, Lautsprecher, digitale Kamera, Scanner, etc. Letztlich lässt sich die Peripherie eines Rechners auf alles erweitern, das aufgrund von Speicherchips und Mikroprozessoren in die Lage versetzt wird, mit ihm in der gemeinsamen digitalen Sprache zu kommunizieren oder diese zumindest zu konservieren, von mit Rechenchips ausgestatteten Alltagsgegenständen, den mit „Radio Frequency Identification Tags“ (RFID) versehenen Kleinstgegenständen über die automatischen Produktionssysteme der großen Werkshallen bis hin zu den Maschinenparks und Logistiksystemen z.B. eines Flughafens oder der Transport- und Postunternehmen. Das „digitale Universum“ wird zudem ergänzt um die vielen, nicht zwingend vernetzten Endgeräte wie Digitalkameras, tragbare Aufnahme- oder Wiedergabegeräte, die mittlerweile ebenfalls auf der Basis der digitalen Sprache von 1 und 0 funktionieren und deren Datenbestände bei Bedarf ebenfalls in das Netz eingespeist bzw. „hochgeladen“ werden können.

täglich wachsende Angebot softwarebasierter Anwendungen und Dienste hat sich der Anwendungsbereich des einstigen „Mobiltelefons“ enorm erweitert: Nicht nur ist man heute nahezu immer und überall telefonisch erreichbar, sondern auch in der Lage, jede erdenkliche Information in Sekundenbruchteilen abzufragen, komplexe soziale Netzwerke zu bedienen, sich in unbekanntem Städten zurechtzufinden, auf ein Heer von globalen und lokalisierten Dienstleistungen zurückzugreifen, auf eine „augmented reality“ zurückzugreifen, etc.. Nicht zuletzt durch die Mobilität der neuen Kommunikations-Endgeräte erleben wir gegenwärtig einen neuen Boom sowohl was die Verbreitung als auch was die alltägliche Nutzung der immer neuen, zunehmend integrierten und konvergierten Kommunikations-*Endgeräte* angeht. In diesem Zusammenhang erwähnt werden muss, dass ebendiese nicht nur als Ausgabegeräte des digitalen Universums dienen, sondern auch als Eingabegeräte. Neben der Möglichkeit, Fotos, Texte, Nachrichten etc. hochzuladen, fungieren sie auch zunehmend als allgegenwärtige und nahezu omnipotente Sensoren – von der einfachen Lokalisierung über GPS und Funkstationen über die neuen Möglichkeiten, Fingerabdrücke zu scannen und Pulsraten zu messen bis hin zu den für Nachrichtendienste und Werbetreibende unermesslich wertvollen Informationen über Kommunikations- und Informationsverhalten, soziale Kontakte, Konsuminteressen sowie der Möglichkeit, bspw. Kamera- und Mikrofonfunktionen sowie Datenverbindungen fernzusteuern – und auf diese Weise die „Verwanzung“ der Welt mit großen Schritten zu vervollständigen.

Allein diese anekdotische Polemik über die angebliche „Gewichtslosigkeit“ der Informationsgesellschaft verdeutlicht, dass einige Mythen rund um die Informationsgesellschaft nur unter der Absehung von enormen Realitäten und Materialitäten produziert und aufrechterhalten werden können. Die Entmythisierung der Informationsgesellschaft soll aber nicht bei der bloßen Feststellung ihrer „Materialität“ in dem bisher eher trivialen-polemischen Sinne ihres tatsächlichen „Gewichts“ stehen bleiben.

Denn in einem nicht-trivialen, phänomenologischen Sinne verweist das ausgeführte Gewicht auf eine bedeutend größere „Krümmung“ des gesellschaftlichen Raumes, als dies mit den gedankenlosen Phrasen über die angebliche Gewichtslosigkeit oder Immaterialität der Informationsgesellschaft kolportiert wird. Sinnbildlich ist die Informationsgesellschaft offenbar „gewichtiger“ in die Konstitution sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Verhältnisse eingebettet. Diese Materialität wird deutlich, wenn wir eine Exkursion an die Orte der Produktion und Verschrottung des Universalgeräts der Informationsgesellschaft wagen.

#### - *Exkursion in die Computerproduktion und -verschrottung*

Ein kurzer Blick auf den für die Produktion eines Computers notwendigen Material- und Energieeinsatz zeigt nicht nur, dass „entgegen der These von einer zunehmenden Entmaterialisierung der Produktion (...) der Herstellungsprozess eines PCs äußerst materialintensiv“ ist.<sup>78</sup> Dabei werden insbesondere Metalle und seltene Stoffe benötigt, die

---

<sup>78</sup> „Um einen Computer für den Heim- oder Bürobedarf zu produzieren, benötigt man laut einer UN-Studie 1.500 Liter Wasser, 22 kg chemische Stoffe und 240 kg fossile Brennstoffe.“ (Bormann 2007, 6) Für die Produktion eines durchschnittlichen PCs mit Monitor werden knappe 2.800 Kilowattstunden (kWh) Energie benötigt, dabei werden rund 850 Kilogramm Treibhausgase freigesetzt. (vgl. <http://www.energie-tipp.de/trend/green-it.html>)

aus der ganzen Welt und unter Aufrechterhaltung problematischer politischer, sozialer und ökologischer Bedingungen zusammengetragen werden müssen: „Nickel und Silber aus Sibirien, Kupfer aus dem chilenischen Norden, Zinn aus Südostasien, Gold aus den Minen Nigerias und im Kongo geschürftes Koltan.“ (Bormann 2007, 6)

Das Beispiel des Produktions- und Verschrottungsprozess eines Computers – immerhin das Universalgerät der sogenannten „Informationsgesellschaft“ – betrifft nun offenbar nicht mehr nur die „Materialität“ in einem trivialen Sinne gegenüber der oberflächlich behaupteten Gewichtslosigkeit der Informationsgesellschaft, wir befinden uns nun inmitten der gesellschaftlichen Materialität der sogenannten „Informationsgesellschaft“ – es geht nun um die Konstitution von sozialen Beziehungen und gesellschaftlichen Verhältnissen. „Der Computer ist dabei ein doppeltes Sinnbild: Einerseits für die digitale Revolution und globale Vernetzung“, die ohne ihn in der heutigen Form nicht denkbar wäre, „andererseits für die wirtschaftliche Globalisierung und ihre teils gravierenden Folgen. Die Computerproduktion findet heute global statt und geschieht alles andere als per drag and drop.“ (Bormann 2007, 7)

Durch „Outsourcing“ und „Offshoring“ ist der Produktionsprozess eines PCs heute stark fragmentiert und in globalen Wertschöpfungsketten organisiert. Somit kann die Elektronikindustrie heute als „eine der globalisiertesten Branchen weltweit“ gelten (Bormann 2007, 7). „Bereits in den späten 1970er begannen US-amerikanische Chiphersteller mit dem Aufbau von Produktionsstätten in Hongkong, Singapur, Philippinen und Malaysia. Seit Mitte der 1980er Jahre verlagerten zudem Computerunternehmen aus den USA ihre Montage und das Testen von Desktop-PCs, Laptops und Monitoren nach Mexiko.“ (ebd.) In Europa entstanden billige Produktionsstätten zunächst in Schottland, Wales und Irland, seit Mitte 1990er Jahre dann auch in Osteuropa. Zunehmend jedoch verschob sich die Produktion von Computern nach Südostasien und hier vor allen Dingen auf das chinesische Festland. China konnte, indem es mit Niedriglöhnen konsequent und permanent andere Standorte unter Druck setzte,<sup>79</sup> zum größten Exporteur von Computern aufsteigen. „So wird heute z.B. jedes zweite weltweit verkaufte Notebook in China produziert.“ (Bormann 2006, 4)

Im Kampf um ausländische Investoren haben mittlerweile auch Vietnam, Indien und die Mongolei aufgeholt. Dabei sind die zu „Standorten“ reartikulierten Regionen darauf angewiesen, die Anforderungen der global operierenden Unternehmen, die permanent mit der Möglichkeit einer Verlagerung der Arbeitsplätze drohen, zu erfüllen bzw. daran gehalten, ihre Konkurrenten diesbezüglich entsprechend zu unter- bzw. zu überbieten, da eine Verlagerung „in der Region, die den Produktionsstandort verliert, heftige Strukturkrisen auslösen“ kann (Bormann 2007, 7f).

Instruktiv sind in diesem Zusammenhang die Kriterien, die das Unternehmen Dell für die Wahl eines geeigneten Standortes formuliert:

---

<sup>79</sup> „Zum Vergleich: In China liegt der Monatslohn in der Produktion zwischen 50-80 €, auf den Philippinen bei ca. 95 €, in Mexiko bei ca. 220 €, in Ungarn bei ca. 300 € und in Malaysia bei 500-700 €.“ (Bormann 2006, 4)

### *„1. Wirtschaftliche und steuerliche Vorteile*

- *Umfang und Dauer der Steuererleichterungen*
- *Angebote/Gratisnutzung von Bauland oder Gebäuden*

### *2. Hochwertige Infrastruktur und Umfeld*

- *gutes Telekommunikationssystem und Anbindung an Verkehrswege*
- *Nähe zu wichtigen Lieferanten*
- *Technische Hochschulen und Universitäten, die bereit sind, ihre Ausbildung den Anforderungen der Elektronikindustrie anzupassen*

### *3. Arbeitskraft*

- *Lohnkosten und Sozialleistungen*
- *Hoher Ausbildungsstandard*
- *Keine oder nur schwache Gewerkschaften*

### *4. Geostrategische Lage*

- *günstige und kurze Exportwege.*<sup>80</sup>

In diesem globalen „Wettbewerb“ um die Arbeitsplätze in der globalen Computerproduktion kommen die Rechte der Beschäftigten und die für diese eintretenden Gewerkschaften – wo es solche überhaupt noch gibt – unter die Räder:

„Die meisten Produktionsstätten der Elektronikindustrie in Entwicklungsländern befinden sich heute in Sonderwirtschaftszonen. Diese Zonen dienen dazu ausländische Investoren anzulocken, indem man ihnen ein optimales Umfeld bietet – unbürokratische Bewilligungsverfahren, Steuerbefreiung, ausgezeichnete Infrastruktur. Die Schattenseite dieser optimalen Bedingungen für die Industrien ist jedoch, dass bei den Arbeits- und Umweltrechten eher ein Auge zugedrückt wird.“ (Butollo/Laufer 2008, 10)

„Vielerorts findet High-Tech-Produktion unter Sweatshop-Bedingungen statt. Dies ist die zweite Seite der Medaille, wenn über Exportsteigerung und technologische Spillover-Effects in Entwicklungs- und Schwellenländern debattiert wird.“ (Bormann 2007, 7)

Im ersten Halbjahr 2010 geriet das Foxconn-Werk in Shenzhen, unter anderem Zulieferer für Apple, HP, Dell, Intel, Nokia und Sony, durch eine Reihe von Selbstmorden (allein 12 im ersten Halbjahr 2010) in die globale Öffentlichkeit. Auf dem Werksgelände arbeiteten ca. 250.000 Menschen, „Arbeiter schlafen in Sälen mit bis zu hundert Menschen in

---

<sup>80</sup> Quelle: Brot für Alle/Fastenopfer (2007): Hightech – No Rights?“ Zitiert nach: Butollo/Laufer 2008, 10)

Etagenbetten.“<sup>81</sup> Foxconn lässt seine Arbeiter an sechs Tagen in der Woche Schichten von zehn bis zwölf Stunden arbeiten, Überstunden und unbezahlte Arbeiterversammlungen kommen noch dazu. „Nach Angaben der in New York ansässigen Organisation China Labor Watch wird bei Foxconn der vorgeschriebene Mindestlohn von 900 Yuan (heute 107 Euro) monatlich bezahlt, für Überstunden gibt es 7,8 Yuan (90 Cents) und 10,34 Yuan (1,23 Euro) am Wochenende. Mit Überstunden beträgt der übliche Monatslohn rund 200 Euro. Dafür sei alle sieben Sekunden ein Arbeitsvorgang zu verrichten, in einer 10-Stunden-Schicht seien bspw. 4000 Dell-Computer zu fertigen – d.h. im Stehen, Toilettenpausen und Gespräche seien außerhalb der festgeschriebenen Zeiten verboten.“<sup>82</sup>

Die globale Arbeitsteilung, wie sie sich im Rahmen der sogenannten „Informationsgesellschaft“ konstituiert, zeigt ihr vollständiges Gesicht allerdings erst dann, wenn die Lebensdauer eines Computers oder eines Mobiltelefons überschritten ist und es um deren Verschrottung geht.

Die durchschnittliche Lebenszeit eines Computers verkürzte sich zwischen 1997 und 2005 von sechs auf zwei Jahre. In Industrieländern haben Mobiltelefone eine Lebenserwartung von weniger als zwei Jahren. Dementsprechend hat die Menge des Elektro-Schrotts in den letzten Jahren dramatisch zugenommen und stellt mit 20 bis 50 Mio. Tonnen<sup>83</sup> und damit etwa 5% des weltweiten Müllaufkommens das größte und am schnellsten wachsende Segment des globalen Müllbergs dar: „In Europe e-waste is increasing at three to five percent a year, almost three times faster than the total waste stream. Developing countries are also expected to triple their e-waste production over the next five years.“<sup>84</sup>

Von dem anfallenden Elektroschrott wie Mobiltelefone, Computer, Drucker, Fernseher, Audioanlagen, etc. stellen erstere beide das größte Problem dar, einerseits weil ihre „Halbwertszeit“ mit weniger als drei Jahren die kürzeste ist (die Speicherkapazität verdoppelt sich etwa alle zwei Jahre). Einer Schätzung Gartners zufolge gab es im Juni 2008 bereits mehr als eine Milliarde PCs auf der Welt, wobei deren Anzahl jährlich um 12% anwächst. Jährlich werden ca. 16% der bestehenden Computer durch neuere ersetzt.<sup>85</sup>

„Entwicklungsländer sind nicht nur in die globale Produktion von PCs eingebunden, sondern auch in die globale Verschrottung der ausgedienten Computer. Nach durchschnittlich drei Jahren auf dem Schreibtisch eines Users beginnt die Weltreise des PCs von neuem. So mancher PC findet dann im Rahmen legaler oder auch

---

<sup>81</sup> FAZ: Selbstmordserie in der iPad-Fabrik. FAZ.net vom 25.05.2010, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/china-selbstmordserie-in-der-ipad-fabrik-1597149.html>

<sup>82</sup> FAZ: Selbstmordserie in der iPad-Fabrik. FAZ.net vom 25.05.2010, <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/china-selbstmordserie-in-der-ipad-fabrik-1597149.html>

<sup>83</sup> (vgl. <http://www.greenpeace.org/international/campaigns/toxics/electronics/the-e-waste-problem>)  
Dort heisst es zur Veranschaulichung: „If such a huge figure is hard to imagine, think of it like this – If the estimated amount of e-waste generated every year would be put into containers on a train it would go once around the world!“

<sup>84</sup> <http://www.greenpeace.org/international/campaigns/toxics/electronics/the-e-waste-problem>

<sup>85</sup> <http://www.gartner.com/it/page.jsp?id=703807>

illegaler Exporte wieder seinen Weg zurück nach China, Indien oder aber auch nach Nigeria.“ (Bormann 2007, 8)

Mindestens ein Fünftel der ausgedienten Computer, immerhin 35 Millionen, werden nicht weiterbenutzt oder angemessen „entsorgt“, sondern als Handelswaren oder gar Entwicklungshilfe umdeklariert in die Länder der Dritten Welt verschifft.

„In der Europäischen Union fallen pro EinwohnerIn jährlich zwischen 4 und 20 kg Elektronikschrott an. PCs aus Deutschland landen auf Müllkippen in Nigeria. Riesige Containerschiffe, beladen mit ausgedienten Computern, verlassen den Hamburger Hafen. Offiziell sollen sie den Digital Divide überbrücken, tatsächlich sind jedoch große Anteile unbrauchbar. So schätzt Oboro, Assistant General Secretary der Computer and Allied Products Dealers Association of Nigeria (Capdan), dass etwa 75 Prozent des importierten Materials, das fast zur Hälfte aus Europa stammt, unbrauchbar ist. Der Müll landet meist auf wilden Deponien, die das Grundwasser verschmutzen, oder wird unter freiem Himmel verbrannt, wodurch toxische Chemikalien wie Dioxine und Schwermetalle freigesetzt werden. Zudem ist das Recycling des Elektro-Schrotts – ob in Nigeria, China, Indien, Pakistan oder den Philippinen – ein wachsender Sektor der informellen Ökonomie. In Indien sind es die „urban poor“, die für ein paar Dollar am Tag PCs ausschachten.“ (Bormann 2007, 8)

Die Belastung von Umwelt und Gesundheit ist dramatisch: über die giftigen Dämpfe und giftigen Staub gelangen die Schadstoffe nicht nur in die Körper der ArbeiterInnen, sondern auch in die Wohnhäuser (sofern es vergleichbares gibt). Schwermetalle wie Blei, Cadmium, Barium, Quecksilber, Chrom, etc. vergiften die Böden und das Trinkwasser.

*„Jim Puckett, dem Direktor des „Basel Aktions-Netzwerks“, haben sich die Bilder förmlich eingebrannt: „Immer wenn ein Müllberg zu hoch wird, zünden die Leute ihn an. Kinder laufen barfuß auf der Suche nach Verwertbarem durch die schwelende Masse und atmen Dämpfe aus Dioxinen und Furanen ein.“*

(...)

*Wie tödlich Wohlstandsmüll tatsächlich ist, zeigt eine Untersuchung des UN-Umweltprogramms (UNEP) in Dandora, der einzigen Müllkippe von Kenias Hauptstadt Nairobi. Wo ursprünglich mit Weltbankgeldern eine Modellsiedlung entstehen sollte, ist inzwischen jeder freie Meter mit stinkendem, rauchendem Müll aufgefüllt. Viele Hütten der Bewohner von Dandora, die zu den Ärmsten der Stadt gehören, werden Stück für Stück von den Abfallmassen eingeschlossen. Wer hier lebt, stirbt früh. Blutproben bei 328 Kindern und Jugendlichen zwischen zwei und achtzehn Jahren brachten erschreckende Ergebnisse: Bei der Hälfte der Kinder liegt die Bleikonzentration im Blut über den Grenzwerten. Die Folge: Niedrige Hämoglobinwerte und Blutarmut, die bei fast allen betroffenen Kindern festgestellt wurde. Hohe Bleiwerte im Blut werden zudem für andere Krankheiten, darunter Krebs und Hirnschäden, verantwortlich gemacht. Gut die Hälfte aller untersuchten Kinder litt zudem an Asthma, Bronchitis oder anderen Atemwegserkrankungen sowie an Darm- und Hautbeschwerden. „Die Lage in Dandora spiegelt die Lage auf Müllplätzen in vielen Teilen Afrikas wieder“, bilanziert UNEP-Chef Achim Steiner. Denn woher die Krankheiten kommen ist klar: Proben des Bodens ergaben zehn Mal höhere Bleiwerte als erlaubt, und auch Wasser und Luft sind nach UNEP-Erkenntnissen infolge der Müllablagerung vergiftet.“<sup>86</sup>*

<sup>86</sup> Marc Engelhardt: Computer-Friedhöfe in Afrika. Immer mehr Elektroschrott landet in Entwicklungsländern. <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-04-008/computer-friedhoeefe-in-afrika.html>

- *Dokumentation: Elektro-Schrott in der Dritten Welt, Bilder des Basel Action Network (BAN)*



Abbildung 7: Elektro-Schrott in Taizhou, China – 2004 (Quelle: BAN - <https://www.flickr.com/photos/basel-action-network/9263439564/>)



Abbildung 8: "Young woman cleaning fish in the exact place where imported electronic waste is also cleaned and processed. Guiyu, China. May 2008." (Quelle: BAN - [http://www.ban.org/photogallery/china\\_guiyu\\_2008/pages/girl\\_clean\\_fish.html](http://www.ban.org/photogallery/china_guiyu_2008/pages/girl_clean_fish.html))



Abbildung 9: "Women picking through wires torn out of computers. The wires are sorted by day and burned by night in this village. The families live right in the burnyards." Guiyu, China - 2001 (Quelle: <https://www.flickr.com/photos/basel-action-network/9260624105/>)

„PCs aus Deutschland landen auf Müllkippen in Nigeria. Riesige Containerschiffe, beladen mit ausgedienten Computern, verlassen den Hamburger Hafen.“ (Bormann 2007, 8) 75% des Elektroschrotts, der fast zur Hälfte aus Europa stammt, ist unbrauchbar.



Abbildung 10: "A sea of television housings, cathode ray tubes, computers, monitors and other imported electronic waste not salable at the Alaba market in Lagos, Nigeria, is dumped here in a nearby swamp."  
(<http://ban.org/BANreports/10-24-05/pages/Image4969.htm>)

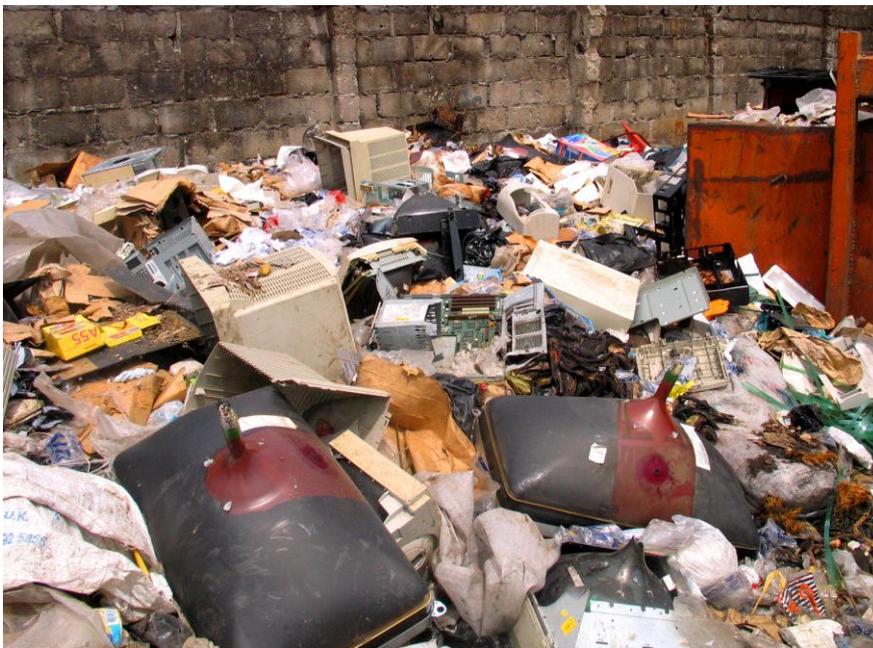


Abbildung 11: Broken televisions and monitors lying in the dumpster just outside the warehouse at Ibru. It is estimated that as much as 75% of what arrives in Lagos via importation is not salable."  
([http://www.ban.org/photogallery/nigeria\\_lagos/pages/image4668.html](http://www.ban.org/photogallery/nigeria_lagos/pages/image4668.html))

- *Zwischenfazit: die Materialität der Informationsgesellschaft*

Ein erster Blick hinter die mythischen Nebelwände der „Informationsgesellschaft“ haben uns einen gleichwohl noch recht allgemeinen Einblick in die der sogenannten „Informationsgesellschaft“ zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse verschafft. Dabei sind vor allen Dingen Hinweise auf die gesellschaftliche Materialität der sonst so flüchtigen Informationsgesellschaft eingegangen wie auch die Asymmetrien in der globalen Arbeitsteilung und den weltwirtschaftlichen Beziehungen auffällig geworden sind.

Die Rede von der „weightless economy“ bzw. der „Immaterialisierung“ durch die Informationstechnologien zielt auf die Wahrnehmung von makroökonomischen Verschiebungen zugunsten des „immateriellen“ Dienstleistungssektors. So unterscheidet z.B. Dennis Quah<sup>87</sup> zwei Aspekte der Entmaterialisierung: "Der erste ist einfach die zunehmende Schwerelosigkeit durch das Anwachsen der Dienstleistungen – im Gegensatz etwa zur Fertigung oder zur Industrie generell. Der zweite ist die Entmaterialisierung aufgrund der zunehmenden Bedeutung der Informationstechnologien." (Quah 1997, 49; zitiert nach Huws 2000). Quah rekurriert zwar auf die Verschiebungen in der Arbeitsteilung von „post-industriellen“ Gesellschaften zugunsten des Dienstleistungssektors (vgl. Daniel Bell), die durch verschiedene empirische Erhebungen über die Zunahme der sogenannten „InformationsarbeiterInnen“ und ihrem wachsenden Beitrag zu den nationalen Bruttosozialprodukten gestützt werden. Mit der Bedeutungszunahme von Arbeiten, die sowohl für ihre Durchführung als auch hinsichtlich ihres Endproduktes nicht mehr auf physische Gegenstände von Gewicht angewiesen seien<sup>88</sup>, bildeten sich zwei Merkmale der „neuen, gewichtslosen Wirtschaft“ heraus: „First, products have a high initial cost to develop, but a very low cost to reproduce and distribute. Second, products can be distributed infinitely. These two factors mean that the weightless economy can be among the fastest growing and most profitable sectors of business.“<sup>89</sup>

Die interessierte Exkursion in die materielle Welt der Informationsgesellschaft selbst relativiert die These der gewichtslosen Wirtschaft – in einem mehr als trivialen Sinne. Denn die Bedeutung der industriellen Produktion hat keineswegs abgenommen, die industriellen Arbeitsplätze wurden nur innerhalb der Gesellschaften und im Rahmen einer globalen Arbeitsteilung verlagert. Um dieser Geographie auf den Grund zu gehen, bleiben wir noch einen Augenblick bei der phänomenologischen Betrachtungsweise. Denn auch wenn sich in der Informationsgesellschaft die Bedeutung von Räumen, Orten, Wegen und Entfernungen verändert und sich in ihr politische und soziale Räume neu konstituieren mögen, sind die „Orte“ keineswegs verschwunden oder im „Globalen“ aufgelöst – vielmehr hat die Informationsgesellschaft eine relevante und aufschlussreiche Geographie.

---

<sup>87</sup> Dennis Quah ist Ökonometrie-Professor an der London School of Economics, wurde in Harvard ausgebildet und ist unter der Domain [weightlesseconomy.com](http://www.weightlesseconomy.com) erreichbar.

<sup>88</sup> „Examples are intellectual property such as ideas and designs, computer software, entertainment products, telecommunications, and better ways to transmit information, all of which he calls dematerialised products or, putting it another way, intangibles. Success in such a weightless economy comes from being able to organise and manipulate information in ways that generate extra value and is closely linked to success in applying information technology.“ (Quinion 1997, zit.n. <http://www.worldwidewords.org/turnsofphrase/tp-wei1.htm>).

<sup>89</sup> <http://www.investopedia.com/terms/w/weightless-economy.asp>

## Über den Mythos der „ortlosen Globalität“ der Informationsgesellschaft – Mapping Cyberspace

*“In this silent world, all conversation is typed. To enter it, one forsakes both body and place and becomes a thing of words alone. (...) It extends across that immense region of electron states, microwaves, magnetic fields, light pulses and thought which sci-fi writer William Gibson named Cyberspace. Cyberspace, in its present condition, has a lot in common with the 19th Century West. It is vast, unmapped, culturally and legally ambiguous, verbally terse (unless you happen to be a court stenographer), hard to get around in, and up for grabs. Large institutions already claim to own the place, but most of the actual natives are solitary and independent, sometimes to the point of sociopathy. It is, of course, a perfect breeding ground for both outlaws and new ideas about liberty.”<sup>90</sup>*

*“Cyberspace is an illusion, it is a consensual hallucination that is not anywhere in our physical reality. It is a no-place that exists only within headspace. Cyberspace is something that cannot be demarcated in geographical terms at all. It is a reality that can be localized 'nowhere' and yet its presence is felt 'everywhere'. It is a new form of social reality that is a challenge for sociologists who don't recoil from analyzing such ostensible 'metaphysical' realities. One thing seems to be sure: more and more people define and experience cyberspace as real. And sociologists ought to know that "if people define situations as real, they are real in their consequences" [W.I. Thomas].”<sup>91</sup>*

Die Diskurse um Begriffe wie „Cyberspace“, „Virtualität“, „virtuelle Realität“ oder „virtueller Raum“ erörtern die neuartigen Raumdimensionen der „Informationsgesellschaft“, die sich aufgrund der globalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur und der ständigen Verfügbarkeit von „Informationen“ bis ins Phantastische entfalten.

Demnach finden sich im virtuellen Raum neue Einkaufszentren und Hauptverkehrsstraßen, es organisieren sich neue Gemeinschaften, politische Bewegungen und soziale Netzwerke. Dort wo verschiedene gesellschaftliche Felder (Bildung, Forschung, Politik, usw.), aber auch ökonomische Sektoren (wie z.B. der Finanzsektor, der Dienstleistungssektor, der Mediensektor usw.) auf ihre Entsprechung in der virtuellen Realität reduziert werden, verlieren wirkliche Städte und ihre Einkaufstraßen an Bedeutung. Die Logistik von Vertrieb und Konsum, die Pflege von persönlichen „Kontakten“ und „Freundschaften“ können bequem über den ans Internet angeschlossene Rechner von zuhause aus gesteuert und bedient werden. Mit der Telematisierung der „Arbeit“ oder der „Bildung“ würden sich die etablierten sozialen Strukturen auf diesen gesellschaftlichen Feldern verändern, wie sich die Bedingungen und Spielregeln für die Repräsentation politischer Interessen im Zeitalter von Twitter, facebook, online-campaigning und ihrem ubiquitär beschworenen Allheilmittel der „Vernetzung“ verschieben. Auch verändern sich die militärisch-strategischen Hintergründe für die Kriegsführung durch die neuen Möglichkeiten und Einschränkungen der Verfügung und Kontrolle über die Schlachtfelder, sowohl in technischer wie auch in politisch-ideologischer Hinsicht.<sup>92</sup> Mit fortschreitender Digitalisierung, mit fortschreitender Anpassung

<sup>90</sup> John Perry Barlow: *Crime and Puzzlement*. 6. Juni 1990 (Gründer der Electronic Frontier Foundation),

[http://w2.eff.org/Misc/Publications/John\\_Perry\\_Barlow/HTML/crime\\_and\\_puzzlement\\_1.html](http://w2.eff.org/Misc/Publications/John_Perry_Barlow/HTML/crime_and_puzzlement_1.html)

<sup>91</sup> Albert Benschop: Peculiarities of Cyberspace. Building Blocks for an Internet Sociology. [http://www.sociosite.org/index\\_en.php](http://www.sociosite.org/index_en.php)

<sup>92</sup> Zum Beispiel durch die von der Satellitentechnik eröffneten Möglichkeiten eines geographisch präzisen Zugriffs, die durch die allgegenwärtigen Aufzeichnungsgeräte erschwerte Eindämmbarkeit

der Benutzeroberflächen und „user-interfaces“ an die Anforderungen einer intuitiven Bedienbarkeit, mit den perfektionierten technischen Möglichkeiten bei der Ausgabe bzw. Darstellung der digitalen Informationen, Muster und Modelle, lässt sich der Unterschied der real-stofflichen von der digital-virtuellen Welt für menschliche Sinne oft nur noch anhand der Störungsfreiheit, d.h. dem mangelnden „Rauschen“ ausmachen, und er ist oftmals ohnehin bereits sinnlos geworden.<sup>93</sup>

Insbesondere zu Beginn der 1990er Jahre herrschte bezüglich der durch die IKT ermöglichten „ortlosen Globalität“ allenthalben eine ungeordnete Euphorie vor. Wo der Cyberspace nicht gänzlich als Raum ohne wirklichen Ort imaginiert wird, wird zumindest betont, dass er die Zwänge von geographischen Grenzen und die Unpässlichkeiten lokaler Gebundenheit auszuhebeln vermag. Mit der globalen Omnipräsenz der Informationsgesellschaft rücke die Welt raum-zeitlich enger zusammen, ein „globales Dorf“ entstehe. Die Immanenz der wirklichen Welt werde durch die verheißungsvolle Ankunft ihrer Transzendenz aufgehoben.

Einen phantastischen Vorschlag zur Abbildung der neuen Dimensionen im virtuell-kybernetischen Raum macht beispielsweise das Opte-Projekt (<http://opte.org/>):

Auf dieser Karte des Internets sind 30% der am 15. Januar 2005 erreichbaren „Class C-Netzwerke“ abgebildet. Sie wurde erstellt von Barret Lyon und war unter anderem Teil der dauerhaften Ausstellungen des Museum of Modern Art (MoMA) und des Boston Museum of Science. Die unterschiedlichen Farben geben

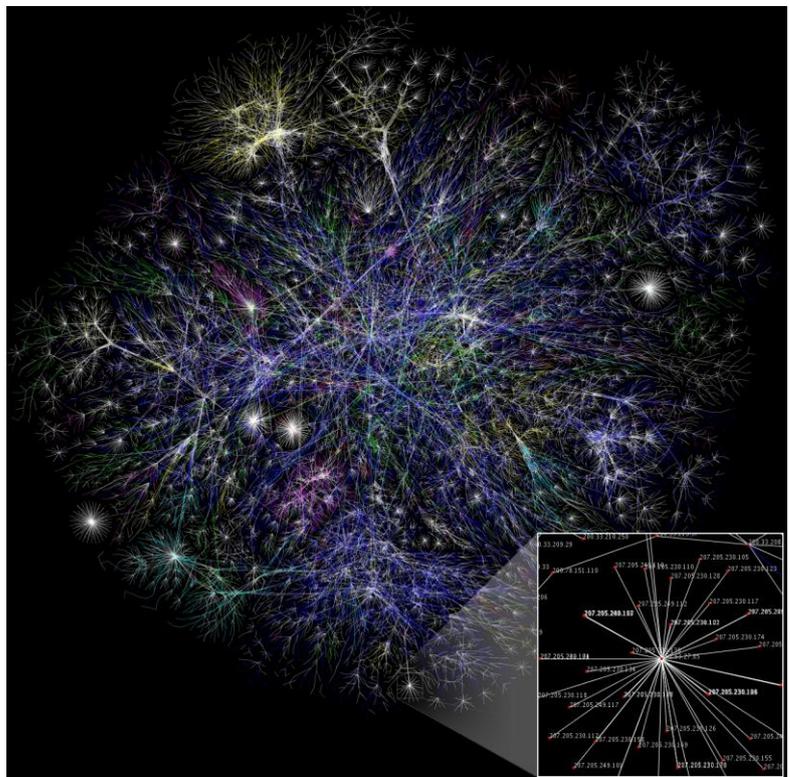


Abbildung 12: Internet Map 1024 (Quelle: [https://en.wikipedia.org/wiki/Opte\\_Project#/media/File:Internet\\_map\\_1024.jpg](https://en.wikipedia.org/wiki/Opte_Project#/media/File:Internet_map_1024.jpg))

von „Kollateralschäden“ und natürlich, soweit eine Informationshoheit gegeben ist, der neuen Möglichkeiten zur Kontrolle und Manipulation. Die Zerstörung, Ausschaltung oder Manipulation der feindlichen Kommunikationsinfrastruktur ist seit jeher ein primäres Ziel militärischer Kriegsstrategie, erlangte aber seit Beginn der 1990er Jahre, d.h. seit dem Golfkrieg, vor allen Dingen dann aber seit dem NATO-Krieg in Jugoslawien eine neue Bedeutung.

<sup>93</sup> Selbstredend bleibt der existentielle Unterschied, dass die elektronisch-digitale Welt verblasst, sobald der Strom ausgeht. Sie hat darüber hinaus aufgrund ihrer physikalischen Abhängigkeit von der sie ermöglichenden, technisch-materiellen Infrastruktur auch technische Mängel – von der relativ kurzen Haltbarkeit von Informationen auf den verschiedenen Speichermedien über Übertragungs- und Speicherfehler, selbstredend auch Unschärfen aufgrund der bei der Abbildung analoger Informationen in einer digital-binären Codierung zwingenden Reduktion von Komplexität oder der Erhebungs- und Programmierfehler ihrer Architekten und Ingenieure.

die geographische oder kommerzielle Registrierung der unterschiedlichen Netzwerke wieder, die sogenannten Top Level Domains (TLD): dunkelblau: net, ca, us; grün: com, org; rot: mil, gov, edu; gelb: jp, cn, tw, au; magenta: de, uk, it, pl, fr; gold: br, kr, nl; weiß: unbekannt. „Each line is drawn between two nodes, representing two [IP addresses](#). The length of the lines are indicative of the delay between those two nodes.“<sup>94</sup> Jede Verzweigung markiert einen Netzwerkschalter oder Router, die Vergrößerung eines Kartenausschnittes rechts unten gibt einen Eindruck über die Detailliertheit der Karte. Mit jeder Aktualisierung dieser Karte werden die Veränderungen des Internets kartographisch dokumentiert. Die von Lyon tatsächlich als „metaphysisch“ bezeichnete Projektion des virtuellen Raumes gibt allerdings keinen Aufschluss über die oben angedeuteten, erheblichen geographischen Asymmetrien der Informationsgesellschaft, die geographische Lokalisierbarkeit der abgebildeten Netzwerke wird lediglich durch die Farben der einzelnen Verbindungen angedeutet.

Für unser Erkenntnisinteresse, die Herausarbeitung der Gesellschaftlichkeit der Informationsgesellschaft, müssen wir deshalb anderes Kartenmaterial bemühen.<sup>95</sup> Andere Versuche, die Konturen der globalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur geographisch abzubilden, beinhalten unweigerlich Hinweise auf die selektiven Asymmetrien des sogenannten „Globalisierungsprozesses“. Die folgende Karte von Chris Harrison bildet in einem recht groben Raster die relative Dichte von Internetverbindungen weltweit ab (nicht: tatsächlicher Nutzung):



Abbildung 13: Chris Harrison: World Connection Density (Quelle: <http://www.chrisharrison.net/projects/InternetMap/>)

<sup>94</sup> [http://en.wikipedia.org/wiki/File:Internet\\_map\\_1024.jpg](http://en.wikipedia.org/wiki/File:Internet_map_1024.jpg)

<sup>95</sup> Eine Vielzahl unterschiedlichster Ansätze wird in Martin Dodge und Rob Kitchins „Atlas of Cyberspace“ vorgestellt (<http://www.kitchin.org/atlas/>).

„It is immediately obvious, for example, that North America and Europe are considerably more connected than Africa or South America.“<sup>96</sup>

Eine zweite Karte Harrisons deutet an, wie die Verbindungen des Internets geschaltet sind. „The intensity of edge contrast reflects the number of connections between the two points.“<sup>97</sup>



Abbildung 14: Chris Harrison: World City-to-City Connections (Quelle: <http://www.chrisharrison.net/index.php/Visualizations/InternetMap>)

Auch diese Karte, die die kommunikationstechnologischen Voraussetzungen von geographischen Orten topographisch abbildet, stellt deutlich die Asymmetrien im „informationsgesellschaftlichen Raum“ heraus.

Ergänzen wir diese Bilder mit einigen sozialwissenschaftlich-nüchternen Zahlen. Die BewohnerInnen der 24 OECD Länder, gerade einmal 15% der globalen Bevölkerung, verfügen über 71% aller Telefonverbindungen, während die Hälfte der Weltbevölkerung noch nie telefoniert hat (Golding 1998, 79). Im Hinblick auf die Verteilung der InternetnutzerInnen sind die Asymmetrien noch ausgeprägter: „91% der Internetbenutzer aus den OECD-Ländern entsprechen 19% der Weltbevölkerung. Über die Hälfte von ihnen stammen aus den Vereinigten Staaten, die nur 5% der Erdbevölkerung ausmachen.“ (Mattelart 2003, 132)

Die folgende Tabelle fasst einige Eckdaten der weltweiten Internetnutzung (Stand 2010) zusammen. Zwar verfügt Asien in absoluten Zahlen über die meisten InternetnutzerInnen. Betrachtet man aber die „Penetrationsraten“, d.h. setzt man die Zahl der InternetnutzerInnen ins Verhältnis zur Größe der jeweiligen Bevölkerungen, ergibt sich ein anderes Bild: Danach nutzen in den USA mit 77,4%, Ozeanien und Australien mit 61,3% und Europa mit 58,4% mehr als die Hälfte der Bevölkerungen das Internet. In Lateinamerika und dem Nahen Osten nutzt immerhin ein Drittel der Bevölkerung das Internet, mit Wachstumsraten von über

<sup>96</sup> <http://www.chrisharrison.net/projects/InternetMap/>

<sup>97</sup> <http://www.chrisharrison.net/projects/InternetMap/>

1000% in den letzten 10 Jahren ist der Anschluss an die Weltspitze offenbar anvisiert. In Asien (21,5%) und vor allen Dingen in Afrika (10,9%) ist die Nutzung des Internets nur wenigen möglich, worüber auch die hohen Wachstumsraten der letzten 10 Jahre (im Falle von Afrika immerhin 2357,3%) nicht hinwegtäuschen kann. Die globale Internetpenetration beträgt im Jahr 2010 lediglich 28,7%, d.h. mehr als 70% der Weltbevölkerung sind von den ambivalenten Segnungen der sich selbst als universal imaginierenden Informationsgesellschaft ausgeschlossen.

WORLD INTERNET USAGE AND POPULATION STATISTICS						
World Regions	Population ( 2010 Est.)	Internet Users Dec. 31, 2000	Internet Users Latest Data	Penetration (% Population)	Growth 2000-2010	Users % of Table
<a href="#">Africa</a>	1,013,779,050	4,514,400	110,931,700	10.9 %	2,357.3 %	5.6 %
<a href="#">Asia</a>	3,834,792,852	114,304,000	825,094,396	21.5 %	621.8 %	42.0 %
<a href="#">Europe</a>	813,319,511	105,096,093	475,069,448	58.4 %	352.0 %	24.2 %
<a href="#">Middle East</a>	212,336,924	3,284,800	63,240,946	29.8 %	1,825.3 %	3.2 %
<a href="#">North America</a>	344,124,450	108,096,800	266,224,500	77.4 %	146.3 %	13.5 %
<a href="#">Latin America/Caribbean</a>	592,556,972	18,068,919	204,689,836	34.5 %	1,032.8 %	10.4 %
<a href="#">Oceania / Australia</a>	34,700,201	7,620,480	21,263,990	61.3 %	179.0 %	1.1 %
<b>WORLD TOTAL</b>	<b>6,845,609,960</b>	<b>360,985,492</b>	<b>1,966,514,816</b>	<b>28.7 %</b>	<b>444.8 %</b>	<b>100.0 %</b>

NOTES: (1) Internet Usage and World Population Statistics are for June 30, 2010. (2) CLICK on each world region name for detailed regional usage information. (3) Demographic (Population) numbers are based on data from the [US Census Bureau](#). (4) Internet usage information comes from data published by [Nielsen Online](#), by the [International Telecommunications Union](#), by [GfK](#), local Regulators and other reliable sources. (5) For definitions, disclaimer, and navigation help, please refer to the [Site Surfing Guide](#). (6) Information in this site may be cited, giving the due credit to [www.internetworldstats.com](#). Copyright © 2000 - 2010, Miniwatts Marketing Group. All rights reserved worldwide.

Abbildung 15: Quelle: <http://www.internetworldstats.com/stats.htm>

Damit mag der Mythos der „Ortlosigkeit“ bzw. einer undifferenzierten „Globalität“ der Informationsgesellschaft zwar gebannt sein, für eine genauere Kartographierung der Terra Inkognita „Informationsgesellschaft“ soll diesen Hinweisen auf globale Asymmetrien in der Geographie der Informationsgesellschaft allerdings noch etwas genauer nachgegangen werden.

Nach Manuel Castells, dem vielleicht bedeutendsten Soziologen des Internets bzw. der „Netzwerkgesellschaft“, lässt sich die Frage nach den geographischen Dimensionen des kybernetisch-virtuellen Raumes, der sich über die Verknüpfung von „telecommunicated computer networks and computerized transportation systems“ entfaltet, entlang von drei Perspektiven systematisieren:

- a) die technische Geographie,
  - b) die räumliche Verteilung seiner BenutzerInnen und
  - c) die ökonomische Geographie der Internetproduktion. (vgl. Castells 2001b, 208)
- ad a) technische Geographie

Die Frage nach der technischen Geographie des Internets zielt auf Aspekte wie die räumliche Verteilung der telekommunikativen Infrastrukturen des Internets, zum Beispiel der

Internetserver, Verbindungspunkte (Router), der Bandbreiten im Netzwerk der Kommunikationskanäle, etc. (Castells 2001b, 208). Es gibt verschiedene Ansätze und Projekte, die diese technische Geographie abzubilden versuchen (z.B. Teleographie, Cybergeographie, Mapping the Internet).

Ein gemeinsames Resümee dieser Ansätze würde in stark verallgemeinernder Form in etwa folgendermaßen ausfallen: So wie die Metropole London noch bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts als Knotenpunkt oder zentraler „Hub“ der globalen Kommunikationsinfrastruktur auszumachen war, war die Zentralität der USA in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts im internationalen Datenverkehr unangefochten: Karten, die die technische Geographie der Informationsgesellschaft zum Ende des 20. Jahrhunderts abbilden, zeigen zumeist ein in seinen Ausläufern dünngliedriges, globales Spinnennetz mit einem unübersehbaren transatlantischen Schwerpunkt, in dessen Zentrum die USA residieren. Zunehmend wird dieses Bild jedoch durch die Herausbildung neuer Knotenpunkte korrigiert, insbesondere in Europa, Ozeanien und Ost-Asien.

Die wichtigsten Kommunikationsverbindungen verlaufen zwischen den großen „global cities“, wichtigen Wissenschaftsstandorten und industriellen Zentren. Diese zentralen Nervenleitungen, die sogenannten „Internet-Backbones“ der globalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur sind zumeist Glasfaserleitungen mit großer Bandbreite.<sup>98</sup>

„In sum, technically speaking, the Internet backbone is global in its reach, but territorially uneven in its layout in terms of capacity. While inter-country differences are declining, dependency upon the United States is gradually being replaced by technical dependency upon connection to a large, broad bandwidth network of networks linking the major metropolitan centers around the world, with the main nodes still predominantly located in the United States.“ (Castells 2001b, 209)

Wir werden später noch ausführlicher auf einige Beispiele solcher Internet-Backbones im Zusammenhang mit den Initiativen zur Integration eines „Europäischen Kommunikationsraumes“ zu sprechen kommen.

---

<sup>98</sup> Zum Beispiel: <http://www.belwue.de/ueberuns/netz/gbit-netz/fohlen.html> oder <http://www.caida.org/tools/visualization/mapnet/Backbones/#about>

## Dokumentation: Geographie der technischen Infrastruktur der globalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur



Abbildung 16: "Great Circle" map (Quelle: Dodge/Kitchin 2001, 14f, vgl. <http://www.cwhistory.com/>)

Die im Jahr 1945 veröffentlichte "Great Circle" map unterstreicht die globale Reichweite des britischen Kommunikationsunternehmens „Cable & Wireless“ und die (damalige) Bedeutung von Großbritannien als "hub of the world".

Die von Brian Reid 1993 in den DEC Western Research Labs, USA erstellte Karte stellt das Volumen des weltweiten Datenverkehrs zwischen bestimmten Knotenpunkten dar. Unübersehbar der transatlantische Schwerpunkt und die Zentralität der USA. In Europa, Ozeanien und Ost-Asien bilden sich neue Knotenpunkte heraus.

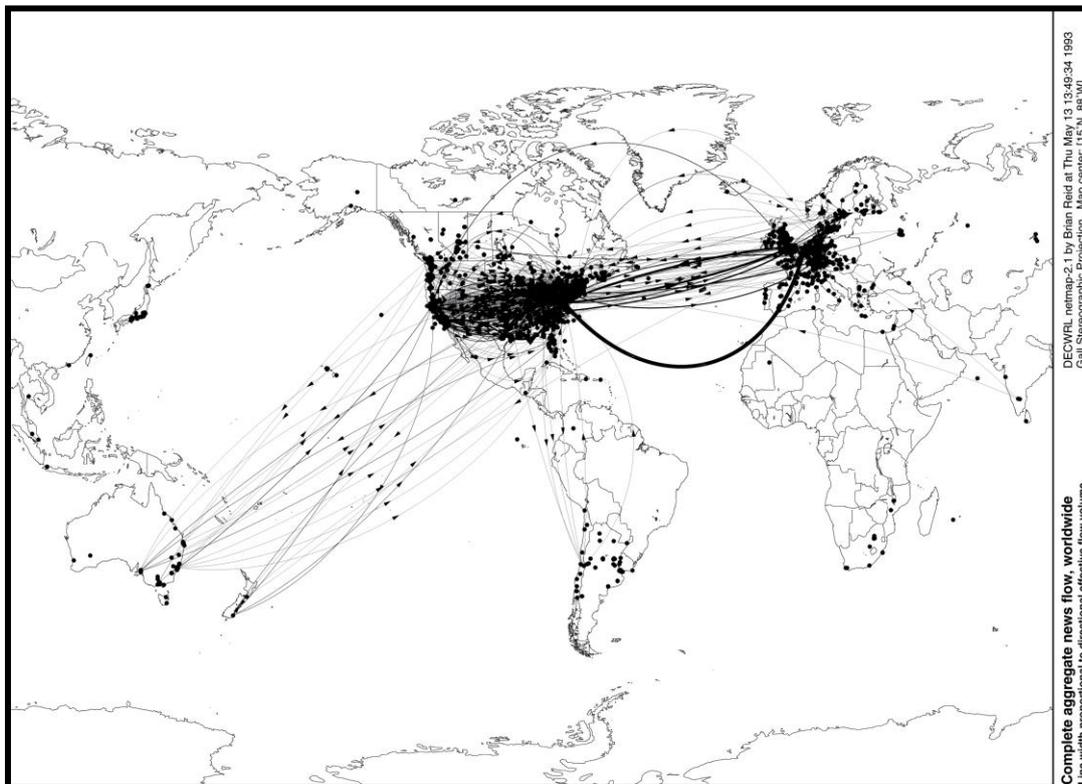


Abbildung 18: Brian Reid: Complete Aggregate News Flow, Worldwide. (Quelle: Dodge/Kitchin 2001, 52f. Vgl. <ftp://gatekeeper.dec.com/pub/maps/> und <http://www.reid.org>)

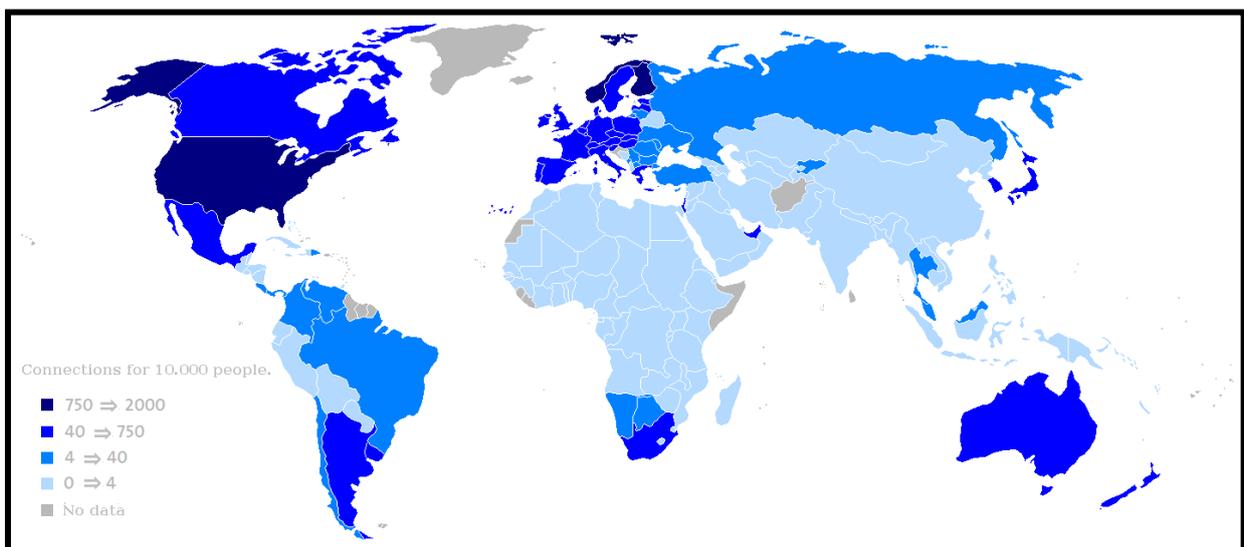


Abbildung 17: "Map shows the extension of internet connections based on data from the World Bank's World Development Report 2000 and the Internet Software Consortium ISC" In den hellblauen Regionen gibt es weniger als vier Internetverbindungen pro 10.000 Menschen. (Quelle: [http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/Internet\\_connection\\_rate\\_2000.png](http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/Internet_connection_rate_2000.png))

- *ad b) räumliche Verteilung der NutzerInnen*

Die Geographie der InternetnutzerInnen wurde von Matthew Zook, einem von Manuel Castells in Berkley geförderten Promotionsstudenten, in verschiedenen Arbeiten grundlegend untersucht. Als zentrales Ergebnis ist auch hier die sehr ungleiche Verteilung der Nutzer festzuhalten, sowohl hinsichtlich ihrer Verteilung in absoluten Zahlen als auch hinsichtlich ihrer Verteilung im relativen Verhältnis zur jeweiligen Größe der Bevölkerungen. Im September 2000 fasst Zook zusammen:

„Thus, North America, with over 161 million users, was the dominant region of the world, and, together with Europe’s 105 million users, constituted the bulk of the total 378 million Internet users, in sharp contrast to the distribution of the population in the planet. Thus, the Asia Pacific region, with over two-thirds of the world’s population, only accounted for 90 million users, some 23.6 percent of the total; Latin America had only about 15 million users; the Middle East 2.4 million; and Africa 3.11 million, of which the majority was in South Africa. In terms of density of use of the Internet, Scandinavia, North America, Australia, and (interestingly enough) South Korea, came clearly above all other countries, followed by the UK, The Netherlands, Germany, Japan, Singapore, Taiwan, Hong Kong, then Southern Europe; at a greater distance came the rest of Asia, Latin America, the Middle East, and, at the very bottom, Africa.“  
(zitiert nach: Castells 2001b, 210f)

Die historische Entwicklung dieser räumlich stark asymmetrischen Verteilung wird von Castells etwas reduktionistisch als ein „Diffusionsprozess“ beschrieben, dessen räumliche Anfänge in den USA und in Europa liegen und bis heute die klar erkennbaren Zentren eines solchen „Diffusionsprozesses“ darstellen. Die „Diffusion“ habe sich historisch entlang der drei global relativ ungleich verteilten Ressourcen „technologischer Infrastruktur“, „Wohlstand“ und „Bildung“ vollzogen (vgl. Castells 2001b, 211). Da die Nutzung des Internet demnach räumlich hoch differenziert verteilt ist, kann von einer Gleichmäßigkeit implizierenden „Diffusionsprozess“ eigentlich nicht gesprochen werden, eher erscheint die ungleiche Verteilung der genannten Ressourcen an den Küsten der „Informationsgesellschaft“ Prile ausgewaschen zu haben, die ob der von ihnen entfalteteten „Kapillarwirkung“ das Hereinbrechen der „Informationsflut“ selektiv beschleunigten oder verzögerten.

Die ungleiche Verteilung von Informationsreichtum und Informationsarmut ist nicht nur ein Phänomen auf internationaler Ebene, sondern, insofern die von Castells genannten Ressourcen auch innerhalb von Ländern und nationalen Gesellschaften ungleich verteilt sind, auch auf regionaler und lokaler Ebene:

„Within countries, there are also major spatial differences in the diffusion of Internet use. Urban areas come first, both in developed and developing countries, and rural areas and small towns considerably lag behind in their access to the new medium, in a blatant denial of the futurologists’ image of the electronic cottage, working and living in the countryside. Retardation in the diffusion of the Internet in rural areas has been observed in the United States, in Europe, and even more so in developing countries.“  
(Castells 2001b, 212)

Andersherum, die sogenannte „Diffusion“ des Internet verknüpft demnach zunächst die großen, wichtigen Städte und die dynamischen urbanen Räume miteinander. Dies ist der Ansatzpunkt der Fragen einer neuen Konfiguration der globalen sozialen Geographie und der Bedeutung von sogenannten „global cities“. Die Informationsgesellschaft ist in diesem Sinne gegenwärtig auch eine vor allen Dingen *urbane, metropolitische* Gesellschaft.

- *ad c) Geographie der Internetproduktion*

Im Hinblick auf die „Geographie der Internetproduktion“ sind die Asymmetrien noch deutlicher ausgeprägt.

“This is certainly the case with the Internet’s equipment manufacturing and technology design. Silicon Valley and its global networks, together with the Ericsson world network centered on Sweden, the Nokia world network centered on Finland, the NEC world network centered on Japan, and perhaps a few other networks built around mighty corporations of the pre-Internet era (ATT, IBM, Microsoft, Motorola, Phillips, Siemens, Hitachi) continue to concentrate in a few milieux of innovation most of the technological know-how on which the Internet is based.” (Castells 2001b, 212f)

Die Muster der räumlichen Konzentration von technologischen Innovationzentren wurden von Castells und Peter Hall bereits 1994 beschrieben und gelten immer noch weitgehend:

„...dense spatial concentrations of major companies and innovative start-ups, as well as their ancillary suppliers, located in a few technological nodes, usually in the periphery of large metropolitan areas, then linked up with each other by telecommunications and air transportation. No undifferentiated spatial diffusion, but highly selective, metropolitan concentration, and global networking.” (Castells 2001b, 213)

Ähnliche räumliche Verteilungsmuster haben sich auch im Hinblick auf die Produktion von Software herausgebildet. Ein aussagekräftigeres Bild ergibt sich, wenn man nicht nur die Unternehmen, die die wichtigsten Anlaufpunkte und Oberflächen des „Internets“ oder den „Zugang“ zu ihm anbieten (web-companies wie „Internet manufacturers, Internet software companies, Internet service providers, and Internet portals“) hinzuzieht, sondern auch jene, die ihre Produkte über das Internet vertreiben (Unternehmen, die über das Netz ihre Produkte und Informationen herstellen, verarbeiten oder vertreiben, insbesondere die „content-provider“, also Programmproduzenten). Zook hat ebenfalls solche Karten über die räumliche Verteilung von Internet content-providern erstellt, indem er sowohl einer Stichprobe von entsprechenden Internetadressen wie auch den 1000 größten Websites die Adresse ihrer Zulassung zugeordnet hat. Auch hier sind US-amerikanische Seiten mit ca. 50% dominant vertreten, gefolgt von Deutschland (8,6%) und England (8,5%). Kanada, Südkorea und Frankreich bewegten sich noch über der 2%-Grenze, alle anderen Länder bleiben darunter (Castells 2001b, 214) Dieses Ergebnis wird bestätigt, wenn diese Werte ins Verhältnis zur jeweiligen Bevölkerungsgröße gesetzt werden: „the US showing a ratio of 25.2 Internet domains per thousand population, compared to Brazil’s 0.5, China’s 0.2, and India’s 0.1. Europe shows a strong internal diversity (...).“ (Castells 2001b, 214) Dabei ist die Konzentration von Internet-domains deutlich stärker ausgeprägt als die der Internetnutzer,

„suggesting a growing asymmetry between production and consumption of Internet content (...).“ (Castells 2001b, 216)

Auch die Kommunikationsflüsse selbst sind stark asymmetrisch strukturiert: Nicht nur waren im Jahr 2000 65% der „Top 1000 Websites“ US-amerikanisch, sondern 83% der von Internetnutzern überhaupt aufgerufenen Seiten. „80% des WWW-Verkehrs ging im Jahr 2000 auf nur 0,5% aller Websites (...). Über 90% der Websites lagen innerhalb der OECD-Staaten.“ (Rilling 2004, 1454) Allerdings hat sich die Dominanz der USA im Verlauf der letzten Jahre abgeschwächt, ihr Anteil an den dot.com domains ist von 83% im Jahre 1997 auf 67% im Jahre 2000 gesunken. Überhaupt hat die Dominanz der drei führenden Nationen (USA, Kanada und UK) in diesem Zusammenhang von einst 90% auf 74% abgenommen.

„So, there is indeed a trend towards greater diffusion of the commercial Internet's content provision. But this geographical diffusion starts from a very high level of spatial concentration in a few countries, whose dominance in designing und distributing content will be felt for a considerable period of time. Furthermore, many of these content providers entered foreign markets with expertise and capital (...).“ (Castells 2001b, 219)

Wie zu erwarten war, ist die Konzentration von Internet-content providern auch in den USA selbst stark asymmetrisch verteilt und konzentriert sich auf wenige Metropolen, insbesondere New York, Los Angeles, San Francisco, Seattle und Washington, DC. (Castells 2001b, 221). Dabei ist die Konzentration von Internet-content providern auf diese Ballungsgebiete nicht einfach mit der jeweiligen Bevölkerungsdichte korreliert: in San Francisco sind z.B. deutlich mehr domains registriert als in Chicago, gleichwohl letzteres über mehr als die doppelte Zahl von EinwohnerInnen verfügt.

Das Internet einerseits also ein vorwiegend US-amerikanisches Phänomen, andererseits ist es aber auch ein Phänomen von bestimmten Städten und Metropolregionen. So konzentrieren sich die Internet-domains innerhalb der Länder auf die jeweiligen urbanen Ballungsgebiete. London vereinigt 29% der britischen domains, Paris 26.5% der französischen und Madrid und Barcelona zusammen über 50% der spanischen domains.<sup>99</sup>

„In January 2000, the top five cities, accounting for 1 percent of world population, accounted for 20.4 percent of Internet domains. The top fifty cities, with only 4 percent of world population, contained 48.2 percent of Internet domains, and the top 500 cities, with 12.4 percent of the population, represented 70 percent of Internet domains. Moreover, the concentration of Internet domains between 1998 and 2000 increased for the top five cities by 2.7 percentage points and for the top ten cities by 1.3 percentage points. This is in contrast to the phenomenon of the diffusion of the Internet from its original location.“ (Castells 2001b, 220)

---

<sup>99</sup> „Only Germany has a decentralized system of Internet content provision, with Berlin, Munich, and Hamburg sharing relatively low percentages of concentration, ahead of other areas. This reflects the flat hierarchy of the German urban system, suggesting that Internet content provision adapts to the pre-existing metropolitan structure, rather than reversing it.“ (Castells 2001, 220)

Die Bedeutung der Metropolregionen und Städte für das Internet stellt die US-amerikanische Dominanz jedoch überhaupt nicht infrage: Unter den 20 Städten mit den meisten registrierten Internet-domains sind 17 US-amerikanische Städte.

Über den von Castells konstatierten „Diffusionsprozess“ lässt sich demnach sagen, dass das Internet sich zwar weltweit verbreiten mag, sein Wachstum in den Zentren aber größer ist als an seinen Rändern. Eine in diesem Sinne selektive „Diffusion“ des Internets führt zwar zu einer in absoluten Zahlen nachweisbaren Zunahme der Zugangsmöglichkeiten zu den digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien und den über diese ermöglichten kommunikativen Freiheiten, in relativen Begriffen jedoch wächst die „Informationskluft“, „digital divide“ und die Spaltung Welt in „information-haves“ und „information-have nots“ wird nicht kleiner, sondern größer.

- *Zwischenfazit: die Geographie der Informationsgesellschaft*

Castells stellt zurecht fest, dass das Internet „redefines distance but does not cancel geography.“ (Castells 2001b, 207) Er fasst diese Ergebnisse wie folgt zusammen:

„Thus, research shows that Internet content provision, as measured by domains addresses, follows a pattern of high spatial concentration. This supposedly footloose activity has a higher location quotient than most other industries. It is concentrated in a few countries; it is overwhelmingly located in metropolitan areas, and particularly in some of the wealthiest metropolitan areas of the world; it is usually (but not always) concentrated in the largest metropolitan areas of the each country; it is concentrated in a few leading metropolitan areas of each country with high levels of specialization in those areas that started the commercial Internet; and it is concentrated in specific areas, and neighborhoods within metropolitan areas. The geography of the Internet's content provision is characterized by taking over the world's virtual sited from a few physical places.“ (Castells 2001b, 222)

Die hohe räumliche Konzentration begründet sich nach Castells erstens in der Tatsache, dass die informationsproduzierenden Branchen wie Dienstleistungen, Finanzen, Medien, Unterhaltung, Bildung, Gesundheit, Technologie in den urbanen Räumen angesiedelt sind. „So, the spatial patterning of the Internet follows not the distribution of the population but the metropolitan concentration of the information economy.“ (Castells 2001b, 222) Zweitens sind es die zum Großteil bereits vor der „digitalen Revolution“ existierenden Milieus technologischer Innovation, in denen technologisches Know-How und unternehmerische Initiative zusammenkommen, um sich die Möglichkeiten des Internets zuerst zunutze machen. Historisch gesehen war die räumliche Konzentration von Kapazitäten für die Wissensproduktion und Informationsverarbeitung immer schon eine wichtige Voraussetzung für die „Innovationsfähigkeit“, nahezu alle Zentren technologischer Innovation befanden sich in städtischen Gegenden oder in deren unmittelbaren Nähe. Insofern sich hier die innovationsbasierten Dienstleistungssektoren der Finanzindustrien, Kulturindustrien, etc. konzentrieren, gilt dies auch und umsomehr für die auf Innovationfähigkeit beruhenden Wettbewerbspraxen der Informationsgesellschaft.

Ferner muss berücksichtigt werden, dass die innovationsbasierte Informationsökonomie zu großen Teilen durch sogenanntes Risikokapital finanziert wurde und dabei teilweise intensive

Verbindungen mit diesem eingegangen ist, so dass von einer beratenden und unterstützenden Integration in den wöchentlichen Arbeitsprozess der von ihm finanzierten Projekte gesprochen werden kann. Die Standorte der Investoren von Risikokapital weisen ebenfalls eine hohe räumliche Konzentration auf, zumal gerade „Insider“ der Informationsökonomie, die mit erfolgreichen Projekten schnell strategische Mengen von Investitionskapital akkumulieren konnten, begannen, ihre Wissensvorsprünge insbesondere hinsichtlich der Einschätzung der verbundenen Risiken zu nutzen, um weitere Projekte zu finanzieren. „In the late 1950s, in the first stage of micro-electronics-led revolution, it was concentrated in the San Francisco and Boston areas, although, New York-based investment banks were always a major source of capital everywhere (...).“ (Castells 2001b, 223) Erst über diese Verbindung zwischen Risikokapital und Wall Street ist die Bedeutung von New York für die Internetökonomie zu erklären, das historisch kein besonders ausgeprägtes *technologisches* Innovationsmilieu hervorgebracht hatte.

“Wall Street firms learned from Silicon Valley how profitable technology investments could be. They spun off specialized units to scan opportunities, at the time when New York’s bursting entrepreneurial culture was discovering the potential of the Internet in its cultural/commercial dimension. The convergence of New York information economy, New York money, New York media, New York art, and New York business savvy launched Silicon Alley, and beyond, reinventing the New York economy once again. The geography of Internet production is the geography of cultural innovation.” (Castells 2001b, 224)

Diese Befunde stehen in striktem Widerspruch zu den Annahmen eines ortlos-globalen virtuellen Raums. Keineswegs kann von einem durch die modernen Telekommunikationstechnologien induzierten Bedeutungsverlust der großen Metropolen zugunsten eines ländlichen Raumes gesprochen werden. Der Traum vom „telecottage“, d.h. einer kleinen, eigentlich vom Rest der Zivilisation abgeschiedenen Hütte, die über die IKT einen Anschluss an die ganze Welt herzustellen vermag, bleibt, auch wenn die technische Möglichkeit gegeben sein mag, eine weiterhin relativ realitätsferne Vision.

Auch die sogenannte „Telearbeit“ ist weiterhin nicht besonders verbreitet. Selbst dort, wo es derartige Arrangements zumindest in Teilzeit gibt, ist eine zentrale Bedeutung des Internet nur teilweise identifizierbar. Zwar haben die modernen Informations- und Kommunikationstechnologien die Auslagerung von Unternehmensbereichen wie z.B. Callcentern, Datenverarbeitung und Auslandsdependenzen vereinfacht. Aber: „rather than bringing sophisticated telecommunications equipment to their workers’ homes, companies build call centers and data-processing centers which concentrate workers but diffuse their calls throughout the country and throughout the world.“ (Castells 2001b, 233) Der entscheidende Aspekt bei der Einrichtung solcher zentralen Informationsverarbeitungsstätten sind – neben der tayloristischen Optimierung von Arbeitsprozessen, der Konzentration einer kritischen Masse von kreativem Potential<sup>100</sup> und optimierten Überwachungs- und

---

<sup>100</sup> „The informal transmission of information, tacit knowledge of the company, group dynamics, and economies of scale for advanced telecommunications equipment seem to be among the key elements underlying the growth of these „electronic communication factories“ that become a new form of workplace in the Internet economy.“ (Castells 2001, 233)

Kontrollmöglichkeiten über die Arbeitskräfte – vor allen Dingen die Realisierung von Kostenvorteilen: die informationellen Arbeitsplätze werden meist in Regionen mit geringer Kaufkraft und entsprechend niedrigem Lohnniveau ausgelagert.

Die Telekommunikationstechnologien führen also nicht etwa zur Entlassung der Arbeitskraft in selbstbestimmte Tätigkeiten an selbstgewählten Orten, sondern eher zu deren Konzentration in Kommunikationsfarmen an kostengünstigen Standorten. Im Gegensatz zu dieser Tendenz nimmt allerdings das mobile Teleworking zu: ausgestattet mit einem Laptop, einer drahtlosen Internetverbindung und über das Mobiltelefon ständig erreichbar entgrenzt sich der Arbeitsbereich dieser auf sich alleingestellten Vertreter ihrer Unternehmen sowohl räumlich wie zeitlich.

„Professional workers spend more and more time in the field, relating to their clients and partners, traveling across the metropolitan area, across the country, and across the world, while keeping in touch with their office via the Internet and mobile phones. (Kopomoa, 2000) (...). So, the emerging model of work is not the home teleworker, but the nomadic worker and the “office on the run”.“ (Castells 2001b, 234)

In der zum “Informationszeitalter” deklarierten Epoche wächst nicht die Bedeutung der ländlichen Gegenden, sondern im Gegenteil die der Metropolen. „The entire planet is being reorganized around gigantic metropolitan nodes that absorb an increasing proportion of the urban population, itself the majority of the population of the planet.” (Castells 2001b, 225) Tatsächlich schreitet die Urbanisierung weiter voran: lebte Anfang des 21. Jahrhunderts bereits die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten, werden es bis zum Jahr 2025 wohl zwei Drittel der Weltbevölkerung sein (vgl. Castells 2001b, 224).<sup>101</sup> Das Internet ist in diesem Zusammenhang “in fact the technological medium that allows metropolitan concentration and global networking to proceed simultaneously. The networked economy, tooled by the Internet, is an economy made up of very large, interconnected metropolitan regions.” (Castells 2001b, 225)

Trotz der relativ zunehmenden räumlichen Konzentration der informationsgesellschaftlichen Infrastruktur auf metropolitane Regionen ist das Internet sicherlich kein rein metropolitane Phänomen.

„Instead, it is a network of metropolitan nodes. There is no centrality, but nodality, based on a networking geometry. It is precisely because of the existence of telecommunication networks, and computer networks, that these milieu of innovation and these high-level networks of decision-making, can exist in a few nodes in the country, or in the planet, reaching out to the whole world from a few blocks in Manhattan, in Wilshire Boulevard, in Santa Clara County, in San Francisco’s South of Market, in the City of London, in Paris’ Quartier de l’Opera, in Tokyo’s Shibuya, or in Sao Paulo’s Nova Faria Lima. While concentrating much of the production and consumption capacity of a vast hinterland, these territorial complexes of knowledge

---

<sup>101</sup> Westeuropa ist bereits 1998/99 zu 82% urbanisiert. Durch schnelle Transportwege und effiziente Transportsysteme werden zunehmend auch die Vorstädte und das Umland in die Metropolregionen integriert. (Castells 2001, 224)

generation and information-processing, link up with each other, ushering in a new global geography, made up of nodes and networks.” (Castells 2001b, 228f)

Mit dem Anschluss an die globalen Informations- und Kommunikationsnetzwerke entsteht also tatsächlich soetwas wie eine virtuelle Nähe zu diesen Zentren, die es den angeschlossenen Akteuren erlaubt, vermittelt über das Netz und seine Dienste an den politischen, ökonomischen, kulturellen usw. Vorgängen in den Zentren teilzuhaben, deren Produkte zu konsumieren und für diese zu produzieren oder zu vertreiben. Neben der Arbeit und Freizeit wurde vor allen Dingen die Konsumsphäre durch ihre „Virtualisierung“ reorganisiert: von der Produktsuche über Preisvergleiche bis hin zu Handels- und Finanztransaktionen sind alle Schritte von zuhause aus über das Internet ermöglicht. In diesem Sinne sind die Märkte für Waren, Kapital und Dienstleistungen tatsächlich globalisiert, die Reichweite individuellen Handelns erweitert sich auf globale Ebene.

Die Globalität des virtuellen Raumes kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass eine „online“ bestellte Ware immer noch an einem Ort verpackt und zu einem anderen ausgeliefert werden muss. Das durch die Globalität des virtuellen Raumes vergrößerte Informations- und Warenangebot führt nicht nur dazu, dass weitere Transportwege überbrückt werden müssen, sondern auch, dass diese zunehmend „diffuser“ werden.<sup>102</sup>

Die über den virtuellen Raum der Informationsgesellschaft hergestellte Nähe und potentielle Teilhabe kann sich also nur umsetzen über die Komprimierung der räumlichen Distanz durch verbesserte Transportwege für Waren und Personen. In diesem Sinne kann von einem integrierten Kommunikationsraum eigentlich erst dann gesprochen werden, wenn zusätzlich zur Informations- und Kommunikationsinfrastruktur der Ausbau moderner Verkehrsnetze wie z.B. das der Autobahnen, Hochgeschwindigkeitszüge und Linienflüge in Westeuropa in Betracht gezogen wird. Nur in derartig integrierten Kommunikationsräumen kann sich realisieren, was Castells mit dem Begriff „Hypermobilität“ zu benennen vorschlägt.

„The individualization of working arrangements, the multi-location of the activity, and the ability to network all these activities around the individual worker, usher in a new urban space, the space of endless mobility, a space made of flows of information and communication, ultimately managed by the Internet.” (Castells 2001b, 234)

Tatsächlich ist das Internet keineswegs ortlos, noch ein globaler Raum ohne Grenzen. Vielmehr reproduzieren sich Grenzen entlang geographisch-politischer Linien und vor allen Dingen entlang sozial-ökonomischer Kriterien. So ist die telekommunikative Anschlussdichte und die internationale Vernetzung mittlerweile ein relevanter Indikator für die sozial-ökonomischen Entwicklungsperspektiven eines Landes, insofern er Aussagen über seine strategische Integration in die über die globalen Kanäle des kybernetischen Raums organisierte, globale Arbeitsteilung und seine Position in der Restrukturierung der

---

<sup>102</sup> Wenn wir z.B. die Orte betrachten, von denen aus die für diese Arbeit gekauften Bücher verschickt wurden, wird deutlich: Wo das Internet die vorherige Ökonomie eingreifend übernimmt, rekonfiguriert es sie analog zu seiner eigenen Struktur einer globalen, dezentralisierten Paket-Verschickung. Das Internet hat so interessanterweise den Verbrauch fossiler Brennstoffe eher hochgetrieben als gesenkt, wie übrigens auch die Verbreitung des Druckers nicht, wie ursprünglich angenommen, den Papierverbrauch gesenkt, sondern immens in die Höhe getrieben hatte.

Wertschöpfungsketten ermöglicht. In diesem Zusammenhang ist z.B. hervorzuheben, dass für viele Länder und Regionen grundlegende und auch mittelfristig unüberwindbare Zugangshürden zur „globalen Informationsgesellschaft“ schon allein aufgrund einer mangelnden Verfügbarkeit funktionierender, gar internetfähiger Telekommunikationsinfrastrukturen, funktionierenden Bildungssystemen und niedrigen Alphabetisierungsraten, ja schon von elektrischem Strom gestellt sind.

### **Über den Mythos der „Universalität“ und der „elektronischen Agora“**

Die Auseinandersetzung mit den Mythen der „Gewichtslosigkeit“ und der „Ortlosigkeit“ bzw. der „Globalität“ des Internet verwies uns bereits auf verschiedene Aspekte der *gesellschaftlichen Materialität* der Informationsgesellschaft, die auch für die Bearbeitung der Frage nach der *Gesellschaftlichkeit* des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu beachten sein werden. Gleichwohl wird das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ noch von weiteren, gewissenmaßen älteren und gewichtigeren Mythen getragen. An dieser Stelle kurz skizziert, soll ihre historisierende Dekonstruktion im weiteren Verlauf der Arbeit verschiedene Perspektiven auf das „Gesellschaftliche“ der Europäischen Informationsgesellschaft ermöglichen.

So wird das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ getragen von dem Versprechen, nicht weniger als eine neue Form der Universalität herzustellen: denn potentiell würden alle Menschen von einem nahezu kostenlosen Zugang zur Informationsgesellschaft profitieren.

Dieses Universalitätsversprechen bezieht seinen Glanz aus der immer wiederkehrenden Hoffnung, die Probleme und Widersprüche sozialer Strukturen technologisch lösen zu können und geht bereitwillig davon aus, dass sich eine neue Technologie nicht nur über soziale Strukturen hinwegzusetzen vermag, sondern im Stande ist, diese auch „neu zu programmieren“. Dabei geht es zum einen um die Frage der politischen Teilhabe, bei der das alte Versprechen neuer Möglichkeiten einer direkten und idealen Marktplatz-Demokratie, einer über eine „elektronische Agora“ vermittelten Teilhabe aller BürgerInnen am politischen Prozess im Mittelpunkt steht. Zum anderen geht es darum, dass aufgrund der Transformation der von gesellschaftlichen Interaktionen und Prozessen bis hin zur Transformation von Institutionen, Organisationsstrukturen und Ordnungen – insofern sie auf digitalisierbaren Daten beruhen - auch neue Möglichkeiten für die sozio-ökonomische Teilhabe geschaffen würden.

Dieses Universalitätsversprechen ist eine tragende Säule des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“, nicht zuletzt trägt es dieses programmatisch sogar in seinen Namen. Denn die „Europäische Informationsgesellschaft“ wurde explizit als Gegenentwurf zu den US-amerikanischen „Information-Superhighways“ konzipiert, der europäische Entwurf begnügt sich nicht etwa mit der Modernisierung der Informations- und Telekommunikationsinfrastrukturen, sondern soll nicht weniger als eine neue Vision europäischer Gesellschaftlichkeit artikulieren, in deren Zentrum ein Universalitätsversprechen steht, in das die Hoffnung auf eine technologische Lösung für das

besondere Problem einer durch nationale Grenzen, soziale Unterschiede, kulturelle Eigenheiten usw. zerklüftete europäische Identität gesetzt wird.

Zweifellos stellen die neuen Kommunikationsinfrastrukturen neue Möglichkeiten für die private Kommunikation und Information, die Organisation von Meinungs- und Willensbildungsprozessen, die Organisation unternehmerischer Praxis, die Abwicklung des Geschäftsverkehrs, die Organisation von Produktion, die Kontrolle und Artikulation gesellschaftlicher und politischer Prozesse sowie für die Kontrolle und Überwachung des Individuums zur Verfügung.

Nach unserer kurzen Exkursion in die Geographie der globalen Informationsgesellschaft jedoch müssen wir skeptisch bleiben, denn die dort festgestellten Asymmetrien – hinsichtlich der globalen Verteilung sowohl der technologischen Voraussetzungen, der InternetnutzerInnen wie auch der InternetproduzentInnen – gelten nicht nur auch in Europa, sondern setzen sich selbstredend auch innerhalb der Gesellschaften fort. Neben der bereits näher herausgearbeiteten Bedeutung von bestimmten „Standorten“ für die informationelle Ökonomie reproduzieren sich auch in der Informationsgesellschaft grundlegende gesellschaftliche Asymmetrien entlang der Merkmale Geschlecht, Alter, Bildung, Familienstand, Beruf, Einkommen, Nationalität, ethnischer Herkunft, Region und Sprache. So ist „der typische Internaut [...] ein 35-jähriger Mann mit Hochschuldiplom und hohem Einkommen; er ist Städter und spricht Englisch.“<sup>103</sup> Jede Abweichung von diesem Typus markiert bereits eine de facto Marginalisierung, die es bei dem Ausbau der Europäischen Informationsgesellschaft nach Osteuropa im Blick zu behalten gilt.

Es besteht ebenso kein Zweifel darüber, dass diese Möglichkeiten unterschiedlich genutzt werden. Den Nutzungsweisen einer „globalen Informationselite“ stehen, insofern ein Anschluss weiterer Bevölkerungskreise an die kommunikationstechnologische Infrastruktur überhaupt hergestellt wird, die vorherrschenden gesellschaftlichen Nutzungsmuster gegenüber, die weitgehend mit den Funktionen „Konsum“ und „Unterhaltung“ überschrieben werden können.

Vor dem Hintergrund der globalen Asymmetrien der globalen Informationsgesellschaft lässt sich das Versprechen ihrer unvoreingenommenen „Universalität“ in die Rhetorik eines über das private Kapital vorgenommenen „Anschlusses“ übersetzen. Denn dem globalen und dezentralen Informationsnetz kommt eine entscheidende Rolle in der Organisation der internationalen Arbeitsteilung zu. Auf der international-globalen Ebene waren es die westlichen Industriestaaten, allen voran jene, die Weltkriege gewannen, verloren oder angezettelt hatten, die die Architektur der globalen Informationsinfrastruktur aufgesetzt haben. Zunächst hauptsächlich von geopolitischen und geoökonomischen Interessen motiviert, die sich heute in wirtschafts- und industriepolitische Interessen und Verregelungen übersetzt haben, wurden einst 40cm dicke Kupferseile auf den Böden der atlantischen und pazifischen Ozeane verlegt: entlang der Küsten Afrikas, Südamerikas bis nach Australiens sollten diese Kabel den „Anschluss“ der Kolonien an ihre Metropolen sicherstellen. Dieses

---

<sup>103</sup> Alfonso Gumucio Dagron: Making Waves: Stories of Participatory Communication for Social Change. New York, 2001, 28.

Netz, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts um Telegrafen und Telefon, Funk- und Radiotechnologien, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann durch die Satellitentechnologien und breitbandige Glasfasernetze ergänzt wurde, bildet heute das Rückgrat einer globalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Es verknüpft heute nicht nur bevorzugte Handelsgebiete und globale Märkte, Freihandelszonen, sondern seit der Globalisierung der Welt auch sogenannte Sonderproduktionszonen und wird vor allen Dingen im Sinne westlicher Interessen ausgebaut.<sup>104</sup> Die Informationsgesellschaft verwirklicht die „Verwestlichung“ der Welt in neuem Gewand, so wie ihr implizit imperialistischer Ethnozentrismus diffusionistische Entwicklungsmodellen neuen Atem einhaucht.

„Der Glaube an ein neues athenisches Zeitalter der Demokratie nährt die Hoffnung auf einen Ausweg aus der Armutsspirale. Doch die wichtigste Lehre aus der Geschichte ist die Erkenntnis, dass die sozialen Formationen der Netze im Laufe der Konstruktion der Weltwirtschaft nicht aufgehört haben, die Kluft zwischen den Ökonomien, Gesellschaften und Kulturen, die sich entlang dieser zivilisatorischen Trennlinie verteilen, zu vertiefen.“ (Mattelart 2003, 130)

„Die zeitgenössische Informationsrevolution macht alle Bürger des Planeten zu Anwärtern einer x-ten Version der Modernisierung. Die Welt teilt sich auf in Langsame und Schnelle. Die Geschwindigkeit wird zu einem Herrschaftsargument, die eine gesetzlose Welt schafft, in der sich die Politik erübrigt.“ (Mattelart 2003, 142f)

„Einzig die vom Konsumenten auf dem freien Angebotsmarkt ausgeübte Sanktion soll die Zirkulation der kulturellen und informationellen Flüsse regeln. Infolgedessen delegitimiert das Prinzip der Selbstregulation jeden Versuch, eine öffentliche, nationale und regionale Politik in dieser Sache zu formulieren. Es darf weder danach gefragt werden, welche Rolle der Staat bei der Umgestaltung der Informations- und Kommunikationssysteme spielen soll, um angesichts von Markt und Technik die Kanäle, über die sich der Bürger ausdrückt, vor der Logik der Segregation zu bewahren, noch nach der prallen Funktion der zivilgesellschaftlichen Organisationen als entscheidendem Druckmittel, um vom Staat als Schiedsrichter ein Urteil einzufordern. Die Welt verwandelt sich in „Konsumgemeinschaften“ (consumption communities). Der Terminus der Gemeinschaft ist wohl noch nie zuvor in dieser ebenso gleichgültigen wie inhaltsleeren Weise verwandelt worden.“ (Mattelart 2003, 129f)

Die Versprechen „Universalität“ und „elektronischer Agora“ übersetzen sich demnach in den Anschluss an die globalen Märkte und die kommerzielle Meinungsfreiheit. Indem „die market mentality in alle Poren der Öffentlichkeit eindringt“, wird der

„neopopulistische Begriff des global democratic marketplace eingebürgert und mit ihm Gemeinplätze wie Redefreiheit und individuelle Wahlfreiheit – die eines Individuums im luftleeren sozialen Raum. Die Definition der „kulturellen Vielfalt“ verwandelt sich in ein buntes Angebot an Dienstleistungen für freie Konsumenten, die sie in dieser

---

<sup>104</sup> Beispiel: An der Konzipierung des 2.6 Mill. US-Dollar schweren Projektes, entlang der westafrikanischen Küste pünktlich zur WM 2010 das Unterwasserkabel „Africa One“ bis nach Südafrika zu verlegen, war kein einziges afrikanische Land beteiligt. (Golding 1998, 79)

Eigenschaft bewerten. Das entsprechende Vokabular ist zum Beispiel in den Bangemann-Berichten zu finden.“ (Mattelart 2003, 129)

Insofern das Universalitätsversprechen als Katalysator für die Etablierung neuer Formen und Strukturen von „Anschluss“ und „Ausschluss“ fungiert, ist also Skepsis geboten, wenn wir dem Versprechen von Universalität im Zusammenhang mit dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und der EU-Osterweiterung begegnen, zumal uns hier sogar der eben erwähnte „Bangemann“ wieder begegnen wird. Die in hohem Maße von Asymmetrien bestimmte sozial-geographische Ausdifferenzierung der informations- und kommunikationstechnologischen Strukturen kann nicht als ein von einem Innovationszentrum austrahlender, gleichmäßiger Diffusionsprozess von Teilhabe und Wohlstand verstanden werden. Vielmehr sind ökonomische und politische Strukturen in Betracht zu ziehen, die in den folgenden Kapiteln näher zu untersuchen sind.

### ***Zwischenfazit: Durch die mythischen Nebel hin zu einer Topographie der Informationsgesellschaft***

Wir könnten so weitermachen. Ende der 1990er Jahre glaubten selbst die erfahrensten, kritischsten und hartgesottensten Börsen-Experten an eine Revolutionierung der kapitalistischen Wertschöpfung durch die offenbar gänzlich neuartigen, zwar unverstandenen, aber dennoch euphorisch begrüßten Spielregeln der sogenannten „New Economy“. Da die Spielregeln letztlich sich allerdings doch als die Alten erweisen sollten, folgte auf die Spekulationsblase im Sommer des Jahres 2000 ihr Platzen: die Börsendotierungen des „Neuen Marktes“ stürzten ins nahezu Bodenlose (vgl. S. 242ff). Neben dem ökonomischen Mythos „New Economy“ lohnt auch die Dekonstruktion des historischen Mythos des „technologischen Fortschrittes“. Dieser letztendlich teleologische Diskurs, der sich auch in der Bezeichnung der „neuen Technologien“ immer wieder reproduziert, ist eine zentrale Figur in der Argumentation um die Anpassungsleistungen, die den Gesellschaften angesichts der neuen Herausforderungen, Möglichkeiten und Bedrohungen abverlangt werden. In diesem Sinne ist es der Mythos des unvermeidlichen, naturwüchsigen technologischen Fortschritts, der unter weitgehender Nichtberücksichtigung seiner sozialen und politischen Begründung ins Spekulative extrapoliert und auf diese Weise wie kein anderer den gesellschaftlichen Konsens für eine bestimmte Handlungs-Imperative, eine bestimmte Politik organisiert:

„Die Glaubenssätze, von denen die Informationsgesellschaft überzeugt ist, setzen symbolische Kräfte frei, die ebenso zum Handeln aufrufen, wie sie es gestatten, in eine Richtung – und in keine andere – zu handeln. Sie formulieren die Aktions- und Forschungsprogramme der Staaten und der supranationalen Instanzen. (...) Die gleichen Überzeugungen fließen in die Strategien der weltweiten Expansion der so genannten Global Players ein. Sie bestimmen maßgeblich die Umstrukturierung der Kriegsführung und Friedenserhaltung. Sie induzieren eine Definition des Wandels und des „Neuen“, die nur Augen hat für jene Orte, an denen Technik operativ eingesetzt wird.“ (Mattelart 2003, 7)

„Der markttechnische Determinismus generiert eine Modernität ohne Gedächtnis und lässt soziale Anliegen außen vor. Die endlose Kommunikation ohne Grenzen tritt das

Erbe des grenzenlosen Fortschritts ohne Ende an. Mangels Erinnerung erleben wir die glorreiche Wiederkehr einer religiös konnotierten Eschatologie, die sich aus den Prophezeiungen über das Kommen der Noosphäre nährt. Der Begriff der Komplexität selbst verkommt und wird zu einem Alibi. Die zunehmende Kompliziertheit der heutigen Gesellschaften löst sich in einfache Erklärungsmuster auf: „Wir treten in die Ära des Optimismus ein“, titeln Bestseller über die verheißene Gesellschaft. Jede Einstellung, die mit diesem Positivismus nicht konform geht, wird sogleich als Technophobie und Antimodernismus abgestempelt. Die alten Dämonen des anti-intellektuellen Populismus tauchen wieder auf.“ (Mattelart 2003, 141f)

Dass dieser technologische Fortschritt aber nicht aus sich selbst heraus, sondern immer nur aus bestimmten sozialen und politischen Bedingungskonstellationen heraus begreifbar ist, ist das grundsätzliche Thema dieser Arbeit und soll im Hinblick auf die Integration eines europäischen Kommunikationsraums am Beispiel der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ herausgearbeitet werden.

Zusammenfassen lässt sich an dieser Stelle, dass die die „Informationsgesellschaft“ umnebelnden Mythen ihre Kraft daraus beziehen, dass sie einerseits archaische Träume, Utopien und Distopien, d.h. kurzum die Hoffnungen und Ängste der Menschheit bedienen. In diesem Sinne wurde die „Informationsgesellschaft“ bereits von vielen Seiten theoretisiert, wobei je nach historisch artikuliertem Interesse nicht nur jeweils andere Aspekte in den Vordergrund gestellt wurden, sondern auch ahistorisch und unkritisch die Residuen vorangegangener Debatten übernommen wurden. Denn einzelne Diskursmomente überleben ihre historischen Kontexte, insofern sie die immer wieder aufscheinenden, uralten Menschheitsträume einer rationalen Herrschaft über die Welt befeuern. Diese Träume werden insbesondere im Untersuchungszeitraum unter den Axiomen Globalisierung, Rationalisierung, Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit usw. eine neue Konjunktur erfahren.

Betrachtet man aber die gesellschaftlich-materiellen Begründungszusammenhänge der die Informationsgesellschaft prägenden Diskurse, zeigt sich, dass deren suggestive Überzeugungskraft durchaus weltliche Gründe hat. In diesem Sinne ist die Suggestivkraft der „Informationsgesellschaft“ mehrdimensional zu perspektivieren: entlang ihrer politischen, ökonomischen, militärischen, geographischen, soziologischen, ja ideengeschichtlichen Grundlagen. Eine Gesamtschau dieser Diskurse hätte dieses Topographie historisch-kritisch bzw. materialistisch-diskursiv zu rekonstruieren und würde doch weiterhin nicht-rettenswerte Unschärfen enthalten. Denn wenn die Informationsgesellschaft und ihre Anwendungen nicht nur als Projektionsfläche für die Hoffnungen und Ängste der Menschen dienen, sondern sich die Vorstellungskraft der Menschen selbst durch die verabsolutierten Eigenschaften des „Netz der Netze“ neu definiert, so ist diese auf eine qualitativ neue epistemologische Grundlage gestellt.

Es ist dies der Zeitpunkt, die mythenumwölbte „Informationsgesellschaft“ als solche zu verlassen und sich dem konkreten politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zuzuwenden.

### **3. Historische Konjunktoren und Diskurse der Informationsgesellschaft**

Ein erheblicher Teil der Suggestivkraft des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ beruht auf der „mythischen“ Qualität von Diskurselementen und -momenten, die archaische Träume und phantastische Vorahnungen der Menschheitsgeschichte aufgreifen und ahistorisch und strategisch-selektiv in die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ eingehen. Gleichwohl haben diese selbst eine Geschichte. Wenn auch nicht mit dem Anspruch der Vollständigkeit, soll im folgenden Kapitel dennoch der Versuch einer Historisierung einiger der zentralen Diskursmomente und -elemente in den entscheidenden Konjunktoren der Vorgeschichte des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ unternommen werden.

#### **a. Die historischen Ursprünge des informationsgesellschaftlichen Diskurses**

Technologische Entwicklungen haben schon immer die Phantasien und Träume, aber auch die Ängste der Menschen beflügelt. Insbesondere der Traum einer Universalisierung des Wissens bzw. seiner optimalen gesellschaftlichen Organisation hat nicht nur große Hoffnungen, sondern immer auch Skepsis, Angst und berechtigte Kritik hervorgerufen. Es verwundert nicht, dass die darauf bezogenen Utopien oder Dystopien eine zentrale Rolle in fast allen Gesellschaftsentwürfen spielen, da mit ihnen immer auch zentrale Fragen nach der Organisation des menschlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens aufgeworfen werden. Auch die technologischen Entwicklungen im Bereich der Kommunikation (sich nicht zufällig ableitend aus „communis“) stellen ebendiese unmittelbar infrage.

In der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ verdichten sich verschiedene Diskurse über die „technologische Entwicklung“, die „Organisation von Wissen“ sowie die „Kommunikation“. Rückgriffe auf Denkbilder wie die Bibliothek von Babel, das Panopticum oder die Gutenbergschen Galaxis sind ebenso allgegenwärtig wie auch die Rekurse auf Diskursfragmente aus der gesamten Geschichte der Sammlung und Systematisierung des Wissens der Menschheit: von der Suche nach einer Universalsprache über die mathematische Reduktion von Komplexität, die Rationalisierung der Welt und Beherrschung der Natur durch die Berechnung von Wahrscheinlichkeiten und Risiken bis hin zur Erschaffung eines „Neuen Menschen“.<sup>105</sup>

Diese mythisch aufgeladenen, ahistorisch referierten Diskursmomente können zwar analytisch unterschieden werden, insofern sie aber als zentrale Elemente der verschiedenen

---

<sup>105</sup> Diese Momente sind gleichzeitig uralte und immer noch aktuell, wie sich nicht nur in der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zeigen lässt, sondern bspw. auch in den Fragen und Antworten widerspiegelt, die von den modernen Science Fiction-Narrativen aufgeworfen werden. In den durch die Informations- und Kommunikationstechnologien geschaffenen, neuen Räumen und den in diesen enthaltenen Möglichkeiten, die eigene Identität zu verdoppeln, zu verfremden oder gänzlich neu zu erfinden, finden die gar kühnsten Visionen einer Schaffung des „Neuen Menschen“ durch sich selbst und nach seiner eigenen Vorstellung ihren Widerhall.

informationsgesellschaftlichen Diskurse fungieren, gehen sie aber gerade aufgrund der mythischen Strahlungskraft immer wieder ineinander über und verschwimmen. Insofern erscheint es nicht nur mühselig, sondern auch einigermaßen müßig, sich in dem Versuch einer eindeutigen historischen Verortung dieser Momente zu verlieren. Gleichwohl kann gerade in dieser „mythischen“ Qualität ein entscheidendes Moment für die Organisation des spontanen Konsens ausgemacht werden, dass das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in seiner spezifischen Artikulation sinnfällig, selbstverständlich und gewissermaßen alternativlos erscheinen lässt. Deshalb soll im Folgenden zumindest aufgezeigt werden, dass die Ideen, die in die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ beflügelnd eingehen, historisch konkrete Ursprünge haben.<sup>106</sup>

### ***Die Mathematisierung der Welt***

Retrospektiv lassen sich die direkten Vorläufer der heutigen Informations- und Kommunikationstechnologien sicherlich bis ins 19. Jahrhundert zurückverfolgen. Nach Armand Mattelart lassen sich die historischen Ursprünge des informationsgesellschaftlichen Diskurses jedoch schon in der Anwendung mathematischer Verfahren zur Verarbeitung von gesellschaftlicher Komplexität ab Mitte des 17. Jahrhunderts bzw. deren Übersetzung in mathematische Modelle für politische, militärische und ökonomische (Herrschafts-)Zwecke sehen.<sup>107</sup> Die Vorläufer der Informations- und Kommunikationstechnologien wären dementsprechend schon in den verschiedenen technisch-mechanischen Umsetzungen dieser Modelle zu suchen, deren Verbreitungsgeschichte sich über die mit der Industrialisierung einsetzenden Konjunkturen von gesellschaftlicher Nachfrage, industrieller Produzierbarkeit und schließlich dem Übergang in eine massenhafte Anwendung schreiben ließe.

Die Mathematik konnte sich im 17. und 18. Jahrhundert „als Modell der Beweisführung und der Zweckhandlung“ (Mattelart 2003, 9) etablieren. Das „Denken in Begriffen von Zählbar-

---

<sup>106</sup> Im Gegenzug zu dem ahistorischen Rekurs auf diese verschiedenen Diskurselemente gibt es Zusammenfassungen der „technologischen Entwicklung“ auf dem Gebiet der Informations- und Kommunikationstechnologien zu genüge, die allerdings ebendiese „technologische Entwicklung“ abstrakt, d.h. außerhalb des jeweiligen historischen Kontextes referieren. Damit geraten allerdings die gesellschaftlichen Hintergründe aus dem Blick. Der „technologische Fortschritt“, die „Entwicklung“ der Technologien, das Zuhandensein der „neuen Technologien“ werden so wahlweise als selbstverständlich, teleologisches Produkt einer natürlich Entwicklung oder als individuelle Geniestreiche konzipiert. Auf Grundlage eines solchen technologistischen Fortschrittsmodells wird die Suche nach Antworten auf die globalen politischen Herausforderungen dementsprechend darauf reduziert, technologische Entwicklungshilfe zu leisten, deren grenzüberschreitenden und ‚öffnenden‘ Wirkungen eigentlich nur von ‚Schurkenstaaten‘ und autoritären Regimes in Zweifel gezogen werden könnten, die ihre Bevölkerungen im Dunkel des technologischen Mittelalters halten wollen. „Die technisch erzwungene Öffnung bisher geschlossener Gesellschaften – als Paradebeispiel mag bald China dienen (...) – kann dazu beitragen, den weltweiten Schub für Demokratisierung und Marktwirtschaft weiter zu beschleunigen. Denn es kann kein Zweifel daran bestehen, dass - ganz im Sinne westlicher Wertvorstellungen – Demokratie und Marktwirtschaft durch offenes Kommunikationsverhalten gefördert werden.“ (Schweigler 1999, 24)

<sup>107</sup> Dabei gilt selbstredend, dass diese Diskursmomente die Bedeutung, die sie in ihrer selektiven Verdichtung durch die Artikulation der modernen Informationsgesellschaft erst annehmen sollten, selbstredend noch nicht als solche in sich trugen, sondern sich zunächst in ihren jeweiligen historischen Kontexten entwickelten.

und Messbarkeit wurde zum Prototyp eines wahren Diskurses und steckte zugleich den Horizont für die Suche nach der Vervollkommnung des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Menschen ab.“ (Mattelart 2003, 9). Insofern wird Gottfried Wilhelm Leibniz (1646-1716) von Mattelart als der Patron der Kybernetik geführt, der mit der Entwicklung einer binären Arithmetik (1679), d.h. der „Rückführung der Zahlen auf einfachste Prinzipien wie 0 und 1“, und der Erfindung einer Rechenmaschine (1673) die ersten Schritte zu den für die Informationsgesellschaft charakteristischen topoi einer Ökonomisierung des Denkens und Automatisierung der Vernunft machte (vgl. Mattelart 2003, 13).

Die Motive für diese Inthronisierung der mathematischen Denkweise sieht Mattelart in der Suche nach einer neuen ökumenischen Sprache, nachdem mit dem Westfälischen Frieden von 1648 der Niedergang des Lateinischen als lingua franca eingeleitet war. Neben dem immer wieder aufscheinenden Motiv, durch die Entwicklung einer universalen, rationalen Sprache eine bessere Grundlage für die menschliche Verständigung und für die Dokumentation und Systematisierung menschlichen Wissens zu schaffen,<sup>108</sup> sind aber auch durchaus weltliche Motive ausschlaggebend:

„Für Leibniz und seine Zeitgenossen zielte die Suche nach schnelleren Rechenleistungen darauf ab, eine Antwort auf die in der Entstehung und Entwicklung des modernen Kapitalismus liegenden Herausforderungen zu finden. Mit der Zunahme des Überseehandels bildete sich ein Markt heraus, auf dem das Sammeln, Archivieren, die bürokratische Bearbeitung und die Weiterleitung der Daten an die Kaufleute, Geldgeber und Spekulanten als Dienstleistungen angeboten wurden.“ (Mattelart 2003, 10)

Durch die „systematische Anwendung der Wissenschaft auf den Krieg“ leitete der Graf von Louvois, Kriegsminister des französischen Königreiches unter Ludwig XIV, eine revolutionäre Reorganisation des Militärs ein, wofür ihm eine zivile Kriegsverwaltung und ein Ingenieurkorps unterstellt wurden (vgl. Mattelart 2003, 17). Der Ingenieur für Festungsbau, Sébastien Le Prestre de Vauban (1633-1707), begann damit, für die Konzipierung von Befestigungsanlagen nicht nur militärisch-strategische Erwägungen, sondern auch die Lebensumstände und Ressourcen der unmittelbaren Umgebung mit einzubeziehen, für die eigene statistische Monographien und Reliefkarten angefertigt wurden. Letztere, als plastische gewordene Synthese aller relevanten Informationen, dienten sowohl als Modelle und Porträts der Gesamtanlage. In der Annahme, Chaos und Verwirrung durch „auf Berechnung beruhendes Verhalten“ bannen zu können, weiteten sich seine Versuche, alle möglichen militärisch relevanten Faktoren zu quantifizieren und zu berechnen, auch auf

---

<sup>108</sup> So widmeten sich im 17. Jahrhundert auch die Arbeiten von John Wilkins der Suche nach einer Universalsprache (dessen Ideen im 20. Jahrhundert von Jorge Luis Borges wieder aufgenommen wurden). Auch die Entstehung der Grammatik im Frankreich des 17. Jahrhunderts kann als Versuch interpretiert werden, zumindest die bestehende Sprache zu normieren und von nur regional verständlichen Rede- und Denkweisen zu befreien. Ähnliche Normierungsimpulse treten später mit der französischen Revolution bei der Durchsetzung des metrischen Systems und der Normen für Industrie und Gesundheitswesen und vermutlich auch schon fürs Handwerk auf den Plan (der Begriff „normal“ wird von den Revolutionären aus seiner geometrischen Bedeutung ins gesellschaftliche mit gleich, egalitär übersetzt) (vgl. Mattelart 2003).

außerhalb der Schlachtfelder liegende Anwendungen<sup>109</sup>: So ergründete er Hindernisse in der Zirkulation des Warenflusses wie der Arbeiter, erkundete Verkehrswege und berechnete die Schiffbarkeit von Wasserwegen, beschäftigte sich mit Fragen der Zollsysteme und Steuerreformen und erarbeitete eine einfache Methodologie für Volkszählungen.

Mit der Begründung der Wahrscheinlichkeitsrechnung um 1660 wollten Pascal und Huyghens Entscheidungshilfe in der Ungewissheit leisten. Eine Voraussetzung für die Handlungsfähigkeit der modernen Nationalstaaten ist das Wissen über die politische und soziale Anatomie der Bevölkerung.<sup>110</sup> 1725 wird in Preußen ein wissenschaftlich legitimes Volkszählungsverfahren eingeführt, in England, wo die individuellen Persönlichkeitsrechte einen größeren Schutz genießen, wird auf zufallsbedingte Erhebungen zurückgegriffen. Erste Studien haben die Tauf-, Heirats- und Sterberegister zum Gegenstand, aber die Anwendungsgebiete weiten sich bald: „Die technische Statistik war nicht nur Bestandteil der neuen Beziehung, die die bürgerliche Revolution zwischen dem monarchistischen Staat und den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen begründet hatte, sondern ging mit dem Aufbau einer neuen, von kaufmännischem Denken bestimmten Rationalität einher.“ (Mattelart 2003, 16) „Die Vorstellung, einzig was zählbar ist, sei auch gewiss, schlug sich auch in der Regierungsweise nieder. Der „Durchschnittsmensch“, ein Produkt der Wahrscheinlichkeitsrechnung, wurde zum Maßstab für die politische Verwaltung der Menge.“ (Mattelart 2003, 27) Die Frage nach bestimmten Wahrscheinlichkeiten sollte von privaten Versicherungsgesellschaften weitergetrieben werden zur Frage nach der Wahrscheinlichkeit von bestimmten Risiken: „Die „versicherte Gesellschaft“ wurde zum Grundprinzip des zukünftigen Vorsorgestaates und zu einer institutionalisierten Form der Idee berechenbarer Solidaritäts- und Abhängigkeitsbeziehungen.“ (Mattelart 2003, 36).

Lange vor der Industrialisierung Frankreichs setzte Claude Henri de Saint-Simon (1760-1825) die Gesellschaft einem Industriebetrieb gleich, in dem es nun nicht mehr um „Herrschaft über Menschen“, sondern um die „Verwaltung von Sachen“ durch eine technische Elite gehen würde. Die Rolle des Staates reduziere sich mithin auf diejenige eines einfachen „Geschäftsträgers“, „die weltweite Vereinigung der Nationen könne erst mittels der Industriekapitäne erfolgen.“ (Mattelart 2003, 27f)

Zur Weltausstellung im Jahre 1851 in London postulierte Charles Babbage nicht nur die „Notwendigkeit einer offiziellen Politik zur Unterstützung technischer Neuerungen“ (Mattelart

---

<sup>109</sup> Bereits 1695 greift de Vaubans Rede von einem „System der Verästelungen“ der heute so prominenten Metapher des „Netzwerkes“ vor, freilich ohne das Wort „Netz“ selbst zu verwenden. Dieses, ursprünglich wenig überraschend hauptsächlich in der Textilverarbeitung gebräuchlich, wurde um 1665 vom italienischen Anatom und Naturalisten Marcello Malpighi zwar in die Medizin eingeführt. Auch wenn de Vauban den Begriff „Netz“ damit zwar nicht erfunden hat, war er „aber wohl derjenige, der die Netz-Perspektive in eine Sichtweise der strategischen Nutzung des Territoriums eingeführt hat.“ (Mattelart 2003, 19) Der Begriff „Netz“ wurde dann später – im Jahr 1802 – durch de Vaubans Biographen Pierre-Alexandre Alent eingeführt. Nach Mattelart ist der Begriff Netz „daher erst mit dem Ende der Vorherrschaft des Stellungs- oder Belagerungskrieges in die Sprache der Militärs gelangt“, da mit der Strategie des Bewegungskrieges nun Fragen der Linienführung, Frontorganisation, der Formationswechsel, kurz der Organisation im Raum in den Vordergrund treten. (Mattelart 2003, 19)

<sup>110</sup> Bereits 1660 wird die zentrale Bedeutung von Inventarlisten für die Staatskunde hervorgehoben, Mitte des 18. Jahrhunderts wird die Statistik in einer ihrer ersten Definition überhaupt von Gottfried Achenwall als Staatswissenschaft ausgesprochen.

2003, 35), sondern unterstützte in deren Folge auch die Organisation des ersten internationalen Statistikkongresses, der im Jahre 1853 in Brüssel stattfinden sollte.

„Dort wurde nicht nur der erste Schritt auf dem Weg zu einer internationalen Normierung der Nomenklaturen und der statistischen Beobachtungsmethoden gesetzt, sondern auch das erste Beispiel für die Strukturierung eines beständigen Netzes wissenschaftlicher Beziehungen demonstriert.“ (Mattelart 2003, 35)

Bei der Gründung des International Statistical Institute im Jahr 1885 wurde dann gar die Ablösung der Geschichte als bisheriger Leitwissenschaft durch die universelle Rationalisierung durch die Statistik proklamiert.

Bei der Volkszählung in den USA im Jahr 1890 wurde die von Hermann Hollerith entwickelte Lochkarten-Rechenmaschine genutzt. Ab 1896 wurde diese Rechenmaschine von Hollerith Tabulating Machines Corp. industriell produziert, aus diesem Unternehmen sollte später die International Business Machines Corp. (besser bekannt unter der Abkürzung IBM) hervorgehen (Mattelart 2003, 39).

*Das Ziel des 1895 in Brüssel von Paul Otlet und Henri La Fontaine gegründeten Internationalen Bibliographischen Instituts war, durch die systematische Dokumentation des Wissens beider Welten ein „Universalbuch des Wissens“ zu schaffen. Neben universellen bibliographischen und ikonographischen Verzeichnissen sowie zentralen Katalogen von internationalen Archiven, Bibliotheken und Museen sollten mithilfe eines Zentralbüros der Union of International Associations auch die Vernetzung aller Institutionen, Föderationen, Ligen, Kongresse, Institute, Kommissionen, ständigen Büros, etc. erreicht werden, um die „Kooperation und Koordination der Bemühungen im Hinblick auf den Zusammenschluss aller besonderen Vereinheitlichungs- und Einheitssysteme zu einem Gesamtsystem“ zu gewährleisten.“ (Mattelart 2003, 40f) In seinem wissenschaftlichen Testament legte Otlet „die Architektur eines „universellen Informations- und Dokumentationsnetzes“ dar, eines Netzes, das Produzenten, Verteiler und Benutzer jeder Fachrichtung und an jedem Ort miteinander verbindet. Die große Bibliothek ist mit Bildschirmen ausgerüstet. Dank dem „elektronischen Fernrohr“ macht es das telefonisch übermittelte Buch möglich, „bei sich zuhause in den vorbestellten Seiten der im ‚Teleg‘-Saal der großen Bibliotheken aufliegenden Bücher zu lesen.“ (Mattelart 2003, 42)*

*„Otlet prägte den Begriff „Globalität“ (mondialisme), um damit die Symbiose mit einem Denken des zugleich technischen wie sozialen weltweiten Netzes deutlich zu machen. Ein Denken, das geprägt ist von der immer stärkeren Vernetzung der Welt durch die Netze der Unterseekabel, des Weltpostvereins und anderer technischer Netze sowie der vielfältigen Zusammenschlüsse von Bürgern, die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aufgrund der zunehmenden Presse-, Meinungs-, und Versammlungsfreiheit die Bühne betraten und dem Austausch zwischen den Zivilgesellschaften einen ungeahnten Impuls verliehen. Mit Gabriel Tarde (1843-1904), dem Pionier der Sozialpsychologie, den er zur stärkeren Legitimation seines großen Projektes heranzog, teilte Otlet die Überzeugung, dass durch die Beschleunigung der Geschwindigkeit des Informations- und Kommunikationsflusses bereits im 19. Jahrhundert eine globale Denkweise entstanden war und dass das Aufkommen der modernen „Öffentlichkeiten“ („Publics“) eine Folge der Kommunikationsmittel war, die den „Sozialen Zirkel“, zu dem man gehörte, stetig größer werden ließen, und dies „über alle Grenzen des Stammes, der Klassen, der Konfessionen, Staaten hinweg (...) bis an die Grenzen des Menschengeschlechts.“ (Mattelart 2003, 41).*

*Die Tatsache, dass nicht nur die Vorstellung einer vernetzten, globalisierten Welt, sondern auch die erstaunlich präzise Skizze des modernen Internets nicht neue, sondern mehr als 100 Jahre alte*

*Vorstellungen sind, stellt nicht so sehr die Neuartigkeit der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien in Abrede, wie sie Erklärungsansätze dafür liefert, warum diese bei ihrer tatsächlichen Ankunft von einer euphorischen Ungeduld hinsichtlich der Einlösung von alten Hoffnungen und Sehnsüchten begrüßt werden sollten.*

Bereits 1854 hatte George Boole (1815-1864) die algorithmische Schreibweise entwickelt, die die Grundlage für die etwa ein Jahrhundert später entstehende Informatik bilden sollte. Im Jahr 1936 formulierte Alan Turing das Prinzip der später nach ihm benannten Universalmaschine, die jede „wohldefinierte Prozedur“ zu verkörpern vermag. „Wohldefiniert“ meint in diesem Zusammenhang: systematisierbar, formalisierbar und durch Algorithmen modellierbar (vgl. Mattelart 2003, 47). Während des Zweiten Weltkrieges sollten diese Bemühungen dann für die Dechiffrierung der strategischen feindlichen Korrespondenz (Alan Turing, Claude Elwood Shannon) sowie für die Erstellung von Schusstabellen für die Flugabwehr (Norbert Wiener) eingesetzt werden.

### ***Kommunikation: Transport, Telegrafie und Radio***

Neben der Erhebung von Daten, ihrer Berechnung und ihrer Modellierung – mithin den Vorläufern der modernen Informationstechnologien – hatte die wachsende Expansion des kapitalistischen Wirtschaftsform aber längst auch die Entwicklung von neuen Transport- und Kommunikationstechnologien vorangetrieben.

Für Michel Chevalier (1806-1879) bedeutet die Verbesserung der Verkehrswege noch

„zugleich die Arbeit an der positiven und praktischen Verwirklichung der Demokratie, denn dies heißt, allen Mitgliedern der menschlichen Familie die Möglichkeit zu geben, quer über den Erdball, den wir als gemeinsames Erbe besitzen, zu reisen und seine Schätze auszubeuten (...)“ (Mattelart 2003, 29).

In historisch-kritischer Absicht untersuchten auch Marx und Engels die Fortschritte in der Kommunikation und die damit einhergehende Verkürzung des Raumes, wenngleich sie mit „Kommunikation“ zunächst insbesondere den Ausbau der modernen Verkehrswege für Waren und Menschen im Blick hatten. So setzt sich Friedrich Engels in seinen Studien zum Aufstieg der englischen Baumwoll-Industrie mit der Herstellung von „Kommunikationen“ wie folgt auseinander:

„Von 1818 bis 1829 wurden in England und Wales 1000 englische Meilen Chausseen von der gesetzlichen Breite von 60 Fuß angelegt und fast alle alten nach MacAdams Prinzip erneuert. In Schottland legte die Behörde der öffentlichen Arbeiten seit 1803 an neunhundert Meilen Chaussee und über tausend Brücken an, wodurch in den Hochlanden das Volk mit einem Male in die Nähe der Zivilisation gebracht wurde. Die Hochländer waren bisher meist Wilddiebe und Schmuggler gewesen; jetzt wurden sie fleißige Ackerbauer und Handwerker, und obwohl gälische Schulen zur Erhaltung der Sprache errichtet worden sind, verschwindet gälisch-keltische Sitte und Sprache rasch vor dem Anrücken der englischen Zivilisation.“ (MEW 2, 248)

Ähnliches weiß Engels nicht nur hinsichtlich des Ausbaus des englischen Kanalwesens sowie des Eisenbahnnetzes zu berichten, sondern auch über die Revolutionierung der Kommunikation durch Dampflokomotive und Dampfschiff. (MEW 2, 248ff)

Im Manifest der kommunistischen Partei heben Marx und Engels die Bedeutung des Zusammenhangs zwischen großer Industrie, Weltmarkt und der Entwicklung von Handel, Schifffahrt sowie der „Landkommunikationen“ hervor. (MEW 4, 463f)

„Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhass der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“ (MEW 4, 464)

Aber auch die Vereinigung der Arbeiter, deren Siege immer nur temporär seien, werde befördert durch „die wachsenden Kommunikationsmittel, die von der großen Industrie erzeugt werden und die Arbeiter der verschiedenen Lokalitäten miteinander in Verbindung setzen. (...) die Vereinigung, zu der die Bürger des Mittelalters mit ihren Vizinalwegen Jahrhunderte bedurften, bringen die modernen Proletarier mit den Eisenbahnen in wenigen Jahren zustande.“ (MEW 4, 471)

Im dritten Band des Kapitals – es geht um die Verkürzung der Zirkulationszeit – ist schließlich nicht nur von einer Revolution im Bereich der Kommunikation die Rede, „die sich nur mit der industriellen Revolution der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts vergleichen lässt“ (MEW 25, 80), sondern wird nun auch endlich die Telegrafie erwähnt:

Auf dem Lande ist die makadamisierte Straße durch die Eisenbahn, auf der See das langsame und unregelmäßige Segelschiff durch die rasche und regelmäßige Dampferlinie in den Hintergrund gedrängt worden, und der ganze Erdball wird umspannt von Telegraphendrähten. Der Suezkanal hat Ostasien und Australien dem Dampferverkehr erst eigentlich erschlossen. Die Zirkulationszeit einer Warensendung nach Ostasien, 1847 noch mindestens zwölf Monate (...), ist jetzt ungefähr auf ungefähr ebenso viel Wochen reduzierbar geworden. Die beiden großen Krisenherde von 1825-1857, Amerika und Indien, sind durch diese Umwälzung der Verkehrsmittel den europäischen Industrieländern um 70-90% näher gerückt und haben damit einen großen Teil ihrer Explosionsfähigkeit verloren. Die Umschlagszeit des gesamten Welthandels ist in demselben Maß verkürzt, und die Aktionsfähigkeit des darin beteiligten Kapitals um mehr als das Doppelte oder Dreifache gesteigert worden.“ (MEW 25, 80)

Tatsächlich war die erste optische Telegrafienleitung zwischen Paris und Lille bereits im August 1794 vom französischen Kriegsministerium in Betrieb genommen worden. Auch wenn die optische Telegrafie kurz darauf von Alexandre Vandermonde bereits zur Lösung der von Rousseau aufgeworfenen Frage nach der Möglichkeit von Demokratie für große Völker erhoben wurde, blieb die Telegrafie bis zum Aufkommen der elektrischen Telegrafie (ab 1837) „durch die Aufrechterhaltung des über den Code oder die verschlüsselte „Zeichensprache“ verhängten Embargos und dem im Namen der inneren Sicherheit und der

nationalen Verteidigung ausgesprochenen Verbotes der Nutzung durch die Bürger“ ein zunächst exklusiv nationalstaatliches und militärisches Privileg (Mattelart 2003, 24).<sup>111</sup>

Fünf Jahre vor der Erfindung des elektrischen Telegrafen prophezeite Charles Babbage (1792-1871)<sup>112</sup> die Anwendung der bis dahin nur militärisch genutzten Telegraphen (von ihm als „Informationsmaschinen“ bezeichnet) für friedliche Zwecke und sah die Entstehung eines Netzes voraus, das eines Tages „das Universum umspannen“ würde (vgl. Mattelart 2003, 34). Tatsächlich verbreitete sich die elektrische Telegraphie aufgrund der Nachfrage von Eisenbahn, Presse, Wirtschaft und Finanz schnell in den USA und Europa. Bald schon wurden die ersten Unternehmungen gestartet, um die verschiedenen Telegrafennetze durch die Verlegung von Unterwasserkabel miteinander zu verbinden.

*„Bereits 1850 begannen wagemutige Geschäftsleute um den britischen Nachrichtentechniker Jacob Brett, auf dem Boden des Ärmelkanals ein erstes Telegrafenkabel zu verlegen. Dieses erste Unterseekabel hielt genau einen Tag und war kurz nach dem Absenden einer Nachricht an Napoleon für immer verloren. Trotzdem wurde das gebrochene Kabel als Erfolg gefeiert. Sofort machten sich die gleichen Techniker daran, ein neues zu verlegen. Es verfügte nun über eine zusätzliche Armierung, einen Mantel einzelner Strahlkabel, der die isolierten Kupferleiter schützte. Diese Maßnahme hatte Erfolg: Ab dem 13. November 1851 verband dieses Kabel für 36 Jahre Frankreich und England – zwei historisch verfeindete Nationen näherten sich durch das Kabel zumindest kommunikationstechnisch wieder einander an. (...)*

*Der größte Wunsch der Geschäftsleute an den Börsenplätzen in London und New York war jedoch die Einrichtung einer Telegraphenverbindung zwischen der Alten und der Neuen Welt. Nur: Wie sollte man im stürmischen und unberechenbaren Nordatlantik ein Tausende Kilometer langes Kabel verlegen? Es brauchte unverbesserliche Optimisten, um das scheinbar Unmögliche möglich zu machen.“<sup>113</sup>*

*Die Verlegung des ersten transatlantischen Unterwasserkabels war das Lebenswerk des New Yorker Geschäftsmanns Cyrus W. Field (1819-1892). Da das immense Gewicht des Kabels von 9000 Tonnen zu diesem Zeitpunkt von keinem Schiff der Welt geschultert werden konnte, musste das Kabel auf zwei Schiffe verteilt werden. Seine ersten Versuche für ein solches Unternehmen schlugen zunächst fehl:*

*„Immer wieder riss das Kabel und sank auf den Grund. Erst der fünfte Versuch brachte am 5. August 1858 den Erfolg. Die Verbindung zwischen Europa und Nordamerika stand – Field und seine Partner wurden euphorisch gefeiert. Es sollte ein kurzer Triumph werden. Von Tag zu Tag wurde das Signal immer schwächer. (...) Verzweifelt versuchten Techniker, die immer schwächer werdenden Signale zu*

<sup>111</sup> Gleichwohl zeigt sich auch hier, dass nahezu jede technische Neuerung von einem Erlösungsdiskurs heimgesucht wird, „der die universelle Eintracht, die dezentrale Demokratie, die soziale Gerechtigkeit und das Allgemeinwohl verheißt. Jedes Mal bewahrheitet sich auf die Amnesie hinsichtlich der vorausgehenden Technologie. Vom optischen Telegraphen zum Unterseekabel, vom Telefon, über Radio und Fernsehen bis zum Internet beleben all diese Medien, die das Raum-Zeit-Raster des sozialen Gewebes überwinden sollten, aufs Neue den Mythos von der Wiederkehr der Agora der attischen Städte.“ (Mattelart 2003, 24f)

<sup>112</sup> Babbages Überlegungen zur Ausweitung der Arbeitsteilung auch auf intellektuelle Tätigkeiten brachten unter anderem verschiedene Rechenmaschinen hervor, „die das gesamte verfügbare technische Arsenal (Dampfmaschine, Mühle, Programmautomatismen, Mechanik)“ seiner Zeit in sich vereinigten.

<sup>113</sup> Ulrich Alexis Christiansen: Kabelanschluss für die Neue Welt.

<http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a2520/18/10/F.html#featuredEntry>

entschlüsseln, dann fasste einer der leitenden Ingenieure einen fatalen Entschluss: Er ließ die Stromspannung erhöhen, in der Hoffnung, so das Signal zu verstärken. Bereits der erste Buchstabe – ein Stromstoß von 2000 Volt – zerstörte das erste funktionierende Transatlantikkabel. Nach nur vier Betriebswochen lag es nun verschmort auf dem Grund des Nordatlantiks.“

Nachdem durch das erste transatlantische Kabel nur weniger als 400 Depeschen übermittelt werden konnten, kämpfte Field gegen seinen Ruf als Scharlatan und für sein Projekt:

„Das Kabel wurde technisch verbessert und sollte nun aus einem Stück bestehen. Doch welches Schiff könnte ein mehr als 7000 Tonnen schweres Kabel transportieren? Während einer seiner Europareisen fiel sein Blick auf die Great Eastern. Ein gigantisches Passagierschiff, mit Platz für 4000 Passagiere und 15.000 Tonnen Kohle, welches sowohl über Schaufelräder, als auch Schiffsschraube, als auch über Segel angetrieben wurde und als einziges Schiff seiner Zeit ohne Zwischenstopp die Welt umrunden konnte. Da aber damals derartige Passagierkapazitäten gar nicht benötigt wurden und die Great Eastern aufgrund mehrerer tödlicher Unfälle während Bau und Betrieb zudem noch als Unglücksdampfer galt und kaum gebucht wurde, dümpelte sie nach nur wenigen Passagierreisen ungenutzt im Hafen herum. Fields jedoch sah sofort ihr Potenzial als Kabelleger und erwarb das Schiff für kleines Geld. Nachdem die Kabeltanks in die Great Eastern eingebaut waren, dauerte es allerdings noch einmal fünf Monate, bis das gigantische, mehr als 5100 Kilometer lange Kabel geladen war. Als die Great Eastern mit der Verlegung begann, schrieb man bereits das Jahr 1865. Mit fünf Seemeilen pro Stunde ging es auf die Fahrt in Richtung Westen nach Neufundland. Es sollte jedoch wieder eine Reise ohne Erfolg werden. Das Kabel riss und war verloren. Die Herbststürme beendeten dieses Abenteuer und erst bei einem erneuten Anlauf verlief im Sommer des darauffolgenden Jahres alles reibungslos. Am 9. September 1866, acht Jahre nach der ersten Übertragung, gab es wieder eine Verbindung zwischen den USA und England.(...)

Als die Konkurrenz von der funktionierenden Verbindung hörte, wurde der Bau des Alaska-Sibirien-Kabels eingestellt, denn auch hier hatte man mittlerweile mit Problemen zu kämpfen: Indianer schnitten immer wieder Kilometer lange Kabelstücke aus der Verbindung und bauten daraus Hängebrücken. Mehr als zehn Jahre hatten Field und seine Mitstreiter ihrem Traum hinterher gejagt. Einem Traum, der nun Wirklichkeit geworden war und Telegrafie zwischen Kontinenten in Echtzeit mit sieben Worten pro Minute ermöglichte. Es war der Beginn grenzenloser Kommunikation.“<sup>114</sup>

---

<sup>114</sup> Ulrich Alexis Christiansen: Kabelanschluss für die Neue Welt.  
<http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a2520/18/10/F.html#featuredEntry>



Abbildung 19: „Great Eastern“. Das mächtige Schiff war 211 Meter lang und 18.915 Bruttoregistertonnen schwer - in einer Zeit, als 1000 Bruttoregistertonnen schon viel waren. Damit taugte die „Great Eastern“ ideal als Kabelverleger.“<sup>115</sup>

Abbildung 20: Eine „nur“ 33 Tonne schwere Kabeltrommel wird 1935 über dem Hafen von London verladen, um nach China transportiert zu werden. „Für die Verladung des Unterseekabel wurde ein schwimmender Schwerlastkran eingesetzt.“<sup>116</sup>

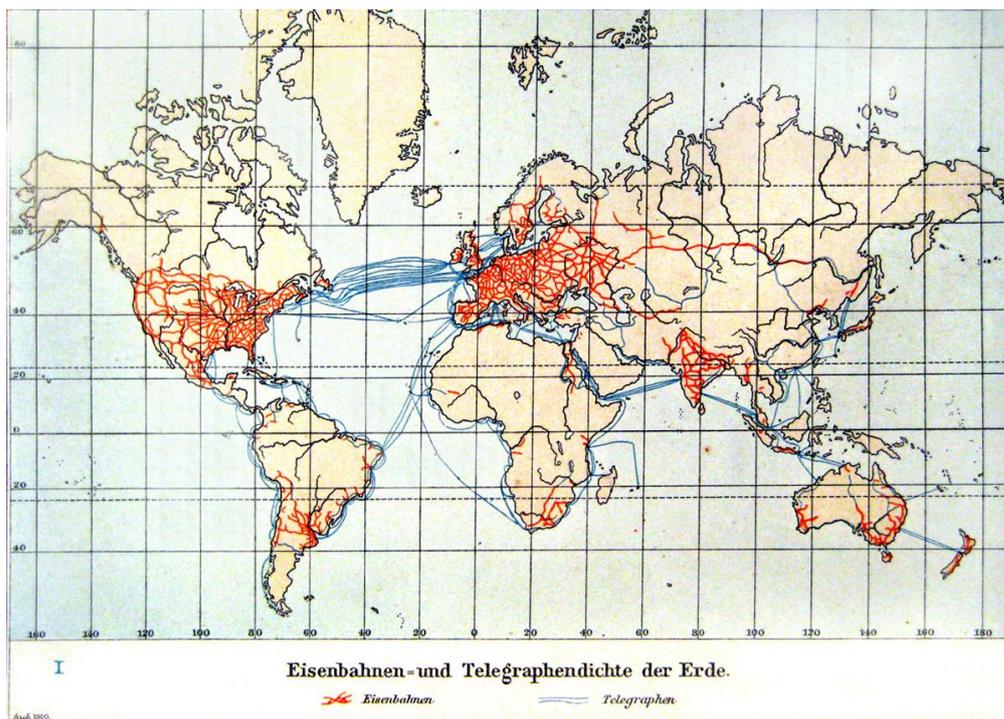


Abbildung 21: Eisenbahnen- und Telegraphendichte der Erde um 1900. Kolonial- und Weltverkehrskarte. Kopie aus Andrees Handatlas, Albert Scobel (Hrg.), 1901, 4. Auflage, S. 17

<sup>115</sup> Ulrich Alexis Christiansen: Kabelanschluss für die Neue Welt.  
<http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a2520/18/10/F.html#featuredEntry>

<sup>116</sup> Ulrich Alexis Christiansen: Kabelanschluss für die Neue Welt.  
<http://einestages.spiegel.de/external/ShowTopicAlbumBackground/a2520/18/10/F.html#featuredEntry>

Mit der erfolgreichen Verlegung von Unterwasserkabeln (ab 1850) kann das zum Ende des 19. Jahrhunderts entstandene Telegrafennetz als die erste Telekommunikationsinfrastruktur mit annähernd globaler Reichweite bezeichnet werden. In jedem Fall war mit ihr eine neue Epoche in der Telekommunikation eingeläutet, denn "for the first time, information could reliably travel faster than people" (McChesney 1997, 12).

Zwar wurden die Kabel privat produziert, da ihre Verlegung aber von den Regierungen finanziell unterstützt wurde, spielten von Beginn an die nationalen geostrategischen, militärischen und ökonomischen Interessen eine wichtige Rolle in der Architektur der entstehenden Kommunikationsstruktur. So wurden auf den Böden des Atlantik und des Pazifik, entlang der Küsten Afrikas und Südamerikas bis nach Indien und Australien 40 cm dicke Kupferseile verlegt, um den „Anschluss“ der Kolonien an ihre Metropolen sicherzustellen. So wie die kolonialen Mächte in den Kommunikationsstrukturen Instrumente zum Ausbau ihrer imperialen Herrschaftssysteme sahen, spiegelte die Struktur der entstehenden Telegrafennetze die Interessen der imperialen Eliten und die Einflussbereiche der Kolonialmächte wider: sie verbanden nicht die Kolonien untereinander, sondern diese mit den Zentren.<sup>117</sup> Dieses Netz, das seit Mitte des 19. Jahrhunderts um Telegrafen und Telefon, Funk- und Radiotechnologien, in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts dann durch die Satellitentechnologien und breitbandige Glasfaserkabelnetze ergänzt wurde, bildet heute das Rückgrat einer globalen Informations- und Kommunikationsinfrastruktur. Es verknüpft heute nicht nur bevorzugte Handelsgebiete und globale Märkte, Freihandelszonen, sondern seit der Globalisierung der Ware Arbeitskraft auch sogenannte Sonderproduktionszonen und wird vor allen Dingen im Sinne westlicher Interessen ausgebaut.<sup>118</sup>

Diese Zentrum-Peripherie-Struktur lässt sich auch am Beispiel der internationalen Informationsdienste nachvollziehen, die ab 1835 in den imperialistischen Ländern entstanden und professionell und systematisch Informationen sammelten und verbreiteten:

„While the agencies were independent commercial organizations, their domains of operation corresponded to the spheres of economic and political influence of the major imperial powers. Each agency worked closely with the political and commercial elites of the country which served as its home-base, enjoying some degree of political patronage and providing information which was valuable for the conduct of trade and diplomacy.” (Thompson 1995, 155)

Die Nachrichtenagenturen der großen Imperialmächte Havas (Frankreich), Wolff (Deutschland) und Reuters (Großbritannien) formten ein Kartell, das die gesamte Welt unter ihnen in verschiedene Markt für die Produktion und Verteilung von Nachrichten aufteilte.

Da die Telegrafie in diesem Sinne von Beginn an „auf den grenzüberschreitenden Transfer von Informationen ausgerichtet“ ist, kann gesagt werden, dass „die Geschichte der Telekommunikation (...) zugleich eine Geschichte internationaler Beziehungen“ ist (Schaper-

---

<sup>117</sup> Von besonderer Bedeutung sind zu dieser Zeit natürlich die Interessen des britischen Imperiums: um 1900 besitzen britische Firmen 72% der weltweit verlegten Kabel (vgl. Thompson 1995, 154).

<sup>118</sup> Beispiel: An der Konzipierung des 2.6 Mill. US-Dollar schweren Projektes, entlang der westafrikanischen Küste pünktlich zur WM 2010 das Unterwasserkabel „Africa One“ bis nach Südafrika zu verlegen, war kein einziges afrikanische Land beteiligt. (Golding 1998, 79)

Rinkel 2003, 149). Für den Betrieb der Telegrafennetze sind von Beginn an internationale Abstimmungen und Koordinierungen notwendig.<sup>119</sup>

„Einer Einladung Frankreichs folgend, kommen im Jahr 1865 Vertreter aus 20 Ländern zusammen, um über die Koordination und Standardisierung des internationalen Telegrafenvverkehrs zu beraten. Sie vereinbaren (...), die technischen, rechtlichen, betrieblichen und organisatorischen Aspekte in einem Vertrag – der *Internationalen Telegraphenkonvention* – zu regeln. Um der schnellen technischen Entwicklung gerecht zu werden, muss die Konvention regelmäßig überarbeitet werden, und so wird die Gründung einer internationalen Organisation, der *Internationalen Telegraphen Union* (ITU), beschlossen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 149f)

Ab 1875 werden die technischen Aspekte des internationalen Telegrafenvverkehrs in eine Verwaltungskonferenz ausgelagert. „Mit der Expansion des Telefonverkehrs im ersten Weltkrieg, der für die *Internationale Telegraphen Union* anfangs nur einen untergeordneten Aspekt des Telegrafendienstes darstellt, wächst der Koordinationsbedarf“ (Schaper-Rinkel 2003, 150). 1924 wird das *Internationale beratende Komitee für den Fernsprechverkehr* (CCIF) gegründet, das sich allerdings darauf beschränken muss, Empfehlungen für technische Standards auszusprechen, da die Nationalstaaten auf ihre Souveränität hinsichtlich der Entwicklung der Telekommunikation bestehen.

Ab 1890 begann der italienische Physiker Marconi, mit der drahtlosen Telegrafie über Funkwellen zu experimentieren, am 12. Dezember 1901 gelang die erste transatlantische Funkübertragung zwischen England und Kanada. Zunächst als Alternative zur Telegraphie gehandelt, da es die kostspielige Verlegung von Unterwasserkabeln sowie die militärisch leicht angreifbaren Überlandleitungen überflüssig zu machen versprach (vgl. Held et al. 1999, 350), konnte sich das Radio mit der Errichtung von Mittelwelle-Sendern um 1920 zum ersten modernen Massenmedium entwickeln.

#### - Exkurs: Die Globalisierung der Medien

Aufgrund der früh erkannten, sozialen und politischen Macht der Presse (und mit ihr des Journalismus), deren Entstehungsgeschichten ein integraler Teil der Geschichte der bürgerlichen Revolutionen (vgl. z.B. Thomas Paine) und des Projektes der Aufklärung sind, wurden von Beginn an auch die Fragen nach den Eigentumsverhältnissen und der Kontrolle über die Medien gestellt (vgl. McChesney 1997, 11). In der Epoche der bürgerlichen Revolutionen war die Presse in den meisten westlichen Nationalstaaten aber noch explizit als ein Teil der politischen Superstrukturen begriffen worden: als schriftstellernder Journalismus bekannte sie sich zu ethisch-moralischen Positionen, als ‚Gesinnungspresse‘ (vgl. Habermas 1996, 275-293) bekannte sie sich explizit zu bestimmten Parteien und anderen organisierten gesellschaftlichen Interessen (oder auch denen des Staates) und wurde von der Regierung stark reguliert und/oder zensiert.

---

<sup>119</sup> „However, because such arrangements were managed by each country at a national level, setting up telegraph links often required a huge number of separate agreements. In the case of Prussia, for example, no less than fifteen agreements were required for the link between the capital and the frontier localities bordering other German States.“ <http://www.itu.int/en/history/Pages/ITUsHistory.aspx>

„Erst mit der Etablierung des bürgerlichen Rechtsstaats und der Legalisierung einer politisch fungierenden Öffentlichkeit wird die rasonierende Presse vom Gesinnungsdruck entlastet; sie kann jetzt ihre polemische Stellung räumen und die Erwerbchancen eines kommerziellen Betriebs wahrnehmen. In England, Frankreich und den USA bahnt sich eine solche Entwicklung von der Gesinnungs- zur Geschäftspresse während der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts ungefähr gleichzeitig an. Das Anzeigengeschäft erlaubt eine neue Grundlage der Kalkulation: bei erheblich herabgesetzten Preisen und einer vervielfachten Abnehmerzahl durfte der Verleger damit rechnen, einen entsprechend wachsenden Teil seines Zeitungsraumes für Annoncen zu verkaufen.“ (Habermas 1996, 278)

In dieser Zeit entstand auch der sogenannte ‚professionelle Journalismus‘, der gegenüber den nun partikularen Interessen der Zeitungsverleger und -besitzer die ‚Objektivität‘ und ‚Neutralität‘ des Inhalts garantieren sollte (vgl. McChesney 2004, 57-97).

Mit der Verbesserung der Drucktechnologien war nicht nur die Voraussetzung für eine zunehmende Konzentration der Presse gegeben, sie wurde für die kommerzielle Presse immer mehr zu einer ökonomischen Notwendigkeit:

„Mochte anfangs, inmitten einer primär politisch motivierten Tagespresse, die Umstellung einzelner Unternehmen auf eine ausschließlich kommerzielle Basis noch eine bloße Möglichkeit gewinnbringender Investition darstellen, so wurde sie bald für alle Herausgeber zur Notwendigkeit. Die Vergrößerung und Vervollkommnung des technischen und organisatorischen Apparats erforderte nämlich eine Erweiterung der Kapitalbasis, eine Erhöhung des geschäftlichen Risikos und zwangsläufig eine Unterordnung der Unternehmenspolitik unter Gesichtspunkte der Betriebsökonomie.“ (Habermas 1996, 279)

Trotzdem blieb das Zeitungsgewerbe, auch aufgrund von Sprachbarrieren, in der Regel regional und national organisiert, der Zeitungsmarkt war vergleichsweise kompetitiv.

Auch für die Entwicklung des Rundfunks waren staatliche Regulierung und Intervention von Beginn an eine wichtige Determinante seiner Entwicklung, zumal der Kampf um die begrenzte Anzahl von für die Radioübertragung nutzbaren Frequenzen oft in erbitterten politischen Kämpfen ausgefochten wurde. In den meisten liberal-demokratischen Ländern gab es zwar so etwas wie einen generellen gesellschaftlichen Konsens, dass dem Rundfunk eine ähnlich große öffentliche Bedeutung wie z.B. dem Schulwesen zukommt und deshalb nicht kommerziellen Strukturen anheimfallen sollte. Die Vergabe der Frequenzen sollte dementsprechend im Sinne der ‚Öffentlichkeit‘ verhandelt werden. So entstanden verschiedenste Formen staatlich regulierter Rundfunksysteme: neben den ‚öffentlich-rechtlichen‘ Systemen in liberal-demokratischen Staaten mit institutionalisierter Verantwortung und Rechenschaftspflicht gegenüber einem ‚öffentlichen Auftrag‘ allerdings auch die zentralisierten, staatlich kontrollierten Propagandaapparaten totalitärer Systeme.

In den USA hingegen, wo die ökonomischen Interessen im Medienbereich bereits einige gesellschaftliche Macht errungen hatten und so die Errichtung eines öffentlich-rechtlichen Systems erfolgreich verhindern konnten (vgl. McChesney 1999, 189-225), war ein

kommerzielles Rundfunksystem entstanden. Bereits mit der Verbreitung des Radios in den 1920er Jahren war das Mediensystem in den USA „largely at the disposal of the business system and the ‘national advertiser’ in particular. Ever since the early days of radio, the American informational system has been more appropriately understood as a marketing system, because it is in this capacity that the press, radio and television are most heavily utilized.“ (Schiller 1992, 9)<sup>120</sup> Die außerhalb der USA verbreiteten, verschiedenen Formen von nationalem Protektionismus erschwerten allerdings die Expansion des kommerziellen US-Modells.<sup>121</sup> Obwohl Ende der 1920er Jahre mit der Entwicklung der Kurzwellen die technische Grundlage für eine Internationalisierung des Rundfunks gegeben war, sollte sie sich also erst später durchsetzen.

Die entscheidenden Entwicklungsvoraussetzungen für das globale Mediensystem aber waren die Entstehung der Filmindustrie und die des Fernsehens am Anfang des 20. Jahrhunderts. Die unmittelbare kommunikative Macht des Fernsehens weckte auf staatlicher Seite gleichwohl noch stärkere Vorbehalte als der Hörfunk:

„Given the simultaneous transmission of broadcasts direct into private homes, governments, both democratic and otherwise, took a close interest in the content and financing of television from an early stage. Except in the USA, all early television broadcasters were owned or part-owned by the public sector; they were generally financed by a mixture of state revenues, publicly organized licence fees and some advertising. Thus, despite the potential for transnational broadcasting, the organization and orientation of early television stations were relentlessly national.“ (Held et al. 1999, 357)

In der Filmindustrie hingegen konnte sich früh ein US-amerikanisch dominiertes Oligopol von wenigen großen Studios herausbilden, die bald einen tatsächlich ‚globalen‘ Markt bedienten. Bereits 1914 sahen 85% des globalen Publikums amerikanische Filme (McChesney 1997, 14). Zwar bemühten sich Länder wie England und Frankreich, die heimischen Filmindustrien mithilfe von expliziter staatlicher Interventionspolitik zu schützen. Das internationale Exportgeschäft in der Filmbranche jedoch wurde fast ausschließlich in den USA betrieben.

---

<sup>120</sup> “The comprehensive employment of sophisticated communication facilities and ancillary services such as surveys, to the instruction and persuasion of consumers, is the foremost identifying feature of developed capitalism – that which prevails in the United States. The energies and resources that go into the study and making of consumers, the creation and messages and imagery that are employed to realize these objectives, and the seizure of as many sites as possible where people – potential consumers – congregate have produced a commercially saturated national environment.“ (Schiller 1992, 9) In Schillers Darstellung schleicht sich allerdings eine gewisse Eindimensionalität, da er die Gesellschaft wissenschaftlich auch nur noch unter dem kommerziellen Aspekt wahrnimmt: Neben den Medien ist nicht nur auch der Sport kommerzialisiert – „scarcely a cultural space remains, consequently, that is outside the commercial web“ (Schiller 1992, 9). Es ist einerseits richtig festzustellen, dass Konzerte, öffentliche Festlichkeiten, Wissenschaft und Ausbildung kommerziell gesponsort werden, trotzdem ist bei diesen Aktivitäten grundsätzlich an deren Eigenlogik als gesellschaftliche Praxis festzuhalten.

<sup>121</sup> Tatsächlich entstand in den USA ein duales System von Medien- und Telekommunikationsregulierung, in dem Lizenzen gegen das Versprechen vergeben wurden, „to serve public interest, convenience and/or necessity“ (vgl. Hesmondalgh 2002, 116). Trotz der Regulierungsmassnahmen gegen die Konzentration von Fernsehstationen entstand zwischen 1955 und 1985 ein vertikal-integriertes, nationales Oligopol von drei grossen kommerziellen Netzwerken (vgl. ebd.).

Die Filmindustrie erreichte so schon sehr früh ein internationales Publikum, auch die Produktion von Filmen sollte sich sehr bald internationalisieren. „Few industries support a more multinational and itinerant workforce than the film industry.“ (Held et al. 1999, 354) Insofern kann in der Filmindustrie ein wichtiger Vorläufer eines globalisierten Mediensystems gesehen werden. Wir werden diesen Faden später aufnehmen und fortspinnen (vgl. S.130ff und 220ff).

### ***Zwischenfazit***

Diese eher lose zusammengebundenen Anekdoten – von der Mathematisierung der Welt sowie ihrer Darstellung, Berechnung und Modellierung in Zahlen bis hin zu dem Auf- und Ausbau der ersten Kommunikationsnetze sowie dem Beginn der Kommerzialisierung und Kapitalisierung der frühen Massenmedien – stellen wichtige historische Konjunkturen vor, in denen einige zentrale, immer wiederkehrender Mythen des informationsgesellschaftlichen Diskurses entstanden sind.

So sehr sich die Suche nach einer Universalsprache, die Visionen einer vollständigen Berechenbarkeit und Rationalisierung der Welt sowie ihrer Risiken, die immer wieder aufscheinenden, demokratischen Hoffnungen einer elektronischen Agora und überhaupt die immer zeitgenössisch gefärbten Eingebungen und Visionen, in denen die neuen Technologien die Lösung der gesellschaftlichen, politischen oder wirtschaftlichen Problemen darstellen sollen – auch immer in die Gewänder des revolutionär Neuen kleiden mögen: es sind alte Phantasmagorien, deren Einlösung weiterhin aussteht.

Desweiteren konnten einige geopolitische Begründungszusammenhänge – von der Optimierung der militärischen Strategieentwicklung über die imperiale Architektur des Telegrafennetzes bis zu den frühen Bemühungen einer internationalen Koordinierung der grenzüberschreitenden Kommunikation nachgezeichnet werden.

Auch wenn die Geschichte der Telekommunikation – hier als Sammelbegriff für die „fernkommunikativen“ Technologien Telegraphie und Telefonie – lange Zeit relativ unabhängig von der der Medien verläuft, wurde gleichwohl deutlich, dass auch die Geschichte der Medien richtungsweisende Berührungspunkte mit der Entwicklung der fernkommunikativen Netze hatte: nicht nur um ihre Inhalte und Produkte entsprechend über diese Kanäle verbreiten zu können, sondern auch um diese überhaupt erst produzieren zu können.

## **b. Geopolitik der Kommunikation im Kalten Krieg**

### ***Die geopolitische und geoökonomische Situation nach 1945***

Nach den zwischenstaatlichen imperialistischen Auseinandersetzungen und Kriegen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts vollzog sich schon während des Zweiten Weltkrieges, vor allen Dingen aber nach seinem Ende eine Reorganisation des internationalen kapitalistischen Systems unter der Führung der USA. Diese waren aus der Nachkriegskonjunktur gestärkt hervorgegangen, zumal ihre früheren kapitalistischen Rivalen besiegt oder weitgehend zerstört waren und die europäischen Alliierten schwere

Kriegsschäden davongetragen hatten. Die Entwicklung der modernen informationsgesellschaftlichen Technologien ist vor diesem geostrategischen Hintergrund und der militärischen, ideologischen und vor allen Dingen ökonomischen Integration des westlichen Blocks unter Führung der USA während des Kalten Krieges zu betrachten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf die Reorganisation der staatlichen Institutionen innerhalb der kapitalistischen Staaten, insbesondere aber auch innerhalb des US-Staates selbst, die Basis für politische Interventionen auf internationaler Ebene. Auf Drängen der USA wurden die Hauptsitze des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington D.C. etabliert. Durch diese Institutionen forcierte die USA eine Politik gemäß ihren Interessen, wie z.B. die Liberalisierung der kriegsbedingten Kapitalregulation im Sinne eines internationalen Währungsmarktes und der graduellen Reduktion der Tarifbarrieren durch internationale und bilaterale Abkommen. „Just as Great Britain, at the peak period of its competitive power and hegemonic status, wanted open markets, so did the United States after 1945.“ (McChesney 1997, 17)

Die dominante Stellung der USA in dieser Restrukturierung findet ihren Ausdruck auch in der engen Integration von militärischen Institutionen und nationalen Geheimdiensten innerhalb der NATO und der westlichen Sicherheitsdienste im Zuge der Systemkonkurrenz im Kalten Krieg. „These interacted with economic networks, as well with new propaganda, intellectual and media networks, to explain, justify and promote the new imperial reality.“ (Panitch/Gindin 2003, 15) Vor allen Dingen Martin Shaw argumentiert in diesem Zusammenhang, dass die Blockkonfrontation während des Kalten Krieges zu einer Integration der militärischen und ökonomischen Strategien auf internationaler Ebene führte, die zur „Internationalisierung“ der westlichen Nationalstaaten führte: Obwohl der westliche Block natürlich weiterhin eine Allianz von souveränen Nationalstaaten war, wurden diese von den internationalen Organisationen des sogenannten ‚westlichen Staates‘ durchdrungen (vgl. Shaw 2000, 128). Unter der militärischen Führung durch die USA im Kalten Krieg, die ihr allein schon aufgrund ihrer militärischen Überlegenheit zukam, erfolgte die Integration von verschiedenen, zuvor autonomen Zentren staatlicher Macht in einen ‚relativ kohärenten westlichen Staatsblock‘. Die Rekonstruktion staatlicher Macht während der Blockkonfrontation brachte ‚legitime‘ internationale Institutionen wie die NATO, die UNO<sup>122</sup> und das Bretton Woods Systems hervor.

Eine alleinige Fokussierung auf die Ebene der Internationalen Beziehungen, der Außenpolitik und der militärischen Machtverhältnisse<sup>123</sup> würde allerdings die Veränderungen innerhalb der

---

<sup>122</sup> Das Ende der Blockkonfrontation durch die Implosion des Ostblocks 1989 ist der historische Ausgangspunkt für Shaws in mehrerlei Hinsicht problematische These, dass sich der westliche Blockstaat mithilfe der globalen Institutionen wie der UNO in einen ‚globalen Staat‘ transformiert, der für Shaw den eigentlichen Inhalt des ‚Globalen‘ in der Globalisierung ausmacht.

<sup>123</sup> Um die für ihn zentrale Bedeutung der militärischen Auseinandersetzung für die Geschichte der sozialen Formationen im 20. Jahrhundert herauszustreichen, spricht Shaw von ‚modes of warfare‘ *anstatt* von ‚modes of production‘ (Produktionsweisen). Die Institutionalisierung der Kriegsführung in dem, was später als militärisch-industrieller Komplex bezeichnet wurde, ist für ihn „a key force of modernity“ (Shaw 2000, 59), insofern „the idea of strategic economic planning (...) originated in strategic planning for war“ (ebd.,107). „These relationships of war, state and society are fundamental

kapitalistischen Gesellschaften aus dem Blick verlieren. Denn der westliche Block als neues, ‚informelles Imperium‘ unterschied sich grundlegend von historischen Vorgängern: nicht mehr die Kolonialisierung (obwohl auch diese zweifellos erfolgte), sondern die ökonomische Penetration anderer sozialer Formationen rückte in den Mittelpunkt imperialer Kohäsion.

„In den USA drohten nach Kriegsende wirtschaftliche Rezession und hohe Arbeitslosigkeit. Überschüsse, die mit staatlicher Unterstützung hergestellt worden waren, mussten auch nach dem Kriegsgang verwertet werden; die Demobilisierung von 11 Millionen Angehörigen der US-Streitmacht hätte im Kontext des US-amerikanischen Binnenmarktes zu horrenden Arbeitslosenzahlen geführt. Also entschloss sich die US-Führung, die militärische Offensive in eine Exportschlacht umzuwandeln. Der Transmissionsriemen hierfür hieß „European Recovery Program (ERO)“ vulgo Marshall-Plan.“ (Hofbauer 2007, 30)

Über die sogenannten „Lend-Lease-Abkommen“<sup>124</sup> waren die USA zum größten Gläubiger der Welt geworden, in der Nachkriegszeit wurden das internationale Kreditsystem zivil durch das Bretton-Woods-System (1944), den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank fortgesetzt.<sup>125</sup> „Bretton Woods plante noch im Krieg jene möglichen Handelshindernisse, die der US-Exportoffensive im Weg hätten stehen können. Protektionismen und Importsubstitution erhielten via kontrollierter Kreditpolitik klar Absagen, der US-Dollar wurde so – ganz nebenbei – zur Weltleitwährung.“ (Hofbauer 2007, 31) Nach 1945 dominierten die USA fast zwei Jahrzehnte lang Auslandskredite und vor allem die FDI<sup>126</sup>, wobei die US-amerikanischen Unternehmen sich immer mehr zu Transnationalen Unternehmen bzw. Multinationalen Konzernen (MNK)<sup>127</sup> transformierten (vgl. Panitch/Gindin 2003, 11f). Neben den Krediten und Investitionen zum ökonomischen Wiederaufbau Europas und der Exportoffensive auf den kapitalistischen Märkten der Welt konnte die Integration des westlichen Blockes so auch auf tieferliegender Ebene voranschreiten: durch die „internal transformation of social relations within the protectorates in the direction of the American ‘Fordist’ system of accumulation [that] opened up the possibility of a vast extension of their internal markets, with the working class not only as source of expanded surplus value but

---

to understanding the development of the national-international order, its crisis and hence the emergence of globality” (ebd., 61)

<sup>124</sup> So hatte GB von den USA Kriegsgerät für 31,5 Mrd. US-Dollar gekauft bzw. geliehen.

<sup>125</sup> „Jahrzehnte später sollten sich nicht nur Länder des Südens, sondern auch osteuropäische Planwirtschaften in der Schuldenfalle von IWF und Weltbank verfangen.“ (Hofbauer 2007, 31)

<sup>126</sup> 1960 war der Anteil der USA an den FDI 49,2% des Gesamtvolumens (McChesney 1997, 17), und obwohl sich mit dem Aufstieg von Japan und Deutschland diese Dominanz relativieren sollte, blieb die USA der bei weitem bedeutendste internationale Investor.

<sup>127</sup> ‚TNC‘ und ‚MNK‘ werden hier nicht systematisch unterschieden, nicht, weil sie miteinander kongruent sind, sondern weil unterschiedliche Autoren diese Begriffe unterschiedlich benutzen und so eine eindeutige Definition eher Verständnisschwierigkeiten produzieren als lösen würde. Die Entstehung von Multinationalen (oder Transnationalen) Konzernen, grob umrissen als Konzerne, die zum einen international produzieren und zum anderen internationale Märkte bedienen, ist eine entscheidende Voraussetzung für die Entstehung des globalen Mediensystems. Bereits seit der industriellen Revolution haben sich in verschiedenen Konjunkturen von ‚Überakkumulation‘ oder ‚Unterkonsumtion‘ solche ökonomische Strategien herausgebildet. Schon im britischen Imperium vor 1914 gab es substantielle Foreign Direct Investments (FDI’s), eine Integration der Geld- und Kapitalmärkte Europas und der Atlantischen Mächte war bereits seit 1890 im Gange und viele Geldinstitute agierten international. Der Mitte der 1970er einsetzende Globalisierungsprozess wird diese Tendenzen entscheidend beschleunigen und transformieren.

also an increasingly important consumption centre for realizing surplus value.” (Gowan 2003, 5, zit.n. Panitch/Gindin 2003, 16) Durch die US-amerikanisch dominierten Direktinvestitionen verbreiteten sich nicht nur die technologischen und organisatorischen Formen der fordistischen Produktionsweise<sup>128</sup> unterhalb der Ebene nationalstaatlicher Souveränität, auch wurde auf diese Weise die politische und ideologische Integration durch die Entstehung von transatlantisch orientierten Kapitalfraktionen innerhalb der westeuropäischen sozialen Formationen vorangetrieben.

### ***Der Kalte Krieg als Vater der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien***

Für die Forschungs- und Entwicklungszentren der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien jedoch waren staatliche Finanzierungsprogramme von entscheidender Bedeutung. Vor allen Dingen „in den USA spielten bekanntlich

---

<sup>128</sup> Der Begriff „Fordismus“ geht zurück auf Henry Ford (1863-1947), „der in den 20er Jahren in seinen Automobilwerken in den USA nicht nur die industrielle Massenproduktion durchgesetzt hatte, sondern auch die Idee des Massenkonsums verfolgte.“ (Gruppe Demontage 1999, 22) Indem er die serielle Fließbandproduktion einführte, leitete er so etwas wie eine „kopernikanische Wende“ in der Produktionsorganisation ein: an dem plötzlich stillgestellten Arbeiter bewegte sich nun der Arbeitsgegenstand vorbei. Dadurch konnte der Arbeitsprozess in viele aufeinanderfolgende standardisierte Arbeitsakte zerlegt werden, die sich zu verschiedenen Arbeitsplätzen ausdifferenzierten. Auf diese Weise konnte die „produktive Kraft der Arbeitsteilung“ (Whitaker 1999, 53), wie sie zuvor bereits Adam Smith analysiert hatte, zusammen mit dem von Frederick Winslow Taylor entwickelten Konzept der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ die Produktivität derart steigern, dass Ford in der Lage war, „für seine Arbeiter den ‚8-hours-5-\$-day‘ einzuführen und zugleich die Preise für das ‚Modell T‘ um mehr als die Hälfte zu senken. (...) Ford kombinierte zunächst die finanzielle Besserstellung seiner Belegschaft mit fabriksfürsorglichen Ordnungseingriffen in das Privat- und Familienleben; längerfristig ebnete steigende Löhne, sinkende Preise und mehr Freizeit dem ehemaligen Luxusgut und Statussymbol ‚Auto‘ den Weg in breite Bevölkerungskreise, deren Lebensweise und Alltagskultur sich durch diese und weitere Konsuminnovationen tiefgreifend verändert.“ (Tanner 1999, 581) Nach dem Ersten Weltkrieg versprach die „Fordisation“ das „Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher Probleme und zur Entschärfung des Klassenkonflikts“ (ebd., 581) zu sein: die ‚Hegemonie‘ der fordistischen Produktionsweise „entspringt in der Fabrik und braucht nicht so viele politische und ideologische Vermittler“ (Gramsci, Heft 1, §61). Trotzdem betont Gramsci in seinen Amerikanismus Studien die ‚erzieherische‘ Rolle des integralen Staates, um die Veränderungen im Lebensstil und den Sozialisierungsmustern der Arbeitenden und die „Herausbildung eines fordistischen Sozialcharakters“ (ebd., 582) umzusetzen, die für die kapitalistische Modernisierung erforderlich waren: „In Amerika hängen die Rationalisierung der Arbeit und der Prohibitionismus zweifellos zusammen: die Nachforschungen der Industriellen über das Privatleben der Arbeiter, der von einigen Industriellen geschaffene Inspektionsdienst zur Kontrolle der ‚Moralität‘ der Arbeiter sind Erfordernisse der neuen Arbeitsmethode. Sollte jemand über dies Initiativen lachen (auch wenn sie schiefgegangen sind) und in ihnen bloss eine scheinheilige Form von ‚Puritanismus‘ sehen, würde er sich jeder Möglichkeit berauben, die Bedeutung, den Sinn und die objektive Tragweite des amerikanischen Phänomens zu verstehen, das auch die grösste bisher zustande gekommene kollektive Anstrengung ist, mit unerhörter Geschwindigkeit und einer in der Geschichte nie dagewesenen Zielbewusstheit einen neuen Arbeiter- und Menschentypus zu schaffen.“ (Gramsci, Heft 22, §11) Auf der Basis der Massenproduktion entwickelten sich die Vorstellungen der Massengesellschaft (Massenkultur, Massenkonsum, Massenmedien, Massenparteien, etc.), die auch der Wissenschaft und der Politik ihre Form aufprägten. Auf diesen Vorstellungen beruhten nicht zuletzt auch Solidaritäts- und Protestformen, „die wir als Solidarität, Arbeiterbewegung, männliches Arbeitskollektiv (...) auf der einen Seite erkennen konnten, und die auf der anderen Seite abgesichert waren durch Familie, Sexualmoral, Gesundheits- und Lernverhalten, Regelmässigkeit, Ordnung, Disziplin, eingebettet in eine allgemeine nationale Moral.“ (F. Haug, zit.n. Tanner 1999, 586)

Militäraufträge und technologische Initiativen des Verteidigungsministeriums eine entscheidende Rolle in der Anfangsphase der informationstechnologischen Revolution, also zwischen den 1940er und 1970er Jahren“ (Castells 2001, 73) „Die wachsende Flut von Forschungs- und Entwicklungsverträgen, die vom Pentagon und später der NASA<sup>129</sup> (...) vergeben wurden, führte dazu, dass enorme Geldmittel in den Komplex militärisch-industrieller Forschung flossen.“ (Mattelart 2003, 48)<sup>130</sup> Mit der milliardenschweren Unterstützung von Forschungs- und Entwicklungsprojekten im Bereich der Technologieentwicklung für die nationale Sicherheit, Militär und Raumfahrt unterstützte US-Regierung die in diesen Bereichen tätigen Firmen nicht nur durch die gezielte Vergabe von Aufträgen, sondern sicherte ihnen auch das Überleben, indem sie die entsprechenden Märkte abschirmte. Ziel dieser Anstrengungen war es, „die technologische Überlegenheit gegenüber der Sowjetunion wieder zu erlangen.“ (Castells 2001, 74).

Die wichtigen US-amerikanischen Forschungszentren haben „gemeinsam mit oder für Abteilungen des Verteidigungsministeriums an Vorhaben [gearbeitet], die zu grundlegenden Durchbrüchen führten, von den Computern der 1940er bis zu den Technologien im Bereich der Opto-Elektronik und der künstlichen Intelligenz im Rahmen der ‚Krieg der Sterne‘-Programme der 1980er Jahre“ (Castells 2001, 73f).

„The Pentagon’s expenditures on R&D<sup>131</sup> flowed into corporate, governmental, and university labs. A significant fraction of these outlays were concentrated on electronics, computer science, and artificial intelligence research. From these investments came the products of the information age. They accounted in large measure for the early pre-eminence and worldwide leadership of American activity in this area“ (Schiller 1992, 5).

„The emphasis on military security and the arms race led to increasing links between the electronics industry, including computer and communications companies, and the defense establishment.“ (Hills 1998, 104) Schon der 1947 verabschiedete Security Act (gerichtet gegen den Weltkommunismus) stellte die Synergien zwischen Wissenschaft, Privatwirtschaft und nationaler Verteidigung ins Zentrum. In den sogenannten „think tanks“ sollten „die nach dem Krieg demobilisierten Ingenieure und Wissenschaftler“ (Mattelart 2003, 50) weiterbeschäftigt werden. „Der erste und wohl berühmteste der think tanks wurde im Jahre 1946 von der US-Air Force in Santa Monica, Kalifornien, gegründet: die RAND (Research ANd Development) Corporation.“ (Mattelart 2003, 50) Diese think tanks wurden zu den strategischen Orten „der auf die Planung der Zukunftsgesellschaft gerichteten Wissensproduktion“ (Mattelart 2003, 50), bereits ab 1946 wurden dort Methoden für die

---

<sup>129</sup> (National Aeronautics and Space Administration, US-Bundesamt f. Luft- und Raumfahrtforschung, \*1958)

<sup>130</sup> Im Jahre 1930 hatte der Bundeshaushalt 14% zur Finanzierung der privaten und öffentlichen Forschung beigesteuert; im Jahre 1947 erhöhte sich dieser Beitrag auf 56%. Im Jahre 1965 flossen schließlich 88% der Forschungsmittel für die Raumfahrtindustrie und 60% der Elektroindustrie aus derselben Quelle.“ (Mattelart 2003, 48)

<sup>131</sup> R&D steht für ‚Research and Development‘, also ‚Forschung und Entwicklung‘.

„Zukunftsforschung“ und „technology forecasting“ entwickelt, die insbesondere in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre florieren sollten.)<sup>132</sup>

Ein prominentes Beispiel für die Bedeutung des militärisch-technischen Komplexes und auch der ideologischen Begründungszusammenhänge während des Kalten Krieges in der Entwicklung der Kommunikationstechnologien ist sicherlich die Satellitentechnik.

“The Cold War (...) divided the world into the Soviet camp to the East versus the US-led West. The emphasis on military security and the arms race led to increasing link between the electronics industry, including computer and communications companies, and the defence establishment. Satellites were part of this military-industrial complex. They provided the potential for the United States to challenge the submarine cable hegemony of the British.” (Hills 1998, 104)

Spätestens mit dem sogenannten Sputnik-Schock (1957) hatte der Kampf um den Weltraum begonnen. Bereits 1958 wurde mit SAGE (Semi-Automatic Ground Environment System) ein halbautomatisches Flugabwehrsystem eingerichtet, das den vollständigen militärischen Ablauf vom Aufspüren einer Gefahr, der Entscheidung über geeignete Maßnahmen bis hin zur Auslösung des Gegenschlags automatisierte. Der pazifistisch-kriegsmüden öffentlichen Meinung wurde das „Ideal eines automatisierten Managements des Schlachtfelds“ (Mattelart 2003, 49) präsentiert, mit dem die eigenen Verluste minimiert werden sollten.

Die Satellitentechnologie erlaubte es den USA, die Führungsrolle Großbritanniens, die auf der Herrschaft der Unterwasserkabel-Verbindungen beruhte, infrage zu stellen. Das erste transatlantische Telefonkabel (TAT-1) gab es erst 1956/7, es ermöglichte 36 gleichzeitige Gespräche. In späteren Versionen sollte zwar auch die Übertragung von Fernsehprogrammen technisch möglich sein, sie blieb aber zu teuer und vor allen Dingen: zu anfällig für Störungen.

Mit den Mondlandungen hatte die „Phase der technologischen Innovationen in der Raumfahrt“ ihren vorläufigen Höhepunkt gefunden, fortan sollten sich sowohl die Technologieentwicklung als auch ihre -anwendung mehr auf „soziale Belange“ konzentrieren (vgl. Mattelart 2003, 99f). Schon unter der Kennedy-Administration war die Doktrin der nuklearen Abschreckung bspw. durch die Doktrin der ‚low intensity warfare‘ abgelöst worden, womit auf eine neue Wahrnehmung globaler Konflikte und Bedrohungslagen reagiert werden sollte. In der militär-wissenschaftlichen Forschung verschoben sich die Prioritäten in der Folge hin zu Methoden der ‚counter-insurgency‘. Im Zentrum des Interesses standen nun die Forschung an neuen Überwachungsanlagen, Sensoren, Funkverkehr, Satellitenverbindungen, Methoden der Spionageabwehr sowie das „elektronische Schlachtfeld“ auf der Basis von Mikrotechnologien. In der strategischen Analyse gewannen Simulationsmodelle zur Herstellung von sozialer Kontrolle an Bedeutung.

---

<sup>132</sup> Neben den USA wurden auch in anderen Ländern wie Norwegen, Japan, Frankreich, etc. Forschungszentren eingerichtet, um Prognosen und Szenarien für die Zukunft auszuarbeiten (vgl. Mattelart 2003, 79). Dies übrigens nicht nur, um etwa bevorstehenden Entwicklungen zu antizipieren, sondern auch um die Gesellschaften auf einen von „interaktiver Demokratie, Individualisierung der Medien, Pluralismus, Vollbeschäftigung und Flexibilität“ bevölkerten Erwartungshorizont vorzubereiten (vgl. Mattelart 2003, 83; Toffler 1970; 1979)

1971 arbeitete die NASA auf Anfrage der persönlichen Berater des US-Präsidenten das Projekt eines Systems nationaler Netze mit dem bezeichnenden Titel *Communications für Social Needs: Technological Opportunities* aus, in dessen Einleitung es heißt: „In den Vereinigten Staaten tritt immer deutlicher zutage, dass eine Reihe nationaler Probleme über die Telekommunikation gelöst werden könnten.“ (zit. n. Mattelart 2003, 100) „Ganz oben auf der Prioritätenliste stehen das Bildungs- und Gesundheitswesen, das Rechtssystem, das Postwesen und eine Warneinrichtung für politische Ausnahme- und Katastrophenfälle.“ (Mattelart 2003, 100)

Während die USA einen großen Liberalisierungsdruck auf die übrigen Industrienationen ausüben werden, werden dem US-Verteidigungsministerium im Rahmen der von Präsident Reagan am 23. März 1983 vorgestellten „Strategic Defense Initiative“ (SDI) für die Errichtung eines teilweise satellitengestützten Raketenabwehrsystems umfangreiche Mittel (bis 1988: 29 Milliarden Dollar) bereitgestellt. Wenn die Verlagerung des Wettrüstens in den Weltraum (was zumindest eine Unterminierung, wenn nicht gar einen Bruch der damaligen Abrüstungsverträge darstellte), letztendlich scheitern sollte (trotz seiner Reaktivierung im Jahr 2001 durch George W. Bush), unterstrich das Science-Fiction-Szenario eines globalen elektronischen Schutzschields (die Öffentlichkeit verhandelte das Programm unter dem Namen „Star Wars“) jedoch die militärisch-technologischen Ursprünge der informationellen Dominanz der USA (Mattelart 2003, 101).<sup>133</sup>

Die enorm kapitalintensive Satellitentechnologie und insbesondere die mit zunehmendem technologischen Fortschritt rasant wachsenden Übertragungskapazitäten wiederum ließen alsbald den Ruf nach einer privaten Beteiligung und „zivilen“ Nutzung laut werden. Während

---

<sup>133</sup> Die Wahrnehmung einer US-amerikanischen informationellen Dominanz sollte in den europäischen Bemühungen um eine gemeinsame Technologiepolitik, in der die Informations- und Kommunikationstechnologien zunehmend an Bedeutung gewannen, neuen Schwung verleihen. Im Zusammenhang mit der Frage einer bundesdeutschen Beteiligung an der SDI taucht unverhofft der Name „Bangemann“ auf, der für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ eine besondere Bedeutung haben wird: „Am 18. April 1985 gab Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) in einer Regierungserklärung die grundsätzliche Zustimmung zum US-amerikanischen Rüstungsforschungsprogramm SDI bekannt, machte aber eine bundesdeutsche Beteiligung von der Erfüllung bestimmter Bedingungen abhängig. Die SPD-Bundestagsfraktion hatte sich bereits am 2. April 1985 auf ein bedingungsloses „Nein“ zu SDI festgelegt. In einem offenen Brief an Bundeskanzler Helmut Kohl lehnten am 3. Juli 1985 über 350 bundesdeutsche Wissenschaftler ihre Mitarbeit am SDI-Programm ab, weil die Stationierung von Waffensystemen im Weltall die letzten Hoffnungen auf Abrüstung zunichte machen würde. Am 11. Januar 1986 reiste Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) im Auftrag des Bundeskabinetts von Bundeskanzler Helmut Kohl in die USA, um dort Verhandlungen über einen Technologieaustausch sowie Bedingungen für eine Beteiligung deutscher Firmen und Institutionen an der SDI-Forschung aufzunehmen. Bangemann erklärte nach Abschluss der Verhandlungen, dass die Bundesregierung das SDI-Programm „politisch unterstütze“, jedoch nicht die Absicht habe, sich daran zu beteiligen oder Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Am 19. März 1986 erzielten Bundeskanzler Helmut Kohl und der amerikanische Verteidigungsminister Caspar Weinberger bei einem Treffen auf dem Stützpunkt Grafenwöhr grundsätzliche Übereinstimmung über die Abkommen zur strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) und zum Technologietransfer. Am 28. März 1986 wurden die beiden geheimen Abkommen zwischen den USA und der Bundesrepublik von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann und US-Verteidigungsminister Caspar Weinberger in Washington (D.C.) unterzeichnet. Nach dem Mauerfall am 9. November 1989 und der Selbstauflösung der Sowjetunion am 31. Dezember 1991 wurde die Umsetzung des Abkommens nicht weiter verfolgt.“ [http://de.wikipedia.org/wiki/Strategic\\_Defense\\_Initiative](http://de.wikipedia.org/wiki/Strategic_Defense_Initiative)

eine Initiative von IBM, ein Satelliten-System für Geschäftskommunikation aufzubauen, noch an der mangelnden Nachfrage scheiterte, wurden sowohl in den USA als auch in Europa bald zunächst die über die militärische Nutzung hinaus übrigen Kapazitäten, bald ganze Satellitensysteme an Rundfunkunternehmen und private Telekommunikationsbetreiber verkauft.

### ***Die Geburt des Internet***

Nicht nur die Informations- und Kommunikationstechnologien sowie die Computerisierung wurden im Rahmen von Militärprojekten angeschoben und entwickelt, auch das heutige Internet ist ein Kind des Kalten Krieges und das Ergebnis der Bemühungen von militärischer Seite, ein Kommunikationsnetz zu entwickeln, das die USA nach einem atomaren Angriff zu einem Gegenschlag befähigen und sie so zu einer sogenannten ‚Zweitschlagsmacht‘ erheben würde.

1958 wurde vom Pentagon eine Koordinationsstelle für die Bundesforschungsverträge, genannt ARPA (Advanced Research Projects Agency), geschaffen, die später in DARPA (Defense Advanced Research Projects Agency) umbenannt werden sollte. Aus dem Umfeld dieser Forschungseinrichtung ging die Idee hervor, ein Kommunikationssystem zu konstruieren, dessen offene, dezentrale Struktur es in die Lage versetzen würde, auch nach einem nuklearen Angriff funktionsfähig zu bleiben.

Das nach dieser konzeptionellen Idee eingerichtete ARPANET, das ab 1969 die Supercomputer verschiedener universitärer Forschungseinrichtungen miteinander verband, sollte zunächst nur den Austausch zwischen den verschiedenen, im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums arbeitenden Vertragsteams erleichtern, „(...) aber die Wissenschaftler begannen, es für ihre eigenen Kommunikationszwecke zu benutzen. Dazu gehörte auch das Nachrichtennetzwerk von Science Fiction-Fans.“ (Castells 2001, 50) Nach verschiedenen Neuregelungen zur Trennung zwischen ziviler und militärischer Nutzung und dem Anschluss bzw. der Einrichtung weiterer solcher regionalen Netze (MILNET, CSNET, BITNET) wurde der Nachfolger des technologisch überholten ARPA-INTERNET das ab 1987 von der National Science Foundation betriebene NSFNET. Dieses bildet noch immer das Rückgrat auch des heutigen Internet. (vgl. Castells 2001, 50; Baran 1998, 125)

Die wichtigsten Eigenschaften des heutigen Internets sind demnach keineswegs demokratischen oder universalistischen Utopien, sondern den Umständen seiner Entstehung geschuldet: „Die Kommunikationstechnologie der Paketvermittlung machte das System unabhängig von Kommando- und Kontrollzentralen. (...) Als später die Digitaltechnik die Zusammenfassung aller Arten von Botschaften erlaubte, (...) war ein Netzwerk entstanden, das in der Lage war, seine Knoten ohne Einsatz der Kontrollzentren kommunizieren zu lassen. Der universale Charakter der digitalen Sprache und die reine Netzwerklogik des Kommunikationssystems schufen die technologischen Bedingungen für horizontale, globale Kommunikation.“ (Castells 2001, 50)

Bis Mitte der 1990er Jahre wurde das Internet zu großen Teilen von der National Science Foundation (NSF), der NASA, anderen Regierungsbehörden und den akademischen Instituten, die für den Zugang zu diesem Netz bezahlten, finanziert.

“The actual services to operate the Internet were supplied under contract to the NSF by a company called Advanced Network & Services (ANS), which was a services company set up by MCI, IBM, and Merit Networks. This contract was terminated in the spring of 1995 as part of a transition from federal funding to full private commercial operation of the Internet. With the end of the contract with NSFnet, the equity partners (MCI, IBM, and Merit) sold ANS to AOL (essentially a sale of high-speed phone lines and related equipment, or “backbone infrastructure”).” (Baran 1998, 126)

„Kommerzieller Druck, das Wachstum der Netzwerke privater Konzerne und auch von gemeinnützigen kooperativen Netzwerken führten im April 1995 zur Schließung dieser letzten von der Regierung betriebenen Basis des Internet. Damit war die vollständige Privatisierung des Internet eingeleitet.“ (Castells 2001, 50)

Auf den Weg des Internets von einem militärisch-industriellen Pilotprojekt über die Wissenschaft, diverse zivile Aneignungsprozesse und den universitären Alltag bis zu seiner Privatisierung und Kommerzialisierung werden wir später noch einmal zurückkommen. An dieser Stelle genügt es festzuhalten, dass das Internet, in den 1990er Jahren das „Synonym für die Signifikanz der Informationsgesellschaft und für die ‚Freiheit‘ auf den globalen Märkten“ (Schaper-Rinkel 2003, 10), tatsächlich angesichts der Möglichkeit eines atomaren Angriffs im Kalten Krieg von den USA durch eine großzügig finanzierte, „staatlich-militärischen und wissenschaftlich-öffentlichen Förderung“ entstanden ist (vgl. Castells 2001, 49-58). Bis Anfang der 1990er Jahre war das Internet ein „US-amerikanisch dominiertes Netz für wissenschaftliche und militärische Zwecke“ (Schaper-Rinkel 2003, 10), auch weitere Schlüsseltechnologien, die das heutige Internet noch heute prägen, „entstehen im Rahmen öffentlich geförderter Forschung, so wird z.B. die Hypertext-Technologie Ende der 1980er Jahre am Europäischen Kernforschungszentrum in Genf (CERN) entwickelt“ (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 10).

### ***Ideologische Kriegsführung: Kulturindustrie***

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg entstanden auch die Konturen des globalen Mediensystems der Gegenwart. Zunächst überwogen auf dem Feld der Kommunikations- und Medienpolitik die politisch-militärischen gegenüber den ökonomisch-politischen Strategien. Die Kontrolle über die internationale Kommunikation war ein explizites Ziel der amerikanischen Nachkriegspolitik, mit dem die Konsolidierung der US-Hegemonie auf internationaler und globaler Ebene erreicht werden sollte. Gegenüber dem Block der kommunistischen Staaten führten die staatlich subventionierten Rundfunkorganisationen wie ‚U.S. Voice of America‘, ‚Radio Liberty‘, ‚Radio Free Europe‘, aber auch ‚BBC World Service‘ einen ideologischen Krieg gegenüber den ebenso massiven sowjetischen Kurzwellenoperationen. Auch die US-amerikanische Strategie des ‚containment‘ im Kalten Krieg führte zu einer starken ideologisch-politischen Integration der immer noch stark nationalstaatlich regulierten gesellschaftlichen Kommunikationsstrukturen. Dabei war neben der ökonomische Stärke der US-Wirtschaft sicherlich auch die ‚universalistische Sprache der amerikanischen liberal-demokratischen Ideologie‘ (vgl. Panitch/Gindin 2003, 10) eine Voraussetzung dafür, dass die USA in der Lage waren, eine neue, ihren politischen und ökonomischen Interessen entsprechende Weltordnung zu organisieren.

Die Integration der Medien ins Zentrum des kapitalistischen Akkumulationsprozess erreichte in der Mitte des 20. Jahrhunderts mit der Entstehung der kapitalistischen ‚Kulturindustrie‘,<sup>134</sup> die sich um die Unterhaltungsmedien Film, Radio, Fernsehen, Video und neue Audiot Technologien drehte, einen ersten Höhepunkt. Dabei kam den USA zu Hilfe, dass sie beim Wiederaufbau der deutschen, japanischen und italienischen Mediensysteme einen großen Einfluss ausüben und den Anfang für ein kommerzielles Mediensystem setzen konnten. Wichtige Faktoren für den Erfolg der US-Strategien auf dem Feld der Medien waren das imperiale Erbe Englands (u.a. der Status der englischen Sprache als Weltsprache) sowie die Macht über die Institutionen der UNO – aufgrund ihrer Ausstrahlung einer globalen und universellen Legitimität. So konnten die USA in der Nachkriegszeit den ‚freien Informationsfluss‘ (‚free flow of information‘) als ein universales, demokratisches Prinzip forcieren, das so z.B. in das offizielle Programm der UNESCO eingeschrieben wurde. Nach McChesney versteckte sich unter dieser universalistischen Rhetorik aber vor allen Dingen eine aggressive ökonomische Politik: „The core operational idea behind the principle was that transnational media firms and advertisers should be permitted to operate globally, with minimal governmental intervention. In the view of the US-policy-makers, this was the only notion of a free press for a democratic world order.“ (McChesney 1997, 17)

Ab den 1960er Jahren begannen massive Anstrengungen der US-Filmindustrie (Columbia, Twentieth Century Fox, Metro-Goldwyn-Mayer, Paramount), ausländische Firmen aufzukaufen oder zu kontrollieren. Ähnliche Strukturen von grenzüberschreitendem und exportorientiertem Kapital und globalen Konzentrationsprozessen setzten sich in der Nachkriegszeit auch im Verlagswesen und in der Musikindustrie durch (vgl. McChesney 1997, 19f). Im kommerziellen Radio gibt es ab 1960 erste ernstzunehmende Expansionstendenzen. Diese sind nicht nur auf die durch Satellitentechnik verbesserte technologische Grundlage zurückzuführen, sondern auch auf die Tatsache, dass sich mit einem mittlerweile relevanten transnationalen Konsumgüterverkehr auch der Bedarf nach transnationalen Werbeflächen entwickelte hatte. Den FDIs der US-amerikanischen TNCs folgten die US-Werbeagenturen, beide wiederum hatten ein starkes Interesse an der internationalen Durchsetzung von kommerziellen, d.h. werbebasierter Mediensystemen. Das Potential gerade des kommerziellen Rundfunks wurde auch von politischer Seite erkannt: „US-firms were soon establishing themselves as global enterprises with the active support and encouragement of the U.S. government“ (McChesney 1997, 16). Dies gelang besonders

---

<sup>134</sup> In diesem Zusammenhang wären natürlich auch die Arbeiten der Frankfurter Schule zur Ideologietheorie hervorzuheben. Wenn auch abgeriegelt durch einen hermetischen Pessimismus angesichts der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs brachten diese Arbeiten doch erste bahnbrechende und einflussreiche theoretische Ansätze zur Kritik der Kulturindustrie hervor. Allerdings können die Debatten über die Ideologiefunktion der Massenmedien in diesem Rahmen leider nicht in der angemessenen Komplexität diskutiert werden. Hier kann nur eine grobe Argumentationsrichtung angedeutet werden: Entgegen der These eines gesellschaftlichen „Verblendungszusammenhangs“ (Adorno) soll hier, auf dem Boden der Gramscianischen Hegemonietheorie, Ideologie als das ‚notwendige Bewusstsein‘ begriffen werden, das organisch aus der ökonomischen Tätigkeit von bestimmten gesellschaftlichen Gruppen hervorgeht und aufgrund ‚intellektueller‘ bzw. ‚organisatorischer‘ Tätigkeit innerhalb von bestimmten Institutionen, aber auch aufgrund z.B. des Prestiges einer bestimmten Lebensweise, ‚ausstrahlt‘ und eine ‚spontane Anziehungskraft‘ (Gramsci) ausübt. Auf diesem Terrain kann ein ‚gesellschaftlicher Verblendungszusammenhang‘ jedoch nicht mehr ‚total‘ und ‚monolithisch‘ konzeptualisiert werden.

nachdrücklich in Lateinamerika, aber auch gegen den Widerstand in Europa entstanden dort bald überall kommerzielle Radio-Stationen.

Das Fernsehen entwickelte sich erst in der Nachkriegszeit zur entscheidenden Medientechnologie, die sich wiederum zuerst und am dramatischsten in den USA durchsetzte. Obwohl die Technologien für die Herstellung und Verbreitung von Fernsehprogrammen bereits vor dem Zweiten Weltkrieg entwickelt waren und seit den 1930er Jahren eingesetzt wurden, fand der Besitz von Fernsehgeräten erst ab Ende der 1950er allgemeine Verbreitung<sup>135</sup>. In den westlichen Industrienationen außerhalb der USA jedoch blieb die Rundfunkpolitik – sicherlich geprägt durch die geopolitischen Strategien des Kalten Krieges (vgl. Held 1999, 251) – weiterhin eher von politischen und nationalen als von kommerziellen Interessen bestimmt. Die Nationalstaaten kontrollierten als Eigentümer und Produzenten Fragen der Finanzierung, Regulation und inhaltlichen Ausrichtung von Rundfunksystemen.<sup>136</sup>

Allerdings wurden gleichzeitig massenweise Fernseh-Programme aus den USA und vor allen Dingen aus den Kulturindustrien Hollywoods importiert,<sup>137</sup> da diese dort – unter kommerziellen Gesichtspunkten – vergleichsweise erheblich billiger hergestellt werden konnten. Die Errichtung von globalen kommerziellen Netzwerken durch US-Rundfunknetzwerke konnte sich so relativ ungestört vollziehen, da sie sich – aufgrund des öffentlich-rechtlichen Charakters der Rundfunksysteme in der übrigen Welt – relativ alleine auf dem globalen Markt bewegen konnten.

Ende der 1960er Jahre beschreibt Zbigniew K. Brzezinski die Vereinigten Staaten als die „erste globale Gesellschaft der Geschichte“ (Brzezinski 1969, 56). Für ihn galten die USA als Zentrum der wissenschaftlich-technischen Neuerungen, der Massenkultur und des -konsums. „Da die wissenschaftlich-technische Revolution ‚Made in USA‘ die Phantasie der gesamten Menschheit beflügelt (wie die Eroberung des Weltraums zu Genüge beweist), lässt es sich nicht vermeiden, dass sie die unterentwickelten Staaten dazu bringt, sich diesem erfindungsreichen Pol anzuschließen und dazu bewegt, sie durch die Verwendung ihrer „Techniken, Methoden und Organisationspraktiken“ nachzuahmen.“ (Mattelart 2003, 87; zitiert Brzezinski 1969, 56)

---

<sup>135</sup> Noch 1954 gab es nur 125,000 Fernsehgeräte in Frankreich, in Westdeutschland gar weniger als 90,000, d.h. im Durchschnitt weniger als drei Empfänger für 1,000 Menschen (vgl. Held et al. 1999, 356f). Dies ist natürlich auf die relativ hohen Anschaffungskosten im Vergleich mit der Kaufkraft zurückzuführen. Mit dem steigenden Wirtschaftswachstum ab den 1960ern und dem Anstieg der Kaufkraft wurden Fernseher erschwinglich. Erst damit entstand ein wirklicher Markt für den Handel mit Fernsehprogrammen. Dies wiederholte sich auf globaler Ebene: ausserhalb des Westens entstanden erst ab den 1980er Jahren die ökonomischen Bedingungen für einen lukrativen Markt. (vgl. ebd., 357)

<sup>136</sup> „Of course, the spillover of terrestrial frequencies across national boundaries did occur, especially in the densely packed airspace of Europe – and in the case of West-East spillover, this was of considerable political importance.“ (Held et al. 1999, 357)

<sup>137</sup> „U.S. television programming sales abroad increased from \$15 million in 1958 to \$130 million in 1973“ (McChesney 1997, 20). Der ausserordentliche Exporterfolg der Nordamerikanischen Kulturindustrie ist nicht nur auf einen kulturellen Imperialismus und die Formierung des Westlichen Blocks im Kalten Krieg im Rahmen einer intentionale geopolitische Strategie zurück zu führen, sondern auch auf den Erfolg des Produkts und den Bedürfnissen der westlichen Populationen nach den Werten, die es repräsentierte: liberale Demokratie, kulturelle Erneuerung, Freiheit, Wohlstand und soziale Sicherheit, Rock'n Roll usw..

So begann in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zwar eine Internationalisierung der kommerziellen Medien, die signifikante Anteile der globalen Film- und Musikindustrien, Rundfunksysteme und Verlagswesen erwarben. Auch wenn sich die ersten transnationalen Integrationsprozesse des Rundfunks während des Kalten Krieges vollzogen, so waren die Ergebnisse aufgrund des hohen bürokratischen Aufwands kommerziell noch kaum beeindruckend. Die Bedingungen dafür entstanden erst ab Ende der 1970er Jahre mit den Fortschritten in den Telekommunikationstechnologien, vor allen Dingen aber mit der Hinwendung zur neoliberalen Deregulierungspolitik (vgl. McChesney 1997, 18).

Gleichwohl wuchs während des Kalten Krieges auch das Forschungsinteresse an den skizzierten Zusammenhängen zwischen US-Regierung, der US-Außenpolitik, dem privaten Kommunikationssektor und dem sogenannten militärisch-industriellen Komplex.<sup>138</sup> Diese Kritik spitzte sich in der These eines westlichen Medien- und Kulturimperialismus zu und mündete in der von den ‚Non-aligned Nations‘ im Rahmen der UNESCO hervorgebrachten Initiative um eine ‚New World Information and Communication Order‘.

### ***Informationelle Dominanz***

Auf diplomatischer Ebene setzten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg auf die Doktrin des „free flow of information“. 1965 wurde mit Intelsat (International Telecommunications Satellite Consortium) das erste weltumspannende Kommunikationssystem für die Länder der freien Welt eingerichtet. Die zivile Nutzung der in militärischen Zusammenhängen entwickelten Kommunikationstechnologien wurde zum Slogan der Kommunikationsrevolution, die der nationalen Souveränität und der militärischen Nutzung der Kommunikationssysteme im Ostblock gegenübergestellt wurde.

“In the immediate post-World War II period, as previously colonized countries gained their independence and multilateral agencies were established on the basis of ‘one nation, one vote’, so the concept of sovereignty gained increased international recognition.” (Hills 1998, 102) Mit dem Erstarren der anti-imperialistischen Bewegungen in den 1960er und 70er Jahre wurde Kritik an dem Einfluss und der Rolle von kolonialen und transnationalen Kommunikationsstrukturen sowie der asymmetrischen Kontrolle über internationale Medien- und Kommunikationssysteme aus subalternen und insbesondere post-kolonialer Perspektive gestellt. In erheblichen Bereichen der zu dieser Zeit nach Unabhängigkeit strebenden

---

<sup>138</sup> Hier zeigt sich, wie sehr die Geschichte der Medientheoriebildung selbst politisch gelesen werden muss: der Mainstream der anglo-amerikanischen Sozialwissenschaften blendet strukturelle Faktoren wie kulturelle Dominanzverhältnisse oder Eigentumsverhältnisse einfach aus (vgl. die in Bezug auf die Wirkung von Massenmedien formulierte These der „minimal effects“ (J.T. Klapper, 1960). Mit dem Siegeszug dieses Typs von empirischen Sozialwissenschaften ab Mitte der 60er Jahre auch in Westeuropa wurden kritische Strömungen innerhalb der etablierten Medienforschung zunehmend ins Abseits gestellt: in den wissenschaftlichen Institutionen dominieren seither verschiedene Zweige einer empiristischen Medienwirkungsforschung. Gleichzeitig allerdings wurde in der internationalen politischen Praxis angesichts der Systemkonkurrenz die Annahme der Allmacht der deutschen und später der sowjetischen ideologischen Apparate nie infrage gestellt, sowie auch im westlichen Block immense Summen in die informationellen und ideologischen Infrastrukturen investiert wurden. Die Aspekte eines von den westlichen Medien- und Kommunikationsapparaten getragenen, kulturellen und militärischen Neo-Kolonialismus wurden von Autoren wie Herbert Schiller, Noam Chomsky, Edward Herman und Robert McChesney herausgearbeitet.

ehemaligen europäischen Kolonien in Afrika und Asien waren Mediennutzung und -konsum mittlerweile zu einem festen Bestandteil des Alltags geworden. „Broadcasting, often in a lingua franca, provided a means to create national unity from disparate regions or ethnic grouping, and a channel of direct communication between ruling elites and their populations. Telecommunications, traditionally linked with security, was important to those states perceiving themselves as vulnerable to potentially hostile neighbors.” (Hills 1998, 102)

Mit der Entwicklung von geostationären Satelliten, die die Ausstrahlung von Programmen unabhängig von Staatsgrenzen technologisch möglich machten, wuchs insbesondere in den Ländern, die z.T. autoritär oder gar totalitär regiert wurden, auch die Sorge um eine Einmischung in ‚nationalen Interessen‘. Zwar versprachen diese Entwicklungen einerseits die Möglichkeit einer Überwindung der wachsenden Informationskluft zwischen Nord und Süd, gleichzeitig stand für diese Länder jedoch zu befürchten, dass diese Entwicklungen die eben errungene politische und militärische Souveränität untergraben und zudem ein kommerzielles, westlich dominiertes Mediensystem durchsetzen würden.

Diese neu erlangte Souveränität sollte im Sinne nationaler ökonomischer und sicherheitspolitischer Interessen auch auf dem Sektor der Telekommunikation institutionalisiert werden. Mit der politischen Unabhängigkeit wurden die heimischen und internationalen Kommunikationsnetzwerke verstaatlicht und so nationaler Kontrolle unterstellt:

“British colonies and dominions nationalized the previous holding of the British private company Cable and Wireless. In Latin America, ITT’s hegemony over most countries’ telecommunication operation was replaced by national ownership. Only in French Asian colonies, after independence, were international telecommunications still provided by a subsidiary of the French PTO, France Radio and Cable (...). Nevertheless, despite the changes in ownership, infrastructure reflected previous colonial priorities, with cables running from colony to Britain, France, Portugal, or the United States; and within countries, network infrastructure served areas of colonial investment. In both formal and informal colonial empires, little if any communications infrastructure linked the new states with each other. So whereas the political control of these countries altered between the 1940s and 1960s, and the majority nationalized their telecommunications operator, the actual infrastructure remained as it was, reflecting prewar economic relations. In the case of the USSR these colonial relations were taken to further, repressive extremes. Satellite states in Central and Eastern Europe were denied any direct external telephonic access.” (Hills 1998, 102f)

Während die Medien- und Kommunikationsunternehmen in den USA sich weitgehend unabhängig von *restriktiver* staatlicher Intervention, aber durchaus mithilfe von strategischen staatlichen Anschubfinanzierungen und Subventionen entwickeln konnten, wurde die Kommunikationspolitik in den entwickelten kapitalistischen Ländern bis zu diesem Zeitpunkt vornehmlich auf der nationalen Ebene debattiert. Eine internationale Kommunikationspolitik war also nicht institutionalisiert und wurde auf dem Feld der zwischenstaatlichen und internationalen Politik verhandelt. Während in den entwickelten kapitalistischen Ländern kommerzielle Interessen trotz ihrer zunehmenden Macht noch im Sinne von ‚nationalen Interessen‘ reguliert werden konnten, konnten schwächere Staaten ihre spezifischen

Interessen und Sorgen nur kollektiv organisiert mit Gewicht auf der internationalen Ebene voranbringen.

- *Die Episode der Auseinandersetzungen um eine "New World Information and Communication Order" (NWICO)*

Die Frage nach den sozialen Ursprüngen und Konsequenzen eines globalen Mediensystems wurde auf internationaler Ebene zum ersten Mal in den globalen Institutionen der UNESCO und ITU (International Telecommunication Union) gestellt. Dort besaßen die schwächeren Parteien nicht nur eine Mehrheit, auch der Druck durch den kommunistischen Block ließ die Kräfteverhältnisse für eine solche Initiative zunächst günstig erscheinen.

Die Kampagne für eine 'New World Information and Communication Order' (NWICO) war Teil eines allgemeineren Kampfes der vormaligen Kolonien gegen fortbestehende, insbesondere ökonomische Abhängigkeitsverhältnisse und Ungleichheiten und spitzte sich in der These eines erneuerten ‚Kulturimperialismus‘ zu.<sup>139</sup> So brachte eine Initiative der ‚Non-Aligned Nations‘ die Kritik vor, dass zwischen Nord und Süd ein empfindliches quantitatives Ungleichgewicht in der Entwicklung von Informationsquellen und -infrastruktur herrsche und mit der fortschreitenden Kommerzialisierung diese Asymmetrien im globalen Informationsfluss weiter zunehmen würden; dass das westliche Monopol in den globalen Nachrichten- und Informationsdiensten vornehmlich die Bedürfnisse und Interessen der westlichen Staaten reproduziere, u.a. auch dadurch, dass die Strukturen und Triebkräfte des kapitalistischen Systems unkritisch dargestellt würden; schließlich, dass der aggressive Transfer von westlichen Werten durch die mächtigen westlichen transnationalen Medienunternehmen die nationale und kulturelle Souveränität unterminiere.

Allerdings wurden wenig konstruktive programmatische Forderungen für strukturelle Veränderungen hervorgebracht, und eine Beantragung ökonomischer Entwicklungshilfe konnte keine politische Schlagkraft entfalten.<sup>140</sup> 1978 wurde die McBride-Kommission

---

<sup>139</sup> Während diese These trotz ihrer grundlegenden theoretischen Schwächen in diesem historischen Kontext eine gewisse Berechtigung hatte, so wird sie vor dem Hintergrund der Entwicklungen ab Ende der 1970er Jahre infrage gestellt werden müssen. Im Rahmen der Kulturimperialismus-Debatte wurden immerhin die entscheidenden Fragen gestellt (und beantwortet), die auch in den späteren Globalisierungsdebatten von großer Relevanz sein sollten. 25 Jahre nach dem Erscheinen von ‚Mass Communications and American Empire‘, einer der einflussreichsten Arbeiten, die die These des Kulturimperialismus vertraten, historisiert Herbert Schiller selbst den theoretischen Rahmen seiner Arbeit anhand von drei geopolitischen Faktoren, die die Periode zwischen 1945-1965 charakterisieren (vgl. Schiller 1992, 1). Zu diesen zählt er die auf ökonomischer, militärischer und informationeller Macht beruhende, globale Dominanz der USA; die Existenz des sogenannten ‚Realexistierenden Sozialismus‘ und der Systemkonfrontation; sowie die Existenz der postkolonialen Staaten in Afrika, Asien, dem Nahen Osten und Lateinamerika, die teilweise von nationalen Befreiungsbewegungen erschüttert waren und sich international zu einem lockeren Verbund von ‚non-aligned Nations‘ organisierten (vgl. Schiller 1992, 1ff).

<sup>140</sup> Eine Delegation der Regulierungskompetenzen z.B. an die Weltbank oder die International Telecommunication Union (ITU) war für die NWICO-Staaten inakzeptabel, da diese genau als die Akteure der Nachkriegspolitik gesehen wurden, die den Inhalt der Kritik begründete. Den an einem marktgesteuerten, profitgetriebenen Mediensystem interessierten Kräften war es allerdings durch eine aufwendige Kampagne gelungen, ebendiese Strukturen als den Inbegriff von Pressefreiheit zu etablieren, so dass regulierende Eingriffe von staatlicher Seite den westlichen Vorstellungen einer freien und liberalen Gesellschaftsordnung widersprachen.

gebildet, die in ihrem Bericht die Kritik der NWICO würdigte und normative Leitgedanken zur globalen Informations- und Kommunikationsordnung ausformulierte. Die UNESCO verabschiedete auf diesen Bericht hin eine Resolution, in der die Abschaffung aller informationellen Ungleichheiten sowie die Durchsetzung von Presse- und Meinungsfreiheiten eingefordert wurden. Gleichzeitig erfolgte die Verurteilung *staatlicher* Medienmonopole zugunsten eines ‚free flow of information‘.

In dieser Allgemeinheit und auch Widersprüchlichkeit – denn natürlich legitimierte ‚free flow of information‘ vor allen Dingen auch die herrschende US-Doktrin zur Informations- und Kommunikationspolitik – hatten schließlich weder der Kommissionsbericht noch die UNESCO-Resolution politische Schlagkraft, noch konnten sie eine ‚intellektuelle Anziehungskraft‘ entfalten. In der Zwischenzeit war eine massive Gegenattacke gegen die UNESCO und die in dieser Initiative aktiven Nationen angelaufen<sup>141</sup>, die in ihrer inhaltlichen Intention, ihren Mitteln wie Strukturen die Berechtigung der Kritik an den globalen Machtverhältnissen, unter besonderer Berücksichtigung der Funktionen der Medien, bestätigten.

“How this global counterrevolutionary assault was presented and justified to the American public and the world at large exemplifies the definitional control that has been exercised in the past half century by the American informational machine.”  
(Schiller 1992, 22; vgl. auch Chomsky/Herman 2002, 87-142).

Zum einen wurde die öffentliche Meinung in den westlichen Staaten mobilisiert gegen „the one international forum where communications and cultural issues were aired – UNESCO” (Schiller 1992, 22). Zum anderen wurden die durchaus zutreffenden Analysen der NWICO-Staaten in einer lang angelegten Medienkampagne zu Forderungen nach staatlich kontrollierter Propaganda der u.a. an der Initiative beteiligten diktatorischen Regimes denunziert. „Government oversight of broadcasting and telecommunications was successfully attacked on the grounds that such oversight denied or limited freedom” (ebd., 23). Die erfolgreiche Gleichsetzung von nationaler Souveränität über Kultur, Kommunikations- und Medienstrukturen mit Unfreiheit, Totalitarismus und Zensur legitimierte so im Umkehrschluss die Deregulation des Informationssektors zuhause und weltweit: „This proposition has served as the centerpiece of the US claim to be the model of a free society with a free press. It has been used, as well, to belittle or denigrate other arrangements that do not give precedence to private ownership of the media” (ebd., 23).<sup>142</sup>

Der Austritt der USA und von Großbritannien aus der UNESCO 1985 (mit dem auch 30% des Budgets der UNESCO wegbrachen) wurde von den westlichen Medien als eine

---

<sup>141</sup> Schiller macht in diesem Zusammenhang auf den Umstand aufmerksam, dass „no nation endeavoring to create an alternative social order was left alone by the military. Threats of armed force created impossible conditions for whatever limited social experimentation was attempted. The threats often materialized into actions. Oppositional forces in the nations that initially had rejected the Western market system were given arms and financial support by shadowy groups connected to the highest political levels in Washington” (Schiller 1992, 21).

<sup>142</sup> Vor dem Hintergrund der Strukturen des westlichen Mediensystems wirkt die Argumentation dieser Kampagne einigermaßen zynisch, insofern sie suggeriert, dass die meisten Staaten dieser Erde tatsächlich staatlicher Zensur den Vorrang gegenüber der ‚Freiheit‘ geben, die von dem westlichen Mediensystem und der privatwirtschaftlich institutionalisierten ‚freien Presse‘ verkörpert wird.

Verteidigung der Pressefreiheit gefeiert. Die amerikanische Doktrin eines ‚free flow of information‘, der sich vor allen Dingen in die ungehinderte globale Ausbreitung der Produkte und Dienstleistungen der westlichen Medienkonglomerate umsetzt, ist bis heute in die Direktiven der UNESCO eingeschrieben. Für die USA erwies sich die unilaterale Politik des ‚Zwangs‘ als eine erfolgreichere politische Strategie als das Engagement innerhalb der Strukturen der UN.<sup>143</sup> „The UNESCO retreat reflected the weakening power of the Third World, with many Third World nations too concerned with survival and too dependent on western governments and the IMF and World Bank to take positions hostile to the dominant global interests” (McChesney 1997, 25).

Die historische Niederlage der NWICO-Initiative fällt nicht nur mit dem Niedergang der anti-imperialistischen Bewegungen zusammen, sondern muss auch vor dem Hintergrund der ökonomischen und politischen Konjunkturen der 1980er Jahren interpretiert werden.

### **Zwischenfazit**

Mit der Implosion des Sowjetsystems war nicht nur die ökonomische und gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus von der Bühne der Geschichte abgetreten, sondern auch eine „fundamental driving force for half a century in American communication policy and practice” weggebrochen. (Schiller 1992, 15)<sup>144</sup> Denn gleichzeitig mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks war auch der Spielraum für alternative gesellschaftliche Entwürfe bzw. „Neue globale Kommunikationsordnungen“ verschwunden. Unter politischem, ökonomischem und militärischem Druck<sup>145</sup> brach das „Non-Aligned Movement“ der Dritten Welt als politische Größe in den UN-Gremien in sich zusammen, die anti-imperialistische und z.T. auch anti-kapitalistische Opposition der aus nationalen Befreiungskämpfen hervorgegangenen postkolonialen Staaten wich einer weitgehenden Akzeptanz – oder besser Unterwerfung unter die Imperative des Weltmarktes. Damit sollte der Weg auch für die MOEL vorgeedeutet sein.

---

<sup>143</sup> „American unilateralism and the hostility to international organizations that characterized the Reagan years have by no means disappeared. However, international institutions, like the UN in particular, have provided indispensable diplomatic and public opinion-making utility in American policy” (Schiller 1992, 25).

<sup>144</sup> Für Schiller, der 1992 schreibt, hatte damit auch “the support for research and development of new information technologies (...) much of its earlier justification” (Schiller 1992, 15) verloren. Schiller konnte natürlich damals den Entwurf für ein „neues amerikanisches Jahrhundert“ nicht voraussehen. „(...) while US and Western commercial media giants move to stake out markets and investments in once inaccessible regions, the fate of official American governmental information services grows more problematic. Without a recognizable ‘enemy’, the function of ‘The Voice of America’, ‘Radio Liberty’, and ‘Radio Free Europe’ becomes uncertain. A strong imagination now must be called upon to justify the maintenance of these activities.” (ebd., 18) Eine solche starke Imagination wird nun durch den ‚Krieg gegen den Terror‘ geliefert. Dabei bleibt allerdings interessanterweise gerade die Effizienz der unmittelbar staatlich finanzierten Medienangebote in der Verbreitung der US-amerikanischen Position weit hinter der von CNN und Co. zurück.

<sup>145</sup> “The communications infrastructure of most of the Third World has been privatised and turned over either to transnational corporations or to national collaborators with transnational capital. The elimination of what was once the Soviet oppositional pole to Western (and now also Japanese transnationalist) capitalism has left Africans, Asians, and Latin Americans almost defenceless against the demands and depredations of global predators. (...) The combination of financial and informational, not to overlook the military, power employed to maintain the current global order will not be easily overcome.” (Schiller 1992, 26)

Während Anfang der 1990er Jahre KritikerInnen des Kapitalismus von ihrer globalen „Vernetzung“, der Aussetzung der Warenlogik durch die unendliche Reproduzierbarkeit der digitalen, „immateriellen Ökonomie“, ja dem entscheidenden Todesstoß für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse durch die neuen digital-telekommunikativen Produktivkräfte träumten, wurde naiv vernachlässigt, dass – auch wenn es die Systemkonkurrenz nicht mehr geben würde – sich die globale Informationsinfrastruktur weiterhin im Griff der militärisch-geopolitischen wie geoökonomischen Strategien der mächtigsten Staaten befand. Das ‚Zuhandensein‘ der informationsgesellschaftlichen Technologien war kein Zufall oder das Ergebnis einer naturwüchsigen historisch-libertären Entwicklung, sondern das Ergebnis der US-amerikanischen Strategien zur Sicherung und Konsolidierung ihrer globalen Vormachtstellung nach dem Zweiten Weltkrieg. Und während in den USA in den 1980er Jahren ein von einer massiven ideologischen Kampagne gegen staatlichen Interventionismus begleiteter Politikwechsel vollzogen und der Keynesianismus weitgehend durch einen neoliberalen Monetarismus und der Losung „freier Märkte“ ersetzt werden sollte, wurde die US-amerikanische Rüstungsindustrie als strategisch-industrieller Sektor weiterhin durch ein gigantisches keynesianistisches Investitionsprogramm gefördert (vgl. auch Hills 1998, 108). Obwohl in dem ‚informationellen Zeitalter‘ die Ineffizienz von staatlichem Handeln beinahe sprichwörtlich geworden ist, würde dieses ohne die Regierungsinvestitionen gar nicht existieren. „Demnach war in Amerika wie überall in der Welt der Staat der Initiator der informationstechnologischen Revolution und nicht der innovative Unternehmer in seiner Garage“ (Castells 2001, 74).<sup>146</sup>

In diesem Sinne ist für Mattelart der Begriff der globalen Informationsgesellschaft „das Ergebnis einer geopolitischen Konstruktion“ (Mattelart 2003, 7): „Die Idee der Informationsgesellschaft als Alternative zu den beiden sich feindlich gegenüberstehenden Systemen entwickelte sich im Laufe des Kalten Krieges vor dem Hintergrund der These vom Ende der Ideologien.“ (Mattelart 2003, 8) Nicht nur sind die für den Diskurs um die Informationsgesellschaft zentralen Technologien auf entscheidende Weise von nationalen Militärprogrammen und der Rüstungs- und Raumfahrtindustrie entwickelt worden.<sup>147</sup> Über diese militärisch-technische Entstehungsgeschichte von zentralen Technologien der Informationsgesellschaft hinaus haben auch die geopolitischen Narrative eine entscheidende Rolle für das Prestige und Verbreitung der Technologien gehabt. Bereits seit Ende des Zweiten Weltkrieges wurde die „kommunikative Integration“ des Westlichen Blocks nicht nur über Sender wie Radio Free Europe und Radio Liberty, sondern auch über das „Westfernsehen“ (nicht nur auf die besondere Situation in Deutschland bezogen, sondern

---

<sup>146</sup> Dies gilt auch für Japan bis in die 1980er Jahre, „wo die großen Konzerne bis in die 1980er Jahre hinein vom Ministerium für Internationalen Handel und Industrie (MITI) angeleitet und unterstützt wurden“ (Castells 2001, 72). Auch für Südkorea, Taiwan, Indien, China, Grossbritannien und Frankreich streicht Castells die bedeutende Rolle der Staaten in der Technologieentwicklung heraus.

<sup>147</sup> Klassisches Beispiel in diesem Zusammenhang: das Internet, das als dezentrales, intelligentes Kommunikationsnetz entwickelt wurde, um ein funktionierendes Kommunikationssystem auch nach einem nuklearen Angriff bereitzustellen. Auch das Beispiel Satellitentechnologie zeigt, dass die ersten Satelliten zu militärischen Aufklärungs- und Steuerungszwecken eingesetzt wurden. Das für die Entwicklung und Installation dieser Technologien notwendige Kapital konnte nur innerhalb des Rüstungsbudgets bzw. der nationalen Raumfahrtprogramme aufgebracht werden.

auch im globalen Kontext (dann eher als „Nordfernsehen“), von dem die vielleicht effektivste Propaganda für die Produktivität der kapitalistischen Welt ausging.

„Der Kampf um politische und wirtschaftliche Macht wird seit dem zwanzigsten Jahrhundert immer auch als Kampf um die Infrastruktur der Telekommunikation geführt, zu der neben der anfänglichen Telegrafie und dem Telefon auch der Rundfunk gehört. Nicht ohne Grund verkünden US-amerikanische Repräsentanten stolz die Bedeutung ihrer Radiosender (wie *Radio Free Europe*) im Kampf gegen den Realsozialismus in Europa und die Bedeutung ‚ihres‘ Internets zur weltumspannenden Durchsetzung US-amerikanischer Vorstellungen des *free markets* (Nye/Owens 1996). (...) Diese US-amerikanische Sicht auf die eigenen informationsgesellschaftlichen Ressourcen und die daraus resultierende *Soft-Power*, die als Schlüsselressource des 21. Jahrhunderts gilt, zeigt zugleich die Naivität der Vorstellung, mit dem Internet sei ein Zeitalter der ‚freien‘ Kommunikation von jedem mit jedem angebrochen. Die Infrastruktur der Telekommunikation ist die Infrastruktur der Informationsgesellschaft, und sie ist damit zugleich ein entscheidendes politisches Terrain von Machtkämpfen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 147)

Die asymmetrische Topographie des globalen Kommunikationssektors führte zu einer Verstärkung und Ausbau des US-amerikanisch geprägten, westlichen Kommunikationsregimes, in das die Reklame für eine bestimmte, von Konsum und Marktwirtschaft geprägte Lebensweise eingeschrieben ist. Auch wenn sich die damit einhergehende Unidirektionalität der globalen Kommunikationsflüsse, die als imperialistische „Bestrahlung der Weltbevölkerung“ aufgefasst werden konnte, in den 1970er Jahren in der NWICO-Debatte um den „free flow of information“ in universalistische Farben kleidete – unter der Freiheit global zu kommunizieren waren vor allen Dingen konkrete geopolitische und ökonomische Interessen begriffen, u.a. die Freiheit in Kommunikation grenzüberschreitend zu investieren.

Neben dem Militär und den Geheimdiensten, deren Interesse und Nutzen an den digitalen und computergestützten Informations- und Kommunikationstechnologien unter den Bedingungen des Kalten Krieges auf der Hand liegt, sollten vor allen Dingen die großen, auf internationalen Märkten operierenden US-amerikanischen Unternehmen von diesen Technologien profitieren. Die Zentralität US-amerikanischer Server in der globalen Informationsinfrastruktur und die Führungsrolle von US-amerikanischen Unternehmen wie Cisco (Netzwerktechnologien), Google (Suchmaschinen), Facebook (soziale Netzwerke), Apple (Unterhaltungselektronik), Intel (Halbleiter) oder Microsoft (Betriebssysteme, Anwendersoftware) unterstreichen diese US-Dominanz. „Auf der Liste der 25 wichtigsten globalen ICT-Dienstleister, Softwareunternehmen und Internetfirmen fanden sich 2004 und 2005 lediglich sechs nichtamerikanische Unternehmen.“ (Schiller 2009, 11) “The routing of telecommunications is a simple reflection of the global capital structure. Four of the five top international telecommunication routes have the United States as one partner, and the United States is partner to 51 percent of international telephone traffic in the top fifty routes.” (Golding 1998, 78) „Über die Hälfte der rund 800 aktiven Satelliten, die sich derzeit auf einer Umlaufbahn um die Erde befinden, sind US-amerikanisch. Und die USA tun alles, um ihre führende Rolle bei den Technologien der Cyberkriegsführung zu behaupten und

auszubauen.“ (Schiller 2009, 11) Dies wurde zuletzt verdeutlicht durch die Einflussnahme der US-amerikanischen Geheimdienste, die sich Schnittstellen bei allen relevanten technisch-kommunikativen Knotenpunkten eingerichtet haben, um den Zugriff auf die globale Kommunikation zu sichern.

Mittlerweile haben die meisten Regierungen eine nationale digitale Strategie entwickelt.

“They are surrendering control over their telecommunications systems – a long-standing sovereign imperative – in favour of more open market competition, including foreign investment in these systems. Until very recently, these resources were strict national monopolies in most countries. Deregulation and privatization of these facilities is now order of the day as part of a larger trend by governments to allow their economies to compete openly and effectively home and abroad.” (Dizard 2001, 12f)

Auch wenn mit dem informationellen Aufstieg von Japan und Europa, China, Indien, Taiwan, Korea, Singapur sowie Brasilien, Südafrika, Russland, Ägypten eine zunehmende Rolle eine zunehmend multipolare Ordnung entstanden ist, bleibt die US-amerikanische informationelle Dominanz ungebrochen.

Die militärisch-strategischen Ursprünge werden zunehmend durch die ökonomische Funktion eines kapitalisierten und kommerzialisierten Kommunikationssystems überlagert. So werden bspw. die Kommunikationswege in der postkolonialen Welt vielleicht nicht mehr in erster Linie nach militärischen Erwägungen verlegt, gleichwohl bleibt ihre Struktur dieselbe: sie sind weiterhin sternförmig auf das ehemalige koloniale Mutterland ausgerichtet, zu dem i.d.R. weiterhin Verbindungen wirtschaftlicher Abhängigkeit bestehen bleiben. In diesem Sinne sollte also nicht vergessen werden, dass die Integration von Räumen und Territorien weiterhin ein dominantes Element in den Narrativen um die globale Informationsarchitektur darstellt.

In diesem Zusammenhang kann für das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ die Funktion einer militärisch-geopolitischen Integration des mittel- und osteuropäischen Raumes angenommen werden. Darüber hinaus sind sicherlich auch geoökonomische Interessen wie die Integration der Regulierungsweise der Kommunikationssysteme, d.h. ein Kompatibelmachen mit des westeuropäischen Modell (in Abgrenzung bspw. zum US-amerikanischen), indem zunehmend das private Kapital für die Forschung und Entwicklung, den Ausbau, Betrieb und Instandhaltung von Kommunikationsnetzen in den Mittelpunkt rückt. Zugleich wird damit das Inkompatibelmachen mit zentralistisch-dirigistischen Systemen betrieben: die kommunikative Absicherung des Epochenbruchs von 1989 soll die europäische Einflussphäre gegenüber Russland absichern.

### **c. Die nationalstaatlich regulierten Telekommunikationssysteme der Nachkriegszeit...**

In Europa bildete der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg eine relativ stabile Organisationsform des Fernmeldewesens heraus, die bis zu Beginn der 1980er Jahre Bestand haben sollte. In

dieser wurde die Regulierung der Telekommunikation – wie übrigens auch der Medien – als eine hauptsächlich nationale Angelegenheit betrachtet.<sup>148</sup>

Im Zentrum der nationalen Telekommunikationsinfrastrukturen stand eine jeweils unterschiedlich artikulierte Konstellation aus einer staatlich bzw. behördlich organisierten Fernmeldeverwaltung, den auf diese ausgerichteten nationalen Zulieferer- und Herstellerindustrien sowie den Anbieter von Informations-Diensten. Mit dem Ziel einer flächendeckenden, universellen Versorgung blieben sowohl die Entwicklung und Produktion als auch der Vertrieb und Konsum weitgehend beschränkt auf nationale Binnenmärkte.

„Der Telekommunikations-Sektor gehört historisch in West-Europa zum *politisch regulierten Infrastrukturbereich*. Er sollte eine effektive Staatsverwaltung und den Informationsaustausch aller Mitglieder der Gesellschaft über größere Entfernungen hinweg ermöglichen und als allgemeine Voraussetzung der Produktion der privaten Wirtschaft ein effizientes Kommunikationssystem zur Verfügung stellen. Dies hat dazu geführt, dass die Telekommunikation überall dichter staatlicher Regulierung unterlag, als Teil der staatlichen Postverwaltung organisiert wurde und sich enge Beziehungen zwischen staatlichen Fernmeldeverwaltungen und den überwiegend privaten Unternehmen herausgebildet haben, die das technische Gerät für den Telefondienst liefern“ (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 10; vgl. auch Lüthje 1986; Grande 1989; Cawson u.a. 1990; Werle 1990; Dolata 1992; Huffs Schmid 1994a und 1994 b).

Unter der „fordistischen Technologienorm im Bereich der Telekommunikation“ begreifen Esser, Lüthje und Noppe (1997, 26) „die technische Architektur der fernmeldetechnischen Einheitsnetze der Nachkriegsära“, die „in ihrem Aufbau einer Pyramide gleich, in der die Übertragungstrecken und Vermittlungseinrichtungen des örtlichen und des Fernverkehrs hierarchisch aufeinander aufgesetzt“ und „bis ins kleinste technische Detail durchstandardisiert (in der BRD die sogenannte Fernmeldeeinheitstechnik)“ waren (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 26).

„Die Genese dieser Norm ergab sich aus dem gemeinsamen Interesse der an ihrer Definition beteiligten Akteure, neu einzuführende fernmeldetechnische Systemkomponenten mit dem Prinzip der bereits bestehenden Netzkonfiguration kompatibel zu halten. Damit konnten grundlegende Brüche in der Netzentwicklungsstrategie vermieden und graduelle, evolutionäre Anpassungen der bestehenden Technik an neue Entwicklungen und Bedürfnisse erreicht werden (...).

---

<sup>148</sup> Ähnlich stabile Organisationsformen bilden sich in dieser Zeit auch in den USA (und auch Japan) heraus, allerdings den nationalen Entwicklungslinien entsprechend anders gegliedert. So waren in den USA die Fernmeldewesen nicht in der Hand staatlicher Behörden, sondern eines privaten Monopols, das allerdings politisch eng reguliert wurde. Das Staatsmonopol löst die verschiedenen Varianten von staatlich konzessionierten Gebietsmonopolen und genossenschaftlichen Modellen aus dem 19. Jahrhundert ab. „Auch wenn es sich in Europa um Verwaltungen für Post, Telegrafie und Telefonie (PTTs) handelt, in den Vereinigten Staaten dagegen um ein privates Unternehmen (AT&T), und sich die Formen der institutionellen Steuerung entsprechend unterscheiden (...), so ist diese traditionelle Ordnung der Telekommunikation doch in beiden Fällen durch Integration, Stabilität sowie staatliche Begrenzung und Regulierung gekennzeichnet. (...) In den Industriegesellschaften avanciert das Prinzip einer flächendeckenden Grundversorgung mit Fernmeldediensten zu einheitlichen und erschwinglichen Gebühren nach dem 2. Weltkrieg zum Leitbild für die Kommunikationspolitik und wird in „unterschiedlich ausgestaltete sozialstaatliche Gesellschaftskompromisse eingebaut“ (Esser/Lüthje/Noppe 1997, 10).“ (Schaper-Rinkel 2003, 151)

Die längerfristige Stabilität konnte durch deren Einbindung in die bestehenden Produktions- und tauschnormen gesichert werden. Deren Kennzeichen war die monopolistische Regulierung des Fernmeldewesens, die in Westeuropa bei den nationalen Postministerien lag, die zumeist auch verantwortlich für die Netzbetreiber waren. Die Industrie war in Form sogenannter „Hoflieferantenkartelle“ eng an die staatliche Fernmeldeverwaltung gebunden. Überall in Westeuropa existierten Formen der Gemeinwohlverpflichtung, die sich in der Quersubventionierung von Ferngesprächen zugunsten von Ortsgesprächen, der Tarifeinheit im Raum und einer weitgehend flächendeckenden Versorgung mit Telefondiensten zu erschwinglichen Preisen äußerte. Dies wiederum trug dazu bei, dass sich der Telefondienst zu einem Massenkonsumgut entwickeln konnte. Sozial waren die Praktiken der Akteure und deren Institutionalisierungsformen derart gestaltet, dass die reibungslose Entwicklung eines einheitlichen Netzes gewährleistet wurde.“ (Esser, Lühje, Noppe 1997, 26f)

Dementsprechend lässt sich das Fernmeldewesen der Nachkriegszeit bis zu Beginn der 1980er Jahre nach drei Ebenen untergliedert betrachten:

1.) Die Installation und der Betrieb der *Fernmelde- bzw. Telekommunikationsnetze* „wurde traditionellerweise in Europa als Aufgabe der öffentlichen Fernmeldeverwaltung angesehen, die – zusammen mit den Postdiensten – als Teil des öffentlichen Dienstes eine gesellschaftliche Infrastrukturleistung zur Verfügung stellt, für die eine Gebühr zu entrichten ist.“ (Huffs Schmid 1994, 54) Bis Ende der 1970er Jahre war das Fernmeldewesen in Europa im Rahmen eines solchen öffentlichen Versorgungsauftrages artikuliert, der am günstigsten durch ein „natürliches Staatsmonopol“<sup>149</sup> zu erbringen sei und einer umfassenden politischen Regulierung unterworfen war. Die technische Kommunikationsinfrastruktur „sollte in erster Linie eine effiziente Staatsverwaltung, politische Kontrolle, militärische Aufklärung und Befehlsstrukturen sichern und in zweiter Linie die Kommunikation der Mitglieder der Gesellschaft – einschließlich ihrer Unternehmen – über größere Entfernungen hinweg möglich machen.“ (Huffs Schmid 1994, 96f)

Dazu war neben einer flächendeckenden Versorgung auch der Anschluss aller Menschen, Unternehmen, Institutionen eines Landes zu erschwinglichen und gleichen Preisen zu gewährleisten. Dieser öffentliche Versorgungsauftrag wurde im Rahmen des sogenannten „universal service“-Gebotes<sup>150</sup> umgesetzt.

Die nationalen Fernmeldeverwaltungen waren bis zum Ende der 1980er Jahre „kaum eigenständig im internationalen Übertragungsgeschäft engagiert. Grenzüberschreitende Telekommunikation wurde bis an die Grenzen transportiert und dort an die Telefongesellschaften der Nachbarländer abgegeben. Konkurrenz zwischen den Telefongesellschaften fand so nicht statt.“ (Huffs Schmid 1994, 67) Die von Nation zu Nation unterschiedlichen technischen Standards, Anschlussnormen und Leistungsdefinitionen

---

<sup>149</sup> Ein „natürliches Monopol“ bedeutet in diesem Zusammenhang, dass die Bereitstellung dieser öffentlichen Infrastruktur kostengünstiger von nur einem Anbieter erbracht werden könnte als in einem System mit mehreren Wettbewerbern. Insofern wurde die Etablierung von Konkurrenz- und Marktverhältnissen zunächst politisch unterbunden.

<sup>150</sup> Dieses Konzept war in den USA in den 1930er Jahren in der Folge der Great Depression und des New Deals entstanden und sah vor, durch ein System von Quersubventionierungen die gesamtgesellschaftliche Vernetzung zu gleichen und erschwinglichen Preisen zu ermöglichen.

fungierten dabei quasi als non-tarifliche Marktzugangsbeschränkung für fremde Hersteller und Dienste-Anbieter. „Anfangs berühren sich die nationalen Telekommunikationssysteme lediglich durch die internationalen Kommunikationsverbindungen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 152)

2.) Die für die Nutzung der nationalen Fernmeldenetze erforderliche „hardware“ wurde von überwiegend privaten Unternehmen industriell produziert. Aufgrund der Fragmentierung des Weltmarktes entlang nationalstaatlicher Grenzen waren diese Unternehmen als „Hoflieferanten“ abhängig von der Nachfrage „ihrer“ nationalen Fernmeldeverwaltungen.

„Sowohl sicherheits-, als auch industrie- und beschäftigungspolitische Erwägungen gelten als Gründe dafür, dass die wichtigsten Komponenten der Telekommunikationsanlagen und -netze im eigenen Land hergestellt werden und der Betrieb von Telekommunikationsnetzen staatlicher Kontrolle unterliegt. Da die Netze nach unterschiedlichen nationalen Entwicklungsvorstellungen konzipiert sind, werden die Geräte und Komponenten für die spezifischen Anforderungen eines bestimmten nationalen Netzes produziert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 152)

Diese nationalen staatlich-privaten Telekommunikationskomplexe waren über jahrzehntelange, kontinuierliche Geschäftsbeziehungen und ein enges Netz symbiotischer Verbindungen zwischen staatlichen Fernmeldeverwaltungen und den überwiegend privaten Konzernen engmaschig miteinander verknüpft (vgl. Hufschmid 1994, 54 und 96f).

Neben der Produktion von Endgeräten (Telefon, Faxgerät, usw.) und Übertragungsmedien (Kabel, Funkanlagen) bestand der wirtschaftliche Kernbereich für die Gerätehersteller vor allen Dingen in der Produktion von Schalt- und Vermittlungszentralen. Aufgrund der unterschiedlich artikulierten Abhängigkeit von der staatlichen Nachfrage herrschten „für die verschiedenen Produktgruppen (...) unterschiedliche Grade an Konkurrenz und Konzentration: Mehr Konkurrenz bei den Endgeräten, weniger bei Vermittlungszentren.“ (Hufschmid 1994, 54)

Den Monopolen oblag die umfassende Kontrolle über alle technischen Funktionen des öffentlichen Fernmeldenetzes. Über die Einbindung der Industrie in die Formulierung von mittel- und längerfristigen Entwicklungsstrategien und gegenseitiger Kooperation in der technologischen Entwicklung konnte durch eine umfassende Standardisierung nicht nur die Kompatibilität der einzelnen Systemkomponenten,<sup>151</sup> sondern auch die Bedingungen für eine kostengünstige Massenproduktion für die nationale Nachfrage gewährleistet werden.

„Die bis in die 70er Jahre hinein vorherrschende elektromechanisch-analoge Fernmeldetechnik erfordert eine präzise Abstimmung der Funktionen der Vermittlungs-, Übertragungs- und Endeinrichtungen für den Ortsverkehr über die Fernvermittlung bis zu den internationalen Verbindungen – zu einem hierarchisch aufgebauten Gesamtsystem. Diese eindeutige Aufteilung der Netze in unterschiedliche Ebenen, die über die zentralen Vermittlungsknoten und Weitverkehrsstrecken zu einem funktionierenden Gesamtsystem verbunden sind, ist eine wesentliche Voraussetzung für die umfassende Standardisierung von fernmeldetechnischen Ausrüstungsgütern

---

<sup>151</sup> Nicht-kompatible Geräte wurden gesetzlich ausgeschlossen.

und ihre kostengünstige Massenproduktion (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 152; vgl. Lüthje 1997, 39)

3.) Bei den über die Fernmeldenetze und an diese angeschlossenen Geräte angebotenen *Diensten* bzw. Anwendungen lassen sich grundsätzlich Basisdienste von sogenannten Mehrwertdiensten unterscheiden.<sup>152</sup> Bis in die 1970er Jahre ging es hier vor allen Dingen um die Sprachtelefonie, die im Rahmen des „universal service“<sup>153</sup> angeboten wurde und deshalb nicht bzw. kaum marktmäßig organisiert war (Huffs Schmid 1994, 55).

Diese Dreigliederung der nationalen Telekommunikationsstrukturen in staatliche beaufsichtigte, monopolartige Fernmeldeverwaltungen, einer national orientierten Zulieferer- und Herstellerindustrie und einem – neben der als „universal service“ organisierten öffentlichen Versorgungsinfrastruktur „Sprachtelefonie“ – zu diesem Zeitpunkt nur in Ansätzen entwickelten Markt für Basis- und Mehrwertdienste hatte die mehr oder weniger vollständige vertikale Integration von Fernmeldemonopol und führenden nationalen Herstellerunternehmen zur Folge. Einen Markt im engeren Sinne gab es nur bei den Geräteherstellern, aber auch dieser war in hohem Maße abhängig von der jeweiligen nationalen Telekommunikationsstrategie, die von einer langsamen und schwerfälligen staatlichen Behörde umgesetzt werden sollte. „Lange Zeit weist die Telekommunikation ein hohes Maß an technischer, politisch-institutioneller und ökonomischer Berechenbarkeit sowie Stabilität auf. Die wenigen Dienste – Telegraf, Telefon, Telex – laufen jeweils über spezifische Netze und umfassen eine recht geringe Zahl von Endgeräten.“ (Schaper-Rinkel 2003, 151)

Bis zum Ende der 1970er Jahre gab es einen „Weltmarkt“ für Telekommunikation nur als Summe der nationalen Monopole und nationalen Produktionskartelle.

„Der Telekommunikationsweltmarkt der Nachkriegsära ist ein markantes Beispiel für das durch die Regulierungs- und Technologiepolitik der Nationalstaaten hindurch organisierte System internationaler Konkurrenz. Das strukturbestimmende Element der Weltmarktentwicklung waren die nationalen Fernmeldemonopole der Industrieländer, die in der fordistischen Epoche als „natürliche Monopole“ angesehen wurden (...) und als solche die zentrale politische Institutionalisierungsform der Produktions- und Tauschnorm des „universal service“ im Fernmeldewesen bildeten (...). Die

---

<sup>152</sup> Letztere sollten aber erst mit der Ende der 1980er einsetzenden Digitalisierung und der Liberalisierung des Dienstewettbewerbs an Bedeutung gewinnen. Noch im Jahre 1994 ist die von Huffs Schmid umschriebene Fülle der über die technische Infrastruktur der Fernmeldenetze ermöglichten Kommunikationsdienste recht dünn und kein Vergleich zu der Fülle von Dienstleistungen, die über das heutige Internet angeboten werden: „Sie reicht vom privaten Gespräch über geschäftliche und behördliche Informationen bis zu militärischen Anweisungen (...).“

<sup>153</sup> Ad „universal Service“: der öffentliche Versorgungsauftrag der staatlichen Telekommunikationsbetreiber sah in der Regel die Bereitstellung eines Universaldienstes vor. Nicht nur sollte das ganze nationale Territorium von einer Telekommunikationsinfrastruktur erschlossen werden, auch sollten alle BürgerInnen für gleiche, erschwingliche Preise miteinander bzw. untereinander verbunden werden. Da eine Telefonleitung in eine einsame Bergalm aber nur ungleich teurer zu legen ist, als in ein Reihenhaus einer Großstadt, wurde dieses Problem durch unterschiedliche Methoden der Quersubventionierung gelöst, so dass im Einheitspreis für einen Telefonanschluss die außerordentlichen Kosten bereits enthalten waren. Ebenso wurde zwischen den Netzen für Ortsgespräche und Ferngespräche verfahren: die höheren Kosten für letztere subventionierten den Ausbau ersterer.

Strukturierung des Weltmarktes durch die Form des „natürlichen Monopols“ sorgte dafür, dass das Fernmeldewesen in der fordistischen Epoche zwar zu einem quasi nahtlosen, weltweit funktionierenden technischen Verbundsystem heranwachsen konnte, die Branchenkonkurrenz aber von hochgradig abgeschotteten Binnenmärkten, strikt national definierten Technolgienormen und relativ unterschiedlich strukturierten industriellen Akteuren beherrscht wurde.“ (Lüthje 1997, 38)

Während der Aufbau eines national einheitlichen Netzes also durch eine enge Koordinierung durch verschiedene staatliche und nicht-staatliche Einrichtungen betrieben wurde, „funktionierte die internationale Koordination andererseits dadurch, dass sich die verschiedenen nationalen Fernmeldeverwaltungen in internationalen Standardisierungsgremien auf Schnittstellen einigten, die die unterschiedlichen nationalen Netze für den internationalen Fernsprechverkehr miteinander verbanden.“ (Lüthje 1997, 27) „Die zentrale politische Regulierungsform der Weltmarktkonkurrenz bildeten in diesem Kontext die internationalen Koordinierungsgremien der Post- und Fernmeldeverwaltungen.“ (Lüthje 1997, 41)

Im Jahr 1956 fusionierten die beratenden Ausschüsse der ITU für den Fernsprechverkehr und für die Telegrafie zum Internationalen beratenden Komitee für den Telegraphen- und Telefondienst (Comité Consultatif International des Radiocommunications, CCITT) (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 150; vgl. Genschel/Werle 1996, 396ff). Das CCITT arbeitete in Studienkommissionen Empfehlungen zur Ermöglichung des internationalen Fernsprechverkehrs aus, von den scheinbar technischen Fragen der internationalen Standardisierung und gemeinsamen Kompatibilitätsstandards bis hin zu der Regelungen zu den internationalen Fernmeldetarifen in Bezug auf Telegrafie und Telefonie.

Da in den Kommissionen und der Vollversammlung der CCITT alle Mitglieder der ITU teilnehmen konnten – neben den Fernmeldeverwaltungen der Mitgliedsländer auch die staatlich anerkannten, privaten Netzbetreiber,<sup>154</sup> fand die Regulierung der Telekommunikation allerdings nicht mehr im Rahmen internationalen Rechts und unter formaler Gleichberechtigung sowie der Berücksichtigung der nationalen Souveränität statt. Damit aber kam den vormals informellen Machtfaktoren zunehmend eine institutionelle Bedeutung zu:

„Wirtschaftliche Macht (über große und entwickelte Märkte), wissenschaftliche Expertise, die über die Beratung der entsprechenden Gremien wirkt, und die Informalisierung der internationalen Regulierungsmuster gewinnen an Gewicht. Hier zeigt sich zugleich ein erstes Moment der Privatisierung, denn es sind die Standards von führenden *National Players*, die in dieser Arena durchgesetzt werden. Technische Dominanz und ökonomische Macht sowie die Produktion von Hegemonie treten an die Stelle der Vertragsdiplomatie.“ (Schaper-Rinkel 2003, 151)

Mit der 1959 gegründeten Conférence Européenne des Administrations des Postes et des Télécommunications (CEPT) gab es zwar auch ein gemeinsames Forum der europäischen Post- und Fernmeldeverwaltungen, aber hier wie auch in den industriellen

---

<sup>154</sup> Dadurch wurden auch Länder wie die USA, in denen Netzmonopol bei privaten Unternehmen liegt, eingebunden (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 150).

Standardisierungs- und Normierungsorganisationen ISO und IEC (vgl. Lüthje 1997, 41) wurde vornehmlich über die Leitlinien der technischen Orientierung verhandelt.

„Ansonsten verbleiben die Post- und Telegrafenvverwaltungen der einzelnen Länder mit ihren Diensten auf ihrem nationalstaatlichen Territorium und stehen somit in keinem Konkurrenzverhältnis zueinander, sondern stärken durch diese Form der Zusammenarbeit ihre territoriale Monopolstellung. Internationale politische Kooperation verhindert in diesem Fall eine stärkere europäische Integration.“ (Schaper-Rinkel 2003, 155)

#### **d. ...und ihre Krise**

Ab Mitte der 1970er Jahre veränderten sich die Voraussetzungen für die über Jahrzehnte relativ stabile Nachkriegskonstellation in der Telekommunikation, die ab Mitte der 1980er Jahre zu radikalen Veränderungen in der Organisation der bis dahin weitgehend im nationalen Rahmen organisierten Telekommunikationssysteme führen sollten.

Der technisch-ökonomische „Paradigmenwechsel“ im Telekommunikationswesen wurde „von den im nationalen und transnationalen Kontext herrschenden politisch-ökonomischen Kräfteverhältnissen bestimmt (...)“ (Lüthje 1997, 47), die aus der Krise der fordistischen Institutionalisierungsformen die post-fordistisch-neoliberale“ Restrukturierung auch der Kommunikationssektoren artikulieren sollten (vgl. Lüthje 1997, 47). Ausgangspunkte sind verschiedene volkswirtschaftliche Wahrnehmungen, dass sich die ökonomischen Grundlagen der Industriegesellschaften verschieben.

##### ***Die „Informatisierung der Gesellschaften“***

Der Diskurs um die „Informationsgesellschaft“ im engeren Sinne, also unter der bewussten Verwendung ebendieses Begriffes hat seine Ursprünge zum einen in den volkswirtschaftlichen Studien zur „postindustriellen Gesellschaft“, Dienstleistungs- oder Wissensgesellschaft (Bell, Umesao, etc.) der späten 1960er bzw. frühen 1970er Jahre, zum anderen auf die informationsökonomischen Studien über die „Informatisierung der Gesellschaften“ (Machlup, Porat, Nora/Minc) ab Anfang der 1960er Jahre, deren Evidenz sich allerdings erst ab der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – mit dem Aufstieg der IKT in das Herz einer sich restrukturierenden kapitalistischen Weltwirtschaft – so evident herstellen sollte.

Bereits in den 1960er und 1970er Jahren wurde in soziologischen und volkswirtschaftlichen Diskursen (vor allen Dingen in den USA und Japan) ein Wandel in der Beschäftigungsstruktur der Industriegesellschaften festgestellt. Neben den traditionellen drei Wirtschaftssektoren<sup>155</sup> waren mittlerweile eine erheblich Zahl von Arbeitskräften in einem vierten Sektor mit der Schaffung, Verteilung, Bewertung etc. von „Informationen“ beschäftigt. Den divergierenden Auffassungen, Studien und Interpretationen gemein war die These, dass sowohl „Wissen“ als auch „Information“ nicht nur enorm an Bedeutung gewinnen würden,

---

<sup>155</sup> Klassischerweise wie folgt aufgeschlüsselt: primärer Sektor: Landwirtschaft und Bergbau; sekundärer Sektor: Industrie und Handwerk; tertiärer Sektor: Dienstleistungen

sondern sich damit auch die Industriegesellschaften zu „postindustriellen Gesellschaften“ transformieren würden.<sup>156</sup>

Im Rahmen seiner Studie „The Production and Distribution of Knowledge in the United States“ versucht der US-amerikanische Volkswirtschaftler Fritz Machlup im Jahr 1962, die sogenannte „Informationsökonomie“ anhand der informationellen Eigenschaften von bestimmten Gütern wie auch anhand des informationellen Gehalts von bestimmten produktiven Tätigkeiten im Rahmen einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung quantitativ zu bestimmen. Sein Ziel war keineswegs die Theoretisierung einer „Wissensgesellschaft“, sondern eine Reflexionsmatrix für die Reform der Bildungssysteme zu schaffen. Insofern fasst Machlup „Wissen“ und „Information“ als zwei Seiten derselben Medaille. Dabei unterscheidet er zwischen den Informationsproduzenten (d.h. den "transformers, transporters, processors, interpreters, analysers, and original creators of communications of all sorts") und den Informationsbenutzern, worunter er nur solche Berufe fasst, deren Tageswerk tatsächlich hauptsächlich darin besteht, Information zu benutzen bzw. zu verbreiten.

Die Urheberschaft für den Begriff „Informationsgesellschaft“ selbst bleibt zwar umstritten, wird aber zumeist dem Japaner Tadao Umesao zugeschrieben, der bereits im Jahr 1963 den soziologischen Wandel im Rahmen einer Stufentheorie – analog zum evolutionären Wandel der Natur – beschrieben hatte. „Dabei führt er den Begriff der "Joho Sangyo Ron" (Die Informationsindustrien) in die Debatte ein. Kohyuma erweitert das Konzept - auch in Kenntnis der amerikanischen Theorien der Informationsökonomie - und definiert eine "Joho Shakai" (Informationsgesellschaft) als "eine Gesellschaft, die aus der Industriegesellschaft entsteht, aber durch eine Informationsrevolution und die zentrale Bedeutung der Informationsverarbeitung gekennzeichnet ist" (Hensel 1990, 48). Diese Definition wird später durch Youichi Ito (1980) aufgegriffen und durch aktuelle Tendenzen (Segmentierung von Information in der Mediengesellschaft) ergänzt.“<sup>157</sup>

Die Wahrnehmung epochaler Veränderungen in den Volkswirtschaften und Gesellschaften der industrialisierten Länder tritt besonders deutlich in dem von Alain Touraine unternommenen Versuch einer Abstandsbestimmung des „vor unseren Augen entstehenden Gesellschaftstyps“ von der Vergangenheit zutage:

„Man wird sie postindustrielle Gesellschaften nennen, wenn man die Entfernung kennzeichnen möchte, die sie von den Industriegesellschaften trennt, die ihnen vorausgegangen sind und sich noch heute in ihren kapitalistischen ebenso wie sozialistischen Formen mit ihnen vermischen. Man wird sie technokratische Gesellschaften nennen, wenn man ihnen den Namen der Macht geben möchte, die sie beherrscht. Man wird sie programmierte Gesellschaften nennen, wenn man versucht,

---

<sup>156</sup> In diesem Zusammenhang zu nennen sind: "Knowledge Economy" (Machlup 1962), "Joho Sangyo Ron" bzw. "Joho Shakai" (Die Informationsindustrien bzw. Informationsgesellschaft) (Umesao 1963), "Global Village" (McLuhan 1964), „Informierte Gesellschaft“ (Steinbuch 1968, Haefner 1980 u.a.), "Post-Industrial Society" (Touraine 1971, Bell 1973), "Superindustrial Society" (Toffler 1971), "Information Economy" (Porat 1977), "Telematic Society" (Nora/Minc 1978), "Third Wave" (Toffler 1980) und auch die „Dienstleistungsgesellschaft“ (Bell 1979) (vgl. Latzer 1997, 35; vgl. Beniger 1986, 4f). Im Rahmen dieser Diskurse sollte auch das Leitbild der „Informationsgesellschaft“ entstehen.

<sup>157</sup> <http://viadrina.euv-frankfurt-o.de/~sk/SoSe97/infosoc/InfosocDefII.html#anchor1499899>, <https://archive.is/cL38W>

sie zunächst durch die Natur ihrer Produktionsweise und ihrer Wirtschaftsorganisation zu definieren. Dieser letztere Terminus scheint mir der brauchbarste zu sein, weil er am unmittelbarsten die Natur der Arbeit und der ökonomischen Tätigkeit anzeigt.“ (Touraine 1972, 7, zitiert nach: Mattelart 2003, 80)

Der prominente Vertreter dieser Vorläufer-Konzepte der Informationsgesellschaft geht aber sicherlich auf das im Jahr 1973 erschienene Werk „The Coming of Post Industrial Society“ von Daniel Bell zurück.

„Indem er in den Vereinigten Staaten zu beobachtende strukturelle Tendenzen (trends) extrapoliert, konstruiert er den Idealtypus einer künftigen Gesellschaft, die einer fünffachen Mutation unterworfen ist: Verlagerung der ökonomischen Hauptkomponente (Übergang von einer Güter produzierenden zu einer Dienstleistungsgesellschaft); strukturelle Verschiebung bei den Berufen (vorrangige Bedeutung einer professionalisierten und technisch qualifizierten Berufsklasse); neue zentrale Funktion theoretischen Wissens als Quelle von Innovationen und Ausgangspunkt gesellschaftlich-politischer Programmatik; im Hinblick auf die Entscheidungsfindung Aufschwung einer neuen „intellektuellen Technologie.“ (Mattelart 2003, 74)

Der Wandel der Industriegesellschaften zu postindustriellen Gesellschaften ist für Bell nicht nur eine Frage von Technologie und Ökonomie. Die energiebetriebene Maschinentechologie der Industriegesellschaft und die Produktion von materiellen Gütern werde zunehmend durch die Produktion von Dienstleistungen abgelöst, insofern neben der Maschinentechologie nun auch noch „die auf Information beruhende ‚intellektuelle Technologie‘ aufkommt“ (Bell 1973, 113), wird das Spiel gegen die Natur bzw. technisierte Natur durch das „Spiel zwischen Personen“ abgelöst, in der nachindustriellen Gesellschaft „zählt weniger Muskelkraft oder Energie als Information“ (Bell 1973, 131).

Damit würde auch die im Rahmen der taylorisierten Massenproduktion organisierte Arbeiterklasse der Industriegesellschaft (und ihre politischen Repräsentationsformen) durch eine sogenannte "knowledge class" abgelöst, die sich rund um die Institutionen von Erziehung, Bildung, Dienstleistungen, informationellem Sektor, Gesundheits-, Kultur- und Freizeitindustrie organisiert.<sup>158</sup> „Im Mittelpunkt der neuen Beziehung steht die Begegnung oder Kommunikation und die Reaktion des Ich auf den Anderen und umgekehrt (...). Und

---

<sup>158</sup> Diese Wahrnehmung epochaler Veränderungen ist geprägt von der Theorie über die Massengesellschaft und damit verbunden, der These vom Ende der Ideologien. Bereits im Herbst 1955 wurde auf dem (von der CIA finanzierten) internationalen Kongress „Die Zukunft der Freiheit“ (Teilnehmer u.a. waren Friedrich A. von Hayek und Daniel Bell) das „Ende der Ideologie, das Ende der Politik, das Ende der Klassen und des Klassenkampfes, aber auch das Ende des kritischen Intellektuellen wie überhaupt das Ende allen Engagements“ (Mattelart 2003, 71) proklamiert. Bereits 1960 veröffentlichte Daniel Bell „The End of Ideology“, sein Entwurf einer postindustriellen Gesellschaft ist zugleich auch der einer postideologischen: der Gegensatz von Kapital und Arbeit werde durch neue soziale Herrschaftsformen überlagert; womit nicht nur Begrifflichkeiten wie „Ausbeutung“, „Klassenkampf“ und „Arbeiterklasse“ an Bedeutung verlören, auch die Arbeitswerttheorie sei fortan durch eine „Wissenswerttheorie“ (knowledge theory of value) zu ersetzen. Motor der ökonomischen Entwicklung sei fortan die „Innovation“, d.h. Wissen und Information, nicht Arbeit. In diesem Sinne „unideologisch“ betreibt Daniel Bell seine Studien zu den Auflösungserscheinungen der Strukturen und Institutionen der industriellen Gesellschaft als soziale Zukunftsforschung mit dem durchaus bescheidenen Anspruch, eine gesellschaftliche Debatte über die Entwicklungsmöglichkeiten und Zukunftstrends der industriellen Gesellschaft aufzuzeigen.

dieser Umstand, d.h. die Tatsache, dass die Individuen neuerdings miteinander reden, statt auf eine Maschine zu reagieren, ist grundlegend für die Arbeit in der nachindustriellen Gesellschaft.“ (Bell 1973, 164) „Wissen“ fungiere als axiales Prinzip der nachindustriellen Gesellschaft, um das „sich die neue Technologie, das Wirtschaftswachstum und die Schichtung der Gesellschaft organisieren werden“ (Bell 1973, 112f).<sup>159</sup> Wissenschaftler rückten in das Zentrum der Macht, zum „Hauptproblem der nachindustriellen Gesellschaft“ werde die Organisation der Wissenschaften: „Die nachindustrielle Gesellschaft ist in zweifacher Hinsicht eine Wissensgesellschaft: einmal, weil Neuerungen mehr und mehr von Forschung und Entwicklung getragen werden (...); und zum anderen, weil die Gesellschaft (...) immer mehr Gewicht auf das Gebiet des Wissens legt.“ (Bell 1973, 214)

Neben der „Wissensgesellschaft“ charakterisiert Bell die nachindustrielle Gesellschaft auch als „Informationsgesellschaft“ (Bell 1973, 343), wobei er diesen Begriff allerdings noch weitestgehend unspezifisch führt und auch die für ihn durchaus relevanten Fragen nach Informationsverarbeitung und -übermittlung noch nicht in einen engeren Zusammenhang mit den Informations- und Kommunikationstechnologien stellt (vgl. Bell 1973, 343ff).

Kurz nach der Veröffentlichung von „The Coming of Post Industrial Society“ veröffentlichte Marc Porat im Jahr 1977 seine Dissertation (sic!) zur Definition und Messung der „Ökonomie der Information“. Anhand der Unterscheidung der vier Sektoren Agrikultur, Industrie, Dienstleistungen und Information konnte Porat für die quantitative Zusammensetzung des US-amerikanischen Arbeitsmarktes nachweisen, dass die Dominanz der Agrikultur ab 1905 durch die Industrie abgelöst worden war, diese seit 1955 jedoch wiederum durch einen wachsenden Informationssektor abgelöst worden ist.<sup>160</sup> Anders als bei Machlup fasst Porat den Informationsbegriff nun allerdings enger und fokussiert ihn auf „Informationssysteme“, die er in unterschiedlichen ökonomischen Subsektoren identifizierte, mit dem Ergebnis: „(...) Bereits im Jahre 1967 betrug die Information 46% des Bruttosozialproduktes der Vereinigten Staaten, 53% der Angestellten waren in diesem Bereich beschäftigt.“ (Mattelart 2003, 61)

Die Studie von Marc Porat markiert einen Meilenstein in der Analyse der informationellen Ökonomie, da mit ihr eine wissenschaftlich legitimierte Matrix für Berechnungen vorgelegt wurde, „die den verantwortlichen Politikern als Grundlage für den Entwurf entsprechender politischer Konzepte dienen konnte.“ Um in ihren Mitgliedstaaten vergleichbare Studien zur Informatisierung der Gesellschaften anzuregen<sup>161</sup>, nutzt im Jahr 1975 mit der Organisation for Economic Cooperation and Development (OECD) erstmals eine internationale Institution den Begriff „Informationsgesellschaft“. Fortan wird er immer wieder „sporadisch als eine

---

<sup>159</sup> In "Age of Discontinuity" (1969) identifiziert Peter Drucker „Wissen“ gar als wichtigsten Produktionsfaktor, der analog zu der „Energie“ in den industriellen Gesellschaften nur in ihrer Anwendung sichtbar würde (vgl. Drucker 1969, 252). Wissen in diesem Sinne sei nicht dem Dienstleistungssektor zuzuschlagen, sondern als primärer Industriesektor zu begreifen (vgl. <http://viadrina.eu-vo-frankfurt-o.de/~sk/SoSe97/infosoc/InfosocDefll.html>)

<sup>160</sup> Vgl. Siochrú 1997

<sup>161</sup> Daraus wird u.a. der Nora/Minc Report hervorgehen.

Kategorie auftauchen, mit der die Zukunftsträchtigkeit von Computertechnologie und elektronischer Datenverarbeitung analytisch gefasst werden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 11)<sup>162</sup>

Der in den Entwürfen von Bell, Porat und anderen eingeschriebene, reduktionistische Glaube an ein lineares, von Fortschritt und Wachstum geprägtes Geschichtsbild, wonach „die Wellen der Innovation und des sozialen Wandels von oben nach unten verlaufen, von den zentralen Sendeanlagen der technischen Elite zu den Bürgern, von den Gesellschaften, die das fortgeschrittenste Stadium der „Modernisierung/Entwicklung“ erreicht haben, zu den Gesellschaften auf einer niedrigeren Stufe“ (Mattelart 2003, 78), wurde bereits während der 1970er Jahre im Rahmen der Debatten um einen Kulturimperialismus und eine Neue Weltkommunikationsordnung als „Verwestlichung“ (westernization) kritisiert.

Die These von der postindustriellen Gesellschaft verschweige zudem die Probleme der Gegenwart bzw. verkläre diese als Geburtshelfer einer besseren Zukunft: „By emphasizing discontinuity, however, it was the rather dismal visage of the *present* that was obscured.“ (Schiller 1988, 31) Die Kontinuität mit der Gegenwart hingegen (die Bedeutung bspw. der Weltwirtschaftskrise oder des Vietnamkrieges) wurde angesichts der an die Tür klopfenden, glänzend-neuen Epoche unter den Teppich gekehrt. „Rather than attempting to contextualize the important changes in the information sector that they did identify within these determining circumstances, the postindustrialists chose to abstract from them.“ (Schiller 1988, 31) Die These einer unideologischen bzw. ideologiefreien Intelligenz, die technokratische Problemlösungen und optimale Steuerung verspricht, deren funktionelle Rationalität sich auf Algorithmen und formale Regelsysteme zurückführen lässt, ja überhaupt der „chilastische Diskurs über den Cyberspace verschließt sich (...) der Frage nach der gesellschaftlichen Konstruktion der Funktions- und Gebrauchsweisen der neuen intelligenten Werkzeuge und leugnet damit gerade die konkrete Geschichtlichkeit der Aneignungsweisen von Technik.“ (Mattelart 2003, 68)

Gleichwohl muss gesagt werden, dass weder Bell noch Porat ein dezidiert marktradikales oder technikzentriertes Programm verfolgten. Binnen einer Dekade jedoch – katalysiert durch die Weltwirtschaftskrise und vor allen Dingen durch die Strategien von Unternehmen und Regierungen im Umgang mit dieser – sollte sich das von utopischen Überhöhungen und spekulativen Extrapolationen gefärbte Narrativ einer „Informatisierung“ der kapitalistischen Gesellschaften auf den Zusammenhang von Wettbewerbsfähigkeit und Informations- und Kommunikationstechnologien verengen.

---

<sup>162</sup> 1977 führt das US-amerikanische Computer- und Bürotechnologieunternehmen IBM einen Werbefeldzug rund um den Begriff „Informationszeitalter“. Die „Informationsgesellschaft“ bzw. die Implikationen eines Übergangs in diese für das „Überleben“ der europäischen Industrie sind eines der drei Leitthemen (neben Arbeit/Beschäftigung und Biotechnologien) des bereits im Jahr 1978 angelaufenen, zunächst fünfjährigen europäischen Versuchsprogramms *Forecasting and Assessment in the Field of Science and Technology* (FAST) (Mattelart 2003, 102). Aus diesem Programm zur Vorausschau und Bewertung der technologischen Entwicklung sollten das *Strategic Programme for Innovation and Technology Transfer* (SPRINT, ab 1983), das *Research and Development in Advanced Communication Technologies in Europe* (RACE, ab 1985) und insbesondere das *European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology* (ESPRIT, mit dem ersten Forschungsrahmenprogramm ab 1984) hervorgehen (vgl. [http://cordis.europa.eu/search/index.cfm?fuseaction=prog.document&PG\\_RCN=176328](http://cordis.europa.eu/search/index.cfm?fuseaction=prog.document&PG_RCN=176328)).

## ***Die Weltwirtschaftskrise als Katalysator***

David Hesmondalgh streicht die Bedeutung der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre als „Anfangspunkt“ einer Entwicklung heraus, die nicht weniger als zu einer vollständigen Umwälzung der bis dahin relativ stabilen Kommunikationsordnung der Nachkriegszeit führen sollte.<sup>163</sup>

„In my view, the most promising starting point for understanding changes in the cultural industries is the Long Downturn which affected much of the world from the late 1960s onwards. A number of accounts (...) have shown how corporations and governments responded to this economic crisis in a number of ways, in an attempt to fix the problem.” (Hesmondalgh 2002, 84)

Die maßgebliche Bedeutung der Medien und Telekommunikation im Zusammenhang mit dem Thema ‚Globalisierung‘ wird heute zwar regelmäßig und wie selbstverständlich hervorgehoben. Dabei wird zumeist auf die Bedeutung der Technologieentwicklung für die Internationalisierung der ökonomischen Prozesse oder auf die globale Verbreitung von Kulturprodukten (vgl. Held et al. 1999, 327) verwiesen, eine tiefergehende Analyse des Zusammenhanges Telekommunikation und Globalisierung erfolgt dann aber in der Regel nicht. Dabei sind, wie in den folgenden Abschnitten deutlich werden soll, die globale Ausbreitung einer neoliberalen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung und die Internationalisierung der Telekommunikation zwei integral miteinander verschränkte Prozesse. Es sind gerade die Reaktionen auf diese strukturelle bzw. organische Krise, die z.T. ineinander greifenden Strategien in Gang setzen, die nicht nur dem Projekt „Globalisierung“ seine spezifische Struktur ausprägten, sondern auch die Voraussetzungen für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ schaffen sollten. Mit der Deregulierung und Privatisierung dieser Sektoren bereits ab Anfang der 1980er Jahre wurden wiederum bereits die Grundakkorde des Leitmotivs „Neoliberalismus“ angeschlagen, über welches dann später verschiedenste Variationen ausgearbeitet werden sollten.

Auch wenn, oder gerade weil in der wissenschaftlichen Literatur mittlerweile eine relative Einigkeit darüber herrscht, dass der heutigen Globalisierung ihre spezifische Form von verschiedenen, ineinandergreifenden und krisenhaften Entwicklungen der 1970er Jahre aufgeprägt wurde, wird um die Definition dieser „Weltwirtschaftskrise“, die Bedeutung ihrer einzelnen Dimensionen, ihre primären Ursachen sowie letztendlichen Folgen bis heute gestritten. Genannt werden in diesem Zusammenhang u.a. die Krise der Weltwirtschaft, die Überakkumulationskrise bzw. die Erschöpfung des fordistischen Paradigmas, der Ölpreisschock; der Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems, der Bruch des Goldstandards und die Inflation; die Verschiebungen in den Sozialstrukturen und den

---

<sup>163</sup> Gleichzeitig warnt Hesmondalgh aber davor, die ökonomische Dimension zum alleinigen Bewegungsgesetz des Folgenden zu verabsolutieren: “In beginning my narrative from an economic event, am I guilty of economic reductionisms? No, because I use the term ‘starting point’ advisedly here. The economic crisis was itself produced in part by social, cultural, organisational and technological factors. There is no single point of origin to the chain of cause and effect. The Long Downturn serves as a catalyst to accelerate and consolidate certain processes already underway” (Hesmondalgh 2002, 84).

gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen, vor allem die Zerschlagung der institutionellen Stärke der Arbeiterbewegung, die Abkehr vom nachfrageorientierten Staatsinterventionismus der Nachkriegszeit sowie die drastischen Kürzungen der sozialstaatlichen Spielräume; aber auch das Desaster des Vietnamkriegs und die damit verbundene Erosion der US-Hegemonie sowie die politisch-kulturellen Rebellionen der 1960er Jahre und die folgenden politischen Niederlagen der organisierten Linken sowie das Versagen der Sozialdemokratie angesichts der Massenarbeitslosigkeit. Die ökonomische Krise der 1970er Jahre katalysierte demnach bereits vorgängige Prozesse und induzierte komplexe Veränderungen in polit-ökonomischen Prozessen, die zwar in dem münden sollten, was ab den 1980er Jahren unter dem Namen ‚Globalisierung‘ verhandelt wurde, die als solche aber nicht auf eine kongruente Krisenwahrnehmung oder auch Strategie zurückzuführen ist.

Der Versuch, eine angemessene Skizze der intellektuellen Landschaft dieser Debatte zu zeichnen oder gegenüber diesem nur schwer entwirrbaren Problemkomplex einen gar tragfähigen eigenen Begriff dieser Krise zu entwickeln, würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen. Gleichwohl sollte festgehalten werden, dass die Ablösung einer alten durch eine neue ökonomische Ordnung nicht einfach durch den „technologischen Fortschritt“, den Aufstieg einer politischen Ideologie wie der des marktradikalen „Neoliberalismus“ oder durch ökonomische Sachzwänge wie der „Globalisierung“ zu erklären sind. Diese gleichwohl recht verbreiteten Erklärungsmuster sehen ab von den Polyvalenzen, Widersprüchlichkeiten, Irrtümern und Kontingenzen der politischen Auseinandersetzungen um die Organisation der Telekommunikationssysteme sowie den konkreten Bedingungs- und Akteurskonstellationen in diesen Konjunkturen, auf denen sich unterschiedliche Strategien artikulierten.<sup>164</sup> Im Folgenden muss sich daher darauf beschränkt werden, einzelne für die hier verhandelte Fragestellung relevante Aspekte aus dieser komplexen Konjunktur von unterschiedlichen Momenten herauszugreifen.

- *Krise des Fordismus: Nachfrageschub für IuK durch die Internationalisierung der Produktion*

In den industrialisierten Ländern begannen bereits Ende der 1960er Jahre die Profitraten zu sinken, auch die Rentabilitätsprognosen für Unternehmen weltweit stagnierten (vgl. Castells 2001, 100-104). „In the G-7 countries between 1970 and 1990 profits fell significantly, but especially in manufacturing. Other key economic indicators also showed a significant downturn“ (Hesmondalgh 2002, 85, vgl. auch Castells 2001, 84-104). Da für ökonomische

---

<sup>164</sup> Der distanziertere Blick des Historikers auf die Weltwirtschaftskrise der 1970er verhilft zu einem entscheidenden Hinweis – gerade auch was die Gründe für das Durcheinander der 1970er Jahre angeht: „Die Geschichte des 20. Jahrhunderts war seit 1973 die Geschichte einer Welt, die ihre Orientierung verloren hat und in Instabilität und Krise geschlittert ist. Und doch war vor den 80er Jahren nicht klargeworden, wie unwiederbringlich die Fundamente des Goldenen Zeitalters bereits zerstört waren. Erst nachdem ein Teil der Welt – die Sowjetunion und das Osteuropa des ‚real existierenden Sozialismus‘ – vollständig zusammengebrochen war, haben die entwickelten, nichtkommunistischen Regionen das globale Ausmaß der Krise erkannt oder zugegeben“ (Hobsbawm 1998, 503). Nach Frank Deppe lässt sich diese verspätete Wahrnehmung der Krise mit der Überlagerung „von alten und neuen Strukturen, von Elementen verschiedener Produktionsweisen und der ihnen korrespondierenden Arbeits- und Lebensverhältnisse“ begründen, die zu einer „für die Gegenwart charakteristischen Fragmentierung sozialer Erfahrung“ führten (Deppe 2001, 62).

Akteure unter kapitalistischen Produktionsbedingungen aber Profitabilität und Konkurrenzfähigkeit unmittelbare Überlebensbedingungen sind, befanden sich die Unternehmen angesichts eines „wirklichen oder befürchteten Rentabilitätsrückgangs“ (Castells 2001, 101) unter großem Druck, strategische Antworten auf die Krise zu finden.

Dabei konzentrierten sie sich zunächst hauptsächlich auf solche Strategien, die kurzfristig Resultate zeigten: Steigerung der Profite durch „Reduzierung der Produktionskosten, angefangen bei den Arbeitskosten; Steigerung der Produktivität; Ausweitung der Märkte; und Beschleunigung des Kapitalumschlags“ (Castells 2001, 101).

Einige dieser Strategien zielten auch auf technologische und organisatorische Innovationen ab, insbesondere im Bereich der Telekommunikation. Dabei ging es aber zunächst um evolutionäre Verbesserungen und Rationalisierungen, d.h. um die Erzielung von Effizienzgewinnen innerhalb der alten Strukturen. Das tatsächliche Potential der modernen Informations- und Telekommunikationsinfrastrukturen sollte erst zum Tragen kommen, als über die Ausnutzung der neuen Möglichkeiten auch neue Strukturen umgesetzt wurden. Aus der ökonomischen Krise der 1970er Jahre und der nachfolgenden Rezession suchten sich die Unternehmen durch die Internationalisierung der Produktion sowie der Absatzmärkte zu befreien.

Die Reorganisation der Produktionssysteme wurde vor allen Dingen über sogenannte Foreign Direct Investments, also den „Kapitaleinsatz zum Kauf und Betrieb von Fabriken, Büros, Minen und Plantagen jenseits der heimischen Märkte“ (Schiller 2009, 1) abgewickelt. Bei dieser auf Internationalisierung setzenden Wachstumsstrategie waren die informationsgesellschaftlichen Technologien von strategischer Bedeutung (vgl. Schiller 2009, 1): „M[ulti] N[ational] C[orporation]s have been at the forefront of those corporations exploiting new global infrastructures to organize international production within the firm itself.“ (Held et al. 1999, 255) Denn für die zunehmend international operierenden Unternehmen stieg der Bedarf an funktionierenden internationalen Kommunikationsnetzen, um die in unterschiedliche Unternehmensteile aufgeteilten Beschaffungs-, Produktions- und Absatzprozesse miteinander zu koordinieren.

„Bei der Umstrukturierung ihrer Produktion investierten die multinationalen Konzerne massiv in ICT als einer Schlüsseltechnologie für die Vernetzung ihrer grenzüberschreitenden Lieferketten. Die unternehmensinternen Informationssysteme mussten auf die fortlaufenden Veränderungen der Unternehmensstrategie, der politischen Rahmenbedingungen, des Marktzugangs und der Vernetzungstechnologien reagieren und entsprechend immer wieder neu angepasst werden.“ (Schiller 2009, 1; Castells 2001, 103)

Die der Telekommunikationsinfrastruktur oft übergestülpte Metapher eines „Nervensystems“ der internationalisierten Ökonomie erhält in diesem Zusammenhang ihren Sinn. Diese Koordination wurde zunächst „teils über private, teils über öffentliche Leitungen und Netze“ (Huffschmid 1994, 55) geleistet. Bald gingen die Unternehmen jedoch dazu über, die Telekommunikation aus den Unternehmensstrukturen auszulagern. Auch diese zunehmende Nachfrage nach „Netzmanagement“ wurde „teils von privaten Firmen, teils von den staatlichen Telefongesellschaften befriedigt.“ (Huffschmid 1994, 68)

Zunächst waren die großen nationalen Anbieter im Vorteil, weil sie über die Übertragungskapazitäten verfügten, die die privaten Newcomer erst noch anmieten mussten. Umso weiter die Internationalisierung der Unternehmensteile jedoch vorangeschritten war, desto höher fielen die Transaktionskosten aufgrund der Verschiedenartigkeit der unterschiedlichen Netze, ihrer technischen Standards und ihrer In-/Kompatibilitäten gerade bei komplexer werdenden Kommunikationsvorgängen ins Gewicht. Für das reibungslose Funktionieren war es also vorteilhaft, wenn diese Systeme aus einer Hand kommen (Huffs Schmid 1994, 97). Solche internationalen Kommunikationssysteme „aus einem Guss“ erforderten aber wiederum enorme Investitionen.

- *Die informationstechnologische Revolution*

Die materielle Grundlage der informationstechnologischen Revolution kann in den von Regierungen, Unternehmen und Kapitalanlegern hervorgebrachten strategischen Antworten auf die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre ausgemacht werden. Vor dem Hintergrund der Krise des Fordismus und dem Ende des Konjunkturzyklus' der Nachkriegszeit trieben Unternehmen die Internationalisierung ihrer Produktionsketten wie auch die Internationalisierung ihrer Absatzmärkte voran. Dazu tätigten die großen Unternehmen massive Investitionen in ihre IuK-Infrastrukturen, die Unternehmen des IuK-Sektors wiederum konnten durch diesen Konjunkturschub zu großen, transnationalen Unternehmen aufsteigen, die neben der Finanzindustrie als eine der ersten die entscheidenden organisatorischen Schritte für eine Internationalisierung und Transnationalisierung der Produktion vorwegnahmen. In einer Weltwirtschaft, die sich gerade erst mühsam aus der Rezession herausarbeitete, versprach das rasante Wachstum des IuK-Sektors – und obenauf die optimistischen Wachstumsprognosen – ein profitables Investitionsumfeld, so dass es zu massiven Kapitalumschichtungen aus den primären und sekundären in die tertiären und quaternären Sektoren und hier insbesondere in die IKT kam. So wie sich diese Umschichtung von Anlagekapital mit der Deregulierung der Finanzmärkte noch einmal beschleunigen sollte, wurde die Entstehung des globalen Echtzeit-Casinos der Finanzmärkte wiederum durch die IKT enorm beschleunigt.

Die enormen Investitionen, die seit der Weltwirtschaftskrise Mitte der 1970er Jahre in die IuK-Technologien geflossen waren – sei von international operierenden Unternehmen, Anlegern oder auch den „Impulsen“ nationalstaatlicher Industriepolitik –wiederum trieben die Entwicklung der IKT voran.

Die Bausteine der „informationstechnologischen Revolution“ (oft auch „Dritten industriellen Revolution“) können in den technologischen Entwicklungen in den Bereichen Mikroelektronik, Computer und Telekommunikation ausgemacht werden, deren Eckdaten sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: die Entwicklung der Mikroelektronik (1947 Transistor, 1957 integrierter Schaltkreis, 1971 Mikroprozessor), der Computer (1946 ENIAC, 1951 UNIVAC, 1964 IBM 360/370-Grossrechner) und der Telekommunikation (1969 der erste industriell produzierte elektronische Schalter ESS-1, ab Mitte 1970er Jahre dann die Verbreitung digitaler Schalter, später dann Optoelektronik, Technologien der gebündelten Digitalübertragung, Routing-Architekturen) (ausf. vgl. Castells 2001, 44 ff).

Obwohl diese Bausteine also spätestens ab Mitte der 1970er Jahre zuhanden waren, begann die wirkliche „informationstechnologischen Revolution“ erst, als die Fortschritte in den einzelnen Technologien begannen, miteinander zu konvergieren, sich gegenseitig zu beschleunigen und die dabei entstehenden Synergie-Effekte eine eigene Innovationsdynamik entfalteten (vgl. Castells 2001, 58),<sup>165</sup> an deren Ende die Entstehung eines neuen „technisch-ökonomischen Paradigmas“<sup>166</sup> stehen sollte.

Der entscheidende Sprung in der Geschichte der „informationellen Revolution“ kam sicherlich 1971 mit der Erfindung des Mikroprozessors – mit dem Computer auf einem kleinen Chip „konnte Datenverarbeitung überall installiert werden“ (Castells 2001, 44). Dies war der Startschuss für die sogenannte „PC-Revolution“, an deren Ende sich der PC weltweit und als Universalmaschine auch in den globalen Kommunikationsnetzen etablieren sollte.<sup>167</sup> Vermittelt über den Bedeutungszuwachs des internationalen Telefonverkehrs, kündigte sich mit den wachsenden Übertragungskapazitäten (Glasfaser, Satelliten und Mobilfunk) sowie

---

<sup>165</sup> Da der zeitliche Rahmen der Aufeinanderfolge von Weltwirtschaftskrise und dem „gehäuften Auftreten der neuen Technologien“ zu eng für einen strukturellen Zusammenhang sei und „die technologische Lösung allzu schnell gekommen, und allzu mechanisch gewesen wäre“ (Castells 2001, 64), sieht Castells in der „Herausbildung des neuen technologischen Paradigmas“ nicht eine ‚notwendige‘ „Reaktion des kapitalistischen Systems, das seine inneren Widersprüche überwinden wollte“. Für Castells ist das Verfügbarwerden der Informationstechnologien eine nicht weiter zu begründende historische „Fundsache“. Gleichwohl geben seine ausführlichen Schilderungen der technologischen, kulturellen, politischen, militärischen, ökonomischen und auch individuellen Verschlingungen, die zu den entscheidenden Durchbrüchen in diesen Technologien in den 70er Jahren führten, ihm darin Recht, dass jede monokausale Begründung zu kurz greifen muss. Zur gleichen Zeit entwickelte und verbreitete sich übrigens auch die Gentechnologie, die nicht nur auf die Supercomputer und deren Speicherkapazitäten zur Bewältigung der immensen Datenmassen angewiesen ist, sondern mit ihren Erkenntnissen und Materialien auch die Computertechnologie inspiriert.

<sup>166</sup> Christopher Freeman definiert ein technisch-ökonomisches Paradigma als einen „Komplex von miteinander verbundenen technischen, organisatorischen und Management-Innovationen, dessen Vorteile nicht allein in neuen Systemen und Produkten liegen, sondern darin, wie seine Kostenstruktur in einer bestimmten Dynamik auf verschiedene Produktionsfaktoren reagiert. In jedem neuen Paradigma gibt es einen bestimmten Faktor oder ein Faktorenbündel als ‚Schlüsselfaktor‘, charakterisiert durch fallende Kosten und allgemeine Verfügbarkeit. So kann der augenblickliche Paradigmenwechsel verstanden werden als der Übergang von einer Technologie auf der Grundlage des Einsatzes billiger Energie zu einer, die vorwiegend auf dem Einsatz billiger Informationen beruht und aus den Fortschritten in der Mikroelektronik und Telekommunikation hergeleitet ist.“ (Christopher Freeman, zit.n.: Castells 2001, 75)

<sup>167</sup> „1975 baute Ed Roberts (...) einen Kisten-Computer mit dem exotischen Namen Altair (...). Die Maschine war ein primitives Ding, aber es war ein kleinformatiger, um einen Mikroprozessor herum gebauter Computer. Es war die Grundlage für die Konstruktion von Apple I, dann Apple II, den ersten im Handel erfolgreichen Mikrocomputer. Er wurde von zwei jungen Schulabbrechern, Steve Wozniak und Steve Jobs in der elterlichen Garage in Menlo Park, Silicon Valley realisiert. Diese wahrlich außerordentliche Geschichte ist inzwischen zur Gründungslegende des Informationszeitalters geworden. Apple Computers startete 1976 mit drei Partnern und 91.000 US\$ Kapital. 1982 wurde ein Umsatz von 583 Mio. US\$ erreicht und damit das Zeitalter der Massenverbreitung des Computers eingeläutet. IBM reagierte schnell und führte 1981 seine eigene Version des Mikrocomputers ein, die den brillanten Namen „Personal Computer“ (PC) trug. Der wurde bald zur allgemeinen Bezeichnung für Mikrocomputer.“ (Castells 2001, 46f). Die Anfälligkeit des IBM PCs für Klone verhinderten zwar die Monopolisierung des Geschäfts, trug allerdings auch dazu bei, dass sich deren technische Grundlage weltweit als allgemeiner Standard etablieren konnte. Für diesen Standard sollten wiederum zwei junge Harvard-Abbrecher, Bill Gates und Paul Allen, ein Betriebssystem entwickeln, auf dem die globale Erfolgsgeschichte des Software-Konzerns Microsoft gründet. (vgl. Castells 2001, 47)

der Digitalisierung der Nachrichtentechnik und Datenverarbeitung eine bahnbrechende Innovationsdynamik an, die verheißungsvolle Möglichkeiten für die Weiterentwicklung von Netzen, Endgeräten und Diensten zu neuen, dezentralen („client server“) Netzwerkarchitekturen eröffneten (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 153).

„Mit den neuen technischen Möglichkeiten kommen zu den alten Basisdiensten wie Telefon und Telex Grunddienste für die Datenübertragung und computergestützte Mehrwertdienste hinzu, die eine hohe strategische Bedeutung für neue produktionsorientierte Dienstleistungen bekommen können.“ (Schaper-Rinkel 2003, 153) „(...) der Einsatz von Telekommunikationsdienstleistungen wird damit als potentiell entscheidende Modernisierungsressource für andere Industriezweige begriffen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 153)

Die teilweise komplementären, ja antagonistischen technologischen Entwicklungsschübe durch die Innovationen im Bereich der Digitalisierung, Computerisierung und Miniaturisierung brachen gleichwohl nicht als exogener Entwicklungsschock über die Monopole herein, sondern waren teilweise das Ergebnis der von ihnen selbst vorangetriebenen Forschungsprogramme.<sup>168</sup> Allerdings verfolgten diese bei der Modernisierung der bestehenden Infrastruktur eine eher evolutionäre, auf die Integrität des nationalen Gesamtsystems abzielende Strategie, die zuvorderst auf die Senkung der Übertragungskosten, die Steigerung der Kapazitäten sowie die Rationalisierung der Prozesse durch die Substitution von Arbeitskräften abzielte.

„Sowohl die Digitalisierung als auch Satellitenübertragung werden zunächst zur Modernisierung der bestehenden Infrastrukturen konzipiert und verwendet. Strategien zu einer perspektivischen Konvergenz von Datenverkehr und Fernmeldeverkehr existieren zu Beginn der Digitalisierung ebenso wenig wie Konzepte, in denen die Multimedialität und die Dezentralität der heutigen Internet/WWW-Infrastruktur berücksichtigt werden (vgl. Lüthje 1997, 47ff).“ (Schaper-Rinkel 2003, 153)

Durch die kürzer werdenden Innovationszyklen in der „informationstechnologischen Revolution“ trat allerdings zunehmend deutlicher zutage, dass die nationalen Monopole in der Regel zu bürokratisch und inkompetent organisiert waren, um angemessen auf die neuen Entwicklungen reagieren zu können (vgl. McChesney 1997, 110f). Aufgrund ihrer vertikal integrierten Struktur zeichneten sie sich durch eine langfristige, von der Konjunktur relativ entkoppelte Technologie- und Produktionsplanung mit relativ niedrigen Investitionsraten aus.

Der zentralistische Aufbau der nationalen Fernmeldenetze reproduzierte sich auch in dem Aufbau des elektromechanischen-analogen Netzes, das aus hierarchisch getrennten Ebenen für Orts-, Fern-, und internationalen Telefonverkehr bestand, die durch zentrale Vermittlungsknoten und Weitverkehrsstrecken miteinander verbunden waren.

---

<sup>168</sup> Neben der Umstellung der Fernmeldevermittlung von elektromechanischen auf digitale, d.h. computergesteuerte Schalt- und Wählverfahren (es geht zu diesem Zeitpunkt noch nicht um die Digitalisierung der Signale selbst) sind aus der Rüstungs- und Raumfahrtforschung stammenden Neuerungen in der Fernmeldeübertragungstechnik durch Satellitentechnologie und Optoelektronik, in den 1980ern dann auch die Mikroelektronik zu nennen.

„Den vielfältigen technischen Entwicklungsmöglichkeiten flexibler Netz-Konfigurationen stehen also die zu diesem Zeitpunkt noch akzeptierten traditionellen Muster der staatlichen Regulierung der Telekommunikation entgegen, die die Kontrolle über den Einsatz und die technischen Möglichkeiten der Endgeräte beinhalten. (...) bisher ist die Telekommunikation als direkt staatlich regulierter Bereich von den anderen Industrien, mit denen sie nun zusammenwachsen kann, abgeschottet.“ (Schaper-Rinkel 2003, 153f)

„Whereas the cost of computing had decreased dramatically with the mass production of the microchip during the early 1980s, that of communications had not. In order to increase their own internal efficiency, major users required not only low cost, but customized communications, differentiated from those available to small businesses or residential customers. The traditional PTOs with their slow depreciation of technology and low capital investment in infrastructure were not meeting these needs.“ (Hills 1998, 107)

Da für die Kommunikation innerhalb einer sich internationalisierenden Wirtschaft gerade die Verfügbarkeit von günstigen internationalen Verbindungen von großer Bedeutung ist (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 152), entstanden zunehmend „Unternehmen, die als Netzanbieter zu den traditionellen staatlichen Telefongesellschaften in Konkurrenz treten. Ihre Adressaten sind insbesondere international agierende Unternehmen, denen sie komplette, auf ihre spezifischen Bedürfnisse zugeschnittene Netze samt Funktionsgarantie und Wartung anbieten.“ (Huffs Schmid 1994, 56f) „Für kommerzielle Fernmeldenutzer boten die verbesserten Übertragungsverfahren die Grundlage für die rasche Ausdehnung des internationalen Fernsprech- und Datenverkehrs; die Verfügbarkeit relativ kapazitätsstarker Mietleitungen ermöglichte in den siebziger Jahren die sich rasch entwickelnde Vernetzung des Datenübertragungsverkehrs multinationaler Großunternehmen.“ (Lüthje 1997, 48, vgl. Schiller 1982)

„Zugleich wurde dadurch ein Prozess in Gang gesetzt, der die technischen Produktionsbedingungen beschleunigt revolutionierte, die Bildung internationaler Unternehmensnetzwerke ermöglichte, erhebliche Rationalisierungseffekte zeitigte und die Kommodifizierung der gesellschaftlichen Beziehungen – etwa durch umfangreiche Privatisierungen – weiter vorantrieb.“ (Hirsch 2004)

In den führenden Industrien dieses Prozesses kam es zu einem sensationellen Wachstum und Produktivitätssteigerungen:<sup>169</sup>

„Die Unternehmen und Industriezweige, die von dieser gewaltigen Transformation unmittelbar betroffen waren, also Mikroelektronik, Mikrocomputer, Telekommunikation, Finanzinstitutionen erlebten einen plötzlichen Anstieg sowohl ihrer Produktivität wie auch ihrer Rentabilität. Um diesen harten Kern neuer, dynamischer und global agierender kapitalistischer Unternehmen und ihre Unterstützernetzwerke herum wurden sukzessive Schichten von Unternehmen und Industriebranchen in das neue

---

<sup>169</sup> Wenngleich diese zunächst unter einer zu allgemein erhobenen Produktivitätsrate verborgen blieben (vgl. Castells 2001, 95ff).

technologische System einbezogen oder aber zum Untergang verurteilt.“ (Castells 2001, 104)<sup>170</sup>

Wenn die technologische Entwicklung in diesem Sinne sicherlich nicht als voraussetzungslose „historische Fundsache“ begriffen werden kann,<sup>171</sup> so verfügt sie dennoch über eine relativ autonome Entwicklungsgeschichte, da sie natürlich von dem Takt „bahnbrechender Erfindungen“ abhängig ist, die zwar massiv unterstützt von Staat und Kapital, aber doch relativ kontingent von Individuen und kleineren Projektteams nicht auf Anordnung gemacht werden.<sup>172</sup> In diesem Sinne waren bestimmte Praxen, Anwendungen und Prozesse natürlich erst ab einem bestimmten Datum möglich.

An dem technologischen Fortschritt orientierten sich auch die unternehmerischen Strategien: war es eben noch ratsam auf optische Kabel zu setzen, führte plötzlich kein Weg mehr an Breitbandnetzen vorbei, heute gilt die Aufmerksamkeit den Mobiltechnologien. Dies wiederum hat natürlich auch Folgen für die politische Regulierung: konnten Kabelnetze noch wunderbar mit der Territorialität des Nationalstaates in Einklang gebracht werden, war es der über Satellit ausgestrahlte Rundfunk, der erstmalig das Problem einer inter- bzw. supranationalen Kommunikationspolitik auf die europäische Agenda brachte. Auf dieser materiellen Grundlage wiederum wälzte sich letztendlich auch die Theoriebildung um, mit ihr

---

<sup>170</sup> Die daraufhin erfolgende Marktexpansion führte wiederum zu einem steigenden Konkurrenzdruck und der Notwendigkeit für weitere Produktivitätssteigerungen, der „Verbindungspfad zwischen Informationstechnologie, organisatorischem Wandel und Produktivitätszunahme verläuft zu einem großen Teil über den globalen Wettbewerb.“ (Castells 2001, 106)

<sup>171</sup> „Gefunden“ wurden diese Technologien höchstens von den ersten Generationen der „net-community“, deren Spieltrieb libertäre und technologisch-gefärbte Utopien hervorbrachte, wo es zunächst um ein Verteidigungssystem für den Fall eines Nuklearschlages gehen sollte. Während einige dieser neuen Anwendungsweisen aufgrund der Spezifika von Netzwerktechnologien und digitalen Produkten die bisherigen Produktionsverhältnisse tatsächlich infrage stellten (z.B. Kopie und Tausch von Daten, open source) bzw. von Momenten eines globalen, demokratischen Dialogs beseelt waren (wikipedia, wikileaks), zumindest aber aufgrund der sich überschlagenden technologischen Entwicklungsdynamiken immer wieder in rechtliche Grau- und Weißzonen vordrangen, sind sie bisher immer wieder mehr oder weniger erfolgreich in den Dienst der kapitalistischen Wertschöpfung überführt worden. Die immer wieder erfolgreiche Re-Kapitalisierung und Re-Kommerzialisierung digitaler Innovationen trägt so nicht nur zu einer Verjüngung der kapitalistischen Geschäftsgrundlage bei. Auch andere, tradierte Zentrum-Peripherie Strukturen finden ihre Übersetzung in der Informationsgesellschaft. Ein oft wiederholter, aber entscheidender Fehler in diesem Zusammenhang ist, von der technologischen Potentialität auf eine teleologische Entwicklung zu schließen, ohne dabei die gesellschaftlichen Verhältnisse mitzudenken, in denen Technologien oder Produktivkräfte eingesetzt werden. Das beginnt schon bei dem in diesen Narrativen regelmäßig wiederkehrenden Motiven des Technikdeterminismus, wobei gerade die Fragen nach dem sozialen Entstehungsgrund und Charakter der Technologien ausgespart bleibt und endet in den mannigfaltig artikulierten Thesen, dass die IKT eine neue Gesellschaft, eine neue Politik, eine neue Ökonomie, einen neuen Krieg etc. hervorbrächten. In diesem Zusammenhang erscheint es heilsam, der behaupteten Diskontinuität immer auch einen Katalog der Kontinuitäten zur Seite zu stellen.

<sup>172</sup> Die sozialhistorischen Umstände der informationstechnologischen Revolution werden von Manuel Castells ausführlich dokumentiert. Technologische Entwicklung findet insofern in der Regel auf einem spezifisch strukturierten Praxisfeld statt. Waren es zu Beginn Studenten, die ihre Erfindungen in Garagen weiterentwickelten, wurden sie später in die Forschungs- und Entwicklungsabteilungen integriert, um sicherzustellen, dass die profitablen Ideen nicht mehr abwanderten. Auch heute noch sind es bestimmte Umgebungen, die Innovationen wahrscheinlicher und das Arbeiten für die Informationsgesellschaft produktiver machen als andere (Metropolen, kreatives Chaos, Informationsdichte, etc.). Heute leisten sich die großen Konzerne der Branche ganze Abteilungen, die nichts anderes tun, als für sie zu spielen und auszuprobieren.

wurden Teile der Vergangenheit entwertet und – teilweise sicherlich voreilig und spekulativ – neue Aspekte ins Zentrum gestellt. Auch um sich in der Geschichte der Kommunikationstheorien zu orientieren, ist also die Geschichte der Kommunikationstechnologien grundlegend.

- *Investment in Technology*

Nicht nur die zunehmende Internationalisierung sowohl der Produktion als auch der Märkte (zuvorderst auch der Finanzmärkte) oder die Modernisierung von Abläufen und Prozessen durch die Informations- und Kommunikationstechnologien führten zu einem enormen Nachfrageschub auf dem internationalen Markt für Telekommunikationssysteme. Vor dem Hintergrund der Entkolonialisierung und dem Modernisierungsbedarf der aufstrebender Schwellenländern (zu denen sich bereits vor 1989 auch die Staaten Ost- und Mitteleuropas – mit sehr unterschiedlichem Ausgang – zählten) sowie der Auflösung der geopolitischen Blöcke wurden milliardenschwere Aufträge zur vollständigen Reorganisation und Modernisierung von nationalen Kommunikationsinfrastrukturen vergeben.<sup>173</sup>

Um die sprunghaft gewachsene Nachfrage nach internationalen Kommunikationsstrukturen zu befriedigen, waren also zum einen enorme Investitionen in die neuen Technologien erforderlich. Zum anderen versprach das enorme Wachstum der Informations- und Kommunikationstechnologien eine profitable Anlagemöglichkeit für Kapitalanleger, die inmitten einer konjunkturellen Flaute ihre Investments aus den unrentabel gewordenen Industriezweigen in neue, wachsende Märkte umschichten wollten. Ab Ende der 1970er Jahre lässt sich eine solche Verschiebung der Investitionsstrategien in den dritten und vierten Sektor beobachten (vgl. Castells 2001, 100ff).

*Petro-Dollars aus der Ölpreiskrise*

*Um auf die Israel im sogenannten „Jom-Kippur-Krieg“ (6. bis 26. Oktober 1973) unterstützenden westlichen, ölimportierenden Staaten (allen voran die USA) politischen Druck auszuüben, drosselten die OPEC-Länder ihre Ölexporte ab dem 17. Oktober 1973 um 5%. Dieses als „Ölembargo“ bekannt gewordene politische Druckmittel verdeutlichte den westlichen Industrienationen erstmals ihre Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen und führte zu der ersten Ölpreiskrise (1973/1974). Nachdem der Ölpreis seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges stetig gesunken war, vervierfachte er sich innerhalb von wenigen Monaten von 3\$/barrel auf 12\$/barrel. Während der zweiten Ölpreiskrise (1979/1980), die aufgrund der Förderungsausfälle und Verunsicherung während der Iranischen Revolution und des anschließenden, abermals von den USA unterstützten Angriffs des Irak auf den Iran, sollte sich der Ölpreis auf 38\$/barrel nochmals mehr als verdreifachen. „Indeed, the actual range of fluctuations was even more dramatic: in 1970 oil was selling at an average price of \$2.53 a barrel, but in late 1980 a barrel was worth about \$41.“ (Hobsbawm 1998, 473f)*

*Diese Demonstration der Abhängigkeit des westlichen Wohlstandes von der billigen Verfügbarkeit von fossilen Brennstoffen verunsicherte nicht nur die autofahrende Bevölkerung.*

*„Die Auswirkungen der Ölkrise auf die Wirtschaft in Westeuropa waren verheerend. Die Konjunktur stürzte ab. Die Bundesrepublik musste 1974 für Erdölimporte knapp 23 Milliarden Mark (rund 12*

<sup>173</sup> Auch wenn die Fernmeldeämter der einstigen imperialistischen Zentren diese nun nicht mehr in kolonialem, sondern in privatwirtschaftlichem Auftrag installieren, sollten sich die Zentrum-Peripherie Strukturen nicht auflösen.

Milliarden Euro) ausgeben – fast 153 Prozent mehr als 1973. Die Arbeitslosigkeit stieg von 273.000 im Jahr 1973 auf mehr als eine Million zwei Jahre später. In der Autoindustrie sank die Produktion um 18 Prozent. Profitieren konnten die Fahrradhersteller: Sie steigerten ihren Absatz um 24 Prozent. (...) Politikern und Bürgern wurde aber auch bewusst, dass die Zeit des Wirtschaftswunders vorbei war.“<sup>174</sup>

Die OPEC-Staaten, oft mit geringen Bevölkerungen und einem mangelnden Angebot an rentablen Investitionsmöglichkeiten, suchten nach Anlagemöglichkeiten für die Milliarden von Petro-Dollar, die aufgrund des enormen Anstiegs des Ölpreises in die ölexportierenden Länder sprudelten. Eine vielversprechende Anlagemöglichkeit für dieses Kapital waren die zukunftssträchtigen Wachstumsmärkte, zu denen ab Mitte der 1970er Jahre vor allen Dingen die Informations- und Telekommunikationsindustrie zählte. Desweiteren wurden die Petro-Dollar über das internationale Banksystem Modernisierungskredite zu günstigen Konditionen an aufstrebende Schwellenländer vergeben. Wir werden im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime Ost- und Mitteleuropas noch einmal darauf zurückkommen.

Sowohl die enormen Investitionen in die Informations- und Telekommunikationsindustrien ab Mitte der 1970er Jahre wie auch die enorme Auslandsverschuldung Mittel- und Osteuropas können also auf die anlagesuchenden Petro-Dollar aus der Ölpreiskrise zurückgeführt werden. Diese beiden zunächst relativ unabhängigen Entwicklungen werden sich abermals in der Osterweiterung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ verdichten.

Um diese Umschichtung von Investitionen in die neuen Wachstumsmärkte zu ermöglichen, mussten nicht nur die Spielregeln für die Anlagestrategien der Finanzbranche bzw. des Finanzkapitals gelockert, sondern es musste auch Privateigentum und Märkte geschaffen werden, wo bis jetzt nationalstaatliche Monopole dominierten. „In Zeiten, in denen kein Mangel an Kapital, wohl aber Mangel an profitablen Anlagemöglichkeiten besteht und die Telekommunikation als einer der wenigen sicheren Wachstumsmärkte für den Rest des Jahrzehnts gilt, stellt die Überführung dieses Sektors in privates Eigentum und seine Befreiung von staatlichen Versorgungsaufgaben ein starkes Interesse des anlagesuchenden Geldkapitals dar.“ (Huffschmid 1994, 98)

Die nationalen Telefongesellschaften, die bisher nicht den Imperativen der privaten Profitorientierung unterworfen waren, sahen sich plötzlich von kommerziellen Fernmeldedutzern und deren wachsender Nachfrage nach günstigen Tarifen für internationale Verbindungen unter Druck gesetzt. Der Angriff auf die bis dahin unerschütterlichen Position der nationalstaatlich regulierten, ‚natürlichen Monopole‘ zielte auf das Modell einer gemeinwohlorientierten Kommunikationsinfrastrukturentwicklung „mit flächendeckender Grundversorgung auf dem je aktuellen technologischen Niveau zu einheitlichen und erschwinglichen Preisen“. Die nationalen Netzanbieter hatten die Bereitstellung des „universal service“ im Bereich der Ortsnetze durch die höheren Einnahmen bei den internationalen Verbindungen querfinanziert.<sup>175</sup> Gegen diese „faktische

<sup>174</sup> <http://www.n-tv.de/politik/dossier/Deutschland-autofrei-article605647.html>

<sup>175</sup> Dieses Modell eines Universaldienstes war zuerst in den USA während des ‚New Deal‘ formuliert worden, in der Nachkriegsära jedoch hatten alle westeuropäische Länder dieses Modell „Schritt für Schritt übernommen und in die, je nach sozialen Kräfteverhältnissen, unterschiedlich gestalteten sozialstaatlichen Gesellschaftskompromisse eingebaut.“ (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 10)

oder offene Quersubventionierung privater Telefonanschlüsse durch die kommerziell genutzten Verbindungen“ und die damit einhergehenden höheren Tarife mobilisierten die großen kommerziellen Nutzer (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 10). Um das zunehmend profitträchtige Segment des Fernverkehrs von den Ortsnetzen zu entkoppeln und für „alternative“ Netzträger zugänglich zu machen, sollte der „Geltungsbereich des „natürlichen Monopols“ quasi per definitionem auf die Fernmeldeortsnetze eingeschränkt (...)“ werden (Lüthje 1997, 51).

Die anstehende Transformation der Telekommunikationsregime war „kein zwangsläufiges Resultat der technischen Entwicklung“,<sup>176</sup> sondern das Resultat von politischen Entscheidungen und ökonomischen Strategien in einer komplexen Konjunktur.

- *Die Reorganisation der globalen Ökonomie unter neoliberaler Flagge*

Auch wenn das Problem der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit der US-amerikanischen Wirtschaft zunächst in den Unternehmen bemerkt und von diesen mithilfe von kurz- und mittelfristigen Strategien bearbeitet wurde, sollte ein strukturell-langfristiger Lösungsansatz an anderer Stelle artikuliert werden. So ist für Leo Panitch das entscheidende Moment der Krise der 1970er Jahre nicht die auf ökonomischem Terrain angesiedelte Überakkumulationskrise selbst, sondern die politische Tatsache, dass diese nicht im Rahmen eines ‚informellen amerikanischen Imperiums‘ – “based on ruling through other states (...) for a strategy of coordinated economic growth“ (Panitch/Gindin 2003, 26) – gelöst werden konnte.<sup>177</sup>

Für die USA, deren unumstrittene ökonomische Dominanz in der Nachkriegszeit durch den ökonomischen Aufstieg Japans und Westeuropas, insbesondere auch Deutschlands, zunehmend infrage gestellt wurde, erforderte eine ökonomische Strategie gegenüber dem Fall der allgemeinen Profitraten, einer beschleunigten Inflation und Kapitalflucht eine “radical reorientation in economic policy to address the persistence of domestic inflation and the need for greater access to savings so as to accelerate investment” (Panitch/Gindin 2003, 20f).

Für Leo Panitch und Sam Gindin begann die Restrukturierung der Ökonomie von oben Ende der 1970er Jahre, genauer 1979 mit dem sogenannten ‘Volcker shock’ (vgl. Panitch/Gindin 2003, 21). Der US-amerikanische Staat leitete mit diesem sich selbst verordneten Strukturanpassungsprogramm die entscheidende politische Wende zu einer ‚neoliberalen‘ ökonomischen Politik<sup>178</sup> ein, bei der neben einer drastischen Kürzung öffentlicher Ausgaben

---

<sup>176</sup> Auch wenn es stimmen mag, dass die Satelliten- und die neuen Digitaltechnologien die nationalen Telekommunikationsmonopole insofern herausforderten, da mit ihnen zum einen die technologischen Begründungen für den Erhalt der „natürlichen Monopole“ wegfielen (Knappheit der Kanäle) wie sich gleichzeitig aufgrund des grenzüberschreitenden Potentials dieser Technologien die Frage nach neuen, internationalen Regulierungsformen stellte.

<sup>177</sup> Die Stärke der Arbeiterklasse, die sich in den teilweise institutionalisierten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen in Europa manifestierte, konnte eine Restrukturierung der Kapitalverwertung durch eine Intensivierung der Ausbeutung zunächst verhindern.

<sup>178</sup> Die wichtigsten Komponenten der neoliberalen ‚Ideologie‘ liegen in den Annahmen, dass ‚der Markt an sich‘ die Verteilung von Ressourcen effizient gestalten und so das optimale Mittel zur Organisation des ökonomischen, ja gesellschaftlichen Lebens darstellt. In diesem Sinne wird in staatlicher

vor allem die Stärkung und Flexibilisierung des Finanzmarktes staatlich forciert wurde. „The Federal Reserve’s determination to establish internal economic discipline by allowing interest rates to rise to historically unprecedented levels led to the vital restructuring of labour and industry and brought the confidence that the money markets and central bankers were looking for.” (Panitch/Gindin 2003, 21) Flankiert durch die Deregulierung der Waren-, Finanz- und Kapitalmärkte konnten die USA ihre „hoch defizitäre Leistungsbilanz (...) und (...) steigende private und staatliche Verschuldung durch Kapitalimporte (...) kompensieren“ (Hirsch 2004).

“The new confidence of global investors (including Wall Street itself) in the American economy and state provided the US with relatively cheap access to global savings and eventually made capital cheaper in the US. The available pools of venture capital enhanced investment in the development of new technologies (which also benefited from public subsidies via military procurement programs), and the new technologies were in turn integrated into management restructuring strategies and disseminated into sectors far beyond ‘high tech’.” (Panitch/Gindin 2003, 22).

Mit der Wiederwahl der rechts-konservativen Regierungen in den USA (Reagan) und Großbritannien (Thatcher) Anfang der 1980er Jahre und der Konsolidierung der Kapitalakkumulation auf internationaler Ebene, verschoben sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse – trotz unerreichter Arbeitslosenquoten und sozialer Ungleichheit (beides traditionelle Quellen der Stärke der Arbeiterbewegungen) – zugunsten des Kapitals.

---

Intervention und Regulation eine inakzeptable Belastung von ‚rein ökonomischen‘ Prozessen gesehen, die, indem sie Ressourcen für ‚unproduktive‘, d.h. bürokratische, soziale oder politische Interessen abführen, letztendlich das Wachstum hemmen. Gesellschaftlicher Fortschritt wird dementsprechend mit ökonomischem Wachstum gleichgesetzt. Mit ‚Nachhaltigkeit‘ ist in diesen Diskursen dann vor allen Dingen die ökonomische Nachhaltigkeit gemeint, also z.B. die Vermeidung von Inflation. Ökologische und soziale Aspekte von Nachhaltigkeit stellen ‚Marktexternalitäten‘ dar, die wie auch politische, ökonomische und soziale Gleichheit, Partizipation, der Schutz öffentlicher Güter oder kultureller Fortschritt als politisch motivierte Verzerrungen des Wettbewerbsprinzips interpretiert werden. Fragen nach Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitslosigkeit und einer Steigerung der Lebensqualität der Armen werden ausschließlich unter dem Aspekt der ökonomischen Nachfragepolitik verhandelt. Die neoliberale Globalisierung führte so zu einer weltweiten Polarisierung der Lebensbedingungen, eine Tendenz, die sich durch den parallelen Angriff auf den Wohlfahrtsstaat nochmals verstärken sollte: der ideale Staat der neoliberalen Theorie beschränkt sich auf die Durchsetzung des Gesetzes, den Schutz des Privateigentums und die Herstellung von wettbewerbsfähigen Bedingungen. „There is a strong tendency in corporate ideology to identify ‚freedom‘ with the mere absence of constraints to business (i.e., economic, or market, freedom), thus pushing political freedom into a subordinate category.” (McChesney 1997, 35) Folgerichtig gilt ‚Privatisierung‘ als ein probates und erstrebenswertes politisches Mittel, da es der unfehlbaren ‚unsichtbaren Hand des Marktes‘ die Organisation von gesellschaftlichen Belangen anvertraut und Sektoren von z.T. hoher wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Bedeutung der vermeintlich ineffizienten und selbstgenügsamen staatlichen Kontrolle entzieht und den Marktkräften zuführt. Von Privatisierung profitieren (neben den Anwaltskanzleien) vor allem die grossen Konzerne, die das staatlich aufgebaute, also gesellschaftlich finanzierte Eigentum meist zu nicht marktgerechten Schleuderpreisen erhalten, der Staat im engeren Sinne wird damit mittel- und langfristig natürlich geschwächt. Auch spielen in solchen Übereignungsprozessen Korruption und Vetternwirtschaft eine bedeutende und nicht zu unterschätzende, strukturelle Rolle spielt. (vgl. McChesney 1997, 34ff) Festzuhalten ist, dass es einen wichtigen Unterschied zwischen der neoliberalen ‚Ideologie‘ auf der einen und der ‚realexistierenden‘ neoliberalen Politik auf der anderen Seite, d.h. dem ‚Markt‘ der neoliberalen Theorie und dem ‚realexistierenden Markt‘.

„The mechanisms of neoliberalism (the expansion and deepening of markets and competitive pressures) may be economic, but neoliberalism was essentially a political response to the democratic gains that had been previously achieved by subordinate classes and which had become, in a new context and from capital's perspective, barriers to accumulation. Neoliberalism involved not just reversing those gains, but weakening their institutional foundations” (Panitch/Gindin 2003, 21).

Selbst die unter Erfolgsdruck gekommenen sozialdemokratischen Regierungen adaptierten Ende der 1980er Jahre zunehmend verschiedene Formen einer neoliberalen Politik.<sup>179</sup>

Der Neoliberalismus ist insofern mehr als eine politische Strategie des ökonomischen Krisenmanagements. Er kann auch als der Versuch der USA interpretiert werden, ihre hegemoniale Position der Nachkriegszeit erneut zu konsolidieren. „[S]tates, and above all the world's most powerful states, have actually played a very active and crucial role in making globalization happen, and they are increasingly encumbered with the responsibility for keeping it going” (Panitch 2000). Die neoliberale Wirtschaftspolitik versprach also “(a) the revival of the productive base for American dominance; (b) a universal model for restoring the conditions for profits in other developed countries; and (c) the economic conditions for integrating global capitalism” (Panitch/Gindin 2003, 21).

### ***Der Anfang vom Ende der nationalen Telekommunikationsregime***

Wenngleich ein wichtiger Hintergrund, lässt sich die Vorreiterrolle der USA hinsichtlich Deregulierung und Liberalisierung der Telekommunikation sicherlich nicht auf eine wie von Geisterhand sich vollziehende, globale Verbreitung des US-amerikanischen „Deregulierungskapitalismus“ der Reagan-Ära reduzieren. Insbesondere sind in diesem Zusammenhang die konkrete Weltmarktkonstellation im Telekommunikationssektor der 1980er Jahre und insbesondere die relative Stärke der US-amerikanischen Industrie zu berücksichtigen.

Neben den unterschiedlichen Konfigurationen der nationalen Telekommunikationskomplexe,<sup>180</sup> den jeweiligen industriepolitischen Auffassungen und Strategien sowie den unterschiedlichen Konzeptionen zur Konvergenz von

---

<sup>179</sup> David Hesmondalgh macht darauf aufmerksam, dass den Massenmedien in dieser Zeit eine bedeutende Rolle bei der Legitimierung der politischen und ökonomischen Strategien zukam, vor allen Dingen im Hinblick auf ihre unvoreilhaftige Berichterstattung über die Gewerkschaften (vgl. Hesmondalgh 2002, 88).

<sup>180</sup> In den meisten europäischen Ländern (wie auch in Japan) waren die staatlichen Fernmeldemonopole „in mehr oder weniger direkter Form den nationalen Postverwaltungen (PTT) eingegliedert“, die „in der Regel sowohl für den Betrieb des Fernmeldenetzes, als auch für die Regulierung von Fernmeldegebühren und -märkten zuständig“ waren. Die Geräteproduktion hingegen wurde von privaten Unternehmen übernommen, die in die großen Elektronikkonzerne (Siemens, Philips, GEC) eingegliedert waren (vgl. Lüthje 1997, 38). In den USA und Kanada hingegen kontrollierten vertikal integrierte, private Monopolunternehmen – gleichwohl von lokalen, einzelstaatlichen und nationalen Regulierungsbehörden überwacht – nicht nur den Netzausbau, sondern auch die relativ spezialisierten nationalen Fernmeldehersteller. Die Länder der Peripherie wiederum waren weder in den Netzausbau noch in die Produktion der Geräte eingebunden, als Exportmärkte oder als Empfänger von „entwicklungspolitischer Beratungstätigkeit der PTT-Verwaltungen bei der Infrastrukturplanung“ waren sie vielmehr in hohem Maße technologisch abhängig (vgl. Lüthje 1997, 46).

Telekommunikation und Informatik war diese Weltmarktkonstellation vor allen Dingen geprägt von der relativen Stärkeposition der USA: „sowohl in der Großcomputer- als auch in der Kommunikationselektronik, die auf der starken Stellung von US-EDV-Konzernen, dem im internationalen Maßstab fast einzigartigen Entwicklungsgrad des Fernmeldewesens und der starken Stellung in der Raumfahrt- und Rüstungsforschung beruhte und den IuK-technischen Industriesektor geradezu als ein Kontrastprogramm zu dem in anderen US-Industriezweigen um sich greifenden „industrial decline“ erscheinen ließ (...)“ (Lüthje 1997, 51, vgl. Magaziner, Reicher 1979).

Aufgrund dieser relativ starken Position der US-amerikanischen Industrie auf diesen Sektoren konnten Forderungen nach einer protektionistischen Binnenmarktabstottung oder einer staatlichen „industrial policy“ ab Mitte der 1970er Jahre keine nennenswerte politische Basis mehr gewinnen.

„In Reaktion auf den Wirtschaftsabschwung der 1970er-Jahre setzten die entscheidenden Kreise damals auf die Informations- und Kommunikationstechnologie als ein Instrument (...). Damals war das wichtigste Ziel, dem Kapital durch Ankurbelung profitträchtiger Wachstumsmärkte neue Wege zu eröffnen. Das massive Wachstum des ICT-Sektors und der damit zusammenhängenden Bereiche war also eine angestrebte Wirkung, die dann wieder zur Ursache weiteren Wachstums wurde. Auf der Suche nach neuen Profitmöglichkeiten strömte Investitionskapital in die IT-Branche; und das trug zu der allgemein verbreiteten Überzeugung bei, nun habe der Übergang zu einer sanften, segensreichen Informationsgesellschaft begonnen.“ (Schiller 2009, 1)

Die US-amerikanische Politik wurde von dem Kalkül dominiert, „das in einer weitgehenden Befreiung des Fernmeldemonopols und der „big player“ der Computerindustrie von den Fesseln des Anti-Trust-Rechtes die beste Garantie für eine globale Führungsstellung der USA in den zusammenwachsenden Märkten der IuK-Technik (...)“ gesehen werden konnte (Lüthje 1997, 52).<sup>181</sup> Während also in Kontinentaleuropa noch zu Beginn der 1980er Jahre auf eine graduelle und evolutionäre Umstrukturierung des Telekommunikationssektors gesetzt wurde, die in der Schaffung und Positionierung von „national champions“ münden sollte, in denen alle Stufen der elektronischen Produktionskette vertikal integriert und die Märkte dementsprechend abgeschottet sein würden, setzten die USA und in der Folge auch GB mit der Abkehr vom natürlichen Monopol eine radikale Revolution des globalen Telekommunikationswesens und eine umfassende Neugliederung der Konkurrenzverhältnisse in Gang.

“In successfully shifting the locus of international regulation away from the International Telecommunications Union (ITU), a European and developing-country power base, to the World Trade Organisation (WTO)<sup>182</sup>, where its power reflects its huge, high-income market, the United States has also fundamentally shifted the conceptualisation of

<sup>181</sup> Dementsprechend wurde außerhalb der USA die Konvergenz von Telekommunikations- und Informationsindustrien eher als problematisch wahrgenommen, zumal IBM bereits als Weltmonopol in der EDV-Technik galt.

<sup>182</sup> Der Telekommunikationssektor wurde bereits „1989 auf Betreiben der USA in die Diskussion über die Einbindung in den Rechtsrahmen der WTO gebracht (...)“ (Leidinger 2003, 304), durch den die Liberalisierung des Marktes weiter forciert wird.

telecommunications away from the postwar public utility, security related, monopoly model, to that of a customer driven, trade-related, service industry.” (Hills 1998, 101, 118f)

Aber auch innerhalb der ITU wandelten sich die Kräfteverhältnisse zugunsten der markt- und liberalisierungsfreundlichen Interessen. Bereits seit Anfang der 1980er Jahren hatten die USA und Großbritannien über die WTO und in bilateralen Verhandlungen auf internationaler Ebene Druck ausgeübt, um den Telekommunikationssektor entsprechend den Interessen der US-amerikanischen Unternehmen zu deregulieren. Der Paukenschlag sollte 1984 erfolgen, einem Jahr, das – wenn auch ganz anderer Weise als in Orwells dunkler Dystopie über den Überwachungsstaat, ein Schlüsseljahr in der Geschichte der globalen Kommunikation werden sollte.

### **Die Zerschlagung von AT&T**

*1984: Apple stellt den ersten Macintosh und IBM den Personal Computer/AT vor. Während der Chaos Computer Club in das BTX-System der Deutschen Bundespost eindringt, sich 135.000 DM auf sein eigenes Konto überweist und anschließend den Vorfall meldet, stellt die Deutsche Bundespost die Nachtentleerungen in Briefkästen ein. In Deutschland startet das Privatfernsehen und ein erstes Pilotprojekt zum Kabelfernsehen, in Frankreich geht der erste landesweite PayTV-Kanal Canal+ auf Sendung. Unter der Bezeichnung Controlled Impact Demonstration bringt die NASA eine ferngesteuerte Boeing 720 kontrolliert zum Absturz, Ronald Reagan gewann die Wiederwahl und in den USA wird das nationale Telekommunikationsmonopol AT&T zerschlagen. (vgl. Wikipedia: „1984“, vom 28.05.2013:)*

Die Entflechtung des US-amerikanischen, nationalen Monopolisten AT&T, dem damals größten privaten Unternehmen in der Geschichte des Kapitalismus (Lüthje 1997, 52), und die damit angestoßene De- bzw. Reregulierung des US-Fernmeldesektors sollten weitreichende Konsequenzen für das globale Fernmeldewesen haben.

Das Anti-Trust Verfahren gegen AT&T war bereits im Jahre 1974 von Gerald Ford eingeleitet worden. Institutionelle Verschiebungen im Bereich der Telekommunikationsregulierungen unter der darauffolgenden Carter-Administration nahmen die Einführung von neuen Regulationsformen bereits vorweg, mit dem Communications Act wurden die seit 1934 geltenden Spielregeln dann grundsätzlich verändert.

„Dahinter stand der Gedanke, dem „naturwüchsigen“ Monopol von AT&T ein Ende zu setzen und zugleich dessen Legitimationsphilosophie zu untergraben – insbesondere die Vorstellung, das öffentliche Interesse erfordere ein einziges Netz, das unter der Kontrolle eines öffentlichen Regulators, der Federal Communications Commission (FCC), steht. (...) Die Antitrustverfahren gegen die Giganten des Fernmeldewesens und der Informatik kamen im Januar 1982 unter der Präsidentschaft von Ronald Reagan zu einem Abschluss. AT&T behielt seine Laboratorien, gewährleistete weiterhin die Fernkommunikation und lieferte weiterhin die Ausrüstung für seine Kunden, musste sich aber von dreiundzwanzig Tochterunternehmen, den lokalen Telefondienstbetreibern, trennen.“ (Mattelart 2003, 101)

Über diese lokalen Telefon-Betriebsgesellschaften, die sogenannten Bell Operating Companies (BOC's), wurde bis dahin der überwältigende Anteil der lokalen Telefonnetze

betrieben und machten immerhin ca. 70% des Unternehmenswertes aus. Die BOC's wurden in sieben Bell Holding Companies (oder „baby bells“) zusammengefasst, die auch fortan den Nahbereich dominierten (vgl. Mattelart 2003, 101f). Im Gegenzug wurde dem Rest-Unternehmen nun erlaubt, sich auf anderen Tätigkeitsfeldern zu engagieren.

„Damit wird eine Vereinbarung aus dem Jahre 1956 aufgehoben, in der sich AT&T in einem Vergleichsverfahren mit dem Justizministerium darauf geeinigt hatte, in keinem Bereich außerhalb des Fernmeldewesens tätig zu werden und somit als reguliertes Monopol zu gelten.“ (Schaper-Rinkel 2003, 154)

„AT&T behielt sein Netz für Ferngespräche – wo es mit einem Marktanteil von gut 60% nach wie vor mit großem Abstand Marktführer ist – und durfte weiter – mit der Tochtergesellschaft Western Electric – Telekommunikationsausrüstungen produzieren. Ferner wurden das bis dahin bestehende Verbot der internationalen Betätigung und der Aufnahme von Mehrwertdiensten aufgehoben.“ (Huffschnid 1994, 92)

Die mit der Fernkommunikation betrauten Unternehmensbereiche agieren also fortan privatwirtschaftlich auf dem Weltmarkt. Auch seine ausländischen Forschungs- und Produktionsabteilungen, die es in den 1930ern von ITT gekauft hatte, blieben erhalten.

„Durch das Abstoßen der BOC's sowie durch Personalumschichtung und Arbeitsplatzabbau im Rahmen der Entflechtung hat AT&T insgesamt ausreichend Innovationskapital, um mit Hilfe der verbliebenen FuE-Kapazitäten, Produktionsanlagen und Telekommunikationsinfrastruktur auf den Zukunftsmärkten der Telekommunikation investieren zu können.“ (Schaper-Rinkel 2003, 154)

Es begann eine Periode massiver Investitionen: zu diesem Zeitpunkt wurden die Netzwerke mit digitalen Schaltern und Glasfaserkabeln aufgerüstet. Ebenfalls expandierte AT&T

„in die Richtung teledigitaler Technologien: AT&T engagiert sich bei der Etablierung eines Integrated Service Digital Network (ISDN) und im Bereich der Computer- und Informationsbranche. Schließlich zeichnete sich in dieser Zeit bereits ab, dass die elektronischen Transaktionen von transnationalen Unternehmen (z.B. Überweisungen und Kreditkartenauskünfte), die Veraltungs-, Geschäfts- und Bürokommunikation sowie die Versorgung von Einzelhaushalten mit Unterhaltung und Information zu internationalen Wachstumsmärkten der Zukunft werden. Hier geht es AT&T um die Expansion auf dem Weltmarkt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 154)

Für die Amortisierung dieser Investitionen und kapitalintensiven Modernisierungen war allerdings die Eroberung von größeren Märkte nicht nur erforderlich, sondern ja von vorneherein das erklärte politische Ziel. Die nun von den lokalen Netzen getrennte und in seinen nationalen Betätigungen politisch eingeschränkte Muttergesellschaft orientierte ihre Strategie nun auf das internationale Geschäft und die internationalen Märkte. Hatte AT&T im Jahr 1983 – trotz seiner Kooperation mit Philips, „dem seinerzeit größten europäischen Produzenten von Informationstechnologien“ – noch nicht mehr als 50 Beschäftigte im Ausland (Huffschnid 1994, 92), nahmen ab 1989 die internationalen Bestrebungen an Fahrt auf: 1989 stieg AT&T mit 20% bei Italtel (Geräte und Ausrüstung, Italien) ein, die sich wiederum 1991 bei Sistel (Portugal) einkauften. Ebenfalls 1989 erwarb AT&T die auf Mehrwertdienste spezialisierte Gesellschaft ISTEEL (England), baute zusammen mit

spanischen Telefonica ein Werk für elektronische Bauelemente und richtete ab 1990 ein eigenes Technologiezentrum in Spanien ein. Ab 1991 betrat AT&T den deutschen und französischen Markt, wenn auch mit nur kleinen Erfolgen. Anfang der 1990er Jahre ist AT&T immer noch „das größte Telekommunikationsunternehmen der Welt und das größte Dienstleistungsunternehmen der USA. Seine besondere und einzigartige Stärke besteht darin, dass es sowohl als Netzbetreiber wie als Gerätehersteller Weltspitze ist und aus der Verbindung beider Bereiche zusätzliche Gewinne ziehen kann.“ (Huffs Schmid 1994, 91)

Desweiteren treibt AT&T die Integration von Computer- und Telekommunikationstechnologien zu integrierten Hochtechnologie-Systemen voran. Vor allen Dingen mit der Übernahme des fünft-größten amerikanischen Computerhersteller NCR (1991) und der strategischen Allianz mit Novell (Software, 1993) wurden die entscheidenden Weichen gestellt. Mit der Übernahme des Mobilfunkunternehmens McCaw Cellular Communications ist AT&T nun auch wieder im Bereich der Ortsgespräche vertreten. 1992 machte AT&T einen Umsatz von 110,3 Mrd. DM, immerhin 25% dieses Umsatzes wurden im Ausland erzielt, ungefähr ein Fünftel entfielen auf Telekommunikationsausrüstungen, vier Fünftel auf Übertragungs- und Mehrwertdienste. Die Tatsache, dass AT&T als Produzent von Telekommunikationsgerät, als Betreiber von Netzen und als Anbieter von Mehrwertdiensten vollständig integrierte Telekommunikationssysteme vertreiben kann, wird ihm auch in Osteuropa (insb. Russland, Armenien, Ukraine) zu großem Erfolg verhelfen (vgl. Huffs Schmid 1994, 94).

Die Zerschlagung des AT&T-Imperiums löste „eine weltweite Schockwelle aus, die das Tempo der Liberalisierung des Fernmeldewesens vor dem Hintergrund der technologischen Veränderungen (Digitalisierung, Hochleistungsnetze, Optoelektronik, Erhöhung der Speicherkapazitäten und Kostensenkung) rasant beschleunigte.“ (Mattelart 2003, 106) Indem die strategisch wichtigen und dynamischen Bereiche von AT&T von ihren nationalen und infrastrukturellen Aufgaben und Verpflichtungen entbunden wurden, hatten sie eine formidable strategische Ausgangssituation, um sich auf einem rasant wachsenden Weltmarkt „Telekommunikation“ (den es zuvor in dieser Form noch gar nicht gegeben hatte) zu ziehen.

Noch im gleichen Jahr 1984 wurde die British Telecommunications (BT) privatisiert.<sup>183</sup> Da sowohl der privatisierten BT bzw. wie auch der entflechteten AT&T als ehemaligen Monopolisten auf ihren jeweiligen Heimatmärkten enge wettbewerbspolitische Grenzen gesetzt wurden, standen diese großen, nun privat agierenden Netzbetreiber von Beginn an unter einem starken Internationalisierungsdruck. „Wachstum und Kapitalverwertung müssen sie vorrangig durch das ausländische Geschäft erreichen.“ (Huffs Schmid 1994, 68) Fortan

---

<sup>183</sup> Tatsächlich hat die britische Telefongesellschaft BT „die Reihe der Deregulierungen und Privatisierungen in Europa mit erheblichen zeitlichen Vorlauf angeführt. Es wurde 1981 aus dem Postministerium ausgegliedert, 1984 teilprivatisiert und bis Ende 1993 ganz in privates Eigentum überführt.“ (Huffs Schmid 1994, 71) Da BT den Telefondienst in England mit einem Marktanteil von über 90% allerdings dominierte, „weitete BT seit Ende der 80er Jahre zielstrebig seine Tätigkeit ins Ausland und in den Bereich der Mehrwertdienste aus. Das Unternehmen kaufte von dem amerikanischen Rüstungskonzern McDonnell Douglas dessen Netz TYMNET und wurde damit „schlagartig zum weltweit führenden Anbieter im Datenvermittlungsmarkt.“ (Huffs Schmid 1994, 72, zitiert: HB vom 2.10.1991, S. B2)

waren also nicht nur die Gerätehersteller, sondern zunehmend auch Netzbetreiber auf einem gerade in Entstehung begriffenen Weltmarkt für Telekommunikation tätig.

Damit hatte sich die strategische Ausgangsposition für die europäischen Fernmeldehersteller und Netzbetreiber auf dramatische Weise verändert. Angesichts des vielfach beschworenen Bedrohungsszenarios eines europäischen Zurückbleibens hinter der US-amerikanischen und japanischen Konkurrenz<sup>184</sup> sollten die IuK-Technologien in das Zentrum von nationalen und bald auch europäisch-supranationalen Forschungs- und Entwicklungsprogrammen rücken. Vor dem Hintergrund der neoliberalen Diskurshegemonie in der Reorganisation der globalen Ökonomie sollte sich das von utopischen Überhöhungen und spekulativen Extrapolationen gefärbte Narrativ einer Informatisierung der kapitalistischen Gesellschaften zunehmend auf den Zusammenhang von Wettbewerbsfähigkeit und Informations- und Kommunikationstechnologien zuspitzen.<sup>185</sup>

Der Entwurf eines Weltmarktes für Telekommunikation mag eine US-amerikanische Idee gewesen sein, zurückbleiben wollten aber niemand. Zwischen 1985 und 1995 wurden die schwerfälligen, nationalen Telefongesellschaften auch in den liberalen Demokratien Westeuropas, Australiens, Japans und Kanada aus den Staatsverwaltungen ausgegliedert und privatisiert, d.h. schrittweise in eigenständige, national und international agierende Unternehmen ohne öffentliche Finanzierung umgewandelt.<sup>186</sup>

Die Privatisierung und Liberalisierung der nationalen Fernmeldebehörden in Europa geht also nicht auf das Credo eines freischwebenden, Wände durchdringenden und Ozeane überquerenden politischen Zeitgeistes zurück, sondern wird von ökonomischen Interessen und politischen Kräften – innerhalb von bestimmten gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und bestimmten politisch-ökonomischen Konjunkturen – als nationales (und im weiteren Verlauf dann europäisches) politisches Projekt artikuliert, um es den westlichen und insbesondere die europäischen Industriestaaten zu ermöglichen, sich ein Stück an dem rasant wachsenden Weltmarktes für Kommunikation zu sichern.

---

<sup>184</sup> Die Informations- und Kommunikationstechnologien waren gerade über das „Krieg der Sterne“-Programm der US-Regierung ins öffentliche Bewusstsein gerückt.

<sup>185</sup> Die Studien der 1970er, die sich im Kielwasser der These eines postindustriellen Zeitalters bewegten, hatten noch die gesellschaftliche und eben auch soziale Bedeutung der Informatisierung in den Mittelpunkt gestellt und in diesem Zusammenhang den Informations- und Kommunikationstechnologien eine dezentralisierende und demokratisierende Funktion zuschrieben, weshalb auch die staatlich-öffentliche Organisationstruktur des Telekommunikationswesens wie auch der Technologieentwicklung nicht infrage gestellt wurde. Katalysiert durch die Weltwirtschaftskrise und vor allen Dingen durch die Strategien von Unternehmen und Regierungen im Umgang mit dieser waren die ökonomischen, politischen und ideologischen Kräfteverhältnisse in Bewegung geraten. Ab Mitte der 1980er Jahre galten die IuK-Industrien als „Zukunftstechnologien“, nicht nur weil sie sich selbst zu einem der dynamischsten Wachstumssektoren aufgeschwungen hatten, sondern weil ihnen als „Querschnittstechnologien“ eine zentrale Bedeutung für die Internationalisierung von sowohl Produktion als auch Märkten (und später auch für Wachstum, Wettbewerb, Beschäftigung und noch vieles mehr) zugeschrieben werden sollte.

<sup>186</sup> Neben der Telekommunikation wurde auch die Liberalisierung des Mediensektors eingeleitet. In Deutschland z.B. entsteht mit dem Medienstaatsvertrag von 1984 das duale Rundfunksystem, dass nun auch kommerzielle Anbieter auf dem Fernsehmarkt zulässt.

## e. Die Europäisierung der Telekommunikation

Das Gründungsnarrativ des politischen Projektes einer Europäischen Informationsgesellschaft ist die Wahrnehmung der militärischen, ökonomischen und technologischen Vorherrschaft der USA, die eine Bedrohung nicht nur für die europäische Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch den gesamten europäischen Kulturraum darstellt (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 11; vgl. Servan-Schreiber 1968). Diese „Unterlegenheitsszenarien“ wurden erstmals in den 1960er Jahren beschworen, die Angst vor dem Zurückbleiben in der triadischen Konkurrenz um den Weltmarkt sollte auch in den kommenden Jahrzehnten immer wieder aufflackern und geschürt werden.<sup>187</sup>

So intoniert auch der im Jahr 1979 veröffentlichte Davignon-Bericht, benannt nach Étienne Davignon, dem damaligen Kommissar für „Binnenmarkt und gewerbliche Wirtschaft“, dass sich „die auf ihre kleinen, nationalen Märkte hin organisierten europäischen Unternehmen (...) in einer Situation struktureller Unterlegenheit zu den US-amerikanischen Giganten wie General Motors, IBM oder DuPont de Nemours“ befänden (Schaper-Rinkel 1999, 30). In Europa würden „nationale Strategien“ nicht mehr ausreichen, „um unsere Unternehmen auf das Niveau des Weltmarktes zu bringen. Die Ressourcen und Märkte der europäischen Staaten entsprechen nicht mehr der Dimension dieser technologischen Revolution.“ (KOM (79) 650, 1;8f; 40). „Die Antwort auf die Unterlegenheitsszenarien bestand darin, gemeinsame europäische Strategien zu entwerfen, die in europäische Regulierungsmuster münden.“ (Schaper-Rinkel 1999, 30) Gegenüber der technologischen, ökonomischen und militärischen Dominanz der USA sollten die europäischen Staaten also auf eine politische Integration Europas und vor allen Dingen auf den geoökonomischen „Kontinentalismus“ einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft setzen, in deren Zentrum die Verwirklichung eines europäischen Binnenmarktes stehen sollte.<sup>188</sup>

Die „Informatisierung der Gesellschaften“, d.h. der Wandel der produktiven Tätigkeiten in den „post-industriellen“ Gesellschaften hin zu Dienstleistungs- und informationsverarbeitenden Tätigkeiten, wurde auf europäischer Ebene spätestens seit der Veröffentlichung des

---

<sup>187</sup> Auch die vermeintlichen Stärken Europas wurden im Rahmen dieser Unterlegenheitsdiskurse artikuliert: „Während für die Informationstechnologien eine technologische Abhängigkeit und ein Rückstand gegenüber der Konkurrenz auf dem Weltmarkt konstatiert wird, gilt die Telekommunikation als eine der ‚Stärken der Gemeinschaft‘, deren Wettbewerbsfähigkeit als gefährdet gesehen wird, wenn die Schaffung hochleistungsfähiger Zukunftsnetze nicht gemeinschaftsweit koordiniert wird. Die Telekommunikation soll in Europa der Motor für die gesamte Hochtechnologieentwicklung werden (KOM 1985/84, 1, 6).“ (Schaper-Rinkel 2003, 148)

<sup>188</sup> Bereits die Montanunion (Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, ab 18.4. 1951) kann als „(...) eine im Einklang mit den Interessen der großen Konzerne Westeuropas stehende Wirtschaftsunion“ interpretiert werden (Hofbauer 2007, 65). Freilich begrenzt auf die Sektoren Bergbau und Metallindustrie wurde durch die Aufhebung von Ein- und Ausfuhrzöllen sowie staatlichen Subventionen die Weichen für einen „freien Warenverkehr“ geschaffen. „Konrad Adenauer und Robert Schumann gaben damit die Richtung der europäischen Nachkriegsintegration vor, wonach die einzelnen Staaten ihre politischen Einflussmöglichkeiten zurücknehmen, mehr noch: sie sich selbst verbieten. Stattdessen entstand sukzessive eine von den größten wirtschaftlichen Lobbys forcierte Suprastaatlichkeit.“ (Hofbauer 2007, 65) In Artikel 2 des 1957 geschlossenen Vertrags von Rom, dem Gründungsdokument der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, wird die „harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft“ vereinbart (Hofbauer 2007, 66).

Nora/Minc-Berichts 1979 intensiv diskutiert.<sup>189</sup> Die These eines Wirkungszusammenhangs zwischen moderner Telekommunikationsinfrastruktur, wirtschaftlichem Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit wies den IKT eine strategische Schlüsselfunktion für das Wachstum, die Produktivität und Innovationsfähigkeit auch in anderen Wirtschaftszweigen zu. Damit sollte eine europäische Telekommunikationspolitik ins strategische Zentrum der Modernisierungspolitik rücken.

Ganz in diesem Sinne sieht auch der Davignon-Bericht in der Entwicklung der Informationstechnologien eine „lebenswichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung“ Westeuropas. Zwar sei „die moderne europäische Gesellschaft (...) schon jetzt eine „Informationsgesellschaft“, in der wissenschaftliche und intellektuelle Tätigkeiten aller Art, wirtschaftliche Transaktionen und die gesamte Struktur des Alltagslebens auf einem ausgeklügelten Informationsnetz basieren.“ (KOM (79) 650, 1) Allerdings könne Europa „nur dann zu einer wirklichen ‚Informationsgesellschaft‘ werden, wenn die Benutzer der neuen Telematikdienste untereinander Verbindung aufnehmen und diese Dienste auf dem gesamten Gebiet der Gemeinschaft kostengünstig in Anspruch nehmen können und wenn die Unternehmen ferner auf einen ausreichend großen Markt rechnen können“ (KOM (79) 650, 20). Der „Rückstand Europas“ gegenüber der US-amerikanischen und japanischen Konkurrenz und die vorhandenen bzw. die zukünftig zu erwartenden Wettbewerbsprobleme, sollte es bei der nationalstaatlichen Zersplitterung der Märkte bleiben, begründen einen dringenden Handlungsbedarf auf europäischer Ebene:

„Europa beliefere ein Drittel des Weltmarktes für Fernmeldeeinrichtungen, 26% des Marktes für Rechner und 19% des Marktes für Bauelemente. Die Frage sei, „(...) ob dieser ergiebige und rasch wachsende Binnenmarkt und faktisch der Weltmarkt als Ganzes vor allem von der außereuropäischen Industrie beliefert werden soll, oder ob

---

<sup>189</sup> Aufbauend auf den Arbeiten von Machlup, Bell und Porats sollten in diesen Jahren populistische und offen ideologisch gefärbte Arbeiten (wie Y. Masuda „The Information Society as Post-Industrial Society“ (1981); Alvin Toffler „The Third Wave“ (1980)) bzw. solche, die von Regierungen in Auftrag gegeben worden waren und sich somit in den Dienst unmittelbarer, d.h. unter gegebenen Umständen mögliche, politische Handlungsempfehlungen stellten (vgl. Nora and Minc „The Computerisation of Society“ (1978); Porat „The Information Economy: Definition and Measurement“ (1984); Ian MacIntosh „Sunrise Europe“ (1986)) erscheinen (vgl. Sióchrú 1997). Nicht nur sollte sich das politisch-ideologische Narrativ zugunsten neoliberaler topoi wie Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung verschieben, durch den unmittelbaren Verwertungsimperativ waren diese Studien auch auf theoretisch-epistemologischer Ebene kompromittiert. In diesem Zusammenhang degenerierte der Begriff „Information“ zunehmend zu einem universellen Platzhalter, so dass es in der Folge „(...) immer häufiger zur gegenseitigen Durchdringung, zu Überlappungen und Entsprechungen zwischen den Begriffen „Information“, „Wissen“, „Kenntnisse“, „Kultur“ und „Kommunikation“ kommen sollte“ (Mattelart 2003, 61). „Das Verschwommene an diesem Informationsbegriff umgab auch den Begriff der „Informationsgesellschaft“ stets mit dem Nimbus des Besonderen. Der Ruf nach einer politischen Legitimation der Idee, Letztere sei hier und jetzt bereits Realität, übertönte die Einwände epistemologischer Wachsamkeit. Dabei reduzierte sich die Information in Anlehnung an die Statistik zunehmend auf den Begriff der Daten und existierte offenbar nur noch im Zusammenhang technischer Vorrichtungen. Mit dem Resultat eines rein instrumentellen Konzepts der Informationsgesellschaft. Diese soziale A-topie ließ alle soziopolitischen Dimensionen des Begriffs verblassen, der immerhin das zukünftige Geschick der Welt beschreiben sollte.“ (Mattelart 2003, 62) Das auf diese Weise ins Instrumentelle gewandelte Konzept einer „Informationsgesellschaft“ wiederum zeigte sich kompatibel mit den Strategien bestimmter politischer Kreise, von wo es bis Ende der 1980er Jahre den Weg in eine breitere Öffentlichkeit antrat.

sich die europäischen Industrien und Dienste einen größeren Anteil sichern sollen“ (Noppe 1997, 186, vgl. KOM (79) 650, 3).

Damit sind bereits im Jahr 1979 die zentralen Motive einer europäischen Telekommunikationspolitik versammelt: dass es sich bei den IKT um Zukunftstechnologien von zentraler Bedeutung für die ökonomische, soziale und politische Entwicklung handelt; die europäische Industrie diesbezüglich einen Rückstand gegenüber der globalen Konkurrenz aufzuholen hat und dies nur über Investitionen erreicht werden kann, die den Rahmen der einzelnen nationalen Märkte sprengen. Der Übergang von der gegenwärtigen zu einer „wirklichen“ Informationsgesellschaft wird zum einen an die Entwicklung gemeinsamer Standards, zum anderen an das europäische Projekt der Verwirklichung eines gemeinschaftlichen Marktes geknüpft (vgl. KOM (79) 650, 20; Schaper-Rinkel 2006, 230).

Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der darauffolgenden Rezession sowie der Wahrnehmung eines wachsenden technologischen Rückstands gegenüber der USA und Japan beginnt die EG-Kommission Ende der 1970er Jahre, „verstärkt mit Aktivitäten im Bereich der Forschungs- und Technologiepolitik wie auch in der Telekommunikationspolitik“ zu initiieren (Noppe 1997, 185).<sup>190</sup>

„So gilt ein Treffen der Post- und Telekommunikationsminister mit der Kommission im Dezember 1977 als der Anfang einer für den Sektor relevanten europäischen Telekommunikationspolitik. Bei dieser Zusammenkunft wurden Kooperationsmöglichkeiten zwischen der Kommission und der CEPT in vier Bereichen erörtert: der Industriepolitik, der Rolle der Postverwaltungen und des Privatsektors im Telekommunikationsbereich, der Preisentwicklung für Telekommunikationsnetze und -dienste sowie der Koordination von Forschungs- und Entwicklungsprojekten (Schneider/Werle 1989).“ (Noppe 1997, 185)

Im April 1978 kommt eine „Task Force Future Telecommunications Networks“ zusammen, die im Oktober 1979 Empfehlungen für eine Harmonisierung der europäischen Telekommunikationsstrukturen zugunsten von integrierten digitalen Netze vorlegt. Die im November 1979 eingesetzte „Information Technology Task Force“ soll die Aufgaben einer europäischen Industriepolitik in diesem Zusammenhang eruieren.

1980 lud derselbe Davignon die „großen Zwölf“ der europäischen Telekommunikationsbranche zu dem „European Information Technology Industry Roundtable“ (EITIRT) ein, in dem seit Ende der 1970er Jahre die Vertreter der zentralen europäischen informationstechnischen Unternehmen versammelt waren.<sup>191</sup> In diesem

---

<sup>190</sup> „As for EU telecommunications policy, Deregulation, liberalization, and privatization strategies were a collective response to conjectural changes in the 1970s and early 1980s, especially to the fluctuations in the rate of profit in the first place. Given that EU telecommunications policy was part of the broader process of European integration in which the EU competition policy has played a central role, this study, unlike others on the subject, recognized that the first concrete policy actions appeared when the overall profit rate of European firms plunged in the mid-1970s. If one considers further market integration as a solution to the problem of profitability, the period after 1980 definitely provides rich empirical evidence to achieve this goal in the telecommunications industry by means of competition policy.“ (Baskoy 2008, 189)

<sup>191</sup> Die „großen Zwölf“ waren damals „AEG, Nixdorf und Siemens aus der BRD; Bull, CGE (Alcatel) und Thomson aus Frankreich; GEC, Plessey und STC-ICL aus Großbritannien; Olivetti und STET aus

konzertierten Kreis wurde die Konzeption eines europäischen Forschungsprogramms vorbereitet (Schaper-Rinkel 2003, 128), dessen konzeptueller Kern im Jahr 1982 dem Ministerrat vorgelegt wurde und das unter dem Namen „ESPRIT“ mit dem ersten Forschungsrahmenprogramm verabschiedet werden sollte (ABl. 1984 L67).

*Das European Strategic Programme for Research and Information Technologies (ESPRIT) war das Ergebnis einer engen Zusammenarbeit der Europäischen Kommission mit dem European Information Technology Industry Roundtable (EITIRT) sowie der zwölf großen Unternehmen der Telekommunikationsbranche. Um den technologischen Rückstand gegenüber der US-amerikanischen und japanischen Konkurrenz aufzuholen, sollten Unternehmen zusammen mit Universitäten und Forschungseinrichtungen gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte in den Bereichen fortgeschrittene Mikroelektronik, Softwaretechnologie, fortgeschrittene Informationsverarbeitung, Bürosysteme und computerintegrierte Fertigung verfolgen (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 128; Noppe 1997, 186; KOM 1983/258, 3). Diese Projekte wurden von der Kommission gefördert, „indem diese in der Regel die Hälfte der Zusatzkosten der Projekte übernimmt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 128; vgl. KOM 1983/258, 3)*

*Damit sowohl die gemeinsamen wie auch die konkurrierenden Interessen dieser Unternehmen Rechnung getragen werden kann, konzentrieren sich die unter ESPRIT geförderten Initiativen<sup>192</sup> „auf den ‚vorwettbewerblichen‘ Bereich“ (Schaper-Rinkel 2003, 128). Damit aber bleiben sie zunächst „von geringer Relevanz, (...) marktfremd angesiedelt, breit gestreut und von geringer strategischer Kohärenz“ (Schaper-Rinkel 2003, 128, vgl. auch Grande 2001, 377)*

*Der Erfolg von ESPRIT sollte nicht in dem durchwachsenen Erfolg der unter ihm geförderten Forschungsprojekte liegen, sondern darin, dass es eine neue Form der Kooperation zwischen Kommission und solchen industriellen Roundtables erfolgreich etablierte, was die europäische Forschungs- und Technologiepolitik sowohl hinsichtlich der Verfahren als auch der Formulierung von politischen Zielen maßgeblich prägen sollte (vgl. Bornschiefer 2000, 182, Grande und Häusler 1994). „Die Schwerpunkte von ESPRIT werden in einem ständigen Dialog zwischen Kommission und den von ihr moderierten Netzwerken ständig neu bestimmt bzw. bestätigt und führen zu ‚rollierenden‘ Arbeitsprogrammen“ und öffentlichen Ausschreibungen, „auf die sich Konsortien mit entsprechenden Projekten bewerben können.“ (Schaper-Rinkel 2003, 129)*

*Über die mit ESPRIT angestoßene Europäisierung von scheinbar neutralen politischen Sachfeldern wie der Technologiepolitik oder der Technologieentwicklung gewinnt nicht nur die Ebene der*

---

Italien sowie Philips aus den Niederlanden.“ (Grande/Häusler 1994, 220; vgl. Schaper-Rinkel 1999, 31, FN 1). Die Zusammensetzung des 'Round Table' sollte sich über die Jahre durch Übernahmen und Aufkäufe mehrfach ändern.

<sup>192</sup> In der ersten Phase wurde ESPRIT auf die Förderung von fünf strategischen Bereichen konzentriert: „Fortgeschrittene Mikroelektronik, Softwaretechnologien, fortgeschrittene Informationsverarbeitung, Bürosysteme und die computerintegrierte Fertigung“ (Schaper-Rinkel 2003, 129; vgl. ABl. 1984 L 67, 57f; Kording 1998, 75ff). In der letzten Phase (1994-1998) bildeten „die klassischen Technologien für Komponenten und Teilsysteme (Halbleiter, Mikrosysteme, Peripheriegeräte), für die ein Viertel der Fördersumme veranschlagt ist (25,5%)“ (Schaper-Rinkel 2003, 129), den Schwerpunkt der Forschung. „Weitere Förderschwerpunkte sind die Softwaretechnologie (14%) und die Förderung von Hochleistungsrechner- und -netzen (12,75%). Gefördert wird auch die Integration von Informationstechnologien in die Fertigung (12%), die langfristige Forschung (Networks of Excellence, vorgelagerte FTE-Projekte) mit 10%, die Initiative zur Förderung offener Mikroprozessorsysteme (9%), Technologien für Unternehmensprozesse (8,75%) und schließlich Multimediasysteme (8%) (Kommission 1996a, 110).“ (Schaper-Rinkel 2003, 129, vgl. Europäische Kommission: Informationstechnologie für die Praxis. Ergebnisse aus dem ESPRIT-Programm. Brüssel/Luxemburg 1996)

europäischen Politik substantiell an Bedeutung gegenüber der nationalen, es verschieben sich auch die Politikformen und Kräfteverhältnisse. Durch die Einbindung der großindustriellen Akteure in die Gestaltung und Formulierung sollte zum einen die Kommission an Macht gegenüber den im Europäischen Rat vertretenen, nationalen Interessen gewinnen. Zum anderen, auch wenn die Industrie „nicht das Subjekt der Steuerung, sondern zuerst und vor allem ein Instrument in dem komplizierten 'Machtspiel' zwischen Kommission und Rat“ (Grande/Häusler 1994, 225) gewesen sein mag, so sollte auch sie mit der voranschreitenden Europäisierung der Technologiepolitik an politischer Macht gewinnen: „Wenn die Vertreter strategisch bedeutsamer Industrien direkt in die Formulierung und Umsetzung der europäischen Technologiepolitik einbezogen werden, bedeutet dies eine Ausweitung der quasi-staatlichen europäischen Politik und stärkt zugleich die Position von sachlich-funktionalen Akteuren (Verbänden etc.) gegenüber territorialen – durch Wahlen legitimierte – Akteuren.“ (Schaper-Rinkel 1999, 32) Um ihre Interessen durchzusetzen, werden die Großunternehmen fortan „nicht die 'eigene' nationalstaatliche Administration unter Druck setzen, um in Brüssel zu intervenieren, sondern umgekehrt: Als Branche europäisch koordiniert, stärken sie die gemeinschaftliche Politik gegen Einzelinteressen der Nationalstaaten, deren Interessen im Rat repräsentiert werden.“ (Schaper-Rinkel 1999, 31f, vgl. Schaper-Rinkel 2003, 128)

ESPRIT wird auch im Kontext des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ (tatsächlich bis zum Ende des vierten Forschungsrahmenprogramm 1998) weitergeführt werden, wobei Forschung und Entwicklung zunehmend mit begleitenden Maßnahmen, „die von Demonstrationsprojekten über die Verbesserung von Anwendungsverfahren bis zu Maßnahmen des direkten und des indirekten Technologietransfers reichen“, verknüpft werden sollten, womit „die Orientierung an den Nutzerinteressen und damit die Anwendungsorientierung gestärkt“ werden soll (Schaper-Rinkel 2003, 129).

Trotz dieser ersten supranationalen Initiativen gibt es zu Beginn der 1980er Jahre noch keine europäisch-gemeinschaftliche Politik, im Gegenteil: die relative lose Koordination der weiterhin national organisierten Fernmeldeverwaltungen in internationalen Gremien wie der ITU, der CEPT (hinsichtlich der Standardisierung auch noch CCITT und CEN/CENELEC) zementiert eher deren Anspruch, zwar in Absprache, aber autonom auf die Anforderungen eines zunehmenden grenzüberschreitenden Telefonverkehrs zu reagieren. Die Initiativen für eine Europäisierung der Telekommunikationspolitik bleiben zögerlich, noch zu Beginn der 1980er Jahre wird in Kontinentaleuropa davon ausgegangen, dass der in der Wahrnehmung einer Informatisierung der Gesellschaften eingeschriebene Modernisierungsauftrag im Rahmen der öffentlichen Fernmeldeverwaltungen durchzuführen sei, in Frankreich wird gegenüber der US-amerikanischen Vormacht sogar die Verstaatlichung des Telekommunikationssektors in Erwägung gezogen. Im Zentrum der Forschungs- und Entwicklungspolitik der Europäischen Gemeinschaften steht weiterhin die „friedliche Nutzung der Kernenergie“ (im Rahmen der EURATOM), eine grenzüberschreitende Koordination der einzelstaatlichen Telekommunikationspolitiken bleibt bis in die 1980er Jahre hinein „rudimentär“ (vgl. Noppe 1997, 184f).

So kommt es im Jahr 1982 mit der sogenannten „British Telecom-Entscheidung“ zwar zu der ersten formellen Entscheidung der Kommission in Sachen Telekommunikation. Das Netz-Monopol der British Telecom dürfe nicht dazu führen, dass diese ihre Marktmacht missbräuchlich zur Diskriminierung von Dienste-Anbietern einsetzt (diese Entscheidung wurde 1985 durch den Europäischen Gerichtshof bestätigt). Da sie aber auf dem Gebiet der Telekommunikation nicht handlungsberechtigt ist, wagt die Kommission noch keinen offenen

Angriff auf die nationalen Fernmeldeverwaltungen, ihrer Forderung nach einer Überantwortung weiterer Kompetenzen auf die europäische Ebene zum Trotz versichert sie, „die Kompetenzen der nationalen Fernmeldeverwaltungen nicht anfechten zu wollen.“ (zit.n. Schaper-Rinkel 2003, 158f). Auch wenn es sich bei der British Telecom-Entscheidung um eine Einzelfallentscheidung von begrenzter Reichweite handelte, bei der die Kommission das Monopol der BT nicht als solches angegriffen und infrage gestellt hat, versuchte die Kommission mit der Unterscheidung eines „Netz-Monopols“ von einem „Dienste-Monopol“ nicht nur die Grenzen ihrer Handlungsfähigkeit näher zu bestimmen, sondern zeigte auch ihre Bereitschaft, die Monopole da anzugreifen, „wo die Reichweite ihrer Befugnisse vom nationalen Gesetzgeber nicht eindeutig festgelegt ist.“ (Schaper-Rinkel 2003, 157).

### ***Die Konzertierung eines Europäischen Kommunikationsraumes***

Ab 1983 jedoch beginnt die Kommission, die Europäisierung der Telekommunikationspolitik voranzutreiben, nicht zuletzt weil sich die Gelegenheit als günstig erweist, ihre zuletzt eingeschränkte Handlungsfähigkeit gegenüber einem zögerlich agierenden Europäischen Rat zu erweitern. Als im Juni 1983 die *Feierliche Deklaration zur Europäischen Union* unterzeichnet wird, in der die Notwendigkeit einer weiteren wirtschaftlichen Integration betont wird, fokussiert die Kommission diese allgemeine Formulierung mit einer „*Mitteilung der Kommission an den Rat betreffend Telekommunikation-Aktionslinien*“. In diesem juristisch unverbindlichen Dokument wird die „Erarbeitung eines realistischen Ansatzes für die Öffnung der gegenwärtigen Fernmeldemärkte im Bereich der großen Marktsektoren angesichts der fest verankerten nationalen Interessen auf diesem Gebiet“ (KOM 1983/573,14) vorgeschlagen.

Um das Wachstumspotential, das durch die Fortschritte in der Mikroelektronik, der Digitalisierung und der elektronischen Datenverarbeitung sowie durch die Konvergenz dieser Sektoren mit der Telekommunikation in Aussicht gestellt ist, ausschöpfen wie auch den expansiven Weltmarktstrategien Japans und der USA konkurrenzfähige europäische Akteure entgegensetzen zu können, seien Entwicklungsanstrengungen und Investitionen erforderlich, die sich „nur bei Marktgrößen oberhalb der europäischen Nationalstaaten realisieren lassen“ (KOM 1983/329). „Ein zukunftsorientiertes Konzept im Telekommunikationsbereich muss einen gemeinschaftsweiten ‚Telekommunikationsraum‘ und gemeinschaftsweite Telematikmärkte schaffen“ (KOM 1983/573, 2,3,7; zit.n. Schaper-Rinkel 2003, 148). Die vormals im nationalstaatlichen Rahmen artikulierte Problematik des Fernmeldewesens als öffentlicher Versorgungsinfrastruktur wird also zu einer gesamteuropäischen Problematik der Wettbewerbsfähigkeit reartikuliert, als deren Lösung die Schaffung eines gesamteuropäischen Binnenmarktes für die Telekommunikation vorgeschlagen wird.

Die Kommission schlägt die Einrichtung eines Gremiums mit nationalen Vertretern vor, dessen Vorsitz sie bereitwillig selbst einzunehmen bereit ist. Ende 1983 wird die *Senior Officials Group on Telecommunications* (SOG-T) gebildet, in dem neben den Wirtschafts- und Industrieministerien auch die nationalen Fernmeldeverwaltungen ihre Vertreter entsenden, um über einen gemeinsamen rechtlichen Rahmen sowie die Schaffung eines europäischen Marktes für Telekommunikationsendgeräte zu verhandeln, für den vor allen Dingen Fragen der Standardisierung und gegenseitiger Zulassung/Lizensierung zu klären

waren. Ferner wurde über die Initiierung eines gemeinsamen Forschungsprogrammes für Kommunikationstechnologien (Research and Development in Communications Technologies in Europe, RACE) sowie den Aufbau eines regionalpolitisch orientierten Infrastrukturprogramms (Special Telecommunications Action für Regional Development, STAR) und schließlich „die Koordination der europäischen Positionen in internationalen Verhandlungen im Bereich der Telekommunikation“ verhandelt (Noppe 1997, 187). In the SOG-T, the foundation were laid for the strategy for European initiatives in telecommunications.“ (Esser/Noppe 1996, 553f)

Auf Vorschlag der Kommission wird im Mai 1984 dem Ministerrat ein Aktionsplan vorgelegt, der „Leitaktionslinien“ für eine europäische Telekommunikationspolitik beinhaltet, die sich folgendermaßen zusammenfassen lassen: Ausbau der europäischen Telekommunikationsnetze und -dienste, Schaffung der Voraussetzungen für einen einheitlichen Markt für Telekommunikationsgeräte sowie Fortführung der europäischen Forschung auf diesem Gebiet (vgl. Schaper-Rinkel 2006, 160, 231). Diese Aktionslinien integrieren

„über Foren und Forschung viele Akteure, die an unterschiedlichen Ansatzpunkten zusammengebracht werden, sie bieten ‚Zuckerstücke‘ in Form von Fördergeldern und Einfluss in internationalen Gremien, annoncieren der Großindustrie einen neuen aussichtsreichen Zukunftsmarkt und bieten den benachteiligten Regionen finanzielle Mittel zum Ausbau ihrer Infrastruktur.“ (Schaper-Rinkel 2006, 231)

Auf diese Weise gelingt es der Kommission, viele unterschiedliche Akteure und Interessen zu konzertieren und – über strategische Anreize und die Formulierung gemeinsamer Zukunftsvisionen – den Status Quo aus unterschiedlichen Richtungen anzugreifen. Deshalb verwundert es auch nicht, dass in diesem Aktionsplan „die Einschränkung, Status quo sowie Rechte und Kompetenzen der nationalen Fernmeldeverwaltungen unangetastet zu lassen, bereits verschwunden“ ist (Schaper-Rinkel 2003, 159).<sup>193</sup>

Das Jahr 1983 markiert somit den Beginn einer europäischen Telekommunikationspolitik, die allerdings mit dem Antritt der Delors-Kommission noch einmal eine erhebliche Bedeutungsaufwertung erfahren sollte.

---

<sup>193</sup> In der Vorbereitung dieser Aktionsplanes hat es in den der SOG-T unterstellten Experten- und Forschungsgruppen immer wieder Uneinigkeiten zwischen der Kommission, den Fernmeldeverwaltungen und der Industrie gegeben. Während Netzbetreiber nur über die für ihre Kernkompetenzen ungefährlichen Rand- und Zukunftsbereiche sprechen wollten, hatte die Industrie weitergehende Interessen, auch jenseits des ISDN-Projektes. Der Kommission hingegen schwebte bereits ein makroökonomisches Gesamtkonzept bis zum Jahr 2000 vor. „Die Widerstände in den einzelnen Mitgliedsstaaten werden nur noch als ein Problem der Umsetzung und der Zeitplanung gesehen. Ziel ist die ‚Erarbeitung eines realistischen Ansatzes für die Öffnung der gegenwärtigen Fernmeldemärkte im Bereich der großen Marktsektoren angesichts der fest verankerten nationalen Interessen auf diesem Gebiet‘. Den Anspruch, zukünftig in der politischen Entwicklung der Telekommunikationsmärkte die Regie zu führen, macht die Kommission deutlich, als sie ankündigt, diejenigen Institutionen zusammenzubringen, die das Know-How für ein Aktionskonzept haben.“ (Schaper-Rinkel 2003, 159/f)

### ***Die Projektierung des europäischen Binnenmarktes als Realisierungsgefäß***

Aufgrund des konjunkturellen Abschwungs nach der Weltwirtschaftskrise – neben den Ölpreiskrisen wurden die miteinander verwobenen europäischen Volkswirtschaften insbesondere durch die Wechselkursschwankungen infolge des Zusammenbruchs des Bretton Woods-System empfindlich getroffen – hatten die europäischen Regierungen seit Mitte der 1970er Jahre wieder verstärkt national-protektionistische wirtschaftspolitische Strategien verfolgt. Diese national-protektionistischen Strategien, in denen die Subvention nationaler Industrien und die Errichtung von Marktbarrieren eine wichtige Rolle spielten, verschärften aber nicht nur die wirtschaftlichen Probleme bis hin zur Stagflation, sondern führten auf der politischen Ebene auch zu einer sinkenden Bereitschaft, nationalstaatliche Kompetenzen an die EWG zu delegieren.<sup>194</sup>

Mit dem Amtsantritt von Jacques Delors im Jahr 1985 ist der Wendepunkt dieser als „Eurosklrose“ bekannt gewordenen Krise des europäischen Integrationsprozesses markiert. Als Antwort auf die wirtschaftliche und politische Stagnation seit Mitte der 1970er Jahre setzt der französische Sozialist Delors das Projekt eines europäischen Binnenmarktes – zunächst einmal das Datum seiner Realisierung bis Ende des Jahres 1992. Zudem kündigt er die Abschaffung aller innergemeinschaftlichen Grenzen an. Mit der den Binnenmarkt vorbereitenden Einheitlichen Europäischen Akte sowie dem Delors Bericht (1988, vorgestellt 1989) bis hin zum Vertrag von Maastricht „entsteht eine neue politische und wirtschaftliche Dynamik“ (Schaper-Rinkel 2003, 91f), über die das Projekt der „Europäischen Integration“ wieder an politischer Substanz gewinnen sollte.

Obwohl die vier Grundfreiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr), die die Eckpfeiler des späteren europäischen Binnenmarktes definieren werden, bereits in den Römischen Verträgen von 1957 verankert sind, waren diese bisher kaum in die Realität umgesetzt bzw. durch nationale nicht-tarifäre Handelsbarrieren außer Kraft gesetzt worden. Ein Entwurf für eine Reform der Römischen Verträge wurde bereits im Jahr 1981 in der Folge der „Genscher-Colombo-Initiative“ erarbeitet, auf deren Basis dann im Jahr 1985 im Europäischen Parlament und auf den Tagungen der Staats- und Regierungschefs (Mailand) die Verhandlungen geführt wurden. Parallel dazu veröffentlichte die Kommission ein Weißbuch zur Vollendung des

---

<sup>194</sup> So forderte die englische Regierung unter Thatcher z.B. mit dem populistischen Slogan „I want my money back!“ das Ende der umfangreichen Agrarsubventionen der EWG, da diese zum einen eher Frankreich und Italien zugute kamen als GB und zum anderen angenommen wurde, dass sich dieses Problem mit dem bevorstehenden Beitritt von Griechenland, Portugal und Spanien eher weiter verschärfen würde. In diese Zeit fällt auch der bisher einzige Austritt eines Mitgliedes aus der EWG: nachdem Grönland in Konflikt mit den innerhalb der EWG geltenden Fischereirechten und -quoten geraten war, zog es einen Austritt aus der Wirtschaftsgemeinschaft vor. Gleichwohl muss gesagt werden, dass in diese Phase der Eurosklrose allerdings auch die feste Einrichtung des Europäischen Rates ab 1974, die Einführung der Direktwahl zum europäischen Parlament ab 1979 sowie die Urteile des Europäischen Gerichtshof gegen nationalen Protektionismus und damit für eine weitere wirtschaftliche Integration Europas fallen. Mit der Überwindung der zweiten Ölkrise, dem Durchbruch bei den Agrarsubventionen (bei denen u.a. der sog. „Brittenrabatt“ ausgehandelt wurde), dem erfolgreichen Verlauf der zähen Beitrittsverhandlungen, vor allen Dingen aber durch die Wiederbelebung des Binnenmarkt-Projektes durch Delors sollte sich die Situation entspannen.

Binnenmarktes, in dem „die Liberalisierung der Dienstleistungen sowie der staatlichen Beschaffungspolitik“ gefordert wurde (Huffschmid 1994, 59).

*„Europa `92 – Der Vorteil des Binnenmarktes“ – der Cecchini-Bericht*

*Im Jahr 1986 gab die Europäische Kommission eine Studie in Auftrag, um die Potentiale des zu diesem Zeitpunkt ohnehin schon beschlossenen Binnenmarktes öffentlichkeitswirksam zu untermauern – vor allen Dingen indem die „Kosten der Nichtverwirklichung Europas“ nochmals drastisch vor Augen geführt werden.<sup>195</sup> Der 1988 vorgelegte Bericht, benannt nach dem Leiter des Forschungsprojekts, Paolo Cecchini, untersucht die mehr oder weniger großen Vorteile eines realisierten<sup>196</sup> europäischen Binnenmarktes sowie die Auswirkungen von Liberalisierungen in den folgenden Bereichen: „Abschaffung der Grenzkontrollen, Abbau technischer Handelshemmnisse, Liberalisierung der Dienstleistungen, Öffnung staatlicher Beschaffungsmärkte“ (vgl. Wagner 1998, 24f).*

*„Nach Schätzungen des Cecchini-Berichts ist bei starker Marktintegration und annähernder Preiskonvergenz mit einem gesamtwirtschaftlichen Gewinn in Höhe von ca. 140 Milliarden ECU oder 4% des EG-BIP zu rechnen. Dies ist ein Durchschnittswert aus den Ergebnissen für ein eher optimistisches und ein eher pessimistisches Wettbewerbsszenarium. Technische Vorschriften und sonstige Schranken machen nach Unternehmensbefragungen in der Industrie ca. 2% der Gesamtkosten der befragten Unternehmen aus. Zusätzlich zu diesen empirischen Schätzungen wurden empirische Simulationen durchgeführt, wobei die Ergebnisse der Schätzungen in makrodynamische Modelle eingegeben wurden. (...)“ (Wagner 1998, 24f)*

*Im Hinblick auf einen einheitlichen europäischen Telekommunikationsmarkt rechnet der Cecchini-Bericht den Mitgliedsländern ebenfalls die Verluste vor, die ihnen durch protektionistische Marktzersplitterung entstehen: „Sie sollen Mitte der 80er Jahre bei rund 20 Mrd. DM gelegen haben, gut 12 Mrd. DM bei den Diensten und knapp 8 Mrd. DM bei den technischen Ausrüstungen. In dieser Höhe – sie entsprach ungefähr einem Viertelprozent des Sozialproduktes der EG – könnten Kosten eingespart und Wohlfandeffekte erzielt werden, wenn der einheitliche europäische Binnenmarkt im Fernmeldewesen verwirklicht würde.“ (Huffschmid 1994, 58; vgl. Cecchini Bericht 69, 81)*

*Dem Bericht, eine Zusammenfassung von 16 Einzelstudien, eignet ein legitimatorischer bis propagandistischer Charakter (vgl. v. Bukold/Musiolik 1990, 12; Wessel 1988/89, 25; Hickel 1990, 53; Maurer 1993, 80, Bieling/Steinhilber 2000, 114) Da die Studien so angelegt sind, dass sie den mehr oder weniger großen Vorteil durch einen vollständig realisierten Binnenmarkt errechnen, dabei aber etwaige Nachteile oder sich negativ auswirkende Tendenzen erst gar nicht in den Blick nehmen, „hat eine solche Untersuchung bereits im Ausgangspunkt einen legitimatorischen Charakter.“ (Maurer 1993, 90)*

<sup>195</sup> Im Vorwort zum Cecchini-Bericht schreibt Jacques Delors: „Die Länder Europas nehmen an einem weltweiten Wettlauf teil, dessen Ausgang entscheidend ist für ihr wirtschaftliches Überleben und letztlich für ihre Fähigkeit, sich politisch zu artikulieren und politisch zu handeln.“ (Delors, in: Cecchini 1988, 3) Dieser Wettlauf verlaufe in immer rascheren Formen und erfordere „Anpassung und Vorausdenken“. Die „tiefgreifenden Veränderungen“ verdeutlicht Delors an einem Beispiel: „Es war ein europäisches Unternehmen, dass 1971 den ersten Videorecorder als Massenartikel auf den Markt brachte. Zwölf Jahre später kamen von zehn in Europa verkauften Videorecordern neun aus Japan.“ (Delors, in: Cecchini 1988, 3)

<sup>196</sup> Die Ergebnisse der Studie sind Potentialschätzungen, „die davon ausgehen, dass das Binnenmarktprogramm vollständig umgesetzt ist.“ Diese methodische Vorannahme war Gegenstand zahlreicher Interventionen, die die Ergebnisse als entweder zu optimistisch oder zu pessimistisch kritisierten (Wagner 1998, 26).

So wird „der voraussichtliche Mechanismus der EG-Marktintegration“ – „bei aller Vielschichtigkeit“ – wie folgt veranschaulichend zusammengefasst:

*„Ausgangspunkt ist der Abbau der vielfältigen nichttarifären Handelsbarrieren. Dies hat unmittelbar Kostensenkungen für die Wirtschaft zur Folge. Unter dem Druck des im Zuge der Marktöffnung zunehmenden Wettbewerbs fallen auch die Preise. Dieser „Angebotsschock“ löst einen eigendynamischen Prozess aus: Preisdruck belebt die Nachfrage, gibt den Unternehmen die Chance zu Umsatzsteigerungen und die Möglichkeit, sich durch Anpassungen an die veränderten Marktbedingungen für den europäischen und weltweiten Wettbewerb zu rüsten. Eine entscheidende Rolle spielen dabei die „Größenvorteile“ (economies of scale). Sie ermöglichen es den Unternehmen, in einem erweiterten Markt durch steigende Umsätze und wachsenden Erfahrungsschatz die Stückkosten zu senken, bzw. den Aufwand für eine bestimmte Dienstleistung zu verringern. (...) Unter dem Einfluss des zu erwartenden Wirtschaftsaufschwungs werden die öffentlichen Schuldenberge schrumpfen. Der in der Regel mit Wachstum einhergehende Preisauftrieb wird durch die Folgen des offenen Wettbewerbs gedämpft. So könnte die Gemeinschaft den Aufschwung sichern, ohne dass dies negative Folgen für ihre Aussenhandelsposition hätte. Der vielleicht wichtigste Aspekt der Marktintegration ist die mittelfristig voraussehbare Entspannung auf dem Arbeitsmarkt. Erstmals seit Beginn der siebziger Jahre bestehen reelle Aussichten, zahlreiche neue Arbeitsplätze zu schaffen (...).“ (Cecchini 1988, 17f) Nicht nur könne sich Europa auf diese Weise gegenüber den USA und Japan behaupten: dadurch, dass Europas dynamische Märkte der Weltwirtschaft Stabilität verleihen, würden diese zu „angemessenen Gegenleistungen“ getrieben und – in zukünftigen Verhandlungen auf gleicher Augenhöhe – auch ihre Märkte öffnen.*

Im Jahr 1986 wurde mit der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) (in Kraft getreten am 1. Juli 1987) ein detailliertes Rechtsetzungsprogramm zur Änderung der EG-Verträge verabschiedet, das die politischen Voraussetzungen für die Umsetzung des ehrgeizigen Binnenmarkt-Projekts schaffen sollte. Neben der Redefinition des vorherigen „gemeinsamen Marktes“ als „Binnenmarkt“ werden in der EEA auch die notwendigen Bestimmungen zu dessen Regulierung und Implementierung ausgeführt. Dabei geht es um Fragen der ökonomischen und sozialen Kohäsion,<sup>197</sup> der Europäisierung der Wissenschafts- und Technologiepolitik sowie der Stärkung des Europäischen Währungssystems. Den Europäischen Gemeinschaften sollten neue Zuständigkeiten zur Setzung eines gemeinsamen Rechtsrahmens für den Binnenmarkt zufallen, der Modus der qualifizierten Mehrheitsabstimmung im Rat wird ausgeweitet – fortan können rund zwei Drittel der Beschlüsse im Zusammenhang mit der Errichtung des Binnenmarktes im Ministerrat mit qualifizierter Mehrheit gefasst werden (und bedürfen also nicht mehr der Einstimmigkeit). Ebenso wird in der EEA mit dem 31. Dezember 1992 eine „Zielmarke“ für die Realisierung

---

<sup>197</sup> Im Vorwort zum Cecchini-Bericht artikuliert Delors den europäischen Binnenmarkt als eine mobilisierende europäische Idee, als einen „gemeinsamen Lebensraum für 320 Millionen Menschen, befreit von den vielfältigen Hindernissen im Handel und in der Zusammenarbeit zwischen den zwölf Mitgliedstaaten“ (Cecchini 1988, 4). Weiter heißt es „Als Wahrerin der übergeordneten europäischen Interessen konnte die Kommission nicht in Betracht ziehen, geschweige denn zulassen, dass der von ihr vorgeschlagene einheitliche große Binnenmarkt eine Verstärkung der bestehenden Ungleichgewichte zur Folge haben würde. Daher unsere entschlossene Abwendung von einer einfachen Freihandelszone und unser Wille, die Gemeinschaft zu einem geordneten Ganzen werden zu lassen (...).“ (Cecchini 1988, 5) Um also den Ausgleich, die Solidarität und europäischen Zusammenhalt zu sichern, sollen dem Binnenmarkt fortan eine Regionalpolitik, Sozialpolitik, Technologiepolitik, Beschäftigungs- und Ausbildungspolitik, Umweltpolitik, etc. zur Seite gestellt werden.

des Binnenmarktes festgeschrieben, in dem der freie Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet ist (vgl. Cecchini 1988, 4; Hofbauer 2007, 67). Die in der EEA proklamierte Vollendung des Binnenmarktes bis Ende des Jahres 1992 wird auch zum zentralen Diskursmoment für die Umstrukturierung der Telekommunikation.

Während die EEA eine Stärkung des Europäischen Parlaments und die Koordinierung einer gemeinsamen Außenpolitik vorsieht, lässt sie die Frage nach dem Status und der Zukunft der Europäischen Kommission weitgehend im Unklaren. Gleichzeitig aber erlaubte die über das Binnenmarktprojekt vermittelte Reartikulation der vertraglichen Grundlage der Kommission, ihre Rolle als ‚Hüterin der Verträge‘ fortan offensiver zu interpretieren und in der Folge ihre Handlungsfähigkeit auszubauen (vgl. Schaper-Rinkel 1999, 34). War die Schaffung eines gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsgeräte und -dienste über hinweg Jahren diskutiert worden, erhält die Kommission mit der Konkretisierung des Binnenmarktprojektes also nicht nur die vertraglich fixierte Grundlage, sondern auch eine zusätzliche Motivation, um eine „grundsätzliche Revision“ der Strukturen und Ordnung im Bereich des Fernmeldewesens einzuleiten (vgl. KOM 1987/290, 1).

### ***Technologiepolitik als Industriepolitik***

Seit ihrer Einsetzung 1985 hatte die Delors-Kommission (1985-1995) die Entwicklung der informationsgesellschaftlichen Technologien zu dem zentralen Thema ihrer Technologiepolitik gemacht, unter ihr „werden die wesentlichen Grundlagen zur Europäisierung der Technologie- und Telekommunikationspolitik gelegt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 11) Das Leitbild der in diesem Zusammenhang artikulierten „Europäischen Technologiegemeinschaft“ (Schaper-Rinkel 2003, 122) kann als Vorläufer des späteren Projektes einer Europäischen Informationsgesellschaft gesehen werden, insofern es schrittweise um industriepolitische Elemente erweitert werden sollte, wobei vor allen Dingen die Informations- und Kommunikationstechnologien in den Mittelpunkt des Interesses rückten.

Neben den militärisch-technischen und geopolitischen Faktoren, die den technologischen Rückstand Europas gegenüber den USA Mitte der 1980er Jahre untermauerten (vgl. SDI) und die die Initiative für eine europäische Technologiepolitik sicherlich auch motivierten, werden im Memorandum der Kommission zur *Europäischen Technologiegemeinschaft* (1985) als deren vorrangige Ziele die Wettbewerbsfähigkeit nach außen und die Kohäsion nach innen benannt (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 125). Während der US-amerikanischen Dominanz durch eine „Intensivierung der Beziehungen nach innen“ Grenzen gesetzt werden sollen (KOM 1985/350), identifiziert das Memorandum den technologische Fortschritt als einen „strategischen Faktor“, um „ihre Wettbewerbsfähigkeit wiederherzustellen und ein stärkeres und stabileres Wachstum“ (KOM 1985/350, 1) sowie „eine stärkere Konvergenz zwischen ihren Volkswirtschaften zu erreichen“ (Schaper-Rinkel 2003, 125). „Technology was pushed as the means of achieving a unified market to rival the United States and to combat the computer- and electronics-based resurgence of Japan.“ (Hills 1998, 109) Die Artikulation einer gemeinsamen europäischen Technologiepolitik kann in diesem Sinne als „Reaktion auf die (...) krisenhafte internationale Restrukturierung und Transnationalisierung der Ökonomie im Triademaßstab“ interpretiert werden (Noppe 1997, 182).

Um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie und des europäischen Wirtschaftsraumes zu stärken, soll sich eine europäische Technologiepolitik allerdings nicht nur auf die Generierung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, die Anmeldung von Patenten und die Herstellung von Prototypen beschränken, sondern muss diese letztlich auch in marktfähige Produkte und Dienstleistungen umsetzen, die neue Geschäftsfelder zu erschließen und sich bestenfalls auch auf den Märkten der Konkurrenten kommerziell erfolgreich durchzusetzen vermögen (vgl. Bangemann 1992, 60). Um „die Diskrepanz zwischen wissenschaftlicher Forschung und industrieller Anwendung“ zu überbrücken (Schaper-Rinkel 2003, 126), soll die Zusammenarbeit zwischen Hochschulforschung, staatlichen Verwaltungen und der Industrie verbessert werden (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 126, vgl. KOM 1985/350, Anhang 2-11). Es gilt, den Zusammenhang zwischen Forschung, Technologie, Binnenmarkt und Regionalpolitik unter dem Banner der europäischen „Wettbewerbsfähigkeit“ zu stärken, „die Generierung von Wissen wird im Zuge ihrer Europäisierung auf das Ziel der Anwendung und Verwertung hin organisiert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 127)

Wurden Technologie- und Telekommunikationspolitik zuvor im nationalstaatlichen Rahmen verhandelt, koordiniert und umgesetzt, werden unter der Delors-Kommission neue Arenen und „neue Kooperationsformen zwischen der EU-Kommission und europäischen transnationalen Unternehmen“ (Bornschiefer 2000, 182) für eine gemeinschaftlich koordinierte Technologieentwicklung und -verbreitung etabliert.<sup>198</sup>

Insofern die europäische Technologiepolitik Forschungs- und Entwicklungsprozesse bereits in ihrem Ansatz unter geoökonomischen Erwägungen auf zukünftige Anwendungen und Märkte hin ausrichtet, setzt sie „an der Schnittstelle von Forschungs- und Industriepolitik“ an (Schaper-Rinkel 2003, 123). Europäische „Technologiepolitik heißt vor allem *selektive* finanzielle Förderung von Forschung und Entwicklung. Die Förderung dient als Instrument der Wirtschaftspolitik, respektive der Industriepolitik.“ (Schaper-Rinkel 2003, 122) Dabei ist

---

<sup>198</sup> Die Anfänge einer europäischen Industriepolitik lassen sich bereits Ende der 1960er ausmachen, „1967 wird (...) ein Kommissar explizit mit Aufgabe der Industriepolitik betraut; zugleich wird eine entsprechende Generaldirektion eingerichtet.“ (Schaper-Rinkel 2003, 123) 1970 veröffentlicht diese Generaldirektion das sogenannte Colonna-Memorandum *Die Industriepolitik der Gemeinschaft* (KOM 1970/100), das aufgrund seiner antizipativen, auf die Zukunft gerichteten Perspektive auch als Schlüsseldokument der europäischen Technologiepolitik einzuschätzen ist. Neben industriepolitischen Umstrukturierungen, aus denen „große, dynamische, transnationale und innovative Konzerne in zukunftssträchtigen Branchen entstehen sollen, die in ihrer Größe und Struktur der amerikanischen Konkurrenz entsprechen“ (Schaper-Rinkel 2003, 123; vgl. KOM 1970/100, 28ff; vgl. Starbatty/Vetterlin 1999, 21ff), wird bereits die „Schaffung eines einheitlichen, gemeinsamen Marktes“ und die dafür erforderliche „Beseitigung der technischen und fiskalischen Handelshemmnisse sowie die industrielle Förderung in technologischen Spitzenbereichen bzw. im Bereich der Zukunftstechnologien“ avisiert (Schaper-Rinkel 2003, 123). Ebenso materialisieren sich in den 1970er Jahren erste Ansätze einer europäischen Technologiepolitik, allerdings verfügt der Forschungshaushalt der EG Ende der 1970er Jahre über ein Budget von nur 276 Mio. ECU (das entspricht gerade einmal 4,2% des damaligen Forschungs- und Entwicklungsetats der BRD), das zudem zu mehr als zwei Dritteln auf den Energiebereich und insbesondere die Nuklearenergie konzentriert ist (Schaper-Rinkel 2003, 124). Auch wenn die Europäische Kommission seit Ende der 1970er Jahre also den Diskurs über die Zukunft des europäischen Telekommunikationsraumes forciert, ist zu diesem Zeitpunkt noch keine technologiepolitische Gesamtstrategie artikuliert, „die Politik auf Gemeinschaftsebene stagniert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 124f)

die europäische Technologiepolitik „von Beginn an keine Politik, deren inhaltliche Leitlinien politisch von den Mitgliedsstaaten oder vom Europäischen Parlament entschieden werden. Sie wird vielmehr über das Ziel eines gemeinsamen europäischen Marktes als ein Sachzwang aus dem Vertrag abgeleitet.“ (Schaper-Rinkel 2002, 444)

Mit dem durch die Einheitliche Europäische Akte ausgegebenen Ziel einer Vollendung des europäischen Binnenmarktes bis 1992 veränderten sich deshalb die Kontexte für eine Europäische Technologie- und Industriepolitik. Dabei stellt das Binnenmarkt-Projekt den integrierenden Rahmen auch für die Europäisierung der Technologiepolitik dar, die sich nun zunehmend einer marktgängigen Anwendungsorientierung von Produkten und Dienstleistungen verschreibt. „(...) erst mit dem Vertrag von Maastricht wird der Gemeinschaft eine ausdrückliche industriepolitische Kompetenz zugewiesen und somit eine europäische Technologiepolitik festgeschrieben.“ (Schaper-Rinkel 2003, 145)

Nach der Verwandlung der einst nationalstaatlichen Protektorate für Informationstechnik, Telekommunikationsinfrastruktur und grundlegende Dienste in europäische Märkte, wird die Kommission ihr Mandat ergreifen, um politische Regulierungsmechanismen nun auf europäischer Ebene zu etablieren. Darauf werden wir weiter unten zurückkommen.

„Das Paradox der Europäischen Technologiegemeinschaft liegt in dem politischen Erfolg des Leitbildes bei sachlichem Misserfolg. (...) Über das Ziel einer gemeinschaftlichen Technologie-Entwicklung zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit wird faktisch die Europäisierung vorangetrieben, ohne das eigentliche Ziel zu erreichen. Gemeinschaftlich dominierte Technologiepolitik ist von einem primär wirtschaftspolitischen Instrument zu einem primär integrationspolitischen Instrument geworden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 145)

Der Schwerpunkt der europäischen Forschungs- und Technologiepolitik, die erst „seit dem Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte auch offiziell zum Bestand gemeinschaftlicher Politiken der EG“ gehören, „hat sich seit Mitte der 80er Jahre eindeutig von der Energie- auf die Informations- und Telekommunikationstechnologie verschoben.“ (Huffschild 1994, 62) Bereits mit den zehn „Mobilisierungsvorhaben“, die im Memorandum zur Europäischen Technologiegemeinschaft von 1985 vorgeschlagen werden, werden die Informations- und Kommunikationstechnologien in den Vordergrund der Technologiepolitik gerückt. Der Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologien wird eine besondere Bedeutung zugeschrieben, da ihnen als „universell einsetzbare Querschnitt-Technologien“ eine Schlüsselrolle bei der Lösung der Probleme der Gemeinschaft zugeschrieben werden (Schaper-Rinkel 2003, 125), insofern sie sowohl Wirtschaftswachstum wie Beschäftigung stimulieren wie auch das Zusammenwachsen der Unternehmen und Märkte in den Mitgliedstaaten der EU fördern würden (vgl. KOM (87) 290, 11; vgl. Grande/Häusler 1994). So wird ebenfalls 1985 eine „Information Technologies and Telecommunications Task Force“ (ITTF) ins Leben gerufen, die das Potential der IuK in den

Bereichen Medizin und Gesundheit, Transport und Verkehr sowie Forschung und Entwicklung eruieren sollte.<sup>199</sup>

- *Die Europäische Forschungs- und Entwicklungsförderung*

Die Verschiebungen in der Europäischen Technologiepolitik in Richtung IKT lassen sich anhand der sogenannten Forschungsrahmenprogramme veranschaulichen, über die das diskursive Leitbild einer „Europäischen Technologiegemeinschaft“ vorangetrieben und realisiert wurde (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 142).

Ihre technologiepolitischen Ziele formulierten die europäischen Staaten erstmals 1983 in einem sogenannten „Rahmenprogramm für Forschung und Entwicklung“. Über dieses Programm (Laufzeit 1984-87) wurden Fördermittel zur Verfügung gestellt, für die sich Projekten bewerben können, denen ein „europäischer Mehrwert“ im Zusammenhang mit den technologiepolitischen Zielen der Rahmenprogramme zugesprochen wird (Schaper-Rinkel 2003, 123).

Wenngleich im Mittelpunkt der europäischen Forschungspolitik, die ja letztlich aus der 1957 gegründeten EURATOM hervorgegangen war, noch die Energietechnologie stand, wurden der Querschnittcharakter der Informationstechnologien und ihre beschäftigungspolitische Bedeutung bereits in den ersten Entwürfen zu diesem 1. Forschungsrahmenprogramm betont (KOM 1982/865, 4; Schaper-Rinkel 2003, 130). In diesem Sinne wurde als Teil des 1. Forschungsrahmenprogramms auch das „European Strategic Programme for Research and Information Technologies“ (ESPRIT) verabschiedet. Das 1. Forschungsrahmenprogramm kann durchaus als Durchbruch in der Europäisierung der Forschungspolitik interpretiert werden, in dessen Folge „es zu einer strategischen Neuorientierung der Aktivitäten der EG und zu einer beträchtlichen Ausweitung über sektorale Tätigkeiten hinaus“ kommen sollte (Bornschiefer 2000, 182). Da es zu dem Zeitpunkt der Verabschiedung des 1. Forschungsrahmenprogramms aber weder einen eigenständigen Rechts- noch einen institutionellen Rahmen für eine europäische Technologiepolitik gab, musste sich das mit umgerechnet 3,3 Milliarden ECU ausgestattete Programm aber mehr oder weniger darauf beschränken, „laufende Programme und geplante Initiativen zueinander ins Verhältnis“ zu setzen (Schaper-Rinkel 2003, 131).

Mit der 1987 in Kraft tretenden Einheitlichen Europäischen Akte (Artikel 166) wurden die europäische Technologiepolitik und die kontinuierliche Durchführung der Rahmenprogramme rechtlich-institutionell etabliert und abgesichert. Die Rahmenprogramme, „(bis heute) politische Leitlinien ohne selbst eine verbindliche Rechtsform anzunehmen“, werden demnach durch die Verabschiedung der Beteiligungsrichtlinien sowie die spezifischen Forschungs-, Entwicklungs- und Arbeitsprogramme wie ESPRIT, RACE, ACTS, TAP oder den Programmen zur Förderung von Telematikanwendungen (AIM, DELTA, DRIVE) konkretisiert (Schaper-Rinkel 2003, 131; Breiter, Beckert, Hagen, Kubicek 2007, 12).<sup>200</sup>

---

<sup>199</sup> Aus dieser Task Force sollte später die Generaldirektion XIII (Informationstechnologie, Informationsindustrie und Telekommunikation) hervorgehen.

<sup>200</sup> „Für die Verabschiedung der spezifischen Programme ist seit der EEA allerdings nicht mehr die Nutzung der Generalermächtigung, die die Einstimmigkeit im Rat verlangt, notwendig. Vielmehr

Für das 2. Forschungsrahmenprogramm (1987-1991) werden mit 5,4 Mrd. ECU (umgerechnet etwa 4,4 Milliarden Euro) nun nicht nur deutlich mehr finanzielle Mittel bereitgestellt. Auch wurden die Mittel für Energieforschung, die im 1. Forschungsrahmenprogramm noch fast die Hälfte des Budgets ausmachten, drastisch reduziert (Bornschiefer 2000, 183), hingegen steigt „der Anteil der Mittel, mit denen die Informations- und Kommunikationstechnologien gefördert werden, (...) auf über 40%“ (Schaper-Rinkel 2003, 132). Mit 1,6 Mrd. ECU entfällt der Großteil dieser Mittel auf das Programm ESPRIT, ein kleinerer Teil von immerhin 550 Mio. ECU auf das neu aufgelegte Programm Research and Development in Communications Technologies in Europe (RACE). Den Programmen für die integrierte Anwendung der Informations- und Kommunikationstechnik in den neuen telematischen Anwendungen (DELTA, AIM und DRIVE)<sup>201</sup> werden immerhin noch 125 Mio. ECU zugeschlagen (ABl. 1987 L 302; Schaper-Rinkel 2003, 132).

*Das Forschungs- und Entwicklungsprogramm RACE (Research and Development in Communications Technologies in Europe) wurde Ende 1983 von der Kommission im Rahmen der Senior Officials Group on Telecommunications (SOG-T) vorgestellt, wurde aber von den Vertretern der Netzbetreiber zunächst nicht ernst genommen. Aus einem Treffen der IT Task Force mit dem European Information Technology Industry Roundtable (EITIRT) entstand der Vorschlag, „ein Forschungs- und Entwicklungsprogramm zur Breitbandkommunikation zu inszenieren“ (Noppe 1997, 188), in das zukünftig nicht nur alle Bereiche der Telekommunikation, sondern auch die audiovisuellen Medien einmünden sollten. Da aufgrund der sowohl in ökonomischer wie auch in regulierungspolitischer Hinsicht nationalen Zersplitterung bisher sowohl „die Ausrüstungstechnologien, wie z.B. öffentliche Vermittlungssysteme, verschiedene Mehrwertdienste, wie z.B. Bildschirmtext, aber auch [die] Netzkonzeptionen, wie die jeweiligen nationalen ISDNs<sup>202</sup> in den Vergleichsländern, nicht untereinander kompatibel“ waren (Noppe 1997, 198), sollte nun bereits im Vorfeld die Standardisierung der neuen Breitbandtechnologien gewährleistet werden.*

*80 Experten aus Industrie und Forschung, aufgeteilt in vier technische Arbeitsgruppen, arbeiteten über den Sommer 1984 einen mehr als 600 Seiten umfassenden Entwurf für einen Aktionsplan aus, der nun zwar auch auf das Interesse der Netzbetreiber stieß, allerdings aufgrund seines ambitionierten Volumens von 1 Mrd. ECU abgelehnt wurde. Erst nach einer Revision (nun mit einem Volumen von 400 Mio. ECU) sowie der Auflage, das Konzept der technischen Zusammenarbeit zu präzisieren, wurde das Programm im Juli 1985 vom Ministerrat gebilligt. Nach einer weiteren Ausarbeitungsphase,*

können sie jetzt mit qualifizierter Mehrheit im Rat verabschiedet werden; die Kommission muss in ihren Vorschlägen nicht mehr die Interessen aller Mitgliedsstaaten berücksichtigen, sondern kann stärker eigene Akzente setzen, solange sie nur die qualifizierte Mehrheit im Rat hinter sich zu bringen weiß. Der neue Modus gilt als entscheidend dafür, dass die Technologiepolitik den nationalen Administrationen aus den Händen gleitet und nach Brüssel verlagert wird (Starbatty/Vetterlein 1990, 27, 59ff; Jasper 1998, 47).“ (Schaper-Rinkel 2003, 131f)

<sup>201</sup> „DELTA (Developing European Learning through Technological Advance) ist eine Gemeinschaftsaktion auf dem Feld der Lerntechnologien (...) Mit der Gemeinschaftsaktion AIM (Advanced Informatics in Medicine) werden telematische Anwendungen im Gesundheitsbereich gefördert (...). Bei DRIVE (Dedicated Road Infrastructure for Vehicle Safety in Europe) handelt es sich um ein entsprechendes Programm für den Transportsektor“ (Schaper-Rinkel 2003, Anm. 66, 249).

<sup>202</sup> Ab Mitte der 1980er Jahre mussten die großen Hoffnungen, die auf die Durchsetzung von ISDN als einem allgemeinen und weltweiten Standard gesetzt worden waren, gegenüber den unterschiedlichen nationalen und unternehmerischen Interessen und spätestens mit dem Ausstieg der USA begraben werden. „Nevertheless, as the costs of optic fibre decreased, so the possibility of linking the European Union in one “broadband” highway, transmitting voice, data, and images over an interactive network, took the place of ISDN as the technological utopia.“ (Hills 1998, 110)

an der 400 Sachverständige aus 109 Institutionen in 30 Projekten (Noppe 1997, 189) beteiligt waren, trat RACE mit dem 2. Forschungsrahmenprogramm im Jahr 1987 in Kraft.

„Die erste Etappe von RACE lief über 5 Jahre (von Juni 1987 bis Juni 1992) und ist von der EG mit insgesamt 550 Mio. ECU finanziert worden. (...). An den insgesamt 92 Projekten waren 306 Firmen aus 16 Ländern beteiligt, es reichte also über den Rahmen der EG hinaus.“ (Huffschnid 1994, 63) Die zweite Etappe lief bis Ende 1995, über den Gesamtzeitraum verfügte das Programm ein Gesamtvolumen von 2,5 Mrd. ECU, wobei 1,1 Mrd. ECU aus EU-Mitteln finanziert wurden (vgl. Noppe 1997, 199).

Auch wenn die im Vergleich zu den Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Industrie nur sehr geringe Mittelausstattung<sup>203</sup> „die Vermutung nahe[legt], dass es sich nicht um eine strategische Weichenstellung für ein einheitliches europäisches Telekommunikationsnetz handelt, sondern eher um die Organisation von Mitnahmeeffekten für die führenden europäischen Telekommunikationskonzerne“ (Huffschnid 1994, 63), ist RACE nicht nur das größte Einzelprogramm der Telekommunikations-Förderung innerhalb der EG, sondern markiert den Beginn einer materiell ernstzunehmenden europäischen Kommunikationspolitik.

Wie schon im Zusammenhang mit ESPRIT erwähnt, dürfen auch hier die zunächst durchaus bescheidenen Ergebnisse nicht über die indirekten Wirkungen des Programms hinwegtäuschen, zu denen neben der Forcierung der gesellschaftlichen Debatte über die Zukunftstechnologien in Europa wiederum die Europäisierung der Technologieentwicklung gehört. Mehr noch als ESPRIT war RACE auf eine Konzentrierung und Verdichtung der „entscheidenden Akteure des zukünftigen europäischen Politikfeldes“ angelegt, „um die verschiedenen Optionen für einen zukünftige Telekommunikationsinfrastruktur zu erforschen und erproben.“ (Schaper-Rinkel 2003, 162, Noppe 1997, 202)

Die strategische Orientierung auf industrielle Akteure verschafft der Kommission nicht nur neue Bündnispartner: „Diejenigen Industrieunternehmen, die in den expandierenden Markt für Telekommunikationsträger einsteigen wollen, aber nicht zu den Hoflieferanten gehören, und diejenigen Hoflieferanten, die statt des begrenzten nationalen Marktes den gesamten zukünftigen Binnenmarkt anvisieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 158f). Gestützt auf die Interessen der Großindustrie gelingt es der Kommission, die Europäisierung der Technologiepolitik gegen die Interessen der bisher dominanten nationalen Akteure durchzusetzen (Schaper-Rinkel 2003, 130). Die Einbindung der Industrie in das europäische Forschungsprogramm bricht zwar nicht die Macht der nationalen Fernmeldeverwaltungen, setzt diese aber unter Druck (Schaper-Rinkel 2003, 162), insofern diese sich nun innerhalb eines europäischen Forschungs- und Policy-Netzwerkes wiederfinden, in der sie nicht mehr einfach ihre Dominanz innerhalb des nationalen Rahmens ausspielen können, sondern in den nun auf europäischer Ebene geführten Debatten um die zukünftige Strategieentwicklung, Technologie- und Anwendungsförderung<sup>204</sup> nur noch eine Interessensgruppe – neben anderen – sind

<sup>203</sup> „Die jahresdurchschnittliche Gesamtfördersumme von 101 Mio. ECU oder 210 Mio. DM entspricht z.B. 4% der Summe, die die 5 führenden Telekommunikations-Gerätehersteller 1987 für Forschung und Entwicklung ausgegeben haben (5,39 Mrd. DM). Allein Alcatel hat im Jahre 1990 15mal mehr für F+E eingesetzt (nämlich 1,53 Mrd. ECU) als durch RACE insgesamt zur Verfügung standen.“ (Huffschnid 1994, 63) Damit ist RACE zwar nicht in der Lage, richtungsweisende Forschungsimpulse zu setzen, stellt aber eine sicherlich willkommene Ergänzung und Zugabe zu den Forschungsprojekten der Industrie dar. Überhaupt werden diese Mittel „vor allem von den Unternehmen akquiriert, die ohnehin schon über das größte Forschungspotential verfügen: 15 der 92 RACE-Forschungsprojekte wurden durch den Branchenführer Alcatel bzw. seine Tochtergesellschaften (...) geleitet.“ (Huffschnid 1994, 64)

<sup>204</sup> „Die Strategieentwicklung im Rahmen des Programms hatte das Ziel, die technologischen und ökonomischen Optionen für die integrierte Breitbandkommunikation auszuloten und gemeinsam mit

(vgl. Schaper-Rinkel 1999, 33). Mit der direkten Einbindung von strategisch bedeutsamen europäischen Industrieunternehmen in die Artikulation der europäischen Technologiepolitik verschiebt sich das Kräfteverhältnis: „Waren die industriellen Akteure bisher stark von den nationalen, öffentlichen Netzbetreibern abhängig, so bietet ihnen die Kommission mit dem Netzwerk-Engineering im Rahmen von RACE die Möglichkeit, ihre Interessen auf europäischer Ebene direkt einzubringen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 163, vgl. Schaper-Rinkel 2003, 130) „Haben die nationalen Fernmeldebetreiber bisher den Prozess der weiteren technologischen Entwicklung national gesteuert und nachträglich in ihren internationalen Organisationen koordiniert, so kommt es mit RACE zu einer Europäisierung der Netzentwicklung. Die zukünftige Netzarchitektur wird von vorneherein in ihrer europäischen Dimension geplant.“ (Schaper-Rinkel 2003, 163) Damit wiederum wird die Bedeutung der europäischen Ebene weiter aufgewertet (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 163).

Ein integriertes europäisches Breitbandnetz soll „das reibungslose Zusammenspielen aller wesentlichen Bestandteile einschließlich bestehender und neuer Funktionen: Fernspreverkehr, Paketvermittlung, ISDN, Breitband-, Satelliten-, Mobilkommunikation“ gewährleisten (Noppe 1997, 200) und so auch technisch die Entstehung von „neuartigen Wettbewerbsmustern in der Telekommunikation“ begünstigen: „Statt der Integration von Diensten in einem einzigen Netz soll die Inter-Operabilität verschiedenster nationaler, privater oder öffentlicher Netze gewährleistet werden. Die Funktionsfähigkeit eines „Netzes von Netzen“ ist das Ziel der Maßnahmen.“ (Noppe 1997, 201)

Diese Integrität und Inter-Operabilität einer europäischen Netzinfrastruktur wird gerade durch die Liberalisierung der nationalstaatlichen Infrastrukturen infragegestellt. Die eigentlich politische Frage einer intensivierten Zusammenarbeit zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit wird im Rahmen von RACE also technisch gelöst, indem mit der Entwicklung gemeinsamer technischer Standards im Bereich der Telekommunikation die Voraussetzungen für eine gemeinsame Telekommunikationsinfrastruktur im zukünftigen Binnenmarkt geschaffen werden (Schaper-Rinkel 2003, 163).<sup>205</sup> In diesem Sinne kann RACE als der „Versuch der Neudefinition des für die Telekommunikation traditionell bestimmenden Infrastrukturbegriffs“ (Noppe 1997, 183) „durch die Etablierung einer neuen, flexibel definierten und internationalen statt nationalen Technolgieenorm“ interpretiert werden (Noppe 1997, 199), die „einerseits den Bedingungen zukünftiger unsicherer globaler Markt- und Nachfragestrukturen gerecht werden, andererseits aber auch eine Kompromissbildung zwischen den unterschiedlichen Interessen der an der Technologieentwicklung beteiligten Organisationen ermöglichen“ soll (Noppe 1997, 199f).

Der Erfolg von RACE besteht also in erster Linie in der Konzertierung der relevanten Akteure auf europäischer Ebene, um angesichts von Weltmarktverschiebungen und sozioökonomischen Krisenszenarien einen konfliktorischen Konsens im Dienst der europäischen Wettbewerbsfähigkeit zu organisieren.

Im Vorfeld des 3. Rahmenprogramms (1990-1994), dessen Beginn zeitlich mit den Vorbereitungen des Maastricht-Vertrages zusammenfällt, wird das sogenannte Bangemann-Papier zur Europäischen Industriepolitik veröffentlicht, in dem die europäische Industriepolitik

---

Netzbetreibern, Industrie und Nutzern eine Entwicklungs- und Implementationsstrategie zu erarbeiten. Bei der *Technologieentwicklung* im Rahmen von RACE wurde grundlagenorientierte Forschung zu Schlüsseltechnologien für die Breitbandkommunikation (optische Nachrichtentechnik, fortgeschrittene Vermittlungstechnik, Netzmanagement) gefördert. Hinsichtlich der *Anwendungsförderung* wurden die Anwendungsmöglichkeiten und Potentiale des zukünftigen Netzes in Integrationsprojekten erprobt.“ (Schaper-Rinkel 1999, 33f)

<sup>205</sup> In Ermangelung einer zentralen Institution zur homogenen Standardisierung wird die Frage der Netz-Integrität technisch – bspw. über offene Standards - wie den Asynchronous Transfer Mode, der den Datenfluss unabhängig vom Inhalt der Datenpakete gewährleistet – eingeholt.

reartikuliert und aufgewertet wird, „indem sie von einer oft sektoralen Begleitpolitik des Binnenmarktes zu einem selbständigen und umfassenden Politikfeld wird“ (Schaper-Rinkel 2003, 133, vgl. Art. 157 des Vertrags von Maastricht), dessen wettbewerbsorientierte Imperative fortan auch in andere Politikfelder eindringen, „wovon insbesondere die Forschungspolitik, aber auch die Handels-, Regional- und Wettbewerbspolitik betroffen sein dürften.“ (Klodt 1992, 264)

#### *Das Bangemann-Papier 1990*

*Auf Martin Bangemann, seit dem Jahr 1989 für den Binnenmarkt zuständiges Mitglied der Europäischen Kommission, geht das im Jahr 1990 veröffentlichte, sogenannte Bangemann-Papier<sup>206</sup> zurück, in dem sich „zwanzig Jahre nach dem industriepolitischen Memorandum von 1970 (...) ein neues Konzept für die Industriepolitik der Gemeinschaft“ artikuliert: „Die Industriepolitik der Gemeinschaft (so der Titel des Memorandums von 1970) wird durch eine Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld (KOM 1990/556) abgelöst.“ (Schaper-Rinkel 2003, 132)*

*Wie Bangemann in seinem 1992 veröffentlichten Plädoyer für eine europäische Industriepolitik festhalten wird, wandte sich das Bangemann-Papier von 1990 gegen die „Festungsmentalität“ einer interventionistischen Industriepolitik. Zwar würden mit dem Binnenmarkt die nationalen Schutzmaßnahmen in sich zusammen brechen, gleichwohl drohe die Neuauflage der interventionistischen Industriepolitik, wenn fortan nicht mehr nationale, sondern europäische Einfuhrbeschränkungen und Förderprogramme aufgelegt würden, um nun nicht mehr nationale, sondern europäische Champions auf dem Weltmarkt zu positionieren (vgl. Bangemann 1992, 16f). „Die einfallsloseste Art von Industriepolitik besteht darin, der eigenen Industrie das abzukaufen oder zu subventionieren, was technisch bereits veraltet ist. Ein negatives Beispiel dafür sei die europäische Telekommunikationsindustrie, die zwar lange Zeit gut an öffentlichen Aufträgen verdient hat, doch gleichzeitig auf den Weltmärkten immer weiter zurückgefallen ist.“ (Bangemann 1992, 14) Die staatliche Mitwirkung an der Definition, Forschung und Förderung von Zukunftsindustrien werde im Falle des Scheiterns „fast automatisch“ in einen Anspruch auf „Dauersubventionierung“ bzw. die Forderung nach Strafzöllen für die erfolgreichere ausländische Konkurrenz umgemünzt (Bangemann 1992, 14).*

*Für Bangemann hingegen ist das zentrale Thema die „Herstellung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ (Bangemann 1992, 11), die durch die Herstellung von Wettbewerb einerseits und die Stärkung der Wettbewerbskraft andererseits erreicht werden soll. „Vernünftige Industriepolitik darf den Wettbewerb nicht außer Kraft setzen, sondern muss ihn im Gegenteil stärken und verteidigen.“ (Bangemann 1992, 16) Dabei sei „die Fähigkeit, innovativ neue Technologien und Produkte hervorzubringen, schön längst das alles entscheidende Kriterium für die Wettbewerbsfähigkeit.“ (Bangemann 1992, 54) Dafür dürfe Industriepolitik weder einseitig Unternehmenszielen noch staatlichem Dirigismus dienen, sondern müsse einen wettbewerbsorientierten und marktwirtschaftlichen Kurs einschlagen. Gerade hinsichtlich der Wettbewerbsorientierung, so hält Bangemann noch 1992 fest, gebe es in der EG „noch viel industriepolitische Aufräumarbeit zu leisten“ (Bangemann 1992, 16). Der Binnenmarkt sei das „größte Deregulierungsprogramm“ in der Geschichte der EG (Bangemann 1992, 37), das unweigerlich weitere Deregulierungen und Liberalisierungen – letztlich auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme (vgl. Bangemann 1992, 37) – nach sich ziehen würde, biete „hierbei die einmalige Chance eines*

<sup>206</sup> Nicht zu verwechseln mit dem später ausführlich untersuchten „Bangemann-Bericht“, den ebenderselbe Martin Bangemann – dann als EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation – als Vorsitzender einer Gruppe „hochrangiger Experten“ im Jahr 1994 vorlegen wird.

marktwirtschaftlichen Neuanfangs.“ (Bangemann 1992, 16)

Tatsächlich begrüßt Bangemann euphorisch die Möglichkeiten auf europäischer Ebene, unbehindert durch politische Einflussnahmen und demokratischer Kontrolle eine als alternativlos wahrgenommene Politik durchsetzen:

„Europa ist ein alter Kontinent, mit vielen nationalen Traditionen und regionalen Besonderheiten (...), aber es hat sich auch viel Staub angesammelt, der jetzt unter Druck von außen endlich beseitigt wird. (...) Wo in der nationalen Politik der gesetzgeberische Gestaltungsspielraum fast schon völlig verlorengegangen ist, weil jede Gesetzesänderung auf heftigen innenpolitischen Widerstand stößt, besteht in Brüssel noch die Chance eines völligen Neuanfangs. Dabei spielt auch eine Rolle, dass sich die Verbände noch nicht fest in der europäischen Politik etabliert haben und die Rechte des Europäischen Parlaments noch beschränkt sind. Beides wird zwar nicht so bleiben – und soll es auch gar nicht – , aber im Moment besteht wohl nirgends ein so großer Freiraum wie in der Europapolitik, auch wenn dies in den Hauptstädten manchmal anders gesehen wird. Aber oft ist man dort auch sichtlich froh, dass sich innenpolitische Selbstblockaden auf dem Umweg über Brüssel endlich auflösen lassen. Die EG wird nicht selten zum Sündenbock für etwas gemacht, was ohnehin getan werden musste.“ (Bangemann 1992, 55)

Es verwundert nicht, dass Schaper-Rinkel angesichts dieses markthörigen und letztlich undemokratischen Politikverständnisses in dem Bangemann'schen Entwurf den „Abschied von einer gestaltenden Industriepolitik“ (Schaper-Rinkel 2003, 133) durch die „quantitative Rücknahme und qualitative Vereinseitigung des politischen Anspruchs“ sieht (Schaper-Rinkel 2003, 133). „Der Markt wird nun als die Institution ausgemacht, die die „richtigen Signale“ für die weitere Entwicklung und die Rolle der Politik liefert,“ Industriepolitik artikuliert sich nun unter den Vorgaben von Wettbewerb und Markt und im Hinblick auf das Ziel der europäischen Wettbewerbsfähigkeit (Schaper-Rinkel 2003, 133). Richtig ist, dass damit die politische Regulierung nicht verschwindet, „aber als steuernde Politik unsichtbar gemacht wird, indem sie unter der ideologischen Hegemonie der Deregulierung nicht als Regulierung, sondern als ihr Gegenteil erscheint.“ (Schaper-Rinkel 2003, 134f)

Aber obwohl im Bangemann-Papier „der Förderung des Wettbewerbs, der Öffnung der Märkte (auch gegenüber Drittländern) sowie der Schaffung investitions- und innovationsfördernder allgemeiner Rahmenbedingungen eindeutig oberste Priorität eingeräumt“ und „strukturerehaltende sektorspezifische Maßnahmen (...) entschieden abgelehnt (...)“ (Klodt 1992, 265) werden, so sieht es gerade im Bereich der Hochtechnologien sehr wohl interventionistische Maßnahmen, d.h. die „gezielte Unterstützung vermeintlicher oder tatsächlicher Zukunftsindustrien“ vor (Klodt 1992, 265). Im Sinne von „positive adjustment policies“ soll eine solche „strategische Industriepolitik“ den „heimischen Unternehmen in oligopolistischen internationalen Märkten einen Wettbewerbsvorteil (...) verschaffen, um sie in die Lage zu versetzen, Monopolrenten auf Kosten des Auslands zu erzielen.“ (Klodt 1992, 265).

So sieht das Bangemann-Papier neben anderen, allgemeinen, sektorübergreifenden Maßnahmen u.a. „die Förderung der Nachfrage nach technologieintensiven Produkten durch eine entsprechende Ausgestaltung technischer Normen, die Errichtung moderner Kommunikationsnetze und eine technologieorientierte öffentliche Auftragsvergabe“ (Klodt 1992, 265) vor. Insbesondere dem Staat falle – neben der rechtlichen Rahmensetzung und politischen Regulierung – eine Rolle „als Katalysator und Bahnbrecher für die Industrie“ zu, die er durch die Vergabe von öffentlichen Aufträgen und die Generierung von Nachfrage gestalten könne (Bangemann 1992, 13). „Öffentliches Auftragswesen ist Industriepolitik reinsten Wassers (...)“ (Bangemann 1992, 50) Diese Form von politischer Nachfragegenerierung in einer grundsätzlich angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird uns gerade im Hinblick auf die Europäische Informationsgesellschaft wieder begegnen.

Das 3. (1991-94) und das 4. (1994-98) Rahmenprogramm sollten sich *inhaltlich* wenig voneinander unterscheiden (Schaper-Rinkel 2003, 135), gleichwohl stieg der finanzielle Umfang von zunächst 5,7 Mrd. ECU (1992 aufgestockt auf 6,6 Mrd. ECU) auf 13,1 Mrd. ECU erheblich.

In die Anfangszeit des 4. Förderprogramms fällt auch die Initiative für eine Europäische Informationsgesellschaft (ich werde weiter unten ausführlich darauf eingehen), allerdings schlägt sich deren generelle Programmatik noch nicht nieder (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 135), wenngleich „aufbauend auf die neue Schwerpunktsetzung des Weißbuches zu Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung (Kommission 1993) (...) die Bereiche Telekommunikation, Information und Innovation ins Zentrum gestellt“ werden (Bornscher 2000, 183). Im Rahmen des 4. Forschungsrahmenprogramms wurde als Nachfolger von RACE das Forschungsprogramm Advanced Communications Technologies and Services (ACTS) verabschiedet. An diesem waren mehr als 350 Unternehmen, Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen, Hochschulen und Anwenderorganisationen aus 11 EU und 5 EFTA-Staaten beteiligt.

Ab dem 5. Rahmenprogramm (1998-2002) sollten die digitalen Technologien nicht nur erstmals und explizit im begrifflichen Rahmen der „Informationsgesellschaft“ geführt werden, auch werden die meisten Mittel für den „benutzerfreundlichen“ Aufbau der Informationsgesellschaft (hierzu zählen Zugänglichkeit, Benutzerfreundlichkeit, Wirtschaftlichkeit, Interoperabilität und Standardisierung) bereitgestellt (vgl. ABI. 1999 L 26, 14; Schaper-Rinkel 2003, 138). Mit voranschreitender Konvergenz der digitalen Technologien „verschwindet die technikorientierte Trennung in Informationstechnologien, Kommunikationstechnologien und Telematik aus der Förderprogrammatik“, „stattdessen werden nun zentrale Anwendungsfelder gefördert. Zum einen Systeme und Dienstleistungen für Bürger und zum zweiten neue Arbeitsverfahren und elektronischer Geschäftsverkehr“ (Schaper-Rinkel 2003, 138). Neben dem Schwerpunkt einer nutzerfreundlichen Informationsgesellschaft rückt das 5. Rahmenprogramm auch die „Innovationspolitik“ in den Vordergrund, d.h. die Förderung der Verbreitung und kommerziell erfolgreicher Anwendung der neuen Technologien.<sup>207</sup>

---

<sup>207</sup> Bereits in Vorbereitung auf das 5. Rahmenprogramm wurden im Rahmen einer von der Kommission eingesetzten *Task-Force* die Interessen der Industrie für die Schwerpunktsetzung der zukünftigen Forschung eingeholt. Die Vorschläge der Expertenkommission (unter dem Vorsitzenden Davignon) fokussieren auf eine stärkere Anwendungsorientierung der neuen Technologien, eine intensivere Förderung ihrer Verbreitung und kommerziellen Nutzung (KOM 1997/151, 13ff) wie auch eine stärkere „Verzahnung der Großindustrie mit den Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU).“ (Schaper-Rinkel 2003, 136) Zwar sollen nun auch verstärkt sozialwissenschaftliche und ökonomische Fragestellungen in das Rahmenprogramm integriert werden, um bspw. die grundsätzliche Frage nach einem gesellschaftlichen Problemlösungsbedarf in einen branchen- und sektorübergreifenden Technikentwicklungsprozess zu integrieren. Allerdings steht auch dieser Ansatz unter der Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie. „Damit bleibt die neue Anwendungsorientierung auf marktnahe Anwendungen begrenzt. Die gesellschaftliche Dynamik der Technologieentwicklung wird auf die Ankurbelung des Marktgeschehens reduziert“ (Schaper-Rinkel 2003, 136), für die in „enger Zusammenarbeit mit Wissenschaft, Unternehmen sowie Akteuren und Nutzern der Forschung“ (KOM (97) 142, 7f) sogenannte „Leitaktionen“ konzipiert werden, die an bestehende industrielle und

„Mit dem Amtsantritt der Prodi-Kommission wird das 5. Forschungsrahmenprogramm zunehmend in das von dieser Kommission neu entwickelte Konzept zur Schaffung eines Europäischen Forschungsraumes eingebunden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 138f) Das Leitbild eines „Europäischen Forschungsraumes“ setzt – ausgehend von einer vernichtenden Kritik der europäischen Forschungspolitik bisher – auf die „Vereinheitlichung des europäischen Wissenschafts- und Technologieraumes“ als „Grundvoraussetzung der Wiederbelebung der Forschung in Europa“ (KOM 2000/6, 8).

Das 6. Forschungsrahmenprogramm sollte sowohl inhaltlich wie auch formal auf diesen Europäischen Forschungsraum zugespißt werden, was aber nur teilweise gelang (KOM 2001/94; ABl. 2002 L 232, 2; vgl. Schaper-Rinkel 2003, 139f) Im 6. Rahmenprogramm werden nicht mehr nutzungsorientierte Anwendungsfelder, sondern wieder rein technikorientiert die „Technologien für die Informationsgesellschaft“ gefördert“ (Schaper-Rinkel 2003, 140).

### ***Ein gemeinsamer Markt für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte***

Mit der „Etablierung europäischer Institutionalierungsformen“ sowie der „Konzertierung der relevanten Akteure und einer Harmonisierung der verschiedenen nationalen Märkte“ (Noppe 1997, 184) kann die erste Phase der Artikulation des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ als abgeschlossen betrachtet werden.

Mit der Veröffentlichung des Grünbuchs *„Auf dem Wege zu einer Dynamischen Europäischen Volkswirtschaft – Grünbuch über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte“* (KOM (87) 290) im Juni 1987 sollte nun eine zweite Phase eingeläutet werden, die von ersten Marktliberalisierungen im Sinne eines „eingeschränkten Dienstwettbewerbs“ dominiert wird (vgl. Noppe 1997, 184). Die Vorbereitungen für die dritte Phase – der Etablierung eines vollständigen Dienste- und Netz Wettbewerbs (ab dem 1.1.1998) – sollten allerdings bereits mit dem sogenannten „Telekom-Review 1992“ der EU-Kommission beginnen (vgl. Noppe 1997, 184).

#### *Netz- oder Dienstwettbewerb?*

*Hinsichtlich der nationalen Strategien für die telekommunikative Infrastrukturentwicklung lassen sich grob gesprochen ein angelsächsisches und ein kontinentaleuropäisches Modell unterscheiden, die sich idealtypisch anhand der Konzepte Netz- oder Dienstwettbewerb bestimmen lassen<sup>208</sup>.*

*„Mit dem Begriff Netzwettbewerb („facility-based-competition“) lässt sich das in den USA und Großbritannien praktizierte „Entwicklungsmodell“ beschreiben, das auf der Konkurrenz verschiedener physischer Infrastrukturen („Netze“) unterschiedlicher Träger in bestimmten Segmenten des nationalen Marktes basiert.“ (Lüthje 1997, 54) Nach der Aufhebung des nationalen Fernmeldemonopole (hier bspw. die Entflechtung von AT&T) hielten die neu entstandenen Baby Bells*

sektorale Stärken anknüpfen. Grundsätzlich reorientiert sich die europäische Technologiepolitik damit aber von dem Wettrennen mit den USA und Japan mehr hin zu der Fokussierung auf eigene Stärken.

<sup>208</sup> Die Unterscheidung zwischen Netz- und Dienstwettbewerb geht auf die sogenannte „British Telecoms-Entscheidung“ der Europäischen Kommission aus dem Jahr 1982 zurück

nun zwar ein Monopol auf den Telefon-Nahverkehr, hatten aber für andere Bereiche des US-Fernmeldemarktes (Weitverkehr, Daten- oder Mehrwertdienste, sowie die Produktion von Telekommunikationstechnik) keine Rechte mehr. Dem nun von dem lästigen Betrieb der Ortsnetze befreiten Unternehmen AT&T hingegen „blieb ein vertikal integriertes Netz- und Herstellerunternehmen, das allerdings ausschließlich im nationalen und internationalen Telefonweitverkehr tätig war und in diesem Bereich der Konkurrenz neuer „carrier“ wie MCI oder Sprint gegenüberstand“ (Lüthje 1997, 54f, vgl. Lüthje 1993a, 1993b).

Die nationale Kommunikationsinfrastruktur wurde also in einen Monopolbereich und einen profitträchtigen Wettbewerbsbereich geteilt. Der „Netzettbewerb“ mit „scharfem Preis-, Produkt- und Rationalisierungswettbewerb“ (Wieland 1985) findet im Weitverkehr zwischen unterschiedlichen nationalen Anbieter-Unternehmen statt, den großen Unternehmen ermöglichen sie einen direkten Zugang zu den Weitverkehrsnetzen – teilweise unter Umgehung der örtlichen Netzmonopole.

Dieses schnell wachsende Segment des Telekommunikationsmarktes führt zu der Entstehung dezentraler, d.h. nebeneinander existierender, nicht auf das Ortsnetz angewiesener Telekommunikations-Infrastrukturen. „Diese Entwicklung verlief derart rasch, dass nur drei Jahre nach dem Inkrafttreten des AT&T-Entflechtungsabkommens den etwa 20.000 Ortvermittlungsstellen der „Baby Bells“ (...) etwa 53.000 private Nebenstellensysteme, 8.600 Satellitenstationen, 128 Mobilfunksysteme und etwa 5.500 VAN-Zugangspunkte gegenüberstanden, die alle in mehr oder weniger großem Umfang auch als Vermittlungs- und Schaltstationen für den Kommunikationsverkehr dienen konnten (...).“ (Lüthje 1997, 58)

Die auf den Netzettbewerb abzielende Deregulierung, die auch unter dem Namen „network revolution“ gehandelt wird, konnte sich in den 1980er Jahren – trotz der konzertierten handelspolitischen Initiativen in GATT und WTO zur Redefinition und Liberalisierung der „basic services“ – allerdings noch nicht in einem globalen Maßstab über die USA und GB hinaus durchsetzen (Lüthje 1997, 58, vgl. Lüthje 1993a).

Als Alternative zum US-Modell wurde in Kontinentaleuropa Mitte der 1980er Jahre mit dem „Dienstewettbewerb“ auf die „Strategie einer graduellen Deregulierung“ gesetzt, bei der „zunächst ein mehr oder weniger großes Spektrum von Kommunikationsdiensten (wie z.B. sog. Mehrwertdienste, Satellitenkommunikation, Unternehmensnetze u.ä.) dem Wettbewerb geöffnet wurden. Die konkurrierende Dienstleistungsanbieter verfügen in einem solchen Rahmen allerdings nicht über eigene physische Infrastrukturen, sondern mieten Leitungen des Telekommunikationsmonopols, welches Alleinbetreiber der Übertragungswege und Vermittlungseinrichtungen sowie der „basic services“ wie etwa des einfachen Fernsprechdienstes bleibt.“ (Lüthje 1997, 54)

Der Dienstewettbewerb setzt also auf eine weitgehende Beibehaltung der zentralen Rolle der nationalen Fernmeldemonopole. „Die Beschränkung der Konkurrenz privater Anbieter auf den Bereich der Kommunikationsdienste trug der relativ starken Stellung staatlicher PTT-Verwaltungen in Europa Rechnung und sollte einer Zersplitterung der Anbieterstrukturen unter den Netzbetreibern und den mit ihnen kooperierenden Telekommunikationsherstellern vorbeugen.“ (Lüthje 1997, 55) Insbesondere in Deutschland und in Frankreich sollten auf diese Weise stark zentralistische Modernisierungsstrategien verfolgt werden, in deren Zentrum die integrierten öffentlichen informationstechnischen Universalinfrastrukturen standen, über deren Standards und Interoperabilität weiterhin die Fernmeldebehörden entscheiden und einen „Wettbewerb“ nur für einzelne Dienste oder Netze zulassen konnten.<sup>209</sup>

<sup>209</sup> Mit der vollständigen Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte zum 1.1.1998 wurde auch in der EU der Netzettbewerb eröffnet. Deutschland sollte mit der ersten Postreform von 1989 zunächst

Das Grünbuch von 1987 wurde von der Kommission einen Tag vor Inkrafttreten der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) veröffentlicht. In diesem wurde neben dem Abbau aller technischen Hindernisse für den Handel innerhalb der Gemeinschaft bis zum Jahr 1992 auch die rechtliche Grundlage für eine eigenständige Forschungs- und Entwicklungspolitik auf europäischer Ebene vorgeschlagen. Vor diesem Hintergrund ist auch das Grünbuch ordnungspolitisch orientiert und thematisiert die regulatorische Neugestaltung der nationalen Telekommunikationssektoren.

„Bis dahin hatte die Kommission argumentiert, die internationalen Märkte im Bereich der Telekommunikation erforderten einen großen Binnenmarkt für Geräte und Dienste, und versucht, die nationalen Netzbetreiber mit dieser Argumentation für eine europäische Politik zu gewinnen. Nun wurde der *politische* Beschluss zur Realisierung des Binnenmarktes als 'Sachzwang' genutzt, um die Kräfte unter Handlungsdruck zu setzen, die sich der Neuordnung im Sinne der Kommission widersetzen: »die Strukturen und die Ordnung im Bereich des Fernmeldewesens« bedürfen »einer grundsätzlichen Revision.« (Schaper-Rinkel 1999, 34; vgl. KOM (87) 290, 11).

Vor dem Hintergrund der ersten Erfahrungen aus der Liberalisierung dieser in GB und den USA war es das Ziel der Kommission, „eine breite Diskussion über die Bedingungen der Regulierung des Telekommunikationssektors angesichts des Binnenmarktprojektes 1992 anzuregen.“ (Noppe 1997, 190) Dabei setzt das Grünbuch von 1987 fünf Schwerpunkte:

- „1. Koordinierung von Infrastrukturprojekten insbesondere in den Bereichen ISDN, Mobilfunk und Breitbandkommunikation;
2. Die Schaffung eines europaweiten Marktes für Ausrüstungsgüter der Telekommunikation, insbesondere die Liberalisierung der Beschaffungspolitik der nationalen Fernmeldeunternehmen;
3. Die „vor-wettbewerbliche“ und „vor-normative“ Forschung in der Breitbandkommunikation im Rahmen des RACE-Programms;
4. Die beschleunigte Einführung moderner Telekommunikationsinfrastrukturen in strukturschwachen Gebieten der Gemeinschaft;
5. Die Festlegung gemeinsamer europäischer Positionen in der internationalen Telekommunikationspolitik“ (vgl. Kommission 1987, 100).

Zwar werden im Grünbuch sowohl der besondere Status wie auch die besonderen Rechte der Fernmeldeverwaltungen im Bereich der Basisdienste – und hier insbesondere der Sprachtelefonie – immer noch und immer wieder betont. „Diese Konturen eines europäischen regulierungspolitischen Rahmens reflektieren – v.a. mit der Beibehaltung des

---

zögerlich, mit der zweiten Postreform von 1994 dann umso resoluter agieren. Eine Art „dritten Weg“ in diesem Zusammenhang ging Japan. Die japanische Fernmeldeverwaltung Nippon Telegraph and Telephone (NTT) wurde 1985 zur privatrechtlichen Gesellschaft, ein Drittel der Aktien wurde an private Anleger verkauft. Die Neuregulierung des Telekommunikationswesens sah aber keinen Bruch mit den fordistischen Akteursstrukturen, sondern eher eine „Effektivierung der Technologieförderungspolitik des Fernmeldemonopols“ vor (Lüthje 1997, 53). In der Folge setzte Japan vor allen Dingen auf den Massenmarkt Konsumelektronik und die Schlüsselindustrie der Speicherchips.

Übertragungsmonopols für Sprache – die Mitte der 80er Jahre noch immer starke Position der Fernmeldemonopole im Telekommunikationssektor.“ (Noppe 1997, 191)<sup>210</sup>

Mittelbar aber ging es um strukturelle Veränderung eines Fernmeldewesens, dass sich angesichts des Bedeutungszuwachses für die zunehmend vernetzt operierenden Industrien und informationsintensiven Bereiche der Wirtschaft von einer nationalen Versorgungsinfrastruktur zu einer marktgetriebenen Infrastruktur der kapitalistischen Expansion wandeln sollte. So werden in dem Grünbuch die Maßnahmen zur partiellen Marktöffnung und Liberalisierung der Telekommunikation hin zu einem gemeinsamen Telekommunikationsmarkt konkretisiert. Neben der avisierten institutionellen Auseinanderlegung von Netzbetrieb und Regulation formuliert das Grünbuch als Ziele, die Entwicklung europäischer Standards sowie die Implementierung der Open Network Provision voranzutreiben, um neuen Dienstleistern einen diskriminierungsfreien Zugang zur Netzinfrastruktur und Basisdiensten zu gewährleisten. Die Liberalisierung des Marktes für Endgeräte sowie die Schaffung eines Dienstewettbewerbs, u.a. im Bereich der Daten- und Mehrwertdienste, sollen den Weg zu der im Rahmen von RACE formulierten Zielvorstellung eines trans-europäischen Netzes als Schlüsselement für den Aufbau eines gemeinsamen Marktes ebnen (vgl. Mattelart 2003, 107).

„Ein technisch fortgeschrittenes, europaweites und preisgünstiges Telekommunikationsnetz wird eine wichtige Infrastruktur zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft, zur Vollendung des Binnenmarktes und zur Stärkung der Kohäsion in der Gemeinschaft sein – prioritäre Gemeinschaftsziele, die in der Europäischen Einheitlichen Akte erneut bekräftigt wurden.“ (KOM (87) 290, 11)

Im Juni 1988 wird das Grünbuch vom Rat einstimmig angenommen und so die Liberalisierung der Märkte für Telekommunikationsdienste und Endgeräte sowie die Europäisierung der Infrastrukturentwicklung eingeleitet.

„Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass (...) mit dem Grünbuch von 1987 der eingeschränkte Dienstewettbewerb, – unter Beibehaltung von Monopolrechten bei der Übertragung von Sprache übers Telefonnetz – zum grundlegenden Regulierungsmodell gemacht wurde.“ (Noppe 1997, 193) Für Herbert Ungerer ist das Grünbuch von 1987 das grundlegende Dokument für die weitere Entwicklung der Marktstrukturen im Bereich der Telekommunikation, insofern es nicht nur die Liberalisierung von Endgeräten und Diensten vorbereitet, sondern darüber hinausgehend auch ein europäisches Vorgehen in den Bereichen der Entwicklung gemeinsamer Standards, der Beschaffungspolitik, der Lizenzierung und auch der Regulierungsstrukturen erstmals konkretisiert: „The regulatory actions at European Community level since that time can best be summed up as the implementation of this program.“ (Ungerer 1994, 275) "The principles [of the Green Paper of

---

<sup>210</sup> Tatsächlich gab es – mit Ausnahme des kleinen Segmentes „Markt für Endgeräte“ – in den europäischen Mitgliedsstaaten zu diesem Zeitpunkt noch nicht einmal funktionierende nationale Märkte, die Telekommunikationssektoren sind noch als nationalstaatliche Versorgungsinfrastrukturen strukturiert.

1987] have been formally integrated into the Treaty of Maastricht (Transeuropean Networks XII). (Schenk 1997, 30)

## **f. Fallbeispiel: Das Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland**

Während sich die strategischen Positionen der öffentlichen Fernmeldeverwaltungen vor dem Hintergrund der Liberalisierung des Telekommunikationssektors in den USA und in Großbritannien sowie der intensivierten Bemühungen um einen gemeinsamen europäischen Markt zu verändern begannen, blieben die fordistischen Regulationsformen sowie die etablierten politischen und ökonomischen Akteursstrukturen im Telekommunikationssektor der Bundesrepublik Deutschland noch bis zum Ende der 1980er relativ stabil (Lüthje 1997, 147).

„Die Infrastrukturentwicklung in der BRD war vielmehr auf eine graduelle und evolutionäre Anpassung der Institutionalisierungsformen an die veränderten Verhältnisse der Weltmarktkonkurrenz abgestellt – eine Politik, die ihren Niederschlag in einem bis zum Ende der achtziger Jahre von allen relevanten Akteuren getragenen schrittweisen Ausbau des Fernmeldenetzes zu einer informations- und kommunikationstechnischen Universalinfrastruktur fand.“ (Lüthje 1997, 147)

Der Grund für diese Resistenz gegenüber radikalen Privatisierungsmaßnahmen kann im korporatistischen Entwicklungsmodell der Bundesrepublik ausgemacht werden: „Die staatlich geförderte Koordination der Wirtschaftsbeziehungen stärkte so die Position der Wirtschaftsverbände und Gewerkschaften und verankerte deren zentrale Stellung auch institutionell.“ (Deckwirth 2008, 66)

„Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur konnte in den 1980er Jahren nur als Kompromiss zwischen sozialdemokratischen, wirtschaftsliberalen und konservativen Kräften, zwischen Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften ausgehandelt werden. Deswegen galt die Bundesrepublik häufig als Beispiel für „symbolische Privatisierung“ (Esser 1994) oder Restrukturierungen mit „strukturkonservativem Charakter“ (Lippert 2005, 55).“ (Deckwirth 2008, 64)

Der Erfolg des bundesdeutschen Korporatismus gründet auf seinem ökonomischen Erfolg. Nicht zuletzt aufgrund des „Wirtschaftswunders“ der 1950er und 1960er Jahre genoss die „soziale Marktwirtschaft“, das in Deutschland prägende wirtschaftspolitische Leitbild und Arbeitstitel des bundesdeutschen korporatistischen Modells, eine hohe gesellschaftliche und politische Akzeptanz. Dieses wurde von einem großen öffentlichen Sektor getragen, so gab es Ende 1982 noch 4070 Unternehmen, „bei denen die öffentliche Hand über die Kapital- oder Stimmrechtsmehrheit verfügte (vgl. Adam 1995, 52).“ (Deckwirth 2008, 65) Die zentralen topoi „Daseinsvorsorge“, „Sozialpartnerschaft“ und auch „Volksgemeinschaft“ (NS) werden allerdings abgesichert durch die Exportorientierung deutscher Unternehmen sowie den staatlich flankierten Ausbau von internationalen Wettbewerbsvorteilen. „Ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik besteht darin, die internationale Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne zu sichern sowie die politischen Rahmenbedingungen für offene Märkte herzustellen (vgl. Simonis 1998, 261)“ (Deckwirth 2008, 66).

Die Entwicklung der Kommunikationsinfrastruktur hatte bis dahin auf der Grundlage des Fernmeldemonopols der Deutschen Bundespost stattgefunden „und war eingebunden in die auf eine ständige Rationalisierung des industriellen „Exportkerns“ zielenden staatlichen Wirtschaftspolitik.“ (Lüthje 1997, 148) So hatte z.B. in der unmittelbaren Nachkriegszeit „der Wiederaufbau der für Produktion und Export erforderlichen Fernmeldeinfrastruktur Priorität vor der Herstellung einer breiten Massenversorgung mit Fernsprechkundendienstleistungen“ (Lüthje 1997, 149), d.h. es wurden zunächst die für die Organisation des wirtschaftlichen Wiederaufbaus notwendigen Weitverkehrsnetze aufgebaut, eine Vernetzung der breiten Bevölkerung fand nur nachgeordnet statt. Erst ab den 1960er Jahren ging dann auch der Ausbau der privaten Telefonvernetzung voran: „Zwischen 1960 und 1970 wuchs die Zahl der Telefonhauptanschlüsse von 3,3 auf 8,8 Mio., gegen Ende der siebziger Jahre war mit einem Abdeckungsgrad von etwa 80% der Privathaushalte die „Telefonvollversorgung“ erreicht (...).“ (Lüthje 1997, 149, vgl. Ifo 1983).

Dabei war das Fernmeldewesen nicht dirigistisch an die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gekoppelt, das Fernmeldemonopol konnte relativ autonom innerhalb des Staatsapparates agieren. Die Bundespost hatte laut Grundgesetz den Status eines „zur Eigenwirtschaftlichkeit verpflichteten Sondervermögens des Bundeshaushaltes“, ein sogenannter „Postverwaltungsrat“ diente ihr als Gremium einer „relativ autonomen korporatistischen Interessensregulierung“. Das „institutionelle Kernstück des bundesdeutschen Innovationssystems im Fernmeldewesen“ aber bildeten die „Beschaffungskartelle von Post und Fernmeldeindustrie“ (Lüthje 1997, 151).

So war es für das bundesdeutsche Innovationssystem z.B. kennzeichnend, „dass die fernmeldetechnische Forschung und Produktentwicklung fast ausschließlich von der Industrie betrieben wurde. Das nationale Fernmeldemonopol besaß keine eigenen Kapazitäten in diesem Bereich, die staatliche Beeinflussung der Technologieentwicklung erfolgte ausschließlich über die Beschaffungs- und Standardisierungspolitik der Bundespost.“ (Lüthje 1997, 151) Demnach lagen die Ausgaben für Forschung und Entwicklung auf Seiten der Industrie, die allerdings über die von der Bundespost zu zahlenden, vergleichsweise hohen Beschaffungspreise wieder eingeholt wurden. Die Normen und Standards dieses funktional und institutionell in sich geschlossenen Systems wurden wiederum in den technischen Arbeitskreisen des Fachverbandes „Fernmeldetechnik“ des Zentralverbandes der Elektroindustrie festgelegt.

Auf Seiten der Herstellerindustrie dominierten Siemens und die AEG das Geschehen. Die finanziellen und technologischen Ressourcen dieser „in relativ große elektrotechnische Universalkonzerne“ eingebundenen Herstellerindustrie (u.a. auch Philips) und ihre „traditionelle Verflechtung mit dem bundesdeutschen Bankensystem (...)“ ermöglichten es, dass die langfristige Technologie- und Investitionsplanungen in der fernmeldetechnischen Infrastruktur nicht in Abhängigkeit von kurzfristigen Gewinn und Rationalisierungszwängen gerieten.“ (Lüthje 1997, 152) Da sich die Tätigkeiten dieser Unternehmen auf fast alle Bereiche der Elektrotechnik und Elektronik erstreckten, konnten „Konkurrenzkämpfe zwischen den Fernmeldeherstellern und den im Zuge der sog. „mikroelektronischen Revolution“ neu entstehenden Segmenten der Elektronikindustrie (...)“ weitgehend innerhalb

des Interessensblocks der etablierten Elektronikhersteller ausgetragen“ werden (Lüthje 1997, 153).

Über die Jahre entwickelte sich im bundesdeutschen Fernmeldewesen so eine relativ stabile Arbeitsteilung zwischen dem Fernmeldemonopol der Post und der Herstellerindustrie, die von einer technisch relativ geschlossenen Fernmeldeinfrastruktur geprägt war. Die Entstehung dieser „Fernmeldeeinheitstechnik“ war nicht das Ergebnis einer zentralen Steuerung oder vertikalen Integration der Industrie, sondern das Resultat der Standardisierungspolitik eines „nationalen Beschaffungskartells“, für das ein „optimales Zusammenwirken“, die „evolutionäre Weiterentwicklung“ und die „systemweite Austauschbarkeit“ nicht nur Strategien für die technische Integration der Kommunikationsinfrastruktur, sondern auch für die Abschottung des Heimatmarkt nach außen waren. (Lüthje 1997, 154)

Die westdeutsche Fernmeldeindustrie war allerdings bereits früh „internationalisiert“: zum einen waren ausländische Systemhersteller an dem staatlich-industriellen Technologieverbund maßgeblich beteiligt, zum anderen war die westdeutsche Fernmeldeindustrie mit einer Exportquote von etwa 30% stark exportorientiert (Lüthje 1997, 153). „Sowohl in Bezug auf den Inlandsmarkt, als auch auf den Export verfügten einheimische und ausländische Herstellerunternehmen weitgehend gleichgerichtete Strategien – von grundlegenden Gegensätzen zwischen „nationalem“ und „internationalem“ Kapital konnte im westdeutschen Fall keine Rede sein“ (Lüthje 1997, 153). Von beiden Seiten wurde der westdeutsche Fernmeldemarkt als wichtiger „Test- und Referenzmarkt für relativ exportstarke Fernmeldeunternehmen“, die nicht auf ehemals koloniale Einflussbereiche zurückgreifen konnten. Eine besondere Spezialisierung dieses institutionell wie funktional in sich geschlossenen Innovationssystems des bundesdeutschen Fernwesens war die Herstellung von schlüsselfertigen Großsystemen bis hin zur Bereitstellung von kompletten nationalen Fernmeldesystemen.

Bis zu Beginn sozialliberalen Koalition konnte das deutsche korporatistische Modell u.a. durch eine keynesianistische Nachfragepolitik und staatliche Konjunkturmaßnahmen, die über eine höhere Staatsverschuldung finanziert wurde, ausgebaut werden. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise der 1970er Jahre und der nachfolgenden Rezession „ging die Regierung Helmut Schmidt ab 1974 schrittweise dazu über, Elemente einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik zu etablieren. Neben Investitionsprogrammen und verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten setzte sie auf eine Senkung der Vermögens- und Gewerbesteuer. Eine Konsolidierung des Staatshaushaltes bewirkten diese Maßnahmen jedoch nicht. Zu Beginn der 1980er Jahre waren insbesondere die kommunalen öffentlichen Haushalte überlastet (vgl. Fülberth 1999, 189). Von 1974 auf 1975 verdoppelte sich die Arbeitslosenquote auf knapp fünf Prozent, Anfang der 1980er Jahre sollte sie sich nochmals auf gut neun Prozent verdoppeln.<sup>211</sup> So rückte fortan verstärkt ins öffentliche Bewusstsein, dass staatliche Aufgaben – auch im Bereich der öffentlichen Infrastruktur – gesenkt werden müssen (vgl. Kupper 2006, 709).

---

<sup>211</sup> <http://www.spiegel.de/flash/flash-12125.html>

Der Durchbruch der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik erfolgte nach der Regierungsübernahme der CDU/CSU-FDP-Koalition unter Helmut Kohl im Jahr 1982.<sup>212</sup> Ab 1982 zirkulierten sogenannte „Privatisierungslisten“, in denen zunächst vorsichtig und moderat und gegen die wütende Opposition der Gewerkschaften die Veräußerung von staatseigenen erwerbswirtschaftlichen Unternehmen vorgeschlagen wurde.

Die Probleme des staatlich-industriellen Technologieverbundes sowie der Reformbedarf insbesondere der Deutschen Bundespost waren seit den 1970er Jahren bekannt. Die Kürzung von fernmeldetechnischen Beschaffungsprojekten der Bundespost nach der Rezession 1974/75 führten zu den ersten Produktions- und Beschäftigungseinbrüchen auf Seiten der Industrie seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Wachsende Einfuhrdefizite verwiesen auf eine Wettbewerbsschwäche der deutschen Industrie im Bereich der Mikroelektronik, der EDV und der Halbleiterproduktion. Seit Beginn der 1980er Jahre gingen die Warnungen einer „Gefährdung Deutschlands als Industrienation“ um (Lüthje 1997, 155; vgl. auch Wirtschaftswoche 28.1.1984). Tatsächlich war die bundesdeutsche Informationsindustrie im Hinblick auf die als solche identifizierten Zukunfts- und Wachstumsmärkte – insbesondere die Konvergenz von Informationstechnologien und Kommunikationstechnologien – schlecht aufgestellt. Für die offenbar bevorstehende, kapitalintensive Digitalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur verfügte sie über eine zu kleine Heimatbasis.

Mit dem Einzug der mikroelektronischen Revolution in die wichtigsten und bisher stärksten deutschen exportorientierten Produktionssektoren Anfang der 1980er Jahre weitete sich die Krise der deutschen fordistischen Massenproduktion aus. Vor allem waren die Elektroindustrie und der Maschinenbau, aber auch die Büromaschinenherstellung, die Unterhaltungselektronik sowie die Kabelindustrie betroffen. Die AEG scheiterte beim Aufbau einer eigenen EDV-Produktion und stand 1981 vor ihrem Beinahe-Zusammenbruch (vgl. Lüthje 1997, 155). Hinzu kam, dass mit der langwierigen Entwicklung eines halbelektronischen Wählerwahlsystems durch Siemens eine 2 Mrd. DM teure „Technologieruine“ produziert worden war, da das System zum Zeitpunkt seiner Marktreife aufgrund der Digitalisierung der Vermittlungssysteme bereits veraltet war. Der Siemens-Konzern erlitt dramatische Verluste, wenngleich er diese auf anderen Geschäftsfeldern kompensieren konnte. Die Folge waren Sanierungsprogramme, Standortschließungen und erhebliche Arbeitsplatzverluste (Lüthje 1997, 157). Die bisher stabilen nationalen Kartelle zeigten sich verwundbar gegenüber den Schwankungen und Krisen des Weltmarktes. Das Ende der relativ stabilen Nachkriegskonstellation im Bereich der Telekommunikation war damit eingeläutet.

Der weltmarktinduzierte Druck führte zu „(...) wachsenden kapitalinternen Spannungen über die künftige Organisation des bundesdeutschen Telekommunikationsmarktes“ (Lüthje 1997,

---

<sup>212</sup> Dem Regierungswechsel war eine ideologische Neuorientierung der CDU in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre vorausgegangen.“ (Deckwirth 2008, 67). Die „Neue Soziale Frage“ (vgl. Mannheimer Erklärung 1975), aufgeworfen u.a. durch den sprunghaften Anstieg der Arbeitslosenzahlen Anfang der 1970er sollte nicht durch höhere Staatsausgaben, sondern durch Hilfe zur Selbsthilfe, eine Verbesserung der Gewinnchancen der Unternehmer sowie der Einschränkung staatlicher Eingriffe begegnet werden.

156). Erste Forderungen nach einer Deregulierung und Privatisierung wurden vom Deutschen Industrie- und Handelstag, in dem die kommerziellen Postbenutzer vertreten waren, von den Unternehmen der EDV-Industrie, den Fachverbänden für Büro- und Datentechnik sowie das Elektrohandwerk hervorgebracht. Dabei ging es allerdings zunächst nur um die Öffnung der Beschaffungskartelle für neue Anbieter, die Öffnung des Marktes für Endgeräte und die Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Fernseekabelnetze. Forderungen nach einem „Netzettbewerb“ (wie in den USA und GB) blieben bis Mitte der 1980er praktisch irrelevant.

So kam es nur zu relativ eingeschränkten Reformen (wie z.B. Einführung eines Entwicklungswettbewerbs zwischen systemführenden Firmen), das gut ausgebaute Analognetz konnte noch für die Versäumnisse bei der Digitalisierung kompensieren. Die sich anbahnenden Umbrüche wurden also weitgehend innerhalb des dominanten Interessensblocks verarbeitet bzw. verschleppt. Der Umbau von Unternehmens- und Branchenstrukturen in Richtung der neuen „Wachstumsmärkte“ erfolgte nur langsam (Lüthje 1997, 158).

### **ISDN**

Noch Anfang der 1980er Jahre wurde auf das „Modell Deutschland“, d.h. eine zentralstaatlich-korporatistische „Modernisierung der Volkswirtschaft“ gesetzt. Auch die christlich-liberale Koalition nach 1982 suchte – ähnlich der japanischen Industriepolitik (MITI) – nach einem Mittelweg zwischen französischem Dirigismus und angelsächsischer Wettbewerbsfixierung. So wurde für die Modernisierung der kommunikationstechnischen Infrastruktur durch die Entwicklung eines Dienste-integrierenden, digitalen Fernmeldenetzes (ISDN) ein recht langfristig angelegtes Modernisierungsprogramm (bis zum Jahr 2010) aufgesetzt, dass die „Umrüstung des bestehenden analogen Fernmeldenetzes zu einer universell verfügbaren digitalen Informationsinfrastruktur“ vorsah (Lüthje 1997, 159).

Die Integration der vorhandenen Dienste der Sprach-, Daten-, Textübertragung zu einem informationstechnischen Universalnetz sollte „in einem geradezu planwirtschaftlich anmutenden Szenario der Infrastrukturentwicklung“ (Lüthje 1997, 160) schrittweise erfolgen: nach der Digitalisierung der Netze und Vermittlungsstufen sollten in späteren Stufen die auf Glasfasertechnologie basierenden Breitbandnetze und schließlich sogar die Fernseekabelnetze integriert werden. Dazu wurden jährliche Investitionen von ca. 15-20 Mrd. DM veranschlagt, bis zum Jahr 2010 (!) sollten sich die Kosten auf ca. 300 Mrd. DM belaufen – „die wohl höchste jemals für ein großtechnisches Projekt in der BRD veranschlagte Investitionssumme“ (Lüthje 1997, 159).

Ziel des in hohem Maße protektionistisch intendierten ISDN-Projektes war der Ausbau eines nationalen Binnenmarktes, um zum einen die Probleme eines relativ kleinen Heimatmarktes zu überbrücken und zum anderen den Weg für den Export nachrichtentechnischer Anlagen zu bereiten. Über die neugewonnenen Kompetenzen in der Telekommunikation und der Entwicklung eines komplett-integrierten Systems im Hinblick auf die Konvergenz von Informations- und Kommunikationstechnologien sollten auch gegenüber der globalen Konkurrenz in EDV und Halbleitern Boden gut gemacht werden. Da mit der Deutschen

Bundespost als Träger des Modernisierungsprojektes das entstehende Netz von deren flächendeckendem Versorgungsmonopol geschützt war, wurde ein Wettbewerb konkurrierender Infrastrukturen effektiv verhindert. Ferner sollten die intelligenten Funktionen der ISDN-Technologie im Netz und den Fernsprechnebenstellensystemen verbleiben, die Konfigurationsmöglichkeiten für Anwender waren damit begrenzt. Über die extensiven Standardisierungsverfahren von Endgeräten und Diensten konnte die Entstehung von Konkurrenz in diesen Bereichen bis zum Ende der 1980er Jahre verhindert werden. Dieser technologische Protektionismus wurde darüber hinaus durch explizite Forderungen seitens der bundesdeutschen Industrie flankiert, „die Beschaffungsaufträge der Bundespost auf die etablierten Fernmeldehersteller sowie auf bundesdeutsche Anbieter der Informationstechnik (...)“ zu beschränken (Lüthje 1997, 162). Ausländische EDV-Lieferanten (insbesondere IBM) wurden „stets mit Verweis auf die mangelnde Kompatibilität der „marktfremden“ Systeme bekämpft.“ (Lüthje 1997, 163)

Trotz des breiten nationalen Konsenses (Industrie, Politik, Gewerkschaften), auf dem das ISDN-Projekt ursprünglich beruhte, geriet dessen Umsetzung ins Stottern. Dafür war zuvorderst die finanzielle Überforderung der Bundespost verantwortlich, die im Rahmen der „medienpolitischen Wende“ ab 1981 parallel zu den massiven Investitionen in ein Dienstintegrierendes, digitales Breitbandnetz auch noch den Ausbau des Kabelfernsehnetzes betrieb. Nicht nur die Sozialdemokratie und auch die Gewerkschaften sprangen nun von dem ISDN-Projekt ab und wurden zu heftigen Kritikern der „Verkabelung“, auch die erstarkenden neuen sozialen Bewegungen artikulierten eine grundlegende Skepsis gegenüber der Verdichtung und Vernetzung sowie großtechnischen Projekten insgesamt.

Auch nach dem Regierungswechsel 1982 kam die Neuordnung des Sektors also nur träge in Gang. Zwar wuchs die internationale Kritik an der Abschottung des bundesdeutschen Telekommunikationsmarktes (vgl. Lüthje 1997, 163). Mit den US-amerikanischen und britischen Vorstößen sowie den Reformen in anderen Industriestaaten intensivierte sich die Debatte um eine Reform des Post- und Fernmeldemonopols ab Mitte der 1980er Jahre zwar. Allerdings befeuerten just die Erfahrungen aus den USA und GB auch die Angst vor massiven Arbeitsplatzverlusten, wie sie in der Kampagne der Deutschen Postgewerkschaft „Rettet die Post, sichert das Fernmeldewesen“ zum Ausdruck kamen. (Lüthje 1997, 163).<sup>213</sup>

### ***Postreform I***

Unter weitgehendem Ausschluss der Öffentlichkeit sollten diese Probleme im Rahmen der 1985 eingesetzten Regierungskommission „Fernmeldewesen“ gelöst werden. Durch die korporatistische Konzertierung der Interessen sowohl der Industrie, der Anwender, der Politik wie auch der Gewerkschaften wurde dem Widerstand der Deutschen Postgewerkschaft der Wind aus den Segeln genommen: zu groß waren die „betriebskorporatistischen“ Interessenüberschneidungen der Deutschen Postgewerkschaft mit der Industrie am „Erhalt des staatlich-industriellen Technologieverbundes“, der „Sicherung der institutionellen

---

<sup>213</sup> Der Höhepunkt dieser Kampagne war eine Großdemonstration in Köln im Oktober 1986, die dort vorgebrachten Forderungen wurden von der SPD unterstützt. Als der befürchtete Arbeitsplatzabbau jedoch ausblieb, brach auch der gewerkschaftliche Widerstand ein.

Selbständigkeit des Post- und Fernmeldewesen“ und den „für die internationale Konkurrenzposition der bundesdeutschen Wirtschaft als lebenswichtig angesehen Infrastrukturinvestitionen“ (Lüthje 1997, 164)

Das Ergebnis war ein Maßnahmenkatalog, der den Umbau der Bundespost und eine partielle Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes vorsah. Um die Eigenwirtschaftlichkeit und institutionelle Eigenständigkeit der Bundespost zu sichern, sollte das Fernmeldewesen finanziell und organisatorisch von den defizitären Post- und Postbankdiensten getrennt sowie „eine Trennung von Hoheits- und Betriebsaufgaben der Postunternehmen und einer Kommerzialisierung der Betriebsführung erreicht werden.“ (Lüthje 1997, 164) „Die Aufspaltung der Bundespost in die Bereiche Post, Postbank und Telekommunikation im Jahr 1989 markierte schließlich den Anfang des Reorganisationsprozesses.“ (Deckwirth 2008, 68) Auch wenn die neu entstandenen öffentlichen Unternehmen Post, Postbank und Telekom durch eine gemeinsame Holding verwaltet und im Hinblick auf die politisch-hoheitliche Rahmensetzung weiterhin vom Bundesministerium für Post und Telekommunikation übersehen wurden, waren sie „in die Verantwortung neu gebildeter Vorstände und Aufsichtsräte übergeben“ worden, die sie „nach betriebswirtschaftlichen Kriterien“ führen sollten (Deckwirth 2008, 70).

Die 1989 in Kraft gesetzte, sogenannte „Postreform I“ markiert „den ersten ordnungspolitischen Einschnitt im bundesdeutschen Telekommunikationssektor seit Jahrzehnten“ (Lüthje 1997, 164). Zwar kann nicht von einer umfassenden Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes gesprochen werden – eine wirkliche Liberalisierung gab es nur im Bereich der Telekommunikationsendgeräte, auch im Bereich der Mehrwertdienste und der Satellitenkommunikation wurden alternative Anbieter zugelassen. Einen Wettbewerb im Bereich der Infrastrukturen hingegen „war nur für den Mobilfunk vorgesehen (...). Die Vermittlungs- und Übertragungsinfrastruktur und der einfache Telefondienst verblieben allerdings im Monopolbereich der DBP (...).“ (Lüthje 1997, 165)

Auch wenn die erste Postreform das Netzmonopol und die bisherigen, nationalen Akteursstrukturen des bundesdeutschen Fernmeldewesens also weitgehend intakt ließ, wurden sowohl die Regulierung des Fernmeldemarktes wie auch die Zulassung von Geräten aus der Zuständigkeit der Bundespost herausgelöst und als von den „Betriebsaufgaben“ getrennte „Hoheitsaufgaben“ in die Kompetenz des Bundespostministeriums gestellt. Damit aber entstanden nicht nur „Spielräume für die Entwicklung neuer Diensteanbieter“ (Lüthje 1997, 165), sondern auch ein enormer Internationalisierungsdruck auf die bisherigen „Hoflieferanten“.

### ***Eingliederung in den Weltmarkt***

Durch die Liberalisierung des Endgerätemarktes und den damit eingeführten Preisdruck für die Beschaffungsprojekte der Deutschen Bundespost Telekom war die jahrzehntelange Arbeitsteilung innerhalb des bundesdeutschen Telekommunikationskomplexes und das diesem bis dahin zugrundeliegende Verhältnis von nationalem Markt und Exportproduktion grundsätzlich infrage gestellt. Denn die durchaus vorhandenen Exporttätigkeiten der nationalen „Hoflieferanten“, also der privatwirtschaftlichen Hersteller von

Telekommunikationstechnik und -geräten innerhalb des ansonsten monopolistisch organisierten bundesdeutschen Telekommunikationssystems, basierten auf ihrer gesicherten Marktführerschaft auf den bis eben noch weitgehend abgeschotteten Heimatmärkten. Mit der Liberalisierung des Marktes für Telekommunikationsendgeräte jedoch gerieten sie plötzlich auf ihren nationalen Heimatmärkten unter internationalen Konkurrenzdruck.

Mit dem Einstieg des internationalen elektronischen Großhandels in den Vertrieb von Endgeräten brach die Basis für mittelständigen, bundesdeutschen Fernmeldetechnikproduzenten weg.<sup>214</sup> Die japanische Endgeräteindustrie (NEC, Fujitsu, Toshiba) dominiert den „technologisch anspruchsloseren und sehr viel kleineren Markt der Endgeräte (z.B. Telefonapparate, Faxgeräte, Kopierer)“ (vgl. Huffschnid 1994, 74f). Mit der ab Mitte der 1980er Jahre anhebenden PC-Revolution waren auch die bundesdeutschen Unternehmen im Bereich der EDV ins Hintertreffen geraten. Mit der Massenproduktion von PCs setzen sich zunehmend dezentrale Datenverarbeitungssysteme (Computer-Netzwerke) durch, die bis heute die technische Elementarform der globalen Informations- und Kommunikationsstrukturen darstellt. Während US-amerikanische Unternehmen wie Microsoft und Intel den Weltmarkt dominierten und japanische Unternehmen ihre Vormachtstellung auf dem Gebiet der Halbleiterentwicklung und -produktion ausbauen konnten, sah sich Siemens in den Kauf des strauchelnden EDV-Herstellers Nixdorf getrieben.

Insofern sich aber bereits Ende der 1980er Jahre abzeichnete, dass die Zukunft der Kommunikationsinfrastrukturen in dezentralen, flexiblen und individuell konfigurierbaren Netzen liegen würde, brachen auch dem Pilotprojekt „ISDN“ – und den auf diese Technologie aufsetzenden Unternehmen – die Zukunftsperspektiven weg. Damit änderte sich das Blatt auch für die Großindustrie, denn anstatt eines weltmarktgängigen Exportschlagers rückte nun der Aufbau einer flexiblen Infrastruktur für kommerzielle Breitbanddienste in den Mittelpunkt der industriepolitischen Strategien.

Für die Großindustrie konnte das strategische Ziel nun nicht mehr lauten, die bisherige Position als „national champion“ zu verteidigen. „Angesichts der hohen Entwicklungs- und Investitionskosten neuer Telekommunikationseinrichtungen, der hohen Verkaufszahlen, die zu ihrer Amortisierung erforderlich sind, sowie angesichts der harten Konkurrenz in Europa besteht (...) ein starker Druck zur Expansion auch in andere Wirtschaftsregionen.“ (Huffschnid 1994, 77)

Um die Dynamik ihres Konkurrenzkampfes um den Weltmarkt besser zu verstehen, ist es sinnvoll, sich kurz die strategische Aufstellung der großen Konzerne wie Alcatel, AT&T, Siemens, Northern Telecom und Ericsson zu verdeutlichen. Ihr Kerngeschäft ist mit der Her- und Bereitstellung von Schalt, Vermittlungs- und Übertragungstechnik, privaten und öffentlichen Mehrwertdienste zunächst identisch. Allerdings hat

---

<sup>214</sup> 1994 sieht Huffschnid die Gefahr für europäische Konzerne nicht ausgehen von dem „Dutzend großer europäischer Unternehmen, die als Spezialanbieter insbesondere in die neuen Bereiche der Telekommunikationstechnologie – Mobilfunk, Satellitenkommunikation, Bürotechnik – drängen: Robert Bosch, Racal Electronics, (England), Nokia (Finnland), Ascom (Schweiz) u.a.“ (Huffschnid 1994, 75), da diese ihre Marktstellung nur über Kooperationen aufrecht erhalten könnten und jederzeit über Beteiligungen oder Übernahmen gebunden werden könnten. Im Hinblick auf Nokia hat er sich verschätzt.

„jedes Unternehmen (...) sein eigenes Schalt- und Vermittlungssystem entwickelt, das jeweils mit den Systemen der Konkurrenten nicht kompatibel ist: EWSD bei Siemens, AXE bei Ericsson, Alcatel 1000 und E10 bei Alcatel, 5ESS bei AT&T und DMS bei Northern Telekom. Entsprechend hart und aggressiv ist die Konkurrenz; denn es geht nicht nur um einen einmaligen Auftrag, sondern darum, den Käufer aufgrund der firmenspezifischen Standards dauerhaft oder zumindest für eine längere Zeit an das eigene Unternehmen zu binden. Das hier bestehende Know-how ist die Grundlage der nationalen Marktbeherrschung, und es wird als Hauptwaffe und Brechstange zur Öffnung der außereuropäischen Märkte sowie der kleineren westeuropäischen und der osteuropäischen Länder genutzt (...).“ (Huffschnid 1994, 79)

Neben diesem Kerngeschäft setzt jeder dieser Konzerne auf eine individuelle Spezialisierung, z.B. die Herstellung von Kabeln (Alcatel), Computervernetzung und Bürokommunikation (Siemens), Integration von Datenverarbeitung und innerbetrieblicher Kommunikation (Siemens-Nixdorf, allerdings auch IBM, AT&T), Glasfasertechnologie und Mobilfunk (Ericsson). Über diese Spezialisierungen werden technologische Vorsprünge und internationale Marktführerschaft angestrebt, um Angriffe auf die Heimatmärkte der Konkurrenz zu lancieren (vgl. Huffschnid 1994, 81).<sup>215</sup>

Allerdings war die dominante Position der jeweiligen „national champions“ auf ihren Heimatmärkten auch nach Deregulierung und Marktliberalisierung zunächst nur schwer zu erschüttern. Noch 1994 hält Jörg Huffschnid zumindest für den „Kernbereich der Vermittlungs- und Übertragungstechnik“ fest, dass es „seit langem nur wenige Anbieter und – trotz aller technologischer Umwälzungen – noch weniger Newcomer“ gebe (Huffschnid 1994, 73). An die Konkurrenz gingen meist nur kleinere Auftragspakete; „insgesamt besteht in und zwischen den großen europäischen Ländern ein enges Telekommunikations-Oligopol mit jeweils klaren nationalen Führungskonzernen.“ (Huffschnid 1994, 74)

Der wirkliche Wettbewerb zwischen diesen Konzernen spielt sich Anfang der 1990er Jahre nicht innerhalb ihrer Mutterländer, sondern im Kampf um globale Einflussphären auf dem Weltmarkt ab, von dem mehr als drei Viertel von weniger als einem Dutzend der führenden und privaten Gerätehersteller beliefert wird (Huffschnid 1994, 97), die alle einerseits eine internationale Marktöffnung fordern, dabei aber regelmäßig ihren eigenen Heimatmarkt ausklammern. (Huffschnid 1994, 97)<sup>216</sup>

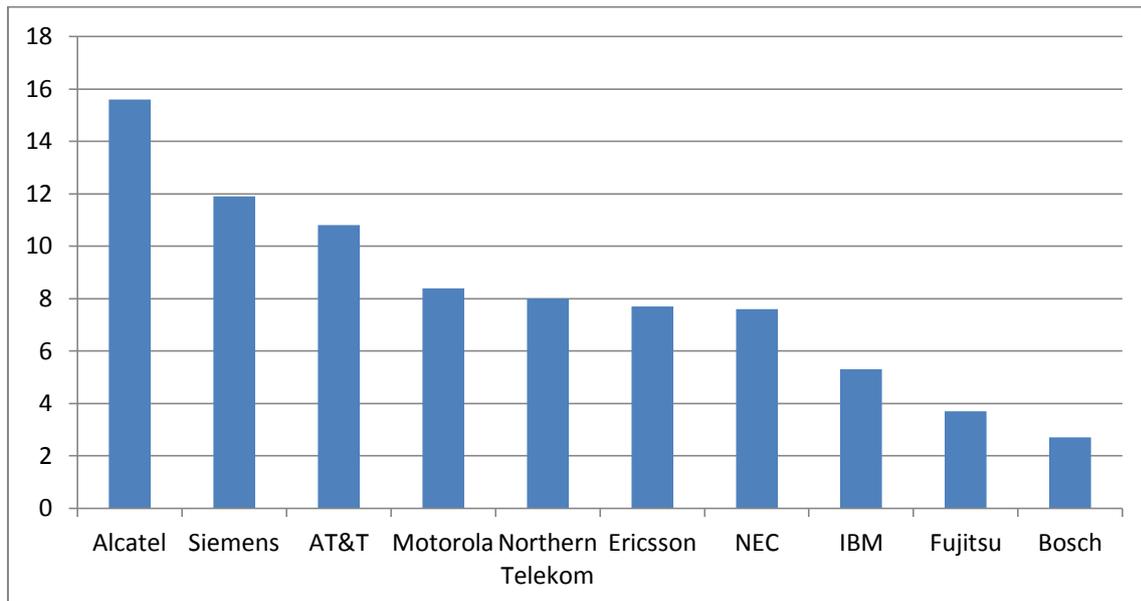
„Harte Konkurrenz zwischen ihnen gibt es (...) vor allem um Aufträge zur Modernisierung bestehender oder zum Aufbau neuer Telefonnetze in dritten Ländern: den kleineren EG-Ländern ohne eigene Geräteindustrie, einigen noch zahlungskräftigen Entwicklungsländern und neuerdings den osteuropäischen Ländern.“ (Huffschnid 1994, 74)

---

<sup>215</sup> Daneben verfolgt jeder dieser Konzerne aber auch ein breites Zusatzgeschäft, neben der Rüstungselektronik werden auch strategische Positionen in den Spezialisierungen der Konkurrenz aufgebaut, um bei einer Veränderung der technischen Großwetterlage gegebenenfalls schnell in diese Bereiche einsteigen und expandieren zu können.

<sup>216</sup> Die Widersprüche der nationalen und letztlich auch der europäischen Telekommunikationspolitik lassen sich zu einem großen Teil auf diese schizophrene Fürsprache für die Öffnung internationaler Märkte einerseits und den Schutz des eigenen Heimatmarktes andererseits zurückführen.

**Die weltweit zehn größten Anbieter von Telekommunikationsgerät, 1992, Geräteumsatz in Mrd. DM**



(Quelle: Wirtschaftswoche, Nr. 42, 15.10.1993, S. 100, zit.n.: Huffschmid 1994, 74, Diagramm: MH)

Der wesentliche Unterschied der drei europäischen Gerätehersteller gegenüber dem US-amerikanischen Konkurrenten AT&T besteht nun aber darin, dass sie keine Telefonnetze betreiben. „AT&T ist der zweitgrößte Gerätehersteller und gleichzeitig der größte Netzbetreiber der Welt.“ (Huffschmid 1994, 82) Die Vereinigung von sowohl Geräteherstellung wie auch Netzbetrieb unter einem Dach verschafft AT&T strategische Vorteile gegenüber der Konkurrenz, insbesondere da, wo es um den Neuaufbau und Betrieb von Telefonnetzen geht.

Mit dem Einstieg von AT&T in den europäischen Markt für Übertragungs- und Vermittlungstechnik – den Kernbereich der europäischen Telekommunikationsgeräteindustrie – sowie Anfang der 1990er Jahre den Beteiligungen in Italien und Spanien und der Eröffnung von Produktions- und Entwicklungsstandorten in Spanien schien plötzlich die bis dahin sichere Position der europäischen Konzerne auf ihren Heimatmärkten gefährdet. Dies wog umso schwerer, da es den europäischen Konzernen bis Anfang der 1990er Jahre nicht gelungen war, nennenswert in die Märkte der außereuropäischen Konkurrenz vorzudringen.<sup>217</sup> Ihren Auslandsumsatz erwirtschafteten sie

<sup>217</sup> Immerhin rückte Siemens „durch die Übernahme des US-Nebenstellenherstellers Rolm im Jahre 1988 zum größten Anbieter privater Telefonsysteme auf dem Weltmarkt auf. Im Gefolge der AT&T-Entflechtung in den USA konnte der Konzern als einer der wichtigsten „neuen“ Lieferanten der regionalen „Bell-Companies“ Fuß fassen.“ (Lüthje 1997, 166f) „Auch Bosch konnte durch eine Reihe von Kooperationen seiner Tochtergesellschaften (...) in einigen Spezialmärkten eine beachtliche internationale Präsenz aufbauen.“ (Lüthje 1997, 167)

zum Großteil nicht in Nordamerika oder der Pazifikregion, sondern im europäischen Ausland.<sup>218</sup>

Die Position der europäischen Gerätehersteller in dem Kampf um die Neuaufteilung der internationalen Gerätemärkte ist somit letztlich abhängig von der Entwicklung des Kampfes um den Aufbau einer internationalen Netzstruktur, für deren Betrieb ihre Produkte nicht nur technisch kompatibel, sondern auch zugelassen sein müssen. Die europäische Geräteindustrie war nun also vor allem „an der internationalen Expansion „ihrer“ Telefongesellschaften interessiert, weil sie in deren Fahrwasser günstige Bedingungen für Auslandsaufträge erwarten.“ (Huffs Schmid 1994, 97) Auch wenn mit der Sprachtelefonie der Kernbereich der Telekommunikationsdienste von der Liberalisierung noch unangetastet geblieben war, begann die Deutsche Bundespost Telekom ab 1989 tatsächlich mit dem Aufbau eines Netzes internationaler Tochterunternehmen und Repräsentanzen (z.B. in New York, Tokyo, Brüssel, Paris, London, Moskau) sowie Beteiligungen am internationalen Gemeinschaftsunternehmen EUNETCOM und an internationalen Forschungsk Kooperationen wie EURESCOM und RACE.

„In diesem Zusammenhang könnte sich die plötzliche Öffnung Osteuropas allerdings als unverhoffter und zweischneidiger Glücksfall für die europäischen Marktführer erweisen: Er „könnte es ... den EG-Spitzenanbietern ermöglichen, ihre Weltmarktanteile zu erhöhen, ohne sich der schwierigen Herausforderung stellen zu müssen, in die nordamerikanischen und japanischen Märkte zu investieren, die für sie ziemlich unzugänglich erscheinen.“ Sofern die Wahrnehmung der neuen Chancen in Osteuropa allerdings zur Vernachlässigung der Expansion nach Amerika und Asien führt, könnte der gegenwärtige Vorteil leicht zu einem langfristigen strategischen Nachteil für die europäischen Gerätehersteller werden.“ (Huffs Schmid 1994, 77, zitiert: EG-Kommission: Panorama der EG-Industrie 1991-1992, Brüssel 1991, S. 12-30)

Was Huffs Schmid damit meint, verdeutlicht er am Beispiel von Siemens:

„Ab 1992 intensivierte Siemens sein Engagement in Osteuropa: In Gemeinschaftsunternehmen mit den jeweiligen lokalen Anbietern in Russland, der Ukraine, Ungarn, Polen, Tschechien und der Slowakei wollte der deutsche Konzern 300 Mill. DM investieren. Mittlerweile sind weitere Produktionskooperationen in Rumänien und Bulgarien dazugekommen. Insgesamt wird ein jährliches Auftragsvolumen von 500 Mill. DM erwartet. Siemens ist in Osteuropa vor Alcatel der führende Anbieter von Telekommunikationstechnik.“ (Huffs Schmid 1994, 88f)

Wichtiger als Osteuropa sind allerdings auch für Siemens die Märkte in Südostasien: bereits damals sind die dort erzielten Umsätze dreimal so hoch wie die aus Osteuropa, und sollten mittelfristig wiederum verdreifacht werden. Allein in China „erhielt Siemens im vergangenen Jahr Aufträge für 1,4 Mill. Telefonanschlüsse (...)“ (Huffs Schmid 1994, 89)

„Die Strategien der drei mit Abstand größten Konzerne Alcatel, Siemens und Ericsson richten sich also gleichzeitig auf die Konsolidierung und Verteidigung ihrer Positionen

---

<sup>218</sup> „Die europäischen Umsatzanteile im Telekommunikationsgeschäft betragen 1992: 80% bei Alcatel, 75% bei Siemens und 60% bei Ericsson.“ (Huffs Schmid 1994, 77)

in Europa, auf die Erschließung der osteuropäischen Märkte und auf Stellungsgewinne in Übersee.“ (Huffschnid 1994, 78)

### **Markt für Mehrwertdienste**

In dem nach den Vorgaben des „universal service“ gestalteten Telekommunikationsinfrastrukturen der Nachkriegszeit stand beim einfachen Telefongespräch, aber auch bei der unternehmensinternen oder behördlichen Informationsweitergabe und Datenübertragung ihr Charakter als „Gebrauchswert“ im Vordergrund. Mit der Liberalisierung des Marktes für Mehrwertdienste konnte das Übertragungsnetz nun für kommerzielle Dienstleistungen genutzt werden, d.h. „um Informationen und Kommunikationsdienstleistungen zu verkaufen, von Auskünften über Kinoprogramme, über Werbesendungen und Telefonsex bis zur nutzerspezifischen Datenaufbereitung und -verarbeitung (...)“ (Huffschnid 1994, 56).

Auch wenn die ökonomische Bedeutung der einfachen, weiterhin nach dem Schema des Universaldienstes organisierten Sprachtelefonie weiterhin enorm ist – 1994 machte sie noch mehr als vier Fünftel der Einnahmen der Telefongesellschaften aus (vgl. Huffschnid 1994, 56), so hat mit der Erweiterung der technischen Übertragungsmöglichkeiten der Umfang der sogenannten *Mehrwertdienste*, d.h. Informationsdienste, bei denen über den bloßen Transport von Informationen hinaus auch z.B. ihre Sammlung, Zusammen- oder Bereitstellung geleistet wird, explosionsartig zugenommen. Die Information wird somit zur Ware, und “not just any commodity, either, but a fundamental source of growth for the market system as a whole; information, some say, has become the essential site of capital accumulation within the world economy.” (Schiller 1988, 27) Anfang der 1990er verzeichnen diese Mehrwertdienste das größte Wachstum innerhalb des gesamten Telekommunikationsbereiches. (Huffschnid 1994, 56)<sup>219</sup>

Voraussetzung für diese Mehrwertdienste war die Modernisierung des Telefonnetzes, vor allen Dingen der Übergang von der analogen zur digitalen Übertragungstechnik, der Aufbau neuer Kommunikationssysteme (Mobilfunk), die Entwicklung neuer Übertragungsmedien (Satelliten, Glasfaserkabel) sowie die Verknüpfung der Telekommunikation mit der Datenverarbeitung und/oder Unterhaltungsmedien. (Huffschnid 1994, 57)

Diese kapitalintensiven technologischen Neuerungen müssen sich über die Nachfrage nach diesen informationellen Dienstleistungen amortisieren, wobei der Umfang dieser Nachfrage wiederum „natürlich wesentlich von den Kosten ab[hängt], die den Anbietern für den Zugang zu den Netzen und ihre Nutzung entstehen.“ (Huffschnid 1994, 57)

### **Zwischenfazit**

Deutschland reagierte also eher spät, behäbig und zögerlich auf den 1984 von den USA ausgegangenen und im übrigen Europa längst diskutierten Liberalisierungsimpuls. Bereits zum Zeitpunkt ihres Inkrafttretens 1989 musste die Postreform I als überholt gelten, denn

---

<sup>219</sup> Heute werden diese Mehrwertdienste auch über das Internet und das Mobilnetz angeboten, die Sprachtelefonie macht aber sowohl im Fest- wie im Mobilnetz weiterhin den Großteil der Einnahmen aus.

insofern Ende der 1980er Jahre die Telekommunikationshersteller, Diensteanbieter und zunehmend auch die Netzbetreiber (wie z.B. die nun kommerzialisierte Deutsche Bundespost Telekom) weltweit ihre Strategien internationalisierten, wurde „die traditionelle Form der Einbindung des bundesdeutschen Telekommunikationswesens in die Weltmarktkonkurrenz“ untergraben (Lüthje 1997, 166). Gegenüber der Internationalisierung des Sektors würden graduelle Anpassungen der Regulierung nicht mehr ausreichen.

Tatsächlich markieren die deutschen Postreformen aber nicht nur den Beginn der Integration des einstigen bundesdeutschen Telekommunikationsbinnenmarktes in einen europäischen Telekommunikationsraum. Die Transformation der staatlichen Versorgungsinfrastrukturen in europäische Märkte für Telekommunikationsgeräte, Dienste, Dienstleistungen und wenig später auch einen Markt für die Infrastrukturen nahm überhaupt erst mit dem Umschwenken des politischen und ökonomischen Schwergewichts Deutschlands an Fahrt auf.

„(...) so lässt sich wohl festhalten, dass den Grundsätzen des Dienstewettbewerbes im europäischen Kontext erst mit der Postreform in der Bundesrepublik das politische Gewicht verschafft wurde, so dass die EG-Kommission ab Ende der achtziger Jahre konsequent für eine Reduzierung des Einflusses der PTT-Verwaltungen und für eine gesamteuropäische Liberalisierung der nationalen Telekommunikationssektoren agieren konnte.“ (Lüthje 1997, 165)

## 4. Die Kapitalisierung der Telekommunikation

Vor dem Hintergrund einer globalen Restrukturierung der kapitalistisch-industriellen Basis und dem damit verbundenen Bedeutungszuwachs der IKT, der sich auch in enormen Investitionen und beschleunigten Innovationszyklen ummünzt, ist mit der Auflösung der nationalstaatlichen Telekommunikationsregime der Nachkriegszeit und dem Einbruch des Weltmarktes in die nationalen Märkte ist Anfang der 1990er Jahre das Feld für die Kapitalisierung der Telekommunikation bereitet.

Vor dem Hintergrund weiterer telekommunikationspolitischer Weichenstellungen auf internationaler Ebene, insbesondere aber aufgrund von ökonomischen und technologischen Entwicklungsdynamiken sollte bis Ende der 1990er Jahre ein globaler Telekommunikationsmarkt entstehen, der den Hintergrund für die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ bildet. Um diese entsprechend zu entfalten, soll die Kapitalisierung der Telekommunikation im Folgenden – als Referenzrahmen – skizziert werden. Denn die Kapitalisierung der Telekommunikation verläuft nicht „parallel“ zur Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“, sondern ist diesem eingeschrieben, wie dieses durch jenen vorangetrieben wird. So in diesem Kapitel also die Kapitalisierung der Telekommunikation – global und in Europa – entfaltet wird, kann dieses als Kapitel nicht für sich stehen, sondern dient vielmehr als Zusammenfassung des vorherigen Kapitels und als Kontext, Hintergrund und orientierender Referenzrahmen für die im folgenden entfalteteten, politischen Zusammenhänge.<sup>220</sup>

### ***Kapitalisierung und Internationalisierung***

In der von den geopolitischen Interessen der USA dominierten Nachkriegskonstellation fand die Integration von Westeuropa in einen „Westlichen Kommunikationsraum“ statt. Da die Telekommunikationssysteme allerdings als integraler Bestandteil der nationalen Sicherheitsinteressen und als nationalstaatliche Hoheitsbereiche begriffen wurden, bestand der „Weltmarkt“ der Telekommunikation aus voneinander abgeschotteten, nationalen Telekommunikationskartellen. Diese setzten sich aus einer staatlichen Fernmeldebehörde und einer abhängige Beschaffungsindustrie von „Hoflieferanten“ zusammen, die im

---

<sup>220</sup> Bestenfalls wäre dieses Kapital also eingewoben in die Darstellung der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“. Das hätte allerdings zwei entscheidende Nachteile: Zum einen würden die einzelnen Etappen der Kapitalisierung, so sie denn einzelnen politischen Etappen oder gar Entscheidungen zugeordnet werden, einen unmittelbaren kausalen Zusammenhang zwischen beiden suggerieren, die Komplexität der Bedingungskonstellationen würde damit fälschlicherweise reduziert. Da diese Arbeit zum anderen vor allen Dingen auf die Artikulation eines politischen Projektes fokussiert, würden ökonomische Entwicklungen über längere Zeiträume in veranschaulichende Einzelsegmente zerhackt – wobei sie, aus der ökonomischen Gesamtbewegung herausgenommen auch in ihrem Sinn entstellt wären oder sie müssten – Redundanzen bereitwillig in Kauf nehmend – immer wieder ausführlich entfaltet werden, wobei in Exkursen immer wieder auch Zusammenhänge hinzuziehen wären, die nicht unmittelbar mit der Telekommunikation zu tun haben. Aus diesen Gründen soll hier die Kapitalisierung der Telekommunikation einmal aus ökonomischer Perspektive dargestellt werden – wohlwissend, dass diese nicht aus sich selbst heraus verstanden werden kann.

staatlichen Auftrag forschten, entwickelten und produzierten und dafür staatlich entlohnt wurden.

Das „natürliche Monopol“ galt als die effizienteste Form, um eine allgemeine Grundversorgung der BürgerInnen mit grundlegenden Telekommunikationsdienstleistungen sicherzustellen. Als solche können bis in die 1970er Jahre hinein zunächst nur die Sprachtelefonie, später dann Fax und einfache Datendienste, und vielleicht auch noch die Anfänge des Mobilfunks fallen. Internationale Fernmeldeverbindungen spielten in diesem Modell eine nur untergeordnete Rolle, wenngleich über die erhöhten internationalen Tarife der Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur quersubventioniert wurde. Der Anspruch einer universellen Grundversorgung zu günstigen Konditionen wurde im Rahmen des sogenannten „universal service“ realisiert, einem komplexen System der Quersubventionierungen, in dem Ferngespräche Ortsgespräche subventionieren, Anschlüsse in urbanen Räumen solche in entlegenen Regionen, etc.

Dieses nationale Versorgungsmodell kann nach Lüthje et al. (1997) als ein nationales, fordistentes Modell charakterisiert werden, d.h. einer in sich abgestimmten, sich evolutionär entwickelnden, vertikalen fordistischen Massenproduktion, an deren Spitze ein versorgender Nationalstaat einen nachfrageorientierten Gesamtprozess übersieht. Die Investitionsraten in die telekommunikative Versorgungsinfrastruktur waren moderat und linear, die Innovationszyklen in den nationalen, vertikal-integrierten und vor Wettbewerb und Konkurrenz geschützten Sektoren waren eher lang. Eine die Regel bestätigende Ausnahme ist das Anfang der 1980er aufgelegte, gigantische ISDN-Projekt: entlang von generalstabsmäßig ausgearbeiteten, detaillierten Vorstellungen über die einzelnen technologischen Entwicklungsschritte der nächsten 30 (!) Jahre sollte ein integriertes, digitales Fernmeldeeinheitssystem entwickelt und installiert werden, dafür waren Investitionen von über 300 Milliarden DM vorgesehen. Dieses jeden planwirtschaftlichen Entwicklungsplan in den Schatten stellende Projekt basierte noch auf der Annahme einer linear verlaufenden technologischen Entwicklung und sollte von dem ökonomischen Durchsetzungsvermögen anderer, vor allen Dingen in den USA und Japan entwickelten Technologien alsbald überrollt werden.

Denn in der Folge der politisch-ökonomischen Krisen der 1970er Jahre, die u.a. als Krise fordistischer Akkumulation und Verwertung analysiert werden können, sollten diese nationalen, fordistischen Nachkriegskonstellationen auf unterschiedlichen Ebenen angegriffen und destabilisiert werden.

Als erstes reagierten die Finanzmärkte auf sinkende Profite und Renditen, die sich – aufgeblasen von den nach der Ölpreiskrise anlagesuchenden Petrodollars – auf die Suche nach neuen Investitionsfeldern begaben. So wurden zum einen günstige Modernisierungskredite an verheißungsvolle Schwellenländer ausgegeben, die wiederum dem billigen Geld nicht widerstehen können und enorme Industrialisierungsprogramme

auflegen.<sup>221</sup> Zum anderen sollte sich in Zeiten fallender Profitraten der Telekommunikationssektor als ein profitables Anlagefeld anbieten.

Denn für die kapitalistischen Unternehmen stellte sich die Weltwirtschaftskrise in erster Linie als eine Rentabilitätskrise dar. Gegenüber der strukturellen Überakkumulationskrise der 1970er Jahre – insbesondere „the world’s key economy, the USA, experienced a crisis of over-capacity and production in manufacturing – which was, and remains, its key sector“ (Castells 2001, 87), konnten neue Managementstrategien wie „lean production“, „just in time-production“, usw. nur kurzfristig die Symptome lindern. Das anlagesuchende Kapital wanderte aus den primären und sekundären Sektoren in den tertiären Sektor ab. Eine enorm gestiegene Produktivität kann nur dann zu steigenden Profitraten führen, wenn auch eine entsprechende Steigerung der Nachfrage und damit der Absatzmöglichkeiten vorhanden sind. „Die eigentliche Herausforderung für Einzelfirmen ebenso wie für den Kapitalismus als Ganzes bestand darin, neue Märkte zu finden, die in der Lage wären, eine wachsende Produktionskapazität bei Gütern und Dienstleistungen aufzunehmen.“ (Castells 2001, 102) Über die vor allen Dingen in Form von Auslandsdirektinvestitionen vorangetriebene Internationalisierung der Produktion sollten Kostenvorteile genutzt, aber auch neue Absatzmärkte erschlossen werden.<sup>222</sup>

Vor dem Hintergrund der Internationalisierung von zentralen Produktions- und Dienstleistungsbranchen, der Globalisierung der Absatzmärkte, bald auch zunehmenden internationalen Verflechtungen insbesondere durch Auslandsdirektinvestitionen sollte dem Ausbau von Transportwegen wie auch dem Aufbau von kosteneffizienten Hochleistungs-Kommunikationsnetze und –diensten eine entscheidende Bedeutung zukommen.

Griffen die Unternehmen im Zuge dieser Internationalisierungsstrategien zunächst auf öffentliche Leitungen und die zu diesem Zeitpunkt noch nicht ausgereiften Angebote der nationalen Fernmeldebehörden „für kommerzielle Kunden“ zurück, begannen sie schon bald, ihre neuen Bedürfnisse und Anforderungen gegenüber den etablierten Anbietern zu

---

<sup>221</sup> Mit mehr oder weniger Erfolg, wie sich im Hinblick auf die sozialistischen Staaten Mittel- und Osteuropas zeigen wird. Diese werden unter der enormen Schuldenlast nicht einfach nur kollabieren, sondern sich ihren Gläubigern durch Strukturanpassungsmaßnahmen wie der Schock-Therapie gefügig zeigen.

<sup>222</sup> Im Zusammenhang mit der Globalisierung der Märkte ist interessant, dass es auch im US-amerikanischen – privaten, d.h. werbefinanzierten – Mediensektor in den 1980er Jahren unter Reagan „massive politische, speziell deregulative, liberalisierende und privatisierende Veränderungen“ gab (Leidinger 2003, 303). Neben der Lockerung der Anti-Trustgesetze 1984 und 1992 wurde auch der Fernsehbereich dereguliert, Fernsehnetzwerke durften nun z.B. mehrere Sendestationen besitzen (vgl. Leidinger 2003, 303f) Ebenso wurden verschiedene Bestimmungen zur Medienkonzentration und Werberechten im Sinne der Marktinteressen gelockert, sowie das verfassungsrechtlich nie genauer definierte ‚öffentliche Interesse‘ mit dem ökonomischen Wachstum der US-Unternehmen gleichgesetzt (vgl. Hesmondalgh 2004, 117). Diese Politik wurde von Lobbyisten der Rundfunksender und der Kabelunternehmen – zwar mit unterschiedlichen Interessen, aber vereint durch eine neoliberale Agenda– gegen die Öffentlichkeit und oft auch gegen die Medienkonsumenten durchgesetzt. Eine zentrale Instanz in der Deregulierungspolitik der USA war und ist die ‚Federal Communications Commission‘ (FCC), die unter Reagan von dem bekennenden Neoliberalen Mark Fowler geleitet wurde. „Die Entwicklungen im Medienbereich, inklusive der Telekommunikation seit den achtziger Jahren sind von der neoliberalen Ideologie geprägt, Produktion und Austausch medialer Waren ließen sich am besten und effizientesten über den Markt abwickeln.“ (Leidinger 2003, 303)

formulieren. Durch die enorm gestiegene Bedeutung von Informatisierung und Computerisierung kam in fast allen Industrie- und Dienstleistungsbranchen zu explodierenden Kommunikationskosten, die Gebührenpolitik der Monopole wurde insbesondere hinsichtlich der überteuerten internationalen Verbindungen angegriffen. Da die etablierten Anbieter kaum in der Lage waren, sich ausreichend schnell auf die neuen Bedürfnisse einzustellen, begannen die Unternehmen, eigene Telekommunikationsinfrastrukturen aufzubauen bzw. einzukaufen. Hier entstanden Freiräume für neue Unternehmen und Netzanbieter, die mit speziell für transnational und multinational agierenden Konzerne zugeschnittenen Lösungen „aus einem Guss“ aufwarteten und in Konkurrenz zu den nationalen Telekommunikationskartellen traten. Damit wiederum war deren sanfte Ruhe empfindlich gestört, denn nun galt es, den in Entstehung begriffenen Weltmarkt der Telekommunikation nicht zu verschlafen.

Dieser Trend wurde durch die Entkolonialisierung und die ab 1989 aus dem Orbit der Sowjetunion entfliehenden Nationalstaaten noch verstärkt, die als Zeichen ihrer neuerlich errungenen Autonomie nicht nur in eigene nationale Telekommunikationssysteme – auch hier am besten „aus einem Guss“ – investierten, sondern über eine Reorganisation ihres Anschlusses an das internationale Fernmeldenetz sich auch aus der Peripherie zu emanzipieren gedachten.

Neue Wachstumsmärkte entstanden, die wiederum von den technologischen Fortschritten hinsichtlich der Übertragungsverfahren und -kapazitäten profitierten. In den führenden Industrien dieses Prozesses kam es zu sensationellen Wachstumsraten und Produktivitätssteigerungen, durch exorbitante Investitionen in Forschung und Entwicklung wurden Innovationszyklen und Verwertungszeiträume nochmals verkürzt. Mit der Modernisierung der Telekommunikationssysteme sollte nicht nur die Infrastruktur für die Internationalisierung der Produktion, sondern letztlich auch für den globalen Handel (vgl. Held et al. 1999, 175) und das globale Finanzwesen geschaffen werden.

Unter verschärften Kapitalverwertungsbedingungen, einem globalen Verdrängungswettbewerb und vor allen Dingen dem Einbruch der Weltmarktkonkurrenz in das bisher monopolistisch strukturierte und national organisierte Fernmeldewesen – und hier insbesondere in das zuvor wenig beachtete, gleichwohl aber profitabelste und strategisch bedeutende Segment der internationalen Verbindungen – hatten sich die strategischen Interessen der unmittelbar mit dem Telekommunikationssektor verbundenen Akteure verschoben. Neben der linearen Nachfrage aus den etablierten, ja weitgehend gesättigten nationalstaatlichen telekommunikativen Versorgungsinfrastrukturen trat nun die dynamische Nachfrage multinationaler Unternehmen und kapitalistischer Wachstumsmärkte.

Um den Anschluss in einem aggressiven globalen Verdrängungswettbewerb nicht zu verlieren, sahen sich die bisher allein vom nationalstaatlichen Auftrag abhängigen Hersteller von Fernmeldetechnik und -ausrüstung unter dem Druck, nicht nur die Internationalisierung ihrer Produktion, sondern auch ihrer Vermarktungsstrategien voranzutreiben. Diese wurde ermöglicht durch die politische Liberalisierung ihrer Märkte und befeuert durch die Entstehung neuer Märkte – wie z.B. den von vorneherein eher liberal-wettbewerbsorientiert regulierten Mobilfunkmärkten oder durch die Privatisierung der Fernmeldemonopole in

wichtigen Schwellenländern. Es kam zu einem „unerwarteten, längerfristig andauernden Nachfrageschub nach modernem Kommunikationsgerät, der nicht unbeträchtliche Kompensationsmöglichkeiten für die anhaltenden strukturellen Verwertungsprobleme der Branche eröffnete“ (Lüthje 1997, 62). Die Verschiebungen in den Weltmarktbeziehungen sollten sich eine massive internationale Konzentrationswelle unter den Herstellern nach sich ziehen, wobei insbesondere den strategischen Allianzen zur Abwicklung von Großprojekten und zur Schaffung von Marktzutritt eine bedeutende Rolle zukam.

Spätestens mit der Entflechtung von AT&T im Jahr 1984 hatten die USA den Weltmarkt auch im Bereich der Netze eröffnet, die europäischen Netzbetreiber sahen sich auf den strategischen Märkten der USA, Europas und Ostasien in die Defensive gedrängt. Um am „Wettbewerb um globale Präsenzpositionen im Infrastrukturbereich“ (Lüthje 1997, 63) teilnehmen zu können und von dem dynamischen Wachstum der internationalen Märkte zu profitieren, mussten die behördlich organisierten Fernmeldeverwaltungen allerdings aus den Staatshaushalten ausgegliedert und als Unternehmen rekonstituiert werden.

Auf europäischer Ebene mündete eine lange Debatte über die Wahrnehmung einer „Informatisierung“ der Gesellschaften schließlich in der Frage nach der strategischen Positionierung der europäischen Unternehmen auf einem neu aufgestellten Weltmarkt. Die ersten Schlüsse daraus wurden mit dem Grünbuch über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte (1987) fixiert und sollten in den folgenden Jahren über entsprechende Richtlinien umgesetzt werden. Während Deutschland noch zögerte, hatten andere westeuropäische Ländern bereits ab Mitte der 1980er Jahre die traditionelle Organisation ihres Fernmeldewesens aufgegeben. Nach dem späten, dafür umso gewichtigeren Einschwenken Deutschlands auf den auf europäischer Ebene eingeschlagenen Liberalisierungs- und Privatisierungskurs an Durchsetzungskraft gewinnen, an dessen Ende die vollständige Liberalisierung der Telekommunikationssektoren zum 1.1.1998 stehen sollte.

Mit der Überführung der vormals staatlichen Telefongesellschaften in privates Eigentum geraten diese, auch wenn sie weiterhin an ihren nationalen Versorgungsauftrag und gesellschaftliche Infrastrukturaufgaben gebunden sind, „unter den Druck der Kapitalverwertung. Dies zwingt sie zu internationaler Expansion und Ausdehnung der Angebotspalette. Die Ausrichtung an der nationalen Telefonversorgung geht über in den Kampf um die globalen Telefonnetze und den Markt für Mehrwertdienste.“ (Huffs Schmid 1994, 97) Im internationalen Geschäft sind Wachstumsraten zwischen 15 und 30% zu erzielen (vgl. SZ vom 14.10.1993, S. 24; Huffs Schmid 1994, 68). „Der Kampf um die großen internationalen Übertragungsnetze, die zunehmend gleichzeitig Management- und andere Mehrwertdienste integrieren, hat begonnen.“ (Huffs Schmid 1994, 68) „Eine regelrechte Schlacht entbrannte, jeder wollte zu den wenigen globalen Anbietern von Telekommunikationsdiensten (Telefon, Datenübermittlung etc.) gehören, die über ein so genanntes „Nahtlosnetz“ verfügen.“ (Mattelart 2003, 106)

„Die „global network“-Projekte der Telekommunikationsgesellschaften können vielleicht als das zentrale Element der „post-fordistischen“ Weltmarktkonkurrenz in der Telekommunikation angesehen werden. Angetrieben von der zunehmenden Nachfrage

multinationaler Großunternehmen nach weltweit integrierten und einheitlich gemanagten Kommunikationsinfrastrukturen manifestiert sich in der Entwicklung dieser Netzverbünde zugleich die transnationale Verallgemeinerung eines bislang vorwiegend auf nationaler Ebene vorhandenen „Netz Wettbewerbes“. An diesem beteiligt sind auch die Fernmeldemonopole, die im Kontext ihrer nationalen Märkte bemüht sind, ihre vorhandenen Netzmonopole zu verteidigen. Die Telefongesellschaften bringen in dieses transnationale Konkurrenzgeschehen ihre nach wie vor starke Verfügungsmacht über die nationalen Kommunikationsnetze ein und können damit ihre zunächst auf kommerzielle Großkunden zielenden globalen Dienstleistungsangebote durch standardisierte Massendienste wie z.B. internationale Discounttarife für spezifische Kundengruppen, Telefonkarten oder Datenübertragungsdienste ergänzen (FT 3.10.1995).“ (Lüthje 1997, 64f)

Durch diese strategische Neuorientierung auf private und international operierende Großkunden verbesserte sich der Service für zahlkräftige Kunden, die gewissermaßen das Gravitationszentrum der sogenannten ‚Informationsgesellschaft‘ bilden. „The liberalization of the sector at this point in time can be seen as a means of redistributing resources away from residential customers, the labor force, and manufacturers, to large business. Increasingly, large users became the movers and shakers of the sector as the operators in liberalized markets competed for their custom.“ (Hills 1998, 108) Durch diese private-public Verschiebungen verschoben sich auch die Bedingungen für nationalstaatliches Handeln auf dem Kommunikationssektor, der nun in den Händen der privaten – und damit transnationalen Profitinteressen unterstehenden – Konzerne übergeben war. Während die Gewährleistung eines allgemeinen Zugangs zur Telekommunikationsinfrastruktur den nationalen Netzbetreibern weiterhin politisch – d.h. marktextern – aufgebürdet wird, werden die Investitionen in internationale Infrastrukturen von privaten Unternehmen unter Bedingungen eines erbitterten, globalen Wettbewerbs unternommen. Der Anschluss bestimmter Regionen an das weltweite Kommunikationsnetz erfolgt strategisch, das entscheidende Kriterium ist die Profitabilität. “Increasingly, it was the needs of the large multinationals rather than those of the developing countries that held sway within international organizations such as the ITU.” (Hills 1998, 108)

Nach dem im Jahr 1989 eingeläuteten geopolitischen Umbruch und dem Sieg des Kapitalismus über den realexistierenden Sozialismus reorganisierte sich die westliche Welt. In das diskursive Vakuum, das von dem Ende der großen Erzählungen hinterlassen wird, werden technikzentrierte Steuerungsnarrative stoßen, es dauert nicht lang, bis in den Informations- und Telekommunikationstechnologien die materielle Infrastruktur für das kapitalistische Wachstumsmodell für das kommende Jahrhundert ausgemacht wird.

Mit der Internationalisierung (bzw. für Europa der Europäisierung) der Markt-, Industrie- und Technologiepolitik war bereits gegen Ende der 1980er Jahre klar, dass sich für die Medien-, Werbe- und Telekommunikationsunternehmen angesichts der noch bevorstehenden technologischen Möglichkeiten – insbesondere der Konvergenz – ein verheißungsvoller Zukunftsmarkt eröffnen würde. „Die weltweiten Umsätze im Geschäft mit der Fern-Kommunikation haben 263 Mrd. \$ im Jahre 1986 auf 406 Mrd. \$ in 1990 zugenommen (...)“. (Huffschild 1994, 51). “Telecommunications trade grew from less than \$50 billion in 1990 to

\$96 billion in 1995. The telecommunications services market has grown from just under \$400 billion to over \$600 billion in the same period. In terms of market capitalization, the telecommunications industry ranks third in the world behind health care and banking, and it is growing at twice the rate of the global economy.” (Golding 1998, 78) Neben den Finanzmärkten stiegen die Kommunikations- und Informationsindustrien zu den dynamischsten Sektoren der Gesamtwirtschaft auf: “In 1980 communication, broadly construed, accounted for \$350 billion of 18 percent of world trade. By 1996, the annual worldwide output of the communication and information industries was valued at \$1,600 billion and it was growing rapidly.” (McChesney 1997, 38).

Mit dem Ende des Kalten Krieges und der Auflösung des vormaligen Ostblocks sollte der Weltmarkt der Telekommunikation nun nicht nur erstmals über eine tatsächlich globale Reichweite verfügen. Durch die Transformationsprozesse der vormals abhängigen, nun in die Souveränität entlassenen Nationalstaaten wurde auch die Nachfrage nach Kommunikationsinfrastrukturen, -diensten und -geräten enorm angeschoben.

### ***Fusionen I***

Vermittelt über den Konsolidierungsdruck eines internationalen Verdrängungswettbewerbs und in Erwartung eines zunehmenden Wettbewerbsdruck durch den von Delors bereits 1985 angekündigten europäischen Binnenmarkt kam es ab Mitte der 1980er Jahre zu einer ersten Fusionswelle.

„Innerhalb Europas ist der Kampf um die Positionen auf dem Weltmarkt – der konkret ja immer aus regionalen und nationalen Märkten besteht – zwischen den führenden nationalen Konzernen in den 80er Jahren härter geworden. (...) Die allgemeine Neuformierung kapitalistischer Unternehmensstrukturen und -strategien spielt sich in der EG daher vor allem als Kampf um die Besetzung von Führungspositionen im EG-Binnenmarkt ab – als Ausgangsbasis für größere Erfolge in anderen Teilen der Welt.“ (Huffs Schmid 1994, 14)

Die europäischen Unternehmen reagierten in dieser Weise also bereits vor der Vollendung des Binnenmarktes, um sich für den europaweiten und globalen Wettbewerb vorzubereiten. „Mit grenzüberschreitenden Kapitalverflechtungen, strategischen Allianzen und anderen Kooperationen reagieren die europäischen Spitzenkonzerne auf die Herausforderungen technologischer Umwälzungen und internationaler Expansion. Sie nehmen damit zugleich der härteren Konkurrenz die Spitze, die von der Vollendung des Binnenmarktes der EG ausgehen könnte.“ (Huffs Schmid 1994, 43)

„Obgleich Übernahmen und Zusammenschlüsse von Unternehmen heute in der öffentlichen Diskussion überwiegend mit der Dynamik einer boomenden neuen Ökonomie verbunden werden, sind sie vor allem ein Produkt der Krise. Genauer: Sie sind Teil der Antwort, mit der die Unternehmen auf die Krise reagiert haben. Diese Krise setzte in den 70er Jahren in allen großen kapitalistischen Ländern ein, als die günstigen ökonomischen und politischen Entwicklungsbedingungen allmählich erschöpft waren, die nach dem Zweiten Weltkrieg vorgelegen hatten bzw. geschaffen worden waren. Die Antwort auf die Krise unterschied sich zum einen wenig von früheren Antworten: Rationalisierung und Forcierung technologischer Neuerungen,

nationale und internationale Markterweiterung, Konzentration und Zentralisation.“  
(Huffschnid 2000, 60)

Als parallele Entwicklung zu der kapitalseitigen Konsolidierung ist der deutliche Fall der durchschnittlichen Lohnquote und damit der Kaufkraft zu betrachten, seit Mitte der 1970er Jahre fand eine „massive Umverteilung von Einkommen zugunsten der Gewinne und zu Lasten der Löhne und Gehälter“ statt (Huffschnid 2000, 60). Wenn aber die Gewinne steigen, aber die Binnennachfrage und die Kaufkraft nachlassen, „ist es für die Unternehmen (...) nicht sinnvoll, diese gestiegenen Gewinne in neue Produktionskapazitäten zu investieren, denn die private und öffentliche Endnachfrage wächst nicht so stark, dass die mit größeren Produktionsanlagen herstellbaren Güter auch mit Gewinn verkauft werden können.“ (Huffschnid 2000, 60f)

Damit ergeben sich aus der Perspektive des Kapitals zwei strategische Möglichkeiten: zum einen kann das Kapital in „Rationalisierungsinvestitionen“ gesteckt werden, bspw. indem nicht neue Produktionsanlagen gebaut, sondern bestehende gekauft werden, womit nicht nur die eigenen Position gestärkt, sondern auch die Konkurrenz geschwächt wird. Diese Strategie, Marktanteile zu sichern und auszubauen, wird zu der Fusionswelle führen. Die zweite Möglichkeit ist, das Kapital über die Finanzmärkte in Wachstumsmärkten gewinnbringend anzulegen, z.B. in einem boomenden Telekommunikationssektor. Diese Strategie wird dazu führen, dass die Telekommunikationsunternehmen die auf der Fusionswelle tanzende Gischt bilden.

Während der 1980er Jahre hat sich so die Zahl der großen europäischen Systemhersteller von 11 auf 6 (Alcatel, Siemens, Ericsson, Bosch, Philips und Italtel), im Kernbereich der öffentlichen und privaten Vermittlungstechnik auf nur noch drei ernsthafte europäische Anbieter (Alcatel, Siemens und Ericsson) drastisch vermindert. Diese drei führenden europäischen Konzerne konnten längst als „european champions“ betrachtet werden, „80% des europäischen Umsatzes für Fernmeldeausrüstungen im Jahre 1993 entfielen auf Alcatel (35%), Siemens (27%), Ericsson (18%).“ (Huffschnid 1994, 75, vgl. auch: Handelsblatt vom 23.11.1993)

“Von den 25 größten Fusionen zwischen 1988 und Mitte 1992, an denen europäische Unternehmen beteiligt waren, betrafen sechs die Telekommunikation. Bei drei Zusammenschlüssen handelte es sich um innereuropäische Vorgänge, bei den übrigen drei um Verflechtungen zwischen europäischen und nichteuropäischen Unternehmen. In keinem anderen Bereich verlaufen Internationalisierung und Neuformierung so stürmisch wie in der Telekommunikation. 1985 gab es hier fünf grenzüberschreitende Fusionen mit einem Gesamtwert von 399 Mill. \$. Fünf Jahre später war die Zahl der internationalen Unternehmensverbindungen auf mehr als das Zwölfwache (nämlich 67) und ihr Wert auf das Vierzigfache (16,5 Mrd. \$) gestiegen.“  
(Huffschnid 1994, 51)

Im Gegensatz zu früheren Konzentrationsbewegungen (bspw. nach der Great Depression, in der Frühphase des Fordismus und in der Nachkriegskonjunktur), die sich weitgehend innerhalb der jeweils nationalen Rahmen vollzogen hatten, nimmt in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre insbesondere „die Zahl der *internationalen* Unternehmensverbindungen stark

zu. Zwischen 1984 und 1989 hat sich der Wert grenzüberschreitender Beteiligungen von 12 Mrd. \$ auf 131 Mrd \$ mehr als verzehnfacht“ (Huffschnid 1994, 15f).<sup>223</sup> Auch in Europa hat die „Zahl großer Unternehmensverbindungen in der EG hat von Mitte (1985/86) bis Ende (1989/90) der 80er Jahre um durchschnittlich 24% pro Jahr zugenommen (...). Besonders ausgeprägt war die Dynamik der grenzüberschreitenden Verbindungen.“ (Huffschnid 1994, 17)<sup>224</sup>

Insbesondere im Bereich der „neuen Technologien“ kam es zu strategischen Allianzen, über die gemeinsame Entwicklungs-, Produktions- und/oder Vertriebsprojekte umgesetzt werden konnten, oft nahe am Tatbestand der Kartellbildung. „Die Zahl der technologischen Allianzen hat sich in der zweiten Hälfte der 80er Jahre gegenüber den 70ern mehr als verdreifacht.“ (Huffschnid 1994, 40) Im Vordergrund dieser strategischen Allianzen im hochtechnologischen Bereich steht nicht die Kapitalverflechtung, sondern die Minimierung von Risiko<sup>225</sup> und die gemeinsame Markterschliessung.<sup>226</sup> Anfang der 1990er Jahre haben sich "weltweit operierende Konsortien herausgebildet, die sich um die Allianzen von British Telecom und MCI, France Telecom, Deutsche Telekom und Sprint, den aus kleineren europäischen Telefongesellschaften gebildeten Unisource-Verbund sowie AT&T gruppieren (...)" (Lüthje 1997, 64). „Diese komplexe Mischung aus nationalen Versorgungsunternehmen und tendenziell global operierenden Weltmarktkonkurrenten kennzeichnet die neue Situation

---

<sup>223</sup> Dieser Trend sollte Anfang der 1990er Jahre zunächst abflauen, um ab Mitte der 1990er Jahre wieder enorm anzusteigen. Bei dieser Internationalisierungsstrategie wurde vor allen Dingen von globalen Spitzenunternehmen betrieben, die zum einen „ihre Präsenz in regionalen Integrationsräumen – in der EG, dem pazifischen Becken und der nordamerikanischen Freihandelszone – zu verdichten“ suchten (Huffschnid 1994, 16), zum anderen insbesondere ihr Kerngeschäft global ausbauen wollten – es ging in dieser Phase also nicht um eine horizontale Diversifizierung (Produktdiversifikation) und somit Streuung des Risikos, sondern um eine vertikale Konzentration zur Herstellung von Synergieeffekten und vor allen Dingen um eine geographische Diversifizierung.

<sup>224</sup> „Mit einem Anstieg von 217 auf 829 hat sich ihre Zahl fast vervierfacht. Ende der 80er Jahre betrafen erstmals weniger als die Hälfte der von der EG registrierten Fälle Zusammenschlüsse innerhalb eines Landes. Am schnellsten stiegen die grenzüberschreitenden Zusammenschlüsse innerhalb der EG. Mitte der 80er Jahre hatte nur ein Fünftel der Fälle europäischen Charakter; zu Beginn der 90er Jahre war es mehr als ein Drittel.“ (Huffschnid 1994, 17) Auch hier kam es Anfang der 90er Jahre zu einem kurzzeitigen Einbruch – Anzahl der Unternehmensverbindungen insgesamt: 1989/90: 1384; 1990/91: 1009 und 1991/92: 871. Natürlich bilden sich bei den Fusionen regionale Muster aus, die hier nicht im einzelnen nachvollzogen werden können. Im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft jedoch erwähnt werden sollte, dass in den kleineren und/oder südlicheren Ländern der EG in 1980er Jahren „der Wert der Verkäufe von Unternehmen und Beteiligungen bei einem Vielfachen der Zukäufe“ lag (Huffschnid 1994, 31). „In diesen Ländern treten überwiegend Käufer aus den anderen EG-Ländern auf. Die Schaffung des EG-Binnenmarktes bedeutet für sie konkret in erster Linie Öffnung für Konzerne aus anderen Mitgliedsländern, die „Europäisierung“ ihrer Unternehmen findet vor allem als deren Aufkauf durch ausländische Investoren statt.“ (Huffschnid 1994, 32)

<sup>225</sup> In diesen Bereichen ist Forschung und Entwicklung oft nicht nur sehr kapitalintensiv, sondern aufgrund der Dynamik in der technologischen Entwicklung auch sehr riskant.

<sup>226</sup> Die Investitionen in neue Technologien amortisieren sich oft nur, wenn zumindest für einige Zeit der Markt von einem Preiswettbewerb freigehalten werden kann.

der europäischen Telefongesellschaften seit Beginn der 90er Jahre.“ (Huffs Schmid 1994, 68)<sup>227</sup>

Das Versprechen des Binnenmarkt-Projektes war, durch Liberalisierung und Deregulierung bestehenden Handelsbarrieren aufzulösen und dadurch „das historisch entstandene Netzwerk wirtschaftlicher Konzentration und Macht in den einzelnen Mitgliedsstaaten (...) zu lockern oder zu zerreißen.“ (Huffs Schmid 1994, 43) Durch die freie Konkurrenz auf offenen Märkten „würden alle gezwungen, die Preise zu senken und/oder das Angebot zu verbessern – zum Nutzen der VerbraucherInnen und der Allgemeinheit.“ (Huffs Schmid 1994, 43)

Allerdings zeigte sich schon bald, dass die bevorzugte Expansionsstrategie europäischer Konzerne eben genau nicht darin besteht, „neue Kapazitäten zu schaffen und die Märkte mit neuen Angeboten zu überschwemmen“, sondern darin, „sich mit bereits bestehenden Unternehmen auf die eine oder andere Weise zu verbinden und von deren Ressourcen und Potential zu profitieren.“ (Huffs Schmid 1994, 44)

„Das hat schwerwiegenden Konsequenzen: Einerseits findet – in vorseilender Abwehrreaktion auf die erwartete härtere Konkurrenz – eine beschleunigte Konzentration im nationalen Rahmen statt. Damit verbessern die dort tätigen Unternehmen – in erster Linie die ohnehin schon führenden nationalen Großunternehmen – zunächst einmal ihre Marktmacht und -position. (...) Zum anderen kommen ausländische Konkurrenten – wiederum vor allem die führenden Konzerne – meist nicht einfach als zusätzliche Anbieter auf die Märkte, auf denen sie aufgrund der Zugangsbarrieren bisher nicht präsent waren. Sie führen sich in der Regel vielmehr dadurch auf den neuen Märkten ein, dass sie dort bereits ansässige Unternehmen aufkaufen, die zum Teil ihrerseits bereits nationale Marktführer sind. (...) Durch solche Übernahmen ändern sich die Eigentumsstrukturen, nicht aber die Marktstrukturen in dem betroffenen Land.“ (Huffs Schmid 1994, 44)

---

<sup>227</sup> Zwar standen die europäischen Initiativen im Bereich der Telekommunikation von vorneherein und explizit unter der Wahrnehmung einer technologischen wie ökonomischen „Unterlegenheit“ gegenüber den USA und Japan. Doch die Telekommunikationsmärkte in Europa entstanden sowohl in Konkurrenz zu dem US-amerikanischen Markt wie auch durch US-amerikanische Direktinvestitionen. „Investment in European cable and satellite markets largely came from established US corporations, such as AOL/Time Warner, Liberty, News Corporation, NTL, UPC and Viacom. Member States deliberately attracted US groups in order to encourage investment in new technology. There seemed to be some expectation that the US groups would come in, lay the lines, then leave. However, US groups, once established in markets rarely exit them, even in the face of considerable debt. They remain until eventually companies become profitable.“ (Harcourt 2005, 119) Obwohl diese Märkte weiterhin stark nationalstaatlich reguliert wurden, stieg die transnationale Integration der Telekommunikation innerhalb der Triade USA/Westeuropa/Japan. Außerhalb der Triade aber gingen die einheimischen Fernmeldeverwaltungen nicht autonom aus dem Prozess hervor, sondern wurden von den Großen des internationalen Marktes aufgekauft. So „verkauften die Regierungen Argentiniens, Mexikos, Chiles, Hongkongs, Venezuelas und Neuseelands ihre bisherigen staatlichen Telefongesellschaften ganz oder teilweise an – vorwiegend private – ausländische Unternehmen.“ (Huffs Schmid 1994, 53) „In the West, the policy mechanisms of liberalization and privatization have become a source of revenues from which to ease budgetary constraints and, in the South, have been forced on developing countries and post-Communist countries by multilateral lenders and decreases in bilateral aid.“ (Hills 1998, 100)

Um sich auf den sowohl in politischer wie technologischer Perspektive im Umbruch befindlichen Zukunfts- und Wachstumsmärkten und -regionen dauerhaft zu positionieren, sind nicht nur massive Investitionen zu tätigen und auch hohe Risiken in Kauf zu nehmen,<sup>228</sup> sondern oft auch erhebliche Marktzutrittsbarrieren zu überwinden. Dabei geht im Bereich der Telekommunikation nicht so sehr um klassische Handelsbarrieren, sondern um die Errichtung von nicht-tarifären, technologisch-strategischen Barrieren durch Normen und Standards. Wenn sich die Marktstrukturen ändern, dann eher zum Schlechteren: „Das bestehende nationale Verflechtungs- und Machtnetz wird nicht zerstört, sondern durch die neuen ausländischen Eigentümer genutzt und in deren Einflussbereich eingegliedert. Die Konzerne mit „europäischen Dimensionen“ schaffen so allmählich ein neues, EG-weites Netz wirtschaftlicher Konzentration, Verflechtung und Vernetzung.“ (Huffs Schmid 1994, 45)

Bei der Vollendung des Binnenmarktes handelt es sich also „wesentlich um die Festigung und Ausweitung national entstandener und abgesicherter ökonomischer Dominanzpositionen“ (Huffs Schmid 1994, 47) – zu Lasten kleinerer Unternehmen. Auch für kleinere Länder ist die über den Binnenmarkt vollzogene „Europäisierung“ einseitig: „Ihr Kern besteht im Ausverkauf von nationalem Produktiv- und Grundvermögen an ausländische Konzerne“. (Huffs Schmid 1994, 47) Im Kontext der EU-Osterweiterung wird darauf noch einmal zurückzukommen sein.

Nach außen wird der Zutritt zum europäischen Binnenmarkt durch die Errichtung nicht von Handelsbarrieren, wohl aber durch die Errichtung von strategischen Barrieren wie Normen und Standards erschwert. In diesem Sinne geht es bei der technologischen Entwicklung „nicht einfach um Innovation und Qualität. Der Kampf um Märkte, Marktzugänge bzw. Zugangssperren wird auch mit der Entwicklung und politischen Durchsetzung bestimmter technologischer Standards und Normen geführt und gelegentlich (zumindest zeitweise) entschieden.“ (Huffs Schmid 1994, 49) „Dies macht europäische Standards (Informationen, Kompatibilität, Qualität, usw.) zu einer wichtigen Waffe in den großen Industrieschlachten der Gegenwart (...)“ (Huffs Schmid 1994, 49).

„Die finanzielle und gemeinschaftliche Förderung der technologischen Wettbewerbsfähigkeit nationaler und europäischer Champions durch die nationalen Regierungen bzw. die EG-Behörden verdeutlicht den Kern staatsmonopolistischer Regulierung in marktwirtschaftlicher Phraseologie: Einerseits sollen durch das Binnenmarktprojekt die Märkte in Europa geöffnet und damit den jeweils stärksten Europäern ausgeliefert werden. Andererseits wird durch nationale und gemeinschaftliche Technologie- und Standardisierungspolitik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit dieser Spitzenkonzerne auf den Weltmärkten der tatsächliche Wettbewerb im eigenen Land und in der EG eingeschränkt.“ (Huffs Schmid 1994, 49f)

---

<sup>228</sup> Die z.B. für den Ausbau der Kabelnetze notwendigen, gigantischen Investitionen wurden in der Regel über die Finanzmärkte in Form von Krediten aufgebracht. Als plötzlich die Rede von neuen ‚Wireless‘-Technologien war, finanzierten die unter Panik geratenen Investoren diese auch, um nicht auf ihren Kabeln sitzen zu bleiben. Durch den intensiven Wettbewerb ist die Industrie heute hochverschuldet, der Abbau dieser Schulden ist, vor allen Dingen seit der Implosion des Aktienmarktes ab dem Jahr 2000, z.T. auf die nächsten 40-50 Jahre perspektiviert.

Nach Lüthje lässt sich die Neuzusammensetzung des Kapitals in der Folge der „Erosion der fordistischen Weltmarktorganisation und der damit verbundenen Formen der Technologie- und Infrastrukturentwicklung im Telekommunikationssektor“ (Lüthje 1997, 69) als „transnationale Technologienormenkonkurrenz“ beschreiben, „in die auch die traditionell abgeschotteten Märkte der Telekommunikationsausrüstungen und -dienstleistungen einbezogen werden“ (Lüthje 1997, 60). Die Auflösung der nationalen Telekommunikationskartelle ab Mitte der 1980er Jahre. Diese erfolgte nicht aufgrund

„der globalen Verallgemeinerung eines neuen „Paradigmas“ der Technologieentwicklung oder eines bestimmten Modells der De- bzw. Re-Regulierung; die Formen dieses Restrukturierungsprozesses sind vielmehr Produkt der im globalen Rahmen ausgetragenen regulierungspolitischen Konflikte und der Konkurrenz divergierender nationaler Strategien zur Bewältigung der Strukturkrisen im „Zukunftssektor“ der IuK-Technik.“ (Lüthje 1997, 69)

In dem Augenblick, wo Herstellerindustrien, Netzbetreiber und Dienstleister den internationalen Markt betreten, unterliegen sie den spezifischen Wettbewerbsbedingungen des Telekommunikationsmarktes, die sich u.a. aus der zugrundeliegenden technischen Architektur wie auch der In-/Kompatibilitäten der unterschiedlichen Systeme ergeben.

So führte die Dezentralisierung der Datenverarbeitung ab Mitte der 1980er Jahre (u.a. durch die beginnende PC-Revolution) zu neuen Vernetzungsformen, innerhalb derer „der PC in kaum erwartbarer Art und Weise zum universellen Anwendungsinstrument der Datenverarbeitung und zum Träger neuer, auf dem sog. „client server“-Prinzip basierenden Netzwerkarchitekturen wird.“ Nicht nur sollte es deshalb zu „tiefgreifenden Strukturverschiebungen in der EDV-Branche [kommen], die sich in zahlreiche Krisen führender Großcomputerhersteller wie z.B. IBM, Digital Equipment oder UNISYS manifestieren“ (Lüthje 1997, 60), die Logik der EDV-Branche insgesamt sollte sich umkrempeln. Dominierten zuvor mit einander weitgehend inkompatible Datenverarbeitungssysteme und Großcomputerarchitekturen, so wurden diese „von einer Konkurrenz relativ „offener“ dezentral strukturierter Computersysteme abgelöst“ (Lüthje 1997, 60f). Aus den daraus resultierenden Gewichtsverschiebungen gehen Intel und Microsoft als strategisches Doppelmonopol im Bereich der dezentralisierten Datenverarbeitung hervor, mit ihnen setzen sich de-facto Weltstandards durch (nicht: „offene Systemstandards“). Mit der Aufwertung von Netzwerkstrukturen, über die informationsverarbeitende Systeme dezentral miteinander verknüpft werden, ist die Strategie einer nationalen informationstechnischen „Systemintegration“ auf der Basis von Großcomputerarchitekturen sowie einer von „national champions“ beherrschten, vertikal integrierten Produktionskette ins Abseits gestellt. Eine globale Technologiestrategie wird fortan auf flexiblen Plattformen beruhen müssen, über die unterschiedlichen technischen Systeme integriert werden können. In diesem Sinne kommt der Etablierung von bestimmten Normen und Standards im Bereich der Telekommunikationsnetze gewissermaßen die Bedeutung eines strategischen „Brückenkopfes“ zu, der auf lange Frist die Dominanz eines bestimmten Netzbetreibers und der ihm zuliefernden Herstellerindustrie in einem technologisch abgegrenzten Markt absichert.

Mit der Konvergenz von Netz- und PC-Technologien<sup>229</sup> entbrennen neue Konkurrenzkämpfe auf einem in Bewegung geratenen, globalen Markt. Eine Fragmentierung der Netz-Infrastrukturen ist demnach gleichbedeutend mit einer Fragmentierung der Märkte. Die zu Beginn der 1990er Jahre auf einem noch weitgehend entlang der nationalen Grenzen zersplitterten – und in diesem Sinne nur eingeschränkt „europäischen“ Telekommunikationsmarkt agierenden, europäischen Telekommunikationsunternehmen haben auf dem Weltmarkt deshalb Wettbewerbsnachteile.

Leitbilder wie der US-amerikanische „Information Superhighway“ oder die „Europäische Informationsgesellschaft“ sollen hier „neue Formen der sektoralen Konzertierung der industriellen und politischen Akteure zur Regulierung der aus dem zunehmenden Gegeneinander einzelkapitalistischer Technologiestrategien entstehenden ökonomischen und sozialen Konflikte in der Infrastrukturentwicklung“ (Lüthje 1997, 72) schaffen.<sup>230</sup>

Mit dem über europaweit einheitliche Normen und Standards zu integrierenden EU-Binnenmarkt für Telekommunikation fungiert die EU somit gewissermaßen als Organisatorin eines europäischen Telekommunikationskartells. So beinhaltet die Integration des Binnenmarktes neben dem Abbau der tarifären wie technologischen Handelshemmnisse auch die Verflechtung der vormaligen „national champions“ zu transnational agierenden „european champions“. Die EU-Institutionen übernehmen hier bereitwillig die tragende Rolle bei der „Vermittlung der Transnationalisierungsstrategien der „Big player“ und erzwingen die Öffnung der nationalen Telekommunikationsmärkte“ (Lüthje 1997, 74).

### ***Auf halbem Wege: Liberalisierung, Privatisierung und Binnenmarkt***

Anfang der 1990er Jahre jedoch sollte sich die Fusionswelle zunächst zurückziehen, um sich dann ab Mitte der 1990er Jahre erneut und mit einer beispiellosen Wucht aufzubauen. Wir nutzen diese kurze Atempause, um den Blick auf einige parallele und bedingende Aspekte für die weitere Kapitalisierung der Telekommunikation zu richten.

Vor dem Hintergrund der ökonomischen Restrukturierung in der Folge der Weltwirtschaftskrise und angesichts einer steigenden Arbeitslosigkeit und zunehmenden Desintegration der Sozialsysteme, wurde in den westlichen Industriestaaten mit dem Wechsel der politisch-ideologischen Kräfteverhältnisse Anfang/Mitte der 1980er Jahre hin zu einer neoliberalen (in der BRD einer ordoliberalen) Hegemonie zunehmend auf Liberalisierungs- und Privatisierungsstrategien gesetzt.

Während mit den Privatisierungsgewinnen kurzfristig Staatshaushalte aufgebessert und mittelfristig Staatsquoten im Rahmen der durch die Wirtschafts- und Währungsunion verordneten Austeritätspolitik gesenkt werden sollten, sollte über die Privatisierung und Liberalisierung der bisher nationalstaatlich regulierten Telekommunikationsmärkte und deren

---

<sup>229</sup> Latzer fasst dieses Phänomen als Telematik (=Telekommunikation + Informatik) (vgl. Latzer 1997).

<sup>230</sup> Deren ausnahmslos marktradikale Orientierung ist aufgrund der politischen Hegemonien dieser Zeit nicht grundsätzlich erstaunlich, wohl aber, dass sowohl liberale, sozialdemokratische und konservative Varianten, letztlich sogar große Teile der linken „Netzpolitik“ nicht auf eine Wiedergewinnung staatlicher Steuerungs- und Gestaltungsmacht, sondern auf eine Privatisierung der Technologienormenkontrolle und deren Einholung durch supranationale Koordinierung setzen. „Wettbewerb“ wird dabei oft gleichgesetzt mit „demokratisch“.

Integration zu einem europäischen Binnenmarkt langfristig eine effiziente Informationsinfrastruktur geschaffen werden, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraum sicherzustellen.

Die Liberalisierung der Telekommunikation und der mit ihr verbundenen Industrien ist deshalb "best understood as the chosen means to boost corporate profitability. The new information technologies, removed from social oversight and applied to business purposes, domestically and internationally, offer low costs of communicating, increased flexibility of managerial decision-making – that is, shifting production and jobs from one site to another – and freedom of accountability." (Schiller 1992, 10) Für die europäischen Spitzenkonzerne beinhaltete das Projekt eines europäischen Binnenmarktes zudem das Versprechen, die Größennachteile gegenüber der amerikanischen und asiatischen Konkurrenz zu kompensieren und so im globalen Wettbewerb aufzuholen. Und in der Tat „the customers that have benefited most are the large multinational users, and the corollary developments have been a greater division between rich and poor, increased concentration internationally, and less ability for governments to control their own telecommunication networks" (Hills 1998, 99).

Im Jahr 1994 fasst Jörg Huffschmid das Zwischenergebnis der bisherigen Reformen zusammen: der Fernmeldesektor sei „jetzt durchweg in eigenständige Unternehmen organisiert, die sich allerdings mit Ausnahme Englands und Spaniens überall nach wie vor ganz oder mehrheitlich in Staatseigentum befinden.“ (Huffschmid 1994, 53)<sup>231</sup> Die traditionellen Kernbereiche der Telekommunikation – das Telefonnetz, die Sprachtelefonie und die Vermittlungs- und Übertragungstechnik – allerdings werden Mitte der 1990er Jahre weiterhin durch eine in der Regel staatliche Monopolgesellschaft bzw. von nationalen Führungskonzerne betrieben. Allerdings waren in den Bereichen Endgeräte, „international carriers“, Mobilfunk und Mehrwertdiensten in den meisten Mitgliedsstaaten mittlerweile konkurrierende Konsortien lizenziert worden. Damit waren die nationalen Telekommunikationskomplexe zwar erst an ihren Rändern aufgeweicht worden (vgl. Huffschmid 1994, 62), der Angriff ihre Kernbereiche allerdings war Anfang der 1990er schon verabschiedet<sup>232</sup> und sollte durch die alsbald folgende bundesdeutsche Postreform II vorexerziert werden. Bis zum Ende der 1990er Jahre sollten die Regierungen aller Industrieländer nachgezogen haben: "At the turn of the century, governments in over 100 countries have taken similar steps, giving up full or partial control of their telecommunications resources. This trend now dominates over 90 percent of all communications networks worldwide. The holdout governments are in the developing world." (Dizard 2001, 13)

---

<sup>231</sup> Diese Feststellung ist ex post natürlich anders herum zu formulieren, d.h. während die Telekommunikationssektoren in England und Spanien zu diesem Zeitpunkt bereits vollständig privatisiert waren, waren sie in den anderen Ländern gerade erst aus dem staatlichen Haushalt herausgelöst worden.

<sup>232</sup> Eine EU-weite, vollständige Liberalisierung der Telekommunikation (d.h. inkl. der Sprachtelefonie und der Netze) sollte pünktlich zum 1.1.1998 umgesetzt sein.

## **Konvergenz**

Mit der Digitalisierung, also der Möglichkeit, alle bisher entwickelten Kommunikationsformen (Ton, Bild, Schrift, bewegtes Bild) in eine technische Universalsprache zu überführen und diese über immer leistungsfähigere Telekommunikationsnetzwerke zu verbreiten und über immer leistungsfähigere, integrierte Endgeräte auszugeben, werden sowohl die technologischen, ökonomischen und auch politischen Grenzen zwischen den zuvor getrennten Bereichen (Tele-)Kommunikation, Informationsverarbeitung und Medien zunehmend verschwimmen.<sup>233</sup> Durch die zunehmende Vernetzung von bisherigen Kommunikationssystemen und Wissensbeständen wird zudem die ins Globale tendierende Grenzüberschreitung von Kommunikation konstitutiv, durch die grundsätzlich enthaltene Möglichkeit, nicht nur Empfänger, sondern auch Sender zu sein, wird die Dezentralisierung und Enthierarchisierung von Organisations- und Kommunikationsstrukturen eingeleitet.

### *- Exkurs: Die Entstehung eines globalen, kommerziellen Mediensystems*

Noch nicht weiter betrachtet, aber für die Entwicklungsdynamik nicht nur der Informations- und Kommunikationstechnologien, sondern auch des Gesamtkomplexes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ von grundlegender Bedeutung, soll im folgenden Abschnitt kurz die Entstehung eines globalen, kommerziellen Mediensystems nachvollzogen werden.

Bis in die 1980er Jahre hinein waren sowohl Medien- wie auch Telekommunikationsunternehmen vorwiegend nationale Unternehmen, die national regulierte Märkte bedienten. Dies gilt aufgrund der Sprachbarrieren sicherlich insbesondere für die Presse und Verlage, aber – wie die Telekommunikation – war auch der Rundfunk in den meisten Ländern in staatlichem Besitz oder – insofern er von privaten Firmen betrieben wurde – zumindest stark reguliert. Auch die multisektorale Konzentration, also die Konzentration von auf verschiedenen Technologien basierenden Medienbereichen, wurde staatlich kontrolliert. All dies hat sich im Laufe der letzten drei Jahrzehnte dramatisch verändert.

Mit der Einführung des Satellitenfernsehens war nicht nur die Begründung für das „natürliche Monopol“ des Staates im Bereich des Rundfunks, dass sich auf der „Knappheit“ verfügbarer Frequenzen begründete, zerbrochen. Da das aus dem All gesendete Satellitenfernsehen sich außerhalb der nationalen rechtlichen Rahmen der Empfänger positioniert und auch jenseits nationaler Grenzen empfangen werden kann, war auch die bisherige nationalstaatliche Regulation damit infrage gestellt. Aber erst mit der politischen Durchsetzung einer Weltordnung, in der die Freiheit des Marktes zum obersten Glaubenssatz avancierte, wurden zuerst in den USA und in nachfolgenden Wellen in einem Großteil der Welt das staatliche Rundfunkmonopol politisch delegitimiert. Mit der

---

<sup>233</sup> Diese über Digitalisierung ermöglichte Konvergenz der vormals getrennten Sektoren von Telekommunikation und Informatik zur „Tele-matik“, die später durch die Einverleibung der multimedial gewandelten Programmindustrien ergänzt wird, wird von Martin Latzer (1997) als „Mediamatik“ bezeichnet und macht für ihn den Fluchtpunkt im Entwicklungsprozess der sogenannten Informationsgesellschaft aus, den er in der griffigen Formel zusammenfasst: Informationsgesellschaft = NII + MM (Informationsgesellschaft = National Information Infrastructure + Multimedia).

Deregulierung zugunsten des Satelliten- und Kabelfernsehens erfolgte auch die Kommerzialisierung und (Teil-)Privatisierung der terrestrischen Kanäle und – im Sinne des internationalen Wettbewerbs sowie der transnationalen Interpenetration und Konglomeration des Medienmarktes – die Implementierung von internationalen Eigentumsrechten.

Mit der staatlich subventionierten Entwicklung von Satelliten- und Kabeltechnologien hatte Verfügbarkeit von Kanälen enorm zugenommen, durch eine zunehmende Werbefinanzierung des Rundfunks sollte sich dieser Trend nochmals entlang der Segmentierung von zielgruppenspezifischen Programmen verstärken. Zudem hat der Medien- und insbesondere der Fernsehkonsum in der ganzen Welt in den letzten 20 Jahren rapide zugenommen. Der gestiegene Bedarf an Fernsehprogrammen wurde weitgehend von den US-amerikanischen Kulturindustrien befriedigt,<sup>234</sup> die darüber hinaus den internationalen Markt für Filme, Musik und Bücher dominierten. Insbesondere im Kontext der Internationalisierung der Absatzmärkte kommt den werbefinanzierten Medien, die Werbeoberflächen mit maximaler Aufmerksamkeit in segmentierten Zielgruppen für die Konsumgüterproduzierende Industrie bereitstellen, eine besondere Bedeutung zu: „As competition in the new consumer markets intensified, there was an increasing demand for advertising and marketing opportunities. This has been crucial in fuelling a growth in media outlets which continued into the 1990s.” (ebd., 91)<sup>235</sup>

Im Zuge der neoliberalen Offensive ab Anfang der 1980er Jahre wurden die gesetzlichen Instrumente, die eine übermäßige Medienkonzentration verhindern sollten, zunächst auf nationalstaatlicher Ebene abgeschafft, alsbald wurden aber auch auf internationaler Ebene<sup>236</sup> mit internationalen Abkommen die Bedingungen für globale Märkte und Investitionstätigkeiten geschaffen.<sup>237</sup> „The growth in size and the conglomeration of the

---

<sup>234</sup> „First, the USA stands out as an exception. The USA alone has maintained an extremely low level of foreign imported programming in its domestic output. (...) Second, the dominance of the US product at home is reflected in the phenomenal export success of the US television industry. (...) with more than triple the combined exports of the next three biggest exporters. That dominance is reflected geographically in that the USA was, and is, the single biggest exporter to every region of the world and almost every single country; this includes the major markets of Western Europe and Latin America as well as the developing or smaller markets of the Middle East, Asia and Africa.” (Held et al. 1999, 359)

<sup>235</sup> Zwischen 1984 und '89 nahmen die Ausgaben für Werbung jährlich um mehr als 6% zu, 1988 gar um 10% (vgl. Hesmondalgh 2002, 91)

<sup>236</sup> Auf dieser Ebene sind die wichtigsten die EU, NAFTA, MERCOSUR, ASEAN, GATT, WTO, GATS (vgl. Hesmondalgh 2002, 130): „As the media have become increasingly central to the world economy, media policy matters have become the province of organizations like the IMF and the WTO. The IMF is committed to encouraging the establishment of commercial media globally to better serve the needs of a market economy. The WTO's mission is to encourage a single global market for commercial media, and to oppose barriers to this, however noble the intent.” (McChesney 1997, 50) In diesem Zuge wurde in den 1990er Jahren auch die Frage nach dem internationalen Schutz von geistigem Eigentum relevant: „Media firms lose several billion dollars annually to ‚pirated‘ products (...)”. (ebd., 51) „Along with pharmaceuticals, media and computer software copyright are the primary topics for global intellectual property right negotiations.” (ebd., 51) Westliche Medienfirmen zogen die Nationalstaaten auf ihre Seite, um eine Kampagne gegen den Bruch von Urheberrechten zu initiieren. Der Schutz von Urheberrechten ist ein Politikum auf internationaler Bühne, bei dem der Stärkere seine Rechte zu schützen sucht, um Monopolpositionen zu schützen, Preise dem Wettbewerb zu entziehen und die Strukturen der internationalen Umverteilung zu sanktionieren.

<sup>237</sup> Der globale Trend zur neoliberalen Deregulation und Kommerzialisierung der Medienmärkte verläuft dabei als ein in hohem Maße von Ungleichzeitigkeiten geprägter Prozess.<sup>237</sup> Nicht nur hatten

cultural-industry companies were part of a long-term trend in mergers and acquisitions in all industries that quickened during the 1980s in response to the Long Downturn.” (Hesmondalgh 2002, 135)<sup>238</sup> Nach einem kurzen Rückgang in der Folge des Wall-Street-Crashes 1987 nahmen Übernahmen, Aufkäufe und Fusionen in den 1990er Jahren drastisch zu,<sup>239</sup> eine Entwicklung, die sich vor allen Dingen mit dem Boom der US-amerikanischen Wirtschaft ab 1995 nochmals verstärkte.<sup>240</sup> Diese Trends schlugen sich auch in der Entwicklung des Mediensektors wieder, der zu einem „increasingly important sector for business investment“ (Hesmondalgh 2002, 134) geworden war. Dies zum einen deshalb, weil die organisatorische Restrukturierung der ökonomischen Praxen die Entwicklung der Kommunikationsinfrastruktur zur Voraussetzung hatten und diese deshalb ‚boomten‘. Zum anderen verlagerten viele Unternehmen ihre Investitionen von den sogenannten primären und sekundären in die lukrativen tertiären und quaternären Sektoren<sup>241</sup>, womit auch Medien und Telekommunikation ins Zentrum der weltweiten ökonomischen Aktivität rückten (vgl. ebd., 89ff).<sup>242</sup>

Angesichts einer von Dynamik und Unsicherheit geprägten Zukunft und unter verschärften Konkurrenzbedingungen expandierten und konglomerierten die Medienunternehmen, um

---

sich historisch unterschiedliche nationale Mediensysteme ausgeprägt, die sich einer Öffnung gegenüber einem globalen Medienmarkt unterschiedliche Widerstandskräfte entgegen zu setzen vermochten, auch wird der Verlauf dieses Prozesses weiterhin stark von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen auf nationaler Ebene sowie zwischen den Nationalstaaten geprägt. Auch innerhalb der Gesellschaften reproduzieren sich Ungleichheiten und Asymmetrien der ‚Informationsgesellschaft‘. „Für das Gros der antizipierten Effekte der Medienglobalisierung gilt gleichermaßen, dass sie nicht pauschalisiert und isoliert betrachtet werden können, sondern untrennbar mit anderen ökonomischen, politischen und kulturellen sowie militärischen Einflüssen verbunden sind (...)“ (Leidinger 2003, 374).

<sup>238</sup> “There were 4,900 mergers in the USA between 1968 and 1973, and this number increased in the 1970s and 1980s. There were over 3,300 corporate acquisitions in 1986 alone (...)“ (Hesmondalgh 2002, 135).

<sup>239</sup> “For example, 1997 saw the highest ever figures for US mergers and acquisitions up to that point: US\$912 billion worth of deals (Business Week, 30 March 1998, 47)” (Hesmondalgh 2002, 136)

<sup>240</sup> Im Zuge dieses Booms entstand „the greatest financial bubble in American history“ (Brenner 2000, 5, zit.n. Hesmondalgh 2002, 137). Nach der langen Wirtschaftskrise explodierten Konsumtion und Investitionen, die durch eine zunehmende Verschuldung finanziert wurden.

<sup>241</sup> Mit der sinkenden Nachfrage nach Konsumartikeln ab den 70ern eröffnete sich für Unternehmen die Chance „to use the vast amount of high-tech research generated by the US government in defence and space as a result of the Cold War. By the early 1980s, as Europe and North America faced economic recession, and as newly industrialised countries in Asia continued to achieve high levels of economic growth, the perceived advantages for Euro-American corporations of moving into high-tech and cultural industries were even more overwhelming, in spite of high research and development costs.“ (Hesmondalgh 2002, 90f)

<sup>242</sup> D.h., sie sind nicht mehr bloss Superstruktur oder politisch-ideologischer Überbau, d.h. ausser-ökonomischer Teil der erweiterten Reproduktion der Produktionsverhältnisse, sondern unmittelbar Teil der ökonomischen Struktur. „Die Sparten Telekommunikation, Computer, Software und Internet waren 1984 gerade für 4%, 1999 dagegen für 32% der 400 reichsten Amerikaner Quelle ihres Geldvermögens (...)“ (Rilling 2004, 1450). Zwar gehören die Medienunternehmen zu den grössten Unternehmen der Welt, sind aber im Vergleich zur Automobilindustrie, Konsumgüterproduzierenden Industrie oder Ölindustrie immer noch relativ klein (auch wenn sie aufgrund ihrer spezifischen Ware vielleicht eine grosse gesellschaftliche Macht ausüben mögen).

nicht übervorteilt zu werden. Dazu „werden alle klassischen Strategien zur Unternehmensvergrößerung genutzt“<sup>243</sup> (Leidinger 2003, 382).

“The response of these companies has been to engage in mergers and acquisitions (M&A) to build protective armor, as well as to establish joint ventures and strategic alliances with other firms to protect themselves from being blindsided while making forays into new terrain. In times of technological upheaval where nobody has a clear idea of exactly where things are heading, the smart course for a firm is to hedge its bets by getting involved in several options so it can be prepared to pounce on any of them that shows commercial potential.” (McChesney 1997, 108)

Die globalen Medien- und Telekommunikationsunternehmen “act as much out of fear of the unknown as from coherent visions of what a converging communication market might look like in ten or twenty years. All of these firms now need to be concerned not only about their immediate rivals but the prospect that firms from the other info-communication industries might move in on them” (McChesney 1997, 108).

„Da die Globalisierung im Medienbereich, die durch hohe Risikofaktoren gekennzeichnet ist, einer hohen Kapitaldecke bedarf (...)“ (Leidinger 2003, 382), haben die Unternehmen ein gemeinsames Interesse an joint ventures, mit denen sich nicht nur der Kapitaleinsatz, sondern auch das damit verbundene Risiko für die Beteiligten reduzieren und den Unternehmen breitere und flexiblere ökonomische Strategien ermöglichen. “The ten largest global media firms have, on average, six joint ventures with five of the other nine giants. They each also average six joint ventures with second-tier media firms.” (ebd., 56)<sup>244</sup> „Many of the largest media firms have some of the same major shareholders, own pieces of one another or have interlocking boards of directors.” (McChesney 2001) Diese Überlappung von Eigentumsverhältnissen, mit denen die Mediengiganten wirtschaftlich am Erfolg und Misserfolg der Konkurrenten teilhaben und neben Konkurrenten einander auch Werber, Kunde und Partner sind, hat zur Folge, dass sie zu einer Interessengemeinschaft zusammengeschlossen sind. “In this sense the global media and communication market exhibits tendencies not only of an oligopoly, but of a cartel or at least a ‘gentlemen’s club’.” (McChesney 1997, 58)

---

<sup>243</sup> „Bei der genaueren Betrachtung der Konzernarchitektur der Akteure des globalen Mediensystems zeigt sich, dass im Medienbereich viele Konzentrationsrichtungen miteinander kombiniert werden und sich teilweise (zeitlich später) mit transnationaler Konzentration verknüpfen (verbundene Konzentration) oder sogar alle Konzentrationsrichtungen gemeinsam mit transnationaler Orientierungsformen auftreten (umfassende Konzentration). Hierbei kann politisch von einem globalen Kommunikationskartell gesprochen werden.“ (Leidinger 2003, 382) „Die meisten Medienkonzerne waren anfänglich in ein oder zwei Medienbereichen aktiv. Zur Vergrößerung des Konzerns wurde zunächst die horizontale Konzentrationsrichtung genutzt und in darauf folgenden Schritten multimediale und vertikale Konzentration angestrebt. Mit vertikaler Konzentration können komplexe Wertketten abgeschöpft werden.“ (ebd., 382) Am Beispiel des Bertelsmann-Konzerns zeigt Leidinger, „dass die Unternehmensstrategien en détail im Prozess der Globalisierung der Medien nur schwer pauschal und für viele Konzerne treffend auf den Punkt zu bringen sind. Stattdessen werden sie zumeist in ihrer Komplexität nur im jeweiligen Einzelfall verständlich. Empirisch-detaillierte Einzelstudien wären insofern eine notwendige Voraussetzung dafür, etwaige kleine und grosse gemeinsame Nenner unternehmerischer Strategien erfassen zu können.“ (ebd., 330).

<sup>244</sup> Wie bereits erwähnt, nutzen die globalen Medien-Giganten “joint ventures as a means of easing entry into new national markets, teaming up with ‘local international partners who best understand their own turf.’” (McChesney 1997, 56)

Neben der strategischen Risikominimierung eröffnen die Effekte von Größe und Konglomeration in horizontal und vertikal integrierten Konzernen auch die Möglichkeiten von über Synergieeffekte zu erzielende Extra-Profite. Dazu gehören die Möglichkeiten von ‚cross-promotion‘ und ‚cross-selling‘,<sup>245</sup> aber auch die Kostenersparnis durch die effizientere Nutzung von Ressourcen, Technologien, Kapazitäten und Kompetenzen.<sup>246</sup> „In sum, the profit whole for the vertically integrated firm can be significantly greater than the profit potential of the individual parts in isolation. Firms without this cross-selling and cross-promotional potential are at a serious disadvantage in competing in the global marketplace. This is the context for the wave of huge mergers in the 1990s.” (ebd., 54)

In diesem Zusammenhang macht Leidinger auf das verstärkte Auftreten auch von multisektoraler Konzentration bzw. branchenfremder Verflechtung seit den 1980er Jahren aufmerksam. (vgl. Leidinger 2003, 220)

„Branchenfremde Verflechtung mit dem Medienbereich kann Ausdruck verschiedener unternehmerischer Strategien sein: Ausweichbewegung, Risikenminimierung, Ausnutzen der economies of scope, Kostensynergieeffekte durch Nutzung ähnlichen know-hows, Schaffen von neuen Möglichkeiten im Marketingbereich und allgemein Orientierung an der Prognose hoher Profitraten in der (audiovisuellen Medienindustrie).“ (ebd.; vgl. Hesmondalgh 2002, 140f )

Dabei sind vor allen Dingen die erheblichen Verflechtungen des Mediensektors mit „gesellschaftlich brisanten Bereichen“ wie der Rüstungsindustrie,<sup>247</sup> der Gen- und Reproduktionstechnologien/Biotechnologie, dem Sicherheits- und Überwachungsgewerbe sowie der Atomindustrie besonders besorgniserregend (vgl. Leidinger 2003, 236).

Als Resultat der oft über die Aktionsmärkte oder Kredite abgewickelten<sup>248</sup> Konzentrations- und Konglomerationsprozesse entstand ein transnationales, kommerzielles Mediensystem,

---

<sup>245</sup> Weitere Vermarktungsmöglichkeiten sind gegeben durch Merchandise-Artikel, Nachfolgeserien, Spielzeug, Bücher, Restaurants, Verträge mit Werbeagenturen, Schulen, Universitäten, die Lizenzierung der Medienmarke, etc. „These link-ups between global marketers and media firms are becoming standard operating procedure, and they do much to enhance the profitability and competitive position of the very largest global firms.” (McChesney 1997, 55)

<sup>246</sup> Diese Möglichkeiten ergeben sich vor allen Dingen durch die Digitalisierung, da mit ihr die technologischen Grenzen zwischen den unterschiedlichen Medien, den Kommunikationstechnologien sowie der Computer-, Informations- und Softwareindustrie verschwimmen. Einmal geschriebene Programme (z.B. für special effects, digitale Charaktere, etc.) können leicht mehrfach verwendet werden.

<sup>247</sup> „Gründe für die Attraktivität des Medienbereiches gerade für die Rüstungsindustrie liegen in der historischen Verknüpfung von (Tele-)Kommunikation und Militär (...) und liegen in den Verbundvorteilen durch die Nutzung technischen Know-hows für beide Bereiche (...) oder dem Rückgriff auf vorhandene Technologien (...).“ (Leidinger 2003, 237)

<sup>248</sup> Die kapitalintensiven Aufkäufe und Investitionen wurden in der Antizipation zukünftiger Gewinne abgewickelt. Dies macht die Entwicklungen auf dem Medienmarkt nicht weniger real, trotzdem sind die optimistischen und oft sogar phantastischen Zukunftsszenarien wie das einer ‚globalen Informationsgesellschaft‘ mit Vorsicht zu genießen. Während in den 1990er Jahren die Aufwendungen in den Medien- und Unterhaltungsindustrien fast überall schneller wuchsen als das durchschnittliche Bruttosozialprodukt und viele private Kleinanleger in dieser Dynamik profitable Investitionsmöglichkeiten sahen, destabilisierte schon bald darauf die Krise am Neuen Markt und die Stagnation des ökonomischen Wachstums zu Beginn des 21. Jahrhunderts den Medienmarkt: „Many corporate media stock prices have floundered during a bull market, putting severe pressure on

dass von einigen global agierenden, mächtigen transnationalen Medienkonglomeraten dominiert wird:

“(…) a truly global set of media-entertainment-information corporations has come into being. They have not entirely displaced domestic competitors, nor have they eradicated foreign corporations in their home states. However, there can be little doubt that above the plethora of local and national culture industries, a group of around 20-30 very large MNCs dominate global markets for entertainment, news, television, etc., and they have acquired a very significant cultural and economic presence on nearly every continent.” (Held 1999, 347)

Nach den Fusionen und Übernahmen der 1990er Jahre waren zum Ende des Jahrzehnts etwa zehn transnationale Mediengiganten mit jährlichen Umsätzen zwischen 10 und 30 Milliarden US-Dollar übriggeblieben, die den globalen Medienmarkt beherrschten. „These media empires have been constructed largely in the 1990s, with a rate of growth in annual revenues that is staggering.“ (McChesney 1999, 19) Während also noch vor 25 Jahren keine dieser Firmen in ihrer heutigen Form existierte, gehören heute alle von ihnen mit zu den größten Unternehmen der Welt<sup>249</sup> und können gemeinsam als „driving forces for the creation of a global market place“ verstanden werden (Schiller 1996, 94, zit.n. Leidinger 316).

Neben den stark vertikal und horizontal integrierten<sup>250</sup> globalen Medienkonglomeraten wie News Corporation, AOL-Time Warner, Disney, Bertelsmann, Viacom und TCI gehören auch Firmen wie PolyGram (Philips), NBC (General Electric), Universal (Seagram) und Sony, die auch Anteile im nicht-medialen Sektor besitzen, in diese erste Gruppe. All diese Unternehmen verfügen über globale Verteilungsnetzwerke und haben Beteiligungen in mehreren Mediensektoren. Zwar stammen nicht alle Mediengiganten aus den USA, aber jedes dieser Unternehmen verfügt dort über ‚core operations‘ und besitzt signifikante Anteile des aufgrund seiner Kaufkraft und Größe wichtigen US-Marktes.<sup>251</sup> Gemeinsam besitzen diese Giganten den Großteil des globalen Medienmarktes.<sup>252</sup>

---

corporate media managers to generate earnings growth in the short term.” (McChesney 1997, 56) Die durch Aufkäufe und Fusionen betriebenen Strategien der Konvergenz, Konzentration, Konsolidation und Konglomeration des Medienmarktes wurden von einer massiven Verschuldung begleitet, so dass „major mergers or acquisitions are often accompanied by the sale of assets to retire debt and refocus the firm’s activities in areas where the firm has a large stake” (McChesney 1997, 55). Dabei ist die Produktivität und Rentabilität dieser z.T. gigantischen Investitionen keineswegs gesichert. Diese ‚Kasintendenzen‘ können als dynamischer Ausdruck eines von den Finanzmärkten getriebenen Neoliberalismus verstanden werden und sollten den Blick auf das fragwürdige Krisenmanagement ebendieser Politik lenken. Ob diese Instabilität durch strategische Allianzen und zunehmende Kartellbildung aufgehoben werden kann, ist vom heutigen Standpunkt eine offene Frage.

<sup>249</sup> „Although the firms in the first tier are quite large, with annual sales in the \$10-25 billion range – they are a notch or two below the largest corporate giants, although all of them rank among the 500 largest global firms in annual sales.” (McChesney 1997, 52)

<sup>250</sup> Konzentrationsprozesse entlang der vertikalen Verwertungskette ermöglichen die marktunabhängige Kontrolle von Produktion, Distribution und Werbung/Merchandising, die horizontale Konzentration die Mehrfachverwertung von Produkten sowie cross-promotion.

<sup>251</sup> „Within Europe only four states have generated media MNCs of any considerable economic weight and international scope. Based in the UK, Thorn-EMI, Rank, BBC, Pearson and Reuters have all acquired a global presence. Continental European countries have produced larger and more concentrated forms; Bertelsmann based in Germany; Matra-Hachette and Havas from France, and Elsevier and Polygram from the Netherlands. Bertelsmann and Hachette, in particular, have expanded

Daneben gibt es eine zweite Reihe von ca. 30-70 Medienunternehmen, zumeist ansässig in Nordamerika und Westeuropa, zum Teil aber auch aus Asien und Lateinamerika stammend, die das globale Mediensystem vervollständigen. Diese Unternehmen haben jährliche Umsätze zwischen einer und fünf Milliarden US-Dollar. Als regionale Machtzentren operieren sie in eher regionalen oder spezialisierten Nischenmärkten, aber "tend to have working agreements and/or joint ventured with one or more of the giants in the first tier and with each other; none attempt to 'go it alone'." (McChesney 1997, 53)

Eine dritte Gruppe besteht schließlich aus "thousands of relatively small national and local firms that provide services to the large firms or fill small niches, and their prosperity is dependent in part upon the choices of the large firms." (ebd., 53)<sup>253</sup>

Während die großen, transnational agierenden Medienunternehmen zu global players wurden – nicht nur indem sie einen tatsächlich globalen Markt bedienen, sondern für sich, obwohl sie zu einem Großteil in den USA und in den übrigen Ländern der Triade ansässig sind, eine globale Identität in Anspruch nehmen,<sup>254</sup> fungieren die kleineren, regionalen oder spezialisierten Medienunternehmen als das ‚dynamische Element‘. „Mittlerweile zeichnen sich neben dem Marktmacht-durch-Größe-Prinzip auch Schnelligkeitsvorteile von geostrategisch differenzierten kleineren Konzernen als Strategien im globalen Mediensystem ab“ (Leidinger 327, vgl. Winter/Karmasin 2001, 212-214) Da bspw. auf das Publikum zugeschnittene Produkte in der Regel einer generisch produzierten, kommerziellen Ware vorgezogen werden, gehen die ‚globalen Giganten‘ strategischen Allianzen mit den

---

globally by using revenues from European markets to buy into the American market (...). Given its domination of Italian television the Berlusconi Group is of equivalent economic size to these groups, but it has yet to acquire a significant global presence. However, it has spread its interests across Western Europe. All of the largest communication corporations have different portfolios of businesses and media interests, combining newspapers and news gathering, magazine and book publishing, television broadcasting and production, film production and distribution, video sales and rentals, and recorded music (...). The domination of markets by these corporations varies according to sector." (Held et al. 1999, 349)

<sup>252</sup> "Between them, these (...) companies own the major US film studios; the US television networks; 80.85 per cent of the global music market; the majority of satellite broadcasting worldwide; all or part of a majority of cable broadcasting systems; a significant percentage of book publishing and commercial magazine publishing; all or part of most of the commercial cable TV channels in the US and worldwide; a significant portion of European terrestrial television; and on and on and on." (McChesney/Schiller 2003)

<sup>253</sup> Leidinger konstruiert die dritte Gruppe als bestehend aus weitgehend regional oder national organisierten Unternehmen, die trotz ihrer geringen ökonomischen Macht eine wichtige meinungsbildende Funktion auf den regionalen Märkten erfüllen. Darüber hinaus stellt sie Überlegung für die Unterscheidung einer weiteren, vierten Gruppe, die seit den 90er Jahren nach Mittel- und Osteuropa expandieren und nach einem Aufstieg in die zweite Gruppe streben. (vgl. Leidinger 2003, 381)

<sup>254</sup> „Während die Mediengiganten des alten Stils mehr oder weniger mit dem Land assoziiert wurden, in dem sie ansässig waren, beschränken sich die neuen media tycoons nicht auf einen Staat, sondern werden in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Mediengattungen aktiv (...)" (Leidinger 2003, 313). Als Beispiel kann hier Rupert Murdoch dienen, der Anteile in neun Mediengattungen auf sechs Kontinenten besitzt (vgl. McChesney 1997, 70-72). Da sich die personellen Verflechtungen im Medienbereich leicht nachweisen lassen, ist von einem empirischen Standpunkt auch der These von Leidinger, dass sich hier Elemente einer globalen politischen Klasse formieren, nicht allzu viel entgegenzusetzen: „Die Herrschaft der medialen Konzernlandschaft ist (noch) stark personalisierbar, was den sonstigen politikwissenschaftlichen Erkenntnissen anonymisierter Herrschaft entgegensteht.“ (Leidinger 2003, 381)

‚regionalen Autoritäten‘ ein (vgl. McChesney 1997, 43), die es ihnen ermöglichen, ihre Produkte entsprechend den lokalen Bedürfnissen und einem regionalen ‚Zeitgeist‘ zu differenzieren bzw. ‚lokalisieren‘. „Der Nexus zwischen dem Lokalen und Globalen, die Beziehung zwischen ‚globalising und particularising‘ ist gerade für transnational agierende Unternehmen von großer, strategischer Bedeutung (...). Bei der Transnationalisierung von Inhalten und Formaten wird teilweise kulturspezifisch adaptiert (...).“ (Leidinger 2003, 368) So gelingt es ihnen, die einzelnen Märkte zu einem globalen Markt mit „local subdivisions“ (McChesney 1997, 41) zu integrieren.<sup>255</sup>

Der ‚Wettbewerb‘ in einem solchen oligopolistischen globalen Mediensystem wird nicht so sehr über die Preise, d.h. Angebot und Nachfrage geführt, sondern findet vor allem auf einer nicht-preislichen Ebene statt: die Oligopolisten schützen sich gegenüber möglicher Konkurrenz, indem sie ihre Märkte durch hohe Eintrittskosten abschirmen.<sup>256</sup> Der globale Medienmarkt ist also alles andere als der ideale, freie Markt der neoliberalen Vision, sondern wird, wie jeder historische Markt, von den zugrundeliegenden gesellschaftlichen Interessen und Kräfteverhältnisse strukturiert: “The global media system is not the result of ‚free markets‘ or natural law; it is the consequence of a number of important state policies that have been made that created the system. The media giants have had a heavy hand in drafting these laws and regulations, and the public tends to have little or no input.” (McChesney 2001)

---

<sup>255</sup> „For example, MTV, the global music television service, has begun to differentiate its content around the world and incorporate local music.” (McChesney 1997, 42, vgl. Aysha 2003, Thompson 1995, 164-178) “Most of the large U.S.-based media firms are in the process of moving from a ‘U.S.-centric production and an international distribution network’ model to a more transnational production and distribution model. The increasing need for the media giants to ‘localize’ their content is encouraging them to ‘establish wider international bases’. (...) Another factor in globalizing production is to take advantage of lower costs outside the United States.” (McChesney 1997, 52)

<sup>256</sup> Dieter Prokop charakterisiert den supranationalen, stabilisierten Medien-Oligopol-Kapitalismus wie folgt: „Das Ziel von Oligopolisten ist nicht die Konkurrenz, sondern das Monopol. Monopole sind Marktformen, in denen ein Anbieter oder mehrere Anbieter gemeinsam den Zugang zur Produktion oder zum Markt einschränken. (...) Wichtig ist, dass Monopole – meist auf der Distributionsebene – andere Anbieter vom Markt der publikumsattraktiven Produkte ausschliessen. Dabei kann weiterhin Vielfalt bei den nicht so publikumsattraktiven Nebenprodukten herrschen (...). Auch die Verflechtung von Konzernen, die sich spektakulär bekämpfen, kann sich einem Monopol annähern, wenn die Konzerne durch wechselseitige Beteiligungen, gemeinsame Joint Venture-Firmen etc. untereinander verflochten sind. (...) Medien-Oligopol-Konzerne können, ohne sich gegenseitig abzusprechen, aufgrund gleicher Interessenslagen eine vorherrschende Meinungsmacht bilden. Das gefährdet die Möglichkeit der demokratischen Meinungs- und Willensbildung. (...) Medien-Oligopol-Konzerne hören auf die Werbung-Auftraggeber. Diese wollen, dass in den Werberahmenprogrammen – und in allen anderen Programmen – Konsumfreundlichkeit herrscht. (...) Oligopolisten tendieren dazu, den Zuschauern die billigeren Alternativen wegzunehmen (...) verlangen überhöhte Preise und bieten verminderte Qualität (...) nehmen es mit der journalistischen Sorgfaltspflicht nicht so genau (...). Medien-Oligopol-Konzerne sind an Marktsegmentierung interessiert, sie nehmen Publikumsbedürfnisse selektiv auf, d.h. sie berücksichtigen nur die Interessen von kaufkräftigen Zielgruppen, und auch an jenen nur deren Konsuminteressen.“ (Prokop 2001, 422f) Dabei weist er darauf hin, dass es den Oligopolisten momentan wichtiger sein muss, sich auf die Erschließung gewinnbringender Märkte zu konzentrieren als Konkurrenz auszuschalten. Aus diesem Grund gehen sie strategische Kooperationen ein, betreiben gemeinsame Lobbyarbeit und PR, einigen sich auf technische Standards, etc.

„A global commercial media system is not entirely new. For much of this century the export markets for motion pictures, television programs, music recordings, and books have been dominated by western firms, usually U.S. based. But the infrastructure of national media systems – radio, television, newspapers, periodicals – tended to remain nationally owned and controlled. The main development of the 1990s has been the rapid rise of a global commercial television system dominated almost exclusively by the world’s (...) largest media firms.” (McChesney 1998, 13)

Medien und Kommunikation heute sind “global” ”in the sense of being better understood as contextualized with larger transnational processes, that is, as constituted by several factors that form the process of globalization: national politics; technology; business; diplomacy; and industrial policy.“ (Papathanassopoulos 2005; 1, 47)

„In the past, to understand any nation’s media situation, one first had to understand the local and national media and then determine where the global markets – which largely meant imports and exports of films, TV shows, books, and music – fit in. Today one must first grasp the nature and logic of the global commercial system and then determine how local and national media deviate from the overall system.” (McChesney 1999, 78)

#### - *Technologische, ökonomische und regulatorische Konvergenz*

Technologisch war die Basis für die Konvergenzprozesse zwischen Medien- und Telekommunikationssektoren seit etwa 1992 insbesondere durch erweiterte Möglichkeiten zur Digitalisierung und Kompression von Informationen, aber auch durch die Entwicklung von satellitengestützten Rundfunk- und Telefontechnologien, neuen optischen Kabeltechnologien sowie der Integration von Computer- und Telekommunikationstechnologien gegeben. Um rentabel zu werden, erforderten diese kapitalintensiven technologischen Entwicklungen allerdings eine Expansion der Märkte. Es ist deshalb kaum verwunderlich, „dass die Medienindustrie an der breit angelegten Privatisierung der Infrastruktur der Telekommunikation in erheblichem Masse Anteil und Interesse hatte und hat. Manfred Knoche vertritt hier sogar die These von einer „Vorreiterrolle“ der Medienindustrie bezüglich staatlicher Privatisierungspolitik (...).“ (Leidinger 2003, 305; vgl. Knoche 1999, 181f)

War die Trennung der verschiedenen Märkte durch die Unterschiedlichkeit der zugrundeliegenden Technologien ursprünglich eine relativ unproblematische Sache, so bedurfte es mit ihrer zunehmenden technologischen Konvergenz eines zunehmenden regulatorischen Aufwands,<sup>257</sup> um diese Märkte weiterhin künstlich voneinander zu trennen.

Wiederum ging der entscheidende Impuls von den USA aus: Mit dem im Jahr 1996 verabschiedeten Telecommunications Act wurde in den USA nicht nur die sektorale Trennung zwischen Telekommunikations- und Medienfirmen aufgehoben, sondern es ihnen fortan ermöglicht, zu konglomerieren und sich so die besten Startplatzierungen für den

---

<sup>257</sup> “In a digital age it makes little sense to divide the transmission of image from voice or data, or to prevent the use of low-cost wireless technology by fixed network operators.” (Hills 1998, 111)

Sprung auf einen konvergierten, globalen Medien- und Telekommunikationsmarkt zu sichern.<sup>258</sup>

„The Act was immediately followed by massive consolidation and frenetic trading. It helped pave the way for a wave of megamerger in the late 1990s (...) by drastically reducing barriers to consolidation, cross-ownership and vertical integration. It represents the culmination of the trend towards marketisation in US policy, enshrined in legislation, rather than embodied in regulation.” (Hesmondalgh 2002, 130)

Fortan betreten Kabelfernsehgesellschaften den Telekommunikationsmarkt, umgekehrt fordern Telefongesellschaften den Markteintritt im Rundfunkgeschäft. „The Act solidified perceptions of emergent convergence, and paved the way for it (...)” (Hesmondalgh 2002, 129). Mit dem Telecommunications Act von 1996 wird die neoliberale Deregulierungspolitik in den USA fortgeschrieben (vgl. McChesney 1997, 198).<sup>259</sup> Nach der Verabschiedung des US Telecommunications Act von 1996 erhöhten die großen europäischen Unternehmen den politischen Druck zugunsten einer Marktliberalisierung auch in Europa. „European companies argued that they might be left behind US firms if they were not also permitted to compete in adjacent markets.” (Harcourt 2005, 78)

Der politisch intensivierete ökonomische Konkurrenzkampf auf internationaler Ebene und die nachfolgende Welle von Fusionen, Übernahmen, joint ventures und strategischen Allianzen führte zu oligopolistischen Marktstrukturen und einer steigenden Kapitalkonzentration im Medienbereich, „thereby making it more difficult to regulate on a national basis.” (Hills 1998, 111f) Die Antwort auf den Telecommunications Act sollte auf europäischer Ebene mit dem im Jahr 1997 veröffentlichten Grünbuch zur Konvergenz artikuliert werden, dessen Empfehlungen durch den kurz darauf verabschiedete Regulationsrahmen für elektronische Kommunikation sowie die institutionelle Zusammenlegung von Telekommunikations- und Medienpolitik in der Folge der i2010-Initiative umgesetzt werden sollten. Wir werden darauf zurückkommen.

An dieser Stelle genügt es festzuhalten, dass die Dynamik des heutigen globalen Kommunikationssystems ohne die technologische und ökonomische Konvergenz des Mediensektors mit den Telekommunikation- und den Computersektoren (Hardware und Software) nicht zu verstehen ist. Das beste und zugleich bedeutendste Beispiel für diese Konvergenz ist sicherlich das Internet.

---

<sup>258</sup> Der Telecommunications Act bezieht sich auf fünf Aspekte des Medienmarktes: „Radio und Fernsehen, Kabelfernsehen, telefonische Lokal- und Fernverbindungen, Telekommunikationsausstattung sowie Internet-Dienste“ (Leidinger 2003, 304f, vgl. Gershon 1997, 22). Unter anderem wurde „die Limitierung der Anzahl von Radio- und Fernsehstationen, die eine Person oder ein Konzern besitzen darf, aufgehoben (vgl. Prokop 2002, 177). Einzelnen Anbietern wurde erlaubt, TV-Stationen und Kabelsysteme im selben Markt zu besitzen (vgl. Bagdikian 1997, xiv). In der Folge betraten Telekommunikations- und Kabelnetzbetreiber den traditionellen Medienmarkt (...)“ (Leidinger 2003, 305, vgl. Bagdikian 1997, xvi, Gershon 1997, 23). „Bedeutsam ist neben der Konvergenz die explizite Vermischung der Produktion und Distribution im audiovisuellen Bereich als vertikale Konzentrationsbewegung, die massgeblich zur immensen Konzernvergrößerung beigetragen hat.“ (Leidinger 2003, 305)

<sup>259</sup> „It was no coincidence that the concept of the ‘information superhighway’ was born at a time of lobbying by the industry for market liberalization. Its hype provided ideological legitimation for the convergence of long-distance, local, and cable TV that the industry wanted.” (Hills 1998, 110)

### **Fallbeispiel: Die Inkorporation des Internet**

Anfang der 1990er Jahre unterstrichen das Internet und die von ihm eröffnete Parallelwelt des Cyberspace wie keine andere Technologie das Entwicklungspotential des gegenwärtigen Kapitalismus. Das „Netz der Netze“ wurde zu einer schier unerschöpflichen Quelle von technisch-inspirierten Utopien und Netz-Metaphern, die seit Anfang der 1990er Jahre unermüdlich in allen möglichen kulturellen, politischen, ökonomischen und auch sozialwissenschaftlichen Zusammenhängen bemüht werden. Mit der Verbreitung der „neuen Technologien“ verbreitete sich ein zwischenzeitlich verloren geglaubter Technologieoptimismus, der sich teilweise in neuen politischen Protestformen, teilweise aber auch in nahezu naiv-euphorischen Erwartungshaltungen niederschlug. „The Internet (...) has inspired belief in a new age of democratic communication flowing from technological advance. Across the globe, democratic forces and insurgent groups have been able to bypass the global media system and communicate among themselves.” (McChesney 1997, 196)

Das Internet wurde zur am schnellsten wachsenden, globalen Kommunikationsinfrastruktur in der Geschichte der Menschheit. Kein Medium in der Geschichte setzte sich so schnell durch wie das Internet, das Netz von zentralisierten, dezentralen und verteilten Computernetzwerken hat heute nicht nur eine globale Reichweite, sondern knüpft mit der zunehmenden Computerisierung mittlerweile an beinahe alle Funktionssysteme der westlichen Gesellschaften an. “Perhaps the extent of the boom is magnified in the culture since Internet access is so widespread among journalists, academics, executives, and other of the opinion-making classes.” (McChesney 1997, 118)

„Perhaps the most striking change to occur in the late 1990s has been the quick fade of euphoria of those who saw the Internet as providing a qualitatively different and egalitarian type of journalism, politics, media, and culture.” (McChesney 1998, 23f) Diese Desillusionierung ist auf zweierlei Weise bemerkenswert deplatziert. Denn erstens ist das „Netz der Netze“, wie bereits angerissen, auf dem Boden einer großzügig finanzierten, „staatlich-militärischen und wissenschaftlich-öffentlichen Förderung“ entstanden (vgl. Castells 2001, 49-58), seine allgemeine, dezentrale und paketvermittelte Funktionslogik, seine physikalische Infrastruktur wie auch der Entstehungskontext seiner zentralen Schlüsseltechnologien (Protokolle, HTML, etc.) zeugen davon bis heute. Auch wenn die libertären Utopien der ersten Generation von Wissenschaftlern, Programmierern und Informationsarchitekten, ihre Visionen, Aneignungspraktiken und Spielereien ebenfalls den Entwicklungspfad der Internettechnologien bis heute prägen,<sup>260</sup> war das Internet bis in die 1990er Jahre ein „US-amerikanisch dominiertes Netz für wissenschaftliche und militärische Zwecke“ (Schaper-Rinkel 2003, 10) und wurde bis Mitte der 1990er Jahre auch zu großen

---

<sup>260</sup> So wie die frühen Nutzer des Netzes mehr Definitionsmacht über Form und Inhalte des Internet haben sollten, wird „(...) die uneinheitliche Ankunftszeit der Gesellschaften in der Internet-Konstellation dauerhafte Konsequenzen für das künftige Muster der Kommunikation und Kultur auf der Welt haben.“ (Castells 2001, 398) Diese Feststellung muss angesichts der zunehmenden Kommerzialisierung des Internets und im Hinblick auf die Osterweiterung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ umso grimmiger hervorgebracht werden.

Teilen von der National Science Foundation (NSF), der NASA, anderen Regierungsbehörden und den akademischen Instituten, die für den Zugang zu diesem Netz bezahlten, finanziert.

Robert McChesney macht auf die Ironie aufmerksam, dass der US-amerikanische Medien- und Telekommunikationssektor, der sich ab Mitte der 1980er Jahre zum Impulsgeber einer globalen neoliberalen Deregulierungswelle aufschwang, überhaupt erst durch diese staatliche Entwicklungshilfe in die Lage versetzt wurde, um die Herrschaft auf den globalen Märkte zu ringen. „Der viel gerühmte Markt ist nur Nutznießer einer Infrastruktur, eines Erfindungsreichtums und einer Medienkultur, die sich gerade unter nicht-marktförmigen Bedingungen entwickelt hat.“ (Schaper-Rinkel 2003, 11) Insofern jedoch die Geschichte seines politischen Entstehungskontextes – und mit ihr die Antizipation der Möglichkeit, politisch andere Entscheidungen treffen zu können – verdrängt wird, ist das weitere Schicksal des Internet der selbsttätigen Eigenlogik des Marktes, dem unvermeidlichen technologischen Fortschritt und bestenfalls noch einem mutigen Unternehmertum überantwortet.

„In contemporary U.S. discussions concerning the Internet, the role of the state in its development and the derivative right of the public to have a direct say in the Internet's future have dropped out of sight. In the new mythology the Internet is the result of daring entrepreneurs and eccentric tinkerers working in their garages. By this reasoning, the public has no rights in cyberspace except those that it can exercise as capitalists or as consumers. The Internet's future should be determined solely on the basis of what can generate the most profits.“ (McChesney 1997, 133)

Zweitens begründete sich die Netz-Euphorie der frühen 1990er Jahre auf egalitär-libertäre Utopien, neue Möglichkeiten direkt-demokratischer Politikformen sowie einer „freien“ Kommunikation und Meinungsbildung. Die Tatsache, dass das Internet jeder und jedem, der oder die über das technische Wissen und einen Internetzugang verfügt,<sup>261</sup> mit relativ geringen Kosten ein universelles Kommunikationsmedium mit tendenziell globaler Reichweite bereitstellt, ist eine Tatsache, die zunächst als ein ‚absoluter‘, globaler politischer und sozialer Fortschritt bewertet kann: “There is little doubt that the Internet is providing a superior mechanism for individuals and groups marginalized by the commercial media system to communicate and share information quickly, in large quantity, and on a global basis. For this reason alone, the Internet is a noteworthy historical development for democratic communication.” (McChesney 1997, 196) “The Internet has opened up very important space for progressive and democratic communication, especially for activists hamstrung by traditional commercial media. This alone has made the Internet an extremely positive development.” (McChesney 1998, 20)

Gleichwohl gilt: “Whether the Internet can become a democratic mass medium, however, is another matter altogether.” (McChesney 1997, 196) Denn trotz dieser technischen Potentialitäten reproduziert das Internet nicht nur die traditionellen gesellschaftlichen Zentrum-Peripherie-Strukturen, es verstärkt sie in vielen Bereichen sogar noch. „The notion that the Internet will permit humanity to leapfrog over capitalism and corporate

---

<sup>261</sup> Womit – Stand 2014 – allerdings bereits zwei Drittel der Menschheit und immerhin ein Drittel der EuropäerInnen ausgeschlossen sind, vgl. <http://www.internetworldstats.com/stats.htm>

communication is in sharp contrast to the present rapid commercialization of the Internet.” (McChesney 1998, 21)

So sind die optimistischen Hoffnungen spätestens in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre einer weitgehenden Ernüchterung gewichen, wenngleich sie immer wieder aufflackern, wenn irgendwelche verwackelten Videos aus Krisengebieten oder Mitteilungen mit oppositionell-subversivem Gehalt über die sozialen Medien geteilt werden.

Denn mit der Privatisierung seiner physikalischen Basis ab Mitte der 1990er Jahre ist der Internetzugang nicht mehr Bestandteil eines staatlichen Versorgungsauftrages, sondern wird über den Markt und die Kaufkraft entschieden. “The Internet today is almost entirely funded by private enterprises (“Network service providers”) (...). These enterprises operate regional “network access points”, which in turn sell Internet access to local service providers, private companies, universities, and now to government agencies.” (Baran 1998, 126) Angesichts einer nahezu flächendeckend ausgebauten Breitbandinfrastruktur zu halbwegs erschwinglichen Preisen mag dieser Umstand in Deutschland unbedeutend erscheinen, im Hinblick auf den stark asymmetrisch erfolgenden Infrastrukturausbau in den Ländern Mittel- und Osteuropas und der Tatsache, dass die hohen Kosten für einen Internetzugang (im Verhältnis zur Kaufkraft) dort einen der Hauptgründe für die Nichtnutzung des Internets ausmachen, wird klar, dass ein über Marktkräfte gesteuerter Infrastrukturausbau universalistische, egalitäre und demokratische Hoffnungen unterminiert.

Desweiteren wird das Internet „mehr und mehr in Privateigentum auch hinsichtlich seiner Informations- und Kommunikationsfunktion (,Content'-Schichten) überführt (...)" (Rilling 2004, 1450). „With the passage of the 1996 Telecommunications Act, fundamental non-technical ‘policy-making’ for the Internet has been effectively turned over to the market, with whoever can generate the most profit in a position to set the terms for the development of cyberspace.” (McChesney 1997, 118) Während die Nutzung der Kommunikationsstrukturen auf regionaler, nationaler und globaler Ebene in absoluten Zahlen zunimmt, reproduzieren sich dabei die neuen (alten) asymmetrischen Strukturen:

“(...) it is very important to note that these systems are intensively used for business and commercial communications as well as for the production, transmission and reception of popular culture. Elite cultures, high cultures, academic and scientific cultures, while obviously making use of these technologies, and occasionally featuring as content within them, are drowned in the high seas of business information systems and commercialised popular culture. No historic parallel exists for such intensive and extensive forms of cultural flow that are primarily forms of commercial enrichment and entertainment.” (Held 1999, 368)

Diese Entwicklung wurde begleitet von sowohl einer politisch-rechtlichen Einhegungsbewegung, „welche die Sicherung der Warenform digitaler Güter durch Copyright, Patente, Warenzeichen und Branding“ (Rilling 2004, 1451) vorantrieb. Die Bewegungen, die die Überwindung ebendieser Warenform anstrebten (Open-Source-Bewegungen, Datentauschbörsen, etc.), sind mittlerweile zu einem großen Teil illegalisiert, marginalisiert oder als kommerzielle Unternehmung rekonstituiert.

Da das Internet schon längst eine Bedrohung für die Geschäftsmodelle der existierenden Medienunternehmen geworden ist<sup>262</sup> und absehbar ist, dass das Internet das Schlachtfeld sein wird, auf dem die entscheidenden Kämpfe um die Zukunft des Mediensystems ausgefochten werden, hatten die Mediengiganten Ende der 1990er Jahre ihre strategischen Ausgangspositionen bereits gesichert: „(...) all of the major media firms have significant stakes in Internet content, because none of them can afford to be outflanked by their competitors. Insofar as some evidence suggests that people watch 20 percent less television once they start using the Internet, media firms need to go online to maintain their audiences.” (McChesney 1997, 123)

Aufgrund der technologischen Offenheit und des immer noch relativ offenen Wettbewerbs können die Medienunternehmen im Internet nicht dieselbe Monopolmacht über Produktionsmittel, Frequenzen, Kanäle, etc. entfalten, wie es ihnen in anderen Bereichen des Medienmarktes gelingt. Dies zumal, da neben ihnen auch Kabel- und Softwareunternehmen begonnen haben, das Internet als Unterhaltungsmedium oder im Bereich von Service- und Dienstleistungen zu erschließen, allerdings in der Regel nur, um ihr Publikum an die Werbeindustrie weiterzuverkaufen. „Indeed, nobody is generating profit from Internet media content in 1997 and it is unclear if the medium will ever become especially lucrative for content providers. As long as that is the case, the Internet will hardly be in a position to overturn the dominance of television and traditional commercial media.” (McChesney 1997, 123)

Um mit Content im Internet Geld zu verdienen, gibt es zwei grundsätzliche Modelle: Werbefinanzierung und/oder Subskriptionen. Letzteres konnte sich aufgrund des Überangebots von kostenlosem Inhalt und den immer wieder mit der technologischen Entwicklung aufschließenden Internet-Piraterie<sup>263</sup> bisher allerdings nur dort durchsetzen, wenn auf einen starken, auch außerhalb des Internets etablierten Markennamen zurückgegriffen werden konnte. „As the media and other business giants have invaded, colonized, and commercialised cyberspace (...), they have found that it is through announcements and advertisements on their already existing channels which reach millions that they can make substantial numbers of people aware of and interested in their websites. Which is another way of saying that existing command of audiences is the means of getting cyberspace audiences – or that money and power outside of the Internet is the basis for power within it.” (McChesney 1997, 196)

---

<sup>262</sup> Das Internet hat bereits die Musikindustrie umgekrempelt und inkorporiert, in der Filmindustrie, Bücher- und Werbeindustrie ist es angelaufen, die Nachbeben der Zeitungskrise 2000-2002 sind bis heute zu spüren; und mit der zunehmenden Verbreitung von mobilen, internetfähigen Endgeräten werden die Karten nochmals komplett neu gemischt.

<sup>263</sup> Im Kampf gegen die Internet-Piraterie wurde 1996 von den USA ein “World Intellectual Property Organization agreement“ unter 160 Nationen durchgesetzt, das den kommerziellen Status des Internet sichern soll. Natürlich werden auch immer wieder neue Verschlüsselungstechnologien auf den Markt geworfen, die zwar die Piraterie nicht verhindern, aber doch so schwierig, kosten- und zeitintensiv machen können, dass sich der Aufwand einfach nicht mehr lohnt.

Bis heute ist also die Werbung die wichtigste Quelle von Einkommen im Internet geblieben.<sup>264</sup> Aufgrund der Abhängigkeit der Content-Produzenten von Werbung übt die Werbeindustrie einen großen Einfluss auf die Gestaltung der Inhalte aus und korrumpiert die Integrität der Inhalte: „The Internet ‘blurs the line’ between advertisement and editorial content (...). This blurred line has already caused concern about the integrity of Internet journalism and overall content, and it remains to be seen if this model will gain enough public acceptance to prove commercially viable.” (McChesney 1997, 128)<sup>265</sup>

Robert McChesney prognostiziert, dass sich mit der Entstehung eines globalen Satelliten-Rundfunksystems die Strukturen in der globalen Nachrichtenindustrie rearrangieren würden. Mit dem satellitengestützten Fernsehen kommen zu den vier großen Nachrichtendiensten (AP, UPI, Reuters, AFP) auch kommerzielle regionale und globale Nachrichtenkanäle hinzu. „As advertising-supported vehicles, global news channels like CNN, directed at business and the global upper-middle classes, have proved quite lucrative. With the digital increase in the number of channels, CNN faces increased competition (...).” (McChesney 1997, 49). Diese Entwicklung ließe befürchten, dass sich die Nachrichtberichterstattung explizit an den Bedürfnissen der Werbeindustrie und den zahlkräftigen Zielgruppen ausrichten wird. Der ‚professionelle Journalismus‘, ursprünglich eine Bedingung für den kommerziellen Erfolg eines Medienunternehmens (vgl. McChesney 1997, 192), befindet sich bereits seit den 1980er Jahren unter zunehmendem Druck.

“As nearly all the traditional news media became small parts of vast commercial empires, owners logically cast a hard gaze at their news divisions and determined to generate the same sort of return from them that they received from their film, music, and amusement park divisions. This meant laying off reporters, closing down bureaus, using more free PR material, emphasizing inexpensive trivial stories, focusing on news of interest to desired upscale consumers and investors, and generally urging a journalism more closely tuned to the bottom-line needs of advertisers and the parent corporation.” (McChesney 2001)<sup>266</sup>

---

<sup>264</sup> Dies wiederum “also enhances the power of the media giants to dominate the Internet; they can use their already existing ties to major advertisers to establish partnerships on the Web.” (McChesney 1997, 128)

<sup>265</sup> Dieser Zusammenhang kann am Beispiel Google verdeutlicht werden: Wer für ein großes Publikum relevante Inhalte produziert, kann über Google AdSense von den Besuchern auf der eigenen Website unmittelbar profitieren. Denn wenn man dort über Google entsprechende Anzeigen schalten lässt, wird man für die bloßen Impressions, noch mehr natürlich für die Klicks an den Werbeeinnahmen von Google beteiligt. Damit allerdings möglichst viele Besucher auf die Seite finden, müssen die Inhalte für die Suchmaschinen „optimiert“ werden (mehr als 80% aller Internetnutzer in Deutschland finden ihre Zielseiten über Suchmaschinen). Bei einem Marktanteil von mehr als 90% in Deutschland heißt „Optimierung“ Anpassung an den Google Such-Algorithmus. Dies hat einen direkten Einfluss auf den Inhalt, seine Aufbereitung und Präsentation. Motiviert der Inhalt noch dazu zu einem Klick auf die entsprechende Anzeige oder führt gar zu einer Transaktion (bspw. einem Kauf des beworbenen Produktes), vervielfachen sich die Einnahmen. Ändert sich der Such-Algorithmus von Google, ändern sich die Erfolgsbedingungen für einen Großteil der Content-Produzenten (Medien, Blogs, Portale, etc.).

<sup>266</sup> Damit wird die Norm, die den Journalismus der zerrissenen weltlichen Grundlage entheben sollte, zunehmend wieder von dieser eingeholt, ohne dass dieser es bemerkt: während z.B. „objectivity rules called for citing credible sources“, so führen “economic considerations plus public acceptability and recognition value” zu einer verstärkten und unkritischen Abhängigkeit der Medien von offiziellen

McChesney befürchtete zurecht, dass die kommerzielle Nachrichtenkanäle ihren Besitzern so zunehmend auch "important political leverage in shaping public opinion and dealing with governments" verleihen (McChesney 1997, 49). Allerdings wäre seine Analyse heute viel treffender auf Google, Facebook, Microsoft, Apple und Twitter anzuwenden.

Einer vollen Konvergenz der Medientechnologien und vor allem dem Einzug der Unterhaltungsindustrie in das Internet stehen aber auch noch notwendige Entwicklungsschritte – sowohl softwareseitig wie auch hardwareseitig – und wichtige politische Entscheidungen bevor.<sup>267</sup> Trotz dieser Ungewissheiten lassen sich ob der Tendenzen einer zunehmenden Einhegung, Privatisierung und Kommerzialisierung jedoch schon heute absehen, dass die digitale Revolution und das Internet die Macht der Mediengiganten nicht unmittelbar bedrohen, sondern von den Imperien in kommerzieller Formen inkorporiert werden.<sup>268</sup>

"By the logic of the market and convergence, we should expect that the global media oligopoly will gradually evolve into a far broader global communication oligopoly over the next one or two decades. (...) The media giants will link with the handful telecommunication "global gangs", and they all will strike deals with the leading computer firms." (McChesney 1998, 23) "In short, the Internet and digital

---

Quellen (vgl. McChesney 1997, 193) Die Nachrichtenwerte, die ‚Objektivität‘ gewährleisten sollen, benachteiligen bestimmte Probleme und gesellschaftliche Perspektiven strukturell. „With this flexibility in application of rules, it is important that the hand of the owner always looms in the background with control over hiring, firing, and promotion.“ (ebd., 193) Im Zuge der ‚Rationalisierungen‘ in den Nachrichten-Redaktionen polarisierten sich die Einkommensstrukturen und Privilegien unter den Journalisten stark, das Lohnniveau für die Medienarbeiter im unteren Bereich sank soweit, dass sich für junge Reporter kaum von ihrem Lohn reproduzieren können. Sobald es um konzerninterne Interessen wie Profite geht, sehen sich selbst professionelle Wirtschaftsjournalisten mit Zensur und der Manipulation von Nachrichten konfrontiert. Dies äussert sich z.B. im Hinblick auf den Mangel an kritischer Berichterstattung über die Operationen der globalen Mediengiganten und der Telekommunikationsfirmen ausserhalb der Wirtschaftspresse und den Investmentnachrichten. „In addition to relying upon probusiness sources, it is worth noting that media firms are also among the leading beneficiaries of these global capitalist trade deals, which helps explain why their coverage of them throughout the 1990s was so decidedly enthusiastic. The sad truth is that the closer a story gets to corporate power and corporate domination of our society, the less reliable the corporate news media are.“ (McChesney 2001)

<sup>267</sup> Hier wird z.B. die Frage nach der Bandbreite von entscheidender Bedeutung sein: Um so mehr Menschen das Internet für mehr Serviceangebote (Medien, Telefonie, Kommerz, etc.) in Anspruch nehmen wollen oder sollen, desto bessere Infrastruktur wird benötigt. Die herkömmlichen Kompressionstechnologien werden dafür nicht ausreichen, es müssen massive Investitionen in optische Kabelnetze getätigt werden. Der dafür erforderliche immense Aufwand stellt weitere Konzentrationsprozesse in Aussicht. Entscheidend wird die auch Frage, ob jegliche Daten im Netz gleichbehandelt werden – ob also eine politisch interessierte Recherche die gleiche Bandbreite und Geschwindigkeit bekommt, wie das Premium-Unterhaltungsangebot eines zahlenden Kunden (dies ist die leidenschaftlich geführte Debatte um die sogenannte „Netzneutralität“). „Following this route, there will be a two-tiered or multi-tiered Internet industry with high-speed bandwidth options for those willing to pay, a low-speed clunker Internet for others, and nothing at all for the rest.“ (McChesney 1997, 132)

<sup>268</sup> Nicht zuletzt haben die Mediengiganten die Ressourcen, jede auch nur ansatzweise profitversprechende oder ihre Profite bedrohende Anwendung aufzukaufen. So sollte die seinerzeit grösste kostenlose Internet-Tauschbörse ‚Napster‘ z.B. zunächst von Bertelsmann aufgekauft werden. Nach einem langen Prozess wurde Napster schliesslich von einem Softwareunternehmen aufgekauft und als kommerzialisierte, börsendotierte Plattform neueröffnet. "There are tremendous advantages that accrue to the giants, not least of which are their immense cash resources and their ability to use their current markets to ease the transition into new ones." (McChesney 1998, 109)

communication networks will not undermine the development of a global communication oligopoly; rather, they will be an integral aspect of it. As a market-driven system, it will be built to satisfy the needs of businesses and affluent consumers." (McChesney 1998, 23)

Durch die über das Internet vermittelte Konvergenz von Medien-, Telekommunikations- und Computerindustrien entstand ein Sektor der „info-communications“, der bereits in den 1990er Jahren einen großen Anteil an der globalen Ökonomie hat und sich durch beeindruckende Wachstumsraten im Vergleich zur restlichen Ökonomie auszeichnet.<sup>269</sup> Eine Dekade ins 21. Jahrhundert hinein müssen wir sogar noch weitergehen.

„Mit der Omnipräsenz des Internets und der zunehmenden Integration von Kommunikationstechnologien in Alltagsgegenstände wird Telekommunikation allgegenwärtig und gleichzeitig fast unsichtbar. Damit entwickelt sich das Internet vom universalen Hyper-Medium zu einer umfassenden Telekommunikationsinfrastruktur, die nicht nur traditionelle Medien vereint, sondern darüber hinaus zu einer gigantischen Steuerungsmaschine für die vernetzten häuslichen und industriellen Maschinenparks der Informationsgesellschaft wird.“ (Schaper-Rinkel 2003, 147)

Diese schlaue Prognose von Petra Schaper-Rinkel wird heute mit Streaming Portalen, Google TV, Video-Telefonie, News Streams, Internet Radio, Podcasts, aber auch dem „Internet der Dinge“, den „Cyber-Physical-Systems“ und den Pilot-Projekten zur „Industrie 4.0“ – in deren Zentrum die sich selbst steuernde und regulierende „Smart Factory“ steht, in die Tat umgesetzt. Amazon und ebay haben den globalen und lokalen Handel revolutioniert. Im Frühjahr 2014 erwarb Google für 3,2 Mrd. US\$ NEST, einen Hersteller von Sensoren, um aus privaten Haushalten zukünftig „Smart Homes“ machen. Der Sektor der „info-communications“ verbindet also bereits heute die Bereiche Telekommunikation, Kabel- und Netze, Informationstechnologien, Unterhaltungselektronik und Mobiltechnologien mit den verschiedenen Medienmärkten, Programm- und Werbeindustrien sowie der Steuerungssysteme für die häuslichen und industriellen Maschinenparks, von den globalen Logistik-, Verkehrs- und Transportsysteme ganz zu schweigen. *Relativ* zu den auf diesem Feld versammelten Ressourcen, der Marktmacht und vor allen Dingen der Fähigkeit, nahezu jegliches konsumistisches Bedürfnis in kürzester Zeit befriedigen zu können, haben die Perspektiven für libertär-egalitäre, demokratische, gar politisch-subversive Utopien enorm an gesellschaftlicher Überzeugungskraft eingebüßt. Trotz einer *absoluten* Zunahme der Möglichkeit, global miteinander über eine andere Welt, eine andere Wirtschaftsordnung, eine andere Politik oder auch nur andere Formen des Umgangs zu kommunizieren, reduziert sich angesichts der schieren Übermacht die politische Forderung oft nur noch auf ein klägliches „Breitband für alle!“

---

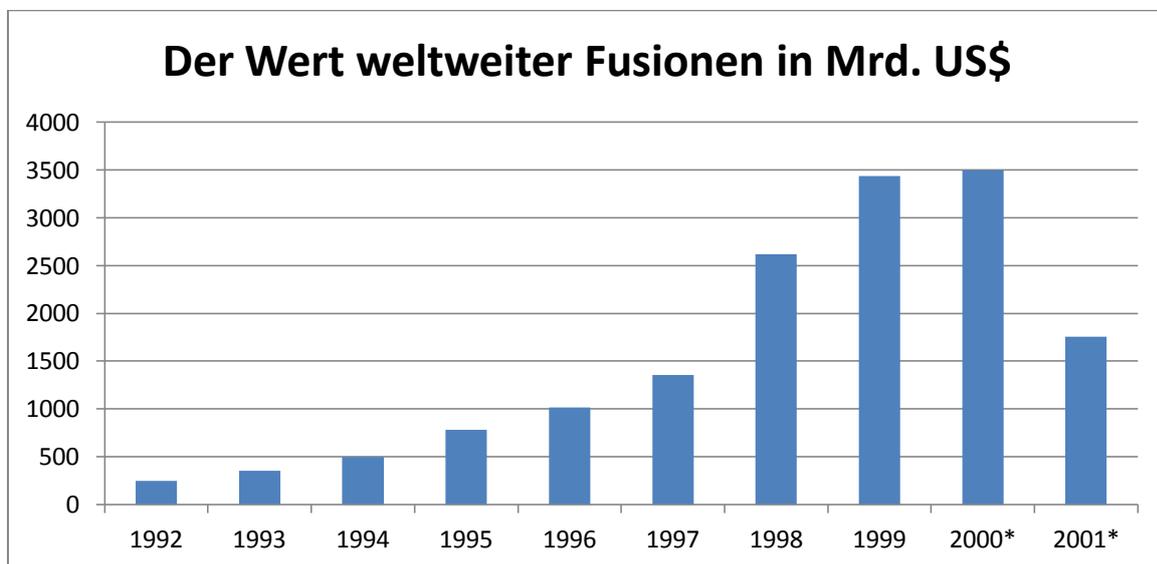
<sup>269</sup> „The infocommunications sector has been growing at twice the rate of the balance of the global economy in the 1990s with no indication of a let-up. (...) Sixteen of the sixty largest corporations worldwide in terms of market capitalization fall into this sector. In terms of annual revenues, eleven of the fifty largest firms in the world would fall into the communications sector category.“ (McChesney 1997, 108) “Yet, we are still at the beginning of communication convergence in any meaningful sense; with few exceptions, none of the telecommunication-media ventures existed prior to the 1990s and most of them developed after 1994.“ (McChesney 1997, 114)

## Fusionen II

Nach einem kurzen Abflauen der Fusionswelle Anfang der 1990er Jahre<sup>270</sup> sollte sie sich ab Mitte der 1990er Jahre erneut und

„mit neuer beispielloser Wucht aufbauen (...). Der Wert der weltweit angekündigten Fusionen und Übernahmen stieg in den fünf Jahren von 1994 bis 1999 von 500 Mrd. auf 3,4 Billionen Dollar, also auf fast das Siebenfache. Über ein Fünftel (22%) dieses Wertes entfiel dabei auf die zehn größten Zusammenschlüsse. Nach einem anfänglichen Rückstand sind auch europäische Unternehmen jetzt voll im Geschäft: 1999 steigt der Wert europäischer Fusionen gegenüber dem Vorjahr auf über das Doppelte und erreichte mit 1,2 Billionen Dollar gut ein Drittel des gesamten Transaktionsvolumens.“ (Huffs Schmid 2000, 58)

Ab Mitte der 1990er Jahre sollten die Unternehmensverschmelzungen und -übernahmen jährlich ein neues Rekordniveau erreichen – bis zum vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2000.



(Quelle: Financial Times 28.1.2000, Beilage S. IV, zit.n. (Huffs Schmid 1999, 77), \*Zahlen für 2000 und 2001: Herden/Thiell 2002, 329, Diagramm: MH)

Bei den größten Fusionen stehen regelmäßig Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf den vorderen Rängen.

„Fusionen, Aufkäufe und Querbeteiligungen verquickten zunehmend die Content-Industrie mit den Betreibern der Kanäle. Eine Auktion jagte die andere, der Konzentrationsprozess galoppierte, die Technologien überschlugen sich, die Annäherung von Inhalten und deren Vermittlern erfolgte so rasch, dass es wenig sinnvoll erscheint, diese Börsengroßgeschäfte im Einzelnen aufzuzählen.“ (Mattelart 2003, 106)

Der Blick auf die 20 größten Übernahmen zwischen 1996-2000 bestätigt diesen Eindruck: 12 von 20 Fusionen, darunter die drei größten haben im Bereich Telekommunikation oder

<sup>270</sup> In der Folge der Rezession auf US-amerikanischen Märkten, wohl auch aufgrund der Unsicherheiten rund um den Epochenbruch 1989.

Internet/Medien stattgefunden, dabei wurde ein Gesamtvolumen von etwa 3.695 Milliarden US\$ aufgerufen.<sup>271</sup>

Tabelle 1: Die großen Firmenübernahmen 1996-2000. \*in Milliarden DM; Umrechnungskurs: Dollar 2,01. Quelle: (Boccaro 2000, 28f); Markierungen MH

Käufer	Kaufobjekt	Branche	Jahr	Wert*	
Vodafone Group (GB)	Mannesmann (D)	Telekommunikation	2000	371,0	Angebot
AOL (USA)	Time Warner (USA)	Internet/Medien	2000	331,7	Angebot
MCI World (USA)	Sprint (USA)	Telekommunikation	1999	231,2	
Pfizer (USA)	Warner-Lampert (USA)	Pharma	2000	169,6	Angebot
Exxon (USA)	Mobil (USA)	Öl	1998	150,9	
Travelers (Citigroup) (USA)	Citicorps (USA)	Banken	1998	144,7	
SBC Communications (USA)	Ameritec (USA)	Telekommunikation	1998	124,6	
Vodafone Group (GB)	Air Touch Communications	Telekommunikation	1999	124,6	
NationsBank (USA)	Bank America (USA)	Banken	1998	120,6	
AT&T (USA)	MediaOne (USA)	Telekommunikation/Kabel-TV	1999	116,6	
AT&T (USA)	Tele-Communications (USA)	Telekommunikation	1998	110,6	

<sup>271</sup> Offensichtlich stimmen die Zahlen von Brockdorff und Boccaro nicht überein, was vermutlich auf unterschiedliche zugrunde gelegte Wechselkurse zurückzuführen ist.

Total Fina (F)	Elf-Aquitaine (F)	Mineralöl	1999	106,5	
Bell Atlantic (USA)	GTE (USA)	Telekommunikation	1998	106,5	
Qwest (USA)	US West (USA)	Telekommunikation	1999	98,5	
BP (GB)	Amoco (USA)	Öl	1998	98,5	
Viacom (USA)	CBS (USA)	Medien	1999	74,4	
Global-Crossing (Bermuda)	US West (USA)	Telekommunikation	1999	74,4	
MCI Worldcom (USA)	MCI Communications (USA)	Telekommunikation	1997	74,4	
Zürich Versich. (CH)	BAT (GB)	Tabak/Finanz	1997	71,1	
Sandoz (Novartis) (CH)	Ciba-Geigy (CH)	Pharma	1996	72,4	

Die Fusionswelle der 1990er unterschied sich von der der 1980er, indem sie zunächst vorwiegend von Konsolidierungsstrategien geprägt ist. Also nicht vertikale oder diagonale, sondern horizontale Konzentrationsbewegungen dominieren das Feld: um die „Weltmarktführerschaft“ im jeweiligen Kerngeschäft zu erlangen, wurde sich in fremde Märkte eingekauft (vgl. Huffs Schmid 2000, 62). Zwar sind auch weiterhin die meisten Fusionen nationale Vorgänge,<sup>272</sup> ihr Anteil am Fusionskuchen aber geht deutlich zurück – von 72% im Jahr 1987 auf 50% im Jahr 1998. Im Gegensatz dazu steigen grenzüberschreitende Fusionen innerhalb der EU von 10% auf 17% und international von 19% auf 33% (beides ein Anstieg um knapp 60%).

Dabei bleiben „spektakuläre grenzüberschreitende Megafusionen“ auf wenige Branchen beschränkt. Während sie in der Automobilbranche oder im Finanzwesen eher die Ausnahme darstellen, kommen sie im Bereich der Telekommunikation hingegen relativ häufig vor, in der Folge der großen Privatisierungswelle Mitte der 1990er Jahre im Bereich der

<sup>272</sup> In der weiterhin starken Tendenz für nationale Fusionen spricht sich letztendlich auch eine expansive Strategie aus, nur eben in der defensiven Variante, vor dem Sprung auf das internationale Parkett zunächst den eigenen Heimatmarkt abzusichern: „durch die Formierung nationaler Führungskonzerne [soll] die inländische Basis für die Abwehr externer Konkurrenz und die Eroberung fremder Märkte“ geschaffen werden (Huffs Schmid 2000, 63f)

Telekommunikation kam es zu einem regelrechten ‚Wettkampf‘ auf die möglichen Kandidaten für eine Übernahme:

„Während dieser Sektor vor 15 Jahren außerhalb der USA fast weltweit als staatliches Monopolunternehmen organisiert war, haben Deregulierung und Privatisierung zu einem Ansturm auf die dort tätigen Unternehmen und zur Formierung einer zunehmend oligopolistisch strukturierten privaten Telekommunikationsindustrie geführt, in der jede Woche neue Zusammenschlüsse stattfinden oder Allianzen geschlossen werden oder wieder aufgelöst werden.“ (Huffs Schmid 2000, 62)

Bei den Privatisierungen der europäischen Telekommunikationsmonopole allerdings steht, insofern sich die Staaten das leisten können, „ein vollständiger Verkauf nationaler Telefongesellschaften an ausländische Unternehmen schon aus strategischen und infrastrukturpolitischen Gründen in den meisten Ländern nicht zur Diskussion: Die Regierungen behalten auch bei Privatisierungen einen relevanten Kapitalanteil, vielfach 51%.“ (Huffs Schmid 1994, 70) Ausländische Unternehmen, die sich in den jeweiligen Markt einkaufen wollen, wählen deshalb die Option einer strategischen Allianzen oder der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Osteuropa, „wo sich westliche Konzerne in den 90er Jahren durch Kauf von oder Beteiligung an vormals staatliche Konzernen starke Ausgangspositionen erobert haben.“ (Huffs Schmid 2000, 64)

Die Rivalität um zukünftige Märkte hat im Bereich der Telekommunikation dazu geführt, dass „die zehn größten Telekommunikationsanbieter derzeit 86% eines 262-Milliarden-Dollar-Weltmarktes kontrollieren – und Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass sich die Anzahl der Mega-Telekommunikationsunternehmen, die den Weltmarkt kontrollieren, schon zu Beginn dieses Jahrhunderts halbieren wird.“ (Foster 2000, 53) Aufgrund der hohen und teilweise völlig überzogenen Erwartungen hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung des Telekommunikationswesens im 21. Jahrhundert<sup>273</sup> war es für die großen Netzbetreiber nicht allzu schwer, sich über den Gang an die Börse das nötige Kapital für Übernahmen zu beschaffen. Überhaupt spielt Ende der 1990er Jahre die „Finanzierung und/oder Abwicklung über die Börse oder allgemeiner über die Finanzmärkte eine sehr viel größere Rolle als früher.“ (Huffs Schmid 2000, 64)<sup>274</sup>

---

<sup>273</sup> Die enorme Suggestivkraft der IKT ist, da ein Großteil der Unternehmen heute an der Börse notiert sind, nicht nur ideologisch, sondern auch ökonomisch von Bedeutung: nicht nur der Unternehmenswert, sondern auch die Fähigkeit, neues Investitionskapital am Markt zu akquirieren, ist abhängig von der Wette auf ihre zukünftige Entwicklung. Gleichzeitig ist die Zukunft der Entwicklung von IKT und ihren entsprechenden Märkten nicht nur vergleichsweise volatil und unsicher, sondern wiederum abhängig von kapitalintensiven Investitionen. Diese Ausgangslage zeitigt einen Verdrängungswettbewerb und Risikominimierung.

<sup>274</sup> Abgewickelt werden die Übernahmen durch Aktientausch, wobei insbesondere die US-amerikanischen Investmentbanken eine bedeutende Rolle spielen. In diesem Zusammenhang entfaltet auch die Ideologie vom ‚shareholder value‘ seine zerstörerische Kraft, denn „auch wenn sich die langfristigen Renditeinteressen und kurzfristigen Spekulationsinteressen unterscheiden oder sogar teilweise widersprechen – in einem sind einig: im unbedingten Vorrang der Eigentümerinteressen und der Konzentration dieser Interessen auf den Gewinnanspruch. Beide stimmen darin überein, dass alles zu vermeiden bzw. zu beseitigen ist, was diesen Vorrang und diese Konzentration auch nur von ferne einschränkt. Dies ist der eigentliche Gehalt der Rede vom Shareholder value: der Ausschluss

Der Höhepunkt sowohl der „new economy“ wie auch der „real economy“ war sicherlich die Fusion von Time-Warner-CNN, der größten Multimedia-Gruppe der Welt (mit 13 Mio. Kabelkunden in den USA) mit AOL, dem größten Anbieter von Internetzugängen der Welt im Januar 2000 (22 Mio. Internetkunden) (vgl. Bauder 2000, 10). Die Dominanz US-amerikanischer Unternehmen sowohl hinsichtlich der größten Fusionen wie auch im Bereich der Internet/Telekommunikation ist sowohl offensichtlich wie bemerkenswert. „Die US-Wirtschaft, in der die meisten Fusionen der Welt stattfinden, boomt stärker als die in den anderen kapitalistischen Zentren. Sie boomt so sehr, dass die Ökonomen es eigentlich nicht erklären können und hilfsweise das Zeitalter der „Neuen Ökonomie“ ausgerufen haben.“ (Huffs Schmid 2000, 58)<sup>275</sup>

---

jeder Rücksichtnahme auf ArbeitnehmerInnen, soziale Probleme oder ökologische Gefahren.“ (Huffs Schmid 2000, 66) Mit der Fokussierung auf den ‚shareholder value‘ verschieben sich die Kräfteverhältnisse. „Es handelt sich darum, alles, aber auch alles, was nicht dem privaten Eigentum und der Mehrung des privaten Eigentums dient, rigoros zu beseitigen. Und da hat sich in den letzten 100 Jahren unter dem Druck der Arbeiterbewegung und demokratischer Kräfte so Einiges angesammelt, was die ausschließliche Geltung der Eigentümerinteressen stört und beschränkt: angefangen von paritätisch finanzierten Sozialleistungen und einem öffentlichen Sektor, über den Bildung und Ausbildung, Gesundheitsleistungen und Kulturangebote für die Allgemeinheit, die unabhängig von deren Einkommen bereitgestellt werden, über Arbeitsschutz- und Umweltauflagen bis zur betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung und einer Wirtschaftspolitik, die auch sozial- und beschäftigungspolitische Ziele verfolgt. All das verstößt gegen den Geist und vor allem die Interessen der Shareholder. Es sind Verkrustungen, die aufgebrochen und beseitigt werden müssen. Insofern ist der Kapitalismus heute erneut eine große Baustelle, auf der die Shareholder zunächst einmal aufräumen, um dann ein ganz neues Gebäude zu errichten, das sie „Neue Ökonomie“ nennen und das im Wesentlichen neue Technik auf den alten Fundamenten des noch halbfeudalen Frühkapitalismus errichtet.“ (Huffs Schmid 2000, 68)

<sup>275</sup> In der „New Economy“ schienen die bisher bekannten und geltenden Gesetzmäßigkeiten der Kapitalverwertung ausgehebelt. Sogar Alan Greenspan sah in der „new economy“ ein neues kapitalistisches Wachstumsmuster heraufziehen, das vor allen Dingen auf einem enormen Produktivitätswachstum beruhen würde. „Einer der Gründe für die außergewöhnliche Produktivitätssteigerung in einer späten Phase des Konjunkturaufschwungs war der rasche Anstieg der informationstechnologischen Kapitalintensität, insbesondere der Ausrüstungen für die Datenverarbeitung. Der in EDV-Ausrüstungen ausgelegte Teil des Kapitalstocks pro Arbeitsstunde stieg in der Periode von 1991-95 um durchschnittliche 16,3% pro Jahr an und beschleunigte sich in der Periode 1996-99 auf 33,7%. Der Einsatz von Software nahm ebenfalls rasch zu, wenngleich auch nicht ganz so dramatisch. Alle anderen Formen des Kapitalstocks, die immerhin mehr als 95% des gesamten US-amerikanischen Kapitalstocks ausmachen, stiegen in den neunziger Jahren lediglich um ein halbes Prozent pro Jahr an (...). Eine Studie von Oliner und Sichel ergab, dass in den Jahren 1996-99 die Investitionen in Computerausrüstungen zu 24% zur allgemeinen Arbeitsproduktivitätssteigerung beigetragen haben, was um so erstaunlicher sei, als der Anteil von Computern am gesamten Kapitalstock 1998 geringer als 1% gewesen sei (Oliner/Sichel 1999, 2000). Insgesamt soll die verstärkte Verwendung von Informationstechnologien (Computern, Software und Kommunikationsausrüstungen) in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre, je nach Studie, zwischen 48% und 74% der Beschleunigung der Produktivitätssteigerungen von 1,06 Prozentpunkten erklären können (DOC 2000: 38).“ (Scherrer, Prokla 122, 9f) Wenn das Wachstum der Gesamtwirtschaft vor allen Dingen von den IKT getragen wird, würde den in diesen Sektoren tätigen Unternehmen eine goldene Zukunft bevorstehen. Unternehmen, die direkt oder indirekt vom Internet profitieren, haben sich Ende der 1990er Jahre in den Unternehmens-Ranglisten nach oben geschoben, „Marktneulinge wie (...) Cisco Systems (Börsenwert: 676 Milliarden DM) deklassierten traditionsreiche Konzerne wie Daimler Chrysler (149 Milliarden Mark) – immerhin das umsatzstärkste deutsche Unternehmen – binnen weniger Jahre.“ (Bischoff/Boccaro/Zinn et al. 2000, 7) Der Mythos der Garagen-Unternehmen macht die Runde (die prominenten Vorbilder stellen Microsoft und Apple, neuerdings auch facebook, youtube und Co.): eine innovative Idee und das passende Verkaufskonzept würden ausreichen, um Milliarden-Profit zu generieren. Zwischen den Buchwerten der Unternehmen und ihrer

### **Der Fall der New Economy**

Auf dem Boom der sogenannten „New Economy“, der in Deutschland durch den NEMAX („Neuer Markt Index“) abgebildet wurde, wird die wachstums- und fortschrittsbesoffene Euphorie nicht nur der eEurope-Initiativen, sondern auch der gesamten Lissabon-Strategie basieren. In dem scheinbar unaufhaltsamen Aufstieg der „New Economy“ dokumentiere sich die Außerkräftsetzung der traditionellen kapitalistischen Wachstumsstrategien, nicht mehr die Knappheit eines Gutes (oder gar die in diesem vergegenständlichte Arbeit), sondern seine Innovationskraft und Zukunftsfähigkeit bestimmten fortan den Wert.<sup>276</sup> Kleinsten Firmen, die zwar weder einen Gewinn erwirtschafteten noch einen nennenswerten Umsatz vorzuweisen hatten, aber „irgendwas mit dem Internet“ zu tun hatten, wurden grotesk überbewertet. Der beispiellose Höhenflug setzte ungefähr im März 1997 an, drei Jahre später, im März 2000 kam es zu einem ersten Abrutschen, ab Anfang des Jahres 2001

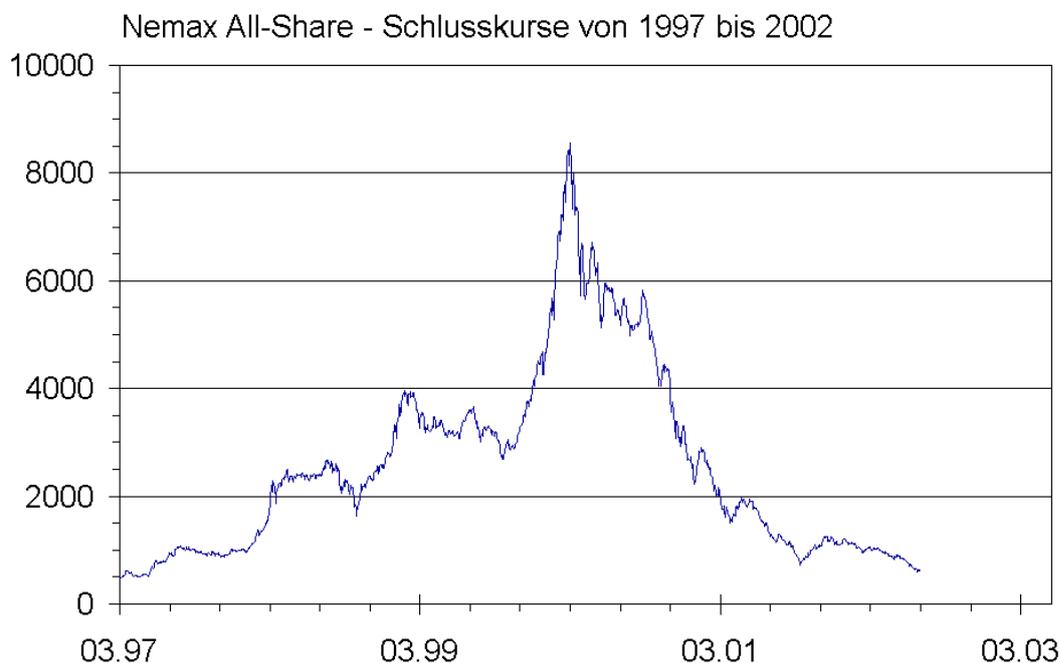


Abbildung 22: Der Neue Markt Index 1997 bis 2002. Quelle: [http://home.arcor.de/theili/bild\\_hp/boerse/nma\\_chrt.htm](http://home.arcor.de/theili/bild_hp/boerse/nma_chrt.htm)

Börsennotierung klaffen zunehmend gigantische Lücken, noch im Jahr 1978 entspricht der Buchwert eines Unternehmens 95% der Börsenkapitalisierung, 1988 sind es nur noch 28%, im Jahr 2000 nur noch 20% (vgl. Bischoff/Boccaro/Zinn et al. 2000, 8ff). Wohin das führen sollte, ist bekannt.

<sup>276</sup> Zum Absturz der New Economy eine kleine, illustrativ-dialektische Anekdote über ein doppelt gekauftes Buch. Kurz nach seinem Erscheinen im Jahr 2000 hatte ich „Die Fusions-Welle. Großkapitale und ihre ökonomische Macht“ von Joachim Bischoff, Paul Boccaro, Karl Georg Zinn in einem kleinen Buchladen zum Listenpreis von 12,80 EUR gekauft. Die darin versammelten Studien zur Fusionswelle der 1990er Jahre – allesamt betrieben von exzellenten, kritischen und namhaften politischen Ökonomen – extrapolieren die Trends der Neuen Ökonomie – am Vorabend ihres Zusammenbruches. Während meiner Recherchen zu dieser Arbeit habe ich es versehentlich ein zweites Mal erstanden – im Jahr 2008, in einem Online-Shop und für sagenhafte 1 Cent plus Porto. Diese Anekdote illustriert a) in etwa den Wertverfall des „Neuen Marktes“ b) den Verlust von ökonomisch-solider Bodenhaftung selbst der kritisch-ausgebildeten Geister angesichts des unglaublichen Aufstiegs der „Neuen Ökonomie“; c) die dennoch induzierte Veränderung der tatsächlichen Geschäftsmodelle seitdem.

befanden sich die Kurse dann im freien Fall. Notierte der Nemax 50 Anfang März 2000 knapp 9670 Punkte, waren es zweieinhalb Jahre später, am 9. Oktober 2002, nur noch 318 – ein Wertverlust von fast 97%.

Nach hilflosen Rettungsversuchen, die immer wieder durchkreuzt wurden durch peinliches Schmierentheater, Insolvenzen und Skandale wurde der NEMAX im März 2003 aufgelöst.



Abbildung 23: NASDAQ IXIC, Boom and Burst der dotcom-Blasé. Quelle: Wikipedia



Abbildung 24: Aufstieg und Fall der als "Volksaktie" ausgegeben T-Aktie. Quelle: [http://www.finanzen.net/aktien/Deutsche\\_Telekom-Aktie@pkZeit\\_100000](http://www.finanzen.net/aktien/Deutsche_Telekom-Aktie@pkZeit_100000)

## 5. Die Artikulation des politischen Projektes „Europäische Informationsgesellschaft“

Mit dem Epochenbruch von 1989 und dem gerade eben erst eröffneten Weltmarkt für Telekommunikation endet die Vorgeschichte der „Europäischen Informationsgesellschaft“. Die Chiffre 1989 mag voreilig mit dem Sieg des Kapitalismus und dem „Ende der Geschichte“ synonym gesetzt worden sein, sicherlich aber bedeutete sie eine erhebliche Niederlage für die bis dahin hegemonialen Narrative einer grundsätzlich antagonistischen (oder auch nur bipolaren) Welt. „Markt“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ sind nun wahrlich „alternativlos“, und mit ihnen auch der Imperativ beider Erzählungen: „Wachstum“, dessen Schlüssel wiederum in der „Innovationsfähigkeit“ liegt.

Die dadurch entstandenen diskursiven Freiräume sollten Anfang der 1990er Jahre von technikzentrierten Narrativen und technologischen Metaerzählungen besetzt werden (vgl. Einleitung; Schaper-Rinkel 2003, 81), deren euphorisierter „Steuerungsoptimismus“ in den Visionen einer neuen, globalen „Weltinnenpolitik“ gipfeln würde. In den Informations- und Telekommunikationstechnologien wird die materielle Infrastruktur sowohl für die neuen großen Erzählungen wie auch für ihre zentralen Motive ausgemacht, sie sollen das technisch-ökonomische Paradigma des kapitalistischen Wachstumsmodells für das kommende Jahrhundert stellen.

### - Exkurs: *National Information Infrastructure*

Ein kurzer Exkurs über die US-amerikanische Initiative zur *National Information Infrastructure* (NII) verdeutlicht zum einen die mythische Verklärung der Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere des Internets in den frühen 1990er Jahren, zum anderen die Tatsache, dass die geopolitisch-militärischen Erwägungen zu diesem Zeitpunkt von geökonomischen, d.h. der Konkurrenzsituation in der Triade überlagert werden.

Die NII wurde im Präsidentschaftswahlkampf 1992 von den Kandidaten der demokratischen Partei, Bill Clinton und Al Gore, der breiten Öffentlichkeit vorgestellt.<sup>277</sup> Nach dem Wahlsieg der Demokraten wurde die von Al Gore in die technische Metapher der sogenannten „Information Superhighways“ gepresste Initiative wurde „zum Synonym für die beschleunigte Verbreitung teledigitaler Technologien“ (Schaper-Rinkel 2003, 189; vgl. Kubicek/Dutton 1997).

---

<sup>277</sup> Tatsächlich geht die Idee für eine NII auf die US-amerikanische Computerindustrie zurück, „die nach Ende des Kalten Krieges von Kürzungen der Rüstungsausgaben betroffen war und sich durch Initiierung der NII einen neuen Investitionsschub erhoffte.“ (Latzer 1997, 33, vgl. Fleissner 1995, 8ff) „Der Anstoß kam von dem 1989 gegründeten „Computer Systems Policy Projects“ (CSPP)-Konsortium, das sich aus 13 Computerfirmen zusammensetzte und u.a. dem damaligen Senator Al Gore Gesetzesinitiativen zum Ausbau der Informationsinfrastruktur unterbreitete.“ (Latzer 1997, 33, vgl. Fleissner 1995, 8ff) Der „High Performance Computing and Communication Act of 1991“ – bekanntgeworden als ‚The Gore Bill‘ und Vorläufer zur NII – sollte Ende 1991 (noch unter Präsident George H.W Bush) verabschiedet werden und mehr als 600 Mio. US\$ für Hochleistungsrechner sowie die Schaffung eines „National Research and Education Network“ (NREN) bereitstellen.

Bei genauerer Betrachtung ging es bei der NII um ein politisches Handlungsprogramm gegenüber den „Herausforderungen auf dem Weg in das 21. Jahrhundert“, wozu Anfang der 1990er Jahre vor allen Dingen die Sorge um eine steigende Arbeitslosigkeit zählte.

“Im Gegensatz zu den Republikanern betonten Clinton/Gore die Notwendigkeit staatlicher Anstöße und flankierender Maßnahmen. Schon wenige Monate nach der Regierungsübernahme wurde eine Arbeitsgruppe aus hochrangigen Vertretern verschiedener Ministerien gebildet, die sogenannte *Information Infrastructure Task Force* (IITF) (...). Zusätzlich wurde ein Beirat – der *Advisory Council* – mit hochrangigen Vertretern der Wirtschaft, Wissenschaft und gesellschaftlichen Gruppen einberufen.“ (Breiter et al. 2007, 6)

Die im September 1993 von der IITF vorgelegte *Agenda of Action* – „eine Mischung aus Grundsatzpapier und Handlungsprogramm“ (Breiter et al. 2007, 6) definiert die NII

„als unsichtbares Netz aus Telekommunikationsnetzen, Computern, Datenbanken und Unterhaltungselektronik, das jedem Amerikaner riesige Mengen von Informationen auf Knopfdruck zur Verfügung stellt. Dadurch soll eine Informationsrevolution eingeleitet werden, die nachhaltige Veränderungen in der Art und Weise auslöst, wie die Menschen leben, arbeiten und miteinander interagieren. (...) Gleichzeitig wird betont, dass die NII die amerikanischen Unternehmen in die Lage versetzen soll, im Wettbewerb der globalen Wirtschaft zu gewinnen und so Wachstum und Arbeitsplätze zu schaffen.“ (Breiter et al. 2007, 6)

Auch wenn Al Gore das Internet vielleicht nicht erfunden hat,<sup>278</sup> hat er sicherlich „initiativ“ und „maßgeblich“ an seiner Entstehung mitgewirkt.

“In the early 1990s the Internet was big news. (...) In the fall of 1990, there were just 313,000 computers on the Internet; by 1996, there were close to 10 million. The networking idea became politicized during the 1992 Clinton-Gore election campaign, where the rhetoric of the information highway captured the public imagination. On taking office in 1993, the new administration set in place a range of government initiatives for a National Information Infrastructure aimed at ensuring that all American citizens ultimately gain access to the new networks.”<sup>279</sup>

*In einer mittlerweile berühmt gewordenen Rede, die Al Gore am 21.3.1994 vor der International Telecommunications Union (ITU) in Buenos Aires gehalten hat, reartikuliert er das Projekt einer „National Information Infrastructure“ zur „Global Information Infrastructure“ (GII). Dabei versammelt er dieselben Themen und Topoi, die auch die europäischen Debatten beherrschen werden.*

*Wettbewerbsfähigkeit:*

*“The impact on America's businesses will not be limited just to those who are in the information business, either. Virtually every business will find it possible to use these new tools to become more competitive. And by taking the lead in quickly employing these new information technologies,*

<sup>278</sup> Vgl. [http://en.wikipedia.org/wiki/Al\\_Gore\\_and\\_information\\_technology](http://en.wikipedia.org/wiki/Al_Gore_and_information_technology). In einem Artikel von 1991 behauptet Al Gore übrigens, die Idee eines nationalen Netzwerkes der Informationsautobahnen aus Glasfaserkabeln, über das Wissenschaftler, Unternehmer, Lehrer und Studenten miteinander verbunden wurden, bereits im Jahr 1979 gefordert zu haben (Gore 1991).

<sup>279</sup> Vgl. Campbell-Kelly, Aspray 1996, 283, zit.n. [http://en.wikipedia.org/wiki/Al\\_Gore\\_and\\_information\\_technology](http://en.wikipedia.org/wiki/Al_Gore_and_information_technology)

*America's businesses will gain enormous advantages in the worldwide marketplace. And that is important because if America is to prosper, we must be able to manufacture goods within our borders and sell them not just in Tennessee but Tokyo – not just in Los Angeles but Latin America.” (Gore 1994)*

#### *Marktgetriebenes Modell*

*“(…) let me state my firm belief that legislative and regulatory action alone will not get us where we need to be. This Administration argued in our National Performance Review last year, that government often acts best when it sets clear goals, acts as a catalyst for the national teamwork required to achieve them, then lets the private and non-profit sector, move the ball downfield.” (Gore 1994)*

*Um die dringendsten Herausforderungen auf dem Feld der Telekommunikation zu meistern, solle ein Gesetzespaket auf den Weg gebracht werden, dass sich an folgenden fünf Prinzipien orientiert:*

- 1. Encourage Private Investment*
- 2. Provide and Protect Competition*
- 3. Provide Open Access to the Network*
- 4. Take Action To Avoid Creating a Society of Information "Haves" and "Have Nots"*
- 5. Encourage Flexible and Responsive Governmental Action” (Gore 1994)*

#### *Konvergenz:*

*“Our current information industries – cable, local telephone, long distance telephone, television, film, computers, and others – seem headed for a Big Crunch/Big Bang of their own. The space between these diverse functions is rapidly shrinking – between computers and televisions, for example, or interactive communication and video. But after the next Big Bang, in the ensuing expansion of the information business, the new marketplace will no longer be divided along current sectoral lines. There may not be cable companies or phone companies or computer companies, as such. Everyone will be in the “bit business”. The functions provided will define the marketplace. There will be information conduits, information providers, information appliances and information consumers.” (Gore 1994)*

*Hinsichtlich der Digital Divide – auch im Zeichen der Marktentwicklung geführt – hat Al Gore allerdings nur einen Fragenkatalog:*

*“How can government ensure that the information marketplace emerging on the other side of the Big Crunch will permit everyone to be able to compete with everyone else for the opportunity to provide any service to all willing customers? How can we ensure that this new marketplace reaches the entire nation? How can we ensure that it fulfills the enormous promise of education, economic growth and job creation?” (Gore 1994)*

*Al Gore verknüpft nicht nur die Dringlichkeit, die Informationsrevolution voranzutreiben, mit einem US-amerikanischen Führungsanspruch (und den Werten Demokratie und Freiheit), sondern sieht in ihr auch einen Schlüssel für die Emanzipation der Mittel- und Osteuropäischen Länder von Russland:*

*“Our economic future will depend, in a real sense, on your ability to grasp opportunity and turn it into concrete achievement. As we move into the new era, we must never lose sight of our heritage of innovation and entrepreneurship. In some ways, we appreciate that heritage more when we see countries without it. Last month, in Russia, I had a chance to see close up a country that tried to hold*

*back the information age – a country that used to put armed guards in front of copiers. In a way we should be grateful it did; that helped strengthen the desire of the Russian people to end Communism. My hope is that now Central and Eastern Europe can use technology and the free market to build democracy – not thwart it. And my hope is that America, born in revolution, can lead the way in this new, peaceful world revolution. Let's work on it together.” (Gore 1994)*

*Noch im gleichen Jahr wird Gore behaupten, dass eine Global Information Infrastruktur (GII) nicht nur der Wirtschaft neue Märkte erschließen, sondern vor allem auch die Demokratie stärken werde: „I see a new Athenian Age of democracy forged in the fora the GII will create.” (Gore 1994b, 4)*

Vom heutigen Standpunkt mag diese Euphorie kaum noch nachvollziehbar erscheinen, in den frühen 1990er Jahren sollten diese “Netzträume” einen euphorischen Hype nicht nur in den USA, sondern auch in Europa befeuern.<sup>280</sup> Da der Telekommunikation und den elektronische Medien eine strategische Schlüsselrolle im triadischen Wettbewerb zwischen den USA, Europa und Japan zugemessen wird, avancieren sie zum Referenzpunkt einer Vielzahl von politischen Initiativen. Bis Mitte der 1990er Jahre haben die “Informationsgesellschaft” und ihre Derivate sich einen prominenten Platz auf den politischen Agenden der meisten industrialisierten Länder erobert:

- “1993, USA: The Clinton-Gore administration published the report National Information Infrastructure: An Agenda for Action announcing an infrastructure for the information age.
- 1993, Singapore: The government published their Vision of an Intelligent Island aiming at transforming Singapore into an information island.
- 1994, Japan: Reforms Towards the Intellectually Creative Society of the 21st Century was published with plans for a fibre-optical broadband network by 2005 - 2010.
- 1994, UK: The government unveiled the report Creating the Superhighways of the Future: Developing Broadband Communications in Britain.
- 1994, Norway: The government published its National Information Network.
- 1994, Sweden: The government's IT-Commission launched the poetically titled Wings to Human Ability presenting the Swedish road to the information society.

---

<sup>280</sup> Vor diesem Hintergrund stellt Latzer „die Frage, inwieweit es sich bei den derzeit von Politik, Wirtschaft und Medien propagierten Visionen und Plänen zum Information Highway um „Hype“ handelt, also um „Luftblasen“, oder in der anderen Wortbedeutung von Hype um einen „Trick“ zur Durchsetzung partikulärer Interessen, beispielsweise zur Initiierung gewaltiger Investitionen in den Infrastrukturausbau ohne entsprechenden Bedarf.“ (Latzer 1997, 40f) „Für die Einordnung als „Hype“ sprechen die astronomischen Marktprognosen im multimedialen Info-Kommunikationssektor (...). Zweifelhaft, interessengeleitet und ohne empirische Evidenz erscheinen auch die weltweit von staatlicher und suprastaatlicher Seite kolportierten positiven Arbeitsmarkteffekte des Information Superhighway.“ (Latzer 1997, 41) „Die Überzeichnung von Prognosen, etwa bei der Nachfrage nach breitbandiger, multimedialer Kommunikation, aber auch der positiven politisch-gesellschaftlichen Auswirkungen, ist vorerst als interessengeleitet zu interpretieren: als Argument für Investitionen in den Sektor und als Ansporn für eine raschere Liberalisierung der nationalen Telekommunikations- und Rundfunkmärkte.“ (Latzer 1997, 41) Hype, Luftblasen, astronomische Marktprognosen, Überzeichnung: das Platzen der DotCom-Blase und der Crash der New Economy dürften für Latzer keine Überraschung gewesen sein.

- 1994, Denmark: The government's report Info-Society Year 2000 was published as a book, establishing a national electronic library system, and introducing a citizen's smart card.

At the global level, there was almost simultaneous activity:

- In March 1994, Al Gore announced the Global Information Infrastructure at the World Telecommunication Development Conference;
- In May 1994, the EU published the so-called Bangemann Report: Europe and the Global Information Society;<sup>281</sup>
- By February 1995, the G7 was pulling the various strings together with the Global Information Society summit in Brussels.” (Siochrú 1997, Gliederung MH)

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre werden alle Regierungen der westlichen Industrieländer

„Regierungsprogramme zur Förderung des Wegs in die sogenannte Informationsgesellschaft verabschiedet und mit erheblichen Mitteln ausgestattet [haben]. Inhaltlich geht es dabei neben der Förderung technologischer Forschung und Entwicklung vor allem um die Anwendung von Multimedia, digitalem Fernsehen und Internet in den Anwendungsbereichen Wirtschaft, Verwaltung, Bildung, Umwelt, Gesundheit, Verkehr u.a.m. (...) Neben der Technologieförderung und der Anpassung des rechtlichen Rahmens haben Pilotprojekte damals wie heute eine wichtige Rolle innerhalb der Förderprogramme eingenommen.“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 1)

„Innerhalb der Mitgliedstaaten der EU und sogar der OECD sind die Grundkomponenten der Regierungsprogramme erstaunlich ähnlich. Die gleiche technologische Basis, ein globaler Wettbewerb multinationaler Unternehmen und der Sieg des Kapitalismus als unbestrittener Wirtschaftsordnung dürften dazu geführt haben. Unterschiedliche Kulturen und Politikstile sowie Variationen in den Wirtschafts- und Machtstrukturen führen gleichwohl zu Variationen in den technologischen Förderschwerpunkten, den präferierten Anwendungsbereichen, Art und Umfang der flankierenden Maßnahmen und den symbolischen Elementen der Politik (...).“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 5)

Wie auch immer die informationsgesellschaftlichen Visionen, Leitbilder oder Pläne intoniert werden sollten – „die Schwerpunktsetzungen in den Ländern variieren je nach sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen oder spezifischem Problemdruck“ (Latzer 1997, 38) – in ihrem Zentrum steht jeweils das Versprechen einer umfassenden und globalen technischen Lösbarkeit von verschiedensten gesellschaftlichen Problemen und insbesondere der Herstellung wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit – immer unter dem Vorbehalt, dass schnellstmöglich gehandelt wird.

Bei einer genaueren Analyse der Anfang der 1990er Jahre formulierten Initiativen und Strategiepläne zur „Informationsgesellschaft“ nicht nur in Europa, sondern auch in den USA

---

<sup>281</sup> Auf den Bericht "Europe and the Global Information Society" (bekannt geworden nach dem Namen seines Vorsitzenden als „Bangemann-Bericht“) – eine nicht weniger euphorische Antwort auf die US-amerikanische Initiative, der nur zwei Monate nach Gores Rede vor der ITU von einer „hochrangigen Expertengruppe“ vorgelegt wurde, werden wir noch ausführlich zu sprechen kommen.

und Japan fällt auf, „dass sich die wirtschaftlichen Kontrahenten um den weltweiten Zukunftsmarkt in ihren Erwartungen auch gegenseitig aufschaukeln und mit den publizierten Erwartungen mitunter Propaganda betrieben wird“ – die Konkurrenz in der Triade findet demnach „bereits auf der Ebene der Visionen, Leitbilder und Pläne“ statt (Latzer 1997, 39)

Unter der Absehung von tatsächlichen Erfahrungen, materiellen Bedingungen sowie sozialen Realitäten werden die mantra-artig wiederholten Mythen eine solche materielle Kraft entfalten, dass eine oft nur spekulative technisch-technologische Machbarkeit nicht nur mit einer sozialen, politischen und ökonomischen Machbarkeit, sondern auch mit der *Wünschbarkeit* eines bestimmten politischen Programms identifiziert wird.<sup>282</sup>

„Der politisch massiv vorangetriebene Informationsgesellschaft-Mythos soll Akzeptanz und Unterstützung für umfassende Reformen schaffen, v.a. für die rasche Liberalisierung des Sektors, mit all den damit verbundenen Auswirkungen für Konsumenten, Industrie und Politik. Die Beschleunigung des Liberalisierungsprozesses ist das zentrale Thema der „Hidden Agenda“.“ (Latzer 1997, 37)

Der „Information Superhighway“ wie auch die diversen Artikulationen der „Informationsgesellschaft“ können demnach als politische Projekte charakterisiert werden, in denen die Suggestivkraft der Versprechen von Anschluss, Interaktivität, Hypermodernität, Zugang, Freiheit, Demokratie etc. zum diskursiven Hebel wird, über den die entscheidenden Liberalisierungen und Privatisierungen politisch durchgesetzt werden können.

Anfang der 1990er Jahre ist also der Boden für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ bereitet: Mit der Unterordnung von zahlreichen Politikbereichen (wie Energie-, Bildungs-, Arbeitsmarkt-, Forschungs-, und Technologie-, Wirtschafts-, Handels-, ja Außen- und Innenpolitik und natürlich der „Netzpolitik“) unter die Axiome und Imperative der großen, alternativlosen Erzählungen von „Markt“, „Wachstum“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ rücken die IKT, denen – mit einigem utopischen Überschuss – eine strategische Schlüsselrolle in allen dreien zugemessen wird, in den Mittelpunkt nicht nur der Weltwirtschaft, sondern auch der europäischen Industriepolitik. Nachdem Technologie-, Forschungs- und Entwicklungspolitik europäisiert sind und die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte auf den Weg gebracht ist, entstehen mit der Realisierung des Europäischen Binnenmarktprojektes sowie der Gründung der Europäischen Union die diskursiv-institutionellen Rahmen, innerhalb derer sich das politische Projekt einer „Europäische Informationsgesellschaft“ artikulieren wird.

Mit dem Siegeszug des Internet sollte der Telekommunikationssektor im Verlauf der 1990er Jahre nicht weniger als neu erfunden werden, auf seine rasante Entwicklungsdynamik wird

---

<sup>282</sup> Diese Reformen zeitigen sowohl politisch wie auch ökonomisch und sozial oft gegenteilige Effekte bzw. können ihre Versprechen in der Regel nur eingeschränkt – bspw. reduziert auf die Ebene des bezahlten Konsums – einlösen. Auch wenn der Universalismus und das Streben nach Inklusion integraler Bestandteil der informationsgesellschaftlichen Rhetorik ist, ist die „Informationsgesellschaft“ wahrlich universalistisch nur hinsichtlich ihrer Konsumorientierung. Denn auch nach der Verbreitung von IKT reproduzieren sich gesellschaftliche Zentrum-Peripherie-Strukturen entlang der Linien von Einkommen, Alter, Geschlecht, Bildung, Stadt/Land, etc..

der Eingangs des 21. Jahrhundert als „Lissabon-Strategie“ bekannt gewordene, wirtschaftspolitische 10-Jahresplan der EU setzen.

### **a. Europäische Kontexte**

Zunächst sollen aber noch einige europäischen Kontexte vorgestellt werden, innerhalb derer die Weichen auf die Liberalisierung und Privatisierung der Telekommunikationssektoren gestellt werden.

Durch den Zusammenbruch des Ostblocks, als dessen erste direkte Folge die Wiedervereinigung Deutschlands im Oktober 1990 zu nennen ist, erhielt auch das seit Mitte der 1980er Jahre ohnehin intensiviertere Projekt der Europäischen Integration nochmals Rückenwind. Im Jahr 1990 sollten Kohl und Mitterrand in einer gemeinsamen Botschaft<sup>283</sup> erklären:

"(...) we consider necessary to accelerate the political construction of the Europe of the Twelve. We think that this is the right moment to transform the whole of the relationships among the member States into an European Union and to endow it of the necessary means of action."<sup>284</sup>

Anfang der 1990er Jahre konkretisierte sich der Integrationsschub mit der Realisierung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, der Vollendung des Binnenmarktes und dem Vertrag von Maastricht, d.h. der Gründung der Europäischen Union.

Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion sollte durch die Umsetzung der vier Freiheiten (freier Warenverkehr, Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Kapital- und Zahlungsverkehr) endlich realisiert werden. Als explizites Ziel wird „die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit des organisierten Europas (...) in das europäische Vertragswerk eingeschrieben. Die Kommission erhält damit eine Handlungsgrundlage, um in strategisch wichtigen Bereichen selektiv die europäische 'Standortqualität' zu regulieren.“ (Schaper-Rinkel 1999, 39)

Von der Delors-Kommission bereits Mitte der 1980er Jahre als Ziel ausgegeben und durch die Einheitliche Europäische Akte von 1987 vorbereitet, wurde im Februar 1992 in Maastricht

---

<sup>283</sup> Deutschland war zwar politisch nicht zur mächtigsten Kraft (weiterhin kein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat), wohl aber zur wirtschaftlichen stärksten Macht in Europa aufgestiegen (die BRD kommt mit ihren mehr als 80 Mio. Einwohnern auf etwa 30% des BSP der EWG). Die Angst vor einer Wiedererstarkung Deutschlands und insbesondere vor einem außenpolitischen Alleingang motiviert – insbesondere ausgehend von Frankreich unter Mitterrand – eine Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses. Nicht zuletzt war der Kurs einer festen Verankerung Deutschlands in einem geeinten Europa die von Bundeskanzler Kohl zugesagte Bedingung für die Wiedervereinigung Deutschlands.

<sup>284</sup> Zit. nach: <http://www.historiasiglo20.org/europe/acta.htm>. Trotz der teilweise heftigen Auseinandersetzungen über den Kurs eines europäischen Integrationsprozesses – insbesondere gegenüber der euroskeptischen Thatcher-Regierung – führte die Unsicherheit ob der Ereignisse um 1989 und die Frage nach der Zukunft Europas letztlich zu einer Aufwertung des bisher Erreichten: „The power void created in Central and Eastern Europe with the collapse of communism and the break-up of the USSR, brought about a change in the political position of the EEC in our continent. It became an organisation that guaranteed stability amid an unstable Europe. In fact, the new democracies emerged from the communism collapse rushed to apply for beginning accession negotiations with the Community.“

die Gründung der Europäischen Union beschlossen. Der *Vertrag über die Europäische Union*, besser bekannt als der Maastricht-Vertrag, „machte aus der Gemeinschaft der Zwölf ein ökonomisch, währungs- und außenpolitisch vereinheitlichtes Gebilde“ (Hofbauer 2007, 70).

„Mit der Ratifizierung von Maastricht, die nach langem Zittern erst im Mai 1993 gelingt, sind es ab sofort der EU-Rat und die Kommissare des Brüsseler Großraumes, die über Finanz- und Währungspolitik, Wirtschaft, Außen- und Innenpolitik, Agrarpolitik sowie über Verkehr, Forschung und Entwicklung, über Bildung und Justiz entscheiden. Im nationalen Rahmen verbleiben im Großen und Ganzen die Kulturpolitik, Teilbereiche der Beschäftigungs- und Sozialpolitik sowie der Justiz und der Innenpolitik.“ (Hofbauer 2007, 70)

Bis zum Ende des Jahres 1993 sollte auch der als wirtschaftspolitisches Makroziel ausgegebene Binnenmarkt weitgehend realisiert sein. Fortan würde also nicht mehr die Marktintegration als solche, sondern ihre Durchsetzung und die notwendigen Regulierungsmechanismen für einen integrierten, europäischen Binnenmarkt auf der Tagesordnung stehen. Für den Bereich der Telekommunikation waren diese bereits durch das Grünbuch aus dem Jahr 1987 über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte (KOM(87) 290) und die darauf folgenden Institutionalisierungen vorbereitet.

Unter dem Banner der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – synonym mit Deregulierung und Wettbewerbsorientierung wie auch Flexibilisierungen, Rationalisierungen, Kürzungen der Sozialtats – wurden diese Projekte noch von einer breiten „Europhorie“ getragen und durch ihren scheinbaren ökonomischen Erfolg auch zunächst nicht infrage gestellt, d.h. „permissiv legitimiert“.

### ***Europäische Integration und Europäische Wettbewerbsstaatlichkeit***

Die Spezifik der EU-europäischen Regulierung kann zunächst auf die ihr zugrunde liegenden Strukturen eines komplexen Institutionengefüges und komplementären Mehrebenensystems zurückgeführt werden, in dem es neben der intergouvernementalen, von Mitgliedstaaten geprägten Ebene auch supranationale, d.h. europäische Institutionen und Verfahren gibt. „Die Fragmentierung dieses Systems, seine Dynamik sowie das Fehlen eines konsistenten politischen Zentrums bringen es mit sich, dass Entscheidungsprozesse nur mühsam nachzuvollziehen sind.“ (Holtz-Bacha 2006, 312) „Als problematisch in diesem Zusammenhang erweist sich (...) das allseits beklagte Demokratiedefizit der EU“, insofern die EU in den Mitgliedstaaten Recht setzt „ohne dass dem entsprechende demokratische Prozeduren zu Grunde lägen.“ (Holtz-Bacha 2006, 315)

„Wo Entscheidungen über den Rat fallen, ist wenigstens von einer indirekten Legitimation zu sprechen, die die Vertreter der Mitgliedstaaten im Rat aus der demokratischen Legitimation der nationalen Regierungen beziehen. Für die Kommission und damit für diejenigen Entscheidungen, die von der Kommission mit unmittelbarer Bindung für die Mitgliedstaaten getroffen werden, ist die demokratische Legitimation indessen nicht mehr zu erkennen. Der Einfluss des Parlaments, das

immerhin durch die Direktwahl seiner Abgeordneten legitimiert ist, bleibt indessen nach wie vor eher gering.“ (Holtz-Bacha 2006, 315)

Wo für Entscheidungen und Richtlinien die demokratische Legitimation fehlt, stellt sich die Frage nach der Rechtsgrundlage. Die auf der supranationalen Ebene geschlossenen Verträge füllen diese Lücke nur ansatzweise und prägen ihr, da sie der ihnen eingeschriebenen, neoliberalen Programmatik der wirtschaftlichen Integration im Sinne der europäischen Wettbewerbsfähigkeit keine positiven politischen und sozialen Gestaltungsräume entgegensetzen, eine bestimmte Richtung auf:

„Auch wenn die Marktintegration den Verträgen nach nicht unbedingt in der Weise ausgestaltet werden musste, wie es in der neoliberalen Praxis der letzten Jahrzehnte geschehen ist, so privilegiert das europäische Vertragswerk den Modus des Marktes und des Wettbewerbes. Die Technologie- und Infrastrukturentwicklung steht insofern immer im Kontext des gemeinsamen Marktes und der Wettbewerbsfähigkeit. So ist das Leitbild der Europäischen Informationsgesellschaft auch nichts anderes als ein Euphemismus für die möglichst starke und umfassende Verbreitung und Nutzung teledigitaler Technologien und entsprechender Dienstleistungen. Diese Logik europäischer Politik hat eine starke Dynamik, die mit dem jetzigen Vertragswerk nicht zu durchbrechen ist.“ (Schaper-Rinkel 2003, 240)

Das marktorientiert-geneigte Demokratiedefizit, das aus diesem dynamisch-intransparenten Nebeneinander historischer Formen nationalstaatlicher Regulierung sowie einer zunehmenden „Konstitutionalisierung“ (Gill 2000) auf supranationaler Ebene resultiert,<sup>285</sup> wird zudem von Initiativen regionaler Standortpolitik und der in Lobbygruppen und Expertengremien organisierten Interessen diverser nationaler wie transnationaler Kapitalfraktionen sowie der Artikulation von verschiedenen politischen Projekten verkompliziert. Europäische Politik in diesem Sinne kann nicht auf eine Steuerung „von oben“ reduziert werden, sondern besteht vielmehr in sich mehrfach überlagernden Auseinandersetzungs- und Verhandlungsprozessen auf einem allerdings vorstrukturierten diskursiven Terrain, das die politische Artikulationsfähigkeit der unterschiedlich präsenten und organisierten Akteure definiert. Dadurch wiederum wird die Reproduktion von selektiven Strukturen begünstigt, die nicht nur eine bestimmte Transformation der vormals nationalstaatlichen Institutionen, Rechts- und anderen Regelsysteme begünstigen, sondern auch bestimmte Märkte schaffen, bestimmte Standards setzen und letztlich auch den technologischen Wandel in seiner bestimmt-konkreten Form hervorbringen.

Um die Komplexität der europäischen Integration innerhalb dieser Strukturen zu auf den Begriff zu bringen, wurde lange Zeit auf entweder intergouvernementalistische oder supranationalistische Erkläransätze zurückgegriffen, deren wenig konstruktive Entgegensetzungen durch institutionalistische Ansätze ab Anfang der 1990er Jahre überwunden werden konnten, insofern diese durch netzwerktheoretische Überlegungen dynamisiert und erweitert wurden (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, 9ff). Diese Netzwerktheorien scheinen nicht nur „die Vielzahl der jeweils mit- und gegeneinander agierenden

---

<sup>285</sup> Wie bereits im Zusammenhang einer gemeinsamen Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik gezeigt wurde.

europäischen und aus den Mitgliedstaaten stammenden Akteure am besten abzubilden“ (Holtz-Bacha 2006, 312f), sondern ermöglichten, dass neben den – auf welcher Ebene des “dynamischen Mehrebenensystems” auch immer zu verortenden – quasi-staatlichen Funktionen und Institutionen der EU nun auch sozialkonstruktivistische Fragestellungen Eingang in die integrationstheoretische Debatte fanden. Nun konnte also auch “danach gefragt [werden], wie sich das Verhältnis von Kommunikation und materieller Rationalität, von diskursiven Konstruktionen und rationalen Strategien, von ideen- und interessengetriebenem Handeln etc. genauer bestimmen lässt (...)” (Bieling/Steinhilber 2000, 10). In den unterschiedlichen theoretischen Entwürfen zum europäischen Netzwerk-Regieren rückten somit die diskursiven Praktiken und Lernprozesse auch nicht-staatlicher Akteure in das Blickfeld, insofern auch sie an der Artikulation politischer Projekte auf EU-Ebene beteiligt sind.

Gleichwohl eignet es der leichtfertig in das Soziale und Politische übertragenen Netzwerk-Metapher, dass die Momente von Herrschaft, Hierarchie und Macht ausgeblendet bleiben. Nicht nur zeichnen sich bestimmte Politikbereiche, wie z.B. die nationalstaatlich-hoheitliche Geld-, Sicherheits- oder Außenpolitik quasi per definitionem dadurch aus, dass nicht-staatliche, private oder zivilgesellschaftliche Akteure weder über die materiellen oder diskursiven Ressourcen noch über die entsprechenden Zugänge zu den entscheidenden „Netzwerken“ der Macht verfügen. Dieser Arbeit liegt vielmehr die These zugrunde, dass sich das Feld des Politischen überhaupt erst und immer durch Macht und Herrschaft konstituiert (vgl. Heise/von Fromberg 2007). So sehr die Netzwerk-Metapher auch geeignet sein mag, um komplexe Beziehungsgeflechte nachzuvollziehen, so sehr entnennt die umstandslose Überstülpung der einer technischen Definitionen entlehnten Netzwerk-Metapher auf politische und gesellschaftliche Verhältnisse ebendiese (vgl. Heise 2002, 685ff). Letztlich beschränkt sich die Erklärkraft der „Netzwerktheorien“ auf ein immer bereits gegebenes Spielfeld des institutionellen Wandels und das strategische Verhalten der Akteure auf diesem Spielfeld – das Spielfeld selbst wie auch die Gründe seines Wandels bleiben unbegriffen.

“Die europäischen Entwicklungen werden nur selten systematisch mit den Problemen und Konflikten in den nationalen Gesellschaften oder mit den Krisen in der kapitalistischen Reproduktion in Verbindung gebracht. Nur vereinzelt finden sich Hinweise auf die Umbrüche in der Ökonomie – technologische Innovationen, neue Produktions- und Arbeitskonzepte, Veränderungen in der europäischen und transnationalen Arbeitsteilung, globale finanzkapitalistische Strukturen etc. -, in der Sozialstruktur und in der internationalen politischen Kooperation. Wenn überhaupt, dann werden diese Aspekte nur deskriptiv gestreift oder als externe Faktoren angeführt, selten jedoch herangezogen, um die Herausbildung und Transformation des Netzwerk-Regierens aus einer kritischen polit-ökonomischen Perspektive zu unterfüttern (...)” (Bieling/Steinhilber 2000, 12).

Vielversprechendere Ansätze für einen kritischen Begriff der Europäischen Integration können m.E. aus dem Umfeld der Regulationstheorie, der materialistischen Staatstheorie nach Poulantzas sowie der neo-gramscianisch gekleideten Internationalen Politischen Ökonomie gewonnen werden. Von besonderer Bedeutung sind die Arbeiten, die seit Ende der 1990er Jahre rund um die Marburger Forschungsstelle Europäische Integration entstanden sind.

Diese suchen eine theoretische Konzeption der europäischen Integration auszuarbeiten, die nicht nur „Institutionen, Regulationsformen und Netzwerkstrukturen des Mehrebenensystems“ im Blick behält, sondern auch die historische Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die diesen zugrundeliegenden Akkumulations- und Krisendynamiken und die Artikulationsfähigkeit von den unterschiedlichen sozialen und politischen Akteuren innerhalb einer komplexen und dynamischen, letztendlich globalen Bedingungskonstellation (Bieling/Steinhilber 2000, 13f).<sup>286</sup>

Ab Mitte der 1980er Jahre, so eine zentrale These der Marburger, fand nicht nur ein Integrationsschub, sondern auch ein Umbau der Integrationsweise statt (vgl. Bieling/Steinhilber 2000; auch Ziltener 1999, 195f; Ziltener 2000, 88ff). Diese neue ökonomische Integrationsdynamik, die die Monnet'schen Integrationsweise<sup>287</sup> abgelöst habe, kann als „wettbewerbsstaatliche Integrationsweise“ bezeichnet werden und sollte sich insbesondere in den Projekten des Europäischen Binnenmarktes wie auch der Wirtschafts- und Währungsunion als neoliberale Restrukturierung konkretisieren (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, 15):

„Auf der Grundlage eines neoliberalen Basiskonsens (Flexibilisierung, Deregulierung, Privatisierung, Monetarismus) gelang es den weltmarktorientierten Kapitalfraktionen

---

<sup>286</sup> Um die Fragen nach Stabilität und Konjunktur eines diskursiv abgestützten und von einem hohen Maß an Konsensualität geprägten Modus von Herrschaft in komplexen Bedingungskonstellationen bearbeitbar zu machen, erfolgt der Rekurs auf Gramscis Hegemonieproblematik. Über die Institutionen des Staates im engeren Sinne hinaus müssen auch die des „erweiterten“ bzw. „integralen“ Staates, also die diskursiven Institutionen der Zivilgesellschaften mit in die Analyse einbezogen werden. „(...) das neue politische Terrain der europäischen Integration ist verbunden mit der Macht und Reichweite von transnationalen sozialen Kräften und Institutionen sowie mit den geopolitischen Strategien, die sich in der Zeit nach dem Kalten Krieg entwickelt haben.“ (Gill 2000, 25) Noch ganz im Sinne Gramscis sei „jede Theorie der europäischen Integration notwendig sowohl eine Theorie des Staates und der Zivilgesellschaft als auch der internationalen Beziehungen und der politischen Ökonomie wie natürlich auch der europäischen Zivilisation im allgemeinen“, wobei „jede Theorie, die dies zu erklären versucht, fortwährend eine Theorie im Zustand der Entwicklung – das heißt, eine Theorie, die sich auf die konkrete geschichtliche Situation Europas bezieht, eine Situation, die in Bewegung ist“, sein müsse (Gill 2000, 42). Dabei ergeben sich allerdings verschiedene Probleme. Zum einen werden Gramscis Gefängnisnotizen munter-produktiv zerpfückt, ohne aber die konkreten politischen Fluchtpunkte ebendieser Notizen zumindest historisch zu reflektieren. Zum anderen, eigentlich die Kehrseite desselben, werden die Fundstellen – um ihren schwer verdaulichen historischen Ballast erleichtert – zusammengesetzt zu einer nahezu hermetischen Theoriesprache, die allerdings nicht nur Gramscis politischen Fluchtpunkt – die kommunistische Revolution in Italien – sondern oft auch den von ihm immer und überall hervorgehobenen, ja sogar „absolut“ genannten Historismus seiner Konzepte links liegen lassen. Aus den Zivilgesellschaften Gramscis werden so zwar völlig legitim „transnationale Zivilgesellschaften“, ohne dass allerdings gefragt wird, ob ihre Funktion innerhalb des theoretischen Konzeptes des „integralen Staates“ gleich geblieben ist oder sich verändert haben könnte. Diese formalisierten Konzepte werden mit Anekdoten der Gegenwart belegt/aufgefüllt, bis sie die für ein Theoriegebäude notwendige Passform erreicht haben.<sup>286</sup> In dieser Arbeit soll aber nicht die Stimmigkeit der Begriffssysteme belegt werden, sondern die Analyse der Gegenwart betrieben werden, die durch erklärende Begriffe maximal zusammenfassend verallgemeinert wird.

<sup>287</sup> Die Methode „Jean Monnet“ geht zurück auf eine Charakterisierung von Jacques Delors: „Der Aufbau Europas wurde lange Zeit in nahezu geheimer Diplomatie vorangetrieben, abgeschottet von der öffentlichen Meinung in den Mitgliedstaaten. Es war die Methode der Gründerväter der Gemeinschaft, eine Art aufgeklärtes Despotentum. Kompetenz und geistige Unabhängigkeit wurden als ausreichende Legitimation zum Handeln, die Zustimmung der Bevölkerung im Nachhinein als ausreichend erachtet.“ (Delors 1993, 3, zit.n. Ziltener 1999, 102)

(Banken, Versicherungen, Transnationalen Konzernen) gemeinsam mit anderen Akteuren (Zentralbanken, Arbeitgeberverbänden, Regierungen) einen relativ stabilen Machtblock zu formen, der fortan den marktgetriebenen Entwicklungspfad der europäischen Integration entscheidend mitgestaltete. Höhepunkt der neoliberalen Hegemonie war sicherlich die Durchsetzung des Binnenmarktprojektes, dessen strategische Stoßrichtung nicht nur von wichtigen Akteuren dieses Blocks (wie z.B. dem European Round Table of Industrialists) vorformuliert wurde, sondern gleichzeitig auch in weiten Teilen der europäischen Gesellschaft eine „Europhorie“ auslöste, die auf den erwarteten Wohlstandseffekten und den weiteren Schritten in Richtung einer politischen Integration beruhte. In den neunziger Jahren verlieren die neoliberalen Orientierungen jedoch in dem Maße an Ausstrahlungskraft, wie die sozioökonomischen Krisenerscheinungen (Massenarbeitslosigkeit, neue Armut, soziale Spaltung) deutlicher hervortreten.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 15).

Mit der „europäischen Wettbewerbsstaatlichkeit“ ist allerdings nicht die Ausbildung eines europäischen Staates, sondern zunächst die relative Bedeutungszunahme von europäischen Instanzen und europäisch konvergierenden Verfahren gemeint,

„ohne dass ein entscheidender Kompetenz- und Machttransfer von den nationalen Regierungen an die suprastaatlichen Institutionen zu konstatieren ist. Nach Poulantzas kann der Staat und seine Apparate/Institutionen als „materielle Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse“ begriffen werden, „Staat gibt es demnach nur als besondere Form gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse, nicht ohne sie oder außerhalb von ihnen. Kräfteverhältnisse und Staat konstituieren sich wechselseitig. Aus dieser Sicht kann es also einen europäischen Staat geben, auch wenn dieser sich bislang nicht formal als Staat konstituiert hat.“ (Demirovic 2000, 66)

Europäischen Instanzen können demnach Formen von „Staatlichkeit“ zukommen, ohne dass sich auf europäischer Ebene ein Staat nach Abbild des Nationalstaates herausbilden muss (vgl. Ziltener 2000, 81). „Entscheidend ist die Transformation der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die in Europa eine veränderte Gestalt annehmen und sich auf neuartige Weise verdichten.“ (Demirovic 2000, 66) Dabei spielt insbesondere die Ausbildung neuer, transnationaler Arenen und Kooperationsformen zwischen suprastaatlichen und transnationalen Akteuren eine entscheidende Rolle. Die damit verbundene „Dezentrierung politischer Macht ist (...) Teil der Herausbildung eines neuen Typs von Staatlichkeit in Europa“ (Ziltener 1999, 198). „Die EU ist als Teil einer mehrere Ebenen und viele Instanzen umfassenden europäischen Staatlichkeit zu begreifen. Eine Theorie der europäischen Integration muss die Art der Verknüpfung und der Verschränkung der staatlichen Ebenen, d.h. ihre Artikulation, und die spezifischen Funktionen der europäischen Ebene darin analysieren.“ (Ziltener 2000, 81) „Die Erweiterung des Staates durch Verhandlungen und Netzwerke, die ihn vielfach und variabel in den politischen Aushandlungs- und Argumentationsprozess mit gesellschaftlichen Gruppen verflechten“ (Demirovic 2000, 66), wird als der Übergang von „Government“ zu „Governance“ gefasst. Diese Regime einer „europäischen Governance“ seien zwar grundsätzlich dichter, verbindlicher und beständiger als auf globaler Ebene, gleichzeitig aber auch dynamischer, insofern sie sich in vielerlei Hinsicht in relativer Abhängigkeit von jenen artikulieren.

Neben diesen Formen einer auf europäischer Ebene sich konstituierenden Staatlichkeit rekurriert der Begriff „europäischer Wettbewerbsstaat“ natürlich auf das von Joachim Hirsch vorgestellte Konzept eines nationalen Wettbewerbsstaates,<sup>288</sup> das nun gleichsam auf europäische Ebene transponiert wird:

„Voll entwickelte Elemente „Schumpeterianischer Leistungsstaatlichkeit“ sind auf europäischer Ebene sowohl in der strategischen Orientierung der Kommission als auch in zentralen Politikbereichen nachzuweisen. Die Wurzeln der diesbezüglichen Politik reichen zurück bis in die 70er Jahre; im Verlaufe der 80er/90er Jahre kam es zu entscheidenden Kompetenzerweiterungen der europäischen Instanzen. Die Forschungs- und Technologiepolitik und die Regionalpolitik waren die Politikbereiche, die in diesem Zeitraum am schnellsten und stärksten ausgebaut wurden (...)“ und – trotz ihrer im Vergleich zu nationalstaatlichen Entsprechungen relativ geringen Ressourcen – „zentrale Selektions- und Steuerungsfunktionen“ übernehmen (Ziltener 1999, 196).

Mit der historischen Ausbildung verschiedener Formen europäischer Staatlichkeit und den durch diese reartikulierten „strategischen Selektivitäten“ rekonstituieren sich die Bedingungen nationalstaatlicher Politikformen:

„Die Formierung eines neuen europäischen Staatstyps (...) vermindert die Macht der eingespielten Absprache- und Verhandlungssysteme, die sich mit dem fordistischen Wohlfahrtsstaat herausgebildet und ihn getragen hatten. Der europäische Staat auf seinen unterschiedlichen, supranationalen, nationalstaatlichen, regionalen und lokalen Ebenen gewinnt gerade dadurch neue Autonomie, dass er mit zahlreichen gesellschaftlichen Gruppen in Verhandlung tritt. Durch Verhandlung vervielfältigen sich die Entscheidungszentren, die routinisierten Formen des Interessensabgleichs zwischen Staat (auf nationaler, subnational-regionaler und kommunaler Ebene) und gesellschaftlichen Gruppen werden wenn nicht zerstört, dann durch neu entstehende relativiert (vgl. Ziltener 1999, 206f). In diesem unübersichtlichen Feld von politischen Knotenpunkte und Weichen der Willensbildung und Entscheidung gewinnen solche Kräfte an Einfluss, die über umfangreiche Ressourcen an Geld, Personal und Sachverstand verfügen, um eine kontinuierliche Präsenz und Verflechtung herzustellen. Es sind nicht allein die Experten und Technokraten, also diejenigen, die in Permanenz Politik machen, die sich in einer solchen Situation verstärkt durchsetzen, sondern auch Unternehmen und die Selbstorganisationen der Wirtschaft, deren Gesichtspunkte als nicht mehr zur Disposition stehende Selektivitätsraster in die Konstitution der Netzwerke und politischen Apparate eingehen (...).“ (Demirovic 2000, 64f).

Neben dieser Erosion von tradierten politischen Formen durch ihre Rekonstitution auf europäischer Ebene wirkt diese, insofern sie sich in Form von supranationalen Institutionen

---

<sup>288</sup> Unter dem Banner der nationalen Wettbewerbsfähigkeit wie auch unter den „austeritätspolitischen Vorgaben der Wirtschafts- und Währungsunion“ hatte sich eine rationalisierende Restrukturierung der Institutionen des Nationalstaates zu denen eines nationalen Wettbewerbsstaates (Hirsch 1995) vollzogen, dessen sozial- und fiskalpolitische Spielräume sich nicht zuletzt angesichts der supranationalen Zwänge eines „neuen Konstitutionalismus“ (IWF, OECD, Weltbank, G7, Konvergenzkriterien, Stabilitätspakt) und insbesondere des Bedeutungszuwachses von Formen einer „europäischen Wettbewerbsstaatlichkeit“ enorm verkleinerten (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, 16).

konstitutionalisiert, mit einer historisch-konkret zu bestimmenden, ‚relativen Autonomie‘ auf die nationalstaatliche Ebene zurück:

„Dies geschieht (...) mindestens so stark über indirekte Impulse wie über direkte „Eingriffe“. In den meisten Bereichen handelt es sich um eine jeweils spezifische Mischung aus bindenden Regulierungen, Auswahlmöglichkeiten aus europäischen „Formen“, komplexen Anreiz- und Benachteiligungssystemen und in vieler Hinsicht um die erwünschte Schaffung regulatorischer Konvergenz. Starke und stringente „Bindungen“ der nationalstaatlichen Politik gibt es in Bezug auf alles, was den „Wettbewerb“ beeinträchtigen könnte: das Verbot von Einschränkungen der Bewegungsfreiheit des Kapitals, von Handelshemmnissen, von nicht-marktkonformen Regulierungen des öffentlichen Beschaffungswesens, etc. Der wichtigste Teil der europäischen Rechtsproduktion der 80/90er Jahre gilt der Schaffung und Sicherung des Binnenmarktes und seiner Ausdehnung (...). Die Schaffung eines europäischen Binnenmarktes veränderte tiefgreifend die Rahmenbedingungen nationalstaatlicher Politik. In nahezu allen Politikbereichen sieht sich der Nationalstaat starken Handlungs- und Anpassungszwängen unterworfen, die unmittelbar oder mittelbar mit der europäischen Integration zu tun haben. Die innereuropäische Standortkonkurrenz führte zu einer zunehmenden Einschränkung der Gestaltungsmöglichkeiten in den weitgehend nicht-vergemeinschafteten Bereichen der Steuer-, Sozial-, Tarif-, und Umweltpolitik. Insbesondere der deregulierte Kapitalmarkt produziert einen starken Druck in Richtung einer austeritätsorientierten Wirtschafts- und Finanzpolitik.“ (Ziltener 2000, 92f).

In den 1990er Jahren treten zudem die Prinzipien einer monetaristischen Finanz- und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund. Über „flankierende Maßnahmen“ und „Anreize“ sollen die wettbewerbsstaatlichen Prinzipien dezentral in den nationalstaatlich gefassten Wirtschaften und Gesellschaften implementiert werden. Dabei betonen Bieling und Steinhilber, dass es in der Europäischen Union „keine eindeutig hegemoniale Produktionsweise“ gibt, die „ausgehend von einer dominanten Nationalökonomie die übrigen Ökonomien durchdringt.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 103)

„Die Verschiebung der Kräfte in den Apparaten muss als kapitalfraktioneller Prozess begriffen werden, nicht als Verselbständigung eines bürokratischen Apparats oder als durch Globalisierung verursachter Souveränitätsverlust des Nationalstaates. Die europäische Integration wird vielfach von den Kräften vorangetrieben, die auch die Globalisierung verfolgen (...), sie ist nicht (...) das Gegenprojekt, das helfen könnte, das deregulierte Kapital politisch wieder zu regulieren und gesellschaftlich einzubetten.“ (Demirovic 2000, 65).

In diesem Zusammenhang sei die Untersuchung von konkreten politischen Projekten zunächst sinnvoll, um einer „oftmals engen, d.h. einseitig strukturalistischen bzw. elitenfixierten Interpretation der neoliberalen Restrukturierung entgegenzuarbeiten“ und so die zumindest teilweise „aktive Zustimmung und das selbstmotivierte Engagement der subalternen Klassen“ zu diesen Projekten in den Blick zu bekommen, und grundsätzlicher, um „die Fallstricke klassenreduktionistischer Konzepte zu vermeiden“, indem die Beziehung zwischen den politischen Projekten und sozialen Strukturen als ein wechselseitig determiniertes, [diskursiv-strategisches, MH] Verhältnis“ betrachtet wird (vgl.

Bieling/Steinhilber 2000, 104). In diesem Sinne bringen sie – unterhalb der Ebenen von epochalen historischen Formationen (z.B. Fordismus/post-Fordismus) und politischen Machtblöcken (z.B. neoliberal gewendete Sozialdemokratie) – den Begriff des „hegemonialen Projektes“ ins Spiel, den es im Hinblick auf die „Europäische Informationsgesellschaft an gegebener Stelle ausführlicher zu erläutern lohnt.

### ***Die Post-Maastricht-Krise***

Als ein hegemoniales Projekt im eben skizzierten Sinne untersuchen die Marburger den europäischen Binnenmarkt, der für sie zugleich den Höhepunkt der neoliberalen Hegemonie markiert. Allerdings war die Vollendung eines einheitlichen europäischen Binnenmarktes „während einer Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs beschlossen worden, der nicht auf Europa beschränkt war.“ (Huffschnid 1994, 9). Schon im Jahr 1994 sind die hohen Erwartungen (vgl. Cecchini 1988) einer weitgehenden Enttäuschung gewichen:

„Mittlerweile hat sich das gesamtwirtschaftliche Umfeld jedoch erheblich verändert. Der weltweite Wirtschaftsaufschwung ist vorbei, Wachstumsschwäche, Stagnation und Rezession bestimmen die Situation in Westeuropa. Der einheitliche europäische Binnenmarkt ist weitgehend verwirklicht – von seinen dynamischen gesamtwirtschaftlichen Wirkungen ist jedoch nichts zu spüren.“ (Huffschnid 1994, 10)<sup>289</sup>

Der europäische Binnenmarkt kann, wie viele andere europäische Großprojekte übrigens auch, die gemachten Versprechen nicht halten. Auch wenn die Diskrepanz zwischen Versprechen und Realität symptomatisch für politische Projekte sein mag, die von oben durchgesetzt werden sollen, so war der Glaube an diese Versprechen notwendig, damit die in ihrem Namen hervorgebrachten „Reformprogramme“ von den europäischen Bevölkerungen akzeptiert wurden. Auf die „Europhorie“, die das Binnenmarktprojekt noch getragen hatte, folgte die sogenannte „Post-Maastricht-Krise“, in der die disziplinierenden Aspekte einer neoliberal artikulierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik deutlicher zutage traten (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, 16, vgl. Zilthener 1999, 102ff).

Denn um das nach der Wiedervereinigung politisch und ökonomisch wiedererstarkende Deutschland in das europäische Konzert einzubinden, wurde in der Folge des Maastricht-Vertrages die europäische Wirtschafts- und Währungsunion konkretisiert. Um aber das politische und ökonomische Schwergewicht Deutschland für dieses Projekt zu gewinnen, gingen in diese verstärkt Elemente des deutschen Stabilitätsmodells sowie eine erhöhte monetäre Disziplin ein.

„Um den teilweise rigiden Anpassungszwängen die politische Sprengkraft zu nehmen, versuchten die neoliberalen Kräfte – über die Unabhängigkeit der Zentralbanken und die administrativen Konvergenzkriterien – die EWU zu depolitisieren. Denn augenscheinlich konnte das EWU-Projekt keine neuen Legitimationsressourcen für den weiteren Integrationsprozess bereitstellen. Es beschleunigte vielmehr den Wandel

---

<sup>289</sup> Nach einer Untersuchung der regionalen Verteilung bzw. Herkunft der 500 größten Industrieunternehmen für den Zeitraum 1980 bis 1992 hält Huffschnid fest: „Von einer besonders dynamischen Entwicklung der EG-Spitzenreiter kann also weder im globalen noch im westeuropäischen Kontext die Rede sein, eher im Gegenteil.“ (Huffschnid 1994, 12f)

von einem eher konsensualen zu einem stärker disziplinierenden Neoliberalismus. Mit der Institutionalisierung der monetaristischen Prinzipien (Maastrichter Vertrag, Konvergenzkriterien, Stabilitätspakt) traten die Zwangselemente deutlicher hervor.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 116)

Während sich also unpopuläre Maßnahmen hinter einem technokratischen Diskurs der Sachzwänge zu verbergen suchten, traten mit den Ratifizierungsproblemen die „ersten Anzeichen einer tiefen Legitimationskrise der EU“ (Bieling/Steinhilber 2000, 117) zutage, die von der mangelnden Transparenz und undemokratischen Ferne der europäischen Bürokratie über die Abwesenheit einer verbindenden europäischen Idee oder Identität bis zum Anstieg und Verfestigung der Massenarbeitslosigkeit sowie einer zunehmenden sozialen Fragmentierung der Gesellschaften mehrere Dimensionen umfasste, „die die passiven pro-europäischen Haltungen langfristig unterhöhlen“ (Bieling/Steinhilber 2000, 117).

Der „permissive Konsens“, über den bis dahin die europäischen Integrationsprojekte gegenüber der Bevölkerung nachträglich legitimiert wurden (bzw. der erlaubte, dass ihre Legitimität nicht infrage gestellt worden war), erodierte. Fortan würden den disziplinierenden Maßnahmen aus Brüssel gar öffentliche Ablehnung und politische Proteste entgegenschlagen. Stephen Gill schlägt vor, ab diesem Zeitpunkt nicht mehr von einer konsensbasierten „Hegemonie“ des neoliberalen Blocks, sondern seiner disziplinierenden „Vorherrschaft“ zu sprechen, „der gegenüber einer augenscheinlich fragmentierten Bevölkerung solange dominant ist, wie keine kohärente Opposition entsteht“ und sich „auf riesige oligopolistische Firmen, die politisch sowohl „außerhalb“ als auch „innerhalb“ des Staates aktiv sind (...)“ stützt (Gill 2000, 41).

Neben die eben skizzierte „Post-Maastricht-Krise“ sowie die Herausforderungen des Binnenmarktes, einer tiefgreifenden technologischen Umstrukturierung wie auch einem sich verschärfenden triadischen Wettbewerb in einem rezessionsgebeutelten Westeuropa treten auch die Unsicherheiten in der Entwicklung Mittel- und Osteuropas:

„Einerseits stellen billige und überwiegend gut ausgebildete Arbeitskräfte und potentiell große Märkte einen Anreiz dafür dar, rechtzeitig strategische Positionen zu besetzen. Andererseits ist die ökonomische Entwicklung der ersten Jahre nach dem Zusammenbruch des osteuropäischen Sozialismus katastrophal verlaufen, und eine Besserung ist zumeist nicht in Sicht.“ (Huffs Schmid 1994, 10)

Dies hätte die Stunde einer europäischen Erneuerung sein können, in der die „Sozial- und Wirtschaftsverfassung der EU, einschließlich des institutionellen Rahmenwerks und den zugrundeliegenden Machtverhältnisse“ grundsätzlich zugunsten einer „europäischen Agenda für Wohlfahrt, soziale Gerechtigkeit und demokratische Partizipation“ infrage gestellt werden (Bieling/Steinhilber 2000, 119). „Trotz andauernder oder sogar wachsender sozioökonomischer Probleme und sporadischen politischen Protesten, ist das Leitprinzip in der derzeitigen Phase der europäischen Integration nicht die Abkehr, sondern die Konsolidierung der neoliberalen Konfiguration.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 120) „Auf der einen Seite zwingt die sozioökonomische Konstitution der EU die Regierungen und politischen Akteure dazu, die Dynamiken der „kompetitiven Deregulierung“ und „kompetitiven bzw. (selbst-)verordneten Austerität“ zu befolgen und die verschärften sozio-ökonomischen

Problemlagen zu akzeptieren.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 120) Damit dies – angesichts des erodierenden Konsenses und des disziplinierenden Charakters der politischen Maßnahmen aber durchgesetzt werden kann, schmieden die politischen Entscheidungsträger mit den Arbeitgeberorganisationen und Gewerkschaften neue wettbewerbskorporatistische Bündnisse und gießen „nationale Pakte“, in denen Lohnzurückhaltung und -flexibilität, eine Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit (Employability) sowie eine finanzielle Entlastung der Arbeitgeber die Zukunft der nationalen Standorte sichern soll. Insofern also die europäisch verordneten Sachzwänge als disziplinierende Argumente auf nationaler Ebene indienst genommen werden, ist also das Gegenteil von einem motivierenden europäischen Programm entworfen.

„Offenbar haben die politischen und ökonomischen Eliten keine überzeugende Vorstellung davon, wie die widerstreitenden sozialen und nationalen Interessen zusammenzuführen sind.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 119) Auch Bieling/Steinhilber selbst sehen im Jahr 2000 keinen „motivierenden sozialen Mythos“, der das europäische Integrationsprojekt wieder ins Rollen bringen könnte. Gleichwohl stoßen in das Vakuum der „Post-Maastricht-Krise“ die Osterweiterung der EU und die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“. Insbesondere mit der „Europäischen Informationsgesellschaft“ sollte ein neues politisches Projekt in Anschlag gebracht werden, das aufgrund seiner marktradikalen und wettbewerbsorientierten Artikulation nicht nur die der europäischen Wettbewerbsstaatlichkeit eingeschriebenen politischen Ziele transportieren sollte, sondern über seine mythische Suggestivkraft bei nahezu allen relevanten politischen wie ökonomischen Akteuren auch eine spontane Zustimmung für das ihm eingeschriebene Programm organisieren wird.

### ***Wettbewerbsfähigkeit, Wettbewerb und Wettbewerbsrecht***

Eingeschrieben in die Artikulation des politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ist der Diskurs um die „Wettbewerbsfähigkeit Europas“. Ausgehend von dem Gründungsnarrativ einer militärischen, ökonomischen und technologischen Vorherrschaft der USA und den seit den 1960er Jahren kursierenden „Unterlegenheitsszenarien“, setzt der Diskurs um die europäische Wettbewerbsfähigkeit den Ausbau der ökonomischen Konkurrenzposition innerhalb der Triade durch wirtschaftliches Wachstum und insbesondere die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auf dem Weltmarkt als unhintergehbare Referenzpunkte, auf die sich politische Initiativen auf europäischer Ebene – gleich welcher politischen Couleur und Intention – berufen. Kurzum: „Die Eintrittskarte zum europäischen Diskurs und zur politischen Handlungsfähigkeit heißt, einen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit leisten zu wollen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 237) Der Diskurs der Wettbewerbsfähigkeit setzt sich selbst als nicht hinterfragbar,<sup>290</sup> sondern präsentiert sich als äußerer – im Kontext der

---

<sup>290</sup> Für Paul Krugman ist die „Wettbewerbsfähigkeit“ im Zusammenhang mit einem Wettkampf der nationalen Volkswirtschaften auch im Zeitalter globalisierter Märkte eine zu vernachlässigende Größe – ihre obsessive Verwendung fungiere eher als diskursives Moment, um die erhöhte Ausbeutung der nationalen Arbeitskraft und die Zurechtstutzung nationalstaatlicher Haushalte zu begründen (vgl. Krugman 1994, 34ff). In der Folgeausgabe der Foreign Affairs wurden ihm wütende Repliken

Informationsgesellschaft als technologischer – Sachzwang, der bei Strafe des Unterganges zu bedienen ist.

Wie das Beispiel der Telekommunikationspolitik zeigt, wird

„mit dem Diskurs über die Notwendigkeit, die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie zu steigern, (...) eine Politik durchgesetzt, die den Wettbewerb *praktisch* intensiviert oder erst geschaffen hat (...). Der intensivierte Wettbewerb erhöht dann die Plausibilität, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit als Sachzwang – also als Handlungsgrundlage und nicht als Handlungsziel – abzubilden.“ (Schaper-Rinkel 1999, 46)

Obwohl der Schlüssel für die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in der „Informationsgesellschaft“ ausgemacht wird, stellt sie zugleich auch ihre Bedrohung dar, insofern ihr nicht mit einer bestimmten Politik der Hof bereitet wird. Insofern ihre „Ankunft“ unvermeidlich und unmittelbar bevorsteht, sind bestimmte politische Maßnahmen (in erster Linie Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung) nicht nur mit großer Dringlichkeit umzusetzen, sondern auch von allen zu tragen.

„Dabei werden Partizipationsformen zu regulativen Instrumenten, die Anpassung an die Technologien durchzusetzen (...). Die Forderung nach einer breiten *Beteiligung* an der Technologieentwicklung und einem universellen *Zugang* für alle (potentiell) daran interessierten gesellschaftlichen Gruppen wird im Leitbild der Kommission zu einem *Zwang* verkehrt: alle sollen dazu gebracht werden, die neuen Technologien zu übernehmen und den Technologieeinsatz auf ihrem Gebiet zu optimieren.“ (Schaper-Rinkel 1999, 46, vgl. KOM (96) 389)

Gleichzeitig kann die Kommission, insofern sie das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in den Kontext der europäischen Wettbewerbsfähigkeit bringt, ihren politischen Handlungsspielraum – insbesondere gegenüber dem Europäischen Rat – erweitern. „Wettbewerbsfähigkeit ist also kein Sachzwang, sondern ein argumentatives Instrument, mit dem die Kommission ihre Zuständigkeit begründet. (...) Das Konzept der Informationsgesellschaft ist prädestiniert für diese Rolle: Es verspricht Zukunftsträchtigkeit und boomende Märkte.“ (Schaper-Rinkel 1999, 48)

Dabei geht es zunächst darum, die europäischen informationsgesellschaftlich-relevanten Industrien wettbewerbsfähig zu machen. Gegenüber einer Dezentralisierung und Fragmentierung des Kapitals und damit einhergehend auch der technischen Systeme auf den nationalstaatlichen Märkten sucht die EU, den europäischen Unternehmen im Rahmen einer europäisch koordinierten, weltmarktorientierten Forschungs-, Technologie-, Normierungs-, Industrie-, Infrastruktur- und Innovationspolitik sowie über einen größtmöglichen Binnenmarkt eine gute strategische Ausgangssituation für den Weltmarkt zu verschaffen. Als „Querschnittstechnologien“, die nahezu alle anderen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Bereiche durchdringen sollen und entsprechend gefördert und regelrecht

---

entgegengeschleudert, ihm unverhofft zur Seite springt etwas überraschend ein gewisser Rudolph Scharping.

beworben werden, würden die IKT auch in diesen für Beschleunigung, Innovationen, Produktivitätszuwächse, Effizienzsteigerungen und Rationalisierungen sorgen.<sup>291</sup>

Im Umkehrschluss bedeutet dies wiederum, dass die Imperative der Wettbewerbsfähigkeit über das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in alle gesellschaftlichen Bereiche und Sphären getragen werden. Die umfassende Integration der IKT in alle Lebensbereiche erfolgt zwar hin und wieder unter dem diskursiven Deckmantel des zivilisatorischen Fortschrittes, aber sicherlich nicht in seinem Namen, sie soll vielmehr der europäischen Industrie eine relevante Binnennachfrage als Sprungbrett für die Eroberung der Weltmärkte sichern. „Innovationsfähigkeit“ in diesem Zusammenhang ist weniger mit „bahnbrechender Erfindungsgabe“ zu übersetzen, als mit der zyklischen Erneuerung bestehender Systeme (bspw. Austausch der DVD-Technologie durch „Blueray-Systeme“) oder auch technologischer Sackgassen (bspw. „Mini-Disc“).

„In der Logik der neuen Ökonomie der Zeit sollen in Europa die neuen Technologien nicht nur zur Beschleunigung der Produktionsprozesse eingesetzt werden. Ziel ist es, die Beschleunigungsdynamik vom individuellen Alltagsleben bis zu politischen Entscheidungsprozessen durchzusetzen. Das Konzept der Informationsgesellschaft ist der regulative Rahmen, die gesamtgesellschaftliche Beschleunigung im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit politisch zu organisieren und damit zu regulieren.“ (Schaper-Rinkel 1999, 39)

Über den Diskurs der „Wettbewerbsfähigkeit“ werden demnach sowohl die Ziele des ökonomischen und politischen Handelns wie auch ihr sozialer Gehalt neu definiert. Wo in der schönen neuen Sprache der wettbewerbsbefähigten Welt von „Humanressourcen“ und „Humankapital“ die Rede ist, werden Begriffe wie „Ausbildung“, „lebenslanges Lernen“, „Integration“ und „Inklusion“ auf ihre ökonomische Bedeutung reduziert. Die Konsum- und Unterhaltungsbedürfnisse der kaufkräftigen Mittelschichten werden zum Katalysator für die Investitionen in eine marktgetriebene Infrastruktur, über die diese wiederum an die Schaltkreise der informationsgesellschaftlichen Markthallen und Unterhaltungskomplexe angeschlossen werden. Eine erhöhte Wettbewerbsfähigkeit auf der Basis von Produktivitätssteigerungen, Rationalisierungen und Beschleunigung übersetzt sich in flexibilisierte Produktion und Arbeitsverhältnisse, „Lohnzurückhaltung“ und eine erhöhte Ausbeutungsrate. Es verwundert nicht, dass sowohl bei der Artikulation des Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ wie auch der Strategien zur Erlangung von „Wettbewerbsfähigkeit“ die europäische Großindustrie eine entscheidende Rolle gespielt hat.

Unverrückbar im Zentrum des Diskurses um die „Wettbewerbsfähigkeit Europas“ verankert ist der als selbstevident gehandelte Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Wettbewerb. Auf den ersten Blick wird in den EU-Dokumenten die Herstellung von „Wettbewerbsfähigkeit“ mit der Schaffung von „wettbewerbsorientierten Märkten“ gleichgesetzt. Von diesen würden die entscheidenden Impulse für Innovation, Effizienz und die obligatorische, optimale Ressourcenallokation ausgehen.

---

<sup>291</sup> Wie selbstverständlich transportieren die IKT zudem den Nimbus einer „grünen Technologie“, die den Einsatz von Ressourcen, Zeit und Material optimiert.

Bei einem genaueren Blick jedoch stellt sich der Zusammenhang zwischen Wettbewerbsfähigkeit, Wettbewerb, Markt und Wachstum jedoch anders dar. Semantisch ist „Wettbewerb“ zwar eng an die „Wettbewerbsfähigkeit“ (vgl. competition und competitiveness) geknüpft und sicherlich sieht sich auch die EU-Wettbewerbspolitik im Dienste der europäischen Wettbewerbsfähigkeit. Gleichwohl stellt sich die Frage, welchen Wettbewerb durch die EU-Wettbewerbspolitik befördert wird und ob dieser zwingend zu einer erhöhten Wettbewerbsfähigkeit führt. Gegenüber den Gefahren eines destruktiven Wettbewerbs sind in den EU-Papieren keine genaueren Bestimmungen zu finden, nur im Jahr 1978 formulierte der EuGH die „workable competition“ als politisches Ziel – ohne diese allerdings weiter auszuführen (vgl. Baskoy 2008, 8).

Die Bedeutung des Wettbewerbsrechts kann kaum überschätzt werden. Insofern in der EU die ökonomischen und sozialen – wie letztlich auch die informationsgesellschaftlichen – Ziele über den „freien Markt“ umgesetzt werden sollen, kommt der Wettbewerbspolitik eine zentrale Bedeutung zu, dies zumal mit der Vollendung eines erweiterten Binnenmarktes. „Competition policy is therefore both a Commission policy in its own right and an integral part of a large number of European Union policies“ (CEC 1997, 17, zit.n. Baskoy 2008, 5).

Der Wettbewerb ist die soziale Erscheinungsform und das Lebenselixier einer kapitalistischen Marktwirtschaft, insofern er Triebkraft für „Innovation“ und „Effizienz“ in Produktion, Ressourcenallokation und -einsatz befördert. Zudem fungiert der „Wettbewerb“ als diskursive Überformung des Klassenkampfes, insofern er die Arbeitenden in den Kampf Kapital gegen Kapital inkorporiert. Auf europäischer Ebene wird dem „Wettbewerb“ die Rolle eines Motors für die Erreichung bzw. Verwirklichung der in den Verträgen festgehaltenen Zielen der EU zugeschrieben, seine Gestaltung steuert nicht nur die Zusammensetzung des europäischen Kapitals im engeren Sinne, sondern beeinflusst maßgeblich auch die sozio-ökonomische Entwicklung in Europa.

„As one of the central supranational public policies, EU competition policy has several objectives including market integration; maintaining undistorted competition; ensuring the ‚right amount of competition‘ in order for the EEC Treaty requirements to be met and its aims attained; diffusion of economic power; and other broader public interest aims such as preserving the principle of fairness in the market. Fairness is an issue in distributing state aids, subjecting all firms to the same laws, adapting competition rules to the needs of small- and medium-sized enterprises, and taking into account the interest of users, consumers and customers (...).“ (Baskoy 2008, 6)

Das europäische Wettbewerbsrecht – insbesondere die Artikel 85, 86 und 90 des Vertrags von Maastricht<sup>292</sup> – war der Hebel, über den die Restrukturierung von vormals staatlich sanktionierten Monopolen zu global marktfähigen und wettbewerbsfähigen Industrien

---

<sup>292</sup> Die Geschichte des europäischen Wettbewerbsrechts beginnt mit der Geschichte der europäischen Integration. Bereits der Gründungsvertrag enthält mit den Artikeln 81-89 (später 85-94) Regeln zur Regulierung des Wettbewerb.

eingeleitet wurde – neben dem Telekommunikationssektor betrifft dies bspw. auch die Sektoren Transport, Wasser und Energie.

“The promotion of ‘efficiency’ through market competition has become the fundamental political aspiration around the world. Establishing and maintaining competitive markets in formerly monopolistic industries by replacing vertical or industry specific regulation with horizontal or competition/antitrust law was the primary goal.” (Baskoy 2008, 1f)

Baskoy untersucht, welche Resultate die europäische Wettbewerbspolitik – oder konkreter: der von der EU avisierte „effektive und angemessene Wettbewerb“ – überhaupt zeitigt und kommt zu drei interessanten Ergebnissen:

„The first is that there is a disjunction between the stated objective of EU competition policy (establishing and maintaining decentralized markets) and its actual practice (loosely oligopolistic markets). The second contention is that EU competition policy failed to establish and maintain even this modest ‘ideal’ market form in the telecommunications equipment and services markets respectively for two reasons. First, the theory of effective competition as the economic model for EU competition policy is primarily concerned with assuring the profitability of firms in order to prevent supply-side instabilities. Second, the theory of effective competition falls short of providing EU institutions with clearly defined conceptual and analytical tools to grasp the processes of competing and monopolizing and to create and maintain decentralized markets. These two factors suggest that EU competition law had problems understanding the dynamics of market competition. The third and final argument is that corporate power expanded against other possible social objectives such as decentralized markets, better and cheaper services, as well as employment in the area of telecommunications.” (Baskoy 2008, 9)

Diese Ergebnisse, insbesondere das zweite, sind natürlich enttäuschend, insofern die Telekommunikation – und der relativ einfache Markt der Endgeräte – nach den Vorstellungen der Kommission das Paradebeispiel für die Einführung von Wettbewerb und Wettbewerbsrecht geführt werden.

Tatsächlich ist das europäische Wettbewerbsrecht im Bereich der Telekommunikation keineswegs gegen die Kapitalkonzentration, die Kartellbildung oder gar staatliche Subventionen – solange dadurch ein „effektiver“ Wettbewerb nicht untergraben wird.

“After an in-depth analysis of the theory of effective competition, it was clear that effective competition favoured loosely oligopolistic markets. (...) EU competition law and policy perceived loosely oligopolistic markets as the ideal market structure where effective competition could flourish. This is the source of the chism between the stated and the real objectives of EU competition policy.” (Baskoy 2008, 188)

In diesem Sinne sollte es nicht verwundern, wenn es im Bereich der Telekommunikationsendgeräte zu enormen Konzentrationsbewegungen gekommen ist – gab es 1980 noch 19 große Akteure, sind es im Jahr 2004 nur noch 4 – übrigens die vier ältesten. Ein ähnliches Bild zeigt sich auch im Bereich der Dienste:

“Despite the entrance of a large number of new firms, four to nine firms controlled more than 90 percent of the markets as of 2005. The former monopolies accounted for more than 69 percent of the local calls markets, 63 percent of the national calls markets, and 52 percent of the international calls markets on average in the EU-15 at the end of 2005.” (Baskoy 2008, 190)

Dieser in der Tat nur eingeschränkte Wettbewerb als Ergebnis europäischer Wettbewerbspolitik (und einem globalen Verdrängungswettbewerb) wiederum hatte zur Folge, dass die Kosten für einen Festnetzanschluss in der EU zwischen 1998 und 2005 für private Nutzer um 14% gestiegen sind, für Unternehmen allerdings nur um 7%. Während die Kosten für Ortsgespräche im gleichen Zeitraum zwar deutlich sanken, sanken sie für nationale und internationale Ferngespräche noch viel deutlicher. “(...) it is safe to conclude that corporations benefitted most in comparison to small firms and residential users, in line with the real intentions of EU competition and telecommunications policies.” (Baskoy 2008, 190) Ebenfalls sank der Anteil der in der Telekommunikation Beschäftigten von 0,62% (1980) auf 0,50% (2004) – zudem sind die meisten der neu geschaffenen Beschäftigungsverhältnisse flexibilisiert und prekär (vgl. Baskoy 2008, 191).

Die europäische Wettbewerbspolitik im Dienste der europäischen Wettbewerbsfähigkeit schafft also keineswegs einen größeren Wettbewerb auf dem Telekommunikationsmarkt, sondern stärkt die großen Unternehmen im Konkurrenzkampf gegen die kleineren zum Nachteil der Verbraucher und KMUs, auf dass sich die Ausgangssituation ersterer für die Erschließung globaler Märkte verbessere. Dieser Eindruck bestätigt sich, wenn man die Anwendung des Wettbewerbsrecht im Bereich der Telekommunikation mit der im benachbarten Bereich der Medienmärkte vergleicht: Während die europäischen Wettbewerbshüter die Medienmärkte seit Beginn der 1990er zunehmend enger definieren (vgl. Harcourt 2005, 46), werden die Märkte für Telekommunikation im Rahmen der Konvergenz-Initiative zunehmend weiter gefasst (vgl. Harcourt 2005, 46f). Umso kleiner aber die „relevanten Märkte“ definiert werden, desto schneller ist ein dominanter Marktanteil erreicht, auf den das europäische Wettbewerbsrecht zur Anwendung kommt. Auch die Definition des wettbewerbsrechtlich relevanten, dominanten Marktanteils wird mit 25% vom DG Competition restriktiver als vom DG Information Society gefasst (30%).<sup>293</sup>

### ***Die EU-Kommission***

Hatte die Kommission bis Ende der 1980er immer mehr an Bedeutung gewonnen, verwehrte der Vertrag von Maastricht ihr den Status einer föderalen Regierung. Angesichts der daraus

---

<sup>293</sup> Trotzdem wird die auf die Ausbildung von „european champions“ zielende Konvergenzpolitik des DG Information Society immer wieder durch die Wettbewerbspolitik konterkariert. Als Beispiel kann das Satellitenfernsehen in Spanien gelten: trotz der Empfehlung aus der Fernseh-Standards Richtlinie, einheitliche technologische Normen einzuführen, hat das DG Competition dieses Bestreben der spanischen Regierung als wettbewerbsfeindlich verurteilt. „This case in particular illustrates the lack of internal co-operation in the European Commission.” (Harcourt 2005, 54). Letztendlich mussten die beiden technischen Plattformen fusionieren, weil der zersplitterte Markt sich angesichts der hohen Kosten als zu klein für zwei Player herausstellte.

resultierenden Ungewissheit über ihre zukünftige Rolle und Bedeutung sollte die Kommission – nicht zuletzt aus einem machtpolitischen Selbsterhaltungstrieb heraus – eine offensive Strategie zur Absicherung und Ausweitung ihrer Handlungsfähigkeit verfolgen.

In diesem Sinne kann in ihr die zentrale und mächtigste supranationalen Instanz der Europäischen Union ausgemacht werden. Denn zunächst ist die Kommission „im Gegensatz vor allem zum Rat, aber auch dem Europäischen Parlament, deren Vertreter letztlich im mitgliedstaatlichen Rahmen ihre Politik rechtfertigen müssen, ein originär *europäisches Gremium*.“ (Schaper-Rinkel 2003, 88)<sup>294</sup>

Als „Hüterin der Verträge“ fällt ihr zudem die Rolle zu, Rat und Parlament auf die im Vertrag festgehaltenen Ziele zu binden. Dazu kann sie „Empfehlungen und Stellungnahmen auf den in diesem Vertrag bezeichneten Gebieten“ abgeben, wann immer „sie es für notwendig erachtet“ (vgl. EG-Vertrag, Art. 211; vgl. Schaper-Rinkel 2003, 90). „Ihre Machtfülle besteht in der Permanenz des Apparates, in ihrem kumulierten überlegenen Wissen und in ihrem Initiativrecht.“ (Schaper-Rinkel 2006, 224; vgl. Schaper-Rinkel 2003, 15; vgl. Harcourt 2005, 62)<sup>295</sup> Betrachtet man die Überschneidungen von exekutiven, judikativen und legislativen Kompetenzen bei der EU-Kommission, so kann auf der suprastaatlichen Ebene zudem auch keine Rede von einer „Gewaltenteilung“ zwischen den Gemeinschaftsorganen sein. „Erst Recht besteht keine – dem (seit der Französischen Revolution in Westeuropa zumindest normativ hoch gehaltenen) Konzept der Volkssouveränität entsprechende – Unterwerfung der Exekutive unter die Vorgaben des demokratischen Parlaments (...). Vielmehr folgt die Organisationsstruktur dem „pragmatischen Prinzip der Sicherung der (optimalen) Funktionsfähigkeit der Gemeinschaften“, was de facto eine ‚Gewaltenhäufung‘ – vor allem bei der Kommission – bedeutet.“ (Schaper-Rinkel 2003, 90, zitiert: Hummer, in Grabitz/Hilf, 13. Lfg., 1999)

---

<sup>294</sup> „Da die KommissarInnen von den Mitgliedstaaten entsandt werden und vielfältigen Interessensbekundungen aus ihren Herkunftsländern ausgesetzt sind, jedoch laut Vertrag ihre Unabhängigkeit von den Nationalstaaten zu wahren haben, ist die Kommission zugleich jenes Gremium, in dem europäische Diskurse und nationalstaatliche Diskurse aufeinander treffen, amalgamiert werden und die strategische Auswahl (das, was Foucault die Verknappung des Diskurses nennt) vonstatten geht.“ (Schaper-Rinkel 2006, 224) Auf diese Weise fungiert die Kommission als zentraler Ort und Akteur für die Verdichtung von unterschiedlichen Diskursen zu strategischen Zielbestimmungen und Leitbildern (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 15, 91),<sup>294</sup> über die sie die Europäisierung von verschiedenen Politikfeldern vorantreiben kann (Schaper-Rinkel 2003, 93).

<sup>295</sup> Das Initiativrecht der Kommission ist allerdings rückgebunden an die Verträge. Auch wenn Art. 2 die Aufgabenbereiche der Gemeinschaft sehr umfangreich spezifiziert, kann die Kommission diesen Politikbereich nur unter bestimmten Gesichtspunkten angehen. Da aber sowohl Technologiepolitik wie auch Telekommunikationspolitik erst in den 1990er Jahren in die Verträge aufgenommen werden sollten, konnte die Kommission zunächst nur „jeweils einzelne politische Maßnahmen durchsetzen“ - auf Basis des Art. 86, „der das Verhältnis zwischen öffentlichen Unternehmen, Mitgliedsstaaten und europäischen Wettbewerbsregeln regelt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 99) „In diesem ersten Stadium ist die Politik der Kommission daher – soweit nicht im Einzelfall die Generalermächtigung des Art. 308 herangezogen wird – auf eine ‚negative Integration‘ (Scharpf) konzentriert. Erst mit der Aufnahme der Artikel zu den Transeuropäischen Netzen, die mit Maastricht in den Vertrag aufgenommen werden, wird ein politisches Handeln festgeschrieben, dass stärkere Maßnahmen für eine ‚positive Gestaltung‘ ermöglicht. Zu diesem Zeitpunkt ist die Entscheidung für die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes allerdings bereits gefallen, so dass als ‚positive Gestaltung‘ nur noch die Bewältigung der Privatisierungsfolgen bleibt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 99)

„Im Dienst der großen, nach Markterweiterung und Marktvereinheitlichung strebenden europäischen Konzerne häuft die von keiner Volkswahl oder ähnlichem demokratischen Akt belastete EU-Kommission Kompetenzen an, die weit jenseits der Regierungen jedes einzelnen Teilnehmerstaates liegen. Tausende nationale Normen in so gut wie allen Branchen werden in den kommenden Jahren homogenisiert, auf dass europaweit agierende Konzerne in einer Wirtschafts- und Währungsunion produktionstechnisch rationalisieren und damit Kosten sparen bzw. Gewinne maximieren können.“ (Hofbauer 2007, 70)<sup>296</sup>

Auch wenn die Kommission ebenfalls dem Subsidiaritätsprinzip unterworfen ist, bieten ihr die Verträge vielfältige Möglichkeiten, die Gemeinschaftskompetenzen extensiv zu interpretieren und über die so genannte Generalermächtigung auch in Bereichen tätig zu werden, die nicht expliziter Bestandteil der Verträge sind (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 88).<sup>297</sup> „Die

---

<sup>296</sup> Auch wenn diese Politik teilweise in der Tat von den Industrieführern mitentworfen wurde, würde sie sich im Einzelfall – bspw. hinsichtlich der Wettbewerbsbestimmungen – jedoch durchaus gegen den Expansionswillen und Strategien der Einzelkapitale richten.

<sup>297</sup> Seit Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 fällt der Kommission die Aufgabe zu, „exekutivisch sowie in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Gerichtshof (...) ‚für die Anwendung dieses Vertrags sowie der von den Organen auf Grund dieses Vertrags getroffenen Bestimmungen Sorge zu tragen‘ (Art. 211). Darüber hinaus kommt der Kommission, soweit sie nicht ohnehin selbst zum Erlass von Rechtsakten befugt ist, ein umfassendes Initiativ- und Vorschlagsrecht zu (Art. 211; Art. 250). Ihr Vorschlagsrecht gibt der Kommission auf verschiedenen Ebenen eine machtvolle Position. So kann die Kommission damit nicht nur den Inhalt eines Vorschlages, sondern auch den Zeitpunkt seiner Vorlage und seine eventuelle Verknüpfung mit anderen Vorschlägen bestimmen. Darüber hinaus ist es ihr möglich, verschiedene Vorschläge zu Paketen zu schnüren und somit Bündnisse zu schmieden, die ihren zentralen strategischen Interessen entgegenkommen. Bereits in der Phase der Formulierung ihrer Vorschläge knüpft die Kommission Netzwerke mit interessierten Wirtschaftskreisen und zuständigen FachbeamtlInnen der nationalen Regierungen. In der Regel ist der Rat auf die Einstimmigkeit aller seiner Mitglieder angewiesen, wenn er auch nur ein Komma in den *Vorschlägen der Kommission* ändern will. Das heißt: Solange die Kommission auch nur einen einzigen Mitgliedsstaat auf ihrer Seite weiß, kann sie die Wahrnehmung der Änderungskompetenz durch den Rat verhindern. Darüber hinaus behält die Kommission bis zur endgültigen Beschlussfassung des Rates die volle Herrschaft über ihren Vorschlag. Sie kann ihn entweder ganz zurückziehen, Änderungen vornehmen, sich den Meinungsäußerungen der Ratsmitglieder anpassen und ihren Vorschlägen so lange modifizieren, bis ihr die – für die *Annahme ihres Vorschlages* meist ausreichende – qualifizierte Mehrheit sicher ist.“ (Schaper-Rinkel 2003, 88; vgl. auch Schmitt von Sydow 1997, Art. 155, RN 40, 44). „Nicht nur ihr Vorschlagsrecht, sondern auch das Recht, Vorschläge zu verweigern, verschafft der Kommission in der Praxis eine starke Position: Sie kann sich der Steuerung durch den Rat entziehen, indem sie die Vorlage eines Vorschlages verweigert (denn der Rat ist ohne Vorschlag der Kommission in der Regel nicht entscheidungsbefugt).“ (Schaper-Rinkel 2003, 88f) „Auch bei der abschließenden Realisierung europäischer Politik, d.h. beim Vollzug der (von welchem Gremium auch immer beschlossenen) Rechtsakte, ist die Kommission wiederum die zentrale Gestalt: Entweder überwacht sie – so die Regel – den Vollzug in den Mitgliedsstaaten oder aber sie ist sogar direkt zuständig (insbesondere im Bereich des Wettbewerbsrechts).“ (Schaper-Rinkel 2003, 89) „Auch wenn der Rat so genannte Komitologie-Ausschüsse einsetzt, mit denen die Kommission ihre Durchführungsmaßnahmen abstimmen muss (...), führt dies de jure und de facto nicht zu einer Schwächung, sondern zu einer Stärkung der Kommission. Denn die Ausschüsse schränken de jure die Befugnisse, die der Kommission nach dem Verträge zustehen, nicht ein. Vielmehr sind sie die Bedingung für die Übertragung *weiterer* Befugnisse, die der Kommission nach dem Vertrag nicht zwingend, sondern nur fakultativ zustehen“ (Schaper-Rinkel 2003, 89; vgl. Schmitt von Sydow, in: GTE 1997, Art 162, RN 28). „Auch faktisch haben die Komitologie-Ausschüsse den Einfluss der Kommission nicht gemindert. Vielmehr scheint es der Kommission zu gelingen, diese Ausschüsse in ihre Politik-Netzwerke einzubauen, so dass es sich um ein ‚funktionierendes Beratungs- und Verzahnungsinstrument‘ handelt (Rometsch 1995, 165). Die Abstimmungen in den Komitologie-Ausschüssen fallen fast alle

Institutionalisierung der eigenen Handlungsfähigkeit ist für die Kommission ein steter Prozess zwischen offensivem politischem Handeln an der Grenze der eigenen Kompetenzen und dem Versuch, dem eigenen Handeln einen institutionellen Rahmen zu geben.“ (Schaper-Rinkel 2003, 142)

Um ihre politische Handlungsfähigkeit über die Aspekte einer technologischen Integration auf gesellschaftliche Bereiche auszuweiten und die technologische mit der politischen Integration zu verkoppeln, wird sich die Kommission des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ bedienen (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 188f).

„Mit der Europäisierung der Technologie- und Telekommunikationspolitik schafft die Europäische Kommission die entscheidenden Grundlagen für die transnationale Weiterentwicklung der Technologien der Informationsgesellschaft. Gleichzeitig nutzt sie die von ihr betriebene Weiterentwicklung dieser teledigitalen Technologien, um die politische Integration in Europa und die eigenen politischen Gestaltungsräume auszuweiten.“ (Schaper-Rinkel 2003, 9)

Zwar verfügte sie über kein Mandat für die Einrichtung von politischen und gesellschaftlichen Regulierungsmechanismen, gleichwohl sind mit den ihr zugesprochenen Kompetenzen bei der Etablierung einer europäischen Technologiepolitik im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes, der Realisierung des Binnenmarktes sowie der Konkretisierung der in den Verträgen festgehaltenen Integrationszielen die Instrumente für eine Ausweitung ihrer politisch-gestaltenden Handlungsfähigkeit versammelt. Dazu musste die Durchsetzung der tele-digitalen Technologien lediglich in einen direkten Zusammenhang mit der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union gebracht werden, also wie folgt: „Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft wird weitgehend von den Einsatzbedingungen wie auch von der Entwicklung und Anwendung dieser Technologien abhängen.“ (KOM (93) 700, 115)

Insofern die verschiedenen Bereiche der Telekommunikation schrittweise dem Binnenmarktprinzip untergeordnet werden (von den Endgeräten über die Dienste bis zum Netze), fallen sie ohnehin in den Handlungsspielraum der Kommission.<sup>298</sup> In dem Vertrag von Maastricht sind mit den Artikeln 154-156 über die „transeuropäischen Netze“ auch

---

zustimmend und in ihrer Mehrheit sogar einstimmig aus“ (Schaper-Rinkel 2003, 89; vgl. Schmidt von Sydow, in: GTE 1997, Art. 155, RN 86).

298 In der ersten von Delors geführten EG-Kommission (1985-1988) wurde die Direktion „Industrie, Informationstechnologie, Wissenschaft und Forschung“ von dem deutschen CDU-Politiker Karl-Heinz Narjes besetzt. In der zweiten Delors-Kommission (1989-1992) wurden diese Ressorts auseinandergelegt, der zuständige Kommissar für die Direktion „Binnenmarkt und Industriepolitik“ wurde Martin Bangemann (FDP), für die Direktion „Wissenschaft, Forschung, Entwicklung, Telekommunikation und Innovation“ der Italiener Filippo Maria Pandolfi (DC), zudem wurde ein eigenes Ressort für „Audiovisuelles und Kultur“ geschaffen. In der verkürzten dritten Amtsperiode (1993-1995) der letzten Delors-geführten EU-Kommission verschoben sich die Zuständigkeiten der Direktionen noch einmal: während „Wissenschaft, Forschung, Technologische Entwicklung und Bildung“ wiederum in ein eigenes Ressort ausgelagert wurden, war Martin Bangemann nun Kommissar für „Binnenmarkt, Industriepolitik und Informationstechnologien“. Die Zusammenlegung von Binnenmarkt, Industriepolitik und Informationstechnologien deutet nicht nur deren inhaltliche wie eben auch institutionelle Verzahnung an, sondern streicht eben auch noch einmal die zentrale Bedeutung heraus, die den IuK-Technologien für den Erfolg des europäischen Binnenmarkt-Projektes zugewiesen wurde.

erstmal ein konkreter telekommunikationspolitischer Auftrag enthalten, insofern die Kommission zur Unterstützung des Binnenmarktes eine Verbesserung der grenzüberschreitenden Infrastruktur organisieren soll.

„Die Verpflichtungen bestehen darin, einen Beitrag für den Auf- und Ausbau der transeuropäischen Netze zu leisten, den Verbund und die Interoperabilität der einzelstaatlichen Netze sowie den Zugang zu diesen Netze zu fördern und schließlich in dem Anspruch, insulare und randständige Gebiete mittels transeuropäischer Netze mit den zentralen Gebieten der Gemeinschaft zu verbinden (Art. 154). Zur Erfüllung dieser Ziele werden Leitlinien aufgestellt, um die Ziele und Prioritäten der notwendigen Aktionen und die Vorhaben, die von gemeinsamem Interesse sind, auszuweisen. Dabei wird auch festgehalten, dass entsprechende Vorhaben finanziell unterstützt werden können (Art. 155).“ (Schaper-Rinkel 2003, 100f, vgl. Fuchs 1995, 1)<sup>299</sup>

Nach dieser Erweiterung des Handlungsrahmen der Kommission durch den Maastricht-Vertrag (und auch der Bestätigung der Rechtsauffassung der Kommission durch den Europäischen Gerichtshof im Nachgang zur British Telecom Entscheidung, dass ihr aus den Verträgen das Mandat zukomme (vgl. 169ff), staatliche Dienstleistungsmonopole zu verbieten), kann diese ihren telekommunikationspolitischen Einfluss deutlich erhöhen. Dies zumal, da die Kommission auch ihre Lesart der aus Art. 86 hervorgehenden Richtlinienkompetenz durchsetzen kann, „nach der sie nicht nur *präventiv (beobachtend)* tätig werden kann, sondern im Alleingang nationale Umstrukturierungen erzwingen kann.“ (Schaper-Rinkel 2003, 182)<sup>300</sup>

Auch wenn die Kommission auf ihrem Privatisierungskurs die Mitgliedsstaaten grundsätzlich hinter sich wusste, beschleunigte die Kommission auf diese Weise die Prozesse.<sup>301</sup> Um der Kommission nicht ganz das Feld zu überlassen, sahen sich die Mitgliedsstaaten im Rat gezwungen, „die Rechtsangleichung und Re-Regulierung in potentiell von den Wettbewerbsrichtlinien der Kommission betroffenen Bereichen beschleunigen“ (Schaper-

---

<sup>299</sup> Ein Vorschlag für eine Entscheidung über diese Leitlinien erfolgt erst 1995, der politische Prozess zwischen EU-Parlament, Europäischem Rat, dem Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie dem Ausschuss der Regionen nimmt zwei weitere Jahre in Anspruch, so dass die Entscheidung über die Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze erst im Jahr 1997 verabschiedet wird. In Zusammenarbeit mit einem Komitologie-Ausschuss soll die Kommission Maßnahmen zur Realisierung dieser Leitlinien vorschlagen und für die Durchführung zuständig sein. „Dazu gehören Arbeitsprogramme, die inhaltliche Ausarbeitung der Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen, die Auswahl der Vorhaben, die Festlegung zusätzlicher Unterstützungs- und Koordinierungsaktionen und die für die finanzielle und technische Bewertung der Durchführung des Arbeitsprogrammes erforderlichen Maßnahmen (Art. 9 Leitlinien für TK-Netze). An diesem Beispiel zeigt sich, wie stark die Kommission Entscheidungen vorbereitet und ihre Umsetzung konkretisiert. Sie steckt den Rahmen ab, entwickelt die Leitlinien, konkretisiert die Maßnahmen durch Aufforderungen zur Einreichung von Vorschlägen (Ausschreibungen), wählt aus, knüpft Netzwerke zur Unterstützung und bestimmt den Prozess (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 102)

<sup>300</sup> „Ohne der Zustimmung durch Rat und Parlament zu bedürfen, wird der Kommission zugestanden, die öffentlichen Dienstleistungsmonopole *aufheben* zu können, d.h. *repressiv* gegen vermeintliche Vertragsverstöße vorgehen zu dürfen. Das grundlegende Problem, die Europäisierung mit einer solchen Art von Politik voranzutreiben, besteht darin, dass es keine öffentliche politische Auseinandersetzung und keine parlamentarisch-demokratische Bestimmung über einen so weitreichenden infrastrukturellen Wandel gibt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 182, vgl. Slot 1991, 17f)

<sup>301</sup> Die entscheidende Bedeutung von „Geschwindigkeit“ bei einer ökonomischen Restrukturierung dieses Ausmaßes arbeitet Karl Polanyi in seiner „Great Transformation“ heraus.

Rinkel 2003, 182). In dem Moment aber, wo Deregulierungen auf nationaler Ebene aufgrund von antagonistischen Interessenskonstellationen nur schwer durchsetzbar waren – wie „wirtschaftspolitischen Steuerungsinteressen aus Machtgründen trotz neoliberaler programmatischer Präferenz, Beharrungsinteressen eines starken Beamtenapparates in den Fernmeldeverwaltungen, Beschäftigungsinteressen und Rationalisierungsängste sowie Abkoppelungsbefürchtungen von Randregionen“ (Schaper-Rinkel 2003, 183; vgl. Scherer 1991, 727; vgl. Schmidt 1998, 126ff, 175), hatte die Kommission in ihrer neu interpretierten Rolle als ‚Hüterin der Verträge‘ nun neue Handlungsspielräume, mit denen sie das Votum von Europäischen Rat und Europäischen Parlament umgehen konnte.

Die Europäische Kommission etabliert sich gewissermaßen als „Bande“, über die jene spielen können, die auf nationalstaatlicher Ebene nicht zu gewünschten Ergebnissen kommen und die auf suprastaatlicher Ebene über die Position und die Ressourcen verfügen, um ihre politischen Ziele zu artikulieren und voranzutreiben.

Insbesondere die „marktradikale Konkretisierung der Verträge seit den 80er Jahren ruft innerhalb der Nationalstaaten (...) den Widerstand derjenigen hervor, die sich in ihrer bisherigen Stellung bedroht fühlen. Doch oberhalb der Nationalstaaten besteht mit der Gemeinschaft eine ‚äußere‘ Instanz, mit der die neoliberalen Fraktionen innerhalb der Nationalstaaten ihre langfristigen Ziele, Märkte zu schaffen, immer mehr gesellschaftliche Bereichen den Marktmechanismen zu unterwerfen und die direkte Steuerung zurückzunehmen, durchzusetzen in der Lage sind. Sie müssen so dem internen Druck etablierter Interessenskonstellationen nicht mehr nachgeben bzw. umfassende Zugeständnisse machen, sondern haben sich mit den Verträgen, der Kommission und dem Wettbewerbsrecht ein externes Druckmittel geschaffen (...)“ (Schaper-Rinkel 2003, 184; vgl. Schmidt 1998, 331). „Feststellen lässt sich somit eine Transformation nationaler *politischer* Konflikte in europäische *rechtliche* Auseinandersetzungen. Gekoppelt ist diese mit einem diskursiven Verschwinden der politischen Interessengegensätze.“ (Schaper-Rinkel 2003, 184)

Wenn das Schicksal der Telekommunikation – als Infrastruktur nicht nur der Informationsgesellschaft, sondern eben auch als universelle gesellschaftliche Basisinfrastruktur – in diesem Sinne auf die europäische Ebene gehoben wurde und fortan durch den Wettbewerb einer Vielzahl von Marktakteuren bestimmt und damit dezentraler und komplexer wird, als sie es noch in der nationalstaatlich dominierte Ära war, erwächst daraus auch die Notwendigkeit einer kontinuierlichen Koordination und Regulierung des Sektors auf europäischer Ebene.

„Die Rolle der Mitgliedstaaten ändert sich dabei entscheidend. Hatten die Nationalstaaten zuvor eine Initiative und gestaltende Rolle bei der Entwicklung der Infrastruktur, so werden sie mit der Europäisierung der Telekommunikationspolitik auf die Rolle der vollziehenden Staatsgewalt reduziert, die die europäischen Vorgaben durchsetzt. Europäische Re-Regulierung tritt an die Stelle der nationalstaatlichen Regulierung. Der Deregulierungsprozess der Telekommunikation in den Mitgliedstaaten ist damit ein Re-Regulierungsprozess auf der europäischen Ebene. Der Markt wird allerdings nicht mehr gebändigt, um gesellschaftliche Ziele gegen die Verwertungsinteressen durchzusetzen, sondern die Politik richtet sich unterstützend auf die Unternehmen. Der Imperativ einer Standortsicherung ist die Triebkraft der

europäischen Politik. Es kommt zu einer mehrfachen Verschiebung, die auf die verschiedenen Ebenen die Interessen der Industrie in den Vordergrund stellt und die Anliegen, die sich nicht primär als Marktinteressen artikulieren, in den Hintergrund drängen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 184)

Unter Kommissionpräsident Jacques Delors und insbesondere dem Kommissar für Industriepolitik, Etienne Davignon, hatte die Kommission begonnen, „relativ stabile ideologische Bindungen und Kommunikationsstrukturen zwischen den transnationalen Kapitalfraktionen, der Kommission und den nationalen Regierungen zu knüpfen“ (Bieling/Steinhilber 2000, 113)

Insofern die Kommission sich der Mitgliedsstaaten als politische Verbündete im Bereich der Infrastrukturpolitik aber zunehmend entledigt, muss sie (bspw. zur Durchsetzung von Industrie-Standards) ein neues Partner-Netzwerk knüpfen und einen neuen institutionellen Rahmen schaffen, um die Politikprozesse miteinander zu koordinieren und aufeinander abzustimmen. Mit den europäischen Großunternehmen als strategisch wichtigen Bündnispartnern<sup>302</sup> und dem Binnenmarktprojekt als institutionellem Rahmen war es der Kommission gelungen, eine an der Schnittstelle zwischen Forschungs- und Industriepolitik ansetzende Technologiepolitik auf europäischer Ebene zu etablieren, die es ihr nicht nur erlaubte, Planspiele in Sachen politischer Integration voranzutreiben, sondern dabei vor allen Dingen ihren politischen Handlungsspielraum rechtlich und finanziell erheblich auszuweiten. „(...) the European Commission was indeed very successful in bringing to bear its own interests in these matters at the expense of taxpayers and of other groups which were not lucky enough to be picked as winners, but as losers.“ (Schenk 1997, 28) Neben diesem sicherlich nicht zu unterschätzenden politischen Eigeninteresse bezieht die Kommission ihre politische Macht aber in erster Linie aus der Konzertierung privater Interessen:

“In the area of telecommunications policy, the European Commission employs a method of formulating policy that can be described as the creation of arenas in which economic actors, particularly powerful private ones, attempt to work out a common research and development policy and set of technical standards.” (Esser/Noppe 1996, 547) “The purpose of the arenas is to enable the private economic actors to reach compromises accommodating their very diverse interests. Currently, among these economic actors are the national telecommunications enterprises, which during the 1980s distanced themselves from their previous orientation towards public interest and joined the ranks of global players in the world market of telecommunications. (Esser/Noppe 1996, 548)

Esser/Noppe streichen heraus, „that the political goal-setting has not been dominated by the political bodies on the European level, but rather the economic actors have been left to define and reach a consensus on the political goals of the European initiatives.“ (Esser/Noppe 1996, 551) Mit RACE und ETSI sind für den Telekommunikationsbereich tatsächlich zentrale Arenen geschaffen, in denen individuelle, private Akteure ihre

---

<sup>302</sup> Die europäischen Großunternehmen wiederum sahen sich vor die Herausforderung gestellt, „die sich aus der seit Mitte der 70er Jahre schwunghaft entwickelten Triadisierung oder Globalisierung von Märkten und Konzernstrategien in technologieintensiven Schlüsselindustrien ergeben haben.“ (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 9)

transnationale Strategien koordinieren. „Therefore, the European Commission, this supposedly corporate actor, is in the end merely enabling the ‚muddling through‘ by the private actors.“ (Esser/Noppe 1996, 548)

Insbesondere im Hinblick auf die Reartikulation der Standardisierungs- und Normierungsprozesse (nächster Abschnitt), aber auch im Zusammenhang mit dem Delors-Weißbuch und dem Bangemann-Plan (weiter unten) gewinnt die These von Esser/Noppe an Plausibilität, dass “the function of the Commission was to bring the various sector actors to the negotiations table in order to participate in the complex consultation and advisory process. In this process, the actual measures themselves were stipulated primarily by the participants – first and foremost by economic actors – of the respective functions.” (Esser/Noppe 1996, 555)

Gleichwohl ist festzuhalten, dass auch wenn die spezifischen Inhalte einer europäischen Telekommunikationspolitik an entscheidenden Punkten von der Industrie formuliert wurden, so war es doch die EU-Kommission, die diese an einen Tisch gebracht und koordiniert, mithin also den Boden für eine spezifische Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ bereitet hat. Im Hinblick auf ihren permanenten Apparat, das akkumulierte Fachwissen und ihr Initiativrecht als „Hüterin der Verträge“, vor allen Dingen aber aufgrund der Tatsache, dass sie die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ orchestrieren wird, ist die Kommission – zumindest im Bereich der Telekommunikation – ein relativ autonomer, politischer und supranationaler Akteur. Dies wird sich auch hinsichtlich ihrer mehr als bloß koordinierenden Funktion in der EU-Osterweiterung wie auch im Zusammenhang mit der Artikulation der informationsgesellschaftlichen Strategien in den Beitrittsländern bestätigen. Wenn das politische Eigeninteresse der Kommission also nicht vollständig in transnationalen Kapitalstrategien aufzulösen ist, so ist gleichzeitig festzuhalten, dass die relative politische Autonomie der Kommission – und damit ihre politische Handlungsmacht – auf einer erfolgreichen Konzertierungsstrategie privater Interessen unter dem Banner der europäischen Wettbewerbsfähigkeit gründet. Das wichtigste Beispiel dafür ist die Normungspolitik.

### ***Die Technologisierung politischer Konflikte: Standards und Normung***

Die technologiepolitische Voraussetzung für die Schaffung eines europäisch-gemeinschaftlichen Telekommunikationsmarktes ist die Entwicklung und Einführung von gemeinsamen technischen Standards und Normen. Denn die IKT können ein umfassendes technisches System nur dann ausbilden, wenn das Zusammenspiel seiner unterschiedlichen und dezentral entwickelten Geräte und Systeme durch gemeinsame technische Standards, Normen und Übertragungsprotokolle gewährleistet ist (vgl. Schaper-Rinkel 2002, 447; Schaper-Rinkel 2003, 109). „Dies gilt nicht nur für das Internet, sondern auch für PCs, computergesteuerte Produktionsanlagen, Handys und die europäische Flugsicherung. Standards konstituieren Räume des reibungslosen technischen Austausches. Sie sind somit ein Mittel sozialer und ökonomischer Grenzziehung: gemeinsame Normen integrieren einen Raum, verschiedene Normen teilen ihn. Analog dazu gelten der Kommission nationale Normen als Instrumente zur Spaltung des gemeinsamen Marktes, während die Entwicklung

gemeinsamer europäischer Normen als Instrument begriffen wird, den gemeinsamen Wirtschaftsraum nicht nur juristisch zu ermöglichen, sondern auch tatsächlich zu realisieren.“ (Schaper-Rinkel 1999, 36)

Standards und Normen stellen technische „Hürden oder Engpässe dar, die diejenigen überwinden müssen, die an den standardisierten Märkten teilnehmen wollen. (...) Wer die Standards definiert und den Zugang zu ihnen beherrscht, hat strukturelle Wettbewerbsvorteile gegenüber denen, die sich erst an die Standards anpassen, diese in Lizenz nachbauen oder gegen die bereits etablierten Standards neue entwickeln müssen.“ (Huffs Schmid 1994, 64) In diesem Sinne sind Normen und Standards „geronnene politische Kräfteverhältnisse“ (Schaper-Rinkel 2003, 108). Mithilfe einer konzertierten Normungspolitik kann „der europäische Markt (...) gegen außereuropäische Unternehmen abgeschlossen [werden], (...) die Europäisierung der technischen Regelsetzung [ist] auch eine ‚Wettbewerbswaffe‘ (ein Argument, dass die Kommission einsetzt, um Unternehmen zur Teilnahme an der Normungsarbeit zu gewinnen).“ (Schaper-Rinkel 2003, 108)

Allerdings waren zum einen die in den einzelnen Mitgliedstaaten installierten Netzinfrastrukturen, ihre Komponenten und die angeschlossenen Geräte nicht miteinander kompatibel, zum anderen sollten zuvor getrennte technische Systeme, wie z.B. die Computertechnologie und die Telekommunikationstechnologie, zusammenwachsen (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 109, vgl. Schaper-Rinkel 1999, 36).

Nachdem erste Arenen zur Aushandlung von Technolgienormen auf europäischer Ebene bereits Ende der 1970er etabliert worden waren (und während der 1980er Jahre große europäische Erfolge feiern konnten<sup>303</sup>), verpflichtete das Grünbuch 1987 nun auch Netzbetreiber wie Diensteanbieter, „europäische und internationale technische Standards bei der Netzentwicklung einzuhalten“ (zit.n. Noppe 1997, 191), um bei der Realisierung eines europaweiten Telekommunikationsmarktes die Integrität der Netze zu wahren und auszubauen sowie nicht-tarifäre Marktfragmentierungen zu verhindern. Dazu wird im März 1988 das European Telecommunications Standards Institute (ETSI) gegründet.

---

<sup>303</sup> Um die traditionelle amerikanische Vorherrschaft zu brechen und die drohende Gefahren aus Japan abzuwehren haben europäische Konzerne, die Regierungen der Mitgliedsländer und die EG kontinuierlich auf dem Gebiet der Standardisierung zusammengearbeitet. 1983 konnte in der International Standardisation Organisation (Unterorganisation der UNO) mit der sogenannten Open System Interconnection (OSI) ein offenes, herstellerunabhängiges Referenzmodell für die Normierung der Datenkommunikation durchgesetzt werden. Mit dem Beschluss der Kommission 1986, dass alle nationalen und supranationalen Behörden nur Geräte nach OSI-Standard haben sollen, wird das IBM-Monopol im Bereich der datentechnischen Verbindungsarchitekturen gebrochen. Der größte und vielzitierte europäische Erfolg im Bereich der Standardisierungspolitik ist aber der ebenfalls Mitte der 1980er Jahre von der CEPT verabschiedete „Groupe Speciale Mobile“-Standard (GSM) für europäische Mobilfunknetze. Mittlerweile hat sich der GSM-Standard (passenderweise jetzt als „Global System for Mobile Communication“ ausbuchstabiert) als globaler Standard im Mobilfunk durchgesetzt. Bereits „Mitte 1993 hatten sich bereits 50 Länder für die Einführung der europäischen Norm beim Aufbau ihrer Mobilfunknetze entschieden. Bei vielen osteuropäischen Ländern ist eine ähnliche Weichenstellung zu erwarten. Das schafft Konkurrenzvorsprünge vor Japan und den USA, die ihre eigenen nationalen Standards weltweit durchsetzen wollen.“ (Huffs Schmid 1994, 65) Heute wird der GSM-Standard von mehr als 1,7 Mill. Menschen „in rund 200 Ländern und Gebieten der Welt als Mobilfunkstandard genutzt; dies entspricht einem Anteil von etwa 78 Prozent aller Mobilfunkkunden“ (Wikipedia: „GSM“)

Damit „wurden im Bereich der telekommunikationstechnischen Standardisierung und Normierung, der in Europa bis dahin von der CEPT dominiert war, wesentlich veränderte Akteursstrukturen bei der Ausgestaltung neuer Technologien geschaffen. So erhielt das Institut nicht nur sämtliche Aufgaben der entsprechenden Untergruppe der CEPT, man ließ erstmals auch Vertreter der Telekommunikationsherstellerindustrie und der kommerziellen Anwender zu den Verhandlungen zu.“ (Noppe 1997, 191)

„Neben den Post- und Fernmeldeverwaltungen können sich nun auch die Hersteller- und Anwenderindustrien, die Betreiber öffentlich zugänglicher Netze und andere interessierte und betroffene Institutionen beteiligen. Die Mitgliedschaft in ETSI ist zugleich für außereuropäische Unternehmen offen. Die offene Organisationsstruktur ist allerdings faktisch eine Struktur, die die Dominanz der industriellen Interessen stärkt, da ein erheblicher finanzieller und personeller Aufwand notwendig ist, um an komplexen Standardisierungsprozessen teilzunehmen.“ (Schaper-Rinkel 2002, 448)

Insofern damit „die territoriale Repräsentation wird durch eine funktionale Repräsentation abgelöst“ wird (Schaper-Rinkel 2002, 448), verschieben sich die Machtverhältnisse zugunsten der Marktakteure: „Bestimmt wird die Entwicklung von den Industrien, die die digitale Telekommunikationsinfrastruktur und die entsprechenden Komponenten herstellen. Die Kommission moderiert diesen Prozess und hat damit starke informelle Einflussmöglichkeiten.“ (Schaper-Rinkel 2002, 448)

Das im Jahr 1990 von der Kommission vorgelegte Konzept zur Beschleunigung und Europäisierung der Normung bedeutete eine Abkehr von der bisherigen „Detailharmonisierung“ und begründet den Beginn der strategischen Normierungsarbeit auf europäischer Ebene: In den von verbandsförmig organisierten, formell unabhängigen Gremien vorangetriebenen Normierungsprozessen sollen fortan sowohl das Wissen wie auch die Ressourcen europäischer Unternehmen von Beginn an stärker eingebunden werden. Durch die „direkte Beteiligung aller interessierten Gruppen an der Normungsarbeit“ (KOM (90) 456, 19) wurde das „technologiestrategische Definitionsmonopol der nationalstaatlichen Akteure“ aufgelöst (Schaper-Rinkel 1999, 36). Damit wird ein komplexer Modus der Steuerung und Regulierung der Normierung etabliert, bei dem der Kommission neben der Formulierung von prozeduralen Vorgaben und allgemeinen Zielvorstellungen auch die Orchestrierung des politischen Prozesses zufällt. Der CEPT wird damit die Rolle einer reinen Dachorganisation der nationalen Fernmeldeverwaltungen (bzw. später dann der nationalen Regulierungsbehörden) zugewiesen.

„In ihrer Mitteilung *Normung und die globale Informationsgesellschaft: Der europäische Ansatz* (KOM (96) 359) betont die Kommission, dass Normen nicht nur eine technische Angelegenheit sind, sondern ein wesentlicher Teil von internationaler Wettbewerbspolitik.“ (Schaper-Rinkel 2003, 115) Aufgrund sich verkürzender Produktzyklen soll eine Beschleunigung der Normierung erreicht werden. „Wie in den meisten Politikfeldern sucht die Kommission, die Rolle von Marktmechanismen zu verstärken. ‚Die Informationsgesellschaft wird vom Markt vorangetrieben. Die wichtigste Rolle bei der Aufstellung von Spezifikationen und Normen in diesem Bereich kommt den Marktteilnehmern zu.‘“ (Schaper-Rinkel 2003, 115f; zitiert KOM (96) 359, 16)

„Die Kommission befürwortet eine flexible, offene Workshop-Struktur, die es europäischen Unternehmen gestattet, sich an der internationalen IKT-Normung zu beteiligen. Sie sollten sich für international anerkannte Normen mit spezifischen europäischen Merkmalen einsetzen. (...) Die Europäische Kommission unterstützt die Festlegung flexibler Normungsverfahren unter Federführung der Industrie, um – abgesehen von den offiziellen europäischen Normen – technische Spezifikationen für die europäischen Marktteilnehmer zu erstellen.“ (KOM (96) 607, 9)

„In Folge dieser Politik sinkt die Bedeutung rein nationaler Normungsvorhaben, während die Zahl der europäischen Normen und Normungsvorhaben stark ansteigt (...).“ (Schaper-Rinkel 2002, 447, vgl. Voelzkow 1996, 284)

Im Hinblick auf die Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft lässt sich konstatieren, dass diese Organisationsform der Normierungsprozesse die Einflussmöglichkeiten der Beitrittsländer enorm einschränkt. Insofern nationalstaatliche Institutionen in den von Unternehmen auf europäischer Ebene organisierten Normierung an Einfluss verlieren, schwinden zum einen die Möglichkeiten für nationale Entwicklungsstrategien. Zum anderen wird diese Ebene von den wirtschaftlich starken, d.h. zumeist westeuropäischen Akteuren dominiert. „Von den 864 ETSI-Mitgliedern kommen bspw. 179 aus Großbritannien, 107 aus der BRD und 67 aus Frankreich. Aus Polen kommen dagegen nur 8 Mitglieder, aus Ungarn 5 und aus Tschechien 4 (...).“ (Schaper-Rinkel 2002, 448, vgl. [www.etsi.org](http://www.etsi.org)).

„Bereits jetzt haben die etablierten westeuropäischen Unternehmen erhebliche Vorteile durch die Erweiterung der EU-Normung auf die Beitrittskandidaten: Neben der Optimierung ihrer Absatzmöglichkeiten können sie mit der Übernahme von europäischen Normen und einem entsprechenden Normungsprozedere Produktions- und Zulieferernetze aufbauen, wie sie die Europäische Kommission als Voraussetzung für die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit sieht.“ (Schaper-Rinkel 2002, 448f)

### ***Wegbereitende Richtlinien...***

Über die Steuerung der Europäisierung der informationsgesellschaftlichen Politik durch Richtlinien, die von den nationalen Akteuren umzusetzen sind, „wird eine institutionelle Unsichtbarkeit europäischer Politik erreicht: Es gibt zwar eine Europäisierung der informationsgesellschaftlichen Politik, jedoch keine supranationalen neuen Institutionen im Sinne neuer Behörden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 232)

„Schubkraft erhielt die Europäisierung der Telekommunikationspolitik durch die Modifikation der institutionellen Grundlagen der Europäischen Gemeinschaft, als die Einheitliche Europäische Akte 1987 in Kraft trat. Das darin festgeschriebene Ziel, den europäischen Binnenmarkt bis Ende 1992 zu realisieren, bildete für die Kommission die Grundlage, ihre lange formulierten Ziele in der Telekommunikationspolitik nachdrücklich und mit höherer Geschwindigkeit durchzusetzen. Bis dahin hatte die Kommission argumentiert, die internationalen Märkte im Bereich der Telekommunikation erforderten einen großen Binnenmarkt für Geräte und Dienste, und versucht, die nationalen Netzbetreiber mit dieser Argumentation für eine europäische Politik zu gewinnen. Nun wurde der *politische* Beschluss zur Realisierung des Binnenmarktes als 'Sachzwang' genutzt, um die Kräfte unter Handlungsdruck zu

setzen, die sich der Neuordnung im Sinne der Kommission widersetzen.“ (Schaper Rinkel 1999, 34)

Beruhete das Handeln der Europäischen Kommission bis Mitte der 1980er Jahre auf den Grundlagen des europäischen Wettbewerbsrechts, der begrenzten Generalermächtigung und dem Art. 94, wird sie ab Ende der 1980er Jahre für ihre marktschaffenden Interventionen auf dem Gebiet der Telekommunikation zunehmend den Art. 86 heranziehen, in dem geregelt ist, „dass die Mitgliedsstaaten in Bezug auf ihre öffentlichen Unternehmen keine Maßnahmen ergreifen dürfen, die dem gemeinsamen Markt entgegenstehen und dass die Kommission auf die Anwendung dieses Artikels achtet und erforderlichenfalls entsprechende Richtlinien oder Entscheidungen an die Mitgliedsstaaten richtet“ (Schaper-Rinkel 2003, 168). Dies erlaubt ihr, anders noch als im auf Art. 83 gestützten British-Telecom-Fall, über den Einzelfall hinaus geltende, allgemeine Regelungen hervorzubringen. Darüber hinaus wurde „mit dem Art. 95 der EEA eine weitere Rechtsgrundlage für Harmonisierungsrichtlinien des Rates geschaffen“, mit dem der Rat „Maßnahmen zur Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten, welche die Errichtung und das Funktionieren des Binnenmarktes zu Gegenstand haben“ ergreifen kann (Schaper-Rinkel 2003, 168f).

Bereits im Jahr 1984, dem Jahr der Entflechtung AT&Ts, hatte der Europäische Rat auf Vorschlag der Kommission die Harmonisierung des Telekommunikationssektors, die vorsichtige Öffnung der Endgerätemärkte sowie die gegenseitige Konsultation der nationalen Fernmeldeverwaltungen bei der Einrichtung von neuen Diensten empfohlen. Die Kommission nimmt sich dieses Projekt der Harmonisierung nun Schritt für Schritt vor, wobei sie zunächst die Bereiche liberalisiert, die nicht in den unmittelbaren Hoheitsbereich der nationalstaatlichen Fernmeldeverwaltungen fallen, um den neu etablierten Rahmen dann schrittweise auszuweiten.

„Sie schlägt dem Rat Harmonisierungsrichtlinien gemäß Artikel 95 vor, die einheitliche Vorschriften für die Errichtung und den Betrieb von Telekommunikationsnetzen, die Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen und die Vermarktung von Endgeräten einführen und damit die technischen Voraussetzungen für den Marktzugang von neuen Anbietern schaffen sollen. Zum anderen arbeitet die Kommission mit Wettbewerbs-Richtlinien, die sie allein erlassen darf (...). Die Wettbewerbs-Richtlinien sorgen dafür, dass die Kompatibilität der Geräte, Netze und Dienste nicht nur eine theoretische, technische Möglichkeit bleibt, sondern tatsächlich (rechtlich zwingend) Konkurrenz zwischen verschiedenen Anbietern eingeführt wird.“ (Schaper-Rinkel 2003, 169; vgl. Schaper-Rinkel 2006, 232)

Eine erste Richtlinie über die gegenseitige Anerkennung von Allgemeinzulassungen von Endgeräten (ABl. 1986 L 217; vgl. Schaper-Rinkel 2003, 172) wird im Jahr 1986 verabschiedet. Mit dieser Richtlinie werden grundlegende Anforderungen wie die Veröffentlichung technischer Spezifikationen vorgeschrieben, um der europäischen Konkurrenz den Anschluss von Endgeräten in allen öffentlichen Kommunikationsnetzen zu ermöglichen. Im Mai 1988 (ABl. 1988 L 131) wird mit der Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt für Telekommunikations-Endgeräte dessen Öffnung bis 1992 vorangetrieben.

„Es geht der Kommission um die Abschaffung der Exklusivrechte der öffentlichen Fernmeldeunternehmen bei der Einfuhr, der Vermarktung, dem Anschluss und der Inbetriebnahme von Endgeräten. Die Mitgliedstaaten werden verpflichtet, dafür zu sorgen, dass die Telefongesellschaften ihren Leistungsbenutzern die freie Wahl der Endgeräte ermöglichen (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 170)

Mit der Richtlinie zur Angleichung der Rechtsvorschriften der Mitgliedsstaaten über Telekommunikationsendeinrichtungen, einschließlich der Anerkennung ihrer Konformität (ABl. 1991 L 128; vgl. Schaper-Rinkel 2003, 172) werden im Jahr 1991 tatsächlich einheitliche technische Spezifikationen für Endgeräte und deren Anschluss geschaffen (zuvor ging es ja nur um deren Veröffentlichung). Geräte, die den definierten Anforderungen entsprechen, müssen auch auf den Märkten der anderen Mitgliedsländer zugelassen werden (Schaper-Rinkel 2003, 172f). Tatsächlich beziehen sich diese Richtlinie nur auf einen relativ kleinen Teil des Gerätesektors, nämlich vor allen Dingen die technologisch zu diesem Zeitpunkt noch nicht sonderlich anspruchsvollen Telekommunikations-Endgeräte wie Telefon, Fax und Fernschreiber, die ab dem 1.7.1990 europaweit im freien Handel erhältlich werden sollen.<sup>304</sup>

Der Markt für Endgeräte war für die Kommission aber nur der erste Schritt in der Europäisierung der Telekommunikation. Neben der Telekommunikation als der entscheidenden Infrastruktur sind es primär die Dienste, die als entscheidender Wachstumsmarkt der Informationsgesellschaft gelten. Im Jahr 1990 wagt sie mit einer Richtlinie über den Wettbewerb auf dem Markt der Telekommunikations*dienste* nun den Angriff auf die Monopolrechte in diesem Bereich, indem sie die Aufhebung der „besonderen oder ausschließlichen Rechte bei der Erbringung von Telekommunikationsdienstleistungen“ – mit Ausnahme der Sprachtelefonie – anordnet (ABl. 1990 L 192, 10ff).<sup>305</sup> In der Konsequenz werden damit die Telekommunikations-Dienstleistungsmonopole aufgelöst. In den nachfolgenden juristischen Auseinandersetzungen darüber, ob die Kommission zu solchen Maßnahmen berechtigt ist, wurde die Richtlinie zwar teilweise vom EuGH aufgehoben, gleichzeitig wurde aber die Kompetenz der Kommission bestätigt, allgemeine Regeln zu erlassen, „mit denen die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten gegenüber den Telekommunikationsunternehmen präzisiert werden“ (Schaper-Rinkel 1999, 35, FN 3, vgl. Hellmann 1994: 116f) Damit waren „die Regulierungsvorstöße der Kommission durch die europäische Rechtsprechung abgesichert; der Spielraum nationaler Politik wurde reduziert; der Handlungsspielraum europäischer Regulierung wuchs.“ (Schaper Rinkel 1999, 34f)

---

<sup>304</sup> Auf diesen Teil des Gerätemarktes entfielen aber noch im Jahr 1991 „nur knapp 16% des gesamten Geräteumsatzes und 3,2% des gesamten Telekommunikationsgeschäftes“ (vgl. Huffs Schmid 1994, 60), die Kernbereiche des Gerätemarktes wie Vermittlungssysteme, Schaltzentralen, etc. bleiben bis auf weiteres „eine Domäne der jeweiligen nationalen Marktführer Alcatel, Siemens, Ericsson“ (Huffs Schmid 1994, 60).

<sup>305</sup> Diese sogenannten Mehrwertdienste machen zu diesem Zeitpunkt aber auch gerade mal 15% der Einnahmen aus Telekommunikationsdienstleistungen aus. Der einfache Telefondienst, aus dem die restlichen 85% der Einnahmen generiert werden, wird zwar sehr eng definiert (ABl. 1990 L 192, 15, vgl. Schaper-Rinkel 2003, 177), aber „als grundlegende öffentliche Infrastrukturleistung von der Marktöffnung aus[genommen]“ (Huffs Schmid 1994, 60).

Zwar lagen die Bereitstellung der Netz-Infrastruktur und sowie einiger Basisdienste wie insbesondere der Sprachtelefonie zunächst weiter in den Händen der staatlichen Monopole, gleichwohl war nun die Trennung von ordnungspolitischen (hoheitlichen) und betrieblichen Funktionen etabliert. Mit der Auflösung des Dienstemonopols galt es nun, Anbietern von Mehrwertdiensten, die über keinen eigenen Netzzugang verfügen, den „freien und undiskriminierten“ Zugang zu den Netzen zu verschaffen. Dies geschah ebenfalls im Jahr 1990 mit der auf Art. 95 beruhenden Richtlinie zur Einführung des offenen Netzzugangs für Anbieter und Anwender von Diensten, die sogenannte Open Network Provision (ONP) (ABl. 1990 L 192) , weitere Regelungen für Einzelbereiche (für Mietleitungen, ISDN, etc.) sollten folgen. „Im Kern wurden mit diesen Maßnahmen die technischen und institutionellen Plattformen für den Wettbewerb unterschiedlicher Diensteanbieter geschaffen (...).“ (Noppe 1997, 191). Für „die Erteilung von Betriebsgenehmigungen, die Überwachung von Zulassungen“ etc. ist in den Mitgliedsstaaten die Schaffung einer jeweils von den Ex-Monopolen ‚unabhängigen Einrichtung‘ vorgesehen. Damit wird die Trennung von hoheitlichen und wirtschaftlichen Aufgaben institutionalisiert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 174)

Entgegen des Widerstandes einzelner Nationalstaaten und der nationalstaatlichen Fernmeldebehörden ist damit über diesen eine wirkmächtige Diskursordnung etabliert. Insofern die EU den „Markt“ als das einzig legitime gesellschaftliche Organisationsmodell rechtlich setzt, werden die verbleibenden politischen Konflikte zu juristischen reartikuliert. Diese Neuinterpretation der Richtlinienkompetenz der Kommission wird von der Wettbewerbsdirektion – mit der Unterstützung des Kommissionspräsidenten Delors – zunächst sogar gegen die Stimmen des eigenen Juristischen Dienstes der Kommission und der Telekommunikationsdirektion durchgesetzt. „Nicht die Parlamente – seien es die der Mitgliedstaaten und/oder das Europäische Parlament – beschließen das neue Fernmelderecht, auch nicht der Rat, in dem immerhin die von den nationalen Parlamenten gewählten Regierungen vertreten sind, sondern die Kommission zwingt die nationalen Parlamente, ihr nationales Recht zu ändern (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 171). Zwar klagen Frankreich, Deutschland, Italien, Belgien und Griechenland gegen diese Interpretation der Richtlinienkompetenz vor dem Europäischen Gerichtshof, 1991 wird die Zuständigkeit der Kommission zumindest gegenüber den Staaten (wenn auch nicht der Monopolunternehmen selbst) bestätigt. In der Zwischenzeit jedoch hatten Frankreich und Deutschland die Richtlinie bereits umgesetzt, trotz ihrer Klagen, die sich allerdings hauptsächlich auf die Frage der Kompetenzen der Kommission und nicht auf den Inhalt der Richtlinie bezogen.

### ***...bis zur vollständigen Liberalisierung 1998***

Bei dem auf den „Telekom-Review“ von 1992 folgenden Konsultationsprozess mit Akteuren aus dem Sektor kann die Kommission nun eine breite Unterstützung für weitere Liberalisierungsschritte feststellen:

„Die Netzbetreiber entwickeln eine Selbstdefinition als selbständige, von der staatlichen Regulierung unabhängige Akteure und bilden ein unternehmerisches Selbstbewusstsein heraus. Sie wenden sich nun nicht mehr – wie zuvor – gegen die Deregulierung, sondern bemühen sich um gute Startpositionen am Markt für die Zeit der vollständigen Liberalisierung. Entsprechend wandelt sich auch das

Selbstverständnis der Regulierungsstellen von dem eines Bündnispartners der Netzbetreiber zu dem eines Kontrolleurs (Schmidt 1998, 145).“ (Schaper-Rinkel 2003, 175f)

Die Akteure auf dem Feld der Telekommunikation hatten – ob globalen Verschiebungen auf dem Telekommunikationsmarkt und dem europäischen Binnenmarktprojekt – die Zeichen der Zeit erkannt, auch die Privatisierung der meisten europäischen Telekommunikationsverwaltungen war entweder bereits abgeschlossen oder in die Wege geleitet. In einer Entschließung des zuständigen Ministerrat im Juli 1993 konnte deshalb eine grundsätzliche Öffnung aller Dienste für den internationalen Wettbewerb, auch der bisher ausgenommenen öffentlichen Sprachtelefonien, bis zum 1.1.1998 beschlossen werden (vgl. Noppe 1997, 194, vgl. KOM (94) 440, 11), „wobei das, was die Kommission über Jahre politisch vorangetrieben hat, als Sachzwang dargestellt wird: Es werde „allgemein anerkannt, dass die Liberalisierung des Marktes für Telekommunikationsdienste das unumgängliche Ergebnis der Technologie- und Marktentwicklung ist.“ (Schaper-Rinkel 2003, 176, zitiert ABI. 1993 C 213, 1).

Wenngleich dieser Beschluss zu diesem Zeitpunkt noch keinen rechtsverbindlichen Charakter hatte, wurde die „Bereitstellung und Weiterentwicklung eines universellen Telekommunikationsdienstes zu einem erschwinglichen Preis für alle Benutzer“ als „Eckpfeiler der Telekommunikationspolitik der Gemeinschaft“ gesetzt (zit.n. Huffschild 1994, 61). Damit war auch der „universal service“ in die Hände von Marktkräften überantwortet, dieser solle über eine zeitlich befristete Sonderstellung der privatisierten Nachkommen der bisherigen nationalen Fernmeldeverwaltungen sichergestellt werden. Zur „Entwicklung eines universellen Dienstes in einem wettbewerbsorientierten Umfeld“ veröffentlichte die Kommission im November 1993 vier Grundsätze: zur Universalität, zum freien Zugang, zur Gleichbehandlung und zur Anpassungsfähigkeit im Bereich der Telekommunikation (KOM 1993/159). Im gleichen Dokument unterbreitet die Kommission auch die strategischen Schritte für den weiteren, nun nicht mehr hinterfragten Liberalisierungsprozess.

In dem ersten Teil des im Oktober 1994 veröffentlichten Grünbuches „über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze: Grundsätze und Zeitrahmen“ (KOM (94) 440) wird neben der Liberalisierung aller Dienste nun auch die Liberalisierung der Infrastrukturen gefordert, die „mit dem Zeitplan für die vollständige Liberalisierung der Telekommunikationsdienste verbunden werden“ solle (KOM (94) 440, 11). Unter einem sehr selbstreferentiellen Rekurs auf die in dem im Juni 1994 vorgestellten Bericht „Europa und die globale Informationsgesellschaft“ (wir werden diesen als Bangemann-Bericht weiter unten noch genauer unter die Lupe nehmen) enthaltenen Forderungen nach einer beschleunigten Liberalisierung auch der Netz-Infrastruktur und einer vollständigen Auflösung der Monopole und dem im Juli 1994 veröffentlichten Aktionsplan „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“ – einer Art europäischen Antwort auf die Clinton/Gore-Initiative, die die diesbezüglichen Punkte aus dem Bangemann-Bericht übernimmt –, wird geschlossen:

„Das Ergebnis des Bangemann Berichts zeigt, dass die Entwicklung neuer Märkte am besten in einem offenen, wettbewerbsorientierten Umfeld voranschreitet. Die öffentliche Hand kann sich nicht länger die hohen Investitionskosten leisten, die erforderlich sind, um ihre nationale Telekommunikationsindustrie auf dem internationalen Parkett wettbewerbsfähig zu halten, zumal diese Investitionen zu Lasten von Maßnahmen im sozialen Bereich getätigt werden müssen. Ein liberalisierter Markt für Dienste und Infrastrukturen wird dazu verhelfen, Einkünfte zu erzielen, die nötig sind, um mit Hilfe der erforderlichen gewaltigen privaten Investitionen die Informationsgesellschaft verwirklichen zu können. Dadurch werden die Regierungen von erheblichen politischen und wirtschaftlichen Zwängen befreit und statt dessen werden Einkünfte erzielt, die für Investitionen im Gesundheits- und Erziehungswesen oder im Kulturbereich genutzt werden können. (KOM (94) 440, 6)

Für die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes sei die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur von entscheidender Bedeutung, um bestehende Engpässe im Infrastrukturausbau zu beseitigen sowie niedrigere Tarifen, eine größere Auswahl an Diensten und eine höhere Angebotsqualität zu erreichen (KOM (94) 440, 4, 25f). (Zudem werden in dem Grünbuch noch – sehr pauschal – weitere Vorteile für Unternehmen, die Beschäftigung usw. aufgezählt, vgl. KOM (94) 440, 3f).

Die Liberalisierung der Infrastrukturen – ebenfalls bis zum 1.1. 1998 – wird im November 1994 vom Ministerrat angenommen, 1996 wird die Richtlinie zur Einführung des vollständigen Wettbewerbs auf den Telekommunikationsmärkten verabschiedet (ABl. 1996 L 74, 13).

„Die Politik der Kommission, die Entwicklung der Telekommunikation über Richtlinien zu steuern, ist ausgesprochen erfolgreich. Die wichtigsten Richtlinien, die bis zum 1. Januar 1998 einen liberalisierten und harmonisierten europäischen Telekommunikationsmarkt gewährleisten werden, sind zum anvisierten Zeitpunkt tatsächlich von allen Mitgliedsländern umgesetzt (...)“ (Schaper-Rinkel 2003, 177).

Denn parallel, komplementär und subsidiär zu diesen zunächst vorsichtigen, dann radikalen Liberalisierungsbemühungen verliefen die Privatisierungsprozesse in den einzelnen Mitgliedstaaten. Noch vor der vollständigen Liberalisierung des Telekommunikationssektors waren zumindest in den europäischen Kernländern die entsprechenden institutionellen Restrukturierungen vorgenommen worden, um deren Telekommunikationsunternehmen in eine aussichtsreiche Stellung zu bringen.

„Die allenthalben zu beobachtenden Megafusionen und Allianzen von Netzbetreibern, Computerindustrie und Mediengiganten sowie die publikumswirksamen Diskussionen um die sog. „Informationsgesellschaft“ sind Strategien verschiedener Akteure, günstige Ausgangspositionen für die neuen Formen des tradisierten Konkurrenzkampfes zu erringen.“ (Noppe 1997, 193)

Die Tatsache, dass auf europäischer Ebene die Stimmung so plötzlich zugunsten der Auflösung der jahrzehntelangen Akteursstrukturen des Telekommunikationswesens in Richtung vollständigem Dienste- und Netzettbewerb kippen konnte, begründet sich u.a. mit der Repositionierung eines politischen und ökonomischen Schwergewichts.

## **Überblick über die diskursiven Steuerungsinstrumente der Kommission**

Unterhalb der rechtlich bindenden Ebene von Verträgen, Richtlinien und Verordnungen bedient sich die Kommission unterschiedlicher diskursiver Steuerungsinstrumente, um Diskurse zu Leitbildern und schließlich zu konkreten Maßnahmen zu verdichten.

„In den 70er und 80er Jahren bilden einige Memoranden zentrale Dokumente zur Orientierung und Koordinierung der Europäisierung.<sup>306</sup> (...) Seit Mitte der 80er Jahre werden zunehmend Grünbücher und Weißbücher (...) veröffentlicht, um bedeutsame richtungsweisende Positionen zu präsentieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 93)

„Grünbücher“ sind von der Kommission veröffentlichte, halbamtliche Mitteilungen, die eine Diskussion über einen bestimmten Politikbereich eröffnen sollen und eine breite Meinungsbildung auf einem bestimmten Stand des Diskurses ermöglichen sollen. Sie richten sich vor allem an interessierte Dritte, Organisationen und Einzelpersonen, die dadurch im Vorfeld von politischen Entscheidungen die Möglichkeit erhalten, an den Konsultations- und Beratungsprozessen teilzunehmen. In diesem Sinne zeichnen sich Grünbücher durch eine relative Offenheit für Vorschläge und Kritik – innerhalb eines bestimmten diskursiven Rahmens – aus.

„Die europäischen Grünbücher werden verstärkt produziert, eingesetzt und gewinnen an Bedeutung, seit sich die Kommission in der Spätphase der Amtszeit von Jacques Delors in den 90er Jahren den Grundsätzen der Transparenz, Offenheit und Bürgernähe verpflichtet sieht.“ (Schaper-Rinkel 2003, 94)

### *- Relevante Grünbücher*

- Fernsehen ohne Grenzen: Grünbuch über die Errichtung des gemeinsamen Marktes für den Rundfunk, insbesondere über Satellit und Kabel; KOM(84) 300, Mai 1984
- Auf dem Wege zu einer dynamischen europäischen Volkswirtschaft, Grünbuch über die Entwicklung des gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte; KOM(87) 290, Juni 1987
- Auf dem Wege zu europaweiten Systemen und Diensten - Grünbuch über ein gemeinsames Vorgehen im Bereich der Satellitenkommunikation in der Europäischen Gemeinschaft; KOM(90) 490, November 1990
- Grünbuch der EG-Kommission zur Entwicklung der europäischen Normung: Maßnahmen für eine schnellere technologische Integration in Europa; KOM(90) 456, Oktober 1990;
- Pluralismus und Medienkonzentration im Binnenmarkt – Bewertung der Notwendigkeit einer Gemeinschaftsaktion; KOM(92) 480, Dezember 1992
- Grünbuch über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze : Teil 1 - Grundsätze und Zeitrahmen; KOM(94) 440, Oktober 1994

---

<sup>306</sup> „1970 veröffentlicht die Kommission ein Memorandum für eine gemeinschaftliche Industriepolitik. 1985 bildet das *Memorandum für eine Europäische Technologiegemeinschaft* (KOM 1985/350, KOM 1985/530) das Schlüsseldokument für das Leitbild der Europäischen Technologiegemeinschaft.“ (Schaper-Rinkel 2003, 93)

- Grünbuch über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze - Teil II - Ein gemeinsames Konzept zur Bereitstellung einer Infrastruktur für Telekommunikation in der Europäischen Union; KOM(94) 682, Januar 1995
- Auf dem Weg zu Personal Communications: Grünbuch über ein gemeinsames Konzept für Mobilkommunikation und Personal Communications in der Europäischen Union; KOM(94) 145, April 1994
- Strategische Optionen für die Stärkung der Programmindustrie im Rahmen der audiovisuellen Politik der Europäischen Union – Grünbuch; KOM(94) 96, April 1994
- Grünbuch zur Innovation; KOM(95) 688, Dezember 1995
- Grünbuch - Urheberrecht und verwandte Schutzrechte in der Informationsgesellschaft; KOM(95) 382, Juli 1995
- Kommerzielle Kommunikationen im Binnenmarkt - Grünbuch der Kommission; KOM(96) 192, April 1996
- Grünbuch - "Leben und Arbeiten in der Informationsgesellschaft: Im Vordergrund der Mensch"; KOM(96) 389, Juli 1996
- Auf dem Weg zu einem europäischen Numerierungsumfeld - Grünbuch über ein Numerierungskonzept für Telekommunikationsdienste in Europa; KOM(96) 590, November 1996
- Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen - ein Schritt in Richtung Informationsgesellschaft; KOM(97) 623, Dezember 1997
- Grünbuch zur Frequenzpolitik in Verbindung mit Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft für Bereiche wie Telekommunikation, Rundfunk, Verkehr und FuE; KOM(98) 596, Dezember 1998
- Informationen des öffentlichen Sektors - Eine Schlüsselressource für Europa - Grünbuch über die Informationen des öffentlichen Sektors in der Informationsgesellschaft; KOM(98) 585, Januar 1999

Während Grünbücher also eine breite Palette an Ideen präsentieren und zur öffentlichen Diskussion stellen, werden in den „Weißbüchern“ – zwar noch nicht förmlich ausgearbeitete – die Ergebnisse solcher Debatten konkretisiert und Vorschläge für ein Tätigwerden der Gemeinschaft in bestimmten Politikbereichen formuliert.

- *Relevante Weißbücher*

- Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung - Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert – Weißbuch; KOM(93) 700, Dezember 1993
- Weißbuch - Vorbereitung der Assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt der Union; KOM(95) 163, Mai 1995

Neben den Memoranden, Grün- und Weißbüchern und „unterhalb der Ebene bzw. zeitlich vor und nach dem Erlass von verbindlichen Rechtsakten“ (Schaper-Rinkel 2003, 94) gibt es eine Vielzahl von sogenannten „KOM-Dokumenten“ (wie Vorschläge, Empfehlungen,

Mitteilungen, Berichte, Analysen, Begründungen, Stellungnahmen, Entwürfe, Verordnungen, Entscheidungen, etc.), über die die Kommission ihre Auslegung der Vertragsziele sowie den Entwurf von politischen Leitlinien konkretisiert.

Eine besondere Bedeutung in diesem Zusammenhang kommt den rechtlich nicht bindenden „Aktionsplänen“ zu, mit denen die Kommission ihre Initiativen zu Maßnahmen konkretisiert, die Anforderungen an europäische und mitgliedstaatlichen Institutionen präzisiert und deren Umsetzung durch die Festlegung von Zeitpläne vorantreibt. Diesen wird insbesondere im Zusammenhang mit der eEurope-Initiative, die im Umfeld der sogenannten „Lissabon-Strategie“ verabschiedet wird, eine besondere Bedeutung zukommen.

### **Überblick über die verschiedenen EU-Programme zur Informationsgesellschaft**

Die Initiativen zur „Europäische Informationsgesellschaft“ werden auf europäischer Ebene vor allen Dingen durch unterschiedliche Programme ins Werk gesetzt, deren Überblick (Stand Ende der 1990er) das Panorama der EU-Bemühungen auf diesem Feld skizziert:

<b>ESPRIT</b>	Im Rahmen des „European Strategic Programme for Research and Information Technologies“ sollten Unternehmen zusammen mit Universitäten und Forschungseinrichtungen gemeinsame Forschungs- und Entwicklungsprojekte im „vorwettbewerblichen Bereich“ der Mikroelektronik, Softwaretechnologie, Informationsverarbeitung, Bürosysteme und computerintegrierten Fertigung verfolgen. Das mit dem ersten Forschungsrahmenprogramm im Jahr 1984 gestartete ESPRIT-Programm wird bis zum Ende des vierten Forschungsrahmenprogramm 1998 weitergeführt werden. Obwohl Forschung und Entwicklung zunehmend anwendungsorientiert erfolgte, lag der Erfolg von ESPRIT nicht so sehr in den geförderten Forschungsprojekte, sondern in der Etablierung einer neuen Kooperationsform zwischen Kommission, Industrie und Wissenschaft.
<b>ETS</b>	Das “European Trusted Services” Programm (ETS) geht seit 1992 den Fragen nach der Durchsetzung elektronischer Signaturen und der Vertrauenswürdigkeit von Dienstleistungen nach.
<b>EUMEDIS</b>	Das Programm “Euro-Mediterranean Information Society” (EUMEDIS) ist ein regionales MEDA-Projekt („Mésures d’accompagnement financières et techniques“ – Finanzielle und technische Begleitmaßnahmen“), mit dem europäisch-mediterranischen Forschungszusammenhänge gestärkt und Pilotprojekte vorbereitet werden sollen.
<b>IDA</b>	Das Programm “Interchange of Data between Administrations“ (IDA) soll den Aufbau telematischer Verbindungen zwischen öffentlichen Verwaltungen in Europa unterstützen, um deren Dienstleistungen gegenüber Unternehmen und BürgerInnen effizienter, transparenter und reaktionsfähiger zu machen.

<b>INFO 2000</b>	Dieses zwischen 1996 und 1999 durchgeführte Programm sollte die aufkommende Multimedia-Programmindustrie in der Wahrnehmung und Ausbeutung neuer Geschäftsmodelle unterstützen. Damit sollte auf der einen Hand die Entwicklung einer global wettbewerbsfähigen europäischen Programmindustrie im Sinne von ökonomischem Wachstum und dem Ausbau von Beschäftigungsverhältnissen unterstützt werden, auf der anderen Hand die Bedürfnisse europäischer Unternehmen und BürgerInnen nach informationellen Inhalten befriedigt und individuelle, soziale und kulturelle Entwicklungsprozesse angestoßen werden.
<b>ISIS</b>	Das "Information Society Initiatives in Standardization" (ISIS) ist ein industrie- und marktorientiertes Programm (kein Forschungs- oder Entwicklungsprogramm), mit dem die Standardisierung im Bereich der IKT vorangetrieben werden soll, indem europäische Projekte, die Standards demonstrieren, anwenden oder bestätigen, eine bis zu 50%ige Kofinanzierung beantragen können.
<b>IST</b>	Das "Information Society Technologies" Programme (IST) ist ein zentraler Bestandteil im Bereich der Forschung und Technologieentwicklung des fünften europäischen Forschungsrahmenprogramms (1998-2002) und ist analog zu der Konvergenz von Informationsverarbeitung, Telekommunikation und Medientechnologie als ein integriertes Programm implementiert.
<b>MLIS</b>	Das "Multilingual Information Society"-Programm (1997-1999) soll die öffentliche Aufmerksamkeit und die Verfügbarmachung von mehrsprachigen Dienstleistungen in der Gemeinschaft steigern. Durch den Einsatz von Sprachtechnologien, finanziellen Mitteln und Standards sollen günstige Bedingungen für die Entwicklung der "Sprachindustrien" geschaffen werden, die Kosten für einen Informationsaustausch über sprachliche Grenzen hinweg gesenkt werden (insbesondere für KMU) und die linguistische Diversität in der Gemeinschaft gefördert werden.
<b>PROMISE</b>	Das Programm zur „Promotion of the Information Society in Europa“ (PROMISE) wurde Ende März 1998 vom Europäischen Rat verabschiedet, um das öffentliche Bewusstsein hinsichtlich der Informationsgesellschaft und ihrer Auswirkungen in Europa zu schärfen, ihr sozio-ökonomisches Potential zu optimieren und die europäische Position in einer globalen Informationsgesellschaft zu stärken, die Menschen zur aktiven Teilnahme an diesen Veränderungen zu motivieren und die Synergieeffekte zwischen den verschiedenen Initiativen in Europa zu fördern. (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 193; ABl. 1998 L 107) Mit einem Etat von nur 25 Mio. € für diese ehrgeizigen Ziele für einen Zeitraum von 1998 bis 2002 „ist die fehlende Wirksamkeit (...) bereits vorgezeichnet.“ (Schaper-Rinkel 2003, 193)
<b>RACE</b>	Über das Forschungs- und Entwicklungsprogramm RACE (Research and Development in Communications Technologies in Europe) sollte der Forschungs- und Entwicklungsprozess im Bereich der Breitbandkommunikation europäisch koordiniert werden.
<b>SPRINT</b>	Die "Software Plattform for Integration of Engineering and Things" ist eine Kollaboration zwischen europäischen den Forschungseinrichtungen und der führenden Industrie, um über eine internetbasierte Plattform, um insbesondere bei komplexen industriellen Entwicklungsprozessen deren unterschiedlichen Stufen von miteinander zu vernetzen und auf diese Weise Synergie-Effekte zu erzielen und redundante Prozesse zu minimieren.

<b>SPRITE-S<sup>2</sup></b>	Die Initiative "Support and Guidance to the Procurement of Information and Telecommunication Systems and Services" (SPRITE-S <sup>2</sup> ) sollte zwischen 1997 und 1998 die Anwendung, Bestätigung und Demonstration von existierenden und neuen Methoden und Anwendungen im Hinblick auf die öffentliche Anschaffung von IKT-Systemen und Diensten fördern.
<b>STAR</b>	Über das Programm "Special Telecommunications Action für Regional Development" sollten die Möglichkeiten, das Potential einer Kommunikationsinfrastruktur und darüber vermittelte Dienste und Anwendungen für die regionale Entwicklung auszuschöpfen, eruiert und umgesetzt werden. Teilgenommen haben Vertreter von Spanien, Portugal, Griechenland, Frankreich, Irland und Nord-Irland.
<b>TEN-Telecom</b>	Das "Trans-European Telecommunications Networks"-Programm (TEN-Telecom) ist Teil der "Trans-European Networks" Initiative, das den europaweiten Einsatz von sozio-ökonomisch wertvollen, auf den globalen Telekommunikationsnetzwerken beruhenden elektronischen Anwendungen und Dienstleistungen fördert. Insbesondere soll die Hürde einer technisch ausgereiften Entwicklung bei ihrem Eintritt auf den globalen Markt überbrückt werden, indem es zur Überprüfung der Marktgängigkeit und der Frühphase solcher Anwendungen und Dienstleistungen ermutigt.
<b>Women and Science</b>	Das Ziel des "Women and Science"-Programms ist die Ermutigung von Frauen zur Teilnahme an europäischen Forschungsprozessen. Innerhalb der Kommission arbeiten Arbeitsgruppen an der Koordinierung der Maßnahmen der Mitgliedsstaaten und der EU.

Das **Information Society Project Office (ISPO)** hat zudem folgende Projekte gefördert:

<b>Epsilon</b>	Die "European Pilot Site for Industrial and Local Networks" wurde im August 1998 im Rahmen von PROMISE gestartet, um die Hürden für den Einsatz von lokalen Industrienetzwerken anzugehen, die insbesondere für die Integration der KMU in die Informationsökonomie von Bedeutung sind. Hierzu wurden 15 Pilotprojekte in 8 Mitgliedstaaten implementiert.
<b>ESIS</b>	Der "European Survey of Information Society" (ESIS) ist ein Projekt Inventar. In den Datenbanken von ESIS werden alle Projekte und Organisationen im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft gesammelt. (Im Januar 1999 waren 1943 Projekte aufgeführt.)
<b>GIP</b>	Das Global Inventory Project (GIP) sollte über eine zentrale, mehrsprachig bedienbare Suchmaschine einen einfachen Zugang zu allen Projekten, Studien, Initiativen etc. zur Förderung und Entwicklung der Informationsgesellschaft herstellen.

Betrachtet man die Programmnamen „ESPRIT“, „RACE“ oder „SPRINT“, wird deutlich, dass die Kommission mit den Akronymen „eine eigene diskursive Kunstform“ entwickelt hat:

„Die Akronyme für Projekte und Programme sind ein diskursives Mittel, der Programmatik ein eigenes kurzes Label zur Wiedererkennung zu geben und damit eine Art sprachliches Logo zu verleihen. (...) Die Akronyme der wichtigsten Programme und Initiativen sind nicht technisch im engeren Sinne bestimmt, sondern knüpfen an weiträumige Denkmuster an.“ (Schaper-Rinkel 2003, 103f)

### **Zwischenfazit: Deregulierung und Reregulierung**

Wie bereits gezeigt, eignete sich die Telekommunikation als der Bereich, in dem die Kommission seit Anfang der 1980er Jahre die Ausweitung ihres politischen Handlungsspielraums auslotete. Um die Europäisierung des bis dahin nationalstaatlich organisierten Telekommunikationssysteme voranzutreiben, baute sie ein Netzwerk von industriellen Bündnispartnern auf, innerhalb dessen zukunftsorientierte Fragen wie die einer Digitalisierung, Dezentralisierung und Integration der europäischen Telekommunikationsinfrastrukturen im Sinne der „europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ bearbeitet werden konnten, zunächst ohne dabei „eine direkte Konfrontation mit den nationalen Fernmeldeverwaltungen“ zu riskieren (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 233).

Um einen politischen Zugriff auf die nationalstaatlichen Telekommunikationsinfrastrukturen zu bekommen, „geht die Europäisierung unter den gegebenen marktzentrierten Rahmenbedingungen der Verträge mit der Schaffung eines Marktes einher.“ (Schaper-Rinkel 2003, 232) Auf die gemeinsamen Forschungsprojekte zur technischen Realisierung einer offenen, integrierten Infrastruktur folgte eine politisch-juristische Integration, in der die Kommission die Einzelstaaten durch verschiedene Richtlinien zwang, die Rahmenbedingungen für einen marktförmigen „Europäischen Telekommunikationsraum“ zu schaffen. Begünstigt wird diese politische Strategie durch die von den USA ausgehenden Impulse auf dem Weltmarkt der Telekommunikation und einer rasant fortschreitenden Kapitalisierung der Akteure auf ebendiesem, den marktfixierten Rahmenbedingungen des europäischen Vertragswerks, flankiert durch die Realisierung des Binnenmarkt-Projektes und einer Hegemonie/Vorherrschaft neoliberaler Positionen in der Folge der globalen ökonomischen Restrukturierungen nach dem Epochenbruch 1989.

Während der 1980er Jahre wandelte sich der zuvor nationalstaatlich-hoheitlich gefasste Telekommunikationssektor „zu einem ökonomisch und gesellschaftspolitisch heftig umkämpften Schlachtfeld, in dem die Parolen für Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung, Kommerzialisierung und Rückführung bzw. Abschaffung des politischen Infrastrukturauftrags besonders laut ertönen (...)“ (Esser/Lüthje/Noppe 1997, 11). Auch die Kommission wird deregulierend und liberalisierend<sup>307</sup> in die nationalstaatlichen

---

<sup>307</sup> Sowohl Liberalisierung, d.h. „die ‚Befreiung‘ des Außenhandels von jeglicher Art der Beschränkung“ (Schaper-Rinkel 2003, 165) als auch Deregulierung, „gemeinhin definiert wird als ‚Abbau bestehender Eingriffe‘ in den Wettbewerb auf den Märkten in Form von Vorschriften und Marktzutrittsschranken“ setzen beide als Prämisse, dass „der quasi natürliche Zustand der des Wettbewerbs sei, in den dann irgendwann gegen die Natur der Sache eingegriffen wird. Doch Märkte sind politische Institutionen, die in historischen Kämpfen entstanden sind und weiter entstehen. Auch heute wird der freie Wettbewerb erst mittels juristischer Normen hergestellt, mit denen zugleich die Normen aus der Zeit der fordistischen Regulierung außer Kraft gesetzt werden. Die Normen bestimmen, wann und unter welchen Umständen etwas ein handelbares Gut ist. Die flächendeckende Infrastruktur, die heute so begehrt und umkämpft ist, wäre nicht in dieser Form entstanden, wenn sie

Konstellationen eingreifen, um einen bestimmten, europäischen Telekommunikationsmarkt entweder zu schaffen oder zu regulieren.

Mithilfe des europäischen Wettbewerbsrechtes hebt sie die die nationalen Entwicklungsgemeinschaften zwischen staatlichen Fernmeldeverwaltungen und ihren Hoflieferanten auf, schafft Märkte und setzt schrittweise deren Liberalisierung der Märkte für Endgeräte, Mehrwert- und Basis-Dienste sowie der Netze durch. „Die europäische Politik bricht mit der Tradition nationalstaatlicher Begrenzung der Infrastruktur, bricht die Macht der nationalen Monopole, löst die hierarchische Technologieentwicklung auf und organisiert eine neue Architektur der europäischen Telekommunikation.“ (Schaper-Rinkel 2003, 234)

Die Technologieentwicklung wird fortan dezentral und auf europäischer Ebene über „die Etablierung europäischer Netzwerke zur Entwicklung einer digitalen Infrastruktur, die gemeinsame Forschung für diese Infrastruktur und (als Resultat von Netzwerkbildung und Forschung und als Voraussetzung für die tatsächliche Europäisierung) die Etablierung europäischer Standards, die eine ungehinderte Kommunikation über verschiedene Netze hinweg ermöglichen“ koordiniert (Schaper-Rinkel 2003, 234f).<sup>308</sup>

„Mit der Dezentralisierung und De-Hierarchisierung der Technologieentwicklung ermöglicht sie [die Kommission, MH] die beschleunigte Entwicklung und Ausdifferenzierung von teledigitalen Dienstleistungen. Zugleich forciert sie die Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Mikroelektronik, Unterhaltungselektronik, Dienstleistungen und ‚Content‘.“ (Schaper-Rinkel 2003, 236)

Seitdem schreitet „mit rasanter Geschwindigkeit, und im Detail kaum noch überschaubar, (...) die Transnationalisierung der Produzenten von informations- und kommunikationstechnischen Geräten sowie der Anbieter von Telefondiensten voran, ebenso der Ausbau und die Organisation der grenzüberschreitenden Forschung und der Technologieentwicklung.“ (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 11)

Die Auflösung der nationalen, fordistischen Telekommunikationsregime endet nicht in der Aporie der „Deregulierung“, vielmehr werden die politisch geschaffenen, europaweit-transnationalen Märkte und Produktionsnetzwerke auf supranationaler Ebene „rereguliert“.<sup>309</sup>

---

nicht in ihrer historischen Form, nämlich der Organisierung über eine zentral planende und verteilende Instanz, aufgebaut worden wäre. Bei der Deregulierung der bestehenden terrestrischen Telekommunikation kann es im engeren Sinne nicht um den Abbau von Eingriffen gehen, sondern nur um eine neue Form der Regulierung. Es geht um die Frage, wer die Infrastruktur erhält, - d.h. es geht nicht um Deregulierung, sondern um Privatisierung/Kapitalisierung -, und wer für den Erhalt sowie die Weiterentwicklung der Infrastruktur zahlt und wer zu welchen Bedingungen diese Infrastruktur nutzen kann.“ (Schaper-Rinkel 2003, 165)

<sup>308</sup> Ihren schwindenden Einfluss auf die Technologieentwicklung suchen die Netzbetreiber mit dem im März 1991 gegründeten European Institute for Research and Strategic Studies in Telecommunications GmbH (EURESCOM) zu sichern. Im Unterschied zu der „vorwettbewerblichen“, d.h. praxisfernen und nicht verwertungsorientierten Zusammenarbeit im Rahmen von RACE, sind die Forschungsaktivitäten der etwa 20 europäischen Netzbetreiber hier stark auf den Verwertungsaspekt ausgerichtet (vgl. Noppe 1997, 193). „Die Gründung von EURESCOM läßt sich als deutliche Reaktion der Netzbetreiber auf die veränderten Akteursstrukturen und Kräfteverhältnisse in der europäischen Telekommunikation interpretieren.“ (Noppe 1997, 192).

<sup>309</sup> „Solange die Nationalstaaten den analytischen Ausgangspunkt der Betrachtung bilden, hat die dominante Rede von der *Deregulierung* und Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur eine

Mit der Transformation des zu Regulierenden – „weg von der *öffentlichen Versorgung* mit Telekommunikationsdienstleistungen; hin zur Entwicklung von europäischen *Märkten* für Telekommunikation“ (Schaper-Rinkel 2003, 186) – wie auch den Verschiebungen in den institutionellen Bedingungen und der diskursiven Ordnung auf europäischer Ebene, die sich aus dem Transfer der Regulierungskompetenz auf die supranationale Ebene ergeben, geht allerdings auch ein Formwandel der Regulierung einher: „Die neuen Regulierungsmechanismen sind indirekter und dezentraler. Macht scheint zu diffundieren; ist nicht mehr in der früheren Eindeutigkeit in zentralen Institutionen lokalisierbar“ (Schaper-Rinkel 1999, 51) oder verschwindet hinter Richtlinien, Mitteilungen und Entschlüsse.

Über den gezielten Aufbau von Akteursnetzwerken soll eine Beschleunigung des Innovationsprozesses erreicht werden. Dazu fördert die Kommission

„die Vernetzung verschiedenartiger Institutionen (Universitäten, Forschungszentren, Unternehmen, Industrieverbände) und unterschiedlicher Unternehmen (Industrie und Dienstleistung, KMU und Global Player). Entgegen dem früheren Modell, in dem Forschung und Entwicklung als linearer Prozess von der Grundlagenforschung über die Entwicklung bis zur Anwendung gedacht und organisiert war, soll mit der umfassenden Vernetzung eine permanente Rückkoppelung zwischen Forschung, Entwicklung und Anwendung organisiert werden.“ (Schaper-Rinkel 1999, 41)

„Als dominantes Motiv für die neuen Institutionalisierungsformen gilt die Trennung der hoheitlichen von den wettbewerblichen Aktivitäten der Netzbetreiber, die sich auch in den transnationalen Organisationsformen widerspiegelt.“ (Noppe 1997, 193) Auf der Grundlage dieser Trennung fällt nun der Kommission die Aufgabe zu, „das Marktverhalten öffentlicher und privater Anbieter [zu] überwachen, um Quersubventionierungen oder Machtmissbrauch durch Monopolpositionen zu verhindern.“ (Noppe 1997, 191) Mit der Trennung von hoheitlichen und wirtschaftlichen Tätigkeiten und insbesondere dem Abbau der Quersubventionierung<sup>310</sup> wird die Statik der bisherigen nationalstaatlichen Telekommunikationssysteme in Frage gestellt. Mit der Herauslösung des gesellschaftlichen Versorgungsauftrages aus dem nationalen Rahmen und seiner Rekonstituierung als Markt auf europäischer Ebene verengt sich dieser wiederum „zum Auftrag zur Förderung bestimmter Kapitalgruppen“ (Huffschild 1994, 98), wie die „EuropäerInnen nicht mehr als (gleiche) BergerInnen, sondern als (ungleiche) KonsumentInnen“ ihren Zugang zur Informationsgesellschaft erhalten (Schaper-Rinkel 2003, 186).

„(...) mittels der ONP-Politik und der Reorganisation des institutionalisierten Forschungs-, Standardisierungs- und Regulierungsfeldes [etablieren sich auf supranationaler Ebene] neue Akteurskonstellationen“ (Noppe 1997, 193), in denen sektorale Interessen, insbesondere die Interessen der großen Unternehmen und kommerziellen Nutzer an politischer Macht gewinnen. Dies zum einen, weil sie aufgrund ihrer Präsenz, Ressourcen, Organisationsformen und exklusiven Zugängen strategische Vorteile auf dem strukturell

---

hohe Plausibilität. Ist dagegen (...) Europa der Bezugspunkt, so gerät die Regulierung in den Blick.“ (Schaper-Rinkel 2003, 148f)

<sup>310</sup> Um im Rahmen des nationalen Versorgungsauftrages einen „universal service“ aufbauen zu können, war der Ausbau der Ortsnetze über die erhöhten Tarife bei internationalen Ferngesprächen quersubventioniert worden.

selektiven supranationalen Terrain haben, zum anderen, weil die projektierte Zielsetzung einer „europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ ohne ihre Kooperation nicht erreicht werden kann.

„Die Netzwerkbildung der Europäischen Kommission ist Teil einer flexiblen Regulierungsform, deren erklärtes Ziel die Beschleunigung des gesellschaftlichen Wandels unter dem Primat der beschleunigten kapitalistischen Verwertung ist. Die politisch initiierte und moderierte Netzwerkbildung der Kommission ist eine Form der europäischen Re-Regulierung.“ (Schaper-Rinkel 1999, 43)

Über diese informelle, zwischen Markt und den Institutionen europäischer Wettbewerbsstaatlichkeit anzusiedelnden „Netzwerke“, sollen innerhalb einer variablen Struktur unterschiedliche Handlungslogiken integriert und auf ein gemeinsames Ziel – die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie – orientiert werden. Da auf diese Weise „von Anfang an ökonomische, politische und technische Aspekte der Infrastrukturentwicklung explizit in ihrem wechselseitigen Zusammenhang angegangen“ wurden, „können die aktuellen Umbrüche des Sektors nicht als sachlogisch gegebene Auswirkungen technologischen Fortschritts angesehen werden, vielmehr sind sie ein Resultat der verschiedenen Strategien ökonomischer und politischer Akteure, Auswege aus der Krise der fordistischen Gesellschaftsformation zu finden.“ (Noppe 1997, 203)

Desweiteren „wurden die spezifischen Inhalte der europäischen Initiativen maßgeblich durch die betroffenen Akteure selbst ausgestaltet.“ (Noppe 1997, 203) Dieses Terrain, auf dem die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ erfolgen wird, ist allerdings selektierend strukturiert; die Struktur, die Zusammensetzung und die Spielregeln dieser „Netzwerke“ werden von der Kommission bestimmt,<sup>311</sup> die zudem immer wieder moderierend, mahnend oder lobend in die Prozesse eingreifen wird. Die fordistischen, nationalen Beschaffungskartelle zwischen einer öffentlichen Fernmeldeverwaltung und den nationalen Herstellerindustrien werden politisch aufgelöst, zugunsten eines Systems „unterschiedlicher Zugangsbedingungen und Mitwirkungsmöglichkeiten, das zahlungskräftige kommerzielle Interessenten begünstigt“ (Esser, Lüthje, Noppe 1997, 7). „Partizipation“ beschränkt sich weitestgehend auf die Eingabe von ökonomischen Partikularinteressen, die von der Kommission sachwalterisch koordiniert und zu Grünbüchern, Weißbüchern, Richtlinien oder die strategischen „Mitteilungen“ verdichtet,<sup>312</sup> die Frage nach der Möglichkeit von demokratischen Prozessen in solchen Netzwerkstrukturen bleibt unbeantwortet (vgl. Heise 2002). „Gesellschaftliche und

---

<sup>311</sup> Wie z.B. die von ihr eingesetzten „hochrangige“ Personen oder Gruppen.

<sup>312</sup> „Die von der Kommission geschaffenen Netzwerke haben ihre eigene Ökonomie und Materialität: Die Arbeit in Netzwerken ist ein zeitaufwendiges Unterfangen, und damit eine Kostenfrage. Einflußnahme auf die Politikformulierung heißt, in diversen Gremien, formellen und informellen Arbeitssitzungen präsent und in der Lage zu sein, jederzeit – schnell und umfassend – mit konkreten Vorschlägen und Umsetzungsmöglichkeiten aufwarten zu können. Politische Einflußnahme ist dementsprechend mit materiellen Ressourcen verknüpft, was in der Praxis ökonomische Akteure privilegiert und *non-profit*-Interessen diskriminiert. Zwar vergibt die Kommission Mittel, um diese Ungleichheit zu mildern, doch stehen diese zum einen quantitativ in keinem Verhältnis zu den Möglichkeiten von Industrieverbänden, zum zweiten können *non-profit*-Interessen nur hinsichtlich ihrer 'offiziellen' Präsenz gefördert werden, während die Macht der Verbände stark auf der informellen und permanenten Präsenz beruht.“ (Schaper-Rinkel 1999, 42f)

politische Gruppen und Bewegungen blieben dabei bis in die jüngste Vergangenheit von der Gestaltung der neuen Infrastrukturen ausgeschlossen und es bleibt fraglich, ob bei dem derzeitigen Tempo des Wandels eine politische Diskussion über wünschenswerte zukünftige Entwicklungen mit der realen Umgestaltung Schritt halten kann.“ (Noppe 1997, 203)

Dabei sei zwar „richtig, auf die fehlende demokratische Legitimation hinzuweisen, doch ist es analytisch und normativ fragwürdig, anzunehmen, Regulierung könne nur in den stabilen und etatistischen Formen des Fordismus erfolgen und nicht auch auf flexiblere Instrumente zurückgreifen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 180) Wenn sich die Struktur der Telekommunikation erst einmal transnationalisiert hat, werden politische Regulierungsformen auf supranationaler Ebene notwendig, allein schon um die Integrität der Netze technologisch zu wahren.

„Die europäische Telekommunikationspolitik vervielfacht die Anzahl der Akteure und produziert damit eine Zunahme an Komplexität. Damit *wächst der Koordinations- und Regelungsbedarf*. Zwischen den etablierten Anbietern und den Newcomern entstehen Konflikte über die Nutzungsrechte der bestehenden Infrastruktur; Frequenz- und Wegerechte müssen verhandelt werden; die Bedingungen für die Zusammenschaltung unterschiedlicher Telekommunikationsnetze müssen festgelegt werden; eine Neuordnung des Telefonnummernsystems ist notwendig; dies sind nur einige der Koordinations- und Regelungsnotwendigkeiten.“ (Schaper-Rinkel 1999, 35f)

Obenauf können politische Ziele wie die soziale Kohäsion in Europa, die Förderung von strukturschwachen Regionen nur über eine europäische Ebene verwirklicht werden (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 180f; Lob/Oel 1998).

Ein wenig affirmativ hält Schaper-Rinkel fest: „Mit der Liberalisierung und Deregulierung der Telekommunikation werden die Voraussetzungen geschaffen, um neue digitale Netze, Dienste und Dienstleistungen zu generieren, die als Motor der Informationsgesellschaft fungieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 185) Richtig jedoch ist, dass aus den wettbewerbsorientierten, digitalen Marktinfrastrukturen für kommerzielle Dienstleistungen „kaum zu überschätzende technologische Sprünge“ hervorgegangen sind (Schaper-Rinkel 2003, 186).

Petra Schaper-Rinkel fasst zusammen, dass sich die Transformation der Telekommunikation, die Ende der 1970er Jahre begann, sich ab Mitte der 1980er Jahre intensiviert, vor allen Dingen aber in den 1990er Jahren über das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ vorangetrieben werden sollte, auf drei Ebenen vollzog:

„Die maßgebliche Regulierungsinstanz wechselt räumlich, die Technologie selbst wird transformiert und die Funktionslogik wechselt. Vom Nationalstaat geht die Regulierungsmacht auf die Europäische Gemeinschaft über, die Digitalisierung der analogen Infrastruktur wird forciert und statt der staatlichen Versorgung wird ein Dienstleistungsmarkt forciert. Aus nationalstaatlich organisierten, analogen Versorgungsinfrastrukturen werden europäisch regulierte, digitale Infrastrukturen für globale Telekommunikationsdienstleistungen“ (Schaper-Rinkel 2003, 148f).

Dabei wird die Entwicklung der nun europäisch regulierten, digitalen Infrastrukturen für globale Telekommunikationsdienstleistungen selbst über den Markt, die Konzertierung der teilweise konfligierenden Interessen privater Akteure und natürlich deren Investitionen vorangetrieben. Der Ort, an dem die politische Entscheidungen über die Informationsgesellschaft getroffen werden, ist nicht so sehr die Agora, sondern der Marktplatz, auf dem die Dienste der Informationsgesellschaft verhandelt werden (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 185). Um die dezentralen Handlungskompetenzen und die inhaltliche Ausgestaltung durch private Akteure zu orientieren, sollte die EU mit dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ so etwas wie ein „Leitbild“ schaffen.

## **b. Das Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung“**

Auf der Sitzung des Europäischen Rates in Brüssel im Dezember 1993 wurde von der EU-Kommission unter Jacques Delors das Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung – Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert“ vorgelegt. Der zentrale Anlass für das Weißbuch war sicherlich der Versuch, eine Antwort auf das strukturelle Problem einer steigenden Arbeitslosigkeit in Europa zu finden,<sup>313</sup> die Anfang der 1990er von sinkenden Wachstumsraten, sinkenden Investitionsraten sowie der Wahrnehmung einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsposition flankiert wurde.<sup>314</sup>

Zwar sei die Realisierung des europäischen Binnenmarktes eine grundsätzlich positive und verheißungsvolle Entwicklung, letztlich aber nicht ausreichend, um im globalen Wettbewerb bestehen zu können:

„The truth is that although we have changed, the rest of the world has changed even faster. The present crisis can be understood only in the light of the universality of the trends which have been shaping the global economy and their acceleration since the end of the 1970s.“ (EU Weißbuch 1993, 10).

Zu diesen „Trends“ gehört nicht nur die Tatsache, dass sich die globale Konkurrenzsituation durch die Etablierung neuer, auf hochtechnologischem Niveau produzierender Wettbewerber verschärft habe. Eine neue industrielle Revolution sei in vollem Schwunge, in einer wissensbasierten, globalisierten und flexibilisierten Ökonomie würden die Kapazitäten für Informationserhebung, -verarbeitung und -verbreitung zunehmend wichtiger.

Ausgehend von diesen Wahrnehmungen identifiziert das Weißbuch die „Informationsgesellschaft“ als sowohl Herausforderung wie auch „Kernstück“ eines europäischen Entwicklungsmodells für das 21. Jahrhundert:

---

<sup>313</sup> Die Arbeitslosigkeit in Europa war seit Mitte der 1970 stetig gestiegen. Zwar sollte dieser Trend in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre aussetzen, um dann aber zu Beginn der 1990er verstärkt wieder einzusetzen: Arbeitslosigkeit bei den Männern 1990: 6,7%; 1993: 9,6%; bei den Frauen 1990: 11,1%; 1993 12,3% (vgl. <http://www.ena.lu/>).

<sup>314</sup> Obwohl sich mit dem Ende des Kommunismus neue Möglichkeiten für ein wirtschaftliches Wachstum eröffnen sollten, hatte eine Wachstumsdynamik noch nicht eingesetzt.

"A new information society is emerging in which the services provided by information and communications technologies underpin human activities. It constitutes an upheaval but can also offer new job opportunities."<sup>315</sup>

Im weiteren Verlauf, namentlich dem fünften, mit "The changing society, the new technologies" überschriebenen Kapitel, wird die Irreversibilität und Unvermeidbarkeit dieser Informationsgesellschaft festgestellt:

„The move towards an 'information society is irreversible, and affects all aspects of society and interrelations between economic partners.“ (Weißbuch 1993, 94)

Diese unvermeidliche Informationsgesellschaft habe eine enorme Bedeutung für den ökonomischen und sozialen Fortschritt:

„This decade is witnessing the forging of a link of unprecedented magnitude and significance between the technological innovation process and economic and social organization. Countless innovations are combining to bring about a major upheaval in the organization of activities and relationships within society.“ (Weißbuch 1993, 92)

Eine forcierte Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologien solle nicht nur die Beschäftigungslage und die Situation der europäischen Wettbewerbsfähigkeit verbessern<sup>316</sup>, sondern sei ein entscheidender Aspekt „in the survival or decline of Europe“ (EU Weißbuch 1993, 13). In diesem Sinne stellt das Weißbuch nicht nur die Möglichkeiten heraus, sondern warnt eindringlich vor den Gefahren, die eine zu langsame Adaption an diese unvermeidliche und irreversible Revolution mit sich brächten:

„The move towards an information society, and the opportunities which it provides will in the long run be as important as the first industrial revolution. It is difficult to predict the pace at which this change will take place. The economies which are the first to succeed in completing this change satisfactorily will have major competitive advantages. The USA and Japan are therefore attempting to speed up the process.“ (Weißbuch 1993, 95)

Die Informationsgesellschaft werde zwar zu einem globalen Phänomen, angeführt werde diese Entwicklung aber von den Mächten der Triade. Damit die EU sich in diesem triadischen Wettbewerb behaupten könne, sei neben den bereits angelaufenen Prozessen einer Überarbeitung der Telekommunikationsregulierung und den initiierten Liberalisierungsprozessen, den verschiedenen Forschungs-, Entwicklungs- und Demonstrationsprojekten, der Förderung von bestimmten Datenkommunikationssysteme, der Einrichtung einer europäischen Standardisierungspolitik sowie der regionalen Förderprogrammen zu beachten, dass:

---

315 (CEC 1993, zit.n. Siochrú 1997, vgl. Holtz-Bacha 2006, 289)

<sup>316</sup> Dis zumal, da die ökonomische Größenordnung dieses „Zukunftsmarktes“ folgendermaßen eingeschätzt wird: der Markt für Telekommunikationsdienste betrage weltweit 285 Milliarden ECU, EU-weit 84 Milliarden ECU, der Gerätemarkt betrage weltweit 82 Milliarden ECU, EU-weit 26 Milliarden ECU. Bis zum Jahr 2000 wird von einer jährlichen Wachstumsrate von 8% für Dienste, von 4% für Geräte ausgegangen, bis dahin solle dieser Sektor bereits für 6% des Bruttosozialproduktes aufkommen.

1. Von Beginn an eine globale Perspektive eingenommen werden müsse, d.h. Förderung von internationalen Verbindungen von Unternehmen und Betreibern; Installation von offenen Systemen und internationalen Standards; entschiedene Öffnung weiterer Märkte und Verhinderung von Marktdiskriminierung.
2. Europäische Besonderheiten zu berücksichtigen seien: von der europäischen Multilingualität und kulturellen Diversität über ökonomische Divergenzen bis hin zum europäischen Sozialmodell; sowie
3. Die Bedingungen eines offenen internationalen Wettbewerbs hergestellt werden, damit Europas Unternehmen entsprechende Basistechnologien übernehmen und so ihre Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit sichern können.

Der leichtere Zugang zu Informationen werde die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen stärken, gleichzeitig aber auch die Konkurrenzsituation auf den Märkten verschärfen. Strukturelle Adaptionsfähigkeit an die sich ändernden wirtschaftlichen Bedingungen und die Nutzung der durch die Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichten Wachstums- und Produktivitätssteigerungen, womit die Voraussetzungen für wirtschaftlichen Erfolg und den Erhalt von Beschäftigungsverhältnissen geschaffen seien.

„A Community policy aimed at establishing a common information area will help to increase competition and improve European competitiveness. It will help to create jobs. It should be backed up by specific measures aimed at facilitating economic and social changes, and ensuring that all workers have jobs which reflect their qualifications.“ (EU Weißbuch 1993, 99f)

Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Informations- und Kommunikationstechnologien wird so zu einem entscheidenden Faktor für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft und Zukunft des europäischen Sozialgefüges artikuliert. Eine durch sie induzierte, strukturelle Arbeitsplatzvernichtung wird nicht als Teil der Krise am Arbeitsmarkt, sondern als notwendige Modernisierung der produktiven Basis gesehen.

Die Informationsgesellschaft sei darüber hinaus in der Lage, Antworten auf die neuen Bedürfnisse in den europäischen Gesellschaften zu geben: “communication networks within companies; widespread teleworking; widespread access to scientific and leisure databases; development of preventive health care and home medicine for the elderly.“ (EU Weißbuch 1993, 13)<sup>317</sup> “Creation of a common information area within the Community will enable the Community fully to seize these opportunities.“ (Weißbuch 1993, 94)

Für ihre Realisierung seien die bestehenden Netze für Daten-, Text- und Bildtransfer auf ähnliche Weise zu internationalisieren wie dies in der Telefonie bereits gelungen sei. Da aber weder die Gemeinschaft noch die Mitgliedstaaten über die finanziellen Ressourcen verfügten, um den erforderlichen Ausbau der Netze öffentlich zu finanzieren, müssten die notwendigen Mittel für Investitionen durch neue Finanzierungsformen, bspw. durch public-private-Partnerschaften, insbesondere aber von privaten Investoren bereitgestellt werden.

---

<sup>317</sup> Die aus der Extrapolation der Fortschritte in der Digitalisierung wie auch der elektronischen Datenverarbeitung gewonnene Vision einer zukünftigen, dezentralen Informationsinfrastruktur ist tatsächlich weitgehend kongruent mit den heutigen Diskursen über den digitalen Wandel.

Die Hauptprobleme für einen derartig aufgezogenen Ausbau der Telekommunikationsnetze werden in der Fragmentierung der Märkte, einer ungenügenden Interkonnektivität und Interoperativität und der Abwesenheit einheitlicher Regulierungsmechanismen ausgemacht. Vor diesem Hintergrund scheine der Mangel an Wettbewerb und offenen Märkten eine optimale Nutzung der Netze zu verhindern. Auch das Angebot an Diensten sei ungenügend und zu teuer, weshalb auch keine nennenswerte Nachfrage entstünde: „in this case it is supply which determines demand“ (Weißbuch 1993, 80).

Angesichts der gegenüber diesen Anforderungen zu behäbigen nationalen Regulierungsformen sieht sich die EU-Kommission in der Pflicht, im Sinne der europäischen Wettbewerbsfähigkeit attraktive Bedingungen für private Investitionen zu schaffen:

„Stimulating the participation of private investors will have a direct effect on growth, competitiveness and employment in the Community (...)“. (Weißbuch 1993, 76)

Investitionen aber könnten nur bei einer weitergehenden Liberalisierung und auch zuverlässigen Berechenbarkeit der weiteren politischen Entwicklung erwartet werden. In diesem Zusammenhang solle die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte die für den Aufbau der Informationsgesellschaft notwendigen Kräfte freisetzen, schnelle Standardisierungsprozesse sollen den bisher noch fragmentierten europäischen Kommunikationsraum integrieren und eine schnellere Verbreitung der Technologien und Anwendungen erlauben, schließlich sollen der Ausbau von trans-europäischen Informationsinfrastrukturen und Dienstleistungen die Grundlage der „Europäischen Informationsgesellschaft“ schaffen. Um die Schaffung von neuen Märkten voranzutreiben, sei die europaweite Verbreitung von strategischen „best practices“ und trans-europäischen IuK-Anwendungen notwendig (vgl. Weißbuch 1993, 96).

“The aim will be to target our activities in order to identify potential new markets; to tackle obstacles to their development, be they of a financial regulatory or standardization nature; and to define the specific details and functional characteristics of the services to be developed and the typology of potential suppliers“ (Weißbuch 1993, 80)

Welche strategischen Projekte wann und wie umgesetzt werden sollen, konkretisiert das Weißbuch nicht weiter, sondern beschränkt sich darauf, allgemein zu umreißen, dass auf der Ebene der Netzwerke der Ausbau des ISDN und die Installation von modernen (ATM-)Hochgeschwindigkeitsnetzwerke vorgesehen sei; auf der Ebene der Basisdienste sei der Zugang zu Informationsdiensten zu erleichtern sowie die Entwicklung von e-mail- und interaktiven Videodiensten voranzutreiben. Auch im Bereich der Anwendungen bleiben die Vorstellungen für strategische Projekte kursorisch: es geht um Distance Learning, Tele-Medicine und die telematische Begleitung der Transportnetze. Immerhin soll für die Umsetzung dieser Projekte über die nächsten 10 Jahre 150 Milliarden ECU benötigt werden.

In dem dritten, „transeuropäische Netzwerke“ überschriebenen Kapitel des Weißbuchs wird gleichwohl die Bedeutung und die Dringlichkeit einer pan-europäischen Informationsinfrastruktur für die Dynamisierung der europäischen Wirtschaft, die Schaffung

neuer Märkte und Beschäftigungsverhältnisse sowie für die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes nochmals betont.

„The establishment of trans-European telecommunications networks is a precondition for the creation of the common information area. It is particularly important for the completion of the single market.“ (Weißbuch 1993, 79)

In diesem Zusammenhang wird ebenfalls angemahnt, dass bei der Planung der transeuropäischen Netze die Verbindungen nach Mittel- und Osteuropa zusätzlich in Betracht gezogen werden sollten (vgl. EU Weißbuch 1993, 76). Insofern Unternehmen mithilfe der IuK-Technologien die Internationalisierung ihrer Produktionsprozesse vorantreiben, würden nicht mehr geographische, sondern telekommunikative Barrieren die Integration von Räumen in die europäische Wirtschaft bestimmen.<sup>318</sup>

Das Weißbuch artikuliert den gemeinsamen europäischen Informationsraum<sup>319</sup> – marktförmig organisiert und von privaten Investitionen getragen – als Voraussetzung nicht nur für die ökonomische und soziale Entwicklung und den zukünftigen Zusammenhalt Europas sowie für die Funktionsfähigkeit anderer Infrastrukturen, sondern letztlich auch für die Entstehung neuer Dienstleistungen und Beschäftigungsverhältnisse, die das Verhältnis von Staat und Gesellschaft grundlegend verändern würden. So könnte die Erbringung einiger staatlicher Leistungen, nun marktfähig geworden, dem privaten Sektor übertragen werden:

„In particular, certain services for which the State has been responsible hitherto, and which are subject to increasingly tight budget restrictions, could be transferred permanently to the market. There are many examples of such new services related to communication and social relations: education and training, culture, security, etc.“ (Weißbuch 1993, 94)

Vormals nationalstaatliche Funktionen sollen demnach zu Investitionsfeldern der Informationsgesellschaft werden. Durch die Entstehung neuer Märkte für Dienstleistungen sollten bisher öffentliche Dienste nicht nur in diese überführt werden, um neue Arbeitsplätze zu schaffen, sondern um diese Dienste auch schneller und effizienter zu erbringen. Um den privaten Kräften und einer gesellschaftlichen Nachfrage das Feld zu bereiten, sei ein politisches Programm sowie ein neues Verständnis öffentlicher Verwaltung vonnöten, die den gesamtgesellschaftlichen Implikationen der Informationsgesellschaft begegnen: Info-Exklusion, Maximierung des Beschäftigungsaspektes, Anpassung der Ausbildung und Kenntnisnahme der kulturellen und ethischen Probleme, insbesondere des Datenschutzes. Den übrigen nationalstaatlichen Funktionen komme die Rolle zu, die einer Entwicklung neuer Märkte entgegenstehenden regulativen Hindernisse aus dem Weg zu räumen und zu helfen,

---

<sup>318</sup> Als Beispiel, wie per IKT geographische Grenzen überschritten und ökonomische Räume integriert werden können, wird das Phänomen des „teleworking“ gefeiert (Castells 2001, 207ff)

<sup>319</sup> Als die Dimensionen dieses gemeinsamen, europäischen Informationsraums werden identifiziert:

1. Die in Datenbanken und Archiven gespeicherten, digitalen oder zu digitalisierenden Informationen;
2. Die Hardware, Komponenten und Software;
3. Die physische Infrastruktur (terrestrische Kabel-, Satelliten- oder Funknetzwerke);
4. Basisdienste (email, Dokumentenaustausch, interaktiver Zugriff auf Datenbanken usw.);
5. Anwendungen, die die Basisdienste effektiv und benutzerfreundlich betreiben können;
6. Ausgebildete NutzerInnen. (vgl. Weißbuch 1993, 94)

eine relevante gesellschaftliche Nachfrage zu identifizieren und zu generieren und die Bedingungen für eine wettbewerbsorientierte und innovationsfreudige Umgebung zu schaffen (vgl. Weißbuch 1993, 96). Dazu sei auch die Bereitschaft zu neuen Formen der Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Akteuren vonnöten, insbesondere die Einsetzung des entsprechend reartikulierten Subsidiaritätsprinzips: wenn eine Aufgabe von einem privaten Akteur übernommen werden kann, habe der öffentliche zurückzutreten (vgl. Weißbuch 1993, 96)

Im weiteren Verlauf wird die Einrichtung der für die Erreichung dieser Ziele notwendigen Organen und Institutionen skizziert:

- a) Damit Unternehmen die IuK-Technologien schnell und effizient einsetzen, sollen in einem EU-Programm nach Unternehmenszielen und -strategien differenzierte „best practices“ gesammelt und zur Verfügung gestellt werden, wobei insbesondere die Aufmerksamkeit der kleinen und mittleren Unternehmen gewonnen werden soll. Mit Beispielprojekten<sup>320</sup> sollen die organisatorischen Voraussetzungen ausgelotet, die Standardisierung vorangetrieben, vor allem aber eben auch eine relevante Nachfrage generiert werden, um die Investitionen anzukurbeln.
- b) Um die privaten Investitionen anzukurbeln, muss ein entsprechender wettbewerbsorientierter rechtlicher Rahmen geschaffen werden, der zugleich sicherstellt, dass der Aufbau im öffentlichen Interesse vollzogen wird, d.h. bspw. Universaldienste definiert und gesichert oder Datenschutz und Kommunikationssicherheit gewährleistet bleiben.
- c) Um Inkompatibilitäts- und Nicht-Interoperabilitätsprobleme nationaler Telekommunikationsinfrastrukturen und -dienstleistungen zu beseitigen, müssen nicht nur auf technologischer, sondern auf der Ebene der Marktstruktur und -organisation Veränderungen herbeigeführt werden, damit Telekommunikationsanbieter eine europäische Reichweite entwickeln können.
- d) Um die Ausbildung von Fachkräften zu forcieren, müssen die entsprechenden Lehrinhalte in die Lehrpläne eingebaut und neue Möglichkeiten wie das Distance-Learning sollen evaluiert werden.
- e) Da die europäische IuK-Industrie im Gegensatz zu ihren Konkurrenten nicht ihre heimischen Märkte beherrscht, solle die Zusammenarbeit zwischen Software- und Hardware-Herstellern gefördert werden. Neben der strategischen Beobachtung auf europäischer Ebene soll insbesondere die Forschung und Entwicklung auf Nutzeransprüche, Marktnachfrage und Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit zugespitzt werden. Dafür sollen Demonstrationsprojekte zur Generierung von Nachfrage bzw. Anleitung zum kommerziellen Erfolg aufgesetzt

---

<sup>320</sup> Diese Beispielprojekte betreffen öffentliche Verwaltungen (Erweiterung von IDA), öffentliche Dienstleistungen (wie an integrated air-traffic control system, a European roadtraffic management network, a European medical information system, a network of research centres, a European distance-learning service, a 'computers in schools' programme or a European civil protection system), Telearbeit sowie letztlich eine größere Einbindung der IuK-NutzerInnen in die Entwicklung und Implementierung von EU-Programmen sowie deren bessere Koordination (vg. Weißbuch 1993, 97)

werden. Die internationale Handels- und Industriepolitik muss die Entwicklung von Wettbewerbsnachteilen im Blick behalten und internationale Kooperationen aushandeln. (vgl. Weißbuch 1993, 97ff)

Eine vom Europäischen Rat eingesetzte „Task Force“ bestehend aus Mitgliedern der Kommission, der Regierungen der Mitgliedstaaten, des europäischen Parlaments sowie hochrangigen Vertretern der Industrie, Netzbetreiber, Netznutzer sowie Finanzinstituten (vgl. Weißbuch 1993, 100) soll nach Vorgaben des Rates die Prioritäten, Vorgehensweise und Zeitvorgaben für klar definierte Maßnahmen festlegen.

### c. Der Bangemann-Bericht

Auch wenn – oder gerade weil – die politischen Implikationen im Weißbuch nicht weiter ausgeführt wurden, konnte das Konzept einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ allgemein begrüßt werden: “EU member state governments regarded it as innovative, and, more important, felt it was relatively saleable at home to domestic electorates. It was here that the prior history of the concept (...) probably paid a key role in preparing the ground.” (Siochrú 1997)

Um die Wettbewerbsfähigkeit des EU-europäischen Wirtschaftsraumes zu steigern, sollte Europa „mittels *politischer* Initiativen auf den Weg zu einer Informationsgesellschaft gebracht werden“ (Schaper-Rinkel 1999, 39). In diesem Sinne ist die Informationsgesellschaft „kein 'eigenständiges' Ziel“, sondern als Vehikel dem „allgegenwärtigen Bestreben zur Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ untergeordnet und gleichsam seine praktische Operationalisierung. (vgl. ebd.)

Im Dezember 1993 – also in unmittelbarer Folge auf das Weißbuch – beauftragte der in Brüssel tagende Europäische Rat eine „hochrangige Expertengruppe“ aus Unternehmen und Politik<sup>321</sup> unter dem Vorsitz des deutschen EG-Kommissars für Industriepolitik,

---

<sup>321</sup> Die Mitglieder der vom Europäischen Rat 1993 ernannten „High-Level Group on the Information Society“: Peter L. Bonfield (Chairman and Chief Executive, International Computers Limited); Enrico Cabral da Fonseca (Presidente Companhia Comunicações Nacionais); Etienne Davignon (president Société Générale de Belgique SGB), European Round Table of Industrialists (ERT); Peter J. Davis (Chairman, Reed Elsevier), ab 2000 CEO von J Sainsbury; Jean-Marie Descarpentries (President Bull); Carlo De Benedetti (Presidente Amministratore Delegato, Olivetti), CEO CIR (Italiens größte Holding-Gesellschaft, u.a. Medien), ERT; Brian Ennis (Managing Director, IMS); Pehr G. Gyllenhammer (former Executive Chairman, AB Volvo), ERT; Hans Olaf Henkel (Chairman and Chief Executive Officer, IBM Europe); Anders Knutsen (Administrerende Direktor, Bang & Olufsen); Pierre Lescure (President Directeur, General Canal +); Constantin Makropoulos (former Managing Director ELSYP (Hellenic Information Systems)); Pascual Maragall (Bürgermeister von Barcelona, Vicepresidente de POLIS); Lothar Hunsel (designierter Vorsitzender der Geschäftsführung DeTeMobilfunk GmbH), vorher: Premiere Chef; Romano Prodi (Presidente Direttore Generale, IRI); Gaston Egroont Thorn (President du Conseil d' administration du CLT); Jan D. Timmer (Voorzitter, Philips Electronics), ERT; Candido Velazquez Gastelu (presidente, Telefonica), ERT; Heinrich von Pierer (Vorsitzender des Vorstandes, Siemens AG), ERT.

Betrachtet man die Mitglieder der „Gruppe hochrangiger Experten“, fällt ihre bemerkenswerte Zusammensetzung auf: neben den Vertretern nationaler Fernmeldeverwaltungen sind dort vor allen Dingen die Vertreter der großen europäischen Konzerne, insbesondere der großen Medien- und Telekommunikationsbranche vereint, aber auch der Unternehmen, die ein großes Interesse an Informationstechnologien haben, zudem ist ein Drittel dieser hochrangigen Experten im „European Round Table of Industrialists“ (ERT) organisiert. Der ERT ist eine einflussreiche Interessenvertretung

Informationstechnik und Telekommunikation, Martin Bangemann,<sup>322</sup> mit der Abfassung eines Berichts über die konkreten Maßnahmen, die hinsichtlich der Informationsinfrastrukturen zu ergreifen wären. Der auf dem EU-Gipfel auf Korfu im Juni 1994 vorgelegte Bericht „Europa und die globale Informationsgesellschaft“ reartikuliert die bisherige europäische Telekommunikationspolitik zum Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“.

Im Gegensatz zu dem Delors-Weißbuch, in dem noch von der „Wichtigkeit des Staates und der öffentlichen Politik“ für den Aufbau der Informationsgesellschaft ausgegangen wurde, geht es in dem sogenannten Bangemann-Bericht hauptsächlich um den Abbau von Restriktionen und Barrieren für den Wettbewerb und die freie Zirkulation (vgl. Mattelart 2003,

---

der europäischen Industrie, die seit ihrer Gründung 1983 auf höchster europäischer Ebene Lobbyarbeit zu Themen wie Binnenmarkt, Wettbewerbsfähigkeit, Ausbildung, Umwelt, Beschäftigung, etc. betreibt, insbesondere sich aber für die Modernisierung der industriellen Infrastruktur einsetzt (Verkehrswege, Transeuropäische Netze, Informationsgesellschaft, hier u.a. erfolgreich in der Initiative zur Ausbildung gemeinsamer Standards auf Ebene der G8). Außerdem war der ERT ein früher Befürworter der EU-Osterweiterung.

<sup>322</sup> Der Vorsitzende dieser Gruppe, Martin Bangemann, war Mitglied des Deutschen Bundestages (1972-1980; 1987-1988) und des Europäischen Parlaments (1973-1984), dann Bundesminister für Wirtschaft (1984-1988) und Bundesvorsitzender der FDP (1985-1988). Ab 1989 war Bangemann zunächst Mitglied der EG-Kommission mit Zuständigkeit für den Binnenmarkt, ab 1993 bis zum geschlossenen Rücktritt der Santer-Kommission im März 1999 war er EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation. Seine Auffassungen einer wettbewerbsorientierten Industriepolitik positioniert er als Mittelweg zwischen der „interventionistischen Industriepolitik“ der Protektionisten und der „heilen Lehrbuchwelt“ der orthodoxen Marktwirtschaftler (Bangemann 1992, 21). Gegenüber Martin Bangemann wurden verschiedene Vorwürfe der Korruption und Bestechlichkeit hervorgebracht: "Als der Ex-Wirtschaftsminister Martin Bangemann als Kommissar bei der EU gelandet war, setzte sich [Wilhelm] Schelsky 1993 Siemens-intern dafür ein, dass Bangemanns angehende Schwiegertochter im Konzern untergebracht wird. In einem sichergestellten Schreiben Schelskys ist zu lesen: "Da ich mich seit einiger Zeit um einen engeren Kontakt zwischen dem EG-Kommissar und führenden Herren unseres Hauses bemühe, wäre eine erfolgreiche Bewerbung nicht nachteilig." Später hielt er auch fest, was man Bangemann selbst anbieten müsse, falls er aus der Politik aussteige: 16 000 Mark Monatsgehalt netto, Sekretärin, Fahrer, Auto sowie den Titel eines Chefberaters für den Zentralvorstand. Dafür dürfe man dann aber auch allerhand erwarten: Bangemann könne Kontakte "im Besonderen zu Regierungsstellen nahezu aller Länder" herstellen. Ob es tatsächlich jemals zu einer Zusammenarbeit kam, lässt sich bei Siemens angeblich nicht feststellen. Bangemann selbst äußerte sich auf Anfrage nicht." (DER SPIEGEL 17/2008 vom 21.04.2008, Seite 97) Nachdem Martin Bangemann dem Präsidenten der „Konferenz der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“, einem gewissen Gerhard Schröder, seinen Wechsel zur spanischen Telekommunikationskonzern Telefónica angezeigt hatte, beschloss der Rat der Europäischen Union am 9. Juli 1999 die Einleitung eines Verfahrens gegen Bangemann vor dem Europäischen Gerichtshof, „um ein mögliches dienstliches Fehlverhalten im Zusammenhang mit dessen Wechsel zum Telefónica-Konzern prüfen zu lassen. Der Rat befürchtete, das diesbezügliche Verhalten Bangemanns würde den Ruf der Kommission als unabhängiges und unparteiisches Gremium gefährden und plädierte auf Aberkennung der Ruhegehaltsansprüche (Rs.T-208/99). Unter anderem nach Bangemanns Zusicherung, sich in der Zeit von Juli 1999 bis Juni 2001 beurlauben zu lassen, bevor er eine dritte Partei gegenüber den EU-Organen vertreten würde und nachdem sich Bangemann bereit erklärt hatte, die von ihm gleichzeitig beim EuGH eingebrachte Klage gegen den Rat (Rs. T-208/99) zurückzunehmen, wurde das Verfahren eingestellt. Diesen Wechsel eines Kommissionsmitgliedes in ein Unternehmen, dessen Geschäftsfeld zuvor in das Aufgabengebiet des Kommissars fiel, nahm die EU-Kommission zum Anlass, einen Verhaltenskodex nebst Ethikkommission einzusetzen.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Bangemann>) Diese sogenannte „Lex Bangemann“ enthielt übrigens auch „die Verpflichtung für die Kommissare, künftig an Kommissionssitzungen teilzunehmen.“ (<https://www.berlinonline.de/berlinerzeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0719/none/0046/index.html>)

110). Nicht nur die in diesem Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen, auch die dort angeschlagene Sprache sollte das diskursive Feld für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ abstecken. Insofern die in ihm vorgestellten zentralen Topoi auch den Rahmen der späteren eEurope-Programme definieren werden, kann der Bangemann-Bericht als Gründungsdokument des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ gelten.

### ***Der Glaube in den allmächtigen Markt***

Sein zentrales, programmatisches Glaubensbekenntnis stellt der Bangemann-Bericht bereits in seiner Präambel vor:

“This Report urges the European Union to put its faith in market mechanisms as the motive power to carry us into the Information Age.” (Bangemann-Gruppe 1994, 4)

Dieses beinahe religiös intonierte Glaubensbekenntnis zu einer “market-led passage to the new age” (Bangemann-Gruppe 1994, 8) ist das zentrale Motiv des Bangemann-Berichts und wird zum integralen Bestandteil der durch diesen Bericht begründeten „Europäischen Informationsgesellschaft“.<sup>323</sup> „Dem Markt“ wird dabei auf bemerkenswerte Weise eine eigene, abstrakte Subjektivität unterstellt, der sich offenbar bedingungslos unterzuordnen ist:

„The market will drive, it will decide winners and losers.” (Bangemann-Gruppe 1994, 8)

Die Bedingungen für die Möglichkeit dieser “market-driven revolution” werden dann im zweiten Kapitel des Berichts weiter ausgeführt. Die offenbar alternativlose, über technologischen Fortschritt und die Evolution der Märkte katalysierte „Ankunft“ einer neuen, „informationsgesellschaftlichen“ Epoche erfordere einen Bruch mit der Politik der Vorzeit und setze neue, den Wettbewerb fördernde Regulierungsformen voraus, um privates Investitionskapital in die neuen Technologien zu mobilisieren:

“The Group is convinced that technological progress and the evolution of the market mean that Europe must make a break from policies based on principles which belong to a time before the advent of the information revolution. The key issue for the emergence of new markets is the need for a new regulatory environment allowing full competition. This will be a prerequisite for mobilising the private capital necessary for innovation, growth and development” (Bangemann-Gruppe 1994, 12).

Damit ist nun das zentrale Thema des Berichts ausgesprochen: der vor dem Hintergrund einer nicht hintergehbaren und auch nicht mehr zur Disposition stehenden „Marktwerdung“ der Telekommunikation notwendig gewordene, neue Regulationsrahmens auf europäischer Ebene, der wiederum die Entwicklung von Markt und Wettbewerb gewährleisten und fördern solle. Am Anfang wie am Ende des Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ steht also das Bekenntnis zur allmächtigen Kraft des Marktes.

---

<sup>323</sup> Die Entwicklung eines europäischen Marktes für Telekommunikation geht natürlich auf die gerade vollzogene Realisierung des EU-Binnenmarktes, die in den meisten Mitgliedsstaaten durchgeführten Privatisierungen der Telekommunikationssektoren zurück sowie den Beschluß zur Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte zum 1.1.1998 zurück.

Die Voraussetzungen dafür, dass eine Finanzierung der Informationsgesellschaft durch private Investitionen gelingen kann, werden in einer schnellen und glaubwürdigen Liberalisierung der Märkte, der Gewährleistung von Interoperabilität und gleichem Zugang, der Anpassung der Tarife und der Implementierung eines wettbewerbsorientierten regulativen Rahmens gesehen. Dieser gemeinsame Regulierungsansatz für einen europaweiten Markt von Informationsdiensten solle eine „unternehmerische Mentalität“ freisetzen. Um neue, dynamische Sektoren hervorzubringen, sollen im Gegenzug auf europäischer wie auch auf nationaler Ebene alle Positionen zerschlagen werden, die für Wettbewerbsnachteile verantwortlich sind: Subventionen durch öffentliche Mittel, Dirigismus und Protektionismus. Wenn durch diese Maßnahmen erst einmal das Vertrauen des privaten Kapitals gewonnen sei, wären keine weiteren öffentlichen Subventionen und Monopole mehr notwendig.

Vor diesem Hintergrund drängt der Bangemann-Bericht immer wieder auf die Beschleunigung der Liberalisierung der Telekommunikation (Bangemann-Gruppe 1994, 12) und die Herstellung von wettbewerbsorientierten Märkten. Auch die großen, ehemals staatlichen Telekommunikationsbetreiber sollen in diesen Wettbewerb eintreten, allerdings fortan nicht mehr unter dem Schutz eines zugesicherten nationalen Monopols, zugleich aber auch befreit von den damit verbundenen politischen Auflagen (wie z.B. der Quer-Subventionierung von bestimmten öffentlichen und vor allen Dingen der „universalen“ Dienste, der Beteiligung an der regionalen Infrastrukturentwicklung, der Unterhaltung einer eigenen Forschungs- und Entwicklungstätigkeit sowie der Verantwortung, als alleiniger Gewährleister des Universaldienstes zu fungieren).

Hinsichtlich der Anpassung der Tarife wird das Hauptproblem bei den zu hohen Kosten für internationale Ferngespräche und Standleitungen gesehen.<sup>324</sup> Die Bangemann-Gruppe schlägt nun, marktkonform, das Ende der verschiedenen Formen von Quersubventionierung vor, die für den Betrieb der nationalen Telekommunikationsinfrastrukturen bis dahin prägend war:

„Reduction in international, long distance and leased line tariffs will trigger expansion in the usage of infrastructures, generating additional revenues, and simultaneously giving a major boost to generic services and innovative applications. In most cases, the current unsatisfactory tariff situation results from the TOs' monopoly status and a variety of associated political constraints. The introduction of competitive provision of services and infrastructures implies that TOs would be able to adjust their tariffs in line with market conditions.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 15)

Der Vorschlag für eine Reduktion der Preise für Ferngespräche, die vor allen Dingen für international und global agierende Akteure (insb. die international operierenden Großunternehmen) von Vorteil sein würden, ist ein Angriff auf die mit dem Auftrag einer universalen, flächendeckenden Grundversorgung versehenen Monopole – und insbesondere deren Netzmonopol. Denn der Vorschlag läuft nicht nur darauf hinaus, dass nur noch tatsächliche Kosten weitergegeben werden dürfen, sondern stellt – wie parallel mit der in Deutschland vollzogenen Postreform II umgesetzt wurde – das bis dahin in Westeuropa

---

<sup>324</sup> Über diese Zuschläge wurde bisher die Bereitstellung der Universaldienste quersubventioniert.

geltende Finanzierungsmodell des Universaldienstes (also einer flächendeckenden Versorgungsinfrastruktur) de facto infrage. Der Bangemann-Gruppe zufolge könne der Aufbau eines universalen Telefonnetzes durch ein marktgetriebenes Modell besser als durch staatlich regulierte Monopole realisiert werden, wenn die Telekommunikationsbetreiber – von ihren politischen Auflagen befreit – in den Wettbewerb zueinander treten und die Verantwortung für die Bereitstellung des Universaldienstes gerecht und gleichermaßen auf alle für den Markt lizenzierten Netz-Betreiber verteilt würden (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 15):

„In future, all licensed public operators should assume their share of public service responsibilities (e.g. universal service obligation and the provision of equal access to networks and services).“ (Bangemann-Gruppe 1994, 12)

Der Überführung der Infrastrukturentwicklung und -bereitstellung in die Marktwirtschaft entspricht eine Repolitisierung der Technologieentwicklung. Denn die technische Voraussetzung für einen europaweiten, gemeinsamen Telekommunikationsmarkt sind die Interkonnektivität und Interoperabilität der technischen Infrastruktur, womit insbesondere die Frage der Definition und Durchsetzung von technologischen Standards einen zentralen politischen Stellenwert erhält. Die Bangemann-Gruppe bemängelt auch hier, dass die Prioritäten bisher „not sufficiently market driven“ (Bangemann-Gruppe 1994, 14) gesetzt worden seien. Da der Markt selbst nicht immer die „technischen Lösungen“ für europäische Ziele hervorbringen könnte, müsse ein „Mechanismus“ gesucht werden, um entsprechende Technologien auszuwählen oder hervorzubringen. (Bangemann-Gruppe 1994, 15) In diesem Sinne schlägt die Gruppe eine Überarbeitung des europäischen Standardisierungsprozesses vor, wiederum „in order to increase its speed and responsiveness to markets.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 15)

### ***Die Europäisierung der Telekommunikationspolitik über den Binnenmarkt***

Sobald die Telekommunikationssektoren aber tatsächlich von den nationalstaatlich behüteten Monopolen befreit werden und diese den europäischen Binnenmarkt nun als Marktteilnehmer betreten, kann sich die EU im Rahmen ihres Auftrages zur Integration des Binnenmarktes neu auf sie beziehen und die Prinzipien des Binnenmarktes, d.h. die Freizügigkeit von Waren und Dienstleistungen zum Wohle aller EuropäerInnen zur Anwendung bringen (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 17).

Um den Nutzen des Binnenmarktes für alle Akteure zu maximieren, müsse der neue Regulierungsrahmen den Wettbewerb fördern, eine berechenbare Umwelt für strategische Planungen und Investitionen bereitstellen und eine entsprechende Anpassung der Tarife ermöglichen (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 13). Zudem seien auf europäischer Ebene Antworten auf Schlüsselfragen des Binnenmarktes wie die Regulierung geistiger Eigentumsrechte,<sup>325</sup> Bestimmungen zum Datenschutz<sup>326</sup>/Verschlüsselung<sup>327</sup> und die Überwachung der Medienkonzentration<sup>328</sup> zu entwickeln.

---

<sup>325</sup> Bei dem Schutz geistigen Eigentums für “information containing added value which is proprietary and needs protection” geht es um die politisch-rechtliche Etablierung des Warencharakters und kapitalistischer Eigentumsverhältnisse auf geistige Güter und informationelle Dienstleistungen. Dabei

Als „wirkliche Bedrohung“ aber identifiziert der Bangemann-Bericht die Fragmentierung des Binnenmarktes durch die unterschiedlichen nationalen Regulierungsstrategien. Dagegen schlägt die Bangemann-Gruppe nun die Einrichtung einer supranationalen Behörde vor, um Regulierungsmaßnahmen zukünftig auf EU-Ebene nicht nur zu koordinieren, sondern auch durchzuführen. Eine solche Behörde könne mit der Verwaltung gemeinsamer, knapper Ressourcen wie z.B. der Radio-Frequenzen, der Lizenzierung und Gewährleistung der Interkonnektivität und Interoperabilität der informationstechnischen Infrastruktur, der Identifikation von Zielgruppen und Märkten sowie der Beratung der Regulierungsorgane der einzelnen Mitgliedstaaten hinsichtlich allgemeiner Fragen betraut werden.

Eine solche Zentralisierung der Regulierung wäre ein wichtiger Schritt für die Implementierung eines einzigen regulativen Rahmens für alle Telekommunikationsbetreiber, um transparente, gleiche und nicht-diskriminierende Bedingungen für den Zugang zu Märkten und Netzwerken sowie für die Nutzung der Dienste wie auch praktische Regeln für die Beilegung von Konflikten und schnelle Abhilfe bei einem Missbrauch von Marktmacht zu gewährleisten (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 13).

---

trägt vor allen Dingen der globale Charakter der Informationsökonomie dazu bei, dass die EU sich auf internationaler Ebene für den Schutz geistigen Eigentums einzu setzen habe, um den Absatz ihrer informationellen Waren oder Dienstleistungen abzusichern. Immerhin seien „Creativity and innovation (...) two of the Union's most important assets“ (Bangemann-Gruppe 1994, 17).

<sup>326</sup> Bei dem Thema Datenschutz wird auf die führende Rolle Europas hinsichtlich der individuellen Rechte bei der Erhebung, Weitergabe und Verarbeitung persönlicher Daten hingewiesen (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 18). Aufgrund dieses hohen Niveaus sieht der Bangemann-Bericht die Gefahr eher von der anderen Seite nahen, nämlich insofern Unterschiede im Hinblick auf nationale Datenschutzbestimmungen dazu führen könnten, dass „national authorities might restrict free circulation of a wide range of new services between Member States in order to protect personal data.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 18) Bei dem Datenschutz stehen nicht so sehr liberale Positionen wie „informationelle Selbstbestimmung“ im Vordergrund (im Englischen ist zumeist von „privacy“, also der zu schützenden Privatsphäre, die Rede). Zwar sei der Datenschutz notwendig, um „Consumer-Confidence“ (Bangemann-Gruppe 1994, 18) aufzubauen, ansonsten ist das Ziel der Bangemann-Gruppe aber eher die möglichst freizügige Zirkulation von Daten und datenbezogenen Dienstleistungen.

<sup>327</sup> Auch bei der Verschlüsselung geht es nicht etwa um die Wahrung der individuellen Informationsautonomie, sondern um die elektronische Gewährleistung des Warencharakters: „Encryption is going to become increasingly important in assuring the development of the pay services. Encryption will ensure that only those who pay will receive the service. It will also provide protection against personal data falling into the public domain.“ In seiner Erörterung der Vor- und Nachteile einer zentralen oder dezentralen Lösung beweist der Bangemann-Bericht seine Nähe zu den sicherheitsstaatlichen Überlegungen: während eine zentrale Verschlüsselung von großem Nachteil sein kann, wenn sie gehackt wurde, korrespondiert eine dezentrale nicht mit den Bedürfnissen der mit „innere Sicherheit“ betrauten Agenturen.

<sup>328</sup> Hinsichtlich der Medienkonzentration haben die meisten Länder zwar Regeln zum Schutze des Pluralismus und der Meinungsfreiheit, d.h. sie kontrollieren die Beteiligungen an Medienunternehmen und suchen den Missbrauch von Monopolmacht zu verhindern. „In practice, these rules are a patchwork of inconsistency which tend to distort and fragment the market. They impede companies from taking advantage of the opportunities offered by the internal market, especially in multimedia, and could put them in jeopardy vis-a-vis non-European competitors.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 19) Die nationalen Gesetze stellen in ihrer Unterschiedlichkeit ein „Risiko“ und eine „Unterminierung des Binnenmarktes“ in einem Europa dar, dem es letztlich um seine globale Wettbewerbsfähigkeit geht. „The Group believes that urgent attention should be given to the question of how we can avoid divergent national legislation on media ownership undermining the internal market. Effective rules must emerge to protect pluralism and competition.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 19)

### **Wettbewerbspolitik als Infrastrukturpolitik im Dienst der Wettbewerbsfähigkeit**

Reartikulierte sich der Telekommunikationssektor als Teil des Europäischen Binnenmarktes, würde seine Regulierung dem europäischen Wettbewerbsrecht unterliegen, dem aufgrund des mangelnden politischen Mandats der EU für die Entwicklung der Telekommunikationssektoren fortan eine Schlüsselrolle zukäme.

“Competition policy is a key element in Union strategy. It is especially important for consolidating the single market and for attracting the private capital necessary for the growth of the trans-European information infrastructure. Areas of the information society are beset by intense globalising pressures. These affect both European and non-European companies operating inside the Union. If appropriate, the notion of a global, rather than a Union-wide, market should now be used in assessing European competition issues such as market power, joint ventures and alliances.” (Bangemann-Gruppe 1994, 20)

Neben der Exportfähigkeit europäischer Produkte für den Weltmarkt ist die Voraussetzung für eine europäische Wettbewerbsfähigkeit auch die politisch zu erwirkende Öffnung der globalen Märkte und natürlich auch der Märkte für Telekommunikation:

„Since information infrastructures are borderless in an open market environment, the information society has an essentially global dimension. The actions advocated in this Report will lead to a truly open environment, where access is provided to all players. This openness should find its counterpart in markets and networks of other regions of the world. It is obviously of paramount importance for Europe that adequate steps are taken to guarantee equal access.” (Bangemann-Gruppe 1994, 16)

Für das bereits im Weißbuch angerissene Problem, den Aufbau der Informationsgesellschaft nur über massive private Investitionen vorantreiben zu können, soll durch geeignete wettbewerbspolitische Voraussetzungen bzw. die Auflösung von „anti-wettbewerblichen Umgebungen“ gelöst werden:

“In this sector, private investment will be the driving force. Monopolistic, anticompetitive environments are the real roadblocks to such involvement. The situation here is completely different from that of other infrastructural investments where public funds are still crucial, such as transport.” (Bangemann 1004, 8)

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, wie „Wettbewerb“ und „Wettbewerbsfähigkeit“ – trotz ihrer semantischen Nähe zwei sachlich unterschiedliche Dinge<sup>329</sup> – vor dem Hintergrund der Weltmarktkonkurrenz eingeführt werden. Denn tatsächlich geht es nur vordergründig um „Wettbewerb“, das eigentliche Ziel der europäischen Strategie ist ja die „Wettbewerbsfähigkeit“ der europäischen Industrie.

---

<sup>329</sup> Sicherlich bedingt durch engl. „competition“ und „competitiveness“. Wer einen Wettbewerb veranstaltet, sorgt für faire Bedingungen für alle Teilnehmer und transparente Spielregeln. Wer an einem Wettbewerb teilnimmt, um zu gewinnen, muss wettbewerbsfähig sein, d.h. in der Lage, sich in einem Umfeld von fairen Bedingungen und transparenten Spielregeln trotzdem Vorteile gegenüber den Konkurrenten zu verschaffen.

## **Europäischer Korporatismus**

“The arrival of the information society comes in tandem with changes in labour legislation and the rise of new professions and skills. Continuous dialogue between the social partners will be extremely important if we are to anticipate and to manage the imminent transformation of the work place. This concerted effort should reflect new relationships at the work place induced by the changing environment.” (Bangemann-Gruppe 1994, 7f)

Das auf alle EuropäerInnen ausgreifende „wir“ spricht neue gesellschaftliche Partnerschaften und korporatistische Bündnisse im gemeinsamen Interesse aus, die es angesichts einer anstehenden Re-regulierung der Arbeitsmärkte, der Veränderungen in der Ausbildung sowie der Transformierung der Arbeitsverhältnisse einzugehen gelte:

„Europe's ability to participate, to adapt and to exploit the new technologies and the opportunities they create, will require partnership between individuals, employers, unions and governments dedicated to managing change. If we manage the changes before us with determination and understanding of the social implications, we shall all gain in the long run.” (Bangemann-Gruppe 1994, 5)

### ***Technologistischer Geschichts-, Staats- und Gesellschaftsbegriff***

Die Geschichte der Informationsgesellschaft wird bereits im ersten Kapitel des Bangemann-Berichts durch ein technologistisches Narrativ ausradiert:

„Throughout the world, information and communications technologies are generating a new industrial revolution already as significant and far-reaching as those of the past. It is a revolution based on information, itself the expression of human knowledge. Technological progress now enables us to process, store, retrieve and communicate information in whatever form it may take – oral, written or visual – unconstrained by distance, time and volume. This revolution adds huge new capacities to human intelligence and constitutes a resource which changes the way we work together and the way we live together.” (Bangemann-Gruppe 1994, 5)

Es seien also die IuK-Technologien selbst, die eine neue industrielle, letztlich auch soziale Revolution hervorbrächten, die „menschliches Wissen“ sowohl als Ursache und als Wirkung hätten. Dieser technologistische Geschichtsbegriff wird ergänzt um eine Mythologisierung des technischen Fortschritts, der der Verarbeitung von Informationen unabhängig von Entfernung, Zeit und Umfang ein unbegrenztes Potential zuschreibt:

“By pooling resources that have traditionally been separate, and indeed distant, the information infrastructure unleashes unlimited potential for acquiring knowledge, innovation and creativity.” (Bangemann-Gruppe 1994, 7)

Allein die Verbreitung dieser Technologien werde die Gesellschaften verbessern und auch die individuelle Leistungsfähigkeit fördern:

„The widespread availability of new information tools and services will present fresh opportunities to build a more equal and balanced society and to foster individual accomplishment. The information society has the potential to improve the quality of life

of Europe's citizens, the efficiency of our social and economic organization and to reinforce cohesion.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 7)

Zur Beschwörung des Glaubens an die Kräfte der Informationsgesellschaft schreckt die Rhetorik auch nicht vor beinahe esoterischen Phrasen zurück:

“The information infrastructure can prove an extraordinary instrument for serving the people of Europe and improving our society by fully reflecting the original and often unique values which underpin and give meaning to our lives.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 8)

Während sich die Rolle des Staates damit auf die eines Wettbewerbshüters und die Begrüßung der Informationsgesellschaft reduziert...

“The prime task of government is to safeguard competitive forces and ensure a strong and lasting political welcome for the information society, so that demand-pull can finance growth, here as elsewhere.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 9)

...bietet die Informationsgesellschaft den EuropäerInnen – synonym Bürger *und* Konsumenten genannt – fortgeschrittene Konsum- und Unterhaltungsmöglichkeiten.

### ***Bedrohungsszenario und Dringlichkeit des Handelns***

Diese revolutionäre Situation, deren unvermeidliche Ursache ja der geschichtslose Fortschritt der IuK-Technologien ist, birgt allerdings auch Gefahren:

„The first countries to enter the information society will reap the greatest rewards. They will set the agenda for all who must follow. By contrast, countries which temporise, or favour half-hearted solutions, could, in less than a decade, face disastrous declines in investment and a squeeze on jobs.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 6)

Aus diesem Bedrohungsszenario eines Zurückfallens im globalen Wettbewerb begründet sich die existentielle Handlungsdringlichkeit für die europäischen Staaten, insbesondere hinsichtlich der Liberalisierung der Telekommunikationssektoren.

“Those countries that have already opted for faster liberalization, are experiencing rapidly expanding domestic markets that provide new opportunities for TOs, service providers and industry. For the others, the price to pay for a slower pace of liberalization will be a stiffer challenge from more dynamic foreign competitors and a smaller domestic market. Time is running out. If action is not accelerated, many benefits will arrive late, or never. It is an essential recommendation of the Group that governments support accelerated liberalization by drawing up clear timetables and deadlines with practical measures to obtain this goal.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 16)

Denn schon jetzt seien...

„competitive suppliers of networks and services from outside Europe (...) increasingly active in our markets. They are convinced, as we must be, that if Europe arrives late our suppliers of technologies and services will lack the commercial muscle to win a share of the enormous global opportunities which lie ahead. Our companies will migrate to more attractive locations to do business. Our export markets will evaporate. We have to prove them wrong.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 8)

Um die Alternativlosigkeit und Dringlichkeit („Time is running out“) noch zu unterstreichen, wird die Informationsgesellschaft unter großem rhetorischem Einsatz zur alles überspülenden Naturgewalt stilisiert, deren Herausziehen kein Zögern erlaubt:

„Tide waits for no man, and this is a revolutionary tide, sweeping through economic and social life. We must press on.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 8)

Wenn aber dieser Handlungsdringlichkeit unverzüglich nachgekommen wird, dann verspricht die Informationsgesellschaft Chancen, z.B. der Medienindustrie neue Möglichkeiten zur Vermarktung ihrer Produkte und Dienstleistungen; großen, kleinen und mittleren Unternehmen effektiveres Management und rationalere Organisation sowie den Zugang zu Weiterbildung, vernetztem Datenverkehr und die internationale Wettbewerbsfähigkeit; den Telekommunikationsanbietern den Ausbau der Kapazitäten für hochwertigere Dienstleistungen sowie den Zubehör- und Softwareanbietern; der Computer- und Elektronikindustrie neue Märkte und Exportsteigerungen; den europäischen Regionen bessere Integration und Ausdrucksmöglichkeiten; den Regierungen und Verwaltungen effizientere, transparentere und responsivere öffentliche Dienste, etc. (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 6f)

### ***Public Awareness und das Problem der Nachfrage***

Die Ankunft einer „Informationsgesellschaft“ wird die EuropäerInnen allerdings nur dann beglücken, wenn diese sich nicht weigern, diese auch anzunehmen. Gegenüber einer eventuellen Skepsis oder gar Zurückweisung der neuen IuK-Technologien sei demnach Überzeugungsarbeit zu leisten:

“A great deal of effort must be put into securing widespread public acceptance and actual use of the new technology. Preparing Europeans for the advent of the information society is a priority task. Education, training and promotion will necessarily play a central role.“ (Bangemann 1994, 7)

Denn Märkte funktionieren nur dort, wo einem Angebot auch eine entsprechende Nachfrage gegenübersteht.

“Market segments based on the new information infrastructures cannot provide an adequate return on investment without a certain level of demand. In most cases, competition alone will not provide such a mass, or it will provide it too slowly.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 15)

Im Falle der Informationsgesellschaft allerdings soll die Nachfrage die Bereitstellung eines kapitalintensiven Angebotes überhaupt erst einmal katalysieren. Aber sogar die Unternehmen “are not yet fully exploiting the potential for internal reorganisation and for adapting relationships with suppliers, contractors and customers.” (Bangemann-Gruppe 1994, 9)<sup>330</sup>

---

<sup>330</sup> In diesem Zusammenhang greift der Bangemann-Bericht auf die bereits vorhandene Nachfrage nach Unterhaltungsangeboten der Medienindustrie zurück, denn deren Bereitstellung über neue Kanäle könne die Nachfrage nach neuen Endgeräten und letztlich auch neuen Diensten stimulieren:

Um das Dilemma – ohne Angebot keine Nachfrage, ohne Nachfrage kein Angebot – zu lösen, werden die marktradikalen Glaubensbekenntnisse des Bangemann-Berichts wieder zugunsten eines eher interventionistischen Pragmatismus relativiert: Wettbewerber sollen ermutigt werden, miteinander zu kooperieren, um die notwendige Größe und Kraft auf bestimmten Märkten zu erreichen; öffentliche Verwaltungen sollen sich auf gemeinsame Standards einigen, um dann als Nachfrager gegenüber der Industrie aufzutreten; bestehende und kommende europäische Netzwerken sollen extensiv gefördert und genutzt werden; durch Kampagnen soll die Aufmerksamkeit insbesondere der öffentlichen Verwaltungen, kleinen und mittleren Unternehmen und Bildungseinrichtungen gewonnen werden.

Solche öffentlichen Investitionen würden zwar zu Beginn eine Rolle spielen, allerdings müssten dafür keine weiteren Ressourcen bereitgestellt, sondern bestehende Haushalte nur re-fokussiert werden. Da die öffentlichen Investitionen auch die Produktivität, Effizienz und Qualität der öffentlichen Verwaltungen, ihrer Infrastrukturen und Dienstleistungen steigern würden, sollten sie sich alsbald amortisieren.

Neben den Investitionen in Forschung und Entwicklung solle auch ein kleiner Etat für Aufmerksamkeits- und Akzeptanzkampagnen für die „Europäische Informationsgesellschaft“ bei kleineren und mittleren Unternehmen und KonsumentInnen bereitgestellt werden. (Bangemann-Gruppe 1994, 35)

### ***Die Bausteine der Informationsgesellschaft***

Um die Entwicklung von Kommunikationssystemen und Informationstechnologien – den technologischen Grundlagen der Informationsgesellschaft – voranzutreiben, werden im vierten Kapitel des Bangemann-Berichts die sogenannten „Bausteine“ vorgestellt.

---

„Given the initial high cost of new pay-per-view entertainment services, and of the related equipment, as well as the high cost of bringing fibre optics to the home, a large mass consumer market will develop more easily if entertainment services are part of a broader package. This could also include information data, cultural programming, sporting events, as well as telemarketing and teleshopping. Pay-per-view for on-line services, as well as advertising, will both be necessary as a source of revenue. To some extent, existing satellite and telephone infrastructure can help to serve the consumer market in the initial phase.” (Bangemann-Gruppe 1994, 10) Hier verknüpft sich das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nicht nur mit der europäischen Kultur- und Medienindustrie, sondern auch mit der Frage einer europäischen Medienpolitik. Entlang dieser Linie wäre es sicherlich sinnvoll, diese Komplexe als miteinander integriert zu betrachten.

Um die Nachfrage nach der Informationsgesellschaft zu schüren, bleibt der Ausgriff auf die audiovisuelle Industrie allerdings letztlich einigermaßen hilflos: „Our biggest structural problem is the financial and organisational weakness of the European programme industry. Despite the enormous richness of the European heritage, and the potential of our creators, most of the programmes and most of the stocks of acquired rights are not in European hands.” (Bangemann-Gruppe 1994, 11) Angesichts der mangelnden Nachfrage erscheint die multimediale Informationsgesellschaft doch nicht so unvermeidbar und omnipräsent. Im Gegenteil, der internationale Vergleich zeigt: „At the moment, this market is still only embryonic in Europe and is likely to take longer to grow than in the United States. There, more than 60% of households are tapped by cable TV systems which could also carry text and data services. In Europe, only 25% are similarly equipped, and this figure masks great differences between countries, e.g. Belgium (92%) and Greece (1-2%). Another statistic: in the United States there are 34 PCs per hundred citizens. The European figure overall is 10 per hundred, though the UK, for instance, at 22 per hundred, is closer to the US level of computer penetration.” (Bangemann-Gruppe 1994, 10)

Dazu wird zunächst zwischen Netzwerken, Basisdiensten und Anwendungen unterschieden:

„The constraints of time and distance have been removed by networks (e.g. telephone, satellites, cables) which carry the information, basic services (e.g. electronic mail, interactive video) which allow people to use the networks and applications (e.g. distance learning, teleworking) which offer dedicated solutions for user groups.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 21)

- *Netzwerke*

Für den Ausbau der Netzwerke geht es – neben dem Ausbau von ISDN – vor allen Dingen um die für Multimedia-Dienste und -Anwendungen notwendigen Breitband-Verbindungen, die über den sogenannten „Asynchronous Transfer Mode“ (ATM) sowohl synchronen wie auch paketvermittelten Datenströme miteinander integrieren können und so das Rückgrat der europäischen Telekommunikationsnetze bilden sollten.

„Europe needs to develop an ATM broadband infrastructure as the backbone of the information society. Multimedia services offered through these networks will support the work and leisure activities of all our citizens.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 22)

Um die nationalen und regionalen Breitband-Initiativen zugunsten der Interkonnektivität mit den europäischen Telekommunikations-, Kabelfernseh-, und Satellitennetzwerken zu koordinieren und anzuleiten, rät die Bangemann-Gruppe zur Einrichtung eines Europäischen Breitband Steuerungskomitees sowie zur Auswahl und Definition von gemeinsamen Standards (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 22).

Für die Integration von ländlichen und abgelegenen Regionen in die Europäische Informationsgesellschaft wird die strategische Bedeutung von Satelliten unterstrichen:

„The crucial advantage of satellites is their wide geographical coverage without the need for expensive terrestrial networks. Satellites have many advantages for providing rural and remote areas with advanced communications. Full exploitation of satellites can only be achieved by a new phase in the Union's satellite policy. The objective should be to develop trans-European networks.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 22)

Im Bereich der Mobilkommunikation sieht sich die EU nicht nur aufgrund der enormen Wachstumsraten,<sup>331</sup> sondern auch aufgrund der erfolgreichen, weltweiten Etablierung des europäischen GSM-Standards<sup>332</sup> in einer globalen Führungsposition.

- *Basisdienste*

Hinsichtlich der Basisdienste wirbt der Bangemann-Bericht für die Bereitstellung und den massenhaften Einsatz von e-mail-, Datentransfer- und Videodiensten, um zunächst eine

---

<sup>331</sup> „The number of mobile telephone subscribers has doubled over the past three years to 8 million. At current growth rates of 30-40%, the Union will soon have 40 million users.“ (Bangemann 1994, 26)

<sup>332</sup> „GSM is an excellent demonstration of how a common Europe-wide public/private initiative can be successfully transformed into a market driven, job creating operation. In Germany, the country where GSM is currently having most success, about 30,000 new jobs have been created. On similar assumptions, Europe-wide introduction on the same scale would generate more than 100,000 new jobs.“ (Bangemann 1994, 22)

kritische Masse zu erreichen, die weitere Investitionen in die neuen Netzwerke und Dienste nach sich ziehen würde.

„The attraction of a telecommunications service depends directly on the number of other compatible users. Thus, a new service cannot really take off until a certain number of customers has subscribed to the service. Once this critical mass has been achieved, growth rates can increase dramatically, as in the case of INTERNET.“  
(Bangemann-Gruppe 1994, 23)

Trotz der kontinuierlich wiederholten Glaubensbekenntnisse über die magischen Kräfte des freien Marktes geht die Bangemann-Gruppe nicht davon aus, dass diese kritische Masse allein durch einen intensivierten Wettbewerb erreicht werden könnte:

„We can only create a virtuous circle of supply and demand if a significant number of market testing applications based on information networks and services can be launched across Europe to create critical mass.“ (Bangemann-Gruppe 1994, 23)

Um deren Standardisierung und zügige Verbreitung voranzutreiben, soll die Kommission ein "European Basic Services Forum" einrichten (Bangemann-Gruppe 1994, 23).

#### - *Anwendungen*

Der Bangemann-Bericht stellt zehn experimentelle Anwendungen<sup>333</sup> vor, über die eine entsprechende Nachfrage und nachfolgend weitere Investitionen in die Informationsgesellschaft generiert werden sollen. Neben dieser eher demonstrativen Funktion sollen zudem weitere Erkenntnisse über die Bedürfnisse und Erfordernisse der MassenkonsumentInnen generiert werden. Auf makroökonomischer Ebene seien diese Anwendungen bereits geeignet, die industrielle Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, neue Beschäftigung zu generieren, neue Formen der Arbeitsorganisation zu ermöglichen, die Lebensqualität und ökologische Nachhaltigkeit zu verbessern und die Effizienz und Rationalität öffentlicher Dienstleistungen zu verbessern (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 24)

Für ihre Umsetzung sei die Einbindung von lokalen, städtischen und regionalen Verwaltungen notwendig, einerseits um eine frühe Nachfrage nach diesen Diensten abzusichern, andererseits weil sich neue Dienstleistungen insbesondere in Städten frühzeitiger als anderswo durchzusetzen vermögen. Gleichwohl sollen diese Anwendungen bald auch kommerziell erfolgreich sein.

#### ***Follow-Up: rollierender Aktionsplan, Expertengruppe, Information Society Project Office und Information Society Forum***

Die Bangemann-Gruppe schließt ihren Bericht, indem sie ihre vorgetragenen Analysen und Empfehlungen zu einem kohärenten politischen Programm erklären: „Our recommendations

---

<sup>333</sup> Diese Anwendungen sind: Teleworking; Distance learning; A network for universities and research centres; Telematic services for SMEs; Road traffic management; Air traffic control; Healthcare networks; Electronic tendering; Trans-european public administration network; City information highways und richten sich sowohl an die privaten Nutzer zuhause (interaktive Anwendungen und Transaktionen wie teleshopping, telebanking, Unterhaltung und Freizeitgestaltung) sowie an Unternehmen und öffentliche Einrichtungen.

should be regarded as a coherent whole, the full benefits of which can only be reaped if action is taken in all areas.” (Bangemann-Gruppe 1994, 35) Für das weitere politische Vorgehen schlägt die Gruppe die Einrichtung eines „Rates der Informationsgesellschaft“ vor, zu dem eigens dafür ernannte Minister aus den Mitgliedstaaten delegiert werden sollten.

Die Kommission möge eine Gruppe hochrangiger Personen aus den betreffenden Sektoren, auch der sozialen Akteure, ernennen, die zum einen die Implementierung der Informationsgesellschaft vorbereiten und zum anderen öffentliche Aufmerksamkeit hinsichtlich der „opportunities and challenges“ herstellen sollen (vgl. Bangemann-Gruppe 1994, 37). Diese Gruppe habe den entsprechenden Institutionen der EU in regelmäßigen Abständen über den Fortschritt der vorgeschlagenen Maßnahmen zu berichten.

Auf Einladung des Europäischen Rates präsentierte die Kommission am 19. Juli 1994 den Aktionsplan „Europe’s way to the information society“. Dieses Arbeitsprogramm der Kommission auf dem Feld der Informationsgesellschaft ist kaum mehr als eine mit einem Zeitplan versehene Zusammenfassung der Themen, Empfehlungen und Forderungen aus den einzelnen Kapiteln des Bangemann-Berichts und beinhaltet konkrete Maßnahmen in vier Bereichen:

- Etablierung der rechtlichen Regulierungsrahmen;
- Ermutigung weiterer Initiativen im Bereich transeuropäischer Netze, Dienste und Anwendungen sowie „content“;
- weitere Bearbeitung von sozialen, gesellschaftlichen und kulturellen Aspekten im Zusammenhang mit den IKT;
- weitere Bewerbung („promotion“) der Informationsgesellschaft. (vgl. Todoran 1996, 215)

Sowohl der Bangemann-Bericht wie auch der Aktionsplan wurden auf der Sitzung des Europäischen Rates in Korfu diskutiert und bestätigt:

„The European Council considers that the current unprecedented technological revolution in the area of information opens up vast possibilities for economic progress, employment and the quality of life, while simultaneously representing a major challenge. It is primarily up to the private sector to respond to this challenge, by evaluating what is at stake and taking the necessary initiatives, notably in the matter of financing. The European Council, like the Commission, considers that the Community and its Member States do however have an important role to play in backing up this development by giving political impetus, creating a clear and stable regulatory framework (notably as regards access to markets, compatibility between networks, intellectual property rights, data protection and copyright) and by setting an example in areas which come under their aegis.” (COM Bulletin 2/94, 131)

Neben der Bestätigung der zehn vorgeschlagenen Anwendungen soll die Regulierung auf europäischer Ebene vorangetrieben werden:

“At the level of the Community, the necessary regulatory framework has to be established as soon as possible. The European Council invites the Council and the European Parliament to adopt before the end of the year measures in the areas

already covered by existing proposals. It also invites the Commission to establish as soon as possible a program covering the remaining measures needed at the Community level." (COM Bulletin 2/94, 131)

Desweiteren soll die Koordinierung auf supranationaler Ebene institutionalisiert werden:

„(...) the importance and complexity of the issues raised by the new information society justify the setting up of a permanent coordination instrument to ensure that the various parties involved, both public and private, are working along the same lines. This coordination instrument, to be set up as soon as possible, should be based on the appointment in each Member States of a person responsible at ministerial level for coordinating all aspects of the subject (political, financial and regulatory) with a view inter alia to ensuring a coordinated approach in the Council. The Commission will act similarly." (COM Bulletin 2/94, 131)

Für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen und die Koordination von Partnerschaften wird Ende des Jahres 1994 eine "Information Society Project Office" (ISPO) eingerichtet (vgl. KOM 1995/224). Dieses quasi ständige Sekretariat "(...) informiert über geplante und laufende Projekte,<sup>334</sup> vermittelt Partnerschaften (insbesondere zwischen öffentlichen und privaten Akteuren) und berät in Bezug auf Finanzierungsinstrumente der Gemeinschaft." (Schaper-Rinkel 2003, 193)<sup>335</sup>

"The main objectives of ISPO are to help industry and users (eg. local authorities, associations etc.) contact the Commission and use in an optimal way the existing instruments and resources, to act as a broker of ideas, experience and expertise and to create awareness of the potential impact of the information society. It also aims to contribute to the learning process among relevant participants and to facilitate the acceptance and adoption of applications and solutions related to the information society by encouraging the demonstration of efficient implementation techniques and strategies. Last but not least, ISPO is meant to act as a link between potential participants from the private sector and the Commission services responsible for international co-operation. As the European Commissioner, Mr. Martin Bangemann declared: "Europeans can expect new jobs opportunities, new services and new markets to develop in the wake of the Information Society. ISPO's mission is to help all interested parties benefit by offering a new source of assistance and orientation, and a new market place for ideas." (Todoran 1996, 216, zit. n. ebd.)

Schließlich erörterte der Rat die gesellschaftlichen, kulturellen und auch linguistischen Aspekte der Informationsgesellschaft, die aufgrund der Markt- und Industriefixierung der Bangemann-Gruppe weitgehend unterbelichtet geblieben waren. Für diesen Problemkomplex wird die Berufung einer weiteren hochrangigen Expertengruppe in Aussicht gestellt (vgl. Kommission der EG, 1994a; Holtz-Bacha 2006, 290).

---

<sup>334</sup> Das ISPO betrieb auch eine Web-Seite (<http://www.ispo.cec.be>), über die alle Dokumente und Aktivitäten zugänglich gemacht wurden. Diese Web-Seite erwies sich als sehr hilfreich für die Recherchen zu dieser Arbeit, ist aber leider abgeschaltet worden.

<sup>335</sup> Unter anderem entwickelt das ISPO das Programm „Info 2000“ (ABl. 1996 L 129), das von 1996 bis Ende 1999 laufen sollte. „Der Schwerpunkt liegt darauf, eine Industrie für Multimedia-Inhalte zu entwickeln und die Kommerzialisierung jedweder Inhalte voranzutreiben. Von seiner öffentlichen Bedeutung bleibt die Wirkung gering, und es dringen keine wesentlichen Ergebnisse an die Öffentlichkeit.“ (Schaper-Rinkel 2003, 193)

Auch wenn diese neue Expertengruppe, die im Jahr 1995 ihre Arbeit aufnimmt, „einen legitimatorisch-nachträglichen Charakter hat, werden nun immerhin weitere Dimensionen der zukünftigen Informationsgesellschaft begutachtet.“ (Schaper-Rinkel 2003, 192). In ihrem 1996 veröffentlichten Zwischenbericht stellt die Expertengruppe eine optimistisch offene Zukunftsprognose. Unter Absehung von den konkreten politischen Formen und Kontexten erwarte sie von der Informationsgesellschaft:

„(...) neues Wachstum und Schaffung von Arbeitsplätzen; effizientere Nutzung des Inputs, d.h. nicht nur des Faktors Arbeit, sondern auch der Energiequellen, der Rohstoffe und des Kapitals, was zu einem umweltgerechteren Wachstumsverlauf beitragen könnte; höhere Einkommen und mehr Wohlfahrt; dezentrale Organisationsformen in den Betrieben oder im Sinne der Erwerbsbeteiligung; planmäßigerer Verlauf der regionalen und städtischen Entwicklung; Bereicherung des persönlichen Lebens sowie demokratischere Entscheidungsfindung“ (Expertengruppe 1996, Vorwort)

Parallel zu der Expertengruppe wurde im Jahr 1995 das „Information Society Forum“ (ISF) gegründet, in dem „alle betroffenen Akteure“ versammelt werden sollten,<sup>336</sup> um eine breite Diskussion über die Herausforderungen der Informationsgesellschaft und insbesondere Beratungen über die strategischen Prioritäten bei der Umsetzung der Initiativen, Maßnahmen und Anwendungen aus dem Bangemann Bericht zu führen.

Organisiert in sechs Arbeitsgruppen, wurden Berichte zu folgenden Themen ausgearbeitet:

- die Auswirkungen der Informationsgesellschaft auf Wirtschaft und Beschäftigung;
- die grundlegenden sozialen und demokratischen Werte der "virtuellen Gemeinschaft";
- der Einfluss der Informationsgesellschaft auf öffentliche Einrichtungen;
- Erziehung, Ausbildung und Lernen in der Informationsgesellschaft;
- die kulturelle Dimension der Informationsgesellschaft und die Zukunft der Medien;
- nachhaltige Entwicklung, Technologie und Infrastruktur.<sup>337</sup>

Die Berichte dieser Arbeitsgruppen wurden zusammen mit dem ersten Jahresbericht des ISF der Europäische Kommission vorgelegt.

„Die EU-Kommission reagierte auf die Empfehlungen der Expertengruppe und die Berichte des Forums Informationsgesellschaft mit einem erweiterten Aktionsplan mit folgenden politischen Prioritäten:

1. Verbesserung des wirtschaftlichen Umfelds,
2. Investitionen in die Zukunft, Erweiterung der Wissensbasis, Lernen in der Informationsgesellschaft,

---

<sup>336</sup> Durch die zunächst 128 Mitglieder – zur Hälfte von der Kommission, zur Hälfte von den Mitgliedstaaten benannt – waren neben den EU-Institutionen tatsächlich hauptsächlich folgende Interessensgruppen vertreten: „die Anbieter von inhaltlichen Vorlagen und Dienstleistungen: Verleger und Autoren, Film- und Fernsehproduzenten, Mitarbeiter von Sendeanstalten, Hersteller von Computersoftware und Anbieter von Informationsdiensten; sowie die Netzbetreiber: Betreiber von Festnetzen für Telekommunikation, von Kabelfernsehen, Mobilfunk und Satelliten.“

<sup>337</sup> <http://merlin.obs.coe.int/iris/1996/8/article2.en.html>

3. der Mensch im Mittelpunkt (seine Erwartungen und Sorgen, breiter Zugang der Bürger zu Dienstleistungen und Inhalten, Schutz von Verbraucherinteressen und Verbesserung der Qualität der Dienstleistungen des öffentlichen Sektors),
4. Bewältigung der weltweiten Herausforderungen (Erarbeiten weltweiter Regeln u.a. zum Urheberrecht, Einbeziehung der Entwicklungsländer).“ (Breiter et al. 2007, 18; vgl. Aktionsplan November 1996)

Dieser Aktionsplan wurde „dynamisch angelegt“, d.h. sollte in regelmäßigen Abständen aktualisiert und fortgeschrieben werden.<sup>338</sup>

#### **d. Zwischenfazit: Die Europäische Informationsgesellschaft und ihre weitere Entwicklung**

Mit dem Bangemann-Bericht ist das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ als einer von privaten Investitionen getragenen, marktförmigen europäischen Telekommunikationsinfrastruktur in seinen Grundzügen umrissen und – von den Anfängen einer europäischen Forschungs- und Technologiepolitik über die industrie- und wettbewerbspolitischen Einwürfe und die marktschaffende Richtlinien-Politik der Kommission in der Folge des Grünbuchs zur Telekommunikation 1987 bis hin zum Europäischen Binnenmarktprojekt – der vorläufige Höhepunkt der Rekonstitution einer Telekommunikationspolitik auf europäischer Ebene erreicht.

Das „Geburtsdokument“ des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ist geprägt von einem unerschütterlichem, quasi-religiösem Glauben an die treibenden, gestaltenden, heilenden und letztlich Wohlstand für alle bringenden Kräfte des Marktes. Die „Expertengruppe aus dem Dunstkreis der audiovisuellen und der Telekommunikationsindustrie“ (Mattelart 2003, 110) stilisiert die „Ankunft der Informationsgesellschaft“ mit einigem rhetorischen Aufwand als gleichsam geschichtsloses, unvermeidliches und alternativloses Naturereignis, das die Grundfesten Europas zerstören werde, wenn nicht alles in seinem Weg stehende ohne weiteres Zögern in wettbewerbsorientierte, freie Marktmechanismen überführt würde. Dazu werden die phrasenhaft und fortschrittsbesoffen vorgetragenen sozialen, ökonomischen, politischen und rechtlichen Chancen der Informationsgesellschaft<sup>339</sup> immer wieder an den Abgrund der ebenso spekulativen Risiken ihres Ausbleibens geführt, womit dem ohnehin tendenziösen Stil eine existentielle Dringlichkeit untergehoben wird, die die immer wieder zu einem „wir“

---

<sup>338</sup> Einmal auf den Geschmack gekommen, wurden weitere und zusätzliche Aktionspläne verfasst: Um bspw. den Einstieg von Schulen in die Informationsgesellschaft zu beschleunigen und die Anwendung von multimedialen pädagogischen Hilfsmitteln voranzutreiben und dabei auch die europäischen Werte zu würdigen, wurde von der Kommission am 2. Oktober 1996 ein weiterer Aktionsplan mit dem Titel "Learning in the Information Society" vorgestellt.

<sup>339</sup> Diese gleichen einem warmen Regen aus mehr Wettbewerbsfähigkeit, mehr Wachstum, mehr Wohlstand, mehr Beschäftigung, mehr Effizienz, mehr Produktivität, mehr Rationalisierung, mehr Innovation, mehr Demokratie, mehr Partizipation, mehr Integration, mehr Bildung, mehr Nachhaltigkeit, mehr Lebensqualität und besserer Gesundheit.

vereinnahmten EuropäerInnen eindringlich ermahnt, „ihre“ Chance jetzt zu ergreifen – bevor es zu spät sei.<sup>340</sup>

Hinter den glänzenden Glaubensbekenntnissen über die Produktivität, Effizienz und Rationalität des Marktes lässt der Bericht aber letztlich keinen Zweifel daran, dass die Bedingungen für seine Möglichkeit durch ordnungspolitische und rechtliche Rahmenbedingungen politisch erst noch herzustellen sind.

„Die „Vision von der Informationsgesellschaft“, die der Bangemann-Bericht lieferte, war gekennzeichnet durch das Plädoyer für den Abbau von Reglementierungen und die Schaffung eines neuen ordnungspolitischen Rahmens, der auf den Markt setzt und ungehinderten Wettbewerb zulässt (...).“ (Holtz-Bacha 2006, 289f)

Um das enorme avisierte Wachstumspotential<sup>341</sup> im informations- und kommunikationstechnologischen Bereich zu realisieren, plädiert der Bericht deshalb dafür, den bereits angestoßenen Liberalisierungs- und Deregulierungsprozess,<sup>342</sup> d.h. der Beseitigung von Monopolen im Telekommunikationsbereich und der mit diesen einhergehenden politischen Auflagen, zu beschleunigen. Die Liberalisierung der Sektoren soll privaten Investitionen den Weg in die Informationsgesellschaft schnellstmöglich freiräumen, damit diese ihre Entwicklung auf ein international wettbewerbsfähiges Niveau

---

<sup>340</sup> Die Parallelität zur von Marx im Kommunistischen Manifest geschilderten, revolutionären Bourgeoisie, ist verblüffend und bemerkenswert: „Die Bourgeoisie kann nicht existieren, ohne die Produktionsinstrumente, also die Produktionsverhältnisse, also sämtliche gesellschaftlichen Verhältnisse fortwährend zu revolutionieren. (...) Alle festen eingerosteten Verhältnisse mit ihrem Gefolge von altehrwürdigen Vorstellungen und Anschauungen werden aufgelöst, alle neugebildeten veralten, ehe sie verknöchern können. Alles Ständische und Stehende verdampft (...). Das Bedürfnis nach einem stets ausgedehnteren Absatz für ihre Produkte jagt die Bourgeoisie über die ganze Erdkugel. Überall muß sie sich einnisten, überall anbauen, überall Verbindungen herstellen. Die Bourgeoisie hat durch ihre Exploitation des Weltmarkts die Produktion und Konsumtion aller Länder kosmopolitisch gestaltet. (...) Die uralten nationalen Industrien sind vernichtet worden und werden noch täglich vernichtet. Sie werden verdrängt durch neue Industrien, deren Einführung eine Lebensfrage für alle zivilisierten Nationen wird (...). (...) An die Stelle der alten lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit der Nationen voneinander. Und wie in der materiellen, so auch in der geistigen Produktion. Die geistigen Erzeugnisse der einzelnen Nationen werden Gemeingut. Die nationale Einseitigkeit und Beschränktheit wird mehr und mehr unmöglich, und aus den vielen nationalen und lokalen Literaturen bildet sich eine Weltliteratur. Die Bourgeoisie reißt durch die rasche Verbesserung aller Produktionsinstrumente, durch die unendlich erleichterte Kommunikation alle, auch die barbarischsten Nationen in die Zivilisation. Die wohlfeilen Preise ihrer Waren sind die schwere Artillerie, mit der sie alle chinesischen Mauern in den Grund schießt, mit der sie den hartnäckigsten Fremdenhaß der Barbaren zur Kapitulation zwingt. Sie zwingt alle Nationen, die Produktionsweise der Bourgeoisie sich anzueignen, wenn sie nicht zugrunde gehen wollen; sie zwingt sie, die sogenannte Zivilisation bei sich selbst einzuführen, d.h. Bourgeois zu werden. Mit einem Wort, sie schafft sich eine Welt nach ihrem eigenen Bilde.“ (MEW 4, 465ff) In dem Bangemann-Bericht scheint die Bourgeoisie des ausgehenden 20. Jahrhunderts gleichermaßen vor den – ihr als fremde Macht gegenüberstehenden, gleichwohl von ihr selbst hervorgebrachten – neuen Produktionsmitteln zu erschrecken wie diese für die Verjüngung ihrer Herrschaftsbasis entfesseln zu wollen.

<sup>341</sup> Die Bangemann-Gruppe geht von Wachstumsraten zwischen 10% und 15% aus und hat dabei insbesondere die Märkte für elektronischen Datenaustausch, elektronische Zahlungssysteme, Teleshopping (später eCommerce), Unterhaltung sowie spezielle Anwendungen für kleinere und mittlere Unternehmen im Blick. Vgl. Jörg Wenzel: <http://www.mediamente.rai.it/mmold/english/bibliote/intervis/w/wenzel.htm>

<sup>342</sup> Wie bspw. in Deutschland durch die Postreform II just umgesetzt wurde.

heben können. In diesem Sinne würde die Realisierung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit in erster Linie die Intensivierung des Wettbewerbs erfolgen, d.h. durch die Beschleunigung von Innovationszyklen und Kapitalumschlag einerseits und die Integration des Raumes – und damit auch seiner Schließung nach außen andererseits.

Um die fragmentierten europäischen Telekommunikationsmärkte zu *einem* europäischen Binnenmarkt für Telekommunikation zu integrieren, seien die nationalen Regulierungssysteme auf die europäische Ebene zu transponieren, wobei sich eine politische Regulierung auf europäischer Ebene im Sinne des freien Spiels der Marktkräfte auf ein notwendiges Minimum beschränken sollte. Die politische Gestaltung der Informationsgesellschaft wird somit auf die Bereitstellung des Wettbewerbsregularium eines „market-driven approach“ und die Gewährleistung der technischen Interoperabilität reduziert.<sup>343</sup> Hilfreich könne die Politik noch bei der Durchführung von Aufmerksamkeitskampagnen oder bei der Generierung einer kritischen Nachfrage bspw. durch öffentliche Beschaffungsmaßnahmen (indem Bürokratie und Verwaltung gewissermaßen als Kunden der Informationsgesellschaft auftreten) sein, ansonsten solle sie aber bitte nicht dirigistisch eingreifen.

Es ist richtig, in Erinnerung zu rufen, dass die „umfassenden Pläne für eine europäische Informationsgesellschaft (...) erst einmal ein *Konzept* der Kommission“ sind (Schaper-Rinkel 1999, 40). Denn nicht nur die Alternativlosigkeit und die Dringlichkeit, mit der die rasche Überführung der vormals nationalen Versorgungsinfrastrukturen in europäische Märkte stattzufinden habe, ist bemerkenswert, sondern natürlich schon die Tatsache an sich: der Bangemann-Bericht fordert ja nicht weniger, als einen vormals hochregulierten Sektor – unter dem Banner der europäischen Wettbewerbsfähigkeit – durch umfassende Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen dem mehr oder weniger freien Spiel der Marktkräfte zu überlassen. Auf diese Weise den jeweils nationalen Hoheitsbereichen und den bisher dort positionierten Akteuren entzogen, würde er auf europäischer Ebene wieder rekonstituiert – nun allerdings in technologisierten, supranationalen und vor allen Dingen nun von der EU-Kommission kontrollierten Arenen. Denn die vormals nationalen Versorgungsinfrastrukturen geraten ja überhaupt erst durch diese Reartikulation zu transnationalen Kommunikationsmärkten in die Handlungsreichweite der europäischen Kommission, die nun qua Wettbewerbspolitik und Binnenmarktintegration die Marktregulierung übersehen und sich zugleich neue Kompetenzen zueignen würde, da ihr auch die Koordinierung des europäischen Großkapitals zufiele.

### ***Das Problem der Nachfrage einer angebotsorientierten Politik***

Neben der Beseitigung von Wettbewerbshindernissen zur Integration des Binnenmarktes identifiziert der Bangemann-Bericht vor allen Dingen in der Generierung einer „kritischen

---

<sup>343</sup> So seien für einen gemeinsamen Binnenmarkt informationeller Dienstleistungen vereinheitlichte rechtliche Rahmenbedingungen für den Schutz geistigen Eigentums, der Privatsphäre sowie für Verschlüsselungsverfahren und die Informationssicherheit zu etablieren. Desweiteren müssen die unterschiedlichen, zur Sicherung des Pluralismus eingesetzten nationalen Regulierungssysteme zum Eigentum an Medien, d.h. die Bestimmungen zur Medienkonzentration, zur Meinungsfreiheit und -vielfalt, die sich letztlich in Regeln zur Sicherung des Wettbewerbs und gegen den Missbrauch von Monopolmacht umsetzen, auf europäischer Ebene harmonisiert werden.

Nachfrage“ nach den Anwendungen der Informationsgesellschaft ein zentrales Problem. Diesem tritt der Bericht mit der Formulierung von experimentellen Beispielprojekten entgegen, mit denen nicht nur die Möglichkeiten moderner Informations- und Kommunikationstechnologien demonstriert und die Bedingungen für eine erfolgreiche Marktgängigkeit erprobt, sondern vor allen Dingen eine erste Welle gesellschaftlicher Nachfrage generiert werden soll.

„Die Projekte überschneiden sich mit Programmen aus dem Forschungsrahmenprogramm bzw. werden aus den Erfahrungen der Forschungsprogramme entwickelt, gehen aber von der Zielsetzung darüber hinaus, da sie beispielhaft die umfassende Implementierung digitaler Technologien im öffentlichen Leben, im Arbeitsleben und im Alltagsleben zum Ziel haben.“ (Schaper-Rinkel 2003, 190)

Nachdem die Kommission bisher vor allem die „Entwicklung technischer Artefakte“ (Schaper-Rinkel 2003, 190) gefördert hatte, beginnt sie also nun, „die europäische Nachfrage nach den neuen Technologien als Schlüsselfaktor für die Entwicklung der europäischen Informationsgesellschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der Europäischen Union auf den Weltmärkten zu berücksichtigen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 190f)

Der gebetsmühlenartig wiederholte Glaube an die Leistungsfähigkeit von Märkten wird also durch die Einsicht in die Notwendigkeit ihrer letztlich politischen Konstitution und Pflege gleichsam konterkariert.

„Indeed, in other areas many of the report’s recommendations (namely to speed up the pace of telecommunications liberalisation, update the regulatory framework for information industries, improve European standards setting procedures, ensure universal service, and to instigate EU legislation covering media ownership, intellectual property, and privacy) amounted to a call for increased regulatory intervention by the EU to fill the void left by deregulation at the national level. This aspiration was made explicit in the call for the creation of a single European Telecommunication Authority.” (Levy 1999, 125)

Neben den bereits erwähnten Investitionen öffentlicher Verwaltungen in die Modernisierung ihrer informationellen Infrastruktur zur Datenerhebung, -verarbeitung und -transfer sowie zur Bereitstellung ihrer Dienstleistungen wird auch den Städten eine wichtige Rolle zugewiesen, „weil sie durch entsprechende Anwendungen das Bewusstsein der Bürger für die Vorteile der neuen Dienste schärfen können und gleichzeitig als Nachfrager für Großanwendungen Impulse für die Industrie liefern sollen.“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 14) Im Übrigen sollen die Demonstrationsprojekte „von vorneherein in einem kommerziellen Umfeld und in möglichst großem Maßstab stattfinden, um Unternehmen eine Feinabstimmung ihrer Produkte bzw. Dienstleistungen auf die Anforderungen der Konsumenten sowie eine Abschätzung der Nachfrage zu ermöglichen.“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 14)<sup>344</sup>

---

<sup>344</sup> In diesem Zusammenhang kommen übrigens auch nicht genuin dem Telekommunikationssektor entspringende Produktangebote wie z.B. optimierten Unterhaltungs- und Konsumangeboten eine integrale Bedeutung zu.

Es ist ein bemerkenswerter Umstand, dass eine angebotsorientierte europäische Technologiepolitik ansetzt, auf der Angebotsseite die Voraussetzungen für die Wettbewerbsfähigkeit zu schaffen, wenn gleichzeitig aber die Nachfrage überhaupt noch nicht gesichert ist bzw. diese gar vornehmlich über staatliche und öffentliche Investitionen angeschoben werden soll. Neben den geplanten Aufklärungs- und Aufmerksamkeitskampagnen über die Vorteile, aber auch die Risiken der modernen Informations- und Kommunikationstechnologien, die sich vornehmlich an öffentliche Verwaltungen, kleinere und mittlere Unternehmen und Ausbildungszentren richten sollen, ist in diesem Zusammenhang auch die Re-Fokussierung der Forschungs- und Technologieförderung zum Aufbau der informationellen Infrastruktur zu nennen. Das grundlegende Problem des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ist eine bis dato kaum vorhandene gesellschaftliche Aufmerksamkeit, ein fehlendes politisches Interesse und letztlich auch eine mangelnde Nachfrage von Verbrauchern und Unternehmen.

Um die im Bangemann-Bericht vorgeschlagene Beseitigung von Investitionshemmnissen und die staatlich geförderte Generierung von Nachfrage umzusetzen, wird letztlich ein Korporatismus der sozialen Interessen beworben, der sich auf dem Boden eines technokratischen Politikbegriffs, eines konsumistischen Gesellschaftsbegriffs und eines neoliberalen Staatsbegriffs artikuliert. Vor diesem Hintergrund kann das von der Bangemann-Gruppe entworfene Programm für das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ sicherlich nicht als „neoliberal“ in einem eindimensionalen Lehrbuch-Sinne bezeichnet werden, vielmehr setzt sich hier die bangemannsche Programmatik einer aktiven Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld fort, die bereits im Jahr 1990 im sogenannten „Bangemann-Papier“ (KOM 1990/556) umrissen worden war.

Im Jahr 1994 führt Jörg Wenzel, Leiter des Aktionszentrums Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, in einem Interview aus, dass

„der alte Glaubenskrieg zwischen den Verfechtern der reinen Marktwirtschaft und den Befürwortern von Protektionismus und staatlichen Interventionen (...) seit dem Bangemann-Papier zur Industriepolitik vom Dezember 1990 deutlich entschärft worden ist. Man konnte sich jedenfalls nach dieser Initiative auf einen horizontalen Ansatz in Sachen Industrie- und Forschungspolitik verständigen. Mit anderen Worten: Es soll nicht mehr so viel in einzelne Industriesektoren, sondern in eine generelle Verbesserung der strukturellen Rahmenbedingungen investiert werden.“<sup>345</sup>

In diesem Sinne wolle sich Brüssel „an die Spitze von Entwicklungen setzen, wenn es darum geht, der europäischen Industrie Zukunftschancen zu sichern.“ Da Europa den Strukturwandel verschlafen habe, müsse nun der „Abbau von Subventionen, Bürokratien und Monopolen“ betrieben werden, „vor allem im Hinblick auf den Weg zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft.“<sup>346</sup> „Brüssel wird also in Zukunft (...) verstärkt bemüht sein, eine

---

<sup>345</sup> <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>

<sup>346</sup> <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>

Katalysatorfunktion wahrzunehmen – durch die Hilfestellung bei der Anbahnung und Koordinierung von Industriepartnerschaften sowie durch die Einleitung neuer Initiativen.“<sup>347</sup>

Die Informationsgesellschaft solle im Wesentlichen von der Privatwirtschaft aufgebaut werden, die in der sogenannten Bangemann-Gruppe vertretenen Repräsentanten aus Industrie und Wirtschaft hätten allesamt versichert, „dass man in der Lage sei, diese enormen Investitionen und Anstrengungen auf sich zu nehmen – wenn die Politik für die entsprechenden Rahmenbedingungen sorgt.“<sup>348</sup> Da davon auszugehen sei, dass der „Bau der neuen Informationsgesellschaft dreistellige Milliardenbeträge verschlingen“ werde – und deshalb die Fördermittel von „knapp sieben Milliarden Mark“ bei einem solchen Unterfangen „lediglich ein willkommener Flankenschutz“<sup>349</sup> seien, sei sich Fusionsplänen, aus denen European Champions hervorgehen könnten – wie seinerzeit die der Deutschen Telekom, France Telecom und Sprint zu dem Joint-Venture Atlas – auch nicht entgegenzustellen: „Wir sind doch in Brüssel nicht so blauäugig, einerseits die europäischen Telecom-Märkte zu öffnen und andererseits die Entstehung starker, global ausgerichteter europäischer Carrier und Diensteanbieter zu verhindern.“<sup>350</sup>

### ***Die Europäische Informationsgesellschaft – „politisches Projekt“ oder „Leitbild“?***

Während in dieser Arbeit die „Europäische Informationsgesellschaft“ als politisches Projekt gefasst wird, um den aus bestimmten gesellschaftlichen Bedingungskonstellationen zu begründeten Artikulationsprozess, an dem unterschiedliche Akteure mit unterschiedlicher Artikulationsfähigkeit auf unterschiedlichen Ebenen beteiligt sind, in den Blick zu bekommen, analysiert Petra Schaper-Rinkel die Europäische Informationsgesellschaft als „Leitbild“. Wenngleich dieser Begriff sicherlich weniger Dimensionen fassen kann, zumal er ein einheitliches, gegebenes und anleitendes Bild am Horizont suggeriert und eben genau seine gesellschaftlichen Entstehungsbedingungen nicht konzeptualisieren kann,<sup>351</sup> so sind doch einige der von Schaper-Rinkel hervorgebrachten Bestimmungen zu der Europäischen Informationsgesellschaft als Leitbild aufzuheben, nicht zuletzt um die vorgeschlagene Begrifflichkeit der „Artikulation von politischen Projekten“ weiter auszuarbeiten.

In die Nähe dessen, was mit dem „politischen Projekt“ einer Europäischen Informationsgesellschaft gemeint ist, bewegt sich Schaper-Rinkel mit der Bestimmung: „Leitbilder sind die Form, in der Diskurse verdichtet sind, materielle und diskursive Praxen konvergieren und in der Zukunftsbilder und Gegenwartspolitik zusammentreffen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 82) Wenn sie ausführt, dass die Funktion von Leitbildern in institutionellen Verhandlungsprozessen darin liege, „heterogene Akteure in ein strategisches Kooperationsverhältnis einzubinden“ (Schaper-Rinkel 2003, 81), wird gleichwohl deutlich, dass der Begriff Leitbild das diskursive Resultat dessen beschreibt, was mit der Artikulation eines politischen Projektes gemeint sein soll: mehr als der gegebene programmatische

<sup>347</sup> <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>

<sup>348</sup> <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>

<sup>349</sup> <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>

<sup>350</sup> <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>

<sup>351</sup> Vgl.: „Ein Leitbild wie das der Europäischen Informationsgesellschaft entsteht im Zusammenspiel und im Spannungsverhältnis zwischen technischen, technologiepolitischen und europäischen Leitbildern.“ (Schaper-Rinkel 2003, 81)

Fixpunkt am Horizont muss aus politischer Perspektive der Entstehungsprozess ebensolcher Fixpunkte interessieren. Schaper-Rinkel nähert sich genau diesem Aspekt, wo sie von der „Generierung von Leitbildern“ bzw. der „Leitbildentwicklung“ schreibt:

„Durch die Integration unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen und verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen soll in der Generierung von Leitbildern vielmehr ein Höchstmaß divergierender und konkurrierender Aspekte, Interessen und Perspektiven berücksichtigt und bearbeitet werden. (...) Dabei gibt es keine gleichen Durchsetzungschancen für die unterschiedlichen Interessen. Die Personen und Positionen, die am gleichen Ort verhandeln und verhandelt werden, kommen als Ungleiche (als gesellschaftlich-hierarchisch positioniert) an diesen Ort, und sie reproduzieren dort diese Ungleichheit. In der Leitbildentwicklung werden Machtkämpfe als Definitionskämpfe, als Kämpfe über inhaltliche Kriterien des Einschlusses und Ausschlusses und über die Gewichtung von Zielen und Strategien geführt. Das Ziel ist die Kanalisierung von Möglichkeiten und die Kanalisierung von Ressourcen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 83/f)

Leider verfolgt sie die Untersuchung ebendieser Machtkämpfe um die Artikulation von Leitbildern nicht weiter.<sup>352</sup> Sehen auch wir für einen Moment davon ab und untersuchen also das „Leitbild“ der Europäischen Informationsgesellschaft als ein bereits Gegebenes, dann könnte festgehalten werden, dass sich in diesem der „utopische Überschuss“ des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ manifestiert. In diesem Sinne würde ein Leitbild seine Suggestivkraft „immer auch aus der Überschreitung [seines] eigenen engen sachlichen Rahmens“ gewinnen, „daraus, dass sie nicht auf sich selbst beschränkt sind, sondern unweigerlich in einem Wechselverhältnis zu anderen gesellschaftlichen Leitbildern stehen, diese als Grundlage haben, sie stützen oder verwerfen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 86) Die Wirkmächtigkeit eines Leitbildes würde demnach nicht nur von seiner inneren Kohärenz abhängen, sondern auch von dessen Anschlussfähigkeit an andere Leitbilder. Schon an dieser Stelle wird die Frage nach dem gesellschaftlichen Boden ebendieser anderen Leitbilder virulent (warum können Leitbilder in einem Wechselverhältnis zueinander stehen?), so dass wir doch umformulieren müssen: Die Wirkmächtigkeit eines politischen Projektes würde demnach nicht nur von seiner inneren Kohärenz abhängen, sondern auch von dessen Anschlussfähigkeit an andere Projekte/Diskurse und seine Fähigkeit, Interessen zu bündeln oder Bündnisse und Kompromisse mit diesen einzugehen.

Wenn die Schwäche des Begriffes „Leitbild“ – oder auch nur seiner Ausarbeitung – also darin liegt, dass damit der politische Prozess seiner Hervorbringung aus dem Blick gerät, so

---

<sup>352</sup> Das wird bedauerlich, wenn sie tatsächlich genuin politischen Fragen nachgeht. Auf die Feststellung, dass der EU eine Verfassung und damit eine normativ bindende Grundlage fehle, bringt sie die Leitbilder ins Spiel, wobei nun offensichtlich wird, inwiefern damit die tatsächlich politischen Fragestellungen mehr verdeckt als entdeckt werden: „Das Fehlen einer Verfassung im Sinn einer ‚großen Erzählung‘ wird bisher durch motivierende Diskurse und Leitbilder ‚unterhalb‘ eines Geburtsdokuments substituiert. Leitbilder sind damit Instrumente der Integration und Instrumente zur Institutionalisierung europäischer politischer Praxen. Die technologieorientierten Leitbilder der europäischen Technologiegemeinschaft, des Europäischen Telekommunikationsraumes und der Europäischen Informationsgesellschaft spezifizieren Form und Inhalt der europäischen Integration und sind zugleich darauf angelegt, die Technikentwicklung zu europäisieren und zu kanalisieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 15)

liegt seine Stärke sicherlich darin, die fluchtpunktartige Orientierung zu benennen, die allein schon durch die Durchsetzung einer bestimmten Terminologie geschaffen werden kann – wenngleich sich dahinter in der Regel nicht linguistische, sondern materiell begründete, diskursive Kräfteverhältnisse verbergen – und vor allen Dingen jene, die durch die Institutionalisierung von politischen Projekten geschaffen wird. So gefasst, ist es richtig, dass die „technologieorientierten Leitbilder der Europäischen Technologiegemeinschaft, des Europäischen Telekommunikationsraumes, [des Europäischen Forschungsraumes; M.H.] und der Europäischen Informationsgesellschaft Form und Inhalt der europäischen Integration spezifizieren und zugleich darauf angelegt sind, die Technikentwicklung zu europäisieren und zu kanalisieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 15; 91)<sup>353</sup> Und da mit einem „Leitbild“ ein bereits Gegebenes bezeichnet ist, kommt seine steuernde und regulierende Funktion wohl insbesondere im Bereich „nicht-hierarchischer Steuerungsformen“ zum Tragen, insofern sich in ihnen Regulierungsziele und -inhalte zu „Übereinkünften mit hoher Verbindlichkeit und kollektiver Projektionskraft“ zusammenfassen (Canzler/Dierkes 2001, 460, zit.n. Schaper-Rinkel 2003, 16, vgl. Schaper-Rinkel 2003, 14).

Nach Michael Latzer prägen „Leitbilder, Mythen und Metaphern“ nicht nur „das allgemeine Verständnis moderner Kommunikation“, indem sie „durch die begriffliche Anbindung an bereits Bekanntes (Autobahn → Datenautobahn) ein spezifisches Verständnis des Neuen generieren und gleichzeitig prägen“ (Latzer 1997, 31). Darüber hinaus beeinflussen sie auch die „politisch-ökonomische Gestaltung des Kommunikationssektors“, indem sie „technische und politische Entwicklungen visionär“ leiten und – vermittelt über die öffentliche Meinung – sowohl bei Politikern wie auch der Bevölkerung ein Problemverständnis schaffen, Unterstützung mobilisieren und „die Akzeptanz für die Verfolgung spezifischer Interessen erhöhen“ (Latzer 1997, 31).

In diesem Sinne könne der Begriff der „Informationsgesellschaft“ als ein „Makroleitbild“ eingestuft werden (Latzer 1997, 34), da er sich

„nicht auf eine einzelne Technik und einen spezifischen Aspekt ihrer Entwicklung, Organisation und Anwendung [beschränkt], sondern vielmehr ein ganzes Bündel an Erwartungen [repräsentiert]. Auf dieser sehr allgemeinen Ebene bleiben die Begriffe vage, es fehlt die Angabe der Kriterien, anhand derer der Zielerreichungsgrad messbar ist.“ (Latzer 1997, 34)

Es ist dies die besondere Eigenart des Begriffes „Informationsgesellschaft“: dass er zum einen Erwartungen, Hoffnungen, Träume und Ängste bündelt, zum anderen aber gleichzeitig in deren Artikulation so vage bleibt, dass unter ihm verborgen ein konkretes politisches

---

<sup>353</sup> Ebenso kann gesagt werden, dass „die Verträge die Entwicklung und Realisierung von Leitbildern ermöglichen und diese zugleich strukturieren und begrenzen. Da die Verträge primär auf eine Wirtschaftsgemeinschaft und einen Binnenmarkt ausgerichtet sind (auch wenn die UnionsbürgerInnenschaft und – in allgemeiner Form – die Grundrechte vertraglich festgeschrieben sind), muss letztlich jedes (...) Leitbild stark wirtschafts- und marktorientiert sein.“ Wobei im Folgesatz dann nicht nur sprachlich deutlich wird, dass der Begriff „Leitbild“ nicht ausreichend, um die Komplexität politischer Prozesse und deren Institutionalisierung zu fassen: „In dieser Weise strukturiert das durch die Verträge übergeordnete Leitbild des Binnenmarktes die Leitbildentwicklung (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 91)

Programm Zustimmung erheischen<sup>354</sup> und zur Umsetzung schreiten kann, ohne dass es jemals explizit sichtbar würde.

### ***Die Europäische Informationsgesellschaft als Gegenentwurf zu dem US-amerikanischen „Information Superhighway“***

Für Alison Harcourt war das von der Bangemann-Gruppe vorgestellte Projekt eine direkte, europäische Antwort auf das von Al Gore im Januar 1994 formulierte Projekt des „Information Superhighway“, das gewissermaßen die Fortführung der bereits 1993 begonnenen Projektes einer „National Information Infrastructure“ darstellte. (Harcourt 2005, 19, FN 6) Die Vorstellung, mit einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ob des Zusatzes „-gesellschaft“ aber einen europäischen Gegenentwurf zu dem klar infrastrukturell formulierten US-amerikanischen Konzept vorliegen zu haben, wäre entgegen aller Rhetorik, die in eben diesem Zusatz eine Projektionsfläche für europäische Werte verorten möchte, allerdings zu weit gegriffen.

Denn der Bangemann-Bericht drängte in erster Linie auf die vollständige Liberalisierung der Telekommunikationssektoren und hob auf den dadurch notwendig werdenden, neuen regulatorischen Rahmen für einen europaweiten Telekommunikationsmarkt ab. Er beinhaltete weder eine ernstzunehmende Analyse zu den möglichen sozialen Risiken noch zu Fragen der regionalen Kohäsion einer so artikulierten Informationsgesellschaft beinhaltete – immerhin über Jahrzehnte zumindest regelmäßig mitgeführte Topoi europäischer Politik (vgl. Siochrú 1997). Diese Themen wären – wenn überhaupt – nur durch die experimentellen Beispielanwendungen – und auch hier eher implizit – vertreten, wobei diese ja wiederum allesamt möglichst kommerziell erfolgreich und „Märkte-schaffend“ aufgesetzt werden sollten. Auch hinsichtlich des „universal service“ – sicherlich dem bisher zentralen Instrument, über das sowohl eine soziale wie auch regionale Inklusion in die Informationsgesellschaft gewährleistet hätte werden können, schlägt der Bangemann-Bericht ja nicht weniger als seine ersatzlose Überführung in ein Marktmodell vor.

Auf den Bangemann-Bericht „Europa und die globale Informationsgesellschaft“ (Mai 1994) folgte im Juli des gleichen Jahres der Aktionsplan der Kommission „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“ (KOM 1994/347). Doch selbst die Santer-Kommission, die im Jahr 1996 das Grünbuch „Arbeiten und Leben in der Informationsgesellschaft – Im Mittelpunkt steht der Mensch“ nachlegt, stellt weder das Leben noch den Menschen in den Mittelpunkt, sondern

„bezieht sich lediglich auf die Arbeits- und Wirtschaftssubjekte. Nicht einmal hier wird eine nicht-kommerzielle, nicht-erwerbsarbeitsbezogene Perspektive entwickelt. Damit fehlen sogar programmatisch die wohlmeinenden *Absichten*, kulturelle Vielfalt zu erhalten, nicht-kommerzielle Anwendungen teledigitaler Technologien zu unterstützen,

---

<sup>354</sup> So wie niemand ernsthaft gegen die „Informationsgesellschaft“ sein kann, konnte auch niemand ernsthaft gegen die „Globalisierung“ sein. Bis die „Anti-Globalisierungsbewegung“ sich aus der Ecke emanzipiert hatte, in die sie gemeinsam mit rückwärtsgewandten, renationalisierenden Strömungen gestellt worden war, zur „globalisierungskritischen Bewegung“ emanzipiert hatte, vergingen viele entscheidende Jahre.

oder Initiativen zu fördern, die aus einem zivilgesellschaftlichen Kontext heraus den Anwendungen neue Impulse geben wollen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 223)

Dort, wo die Themen Bildung, Qualifikation, Kompetenz und Motivation angesprochen werden, geht es um die Einpassung in die flexibilisierten Arbeitsverhältnisse auf den Zukunftsmärkten der Informationsgesellschaft (vgl. KOM 1996/471, vgl. Schaper-Rinkel 2003, 224).

„Gefragt wird nicht nach dem Nutzen der neuen Technologien für gesellschaftliche Ziele oder für die Lösung konkreter Probleme, sondern umgekehrt: Die neuen Technologien werden als eine omnipräsente Macht charakterisiert, die Anpassungsleistungen erfordert. Ziel europäischer Politik ist nicht die Gestaltung eines gewünschten gesellschaftlich-technologischen Wandels, sondern die Anpassung an einen vorgeblich bereits weltweit vorgezeichneten Weg (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 224) „(...) die gesellschaftliche Dimension wird auf den passiven Zugang zu elektronischen Informationsmedien reduziert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 224)

Für Petra Schaper-Rinkel ist das Leitbild einer Europäischen Informationsgesellschaft u.a. deshalb gescheitert, weil es die Gesellschaftlichkeit – entgegen seinem „vordergründigen Anspruch“ – allein „auf den Markt konzentriert und reduziert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 233)

„Das Leitbild leistet der Entdemokratisierung in Europa in mehrfacher Richtung Vorschub: In ihm wird die Individualisierung, die soziale Spaltung und die Entsolidarisierung forciert. Die Artikulation von Interessen wird auf die Interessen von KonsumentInnen reduziert, aus BürgerInnen werden KonsumentInnen öffentlicher Dienstleistungen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 233)

Insofern werde auch „eine Entpolitisierung auf europäischer Ebene vorangetrieben, indem die europäischen BürgerInnen nur als Wirtschaftssubjekte statt als (Staats-)BürgerInnen vorkommen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 233)

Die Europäische Informationsgesellschaft als Fortführung der europäischen Technologie- und Telekommunikationspolitik habe

„keinen originären Modus der weiteren politischen Integration hervorgebracht und auch keine wesentlichen Impulse für die weitere Entwicklung teledigitaler Technologien gegeben. In diesem Sinne handelt es sich bei der Europäischen Informationsgesellschaft um ein gescheitertes Leitbild. Die diesbezügliche Politik ist von vorneherein durch den Widerspruch gekennzeichnet, einerseits umfassend eine Vielzahl gesellschaftlicher Bereiche integrieren zu wollen, und andererseits einseitig auf den Markt zu setzen. So wird eine starke Anwendungsorientierung proklamiert, und gleichzeitig werden Anwendungen primär als kommerzielle Anwendungen propagiert und reguliert. (...) Mit dem Leitbild der Europäischen Informationsgesellschaft wird das Alltagsleben und das öffentliche Leben den Marktkräften unterworfen. (...) Der politische Raum verschwindet im digitalen Markttreiben.“ (Schaper-Rinkel 2003, 233)

Mag die „Europäische Informationsgesellschaft“ in ihrer tatsächlichen Ausprägung ihrem Namen auch nicht gerecht geworden sein und insofern als das letztlich normativ aufgeladene Leitbild, das Schaper-Rinkel in ihr ausmachen möchte, versagt haben, als politisches Projekt sollte sie sich zunächst durchsetzen. Ein Grund dafür ist, dass es – trotz seiner

marktradikalen Tonalität – keinen isolierten Vorstoß darstellt, sondern flankiert wurde durch in Deutschland geschaffene Tatsachen.

***Fallbeispiel: Das Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland: Postreform II***

War Deutschland bis zur im Jahr 1989 inkraft getretenen Postreform I noch als rigoroser Befürworter einer öffentlichen Monopolstruktur aufgetreten, warf es nun, da gerade für die deutschen Netzbetreiber die Vorteile eines liberalisierten europäischen Marktes zunehmend in den Vordergrund rückten, sein politisches und ökonomisches Gewicht in die Waagschale und entwickelte sich zu einem Protagonisten des transeuropäischen Netzwettbewerbes.

„Die für den europäischen Kontext wohl gewichtigste Wende findet derzeit in der BRD statt, wo das von Industrie, Politik und Gewerkschaften bis zu Anfang der neunziger Jahre gemeinsam verteidigte Fernmeldemonopol der Bundespost durch einen flächendeckend ausgelegten Netzwettbewerb ersetzt wird (...)“ (Lüthje 1997, 70).

In diesem Sinne war die im Jahr 1994 verabschiedete Postreform II sicherlich mehr als der Versuch einer Antwort auf die technologischen und ökonomischen Entwicklungen der informationellen Revolution oder die Vorgaben der Europäischen Union zur Liberalisierung der europäischen Telekommunikationsmärkte (vgl. Deckwirth 2008, 70): es war der Versuch, diesen vorzugreifen. Noch beschleunigt wurde der Auflösungsprozess des bundesdeutschen Telekommunikationssystems durch die Europäisierung der Standardisierung, die Anfang der 1990er Jahre durchgesetzte Deregulierung der Märkte für Endgeräte und Mehrwertdienste sowie dem Eintritt der Importkonkurrenz aus Japan und Südostasien.

Vor allen Dingen aber ging es darum, vor dem Hintergrund der „finanziellen Schwierigkeiten, in die die Telekom nach der Wiedervereinigung durch den Ausbau des Telekommunikationssektors in Ostdeutschland geraten war“ (Deckwirth 2008, 70), eine strategisch aussichtsreiche Positionierung gegenüber den politischen Umbrüche im vormaligen Ostblock zu gewinnen. Diese finanziellen Probleme waren durch die Übernahme des schlecht ausgebauten Telefonsystems der Ex-DDR entstanden – im Jahr 1989 kamen dort auf 100 Einwohner gerade einmal 11 Hauptanschlüsse, in der BRD waren es 47. Zunächst bescherten die massiven Aufträge, die im Rahmen dieses Modernisierungsprojektes zu vergeben waren, dem bundesdeutschen Beschaffungskartell einen kurzen goldenen Herbst und führten zu einer „faktischen Stärkung der traditionellen Regulationsformen im bundesdeutschen Telekommunikationswesen“ (Lüthje 1997, 170). Analog zu den Programmen zum Infrastrukturaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg investierte die Deutsche Bundespost Telekom (DBT) in den Jahren zwischen 1991 und 1993 jährlich 7-11 Mrd. DM. „Neben ihren eigenen Bauanstrengungen beauftragte die DBT im Rahmen sog. „Turn-Key-Projekte“ die Unternehmen Siemens, Alcatel SEL, Bosch Telecom und DeTeWE als Generalunternehmer für die Erstellung von 200.000, mit modernster Technologie ausgestatteten Telefonanschlüssen jährlich (...)“ (Lüthje 1997, 171) Diese modernen Telefonanschlüsse waren sog. „fibre to home“-Anschlüsse, also auf moderner Glasfasertechnologie basierende Breitbandanschlüsse. Trotz dieses nochmaligen kurzen Auflebens der traditionellen Formation war mit der deutschen Wiedervereinigung das Ende

eines zentralistisch-korporatistischen „Modells Deutschland“ und damit auch die Wende in der bundesdeutschen Telekommunikationspolitik eingeläutet.

Die Deutsche Bundespost Telekom, ohnehin schon durch den Ausbau der ISDN- und Fernseekabelnetze finanziell überfordert, konnte die erforderlichen hohen Investitionen nur über eine Reduzierung der Eigenkapitalquote von 31% (1990) auf 24% (1992) (Lüthje 1997, 171) – und damit deutlich unter die gesetzlich vorgeschriebene Quote – stemmen. Zudem hatte die DBT aufgrund ihrer prekären finanziellen Situation und ihrem Status als „öffentlichem Unternehmen“ Schwierigkeiten, internationale Allianzen einzugehen.

Die Entscheidung, das staatlich regulierte Monopol, über das bis in die 1980er Jahren erfolgreich eine flächendeckende und dichte Versorgungsinfrastruktur aufgebaut werden konnte, aufzulösen, war selbstredend eine *politische*. Innerhalb der beiden großen Parteien verschoben sich die ideologischen und politischen Kräfteverhältnisse – nicht zuletzt durch die enorme Belastung der öffentlichen Haushalte durch den „Aufbau Ost“ – zugunsten eines breiten nationalen Privatisierungskonsenses. Während der Wiedervereinigung wurden durch die Treuhandanstalt etwa 8.500 volkseigene Betriebe abgewickelt. Zwar mobilisierte die Postgewerkschaft weiterhin erbittert gegen eine Privatisierung, die mittlerweile aus den engen Beziehungen des Fernmeldekartells entlassenen Großunternehmen und nun auch die SPD (für die Privatisierung der DBT wurde eine Grundgesetzänderung notwendig) hingegen gaben ihre Opposition im Kampf um Arbeitsplätze und zur „Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland“ zugunsten der „Sachzwänge“ auf. „Diese Konstellation wurde seit 1992 zusätzlich durch die disziplinierende Wirkung der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion sowie durch die zunehmenden Liberalisierungsvorgaben der EU verstärkt.“ (Deckwirth 2008, 68)

Nach diesem langen Vorlauf sagte die Bundesregierung Ende 1994 zu, „den Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Staat zu Fragen der Forschung, Technologie und Innovation zu intensivieren. Im Frühjahr 1995 berief Bundeskanzler Helmut Kohl den Rat für Forschung und Technologie als Kern dieses Dialogs. Er bestand aus Mitgliedern aus Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und Politik. Als erstes wählte der Rat das Thema „Informationsgesellschaft“ und übergab dem Bundeskanzler dazu im Dezember 1995 einen Bericht (...). Inhaltlich knüpfte der Rat an Arbeiten früherer nationaler Kommissionen an, insbesondere an den Arbeiten der Kommission zur Neuordnung des Fernmeldewesens, die entsprechend den Richtlinien der EU Kommission 1987 eine stufenweise Liberalisierung und Privatisierung der Telekommunikation in Deutschland empfohlen hatte und deren dritte und letzte Stufe für 1995/96 anstand (...).“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 20).

Den Empfehlungen des Technologierates folgend, „startete die Bundesregierung unter Federführung des Wirtschafts- und Forschungsministerium (...) eine „Initiative Informationsgesellschaft Deutschland“ (IID) (<http://www.iid.de>)“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 20), in deren Rahmen der Regierungsbericht „Info 2000: Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft“ entstand. Die darin formulierten zwölf strategischen Ziele wiederum folgten weitestgehend den Empfehlungen des Technologierates (vgl. Breiter, Beckert et al.

2007, 20).<sup>355</sup> Die Bundesregierung wolle sich „(...) für national einheitliche rechtliche Rahmenbedingungen einsetzen, die die begriffliche Klarstellung und Einordnung neuer Dienste ermöglichen, international die Konkurrenzfähigkeit dieser Dienste fördern und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten deutscher Anbieter vermeiden helfen.“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 21)

Nachdem der bundesdeutsche Korporatismus lange Zeit privatisierungshemmend gewirkt hatte, entfaltete ebenderselbe nach der erfolgten ideologischen Wende – die auch auf die Schwächung der Gewerkschaften zurückzuführen ist – nun eine pazifizierende Wirkung:

„Nach den eher schwachen Reformen in den 1980er Jahren gingen die Privatisierungsprogramme und großen Liberalisierungsgesetze in den Infrastruktursektoren zwischen 1994 und 1998 weit über das hinaus, was zu Beginn der Kohl-Regierung beschlossen worden war. Die Restrukturierungsmaßnahmen in den Sektoren Telekommunikation, Post, Bahn und Energie konnten dabei mit breiten Mehrheiten verabschiedet werden und sorgten kaum für öffentliche Aufmerksamkeit (vgl. Zohlnhöfer 2001, 365f).“ (Deckwirth 2008, 68)

Im internationalen Vergleich kann die Postreform II als eine relativ weitgehende Reform des nationalen Telekommunikationswesens interpretiert werden.

„Als Ergebnis der Postreform II entstanden mit der Deutschen Post, der Deutschen Telekom und der Postbank im Jahr 1995 drei Aktiengesellschaften, die zunächst zu 100% im Besitz des Bundes verblieben. Zudem wurde ab 1998 die Regulierungsbehörde Telekommunikation und Post (RegTP) eingerichtet, was gleichzeitig zur Auflösung des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation führte. Mit der Postreform II war der Weg für die materielle Privatisierung geebnet, die fortan für Telekommunikation und Post getrennt verlief.“ (Deckwirth 2008, 71)

Wie in den USA und Großbritannien wurden neben dem Telefonweitverkehr auch die Märkte für Datenübertragungsdienste und für das Kabelfernsehen liberalisiert. Neben der

---

<sup>355</sup> Diese Ziele lauten:

1. Nutzung von Wachstums- und Beschäftigungschancen;
2. Stärkung des wettbewerblichen Ordnungsrahmens auf den Märkten für informationstechnische Produkte und Dienste;
3. Intensivierung des wirtschaftlichgesellschaftlichen Dialogs;
4. Aufbau und Stärkung von Kompetenz im Umgang mit neuen Informationstechniken in allen Bereichen des Bildungswesens;
5. Sicherung des Forschungs- und Wissenschaftsstandortes Deutschland im Bereich der Informationstechnik;
6. Auf- und Ausbau einer effizienten und sicheren Infrastruktur für Information und Kommunikation;
7. Nutzung moderner Informationstechniken für eine bürgernahe und effiziente Verwaltung;
8. Intensivierung der Nutzung moderner Informationstechniken in Wirtschaft und Anwendungsfeldern öffentlichen Interesses wie Verkehr, Umweltschutz, Gesundheitswesen und Bildung;
9. Gewährleistung des Schutzes und der Rechte einzelner im Umgang mit neuen Informationstechniken;
10. Verbesserung des Zugangs zu aktuellen Daten von Wissenschaft, Technik und Wirtschaft mittels elektronischer Informationssysteme;
11. Abstimmung nationaler Maßnahmen mit der Politik der Europäischen Union;
12. Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit auf Basis der von der G7-Konferenz zur Informationsgesellschaft verabschiedeten Prinzipien (BMW 1996). (zit.n. Breiter, Beckert et al. 2007, 20)

Privatisierung des Fernmeldemonopols wurde über den mit der Postreform I institutionalisierten Dienstwettbewerb durch die „Freigabe konkurrierender Netze im Telefon- und Datenübertragungsbereich (...), die in Übereinstimmung mit den Vorgaben der EU zum 1.1.1998 vorgesehen war“ (Lüthje 1997, 172), nun auch der Netzwettbewerb eingeführt. Fortan „dringen Markt und Profit als Regulierungs- und Orientierungsformen auch in die Bereiche vor, die bislang als öffentliche Dienstleistung galten (Netze) oder bloße Gebrauchswerte darstellten (...)" (Huffschnid 1994, 57). Mit der Auflösung des Fernsprechmonopols der DBT über die Ortsnetze „wird eine Aufteilung der Infrastruktur in Monopol- und Wettbewerbsbereiche von vorneherein vermieden und die namentlich in den USA noch umkämpfte Öffnung der Ortsnetze für den Wettbewerb in einem Schritt vollzogen“ (Lüthje 1997, 173).

„Im Gegensatz zum „Modell Deutschland“ der achtziger Jahre ist (...) nicht mehr das „grand design“ eines monopolistischen Staatsakteurs bestimmend. Vielmehr liegt die Entwicklung der Informationsinfrastruktur fast völlig in den Händen hochgradig konzentrierter, international agierender privater Anbieter, zu denen sich die über große „inhouse“-Netze verfügenden „Anwender“-Unternehmen in Industrie, Handel und Dienstleistungsbranchen gesellen. Allerdings scheint sich in der BRD nicht ein chaotisch dezentralisiertes Infrastrukturszenario nach angelsächsischem Vorbild durchzusetzen, sondern ein hochgradig oligopolistischer Netzwettbewerb, der sich stark auf die Betreiber von „corporate networks“ und standardisierten Konsumentendiensten konzentriert.“ (Lüthje 1997, 177)

Mit der Postreform II hatte sich die BRD lautstark in das europäische Konzert der Liberalisierung des Telekommunikationswesens eingebracht, das fortan an Fahrt aufnehmen sollte.

#### - *Steckbrief Deutsche Telekom*

Unmittelbar auf die Privatisierung der Deutschen Telekom, dem europaweit größten (und weltweit zweitgrößten) Telekommunikationsunternehmen, folgte der Börsengang – es sollte die größte Aktienemission in der Geschichte der BRD werden. „Die ersten Aktien wurden 1996 mit einer groß angelegten Werbekampagne in Anknüpfung an Ludwig Erhards erste Privatisierungen als „Volksaktien“ an die Börse gebracht; weitere Börsengänge folgten 1999 und 2000.“ (Deckwirth 2008, 71)<sup>356</sup> Wenngleich die Bundesrepublik Deutschland größter Anteilseigner blieb, war der zentrale Akteur der Telekommunikations-Infrastrukturentwicklung fortan nicht nur den Zwängen eines internationalen Marktes und dem Druck der internationalen Konkurrenz, sondern auch den „Gesetzen“ der Börse unterworfen. Weil die Spekulationen an den volatilen Aktienmärkten maßgeblich von der Aussicht auf zukünftige Gewinne und Verluste getrieben werden, wurden weitere Marktliberalisierungen fortan vorsichtiger unternommen. In einem großen „Rationalisierungsprogramm“ wurden bei der Deutschen Telekom AG zwischen 1995 und 2005 etwa 110.000 Arbeitsplätze abgebaut (vgl. Wehner 2005, 37; Deckwirth 2008, 71f).

---

<sup>356</sup> „Ein rasanter Kursanstieg schien die anfängliche Euphorie um die neue Aktie zu bestätigen (vgl. Wehner 2005, 31). Nach dem Platzen der New-Economy-Blase sahen sich Aktionäre allerdings mit einem ebenso rasanten Kursverfall konfrontiert.“ (Deckwirth 2008, 71) Dazu an anderer Stelle mehr.

In dem Kampf um die breite Basis privater Kunden suchen sich verschiedene Konsortien und Gruppen in massiven Positions- und Verdrängungskämpfen als Netzträger neben der Deutschen Telekom durchzusetzen, um ein großflächiges Angebot von Infrastrukturen und Diensten aufbauen zu können. Teilweise im Verbund mit diesen Netzträgerunternehmen, teilweise im Alleingang vermieten darüber hinaus verschiedene (nationale und internationale) Großkonzerne ihre Unternehmensnetzwerke und EDV-Kapazitäten an kommerzielle Kunden. Kommunale Versorgungsunternehmen, aber auch ausländische Firmen bieten darüber hinaus über sog. „by-pass“-Netze (lokale Hochleistungs-Kommunikationsnetze unter Umgehung des öffentlichen Fernmeldenetzes) den Anschluss an globale Infrastrukturen an (vgl. Lüthje 1997, 174). Diese leistungsfähigen und technologisch fortgeschrittenen Netzwerke „sind als integraler Bestandteil der nationalen Telekommunikationsinfrastruktur anzusehen (Lüthje 1997, 174; 1993; 1995).

Deckwirth stellt fest, dass es auf dem bundesdeutschen Telekommunikationssektor tatsächlich zur Ausbildung eines relevanten Wettbewerbs gekommen ist und die Deutsche Telekom als früherer Monopolist

„mittlerweile in allen Geschäftsbereichen starker Konkurrenz ausgesetzt ist. Eine wichtige Voraussetzung für diese Entwicklung war das Telekommunikationsgesetz auf dem Jahr 1996, das der Postreform II folgte. Das Gesetz brach das Monopol der Telekom auf und setzte, gemäß den Anforderungen der EU-Richtlinie – die vollständige Öffnung des Telekommunikationsmarktes bis zum Jahr 1998 um. Der Marktzugang wurde dabei zunächst durch Lizenzvergabe geregelt, um nach der EU-Richtlinie von 2002 durch ein bloßes Registrierungsverfahren abgelöst zu werden.“ (Deckwirth 2008, 71) „Der Wettbewerb im Telekommunikationssektor ist mittlerweile recht rege: In Deutschland hält der Konzern am Ende des Jahres 2006 im Bereich der Schmalband-Festnetzanschlüsse zwar noch einen Marktanteil von knapp über 80%, im Breitband-Bereich liegt der Anteil allerdings nur noch bei rund 50% (...). Im Bereich Mobilfunk kontrolliert die Telekom lediglich 36,7% des Marktes; ihre größten Konkurrenten sind Vodafone mit einem Marktanteil von 35,7% und E-plus (Tochter der niederländischen KPN) mit 14,8% (...).“ (Deckwirth 2008, 72)

Auch wenn der Markt bspw. durch die politische Festlegung von Preisobergrenzen für Telefentarife weiterhin politisch reguliert wurde,<sup>357</sup> rückt für die Deutsche Telekom nun der betriebswirtschaftliche Erfolg, der vor allen Dingen über die Bereitstellung von Leitungen, die Untervermietung von Vermittlungsanlagen und das Komplett-Management von großbetrieblichen Kommunikationsnetzen hergestellt werden soll, ins Zentrum ihrer Unternehmensstrategien. Die Deutsche Telekom richtete ihre Geschäftspolitik fortan auf die wichtigsten Wachstumsmärkte aus (Kommunikationsdienste, ISDN, Mobilfunknetze (D1), Funkruf-, Online-, Datenübertragungs-Dienste und Kabelfernsehen) (vgl. Lüthje 1997, 175).

Um die infrastrukturelle Basis und die auf dieser aufsetzenden zukunftssträchtigen Möglichkeiten für neue Märkte, Dienste und Dienstleistungen, als solche offensichtlich aus der traditionellen Monopolstruktur hervorgegangen, scharen sich nun zunehmend

---

<sup>357</sup> Unmittelbar nach der Liberalisierung kam tatsächlich zu erheblichen Preissenkungen. So kostet ein inländisches Ferngespräch im Jahr 2005 nur noch 5% des einstigen Monopolpreises (vgl. Deckwirth 2008, 72f)

organisierte Interessen, die sich Vorteile von der Umwandlung der Versorgungsinfrastruktur in einen europäischen Markt für Telekommunikationsdienstleistungen versprechen (Schaper-Rinkel 2003, 179). So investieren bspw. auch Medienunternehmen in strategische Bündnisse, um neue Massendienste wie Online-Datendienste, Kabelfernsehen, Digital- und Pay-TV, etc. auszubauen (z.B. die Kooperation zwischen Bertelsmann, AOL und der Deutschen Telekom, vgl. Wirtschaftswoche 30.11.1995).

Unter Ron Sommer wurde die Deutsche Telekom AG im Rahmen einer „Vier-Säulen-Strategie“ in die Bereiche T-Com (Festnetz), T-Online, T-Mobile und T-Systems<sup>358</sup> gegliedert, die unter dem Dach der konzernweiten Unternehmensmarke „T“ geführt werden.<sup>359</sup> So bietet der Konzern „seinen Kunden die gesamte Palette der Telekommunikations- und IT-Branche aus einer Hand – egal ob Mobilfunk, Festnetztelefonie, Breitbandinternet oder komplexe Informations- und Kommunikationstechnologie-Lösungen (ICT) für Geschäftskunden.“<sup>360</sup>

Im Jahr 2008 stehen im Zentrum der Geschäftsstrategien die Etablierung von Breitbanddiensten (IPTV, Triple-Play) und das mobile Internet. Wachstum soll vor allem durch den Mobilfunk im Ausland (insbesondere den USA) realisiert werden. Um das Geschäftsfeld für Großkunden auszubauen, dass durch zunehmende „Outsourcing“-

---

<sup>358</sup> Die Geschichte von T-Systems, über das das Großkundensegment der Deutschen Telekom AG geführt wird, begann mit dem Kauf von debis Systemhaus (im Jahr 2000, zunächst 50,1% der Anteile), dem „damals größten herstellerunabhängigen deutschen IT-Dienstleister“ (Wikipedia: T-Systems). „Mit einer weltumspannenden Infrastruktur aus Rechenzentren und Netzen betreibt T-Systems die Informations- und Kommunikationstechnik (engl. kurz ICT) für multinationale Konzerne und öffentliche Institutionen. Auf dieser Basis bietet die Großkundensparte der Deutschen Telekom integrierte Lösungen für die vernetzte Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft.“ (<http://www.t-systems.de/tsi/de/10214/Startseite/UeberTSystems/Unternehmen>) So berät T-System bspw. Hersteller, Zulieferer und Händler in der Automobilbranche, um neue, IKT-gestützte Wege einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zu finden und unternehmensübergreifende Wertschöpfungsketten aufzubauen. „Angefangen bei der Planung über die Implementierung bis hin zum kompletten Outsourcing nehmen wir uns aller ICT-Themen rund um das Automobil an.“ (<http://www.t-systems.de/tsi/de/117968/Startseite/Grossunternehmen/Branchen/Uebersicht-Automotive/Teasertext-overview>) „Weltweit automatisiert das Fertigungs-, Informations- und Steuerungssystem (FIS) die Lieferkette in den Werken von VW und steuert damit effektiv die Produktion. (...) Das System garantiert die Recherche nach allen erforderlichen Details in jedem einzelnen Auto. Bis zur Montagesequenz, den Seriennummern der Bauteile oder der Produktionszeit können alle Daten in den Archiven des Volkswagen Konzerns zurückverfolgt werden. (...) Der größte Teil der mehr als fünf Millionen Fahrzeuge, die der Volkswagen-Konzern jährlich produziert, wird von einer FIS-Installation geplant und in die Montage gebracht.“ (<http://www.t-systems.de/tsi/de/15366/Startseite/Grossunternehmen/Referenzen/Details/ILA-VW-FIS-K>)

<sup>359</sup> Ab 2007 wurden T-Com und T-Online zu T-Home zusammengeführt, so dass fortan von einer „Drei-Säulen-Strategie“ auszugehen wäre: „Bei T-Home liegt der Schwerpunkt in der Ausrichtung auf den wachstumsstarken Breitbandmarkt mit einer optimalen Kundenbetreuung und Kundenbindung in der Sprach- und Datenkommunikation. Das Festnetz ist der Wegbereiter für immer höhere Bandbreiten und interaktive Dienste – wie etwa die IPTV Entertain-Angebote von T-Home – sowie Ausgangspunkt für die fortschreitende Konvergenz – also das Zusammenwachsen – von IT- und TK-Diensten. T-Mobile bündelt die Mobilfunkaktivitäten im Konzern. Die T-Mobile International AG gehört zu den weltweit führenden Mobilfunkanbietern mit mehr als 110 Millionen Kunden in Europa und den USA. Im Fokus der Weiterentwicklung stehen mobile Breitbanddienste mit innovativen Sprach- und Datenlösungen – wie web'n'walk oder MyFaves. T-Systems, die Geschäftskundenmarke der Telekom, bietet multinationalen Konzernen und rund 160.000 großen und mittelständischen Unternehmen in Deutschland integrierte ICT-Lösungen aus einer Hand.“ (<http://www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/4874>)

<sup>360</sup> <http://www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/4874>

Strategien und die Konvergenz von Informations- und Kommunikationstechnologien gekennzeichnet ist, sollen über strategische Partnerschaften die dafür als notwendig erachtete, hohe internationale Präsenz und entsprechende Ressourcen bereitgestellt werden.<sup>361</sup>

Da die Deutsche Telekom durch die Liberalisierung auf dem nationalen Markt Marktanteile an Wettbewerber verlieren würde, waren mit der Postreform II auch die Hürden für ihre internationale Expansion – nicht zuletzt auf die Fernmeldemärkte Osteuropas – aus dem Weg geräumt worden.

„Trotz der prekären Finanzsituation des Unternehmens verschaffte sich die DBT mit Beteiligungen an den Fernmeldegesellschaften Ungarns und Tschechiens sowie an Großinvestitionsprojekten in Russland, Kasachstans und der Ukraine eine strategisch zentrale Stellung für den Kommunikationsverkehr mit den industriell fortgeschrittensten Ländern des ex-RGW (...).“ (Lüthje 1997, 171)<sup>362</sup>

Im Jahr 2008 ist die Deutsche Telekom AG in weltweit mehr als 50 Ländern, darunter in nahezu allen europäischen Ländern präsent. „Mehr als die Hälfte des Konzernumsatzes wurde im ersten Halbjahr 2007 außerhalb Deutschlands erwirtschaftet.“<sup>363</sup>

„Schwerpunkt der Beteiligungen im Ausland ist neben den USA vor allem der mittel- und osteuropäische Raum. Die Telekom ist in den Bereichen Festnetz und Breitband vertreten in Ungarn, Kroatien und der Slowakei. Im Mobilfunk umfasst das Engagement der Deutschen Telekom AG zehn europäische Staaten: Kroatien, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Polen, Mazedonien, Montenegro sowie Großbritannien, Österreich und die Niederlande. Auch die Zahlen unterstreichen die europäische Strategie und die Bedeutung des europäischen Marktes für das Unternehmen: Über 77 Prozent des gesamten Konzernumsatzes werden innerhalb der Grenzen Europas erwirtschaftet. Gleiches gilt im Bereich Arbeitsplätze: Von den weltweit 248.800 Vollzeit-Mitarbeitern sind 208.300 innerhalb Europas beschäftigt. Der Ausbau sowie die Förderung und Entwicklung der EU stellen deshalb für die Deutsche Telekom AG ein wichtiges Ziel dar.“<sup>364</sup>

Ebenfalls im Jahr 2008 berichtet die Deutsche Telekom, dass sie dem anhaltend hohen Wettbewerbsdruck in Deutschland sowie in den mittel- und osteuropäischen Märkten erfolgreich begegnen konnte und im Bereich des Breitbandausbaus mit insgesamt 13,3 Mio. Anschlüssen einen Anstieg von 6,4% im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Die leistungsfähige Breitbandinfrastruktur wiederum bildet die Grundlage für die Vermarktung weiterer Produkte wie z.B. Unterhaltungspakete, wie diese wiederum die Nachfrage nach Breitbandanschlüssen antreiben. „Schon heute dominiert T-Home damit den deutschen Markt für internetbasiertes Fernsehen. Reichhaltigkeit und Exklusivität der angebotenen Inhalte gepaart mit interaktiven Diensten rund um das Fernsehen differenzieren das Produkt

---

<sup>361</sup> vgl. <http://www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/13312>

<sup>362</sup> Ein bedeutender Wettbewerbsvorteil in diesem Zusammenhang war das aus der Modernisierung des ostdeutschen Telekommunikationsnetzes gewonnene know-how.

<sup>363</sup> <http://www.telekom.com/dtag/cms/content/dt/de/4874>

<sup>364</sup> <http://europaeische-bewegung.de/index.php?id=6173>

klar vom Wettbewerb. Zusätzliche Inhalte in HD-Qualität und hochwertige Formate wie z.B. die Liveübertragung der Bundesligaspiele setzen weitere Kaufanreize.“<sup>365</sup>

Für das Jahr 2009 fokussiert sich die Deutsche Telekom AG auf die folgenden vier strategischen Handlungsfelder:

- Verbessern der Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und in Mittel- und Osteuropa.
- Wachstum im Ausland durch Mobilfunk.
- Mobilisieren des Internets.
- Aufbau netzzentrierter ICT.<sup>366</sup>

Gegenüber den Frühstartern British Telecom und AT&T hatten sich die Deutsche Telekom und France Télékom – immerhin

„die zweit und die drittgrößte Telefongesellschaft der Welt – (...) bis 1992 bei der internationalen Gruppenbildung weitgehend zurückgehalten.“ (Huffs Schmid 1994, 71) Nach dem 1988 gegründeten gemeinsamen Unternehmen „Eucom“ folgte im September 1993 die Gründung des „Gemeinschaftsunternehmens Eunetcom für Mehrwertdienste, das ab 1994 auch internationale Netzwerke anbieten soll. Im Dezember 1993 kündigten die deutsche und die französische Telefongesellschaft die Verschmelzung ihrer Übertragungs- und Mehrwertdienstangebote, die in der EG bereits liberalisiert sind, in einem gemeinsamen Unternehmen an. Es soll 1995 seine Arbeit mit 4000 Beschäftigten aufnehmen und zunächst einen – vergleichsweise bescheidenen – Umsatz von 3 Mrd. DM erzielen.“ (Huffs Schmid 1994, 71)

Auch wenn die Verbindung von Deutsche Telekom und France Télékom in Europa stark wäre, müssten allerdings, um Amerika und Asien zu erschließen, Koalitionen auch mit AT&T eingegangen werden.<sup>367</sup>

#### - *Die Deutsche Informationsgesellschaft in Europa*

Nachdem die BRD auf dem Gebiet der Telekommunikation lange Zeit auch europäische Liberalisierungsvorstöße verschleppt hatte, setzte die Postreform II bereits um, was im Jahr 1994 durch den sogenannten Bangemann-Bericht<sup>368</sup> auf europäischer Ebene verallgemeinert werden sollte. Lühje hält noch im Jahr 1997 die Wirksamkeit des auf der europäischen Ebene artikulierten Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ auf die bundesdeutsche Infrastruktur- und Industriepolitik für weitgehend irrelevant. Umgekehrt aber

---

<sup>365</sup> <http://www.geschaeftsbericht2008.telekom.de/de/konzernlagebericht/konzernstrategie-und-konzernsteuerung/index.php>

<sup>366</sup> vgl. <http://www.geschaeftsbericht2008.telekom.de/de/konzernlagebericht/konzernstrategie-und-konzernsteuerung/index.php>

<sup>367</sup> Neben der British Telecom, AT&T, sowie der Verbindung von Deutscher Telekom mit France Télékom gibt es mit Unisource noch eine vierte Gruppe, die unter dem Namen Univom von holländischen, schwedischen und schweizerischen Telefongesellschaften gegründet wurde und zu der später auch die spanische Telefónica hinzutreten sollte.

<sup>368</sup> Neben dem FDP-Mitglied und ehemaligen Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann waren an der Verfassung des Bangemann-Berichts maßgeblich beteiligt: Hans Olaf Henkel (Chairman and Chief Executive Officer, IBM Europe); Lothar Hunsel (designierter Vorsitzender der Geschäftsführung DeTeMobilfunk GmbH), vorher: Premiere Chef; und Heinrich von Pierer (Vorsitzender des Vorstandes, Siemens AG), ERT.

sieht er den Entwurf einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ als einen deutschen Versuch, nationale Politikziele europäisch zu verallgemeinern:

„Festzuhalten bleibt auch, dass den auf der europäischen Ebene formulierten Programmen für die „Informationsgesellschaft“ kaum eine konkrete Gestaltungs- oder Leitbildfunktion für die Entwicklung der informationstechnischen Infrastruktur in der BRD zukommt. Das mit dem „Bangemann-Report“ von 1994 entwickelte Modell eines europäischen Netzwettbewerbes dient eher zur Legitimation des Infrastrukturwettbewerbes auf nationaler Ebene, denn als Leitlinie für spezifische Gestaltungsmaßnahmen. Die konkrete technische Ausgestaltung der bundesdeutschen „Infobahnen“ liegt vielmehr fest in der Hand der neuen und alten industriellen Akteure, für die allerdings die europäischen Forschungsprogramme eine wichtige Funktion als „Transportmedium“ technologischer Gestaltungserfahrungen im transnationalen Kontext besitzen.“ (Lüthje 1997, 178)

Die Frage nach der Rolle Deutschlands, d.h. der konkreten ökonomischen Interessen der Bundesrepublik als größten Anteilseigner an der privatisierten Deutschen Telekom, der spezifischen Repräsentanz deutscher Interessen in der Artikulation des hegemonialen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“, konkret die Rolle von Bangemann und Konsorten, auch die Frage, aus wessen Feder bspw. die bundesdeutsche informationsgesellschaftliche Strategie entsprungen ist, würde lohnen, genauer untersucht zu werden.

Gleichzeitig lässt sich festhalten, dass auch wenn der EU keine Rolle als Initiatorin oder Gestalterin der deutschen Privatisierung des Telekommunikationssektors zukommt, so doch die eines „Katalysators“, insofern diese „bereits laufenden Verhandlungen zum Durchbruch [verhalf] bzw. diese beschleunigte.“ (Deckwirth 2008, 87) Die EU-Richtlinien lieferten dabei nicht etwa so viel Interpretationsspielraum, dass über sie jegliche nationalen Infrastruktur-Projekte legitimierbar wären, sondern beschrieben einen Weg, den Deutschland zunächst – zugunsten des korporatistischen „Modell Deutschland“ – nicht zu gehen bereit war, einmal eingeschlagen dann aber umso entschlossener verfolgte.

„Die Liberalisierung der deutschen Infrastruktur verlief damit im Wesentlichen im Gleichklang mit den Prozessen auf europäischer Ebene. Bei der Umsetzung der Richtlinien profilierte sich Deutschland als fleißiger „Übererfüller“ und drängt nun auch über die europäische Ebene auf einer verstärkte Liberalisierung in anderen Ländern.“ (Deckwirth 2008, 87)

Dabei agiert die Kommission durchaus „als eine aktive Vermittlungsinstanz für die aus der Globalisierung der Konkurrenzverhältnisse erwachsenden Liberalisierungsanforderungen. Die Kommission ist im konkreten Fall auch in der Lage, die beteiligten Unternehmen zur Preisgabe relevanter Einflusspositionen auf den nationalen Märkten zu zwingen.“ (Lüthje 1997, 178) So wurde die Gründung des Gemeinschaftsunternehmens GLOBAL ONE (Deutsche Telekom, France Telekom und U.S. Sprint) von der EU-Kommission nur mit der Auflage genehmigt, dass die Marktliberalisierung in der BRD von 1998 auf Mitte 1996 vorgezogen würde.

Da die Privatisierung des Telekommunikationssektors in Deutschland „mit rasant fallenden Preisen und technologischer Innovation in Verbindung gebracht wurde“ (Deckwirth 2008, 73), erhöhten sich in ihrer Folge wiederum Markt- und auch Reformdruck auf die übrigen westeuropäischen Telekommunikationsregime. Neben einer weitgehenden Öffnung der Märkte und der Deinstallation von nationalstaatlicher Kontrolle zugunsten einer sogenannten „light touch regulation“ sollten – neben der Deutschen Telekom und Siemens – auch die anderen großen europäischen Konzerne als „nationale“ bzw. „european champions“ bei einer exportorientierten Strategie unterstützt werden.

Selbst wenn das Ergebnis all dieser Strukturreformen grob mit der Deregulierung, Privatisierung und „Dezentralisierung“ der Telekommunikationssektoren im Zeichen des globalen Wettbewerbsfähigkeit umrissen werden kann, artikulieren sich natürlich – je nach der konkreten Situierung im Weltmarktgeschehen, dem Ausmaß und den Artikulationsformen der ökonomischen Krise sowie natürlich den konjunkturell gegebenen sozialen, ökonomischen und politischen Kräfteverhältnissen – jeweils nationale Variationen und Akzente in der Themenpriorisierung. Gerade diese Konkurrenz der „unterschiedlichen Politiken der Infrastrukturentwicklung wird im globalen Maßstab allerdings zu einem wesentlichen Antriebsmoment für die Bedeutungszunahme genuin transnationaler Arenen der Regulierung.“ (Lüthje 1997, 59) Mit der Privatisierung und Internationalisierung des Telekommunikationssektors sollte der europäischen Ebene also eine neue, strategische Bedeutung insbesondere im Bereich der Standardisierung und Normung (CCITT, ISO, ETSI) wie auch hinsichtlich der Wettbewerbsregulierung in einer transnationalen Technologienormenkonkurrenz zufallen (vgl. Lüthje 1997, 178).

Diese Institutionalisierung und Konstitutionalisierung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ auf europäischer Ebene kann die Kontinuität, mit der Rot-Grün unter Schröder nicht nur die Inhalte, sondern auch die Rhetorik des konservativ-liberal artikulierten Modernisierungsprojektes fortgeführt wurden, zumindest zum Teil begründen.

„Mit dem Regierungswechsel 1998 haben keine grundlegenden Veränderungen stattgefunden. (...) Unterschiedliche Auffassungen gab es in Bezug auf das Ausmaß und Tempo der Deregulierung und einzelner flankierender Maßnahmen. Diese werden im Abschlußbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages zu Deutschlands Weg in die Informationsgesellschaft deutlich (...). Innerhalb weniger Monate legte die rot-grüne Bundesregierung einen Aktionsplan für Innovation und Arbeitsplätze im 21. Jahrhundert vor, der zu einem großen Teil Projekte der Vorgängerregierung fortschreibt und einige neue Akzente setzt (...). Der faktischen Entwicklung entsprechend erhält das Internet mehr Aufmerksamkeit. Neu ist zudem, dass sich die Regierung selbst quantitative Ziele setzt und ein regelmäßiges Monitoring der Zielerreichung ankündigt.“ (Breiter, Beckert et al. 2007, 5)

Das im September 1999 veröffentlichte Aktionsprogramm der rot-grünen Regierung trägt den Titel „Innovation und Arbeitsplätze in der Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“,<sup>369</sup> dessen Gliederung und Inhalte die auf europäischer Ebene geführten Diskurse wiedergeben

---

<sup>369</sup> <http://www.bmbf.de/pubRD/inno21d.pdf>

oder diese aus der national-partikularen Perspektive reartikulieren. Neben einem ausgeprägten beschäftigungspolitischen Schwerpunkt – in dessen Sinne es auch um eine Modernisierung der beruflichen wie schulischen Ausbildung – gelte es für Deutschland insbesondere, eine „europaweite Spitzenposition in der Informationsgesellschaft“ zu erringen.

„Für die Bundesregierung hat die beschleunigte Nutzung und Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien wirtschafts-, forschungs-, technologie- und bildungspolitische Priorität. Sie sieht es als ihre Aufgabe an, den Wandel zur globalen Informationsgesellschaft aktiv mitzugestalten und die beschleunigte Nutzung und Verbreitung moderner Informations- und Kommunikationstechnologien in Wirtschaft und Gesellschaft voranzubringen. Die Politik ist gefordert, die Anpassungsfähigkeit der Gesellschaft und die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu fördern und damit nachhaltig neue Beschäftigungspotentiale zu erschließen. Die Vision der Bundesregierung für die Zukunft ist, Deutschland in der Informationswirtschaft in eine europaweite Spitzenposition zu bringen. Nahezu alle Politikbereiche sind betroffen. Neben den rechtlichen Rahmenbedingungen, infrastrukturellen Voraussetzungen, Forschung und Technologie ist die Modernisierung des Bildungswesens ein zentraler Schwerpunkt.“<sup>370</sup>

In diesem Sinne werden bis zum Jahr 2005 zu erreichende Zielmarken definiert, die uns in ähnlicher Form im Kontext der eEurope-Initiativen wieder begegnen werden.

Mit der Wende der SPD in der Folge des Schröder-Blair-Papiers von 1999 hin zur „neuen Sozialdemokratie“, sicherlich begünstigt durch den Rücktritt Lafontaines, werden die Leitlinien einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik und das Leitbild eines aktivierenden Staates fortgeführt. Angesichts der Hoffnungen auf ein von der neuen Ökonomie befeuertes Wirtschaftswachstum artikulierten sich durchaus sozialdemokratische Umverteilungshoffnungen, die allerdings sobald sie sich zerschlagen hatten, zu einem umso konsequenteren neoliberalen backlash führen sollten.

Der Hintergrund für den Erfolg der Bangemann'schen Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ kann sicherlich zum einen in dem ohnehin enormen Liberalisierungsdruck auf den Telekommunikationssektor ausgemacht werden, der auf globaler Ebene von den USA ausging<sup>371</sup> und auf europäischer Ebene von der zwar späten, aber dann sehr weitgehenden Reform des bundesdeutschen Telekommunikationswesens durch die Postreform II verstärkt wurde: die Bangemann-Gruppe hatte somit in gewisser Weise nur formuliert, was im Grundsatz ohnehin schon im Umlauf war. Zum anderen muss – bei aller Kritik – der Bangemann-Gruppe wohl zugestanden werden, dass der rhetorische Aufwand, mit dem das suggestiv-schillernde Gewand der Europäischen Informationsgesellschaft gewebt wurde, seine Wirkung auf die politischen Entscheider wohl auch nicht gänzlich verfehlte (vgl. Siochrú 1997).

---

<sup>370</sup> <http://www.bmbf.de/pubRD/inno21d.pdf>, 8

<sup>371</sup> „In 1994, Al Gore stated, that the United States would drop restrictions limiting foreign investment in telecommunications services in order to force other countries to open up their markets.“ (Harcourt 2005, 19, FN 6) Dieser Druck wurde dann bspw. in den GATT-Verhandlungen aufgebaut.

Gleichwohl muss festgehalten werden, dass dem 1994 vorgelegten Bericht, der hochtrabend die Ankunft der Europäischen Informationsgesellschaft feiert, zwei nahezu unglaubliche Leerstellen eignen. Zum einen ist das Internet – das nur zwei Jahre später „die Evidenz der Informationsgesellschaft“ (Schaper-Rinkel 2003, 191) ausmachen wird, so gut wie nicht erwähnt – der Bangemann-Bericht widmet ihm noch nicht einmal zehn Zeilen. Zum anderen wird auch eine mögliche Integration der mittel- und osteuropäischen Märkte in das politische Projekt mit keinem Wort erwähnt.

Die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“, die mit dem Bangemann-Bericht von 1994 nicht nur ihren Anfang, sondern auch ihre Sprache gefunden hat, wird im Laufe des nun zu untersuchenden Jahrzehnts zwischen 1994 und 2004 weiter voran getrieben, sich ausgreifend erweitern und auch qualitative Veränderungen erfahren: von ihrer Institutionalisierung in europäischem Recht, ihrer Konkretisierung und Implementierung in den jeweiligen nationalen Modernisierungsprojekten, dem Aufbau ihrer Infrastruktur über die vollständige Liberalisierung der Telekommunikation im Rahmen des europäischen Binnenmarktes, den technologischen Konvergenz- und ökonomischen Konzentrationsprozessen, dem Erwachen einer informationellen Ökonomie und der sich über diese konstituierenden politischen, ökonomischen und sozialen Verhältnisse bis hin zum Schicksal der „Neuen Ökonomie“ und der sicherheitspolitischen Reartikulation der Informationsgesellschaft in der Folge der Anschläge von 9/11.

Im Folgenden dieser Arbeit jedoch sollen die weiteren Wegpunkte der „Europäischen Informationsgesellschaft“ nicht unabhängig und für sich, sondern – im Sinne der Fragestellung dieser Arbeit – unter dem Aspekt der EU-Osterweiterung in den Blick genommen bzw. als deren Momente hinzugezogen werden. Die Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft lässt sich wiederum erst so als ein Anschluss an ein sich bewegendes Ziel darstellen.

---

## 6. Die Osterweiterung der „Europäischen Informationsgesellschaft“

Die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“, deren Vorgeschichte und Auftakt in den vorangegangenen Kapiteln untersucht wurde, soll nun am Beispiel ihrer „Osterweiterung“ konkretisiert werden. Dabei ist diese ein Teil der „Osterweiterung“ der Europäischen Union insgesamt, greift diesem aber teilweise sowohl organisatorisch wie auch zeitlich vor. Am Beispiel der „Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft“ soll das Verständnis des Artikulationsprozesses des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ exemplarisch ausgearbeitet werden, wiewohl auch das Verständnis der EU-Osterweiterung insgesamt an einem konkreten Beispiel geschärft werden kann.

Grob gesagt, lässt sich der Prozess der „Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft“ in vier Phasen unterteilen. Diesen vorangestellt sei eine nur unscharf zu bestimmende und auch in vielerlei Hinsicht von vorausgreifenden und unterirdischen Prozessen bestimmte „Phase Null“.

- Phase Null: Die Ausgangssituation, erste Annäherungen und Transformationsbeschwerden
- Erste Phase (1995-1997): European Union and Central and Eastern European Countries Information Society Fora (EU-CEEC-ISF)
- Zweite Phase (1998-2000): Joint High Level Committee (JHLC)
- Dritte Phase (2000-2004): Aktionsplan eEurope 2003+
- Vierte Phase (2002-2004): Monitoring und Controlling

### a. Phase Null: Die Ausgangssituation

In den vorangegangenen Kapiteln wurde gezeigt, wie die Entwicklung des globalen – genauer westlichen – Telekommunikationsmarktes von den geopolitischen Strategien des Kalten Krieges, der technologischen Entwicklung im Bereich der IuK sowie der ökonomischen und politischen Antworten auf die Weltwirtschaftskrise und letztlich auch den Konjunkturen des europäischen Integrationsprozesses geprägt war. Diese Entwicklung wird von Petra Schaper-Rinkel als „dreifache Transformation der Telekommunikation“ beschrieben – von nationalstaatlich regulierten analogen Versorgungsinfrastrukturen zu einer europäisch regulierten digitalen Marktinfrastuktur für kommerzielle Dienstleistungen (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 186f, 229)

Um die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ erklären zu können, sollte unser erster Blick der – nicht nur telekommunikativen – Ausgangssituation in Mittel- und Osteuropa gelten. Denn zwischen der Einheitlichen Europäischen Akte und der Verabschiedung des Vertrages von Maastricht hatte sich nicht weniger als die Welt verändert. Dafür lohnt es sich, noch einmal ein wenig ausholen. Bevor wir uns im weiteren Verlauf auf die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und damit auf die Informations- und

Kommunikationstechnologien im engeren Sinne konzentrieren werden, sollen in kurzen Abrissen ein orientierender Überblick über die Ausgangssituation der mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL), den politisch-ideologischen Rahmen des Anschlusses an die EU bzw. des EU-Beitritts wie auch über den makroökonomischen Verlauf der Transformationsprozesse geschaffen werden.

- *Vorläufer der „Osterweiterung“ - europäisch-deutsche Erweiterungswünsche*

Natürlich ist die Grenze, die West- von Mittel- und Osteuropa scheidet, keine geographische, sondern eine historische, die mehrfach und unterschiedlich gezogen wurde. In diesem Sinne ist sie gleichsam imaginär wie real. Wenngleich im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung die Grenze der Systemkonfrontation des Kalten Krieges von entscheidender Bedeutung sein wird, kann der Kontinent bereits seit dem morgenländischen Schisma (1054) als geteilt in den lateinisch-römischen Glaubens- und Lebensraum der Westkirche auf der einen und den griechisch-orthodoxen der vier christlichen Ostkirchen (Konstantinopel, Alexandria, Jerusalem und Antiochia) auf der anderen Seite angesehen werden (vgl. Hofbauer 2007, 20f). Der Kontinent spaltete sich damals nicht über eine rein theologische Frage, sondern aufgrund von territorialen und politischen Machtkämpfen.<sup>372</sup> Während die im Osten zentralistisch aus Konstantinopel regierende politische und geistliche Macht aber die geistig-religiösen und auch ethnischen Grundlagen der unterworfenen Völker weitgehend intakt ließ, entwickelte sich aus dem Dualismus Kirche/Staat im Westen sowohl eine ökonomische wie eine ideologische Dynamik mit jeweils universalistischem Anspruch. Exemplarisch für diesen universalistischen Anspruch des Westens steht sicherlich das von den bürgerlichen Revolutionen getragene Programm der Aufklärung, das bis zum triumphalen Unheil des 20. Jahrhunderts in seine dialektische Verkehrung vorangetrieben werden sollte.

„Kein Land östlich des Bug ist nach Religion und Ethnizität ähnlich homogen, wie die Länder Westeuropas in den letzten Jahrhunderten durch Genozide und Vertreibungen, durch Umsiedlungen und nicht zuletzt durch staatliche Schulpolitik gemacht wurden.“  
(Nolte 1995, 4, zit.n. Hofbauer 2007, 21)

Mit den Verträgen von Versailles, Saint-Germain und Trianon und den daraus entstehenden Kleinstaaten setzten die Siegermächte des Ersten Weltkrieges eine geopolitische Schwächung „Ostmitteleuropas“ durch, die zusammen mit der „Unerfahrenheit der neu an staatliche Macht gekommenen Politiker“ dazu führte,

„dass fast jedes dieser neuen Länder im Streit um territoriale Ansprüche oder ethnische Säuberungen Bündnisse mit westeuropäischen Mächten suchte. So sprang die Mitte Europas in der Zwischenkriegszeit als Spielball auswärtiger Interessen im geopolitischen Raum umher, bis sich im Zuge des deutschen Vormarsches ab 1938 die vor allem französische Vorstellung, „Ostmitteleuropa“ von Berlin abtrennen zu können, ad absurdum führte.“ (Hofbauer 2007, 23)

---

<sup>372</sup> Vgl. Gramsci, der an einer Stelle über die Auseinandersetzung zwischen der oströmischen und der weströmischen Kirche festhält, dass diese zwar über eine Glaubensfrage ausgetragen wurde, ihr allerdings ganz klar sowohl territoriale wie politische Machtansprüche zugrundelagen. Insofern ist kaum verwunderlich, dass diese Glaubensgrenze während des Habsburgerreiches durch einen militärischen Riegel von „Wehrbauern“ befestigt wurde.

In Deutschland wurde Mitteleuropa ohnehin „durchwegs deutsch gedacht“ – von den bereits seit dem Vormärz kursierenden Ideen eines deutsch-geführten wirtschaftlichen Großraums über die zu Beginn des 20. Jahrhunderts im „Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein“ geführten Debatten europäischer Wirtschaftsmagnaten bis hin zu den deutschen „Erweiterungswünschen“ gen Osten, um die ökonomisch-expansive Vision einer „Großraumwirtschaft“ umzusetzen, mit der die deutschen Eliten ihr koloniales „Recht“ nachzuholen suchten (vgl. Hofbauer 2007, 26ff).

Dieser deutsche Anspruch konnte 1936 „europäisch“ artikuliert werden, weil „europäisch“ sich für Mitteleuropa ohnehin wie selbstverständlich mit „deutsch“ übersetzte:

„In einer Denkschrift über die Errichtung einer „Zentralstelle für europäische Großraumwirtschaft“ brachte der Industrielle und Leiter der Abteilung Außenhandel im Außenpolitischen Amt der NSDAP, Werner Daitz, 1936 seine auf Erweiterung nach Osten basierende Europavision zum Ausdruck: „Die Freiheit, die Ehre und die Selbständigkeit jedes Volkes und jeder Volkswirtschaft ist die unerlässliche Voraussetzung einer neuen fruchtbaren europäischen Arbeits- und Kulturgemeinschaft. Eines neuen kontinentaleuropäischen Wirtschaftskreislaufes, der allein den Lebens- und Kulturstandard der europäischen Völker wieder heben kann. Europa den Europäern! (...) Deutschland, in der Mitte des europäischen Kontinents gelegen, ist an erster Stelle verpflichtet, diese Aufgabe der Errichtung einer kontinentaleuropäischen Großraumwirtschaft nicht nur zu verkünden, sondern auch handelspolitisch-praktisch zu betätigen. Deutschland ist in dieser Hinsicht verantwortlich für Europa.“ (Daitz, zit.n. Hofbauer 2007, 27)<sup>373</sup>

Während des Zweiten Weltkrieges befassten sich diverse Planungsstellen, Gesellschaften, Institute und natürlich Ministerien in unzähligen Studien, Veröffentlichungen, Vorträgen und Pamphleten mit der Eingliederung der besetzten Gebiete in einen großdeutschen Wirtschaftsraum.

Der erste Vorschlag zur Gründung eines europäischen, föderativen Staatenbundes wurde übrigens – im Angesicht einer möglichen militärischen Niederlage – im September 1943 von Hitlers Außenminister Joachim von Ribbentrop hervorgebracht: um die Zeit der europäischen Binnenkriege und Partikularismen zu beenden, sei in der neuen Gemeinschaft der europäischen Völker den besiegten Staaten von Beginn an ein gleichberechtigter Platz einzuräumen.<sup>374</sup>

---

<sup>373</sup> Ebendieselbe mahnte allerdings noch im Jahr 1940 (!) die Vorteile und wahrlich durchschaubaren Hintergründe einer möglichst europäisch gefassten Formulierung des deutschen Vormarsches an:

„Wenn wir den europäischen Kontinent wirtschaftlich führen wollen, wie dies aus Gründen der wirtschaftlichen Stärke des europäischen Kontinents als Kernraum der weissen Rasse unbedingt erforderlich ist und eintreten wird, so dürfen wir aus verständlichen Gründen diese nicht als eine deutsche Großraumwirtschaft öffentlich deklarieren. Wir müssen grundsätzlich immer von Europa sprechen, denn die deutsche Führung ergibt sich ganz von selbst und aus dem politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, technischen Schwergewicht Deutschlands und seiner geografischen Lage.“ (Daitz, zit.n. Hofbauer 2007, 28). So ganz von selbst ergab sich die deutsche Führung nicht, zumindest ist das militärische Schwergewicht aus der Aufzählung herausgefallen, welches bereits mit aller Gewalt über die Länder Mittel- und Osteuropas hereinbrach.

<sup>374</sup> Hofbauers Feststellung, dass es „weder personell noch inhaltlich“ einen Bruch nach 1945 gegeben habe (Hofbauer 2007, 29), sollte neuerlichen Vertretern eines europa-euphorischen

Mit dem Ende des Zweiten Weltkrieges fanden die deutschen Ambitionen gen Osten zunächst ein vorläufiges Ende. Die ökonomische, politische und ideologische Integration der westlichen Hälfte Europas in den transatlantischen Block vollzog sich unter dem Schirm des US-amerikanischen Marshall-Planes und unter expliziter Ausgrenzung der unter dem Einfluss der Sowjetunion stehenden Staaten Osteuropas.

Ein Beispiel für diese Ausgrenzung – und vor dem Hintergrund der IKT von besonderer Bedeutung, ist das umfassende Embargo für Handel und Technologietransfer, dass seit dem Jahr 1949 von dem sogenannten Coordinating Committee (COCOM) in Paris überwacht wurde und das von allen westeuropäischen Staaten gegenüber allen Staaten unter sowjetischer Einflusssphäre mitzutragen war.<sup>375</sup> „Mit COCOM und Marshall-Plan wurde mitten in Europa eine imaginäre Mauer hochgezogen (...). Treibende Kraft waren die USA.“ (Hofbauer 2007, 33)

- *Der Anfang vom Ende: Weltwirtschaftskrise, Ölpreiskrise, Schuldenkrise*

Von einem ökonomischen Standpunkt betrachtet, können auch für die Implosion des Ostblocks in der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre und insbesondere der Ölpreiskrise entscheidende Ursachen ausgemacht werden. Denn trotz der Systemkonkurrenz, des Eisernen Vorhangs und des osteuropäischen Isolationismus blieben die Länder des RGW mit dem kapitalistischen Weltmarkt verkoppelt.

Der dramatische Anstieg des Ölpreises (vgl. S.159ff ) führte dazu, dass auf Seiten der ölproduzierenden Länder die Petrodollar nur so aus dem Boden sprudelten. Neben den OPEC-Staaten gehörte auch das Mutterland des kommunistischen Blocks, die UdSSR, zu den Erdölexporturen. Der steigende Ölpreis "(...) turned black liquid into gold. (...) The millions simply rolled in without effort, postponing the need for economic reform and, incidentally, enabling the USSR to pay for its rapidly growing imports from the capitalist West with exported energy." (Hobsbawm 1998, 474). Nicht nur täuschte dieser Boom über die Notwendigkeit von ökonomischen Reformen und einer Modernisierung der industriellen Basis hinweg, er heizte auch den Wahnsinn eines ökonomischen wie militärischen Wettlaufs der UdSSR mit den USA an, der überhaupt nur finanziert werden konnte, solange der Ölpreis sich auf einem hohen Niveau bewegte.

Die Petrodollar aus den OPEC-Ländern hingegen wurden als billige Kredite nicht nur in die USA und nach Europa, sondern auch in die Schwellen- und Entwicklungsländer vergeben, die der Versuchung des günstig verfügbaren Geldes nicht widerstehen konnten (vgl. Hobsbawm 1998, 474) – die Schuldenkrise der 1980er Jahre sollte hier ihren Ausgangspunkt nehmen. Auch die realexistierenden Sozialismen Europas, insbesondere Polen und Ungarn,

---

Erweiterungsdiskurses also zumindest eine dringlich-warnende Mahnung sein, ihre ideologische Nachbarschaft sorgfältig zu prüfen und zu beobachten.

<sup>375</sup> „Anfang der 1950er Jahre befanden sich 1.700 Warengattungen auf den schwarzen Listen des COCOM. (...) Metall verarbeitende Maschinen, chemische Ausrüstung, Präzisionsinstrumente, Waffen und Munition, Minerale, Erdölprodukte bis hin zu Plastik, später dann Computersoftware .... Die Boykottlisten waren lang, die Ausfuhrbeschränkungen rigide überwacht. Wirtschaftliche Beziehungen der Marshall-Plan-Länder zu Osteuropa kamen auf diese Weise zum Erliegen.“ (Hofbauer 2007, 33)

„seit Stalin durch die Konzentration auf Schwerindustrie im Konsumgütersektor zurückgeblieben, griff[en] zu. Mittels günstiger Kredite, so hofften Kádár, Gierek und Co., könnten moderne Industriezweige aufgebaut werden. Dieser „Sprung nach vorne“ sollte auch helfen, das politisch sprachlose Volk materiell zu befrieden. Östlicher Sozialpakt mit westlichen Krediten, das hatten sich die Ostblock-Führer der 1970er Jahre ausgedacht. Es kam alles ganz anders.“ (Hofbauer 2007, 37, vgl. Hobsbawm 1998, 474)

Zum einen versickerte ein Teil der Kredite tatsächlich direkt im Konsum und der Befriedung der Massen.<sup>376</sup> Zum anderen sollten die so verheißungsvoll aufgelegten Modernisierungs- und Industrialisierungsprojekte relativ bald scheitern. Der osteuropäische Wirtschaftsaufschwung begann bereits Mitte der 1970er Jahre – also mitten in der Weltwirtschaftskrise – zu stagnieren. Als die ersten Rückzahlungen fällig wurden, hatten sich die Investitionen in die Modernisierungs- und Industrialisierungsprojekte nicht nur noch nicht rekapitalisiert – sie drohten insgesamt auszufallen:

„Die Überproduktionskrise in den Zentren sowie die staatlichen Exportförderungen in Südostasien bewirkten einen nicht vorausgerechneten Preisverfall für industrielle Vorprodukte, aber auch für Fertigungen so genannter „ausgereifter Industrien“ beispielsweise in der Textil- oder der Metallbranche. Osteuropäische Produkte waren somit auf den Weltmärkten nicht konkurrenzfähig.“ (Hofbauer 2007, 37f)

Im Westen wurden in der Zwischenzeit ebenfalls strategische Antworten auf die Weltwirtschaftskrise gesucht und in diesem Zuge bereits an der Internationalisierung der Produktion und Märkte gearbeitet. In diesem Zusammenhang wurde – wie bereits geschildert – das auch hier günstig verfügbare Kapital in den Ausbau der tertiären und quaternären Sektoren und insbesondere der Telekommunikationsinfrastrukturen und Informationstechnologien investiert, womit bald ein „ungeheures Rationalisierungspotential für Industrie und Dienstleistungsbereich“ realisiert werden konnte (vgl. Hofbauer 2007, 38). Das über die Auslandskredite längst in den Weltmarkt integrierte Osteuropa hingegen „blieb vom technologischen Fortschritt aus dem Silicon Valley ausgeschlossen. Denn die seit 1948/49 im Zuge der Truman’schen Containmentpolitik in Kraft befindlichen COCOM-Embargobestimmungen hinderten die RGW-Länder bis zuletzt an Westimporten von Computertechnologien.“ (Hofbauer 2007, 38)

So konnten sich die über Modernisierungskredite aufgelegten Industrialisierungsprojekte der "osteuropäischen Schwellenländer" nicht gegen die wachsende Produktivität der kapitalistischen Antwort auf die Krise des fordistischen Wachstumsmodells durchsetzen. Sowohl der Globalisierungsschub der internationalen Finanzmärkte als auch die Internationalisierung der Produktions(-kosten) mit den sich daraus ergebenden ökonomischen Effizienz- und Rationalisierungsgewinnen wurden über die aus dem

---

<sup>376</sup> Für die europäischen RGW-Länder jedoch lagen die Ölpreise Anfang der 1980er Jahre bspw. tatsächlich eher noch höher als auf dem Weltmarkt, weshalb sie (mangels Devisen, neuen Technologien und eigenen Ölvorkommen) nicht nur vermehrt auf heimische Energiequellen (Braunkohle, Kohleverflüssigungsanlagen) setzten, sondern auch, da sich anlagesuchendes Kapital förmlich aufdrängte, Milliardenkredite aufnahmen, um ihren steigenden Energiebedarf zu decken.

militärisch-wissenschaftlichen Komplex ins zivile Leben entlassenen, neuen Informations- und Kommunikationstechnologien katalysiert, die den Blockstaaten letztlich verwehrt blieben.

“It is an irony of history that the ‘real socialist’ economies of Europe and the USSR, as well as parts of the Third World, became the real victims of the post-Golden Age crisis of the global capitalist economy, whereas the ‘developed market economies’, though shaken, made their way through the difficult years without major trouble, at least until the early 1990s. Until then some, indeed, like Germany and Japan, barely faltered in their forward march. ‘Real existing socialism’, however, now confronted not only its own increasingly insoluble systemic problems, but also those of a changing and problematic world economy into which it was increasingly integrated.” (Hobsbawm 1998, 473).

Mit dem Einsetzen der Hochzinspolitik Anfang der 1980er Jahre, mit der im Westen versucht wurde, die einsetzenden Inflationstendenzen in den Griff zu bekommen, stiegen die Kreditkosten innerhalb kurzer Zeit sehr stark an. Die enormen Auslandsschulden und steigende Zinsen waren aber ein erheblicher Grund für die Kompromisse, die diese Länder gegenüber dem Internationalen Währungsfonds und ihren Gläubigern eingehen sollten.

- *Ausbildung von „Experten“ – organische Intellektuelle des ideologischen Wandels*

Um diese Kompromisse auszuhandeln und wohl auch deren Ergebnisse möglichst glimpflich umzusetzen, wurden von den kommunistischen Parteien u.a. liberale Kader und "Experten" der kapitalistischen Marktwirtschaft ausgebildet.

„Bereits ab Mitte der 1980er Jahre züchteten die Staatsführungen in Polen, Ungarn, der Tschechoslowakei und der Sowjetunion parallel zur planwirtschaftlichen Schule eine neue wirtschaftswissenschaftliche Elite ostliberaler Prägung. Vornehmlich in Weltwirtschaftsinstituten oder Abteilungen für internationale Beziehungen beschäftigten sich Ökonomen wie Václav Klaus in Prag, András Inotai in Budapest oder Leonid Abalkin und Margarita Bunkina in Moskau mit der Umsetzung verwertungsorientierter kapitalistischer Rationalität im Umfeld einer staatsgelenkten Ökonomie.“ (Hofbauer 2007, 39)

In großangelegten Forschungsprojekten spielten diese Experten nicht nur die Möglichkeiten durch, die eine deregulierende Liberalisierung des osteuropäischen Binnenmarktes, die Einführung einer kapitalistischen Preispolitik, eine exportorientierte Produktion oder die Auflage von Austeritätsprogramme auf die Volkswirtschaften der RGW-Länder haben könnten, im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit wurde auch die Umsetzung einiger erster Reformprojekte angestoßen (Aufgabe des Außenhandelsmonopols<sup>377</sup>, Lockerungen der

---

<sup>377</sup> Die staatliche Kontrolle über den Außenhandel war „eine entscheidende ökonomische Kategorie der osteuropäischen Planwirtschaften“ (Hofbauer 2007, 41). In der Sowjetunion wurde ab 1. Juli 1988 ein neues Genossenschaftsrecht eingeführt: „Von der Investitionsentscheidung bis zum Außenhandel, von der Lohngebarung bis zum Steuersatz konnten die nun selbständigen Wirtschaftskörper autonom entscheiden. Damit war der „sozialistische Wettbewerb“ eröffnet – ausgerechnet in einer Phase wirtschaftlicher Rezession, was zu panikartigen Beschlüssen auf betriebswirtschaftlicher Ebene führte.“ (Hofbauer 2007, 41) „Das Ende der staatlichen Planwirtschaft begann mit der Liberalisierung der Außenhandelsbeziehungen. Anstatt die Verantwortung für die zu erwartenden und auch von den

Restriktionen im Kapitalverkehr, Aufhebung von Investitionsbeschränkungen, Flexibilisierungen des Arbeitsmarktes, Wegrationalisierung unrentabler Sektoren).

Durch die marktwirtschaftlichen Reformen wiederum wurden die politischen Spielräume kleiner und der Druck auf die arbeitenden Bevölkerungen nahm zu – bei gleichzeitigem Lohnverfall, auch die vormalige Solidarität im Block war – trotz aufrechterhaltener Referenzen zu sozialistischen Sprachregelungen durch die im Kern neoliberalen Rezepturen damit weitgehend aufgekündigt. Rumänien war bereits 1972 dem IWF beigetreten, Ungarn sollte 1982 und Polen 1986 folgen. Die profitablen Unternehmen der RGW-Zone wechselten ins Dollargeschäft. Im Jahr 1988 formulierte der russische Ökonom Leonid Abalkin: „Es ist völlig offensichtlich, dass ein Vorankommen ohne Wettbewerb, ohne Kampf und Wetteifern unmöglich ist.“ (zit.n. Hofbauer 2007, 41) Auf diese Weise war spätestens seit Ende der 1980er Jahre ideologisch der „Weg zur peripheren Integration Osteuropas in die kapitalistische Weltwirtschaft (...) geebnet.“ (Hofbauer 2007, 40)

Nach 1989 sollten zentrale Figuren dieser Elite die ökonomischen Reformprozesse, die im Rahmen der Shock Therapy zu einer Peripherisierung der osteuropäischen Volkswirtschaften führen werden und in diesem Zusammenhang auch die oft einem Ausverkauf ähnelnden Privatisierungsprozesse – auch im Bereich der Telekommunikation – leiten. Nicht zu ihrem privaten Nachteil, wie oft genug herauskam.

So gibt es also ursächliche Zusammenhänge nicht nur zwischen der Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre und dem Zusammenbruch des realsozialistischen Ostblocks, auch die zeitgleiche Integration Westeuropas und Desintegration Osteuropas hängen eng miteinander zusammen. Inmitten all dieser weltbewegenden Prozesse spielten die Informations- und Kommunikationstechnologien – wenn schon keine „determinierende“, so doch eine mehr als bemerkenswerte Rolle. Wie im Folgenden gezeigt werden soll, spielen diese Technologien auch in dem nun anschließenden Prozess der EU-Osterweiterung, d.h. der Expansion des europäischen Wirtschaftsraumes nach Osten, eine zentrale Rolle.

### **„Rückkehr nach Europa“**

Nach dem Fall der Berliner Mauer und der Öffnung des Eisernen Vorhangs folgte die Selbstauflösung des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) am 28.6.1991 – ohne Gegenstimme.<sup>378</sup> „In Osteuropa waren nach dem wirtschaftlichen und politischen Zusammenbruch der Sowjetunion Eliten an die Macht gelangt, die vor allem in Polen,

---

eigenen Ökonomen berechneten sozialen Deregulierungen wahrzunehmen und Vorkehrungen für soziale Sicherungssysteme zu treffen, kümmerte man sich in den Nomenklatura-Zentralen um die Wettbewerbsfähigkeit. Und auch das nur vermeintlich (...)“ (Hofbauer 2007, 41), denn von einer staatlichen Förderung wurde abgesehen. „Mit der Liberalisierung der starren Strukturen schien alles getan. Vorbereitungen auf den rauen Wind des Weltmarktes konnten damit nicht getroffen werden. Mit den späteren Privatisierungen wurden die örtlichen Kollektivführungen in die Lage versetzt, Verkäufe ohne soziale oder investitionspolitische Rücksichten zu tätigen. Wenn es nicht pure Naivität war, der diese unverantwortliche Perestroika-Politik geschuldet war, dann war es das Kalkül von Teilen der kommunistischen Nomenklatura, sich mit Hilde der lauthals ideologisierten Deregulierungen zu bereichern. In vielen Fällen ist genau das gelungen.“ (Hofbauer 2007, 42)

<sup>378</sup> Zwei Jahre später sollten drei von sieben Ländern des ehemaligen RGW nicht mehr existieren, politische, ökonomische und soziale Spannungen fanden ihren traurigen Höhepunkt in secessionistisch-nationalistisch und ethnisch aufgeladenen Bürgerkriegen.

Ungarn und der Tschechoslowakei auf eine – wie sie es nannten – „Rückkehr nach Europa“ setzten.“ (Hofbauer 2007, 67) Die nach 1989 neu gewählten Regierungen der mittel- und osteuropäischen Länder hatten bei der Orientierung der von ökonomischen, politischen und sozialen Transformationsprozessen durchgeschüttelten Gesellschaften auf das „westliche Gesellschaftsmodell“, d.h. vornehmlich auf die Segnungen einer parlamentarisch-repräsentativen Demokratie mit freien Wahlen und einer kapitalistischen Marktwirtschaft, bis auf einige kurze Böen doch zumeist den Rückenwind der Geschichte in ihren Segeln.

„Stärker als die OECD, die WTO oder der IWF symbolisierte die EU genau das, was die osteuropäischen Staaten historisch nicht erreicht hatten und was jetzt in ihre unmittelbare Reichweite zu rücken schien: ökonomischer Reichtum, stabile Demokratie, und eine Integration, die auf der gleichberechtigten Teilnahme der Mitgliedstaaten zu beruhen scheint.“ (Bohle 2000, 319)

„Dem Ziel der Mitgliedschaft in der damaligen EG kam in den Transformationsländern schnell eine größere Bedeutung zu als der externen Absicherung der Reformstrategien durch die internationalen Institutionen: ‚Die ‚Rückkehr nach Europa‘ war der Zeitgeist des Umbruchs von 1989, der nicht nur als historische Idee, sondern als stabilisierendes politisches Umfeld der Transformation wirksam ist.“ (Wehrheim 2005, 127, zitierend Müller 2001b, 1163)

Während „in einer von Deindustrialisierung, hoher Arbeitslosigkeit, sinkenden Realeinkommen sowie von der Auflösung von sozialen Sicherungssystemen für Gesundheit und Rente geprägten Phase“ politische Eingriffe erforderlich gewesen wären, „um eine Brutalisierung der Gesellschaft zumindest im Zaum zu halten“ (Hofbauer 2007, 73), waren die „im Bann der erhofften EU-Integration stehenden Eliten“ (ebd.) von den Verheißungen einer „funktionsfähigen Marktwirtschaft“ geblendet und suchten den schnellen Anschluss an die EU.

„Der Neoliberalismus erwies sich in den osteuropäischen Staaten als besonders attraktiv, weil er die radikalste Kritik des delegitimierten staatssozialistischen Systems darstellte. Träger der neoliberalen Reformprojekte waren in den osteuropäischen Staaten aber zumeist Intellektuelle und – zumindest in den reformkommunistischen Staaten – politische Eliten, die nur eine geringe gesellschaftliche Verankerung hatten. In Osteuropa konnten sich die Revolutionen auf keine bürgerliche Klasse stützen, diese Klasse musste vielmehr erst hervorgebracht werden.“ (Bohle 2000, 318)

In diesem Sinne handelt es sich bei dem Transformationsprozess, der als „Anschluss an Europa“ „von oben“, d.h. ohne populäre Beteiligung und ohne Unterstützung von einheimischen sozialen oder ökonomischen Kräften, durchgesetzt wurde, um ein Phänomen, dass nach Gramsci als „passive Revolution“ beschrieben werden könnte. Gleichwohl konnte sich dieser von oben eingesetzte „Transformismus“ in seiner Anfangsphase auf antikommunistische Ressentiments und die ins Idealistische verklärten Verheißungen sowohl der liberalen bürgerlichen Demokratie wie auch der kapitalistischen Marktwirtschaft stützen. „Das Ziel der EU Mitgliedschaft setzte in den osteuropäischen Gesellschaften (...) Mobilisierungskräfte frei, die sie über lange Zeit auch die Härten der neoliberalen Transformation erdulden ließen.“ (Bohle 2000, 319) Als bald wurde der Transformismus von

einem Heer westeuropäischer Experten und Berater flankiert, die das Projekt zusätzlich intern und extern absicherten.

„Erst nachdem sich gegen Ende der 1990er Jahre zunehmend abzeichnete, dass die Hoffnungen auf Wohlstandseffekte infolge einer zukünftigen Mitgliedschaft nicht erfüllt werden würden – auch vor dem Hintergrund der geringen finanziellen Unterstützungsleistungen durch die EU und den gravierenden sozialen Konsequenzen der ‚doppelten Transformation‘ – wich die ‚hegemoniale Einbindungs- und Mobilisierungskraft des EU-Projektes‘ verstärkt einer ernüchternden Stimmung, zunehmender Skepsis und vielfach sogar einer ablehnenden Haltung gegenüber einem EU-Beitritt.“ (Wehrheim 2005, 127, zitiert: Neunhöffer/Schüttpelz 2002, 378)

- *Assoziierung: Phare und Europa-Abkommen*

Auf der anderen Seite bot der „Zusammenbruch der sozialistischen Planwirtschaften und der politischen Herrschaftssysteme in Osteuropa (...) die Aussicht, diese Länder in den westeuropäischen Einflussbereich zu integrieren.“ (Huffschnid 1994, 191) In diesem Sinne sollten die EG (und später dann die EU) zu der „zweifellos (...) wichtigsten internationalen Organisation bei der Unterstützung des wirtschaftlichen Umbaus in Osteuropa“ avancieren (Huffschnid 1994, 205). Für eine „Normalisierung und Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen“ (Huffschnid 1994, 198f) war die „gemeinsame Erklärung“ der EG und des RGW vom 24. Juni 1988 ein wichtiger Schritt, da sich beide Organisationen erstmals offiziell gegenseitig anerkannten, Beziehungen zueinander aufnahmen und erklärten, vertieft zusammenarbeiten zu wollen (vgl. Huffschnid 1994, 198f). „Auf dieser Grundlage schloss die EG in der Zeit von 1988 bis 1990 bilaterale Handels- und/oder Kooperationsverträge mit allen osteuropäischen Ländern ab. Sie sahen vor allem den schrittweisen Abbau der Mengenbeschränkungen in der EG vor.“ (Huffschnid 1994, 198f) Ihre Bedeutung war vor allen Dingen symbolisch. Zusätzlich wurde auf dem Pariser Weltwirtschaftsgipfel im Juli 1989 von den Staats- und Regierungschefs der G7-Gruppe ein umfangreiches internationales Finanzierungsprogramm zur Unterstützung der wirtschaftlichen Reformen in Polen und Ungarn aufgelegt:

„An diesem PHARE-Programme (Poland and Hungary Aid for Reconstruction of the Economy), das im Dezember 1989 zustande kam, beteiligten sich 24 westliche Länder (G24-Gruppe). Sie beauftragten die EG-Kommission, die Hilfsmaßnahmen zu koordinieren. PHARE wurde später auf alle osteuropäischen Staaten – mit Ausnahme der Sowjetunion und ihrer Nachfolgestaaten, für die es andere Maßnahmen gab, ausgedehnt. Es bestand aus Nahrungsmittelhilfe, Unterstützung industrieller Investitionen und der materiellen und immateriellen Infrastruktur.“ (Huffschnid 1994, 199)

Unmittelbar nach dem politischen und wirtschaftlichen Zusammenbruch in Osteuropa leistet die EG nicht so sehr wirtschaftliche Unterstützung – die begrenzten Mittel des PHARE-Programms sind nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein –, sondern beginnt, „als Koordinatorin für die Maßnahmen des Westens insgesamt“ zu agieren (Huffschnid 1994, 198f). In diesem Sinne werden die Mittel aus dem PHARE-Topf gezielt in die Implementierung der neoliberalen Agenda in den MOEL investiert.

„Über Phare wurden westliche Consultants finanziert, die die Empfängerländer bei der Vorbereitung der Privatisierungsgesetzgebung und der sektoralen Umstrukturierungspläne berieten. Zudem förderte Phare den Aufbau von Privatisierungsagenturen und auch einige der – anfänglich größten – ausländischen Direktinvestitionen in der Region (VW in Tschechien, oder FIAT in Polen) wurden direkt mit Phare Mitteln unterstützt.“ (Bohle 2000, 310)

In den späten 1990er Jahren sollten mit den PHARE-Mitteln „tausende Führungskräfte ausgebildet [werden], die einerseits in marktwirtschaftlicher und andererseits in administrativer Hinsicht die Transformation Osteuropas unumkehrbar machen (sollen). Erklärte Ziele von „Phare“ sind die Umstrukturierung von Staatsbetrieben, die Förderung der Privatwirtschaft sowie die Installierung einer bürgerlichen, dem privaten Eigentum verpflichteten Gesetzgebung. In den entsprechenden Antragsformularen ist vom „Aufbau demokratischer Institutionen“, dem „Aufbau der öffentlichen Verwaltung“, der „Gestaltung von Managementsystemen“, der „Ausbildung von Fachleuten im Privatsektor“, der „Umstrukturierung von Schlüsselbereichen der Wirtschaft“ und der „Angleichung von EU-Normen“ die Rede.“ (Hofbauer 2007, 74)

Die EU hatte nicht vor, „die Rechnung für 40 Jahre Kommunismus“ zu übernehmen, sondern eine ökonomische Transformation neoliberaler Prägung durchzusetzen, der Hebel dafür waren „nicht finanzielle Beihilfen, sondern Kredite, die den Transformationsökonomien durch internationale Finanzorganisationen, nationale Regierungen und private Banken eingeräumt wurden.“ (Bohle 2000, 311) „Bis Ende 1992 wurden insgesamt Hilfszusagen für Osteuropa in Höhe von knapp 100 Mrd. DM (47,0 Mrd. ECU) gemacht (...). Der größte Teil davon bezieht sich allerdings auf in Aussicht gestellte Kredite, die geschäftsüblich zu verzinsen und zurückzuzahlen sind.“ (Huffschnid 1994, 199f) Knapp die Hälfte dieser Zusagen entfiel auf EG-Länder, wovon wiederum mehr als ein Drittel (7,5 Mrd. ECU) auf Deutschland entfiel – und damit mehr als auf die USA und Japan zusammen.

Ebenfalls auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Paris 1989 wurde die Kommission der EG als Koordinatorin der Kreditgeber eingesetzt, die Vergabe der Mittel war von der „Implementierung eines Reformpaketes abhängig, in dem Stabilisierungs-, Liberalisierungs- und Privatisierungsmaßnahmen oberste Priorität hatten“ (Bohle 2000, 311).

„Through the Commission’s role in aid coordination, the EU was thus in a position to channel a wide range of policy advice about transition, both from its own resources and also the international financial institutions and other bodies. This was also the start of a larger role for the Commission than in previous enlargements, as it took responsibility for a major aid program as well as accession preparations.“ (Grabbe 1999, 10)

Bereits im Dezember 1991 wurden mit Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei, bis 1996 dann mit allen zehn osteuropäischen Beitrittskandidaten bilaterale Assoziierungsverträge (sogenannte „Europa-Abkommen“) abgeschlossen, „in Kraft trat diese Vorform des Acquis Communautaire je nach Land zwischen 1994 und 1998.“ (Hofbauer 2007, 68)

„Alle erwähnen in der Präambel den Wunsch der osteuropäischen Partner nach Mitgliedschaft in der EG, konkretisieren diese Perspektive aber weder durch eine Terminangabe noch durch Konditionen.“ (Huffschnid 1994, 204; vgl. ebd., 192). Die gerade

im Entstehen begriffene Europäische Union „war (...) auf eine „Rückkehr“ des Ostens nicht vorbereitet. Vertiefung vor Erweiterung, so lautete die Devise vor Maastricht; und viele, vor allem französische Stimmen warnten davor, den Aufbau des Binnenmarktes wegen der Hilferufe der nationalistischen und liberalistischen Eliten im Osten zu gefährden“ (Hofbauer 2007, 67f), zumal zu dieser Zeit „die Produktionsrückgänge in den Staaten des ehemaligen RGW zu extremen wirtschaftlichen Krisen anwuchsen“ (Hofbauer 2007, 68). Immerhin wurden durch die Assoziierungsabkommen mit dem „Assoziierungsrat“ und der Einrichtung eines „ständigen politischen Dialogs“ „erstmalig gemeinsame Institutionen in Form der Assoziierungsgremien geschaffen, in deren Folge die zentralen Ministerien der Transformationsländer – vor allem Wirtschaft und Finanzen – regelmäßig in Angelegenheiten der EU involviert wurden (vgl. Lippert/Umbach 2004, 59).“ (Wehrheim 2005, 129, vgl. Huffschnid 1994, 204)

Aufgrund dieser grundsätzlichen Zweifel fiel die Priorisierung des Handlungsbedarfes allerdings eher restriktiv-protektionistisch aus: „Den eigenen Markt wirtschaftlich und währungspolitisch abzusichern hatte oberste Priorität, auch ein militärisch-polizeilicher Kordon gegen Osteuropa wurde schleunigst errichtet und schließlich noch damit begonnen, eine ganze Interventionsarmee aus dem Boden zu stampfen, bevor man sich auf Erweiterungsgespräche einließ.“ (Hofbauer 2007, 68) Neben einem „breiten Themenkatalog wie Regelungen zur Niederlassungsfreiheit, Direktinvestitionen, Wettbewerbspolitik, Rechtsangleichung sowie Vereinbarungen zur politischen, finanziellen und kulturellen Zusammenarbeit“ (Wehrheim 2005, 129; vgl. Kreile 2000, 5), umfassten die Europa-Abkommen vor allen Dingen handelspolitische Bestimmungen, „die aufgrund des langwierigen Ratifizierungsverfahrens vorzeitig durch Interimsabkommen in Kraft gesetzt wurden“ (Wehrheim 2005, 129). „Sie sehen die Einführung einer Freihandelszone innerhalb von zehn Jahren vor. Dabei soll die EG ihre Handelsbeschränkung schon früher, in der Regel innerhalb von fünf Jahren, abgebaut haben.“ (Huffschnid 1994, 204) Von dieser Marktöffnung ausgenommen werden allerdings Agrarprodukte, auch bei Textilien und Stahl gibt es Einschränkungen. „Auf diese drei Produktgruppen entfielen aber 1990 für Polen 41%, für Ungarn 47% und für die CSFR 34% ihrer Ausfuhren.“ (Huffschnid 1994, 204) Hingegen erfolgt der Abbau von Importhemmnissen „großzügig bei solchen Produkten, bei denen die Vertragspartner nicht wettbewerbsfähig sind.“ (Machowski 1993, 9, zit.n. Huffschnid 1994, 204) „Konstitutiv für die Europa-Abkommen war der Protektionismus der Europäischen Union, der gerade jene Branchen in EU-Europa schützte, die den einzigen Kostenvorteil Osteuropas – die billige Arbeitskraft – fürchten hätten müssen.“ (Hofbauer 2007, 68)

Während die EG sich als auf der einen Seite nach außen abschottete, „um das Eindringen billiger Importprodukte zu verhindern“, erfolgte auf der anderen Seite „eine Exportoffensive von Waren und Kapital nach Osten, die entweder potenzielle Konkurrenz beseitigte oder schnellen Profit versprach.“ (Hofbauer 2007, 68)<sup>379</sup> So belebten die Europa-Abkommen den Handel zwar auch für die MOEL: „Die Westexporte der fünf Länder, mit denen solche Abkommen bestehen, sind zwischen 1990 und 1992 von 22,2 Mrd. \$ auf 30,3 Mrd. \$, also

---

<sup>379</sup> „Erstere Investitionen endeten nur allzu oft nach dem bekannten Muster des Buy-and-sell-out, nach dem Produktionsstandorte nur aus dem Grund übernommen werden, um sie daraufhin zu schließen und damit ihre Produkte vom Markt zu nehmen.“ (Hofbauer 2007, 68)

um 8,1 Mrd. \$ oder 36,5% gestiegen (nur für Rumänien sind von 2,6 Mrd. \$ auf 2,3 Mrd. \$ gesunken). Allerdings: Noch nützlicher waren die Abkommen offensichtlich für die westliche Seite: Deren Ostexporte nahmen nämlich in der gleichen Zeit von 22,0 Mrd. \$ auf 36,9 Mrd. \$, also um zwei Drittel (67,7%) zu.“ (Huffs Schmid 1994, 205) Die Handelsbilanz der fünf über Europa-Abkommen assoziierten, osteuropäischen Ländern verschob sich innerhalb von zwei Jahren von einem leichten Plus von 0,2 Mrd. US\$ (1990) zu einem ausgewachsenen Defizit von -6,6 Mrd. US\$ (1992).

„Die handelspolitische Integration festigte die westliche Dominanzposition gegenüber Osteuropa. Innerhalb kurzer Zeit implodierten die traditionellen regionalwirtschaftlichen Verflechtungen Osteuropas – eine Entwicklung, die wesentlich auf den Zusammenbruch des RGW zurückzuführen war -, und die EU löste die Sowjetunion als wichtigsten Handelspartner ab.“ (Bohle 2000, 312) „Die Europa-Abkommen bilden die Grundlage der regionalen Integration, die die einzelnen Staat auf das westeuropäische Zentrum hin ausrichten. (...) Über eine explizite Verbindung zwischen den Reformschritten der assoziierten Länder und der Implementierung der Abkommen soll die Anpassung der ökonomischen und politischen Reformen der osteuropäischen Staaten an geltende EU-Normen gewährleistet werden.“ (Bohle 2000, 313)

Nach Peter Gowan haben die MOEL ihre Verhandlungsposition in dem Bemühen um einen EU-Beitritt schon mit den Europa-Abkommen entscheidend geschwächt, weil sie ihren größten Trumpf, die Gewährung des Zugangs zu ihren Märkten, bereits im ersten Stich ausgespielt haben:

„Diese harmonisieren im Grunde die Regeln der Beitrittskandidaten mit denen des Gemeinsamen Marktes der EU und ermöglichen den Zugang von Gütern und Investitionen aus der EU, ohne dass die Kandidaten irgendeinen Einfluss auf die Gestaltung des Gemeinsamen Marktes haben. Die Unternehmen der EU haben bereits das meiste erreicht, was sie von den osteuropäischen Ländern haben wollten. Die EU exportiert jetzt (1996 für 69,5 Mrd. ECU und im ersten Halbjahr 1997 für 39,7 Mrd. ECU) – doppelt soviel in die beitrittswilligen Länder Osteuropas wie nach Japan und Südamerika zusammen; der Handelsbilanzüberschuss betrug hier 20 Mrd. ECU für 1996 und 11,7 Mrd. für das erste Halbjahr 1997. Allein Deutschland exportiert mittlerweile mehr in die osteuropäischen Beitrittskandidaten als in die USA. Es ist unwahrscheinlich, dass die Unternehmen nach dem vollzogenen Beitritt noch größere Gewinne machen werden.“ (Gowan 1998, 440)

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist die Tatsache, dass die Richtlinie zur Anwendung des Wettbewerbsrecht auch im Bereich der Telekommunikation (und das Verbot staatlicher Einflussnahme) noch vor der Unterzeichnung des ersten Europa-Abkommens verabschiedet wurde.

“(…) in these agreements concerning the telecommunications sector the provisions on competition rules feature a prominent rank. The countries associated by these agreements, subscribe in particular to the general competition rules of the EU and to the criteria by which the relevant conduct of enterprises in the market and the subsidies of the state to enterprises and industries have to be judged. Perhaps more important are the provisions about public enterprises or enterprises with special and

exclusive rights. Here the rules of Art. 90 EEC treaty have to be observed within a period of three years after the agreement is in force." (Schenk 1997, 35)

Richtig ist, dass sich die EU nun, da der höchste Trumpf bereits gespielt war, Zeit lassen konnte, ihr Blatt runterzuspielen – die MOEL mussten die gespielten Farben fortan bedienen.

- *Kopenhagen-Kriterien 1993 und „Heranführung“*

„Waren die Abkommen zunächst als eine Alternative zu einer EU Mitgliedschaft gedacht, so verschob sich im Laufe der Verhandlungen die Perspektive zunehmend in Richtung eines möglichen EU Beitritts.“ (Bohle 2000, 313) Nachdem mit dem Vertrag von Maastricht die Wirtschafts- und Währungsunion verabschiedet worden war und sich nach langwierigen Verhandlungen schließlich auch die „gemeinschaftlichen Interessen an der Osterweiterung durchgesetzt“ hatten (Deppe 2004, 48ff, vgl. Wehrheim 2005, 129), wurde das Beitrittsangebot an die MOEL konkretisiert.

Auf der Konferenz des EU-Rates in Kopenhagen im Juli 1993 wurden – „bevor noch der erste Antrag gestellt worden war.“ (Hofbauer 2007, 71f) – die Bedingungen für einen Beitritt formuliert:

„Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muss der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten; die einzelnen Beitrittskandidaten müssen zudem die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.“ (97) 2000, 43, zit.n. Hofbauer 2007, 72).<sup>380</sup>

„The conditions were formulated as much to reassure reluctant member states as to guide CEE applicants, and this dual purpose to conditionality has continued to play an important role in the politics of accession within the EU.“ (Grabbe 1999, 4) „Ab März 1994 trafen dann in Brüssel Anträge auf Mitgliedschaft ein. Ungarn (31. März 1994) und Polen (5. April 1994) machten den Anfang, die Tschechische Republik (17. Januar 1996) und Slowenien (10. Juni 1996) überlegten es sich am längsten (...).“ (Hofbauer 2007, 73) Da die Beitrittsgesuche der MOEL „zeitlich mit einem neuen Integrationsschub der EU zusammen[fielen], in deren Folge sich über die zentralen Integrationsprojekte – EG-Binnenmarkt und WWU – Qualität und Charakter der europäischen Integration veränderten“, fügte sich auch das Projekt der Osterweiterung in Kontinuität mit den bisherigen Integrationsprojekten „in den Prozess der neoliberalen Restrukturierung ein (...). Dies hatte erhebliche Auswirkungen auf die Art und

---

<sup>380</sup> Dabei ist offensichtlich, dass das letztendliche Urteil über eine „demokratische und rechtsstaatliche Ordnung“ oder eine „funktionsfähige Marktwirtschaft“ letztendlich von der EU gefällt werden sollte. Bereits eine „falsche“ staatliche Sozialpolitik, Energiepolitik oder Währungspolitik könnte demnach als undemokratisch oder nicht marktwirtschaftlich ausgereift gelten (vgl. Hofbauer 2007, 72). „1994 wurden auf dem Essener Gipfel darüber hinaus gut nachbarschaftliche Beziehungen zur weiteren Bedingung erhoben. Gleichzeitig nannte die EU allerdings auch ihre Fähigkeit, neue Mitglieder aufzunehmen und dabei „die Stoßkraft der europäischen Integration“ zu erhalten, als Vorbedingung einer Osterweiterung.“ (Bohle 2000, 313; vgl. EU-Kommission: Agenda 2000, II, 1).

Weise der Integration der MOEL in die EU und die dortigen Transformationsprojekte.“ (Wehrheim 2005, 131, vgl. Bohle 2003)

- „*Screening-Prozess*“ und *Acquis Communautaire*

Auf dem Europäischen Rat in Essen im Dezember 1994 wurde die „Heranführungsstrategie“ mit dem Weißbuch „Vorbereitung der assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas auf die Integration in den Binnenmarkt“ weiter konkretisiert. „Über die Angleichung der Rechtstexte hinaus sollten dabei die institutionellen und administrativen Voraussetzungen für die Umsetzung des Gemeinschaftsrechts geschaffen werden“ (Wehrheim 2005, 130). Den Beitrittskandidaten wurde damit ein „überaus anspruchsvolles und umfassendes Programm der Angleichung von Normen, Institutionen und Strukturen“ auferlegt (Kreile 2000, 6).

Der sogenannte *Acquis Communautaire* umfasst mit ca. 20.000 Rechtsakten auf ca. 80.000 Seiten, die wiederum in 31 Kapitel unterteilt wurden, den gesamten Rechtsbestand der Europäischen Union.<sup>381</sup> In einem sogenannten „Screening“-Prozess“ wurde die Kompatibilität der jeweiligen nationalen Rechtsstände der MOEL geprüft, „für jeden Bereich wurde eine Übersicht der Rechtsakte aufgestellt, die das entsprechende Land übernehmen bzw. anpassen musste.“ (Wehrheim 2005, 130) Die EU- Kommission fasst das wie folgt: „In diesem Prozess soll den betroffenen Ländern geholfen werden, ihr Verständnis der Regeln, die der EU zugrunde liegen, zu verbessern und klarer zu bestimmen, welche Fragen sie bei der Übernahme und Umsetzung des *Acquis* behandeln müssen“ (Kommission 2002, 24, zitiert nach: Schaper-Rinkel 2002, 443) Damit ist klar expliziert, dass es bei den sogenannten Beitrittsverhandlungen keineswegs um „Verhandlungen“ – also die gegenseitige Annäherung von zwei Positionen – ging, sondern um die einseitige, technokratische Übernahme eines bereits gegebenen Diktats. Dabei wird stillschweigend vorausgesetzt, dass die vollständige Übernahme der *Acquis Communautaire*, selbst das Ergebnis jahrzehntelanger Verhandlungsprozesse zwischen westeuropäischen Staaten – die ideale Lösung sowohl für die Beitrittskandidaten, die erweiterte EU wie auch für die Transformationsprozesse in den MOEL darstellt: „The assumption in much of the language used in official EU publications on enlargement is that accession and transition are part of the same process and that preparations to join the EU are coterminous with overall development goals.“ (Grabbe 1999, 5) In den Augen der westlichen, neoliberal geprägten Regierungen wie auch der von den inter- und supranationalen Organisationen und Instituten gestellten Experten erschienen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit als die einzig möglichen politischen Ziele und die Entfesselung der Märkte als einzig möglicher Weg dorthin.

Diese „Screenings“ wurden bilateral durchgeführt. Jedes der Kandidatenländer hatte eine eigene Bürokratie auszubilden,

„die sich in die Themenkomplexe jener 31 Kapitel einarbeitet, die Brüssel seit 1957 als rechtliche Grundlage der späteren Union angesammelt hat. Die EU-Kommission

---

<sup>381</sup> Der *Acquis Communautaire* kann in diesem Sinne als Beispiel ‚par excellence‘ einer Diskursordnung gelesen werden. Um eine legitime Sprecherposition innerhalb dieser Diskursordnung zu erringen, waren von den Beitrittsländern etwa 20.000 Rechtsakte auf etwa 80.000 Seiten zu übernehmen.

ihrerseits ernennt Spezialisten, die das für die einzelnen Kapitel relevante Konvolut den jeweiligen Kandidaten vortragen. Verhandlungssprache ist Englisch, mit Hilfe von „PHARE“-Geldern wird der Fortgang der Gespräche dokumentiert und in die diversen Ortssprachen übersetzt.“ (Hofbauer 2007, 79)

Da die Vertreter der beitrittswilligen Staaten also „jeweils alleine dem gesamten Brüsseler Apparat gegenüber sitzen“, war der Anpassungsdruck maximal. Denn „wer die Vorgaben nicht so widerspruchsfrei erfüllt oder erfüllen kann wie der je Kapitel schnellste Kandidat, fällt im „Screening“-Verfahren zurück. Der Konkurrenzkampf der einzelnen osteuropäischen Staaten untereinander garantiert Brüssel, dass es keine prinzipiellen Debatten bei den schweren Kapiteln (Landwirtschaft, „Freier Kapitalverkehr“, Freizügigkeit“ (freier Personenverkehr) oder „Wettbewerbspolitik“ gibt.“ (Hofbauer 2007, 79)<sup>382</sup> Zudem stellte die Kommission nicht nur den Rahmen der Verhandlungen und diktierte – als Hüterin nicht nur der Verträge, sondern des neoliberal interpretierten EU-Besitzstandes – die sich im Laufe der Zeit verändernden und erweiterten Bedingungen,<sup>383</sup> sondern führte auch die Verhandlungen, beurteilte die jeweiligen Fortschritte bei der Erfüllung der ohnehin recht vage gehaltenen Kopenhagener Kriterien (demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, institutionelle Stabilität, funktionierende Marktwirtschaft), priorisierte, beriet, sanktionierte, lobte und förderte.

Während die Mitgliedsstaaten sich zu keinem Zeitpunkt einer solchen Prüfung unterziehen mussten bzw. an den für sie kritischen Punkten Ausnahmeregelungen verhandeln konnten, wird von den Beitrittskandidaten erwartet, dass sie die Vorgaben vollständig und ohne

---

<sup>382</sup> Tatsächlich waren von den späteren zwölf EU-Beitrittskandidaten „sechs Länder aus territorialen Auflösungserscheinungen in den 1990ern hervorgegangen, ein weiteres (Zypern) kämpfte überhaupt mit seiner international ungeklärten Territorialität. Dem politisch und – seit Amsterdam – demnächst auch militärisch machtvoll auftretenden EU-Europa standen nicht nur unerfahrene, rasch wechselnde neue Eliten in den einzelnen osteuropäischen Ländern gegenüber, sondern insgesamt Staaten wie Slowenien, Tschechien, die Slowakei, Lettland, Estland und Litauen, deren erwachsene Bevölkerungen in ihrer Schulzeit überhaupt nichts über jene Staatlichkeit gelernt hatten, die sich jetzt um Aufnahme in ein suprastaatliches Gebilde bewarb. Die politischen, gesellschaftlichen und territorialen Voraussetzungen für Verhandlungen waren also für die Beitrittsländer denkbar schlecht – weshalb auch in der Folge gar keine solchen geführt wurden. Das Regatta-Rennen um die Erfüllung des EU-Rechtsstandes (Acquis Communautaire) lief als streng formalisiertes Übernahmeverfahren ab. Für die Diskussion einzelner Forderungen war überhaupt kein Platz vorgesehen.“ (Hofbauer 2007, 76) Hofbauer betont, „(...) dass es im gesamten Aufnahmeprozess zwischen der EU-Kommission auf der einen und den einzelnen Beitrittsbewerbern auf der anderen Seite zu keinerlei Verhandlungen kam, obwohl die Gespräche rund um den Acquis Communautaire von Politikern und Medien immer wieder als solche dargestellt wurden. Für die osteuropäischen Staaten ging es einzig und allein darum, den gesamten Bestand an Rechtsvorschriften und kapitalistischer Norm zu übernehmen, während die EU-Spezialisten nichts anderes zu tun hatten, als das Gelingen dieser Maßnahmen zu überprüfen. Verhandelt wurde überhaupt nicht“ (Hofbauer 2007, 80) – bis auf die Verlängerung einiger Übergangsfristen, wobei auch hier eher die EU davon Gebrauch machte als die Kandidaten. Die zu erreichende Ziele selbst standen also niemals zur Debatte, nur der Zeitplan dafür.

<sup>383</sup> „The acquis is a dynamic concept because the body of legislation grows all the time through Treaty change, adoption of legislative measures (including resolutions, declaration and other measures under all three of the EU's 'pillars'), international agreements and the jurisprudence of the European Court of Justice. In addition, the edges of the acquis remain fuzzy in legal terms because parts of it are open to interpretation; moreover, the acquis is more than just its formal institutional framework; it develops as a result of processes that inform debates over policy substance and agenda-setting, such as policy practices.“ (Grabbe 1999, 6f)

Ausnahmeregelungen im Voraus erfüllen, ohne dass von der EU ähnliche Anstrengungen unternommen werden, um die Erweiterung vorzubereiten oder auch nur ein konkreter Fahrplan vereinbart wird (vgl. Grabbe 1999, 20).

„(...) auch die finanziellen Kosten der Erweiterung sind zu einem großen Teil von den MOEL zu tragen, da sie in den ersten Jahren der Mitgliedschaft vergleichsweise geringe finanzielle Transferzahlungen aus den Bereichen der Agrar- und Strukturpolitik erhalten werden (...).“ (Wehrheim 2005, 134)<sup>384</sup>

Da den 31 Kapiteln des Acquis Communautaire zudem die vier „Freiheiten“ (freier Verkehr von Waren, Personen, Kapital und Dienstleistungen) vorangestellt wurden, übersetzt sich die „Übernahme des EU-Besitzstandes“ für die Beitrittskandidaten in die Verpflichtung,

„in ihrem nationalen Bereich die Privatisierung möglichst sämtlicher Industrien und Dienstleistungen voranzutreiben, die politische Verwaltung auf Dienststellen für freies Unternehmertum zu transformieren, Justiz und Innenressort zu stabilen Pfeilern bürgerlicher – in ihrem Fall von ausländischen Investitionsinteressen geprägter – Herrschaft zu machen, das Sozialversicherungs- und Rentenwesen dem Kapitalmarkt zu öffnen sowie in allen öffentlichen Sektoren vom Gesundheits- über das Wohnungs- bis zum Bildungswesen zu sparen respektive diese den Marktkräften anzubieten.“ (Hofbauer 2007, 80)

Dabei werden die MOEL nur selektiv in die Teile des Acquis einbezogen, die für sie von Vorteil wären. So blieben bspw. die Kapitel zum freien Personenverkehr oder der Landwirtschaft lange ausgeklammert.

„Mit der schrittweisen und selektiven Ausdehnung des Binnenmarktregimes auf die osteuropäischen Staaten sichert sich die EU einen erheblichen Einfluss in der Region. Die regulatorischen Reformen konkretisieren die Richtung der neoliberalen Transformation in Osteuropa. Grabbe (1999, 4) bemerkt zu Recht, dass der europäische regulatorische Staat zwar noch in den Kinderschuhen steckt, aber bereits den Ausgangspunkt für die sich herausbildenden osteuropäischen Kapitalismen darstellt.“ (Bohle 2000, 314)

---

<sup>384</sup> Im April 1991 wurde die „Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung“ gegründet („der größte Einzelaktionär sind die USA, aber die EG und ihre Mitgliedsländer halten die Mehrheit des Kapitals“) (Huffschnid 1994, 202). „Aufgabe der EBWE ist es, Kredite an die osteuropäischen Länder zu vergeben. Dabei sollen 60% der Mittel für Privatisierungen, 40% zur Unterstützung von Infrastrukturvorhaben verwendet werden.“ (Huffschnid 1994, 202) Und obwohl die Kredite zu marktüblichen Zinsen vergeben wurden, hatte die EBWE „bis Ende 1992 (...) gerade 240 Mill. DM an Krediten nach Osteuropa ausgereicht. Das ist weniger als die Hälfte ihrer Ausgaben für ihre Ausstattung und den laufenden Betrieb.“ (Huffschnid 1994, 202) Da die Kredite immer nur „projektgebunden“ vergeben werden konnten, wurden viele Anträge abgelehnt, so dass zwischen Anfang 1990 bis Mitte 1991 weniger als ein Drittel der zugesagten 32 Mrd. US\$ vergeben wurde. „Der relativ geringe Umfang der tatsächlich geleisteten Hilfe an die osteuropäischen Länder wird besonders deutlich, wenn man/frau sie mit der Hilfe der EG für die ärmeren Mitgliedsländer Portugal, Griechenland, Spanien und Irland vergleicht: „Die ärmeren EG-Länder erhalten aus Brüsseler Kassen je Einwohner 15mal soviel unentgeltliche Hilfe wie die mittel- und osteuropäischen Länder und diese wiederum 8mal soviel wie die Nachfolgestaaten der UdSSR.“ (Huffschnid 1994, 203; zitiert: DIW-Wochenbericht, 15/1992 vom 9.4. 1992, 189)

- *Der lange Weg nach Europa*

Trotz dieser enormen Anforderungen, die die Beitrittskandidaten ja letztendlich seit den Anfang der 1990er Jahre abgeschlossenen Europa-Abkommen abverlangt wurden, sollte ihnen aber für die nächsten Jahre kein klarer oder gar verbindlicher Zeitplan für einen möglichen EU-Beitritt vorgelegt werden. Erst im Juli 1997 veröffentlichte die Kommission die „Agenda 2000“, der „auch erstmalig Stellungnahmen zu den Beitrittsanträgen der MOEL [beigefügt waren, die sogenannten „Opinions“ oder „avis“, MH], denen die Kopenhagener Kriterien zu Grunde lagen und von der Kommission im Rahmen ihrer jährlich erstellten Fortschrittsberichte aktualisiert wurden.“ (Wehrheim 2005, 130)

„The avis give an overview of the political and economic situations in the ten countries up to May 1997, and also an assessment of how close each might come to being ready to join in five years' time. These avis are thus unique in the history of EU enlargements in not merely judging applicants' readiness for membership now, but assessing whether they will be able to meet the conditions for membership within the timespan of negotiations. Each avis covers all of the Copenhagen conditions, so there are chapters on the political criteria, the economic criteria, adoption of the *acquis communautaire* and other aspects of the applicants' ability to 'assume the obligations of membership'. They are based on judgements by the Commission, with little argumentation or evidence presented for the conclusions about readiness.“ (Grabbe 1999, 13)

„Auf Empfehlung der Kommission wurden zunächst mit fünf Beitrittskandidaten Verhandlungen aufgenommen,<sup>385</sup> die im Rahmen bilateraler Regierungskonferenzen stattfanden.“ (Wehrheim 2005, 130) Mit der „Agenda 2000“ wurde nun die Heranführungsstrategie für die fünf Kandidaten, die es in die engere Wahl geschafft hatten, und damit deren Beitrittsaussichten konkretisiert, es wurde nun auch EU-seitig ein neuer Haushalt aufgesetzt, der die möglichen Kosten einer Erweiterung beinhaltete und eine Reform der EU-Institutionen vorgeschlagen (die allerdings erst im Jahr 2000 in Nizza verabschiedet werden sollte).<sup>386</sup> Die EU begann sich nun offenbar auch selbst und konkret mit der Erweiterung auseinanderzusetzen<sup>387</sup>. Auf dem EU-Gipfel in Luxemburg am

---

<sup>385</sup> Damit wurden zugleich die fünf anderen Kandidaten zurückgesetzt – zum ersten Mal wird die von der EU ausgeübte Konditionalität in den Beitrittsverhandlungen manifest.

<sup>386</sup> So war „das seit 1966 weit verbreitete Vetosystem (...) im Angesicht der Erweiterung zu riskant, drohten doch damit osteuropäische Interessen in Brüssel manifest zu werden (...). Vor den ersten Neu-Beitritten mussten (...) Verhältnisse geschaffen werden, die die Entscheidungen der großen Akteure nicht blockieren konnten.“ (Hofbauer 2007, 77) Das Ergebnis: „Kultur, Steuerangelegenheiten, Wasser und Energie sowie Umweltfragen bleiben dem Einstimmigkeitsprinzip unterworfen, während 30 (von 70) Bestimmungen des alten EG-Vertrages künftig mit qualifizierter Mehrheit beschlossen werden können.“ (Hofbauer 2007, 77)

<sup>387</sup> Ein sicheres Indiz dafür ist auch dieser Nachtrag: Auf demselben Gipfel, auf dem auch die „Agenda 2000“ beschlossen wurde und sich damit der Erweiterungsprozess konkretisierte, wurde auch ergänzende Maßnahmen einer gemeinsamen Militär- und Innenpolitik beschlossen, die neben der Bereitstellung von 60.000 EU-Soldaten als Interventionsarmee die Ausweitung des Schengen-Abkommens beinhaltete, dem sich auch potentielle Beitrittskandidaten anschließen sollten. Das bedeutete aber auch, dass diese Länder nun gegenüber ihren ehemaligen Nachbarn die Grenzen dichtmachen mussten. „Die gewünschte Westintegration einzelner osteuropäischer Staaten setzt einen Bruch alter Beziehungen zwischen osteuropäischen Nachbarn voraus. In Amsterdam wurde

14.12.1997 wurde dann die Aufnahme von Beitrittsgesprächen mit Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland (und Zypern) ab dem 1.3.1998 beschlossen, die dann mit einiger Verzögerung am 10.11.1998 tatsächlich begannen. Die Runde der Beitrittsländer wurde auf dem EU-Gipfel in Helsinki 1999 noch um Litauen, Lettland, Slowakei, Bulgarien, Rumänien (und Malta) erweitert.

Auch bei der nun „intensivierten Heranführungstrategie“ stand der Fortschritt bei der Übernahme des *Acquis Communautaire* im Mittelpunkt der Gespräche, wobei der Kommission wiederum die „Bewertung der Anpassungsfortschritte“ und damit eine nicht unerhebliche Definitionsmacht im Erweiterungsprozess zufiel (vgl. Wehrheim 2005, 130; vgl. Kreile 2000, 11). Das wichtigste Instrument in der Phase der intensivierten Heranführung waren die Beitrittspartnerschaften, in denen auf der Basis der „Opinions“ alle Forderungen und Förderungen in einem Rahmen zusammengebracht wurden, um vor dem Beitritt eine allgemeine Beitrittsbereitschaft und die Übernahme des *Acquis Communautaire* zu gewährleisten.

„Im Rahmen der Beitrittspartnerschaften wurden für jeden einzelnen Bewerberstaat die Finanzhilfen der EU und die Bedingungen ihrer Vergabe sowie die im Regelmäßigen Bericht der Kommission ausgewiesenen Prioritäten für die Übernahme des *acquis communautaire* für jeden Beitrittskandidaten ausgewiesen. Auf dieser Grundlage hatte jeder Beitrittskandidat ein detailliertes Nationales Programm zur Übernahme des Besitzstandes der Union zu erstellen und vorzulegen. Dieses sowie die Beitrittspartnerschaften wurden von der Kommission und dem jeweiligen Beitrittsland fortlaufend angepasst.“ (Wehrheim 2005, 131)

„The ‘Accession Partnerships’ presented in 1998 to the ten central and east European (CEE) applicants mark a turning-point in the process of EU enlargement. These new instruments tighten the conditionality for membership and reduce the scope for accession negotiations by making a very wide range of policy areas conditional rather than negotiable.“ (Grabbe 1998, 2)

„Die Beitrittskandidaten (...) haben sich ‚einem historisch einmaligen Prozess der externen Evaluierung ihrer Fortschritte beim Aufbau von Institutionensystemen unterstellt, die mit dem Regelwerk und den Praktiken der bestehenden EU kompatibel sein müssen‘. (Müller 2001b, 1164)“ (Wehrheim 2005, 133)

In den Beitrittspartnerschaften, die übrigens weder rechtlich bindend noch in allen Aspekten besonders präzise oder abgestimmt erscheinen, werden alle Themen – von kurz-, mittel- und langfristig zu erreichenden ökonomischen, politischen und institutionellen Zielen (Privatisierung, Liberalisierung, Haushaltspolitik, Reform der Sozialversicherungen, Verwaltungs-, Regional- und Strukturreformen) über die Umsetzung des (ebenfalls nicht rechtlich bindenden) Weißbuchs über den Binnenmarkt, der Sicherung der Außengrenzen bis hin zu Umweltaspekten, Landwirtschaft, Reaktorsicherheit, Fischereibestimmungen, den

---

diese Politik zum EU-Rechtsstand, wohlweislich bevor noch Gespräche darüber mit den Beitrittskandidaten aufgenommen worden waren.“ (Hofbauer 2007, 75).

Zuständen in Gefängnissen etc, priorisiert.<sup>388</sup> Tatsächlich gingen die Kopenhagener Kriterien ja sogar noch weit über den *Acquis Communautaire* hinaus und „ermöglichten der EU einen tiefen Eingriff in die nationale Souveränität der Transformationsländer.“ (Wehrheim 2005, 132) Die Bedingungen umfassen Bestimmungen, die noch nicht einmal alle Mitgliedstaaten umgesetzt haben und Politikbereiche, die diese gar nicht an die EU delegieren wollen (vgl. Grabbe 1999, 16f).

„Through the A[ccession]P[artnership]s, member states are giving the EU competences in CEE that they have never accepted for themselves. Moreover, these competences are being extended without any of the justificatory and restraining principles that apply in the EU, such as subsidiarity, proportionality and competence. There is also little involvement of restraining institutions: the only monitoring function for accession policy during negotiations is performed by the Council, with no role for the European Court of Justice, for the European Parliament (...) or national parliaments (until ratification of the accession treaties). There is thus very little accountability for the process until the point of veto after treaties have already been signed with CEE. This lack of accountability extends the existing 'democratic deficit' further into the accession process. (...) There is a paradox in EU-CEE relations: applicants are treated like member states in the extent of their obligations under the APs, but as applicants they have no rights and little say in determining the substance of relations (...).“ (Grabbe 1999, 20)

„In gewisser Weise beinhaltet die Definition der Kriterien für die EU selbst einen Klärungsprozess in bezug auf die wesentlichen Elemente ihrer eigenen Staatlichkeit. Diese können in die osteuropäischen Länder besonders konsequent exportiert werden, da sie hier a) direkt mit dem Aufbau eines demokratisch-kapitalistischen Systems zusammenfallen und da die Kandidaten b) kaum eine Möglichkeit haben, auf die Definition der Beitrittskriterien einzuwirken. Weiter gedacht, lässt sich dieser Vorgang auch als Versuch interpretieren, Osteuropa als Testfeld für bestimmte Reformen zu nutzen, die dann wieder in die EU reimportiert werden können.“ (Bohle 2000, 316) Insbesondere die Kommission reklamiert in diesem Zusammenhang „eine umfassende Politikverantwortung selbst in jenen Bereichen, in denen ihr innerhalb der EU enge Grenzen gesetzt sind.“ (Bohle 2000, 316)

Auch im Vergleich zu den vorherigen Erweiterungsrunden übte die EU in den Beitrittsprozess mit den MOEL aufgrund der auf vielerlei Weise sichergestellten Asymmetrien in den Machtverhältnissen einen deutlich tiefgreifenderen Einfluss aus.

“Enlargement, in the view of the EU, was not allowed to disturb the already far reaching European integration process (internal market, economical and monetary union, etc.). Starting point for the European Union therefore was the necessary adaption of Central and Eastern European prospective members *prior* to membership. As a consequence asymmetry and rigidity of the EU were far greater in the last eastward enlargement than in previous enlargements.” (de Smaele 2007, 116)

---

<sup>388</sup> Grabbe macht darauf aufmerksam, dass sich die Prioritäten so sehr ähneln, dass bezweifelt werden muss, dass es sich bei den Beitrittspartnerschaften um vollständig individuell ausgearbeitete Programme handelt (1999, 106).

Die Tatsache, dass diese weitreichenden Einmischungen auch nicht weiter begründet oder erklärt, sondern für einen Beitritt notwendig gesetzt werden, unterstreicht nicht nur noch einmal den asymmetrischen Charakter der „Beitrittsverhandlungen“ insgesamt, sondern auch die ideologische Konjunktur dieser Phase, in der neoliberale Rezepturen als alternativlos durchgehen konnten. „Considering the variety of models of capitalism to be found among EU member states, the APs promote a remarkably uniform view of what a ‘market economy’ should look like.“ (Grabbe 1999, 17) Der neoliberal artikulierte westeuropäische Integrationspfad der 1990er Jahre und die politischen Ziele und die Form der ökonomischen Restrukturierung in den MOEL können nach Dorothee Bohle als Teile des neoliberalen Umbaus begriffen werden, „der insbesondere von transnationalen Kapitalgruppen mit dem Ziel, die Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraums in der Triade zu stärken, vorangetrieben wird“ (Bohle 2002, 355). Dabei ist die Beitrittsperspektive der Hebel,

„mittels dessen die osteuropäischen Staaten auf die Übernahme eines spezifischen Reformmodells verpflichtet werden. Dieses ist wesentlich radikaler als das EU Modell selbst, da es die regulatorischen Reformen des Binnenmarktes, die Stabilitätskriterien der Wirtschafts- und Währungsunion, die Sicherung der Außengrenzen und den Umbau der Sozialversicherungssysteme ins Zentrum stellt. Gleichzeitig lässt die EU fast jede Form der Solidarität mit den ärmeren Nachbarn vermissen. Von den osteuropäischen Staaten wird erwartet, dass sie die Anpassungsleistungen selbst erbringen und die damit verbundenen Kosten tragen.“ (Bohle 2000, 317)

Eine bilaterale und differenzierte Herangehensweise ermutigte nicht nur den „Wettlauf“ der Beitrittskandidaten gegeneinander und untergrub von vorneherein ihre Verhandlungsposition, sondern führte auch dazu, dass über die politischen Ziele eines Beitritts überhaupt nicht mehr inhaltlich verhandelt wurde. Während die westeuropäischen Staaten die Europäisierung von Wirtschaft, Politik und Technologie über vier Jahrzehnte miteinander ausgehandelt hatten, sollten die Beitrittsländer die Übernahme des daraus entstandenen gemeinsamen Rechtsbestandes innerhalb von fünf Jahren bewerkstelligen (vgl. Schaper-Rinkel 2002, 441; Bohle 2000, 314).<sup>389</sup> Im Rahmen der Beitrittspartnerschaften wurden die Mittel aus dem Phare-Programm – ursprünglich für unterschiedliche, auch von den MOEL vorgeschlagenen Entwicklungsprojekte vorgesehen – vollständig in den Dienst dieser Ziele gestellt. „Die finanzielle Unterstützung der EU wird davon abhängig gemacht, ob die Beitrittskandidaten die definierten Prioritäten erfüllen.“ (Bohle 2000, 315)

Da der Kommission – obgleich die Kopenhagener Kriterien im Laufe der 1990er Jahre weiter konkretisiert werden sollten – dabei zudem „ein weiter Ermessensspielraum bei der regelmäßigen Evaluation“ zukam (Wehrheim 2005, 132f, vgl. Bohle 2002, 361) und zugleich über einen langen Zeitraum auch kein verbindlicher Zeitplan vorlegt wurde, intensivierte sich der Wettlauf durch „das hohe Maß an Konditionalität“, das an die „Perspektive der Mitgliedschaft“ geknüpft war (Bohle 2002, 361; vgl. Wehrheim 2005, 132f).

---

<sup>389</sup> „Zudem ist mit der Übernahme der ökonomischen Spielregeln der Union eine räumliche und soziale Fragmentierung verbunden, deren Folgen von den Beitrittskandidaten selbst getragen werden müssen, ohne dass ihnen die EU ausreichende Instrumente zur Herstellung sozialer Kohäsion zur Verfügung stellt“ (Schaper-Rinkel 2002, 442, vgl. Neuhöfer/Schüttpelz 2002).

„For most of the applicants, it means that the EU is taking over as the key external driver of reform. There is a widespread perception in CEE that the EU has not had much of an impact on approaches to fundamental areas of transition until 1997, in comparison with the IFIs and domestic factors; however, the more specific and wide-ranging agenda set out by the A[ccession]P[artnership]s, and the closer conditionality of EU financing on these objectives, is likely to change this situation from 1998 onwards by increasing the EU's influence on the process of reform in CEE.“ (Grabbe 1999, 16)

Ein konkreter Fahrplan für die Erweiterung der EU wurde erst auf dem Europäischen Gipfel von Göteborg im Juni 2001 verabschiedet. „Die Verhandlungen mit den am weitesten fortgeschrittenen Kandidaten sollen bis Ende 2002 abgeschlossen sein und das Jahr 2004 wird als Beginn der Osterweiterung genannt. Dieser Fahrplan wird generell als Zeichen dafür gewertet, dass der Erweiterungsprozess nicht mehr rückgängig zu machen ist.“ (Bohle 2002, 353) Ende des Jahres 2002 wurde dann auf dem Gipfel in Kopenhagen tatsächlich die Einladung zum EU-Beitritt zum 1.5.2004 an acht Staaten ausgesprochen, die entsprechenden Verträge wurden am 16.4.2003 unterzeichnet und anschließend parlamentarisch ratifiziert.

### ***Transformationsbeschwerden und Peripherisierung***

Es sollte also mehr als ein Jahrzehnt von der ersten Assoziierung bis zum tatsächlichen EU-Beitritt der MOEL vergehen. Natürlich gab es in dieser Zeit mit der Angleichung des Rechtsbestandes für die MOEL auch eine immense Aufgabe zu bewältigen. Allerdings war der Grund für den langen Weg für die MOEL bis nach Europa nicht in erster Linie ein bürokratischer:

„Der Vorteil dieser Vertröstungsstrategie lag für Brüssel auf der Hand: Während dieser Zeit konnte in relativer Ruhe die Übernahme der wirtschaftlichen Kernbereiche osteuropäischer Produktionen von – meist – westeuropäischen Firmen durchgeführt werden. Außerdem erlaubte der durch die Umsetzung der einzelnen Kapitel des Acquis entstehende zunehmende soziale und politische Druck auf die jeweiligen Politiker einen steten Wechsel in den Staatskanzleien der Kandidatenländer.“ (Hofbauer 2007, 84)

Weniger funktionalistisch, d.h. weniger vom Resultat her gedacht, ließe sich formulieren, dass der immense Druck zur rechtlichen, politischen und ökonomischen Umgestaltung mit teilweise unpopulären Entscheidungen und harten sozialen Konsequenzen – nicht zuletzt hinsichtlich der Privatisierungs- und Liberalisierungsprozesse, in deren Folge wirtschaftliche Kernbereiche von ausländischen Unternehmen übernommen wurden – unweigerlich zu Verschiebungen und Personalwechseln auf den jeweiligen innenpolitischen Bühnen führen musste.<sup>390</sup>

---

<sup>390</sup> So hat z.B. „zwischen 1989 und 2006 (...) keine ungarische Regierung einen Volksentscheid überlebt. Wahlen haben sich im postkommunistischen Ungarn immer als Abwahlen entpuppt.“ (Hofbauer 2007, 87) Polen hat zwischen 1989 und 2009 „zwölf unterschiedliche Ministerpräsidenten (...) gesehen und verbraucht. Im Durchschnitt war jeder dieser elf Männer (und eine Frau) eineinhalb Jahre im Amt. Nur Zyniker können diesen Zustand als „lebendige Demokratie“ begreifen; eher ist er

„Throughout the development of the accession process, CEE preferences have been marginalised: starting with the Europe Agreements, CEE preferences influenced the content of EU policy instruments for enlargement only to a limited extent. Conditionality has been developed largely in isolation from their interests, with the emphasis on making the new members acceptable to the EU, and no reciprocal commitments to CEE.“ (Grabbe 1999, 27f)

Obgleich das Projekt einer „Rückkehr nach Europa“ unter diesen Bedingungen in den MOEL mitunter seinen öffentlichen Zuspruch verlor, war es auf der Ebene der Staatsapparate und seiner (oft im Westen ausgebildeten) Führungseliten aber offenbar nicht mehr zu diskreditieren – und sicherlich gab es kein alternatives Entwicklungsmodell, das sich auf dieser Ebene durchsetzen konnte. „Die Warteschlange vor einer eventuellen EU-Teilnahme zermürbte auch jene zumeist konservativen, nationalen oder sozialistischen Kräfte in den einzelnen Ländern, die gerne in diesem oder jenem Bereich nationale Interessen vor Brüssels Begehrlichkeiten gesetzt hätten. Ihre Diffamierung wurde von höchsten Stellen in Politik und Medien systematisch betrieben.“ (Hofbauer 2007, 84f) Hinsichtlich der geopolitischen und geoökonomischen strategischen Positionierung gab es auch nicht wirklich eine Alternative. Um die dringend benötigten westeuropäischen Direktinvestitionen einzuwerben, mussten politische Stabilität und Sicherheit suggeriert werden. Mit diesen Direktinvestitionen wiederum kam es zu einer Reorientierung des Außenhandels gen Europäische Union. Schließlich waren die post-kommunistischen Staaten und die politischen Eliten auch zu schwach, um gegenüber der anfänglichen, weit verbreiteten „Anschluss an Europa“-Euphorie gegenüber der Öffentlichkeit und den WählerInnen einen eigenen Entwicklungspfad zu verantworten. Eine öffentliche Debatte über den Zusammenhang von innenpolitischen Entscheidungen mit den Beitrittsbedingungen wurde kaum geführt, ja selbst in der politischen Elite waren die Bedingungen und ihre mittel- und langfristigen Auswirkungen kaum bekannt (vgl. Grabbe 1999, 28). Zudem lassen sich unpopuläre Entscheidungen viel einfacher mit dem Verweis auf externe Sachzwänge durchsetzen. Den gerade in die politische Unabhängigkeit entlassenen Staaten fehlte vielfach auch das know-how und die Abhängigkeit des politischen Personals von externen Beratern war sehr groß.

„Applicants have thus pulled the EU into increasingly detailed conditions, in addition to the pushfactors at work in the EU. The fragility of the state in CEE, policy-makers' lack of experience, the instability of some of the institutional framework and the unprecedented burdens of simultaneous transformation of the state, the economy and society all favour a welcoming response to the EU's stipulations.“ (Grabbe 1999, 29)

In diesem Sinne waren es sogar häufig die MOEL, die gegenüber den vagen Kopenhagen-Kriterien eine detaillierte Konkretisierung der Beitrittsbedingungen begrüßten, ja nach quantifizierbaren Parametern ihres Fortschritts in Richtung EU verlangten. Zum einen könnte so sicherlich das Urteil der Kommission objektiver antizipiert werden, zum anderen erwies sich ein technokratisch-elitistisches Politikverständnis schon bald als Grundlage einer gemeinsamen Sprache zwischen den MOEL und der EU:

---

wohl der sichtbare Beweis politischer Schwäche und dafür, dass in der Epoche nach der Wende die Geschicke des Landes anderswo gelenkt wurden.“ (Hofbauer 2007, 127)

“On the CEE side, there are elitist and technocratic elements deeply embedded in (post-)communist culture that see policy-making as best left to the experts. This tendency not to debate policy options falls neatly in line with the EU’s inclination to leave it to the Commission to work out the details following a decision at political level, owing to member states’ unwillingness to take responsibility for enlargement policy. These characteristics are different in origin, but they both lie in a deep-rooted assumption that details can be left to the experts: leaders decide that a country should join the EU, and the technocrats can sort out the technicalities.” (Grabbe 1999, 29) On both sides, there has been little public discussion of the conditions, resulting in a deficit of democratic accountability in the accession process. (Grabbe 1999, 30)

Exemplarisch soll der Verlauf dieser Transformationsprozesse im Folgenden am Beispiel der sogenannten Visegrad-Länder (Polen, Ungarn und Tschechien) nachvollzogen werden.

### ***Polen***

„Mit Polens EU-Beitritt wird seine historische Westverschiebung perfekt gemacht. Ohne die Aufnahme Polens in die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft wäre – auch das mit geschichtlichem Hintergedanken – die Osterweiterung der Europäischen Union gescheitert.“ (Hofbauer 2007, 108) Neben der ökonomischen Leistungsfähigkeit des mit etwa 39 Mio. Einwohnern auf 312.680 qkm sowohl bevölkerungsmäßig wie auch flächenmäßig größten Beitrittslandes kommt Polen aufgrund seiner geopolitischen Lage eine besondere Bedeutung zu.<sup>391</sup> Zudem wurde Polen mit der durch den sogenannten „Balcerowicz-Plan“ eingeleiteten radikalen Wende zum Kapitalismus zum Vorreiter des in den MOEL durchgesetzten „neoliberalen Marktmodells“ (Wehrheim 2005, 125).

#### *- Schocktherapie*

Bereits vor 1989 litt Polens Wirtschaft schon seit Dekaden unter „zwei grundsätzlichen Wirtschaftsproblemen“: einer „kleinsträumigen landwirtschaftliche Struktur“ und der „oberschlesischen Industrieruine“ – beides Ursachen für eine beständig hohe strukturelle Arbeitslosigkeit. In Ermangelung eines „Wirtschaftsprogramms zur Lösung der seit Mitte der 1970er Jahre auf Talfahrt befindlichen Ökonomie“ und unter dem Druck der enormen Auslandsverschuldung<sup>392</sup> setzten Premierminister Tadeusz Mazowiecki und sein Stellvertreter Leszek Balcerowicz auf das ökonomische Modell der Chicagoer Schule

---

<sup>391</sup> Diese hatte nicht nur zu Polens frühzeitiger Aufnahme in die NATO (1999) geführt, sondern lässt den Entscheidungen Polens in den militärisch kalten und heißen Auseinandersetzungen der Gegenwart eine besondere Bedeutung zukommen. Von dem Streit über die Installierung eines Raketenabwehrschirmes über Polens energisch-frühem Beitritt zur „Koalition der Willigen“ oder den Gerüchten über mögliche Folterkammern der US-amerikanischen Geheimdienste auf polnischem Boden – Polen demonstriert seine neue Westorientierung jeweils deutlich.

<sup>392</sup> „Geleitet wurde die IWF-indizierte Schocktherapie vom Wunsch nach Schuldenstreichung. Es waren die das ganze Jahr 1990 bis in den März 1991 hinein geführten Umschuldungsverhandlungen mit den internationalen Finanzorganisationen, die die Regierung Mazowiecki mit ihrem Finanzminister Balcerowicz zu Musterschülertaten antrieben.“ (Hofbauer 2007, 110) Das Experiment, soviel kann vorweg genommen werden, scheiterte: die Entwicklung der Auslandsschuld 45 Mrd. US\$ in 1989, 72 Mrd. US\$ in 2002, 126 Mrd. Euro in 2006 – „Polen ist – nach 15 Jahren Transformation – mehr denn je von den großen Gläubigerkonsortien in Washington, Paris und London abhängig.“ (Hofbauer 2007, 109)

(Hofbauer 2007, 108f) sowie die Empfehlungen des Ökonomen Jeffrey Sachs,<sup>393</sup> die als Shock Therapy bekannt werden sollten.

„Bereits Mitte des Jahres 1990 beauftragten die Staats- und Regierungschefs der G7-Länder auf dem Weltwirtschaftsgipfel in Houston den Internationalen Währungsfonds (IWF), die Weltbank, die OECD und die neu gegründete Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), einen ersten Transformationsentwurf der Industrieländer zu der Situation in der UdSSR zu erstellen (vgl. Csaba 2002, 5). Diese Studie übernahm wesentliche Positionen von Jeffrey Sachs, die er bereits im Januar 1990 in seinem Artikel ‚Poland and Eastern Europe: What is to be done?‘ dargelegt hatte.“ (Wehrheim 2005, 125)

„Der ‚raschen Einführung von Marktverhältnissen‘ lag die politische Intention zu Grunde, einen irreversiblen Wechsel der Macht durch eine grundlegende Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu erzielen (Müller 2001b, 1155).“ (Wehrheim 2005, 126)

„Erklärte Ziele der Transformation vom zwangsmodernisierenden staatsgelenkten hin zum peripher-kapitalistischen Modell waren vor allem das Aushungern des staatlichen Sektors und die Privatisierung seiner lukrativsten Teile, die Umorientierung des Handels von einer Ost-Ost- bzw. Ost-Süd-Perspektive auf eine Ost-West-Schiene sowie die Mobilisierung der Arbeitskräfte zwecks Schaffung eines Arbeitsmarktes. Darin bestand Übereinstimmung zwischen den sich kapitalisierenden Eliten im Osten, die aus dem privatisierten Besitzstand heraus clanartig-mafiöse Strukturen entwickelten, ihren reformorientierten Kollegen auf Seiten der Politik und den kapitalstarken Finanzinstitutionen des Weltmarktes, Weltbank und Währungsfonds.“ (Hofbauer 2007, 47)

Leszek Balcerowicz, Polens Finanzminister und „Osteuropas Frontmann in Sachen Monetarismus“ (Hofbauer 2007, 47), schritt bereits am 1. Januar 1990 zu Tat. „In wenigen Monaten wurden große Teile des staatlichen Sektors (...) zerschlagen, die gewinnversprechenden Unternehmensteile für den Verkauf an ausländische Investoren vorbereitet, Arbeitskräfte massiv entlassen, die Gewerkschaft OPZZ entmachtet und eine restriktive Geldpolitik ins Werk gesetzt.“ (Hofbauer 2007, 47f)

„Konkret wirkte sich dies in Sparmaßnahmen bei Subventionen für den Sozial- und Kulturbereich, in Kürzungen im Militäretat, einer Erhöhung der Grundnahrungs-, Energie und Wohnungspreise, einer hohen, meist alle Sparguthaben enteignenden Inflation sowie Währungsabwertungen aus.“ (Hofbauer 2007, 47)

„Die Schocktherapie funktionierte planmäßig. Eine 600%ige Inflation, zusätzlich angeheizt durch die staatlich verordnete Erhöhung der Energiepreise zu Beginn des Prozesses, vernichtete die Spareinlagen der Polinnen und Polen. Die Deregulierung

---

<sup>393</sup> „Federführend auf westlicher Seite war Jeffrey Sachs, ein Harvard-Ökonom und IWF-Berater, der sich 1985 bei der neoliberalen Trendwende in Bolivien einen Namen gemacht hatte. Sofort nach der staatlichen Anerkennung der Solidarnosc brach Sachs noch im Frühjahr 1989 nach Warschau auf, um seine Beratertätigkeit in Sachen monetaristische Wende aufzunehmen. Die Reisekosten für seinen ersten Trip nach Polen steuerte übrigens die Osteuropa-Stiftung des ungarischen Mega-Spekulanten George Soros bei.“ (Hofbauer 2007, 111)

sämtlicher Preise mit einem Schlag am 1. Januar 1990 steigerte die Teuerungswelle zur Hyperinflation. Gleichzeitig strich die neue Regierung das komplizierte System der staatlichen Subventionen auf fast null zusammen. 1988 verwendete der Staat noch 42% seines Budgets für Preisstützungen und Zuschüsse, eineinhalb Jahre später waren es nur noch 14%, ab 1. Januar 1990 galten freie Preise. Eine kurz darauf einsetzende restriktive Geldpolitik zur „Eindämmung“ der großteils selbst inszenierten Inflation verringerte zwar das Haushaltsdefizit abrupt, bedeutete jedoch den gewollten Tod großer Teile der Wirtschaft, für die nun auch eine hausgemachte Kreditfalle zuschnappte. Die Industrieproduktion ging zwischen 1988 und 1992 um fast die Hälfte zurück. Ein Lohnfreeze für Angestellte staatlicher Betriebe führte zu einem Reallohnverlust von knapp 25%. Diese „popiwiek“ (Lohnwachstumssteuer) genannte Strafsteuer war eine der Besonderheiten des polnischen Weges. Sie garantierte, dass staatliche Betriebe ihren Mitarbeitern Löhne weit unter der Inflation bezahlen mussten, während private Unternehmen an keine Restriktion in der Lohnpolitik gebunden waren. Neoliberalismus erwies sich – wie so oft – als extreme staatliche Intervention zur Umverteilung volkswirtschaftlichen Eigentums. Die Sozialstatistik hat den wirtschaftlichen Schock in soziale Zahlen gefasst: 1995 mussten 49% der Polinnen und Polen als arm bezeichnet werden, zehn Jahre zuvor waren es nur 23% gewesen.“ (Hofbauer 2007, 109)

„It is one of the great paradoxes of the Polish transition that a movement so clearly guided by the principles of worker self-government, self-management and the ‘self-liberation of civil society’ should have implemented the radical neoliberal reform package of the Balcerowicz-Plan, so called ‘Shock Therapy’.” (Shields 2003, 225, zit.n. Wehrheim 2006, 52) Begründet werden kann diese “Sternstunde der polnischen Neoliberalen” (Neunhöffer 2001, 313, zit.n. Wehrheim 2006, 52) zum einen mit dem Scheitern der wirtschaftspolitischen Reformen Ende der 1980er Jahre. Die galoppierende Inflation und ein wachsendes Haushaltsdefizit wurden als das Ergebnis „fehlkonzipierter sozialistischer Reformen“ wahrgenommen, ein radikales Reformprojekt schien zunehmend unausweichlich. Hinzu kam das „putschartige Vorgehen des Kreises um Balcerowicz und der Rückendeckung, den die Schocktherapie durch die Führung der Solidarnosc genoss“ (Hofbauer 2007, 110).<sup>394</sup> Die Reformelite „setzte sich über die am runden Tisch erzielten Vereinbarungen hinweg“ und installierte die Politik von Leszek Balcerowicz. (Hofbauer 2007, 110)

---

<sup>394</sup> „Die Spitze der Solidarnosc verstand die Bewegung immer als vornehmlich antikommunistisch. 1980 bis 1989 stand der Kampf gegen die Kommune und gegen die Militärregierung im Zentrum, ab 1989 das Bemühen um die Kapitalisierung der Wirtschaftsstrukturen.“ (Hofbauer 2007, 112) „Geblendet von der antikommunistischen Ideologie“ konnte die Führung der Solidarnosc so die Schocktherapie legitimieren und den Protest der Verlierer absorbieren: „Unbewegt standen die in der Kommune-Zeit kampferprobten Gewerkschafter, als ihre Realeinkommen im Zuge des Balcerowicz-Plans von 1990 auf 1991 um 24,5% schrumpften, bewegungslos ebenfalls, als die Arbeitslosigkeit in Richtung 15%-Marke und höher kletterte, als die Jugendarbeitslosigkeit im Jahr 2000 auf sagenhafte 34% hochschnellte, als die neuen ausländischen Investoren befristete Arbeitsverhältnisse und Gewerkschaftsverbot in ihren Handelsbetrieben und Produktionshallen durchsetzten, als ihre in Kommune-Zeiten gegen die Regierung erkämpften Rechte wie die Selbstverwaltungsgremien der neuen Zeit – schreib: den Unternehmerinteressen – zum Opfer fielen.“ (Hofbauer 2007, 112)

- *Privatisierung*

Ein chaotischer Privatisierungsprozess brachte eine „völlige Änderung der Eigentumsverhältnisse im Land“ (Hofbauer 2007, 114) und einen grundlegenden wirtschaftlichen Strukturwechsel. Der Verkauf von staatlichem Eigentum an ausländische Investoren geschah in mehreren Etappen, jedoch gleichermaßen eilig und überhastet wie konsequent.

„Die Kernstücke der polnischen Wirtschaft wurden weit unter Wert verschleudert. Einerseits deshalb, weil die Ruckartigkeit der unterschiedlichen, oft nur kurze Zeit gültigen Privatisierungsprogramme einen Überblick über staatlich zu Erlösendes vermissen ließ, andererseits auch wegen eines strukturellen gesellschaftlichen Mankos, das den Verkauf von Staatseigentum vor der Etablierung einer heimischen Bourgeoisie durchsetzte.“ (Hofbauer 2007, 115)

Mit dem Verkauf wichtiger Kombinate aus dem Stahl- und Metallsektor, der Banken, der Telekommunikation sowie der Fluglinie LOT im Jahr 1997 wurden 35% der Arbeitsplätze innerhalb von drei Jahren entstaatlicht (vgl. Hofbauer 2007, 116). „Im Jahr 2002 entfielen 72% des Bruttoinlandsproduktes auf die Privatwirtschaft“, die sich längst in den Händen ausländischer, vornehmlich westlicher Konzerne befand, die wiederum durch staatlich garantierte Steuererleichterungen, insbesondere den Verzicht auf eine Körperschaftssteuer sowie die Befreiung von Importzöllen und langfristige Verträge angelockt worden waren. „Die mehrheitlich unter ausländischen Einfluss geratenen Branchen sind Nahrungsmittelindustrie und -handel, der Metall- und Maschinenbausektor, das Bankenwesen, die Medien und die Telekommunikation sowie die Versicherungswirtschaft.“ (Hofbauer 2007, 118)

Mit dem Wechsel in den Eigentümerstrukturen kam es zu einer strukturellen Neuordnung des Außenhandels. „Exakt zum Jahr der Wende 1989 hatte die Deutschland die Sowjetunion als größten Handelspartner Polens abgelöst, zehn Jahre später rangierte Russland nur mehr an neunter Stelle in der Außenhandelsstatistik.“ (Hofbauer 2007, 120) Im Jahr 2000 gingen „fast drei Viertel aller polnischen Exporte und Importe gingen (...) die Europäische Union“, wobei auf Deutschland 35% der Exporte und 24% der Importe entfallen.

„Waren bis zur Wende verarbeitete, kapitalintensive Güter in den RGW-Raum und Rohstoffe sowie Halbfabrikate in den Westen gegangen, so ist heute die Wirtschaftsbeziehung zu Russland weitgehend inexistent, während der Export in die Europäische Union von arbeitsintensiven Produkten dominiert wird. Branchen wie Textil und Bekleidung, Leder und Möbel benötigen einen vergleichsweise hohen Arbeitseinsatz, der in Polen billig zu haben ist. Maschinen und Ausrüstungsgüter, die früher für den RGW-Raum produziert wurden, werden heute nicht mehr hergestellt. Der Wertschöpfungsgrad in der polnischen Wirtschaft hat sich mit der Westorientierung erheblich verringert, industrielle Forschungs- und Entwicklungsabteilungen sind verschwunden.“ (Hofbauer 2007, 120)

Mit dieser Repositionierung in der internationalen Arbeitsteilung geht eine erhöhte Abhängigkeit der polnischen Exportwirtschaft einher, die als verlängerte Werkbank hinnehmen muss, dass „Entscheidungen über neue Investitionen, Aufbau oder Verlagerung

von Produktionsstätten nicht in Polen, sondern in westeuropäischen oder US-amerikanischen Konzernzentralen getroffen werden.“ (Hofbauer 2007, 120).

„Polens Arbeiter sehen sich 20 Jahre nach der Wende wieder dort, wo sie seit 200 Jahren ihre Mission erfüllt haben: als (post)industrielle Reservearmee deutscher, französischer und US-amerikanischer Unternehmen, deren Kostendruck sie per Wanderarbeit bzw. Immigration bewältigen helfen oder im Land unter deregulierten Arbeitsbedingungen nachgeben.“ (Hofbauer 2007, 112f) „Eigens in Berlin verabschiedete Gesetze zur Anwerbung von Computer- und Telekommunikationsfachleuten veranlassten Tausende bestens qualifizierte Angestellte dazu, der Chance in der Ferne nachzulaufen ... ein kaum jemals gutzumachender Aderlass gut ausgebildeter Menschen (...). Zwei Jahre nach dem Einzug der vier großen kapitalistischen Freiheiten (Kapital, Waren, Dienstleistungen, Arbeitskräfte) kann Ende 2006 davon ausgegangen werden, dass zwei Millionen Polinnen und Polen sich „na chlebem“ – „zum Brot“ – ins Ausland aufgemacht haben.“ (Hofbauer 2007, 113)

#### - *EU-Beitritt*

Während der vier Jahre einer intensivierten Heranführung (1998-2002) waren jährlich Anpassungsprogramme an die Normen des *Acquis Communautaire* umzusetzen, über die eine weitere ökonomische Deregulierung und der Ausverkauf des Landes vorangetrieben wurden. Neben den Belobigungen und Ermahnungen der Brüsseler Kommissare wurde auch „immer wieder unverhohlen mit einer Verschiebung des Aufnahmejahres gedroht“, die „polnische Bevölkerung wurde von den Vorgängen rund um die EU-Osterweiterung kaum informiert.“ (Hofbauer 2007, 126)

#### ***Ungarn***

Anfang der 1990er Jahre waren in Ungarn sowohl die Wirtschaftsreformen im Allgemeinen wie auch die Privatisierung staatlicher Unternehmen „vergleichsweise am weitesten fortgeschritten.“ (Huffs Schmid 1994, 212)

„Schon lange vor dem Assoziierungsvertrag mit Brüssel setzten die führenden ungarischen Ökonomen auf den wirtschaftlichen Liberalismus als Allheilmittel. Als ideologisch treibender Kopf der Wirtschaftswende zeichnete sich András Inotai vom Institut für Weltwirtschaft aus. Sein radikales Freimarktdenken orientierte sich in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre am britischen Thatcherismus. 1986 trat er mit einer Gruppe von Hayek-Schülern an, um das Weltbild des großen neoklassischen Monetaristen ungarische Wirklichkeit werden zu lassen. Inotais Credo von damals: Flexibilisierung des Arbeits- und Kapitalmarktes sowie eine Reform der Außenwirtschaft. Nicht einmal die Zeitspanne eines Fünf-Jahres-Plans dauerte es, bis die Eckpfeiler eines neoliberalen Kapitalismus in die sozioökonomische Landschaft Ungarns geschlagen waren.“ (Hofbauer 2007, 90)

Noch vor dem Jahr 1989 war das Monopol der Nationalbank gebrochen, ein neues Körperschaftsgesetz, das unbeschränkte private Investitions- und Produktionstätigkeiten vorsah, und ein Joint-Venture-Gesetz, das den freien Kapital- und Gewinntransfer für ausländische Investoren garantierte, verabschiedet und eine Steuerreform erlassen, die Mehrwert- und Einkommenssteuer einführten – „bei gleichzeitigen Steuerbefreiungen bzw. -

erleichterungen für große Investoren“ (Hofbauer 2007, 91). So konnten bereits Ende März 1990 erste „Erfolge“ beim Anwerben von westlichen Investoren gefeiert werden. Bei diesen Besitztransfers kam es zum Teil zu mafiösen Machenschaften, die später den Begriff „Fallschirmspringen“ prägen sollten: „Damit war jenes alle Länder Osteuropas prägende Phänomen gemeint, das in der Epoche der Transformation aus alten Betriebs-, Partei- und Regionalkadern neue Eigentümer von ehemals verstaatlichten Betrieben machte.“ (Hofbauer 2007, 92)<sup>395</sup>

- *Privatisierung = Verwestlichung*

„Insgesamt sind von 1988 bis Mitte 1993 rund 5,3 Mrd. \$ als ausländische Direktinvestitionen ins Land geflossen, mehr als in jeden anderen Staat. Davon kamen knapp 30% aus den USA, knapp 20% aus Deutschland und 13-14% aus Österreich.“ (Huffschnid 1994, 212) Auch in den Privatisierungsprozessen spielt das westliche Ausland die dominierende Rolle, „85% der erzielten Privatisierungserlöse waren westliche Devisen“, von den 13 größten Privatisierungen gingen 12 an „namhafte westliche Firmen“ (Habuda/ Kost 1992, 20f., zit.n. Huffschnid 1994, 212). Dabei wurden oft zunächst Gemeinschaftsunternehmen gebildet, die nach einer gewissen Übergangszeit dann vollständig in westlichen Besitz übergingen. So haben sich die Besitzverhältnisse in Ungarn „wie in keinem anderen Land Osteuropas (...) verwestlicht. Weit über 80% des Bruttoinlandsproduktes gehen auf den privaten Sektor zurück, ein Gutteil davon befindet sich in der Hand deutscher, amerikanischer, japanischer, holländischer, italienischer und österreichischer Unternehmen.“ (Hofbauer 2007, 85) „In ausländischem Besitz finden sich kleine Dienstleistungs- und Handelsbetriebe ebenso wie große Ketten und Industrie- und Infrastrukturbetriebe.“ (Hofbauer 2007, 85) Der Energiebereich ging an deutsche Unternehmen, die Deutsche Telekom sicherte sich – zunächst gemeinsam mit US-amerikanischen Konzernen – den Telekommunikationssektor, später sollte sie dann zum Mehrheitseigner werden.

„Der Prozess des rasend schnellen Ausverkaufs war 1995 unter der sozial-liberalen Regierung zur Perfektion getrieben worden.“ (Hofbauer 2007, 85) „(...) unter ihrem IWF-geprüften Chef Gyula Horn“ betrieben die Sozialisten den Ausverkauf des Landes (Hofbauer 2007, 88). Unter Finanzminister Lajos Bokros wurde das sogenannte „Bokros-Paket“ verabschiedet, dass ein striktes Austeritätsprogramm Marke Margaret Thatcher und Kürzungen der Sozialleistungen vorsah, neben einer Abwertung der Währung kam es auch hier zu drastischen Arbeitslosenquoten wie Reallohnneinbußen (vgl. Hofbauer 2007, 86).

Obwohl Konservative und Nationale sich insbesondere „mit der geplanten Übernahme der Agrarproduktion durch deutsche, österreichische und holländische Kapitalgesellschaften nicht anfreunden konnten“ (Hofbauer 2007, 88): „schon bei ihrer ersten Kraftprobe mit dem westlichen Kapital zog die konservativ-nationale Koalition den Kürzeren. Geplante protektionistische Maßnahmen stießen bei ausländischen Investoren auf Kritik. Zwei vorgeschlagene Wirtschaftsminister beendeten auf Druck der Börse – und wohl auch des

---

<sup>395</sup> Auch wenn nicht alle Fallschirmspringer so sanft landeten: es spricht Bände, dass das erste ungarische börsendotierte Unternehmen (die Handels- und Reisebürofirma „Novotrade“) im September 1989 maßgeblich von den US-Botschaftern in Budapest gekauft wurde.

IWF – ihre Kabinettskarrieren, bevor sie eigentlich begonnen hatten. Mit Attila Chikán wurde schließlich ein liberaler Ökonomieprofessor als neuer Minister gefunden (...).“ (Hofbauer 2007, 88)

Im Verlauf der 1990er Jahre kam es in Ungarn zu einer radikalen Umpolung des Außenhandels:

„Waren es Mitte der 1980er Jahre noch knapp 60% der Exporte, die die „lustigste Baracke“ des Kommunismus mit ihren Brüdern und Schwestern im RGW – auf Transfer-Rubel-Basis – tauschte, so gingen im Jahr 2000 über 75% aller ungarischen Außenhandelswaren in die Länder der Europäischen Union, woher auch knapp 60% aller Importe kommen. Ein Viertel der Importe nach Ungarn steuerte allein Deutschland bei. Daran änderte sich auch in den Jahren nach dem EU-Beitritt nichts.“ (Hofbauer 2007, 92f)

Auch die Struktur des Außenhandels verschob sich:

„Während sich im Jahr 1990 der statistische Exportkuchen noch relativ gleichgewichtet zu je einem Viertel aus Maschinen & Transportausrüstungen, Nahrungsmitteln & lebenden Tieren, chemischen Produkten und verarbeiteten Produkten zusammensetzte, betrafen im Jahr 2000 60% aller Exporte Maschinen und Transportausrüstungen, sprich: Autoteile. Auf der Importseite sieht der Kuchen strukturell gleich aus. Dahinter steckt die zu 100% in ausländischer Hand befindliche Automobil- und Ersatzteilindustrie (Audi, Suzuki, etc.), die Ungarn als verlängerte Werkbank für den EU- und US-Markt nutzt (...).“ (Hofbauer 2007, 93)

- *Modernisierungsineln*

Auf diese Weise bildete sich in Ungarn eine duale Wirtschaftsstruktur aus:

„Auf der einen Seite steht der Sektor in ausländischem Besitz, der in den meisten Fällen durch Betriebsansiedlungen in den 1990er Jahren entstand. Dieser Sektor produziert für den Export, er ist sehr wettbewerbsfähig, technologisch auf sehr hohem Niveau (...) Diese Unternehmen in ausländischem Besitz sind vor allem in Bereichen aktiv, die von Zöllen befreit sind.“ (Andor/ Lóránt 2001, 25, zit.n. Hofbauer 2007, 93f)

Dieser Exportsektor fungiert als verlängerte Werkbank für ausländische Unternehmen und „organisiert also hauptsächlich die Weiterverarbeitung von Produkten für den Weltmarkt.“ (Hofbauer 2007, 93) Die Exporte aus den sogenannten „Zollfreigebieten“ machten im Jahr 2000 45% des gesamten Außenhandels aus, die ausländischen Direktinvestitionen sind nicht nur von der Entrichtung einer Körperschaftssteuer befreit, auch der freie Gewinntransfer ist ihnen garantiert. „Mit dem Beitritt zur EU wurde freier Kapitalverkehr (wie der von Waren und Dienstleistungen) zum Grundgesetz.“ (Hofbauer 2007, 93) Der auf diese Weise erwirtschaftete Außenhandelsüberschuss fließt unter diesen Umständen vollständig ab.

„Der Anteil des Bruttoinlandsproduktes in ausländischem Besitz beträgt in Ungarn 40%, ausländische Eigentümer lukrieren 66,6% am gesamten im Lande getätigten Umsatz; 75% der nationalen Exporterlöse fließen in die Budgets nicht-ungarischer Konzerne. Somit ist Ungarn *das* osteuropäische Musterbeispiel einer exportorientierten Wirtschaft, die sich in ausländischem Besitz befindet. Sämtliche Sektoren der

ungarischen Ökonomie weisen seit der Jahrhundertwende mehrheitlich ausländische Eigentümer auf: die Lebensmittel- und Tabakindustrie (zu 64%), die Textilbranche (zu 56%), die chemische Industrie (zu 56%), der Maschinenbau (zu 67%), Post und Telekommunikation (zu 68%), die Banken (zu 58%) usw.“ (Hofbauer 2007, 95)

Die überwältigende Mehrheit der heimischen Arbeitskräfte ist allerdings in dem anderen Sektor beschäftigt, der sich zum großen Teil in inländischer Hand befindet, technologisch weniger fortschrittlich ist und auf den sehr wohl Zölle entfallen. „Die Verflechtungen zwischen diesen beiden Sektoren der ungarischen Wirtschaft sind minimal.“ (Andor/ Lóránt 2001, 25, zit.n. Hofbauer 2007, 93f)

Diese duale Wirtschaftsstruktur und vor allen Dingen die Geschwindigkeit, mit der sie entstanden ist, treibt einen Keil auch in die Gesellschaft: „In den ersten vier Jahren nach der Wende explodierte die Arbeitslosigkeit von absolut gesehen 10.000 auf 600.000 Personen. Die Jahrzehnte davor war dieses Phänomen unbekannt gewesen. In knapp zehn Jahren verloren bei einer Gesamtbevölkerung von 10 Mio. Ungarn 1,5 Mio. ihren Lohnarbeitsplatz.“ (Hofbauer 2007, 97)

„Regional verteilt, kommt das gesellschaftliche Elend in noch schiefere Schräglage daher. Der von westlichen Weltmarktfabriken indizierte wirtschaftliche Aufschwung beschränkt sich ausschließlich auf Westungarn. (...) Dementsprechend ist in Budapest die Arbeitslosigkeit minimal, während sie in den Komitaten Borsod-Abaúi und Szabolcs-Szatmár bei 30-50% liegt.“ (Hofbauer 2007, 98)

Ökonomisches Wachstum findet nur auf diesen Modernisierunginseln statt, auf denen hauptsächlich für die Auto-Industrie, aber auch für die elektronische Industrie (Philips) produziert wird.

„Im Jahr 2000 arbeiteten bereits 10.000 billige Ungarn an den verlängerten Werkbänken der ungarischen Philips-Weltmarktfabrik. Unter dem neutralen Namen „Flextronics“ werden Komponenten und Bauteile für Fernseher, Videorekorder und HiFi-Anlagen erzeugt, die dann weltweit in die unterschiedlichen Philips-Produkte eingebaut werden. Da die ungarischen Löhne noch unterboten werden können, wurde im Jahr 2001 ein ukrainisches Zulieferunternehmen für die ungarischen Komponentenfabriken gegründet, das über 1.000 Menschen beschäftigt. Philips-Österreich-Boss Franz Jursa, der die diversen Auslagerungen von Philips nach Osteuropa von Wien aus überwacht, rechnet die „total factory costs“ in Bezug auf die Löhne vor: In Österreich betragen sie im Jahr 2001 pro Arbeitsstunde 35 Euro, in Ungarn 8,7 Euro, in der Ukraine 0,9 Euro. Sein Bonmot zum ukrainischen Standort: „Da darf man sich keine sehr flexible Arbeit erwarten. In dem (...) Unternehmen geht es sehr militärisch zu. Aber die Qualität ist gut, und lohnintensive Tätigkeit lassen wir jetzt dort machen.““ (Hofbauer 2007, 94).

Angesichts solcher Bedingungen existiert keine Arbeiterbewegung mehr, die ehemals starke Gewerkschaftsbewegung ist in Fach- und Richtungsgewerkschaften zersplittert. „(...) während ein Teil der Werk tätigen zäh am Aufstieg in die neu zu schaffende Mittelschicht arbeitet, verfallen andere in soziale Apathie.“ (Hofbauer 2007, 98)

## **Tschechien**

„Was Leszek Blaczerowicz für Polen, das war Václav Klaus für die sich transformierende Tschechoslowakei (1989-1993) und später für Tschechien (ab 1993).“ (Hofbauer 2007, 155)

Václav Klaus (erst wirtschaftspolitischer Sprecher des Bürgerforums, dann tschechoslowakischer Finanzminister, schließlich tschechischer Ministerpräsident und später Präsident) war mit seiner „Ostvariante von Reagonomics und Thatcherismus“ angetreten, um eine „radikale Kapitalisierung der völlig maroden tschechoslowakischen Volkswirtschaft“ umzusetzen und eine Marktwirtschaft ‚ohne Attribute‘ herzustellen, d.h. ohne soziale Zugeständnisse und ökologische Rahmenbedingungen (Hofbauer 2007, 156). Tatsächlich aber wurde diese radikale Kapitalisierung ‚ohne Attribute‘ „im Vergleich zu anderen osteuropäischen Ländern zwar ideologisch hart, praktisch jedoch sozial mehr abgefedert als z.B. in Polen durchgeführt“, denn die relative Stärke der industriellen Kernregionen Böhmen und Mähren ermöglichte – „trotz gegenteiligen Bekenntnisses ihrer neoliberalen politischen Exponenten (...), Tempo und Bedingungen des Übergangs zu den Regeln des Weltmarktes ein wenig selbst mitzubestimmen.“ (Hofbauer 2007, 156) Böhmen und Mähren waren zu Ostzeiten nicht zwangsmodernisiert worden, vielleicht aufgrund ihres ohnehin hohen Entwicklungsniveaus und des weiträumigen Absatzes von hochwertigen Industriewaren. In dieser Hinsicht vielleicht noch Verlierer der kommunistischen Entwicklungsstrategien, war Prag auf diese Weise jedoch „nicht in die Schuldenfalle geraten“ (Hofbauer 2007, 155) und konnte deshalb nach der Wende relativ unabhängig von den Auflagen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank agieren.

Im September 1990 wurde das „Wendepaket“ mit folgenden Eckpfeilern verabschiedet: „Subventionsstreichung auf allen Ebenen der Produktion und Distribution; Liberalisierung sämtlicher Preise; Abschaffung der staatlichen Kontrolle über den Außenhandel; Investitionsfreiheit für ausländisches Kapital; keine Beschränkung bei der Kapitalausfuhr; schrittweise Herstellung von Währungskonvertibilität; Privatisierung der Staatsbetriebe.“ (Hofbauer 2007, 156)

Die sezessionistischen Strömungen in der Slowakei können sicherlich zumindest teilweise auf den „viel beschriebenen slowakischen Nationalstolz, gepaart mit einem in Böhmen und Mähren weitgehend unbekanntem Katholizismus“ zurückgeführt werden. Gleichzeitig war es so, dass den neoliberalen Vordenkern „vom Schlage eines Václav Klaus (...) das slowakische Begehren, sich auf der administrativen Umklammerung Prags befreien zu wollen, äußerst gelegen“ kam (Hofbauer 2007, 157). „Denn jahrzehntelang war Geld von Prag und Brünn in die Slowakei gepumpt worden, um in der Mittel- und Ostslowakei eine Industrie aufzubauen.“ (Hofbauer 2007, 157) Diese Industrie allerdings war längst nicht konkurrenzfähig und, da sie sich vor allen Dingen auf die Rüstung spezialisiert hatte, auch dem Widerstand der NATO ausgesetzt, die durch Embargos die Absatzmärkte der Slowakei schlossen. „Die slowakische Unabhängigkeit ersparte Prag eine Menge Ärger auf seinem eingeschlagenen Weg nach Westen. Die massive Deindustrialisierung der Slowakei hat in der Folge dort eine mehr als doppelt so hohe Arbeitslosigkeit bewirkt wie in Tschechien.“ (Hofbauer 2007, 158)

Die Privatisierung der Staatsbetriebe in Tschechien kannte vier verschiedene Spielarten. Versteigert wurden allerdings nur kleinere Objekte. Wichtiger hingegen war die zweite Spielart, die sogenannte „Coupon-Privatisierung“, bei der Bürger Anteile am tschechoslowakischen Volkvermögen kaufen konnten. Bei allen Unklarheiten über dessen tatsächlichen Wert, immerhin „besorgten sich 8,5 Millionen BürgerInnen der Tschechoslowakei (...) ihre Couponhefte“ (Hofbauer 2007, 152), nachdem ihnen schnell gegründete Investitionsfonds enorme Gewinne versprochen hatten – und sich „vermittelnd“ zwischen Couponhalter und Börse platzierten. „Viel zu spät wurde an einem Gesetz für diese Katalysatoren der Privatisierung gebastelt. (...) Die allermeisten dieser Investitionsfonds der ersten Stunde machten bald Pleite. (...) Ein guter Teil des Volksvermögens, das in Form eines Lotteriekapitalismus unter die Leute gebracht wurden war, wurde auf diese Weise vernichtet.“ (Hofbauer 2007, 153) Die dritte Spielart des vom Antikommunismus getriebenen, tschechischen Privatisierungsprozesses – die Restitution – verhalf „einer längstvergessenen Klasse, dem Adel, in Böhmen, Mähren und der Slowakei“ wieder zu ihrem Besitz. „Rückgabe fand freilich auch für bürgerliche Voreigentümer statt, ob es sich nun um Häuser, Geschäfte oder Grund und Boden handelte.“ (Hofbauer 2007, 154)

Das Herzstück des Privatisierungsprozesses jedoch bildete – wie in den anderen MOEL auch – der Verkauf der großen Staatsbetriebe an ausländische Investoren.<sup>396</sup>

„Kein anderes Land des ehemaligen RGW (außer Ungarn und Estland – aus besonderen Gründen) hat in den Jahren seit dem Sturz des kommunistischen Systems – pro Kopf gerechnet – so viel ausländisches Kapital angezogen wie die Tschechische Republik. 2.500 US-Dollar pro Tschechen sind auf diese Weise bis 2001 als Investitionen ins Land geflossen. Ende 2006, zwei Jahre nach dem EU-Beitritt, nun wird alles in Euro gerechnet, hat sich diese Marke auf 5.700 Euro hinaufgeschraubt.“ (Hofbauer 2007, 161)

Damit ist Tschechien auch das einzige osteuropäische Land, „dessen externer Schuldenstand sich mit den kumulierten Auslandsinvestitionen die Waage hält. Während überall sonst unterm Strich mehr Kapital aus dem Lande fließt, als hereinkommt, kann Tschechien ausländisches Kapital tatsächlich in hohem Maße an sich binden.“ (Hofbauer 2007, 161) Zudem scheint es Tschechien zu gelingen, neben Investitionen in die arbeitsintensiven zunehmend auch solche in die kapitalintensiven Branchen anzuziehen.

Auch in Tschechien hat sich die Exportorientierung klar zugunsten der EU-Wirtschaftsraumes (von 31% in 1990 auf 69% in 2000) entwickelt. Analog sieht aus bei den Importen aus, wobei „die Hälfte dieses Kuchens kommt aus und geht nach Deutschland“ und betrifft hauptsächlich und zunehmend Maschinen und Fahrzeuge (Hofbauer 2007, 163). Im Jahr 1991 waren die Skoda-Werke an Volkswagen verkauft worden.

---

<sup>396</sup> „Inländer konnten in der KP-Ära dafür notwendiges Kapital nicht akkumulieren und sich auch in den zwei Jahren seit der Wende kaum derart bereichern, um mit den großen westlichen Konzernen um die ökonomischen Kernstücke der Tschechoslowakei mitzubieten“ (Hofbauer 2007, 154)

### **Zwischenfazit: Der Wilde Osten der 1990er Jahre**

Aus den vorangegangenen, knappen Länderstudien ist unschwer herauszulesen, warum das Projekt einer EU-Osterweiterung von Beginn an eine hohe Zustimmung bei den europäischen Konzernen genoss, zumal diese aufgrund von Rationalisierungen, Marktvereinigungen und einer gestiegenen Produktivität bei zunehmend gesättigten Märkten unter einem steigenden Akkumulationsdruck und Expansionsdruck standen.

Insbesondere in den MOEL, „die über Kreditvereinbarungen an die westlichen Bankenzentren gebunden waren und mit den Schuldzahlungen zu kämpfen hatten“, namentlich Polen, Jugoslawien und Ungarn,<sup>397</sup> wurde für den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft auf ein radikales Transformationsprogramm gesetzt, das neben einem „policy-mix aus einer restriktiven Geld- und Budgetpolitik im Rahmen einer markoökonomischen Stabilisierung, einer Liberalisierung – schreib: Verteuerung – der Preise sowie der Herstellung einer Währungskonvertibilität“ (Hofbauer 2007, 47) die Veräußerungen von Staatsbetrieben teilweise zu Schleuderpreisen vorsah.

Der Ausverkauf der sich in staatlichem Besitz befindlichen Industrien wurde vordergründig damit begründet, dass diese auf einem kapitalistischen Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig seien. Die „neuen osteuropäischen Eliten, (...) allesamt auf West-Kredite bzw. Umschuldungen von alten Krediten angewiesen und somit ohne das Plazet von IWF und Weltbank handlungsunfähig“, boten diese den westeuropäischen und US-amerikanischen Konkurrenten an, die so entweder zu günstigen Preisen Produktivkapital erwerben konnten oder sich auf diese Weise der Konkurrenz entledigen konnten. So kam es immer wieder vor, „dass größere Industrieinheiten in osteuropäischen Ländern von ihren potenziellen westlichen Konkurrenzfirmen aufgekauft wurden, die sie in der Folge zusperrten, um sich damit eines Konkurrenzstandortes zu entledigen. (...) Erst deren Zerschlagung sowie die Schließung bzw. Privatisierung ebneten das Feld für die multinationalen Konzerne, die seither das Terrain in allen Ländern Osteuropas beherrschen.“ (Hofbauer 2007, 51)

Die Deklarierung als Notverkäufe schwächte natürlich die Verhandlungsposition bei diesen Veräußerungen. Wenn dann auch noch „zehn Staaten gleichzeitig wichtige Industrieunternehmen in so gut wie allen Sektoren privatisieren“ und „das daraus lukrierende Geld dringend im Staatsbudget gebraucht wird, um im Zeitalter des Maastricht-Sparens halbwegs über die Runden zu kommen“, wird ein ohnehin zu niedriger Preis noch einmal gedrückt (Hofbauer 2007, 257). Obenauf kam die „in Wendezeiten unumgängliche Korruption, die oft bewirkte, dass Parteifinanzierungen sowie persönliche Geschenke an

---

<sup>397</sup> Aber auch auf andere Transformationsgesellschaften übte „der ‚neoliberale Transformationsdiskurs‘ (...) aufgrund des Versprechens eines ‚universalen Entwicklungspfades‘ und als radikale Alternative zum Staatssozialismus eine hohe Anziehungskraft (...) aus (Müller 2001a). Den ‚Kräften des Marktes‘ wurde für einen erfolgreichen gesellschaftlichen Wandel eine entscheidende Rolle zugeschrieben: Im Sinne eines ‚Modelltransfers‘ sollten die konstruierten Basisinstitutionen einer ‚ideal konzipierten Geld- und Marktwirtschaft‘ in die vormals staatssozialistischen Länder übertragen werden (Hübner 1992, 561).“ (Wehrheim 2005, 126)

Politiker und Beamte die Kosten für den Einkäufer nochmals senkten – zum Leidwesen der Staatshaushalte und zur Freude der nun frei genannten Presse.“ (Hofbauer 2007, 258)<sup>398</sup>

„Die durch abstrakten Marktradikalismus verursachte wirtschaftliche Unübersichtlichkeit können [westeuropäische Unternehmen] dazu nutzen, um einerseits schnelle Gewinne zu machen und andererseits strategische Positionen zu besetzen, von denen aus sie die später möglicherweise doch entstehenden Märkte aufrollen und beherrschen können.“ (Huffs Schmid 1994, 206)

Wie Wolfgang Lafite, Vorstandsmitglied der österreichischen Kreditanstalt Investment Bank im Handelsblatt ausführte, waren aufgrund der „noch existierenden monopolistischen Wirtschaftsstrukturen in den ehemals sozialistischen Ländern“ für frühe Einsteiger geradezu optimale Bedingungen gegeben, um nationale Märkte ohne größeren Wettbewerb zu übernehmen (Lafite 1992, 12, zit.n. Huffs Schmid 1994, 207). Zumindest in den sogenannten Visegrad-Ländern (Polen, Tschechien und Ungarn) durfte aufgrund der dort vorhandenen breiten Mittelschichten mittelfristig mit einem rasanten Wachstum von Kaufkraft und Nachfrage gerechnet werden, womit sich enorme neue Absatzmärkte auf tun würden.

So gab die Wende 1989 „(...) den Startschuss für die Auslagerung von Tausenden Produktionsschritten und Industriewerken nach Osteuropa. Die meisten von ihnen funktionieren als verlängerte Werkbänke westlicher Konzerne, an denen Herstellungsprozesse stattfinden, die von Experten als „arbeitsintensive Niedriglohnfertigung“ bezeichnet werden.“ (Hofbauer 2007, 260f)

Noch „Mitte der 1990er Jahre – also zu jenem Zeitpunkt, als die großen produktionstechnischen Erweiterungen von multinationalen Konzernen stattfanden – konnten Investoren mit einer Differenz zum durchschnittlichen deutschen Bruttolohn von 1:10 bis 1:34 rechnen“ (Hofbauer 2007, 260)<sup>399</sup> – und das bei einem vergleichsweise hohen Ausbildungs- und Qualifikationsniveau.<sup>400</sup>

---

<sup>398</sup> Diese hatte ihre auflagensteigernden Skandale Monat um Monat, freilich ohne die Zusammenhänge investigativ und systematisch aufzuarbeiten. „Nicht die Struktur der hastigen, die budgetären Notsituationen nur kurzfristig lindernden Privatisierungen stand in Frage, sondern die Integrität dieses Ministerialrates oder jenes stellvertretenden Privatisierungsministers. Die Individualisierung kollektiver Prozesse gehört zu den kommunikativen Meisterstücken einer scheinbar freien Presse.“ (Hofbauer 2007, 258)

<sup>399</sup> Selbst im Jahr 2004, also dem Jahr der EU-Osterweiterung, ist die Differenz der Lohnkosten noch dramatisch: Westdeutschland 27,60 Euro, Spanien 16,60 Euro, Polen 3,30 Euro, Slowakei 3,60, Ungarn 4,55. (Angaben: Institut der deutschen Wirtschaft; vgl. Hofbauer 2007, 260f) „Moderat steigende Lohnkosten in Tschechien oder Polen werden also durch immer wieder billigere Löhne in östlichen Nachbarländern kompensiert, was die EU-Osterweiterung zu einer ewig andauernden Geschichte machen könnte. Zugleich steigt mit Hilfe der nach den EU-Beitritten endgültig gesicherten ausländischen Investitionen in die Maschinenparks und rationalisierten Herstellungsabläufe die Produktivität. Dies lässt sich an den permanent sinkenden Lohnstückkosten herauslesen, die sektoral unterschiedlich auf allen Arbeitsmärkten spürbar sind.“ (Hofbauer 2007, 261)

<sup>400</sup> „Gábor Hunya vom „Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche“ hat sich Mitte 2007 für Investoren die Mühe gemacht, eine Profitrate für die neuen EU-Mitgliedsländer zu errechnen. Diese durch den Bestand der ausländischen Direktinvestitionen dividierten Gewinne variieren zwar von Branche zu Branche gewaltig, geben aber doch einen Eindruck davon, warum deutschen und anderen westeuropäischen Firmen die Osterweiterung nur recht sein kann. Im Jahr 2006 betrug die durchschnittliche Profitrate für ausländische Direktinvestitionen in Polen 10%, in Tschechien 12% und

„Die ungeschützte Eroberung des plötzlich in den Arbeitsmarkt geworfenen Proletariats entbehrte anfangs gesetzlicher Grundlagen, weswegen in westlichen Medien immer von der Unsicherheit des Investments gesprochen wurde. Von westlichen Industriellen wurden Korruption und fehlende Arbeitsmoral im Osten beklagt. Dennoch fand eine rasche Erweiterung der „Wertschöpfungsketten“ – so die betriebswirtschaftliche Bezeichnung für eine globalisierte Produktionsstruktur – auf östliche Standorte statt.“ (Hofbauer 2007, 260)

„Bei allen Unsicherheiten über die weitere wirtschaftliche und politische Entwicklung haben westliche Unternehmen daher ihr Engagement in den osteuropäischen Ländern allmählich verstärkt. Das gilt vor allem für die drei Länder Ungarn, Polen und die ehemalige Tschechoslowakei, in denen die politische Lage als stabil eingeschätzt wird.“ (Huffschnid 1994, 207) „Die ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa, die in den 80er Jahren keine 100 Mill. \$ im Jahr erreicht hatten, stiegen 1990 auf 0,3 Mrd. \$, 1991 auf 2,4 Mrd. \$ und 1992 auf 3,3 Mrd. \$. Das sind immer noch nur knapp 2,5% aller ausländischen Direktinvestitionen von 133,6 Mrd. \$ in 1992.“ (Huffschnid 1994, 208)<sup>401</sup> Bis Anfang 1993 flossen nach OECD-Angaben insgesamt 9 Mrd. US\$ in die MOEL, „knapp die Hälfte davon (4,3 Mrd. \$) entfielen auf Ungarn, es folgen die ehemalige CSFR (1,9 Mrd. \$), Polen (1,4 Mrd. \$), Rumänien (0,5 Mrd. \$) und Bulgarien (0,3 Mrd. \$).“ (Huffschnid 1994, 208, vgl. Alter/Wehrlé 1993, 130)

Dabei wurde selbst eine dominierende Rolle westlicher Unternehmen in den strategischen Schlüsselsektoren der jeweiligen MOEL

„von den dortigen Regierungen uneingeschränkt begrüßt und massiv gefördert. Objektiv sind sie in der Industrie, im Finanzsektor oder auch in Bereichen der Infrastruktur wie der Energieversorgung oder der Telekommunikation wichtige – im Grunde die wesentlichen – Träger des Transfers von technologischem und Management-Know-how. Insofern stellen sie die wichtigste materielle Basis für die Modernisierung der osteuropäischen Wirtschaften dar.“ (Huffschnid 1994, 210)

Jörg Huffschnid möchte nicht unterstellen, „dass die Unternehmen nur kurzfristige Mitnahmestrategien verfolgen, um sich bei nächster Gelegenheit wieder zu verabschieden“, sondern hofft, wie die Regierungen der MOEL, dass sich die

---

in der Slowakei 14%. Slowenien mit seiner vergleichsweise soliden, auf Mittelstand orientierten Politik bot Investoren nur die magere Ausbeute einer 6%igen Profitrate.“ (Hofbauer 2007, 276)

<sup>401</sup> Tatsächlich setzte eine kapitalistische Landnahme in den MOEL nur zögerlich ein. Zwar gab es in den MOEL im Jahr 1992 bereits 60.000 Unternehmen mit westlicher Beteiligung, bei den meisten von ihnen aber handelte es sich nur kleine Handels- und Dienstleistungsunternehmen. Den westlichen Unternehmen war aber eine wesentliche Bedeutung insbesondere bei der Privatisierung der großen und strategischen Schlüsselindustrien zugeordnet. Der Privatisierungsprozess setzte verzögert aufgrund komplexer Übergangsregelungen und sicherlich auch einer gewissen Zögerlichkeit bei der Privatisierung der „Filetstücke“, nicht zuletzt auch aufgrund der unzureichenden Ausstattung der dafür zuständigen Ministerien, Privatisierungs- oder Treuhandanstalten ein. „In der ungarischen Treuhandanstalt betreuen 120 Beschäftigte die 2.200 zum Verkauf stehenden Unternehmen, im tschechischen Privatisierungsministerium befassen sich 60 Beamte mit 4.800 Unternehmen; das 1990 geschaffene polnische Privatisierungsministerium hat zwar 300 Beschäftigte, die Verkäufe der 7.500 Unternehmen werden jedoch von nur 30 Personen bearbeitet.“ (Huffschnid 1994, 209; vgl. manager magazine, 12/1991, 201)

„Besetzung strategischer Positionen in Osteuropa im Normalfall zum einen darauf [richtet], dort entstehende Märkte zu bedienen, und zwar nicht durch Exporte aus dem Westen, sondern durch vor Ort – zu attraktiv niedrigen Kosten – hergestellte Waren. Insofern haben die Westunternehmen ein Interesse daran, dass die Märkte auch Zustandekommen, d.h. die kaufkräftige Nachfrage auf den von ihnen bedienten Gebieten zunimmt. Ihre industrielle Strategie richtet sich zum zweiten unmittelbar darauf, von Osteuropa aus Konkurrenzpositionen in den Westmärkten zu verbessern: durch den Export von im Osten produzierten Waren oder durch die Lieferung von Komponenten für ihre Produktion im Westen. Zumindest im ersten Fall verbessert das auch die Handelsbilanz der osteuropäischen Länder.“ (Huffs Schmid 1994, 210)

Um diese strategisch wichtigen Investoren zu gewinnen, wurden niedrige Lohnkosten und Sozialleistungen, flexibilisierte Arbeitsgesetzgebungen inkl. geringer Mitbestimmungsrechte von den osteuropäischen Regierungen zum Teil sogar offensiv beworben, auch wurden großzügige Subventionen wie langjährige Steuerbefreiungen, Schutzzölle gegenüber Konkurrenten, abschlagsfreie Gewinntransfers, Vergünstigungen bei den Energiekosten ebenso wie Infrastrukturvorleistungen – nicht nur versprochen, sondern vertraglich zugesichert. (vgl. Bohle 2006, 352)

Um ihre Investitionen in Osteuropa zu schützen, lassen sich westliche Unternehmen diese Monopole langfristig zusichern: „Ironischerweise sind die westlichen multinationalen Konzerne Osteuropas schlagkräftigste Lobby für Protektionismus geworden.“ (Huffs Schmid 1994, 211, vgl. FT vom 31./31.5.1992, 2) Denn wo sich Westunternehmen erst einmal in eine strategische Schlüsselposition eingekauft haben, „können sie vielfach eine monopolistische Preis- und Konditionenpolitik verfolgen.“ (Huffs Schmid 1994, 211)

Auf den Verkauf der Staatsbetriebe folgte eine handels- und wirtschaftspolitische Neuorientierung, wobei der Zusammenhang mehr als ein zeitlicher ist.

„Schon nach knapp zehn Jahren (...) hatte sich eine völlige Änderung der Außenhandelsbeziehungen ergeben: Bulgarien exportierte 1999 bereits 52% seiner Waren in die EU (1990 waren es 5% gewesen), Tschechiens EU-Exportanteil stieg von 38% (1990) auf 69% (1999), der Ungarns von 42% (1990) auf 76% (1999), der Polens von 53% (1990) auf 70% (1999), der Rumänien von 34% (1990) auf 65% (1999).“

Trotzdem blieb es<sup>402</sup> bei den für die MOEL negativen Handelsbilanzen. Erwirtschaftete Polen im Jahr 1990 noch ein Plus von 2 Mrd. US\$, so kam es im Jahr 2000 auf ein Defizit von -13 Mrd. US\$. Ungarn sackte von 350 Mio US\$ (1990) auf -2 Mrd. US\$ (2000) ab, in Tschechien, der Slowakei, Rumänien und Bulgarien sieht es ähnlich aus, insgesamt kamen die MOEL im Jahr 2000 auf ein Minus von 23 Mrd. US\$ (vgl. Hofbauer 2007, 262).

Diese Verkehrung der Handelsbilanzen erklären sich über die Art und Weise, wie westliche – und hier in erster Linie westeuropäische Unternehmen in den MOEL ihre Direktinvestitionen vornahmen. Diese Unternehmen stellten in der Regel das Kapital, bspw. fertige Technologien (oder gar ganze Fabriken) zur Verfügung und lassen dort aufgrund der

---

<sup>402</sup> Vgl. S. 351ff

günstigen Lohnniveaus billig produzieren. Die Waren werden im Westen dann wieder zu West-Preisen verkauft, die Mehrwertausbeutung konnte sich so leicht verzehnfachen. Was als „Export“ in die Handelsbilanzen eingeht, ist somit zu einem Großteil der „Handel“ zwischen den Mutter- und Tochterkonzernen von transnationalen Unternehmen. Das im Osten erwirtschaftete Kapital wird entweder weiter investiert oder aber als „Gewinnrückführung“ – oft steuerfrei – in den Westen überwiesen.<sup>403</sup> Tatsächlich stieg der Anteil ausländischer Firmen an den Exporten beträchtlich: „2006 machte er in Polen 60%, in Tschechien und der Slowakei 70% und in Ungarn gar 80% aus. (Hofbauer 2007, 263)

Eine in diesem Sinne „abhängige Entwicklung bleibt immer besonders krisenanfällig“, denn gerade die Auslandsfilialen sind bei ökonomischen Problemen besonders und zuerst von einer Schließung bedroht. Da sie zudem nach den internationalen oder globalen strategischen Erwägungen der Muttergesellschaften gesteuert werden, sind sie auch „schwer in eine nationale oder regionale Entwicklungskonzeption einzubinden.“ (Huffs Schmid 1994, 211)

Die Exportstruktur veränderte sich zugunsten von Halbfertigprodukten<sup>404</sup> und Rohstoffen, die weltmarktfähig sind – aufgrund der Kostenvorteile durch geringe Lohnkosten oder einer sonstigen Unterbietung der Weltmarktpreise. „Der Verarbeitungsgrad – und damit der Warenwert – ging drastisch zurück.“ (Hofbauer 2007, 53) Mit der Exportorientierung im Rahmen von Zulieferungen von arbeitsintensiven Produkten für die großen westlichen Konzerne geht natürlich auch „die Abhängigkeit von der Aufnahmefähigkeit des reicher bestückten Marktes im Westen“ einher (Hofbauer 2007, 53).<sup>405</sup>

Damit sind aber nun alle „typischen Indikatoren für von starken ökonomischen Zentralräumen abhängige Peripherien, deren Wirtschaft nur selektiv, den Erfordernissen des Zentrums folgend, in die Akkumulationskreisläufe des Weltmarktes integriert wird“, versammelt (Hofbauer 2007, 53). „Es handelt sich um einen Sieg des Kapitalismus, und der Sieger ist dabei, die besiegten Länder zu unterwerfen und nach seinen Interessen auszurichten. Das Ergebnis kann kein gleichberechtigter, es wird abhängiger Kapitalismus sein.“ (Huffs Schmid 1994, 197)

---

<sup>403</sup> „Exportüberschüsse bei solchen Geschäften sind teilweise den steuerlichen Bedingungen der beteiligten Staaten zuzuschreiben, deren Unterschiedlichkeit sich multinationale Konzerne schon seit jeher bestens zu bedienen wussten.“ (Hofbauer 2007, 263) Der Kapitalabfluss über nationale Grenzen hinweg stellt nur eine Seite des Problems dar. Auch wenn das Kapital in ebendiesen Ländern reinvestiert wird, liegt die Kontrolle und Steuerung dieses Prozesses in den Händen westlicher Unternehmen, die von einem anderen Interesse geführt werden als dem einer nationalen oder regionalen „Entwicklung“. Mit diesem Phänomen ist nichts anderes beschrieben als das Kapitalverhältnis als gesellschaftliches Herrschaftsverhältnis – die Abschöpfung von Mehrwert.

<sup>404</sup> Mitteleuropa dient in diesem Sinne vor allen Dingen als verlängerte Werkbank für die PKW-Produktion.

<sup>405</sup> „Ausländische Direktinvestitionen gelten in der Welt der Globalisierungsfans als Indiz für Entwicklung schlechthin. Je mehr, desto besser, lautet dieser hegemoniale neoliberale Ansatz. Eine kritische Sicht der internationalen Arbeitsteilung im Weltmaßstab kann dem freilich nicht Recht geben. Einerseits deshalb, weil damit überhaupt nichts über die Qualität der Investition gesagt wird, ob sie zur Herausbildung eines Binnenmarktes beiträgt oder eine verlängerte Werkbank für den Weltmarkt aufbaut. Andererseits muss allein die Tatsache zu denken geben, dass Auslandskapital so schnell, wie es kommt, bei nächster sich bietender Gelegenheit auch wieder weg sein kann.“ (Hofbauer 2007, 161)

- *Die Peripherisierung von Mittel- und Osteuropa*

Auf den gesellschaftlichen Umbruch folgte der wirtschaftliche Einbruch. Die Wirtschaftskrise der Jahre 1991 und 1992 führte zu dramatischen Produktionsrückgängen und -ausfällen, ja zur Auflösung vorhandener Produktionsstrukturen und zur Deindustrialisierung von ganzen Landstrichen. „Im Durchschnitt aller Länder lag die gesamtwirtschaftliche Leistung 1992 fast ein Drittel (30%) niedriger als 1989.“ (Huffs Schmid 1994, 193ff)

Zunächst entwertete eine politisch durchaus intendierte<sup>406</sup> Hyper-Inflation die Spareinlagen der Osteuropäer, womit der in der Vergangenheit geleisteten Arbeit nicht nur symbolisch kein Wert mehr entsprach:

„In fast allen Ländern erreichte die Transformationsinflation dreistellige Zahlen. Polens Konsumenten- und Investitionsgüterpreise verteuerten sich zwischen 1989 und 1990 um 600%. (...) 1991 erreichte die Hyperinflation Bulgarien (320%) und Rumänien (200%), 1992 Slowenien (200%), das bereits 1991, im ersten Jahr seines Bestandes, mit einer dreistelligen Inflationsrate zu kämpfen gehabt hatte. Russische und ukrainische Sparer wurden im Jahr 1992 enteignet; Russland durchlebte eine Inflation in der Höhe von 1.500%, die Ukraine schraubte sich von 1.200% (1992) auf 5.300% (1993). Dagegen nehmen sich die tschechische Inflationsrate von 60% (für 1991) und die ungarische von 35% (für 1991) geradezu unbedeutend aus; sie zeugen tatsächlich von einer gewissen Stärke der beiden Volkswirtschaften (...).“ (Hofbauer 2007, 50, vgl. Huffs Schmid 1994, 196)

Zwischen 1990 und 2000 wurden in den MOEL (ohne Baltikum) 10,5 Mio. Arbeitsplätze vernichtet, die Arbeitslosenquoten schnellten in kürzester Zeit in teilweise zweistellige Regionen und sollten sich über Jahre hinweg dort halten, ohne die Arbeitsmigration wären sie noch höher ausgefallen.<sup>407</sup>

„Nirgendwo hat (...) ein osteuropäischer Arbeitsmarkt von der Öffnung profitieren können; massenhafte Abwanderung und Dequalifikation durch die systematische

---

<sup>406</sup> „Die beträchtlichen Geldmengen aus kommunistischer Zeit waren nach dem Umbruch für die Kapitalisierung der Ökonomie ein Hindernis. Die neoliberale Marktwirtschaft erklärte sie für ungültig, standen doch dem erarbeiteten Geld nicht ausreichend Waren gegenüber; als Vorschuss auf demnächst Produziertes konnte es nicht gelten, wollte man neue Eigentümer- und Produktionsstrukturen in den einzelnen Ländern einführen.“ (Hofbauer 2007, 49) Mit der Entwertung der Spareinlagen sollte eine Stabilisierung der Versorgungslage erreicht werden, was sich innerhalb von drei Monaten tatsächlich zu dem Wegfall der Warteschlangen vor den Geschäften führte (vgl. Wehrheim 2006, 53; Juchler 2005, 84). Zusätzlich wirkte sicherlich auch das Argument, dass die überschüssigen Geldmengen die finanz- und währungspolitische Sicherheit und vor allen Dingen die Konvertibilität der lokalen Währungen gefährdeten und somit ein Hindernis oder zumindest ein Risiko für ausländische Investoren darstellten (vgl. Hofbauer 2007, 49).

<sup>407</sup> „Millionen von OsteuropäerInnen verdingen sich illegal und legal auf den Arbeitsmärkten im Westen. Weil es u.a. die Flexibelsten und Jungen sind, die die Heimat verlassen, wird seit 2006 in Osteuropa ein Facharbeitermangel spürbar – vor allem in der Automobilindustrie, den High-Tech-Sektoren und der Bauwirtschaft. Finanzschwache Staaten und profithungrige Investoren haben es während 15 Jahren gleichermaßen verabsäumt, in die Ausbildung junger Arbeitskräfte zu investieren. Es galt dieselbe Losung wie bei der Privatisierung: billig kaufen, schnell Gewinne machen.“ (Hofbauer 2007, 277). Dies führt z.B. dazu, dass heute Informatiker in Polen, zumeist ausgebildet im Westen, astronomisch verdienen können, deutlich mehr als in Deutschland. Mittlerweile werden ukrainische, weißrussische oder chinesische Arbeitskräfte angeworben bzw. der Umzug der Unternehmen aus der osteuropäischen Peripherie in diese Regionen hat längst begonnen.

Schließung von Forschungs- und Entwicklungsabteilungen haben aus den einst von den Kommunisten verordneten Zwangsarbeitsverhältnissen einen deregulierten Arbeitsmarkt gemacht, der sozialer Sicherheiten längst verlustig gegangen ist. Seine Deregulierung strahlt logischerweise nach Westen aus.“ (Hofbauer 2007, 254)

Mit den zusätzlichen, drastischen Reallohneinbußen waren die sozialen Folgen vorhersehbar devastierend: 1993 starben ca. 1,4 Mio. Menschen mehr als noch 1989 (die sogenannte „transition mortality“), die Abtreibungsraten schnellten in die Höhe während die Geburtenraten sanken, auch der Kalorienverbrauch pro Kopf sank (vgl. Hofbauer 2007, 56ff).<sup>408</sup>

Tabelle 2: Veränderung des realen Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr (Tschechien, Ungarn und Polen)

	CSFR	Ungarn	Polen
1990	-0,4	-3,3	-11,6
1991	-16,0	-10,0	-9,0
1992	-7,0	-4,5	1,0

Tabelle 3: Arbeitslosigkeit der zivilen Erwerbsbevölkerung (am Jahresende, in %)

	CSFR	Ungarn	Polen
1990	1,0	1,6	6,1
1991	6,8	7,5	11,5
1992	8,0	12,0	13,6

Tabelle 4: Veränderung der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr (in %)

	CSFR	Ungarn	Polen
1990	10,0	28,0	585,0
1991	58,0	35,0	70,0

<sup>408</sup> Soziale Verarmung und ökonomisches Chaos bildeten wiederum auf politischer Ebene den nahrhaften Humus für sezessionistische, nationalistische und kriegstreibende Demagogen.

1992	11,0	23,0	43,0
------	------	------	------

(Quelle: Huffs Schmid 1994, 194f)

Auf die Transformationskrise der frühen 1990er Jahre, „deren Ausmaß die Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre in den Schatten stellte“ (Bohle 2000, 323), folgte zwar eine Erholung, „ein stabiler Wachstumspfad zeichnet sich mitnichten ab. Die Wachstumsraten seit den Jahren des jeweils tiefsten Einbruchs betragen für die EU-Kandidaten durchschnittlich gerade 1%“ (Bohle 2000, 323). Im Jahr 1998 erreichten „gerade einmal drei Staaten überhaupt erst wieder das Niveau des Inlandsproduktes von 1989“, das Entwicklungsgefälle zwischen Ost und West hat sich in den 1990er Jahren noch vergrößert (ebd.).

Nicht nur die ost- und mitteleuropäischen Lohnabhängigen, auch die Produktionsstandorte, Sozialsysteme und Volkswirtschaften konkurrieren gegeneinander und sehen sich dabei selektiv protektionistischen westeuropäischen Volkswirtschaften und starken westlichen Unternehmen gegenüber, die gerade zu gierig darauf sind, sich in den MOEL ein peripheres Hinterland auszubilden – und die noch dazu alle Trümpfe dafür in der Hand halten. „Tempo und Erfolg des Umbaus hängen in hohem Maße von der finanziellen und technologischen Unterstützung des Westens und von der Öffnung der westeuropäischen Märkte für den Osten ab. Beides wird jedoch nur zögernd und unzureichend gegeben bzw. eingeräumt.“ (Huffs Schmid 1994, 192) „Nach den teuren Erfahrungen Bonns/Berlins mit der Übernahme der kleinen, 16 Millionen EinwohnerInnen zählenden Ex-DDR war jedem Ökonomen klar, dass an eine Angleichung Osteuropas an westeuropäisches Lebensniveau unter Bedingungen, die der Weltmarkt vorgibt, nicht zu denken war.<sup>409</sup> Die Peripherisierung des östlichen Kontinentteils nahm ihren Lauf.“ (Hofbauer 2007, 255)

„In den ersten zehn Jahren nach der Wende haben es westeuropäische, US-amerikanische und ostasiatische Unternehmen geschafft, sich die besten, gewinnträchtigsten Stücke der ehemaligen kommunistischen Volkswirtschaften anzueignen. Umgekehrt floss kein investives Kapital in den Westen, um hier Konkurrenten aufzukaufen oder neue Betriebsstätten zu eröffnen. Während also verwertungshungriges Kapital nach Osteuropa ging, um unter der Fahne des freien Gewinntransfers Profite an die westlichen Mutterkonzerne zu überweisen, sind es Schuldnergelder aus Osteuropa, die Jahr für Jahr in Form von Kreditraten (...) an westliche Gläubigerbanken fließen.“ (Hofbauer 2007, 254f)

Betrug die Gesamtverschuldung aller osteuropäischer Länder im Jahr 1992 179 Mrd. US\$ (Huffs Schmid 1994, 196), waren es im Jahr 2001 immer noch 165 Mrd. US\$ (Hofbauer 2007, 263). Im Jahr 2005 sollten es 336 Mrd. Euro sein, im Jahr 2006 363 Mrd. Euro – von einer

<sup>409</sup> Während in den Jahren 1991 bis 1995 Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungsträger zum „Aufbau Ost“ umgerechnet 450 Mrd. Euro beisteuerten, um 16 Millionen Ostdeutsche in das BRD-System zu integrieren, veranschlagte die gesamte Europäische Union für die Jahre 2004 bis 2006 40 Mrd. Euro, um 75 Millionen Menschen „nach Europa heimzuholen“. „Oder anders gesagt: Deutschland war die Heimholung seiner Volksbrüder und –schwerstern 32-mal so viel wert wie die Integration von Polen, Tschechen, Slowaken, Ungarn, Slowenen und Balten in die Brüsseler Union.“ (Hofbauer 2007, 280)

erfolgreichen Schocktherapie kann also keine Rede sein. Diese Auslandsverschuldung wiederum konnten IWF und Weltbank als Druckmittel einsetzen, um nach ihren Vorstellungen weitere Deregulierungen durchzusetzen. Im Vergleich zu diesen Auslandsschulden, die jährlich durch Kreditzahlungen bedient werden mussten, sind die eingehenden Direktinvestitionen kleiner: „Den 336 Mrd. Euro Auslandsschulden stehen Ende 2006 in den zehn neuen Mitgliedsländern 308 Mrd. Euro kumulierte Investitionen ausländischen Kapitals gegenüber.“ (Hofbauer 2007, 59)

Natürlich konzentrierten sich die westlichen Investitionen auf die Filetstücke, d.h. die profitträchtigsten Segmente der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften:

„80% des Kapitals konzentrieren sich auf Polen, Tschechien und Ungarn; hier wird wiederum v.a. in wenige wirtschaftliche Kerngebiete Schlesiens, rund um Posen, in Böhmen und Mähren sowie Westungarn.“ (Hofbauer 2007, 59)

Damit aber kommt es, wie am Beispiel Ungarn schon angerissen, zur Ausbildung von dualen Wirtschaftsstrukturen, die die Kohäsion sozialer Formation herausfordern:

„Der großräumigen Peripherisierung des gesamten Ex-RGW-Raumes antworten die einzelnen Staaten mit kleinräumigen Zentren- und Peripheriebildungen. Sie tun dies nicht bewusst in Form einer auf den Kopf gestellten Regionalpolitik, sondern ergeben sich auf diese Weise den Folgen von zentren- und peripheriebildenden Investitionen bzw. deren Ausbleiben. (...) Total an den Rand gedrängt werden demnach der gesamte Osten sowie Teile des Nordwestens Polens, der Nordosten der Slowakei, der ungarische Osten sowie Bulgariens Westen, Norden und Süden sowie weite Teile Rumäniens. (...) Während in Warschau und Umgebung, im Raum Bratislava, in Budapest und Westungarn, in Slowenien sowie in Prag und dem westlichen Böhmen das BIP pro Kopf gerechnet sich mit westeuropäischen Werten demnächst wird vergleichen können, müssen überall sonst die BewohnerInnen derselben Länder mit drei- bis fünfmal geringeren Einkommen vorlieb nehmen.“ (Hofbauer 2007, 279)

Die in hohem Maße selektive Struktur der Investitionen demonstriert, dass die EU-Osterweiterung nicht von einem ökonomischen Modernisierungsprogramm begleitet wurde. „Der viel geforderte „Marshall-Plan für Osteuropa“ blieb im Propagandistischen stecken.“ (Hofbauer 2007, 255)<sup>410</sup> Den Konstrukteuren der Wende ging es „um Markterweiterung und Zugriff auf die profitablen Herzstücke der osteuropäischen Wirtschaft“ (Hofbauer 2007, 60) sowie um die Ausbildung eines abhängigen Niedriglohn „Hinterlandes“.

Zehn Jahre nach der Wende (und vier vor der EU-Osterweiterung) erinnert die außenhandelspolitische Situation der Beitrittsländer

„an eine quasi-koloniale Struktur: einseitige Orientierung auf ökonomisch stärkere Märkte, nur teilweise, quotierte Zulassung zu denselben, was wiederum die

---

<sup>410</sup> „Zwar flossen über die Jahre unter allerlei Kürzeln wie „Phare“, „Ispa“ und „Sapard“ Mittel an die Beitrittskandidaten, doch handelte es sich dabei nicht um nennenswerte Beträge. Zudem kommt noch, dass tatsächliche Hilfgelder in der Mehrzahl für die Ausbildung EU-kompatiblen Personals verbraucht wurden. Die westlichen Ausbilder streiften dabei den größten Brocken ein und die östlichen Ausgebildeten gingen in aller Regel nach der Absolvierung von Rechts- und Finanzkursen in die Privatwirtschaft; dort sind dann Westfirmen den EU-Aufbauprogrammen dankbar, weil sie die Schulungen ihrer jungen Verwalter vor Ort finanzieren.“ (Hofbauer 2007, 262)

Entwicklungschancen in höher qualifizierten Bereichen verschlechterte, sowie eine durchwegs passive Handelsbilanz. Kein einziges der zehn westorientierten Ostländer konnte im Jahr 2000 auf eine positive Handelsbilanz mit EU-Europa verweisen.“ (Hofbauer 2007, 53) „Auf weltwirtschaftlicher Ebene ist mit dem Ausgreifen der nach Investitionsfeldern und Märkten suchenden westeuropäischen Konzerne nach Osten und der Einbindung Osteuropas als Peripherie in die Strukturen der Europäischen Union eine Stärkung des Regionalblocks Europa gegenüber den USA gelungen.“ (Hofbauer 2007, 69)

Es ist sicherlich richtig, wenn Melanie Wehrheim mithilfe von Dorothee Bohle noch einmal darauf verweist, dass es verkürzt wäre,

„den eingeschlagenen Transformationsweg trotz der asymmetrischen Machtverhältnisse allein als das Ergebnis externen Drucks zu interpretieren: Meistens suchten die Reformeliten selber aktiv die Unterstützung der internationalen Finanzorganisationen, förderten die Ansiedlung ausländischen Kapitals und drängten auf einen möglichst schnellen EU-Beitritt.“ (Bohle 2002b, 368). Die Suche der nationalen Reformeliten – zumeist Intellektuelle und „staatliche Eliten“ – nach einer externen Absicherung ihres Reformprojektes resultierte aus ihrer ‚zumeist geringen gesellschaftlichen Verankerung‘ (ebd.).“ (Wehrheim 2005, 126)

Gleichwohl fielen Anfang der 1990er in den MOEL die wenigen Versuche, politisch in wirtschaftliche Prozesse zu intervenieren, dem neoliberalen Imperativ nach dem angeblich unantastbaren Spiel der freien Marktkräfte zum Opfer (vgl. Hofbauer 2007, 258).<sup>411</sup> Während sich auch in Westeuropa mit dem Binnenmarktprojekt und der Wirtschafts- und Währungsunion (später auch der Lissabon-Strategie) „eine wettbewerbsstaatliche Integrationsweise in der EU herausgebildet [hat], aus der die Kräfte des Marktes wesentlich gestärkt hervorgehen“, kann der „europäische Kapitalismus“ als vergleichsweise „eingebetteter Neoliberalismus“ gelten werden (vgl. Bohle 2006, 358).<sup>412</sup> In den MOEL hingegen konnte sich ein radikaleres neoliberales Programm umsetzen, weil die marktradikalen Elemente ohne die – zugegeben ohnehin nur gering ausgeprägten – sozialen Komponenten exportiert wurden und insbesondere in der Anfangsphase, als die wichtigen Weichen gestellt wurden, keine gesellschaftlichen Widerstandskräfte vorhanden waren bzw. diese kompromittiert und nicht artikulationsfähig waren. Die Abhängigkeit von Kapitalimporten und damit dem Diktat der internationalen Finanzwelt sowie den Verfügungen der Investoren tat ihr übriges (vgl. Bohle 2006, 358).

---

<sup>411</sup> Als zum Beispiel die „sich sozialdemokratisch gerierenden ex-kommunistischen Parteien (...) zu Beginn der 1990er Jahre daran [machten], das Reformtempo zu drosseln, indem sie beispielsweise radikale Währungsabwertungen zu verhindern oder sozial abzufedern suchten“ oder „bürgerlich-nationale Regierungen wiederum Schutzmaßnahmen für die eigene brustschwache Bourgeoisie oder das Bauertum“ installieren wollten, wurden diese Versuche „jedes Mal von westlichen Politikern und Medien als im Ansatz kommunistisch oder nationalistisch diffamiert.“ (Hofbauer 2007, 258)

<sup>412</sup> Als Ursachen dafür nennt Bohle: „Die institutionellen Beharrungskräfte des fordistischen Sozialmodells, das europäische Mehrebenensystem, welches Akteuren mehr institutionelle Einspruchsmöglichkeiten eröffnet als der US amerikanische Föderalismus, und die industrielle Grundlage des europäischen Kapitalismus, welcher stärker in der „alten Ökonomie“ verankert ist als der US amerikanische.“ (Bohle 2006, 358) An anderer Stelle ergänzt sie noch Gegenbewegungen gesellschaftlicher Gruppen und den punktuellen Widerstand gegen Liberalisierungsvorhaben (vgl. Bohle 2006, 349).

Auch wenn die Expansion der großen westeuropäischen Unternehmen nach Osten nicht so sehr auf eine auf EU-Ebene geplante, zentrale Strategie zurückzuführen ist, sondern sich dezentral vermittelte über die strategischen Erwägungen von Unternehmen innerhalb der kapitalistischen Logik und den gegebenen ökonomischen Kräfteverhältnissen und durch den neoliberal überprägten Eifer der Reformeliten in den MOEL nochmals befeuert wurde, so wurde die Peripherisierung Mittel- und Osteuropas doch politisch entscheidend auf EU-europäischer Ebene orchestriert.

„Die Erweiterung hat es der EU erlaubt, die Kernelemente ihrer neuen Wirtschaftsordnung nach Osteuropa auszudehnen. Bereits frühzeitig wurden die Beitrittskandidaten gehalten, ihre Märkte und ihren Außenhandel zu liberalisieren, und das Binnenmarktregime zu adoptieren.“ (Bohle 2006, 349)

Damit verbessert sie „in ausgewählten, lukrativen Sektoren (...) die Verwertungsmöglichkeiten für ausländische Kapitalgruppen“ (Bohle 2000, 321) und treibt die „transnationale Reorganisation des westlichen Produktionsmodells“ (Bohle 2000, 322) voran:

„Westeuropäische Unternehmen nutzen die osteuropäischen Standorte, um ihre Wertschöpfungsketten – zum Teil grundlegend- zu restrukturieren und solchermaßen ihre Wettbewerbsfähigkeit auf dem europäischen und globalen Märkten zu erhöhen. Der Ausbau der Konkurrenzfähigkeit westlicher Unternehmen durch eine gesamteuropäische Restrukturierung der Wertschöpfungsketten vollzieht sich dabei nur teilweise zu Lasten westeuropäischer Standorte. (...) Die Stärkung der (west)europäischen Konkurrenzposition wird also gerade nicht, wie Altvater (1996, 544) schreibt, gegenüber Osteuropa ausgebaut, sondern mittels des selektiven Zugriffs auf osteuropäische Standorte.“ (Bohle 2000, 322)

Sowohl kapitalistische Logik wie auch ihre neoliberale Spielart dürfen für die EU-Ebene der 1990er Jahre als alternativlos gesetzt gelten, so wie die gesamte EU-Politik – von den teilweise noch vor 1989 geschlossenen Handels- und Kooperationsabkommen über die protektionistischen Europa-Abkommen und den Kopenhagener Kriterien bis hin zu dem Spiel auf Zeit hinsichtlich eines unter Umständen eventuell möglichen EU-Beitrittes auf deren Absicherung und Kultivierung im Sinne der westeuropäischen Wettbewerbsfähigkeit und die Schaffung eines abhängigen Hinterlandes zielte.<sup>413</sup>

Spätestens jedoch mit den Beitrittspartnerschaften war die EU zum „externen Motor der Reformen in Osteuropa avanciert.“ (Grabbe 1999; vgl. Bohle 2000, 315) „Die Vorbereitungen der MOEL auf den EU-Beitritt konnten in zunehmendem Maße nicht mehr von den Transformationsprozessen getrennt werden; Reformmaßnahmen, die sie im Zuge der Transformation unternahmen, waren zugleich notwendige Voraussetzungen für den Beitritt zur EU (...). Insgesamt hatte die EU ‚ihren Einfluss (ge)nutzt, um die institutionellen Grundlagen ihrer regulatorischen Reformen nach MOE zu exportieren‘.“ (Wehrheim 2005, 133, zitiert Bohle 2002, 362)

---

<sup>413</sup> Zur Sicherung der Investitionen, wie auch „zur Beseitigung juristischer und steuerlicher Unsicherheiten folgten [den westlichen Unternehmen bspw., MH] Heerscharen von Experten, die die Europäische Union entsandte, um über die nach der Wende vollständig deregulierten Arbeits- und Produktionsverhältnisse bürgerliche Rechtssysteme zu stützen.“ (Hofbauer 2007, 260)

"Ende 1999 wurde der Kreis der KandidatInnen erweitert und der Verhandlungsprozess als „Regatta“ konzipiert. Die KandidatInnen konkurrierten um den ersten Platz im Fortschritt der Verhandlungen. Ihre jeweilige Platzierung konnten sie der Zahl der abgeschlossenen Verhandlungskapitel sowie der Bewertung in den Fortschrittsberichten der EU entnehmen. Gute Noten waren nicht allein durch die zügige Übernahme und Umsetzung des EU-Rechtswerkes, des *Acquis communautaire*, sondern auch durch weitergehende institutionelle Änderungen sowie durch die Privatisierung zugunsten west-europäischer Konzerne zu erhalten. So vermochte die EU den Prozess der ursprünglichen Akkumulation zugunsten von west-europäischen Unternehmen zu beeinflussen. Damit schwanden auch strukturell die Möglichkeiten für eine autonome Wirtschaftsstrategie (...), wenngleich nicht überall im selben Ausmaß. In der Interaktion zwischen der EU und dominanten Gruppen in Osteuropa wurden so Modelle der abhängigen Entwicklung etabliert." (Becker 2004, 11)

Insofern die EU also hauptsächlich auf Privatisierung, Liberalisierung und Deregulierung pochte, nicht so sehr aber auf die Übernahme sozialer Standards oder die Öffnung ihrer eigenen Märkte, und weil in den MOEL die sofortige Implementierung einer Marktwirtschaft westlichen Vorbilds gewünscht war – dies wiederum, weil ein Großteil der mahnenden Kräfte nach dem Zusammenbruch politisch geschwächt waren und die unter den Druck ihrer enormen Auslandsschulden geratenen mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften abhängig von Kapitalimporten und somit den Verfügungen von IWF und Weltbank waren – konnte sich in den MOEL ein radikalerer Neoliberalismus als in der alten EU etablieren (vgl. Bohle 2002).<sup>414</sup>

Die asymmetrische Machtbeziehungen zwischen der EU und den MOEL, die sich während der 1990er Jahre kontinuierlich reproduziert haben, werden von Dorothee Bohle als ein „Naben- und Speichensystem politischer und ökonomischer Beziehungen“, das „durch ein hohes Maß von Konditionalität geprägt“ ist, beschrieben. Die MOEL seien demnach sowohl in politischer wie ökonomischer Perspektive „strahlenförmig auf das westeuropäische Zentrum hin ausgerichtet“ (Bohle 2002, 36; Bohle 2000, 312; vgl. Baldwin 1994, Gowan 1995) – politisch als Resultat der bilateral und differenziert geführten Beitrittsverhandlungen, die durch unkonkret gehaltene Kriterien und regelmäßige Fortschrittsberichte als Wettlauf inszeniert werden, ökonomisch hinsichtlich der Ausbildung einer starken Handelsabhängigkeit der einzelnen MOEL von der EU und insbesondere von Deutschland (vgl. Bohle 2002, 361, Inotai 1999). „Beide Charakteristika ermöglichen es der EU Kernbereiche ihres Deregulierungsprojektes auf die MOEL auszuweiten, und gleichzeitig die Ausdehnung derjenigen Bereiche, die zu stärkeren EU-internen Verteilungskonflikten führen würden, immer weiter hinauszuzögern.“ (Bohle 2002, 361) „Diese selektive Einbindung Osteuropas ermöglichte über die 90er Jahre hinweg die Stärkung und Vertiefung der EU, forcierte gleichzeitig aber die Peripherisierung Osteuropas.“ (Bohle 2000, 324)

---

<sup>414</sup> Selbstredend haben sich diese Tendenzen nicht in allen MOEL auf die gleiche Weise ausgespielt: so entstand ein Spektrum, das grob folgendermaßen skizziert werden kann: von den stark neoliberal gefärbten baltischen Staaten über die gemäßigten Visegrad-Staaten bis hin zu dem neokorporatistischen Modell Sloweniens (vgl. Bohle 2006, 350ff)

- *Visegrad-Länder*

Unter den MOEL kommt den Visegrad-Ländern Polen, Tschechien und Ungarn allerdings eine Sonderstellung zu.

„Insgesamt kann das sozio-ökonomische Regime, welches sich in den Visegrad-Staaten herausgebildet hat, als die osteuropäische Variante des eingebetteten Neoliberalismus gelten. So fügen sich die Visegrad-Staaten am ehesten in die wettbewerbsstaatliche Integrationsweise der EU ein. Im Gegensatz zu den minimalistischen baltischen Staaten suchen diese Länder aktiv, ihre Standortbedingungen zu verbessern um ADI [Auslandsdirektinvestitionen, MH] anzuziehen, und eröffnen damit transnationalen Konzernen verbesserte Verwertungsbedingungen.“ (Bohle 2006. 352)

Dabei geht es allerdings – im Gegensatz zu den „investitionsfreundlichen Bedingungen“, die auch in den meisten westlichen Staaten geschaffen werden – nicht so sehr um den Schutz oder gar die Förderung der einheimischen Unternehmen für eine opportune Positionierung auf dem internationalen Markt, sondern in der Hauptsache um den Kampf um das ausländische Investitionskapital.

„Unter den Bedingungen des abhängigen Kapitalismus bedeutet industrielle Protektion die Notwendigkeit, produktive Investitionen anzuziehen, um damit die Bedingungen für internationale Wettbewerbsfähigkeit und zugleich die Schaffung von Arbeitsplätzen zu erzeugen. Zugleich konterkarieren die Visegrad-Staaten die Prinzipien des Marktes mit einem gewissen Maß sozialstaatlicher Protektion.“ (Bohle 2006. 352f)

Ja tatsächlich leisten sich die Visegrad-Staaten sogar „Gegenbewegungen zum radikalen Steuer- und Sozialabbau“, der sich z.B. in den häufigen Regierungswechseln manifestiert. Zudem „sind auch die ökonomischen Strukturen der Visegrad-Staaten nicht einfach kompatibel mit einem radikalen Neoliberalismus.“ (Bohle 2006, 358) Und es sind auch nicht die neoliberalen baltischen Staaten,

„sondern die Visegrad-Staaten, die mit ihren Subventions- und Industriepolitiken und ihren im osteuropäischen Vergleich durchaus großzügigen Sozialstaaten die meisten ADI, auch in der verarbeitenden Industrie, auf sich ziehen. Ihr ADI-induziertes Exportprofil gleicht zudem keinesfalls dem der traditionellen Peripherie: statt in Rohstoffen und arbeitsintensiven Sektoren liegt die Spezialisierung dieser Länder in komplexen Sektoren wie Elektronik, Automobil, Chemie, Pharmazie etc., mithin Sektoren, wie sie auch für die westeuropäischen Länder und insbesondere Deutschland charakteristisch sind.“ (Bohle 2006, 355)

Hier lohnt sich ein genauerer Blick: von Anfang der 1990er Jahre bis etwa 1997 sind

„vorrangig niederwertige Produktionssegmente in diese Region verlagert worden (...). Die europäischen Automobil-, Elektronik-, Chemie-, Pharmazieunternehmen verlagerten zunächst ihre arbeitsintensivsten Fertigungssegmente, die nur gering qualifizierte Arbeitskräfte nutzten. Die osteuropäischen Standorte trugen damit dazu bei, die westeuropäischen Industrien insgesamt wettbewerbsfähiger zu machen, ohne dass ein starker Druck auf Unternehmenssteuern, Löhne und die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte ausgeübt worden wäre“ (Bohle 2006, 355)

Da in den Visegrad-Staaten – wie in Kontinentaleuropa – die Industrien der „alten Ökonomie“ die wirtschaftliche Grundlage bilden, waren diese Auslagerungen in lohngünstige Industrieregionen naheliegend. Diese Arbeitsteilung allerdings sollte sich in den folgenden Jahren verschieben.

„Insbesondere für Deutschland und in geringerem Maße auch für Frankreich zeichnet sich ein zunehmend intensiverer Standortwettbewerb mit den Visegrad-Staaten ab. Es werden höherwertige Produktionssegmente verlagert, und es deutet sich an, dass Produktionskapazitäten stärker in Ost- als in Westeuropa ausgebaut werden. Unternehmen scheinen dabei die osteuropäischen Standorte bewusst zur „Flucht“ aus dem westeuropäischen Sozialmodell zu nutzen (...). Die Möglichkeit der Standortverlagerung wird von Unternehmen zudem genutzt, um die westlichen Belegschaften insbesondere in Fragen der Entlohnung und der Arbeitszeitflexibilisierung zu Zugeständnissen zu bringen (...). Damit deutet sich in der Tat in einigen Sektoren (insbesondere Automobil, Elektronik, Maschinenbau, Telekom) ein zunehmender Konkurrenzdruck auf westliche Standorte an, der im Abbau von sozialen Standards resultiert. Das Verlagerungspotential nach Osteuropa spielt auch deshalb so eine zentrale Rolle, weil es mit Krisen und anhaltender Restrukturierung in diesen Sektoren zusammenfällt (...).“ (Bohle 2006, 355f)

Diesen Hinweis müssen wir im Hinblick auf die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ aufnehmen.

Der Wettbewerbsdruck in den MOEL entfaltet sich nicht so sehr entlang der Linie, die den Osten vom Westen trennt, sondern vielmehr zwischen den peripheren Volkswirtschaften selbst – über einen Steuerwettbewerb für Unternehmen, Sozialabbau, Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung und sich überbietende Investitionsanreize für ausländische Unternehmen. Auch wenn die Visegrad-Länder diesen Wettbewerb zu gewinnen scheinen – und dies trotz ihrer im mittel- und osteuropäischen Vergleich durchaus großzügigen Sozialstaaten –, so bleibt ihre Entwicklung doch eine abhängige.

„T[rans] N[ationale] K[onzerne] können die Visegrad-Staaten deshalb so gut gegeneinander ausspielen, weil diese einerseits auf Kapitalimporte angewiesen sind und weil es andererseits für die TNKs kaum einen Unterschied macht, in welchem der vier Länder sie sich tatsächlich ansiedeln. In der Tat haben sich transnationale industrielle Cluster herausgebildet, die den Südwesten Polens, die Tschechische Republik, den Westen der Slowakei sowie Ungarns umfassen. Ob Industrien diesseits oder jenseits der jeweiligen nationalen Grenzen angesiedelt werden, spielt damit so gut wie keine Rolle.“ (Bohle 2006, 356)

### ***Die Bedeutung der IKT für die Transformationsökonomien***

Nachdem wir nun sowohl den europapolitischen wie auch makroökonomischen Rahmen grob abgesteckt haben, in dem die EU-Osterweiterung stattfinden sollte, soll nun die Ausgangssituation für die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ weiter konkretisiert werden.

Der Zusammenbruch des Ostblocks offenbarte in den Ländern Mittel- und Osteuropas eine antiquierte und unterentwickelte Informations- und Kommunikationsinfrastruktur (vgl. Müller/Nyevrikel, 1994; Schaper-Rinkel 2002, 449f). Aufgerissen war diese technologische Lücke zwischen Ost und West in den späten 1970er Jahren und den 1980er Jahren, als die Fortschritte in den IKT und die ökonomischen Restrukturierungen in den westlichen, kapitalistischen Industrienationen den Ausbau und die Modernisierung der Netze vorantrieb. Dies blieb im Osten aus: "Until the end of 1989, telephones and the telephone services in these countries were primarily meant for the commercial sector, the government, and the ruling cadre rather than for the general population." (Müller/Nyevrikel 1994, 353)

Der Anschluss ans Telefonnetz in den MOEL „lag Ende der 80er Jahre in den osteuropäischen Reformländern zwischen 7 und 17 und im Durchschnitt bei 12 Hauptanschlüssen pro 100 Einwohner. Das war ein knappes Drittel der Zahl für die EG (37) und weniger als ein Viertel der für die EFTA-Länder (51). In Polen gab es 7500 Dörfer ohne ein einziges Telefon.“ (Huffs Schmid 1994, 225; vgl. Müller 1991, 288). Dabei gab es starke regionale Disparitäten (vgl. Prößdorf 1996, 11). Auch der Zugang zu öffentlichen Telefonen war im Jahr mit 0,12 pro 1000 Einwohner in den MOEL (hier inkl. den Ländern der ehemaligen UdSSR) deutlich niedriger als in den OECD-Ländern (5,2) (vgl. Davies et al. 1996, 102).

"The telecommunications systems in all of CEE are, in sum, substantially underdeveloped. They are characterized by exponentially increasing waiting lists, a growing technology gap, obsolete equipment, few if any nationwide dialing facilities (and even fewer international), low service quality with a high proportion of failed calls, slow fault clearance, high noise and distortion ratios, and frequent disconnections." (Müller/Nyevrikel 1994, 355, vgl. Madden/Savage 1998, 176)

Das installierte Equipment war teilweise älter als 30-40 Jahre, die Bandbreiten waren zu niedrig, was wiederum Verbindungsfehlerraten von über 30% nach sich zog (im Vergleich zu den 1-2% in den OECD-Ländern) (vgl. Davies et al. 1996, 102). Aufgrund des veralteten Infrastruktur waren über die Sprachtelefonie hinausgehende Dienste nicht möglich bzw. nur als vereinzelte Pilotprojekte umgesetzt (Sallai et al, 1996, 325). Hintergrund bilden sicherlich die CoCom-Restriktionen, die den Transfer von Hochtechnologie bis Mitte der 1990er Jahre praktisch unterbunden haben, aber auch die eher auf Autarkie setzenden, nationalen Entwicklungsmodelle in den MOEL, die gewissermaßen vor den Entwicklungen auf dem Weltmarkt schützten (vgl. Müller/Nyevrikel 1994, 355).

Hinzu kommt, dass der ganze Sektor bisher nicht marktwirtschaftlich, betriebswirtschaftlich und wettbewerbsorientiert geführt worden war. Das beschäftigte Personal hatte in den geschützten Sektoren weder eine Dienstleistungsmentalität noch ein Geschäftssinn ausgebildet, "the manpower efficiency (i.e. number of mainlines per employee) is much lower (average 64) than in advanced countries (150-300, average 192)." (Sallai et al, 1996, 325)

Eine marktförmige Entwicklung konnte nicht stattfinden, auch weil Tarife und Gebühren weder auf tatsächlichen Kosten basierten noch mit der tatsächlichen Nachfrage korreliert waren, sondern aufgrund der geringen Kaufkraft künstlich niedrig gehalten wurden.

“Subscriber charges and basic telephone service prices were low in CMEA countries, but the huge excess demand among potential telephone subscribers effectively invalidated the existence of cheap (uniform) domestic call rates. International telephone traffic was also impaired by a poor network, low quality and insufficient digitization, which not only reduced personal international communication but prevented the expansion of trade, international investment and global business communication.” (Welfens 1995, 561)

Die wenigen Einnahmen, die über Fernverbindungen und internationale Verbindungen generiert wurden, wurden wiederum über verschiedene Systeme der Quersubventionierung aus dem Sektor abgeführt. In den (volks-)wirtschaftspolitischen Konzepten der 'real existierenden Sozialismen' hatte die Telekommunikationsinfrastruktur – da sie nicht zu den unmittelbar produktiven Sektoren gezählt wurde, wie die Dienstleistungs- und Sektoren auch eine nur sekundäre Rolle gespielt (vgl. Madden/Savage 1998, 176). So waren die Investitionen in Kommunikations-Infrastruktur vergleichsweise nur sehr gering, wenn überhaupt wurde zudem der Ausbau der Netze vorangetrieben, nicht aber in ihre Modernisierung oder auch nur ihr Erhalt investiert. Um die Entwicklung von Mehrwertdiensten, Datendiensten, schnellen Netzwerken oder auch Endgeräten war es eher schlecht bestellt.

Eine Ausnahme bildet Bulgarien, das zwischen 1973 und 1983 die Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur unternommen hatte – und in dieser Zeit sogar die Verbindungsdichte verdreifachen und zweistellige Wachstumsraten erzielen (vgl. Müller/Nyevrikel 1994, 356) konnte. Auch wenn Polen und Ungarn ebenfalls noch eine Verdopplung der Verbindungsdichte bei i.d.R. einstelligen Wachstumsraten erreichen konnte, blieb ein Nachfrageüberhang mit Wartezeiten von 4-10 Jahren nur für einen Festnetzanschluss realsozialistischer Alltag.

Nicht unerheblich in diesem Zusammenhang waren sicherlich auch anti-demokratische Sicherheitserwägungen, dass Kommunikation – insbesondere die horizontalen Kommunikationskanäle zwischen BürgerInnen und gesellschaftlichen Akteuren – politisch zu kontrollieren sei. Aufgrund des Eisernen Vorhangs waren nicht nur die internationalen Verbindungen in den Westen weitgehend gekappt, selbst Fernverbindungen innerhalb des Blocks waren in der Regel über einen Schalter in Moskau geschaltet - der nur 16 Leitungen in die USA und 34 nach Großbritannien bereitstellte. (Gibbs, 1994, vgl. Madden/Savage 1998, 174)

Allerdings wurde in den Planwirtschaften des Ostens auch der ökonomische Bedarf für und die technischen Anforderungen an eine Telekommunikationsinfrastruktur gänzlich anders angesetzt als im Westen. Zunächst operierten in den Planwirtschaften größere und weniger Produktionseinheiten als in Marktwirtschaften. Entsprechend der planwirtschaftlichen Kommandostrukturen waren diese zudem eher zentralistisch und vertikal angelegt. So hatten Staatsbetriebe und Unternehmen zwar Zugang zu einer funktionierenden Telekommunikationsinfrastruktur, da die Unternehmen unter sich aber kaum Kommunikationsbedarf hatten und Telekommunikation für den privaten Hausgebrauch als nicht notwendig, ja politisch gefährlich angesehen wurde, wurde bei horizontal orientierten

Verbindungen eine planmäßige Unterversorgung aufrechterhalten (vgl. Welfens/Graack 1996, 208).

"Während in einer Zentralverwaltungswirtschaft aufgrund der hierarchischen Produktionsplanung und des Anweisungs-Zuteilungs-Systems Informationskanäle der Wirtschaft vor allem vertikal verlaufen, sind in einer dezentralen Marktwirtschaft Kommunikationsvorgänge allseitig wesentlich: zu Zulieferern, Konkurrenzunternehmen, Kunden, Geschäftsbanken, etc., wobei naturgemäß vor allem immer wieder Informationen über sich ändernde Preise und Preiserwartungen von Marktteilnehmern eingeholt werden. Zudem hängt der Unternehmenserfolg stark von der Fähigkeit ab, differenzierte Produkte und Dienstleistungen für in Verbrauchsgewohnheiten und Zahlungsbereitschaft unterschiedliche Kundensegmente anzubieten, so dass auch von daher in Marktwirtschaften ein generell hoher Informations- und Kommunikationsbedarf besteht. Auch zunehmend automatisierte Steuerungsprozesse in der Produktion verlangen nach modernen Kommunikationsverbindungen." (Welfens/Graack 1996, 207f).

„Während in Westeuropa der Ausbau der Telekommunikation in den siebziger Jahren aufgrund der zunehmenden Bedeutung von wirtschaftlichen Kommunikationsprozessen stark vorangetrieben wird,<sup>415</sup> gilt die Telekommunikation im Realsozialismus als ein nicht produktiver Bereich.“ (Prößdorf 1996, 11, zit.n. Schaper-Rinkel 2002, 450)

Mit einer zunehmenden Anbindung bzw. Öffnung zum Weltmarkt und einer Dezentralisierung der ökonomischen Entscheidungsfindungsprozesse, wie sie für Marktwirtschaften üblich ist (vgl. Welfens 1995, 561), würde der Bedarf an internationalen und horizontalen Kommunikationsverbindungen steigen. Auch mit einer politischen Liberalisierung würde die Nachfrage nach privaten Telefonanschlüssen steigen. Es ist also wenig verwunderlich, dass die Bedeutung und Notwendigkeit einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur für die weitere ökonomische und gesellschaftliche Entwicklungsperspektiven in den MOEL von allen Experten, Autoren und Akteuren hoch eingeschätzt werden.

"The transition of these countries to a market economy made an advanced telecommunications infrastructure a strict requirement." (Sallai 1996, 325)

"The existing networks cannot provide the 'platforms' on which modern industrial economies are built--and failure to remedy this critical shortcoming will limit the ability of many CEE/FSU countries to improve living standards for the majority of their people." (Davies et al. 1996, 101)

"The necessity of efficient, flexible telecommunications networks and services for the smooth functioning of a modern (and increasingly globalized) market economy is axiomatic. Lack of these placed severe constraints on the post-war economic

---

<sup>415</sup> „In Westeuropa richtet sich die Aufmerksamkeit von Industrie und Politik dagegen seit den siebziger Jahren auf das potentielle Verschwinden der technischen Grenzen zwischen Telekommunikationsendgeräten, vernetzten Computern und Unterhaltungselektronik. Telekommunikation gewinnt damit für die gesamte informationstechnische und -verarbeitende Industrie an Bedeutung und der Einsatz von Telekommunikationsdienstleistungen gilt seither als potentiell entscheidende Modernisierungsressource für andere Industriezweige.“ (Schaper-Rinkel 2002, 450)

development of the former socialist countries and even, ultimately, contributed to their economic and political decline." (Canning 1997, 104)

"The antiquated state of the telecommunications network in the transitional economies of Central and Easter Europe has been identified by the OECD (1993) and the ITU (1994) as a significant impediment to regional productivity, international competitiveness and trade performance." (Madden/Savage 1998, 173)

Welfens listet fünf Punkte, durch die die Transitionsökonomien von einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur profitieren:

1. Optimierung des gesellschaftlichen, aber vor allen Dingen ökonomischen Informationsaustausches (Preise, Logistik)
2. Verkleinerung der ökonomischen Einheiten durch die Dezentralisierung von Management und Produktion
3. Verbesserten Zugang zu größeren Märkten insbesondere für kleinere und mittlere Unternehmen
4. *Conditio sine qua non* für die Gewinnung von Investitionen von multinationalen Unternehmen.<sup>416</sup>
5. Über das prognostizierte ökonomische Wachstum: Jobs, Steuereinnahmen, weitere unternehmensfreundliche Dienstleistungen und weiteres Wachstum.

In diesem Sinne wurde der Telekommunikationssektor in der Tat einem besonderen Liberalisierungsdruck ausgesetzt, zumal die großen Netzbetreiber in der Öffentlichkeit als Repräsentanten des alten Systems identifiziert wurden. Der schlechte Zustand der Infrastruktur wurde so nicht nur zum Synonym für das Scheitern der sozialistischen Modernisierungsprojekte gemacht, sondern Liberalisierung, Privatisierung und Wettbewerb erhielten den süßen Beigeschmack einer Palastrevolution und galten als Sinnbild einer neuen, erstrebenswerten, auf privater Initiative beruhenden Gesellschaftsordnung. Die ohnehin in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Umbruchsprozessen befindlichen MOEL standen also auch im Bereich der Telekommunikation vor transformativen Herausforderungen: neben einem beschleunigten Ausbau der Netzwerke stand vor allen Dingen ihre Modernisierung an, nun allerdings unter den Bedingungen eines wettbewerbsorientierten Telekommunikationsmarkt (vgl. Nulty 1994, 339).

"In 1992 telecommunications investment in the region was around \$2 billion, or 0.9% of total investment. This is a smaller proportion than that found in any other major region of the world and compares with an average of 2.6% in OECD countries. This level of expenditure has been sufficient to support an average rate of line growth of 4-5% per year in recent years, but has not been enough to prevent a continuing increase in waiting lists or to allow the replacement of the existing outdated network infrastructure." (Davies 1996, 103)

---

<sup>416</sup> "Since foreign direct investment inflows are urgently needed in transforming economies as a means of rebuilding the capital stock and modernizing the economy, a functional telecommunications network is a vital asset in international locational competition." (...) "Moreover, in many transforming economies, FDI inflows into the telecommunications industry will be required to effectively modernize the equipment industry and to expand the network." (Welfens 1995, 566)

So blieben Modernisierungsinvestitionen auch nach 1989 eine komplizierte Angelegenheit. Bei der Modernisierung ging es in erster Linie um die teure und wissensintensive Digitalisierung der analogen Netzwerke (digitale Technologien machen Anfang der 1990er Jahre in den MOEL noch weniger als 5% des gesamten Equipments aus, vgl. Nulty 1994, 340). Während der Westen mit diesen Technologien bereits seit 15 Jahren Erfahrungswerte sammeln konnte, gab es in den MOEL wenig bis kein know-how nicht nur hinsichtlich der neuen digitalen Technologien. Auch "Business competence, entrepreneurship and capital are scarce resources. They need knowhow transfer and management and capital imports." (Kruse, 1997, 7f) Neben Kapital und Know-How fehlte auch der Zugang zu den modernsten Technologien: die CoCom-Restriktionen wurden noch bis Mitte der 1990er Jahre aufrechterhaltenen, es waren also nur Technologien verfügbar, die längst nicht mehr „state of the art“ waren.<sup>417</sup>

"CEE countries have telecommunications manufacturing industries which are unusually large relative to their traditional domestic markets (partly due to exports to the former USSR). All of these industries are based on outmoded technology. Although CoCom restrictions prevented them from acquiring new technology, they also protected them. Hidden from competition behind the CoCom barrier, they were slow to adopt or develop new technology or to improve efficiency. Now, suddenly, they are faced with a dramatic increase in competition from much more advanced and efficient Western companies. Many are in danger of going under completely." (Nulty 1994, 342)

Der Untergang der eigenen Herstellerindustrien wiederum würde nicht nur einen ohnehin dramatischen De-Industrialisierungsprozess weiter beschleunigen, er wäre auch eine dramatische volkswirtschaftliche Niederlage angesichts einer offensichtlich anstehenden Modernisierung der Telekommunikationsinfrastrukturen. Um nicht die ohnehin knappen Ressourcen für teures westliches Equipment auszugeben, müsste also die heimische Industrie in die Modernisierung der Netzwerke einbezogen werden. Das wiederum birgt die Gefahr, dass altes, überteuertes oder minderwertiges Equipment verbaut wird - zum Nachteil wiederum der Gesamtwirtschaft (vgl. Nulty 1994, 342).

"To comply with the strong pressure for telephone lines, the highest priority is usually given to increasing the number of DELs and the quality aspects are less considered. Political changes, frequent changes in financial credit and taxation conditions, and the urgent requirements of large joint ventures with foreign participation often force modification of the telecommunication development priorities, upset development concepts established over several years, and jeopardize the considered technically and financially logical development of the whole network." (Sallai et al. 1996, 327)

Zu der Tatsache, dass die dafür Verfügung stehenden Mittel für eine gleichzeitige und stringente Bewältigung der Modernisierungs-Aufgaben nicht ausreichen, kommt hinzu, dass

---

<sup>417</sup> Die CoCom-Restriktionen wurden zwar im Herbst 1993 gelockert, so dass nun einige der Technologien von vor 1984 – längst nicht alle – importiert werden konnten. Allerdings galten noch 1994 Restriktionen für kritische Hochtechnologie, bspw. für Übertragungstechnologien mit Bandbreiten über 564 Mbps (vgl. Nulty 1994, 352, FN 3). "CoCom restrictions which applied until early 1994 partly explain low technical standards and insufficient digitization of the telecommunications industry in CMEA countries." (Welfens 1995, 561, FN 1)

diese in den jeweiligen Staaten mit anderen wirtschaftspolitischen Projekten um einen Platz auf der politischen Agenda konkurriert.

"The priorities are naturally different for each CEE country, depending on the present teledensity and technological levels (...). The pace of development is mainly restricted by the constraints of the existing network, the shortage of capital and the limited real demand, and ultimately the economic wealth." (Sallai 1996, 340)

Neben den allgemeinen ökonomischen Entwicklungsdaten geht es hier insbesondere auch um die Frage nicht nur der Kaufkraft in der Bevölkerung, sondern auch um die Frage ihrer Verteilung. "Furthermore, the overall economic situation in the CCs — and the resulting uneven revenue distribution — is widening the gap between people and organisations who can access the market of advanced technologies and services and those for whom they are a luxury." (Bogdanowicz et al. 2003)

Noch im Jahr 1992 waren die Unterschiede zwischen Ost und West dramatisch:

"the average teledensity (number of main telephone lines per 100 inhabitants) in CEE was 14, about one-third the level of Western Europe. The percentage of main telephone lines connected to digital exchanges was approximately 10% (compared to over 50% in Western Europe), while an estimated 23 million persons were waiting for connection to the telephone network (ITU, 1994). In 1991, Poland had among the lowest telephone line ownership in Central Europe, with a teledensity of 9.64 and 3.6 million national subscribers. The closest comparison in Western Europe is Portugal with a teledensity of 20. Further, more than 3000 villages in Poland had no access to telephones, and even in the richest Warsaw suburbs there are an estimated 600 businesses without a telephone line. International communications has also been a major problem in CEE." (Madden/Savage 1998, 174)

Trotz des gesamtwirtschaftlichen Einbruchs zwischen 1991 und 1993 (von 25-30% des BIP) waren die Investitionen in die Telekommunikationsinfrastruktur in dieser Zeit gestiegen. Die Rechtfertigung für diese Priorisierung angesichts sozialer Notstände wird in unterschiedlichen Ausführungen immer wieder auf folgende Begründung zurückgeführt: "The telecommunications sector's expansion is being pulled by economic growth, but at the same time the sector itself is a driving force for economic expansion." (Welfens 1995, 562)

Aber obwohl auch die Kosten für die IKT mittlerweile deutlich gesunken waren, angesichts der enormen Auslandsschulden und der ökonomischen Rezession blieben die Möglichkeiten für die MOEL sehr eingeschränkt, die Modernisierung dieser Infrastrukturen aus eigener Kraft voranzutreiben. So investierte bspw. Tschechien zwischen 1994 und 1999 pro Kopf durchschnittlich 95,21 US\$ pro Jahr in öffentliche Telekommunikationsinfrastrukturen, Ungarn 73,70 US\$ , Polen 29,85 US\$, die Slowakei 81,69 US\$ und Rumänien 12,26 US\$. Zum Vergleich: Im gleichen Zeitraum wurden in Deutschland 146,97 US\$ pro Kopf investiert (Angaben ITU, OECD). Im Jahr 1993 hatte Ungarn mit 451 US\$ die mit Abstand höchsten Investitionen in die Telekommunikation zustande gebracht – in Westeuropa lag der Durchschnitt allerdings bei ca. 5 Mrd. US\$ (vgl. Madden/Savage 1998, 182).

"Although recent progress has been slow, governments in the region have ambitious targets, with many aiming to achieve 30% penetration by the year 2000. This would

require an annual rate of line growth of about 11% and an investment of over \$100 billion over the period 1993-2000. According to the ITU, an investment of \$173 billion would be required to achieve 40% penetration in the same time-frame. Whilst they may not represent achievable targets, these estimates do put the massive size of the investment required into perspective." (Davies 1996, 103)<sup>418</sup>

Neben den Regierungen der MOEL stellten internationale Finanzinstitutionen wie Weltbank, Europäische Investitionsbank und die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung erhebliche Mittel für die Modernisierung der Telekommunikationsinfrastruktur bereit (Huffschnid 1994, 226). Da die Weltbank den MOEL Kredite nur unter der Bedingung einer Privatisierung und Liberalisierung des Telekommunikationssektors gewährte, hatte sie diese Länder ohnehin für westliche Direktinvestitionen in diesem Bereich geöffnet: "Where developing countries have required loans from either multilateral or commercial institutions, the World Bank has insisted that the telecommunications operator should be privatised." (Hills 1998, 117)

"Given the limited availability of internally generated funds, much of the burden for funding the region's telecommunications development has in the last few years fallen on international government-formed institutions and their associated programmes. However, the resources available from these institutions will clearly be inadequate to meet more than a small portion of the region's overall telecommunications funding requirement. In addressing sector reform options, therefore, policymakers must explore other, and very largely, private sector options for mobilizing the finance required to develop the sector." (Davies 1996, 103)

Die ersten deregulierenden Liberalisierungs- und Privatisierungsgesetze in den MOEL waren bereits Anfang der 1990er Jahre auf den Weg gebracht, reregulierende Wettbewerbs- und Mediengesetzgebung sollten oft erst Mitte der 1990er nachgeschoben werden – dann unter Federführung eines Heeres westeuropäischer "Experten", die die Integration eines großeuropäischen Kommunikationsraumes vorbereiten und sicherstellen sollen.<sup>419</sup>

Da die Telekommunikation als ein strategisch wichtiger Sektor für die Gesamtentwicklung der Transformationsökonomien eingeschätzt wurde, sah man sich also von der „Unterstützung durch westliches Know-how und Lieferungen und Investitionen westlicher Unternehmen“ abhängig. „Dieser Notwendigkeit kommen die großen [westlichen] Fernmeldekonzerne nach.“ (Huffschnid 1994, 226) Während sich westliche Investitionen während der 1980er Jahre noch hauptsächlich auf die Ausrüstungsindustrie konzentrierten (z.B. Siemens und Alcatel in der Tschechoslowakei, Ungarn, Polen und Russland), sollten

---

<sup>418</sup> Huffschnid zitiert ähnlich perspektivierende Schätzungen des DIW, nach denen eine Modernisierung der bestehenden Infrastruktur (konkret: eine Erhöhung der Telefondichte auf 27/100) Investitionen von rund 38 Mrd. US\$ aufrufen und 10 Jahre dauern würde. „Und um Osteuropa auf die westliche Anschlussdichte (im Durchschnitt 44) zu bringen, sollen, nach unterschiedlichen Quellen, zwischen 230 und 350 Mrd. US\$ für die nächsten 15 Jahre erforderlich sein.“ (Huffschnid 1994, 226)

<sup>419</sup> Die Restrukturierung des Telekommunikationssektoren verläuft in der Regel in vier Schritten: 1. institutionelle Trennung von Regulierung und Netzbetrieb; 2. Trennung der oft zusammengeführten Bereiche Post, Rundfunk und Telekommunikation; 3. Liberalisierung der Märkte (Endgeräte, Dienste, Netze); 4. Privatisierung (oft in Form von strategischen Allianzen mit ausländischen Investoren) (vgl. Sallai et al. 1996).

die großen [westlichen] Fernmeldekonzerne ab 1989 zunehmend Joint Ventures mit den privatisierten Nachkommen der vormals öffentlichen Fernmeldeverwaltungen eingehen:

“In this period, a number of North American and Western European TOs established partnerships with local operators to provide international, cellular and other value added services. However, these activities did little to tackle the underlying problems of the sector, which stemmed primarily from under-investment in the domestic (and particularly the local) telecommunications infrastructure. (...) In the last 2-3 years [d.h. ab 1993, MH], the pattern of reform in the region has begun to move into a new phase, in which there is greater emphasis on both the privatization of the TOs and the development of multi-supplier industry structures. Privatization has already taken place in Estonia, Latvia, Hungary and the Czech Republic, and others are planning to follow suit. The main objectives of privatization have been to attract new sources of finance for network investment, to gain rapid access to modern technologies and improve performance and efficiency through the introduction of private sector management practices. The involvement of Western telecommunications operators has offered a means of achieving these aims.” (Davies et al. 1996, 104)

Mit dem Zusammenbruch des kommunistischen Blocks eröffneten sich für die westlichen Telekommunikationsanbieter bisher geschlossene Märkte und damit neue Expansionsmöglichkeiten. Da auf den zunehmend gesättigten Heimatmärkten Positionsgewinne nur noch schwerlich zu erringen waren, boten die kapitalintensiven und staatlich subventionierten Aufträge für die westlichen Telekommunikationsunternehmen eine quasi imperative Gelegenheit, die eigene Wettbewerbsposition in einem globalen Verdrängungswettbewerb zu sichern und auszubauen.<sup>420</sup>

---

<sup>420</sup> Auch die Medienunternehmen konnten sich nun daran machen, ein wahrlich globales Mediensystem aufzubauen und die Mittelschichten der MOEL mit ihrem konsumistisch-kommerziellen Unterhaltungsangebot zu bespielen: “The new market-driven economies in Eastern Europe appear to be generating an affluent middle class alongside vast sections of the population mired in brutal poverty (...). Global media firms have great interest in the new Eastern European middle classes, especially in the wealthier Poland, Hungary, and Czech Republik. Accordingly, media firms have moved into the desirable markets (...). The incorporation of Eastern Europe into the global media market is important in the eyes of Western policy-makers, as it will help to integrate the region into the global economy, and to produce the type of media and political culture where the market domination of society goes unquestioned.” (McChesney 1997, 66) „American and Western European films, TV programs, recordings, fashions, advertising, and public relations can expect huge new outlets – if not immediately, then in the years ahead. This market will be a welcome stimulus to an already export-oriented sector.” (Schiller 1992, 17). Schiller argumentiert, dass diese Botschaften dort nicht nur als bloss kommerzielle Botschaften dekodiert werden, sondern gleichfalls eine gesellschaftliche Öffnung und den Aufbruch in eine neue Epoche verheissen, und so ihre Wirkung bis tief in die intellektuellen Diskurse entfalten: „Where there once had been a sharply critical view of Western standards and values, from news reportage to media content, today there is an indiscriminating willingness, even eagerness, to accept Western and US perspectives in culture, law and economics.“ (Schiller 1992, 17) „Each day brings fresh evidence of the triumph of American commercial culture and media values in what was once the Soviet realm. Actually this ‘victory’ has been long under way and it is not an exaggeration to regard the American consumerist message as having had a significant role in undermining the former state socialist near-global sector. It succeeded beyond its wildest dreams of American cold war information warriors.” (Schiller 1992, 15) Es dauerte einige Jahre, bis in den MOEL nach 1989 neue Mediengesetze verabschiedet werden konnten. “Meanwhile, the media markets of Central and Eastern Europe were developing in a regulatory vacuum.” (Harcourt 2003, 324) “The period immediately following the fall of the Iron Curtain in 1989, meant an initial proliferation in

Unter den großen Telekommunikationsunternehmen war spätestens Anfang der 1990er Jahre der Wettlauf um die beste Ausgangsposition entbrannt – der nach Jörg Huffschmid über drei Runden zu führen war:

„Es geht erstens um die – einmalige – Lieferung einer modernen Erstausrüstung zur Erweiterung und Modernisierung der bestehenden Anlagen. Dies lässt sich teilweise per Export und Montage mit westeuropäischen Belegschaften bewerkstelligen. Es geht aber zweitens darum, sich auf den osteuropäischen Märkten als Dauerlieferant des Telekommunikationssystems zu etablieren. Dazu müssen die westlichen Konzerne sich als nationale Produzenten profilieren, die allmählich in die Rolle der Hoflieferanten hineinwachsen. Wichtigster Hebel für diese Festsetzung im Produktionssystem ist die Gründung von Gemeinschaftsunternehmen mit den bisherigen Geräteherstellern. Sie ist in einigen Ländern – Ungarn, Tschechien und der Slowakei z.B. – bereits weitgehend abgeschlossen [1992, MH]. Im Zuge der überall anstehenden Privatisierung ehemals staatlicher Unternehmen steht dann einer mehrheitlichen Übernahme nichts mehr im Wege. Auf diese Weise wird der Aufbau einer leistungsfähigen Geräteindustrie im Besitz nationaler Eigentümer verhindert. Wenn der Ausbau und die Modernisierung des Fernmeldesektors abgeschlossen sein werden, wird er auf einer Geräteindustrie basieren, die sich sehr weitgehend im Eigentum und in der Hand weniger westlicher Konzerne befindet. Schließlich geht es drittens darum, auch als Netzbetreiber tätig zu werden. Denn einerseits sind Aktivitäten als Netzbetreiber zwar manchmal „auf kurze Sicht nicht lukrativ, doch unternehmensstrategisch notwendig, um die Geschäftsausdehnung deutscher Unternehmen nach Osteuropa zu begleiten.“ Darüber hinaus fällt ihnen auch für die Geräteindustrie und Dienstleister „eine Schlüsselrolle zu. Einmal in östlichen Märkten etabliert, öffnen sie ihren heimischen Industrien diese Märkte für Hard- und Software.““ (Huffschmid 1994, 227, zitiert: Helmut Ricke (Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom) 1993, 20)

Mit der Liberalisierung der Märkte für Endgeräte, Mehrwertdienste und Vermittlungstechnologien würden sich weitere strategische Felder eröffnen.

---

independent newspapers and broadcasters, particularly radio (independent defined as not state-owned). This situation rapidly dissolved into the present status quo, wherein a large number of national newspapers closed because of low readership and economic restraints (...), and where both press and broadcasting markets became characterised by rapid concentration processes, domination by foreign groups, political wrangling over licensing, and increased government intervention in PSB programming. Parliaments found themselves trying to play regulatory catch-up as media markets consolidated.” (Harcourt 2003, 324f) “Between 1991 and 1996, following the transformation of the political, economical and societal system, all Central and Eastern European countries passed new media laws, putting an end to the state monopolization of press, radio, television and film industry and giving a start to the moulding of an indigenous media system.” (de Smaele 2007, 120f) Diese ersten Mediengesetze waren bunt zusammengesetzt, da die MOEL nach ihren Vorstellungen Anleihen machten bei unterschiedlichen etablierten Mediensystemen. “Complete alignment with EU law, however, caused ‘a second wave’ of media legislation in Central and Eastern Europe, following ‘the first wave’ in the first half of the 1990s. From 1998 onward, but mainly in the years 2000-2002 all the national laws in Central and Eastern Europe became subject of numerous amendments and/or replacements by new laws. The changes and replacements were dictated by the ‘need’ to adapt the different national legislations to the European legislation, in particular the Directive T[elevision] W[ithout] F[rontiers].” (de Smaele 2007, 121)

Bis Mitte der 1990er Jahre hatten sich die Eigentumsstrukturen schon erheblich zugunsten der westeuropäischen Investoren verschoben. Ausländische Konsortien konnten auf diese Weise "in a highly advantageous debt-to-equity exchange, in which nonperforming debt was swapped for the asset base and revenue stream of the telecommunications operator", die Kontrolle über die Netze erwerben (Hills 1998, 109). Der Aufbau der Infrastrukturen wird nach der Privatisierung und Liberalisierung durch ausländische Telekommunikationsunternehmen durchgeführt, die im Rahmen ihrer Transnationalisierung eigene besondere Interessen (wie eine langfristige Sicherung des Marktzugangs) verfolgen, und, obschon als private Investoren tätig, von den Regierungen für die Amortisierung ihrer Investitionen in den Aufbau der Infrastruktur zeitlich begrenzte Monopolrechte zugestanden bekommen sollten.

Als private Akteure verfolgen sie allerdings eine grundsätzlich andere Logik als bspw. ein sich dem „universal service“ verpflichtet sehender Staat. Der Zusammenhang, den Jill Hills für Entwicklungsländer beschreibt, gilt selbstredend auch für die MOEL:

“Foreign investment (...) is actually a very expensive way for developing countries to borrow money, both in economic and political terms. In telecommunications, network operation, when handed over to a foreign company without proper regulation, involves the loss of ongoing network revenues and capital outflow in the repatriation of profits. Where private companies own both the domestic infrastructure and international links developing countries are returned to their pre-war situation of colonial appendages.”  
(Hills 1998, 118)

Damit war nicht nur eine selbständige Modernisierung der Telekommunikationssysteme durch die MOEL effektiv verhindert, auch der technologisch-nationale Entwicklungspfad war fortan an die Logik der Nachfrage auf dem Markt geknüpft.<sup>421</sup> Eine Umfrage der OECD (1994) verwies darauf, dass "the poor state of telecommunications is ranked by business managers in Russia, Lithuania, Romania, Poland and Latvia as the main internal barrier to trade, outranking high interest rates, unstable exchange rates and transportation problems." (Madden/Savage 1998, 175). Neben der zügigen Modernisierung und dem Ausbau des

---

<sup>421</sup> Auch wenn sich die osteuropäischen Länder unter dem Druck ihrer Auslandsschulden und des eklatanten Modernisierungsrückstandes für das westliche Medien- und Telekommunikationskapital öffnen mussten, gab es gleichwohl innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Formationen ausreichend Fürsprecher, dies auch bereitwillig und frohen Mutes zu tun. Neben der neoliberal überprägten Begeisterung der während der Wendezeit an die Macht gekommenen politischen Eliten, verkörperte ja gerade ein privates, also vom Staat unabhängiges Medien- und Kommunikationssystem (die bürgerliche Trennung von Politik und Ökonomie dabei stillschweigend vorausgesetzt) die Voraussetzung für eine demokratisch-marktwirtschaftliche Transformation nach westlichem Vorbild. Während im Medienbereich die in der revolutionären Phase vielerorts entstandenen unabhängigen Medien (vor allen Dingen Presse) überhaupt nur mit der Unterstützung von ausländischem Medienkapital nach der Wende fortexistieren konnten, galten die staatlichen Betreiber der Telekommunikationssysteme vielerorts als Symbol der soeben geschassten, alten Ordnung. Auf diese Weise konnte die kapitalistische Öffnung der Medien- und Kommunikationssektoren z.T. unter anderen Namen verhandelt werden – z.B. als demokratische Konsolidierung, die Entstehung demokratischer Zivilgesellschaften und einer ‚freien‘ Presse, die Entwicklung einer ‚freien‘ oder ‚modernen‘ Marktwirtschaft, Teilhabe an der Informationsgesellschaft, usw.. Die Widersprüche, die innerhalb dieser Narrative zwischenzeitlich sichtbar wurden, wurden zumeist von reaktionären Kräften artikuliert, die einen national-nationalistischen Protektionismus gegenüber den ausländischen Kapitalinteressen einforderten – oder ebensolchen zugeschrieben.

traditionellen Festnetzes wurden in den meisten MOEL, insbesondere um den größeren Unternehmen schnell eine moderne Kommunikationsinfrastruktur zur Verfügung stellen zu können, zusätzliche und insbesondere digitale (Overlay-)Netze für bestimmte, zahlkräftige Kundenkreise installiert, um die alten Netzwerke zu entlasten, Engstellen zu beseitigen und die Einrichtung von Mehrwert-Diensten für große User voranzutreiben.

"Demand is increasing rapidly, especially from business users (including highly desired foreign investors), for better telephone service than is generally available, for data and other new services, of more and better dedicated facilities, and for discounted bulk rates. As in Western countries, aggressive demand from major users will become a major force which will drive the sector in the near and medium term. It already manifests itself in intense pressure on CEE telecommunications operators and governments to redirect operators' resources away from traditional balanced network development toward targeted investment for special user groups, and to permit alternative providers to enter the market." (Nulty 1994, 341)

Neben dem marktvermittelten Druck, Dienste und attraktive Angebote für bestimmte Interessensgruppen einzurichten, stand allerdings ja auch die bereits angesprochene, äußerst kapitalintensive Modernisierung der nationalen Netzwerke an. In dem Augenblick aber, in dem die profitablen Segmente der Telekommunikationsmärkte in den MOEL privatisiert wurden, fallen auch die Gewinne aus, mit denen dieser Ausbau der weniger profitablen Marktsegmente hätte quersubventioniert werden können.

Da der Ausbau des Festnetzes für diese kaufkräftigen Kunden zu lange gedauert hätte, wurde vor allen Dingen auf einen schnellen Ausbau der Mobilnetze gesetzt.

"Telecommunication accessibility is important in order to attract high-technology manufacturers and integrate CEE business and industry with Europe. This explains the very rapid analogue cellular investments to satisfy the most urgent and crucial telephone demands, the intensive nation-wide digital overlay networking and the need to establish the international telecommunication infrastructure of the CEE region." (Sallai 1996, 339)

Die Mobilfunktechnologie, bei der nicht nur ihr Aufbau, sondern auch der Netzbetrieb für private Anbieter offen war (vgl. Huffschmid 1994, 226), versprach nicht nur eine schnelle Lösung für urbane Räume, sondern sollte mittelfristig auch eine gute Lösung für die Erschließung der ländlichen Gegenden bereitstellen. Bei der Entscheidung für eine Technologie war unter dem Strich natürlich die Kostenfrage entscheidend, gleichwohl nach Davies auch die folgenden Aspekte zu berücksichtigen sind:

- "the maturity of the technology;
- the scope for knowledge transfer;
- the availability of local skills for installation and maintenance;
- the ongoing maintenance costs;
- the expected level of ongoing support;
- the sensitivity to network planning errors and amendments;
- the cost of interworking with the existing technologies;

- avoidance of being 'locked in' to particular suppliers or technologies;
- the extent of 'future-proofing' provided by the technology." (Davies 1996, 105).

In diesem Zusammenhang wurde in einer modernen Telekommunikationsinfrastruktur nicht nur die unabdingbare Voraussetzung für eine moderne wirtschaftliche Entwicklung gesehen, sondern auch ein mögliches Sprungbrett im ökonomischen Aufholprozess<sup>422</sup>, den die mittel- und osteuropäischen Länder angesichts einer zunehmenden Integration in den Weltmarkt – und nicht zuletzt auch hinsichtlich eines EU-Beitrittes – zu leisten hatten.

Die unterschiedlichen politischen, ökonomischen und technologischen Ausgangssituationen zeitigten unterschiedliche strategische Routen in den MOEL – und führten zu unterschiedlichen ökonomischen Partnerschaften.

In Polen wurde Anfang der 1990er – in bester sozialistischer Tradition – ein 10-Jahresprogramm zur Modernisierung des Telefonnetzes für 1,5 Mrd. US\$ aufgesetzt, das über Kredite der Weltbank, der Europäischen Investitionsbank und der Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung finanziert werden sollte (vgl. Huffs Schmid 1994, 232). „In Polen bietet eine formal weitgehende liberale Telekommunikationsgesetzgebung den

---

<sup>422</sup> Die MOEL stehen vor der Frage nach einer „zukunftssicheren“ technologischen Basis für die nationale Telekommunikationsinfrastruktur: Welche der verschiedenen Technologien (neben dem klassischen Kupferkabel, Glasfaser, Drahtlos) sind in welcher Kombination zu installieren? Denn wenn man sich bereits heute für die Technologie von morgen entscheidet, könnte es möglich werden, ganze technologische Entwicklungsschritte auszulassen. Dieses „Sprungbrett“ im Aufholprozess wurde unter dem Mantra des sogenannten „Leapfrogging“ verhandelt: „The telecommunications literature uses the word „leapfrogging“ in three ways. First, it is meant to imply that telecommunications can help developing countries skip over the stages of development and become members of a postindustrial society. Second, leapfrogging is used in „an engine of growth“ sense to mean that telecommunications can help developing countries accelerate their pace of development. Finally, leapfrogging is used in a technical sense to signify skipping over the technological frontier or product cycle. Often the word „leapfrogging“ is used interchangeably in both technological and economic ways.“ (Singh 1999, 5) In jedem dieser Sinne impliziert ist die Vorstellung, dass es einen direkten Zusammenhang zwischen technologischer und ökonomischer wie auch gesellschaftlicher Entwicklung gäbe. Indem gesellschaftliche und ökonomische Probleme aber zu rein technologischen reartikuliert werden, wächst auch der Eindruck ihrer Steuerbarkeit. „The transformation of the problem of development into „industrialization“ speaks to such technocratic beliefs (...). All that was necessary was mustering the resources of the country (preferably by means of the state) and channeling them toward the task of industrialization.“ (Singh 1999, 204) „The technocratic belief in progress creeps into the formulations about telecommunications. Studies correlating a given amount of telecommunications with a given amount of growth (or vice versa where a given amount of GNP in a country is taken to dictate a certain number of telephones in a country), while contributing to our understanding of the importance of telecommunications, nonetheless, through a slight twist of logic, convert the development problem into a technical one. Two types of linkages then become common: ones that compare telecommunications indices across countries (investment, number of phones, service quality, etc.) to implicitly argue that more is better, and ones that assume that given a certain amount of telecommunication infrastructure, development benefits to particular groups in society would be automatic.“ (Singh 1999, 204) J.P. Singh weist darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen ökonomischen Wachstumsraten und technologischer Effizienz nicht gegeben, sondern durch sorgsam vergleichende Studien überhaupt erst noch nachzuweisen sei – das bloße Nebeneinanderstellen von Bruttoinlandsprodukt und der Anzahl der Telefonanschlüsse würde keinesfalls genügen. „But most of all, these indicators tell little about who benefits from these outcomes, and for how long and at whose behest restructurings are taking place.“ (Singh 1999, 204) Auf die unterstellte, direkte Kausalität zwischen Telekommunikationsinfrastruktur und ökonomischer wie gesellschaftlicher Entwicklung werden wir im Zusammenhang mit den EU Monitoring-Berichten zurückkommen.

juristischen Spielraum für den Aufbau und Betrieb von öffentlich zugänglichen Telefonnetzen durch Privatunternehmen. In den stark unterversorgten ländlichen Regionen entstehen vielfältige Initiativen, die auf einen beschleunigten Ausbau der Infrastruktur gerichtet sind, die jedoch vielfach an den Interessen des mächtigen etablierten Netzbetreibers scheitern.“ (Schaper-Rinkel 2002, 452f) Neben Alcatel und AT&T versuchte auch Siemens, das bereits im Jahr 1990 ein Gemeinschaftsunternehmen mit dem größten polnischen Telekommunikationsausrüster ZWUT eingegangen war (und diesen im September 1993 auslöste), auf dem polnischen Markt Fuß zu fassen. Im Mobilfunkbereich sind vor allen Dingen France Télékom und Ameritech aktiv.

Auch in Ungarn wurde – bereits im Jahr 1989 – ein 10-Jahresprogramm für die ungarische Telefongesellschaft MATAV aufgelegt, das Investitionen von 7 Mrd. US\$ zur Modernisierung des Telefonnetzes vorsah. Den Zuschlag erhielten damals Siemens und Ericsson. Darüber hinaus konnte sich Siemens mit der Übernahme der größten ungarischen Telefongesellschaft Telefogyar (mit einem Marktanteil von 50% bei der Vermittlungstechnik), über die die Digitalisierung des Telefonnetzes durchgeführt werden sollte, als Siemens-Telefogyar Kft „eine dauerhafte – der traditionellen Position als Hoflieferant in Deutschland vergleichbare – Produktionsbasis im ungarischen Telefonmarkt“ schaffen.“ (Huffschnid 1994, 229, vgl. FAZ vom 14.4.1992; HB vom 24.2.1992) Zusammen mit dem ungarischen Kabelproduzenten Magyar Kabel Myvek Kft sollte Siemens über die österreichische Tochter Wiener Kabel- und Metallwerke GmbH auch noch das Gemeinschaftsunternehmen Dunakabel Kft gründen, um Kupferkabel zu produzieren, u.a. für den Export nach Ostdeutschland.

„Eine weitere Stärkung der deutschen Position im ungarischen Telekommunikationsgeschäft erfolgte mit der Teilprivatisierung der Telefongesellschaft MATAV; dabei handelt es sich um die erste Privatisierung einer osteuropäischen Telefongesellschaft und das größte ungarische Privatisierungsvorhaben. Den Zuschlag für eine 30% Beteiligung an MATAV erhielt im Dezember 1993 das Konsortium MagyarCom, an dem – nach dem Ausstieg der englischen Cable&Wireless in letzter Minute – die Deutsche Telekom und die amerikanische Ameritech mit jeweils 50% beteiligt sind. Mit diesem Zuschlag ist eine landesweite Telefondienst-Konzession für mindestens 25 Jahre verbunden. Sie umfasst die alleinige Abwicklung des internationalen und des nationalen Telefon-Fernverkehrs sowie des lokalen Telefonverkehrs in 29 von 54 Vermittlungszentren. Obwohl das ausländische Konsortium nur 30% des Kapital erhält, übernimmt es faktisch die Leitung der MATAV: Es stellt zwei der vier Vorstandsmitglieder; bei Stimmgleichheit entscheidet der ausländische Investor.“ (Huffschnid 1994, 230, vgl. Schaper-Rinkel 2002, 452f)

Wenig später sollte die Deutsche Telekom Ameritech auslösen, um nun alleinig einen Großteil des ungarischen Telefonverkehrs abzuwickeln. Diese Beteiligung der Deutschen Telekom allerdings ist wiederum vorteilhaft für Siemens, da „die Präsenz der Deutschen Telekom bei den Netzen ein relativ sicherer Garant für Aufträge an Siemens als Gerätelieferant“ darstellt (Huffschnid 1994, 236).<sup>423</sup> Im Mobilfunk war der Ericsson-Konzern

---

<sup>423</sup> Dies war bereits im Sommer 1992 in der Ukraine der Fall: die deutsche Beteiligung an einem Gemeinschaftsunternehmen, das Vermittlungstechnik für St. Petersburg liefert, Auslandsleitungen

führend und konnte „bereits im Oktober 1990 das erste betriebsbereite osteuropäische zellulare Mobilfunksystem“ übergeben (Huffschnid 1994, 230).

Während der Telekommunikationssektor in den übrigen MOEL (bis auf Lettland, Slowenien und Bulgarien) frühzeitig privatisiert wurde, verblieb in Tschechien die Mehrheit der Anteile des großen nationalen Telekommunikationsbetreibers in der Hand des Staates. „In Tschechien behält der etablierte Netzbetreiber seine beherrschende Machtposition bis Mitte der neunziger Jahre weitgehend bei. Aufgeschoben wurde der Verkauf der staatlichen Mehrheitsanteile bisher, da die Angebote unter den erwarteten 2,5 Milliarden Euro lagen (Prößdorf 1996, Bruce et al. 1999, bfai-info 15/2002).“ (Schaper-Rinkel 2002, 452f)

„Die Modernisierung des Telefonnetzes in Tschechien erfolgt im wesentlichen durch das Gemeinschaftsunternehmen Tescom in Prag, an dem Siemens und der größte tschechische Hersteller von Telefentechnik, Tesla Karlin, beteiligt sind. Neben der Herstellung von öffentlicher Vermittlungs- und Übertragungstechnik aus dem Hause Siemens – langfristig sollen 500.000 EWSD-Anlagen installiert werden – führt Tescom auch den Vertrieb privater Nebenstellenanlagen von Siemens durch, bei denen der deutsche Konzern einen Marktanteil von 20% anstrebt.“ (Huffschnid 1994, 231)

Zusätzlich konnte sich Siemens im Jahr 1993 noch einen Anteil von 30,7% am tschechischen Nachrichtenkabel-Hersteller Kabelnove Decin-Podmokly sichern.

In der Slowakei erhielt übrigens die deutsche Alcatel-Tochter SEL – gemeinsam mit Tesla Liptovsky Hradok im Gemeinschaftsunternehmen Alcatel SEL TLH im Jahr 1991 den Zuschlag zur Modernisierung des Telefonnetzes. Da die Systeme von SEL und Siemens allerdings technisch nicht miteinander kompatibel sind, kam es nach der Loslösung von Tschechien jeweils zu einer Monopolstellung.

Anhand dieser kurzen Abrisse über die Frühphase der Modernisierung der Telekommunikationssektoren in den Visegrad-Ländern wurde nicht nur deutlich, dass in der Tat überall ausländische Konzerne beteiligt waren, sondern insbesondere deutsche und hier wiederum in erster Linie Siemens:

„Führend bei der Modernisierung der osteuropäischen Telekommunikationsnetze und der (Teil-)Übernahme der dortigen Geräteindustrie ist der Siemens-Konzern. Nach Berichten vom Ende 1991 stättet das deutsche Unternehmen 40% des Telefonnetzes aller osteuropäischen Länder mit moderner digitaler Technik aus. Allein in Polen, Ungarn und der CSFR sollten im Jahre 1992 620.000 Anschlüsse des Siemens-Vermittlungssystems EWSD installiert werden. Siemens hat in mehreren Ländern Gemeinschaftsunternehmen mit nationalen – in der Regel den führenden – Geräteherstellern gegründet.“ (Huffschnid 1994, 227f)

Neben Siemens sind auch Alcatel und Ericsson stark in den MOEL vertreten:

---

installiert und auch das internationale Fernsprechnetzt betreiben soll, war erst „auf Drängen der Bundesregierung zustande gekommen. Sie soll nicht nur dem deutschen Netzbetreiber Gebühren einbringen, sondern vor allem auch sicherstellen, dass an den Aufträgen für Geräte und Vermittlungstechnik neben der AT&T auch der deutsche Siemens-Konzern beteiligt wird.“ (Huffschnid 1994, 235)

„Ericsson führt vor allem bei der Lieferung von Mobilfunkausrüstung, konnte aber auch moderne Vermittlungstechnik – das System AXE – verkaufen. Alcatel steht – zu erheblichen Teilen über die deutsche Tochter Alcatel SEL und deren ostdeutsche Tochter RFT-SEL Nachrichtenelektronik – in direkter Konkurrenz zu Siemens bei digitalisierten Leitungen, Anschlüssen und Vermittlungszentralen, also dem Kerngeschäft des Gerätesektors.“ (Huffs Schmid 1994, 228)

„Die westeuropäische Spitzenposition des französischen Konzerns [Alcatel] wird durch den Vorsprung von Siemens in Osteuropa relativiert. Besonders hart dürfte es für Alcatel sein, dass Siemens sich in Südosteuropa erfolgreich als Konkurrent auf dem Kabelsektor profiliert hat, einem Bereich, in dem Alcatel Weltspitze ist.“ (Huffs Schmid 1994, 228)

Bei der Installation und dem Betrieb von Mobilfunknetzen wiederum konnten die US-amerikanischen Konzerne (insbesondere Bell Atlantic und US West) ihre Position halten, wenngleich in diesem Segment mit Ericsson ein europäischer Gerätehersteller erheblich beteiligt ist. Im Bereich der Vermittlungstechnik mischte in Polen, den GUS, der Ukraine und Armenien zumindest bis Anfang 1993 auch der US-amerikanische AT&T-Konzern mit, verlagerte seine Aktivitäten dann aber noch weiter in den Osten, auch weil die westeuropäischen Konzerne im Konkurrenzkampf um „Mitteleuropa“ die entscheidenden Wettbewerbsvorteile erringen konnten.

„Die traditionelle Monopolstruktur hat in Westeuropa eine flächendeckende Versorgung und eine hohe Dichte der Telekommunikationsinfrastruktur geschaffen, die die entscheidende Grundlage für die neuen Märkte für neue Dienste und Dienstleistungen ist. Die Auflösung der Monopolstruktur lässt sich somit gerade mit dem Erfolg des Modells begründen (Noam 1992, 30f). Für die Zukunft in Westeuropa und Osteuropa ist dagegen fraglich, ob es zu einer gleichmäßigen Entwicklung kommen kann: Da die zukünftige Entwicklung nicht mehr dem Leitbild einer flächendeckenden Versorgung, sondern der Marktlogik folgt, wird es ohne politische Gegensteuerung zu einer gespaltenen Entwicklung kommen: in den ökonomischen Zentren wird das Angebot an Telekommunikationsdienstleistungen weiterhin stark ausgebaut, die Peripherie wird dagegen technologisch abgehängt. Da die Telekommunikationsinfrastruktur zugleich für Produktion und Distribution stetig wichtiger wird, ist es für ökonomisch schwächere Regionen aber gerade eine unabdingbare Voraussetzung, über eine leistungsfähige Telekommunikationsinfrastruktur zu verfügen.“ (Schaper-Rinkel 2002, 454)

Die Modernisierung der Medien- und Kommunikationssektoren der MOEL erfolgte demnach vor allen Dingen durch transnationales (insbesondere westeuropäisches) Investitionskapital, das aufgrund der dort politisch geschaffenen „Goldgräberstimmung“ gegenüber den gesättigten Märkten im „Westen“ hohe Profitraten einstreichen konnte und durch die expansive Landnahme seine Position in einem globalen Verdrängungswettbewerb zu sichern suchte. Die dafür in diesen Ländern Anfang der 1990er Jahre durchgesetzten Liberalisierungen, Privatisierungen, De- und Reregulierungen kamen damit nicht nur den Vorgaben einer intensivierten Heranführungsstrategie an die EU – und damit einer irgendwie konkretisierten Beitrittsperspektive überhaupt – zuvor, sondern auch der vollständigen Liberalisierung der westeuropäischen Telekommunikationsmärkte, die ja erst ab 1998 erfolgen sollte. Damit aber sind ein selektiver Modernisierungsprozess, ja eine Dualisierung

der Ökonomien und Infrastrukturen, letztlich die Peripherisierung der Volkswirtschaften programmiert. Wir werden darauf zurückkommen.

- *Die Richtlinien einer Europäischen Kommunikationspolitik im Hinblick auf Osteuropa: Das Diktat der Spielregeln*

Die Integration der mittel- und osteuropäischen Telekommunikationssektoren in das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ hatte mit dem durch diese vorgängigen Privatisierungen und Liberalisierungen, Fusionen und Aufkäufe eingeleiteten Wechsel der ökonomischen Eigentümerstrukturen ihren Anfang genommen, abgeschlossen war sie damit noch lange nicht. Vielmehr haben wir bis jetzt Einsicht genommen in die kapitalistische Landnahme in einem noch weitestgehend „Wilden Osten“, auf den noch weitestgehend unregulierten nationalen Sektoren hatten westliche Unternehmen ihre Startplätze eingenommen. Trotz der Liberalisierungen kam es in den MOEL nicht oder nur in geringem Maße zur Ausbildung eines wettbewerbsorientierten Telekommunikationsmarktes (dies gilt insbesondere für den Bereich der Festanschlüsse). Auch die Preise sanken nicht, sondern erhöhten sich teilweise sogar deutlich (was wiederum dem sehr geringen Preisniveau vor der Liberalisierung geschuldet war) (vgl. eEurope 2003+, PR 2004, ausf., Annex 2, 38). Im Rahmen des politischen Projektes einer Informationsgesellschaft sollte ja vor allen Dingen die Integration der Märkte zu einem Binnenmarkt und die Europäisierung der teledigitalen Technologien vorangetrieben werden, um „Wettbewerbsfähigkeit nach außen und Kohäsion nach innen“ zu schaffen (Schaper-Rinkel 2002, 444).

Auf europäischer Ebene war längst gesetzt, dass der technologische Umbruch – die kostenintensive Ausbau einer digitalen, leistungsfähigen Kommunikationsinfrastruktur – nicht auf fragmentierten Märkten gelingen würde, sondern nur auf ausreichend großem, europäischem Binnenmarkt überlebensfähig wäre. „Die Organisation der technologischen Integration verändert dabei die politische Organisation der Telekommunikation in doppelter Weise: Die Technologienentwicklung wird europäisiert und die technologische Definitionsmacht der nationalstaatlichen Fernmeldeverwaltungen gebrochen.“ (Schaper-Rinkel 2002, 450f)

Seit dem Grünbuch zum gemeinsamen Telekommunikationsraum, in dessen Folge die vier Freiheiten für den Binnenmarkt auch auf dem Telekommunikationssektor – zuerst für die Endgeräte, dann für die Dienste – durchgesetzt worden waren, machte sich die Kommission mittels des Wettbewerbsrechts und mit der Unterstützung des Europäischen Gerichtshofes daran, „die Regulierungsmacht über die Telekommunikation unter das Regime der von ihr entwickelten Märkte und europäischer Richtlinien zu bringen.“ (Schaper-Rinkel 2002, 451, vgl. ausf.: Schaper-Rinkel 2003, Teil IV)

„Während bei der öffentlichen Diskussion des Beitritts meist die offensichtlichen Problemfelder wie Agrarpolitik, Strukturfonds und gleichberechtigter Marktzugang im Vordergrund stehen, bleiben andere Bereiche wie die technologische Anpassung im Hintergrund. Dabei ist die technologische Anpassung ein Modus, mit dem eine Angleichung von Institutionalisierungsmustern erzwungen wird, ohne dass diese Institutionalisierung explizit als eine Anpassung politischer Strukturen und Funktionsmuster erscheint.“ (Schaper-Rinkel 2002, 442)

„Die technologische Integration der Telekommunikation ist gewissermaßen ein Trojanisches Pferd, das die institutionelle Angleichung in einem Ausmaß vorantreibt, ohne dass die neuen politischen Institutionen direkt als Politikum erscheinen. Die Regulierung der Kommunikationsinfrastrukturen wird der politischen Entscheidung der Parlamente entzogen und auf der juristischen Ebene durchgesetzt.“ (Schaper-Rinkel 2002, 454)

In Osteuropa zeigt sich mit dem Beginn der Transformationsprozesse eine hohe und ansteigende Nachfrage nach qualitativ hochwertigen Telefonverbindungen und Kommunikationsdienstleistungen. Engpässe in der Versorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen sind zudem für potentielle Investoren eine wesentliche Barriere bei der Gründung von Joint-ventures und Unternehmensgründungen.“ (Schaper-Rinkel 2002, 451f) Auf den Bangemann-Bericht folgt ein Aktionsplan mit 10 experimentellen Pilot-Projekten, die insbesondere dieser Dimension der Nachfrage Rechnung zu tragen suchen. Dabei gilt – trotz der Gefahr, ganze Regionen von der Landkarte der Europäischen Informationsgesellschaft zu streichen, die Förderung des Wettbewerbs als „Allheilmittel, um niedrige Preise für die Dienste der Telekommunikation zu erreichen“ (Schaper-Rinkel 2002, 452), über die dann eine Auslagerung der Produktionsstandorte und Dienstleistungen eingeleitet werden könnte

„(...) Die Übernahme des ‚Acquis Communautaire‘, des gemeinsamen rechtlichen Besitzstandes der Europäischen Union, ist eine Pflichtübung, der sich alle beitrittswilligen Länder stellen müssen. (...) Die Vorbereitung auf die Informationsgesellschaft ist ein eigenes Verhandlungskapitel zwischen Beitrittsstaaten und der EU. (...) Lizenzierung, Schutz privater Daten und die Entwicklung von Garantien für Universaldienste erfordern gerade in Anbetracht des Zusammenbruchs der totalitären Regimes vor einer Dekade neues Vertrauen, aber auch neue, leistungsfähige Regulierungsbehörden.“ (Kommission: EU-Nachrichten. Themenheft. eEurope. Die europäischen Union auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Nr. 1/19.2.2002, zitiert nach Schaper-Rinkel 2002, 458)

Für die Integration in das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ war neben Rechtsangleichung an den Acquis Communautaire auch die Absicherung von institutionellen Reformen zu leisten, bei denen auch die Telefondienstbetreibergesellschaften aus den Postministerien ausgegliedert und in selbständige Gesellschaften umgewandelt würden (um dann zumindest teilweise an ausländische Netzbetreiber verkauft zu werden).

„Innerhalb des Regulierungsmodells, das die Kommission durchgesetzt hat, sind kaum noch Spielräume für politische Gestaltung vorhanden. Parlamentarische Entscheidungen über die der jeweiligen landesspezifischen Situation entsprechende Regulierung und Institutionalisierung kann es in diesem Verfahren nicht geben, sondern lediglich eine Zustimmung zu einem gegebenen Ensemble von Institutionen und Regulierungsmustern. Parlamentarische Prozesse werden unterminiert, was langfristig zu einer Delegitimierung führen kann.“ (Schaper-Rinkel 2002, 454, vgl. die tschechische Europa-Debatte: Osteuropa-Archiv, 10/2001)

„Im Zuge der Beitrittsverhandlung müssen die Beitrittskandidaten die inhaltlichen und institutionellen Regulierungsmechanismen der EU für die Telekommunikation

übernehmen. In ihren Fortschrittsberichten des Jahres 2001 nimmt die Kommission eine detaillierte Bewertung der Maßnahmen zur Telekommunikationsliberalisierung in den einzelnen Ländern vor (...).“ (Schaper-Rinkel 2002, 453)

### **Die wichtigsten EU-Richtlinien und -Bestimmungen für die Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft**

#### **Telecommunications Acquis**

**1999/64/EC** Amending Directive 90/388/EEC in order to ensure that telecommunications networks and cable TV networks owned by a single operator are separate legal entities

**1999/5/EC** Radio equipment and telecommunications terminal equipment and the mutual recognition of their conformity

**1997/66/EC** Personal data in telecoms

**1997/33/EC** Interconnection in Telecommunications with regard to ensuring universal service and interoperability

**1996/2/EC** Amending Directive 90/388/EEC with regard to mobile and personal communications

**1995/47/EC** Standards for the transmission of television signals

**1994/46/EC** Amending Directive 88/301/EEC and Directive 90/388/EEC with regard to satellite communications

**1992/44/EEC** Application of open network provision to leased lines

**1991/287/EEC** Frequency band for digital European cordless telecommunications

**1990/544/EEC** Frequency bands for land-based public radio paging

**1990/388/EEC** Competition in the markets for telecommunications services

**1990/387/EEC** Internal market for telecommunications services through the implementation of ONP

**1987/372/EEC** Public pan-European cellular digital land-based mobile communications in the Community

#### **eCommerce Acquis**

**2000/31/EC** eCommerce Directive

**1999/93/EC** Electronic Signature

**1998/84/EC** Legal Protection of Services

**1998/34/EC** Information Society Services

**1997/7/EC** Distance Contracts

**1996/9/EC** Legal protection of databases

**1995/46/EC** Protection of Personal Data

**1993/98/EEC** Protection of copyright

**1993/22/EEC** Investment Services

**1993/13/EEC** Unfair terms in consumer contracts

**1992/100/EEC** Rental and lending

**1991/250/EEC** Legal protection of computer programmes

**1987/102/EEC** Consumer Credit

**1984/450/EEC** Misleading and Comparative advertising

**1977/388/EEC** Turnover taxes and common system of VAT

Quelle: eEurope 2003+ Progress Report 2002, Anhang B, S. 43f. Eine vollständige Liste ist in Kapitel 19 der Beitrittsdokumente enthalten.

Petra Schaper-Rinkel bewertet:

„Auf der einen Seite ist die weitgehend realisierte Übernahme zentraler EU-Regelungen, politischer Prozedere und Institutionen durch die Beitrittskandidaten festzustellen. Doch der Schutz privater Daten, der Aufbau von adäquaten Universaldiensten sowie leistungsfähige Regulierungsbehörden sind durch die Übernahme der westeuropäischen Regulierungsmuster gerade nicht gewährleistet: Datenschutz und Datensicherheit werden mit den EU-Regularien dem Markt und der Kaufkraft überlassen und werden daher in den kaufkraftschwachen Regionen und Sektoren der Transformationsökonomien die zunehmende Nutzung digitaler Dienstleistungen nicht befördern.“ (...)

„Den osteuropäischen Beitrittskandidaten bleiben zwar mit den Institutionalisierungen durch den *Acquis Communautaire* die Suchkosten und Konflikte zum Teil erspart, die bei einer eigenen Neukonstituierung von Institutionen anfallen. (...) Doch die technologische Anpassung verweist als ein Modus politischer Institutionalisierung auch darauf, dass die Gestaltungsspielräume der Beitrittskandidaten immer geringer werden. Lediglich den neoliberalen Fraktionen bzw. Positionen wird mit dieser Form der Integration ein machtvolleres politisches Instrument in die Hände gegeben: Mit dem *Acquis Communautaire* haben sie ein quasi externes Druckmittel gegen den internen Druck etablierter Interessenskonstellationen, dem sie nicht mehr umfassende Zugeständnisse machen müssen, weil sie es gar nicht mehr können.“ (Schaper-Rinkel 2002, 459)

„Die Vorleistungen, die von den Beitrittskandidaten erbracht werden müssen, sind enorm. Sie bestehen primär darin, eine technologische Kompatibilität – und damit optimale Bedingungen der weiteren Kapitalverwertung – herzustellen. Die Einführung der technischen und institutionellen Standards der EU sowie das umfassende Benchmarking, das den Stand der Einführung und Umsetzung dieser Standards in den einzelnen Beitrittsländern sichtbar macht, schafft eine starke Konkurrenzsituation zwischen den Beitrittskandidaten und bietet den etablierten westeuropäischen Unternehmen optimierte Wahlmöglichkeiten für Investitionen und Produktionsnetzwerke. Zugleich werden die Ökonomien Osteuropas als Absatzmärkte für westeuropäische Produkte und Dienstleistungen perfektioniert: Die etablierten Unternehmen Westeuropas finden ihre seit langer Zeit und bis ins Detail eingeübten Binnenmarktregeln und technischen Voraussetzungen nun auch in den Transformationsökonomien vor und haben damit einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil sowohl gegenüber den osteuropäischen als auch den außereuropäischen Konkurrenten. Die Märkte Osteuropas werden vom Westen bereits im Vorgriff auf die Erweiterung erobert – nicht zuletzt aufgrund dieser an die EU angelehnten Technologie-, Normungs-, und Telekommunikationspolitik: Der wachsende Handelsüberschuss mit den Beitrittsländern liegt im Jahr 2000 bei 17 Milliarden €. Diese ökonomischen Vorteile bleiben für die jetzige EU weitgehend auch dann bestehen, wenn der Erweiterungsprozess /verlangsamt wird, also das Machtgefälle zwischen dem integrierten Westen und dem atomisierten Osten weiter auseinander fällt.“ (Schaper-Rinkel 2002, 459f, vgl. Kommission 2002, 5)

„Der ‚entpolitisierte‘ Institutionentransfer, der über die Beitrittsregeln und das Benchmarking erfolgt, hat zudem ein hohes Stabilitätspotential: Die Unterwerfung unter die ökonomischen und institutionellen Regeln des europäischen Binnenmarktes ist formal eine freiwillige: Ihre Anpassungsleistung müssen die Kandidaten selbsttätig

organisieren, die westeuropäischen Vorgaben greifen nicht unmittelbar, sondern werden als Teil des jeweiligen nationalstaatlichen Rechts inkorporiert. Die ökonomische und institutionelle Fremdbestimmung erscheint als selbstbestimmte Adaption.“ (Schaper-Rinkel 2002, 460)

## **b. Erste Phase: EU-CEEC-ISF 1995-1997**

Nachdem strategische Ausrichtung und Tonalität des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ von der Bangemann-Gruppe formuliert worden waren, fokussierte sich die EU-Kommission zunehmend auf die Identifikation konkreter Ziele und konkreter Maßnahmen. Damit sollte sich nicht nur der Druck auf die Kommunikationspolitiken der EU-Mitgliedsstaaten erhöhen, gleichzeitig sollte nun auch die Heranführung der MOEL an das politische Projekt einer "Europäische Informationsgesellschaft" vorangetrieben werden.

Dazu werden zwischen 1995 und 2000 zahlreiche Vorbereitungs- und Koordinierungstreffen zwischen der EU und Vertretern der CEEC stattfinden, die mit der Verabschiedung des eEurope 2003+-Aktionsplanes auf der Ministerkonferenz in Warschau im Mai 2000 ihren vorläufigen Höhepunkt erreichen sollten. Die erste Phase dieses Prozesses, der im Folgenden untersucht werden soll, begann im Jahr 1995 mit der von der Kommission ausgesprochenen Einladung der Regierungs- und Industrievertreter aus den MOEL nach Brüssel. Auf dem dort gegründeten European Union and Central and Eastern European Countries Information Society Forum (EU-CEEC-ISF) sollte über die zukünftige Entwicklung der Informationsgesellschaft in den Beitrittsländern diskutiert werden.

### ***Erstes EU-CEEC-ISF***

Auf Einladung von Martin Bangemann, dem EU-Kommissar für Industriepolitik, Informationstechnik und Telekommunikation, trafen sich am 23. Juni 1995 etwa 120 Minister und Vertreter der Industrie aus den beitragswilligen MOEL (Polen, Ungarn, Tschechische Republik, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Estland, Lettland, Litauen und Slowenien) mit 90 Vertretern der Industrie- und Forschungsverbände der EU sowie Vertretern der Europäischen Kommission zu einer eintägigen Konferenz, dem ersten sogenannten ‚European Union and Central and Eastern European Countries Information Society Forum‘ (EU-CEEC-ISF), um in einem „offenen Dialog“ über die Globale Informationsgesellschaft zu diskutieren. Dabei ging es zunächst darum, die Anbindung der CEEC an die EU zu stärken sowie den Kontakt zu den zuständigen politischen und ökonomischen Akteuren und insbesondere den Betreibern der Telekommunikationsinfrastrukturen zu etablieren. Zugleich sollten die Implikationen der „Europäischen Informationsgesellschaft“ für die Beitrittskandidaten erörtert werden,<sup>424</sup> insbesondere die Bedingungen, unter denen die CEEC an dieser nicht nur teilhaben, sondern auch von dieser profitieren könnten. In diesem Sinne wurden zukünftige Entwicklungsmöglichkeiten sowie die Möglichkeiten für eine industrielle und technologische Zusammenarbeit eruiert. Die zentralen Themen dabei waren:

---

<sup>424</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum1.html>

“1) political, economic and social impact of the information society – including markets for products and services, employment, quality of life and protection of citizen’s rights;

2) regulatory framework and competitive environment – competition policy; liberalisation of markets for information, communications equipment, services, infrastructure, media; access to information networks; protection of industrial rights; investment opportunities and problems;

3) R&D co-operation – ongoing activities as well as schemes for further co-operation.”  
(Todoran 1996, 216)

Die Möglichkeit einer Integration des mittel- und osteuropäischen Kommunikationsraumes in das politische Projekt einer Europäischen Informationsgesellschaft stand allerdings noch nicht explizit auf der Tagesordnung, wenngleich sich diese – nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass die Vertreter der „Beitrittskandidaten“ erstmalig auch zu einem Information Society Forum eingeladen waren – sicherlich als Fluchtpunkt der Debatten am Horizont abzeichnete. So betonte Kommissar Bangemann in seiner Eröffnungsrede, dass „a key priority should be to establish and implement, across the whole of Europe, common principles on regulatory and competition issues“<sup>425</sup>. Diese seien eine notwendige Vorbedingung für die Einwerbung von privaten und öffentlichen Investitionen in die Infrastrukturen und Dienstleistungen, insbesondere von ausländischen Direktinvestitionen in die MOEL und Basis einer erfolgreichen industriellen Zusammenarbeit zwischen West- und Osteuropa.

Nachdem die Vertreter der MOEL Gelegenheit hatten, ihre unterschiedlichen nationalen Ausgangssituationen und die jeweiligen Entwicklungspläne darzustellen, wurde festgehalten, dass als grundlegende Voraussetzungen für eine Integration der Informationsinfrastrukturen der MOEL in die Europäische Informationsgesellschaft die Standardisierung, Interoperationalität und Interkonnektivität der Systeme sicherzustellen sind.<sup>426</sup> In zwei parallelen Sitzungen – zum regulativen Rahmen und der Gewährleistung des Wettbewerbs einerseits und der Zusammenarbeit in Forschung und Entwicklung andererseits – wurde zunächst ein grundsätzlicher Konsens über den Zusammenhang zwischen Liberalisierung und Harmonisierung der Informationsinfrastrukturen sowie der Wettbewerbsfähigkeit der MOEL hergestellt und fixiert.

Um die Harmonisierung der verschiedenen, oftmals nicht miteinander kompatiblen Infrastrukturen in den MOEL mit denen der EU voranzutreiben, sollten Kooperationen, insbesondere im Bereich der Forschung und Entwicklung (zum Beispiel im Rahmen der dafür von der EU aufgelegten Programme, durch die Erweiterung bereits existierender Initiativen wie z.B. ESPRIT oder den G7-Pilotprojekten) eingeleitet werden. Für die Implementierung eines gemeinsamen regulativen Rahmens solle – parallel zum „Screening-Prozess“ – ein kontinuierlicher Dialog aufgenommen werden. Das EU-CEEC-ISF würde dazu nun regelmäßig und jährlich stattfinden, zur Vorbereitung eines Arbeitsprogramms wurden

---

<sup>425</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum1.html>

<sup>426</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum1.html>

vier thematische Arbeitsgruppen, unter Führung von je einem Land und koordiniert von der Europäischen Kommission, eingerichtet.<sup>427</sup>

In seiner Eröffnungsrede für das Panel über „Infrastruktur und Finanzierung“ skizziert Bangemann die enorme Konjunktur der Debatten über die Informationsgesellschaft, die darunter begriffenen technologischen Neuerungen sowie deren weitreichende Wirkung für viele ökonomische Sektoren. Für die MOEL, die sich ohnehin in einem dramatischen Umbruchsprozess befinden und ihre öffentliche Mittel für wirtschaftlich weniger attraktive, aber notwendige Investitionen bereithalten müssten, stelle die Modernisierung der IuK-Sektoren eine zusätzliche Belastung dar, zumal diesen in der Vergangenheit nur eine geringe Priorität eingeräumt wurde. In diesem Sinne sollten Privatisierungen nicht darauf angelegt sein, das Geld aus dem Sektor in den Staatshaushalt zu verschieben, sondern es wieder gezielt in den Sektor zu reinvestieren. Darüberhinaus seien private Investitionen in die IuK-Sektoren nicht nur notwendig, sondern auch wünschenswert, weshalb die MOEL den Weg für ausländische Kapitalinvestitionen freiräumen sollten:

“In countries which do not have mature capital markets, private capital often means mainly foreign capital and it is clear that many EU companies are interested in investing in Central and East European telecommunications provided the conditions are conducive. Inside the EU we are used to cross border investment because it is a fundamental feature of the Single Market. Countries which wish to join the EU should be trying to make inward investment as simple and attractive as possible.”<sup>428</sup>

Neben dem Ausbau der bestehenden Netzwerke eröffneten sich für die MOEL durch die technologischen Fortschritte Möglichkeiten, andere Entwicklungswege als die westeuropäischen einzuschlagen bzw. Entwicklungsschritte zu überspringen (vgl. „leapfrogging“). Bangemann identifiziert hier insbesondere den über Funk- und Satellitenverbindungen ermöglichten Ausbau der Mobilnetze, die Tatsache, dass durch die Liberalisierung längst eine internationale Vernetzung von pan-europäischen Unternehmen stattfindet sowie die durch die Konvergenz von Telekommunikation und Medien eröffneten Möglichkeiten, z.B. im Bereich des Kabelfernsehens.

Auch Károly Lotz, der ungarische Minister für Transport, Kommunikation und Wasser, betont in seinen Eröffnungsbemerkungen die Notwendigkeit für die MOEL, möglichst schnell den Anschluss an die transeuropäischen Telekommunikationsnetze und den freien Fluss von Daten und Informationen zu schaffen. Denn die Voraussetzung für einen funktionierenden und effizienten privaten Sektor seien adäquate Telekommunikationsinfrastrukturen, wie die Integration in die Globale Informationsgesellschaft ein Merkmal der entwickelten Industrieländer sei.

---

<sup>427</sup> Diese Panels sind: „Infrastruktur und Finanzierung“ – Ungarn; „Standardisierung und technische Regulierung“ – Polen; „Rechtliche und institutionelle Rahmen“ – Slowakei; „Kooperation in Forschung und Entwicklung“ – Slowenien (vgl. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum1.html>). Die Forderungen und Empfehlungen aus dieser Panels, die sich im März 1996 in den jeweils verantwortlichen Ländern zu zweitägigen Sitzungen trafen, gehen zum erheblichen Teil in den abschliessenden Bemerkungen des zweiten EU-CEEC-ISF auf (wo sie präsentiert worden waren), deshalb muss an dieser Stelle nicht weiter auf diese eingegangen werden.

<sup>428</sup> Martin Bangemann, zit.n. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/panel1.htm>

„The development of the information infrastructure is a corner-stone for transforming the economic and social structures of this region both towards the European Union and towards the Information Society. No economic sector or social activity, if it is to function properly, escapes the need for up-to-date information techniques. I am convinced that this is also the jumping off point for our countries to catch up with the rest of Europe.“<sup>429</sup>

Auch Lotz betonte, dass der Ausbau der Netze bis hin zur Gewährleistung eines „universal service“ die finanziellen Möglichkeiten der nationalen Anbieter übersteige. Während im Westeuropa der 1970er und 1980er Jahre staatliche Investitionen den Ausbau vorangetrieben hatten, ist in den MOEL aufgrund der in Vergangenheit unzureichenden Investitionen in die Kommunikationsinfrastruktur auch die Entwicklung der gesellschaftlichen Nachfrage zurückgeblieben. Die Frage nach der Finanzierung einer Modernisierung ebendieser Infrastruktur sei deshalb von zentraler praktischer Bedeutung. Auch wenn es diesbezüglich unterschiedliche nationale Strategien geben werde, sei die Abhängigkeit von privaten Investitionen doch ein gemeinsames Merkmal der MOEL, weshalb investorenfreundliche Bedingungen geschaffen werden müssten. „For this reason we have to investigate the obstacles hindering investments in general. We have to understand the expectations of investors and must work to increase their desire to invest in this region.“<sup>430</sup>

Auf dem Panel zu „Forschung und Entwicklung“ wurde konkret festgehalten, dass Fluchtpunkt des Dialoges eine schnelle Integration der MOEL in das Projekt einer Europäischen Informationsgesellschaft sein müsse, da die „Entwicklung zur Informationsgesellschaft“ nicht nur ein Schlüsseltrend in den entwickelten Industrieländern sei, den die MOEL nicht verschlafen dürften, sondern eben auch ein prioritäres Projekt der EU darstelle und deshalb ein unerlässlicher Bestandteil der Beitrittsbemühungen der Kandidatenländer sein müsste. Wenngleich dem Beitritt zur Europäischen Informationsgesellschaft hinsichtlich der zu bewältigenden Transformationsprozesse sicherlich nicht überall die gleiche Priorität eingeräumt würde, so wurde der doch von allen Anwesenden als grundsätzliches Ziel geteilt. Bei dieser doppelten Transition – in eine Marktwirtschaft und in die Informationsgesellschaft – kämen der Forschung und Entwicklung eine bedeutende Rolle zu.

- *G7-Gipfel zur „Globalen Informationsgesellschaft“*

Bereits vor dem ersten EU-CEEC-ISF hatten sich am 25. und 26. Februar 1995 in Brüssel die entsprechenden Fachminister der G7-Staaten sowie Vertreter der Europäischen Kommission zu der G7-Ministerkonferenz getroffen, deren zentrales Thema die „Globale Informationsgesellschaft“ war. Der im Rahmen der G7 gehandelte Begriff einer „Globalen Informationsgesellschaft“ sollte zu einem effektiven Symbol für die US-amerikanische und europäische Liberalisierungsagenda im Bereich der Telekommunikationspolitik werden.

„Al Gore hielt dort eine Rede über die „Verheißungen der neuen Weltinformationsordnung (Toward a Global Information Infrastructure. The Promise of a New World Information Order)“. Um die Informationsinfrastruktur zu schaffen, müsse

<sup>429</sup> Károly Lotz, zit.n. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/panel1.htm>

<sup>430</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/panel1.htm>

man sich auf privatwirtschaftliche Initiativen und auf die Kräfte des Marktes verlassen. An die fünfzig Verantwortliche der großen Elektronik- und Raumfahrtunternehmen Europas, der Vereinigten Staaten und Japans waren zu diesem historischen Treffen eingeladen, von den Repräsentanten der Zivilgesellschaft fehlte hingegen jede Spur.“ (Mattelart 2003, 111)

Die fünf Prinzipien, die der US-amerikanische Vizepräsident Al Gore bereits im März 1994 bei der Ankündigung einer Globalen Informationsinfrastruktur genannt hatte (encourage investment; promote competition; create a flexible regulatory framework that can keep pace with rapid technological and market changes; provide open access to the network for all information providers; ensure universal service)<sup>431</sup>, finden sich nicht nur als tragende Säulen des Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ wieder, sondern definieren auch die Schnittmenge, die auf der G7-Ministerkonferenz als „Grundprinzipien“ für ein „gemeinsames Zukunftsbild“ beschlossen wurden.<sup>432</sup>

Diese „Grundprinzipien“ wurden in drei thematischen Sitzungen (1. Regulierung und Wettbewerb; 2. Infrastrukturentwicklung und Zugang sowie 3. Soziale und kulturelle Aspekte) zu folgenden Vereinbarungen konkretisiert:

- Förderung des Verbunds und Interoperabilität
- Entwicklung globaler Märkte für Netze, Dienste und Anwendungen
- Sicherung der Privatsphäre und Datensicherheit
- Schutz der Urheberrechte
- Zusammenarbeit bei FuE und der Entwicklung neuer Anwendungen
- Beobachtung der sozialen und gesellschaftlichen Auswirkungen der Informationsgesellschaft

Darüber hinaus wurden einige Überlegungen angestellt, wie die zukünftigen Nutzerinnen und Nutzer von den Vorteilen der Informationsgesellschaft zu überzeugen seien. Neben der Subventionierung des Zuganges durch universelle Dienste, der Förderung und dem Schutz der Programmvierfalt und dem Angebot von beruflichen und allgemeinen Bildungsmaßnahmen für die Informationsgesellschaft sollten insbesondere ein „Erfahrungsaustausch über die besten Mittel und Wege, die Öffentlichkeit über die Globale Informationsgesellschaft aufzuklären und sie davon zu überzeugen“ sowie auch die Entwicklung von attraktiven, „interaktiven Multimediadiensten und Anwendungen“<sup>433</sup> ihren Beitrag zur Überzeugungsarbeit leisten. Darüber hinaus wurde erkannt, dass der Schutz der Privatsphäre, Informationssicherheit und Schutz der Urheber- und geistigen Eigentumsrechte sowohl technisch wie politisch gewährleistet sein müssten, um Einzelpersonen und Organisationen zu einer „vollumfänglichen“ Nutzung der Informationsinfrastruktur zu bewegen.

---

<sup>431</sup> zit.n. Siochrú 1997

<sup>432</sup> Jacques Santer, zit. n. Siochrú 1997, vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_DOC-95-2\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_DOC-95-2_de.htm)

<sup>433</sup> vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_DOC-95-2\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_DOC-95-2_de.htm)

Die G7 und die Europäische Kommission beschlossen die Durchführung einer Reihe von Pilotprojekten für eine globale Informationsgesellschaft,<sup>434</sup> mithilfe derer das Potential der Informationsgesellschaft demonstriert, der Einsatz von IKT stimuliert und die internationalen Kooperation gestärkt werden könnten.

Die abschließende Presseerklärung demonstriert nicht nur den Pathos, von dem das Projekt einer Informationsgesellschaft noch Mitte der 1990er Jahre getragen wurde, sondern dokumentiert auch sein Ausgreifen auf die „Reformstaaten und Entwicklungsländer“, denen ökonomische Entwicklungssprünge und sonstige Verlockungen versprochen werden, wenn sie sich sowohl hinsichtlich der Liberalisierungs- und Privatisierungsvorgaben wie auch gegenüber den internationalen Organisationen kooperativ zeigen:

„Eine neue Revolution trägt die Menschheit ins Informationszeitalter. Der reibungslose und erfolgreiche Übergang zur Informationsgesellschaft ist eine der wichtigsten Aufgaben, die im letzten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts in Angriff genommen werden sollte. Das Ergebnis dieser Konferenz zeigt, dass die G-7-Partnerländer sich zum Ziel gesetzt haben, beim Aufbau der Globalen Informationsgesellschaft eine führende Rolle zu spielen.

Unser Handeln muss dazu beitragen, dass alle Länder in ein globales Vorgehen einbezogen werden. Reformstaaten und Entwicklungsländer müssen die Chance erhalten, an diesem Prozess in vollem Umfang mitzuwirken, da er ihnen Möglichkeiten bieten wird, bestimmte Stufen der technischen Entwicklung zu überspringen und der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung neue Schubkraft zu verleihen.

Auf alle wartet ein verlockender Lohn. Wenn sie Erfolg haben wollen, müssen die Staaten private Initiativen und Investitionen erleichtern und Rahmenbedingungen schaffen, die private Investitionen und Nutzungsmöglichkeiten zum Vorteil aller Bürger fördern. Außerdem sollten sie ein günstiges internationales Umfeld schaffen und dazu in den zuständigen internationalen Organisationen (zum Beispiel WTO, ITU, WIPO, ISO und OECD) zusammenarbeiten.

Unser Zukunftsbild können wir nur durch Zusammenarbeit verwirklichen.“<sup>435</sup>

An der Verwirklichung dieses Zukunftsbildes wurde im Mai 1996 auf einer Konferenz in Südafrika zur Frage der „Informationsgesellschaft und Entwicklung“<sup>436</sup> weiter gefeilt.

---

<sup>434</sup> Diese Projekte, die in Zusammenarbeit mit der Industrie durchgeführt wurden und zu einem Großteil ohnehin durchgeführt worden wären, und ihr Ausgang sind nicht weiter erwähnenswert. Sie bewegen sich auf dem Niveau von z.B. Prosuma, einem kostenloser Service, der die neuesten Durchbrüche aus dem Bereich der IKT auf interaktiven Multimedia-Seiten vorstellen und Partnern und Experten miteinander vermitteln sollte. Desweiteren ging es in diesen Projekten um die globale Interoperabilität von Breitbandnetzen, um Fragen einer kulturübergreifenden beruflichen Bildung, die Schaffung von elektronischen Bibliotheken, Museen und Gallerien und Fragen einer elektronischen Integration von Umwelt- und Naturmanagement, Katastrophen- und Verkehrsmanagement sowie globalen Anwendungen im Gesundheitswesen, eGovernment, etc.

<sup>435</sup> vgl. [http://europa.eu/rapid/press-release\\_DOC-95-2\\_de.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_DOC-95-2_de.htm)

<sup>436</sup> Auf dem Gipfel in Südafrika haben Südafrika und anderen Länder mit Nachdruck die Umsetzung eines globalen universal service eingefordert, sind damit aber von den G7-Ländern mit diesem Vorstoss zurückgewiesen worden. “Yet the fact that they were openly challenged is important. While the concept of the Information Society could be used in the EU to sugar the pill of liberalisation, this is

## **Zweites EU-CEEC-ISF**

Auf dem zweiten EU-CEEC-ISF, das am 13. und 14. September 1996 wiederum mit Vertretern der Europäischen Kommission, Ministern der MOEL sowie Vertretern von Industrie, Forschung und Finanzinstitutionen in Prag stattfand, wurde von Kommissar Bangemann der Aktionsplan "Towards the Information Society in the Central and Eastern European Countries. Twentyseven ideas for European initiatives" vorgestellt. In diesem wird – selbstvalidierend – die Bedeutung von Pilotprojekten für die Entwicklung der Informationsgesellschaft herausgestrichen. Diese Pilotprojekte wiederum werden anhand von 27 Beispielen konkretisiert, die sich grob den Funktionen Öffentlichkeitswirksamkeit, ökonomische Entwicklung und öffentliches/gesellschaftliches Interesse zuordnen lassen (vgl. Todoran 1996, 216).

Damit sollten die Bereiche herausgestrichen werden, in denen die unterschiedlichen nationalen Programme und Strategien für den Eintritt in die Europäische Informationsgesellschaft durch eine Kooperation auf europäischer Ebene sinnvoll ergänzt und die Möglichkeiten der IuK-Technologien für die öffentlichen und privaten Sektoren demonstriert werden könnte.<sup>437</sup>

Ausgehend von den Ergebnissen der vier auf dem ersten EU-CEEC-ISF eingerichteten Arbeitsgruppen, die sich bereits im März 1996 getroffen hatten, wurde die vitale Bedeutung der globalen Informationsgesellschaft und ihrer Technologien und Dienstleistungen für die Ökonomien, öffentlichen Verwaltungen und das soziale wie kulturelle Leben und die kulturelle Diversität aller europäischen Länder bestätigt – womit mehr oder weniger der Tenor des G7-Gipfels zur Globalen Informationsgesellschaft – um den europäisch-kulturellen Aspekt ergänzt – wiedergegeben ist. Daraus wurde gefolgert, dass der Übergang in die Informationsgesellschaft ein relevanter Aspekt in der sozio-ökonomischen Entwicklung aller MOEL wäre und *damit einen unerlässlichen Bestandteil der einem EU-Beitritt vorausgehenden nationalen Aktivitäten darstellen müsse*.

Deshalb verpflichten sich die Regierungen der MOEL, nationale Strategien und Aktionspläne für die Informationsgesellschaft zu entwickeln und auch offizielle nationale Koordinations- und Kontaktstellen für ihre informationsgesellschaftlichen Aktivitäten einzurichten.

In diesem Zusammenhang wird erneut die Rolle der Regierungen hinsichtlich der Etablierung eines stabilen regulatorischen Umfeldes unterstrichen, über das das notwendige Vertrauen hergestellt werden soll, um die Modernisierung und den Ausbau grundlegender Informations- und Kommunikationsinfrastrukturen sowie auf diesen basierenden Dienstleistungen durch private Investitionen voranzutreiben. Hier hätten Privatisierungen und die Bereitung eines „investitionsfreundlichen Klimas“ Priorität. Darüber hinaus sei aber nicht nur der Einklang mit den wirtschafts-, wettbewerbs- und ordnungspolitischen Eckpunkten des politischen Projektes einer Europäischen Informationsgesellschaft herzustellen, sondern auch die Empfehlungen aus dem Weißbuch über die Vorbereitung der assoziierten MOEL für die

---

more problematic in less developed countries sceptical of western solutions and perhaps not unaware of the earlier use of the concept in the 1970s." (Siochrú 1997)

<sup>437</sup> vgl. [http://ec.europa.eu/information\\_society/eeurope/plus/background/index\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/eeurope/plus/background/index_en.htm)

Integration in den EU-Binnenmarkt zu berücksichtigen. Dabei sei die Wirkung der Telekommunikationsstrategien im Hinblick auf eine ungleiche ökonomische Entwicklung bestimmter Regionen zu berücksichtigen wie auch Maßnahmen zur Verbesserung des Zugangs zu fortgeschrittenen Telekommunikations-Diensten zu ergreifen.

Ebenfalls sei für die Unabhängigkeit der Standardisierungsgremien und ihre Integration in das europäische Standardisierungssystem zu sorgen, damit sichergestellt werden kann, dass die europäischen Standards transponiert würden und es hinsichtlich der technischen Regulierung für die EU einen zentralen Kontakt gebe.

Damit eine Vergleichbarkeit hergestellt werden kann,<sup>438</sup> soll die Erhebung von statistischen Daten zur Entwicklung der Informationsgesellschaft fortan auf die MOEL ausgeweitet werden.<sup>439</sup> Die MOEL werden angehalten, die Einrichtung von in diesem Zusammenhang durchgeführten nationalen und internationalen Projekten und Studien zu unterstützen und zu dokumentieren.

Um die institutionelle Verankerung der informationsgesellschaftlichen Politik sowohl auf nationaler wie auch auf europäischer Ebene und die Zusammenarbeit der unterschiedlichen Interessen zu koordinieren, solle die Europäische Kommission weiterhin hinsichtlich der regulatorischen Aspekte beratend tätig sein, insbesondere im Hinblick auf die Umsetzung der die IKT-Sektoren betreffenden Liberalisierungs-, Harmonisierungs- und Standardisierungsprozesse.

Desweiteren wurden weitere Möglichkeiten einer Zusammenarbeit und Intensivierung der institutionellen Kontakte auf allen Ebenen herausgestrichen. Um die Voraussetzungen für eine transnationale Vernetzung von wissenschaftlichen und industriellen Kreisen sowie neue Kooperationen zwischen privaten und öffentlichen Sektoren im Bereich Forschung und Entwicklung zu schaffen, solle die Aufmerksamkeit von BürgerInnen, Verwaltungen und Unternehmen sowie Forschungsinstitutionen durch Pilot- und Demonstrationsprojekte auf die Möglichkeiten und Chancen der IuK-Technologien gelenkt und die Verfügbarkeit einer angemessenen Informationsinfrastruktur für die nationalen Forschungseinrichtungen sichergestellt werden.<sup>440</sup> Einige der geplanten experimentellen Pilot-Projekte sollten in den MOEL platziert werden. Zudem solle für Unternehmen und Institutionen aus den MOEL der Zugang zu den verschiedenen EU-Programmen (insbesondere zu dem Vierten Forschungsrahmenprogramm, aber auch an den geplanten PHARE-Projekten) ermöglicht werden.<sup>441</sup>

- *Bonner Konferenz 1997*

Vor dem Dritten EU-CEEC-ISF fand auf Einladung der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Kommission im Juli 1997 die Europäische Ministerkonferenz "Globale Informationsnetze: Die Chancen nutzen" in Bonn statt. Neben den Ministern von 29 europäischen Ländern waren auch Vertreter aus den MOEL und Zypern, die Vertreter der

---

<sup>438</sup> Wir erinnern uns an den als Regatta-Rennen veranstalteten „Screening-Prozess“.

<sup>439</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum2.html>

<sup>440</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum2.html>

<sup>441</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum2.html>

Europäischen Freihandelszone, „hochrangige Gäste“ aus den USA, Japan, Kanada und Russland sowie Vertreter der Wirtschaft und gesellschaftlicher Interessen geladen, um die Koordinierung der verschiedenen nationalen, europäischen und internationalen Strategien und Aktionspläne voranzutreiben und sich auf grundlegende Weichenstellungen hinsichtlich der Nutzung der globalen Informationsnetzwerke zu verständigen.<sup>442</sup>

Nach einem sonntagabendlichen Empfang wurde die Konferenz durch den bundesdeutschen Wirtschaftsminister Günter Rexrodt, die luxemburgische Ministerin für Kommunikation Mady Delvaux-Stehres und den EU-Kommissar Martin Bangemann offiziell eröffnet. In seiner Eröffnungs-Rede griff Bangemann wiederum die Themen des Weißbuches Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Arbeitsplätze auf und spannte einen Bogen von diesem über den nach ihm benannten Bericht und darauffolgenden Aktionsplan, bis hin zum Beschluss über die Liberalisierung der Telekommunikation,<sup>443</sup> diversen EU-Konferenzen, dem G7-Gipfel zur globalen Informationsgesellschaft in Brüssel sowie den Treffen mit den MOEL seit 1995. Mit der Liberalisierung der Telekommunikation stünde nun ein zweiter Abschnitt in der Geschichte der Informationsgesellschaft an: vor dem Hintergrund eines in Zukunft zu 90% liberalisierten, weltweiten Telekommunikationsmarktes sei es nun an der EU-Kommission und den Mitgliedstaaten, eine zügige Umsetzung auch in Europa zu gewährleisten, wie selbstredend auch die „vollständige und schnelle Erfüllung des WTO-Abkommens in anderen Teilen der Welt“ gleichermaßen wichtig sei. Neben der Liberalisierung und der Etablierung eines ordnungspolitischen Rahmens war es Bangemann besonders wichtig, auch über Maßnahmen zu sprechen, um die „Akzeptanz und Mitwirkung von Unternehmen, Bürgern und des öffentlichen Sektors“ zu steigern.<sup>444</sup> Das „Schlüsselement der entstehenden Informationsgesellschaft“ sei die „regionale, lokale und private Initiative“, denn die Informationsgesellschaft könne „nicht durch eine politische Entscheidung von oben durchgesetzt werden, sie lebt von Initiativen, die von unten kommen.“ Diese Anmerkung ist natürlich umso bemerkenswerter, war es doch die „hochrangig“ besetzte Bangemanngruppe selbst, die das Konzept in die Welt gerufen hatte. Auch wenn wir uns die bisherigen Treffen, Initiativen und Konferenzen dazu ansehen, dann war die „regionale Initiative“ „von unten“ oder gar aus der Gesellschaft bisher ja noch nicht einmal eingeladen. Der Blick auf das Konferenzprogramm des nächsten Tages ernüchert: Unter dem Thema „Günstige Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr“ sprechen neben Handels- und Industrieministern Kohsei Ueno vom japanischen MITI, der EU Kommissar zum Binnenmarkt Mario Monti, eine EU Parlamentarierin und die Generalsekretärin der OECD sowie Repräsentanten der Deutschen Telekom, Microsoft Europe, GIE Carte Vancaire, Siemens AG, IBM und Fujitsu.

In der auf dieser Konferenz verabschiedeten Ministererklärung (sog. „Bonner Erklärung“) werden die positiven Effekten der Informationsgesellschaft für alle gesellschaftlichen

---

<sup>442</sup> [www.fitug.de/debate/9707/doc00000.doc](http://www.fitug.de/debate/9707/doc00000.doc);

[http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>443</sup> U.a. durch das WTO-Abkommen über die Liberalisierung der Basisdienste in der Telekommunikation vom 17.2.1997, Genf.

<sup>444</sup> Es ist zumindest bemerkenswert, dass die so großartig und prophetisch angekündigte Informationsgesellschaft offenbar immer noch keinen Anklang gefunden hatte.

Bereiche hervorgehoben: „vom Handel bis zum Gesundheitsschutz, von der Bildung bis zur Freizeit, von der Arbeitsweise der Regierung bis zur Wahrnehmung demokratischer Rechte“<sup>445</sup> – und natürlich insbesondere für die Realisierung der europäischen Ziele Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung.

In diesem Zusammenhang stelle insbesondere „Europas Stärke bei der Technologie und Infrastruktur“<sup>446</sup> einen „strategischen Vorteil“ dar, der allerdings auch nur dann behauptet werden könne, wenn auf allen Ebenen die unmittelbare Dringlichkeit korporatistischen Handelns eingesehen werde. Damit angesichts des hohen Entwicklungstempos der IKT keine investitions- und nachfragehemmende „Unsicherheiten in technischer und rechtlicher Hinsicht“ entstehen, werden „alle europäischen Akteure – Unternehmen, Verbraucher und Staat – auf[gefordert], konstruktiv zusammenzuarbeiten, also gemeinsam diese Herausforderungen zu meistern und das wirtschaftliche und gesellschaftliche Potential globaler Informationsnetze voll auszuschöpfen.“<sup>447</sup>

In der Bonner Erklärung – wir schreiben das Jahr 1997 – wird übrigens zum ersten Mal explizit das Internet als zukunftsreicher Wirtschaftssektor gewürdigt. Mit seinem grenzüberschreitenden Charakter, der Vernichtung von räumlicher Entfernung und der ständigen Verfügbarkeit von Informationen würden nicht nur liberal-bürgerschaftliche Rechte wie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit realisiert, es entstünden auch neue Möglichkeiten im Bildungsbereich. Im selben Atemzug werde „durch effizientere Kommunikation, die Entwicklung neuartiger Inhalte und die Ankurbelung des elektronischen Geschäftsverkehrs“ auch das Wirtschaftswachstum gefördert.<sup>448</sup>

Selbstverständlich zeigten sich die Minister überzeugt, „dass die europaweite Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte bei der Entstehung globaler Informationsnetze und der Entwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs in Europa eine wichtige Rolle spielt“ und verpflichteten sich, diese vollständig und fristgerecht entsprechend der internationalen Vereinbarungen umzusetzen. Natürlich wird auch die dem Privatsektor zugedachte Schlüsselrolle bei der Entstehung globaler Informationsnetze bestätigt, der Aufbau der globalen Informationsnetze solle über den Markt, also über Investitionen des Privatsektors in Infrastrukturen und Dienste erfolgen.<sup>449</sup>

In diesem Sinne ergehen aus der „Bonner Erklärung“ Appelle an alle maßgeblichen Akteure. So werden zunächst der „Unternehmergeist“ und die „unternehmerische Initiative“

---

<sup>445</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>446</sup> Zum Beispiel bei der Entwicklung von Schlüsselnormen für globale Informationsnetze, beim Aufbau moderner digitaler Telekommunikationsnetze oder bei der Entwicklung grundlegender Techniken für den elektronischen Geschäftsverkehr – wie beispielsweise Chipkarten.

<sup>447</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html). Darüber hinaus unterstützen sie „die Verknüpfung europäischer Netze mit denjenigen der Industrie- und Entwicklungsländer, Kooperationsmaßnahmen namentlich mit den mittel- und osteuropäischen Ländern und den Mittelmeerländern sowie die Zusammenarbeit im Rahmen der G7-Projekte, insbesondere des Globalen Marktes für KMU“ (Kleine und mittlere Unternehmen).

<sup>448</sup> Mit der Entwicklung hochwertiger europäischer Inhalte, einem „eigenständigen Schlüsselfaktor im Bereich des elektronischen Handels“, wird die audiovisuelle Industrie, sprich der Mediensektor in die Nähe der Informationsgesellschaft gerückt.

<sup>449</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

beschworen, über die die Entstehung und Expansion der globalen Informationsnetze und des elektronischen Geschäftsverkehrs in Europa vorangetrieben werden soll. „Die Minister fordern die europäische Industrie daher auf, ihre beträchtlichen Ressourcen zu mobilisieren sowie Innovation und Kreativität in vollem Umfang einzusetzen, um Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen.“<sup>450</sup>

Insbesondere den Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) wird nahegelegt, sich rasch die globalen Informationsnetze zunutze zu machen: der elektronische Geschäftsverkehr biete „mehr Effizienz, erhöhte Reaktionsfähigkeit und Kostensenkungen“, zudem ermögliche er insbesondere für kleinere Unternehmen eine Ausweitung ihres Wirkungsbereiches. Den Verbrauchern werde auf diese Weise „mehr Auswahl, ein größeres Angebot an spezifischen Erzeugnissen, umfassendere Produktinformation, niedrigere Preise“ und eine individualisierte Kundenbetreuung ermöglicht.<sup>451</sup>

Um den „neuen und schnell wachsenden Unternehmen des Informationsmarkts“ wiederum den notwendigen „Zugang zu Kapital, vor allem zu Anschubfinanzierung und Wagniskapital“ zu verschaffen, appellieren die europäischen Minister an die Finanzwelt, „für erfolgversprechende Firmengründungen und KMU in Europa die Möglichkeit zu schaffen, über flexible und effiziente Instrumente Kapital aufzubringen, vor allem im frühen und mittleren Stadium ihrer Entwicklung. Sie werden innovative Wege der Kanalisierung von Investitionen in diesen Schlüsselbereich ermutigen.“<sup>452</sup>

In einer angehängten Erklärung erklären die Repräsentanten der Industrie,<sup>453</sup> dass sie die ihnen zugewiesene Rolle und Schlüsselfunktion in der Umsetzung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ annehmen. Dabei bestätigen sie die eben genannten Aufgaben der Politik noch einmal aus ihrer Perspektive:

„The significant but high risk investments in technology, services and infrastructure will be taken care of by industry and will be market-led. Entrepreneurship is the crucial factor and will lead to new industrial structures either from “scratch” or through rearrangements of current businesses. Entrepreneurs and industrialists need an appropriate business environment because of the risks involved. Governments are responsible for creating this environment. Global Information Networks furthermore

---

<sup>450</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>451</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>452</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>453</sup> Zu den Verfassern dieser Erklärung gehören folgende Unternehmen und Verbände: BBC, Belgacom, Bertelsmann AG, Cable and Wireless, Cartes Bancaires, Deutsche Bank AG, Deutsche Telecom AG, E.C.E. Electronic Commerce Europe, EDS, EMCOM-Roumanie, European Publishers Council, EUNET, Federation of Icelandic Industries, France Telecom, Global One, IBM, ICL plc, International Confederation of Music Publishers, International Federation of Phonographic Industry, Internet Watch Foundation, Kappa Net, KPN Holding, Lambrakis Publishing Group, Microsoft, Netscape Communications, Olivetti, OTE Grece, Philips Electronics, Polish Chamber of Information Technology and Telecommunications, Post und Telekom Austria AG, Reuters Holding plc, RAI, R 3 Security Engineering AG, SAP AG, Siemens AG, SPT Telecom a.s., Société Générale Belgique, Slovak Telecom, Société Européenne des Satellites SA, Software Publishers Association, STET, Telenor AS, Telia, Time Warner, The Bonnier Group (vgl. ISF Report 1997, Annex, 75f).

need a global regulatory framework which provides maximum opportunities and freedom for industry.”<sup>454</sup>

Für eine Involvierung von privatem Kapital in die Europäische Informationsgesellschaft seien demnach auf politischer Ebene folgende Weichen zu stellen:

- “Regulation should be as light-handed and flexible as possible.
- Legal rules applicable to global information networks and to business transactions being executed on networks should be consistent across the borders.
- Telecommunication markets should be opened up rapidly to effective competition thereby reducing national and cross border telecommunication costs to international competitive levels.
- Conditions must be created on the basis of which industry and consumers can have confidence in the security, privacy, and the authenticity of electronically transmitted information and electronic transactions.
- Market forces must be allowed to rapidly develop open technical standards.
- Discriminatory tax costs should not be imposed on the use of these networks.
- A high level of intellectual property rights protection is necessary for the creation, storage and distribution of content.
- Opportunities for becoming computer literate should be available to people of all ages and from across the social spectrum: education and training is essential for the use of global information networks.”<sup>455</sup>

Diese Forderungen der Industrie erinnern nicht nur stark an den Duktus des Bangemann-Berichts, sondern können – auch wenn es im weiteren Verlauf noch viele angehängte Formulierungen und Interessen geben wird – als der Kern des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ betrachtet werden.

Desweiteren werden die aus der Perspektive der ökonomischen Akteure zentralen Problemfelder identifiziert und entsprechende Lösungsvorschläge im Sinne der industriellen Interessen formuliert. Auf der Ebene internationaler Verhandlungen (ITU, ISO, IEC) solle die EU die Position der europäischen Industrie stärken, Fragen der Standardisierung wiederum solle sie dem privaten Sektor überlassen. Auch der sogenannte „e-Commerce“ (elektronischer Handel und Geschäftsverkehr) solle marktgetrieben entwickelt werden. Die notwendige Aktualisierung des Vertragsrechts, die auch sichere digitale Signaturen, digitale Dokumente und effektive Konfliktlösungsmechanismen etablieren soll, solle vom Staat

---

<sup>454</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>455</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html). Die Aus- und Weiterbildung der NutzerInnen der Informationsgesellschaft sei einer der tragenden Säulen der Informationsgesellschaft, wozu zunächst die Lehrer entsprechend ausgebildet und IKT in den Klassenräumen installiert werden müssen. Zur Bereitstellung der dafür notwendigen Grundausrüstung wird auf eine Zusammenarbeit von Regierung und Industrie gesetzt. „*Furthermore, governments should create the right conditions to ensure close association of industry with educational institutes to generate a continual stream of market-oriented ICT-experts.*“ Mithilfe der Industrie, der EU und der G7 solle so eine globale Information Superhighschool eingerichtet werden.

deshalb nur in enger Zusammenarbeit mit der Industrie unternommen werden, „in order to ensure a liberal, inexpensive and non-bureaucratic mechanism which will promote market development.“<sup>456</sup>

Aus einer zunehmenden technologischen Konvergenz, welche fortan in das Zentrum der Entwicklungsszenarios für die Informationsgesellschaft auch auf europäischer Ebene rücken wird, folgerte die Industrie die Notwendigkeit einer Überarbeitung der politischen Regulationsrahmen: die neuen Zukunftstechnologien entzögen sich der traditionellen Einteilung in bestimmte Sektoren (wie Telekommunikation, Rundfunk, Presse und Informationstechnologie), woraus sich neue Anforderungen für zukünftige Regulierungsansätze ergäben, die der konvergierenden, globalen „Natur“ von Informations- und Kommunikationsdiensten und der diese transportierenden Netzwerke gerecht werden müssten. Nicht sektorspezifische, sondern allgemeine, horizontale Regulierungsgrundsätze<sup>457</sup> müssten fortan formuliert werden, wobei „Selbstregulation“ und technische Lösungen eine zentrale Rolle einnehmen sollten. Ebenfalls in privaten Händen bleiben sollen auch die Standardisierung, die Hoheit über den Einsatz von Verschlüsselungstechnologien sowie der Datenschutz: so liefe eine EU-Datenschutzrichtlinie z.B. Gefahr, den globalen Datenfluss zu unterbrechen und neue Handelsbarrieren aufzubauen, „any sector-specific data protection rules (...) should be avoided.“<sup>458</sup> Das Vertrauen der Nutzer solle vielmehr über selbstregulierende Systeme, die Artikulation von Verhaltensregeln und vertragliche Lösungen gewonnen werden.

Mit der zentralen Bedeutung von „Innovationsfähigkeit“ und „Wettbewerb“ werden die Eckpfeiler solcher Regulierungsansätze eingeschlagen, wobei insbesondere der Sicherung von geistigem Eigentum im Sinne der WIPO-Verträge, des TRIPS-Abkommens sowie der Berne Convention for the Protection of Literary and Artistic Works eine zentrale Bedeutung beigemessen wird, deren Bestimmungen nun zügig zu implementieren seien.

Vielleicht gerade weil sie prägnanter formuliert sind, d.h. deutlich weniger von gesellschaftlicher Umwälzungsthesen und Teilhaberhetorik umrahmt sind, ist die bemerkenswerte Kongruenz der von der Industrie hervorgebrachten Forderungen zu denen des Bangemann-Berichts offensichtlich. Auf der abschließenden Pressekonferenz, auf der diese Ergebnisse und Empfehlungen vorgestellt wurden, wird EU-Kommissar Bangemann diese Erklärung dann auch als „Richtungsangabe für die politische Führung“ begrüßen.

### ***Drittes EU-CEEC-ISF***

Das dritte EU-CEEC-ISF, das über zwei Tage im Oktober 1997 und damit am Vorabend der vollständigen Liberalisierung der Telekommunikation wie auch der Aufnahme einer „intensivierten Heranführungsstrategie“ mit den MOEL stattfinden sollte, markiert einen wichtigen Wegpunkt in der Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und für die Integration des europäischen Kommunikationsraumes.

<sup>456</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

<sup>457</sup> Dieser horizontale, allgemeine Regulierungsansatz für alle Formen elektronischer Kommunikation wird wenig später seinen Widerhall in dem Grünbuch der Kommission zur Konvergenz finden, vgl. S. 461ff

<sup>458</sup> [http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min\\_declaration/i\\_finalde.html](http://europa.eu.int/ISPO/bonn/Min_declaration/i_finalde.html)

Auf dem dritten EU-CEEC-ISF wurden die Fortschritte bei der Implementierung der Maßnahmen und Empfehlung aus den ersten beiden Fora und den zwischenzeitlich tagenden, vier inhaltlichen Arbeitsgruppen zur Diskussion gestellt und über weitere Schritte debattiert. Da bereits absehbar war, dass auf der unmittelbar folgenden Sitzung des Europäischen Rates in Luxemburg (12./13.12.1997) die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen mit vielen MOEL beschlossen werden und damit eine neue Phase der Zusammenarbeit beginnen würde, wurde der seit 1995 in Gang gekommene Prozess einer vorsichtigen Annäherung und Zielabstimmung auf diesem Forum zu einem vorläufigen Abschluss gebracht. In diesem Sinne wurden konkrete Aufgaben für Europäische Kommission, die MOEL, dieses Mal aber auch für die Wirtschaft und andere Akteure identifiziert und festgehalten.

Zwar hätten die MOEL seit dem letzten Forum deutliche Fortschritte in Richtung Informationsgesellschaft gemacht, da die Wettbewerbsfähigkeit im Hinblick auf einen EU-Beitritt allerdings noch nicht zufriedenstellend ausgebildet sei, müssten weitere Investitionen in die Informationsgesellschaft erfolgen: „The improved efficiency which the Information Society will bring to the CEECs will be an important contribution to their competitiveness as they prepare for membership of the European Union.“<sup>459</sup> Die Informationsgesellschaft, insbesondere der „elektronische Kommerz“ (eCommerce) würde zur Entstehung von Märkten für neue Produkte und Dienstleistungen und so zur Verbesserung der unternehmerischen Wettbewerbsfähigkeit beitragen. In diesem Sinne wurden die auf der Ministerkonferenz in Bonn – ja übrigens auch von Ministern der MOEL – verabschiedeten Prinzipien, insbesondere im Hinblick auf die Schlüsselrolle der Unternehmen und des privaten Sektors beim Aufbau der Informationsgesellschaft, bestätigt.<sup>460</sup> Ergänzt wird nun lediglich, dass der entsprechende rechtliche Rahmen sowohl mit dem *acquis communautaire* und mit internationalen Abkommen (z.B. der WTO-Vereinbarung über Informationstechnologien) harmonisiert werden müsse – womit die auf der Bonner Konferenz formulierten Forderungen der Industrie für die weitere Politikformulierung als quasi akzeptiert und eingemeindet gelten müssen. Hinsichtlich der Aussichten für einen EU-Beitritt werden klare Ansagen gemacht: „Further liberalisation in line with the *acquis communautaire* will improve the prospects for future EU membership.“<sup>461</sup>

Gleichwohl wurde zugestanden, dass in einigen MOEL im Transitionsprozess zur Informationsgesellschaft den Regierungen zunächst doch eine gewichtigere Rolle

---

<sup>459</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum3.html>

<sup>460</sup> Um weitere Investitionen in Infrastruktur und Dienste zu stimulieren gehörten – neben der Liberalisierung und Privatisierung der Telekommunikation – zu den weiteren Aufgaben der MOEL auch die Neuordnung der Tarifstrukturen, um bessere und billigere, auch grenzüberschreitende, Dienstleistungen gerade in grenznahen Gebieten zu ermöglichen. Um Vertrauen in den e-commerce und den Vertrieb digitaler Inhalte zwischen Unternehmen und KonsumentInnen zu schaffen, sei neben der Errichtung eines transparenten und berechenbaren rechtlichen Rahmens auch die Etablierung von Verhaltensstandards sowie Maßnahmen zum Datenschutz, der Informationssicherheit sowie Verschlüsselungstechnologien notwendig. Dies entspricht nahezu wörtlich dem Forderungskatalog der Industrie im Anhang zur Bonner Erklärung.

<sup>461</sup> Vgl. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum3.html>

zukommen müsste als dem privaten Sektor,<sup>462</sup> allein weil dort das entsprechend „investitionsfreundliche“ Umfeld politisch noch zu bereiten sei. Deshalb wurde der schon auf dem zweiten EU-CEEC-ISF formulierte Auftrag, jeweils nationale Strategien und Aktionspläne zu entwerfen, nicht nur nochmals angemahnt, sondern ausgeweitet: diesen sei zudem ein nationaler Etat für die Informationsgesellschaft, insbesondere für Forschung und Entwicklung, zur Seite zu stellen. Ein aus VertreterInnen der beteiligten Interessensgruppen zusammengesetztes, nationales Beratungsgremium solle die Ausarbeitung der nationalen Strategie und politischen Zielsetzungen überwachen, entsprechende Empfehlungen aussprechen und vor allen Dingen die Zusammenarbeit mit anderen Institutionen (insbesondere den EU-europäischen wie dem EU-ISF und dem EU-ISPO, aber auch den statistischen Institutionen) gewährleisten. Darüber hinaus solle dieses Gremium auch die Implementierung des Aktionsplanes koordinieren. Weiterhin solle durch die Schaffung eines nationalen Informations- und Dienstangebot mit verschiedenen öffentlichen Zugangspunkten – auch in den Verwaltungen sollten „proaktiv“ neue Dienste zur praktischen Anwendung kommen – die öffentliche Aufmerksamkeit für die „Europäische Informationsgesellschaft“ erhöhen. Um den Erfolg der Informationsgesellschaft auch zukünftig abzusichern, sollten Maßnahmen zur Weiterqualifikation des Lehrpersonals nicht vergessen werden, um den Kindern von heute die notwendigen Fertigkeiten für morgen nahebringen zu können.<sup>463</sup>

Auch wenn hier also die bekannten Motive der „Europäischen Informationsgesellschaft“ anklingen – neben Effizienz und Wettbewerbsfähigkeit vor allen Dingen die bedeutende Rolle von privaten Investitionen im Ausbau der informationsgesellschaftlichen Infrastruktur, wie sie auf der Ministerkonferenz 1997 in Bonn bereits unterstrichen wurden – so ist auch deutlich geworden, dass diese Motive zunächst einmal top-down politisch zu initiieren und deren Attraktivität sowohl der Wirtschaft wie auch der Öffentlichkeit offenbar überhaupt erst noch zu vermitteln sind. In diesem Sinne soll – in Bezugnahme auf die Beschlüsse der Ministerkonferenz in Bonn – ein europaweiter „Tag der Informationsgesellschaft“ veranstaltet werden.

Auch der EU-Kommission wurde angetragen, für die MOEL den Weg in die Europäische Informationsgesellschaft freizuräumen. Neben ihrer beratenden Funktion im Hinblick auf die Übernahme des auf die Telekommunikation bezogenen Acquis Communautaire (insbesondere im Hinblick auf die Implementierung der Datenschutzrichtlinie (95/46/EC) und der Einrichtung von unabhängigen Kontrollgremien in jedem MOEL), sollten die Teilnahmemöglichkeiten für VertreterInnen gesellschaftlicher Interessen aus den MOEL an

---

<sup>462</sup> Hinsichtlich der Verabschiedung nationaler Strategien und Aktionsplänen zur Informationsgesellschaft werden die Regierungen der MOEL allerdings angehalten, auf bestimmte Fragen einzugehen und auf diese Weise soetwas wie ein homogenes europäisches Voranschreiten zu ermöglichen. Dabei geht es um Fragen der Finanzierung von Informationsgesellschaft sowie Forschung und Entwicklung aus nationalen Haushalten, einer „pro-aktiven“ Rolle der Regierungen bei der Nutzung von IKT, Datenschutz, Informationssicherheit und Verschlüsselung, Aspekten der regionalen Entwicklung, der Ausbildung für die Informationsgesellschaft sowie der Einsatz von IKT für die Ausbildung, der Schutz von kultureller und lingueller Diversität, internationaler statistischer Zusammenarbeit und der Nutzung von sowohl offiziellen wie unabhängigen Daten.

<sup>463</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum3.html>

den EU-CEEC-ISF erweitert sowie die Frage geklärt werden, an welchen weiteren Komitees und Beratungsgremien VertreterInnen der MOEL nun teilnehmen könnten. Durch die Vernetzung des Europäischen Parlamentes mit den einzelnen Parlamenten von EU-Mitgliedsstaaten und Beitrittskandidaten sollten administrative Vorgänge beschleunigt und auch die Unternehmen besser in Projekte eingebunden werden.<sup>464</sup>

Zuvorderst aber müsse es darum gehen, im Hinblick auf die anstehenden Aufgaben die Finanzierungsmöglichkeiten auszuloten und sicherzustellen.<sup>465</sup> Um Mittel aus den PHARE-Programmen und anderen internationalen Finanzinstitutionen für die Unterstützung von Investitionen in Informationsinfrastrukturen zu nutzen, sollten deren Ziele auf den Ausbau von interoperablen, transeuropäischen Telekommunikationsnetzen re-fokussiert werden. In diesem Sinne sollte Teilnehmern aus den MOEL im Rahmen der PHARE-Programme auch die Teilnahme an EU TEN-Telecom- und TEN-34 Projekten wie auch an INFO2000 ermöglicht werden. Um den Aufbau von Kommunikationsnetzen innerhalb und zwischen den Verwaltungen der MOEL sowie zur EU-Verwaltung zu unterstützen, solle auch die Teilnahme an den IDA-Projekten wie SIMAP<sup>466</sup> ermöglicht werden.

Zudem seien auch die vom Fünften Forschungsrahmenprogramm bereitgestellten Mittel für technologische Entwicklung und Demonstration für die Integration der Europäischen Informationsgesellschaft auszuschöpfen. Darüber hinaus solle ein Finanzierungsplan aufgestellt werden, um auch Individuen und Organisationen aus nicht assoziierten Ländern die Teilnahme an gemeinsamen Aktionen zur Informationsgesellschaft zu ermöglichen.<sup>467</sup>

Den Unternehmen wurde angetragen, zu den von den Regierungen entworfenen nationalen Plänen zur Informationsgesellschaft beizutragen, den Entwürfen staatlich finanzierter Forschungs- und Entwicklungsprogramme zu einer praktischen Anwendbarkeit zu verhelfen und die entsprechenden Technologien auch einzusetzen. Das klingt nicht nur knapp, sondern auch hilflos – das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ soll von privater Initiative getragen werden, die ihre Vorstellungen – wie z.B. auf der Bonner Konferenz – in die Beschlusslagen diktieren kann, zugleich aber offenbar durch so hilflose Maßnahmen wie der Veranstaltung von europaweiten Aktionstagen überhaupt erst einmal angeworben werden muss. Die Verwirklichung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ist in diesem Sinne abhängig vom unternehmerischen Interesse.

---

<sup>464</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum3.html>

<sup>465</sup> Als Grundlage dafür müssten die EU-Erhebungen zur Informationsgesellschaft auch auf die MOEL ausgeweitet werden – eine Forderung schon des zweiten EU-CEEC-ISF –, wobei insbesondere regionale Unterschiede im Hinblick auf grundlegende Telekommunikationsdienste, -infrastrukturen und -anwendungen zu untersuchen seien.

<sup>466</sup> Hier geht es um die Harmonisierung von rechtlichen Prinzipien, Zahlungsverfahren und dem Datenaustausch bei öffentlichen Beschaffungsvorgängen, die fortan auch elektronisch veröffentlicht werden sollen.

<sup>467</sup> Um das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nicht in den designierten Beitrittsländern aus Mittel- und Osteuropa, sondern auch in anderen MOEL (wie z.B. den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten) voranzubringen, wurde mit diesen ein Dialog im Rahmen des Erweiterungsprozesses und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit etabliert. Bei der Neuauflage des TACIS-Programms (Technical Assistance to the Commonwealth of Independent States) für die Jahre 2000 bis 2006 sollten der Informationsgesellschaft und der Telekommunikation Priorität eingeräumt werden.

Der wichtigste Beschluss des dritten EU-CEEC-ISF aber war die Einrichtung des sogenannten „Joint High Level Committee“ (JHLC), das sich aus Vertretern der EU-Kommission und Repräsentanten der Regierungen der MOEL zusammensetzen und einen Bericht über die Implementierung der EU-CEEC-ISF-Vereinbarungen anfertigen soll, um diesen auf einer zukünftigen Ministerkonferenz vorzulegen (zu diesem Zeitpunkt noch für das Jahr 1999 angesetzt, sie sollte im Jahr 2000 in Warschau stattfinden).<sup>468</sup>

- *Mitteilung der Kommission an den Rat 1997*

In einer Mitteilung an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen mit dem Titel „Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie für Informations- und Kommunikationstechnologien“ (KOM (97) 152) im April 1997 hält die EU-Kommission den Entwicklungsstand und die -tendenzen der europäischen IKT-Industrie fest. Im Vergleich zu den Weltmarktkonkurrenten aus den USA oder Südostasien kommt sie zu dem Schluss, dass die unter dem Banner der Wettbewerbsfähigkeit geführte Debatte über die zukünftige strategische Ausrichtung einer EU-Informationspolitik mit einer intensivierten Dringlichkeit geführt werden müsse.

Zunächst wird festgehalten, dass die „Industrie für Informations- und Kommunikationstechnologien“ (IKT) einen „wesentlichen Bestandteil der europäischen Wirtschaft“ darstellt, indem sie nicht nur „einen wichtigen Teil der Industrietätigkeit“, sondern auch den „Schlüssel zur künftigen Wettbewerbsfähigkeit sämtlicher Industrieprozesse, Produkte und Dienste“ und somit „die Plattform für die sich abzeichnende Informationsgesellschaft des 21. Jahrhunderts“ bildet.

„Auf die IKT-Industrie entfällt ein bedeutender und zunehmender Anteil der europäischen Fertigungsindustrie: 8,3% des Umsatzes (gegenüber 4,3% im Jahr 1981), 6,5% der Beschäftigung, 7,8% der Produktion und 9,1% des gesamten Brutto-Mehrwerts (gegenüber 6,1% im Jahr 1991). In all diesen Bereich mit Ausnahme der Beschäftigung liegt der Anteil der IKT-Industrie über dem der Chemie- und der Kraftfahrzeugindustrie (...). Ihr relativer Anteil wird künftig steigen, wenn sich die Informationsgesellschaft in all ihren Formen durchsetzt. In diesen Zahlen ist die Dienstleistungsindustrie (einschließlich Software) nicht berücksichtigt, die bei IKT ein bedeutendes Beschäftigungswachstum aufweist. Das Marktwachstum bewegt sich in der Größenordnung von 7% und dürfte auch in den kommenden Jahren unverändert anhalten (...).“ (KOM (97) 152, 3)

Damit ist die Bedeutung des IKT-Sektors unterstrichen. Um also „eine übermäßige Abhängigkeit von Schlüsselindustrien zu vermeiden, sich an den expandierenden Weltmärkten zu beteiligen, zur Schaffung von Arbeitsplätzen beizutragen [und] an der Spitze künftiger Innovationen zu stehen“, müsse Europa eine dynamische IKT-Industrie<sup>469</sup> und den Anschluss an die Weltspitze erhalten.

<sup>468</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum3.html>

<sup>469</sup> Der Umfang der IKT-Industrie umfasse „Unterhaltungselektronik, Computer- und Büroanlagen, Telekommunikationsgeräte, Komponenten, Software (sei es als Komponente oder eigenständiges Produkt, oder mit der Bereitstellung von Software verbundene Dienste).“ (KOM (97) 152, 1) Demnach können drei Hauptsegmente des Telekommunikationsmarktes unterschieden werden:

Gerade aufgrund der sich abzeichnenden, wachsenden Bedeutung stellt sich im internationalen Vergleich allerdings ein ernüchterndes Bild ein:

„Die vorgenannten Wachstumsraten mögen zwar hoch erscheinen, sind jedoch bedeutend niedriger als in den USA oder den aufstrebenden asiatischen Wirtschaftssystemen. Besonders besorgniserregend ist die Tatsache, dass der Anteil Europas am weltweiten IT-Markt seit 1990 von 35% auf 28% gesunken ist (...). Im gleichen Zeitraum stieg der amerikanische IT-Markt bei einem vergleichbaren Ausgangspunkt auf 41% des Weltmarktes im Jahr 1996 an. Die Ausgaben für IKT betragen in Europa 4,5% des BIP, gegenüber 5,7% in den USA. Die IKT-Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung belaufen sich in Europa auf 797 ECU, gegenüber 1.285 ECU in den USA (...). Überdies verschlechtert sich die Handelsbilanz in den meisten IKT-Branchen, mit Ausnahme der Telekommunikationsgeräte (...). Die Importe haben sich seit 1980 verfünffacht und sind auf 143 Mrd. ECU im Jahr 1995 angestiegen. Sie betragen nun in einigen Bereichen (Büroanlagen und Computer, Unterhaltungselektronik) ca. 50% des Verbrauchs, während sich die Importe in der Chemie- und Kraftfahrzeugindustrie lediglich auf 11% bzw. 17% belaufen.“ (KOM (97) 152, 3)

Besorgniserregenden Anzeichen wie einem „langsamen Marktwachstum, einem Rückgang der relativen Anteile europäischer Hersteller, einer unzureichenden Reaktion auf die marktwirtschaftliche und technologische Entwicklung“ (KOM (97) 152, 1) soll deshalb mit „umgehenden Aktionen aller Beteiligten (Industrie, Mitgliedstaaten, Kommission)“ (KOM (97) 152, 1) entgegengetreten werden. Hinsichtlich der Beschäftigungslage seien zwei gegenläufige Tendenzen feststellbar: durch die Produktivitätssteigerungen in den Fertigungsverfahren und die zunehmende Auslagerung von Fertigungsvorgängen würden Arbeitsplätze abgebaut, das Wachstum der Märkte hingegen könne mittelfristig die Beschäftigungslage verbessern. Die Kommission fasst das „Ergebnis“ dieser beiden Tendenzen wie folgt zusammen: „Das Ergebnis ist eine ausgewogene Lage mit langfristige gemäßigt Wachstum, die jedoch tiefgreifende Veränderungen der Qualifikationsstrukturen erfordert.“ (KOM (97) 152, 2)

Während es auf dem Gebiet der Halbleiter durch von der EU geförderte FuE und internationale strategische Bündnisse eine wettbewerbsfähige europäische Produktions- und Distributionsbasis gebe, sei der Standort Europa im Gebiet der Elektronikmontage für Unterhaltungselektronik und Computer durch hohe Lohnkosten benachteiligt. „Dieser Nachteil führte zu einer komplexen Auslagerung von Arbeitsplätzen nach Asien und neuerdings auch in die mittel- und osteuropäischen Länder sowie zur Ansiedlung einiger Fertigungsfunktionen in der Nähe der Zielmärkte.“ (KOM (97) 152, 3) Die MOEL allerdings würden ja bald schon zur EU gehören, darin wittert die Kommission eine Chance:

---

Infrastrukturen, also „Großsysteme mit langen Produktlebenszyklen und relativ niedrigen Wachstumsraten“, Geschäftssysteme und die Unterhaltungselektronik. Letztere sei „in zunehmenden Maße der technologische Motor der IKT-Industrie“, die insgesamt von den Tendenzen eines ständigen Innovationsprozesses und der damit verbundenen Preiserosion, den Konzentrationsprozessen der Industrie sowie den dynamischen, weltweiten Produktionsstrukturen strukturiert ist (vgl. KOM (97) 152, 2). Ausgenommen von der Definition der IKT-Industrie werden hier ausdrücklich der oft hinzugezählte Mediensektor, also Branchen wie der Rundfunk oder Programmindustrie.

„Die europäische IKT-Industrie hat sich nur zögernd umstrukturiert, um den neuen Aufgabenstellungen gerecht zu werden. Sie hat nicht mit dem Trend zur externen Beschaffung Schritt gehalten, um Netze wettbewerbsfähiger Komponentenlieferanten aufzubauen – internationale Produktionsnetze, wie sie für die amerikanischen und japanischen Hersteller und ihre asiatischen Zulieferernetze charakteristisch sind. Die Möglichkeiten, die die Wirtschaftssysteme der mittel- und osteuropäischen Länder bieten, und ihre etwaige Eingliederung in die Union sollten von der Industrie für ihre Umstrukturierung genutzt und von den Behörden gefördert werden. Die industrielle Zusammenarbeit auf den Weltmärkten ist von grundlegender Bedeutung, um nicht nur an der Erstellung von Normen mitzuwirken und die Marktpräsenz zu gewährleisten, sondern sich auch den Zugang zu Schlüsseltechnologien und Komponenten zu sichern und eine extreme Abhängigkeit zu vermeiden.“ (KOM (97) 152, 4)

Auch wenn für die einzelnen Elemente des IKT-Marktes sicherlich unterschiedliche Ausgangsbedingungen gelten müssen, stiegen die Erfolgsaussichten in der Regel bei dem Vorhandensein einer bestimmten Kombination, nämlich „dem Zugang zu ausgezeichneten Forschungsergebnissen in Verbindung mit der Bereitstellung von Risikokapital und einer engen Beziehung zwischen Lieferanten und Anwendern“ (KOM (97) 152, 3)<sup>470</sup> In diesem Zusammenhang seien die IKT noch nicht strukturell in den Unternehmen und beim Endverbraucher (u.a. den Behörden und öffentlichen Verwaltungen) angekommen.

„Diese strukturbedingten Schwächen stellen ernsthafte Belastungen für die europäische Industrie dar, sowohl auf ihrem Weg in die Informationsgesellschaft als auch bei der Entwicklung politischer Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit. (...) Ein offener, reibungslos funktionierender Binnenmarkt ist für die Verbreitung von IKT-Produkten und die Entwicklung entsprechender Dienstleistungen von maßgebender Bedeutung.“ (KOM (97) 152, 4)

Fernab jeglicher Teilhaberrhetorik wendet die Kommission den westeuropäischen Blick gen Osten und präzisiert, in welcher Weise die (west-)europäische IKT-Industrie von einer Zusammenarbeit mit den MOEL profitieren könnte:

„Mit der Erweiterung der Europäischen Union bieten sich für die europäische IKT-Industrie ein ausgedehnter und wachsender Binnenmarkt, bessere Skaleneffekte sowie neue Entwicklungsstandorte, an die kostenintensive Vorgänge verlagert werden können. Damit bietet sich ihr die Möglichkeit, ihre Fertigungsstrukturen nach dem Vorbild der amerikanischen und asiatischen Hersteller nezugestalten und so ihre weltweite Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Ein Großteil der Industrie entwickelt in diesen Ländern verschiedene Formen der Zusammenarbeit, die Qualifikationen freisetzen und wettbewerbsfähige Fertigungsbedingungen schaffen. Europäische Hersteller verlagern ihre Tätigkeiten von Fernost zurück, um diese - häufig besseren - Bedingungen auszunutzen, während sich ihre Werke im Fernen Osten auf die wachsenden und zunehmend offenen lokalen Märkte konzentrieren. Der Förderung der Zusammenarbeit zwischen den Unternehmen der EU und der MOEL gilt besondere Aufmerksamkeit. In der Unterhaltungselektronik bahnt sie sich bereits an.

---

<sup>470</sup> Diese Diagnose wird unterstrichen durch die Analysen von Manuel Castells hinsichtlich des Erfolgsrezeptes von Silicon Valley oder hinsichtlich der Frage nach der stark asymmetrischen Verteilung der hotspots der IKT-Industrie.

Die Kommission unterstützt diese Initiative und deren Ausdehnung auf andere Bereiche der IKT-Industrie. (...) Die Kommission würde die Bildung bzw. Verstärkung einer aktiven Vertretung der Industrie in den MOEL begrüßen. Die Strategie vor dem Beitritt schafft einen soliden Rahmen für die Festlegung fairer Wettbewerbsbedingungen und Spielregeln zugunsten der europäischen Industrie.“ (KOM (97) 152, 9f)

Für den Aufbau von Zulieferernetzwerken für die Unterhaltungselektronik-Hersteller wurden „im Rahmen eines kooperativen Benchmarking-Projekts, das gemeinsam von der europäischen und japanischen Unterhaltungselektronik-Industrie mit Unterstützung der Kommission und des MITI durchgeführt wurde“, sogar die Produktionspraktiken verglichen. „Dieses Projekt ergab zahlreiche nützliche Anregungen und gestattete es Lieferanten und Anwendern, ihre gegenseitigen Bedürfnisse besser zu erkennen, ihre Leistung zu steigern und ihre Geschäftstätigkeit zu erweitern. Das Programm wird nun auf die mittel- und osteuropäischen Länder ausgedehnt.“ (KOM (97) 152, Anhang 1, 12)

Mit diesem klaren Bekenntnis der EU-Kommission zur Notwendigkeit, auch im Bereich der Informations- und Telekommunikationstechnologien in Mittel- und Osteuropa ein Hinterland ausbilden zu wollen,<sup>471</sup> endet die erste Phase der Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“. Mit den Opinions der Kommission zu den Beitrittsgesuchen wird für die MOEL rückt Perspektive eines EU-Beitrittes in greifbare Nähe, mit der „intensivierten Heranführung“ beginnt auch für die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ eine neue Phase.

### ***Zwischenfazit: Erste Phase***

Die EU-CEEC-ISF fallen in die Phase der Annäherung und Assoziierung, die mit den vage gehaltenen Kriterien von Kopenhagen eingeläutet und mit dem „Screening-Prozess“ hinsichtlich einer Rechtsangleichung auf Grundlage des Acquis Communautaire konkretisiert wurde. Neben der Beratung zur Implementierung des ausführlich vorhandenen Rechtsbestandes ging es in dieser Phase darum, das politische und gesellschaftliche Umfeld für eine Integration in das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu bereiten sowie Impulse für die Wettbewerbsfähigkeit der Telekommunikationssektoren in den

---

<sup>471</sup> Neben den immer wieder vorgebrachten Vorteilen der Informationsgesellschaft für die Wirtschaft, die öffentlichen Verwaltungen, die KonsumentInnen, den Bildungsbereich etc. wird im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung auch darauf aufmerksam gemacht, dass die Anwendungen der Informationsgesellschaft dem Integrationsprozess selbst voranbringen würde „by providing efficient tools services and management methods to smooth the political, administrative, social, and economic problems that the accession raises.“ Der Regulationsrahmen selbst wird angepriesen als „being developed to enable the transition from monopoly to competition in the telecommunications sector. It is based on the recognition that choice, quality and lower prices are best delivered by a liberalised market, but it also recognises the necessity of regulatory intervention in the transition to effective competition.“ „For applicant countries, coming in line with the "acquis communautaire" is not just part of the negotiation process but as an essential step in stimulating their economies ahead of accession.“ „EU policy in this area has been geared precisely to realising the benefits of growth and competitiveness and applicant countries should therefore have a strong incentive for aligning with the relevant part of the "acquis communautaire".“  
[http://ec.europa.eu/information\\_society/topics/international/ceec\\_nis/text\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/topics/international/ceec_nis/text_en.htm)

MOEL zu setzen, d.h. Liberalisierung und Privatisierung in einem investitionsfreundlichen Umfeld so weit wie möglich voranzutreiben.

In den ersten beiden EU-CEEC-ISF wurden folgende Themen in Arbeitsgruppen vertieft:

- Investment in the Information Society Infrastructure
- The Adoption of Relevant European Standards
- Regulatory Regime for Telecommunications
- The Development of an Action Plan
- Strategy and Policy for the Information Society
- Pilot Projects
- ICT Applications in Education and Learning
- ICT Applications in Public Administrations

Nachdem auf den ersten beiden EU-CEEC-ISF entlang dieser Themen vor allen Dingen über eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Ost und West diskutiert wurde, wird seit dem dritten EU-CEEC-ISF die Positionierung des erweiterten Europas auf dem globalen Markt zunehmend in den Mittelpunkt rücken.

Dominiert wird diese Phase vom Duktus der Europäischen Kommission und der Ministerkonferenz in Bonn, mit Verweisen auf G7 und WTO. Die Übernahme des Acquis Communautaire gilt als gegeben und verläuft parallel zu den EU-CEEC-ISF. Wenngleich es durchaus vorsichtige Nachfragen der MOEL (zur Teilnahme an Programmen und Projekten, zur Finanzierung) gegeben hatte, auf der Ministerkonferenz in Bonn finden sie sich in der Rolle von Gasthörern wieder.

Die Beschlüsse der EU-CEEC-ISF sind weitestgehend appellativ, die ständigen Wiederholungen der immergleichen Motive, Notwendigkeiten und Ideen indizieren, dass es mit der Umsetzung nicht so recht vorangeht. Trotz aller Beschwörungen privater Initiative scheint die Europäische Informationsgesellschaft wie eine politische Kopfgeburt, die top-down zu vermitteln und aufwendig zu bewerben ist. Das hilflos-bange Aufschauen zu den Unternehmen, die ihre Bedingungen diktieren und die politischen Angebote umsetzen sollen, unterstreicht diesen Eindruck noch einmal.

Zu Beginn des Jahres 1997 haben sowohl das Information Society Project Office (ISPO) wie auch der European Survey of Information Society (ESIS) ihre Tätigkeit aufgenommen, "with the objective to build an inventory of projects as well as to assemble European data concerning promotional activities undertaken by public authorities and private actors, be they European, national, regional or local. Other aims were to monitor and to analyse new regulatory developments in the field of telecommunications and Information Society as well as to present a mapping of the actors, notably the public or private network facilities offering Information Society infrastructure, services and applications."<sup>472</sup>

---

<sup>472</sup> [http://ec.europa.eu/information\\_society/topics/international/ceec\\_nis/text\\_en.htm](http://ec.europa.eu/information_society/topics/international/ceec_nis/text_en.htm)

### c. Zweite Phase: Joint High Level Committee 1998-2000

Mit dem auf dem dritten EU-CEEC-ISF eingesetzten Joint High Level Committee (JHLC) beginnt die zweite Phase der Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“. Das JHLC war aus Repräsentanten der EU-Kommission und der MOEL zusammengesetzt, zusätzlich wurden zu diesen Treffen immer wieder auch externe Experten und Referenten zugeladen. Zwischen den Sitzungen des JHLC traf sich ein sogenanntes Joint High Level Committee Steering Committee (JHLC-SC), um die insgesamt vier Sitzungen des JHLC vorzubereiten.

*Die Mitglieder des JHLC und des JHLC SC:<sup>473</sup>*

*ALBANIA: Mr. Sokol LAMAJ, Legal Adviser to the Prime Minister, Council of Ministers, Bulevardi “Deshmoret e Kombit”; Mrs. Rudina LLAGAMI, IT Expert, Information Technology Division, Prime Minister Office, Bulevardi “Deshmoret e Kombit”*

*BULGARIA: Mrs. Elissaveta GUROVA, Head of department Information Society and Technologies, Ministry of Transport and Communications; Mrs. Malina NOVKIRICHKA, Chief Adviser in Legal Department at the Council of Ministers*

*CZECH REPUBLIC: Mr. Alexander KRATOCHVIL (JHLC SC), Acting Chairman of OSIS; Mr. Jiri ZUKAL, Department of Co-ordination of Relations to the EU, Ministry of Foreign Affairs*

*ESTONIA: Mr. Arvo OTT (JHLC SC), Head of the Department of State Information Systems, State Chancellery of Estonia;*

*HUNGARY: Dr. Csaba CSAPODI (JHLC SC), Director General of the Development Dept., Ministry of Transport, Communications, and Water Management; Mrs. Veronika LENGYEL, Senior Counsellor of Government, Deputy General Director, Prime Minister’s Office, Office of the Deputy State Secretary of Informatics*

*MACEDONIA: Mr. Bujar ISLAMI, Department of Informatics, Ministry of Labour and Social Policy; Dr. Oliver ILIEV, President of the National Committee 2000, Ministry of Finance*

*LATVIA: Dr. Andris VIRTMANIS (JHLC SC), Director of the Department of Informatics, Ministry of Transport; Dr. Edvins KARNITIS, Adviser to the Prime Minister of the Republic of Latvia*

*LITHUANIA: Mr. Valdas UNDZENAS, Head of Information Systems Division, Ministry of Public Administration Reforms and Local Authorities; Mrs. Migle SIMNISKYTE, Acting Head of Economic Cooperation Division, Economic Integration Dept. Ministry of Foreign Affairs*

*POLAND: Mr. Borys CZERNIEJEWSKI (JHLC SC), (Mrs. Agnieszka Suska-Bulawa); Director of IT Systems Department; Mr. Stanislaw CYDZIK (JHLC SC), Deputy Director, Ministry of Communications, Department of European Integration and International Relation*

*ROMANIA: Mr. Stelian ILIESCU, President of National Agency for Communications and Informatics; Mrs. Ileana Aurelia TRANDAFIR, Deputy Director, National Institute for Research and Development in Informatics*

*SLOVAKIA: Mr. Martin SEPP, Coordinator for Information Society Activities; Mr. Dusan VOJTECH,*

<sup>473</sup> Quelle: Summary Progress Report 2000, Annex C, S. 53ff)

*Director of minister's office, Ministry of Transport, Post & Telecommunications; Mr. Jan MOROVIC, Expert for Information Society activities*

*SLOVENIA: Mr. Rajko SABO (JHLC SC), Government Counsellor, Ministry of Science and Technology*

*Die Europäische Kommission wird vertreten durch:*

*Mr. Joerg WENZEL (JHLC SC), Principal Advisor, Information Society Activity Centre, Directorate General Information Society; Mr. Giangaleazzo CAIROLI, Head of Unit, Regional Aspects and International Dissemination of I.S., Information Society Activity Centre, Directorate General Information Society; Mr. Richard HARRIS, Regulation Aspects of the Information Society, Directorate General Information Society; Mr. Karl-Heinz ROBROCK, International Aspects of Programme, Innovation, Directorate General Information Society; Ms. Maria CARBONE, Regional Aspects and International Dissemination of I.S., Directorate General Information Society*

Grundsätzlich sollten das JHLC die „intensivierte Heranführung“ der MOEL an die „Europäische Informationsgesellschaft“ koordinieren. Konkret sollte es die Implementierung der Beschlüsse der EU-CEEC-ISF übersehen sowie Empfehlungen für eine kommende Ministerkonferenz ausarbeiten und letztlich auch den Aktionsplan für die Integration der MOEL in einen erweiterten europäischen Kommunikationsraum vorbereiten.

Dazu mussten zunächst die Themen identifiziert werden, die für die Entwicklung der Informationsgesellschaft in den MOEL von zentraler Bedeutung sein würden. Diese wurden dann später in der Form von systematisierten Länderberichten abgearbeitet und der Ministerkonferenz vorgelegt. Auf der Basis des so festgehaltenen Entwicklungsstandes wurde auf der Ministerkonferenz dann der Aktionsplan eEurope 2003+ verabschiedet.

Da die Beschlüsse und Verlaufsprotokolle der Sitzungen des JHLC online einsehbar sind,<sup>474</sup> muss dieser „offene Diskussionsprozess“ im Folgenden nicht im Detail nachvollzogen werden, zumal die über die Sitzungen entwickelten und verworfenen Ideen, Forderungen und Vorschläge sich schließlich in dem Abschlussbericht verdichten würden, der der Ministerkonferenz vorgelegt wurde und auf den später noch genauer eingegangen werden soll. Insofern konzentrieren sich die folgenden Betrachtungen eher auf den politischen Prozess als auf die uns später ohnehin noch einmal begegnenden Inhalte.

### **JHLC 1**

Das erste Treffen des JHLC fand am 8. April 1998 in Brüssel statt. Jörg Wenzel<sup>475</sup>, Leiter des Aktionszentrums Informationsgesellschaft der Europäischen Kommission, eröffnete die Sitzung mit einem Überblick über die bisherige Entwicklung der EU-CEEC Zusammenarbeit auf dem Feld der Informationsgesellschaft und skizzierte das Mandat des JHLC. Die Arbeit des JHLC sollte von offenen und kritischen Diskussionen und Debatten geprägt sein, unbürokratisch und möglichst effizient vor sich gehen und auf die Vorbereitung der

<sup>474</sup> vgl. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/forum1.html>

<sup>475</sup> Nach seinem Jura- und Publizistikstudium arbeitete Wenzel zunächst als Rechtsanwalt in Mainz, dann für die Ministerialverwaltung, und zuletzt als Leiter des Ministerbüros des Bundesministeriums für Wirtschaft in Bonn. Nach seiner Berufung zum Kabinettschef des EU-Kommissars Bangemann wurde ihm die Leitung des Aktionszentrums Informationsgesellschaft anvertraut.

Ministerkonferenz sowie der europaweit zu veranstaltenden „Tage der Informationsgesellschaft“ abzielen.<sup>476</sup>

Anhand der beim dritten EU-CEEC-ISF ausgesprochenen „Einladungen“ präsentierten die Vertreter der MOEL ausführlich den aktuellen Stand der Entwicklungen in ihren Ländern. Dabei ging es hauptsächlich um die Institutionalisierung des Projektes Informationsgesellschaft, die Bereitstellung von Mitteln sowie die Initiierung von nationalen Aktionsplänen. Gegebenenfalls wurde auch auf konkrete und bevorstehende Regulierungsvorhaben oder die Probleme bei der Harmonisierung von nationalem mit europäischem Recht eingegangen. Einzelne Vertreter stellten auch nationale Projekte zur Digitalisierung von Verwaltungsdiensten (Slowakei), Datenschutz (Slowakei) sowie zur Infrastruktur (Ungarn) vor.

Diese einzelnen Berichte über die Vorgänge und Entwicklungen in den MOEL wurden immer wieder von dem mit der Autorität der EU-Kommission ausgestatteten Jörg Wenzel kommentiert, gelobt und höflich bewertet.<sup>477</sup> Der dadurch entstehende Eindruck einer Klassenzimmersituation wird noch einmal verstärkt durch die engagierte Bewerbung des tschechischen Vertreters zum Klassenprimus: nach einer überaus förmlichen Begrüßung und dem nochmaligen Dank an die Organisatoren des JHLC sowie für “the opportunity to participate in its activities” stellt er den ambitionierten tschechischen Aktionsplan vor, der sich selbstverständlich entlang der Kriterien des dritten EU-CEEC-ISF bewege und auch praktische Vorschläge enthalte, wie z.B., dass die Tschechische Republik direkt zu den EU-Aktivitäten zur Informationsgesellschaft eingeladen werden könnte. Desweiteren würde der Monat März fortan der Informationsgesellschaft gewidmet, Benchmarking-Prozesse seien eingesetzt und, auch wenn die Situation in der Tschechischen Republik im Vergleich zum EU-Durchschnitt noch nicht befriedigend ist, sei man z.B. hinsichtlich der relativen Dichte von IP-Adressen immerhin auf dem Niveau von Frankreich und schon besser als Spanien und Italien.<sup>478</sup>

---

<sup>476</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>

<sup>477</sup> So *begrüßte* Wenzel die Liberalisierung der slowakischen Telekommunikationsinfrastruktur Anfang 1998 und *ermutigte* zu einer Ausweitung der Liberalisierung auch auf den Bereich der Sprachtelefonie. Er *lobte* die vielversprechenden Entwicklungen staatlicher Investitionsprogramme in Lettland, aber *mahn*te auch an, dass Fragen des Geistigen Eigentums und Datenschutz in die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollten. Hinsichtlich der von Lettland vorgetragenen Probleme, private Investitionen einzuwerben, *riet* er zur Identifikation der wichtigsten Punkte, um diese im JHLC diskutieren zu können. Hinsichtlich der slowenischen Probleme, eine zentrale Institution für die Belange der Informationsgesellschaft zu etablieren, *lud* Wenzel Slowenien zu weiteren Bemühungen diesbezüglich ein. Auf Rumäniens Vortrag, dass der schnelle Aufbau einer nationalen Informationsinfrastruktur ein wichtiges Ziel zur sozio-ökonomischen Entwicklung und für die Integration in EU und NATO darstellt, wobei der Ausbau bis in die ländlichen Regionen, die Harmonisierung des Rechtsrahmens sowie die Förderung der Nutzung der IKT, der Entwicklung der Industrie strategische Zwischenziele beschreiben, *merkte* Wenzel *an*, dass “these developments in Romania were a good example of an ambitious and comprehensive Information Society Action Program and that the European Commission would do its utmost to support its implementation.” (vgl. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>)

<sup>478</sup> Demhingegen fällt bspw. Albanien deutlich unter den Klassenspiegel: die Situation dort sei deutlich anders als in anderen Ländern. Zwar seien 1997 Abteilungen für Informationstechnologien in den Ministerien eingerichtet worden, die Infrastruktur, Netzwerke und Dienste einrichten sollen, die

Der Eindruck einer Klassenzimmersituation und eines fordernden und fördernden Lehrmeisters vervollständigt sich durch die Vergabe schriftlicher Hausaufgaben:

“In concluding the session on progress made in the CEECs Mr. Wenzel proposed that, in preparation for the next meeting, each delegation would prepare written reports on the state of play in their country. These reports would adopt a common structure and take up the points covered in the Chairman's Conclusions of the 3rd EU/CEEC IS Forum. At the next Joint High Level Committee meeting the European Commission will report on progress and developments in EU Member States.”<sup>479</sup>

Vielfach benutzte Formulierungen wie „noch nicht“, „schon“, „in Kürze“ und „momentan noch nicht“ weisen nicht nur auf einen zweifellos hintergründig wirkenden, teleologischen Entwicklungsdiskurs hin, sondern vielmehr auf das Bemühen, den von der EU gesetzten Zielen und Vorgaben baldmöglichst entsprechen zu wollen.

Den Berichten aus den MOEL folgten Präsentationen über die verschiedenen Bereiche, in denen die EU Prioritäten setzt, in denen sie Probleme sieht oder in denen sie den MOEL Angebote machen kann.

So wurden den Repräsentanten der MOEL – nach einem Vortrag über den Weg bis zur vollständigen Liberalisierung der Telekommunikation zum 1.1. 1998 – die unterschiedlichen Fonds und Programme der EU vorgestellt, aus denen Mittel für den Auf- und Ausbau der Informationsgesellschaft sowie die Modernisierung der bestehenden Infrastruktur akquiriert werden können. Zwar wären in einigen MOEL nationale Etats für den Aufbau der Informationsgesellschaft bereitgestellt worden, die Einwerbung von privaten Investitionen – die ja in der EU-Strategie die zentrale Finanzierungsquelle für den Ausbau der Informationsgesellschaft bilden soll – bleibe allerdings hinter den Erwartungen zurück. Deshalb müsse einstweilen auf Mittel der Strukturfonds,<sup>480</sup> des PHARE-Programms<sup>481</sup> für den Aufbau von Institutionen<sup>482</sup> sowie der noch speziell für die Vorbereitung eines EU-Beitritts aufzulegenden Programme zurückgegriffen werden. Mit der zu Beginn des Jahres 2000 einsetzenden, neuen Programmperiode würden die Beitrittsbemühungen durch das Instrument for Structural Policies for pre-Accession (ISPA) und Special Action Pre-Accession for Agriculture and Rural Development (SAPARD) zusätzlich unterstützt, mit dem EU-Beitritt

---

aktuellen Prioritäten seien aber noch von eher grundlegender Natur: von dem Aufbau einer Infrastruktur über die Etablierung eines Rechtsrahmens bis hin zur Förderung des eCommerce.

<sup>479</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtq0804.htm> Diese Fortschrittsberichte sollen in einem normierten Format an das Sekretariat des JHLC gesendet werden.

<sup>480</sup> Die europäischen Strukturfonds (wie der European Regional Development Fund (ERDF), der European Social Fund (ESF), der European Agricultural Guidance and Guarantee Fund (EAGGF) und der Financial Instrument of Fisheries Guidance (FIFG)) machen zusammen etwa ein Drittel des gesamten EU-Budgets aus. In den Vorschlägen für eine Reform der Fonds wurde die Informationsgesellschaft als Priorität sowohl im ERDF als auch im ESF vermerkt.

<sup>481</sup> Mit der Reorientierung des PHARE-Programmes bei gleichzeitiger Reduzierung des Budgets auf 2 Mio. ECU zugunsten von nationalen Programmen könne hinsichtlich der für die Informationsgesellschaft notwendigen Aufwendungen allerdings nur wenig erwartet werden.

<sup>482</sup> Zum Beispiel um die Einrichtung einer Regulierungsinstanz zu unterstützen, die im Zuge des Liberalisierungsprozesses die voneinander zu trennenden regulativen Funktionen „Eigentum“ und „Betrieb“ umzusetzen vermag.

würden die MOEL dann ohnehin Zugang zu erhöhten Mitteln aus den Strukturfonds erhalten. Ohnehin stehe den assoziierten Ländern die Teilnahme am fünften Forschungsrahmenprogramm frei, immerhin hätten bereits fünf MOEL ihre Assoziation zu diesem Programm beantragt. Allerdings habe der Europäische Rat die Verwendung der für die Programme INFO2000 und Multi-lingual Information Society (MLIS) bereitgestellten Mittel für die MOEL untersagt, wenngleich die Ergebnisse dieser beiden Programme gerne demonstriert werden könnten.

Neben diesen bescheidenen Mitteln gebe es derzeit keine Finanzierungsmöglichkeit "to support the provision of actual services (e.g. participation in TEN-Telecom), nor is there funding to support the policy making and awareness activities".<sup>483</sup> Somit bleibt die Frage der Finanzierung des Ausbaus der Informationsgesellschaft in den MOEL schwierig und dringlich.

"It was agreed that the funding issues will be taken up at the highest possible level. The delegations present will do their utmost to intensify contacts with national Phare co-ordinators in order to have consensus at national levels on the priorities of IS projects and the funding required to support them. In addition the delegations will also put the funding issue on the agenda of relevant committees to make additional efforts and launch initiatives to improve the financial packages currently available."<sup>484</sup>

Desweiteren wurden verschiedene Richtlinien und Aspekte des für die Informationsgesellschaft relevanten Acquis Communautaire vorgestellt: von der zentralen Bedeutung geistiger Eigentumsrechte für die Entwicklung des Europäischen Binnenmarkts und den wichtigsten Bestimmungen zum Datenschutz<sup>485</sup> über gesetzgeberische Probleme beim elektronischen Geschäftsverkehr bis zu den Problemen bei der rechtlichen Etablierung von elektronischen Dokumenten. Ebenfalls wurde über die laufenden Initiativen im Bereich der Standardisierung berichtet, die Aktivitäten von ETSI und das Beispiel der erfolgreichen Etablierung der GSM- und UMTS-Standards wurden vorgestellt.

Der Einsatz von IKT im Bildungsbereich hätte zwar bereits vielfach Eingang in die nationalen Strategien der MOEL gefunden, das Problem hätte sich mittlerweile allerdings von einem Ausrüstungs- zu einem Anschlussproblem entwickelt: es ginge nicht mehr so sehr um den Zugang zu Computern, sondern um deren Anschluss an Hochgeschwindigkeitsnetzwerke. Zwar gebe es eine große Bereitschaft in den MOEL zur Zusammenarbeit im

---

<sup>483</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>

<sup>484</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>

<sup>485</sup> Datenverarbeitung habe nach gesetzlichen Vorgaben und nur für freigegebene Zwecke zu erfolgen, für ihre Nutzung sei die explizite Zustimmung der Subjekte einzuholen, nationale Aufsichtsbehörden seien von Organisationen, die personenbezogene Daten speichern und verarbeiten, in Kenntnis zu setzen, die betroffenen Individuen haben das Recht, Auskunft über die gespeicherten Daten zu erhalten sowie die Korrektur von Fehlern zu verlangen, der Datentransfer in außereuropäische Länder mit unzureichendem Datenschutz kann durch bestimmte Artikel eingeschränkt werden, etc. Insbesondere wurde auf die schwierige Balance zwischen Datenschutz und freiem Datenfluss hingewiesen, weshalb den entsprechenden Minister der MOEL die Teilnahme an der im Mai 1998 in Berlin stattfindenden Konferenz zum Thema Datenschutz nahegelegt wurde.

Bildungsbereich, allerdings wurde auf diesem Feld auch eine gewissen Unselbständigkeit bemängelt: „there is not enough willingness to cooperate unless there is external support.“<sup>486</sup>

Da in den letzten sechs Monaten – vor dem Hintergrund des näher rückenden EU-Beitritts und der vielen technischen Fragen hinsichtlich der Implementierung des Acquis Communautaire – Fragen der Informationsgesellschaft zunehmend in den Hintergrund gerückt seien,<sup>487</sup> wurden noch einige Anregungen ausgesprochen. So solle noch im laufenden Jahr ein „Awareness Day“ zur Informationsgesellschaft stattfinden, um dieser zu einer europaweiten, öffentlichkeitswirksamen Sichtbarkeit zu verhelfen.<sup>488</sup> Um die Industrie zu mobilisieren, solle auf von Kommissar Bangemanns Vorschlag eines Industry Round Table, zu dem eine Auswahl aller Unternehmen aus dem IKT-Bereich geladen werden können, zurückgegriffen werden.<sup>489</sup> Neben dem EU-CEEC-ISF gab es ja parallel noch das reguläre Europäische Forum zur Informationsgesellschaft (EU-ISF), das aus 130 Vertretern aller gesellschaftlichen Gruppen bestehe, die in sechs Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen und aktuell im Rahmen einer Task Force zum Thema „Konvergenz“ arbeiteten. Die nächste Plenarsitzung solle um 30-35 von den MOEL zu nominierenden Repräsentanten aus gesellschaftlichen Gruppen erweitert werden. Darüber hinaus sollten in den CEEC nationale Information Society Fora eingerichtet werden.

#### - JHLC SC 1

Zur Vorbereitung des zweiten JHLC trafen sich im Juli 1998 Vertreter aus Slowenien, Ungarn, Estland, Slowakei, Polen, Tschechien und von der Europäischen Kommission zur zweitägigen Sitzung des JHLC Steering Committee (JHLC SC) in Bled.

Da die wichtigste Aufgabe des JHLC die Vorbereitung der Ministerkonferenz sei, sollten auf dem nächsten Treffen des JHLC in einem nichtöffentlichen Teil die Ziele sowie ein vorläufiges Programm der Ministerkonferenz definiert sowie die Fortschritte in den MOEL festgestellt werden. Zudem wären Präsentationen zum PHARE-Programm und dem Fünften

---

<sup>486</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>

<sup>487</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>

<sup>488</sup> Dazu wurden direkt schon erste Ideen vorgestellt: So könnte die Hauptveranstaltung in einer Mitteleuropäischen Stadt stattfinden, die wiederum „vernetzt“ sein solle mit vielen kleineren Veranstaltungen in den großen Städten Europas. Neben der Produktion eines Kurzfilmes über die Bedeutung und Möglichkeiten der Informationsgesellschaft sollten vor allen Dingen die Fernsehgesellschaften eingebunden werden, um eine simultane Übertragung des europaweit stattfindenden Tages der Informationsgesellschaft zu gewährleisten. Neben Shows und Auftritten solle es noch eine auf bestimmte informationsgesellschaftliche Randgruppen ausgerichtete, interaktive Ausstellung geben, sowie Auftritte von Politikern, um die „elektronische Demokratie“ zu demonstrieren und öffentlich Rede und Antwort zu stehen. Darüber hinaus sollten öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die 'Netdays Europe' auf die MOEL ausgeweitet werden. Ebenso wurde die „Global Bangemann Challenge“ (sic!) vorgestellt, ein von der Stadt Stockholm initiiertes Wettbewerb um die besten Ideen und Projekte im Bereich der IKT.

<sup>489</sup> Kriterien für deren Auswahl sowie eine erste Liste sollten bis Ende Mai erarbeitet werden, die EU Kommission erarbeite eine ähnliche Liste für die einzuladenden EU-Institutionen, die Einladung würde über Kommissar Bangemann erfolgen. Ein solcher Industry Round Table sollte unmittelbar nach der Sommerpause stattfinden und von der EU-Kommission geleitet werden. „Such a Round Table will be of enormous help in making national governments understand the importance of the Information Society and to prioritising the issues in the right order.“ Vgl. <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0804.htm>

Forschungsrahmenprogramms vorgesehen. An einem zweiten, öffentlichen Tag solle die Öffentlichkeit z.B. durch die Präsentation von Projekten aus der ‚Global Bangemann Challenge‘ und über das Fernsehen übertragene nationale Erfolgsgeschichten und Berichten zum „Tag der Informationsgesellschaft“ auf deren Entwicklung in der Slowakei aufmerksam gemacht werden.

Nachdem die auf dem letzten JHLC beschlossenen Punkte besprochen waren, deren Umsetzung offenbar Probleme bereitet,<sup>490</sup> wurde vorgeschlagen, dass sich eine Untergruppe des JHLC um das IST-Programme als wichtigem und für die MOEL vielversprechendem Teil des Fünften Forschungsrahmenprogramms auseinandersetzen solle. Darüber hinaus sollten gemeinsam mit dem DG XII Aufmerksamkeitskampagnen über das Forschungsrahmenprogramm insgesamt veranstaltet werden, um neue, insbesondere industrielle Akteure für die Teilnahme daran zu gewinnen.<sup>491</sup>

## **JHLC 2**

Das zweite Treffen des JHLC in Bratislava am 16./17.11.1998 wurde vom slowakischen Minister für Transport, Post und Telekommunikation in Verbindung mit einer zweitägigen Konferenz „iSlovakia“ und dem slowakischen Information Society Forum organisiert.<sup>492</sup> Die Verbindung der Sitzungen des JHLC mit solchen Veranstaltungen wurde von Herrn Wenzel im Namen der EU-Kommission begrüßt.

Zum Auftakt gab es eine Zusammenfassung über den aktuellen Stand der Beitrittsverhandlungen. Von den 37 Kapiteln des Acquis Communautaire seien bisher 14 überprüft, von diesen wiederum waren 7 (inklusive dem Kapitel 19 über Telekommunikation) Gegenstand der Ministerkonferenz in Brüssel am 10. November 1998 gewesen. Da die die Informationsgesellschaft betreffenden Richtlinien nicht alle einem Kapitel zugeordnet sind, sind sie zu diesem Zeitpunkt auch nur teilweise angegangen worden. Das JHLC habe diesen „Screening-Prozess“ allerdings auch nicht nachzuvollziehen, sondern sich in erster Linie mit den Problemen und Herausforderung der Politikformulierung und Implementierung der Informationsgesellschaft in den MOEL auseinanderzusetzen und diese zu koordinieren.

In diesem Sinne geht es in den Fortschrittsberichte der einzelnen MOEL vor allen Dingen um die Identifikation von ebendiesen Problemen und Herausforderungen, aber auch um das Hervorkehren von spezifischen Entwicklungstärken sowie den Stand der nationalen Aktionspläne und der eingeleiteten institutionellen Reformen.<sup>493</sup> Insofern es Aktionspläne

---

<sup>490</sup> Nachdem nur Rumänien, Polen, Ungarn und Tschechien ihre Delegierten für die Sitzung des EU-ISF eingereicht hätten, sei die Nominierung nun auch von den anderen CEEC nachzuholen. Auch für den Industry Round Table, das möglichst unabhängig vom Ministertreffen stattfinden solle und die Ergebnisse des 'Industrial Dialogue on Enlargement' am 5. Oktober 1998 in Wien miteinbeziehen solle, seien noch Nominierungen einzureichen. Damit auf dem nächsten Treffen des JHLC auch über die ersten Erfahrungen mit den nationalen ISF diskutiert werden könne, seien diese natürlich einzurichten. Die EU-Kommission wiederum solle baldmöglichst einen Vorschlag für ein gemeinsames Format der Fortschrittsberichte zirkulieren lassen.

<sup>491</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0607.htm>

<sup>492</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>493</sup> Obwohl sie eine auf dem Dritten EU-CEEC-ISF verabschiedete Themenliste abarbeiten, sind sie sowohl in ihrer Gliederung wie auch ihrer Erzählweise teilweise recht unterschiedlich. Deshalb soll fortan eine eindeutige Terminologie angewandt werden, um klarzustellen, welche Aspekte bereits fertiggestellt, was sich gerade in der Umsetzung oder sich noch in Planung befindet. Auch sei diese

gibt, sollten diese nicht nur konkrete Aktionen zur Erreichung der angegebenen Ziele enthalten, sondern zudem mit „ehrgeizigen“ Fristen für ihre Umsetzung versehen werden.

Es folgten Berichte zu Ereignissen, die für die Verwirklichung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in den MOEL von Relevanz erscheinen: vom JHLC-SC in Bled und dem EU-ISF<sup>494</sup> über das „Inter-Balkan IT Forum“<sup>495</sup>, die Vorbereitungen für den IS Day Europe 99<sup>496</sup>, den Wettbewerb „Communicating IS to the Public“<sup>497</sup> bis hin zu der „Global Bangemann Challenge“<sup>498</sup> und der Einrichtung einer Webseite für das JHLC.

In der Gesamtschau dieser Aktivitäten bestätigt sich der Eindruck, dass die „Europäische Informationsgesellschaft“ als politisches Projekt in hohem Maße „top-down“ organisiert wird. Die optimistischen Annahmen über eine gesellschaftliche und vor allen Dingen wirtschaftliche Nachfrage kollidieren immer wieder mit den vielfachen Bemühungen, diese überhaupt erst noch generieren und anschieben zu müssen. In diesem Sinne werden die Märkte für die Informationsgesellschaft politisch geschaffen. Da die europäische Industriepolitik Bangemann'scher Prägung industrielle Entwicklung nicht planen möchte (was sie hinsichtlich der Informationsgesellschaft aber de facto versucht, zu tun), beschränkt sie ihren politischen Spielraum auf die Unterstützung von vermeintlich Unvermeidlichem durch die Erleichterung von Kommunikation, Koordinierung und Abstimmung – gemeint ist in der

---

Themenliste noch um folgende Punkte zu ergänzen: Status beratendes Gremium, elektronischer Geschäftsverkehr und Rechtssetzung (insbesondere: Anerkennung elektronischer Dokumente, Datenschutz, digitale Signaturen)

<sup>494</sup> Mittlerweile seien 33 Repräsentanten der MOEL in die Arbeitsprozesse des EU-ISF eingebunden, die meisten hätten auch an dem Treffen in Strasbourg teilgenommen. „The work in the IS Forum is being undertaken by six working groups and two task forces working on the topics of convergence and the global business dialogue. The report will focus on the European model of the IS.“  
<http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>495</sup> Auf dem ersten „Inter-Balkan IT Forum“, das kurz zuvor in Thessaloniki abgehalten wurde, seien zwischen den Balkanstaaten Albanien, Bulgarien, Zypern, Griechenland, Rumänien, Mazedonien, Türkei und Jugoslawien die Perspektiven und Optionen für die Organisation der IT-Politik und einer regionalen Beteiligung an der Informationsgesellschaft ausgetauscht worden. Ein Sekretariat solle eingerichtet werden, um den gegenwärtigen Entwicklungsstand zu beurteilen, angemessene Aktivitäten zu empfehlen und diese zu koordinieren sowie den Anschluss an EU-Mitgliedsstaaten und andere hochindustrialisierte Länder herzustellen und Sponsoren oder geeignete Förderprogramme zu finden. Auch nächstes Jahr werde dieses Forum stattfinden.

<sup>496</sup> Der IS Day Europe 99 wird als eine Kampagne mit mehreren Aktionen geplant und soll die Art und Weise verändern, in der die europäische Öffentlichkeit die Dienstleistungen und Anwendungen der Informationsgesellschaft wahrnehmen und nutzen. Bestenfalls würde diese Kampagne durch parallele, national geplante Veranstaltungen flankiert. „With this in mind Mr. Pato asked the JHLC for proposals on how to organise IS Days in the CEE countries. Mr Wenzel also requested proposals for ways of involving politicians. (...) Once the national activities have been identified the national media should be informed about what is going to happen so that they write about it. Finding out who the opinion multipliers are and taking advantage of them will help to maximise the publicity effort. Mr Wenzel concluded by confirming that the Commission will keep the CEECs informed about the progress being made in preparation for the IS Day.“  
<http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>497</sup> Gemeinsam mit der Confederation of European Public Relations Professionals (CERP) wurde der Wettbewerb „Communicating IS to the Public“ ausgeschrieben. Bis März 1999 sollen Absolventen von Journalismus- und Public Relations-Schulen bzw. Verwandten Studiengängen Werbekampagnen zu dem Thema entwickeln, die die allgemeine Öffentlichkeit ansprechen.

<sup>498</sup> An der „Global Bangemann Challenge“ wären mittlerweile (Stand 1.12.1998) 527 Projekte aus 278 Städten und 65 Ländern eingereicht worden. 26 Projekte wurden aus den MOEL eingereicht.  
<http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

Tat oft bloß die Weitergabe von Informationen, Adressen und Kontakten oder die Planung von klassischen Werbe- und PR-Maßnahmen.

Wie angekündigt, präsentierte die EU-Kommission einen Überblick über das Fünfte Forschungsrahmenprogramm.<sup>499</sup> Zudem wurde auch – wie bestellt – das IST-Programm (Information Society Technologies) des Fünften Forschungsrahmenprogramms vorgestellt. Mit einem damaligen Budget von 3,6 Mill. ECU fördert es Projekte in den folgenden vier Bereichen:

- “Systems and Services for the Citizen. This covers health, the elderly and disabled, administrations, environment, transport and tourism;
- New Methods of Working and Electronic Commerce. This covers working methods and tools, market management systems, information and network security;
- Multimedia Content & Tools. This covers electronic publishing, cultural heritage, education and training, language technologies, information access and handling;
- Essential Technologies and Infrastructures. Information processing, communications & networking, Software, systems and services, Simulation and visualisation.”<sup>500</sup>

Obwohl die MOEL eingeladen sind, an dem Fünften Forschungsrahmenprogramm und insbesondere an dem IST-Programm teilzunehmen, verhinderte insbesondere das ungelöste Problem der Ko-Finanzierung ihre Teilnahme bis dahin.<sup>501</sup> Auch die Modalitäten für die Teilnahme an EU-Programmen wie MLIS oder INFO2000 wurden erläutert.

Desweiteren wurde mitgeteilt, dass die EU-Kommission entschieden hat, länderübergreifende Projekte nicht weiter mit Mitteln aus dem PHARE-Programm zu unterstützen. Zum einen bevorzugte die Kommission nun, da viele Länder kurz vor dem EU-Beitritt stehen, eine bilaterale und differenzierter zugeschnittene Vorgehensweise, zum anderen: “Phare was not satisfied with the proposals because the funds requested were mainly required for travel and subsistence, with few concrete objectives.”<sup>502</sup> In diesem Augenblick regt sich in der sonst so auf konstruktive Kooperation bedachten Runde tatsächlich Widerspruch: „Mr. Bavec stated that the Phare Multi-country programmes were an excellent mechanism for CEECs to collaborate and solve common problems together. The European Commission’s decision to cancel the multi-country programmes is seen as a

---

<sup>499</sup> Ein neuer strategischer Ansatz solle fortan die Bearbeitung von europäischen Schlüsselproblemen erleichtern, eine neue Struktur setzt thematische Schwerpunkte, neben „Ökosystem“, „Lebensqualität“ oder „Wachstum“ eben auch „Informationsgesellschaft“. Auf diese Weise solle das Forschungsrahmenprogramm einen Beitrag leisten, um den MOEL den Beitritt erleichtern, die sozio-ökonomische Entwicklung voranbringen und den Zugang zum Wissen der “industrialised countries” erleichtern.

<sup>500</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>501</sup> Zwar sind die Beitrittsländer mit dem Fünften Forschungsrahmenprogramm assoziiert (Laufzeit 1998 bis 2002, vgl. ABl. 1999 L 26). Allerdings kamen „nach dem Jahresbericht 2001 (...) 87% der teilnehmenden Institutionen aus der EU und weniger als 5% aus den Beitrittsländern. Im Vergleich zu den Mitgliedsstaaten ist das Verhältnis von eingegangenen Projektvorschlägen zu finanzierten Projekten bei den Beitrittsländern deutlich schlechter“ (Schaper-Rinkel 2002, 445, vgl. KOM (2001) 756, 18, 47-52). „Die Rahmenprogramme sind insofern kaum ein Instrument, mit dem die Beitrittsländer eine konkurrenzfähige Forschungsinfrastruktur aufbauen können.“ (Schaper-Rinkel 2002, 445)

<sup>502</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

bad move by the CEECs.”<sup>503</sup> Die Begründung dieses Widerspruch stützt die These von der Peripherisierung der MOEL, indem multi-lateralen, kollaborativen Projekte innerhalb der Gruppe der MOEL offenbar die Unterstützung versagt wird – zugunsten einer bilateralen Vorgehensweise – oder aber die anwesenden Repräsentanten der MOEL sind selbst gerne auf Kosten der EU gereist. Natürlich kann auch beides zugleich der Fall sein.

Auch die Vorbereitungen für den von Martin Bangemann vorgeschlagenen ‘Industry Round Table’ sind vorangeschritten. Nachdem von den JHLC-Mitgliedern eine offenbar zu umfangreiche Einladungsliste erstellt worden ist, soll diese jetzt auf fünf Industrie-Vertreter pro Land – möglichst aus unterschiedlichen Sektoren – zurückgestutzt werden. Das Treffen würde im Frühjahr 1999 stattfinden. “Mr Wenzel announced that a meeting between industrialists from the EU and the Commission had been organised in December and the list of those interested in participating in the Round Table with CEEC industrialists will be distributed to the JHLC after the meeting.”<sup>504</sup>

Herr Boyd vom Comité Européen de Normalisation (CEN) (Europäisches Komitee für Standardisierung) stellte das ‘Information Society Standardisation System’ (ISSS) vor, das Marktteilnehmern ein umfassendes und integriertes Angebot von Standardisierungsdienstleistungen anbietet „in order to contribute to the success of the information society in Europe.” “Participation in the workshops is open to all with an interest without geographic restriction. Participation in Technical Committee work should be through national standards bodies - all CEEC countries are affiliates of CEN.”<sup>505</sup>

Im Hinblick auf die zu planende Ministerkonferenz wurde festgehalten:

“The work that has been performed until now is good progress to be reported to the ministerial meeting. There are many things that have to be planned as part of the run up to the meeting. Mr. Czerniejewski pointed out that one of the important things about the JHLC is the opportunity of conducting a dialogue with the EU Member States. Mr Wenzel confirmed that Ministers from the EU will be invited to participate in the ministerial meeting. Mr. Aaviksoo reminded the JHLC that the objectives of the meeting and the topics to be discussed have yet to be agreed. All JHLC members should make their proposals (...).”<sup>506</sup>

An das Protokoll zum zweiten Treffen des JHLC angehängt waren noch die Zusammenfassungen zu den beiden nicht behandelten Tagesordnungspunkten „Industrial dialogue on enlargement“<sup>507</sup> und „e-commerce“<sup>508</sup>.

---

<sup>503</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>504</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>505</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>506</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg1611.htm>

<sup>507</sup> Die Industrie der MOEL ist sich häufig noch unsicher, inwiefern die Themen Wettbewerbsfähigkeit in einer erweiterten EU und die Implementierung des Acquis Communautaire sie betreffen. Um sie noch besser in den Erweiterungsprozess einzubinden, sollen Mitgliedstaaten, die Kommission und Branchenverbände unterstützende Maßnahmen entwickeln. Auf der „Conference on Industrial Dialogue Enlargement“, die am 5.10.1998 in Wien stattfand, gab es hierzu ein informelles ad hoc Treffen zwischen dem “Industry Council” und den Industrie-Ministern der MOEL. In diesem Rahmen wurden Partnerschaften zwischen der EU und den horizontalen wie sektoralen Industrie-Verbände der

- *JHLC SC 2*

Zu dem Treffen des JHLC Steering Committee am 25.3.1999 in Tallinn liegt kein Protokoll vor. Angesichts der ohnehin mageren Ergebnisse des ersten JHLC SC in Bled scheint dies ein verschmerzbarer Verlust. Aus dem Protokoll des folgenden JHLC-Meetings in Bukarest<sup>509</sup> ist jedoch zu entnehmen, dass u.a. ein vorläufiges Programm für die Ministerkonferenz vorgelegt und einige Ideen zur Gestaltung dieser Konferenz entwickelt wurden.

**JHLC 3**

Am 8.7.1999 fand in Bukarest das letzte voll dokumentierte Treffen des JHLC statt.<sup>510</sup> Nach einer kurzen Ansprache von Jörg Wenzel zur „schwierigen Situation“ im Süden Europas und dem Verweis auf die entsprechende Position der EU wurde – nach dem Rücktritt der EU-Kommission – der Aufbau einer neuen Kommission unter dem neuen Präsidenten Romani Prodi vorgestellt.<sup>511</sup> Die gastgebende rumänische Delegation skizzierte kurz den aktuellen Stand der Beitrittsverfahren: alle assoziierten Länder seien in der Phase der intensivierten Heranführung damit beschäftigt, ihre jeweiligen Beitrittsprogramme zu implementieren. „Each country has elaborated its own priorities and, amongst these, are innovation and the important subject of the Information Society that has been underlined as a very important priority. The sector is very important with respect to both institution building and preparing businesses to withstand competitive pressures in an open market.“<sup>512</sup>

---

MOEL angeregt, in denen u.a. Trainingsprogramme, Austauschprogramme und Workshops zur Professionalisierung der Verbandsarbeit aufgelegt werden sollten. Die Industrie-Verbände der MOEL sollen ein Benchmarking-System implementieren, das ihre Wettbewerbsfähigkeit auf Basis des UNICE Benchmarking Report dokumentiert. Zusätzlich sollten „Kompetenzzentren“ innerhalb der Verbände angelegt werden, um den Unternehmen Informationen sowie Weiterbildungsangebote zur Adaption des Acquis Communautaire zur Verfügung zu stellen. Zusätzlich soll ein PHARE-Programm „Business Support“ aufgelegt werden, mit dem der Austausch zwischen EU und MOEL-Verbänden unterstützt und effektiver gestaltet werden kann.

<sup>508</sup> „Attention has shifted from Information Society to electronic commerce, as the business application of Information Society. The focus is on the regulatory framework, standards, R&D.“ Zusätzlich werden die aktuellen internationalen Konferenzen und Programme diesbezüglich aufgezählt, dringlich zu bearbeiten seien folgende Themen: „international cooperation, protection of personal data, encryption, electronic authentication, taxation, IPR and liability, competition, electronic contacts, commercial communications, domain name system, content.“

<sup>509</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0807.htm>

<sup>510</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0807.htm>

<sup>511</sup> Nach dem vorzeitigen Ende der Santer-Kommission aufgrund der Vorwürfe von Betrug, Unregelmäßigkeiten und Missmanagement im Jahr 1999 wurde die neue Europäische Kommission unter Romano Prodi unter dem Vorzeichen von Mitte-Links-Regierungen gebildet. Unter der Santer-Kommission (1995-1999) wurden zwar viele Initiativen zur Informationsgesellschaft konkretisiert, aber kaum neue Impulse gesetzt oder zukunftsweisende Strategien ausgearbeitet (vgl. (Schaper-Rinkel 2003, 193). Unter Prodi wurde das Ressort „Unternehmen und Informationsgesellschaft“, d.h. die Zuständigkeit „für die Politik in den Bereichen Unternehmen, Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und Informationsgesellschaft“ (Schaper-Rinkel 2003, 193) dem Finnen Erkki Liikanen zugewiesen, dessen Konzept im Dezember 1999 mit einer stärkeren Konzentration auf das Internet neue Prioritäten setzte (KOM 1999/687; KOM 2000/330, 3). Der Aktionsplan „eEurope 2002“, auf den an anderer Stelle noch einzugehen ist, wird auch als „Prodi-Initiative“ gehandelt.

<sup>512</sup> Das Protokoll hält fest, dass Jörg Wenzel die Bedeutung des Konzeptes 'Institution Building' unterstreicht, um dann fortzufahren: "The JHLC has already achieved a high level of very close

Wieder folgen die Präsentationen der einzelnen Länder über ihre Fortschritte, namentlich hinsichtlich der Reform des regulatorischen Umfeldes zur Annäherung an EU-Vorgaben, der Entwicklung der technologischen Infrastrukturen, der Generierung von öffentlicher Nachfrage sowie der Institutionalisierung und Koordination von nationalen Programmen, Aktionsplänen und Strategien.

Anschließend wurden wieder Maßnahmen und Aktivitäten vorgestellt, die für die Erweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ von Bedeutung sind.

Wie bereits auf den EU-CEEC-ISF angestoßen, sollten auch die MOEL in die Datenerhebung im Rahmens des „European Survey of Information Society Projects and Actions“ (ESIS) einbezogen werden, einerseits um vergleichbares Datenmaterial hinsichtlich des Fortschrittes der „Europäischen Informationsgesellschaft“ – insbesondere im Hinblick auf die neu implementierten regulatorischen Rahmen – zu akquirieren, andererseits um ein europaweites Inventar aller informationsgesellschaftlich relevanten Projekte<sup>513</sup> zu erstellen. Die Erweiterung des Programmes auf nun 25 Länder wurde im März 1999 umgesetzt und soll zunächst bis zum Jahr 2002 beibehalten werden. “The data collected will be fed into a database together with a 'who's who' mapping of actors. A dedicated search engine will allow the public to access the database from various angles.”<sup>514</sup>

Hinsichtlich des zu gründenden “Industry Forum on Enlargement” sind von den Generaldirektionen III (Industrie) und XIII (Informationsgesellschaft) nun drei Arbeitsgruppen zu den Themen „Informationsgesellschaft“, „Qualitätssicherung“ und „Umweltgesetzgebung“ gegründet worden. Die Führung von Unternehmen aus den MOEL solle bald stattfinden, vielleicht im Hinblick auf die im November 1999 in Tallinn geplante „Industrial Forum Conference“.

Als Nachfolgeveranstaltung der “Global Bangemann Challenge“ wurde der “Global Cities Dialogue” ins Leben gerufen, der als jährliche Konferenz die Vernetzung von Städten in informationsgesellschaftlich relevanten Fragen vorantreiben soll.

---

Cupertino which should continue. The Information Society is one of the most dynamic sectors in the world. A very close Cupertino between the EU and the CEECs has been achieved and this should continue in order to address the enormous perspectives that lie ahead.” Das Wort „Cupertino“ ist natürlich fehlplatziert und geht auf einen kleinen, in diesem Zusammenhang aber bemerkenswerten Fehler – den sogenannten „Cupertino-Effekt“ zurück. Cupertino ist eine Stadt im US-Bundesstaat Kalifornien und gilt als das Herz des Silicon Valley, da zahlreiche Unternehmen wie Apple, Symantec, Trend Micro oder Zend Technologies dort ihren Firmensitz haben. „The Cupertino effect is the tendency of a spellchecker to suggest inappropriate words to replace misspelled words and words not in its dictionary. The origin of the term is that the spelling "cooperation" was often changed to "Cupertino" by older spellcheckers with dictionaries containing only the hyphenated form "cooperation". (...) Users sometimes clicked "Change All" without checking whether the spellchecker's first suggestion was correct to begin with, resulting in even official documents with phrases like "as well as valuable experience in international Cupertino" and "and reinforcing bilateral and multinational Cupertino and assistance actions." (vgl. Wikipedia) Anstatt „Cupertino“ müsste es also „Cooperation“ heißen.

<sup>513</sup> Diese sind allerdings relative weit gefasst: „These are, by definition, interactive projects with a societal dimension that use innovative technologies of information and communication and provide remote access for a wide range of purposes.”

<sup>514</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0807.htm>

Das letzte EU-ISF fand in Stockholm statt, weiterhin sind etwa 30 Vertreter der MOEL in die Arbeitsprozesse eingebunden.<sup>515</sup> Der nächste Jahresbericht würde den Titel „The European way towards the Information Society“ tragen und insbesondere die gesellschaftlichen Aspekte der „Europäischen Informationsgesellschaft“ herausarbeiten.

Das auf dem Treffen des JHCL SC in Tallinn vorgelegte vorläufige Programm für die Ministerkonferenz in Warschau blieb bisher unkommentiert, die Mitglieder des JHLC möchten das bitte noch nachholen. Desweiteren wurde vorgeschlagen, dass jedes MOEL eigene Veranstaltungen planen sollte, um die Konferenz vorzubereiten, deren Sichtbarkeit und die Sichtbarkeit der Zusammenarbeit der MOEL in Sachen Informationsgesellschaft zu erhöhen. “It was also proposed, and agreed, that an industry representative from each CEEC should be added to the discussion list. Proposals for industry representatives to be added to the discussion list should be sent to Mr. Czerniejewski as soon as possible.”<sup>516</sup>

Zuletzt wurde festgehalten, dass das JHLC ja vom Dritten EU-CEEC-ISF den Auftrag erhalten habe, auch die Implementierung von den dort ausgesprochenen Empfehlungen zu prüfen und einen entsprechenden Bericht auf der Ministerkonferenz vorzulegen. Dieser Bericht, der Kapitel zu den Entwicklungen in den MOEL, der Entwicklung des regulatorischen Umfelds, den etablierten Koordinationsmechanismen, der Mobilisierung der Industrie sowie der entwickelten „best practices“ beinhalten sollte, müsse innerhalb der nächsten neun Monate entstehen. Ihren Input sollten die MOEL in einem standardisierten Format bereitstellen, der daraus entstehende Entwurf würde dann von der Kommission fertiggestellt. Desweiteren wäre zu klären, welche Themen auf der Ministerkonferenz diskutiert werden sollten und was die Aufgaben und Ziele der vorgeschlagenen Arbeitsgruppen sein sollten. Spätestens im September 1999 sollten dann auch die Vorbereitungen für die zu verabschiedende Ministererklärung beginnen – dazu wären mehrere Treffen notwendig, erste Beiträge sollten auf dem nächsten Treffen des JHLC SC in Prag im Oktober 1999 diskutiert werden.

#### - *JHLC SC 3*

Auch zu diesem Treffen des JHLC SC in Prag liegt kein Protokoll vor.

#### ***JHLC 4***

Leider liegt auch zu dem letzten Treffen des JHLC in Riga am 2./3.3.2000 kein Protokoll vor. Aus dem auf der Ministerkonferenz vorgelegt Fortschrittsbericht lässt sich aber entnehmen, dass es neben den üblichen Berichten zu den informationsgesellschaftlich relevanten Aktivitäten der EU vor allen Dingen und wenig überraschend um die Vorbereitung der Ministerkonferenz am 12./13.5.2000 in Warschau sowie die Fertigstellung des Fortschrittberichts und der detaillierten Länderberichte ging.

---

<sup>515</sup> “Mr. Wenzel, in response to a question as to whether more CEEC experts could be included in the working groups of the EU IS Forum, indicated that the IS Forum is flexible and there should be no problem in replying positively to such requests. If there are important personalities that would like to actively participate in the working groups then please inform the European Commission and they will see if it is possible to include them or not.” (<http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0807.htm>)  
Eine Anfrage, ob auch Zypern, Malta und Türkei am JHLC teilnehmen dürfen, wurde vertagt.

<sup>516</sup> <http://ec.europa.eu/archives/ISPO/peco/mtg0807.htm>

### ***Zwischenfazit: Das Joint High Level Committee***

Das Joint High Level Committee sowie das dazwischen tagende JHLC Steering Committee hatten den Auftrag, die Implementierung der von den EU-CEEC-ISF ausgesprochenen Empfehlungen zu koordinieren und zu überprüfen. Dazu haben sich die dort versammelten, hochrangigen Vertreter der MOEL zusammen mit Mitgliedern der Kommission sowie ausgewählten Experten ausführlich über die Fortschritte in den MOEL ausgetauscht, sich über die informationsgesellschaftlich relevanten Aktionen auf europäischer Ebene und geeignete Maßnahmen und Programme berichten und informieren lassen sowie einander Kontaktdaten und weitere Informationen vermittelt. Mit der Vorbereitung der Ministerkonferenz sowie der Erstellung der Fortschritts- und Länderberichte hat das JHLC seine Aufgaben erfüllt.

Die Arbeit des JHLC ist als komplementär zu den tatsächlichen „Beitrittsverhandlungen“ zu sehen. So wurde der parallel ablaufende „Screening-Prozess“ im JHLC weder nachvollzogen noch kommentiert, wenn man von einigen wenigen Meldungen zum allgemeinen Zwischenstand absieht. Vielmehr setzte sich das JHLC mit den Herausforderungen und Hindernissen für die Politikformulierung und Implementierung der Informationsgesellschaft in den MOEL auseinander und koordinierte die Zusammenarbeit über die jeweils national eingerichteten „Information Society Project Offices“. Werden „Screening-Prozess“ und Beitrittsverhandlungen bilateral geführt, so war die Arbeit im JHLC durchaus von dem Austausch der MOEL untereinander geprägt, wenngleich auch deutlich geworden ist, dass die Agenda der Meetings von der EU-Kommission bestimmt wurde, wie dieser auch die Beurteilung der einzelnen Fortschritte und jegliche Entscheidungshoheit zufiel. Aus den teilweise recht ausführlichen Protokollen der Sitzungen des JHLC bleibt der Eindruck einer Klassenzimmersituation – in der nicht weiter zur Disposition stehende Inhalte eines Lehrplans frontal präsentiert werden, Hausaufgaben verteilt werden, sich eifrige und weniger eifrige Schüler um gute Zensuren bemühen und ein mehr oder weniger strenger Lehrer dieses Bemühen lobt, ermutigt, ermahnt oder tadelt.

Der Charakter und die Bedeutung des zwischen 1995 und 2000 Heranführungsprozesses – vom ersten EU-CEEC-ISF bis hin zum Vorabend der Ministerkonferenz kann aufgrund der iterativen Vorgehensweise aus sich selbst heraus nur schwerlich beurteilt werden. Zieht man eine Linie ausgehend vom Bangemann-Bericht 1994 zu den schließlich verabschiedeten Aktionsplänen, kann man letztere ex post als das Resultat ebendieser Sitzungen begreifen.

### ***Boom und Bubble***

Bevor wir die zweite Phase der Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zusammenfassen können, sind noch weitere Kontexte in Betracht zu ziehen. Mit der EU-weiten, vollständigen Liberalisierung der Telekommunikationssektors Anfang 1998 wurde nun auch europaweit nachvollzogen, was mit der Entflechtung von AT&T im Jahr 1984 begonnen hatte. Seit Mitte der 1980er Jahre, insbesondere aber in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre sollte es zu gigantischen Umstrukturierungen auf den globalen Kommunikationsmärkten kommen. Zum Ende der 1990er Jahre nahm dann auch die New Economy ihre irrwitzige Fahrt auf – bis zu dem

Platzen der dotcom-Blase eingangs des 21. Jahrhunderts. Damit aber war dem ambitionierten wirtschaftspolitischen 10-Jahresplan der EU – der sogenannten Lissabon-Strategie – bereits wenige Monate nach seiner feierlichen Verkündung eine der tragenden Säulen weggebrochen.

- *Liberalisierung 1998*

Mit der am 1.1.1998 in Kraft getretenen, vollständigen Liberalisierung der europäischen Telekommunikationssektors brach eine neue Ära in der europäischen Telekommunikation an: nicht nur das Telefondienstmonopol, sondern nun auch das Netzmonopol waren abgeschafft, d.h. sowohl die Bereitstellung von Telefondiensten – auch im Bereich der Ortsgespräche – wie auch der Auf- und Ausbau der Netze unterlagen fortan dem Wettbewerb. Zum einen sollte „der politisch produzierte Wettbewerb (...) zu niedrigen Tarifen, zu einer größeren Auswahl an Diensten und zu einer höheren Angebotsqualität führen“ (Schaper-Rinkel 1999, 35),<sup>517</sup> zum anderen sollte er den europäischen Akteuren auf einem globalen Telekommunikationsmarkt neue Möglichkeiten einräumen. Aus der ehemals national regulierten Versorgungsinfrastruktur wurde eine europäisch regulierte, marktgetriebene Infrastruktur. Der Liberalisierung der Telekommunikation waren in den EU-

---

<sup>517</sup> Dabei hat der Wettbewerb von vorneherein eine gewisse Schieflage: „Während die öffentlichen bzw. staatlich regulierten Unternehmen weiterhin kostenintensive Versorgungsaufgaben haben, damit eine Grundversorgung mit Telekommunikationsdienstleistungen gewährleistet wird, ergeben sich für die privaten Unternehmen Möglichkeiten, sich auf profitable Bereiche (wie Fernmeldestrecken mit hohem Verkehrsaufkommen) zu spezialisieren. Sie können dann das öffentliche Unternehmen mit kostendeckenden Tarifen unterbieten, indem sie lediglich die profitablen Märkte bedienen, während die öffentlichen Unternehmen gezwungen sind, die nicht profitablen Bereiche zu versorgen.“ (Schaper-Rinkel 1999, 35 FN 4) Die privaten Unternehmen können sich also auf die profitablen Geschäftssegmente und Kunden mit der stärksten Kaufkraft konzentrieren. Dieses über den Markt vermittelte „Rosinenpicken“, bei dem Privatkunden, Kleinunternehmen und nicht-kommerzielle Nutzer hinten anstehen, stellt auf lange Sicht das Prinzip des „universal service“ infrage, insofern offen bleiben muss, inwiefern die staatlich regulierten Unternehmen den Versorgungsauftrag in einem wettbewerbsorientierten Umfeld gegenüber der privaten Konkurrenz aufrechterhalten können. Solange sie noch über das Netz gebieten, insbesondere über die sogenannte „letzte Meile“, können sie über die Bereitstellungsgebühren an den Gewinnen der Konkurrenten partizipieren, sobald diese aber überbrückt oder diskriminierungsfrei zur Verfügung zu stellen ist, sollten sie deutlich an Boden verlieren. „Wenn nun voraussichtlich nach dem bereits beschlossenen Ende des Telefondienstmonopols auch das Netzmonopol faellt, stehen Veba, RWE, Deutsche Bank und vielleicht auch British Telecom und AT&T Gewehr bei Fuss, um der deutschen Telekom in ihrem Heimatmarkt Konkurrenz bei Sprach- und Datendiensten zu machen. Beim sogenannten Netzinfrastukturmonopol geht es im Übrigen ausschliesslich um das Recht, eigene Netze für die Bereitstellung und den Betrieb von Telecom-Diensten zu errichten. Die Möglichkeit, in Deutschland vom Noch-Monopolisten Telekom entsprechende Leitungen zu beziehen und an Dritte weiterzuvermieten, besteht seit der Postreform I von 1989.“ (Wenzel 1994; vgl. <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/>) Während das hinter der Liberalisierung stehende Kalkül also langfristig für Ballungszentren und Regionen mit einer relativ gut ausgebauten Infrastruktur aufgehen dürfte, darf dies für die abseitigeren Regionen und Peripherien zumindest bezweifelt werden. Gegenüber diesem antizipierbaren Marktversagen wäre das Gemeinwohl – die telekommunikative Grundversorgung – durch wettbewerbsrechtliche Regulationsformen zu korrigieren.

Mitgliedsländern die Vorbereitung der nationalen Sektoren für den offenen Wettbewerb – insbesondere natürlich die Privatisierung der Netzbetreiber vorausgegangen.<sup>518</sup>

„Die Politik der Kommission, die Entwicklung der Telekommunikation über Richtlinien zu steuern, ist ausgesprochen erfolgreich. Die wichtigsten Richtlinien, die bis zum 1. Januar 1998 einen liberalisierten und harmonisierten europäischen Telekommunikationsmarkt gewährleisten werden, sind zum anvisierten Zeitpunkt tatsächlich von allen Mitgliedsländern umgesetzt (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 177)

Mit dem der Liberalisierung der Telekommunikation vorausgegangenem Privatisierungsprozess, also der Umwandlung von vormalig staatlichen oder öffentlichen Versorgungsunternehmen in frei auf dem internationalen Markt tätige Telekommunikationsunternehmen, hatte sich der Konkurrenzdruck enorm erhöht. In der Folge kam es zu einem regelrechten ‚Wettlauf um die besten Ausgangspositionen für den Kommunikationsmarkt der Zukunft.

„Während dieser Sektor vor 15 Jahren außerhalb der USA fast weltweit als staatliches Monopolunternehmen organisiert war, haben Deregulierung und Privatisierung zu einem Ansturm auf die dort tätigen Unternehmen und zur Formierung einer zunehmend oligopolistisch strukturierten privaten Telekommunikationsindustrie geführt, in der jede Woche neue Zusammenschlüsse stattfinden oder Allianzen geschlossen werden oder wieder aufgelöst werden.“ (Huffs Schmid 2000, 62)

Bei den Privatisierungen der europäischen Telekommunikationsmonopole allerdings stand, insofern sich die Staaten das leisten konnten, „ein vollständiger Verkauf nationaler Telefongesellschaften an ausländische Unternehmen schon aus strategischen und infrastrukturpolitischen Gründen in den meisten Ländern nicht zur Diskussion: Die Regierungen behalten auch bei Privatisierungen einen relevanten Kapitalanteil, vielfach 51%.“ (Huffs Schmid 1994, 70) Ausländische Unternehmen, die sich in den jeweiligen Markt einkaufen wollen, wählen deshalb die Option einer strategischen Allianzen oder der Gründung von Gemeinschaftsunternehmen. Dies gilt insbesondere im Hinblick auf Osteuropa, „wo sich westliche Konzerne in den 90er Jahren durch Kauf von oder Beteiligung an vormalig staatliche Konzernen starke Ausgangspositionen erobert haben.“ (Huffs Schmid 2000, 64)

Während die westeuropäischen Telekommunikationsmonopole allerdings lange auf den europäischen Markt vorbereitet wurden, galt das für die der MOEL nicht. Es war im Gegenteil vielmehr so, dass sie – aufgrund des Modernisierungsdrucks, aber auch aufgrund der Anforderungen für einen Beitritt – ihre Märkte ja bereits lange vor der vollständigen Liberalisierung des europäischen Telekommunikationsmarktes für westeuropäische Firmen öffnen mussten. In diesem Sinne konnten westeuropäische Netzbetreiber und Ausrüster schon vor der Liberalisierung 1998 in die neue Märkte Mittel- und Osteuropas expandieren –

---

<sup>518</sup> Wir haben diesen Prozess am Beispiel der beiden Postreformen und der Privatisierung der Deutschen Bundespost Telekom nachvollzogen, vgl. S. 204ff und S. 334ff). Während nach der Privatisierung der Deutschen Telekom die marktgängigen Segmente (Dienste, etc.) abgestoßen wurden, gewährleistet der Bund als weiterhin größter Anteilseigner beim de facto Monopolisten über das Netz und insbesondere der strategisch wichtigen „letzten Meile“, den Auftrag zur Bereitstellung des „universal service“.

und sich so eine gute Startposition auf für den westeuropäischen bzw. gesamteuropäischen Markt verschaffen. Es wirkt in diesem Zusammenhang wie eine Ironie der Geschichte, dass sich die westeuropäischen Unternehmen im Rahmen dieser Aufträge für den Aufbau der telekommunikativen Infrastruktur in den MOEL wiederum oft – zumindest zeitlich befristete – Monopolbedingungen zusichern haben lassen.

Die Konsolidierungen und Fusionswelle sollte in den Jahren 1999 und 2000 – also unmittelbar nach der Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte – ihren Höhepunkt erreichen. Und tatsächlich standen bei den „spektakulären grenzüberschreitenden Megafusionen“ dieser Jahre regelmäßig Unternehmen der Informations- und Kommunikationstechnologien auf den vorderen Rängen. Nicht nur sind die drei größten Fusionen überhaupt in diesen Sektoren zustande gekommen, auch 12 der 20 größten Übernahmen zwischen 1996-2000 entfielen auf die Bereiche Telekommunikation oder Internet/Medien und haben ein Gesamtvolumen von etwa 3.695 Milliarden US\$ aufgerufen.

### **eEurope**

Die Prodi-Kommission wird das Projekt einer Europäischen Informationsgesellschaft unter dem Begriff „eEurope“ weiterführen. Die eEurope-Initiative – auch bekannt als Prodi-Initiative – wurde bereits im Dezember 1999 mit dem Beschluss der Mitteilung „eEurope – Eine Informationsgesellschaft für alle“ durch die Europäische Kommission ins Leben gerufen.

Bereits im Vorfeld des Sondergipfels des Europäischen Rates in Lissabon wurden die IKT als Schlüssel zur Umsetzung der – noch zu verabschiedenden – ehrgeizigen wirtschaftspolitischen Agenda, die unter dem Namen „Lissabon-Strategie“ bekannt werden sollte, ausgemacht. Zur Erreichung der wirtschaftspolitischen Ziele (Wachstum, Beschäftigung, funktionierende Kapitalmärkte, Wettbewerb in allen Produktionszweigen, Innovationsfähigkeit) müsse Europa online gebracht werden, dazu sei die Akzeptanz digitaler Technologien in ganz Europa zu fördern und die EuropäerInnen entsprechend auszubilden.

Auf dem Treffen des Europäischen Rates in Helsinki<sup>519</sup> am 10.-11. Dezember wurde die eEurope-Initiative von den Staats- und Regierungschefs als produktiver Beitrag begrüßt und der Kommission der Auftrag erteilt, zusammen mit dem Rat bis zum Juni 2000 einen eEurope-Aktionsplan vorzubereiten sowie der Sondertagung des Europäischen Rates in Lissabon im März 2000 einen Fortschrittsbericht vorzulegen.<sup>520</sup>

---

<sup>519</sup> Auf der Sitzung des Europäischen Rates in Helsinki wurde übrigens ebenfalls die Bedeutung eines effizienten und glaubwürdigen EU-Erweiterungsprozesses für die Stabilität und den Wohlstand von ganz Europa, wie er mit dem Gipfel in Luxembourg im Dezember 1997 angestossen wurde, unterstrichen. Der Beitrittsprozess für alle 13 Kandidatenländer verlief auf gleiche Weise und mit gleichen Chancen, wenn sie die vertraglich verankerten Werte und Ziele der EU teilen. Vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1_en.htm), Punkte 3. und 4.

<sup>520</sup> Vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1_en.htm), Punkt 45. Nachdem der Europäische Rat in Helsinki nochmals die Bedeutung eines funktionierenden Binnenmarktes für die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen – und dementsprechend für Wachstum und Beschäftigung – unterstrichen hatte, kommt er auf die Bedeutung einer „effizienten Nutzung der IKT“ zu sprechen, Investitionen in innovative Forschung und Ausbildung sollten Europa eine führende Rolle in der Informationsgesellschaft verschaffen. ([http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1_en.htm), Punkt 43.) Nicht nur trage der Ausbau der telekommunikativen Infrastruktur zum programmatischen

- *Zwischenbericht*

Der auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates in Lissabon vorgelegte Zwischenbericht „eEurope: Eine Informationsgesellschaft für alle“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000) versteht sich als Beitrag zur Debatte in Lissabon<sup>521</sup> und sollte zum Ausgangspunkt des Aktionsplans eEurope 2002 werden.

Mit dem Zwischenbericht wird das Internet zum strategischen Ausgangspunkt für den eEurope Aktionsplan. Dabei würden vor allen Dingen die erheblichen Unterschiede in der Verbreitung des Internets zwischen den Mitgliedstaaten „die Weiterentwicklung des sozialen Zusammenhalts [verhindern] und das Wachstumspotential der Wirtschaft ein[schränken], da es in einer vernetzten Wirtschaft Vorteile mit sich bringt, die Zahl der eingebundenen Menschen zu erhöhen.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 6)

Der Zwischenbericht setzt seine Hoffnungen in den Europäischen Rat in Lissabon, der „die Dynamik des Marktes und des Privatsektors“ im Sinne dieser wirtschaftspolitischen Transformation entfesseln solle. Staatlicher Politik falle die „ebenfalls eine wichtige Rolle“ zu, nämlich „einen klaren gesetzlichen Rahmen“ zu schaffen, für „eine angemessene Ausbildung der Bevölkerung [zu] sorgen“ und „die Entwicklung einer alle Bürger einschließenden Informationsgesellschaft [zu] fördern.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 3) In diesem Sinne unterstreicht der Zwischenbericht die Dringlichkeit, konkrete Maßnahmen zu verabschieden, der Europäische Rat müsse eine Einigung hinsichtlich der Prioritäten erreichen, „Zeitpläne (...) beschließen, die jenen entsprechen, welche in der Agenda der Kommission für die wirtschaftliche und soziale Erneuerung vorgeschlagen wurden“ und Methodik sowie Verfahren zur Umsetzung des eEurope-Aktionsplanes bestimmen (KOM(2000) 130, 8.3.2000, 7)

Hinsichtlich der eEurope-Handlungsschwerpunkte listet der Anhang des Zwischenberichtes eine Reihe von Punkten auf, die jeweils hinsichtlich der programmatischen Ziele sowie der bereits erreichten und der noch erforderlichen Fortschritte aufgeschlüsselt werden sollen:

- Europas Jugend ins Digitalzeitalter

---

Ziel der europäischen Wettbewerbsfähigkeit bei, auch die Telekommunikationsmärkte selbst entwickelten sich am besten in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld, was wiederum einen marktorientierten rechtlichen Rahmen unter besonderer Berücksichtigung von Unternehmens- und Verbraucherinteressen voraussetze. Die begonnene Arbeit der Rechtsetzung auf dem Feld des elektronischen Geschäftsverkehrs sei fortzusetzen, durch Fortschritt von Technik oder Markt überholtes Gemeinschaftsrecht sei zu aktualisieren ([http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1\\_en.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/hel1_en.htm), Punkt 44.).

<sup>521</sup> Bei einem informellen Treffen der Mitgliedstaaten und der Kommission am 31.1.2000 in Lissabon hatten mehrere Mitgliedstaaten sich dafür ausgesprochen, bereits auf dem Treffen im März Prioritäten und Ziele wie z.B. Verbilligung des Internet-Zugangs und Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr festzulegen. Zwar gebe es noch „einige Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Reihung der Prioritäten und der Vorschläge für weitere prioritäre Maßnahmen (z.B. Inhalte, Entwicklung der Kenntnisse)“, Einigkeit gebe es aber darüber, nun konkrete Maßnahmen einzuleiten (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 4). Für weitere Vorschläge und Eingaben wurde eine e-mail Adresse eingerichtet, das mediale und akademische Interesse war groß, „ein Querschnitt von fast 200 Interessengruppen – Industrie, Wissenschaft, nichtstaatliche Organisationen (NRO), nationale, regionale und lokale Regierungen sowie Einzelpersonen sandten Beiträge“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 5).

- Billigerer Internetzugang
- Förderung des elektronischen Geschäftsverkehrs
- Schnelles Internet für Wissenschaftler und Studenten
- Intelligente Chipkarten für sicheren elektronischen Zugang
- Risikokapital für Hochtechnologie-KMU
- eTeilnahme für Behinderte
- Gesundheitsfürsorge über das Netz
- Intelligenter Verkehr
- Regierung am Netz

### ***Neue Ökonomie***

Ganz klar geht aus dem Zwischenbericht hervor, wie sehr die eEurope-Initiative unter dem Eindruck der sogenannten „Neuen Ökonomie“ entstanden ist:

„Es mehren sich die Anzeichen dafür, dass eine ‘neue Ökonomie’ in Entstehung begriffen ist, deren Entfaltung in erster Linie vom Internet vorangetrieben wird. Europa hat eher langsam auf die mit diesem Prozess einhergehenden Chancen und Herausforderungen reagiert, was insbesondere darauf zurückzuführen ist, dass Europa noch immer den Denkmustern der traditionellen Industrielandschaft verhaftet ist.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 3)

Nach ihrer Analyse zur Entwicklung der neuen Wirtschaft in Europa stellt die Kommission fest, dass das Internet „das Produktionspotential der europäischen Wirtschaft durch intensiveren Wettbewerb und erhöhte Produktivität steigern“ und die Ausschöpfung seines Potentials daher „unverzichtbar für eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik in der EU“ sein werde. Dazu werden neben einer Dynamisierung der Kapitalmärkte auch ein Arbeitsmarkt, „der gut ausgebildete und flexible Beschäftigte umfasst, sowie wettbewerbsintensive Produktmärkte, die niedrige Preise gewährleisten“, vonnöten sein (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 6).

In einem zweiten Anhang wird unter dem Begriff eÖkonomie die Analyse der sogenannten „Neuen Ökonomie“ vertieft, d.h. der Frage nachgegangen, „wie digitale Technologien die bisherigen Regeln, nach denen die hauptsächlich industrielle Gesellschaft funktionierte, in eine Reihe neuer Regeln umwandeln – diejenigen der Informationsgesellschaft.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 22)

„Der Ausdruck „Neue Ökonomie“ beschreibt die Veränderungen wirtschaftlicher Tätigkeiten, die stattfinden, weil digitale Technologien Zugang, Verarbeitung und Aufbewahrung von Informationen billiger und einfacher machen. Das enorme Volumen der Information ändert die Funktionsweise von Märkten, führt zur Umstrukturierung von Unternehmen, und eröffnet neue Möglichkeiten zur Schaffung von Wohlstand indem vorhandene Informationen genutzt werden.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 22)

Der Bericht verknüpft den Terminus „Neue Ökonomie“ mit dem außergewöhnlichen Wirtschaftsboom der USA, wo nach 8 Jahren kontinuierlichem Wachstum, einer Inflation unter 2% und einer Arbeitslosigkeit unter 5% quasi Vollbeschäftigung herrsche. Da der genaue Zusammenhang zwischen Investitionen in digitale Technologien und einem Produktivitätswachstum nur schwer zu bestimmen ist, beschränkt sich die Analyse auf eine

die Widergabe von vermeintlichen Zusammenhängen, die dem Hören-Sagen entnommen sind:

„Das Produktivitätswachstum begann sich in den USA ab 1995 zu erhöhen, einem Jahr dass auch die Anfänge des WorldWideWeb sah und welches aus dem Internet ein Massenmedium gemacht hat. Manche sagen – obwohl dies schwer nachweisbar ist – dass das Internet Jahrzehnte technologischer Errungenschaften in höhere Produktivität umsetzt. Diese Behauptung wird durch die starken a-priori-Argumente untermauert, dass das Internet eine Schlüsselrolle bei der Reduzierung von Unternehmenskosten spielt und dass dadurch Märkte effizienter und wettbewerbsintensiver werden, was zu erhöhter Produktivität führt.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 22f)

Aus Unternehmen würden e-Unternehmen, „die erfolgreichsten und am schnellsten wachsenden Firmen“ seien dabei diejenigen, „die das Internet in ihr gesamtes Produktions- und Vertriebssystem eingebaut haben.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 23) Aufgrund von niedrigeren Herstellungs- und Beschaffungskosten, optimierter Lagerhaltung, kürzerer Vorlaufzeiten, niedrigeren Transaktionskosten, größerer Reichweite und geringeren Marktzugangskosten soll es in den Unternehmen zu Kostenreduktionen und Produktivitätssteigerungen gekommen sein (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 23). Neben einer Rationalisierung zielen diese Faktoren also auf eine Erhöhung des Wettbewerbs und die Globalisierung der Märkte ab.

Die Vorstellungen von „solchen Internetstrategien“ bleibt gleichwohl recht vage: „Es gibt viele Beispiele, wie Unternehmen Weltmarktführer in traditionellen Branchen wie Bucheinzelhandel oder Aktienhandel geworden sind, indem sie das Internet genutzt haben.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 24) Auch wenn der Zusammenhang zwischen der Entwicklung der digitalen Technologien und dem Produktivitätswachstum in anderen Sektoren unklar bleibt, so sei immerhin sicher, dass neben dem bloßen Zuhandensein der IKT „unter den Verfechtern der Neuen Ökonomie in den USA die Notwendigkeit flexibler Märkte für besonders wichtig erachtet wird.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 22)

Ohne weitere Angaben wird begeistert die Entwicklung der Börsenkurse hinzugezogen, wo „solche Internetstrategien durch erhöhte Marktkapitalisierung belohnt“ würden (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 24). Trotzdem wird aus dieser vagen Vorstellung, ergänzt um die Wahrnehmung, dass das Zeitfenster für solche „Gelegenheiten“ nur klein sei, da der „Marktzugang (...) wegen der starken Markennamen mancher elektronischer Handelsdienstleistungen schnell extrem teuer“ werde, die Dringlichkeit für die Umsetzung der eEurope-Initiative abgeleitet: „Der entscheidende Moment, um die Möglichkeiten des Internets auszunutzen ist jetzt; bald wird es zu spät sein.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 24)

Die Gründungswelle von dot.com-Firmen, die ungeheuerlichen Marktkapitalisierungen von Internet-Unternehmen, das außergewöhnliche Wachstum des Nasdaq sollen in Europa nachgeahmt werden, wo mit dem „Neuen Markt“, dem „Nouveau Marché“ und dem „Easdaq“ ebenfalls neue Börsensegmente geschaffen wurden, auch wenn „die Anzahl der gehandelten Betriebe und die umgeschlagenen Volumina (...) relativ klein im Verhältnis zur Nasdaq“ sind. (KOM(2000) 130, 8.3.2000, 24)

Das Wachstum der neuen Wirtschaftssektoren werde unweigerlich Arbeitsplatzverlagerungen nach sich ziehen. „Solche Verschiebungen verstärken die Bedeutung der Entwicklung neuer Aktivitäten in Europa, um sicherzustellen, dass die Beschäftigung insgesamt zunimmt“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 25), Europa müsse gerade in den Wachstumssektoren stark sein, „um die Verlagerung von Arbeitsplätzen außerhalb der EU zu verhindern“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 25). Zwar gebe es zu diesem Zeitpunkt noch keine aussagekräftigen Statistiken<sup>522</sup> bezüglich der Internet-abhängigen Arbeitsplätze in Europa, es sei aber davon auszugehen, es ein großes Ausbaupotential gebe. „Daher bietet das Internet den Politikverantwortlichen eine vielversprechende Strategie zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Außerdem zeigt die Fähigkeit des Internet, die Wirtschaft umzustrukturieren, die Notwendigkeit auf, eine Informationsgesellschaft für alle zu entwickeln, einschließlich der in alten Sektoren Beschäftigten.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 25)

Zusammenfassend wird festgehalten, dass „Netzwerkeffekte“ Produktivität und Wachstum steigern, wobei höhere Produktivität zu einem kurzfristigen Rückgang der Beschäftigung führen könne, „wenn Kapital-, Arbeits- und Produktmärkte nicht effizient sind“ und jene nicht in „wirkliches Wachstum“ umsetzen könnten. „Was wir brauchen, sind dynamische europäische Kapitalmärkte, die Neugründungen unterstützen, einen Arbeitsmarkt, der gut ausgebildete und flexible Beschäftigte umfasst, sowie wettbewerbsintensive Produktmärkte, die niedrige Preise gewährleisten.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 25)

Unter der Überschrift „Wo steht Europa?“ folgt eine Bestandsaufnahme zu verschiedenen Faktoren, die sich später als benchmarks im eEurope-Aktionsplan wiederfinden würden. Zum Beispiel die „Internetnutzungsdichte in Europa“ – nur etwa 20% der europäischen Bevölkerung sind an das Internet angeschlossen – weniger als die Hälfte der US-amerikanischen, so würde letztlich „ganz Europa (...) die Netzwerkeffekte einer großen vernetzten Bevölkerung verlieren.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 25) Als zentraler Faktor für die Internet-Nutzungsdichte wird der Preis für den Internet-Zugang ausgemacht. „Ländervergleiche zeigen, dass es eine starke Beziehung zwischen Nutzungspreis und Nutzungsdichte gibt. (...) Deswegen ist die Reduzierung der Preise durch Wettbewerb eine Priorität.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 26f) Trotz der dynamischen und schnell wachsenden Telekommunikationsindustrie (Umsatz 1999: 238 Milliarden, eine Steigerung von 13,2% gegenüber 1998), einem wachsendem Angebot und fallender Preise soll der Wettbewerb insbesondere um „die letzte Meile“, d.h. das Ortsnetz, über das Nutzer mit den lokalen Schaltzentren verbunden werden, intensiviert werden. (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 27)

Zudem gebe es in den USA dreimal so viele „Hosts“ wie in Europa, eine Ursache sei die „Knappheit an venture capital in der EU“, das Neugründungen von Unternehmen mit innovativen Dienstleistungen kurzfristig ermöglicht. „Ein Grund dafür ist, dass in Europa ein höherer Anteil des Kapitals von Institutionen gehalten wird, die sichere langfristige Investitionen anstreben, wohingegen in den USA einzelne Anleger einen größeren Einfluss auf ihr Portfolio haben und einfacher die Gewichtung zwischen verschiedenen Fonds

---

<sup>522</sup> Überhaupt sei die Verbesserung der statistischen Datenlage über die neue Ökonomie von zentraler Bedeutung.

verschieben können, sowie bereit sind, Risiken einzugehen.“ (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 26)

Bereits in diesem Zwischenbericht aus dem Jahr 2000 zeichnet sich der Bedeutungszuwachs der Mobilkommunikation sowohl hinsichtlich der Sprachtelefonie als auch für den Zugang zum Internet ab. Die europäische Industrie habe hier mit der Etablierung des Europäischen Standard GSM Wettbewerbsvorteile, auch die Anzahl der Nutzer wächst rasant und liegt bereits über der der USA. (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 27)

Insofern in der „Neuen Ökonomie“ der „Hauptfaktor wirtschaftlichen Wachstums“ ausgemacht wird (KOM (2000) 130, 8.3.2000, 28), rückt ihre soziale und geographische Struktur ins Zentrum des volkswirtschaftlichen Interesses. Soziale und regionale Unterschiede dürften den Zugang zu ihr nicht diskriminieren, allerdings ist sowohl die Verbreitung von PCs mit Schwankungen zwischen 11% und 65% (Durchschnitt 35%) wie auch von Internet-Zugängen mit Schwankungen zwischen 3% bis zu 51% (Durchschnitt 12%) sowohl sozial wie auch regional stark asymmetrisch gegliedert. Damit seien die zentralen Herausforderungen einer „Informationsgesellschaft für alle“ benannt, wobei die EU darin nicht nur „ein Problem des sozialen Zusammenhangs“ sieht, sondern vor allen Dingen auch ein Hindernis für „Wachstumspotential der Volkswirtschaften“, da sich „Netzwerkeffekte (...) mit steigender Teilnehmerzahl“ vergrößern und nur eine „möglichst weite Ausdehnung der Neuen Ökonomie (...) die potentiellen Vorteile maximieren“ könne. Insofern wird „Informationsgerechtigkeit“ in dieser Artikulation einer „Informationsgesellschaft für alle“ ein in erster Linie eine volkswirtschaftliche Bedeutung beigemessen (KOM(2000) 130, 8.3.2000, 28f).

### ***Der Aktionsplan „eEurope 2002“ als tragende Säule der Lissabon-Strategie***

Auf der Grundlage dieses Fortschrittsberichtes, der zwar kaum Fakten, dafür aber auf der Euphorie über die „Neue Ökonomie“ aufsetzende, optimistische Zukunftsprognosen, Appelle und Zielvorstellungen beinhaltetete, wurde auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates in Lissabon zum Thema "Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt – für ein Europa der Innovation und des Wissens" im März 2000 beschlossen, einen eEurope-Aktionsplan mit konkreten Zieldaten voranzutreiben. Die Rohfassung des Aktionsplans „eEurope 2002“ wurde am 24. Mai, seine endgültige Fassung wurde im Juni 2000 auf dem Treffen des Europäischen Rates in Feira als wichtiger Baustein der sogenannten Lissabon-Strategie angenommen.<sup>523</sup>

Diese formulierte bekanntermaßen das ehrgeizige strategische Ziel, Europa innerhalb von zehn Jahren zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ zu machen, "einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen." ([http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 5)

---

<sup>523</sup> Da wir auf die einzelnen Bestandteile des Aktionsplans eEurope 2002 noch ausführlich im Vergleich zu dem für die MOEL formulierten Aktionsplan eEuropa 2003+ zu sprechen kommen werden, beschränke ich mich an dieser Stelle auf eine Einordnung des Aktionsplanes in den Kontext der Lissabon-Strategie.

Die EU stehe vor einem Quantensprung, "der aus der Globalisierung und den Herausforderungen einer neuen wissensbasierten Wirtschaft resultiert." "Diese Veränderungen wirken sich auf jeden Aspekt des Alltagslebens der Menschen aus und erfordern eine tiefgreifende Umgestaltung der europäischen Wirtschaft." Während es in der EU "gegenwärtig die besten makroökonomischen Perspektiven seit einer ganzen Generation" gebe,<sup>524</sup> sei die Beschäftigungsrate weiterhin zu niedrig und strukturell und regional stark segmentiert. In diesem Zusammenhang wird betont, dass der Dienstleistungssektor unterentwickelt sei, besonders in den Bereichen Telekommunikation und Internet (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 4).

Um das Lissabon-Ziel zu erreichen,

"bedarf es einer globalen Strategie, in deren Rahmen:

- der Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und Gesellschaft durch bessere Politiken für die Informationsgesellschaft und für die Bereiche Forschung und Entwicklung sowie durch die Forcierung des Prozesses der Strukturreform im Hinblick auf Wettbewerbsfähigkeit und Innovation und durch die Vollendung des Binnenmarktes vorzubereiten ist;
- das europäische Gesellschaftsmodell zu modernisieren, in die Menschen zu investieren und die soziale Ausgrenzung zu bekämpfen ist;
- für anhaltende gute wirtschaftliche Perspektiven und günstige Wachstumsaussichten Sorge zu tragen ist, indem nach einem geeigneten makroökonomischen Policy-mix verfahren wird." (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 5)

"Diese Strategie soll die Union in die Lage versetzen, wieder die Voraussetzungen für Vollbeschäftigung zu schaffen und den regionalen Zusammenhalt in der Europäischen Union zu stärken. (...) Sofern die nachstehend aufgeführten Maßnahmen in einem gesunden makroökonomischen Kontext durchgeführt werden, dürfte eine durchschnittliche wirtschaftliche Wachstumsrate von etwa 3 % eine realistische Aussicht für die kommenden Jahre darstellen." (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 6,7)

Zur "Vorbereitung des Übergangs zu einer wettbewerbsfähigen, dynamischen und wissensbasierten Wirtschaft" wird an erster Stelle "eine Informationsgesellschaft für alle" genannt:

"Von dem Übergang zu einer digitalen, wissensbasierten Wirtschaft, der von neuen Gütern und Dienstleistungen ausgelöst wird, werden starke Impulse für Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsmöglichkeiten ausgehen. Darüber hinaus wird dieser Übergang es ermöglichen, die Lebensqualität der Bürger wie auch den

---

<sup>524</sup> Dazu zählen eine stabilitätsorientierte Geldpolitik, solide Haushaltspolitiken, gemäßigte Lohnentwicklungen, niedrige Inflationsrate und die Zinssätze, Abbau der Haushaltsdefizite, gesunde Zahlungsbilanz der EU, erfolgreiche Euro-Einführung, Vollendung des Binnenmarktes, bevorstehende Erweiterung, eine im allgemeinen hochqualifizierte Erwerbsbevölkerung, Systeme des sozialen Schutzes, etc. (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 3)

Zustand der Umwelt zu verbessern." (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 8)

Dazu sei ein "eEurope"-Aktionsplan zu erstellen. In diesem Zusammenhang wird festgehalten:

"Die Unternehmen und die Bürger müssen Zugang zu einer kostengünstigen Kommunikationsinfrastruktur von internationaler Qualität und zu einer breiten Palette von Dienstleistungen haben. Jedem Bürger müssen die Fähigkeiten vermittelt werden, die für das Leben und die Arbeit in dieser neuen Informationsgesellschaft erforderlich sind. Mit unterschiedlichen Mitteln und Wegen des Zugangs muss dafür gesorgt werden, dass niemand von Informationen ausgeschlossen wird. Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Analphabetentums müssen verstärkt werden. Behinderte müssen besonders berücksichtigt werden. Die Informationstechnologien können dazu genutzt werden, die städtische und regionale Entwicklung zu erneuern und umweltverträgliche Technologien zu fördern. Die Informationsanbieter schaffen durch die Nutzung und Vernetzung der kulturellen Vielfalt in Europa einen Mehrwert. Die öffentlichen Verwaltungen aller Ebenen müssen echte Anstrengungen unternehmen, um die neuen Technologien für den größtmöglichen Zugang zu Informationen zu nutzen. (...) Die Ausschöpfung des ganzen e-Potentials in Europa hängt von der Schaffung günstiger Bedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr und das Internet ab, so dass die Union den Anschluss an ihre Konkurrenten finden kann, indem immer mehr Unternehmen und Privathaushalte über Schnellverbindungen an das Internet angeschlossen werden. Die Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr müssen vorhersehbar sein und das Vertrauen der Wirtschaft und der Verbraucher genießen. Es müssen Schritte unternommen werden, damit Europa seine führende Rolle in Bereichen der Schlüsseltechnologie wie der Mobilkommunikation beibehalten kann. Aufgrund des raschen technologischen Wandels werden in der Zukunft möglicherweise neue und flexiblere Regulierungskonzepte erforderlich." (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 9, 10)

Desweiteren werden noch einige laufende Aktivitäten priorisiert und Aspekte hervorgehoben, denen wir bei der Analyse des eEurope-Aktionsplanes wieder begegnen werden.

Tony Blair fasst zusammen:

„Der Gipfel steht für eine Veränderung der europäischen Wirtschaftspolitik: Weg von der sozialen Regulierungspolitik aus den 80er Jahren – hin zu einem Geist von Innovation, Unternehmertum, Wettbewerbsfähigkeit und natürlich Arbeitsplätzen. Es gibt nicht mehr diesen Harmonisierungs-Wahnsinn, alles angleichen zu wollen. Statt dessen schauen wir auch außerhalb der EU, was gut funktioniert, um die besten Leistungen auch bei uns zu erreichen.“ (zit.n. Sello 2005, 1018)

Die Financial Times kommentiert:

„Das Schlusskommuniqué zeigt eine klare Linie und zeugt von gesundem Menschenverstand. Der Marktwirtschaft wird in allen Bereichen der Vorrang eingeräumt. Erfolgreiche Unternehmen und liberalisierte Märkte werden als Haupttriebkraft wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit anerkannt. Die Regierungen sollen

sich weitgehend darauf beschränken, Hilfestellung zu geben, wobei die Union als Katalysator wirkt.“ (Financial Times 25.3.2000, zit.n. Sello 2005, 1020)

Die zentralen Themen der Lissabon-Strategie sind Beschäftigung, Wirtschaftsreform und – für das sozialdemokratische Sentiment – sozialer Zusammenhalt, in ihrem Hintergrund wirken die Motive Innovation, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit, die Informationsgesellschaft sei ein entscheidender Schlüssel zur Erschließung eines jeden.<sup>525</sup> Wie die Untersuchung des Zwischenberichtes zur eEurope-Initiative gezeigt hat, ist die Lissabon-Strategie ohne Zweifel „vor dem Hintergrund der sog. „New Economy“ in den USA, d.h. der „Dotcom-Blase“ und der sehr optimistischen Annahme eines auf den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien basierenden Wachstumsschubs formuliert worden.“ (Bieling 2006, 329; vgl. kritisch hierzu Scherrer 2001)<sup>526</sup> Insofern die Lissabon-Strategie aber von Beginn an der nebelumwitterten Chimäre des Wachstumsmodells einer „New Economy“ aufgesessen ist, reartikuliert sie auch das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft.“<sup>527</sup>

Mit dem Aktionsplan eEurope 2002 soll das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ über drei Ebenen forciert werden:

---

<sup>525</sup> Die folgenden Abschnitte dieses Kapitels der Lissabon-Strategie widmen sich der "Schaffung eines europäischen Raums der Forschung und Innovation", der "Schaffung eines günstigen Umfelds für die Gründung und Entwicklung innovativer Unternehmen, insbesondere von KMU", "Wirtschaftsreformen für einen vollendeten und einwandfrei funktionierenden Binnenmarkt", "effizienten und integrierten Finanzmärkten", sowie der "Koordinierung der makroökonomischen Politik: Haushaltskonsolidierung, Qualität und Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen". (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 11-23). Unter dem Titel "Modernisierung des europäischen Gesellschaftsmodells durch Investitionen in die Menschen und Aufbau eines aktiven Wohlfahrtsstaates wird u.a. auch das Thema "Bildung und Ausbildung für das Leben und Arbeiten in der Wissensgesellschaft" angeschnitten, wobei insbesondere im Bereich der Informationstechnologien neue Grundfertigkeiten und Digitalkompetenzen gefördert und die "Humankapitalinvestitionen pro Kopf" substantiell gesteigert werden sollen (vgl. [http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1\\_de.htm](http://www.europarl.europa.eu/summits/lis1_de.htm), Punkt 25, 26, 27). Auch in den folgenden Abschnitten zur "Entwicklung einer aktiven Beschäftigungspolitik", der "Modernisierung des sozialen Schutzes", der "Förderung der sozialen Integration" stehen die Potentiale der IKT bzw. der Wissensgesellschaft, aber auch die Herausforderungen an Weiterqualifikation im Mittelpunkt.

<sup>526</sup> Dieser Optimismus hinsichtlich eines zukünftigen Wachstums beantwortet übrigens die Frage, warum das neoliberal-konservative Modernisierungsprojekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in derselben Form von den sozialdemokratischen Regierungen fortgeführt worden ist, die seit Mitte/Ende der 1990er Jahre in Europa an die Macht gekommen waren. Es versprach die Möglichkeit, die Beschäftigungslage in Europa zu verbessern und Umverteilungen vornehmen zu können. Als mit dem Zusammenbruch der „New Economy“ Mitte des Jahres 2000 eine zentrale Säule der Lissabon-Strategie wegbrach, beginnen die sozialdemokratischen Umverteilungshoffnungen sich, in ihr Gegenteil zu kehren: es folgen die Agenda 2010 und die neoliberale Reartikulation der europäischen Sozialdemokratie. An den Verheissungen der „Informationsgesellschaft“ wurde – wenn auch verschlankt um die sozialen Versprechen – wurde weiterhin festgehalten.

<sup>527</sup> Tatsächlich wurden die Hauptgebiete des ursprünglichen Entwurfs für den Aktionsplan „eEurope 2002“ „nicht nur aufgrund der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates in Lissabon geändert, sondern auch angesichts der zahlreichen Stellungnahmen, welche die Kommission vor allem vom Europäischen Parlament und den Mitgliedstaaten, sowie auf der informellen Ministerkonferenz über die Informations- und Wissensgesellschaft am 10./11. in Lissabon erhalten hat.“ (KOM 2000/330, 3, zit.n. Schaper-Rinkel 2003, 194; vgl. Rometsch 2000, 81)

„Die weitere Entwicklung der grundlegenden Technologien und Infrastrukturen bilden den ersten Fokus der europäischen Politik. An zweiter Stelle steht die Internetfähigkeit der BürgerInnen und an dritter Stelle steht die allumfassende Durchsetzung von digitalen Dienstleistungen im öffentlichen und privaten Bereich. Im Aktionsplan eEurope sind die drei Ebenen folgendermaßen verknüpft: Die Entwicklung der digitalen Infrastruktur („Billigeres, schnelleres und sicheres Internet“) ist die technische Grundlage, die „Investitionen in Menschen und Fähigkeiten“ sind die subjektive Grundlage, und beide sollen der „Förderung der Nutzung des Internets“, also der Steigerung der Nachfrage, dienen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 195)

„Vordergründig“ erscheint der eEurope 2002 Aktionsplan als ein stark nutzerorientiertes Konzept: „Eine Informationsgesellschaft für Alle“ solle durch die „Förderung einer stärkeren Verbreitung des Internet, Investitionen in die Zugangs- und Ausgangsqualifikationen sowie die Förderung von allgemeinrelevanten Anwendungen, die die Attraktivität des Netzes für breite Kreise interessant machen“ vorangebracht werden (Schaper-Rinkel 2003, 224f, vgl. KOM 2000/330). Von „Investitionen in Menschen und Fertigkeiten“ ist die Rede, eEurope solle Internet und multimediale Lehrmittel im Bildungsbereich voranbringen, und „eine europäische Zusammenarbeit zwischen Bildungsexperten, Behörden, Schulen und Universitäten für Lernkonzepte der Informationsgesellschaft zu ermöglichen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 224f) „Der *Aktionsplan e-learning* soll den Aufbau der Infrastruktur beschleunigen: Ziel ist es, sämtliche Schulen bis Ende 2002 mit Internet-Zugang und Multimedia Ressourcen auszustatten.“ (Schaper-Rinkel 2003, 225) „Vordergründig“ heißt in diesem Zusammenhang, dass die Orientierung an den Nutzern, die Förderung des Bildungssektors usw. explizit immer nur als Mittel zum Zweck fungiert, nämlich zur Steigerung der Nachfrage und einem rein quantitativ begriffenen, ökonomischen Wachstum der informationsgesellschaftlichen Sektoren. „Die Nutzerorientierung gilt der Kommission als eine erfolgversprechende Strategie, da eine signifikante und nachhaltig steigende Nachfrage die Grundlage für das angestrebte Wachstum ist.“ (Schaper-Rinkel 2003, 225) „eEurope markiert ein ökonomisches Wachstumsmodell, in dem die gesellschaftliche Entwicklung der Organisation von ökonomischem Wachstum und dem Primat von internationaler Wettbewerbsfähigkeit untergeordnet ist.“ (Schaper-Rinkel 2002, 455)

Indem soziale Integration und Partizipation explizit einzig als Mittel zum Ziel der Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Wirtschaftsraumes artikuliert werden, buchstabiert sich der dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ eingeschriebene Gesellschaftsbegriff aus. Mit „eEurope“ entledigt sich die EU jeglichem politischen Gestaltungsanspruch, insofern dieser „über eine Unternehmensförderagentur hinausgeht“ (Schaper-Rinkel 2003, 239). „Die Europäische Informationsgesellschaft der Kommission namens eEurope organisiert einen Kontinent nach betriebswirtschaftlichem Muster. Aus europäischen BürgerInnen werden konzeptionell Beschäftigte der *Europe AG*.“ (Schaper-Rinkel 2003, 226)

„Mit dem Leitbild der europäischen Informationsgesellschaft wird kein integratives Leitbild einer europäischen Gesellschaftlichkeit entworfen, sondern das öffentliche und alltägliche Leben in Europa möglichst weitgehend kommerzialisiert. (...) Die Etablierung der Europäischen Informationsgesellschaft ist ein Synonym für den Kampf

um internationale Wettbewerbsfähigkeit und für eine neue Strategie zur internen Disziplinierung (...). Die neue Qualität des Konzeptes liegt darin, alle gesellschaftlichen Bereiche unter das Ziel ökonomischer Wettbewerbsfähigkeit zu subsumieren. In der Logik der neuen Ökonomie der Zeit reicht es für die Kommission nicht aus, digitale Technologien zur Beschleunigung von Arbeitsprozessen einzusetzen. Ziel ist es, die umfassende Beschleunigungsdynamik mit informationsgesellschaftlichen Technologien in allen Lebensbereichen durchzusetzen. Mit dem Konzept der Informationsgesellschaft wird ein regulativer Rahmen geschaffen, um die gesamtgesellschaftliche Beschleunigung im Dienste der Wettbewerbsfähigkeit politisch zu organisieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 228)

Insofern für die Kommission für den Erfolg von eEurope das quantitative Wachstum im Mittelpunkt steht – „primäres Ziel ist eine hohe NutzerInnenzahl, ein stark steigendes Volumen and kommerziellen Transaktionen und eine Reduktion der Kosten für öffentliche Dienste“ (Schaper-Rinkel 2002, 455) – rückt die Frage der Quantifizierbarkeit und Vergleichbarkeit von informationsgesellschaftlichen Fortschritten in Europa in den Mittelpunkt.

„Das europäische *benchmarking*, das die Kommission im Laufe des Jahres 2000 erarbeitet, soll einen umfassenden Leistungsvergleich zwischen den Mitgliedstaaten ermöglichen, sogenannte ‚vorbildliche Verfahren‘ aufzeigen und Erkenntnisse über die Verbreitung digitaler Technologien ermöglichen. Die umfassende Pflicht zur Berichterstattung und Transparenz, die die Kommission zunehmend gegenüber mitgliedstaatlichen Institutionen durchsetzt, ermöglicht ein hohes Maß an Kontrolle, inwieweit und in welche Form die beschlossene Politik umgesetzt wird.“ (Schaper-Rinkel 2003, 226f; vgl. KOM 2000/330, 4f; KOM 2002/62; KOM 2000/818, 47)

Diese Strategie der Herstellung einer absoluten Transparenz und des permanenten Vergleichs „wird von der Kommission als maßgebliches Instrument gesehen, die angestrebten politischen Ziele europaweit zu erreichen“ (Schaper-Rinkel 2003, 227; vgl. KOM 2000/814) und sollte insbesondere im Hinblick auf die Kandidatenländer forciert werden (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 228). In diesem Sinne stellt die Eingemeindung in die statistische Vergleichbarkeit von politischen, wirtschaftlichen und (informations-)gesellschaftlichen Prozessen eine Priorität der Aktionspläne dar. Diese etablieren vergleichbare Indikatoren, auf deren Grundlage wiederum quantifizierbare Ziele formuliert werden, deren Erreichung durch den europaweiten Austausch von „best practices“ europaweit und eine kleinmaschige Überwachung des Fortschritts gewährleistet werden soll.

### ***Über Benchmarks, Selbstregulation und offene Methode der Koordinierung***

Seit dem Sondergipfel von Lissabon wird die Europäische Kommission vermehrt zu solchen „neuen“, „weichen“ oder „offen“ Formen der politischen Koordinierung und Arenenbildung greifen. „Die europäische Politik über ‚vorbildliche Praxen‘ ist eine Politikform, die sich insbesondere für ‚weiche‘ Initiativen eignet. Hierbei handelt es sich um Politikfelder, in denen die Kommission keine direkten Befugnisse hat (...)“ (Schaper-Rinkel 2003, 228). Die Analysen von Alison Harcourt für den Bereich der Medienpolitik haben auch Gültigkeit für den der Telekommunikation, insbesondere wenn sie festhält, dass „many authors conclude that these measures, which bypass the European Parliament approval (and therefore the

electorate), lack democratic input and legitimacy, thereby laying bare the fragile bones of the EU polity (...).“ (Harcourt 2005, 1)

Neben ihren “harten” Kompetenzen im Bereich der Binnenmarktintegration und der Durchsetzung des Wettbewerbsrechts setzt die Kommission ihre Agenda zunehmend auch durch “weiche” Politikformen wie “the initiation of European-level consortia and fora, the decentralisation of decision-making bodies, presenting ‚best-practice‘ solutions to domestic policy problems” (Harcourt 2005, 1f) sowie die Koordination der Konsultationen zu den von ihr vorgelegten Berichten, Grünbüchern und Richtlinienvorschlägen (Harcourt 2005, 12) vorantreiben. Über die Initiierung und Institutionalisierung von Konsultationen mit dem europäischen Großkapital – wie die „hochrangige Expertengruppen“ im Umfeld des Bangemann-Berichts, der „European Round Table of Industrialists“ oder auch die „Industry Forum on Enlargement“ oder „Information Society Fora“ – kann die Kommission ihre politische Schlagkraft verstärken, insofern es ihr gelingt, in diesen Kreisen einen Konsens zu erzielen. Neben dem etablierten Arsenal von weichen politischen Steuerungsformen wie Verhaltensrichtlinien, Empfehlungen, Aktionsplänen und Monitorings setzt die Kommission zunehmend auf die Institutionalisierung von Rahmen und Gremien zur „Selbstregulation“. “This move towards self-regulation through European fora and industry consortia is flanked by the creation and decentralisation of European-level agencies.” (Harcourt 2005, 18)<sup>528</sup>

Auf dem Sondergipfel in Lissabon etablierte auch der Europäische Rat für sich die sogenannte „Open method of co-ordination“ (OMC). „The OMC is essentially a method for the agreement of policy guidelines for the EU through exchange of information, benchmarking, emulation of best practice, target-setting, monitoring and peer review. (...) The method is exceptional as it is to be executed within the European Council effectively bypassing approval by the Commission and European Parliament.” (Harcourt 2005, 15) Die „OMC“ beruht auf einer freiwilligen Einigung der Regierungen der Mitgliedsstaaten auf Ziele, die diese zwar selbstverpflichtet, aber flankiert von permanentem benchmarking und gegenseitiger Kontrolle implementieren.<sup>529</sup> Die über die OMC zu bearbeitenden Politikfelder wurden in einer nachgeschobenen Erklärung spezifiziert: „Six policy areas are designated the first of which is notably the ‘information society’ under which communications and media policy fall” (Harcourt 2005, 16) Die OMC kann als ein Versuch des Europäischen Rates (bzw. der nationalen Regierungen) interpretiert werden, ein politisches Gegengewicht zu den informellen Verfahrensweisen der Kommission herzustellen,<sup>530</sup> zugleich stellt sie aber auch –

---

<sup>528</sup> Since “(...) public consultation is producing insurmountable political obstacles in Commission decision-making, which may be enforcing the trend towards less democratic forms of policy-making, such as self-regulation.” (Harcourt 2005, 5)

<sup>529</sup> „Das wichtigste Instrument zur Weiterentwicklung und kollektiven Beschlussfassung“ der OMC ist der jährliche „Frühjahrgipfel“, auf dem allgemeine politische Leitlinien festgelegt werden und der durch einen sogenannten Frühjahrsbericht vorbereitet wird. Das von der Kommission ausgearbeitete „Leitlinienpaket“ wird im Sommer zur Beratung den einzelnen Ratsformationen vorgelegt und dann, gegebenenfalls ergänzt um von der Kommission ausgesprochene Empfehlungen, angenommen. Ab September „erfolgt eine gebündelte Umsetzungsbewertung durch Mitgliedsstaaten und Kommission.“ (<http://www.linksnet.de/de/artikel/19550>)

<sup>530</sup> “In the traditional ‘Community method’, the Commission has a monopoly over the right of initiative, the Council of Ministers and European Parliament adopt proposals, Member States implement under observation of the Commission that may refer a State to the ECJ. Under the OMC method, the

und gerade im Kontext der Lissabon-Strategie eine mehr als fragwürdige Verschiebung zugunsten der Exekutiven:

„Die Exekutiven der Mitgliedsstaaten treffen als europäische Gremien gemeinsame Zielvereinbarungen und beschließen Empfehlungen zu deren Erreichung, während die konkrete Umsetzung von allfälligen Maßnahmen, also das Handeln, den jeweiligen Nationalstaaten überlassen wird. Dadurch verschiebt sich die Entscheidungsfindung stark zu den Exekutiven hin, die auf europäischer Ebene eine Legislativ-Wirkung entfalten (Grundrichtlinien der Politik bestimmen), um die jeweiligen Maßnahmen dann gleich selbst umzusetzen. Dies führt unter anderem dazu, dass die Gesamtstrategie nie Gegenstand parlamentarischer Beratung und zu einem großen Teil abseits einer öffentlichen Debatte bestimmt wird. Die Motivation für die Mitgliedsstaaten, bei dem ‚autonomen Nachvollzug‘ Schritt zu halten, wird vor allem durch das so genannte ‚naming, blaming, faming‘ erzeugt, also durch Gruppenzwang. Regelmäßig wird über den Fortgang der Reformen in den einzelnen Ländern berichtet und auf jene gezeigt, die der Entwicklung hinterher hinken oder als besonders gute Beispiele dienen. Dieses ‚Reporting‘ wird anhand von gemeinsam festgelegten Benchmarks (also quantitativen Zielen) in einzelnen Indikatoren (...) von der EU erstellt.“ (...) „Die so genannte ‚Open Method of Coordination‘ soll als Instrument zur Umsetzung der Strategie dienen und ist eine Verlegenheitslösung mit der die Europäischen Institutionen versuchen in Bereiche einzugreifen, für die sie weder ein Mandat noch Kompetenzen besitzen. (...) Schon die Zielfindung zu Beginn des gesamten Prozesses war allein Sache der damals in Lissabon anwesenden ExekutivvertreterInnen. (...) Die OMC verhindert die öffentliche Debatte, ist damit undemokratisch und übt in illegitimer Weise Druck auf die Mitglieds- und speziell die KandidatenInnenländer der europäischen Union aus.“ (Verband der Schweizer Studierendenschaften 2006)

### **Zwischenfazit: Zweite Phase**

Wir haben gesehen, dass sich die EU in der Phase der intensivierten Heranführung gänzlich dem Primat der Wettbewerbsfähigkeit unterordnet. In diesem Zusammenhang avanciert das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zur tragenden Säule des wirtschaftspolitischen 10-Jahresplans, der befreit von den Mühseligkeiten demokratischer Debatten auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates in Lissabon beschlossen wird. Dort ebenfalls begrüßt und kurz danach verabschiedet wird der Aktionsplan eEurope 2002, der – wenngleich vordergründig nutzerorientiert formuliert, das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ selbst wiederum gänzlich der Wettbewerbsfähigkeit unterordnet. Sowohl die eEurope-Initiative wie auch die Lissabon-Strategie sind beide in erheblichem Maße von dem Wachstumsversprechen der „Neuen Ökonomie“ geprägt, die am Tag nach deren Verabschiedung zusammenbrechen sollte.

---

European Council initiates, the national strategies of each Member State are implemented by the State, and the Commission can only co-ordinate and make recommendations to the Member State.” (Harcourt 2005, FN 22, 20) In diesem Sinne kann das 2001 von der Kommission veröffentlichte Weißbuch zum Thema “European Governance” wiederum als ihr Versuch interpretiert werden, die Politikfelder, die bereits durch den Acquis Communautaire abgedeckt werden – wie z.B. die Telekommunikation – der OMC zu entziehen. (vgl. Harcourt 2005, 16)

### ***Exkurs: technologische, ökonomische und politische Konvergenz***

Bereits Ende des Jahres 1996 entschloss sich der Europäische Rat zu „neuen politischen Prioritäten im Hinblick auf die Informationsgesellschaft“ (zit.n. Holtz-Bacha 2006, 294). Neben einer Bündelung der bereits begonnenen Aktivitäten und der Priorität, die der anstehenden Liberalisierung des Telekommunikationssektors zukommt, stellte der Rat fest, „dass sich die Informationsgesellschaft ‚aus der technologischen Konvergenz der Bereiche audiovisuelle Medien, Datenverarbeitung und Telekommunikation entwickelt‘ habe und es Aufgabe des Rates sei, die erforderlichen ordnungspolitischen und rechtlichen Maßnahmen zu ergreifen.“ (Holtz-Bacha 2006, 294)

#### ***- Das Grünbuch „Konvergenz“***

Im Dezember 1997 legte die Kommission das *Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihre ordnungspolitischen Auswirkungen* (KOM 1997/623) vor.<sup>531</sup>

“At the core of the Green Paper on Convergence lay three arguments (...). The first argument was that technological convergence challenged existing regulatory categories and boundaries, primarily those between telecommunications and broadcasting. The second was that the move from a scarcity to a multitude of outlets and channels meant that regulation needed to be relaxed; it was no longer possible or appropriate to regulate the digital world to the same extent as the analogue one. Increasingly the Internet model – of a lighter touch regulation, or indeed only the constraints of civil law together with self regulation – was presented as the model for the converged communications industry. And third, there was the argument that as the communications industry became more international, so attempts at national regulation would be ineffective, inhibit innovation, and increasingly act as a source of regulatory fragmentation within the European internal market. The solution, it was argued, lay in moving to regulation at a higher level, in fact at either the EU or even the global level.”  
(Levy 1999, 128)

Mit dem Grünbuch zur Konvergenz wagte die Kommission den Vorstoß, fortan auch das Feld der Medien, sprich die Bereich der audiovisuellen Politik und der Rundfunkregulierung unter das Dach der Informationsgesellschaft zu subsumieren und damit deren Regulation auf die europäische Ebene zu heben.<sup>532</sup> Zwar hatte es bereits vereinzelte Vorstöße gegeben, in

---

<sup>531</sup> „Erarbeitet wurde es von der Generaldirektion für Binnenmarkt und Industrie unter Martin Bangemann gemeinsam mit der unter anderem für Kultur und audiovisuelle Politik zuständigen Generaldirektion unter Kommissar Marcelino Oreja.“ (Holtz-Bacha 2006, 294)

<sup>532</sup> Einen Vorstoß „ganz auf der Linie des Bangemann-Berichts“ war bereits in den Jahren 1994 und 1995 durch das zweibändige „Grünbuch über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze“ von der Kommission vorgelegt worden. „Teil I stellte die allgemeinen Grundsätze und den zeitlichen Rahmen vor, Teil II präsentierte das Konzept für die Entwicklung der Infrastruktur im Telekommunikationssektor. Dessen Liberalisierung und die Öffnung für den Wettbewerb sowie die Sicherung des universellen Dienstes (d.h. die Bereitstellung eines bestimmten Mindestangebots für alle Nutzer zu einem erschwinglichen Preis) waren die Hauptziele des Grünbuches. Wiederum wird auch hier deutlich, dass der Rundfunk von den Veränderungen des Telekommunikationssektors nicht unberührt bleiben würde. So bekräftigte die Kommission, dass „ein neuer gesetzlicher Rahmen nötig [wäre], der sich auf die Konvergenz der Telekommunikation und des Rundfunks bezieht“, denn die „Unterschiede *zwischen* den Mitgliedstaaten in Bezug auf ihre

denen auch entscheidende rundfunkpolitische Fragen auf europäischer Ebene entschieden worden waren,<sup>533</sup> trotzdem konnte die Rundfunkpolitik – in markantem Gegensatz zur Telekommunikation – bis dahin als letztendlich nationalstaatliches Hoheitsgebiet verteidigt werden.

Seitdem die „Europäische Informationsgesellschaft“ im Delors-Weißbuch als das Kernelement des europäischen Entwicklungsmodells für das 21. Jahrhundert identifiziert worden war, hatte sie als politisches Projekt stetig Rückenwind erfahren. Seit dem Bangemann-Bericht wurden – wenngleich zunächst nur auf einer rhetorischen Ebene – immer mehr Politikfelder in den Bannkreis einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ gebracht (vgl. Levy 1999, 124).<sup>534</sup> Mit dem Grünbuch wurde nun ein ernsthaft ausgreifender Versuch unternommen, tatsächlich den gesamten Kommunikationssektor – und damit auch den Rundfunk – dem Liberalisierungsimperativ der Informationsgesellschaft zu unterstellen. „Deutlicher noch als die bisherigen Papiere zeigte dann auch das Grünbuch, dass die Kommission den Regelungsbedarf für die neuen Technologien zum Anlass nehmen würde, die bisherige Regulierung des Rundfunks ebenfalls zu überprüfen und womöglich zu differenzieren.“ (Holtz-Bacha 2006, 295) Immerhin befand sich ja nicht nur die Rundfunktechnologie bereits mitten im digitalen Wandel,<sup>535</sup> auch die nun endlich einsetzende Wahrnehmung des Internets als dem neuen, multimedialen Universalmedium begründeten die Forderung, nun einen vorausschauenden regulatorischen Paradigmenwechsel zu

---

Vorschriften für Kabelfernsehen und Rundfunk und die Unterschiede *innerhalb* der Mitgliedstaaten bezüglich der Behandlung des Rundfunks und der Telekommunikation drohen die Entwicklung und Verteilung fortschrittlicher Informations-Kommunikationsdienste zu behindern“ (Holtz-Bacha 2006, 293f; zitiert: Kommission der EG, 1995b, 8; vgl. Kommission der EG 1994b; 1995b)

<sup>533</sup> In diesem Zusammenhang ist insbesondere die sogenannte „Television Without Frontiers“-Richtlinie zu nennen, auf deren Grundlage in den GATT-Verhandlungen paradoxerweise letztlich die „kulturelle Ausnahme“ für den audiovisuellen Sektor ausgehandelt werden konnte. Natürlich standen nationale Rundfunkmärkte auch unter dem Eindruck des europäischen Binnenmarkt-Projektes und dem europäischen Wettbewerbsrecht.

<sup>534</sup> Sowohl Weißbuch wie Bangemann-Bericht „zielten vorrangig auf den Telekommunikationssektor“, „konzentrierten sich auf Anwendungen der neuen Technologie und Dienste im öffentlichen und privaten Sektor und enthielten Vorschläge für deren Einsatz (...). Die Bangemann-Gruppe baute hier insbesondere auf die Beteiligung privater Unternehmen und damit auf die Marktkräfte. Mit der Betonung der Schlüsselrolle der Wettbewerbspolitik schien der Bangemann-Bericht jedoch auch ein Zeichen für die Medienpolitik der Gemeinschaft insgesamt zu setzen. Tatsächlich bezog die auf das Treffen des Europäischen Rates folgende Mitteilung der Kommission den audiovisuellen Sektor dann auch explizit in die Überlegungen zu „Europas Weg in die Informationsgesellschaft“ mit ein. Die Kommission betonte hier, „engagiert ihre Rolle bei der Anwendung der Wettbewerbsregeln auf den Kommunikationssektor“ übernehmen zu wollen.“ (Holtz-Bacha 2006, 290)

<sup>535</sup> „Some of the regulatory questions raised by digital broadcasting regulation could quite legitimately draw on the lessons learnt from the EU telecommunications policy. Digital broadcasting would increasingly be delivered through switched networks – either by telecommunications, cable or satellite – and the EU’s measures to ensure access for third parties to telecommunications networks, and interconnection and interoperability between networks, had a direct relevance to the new broadcasting environment. Neither of these issues was covered by any of the EU’s broadcasting regulations, and without regulation ‘borrowed’ from the telecommunications and ICT sectors competition in digital broadcasting would have been an even more remote possibility.“ (Levy 1999, 125f)

vollziehen, der Inkonsistenzen zwischen den unterschiedlichen Regulationsweisen zukünftig nicht mehr auseinanderzuhaltender Sektoren auslöscht.<sup>536</sup>

Zwar laufen im Rahmen des Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ tatsächlich verschiedene Regulierungsstränge neben- und ineinander. „Was in der Union schließlich unter dem Stichwort Informationsgesellschaft zusammengeführt wird, verbindet Industrie-, Handels-, Wettbewerbs-, und audiovisuelle Politik, die sich auf verschiedene technische Ebenen (Übertragungswege, Netze, Endgeräte), Marktregulierung, inhaltliche Vorgaben sowie die Sicherung der Interessen von Nutzern und Konsumenten richten.“ (Holtz-Bacha 2006, 288) Die entscheidende Frage ist, ob die historisch begründet unterschiedlichen Regulationsstränge zwingend unter einem Banner – und wenn ja, unter welchem – vereint werden müssen, wurde in dem Grünbuch eindeutig beantwortet. Obwohl der für die Informationsgesellschaft ausgearbeitete Regulationsrahmen im Hinblick auf die Telekommunikationsmärkte entwickelt worden war, sollten nun – vermittelt über den Schlüsselbegriff der Konvergenz – auch die Liberalisierung und Europäisierung der Rundfunkregulation im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit des audiovisuellen Sektors in Angriff genommen werden: “Convergence was seized on by some policy makers as justifying the liberalisation of the entire communications sector, and the replacement of national broadcasting regulation with a new light-touch converged regulatory framework operating at the EU or international level.” (Levy 1999, 123)

“The EU used the ‘Information Society’ as a portmanteau term to lend coherence to an extremely wide range of policies, both existing and new; to act as a mobilising slogan (...); and to suggest dynamism and preoccupation with modernisation and competitiveness. The breadth of the vision has allowed policies ranging from highly technical issues of standardisation and telecommunications numbering to education and research plans, regional policy, social policy and consumer affairs issues, all to be included and justified in terms of the ‘Information Society’. At the core of the IS programmes, however, lay a more prosaic agenda focused on the completion of existing EU telecommunications liberalisation policies, their extension to take account of the new communication networks, and the belief that Europe’s future growth and employment depended on creating a competitive communications sector” (Levy 1999, 124, vgl. Campbell and Konert 1998, 45)

Insbesondere der starke Impetus des Bangemann-Berichts auf die Kräfte sowohl des freien Marktes wie auch der privaten Initiative nebst den unvermeidlichen Warnungen vor einem staatlich-protektionistischem Dirigismus und öffentlichen Subventionen findet nun im

---

<sup>536</sup> „Die Problematik lässt sich am Beispiel der digitalen Fernsehangebote zeigen: Strahlen die Sender das frei empfangbare Fernsehen digital aus, so bedeutet das lediglich die Nutzung einer anderen Technik für ein Angebot an die Allgemeinheit und ist rundfunkrechtlich zu regeln; digitales und interaktives Bezahlfernsehen dagegen, das sich an den Einzelnen richtet, ließe sich dem e-Commerce zurechnen. Durch diese Nähe gerät auch der Rundfunk in den Sog der Ideologie des freien Marktes und des Wettbewerbs, die zumindest in einem Spannungsverhältnis zu dessen kultureller Seite stehen, was erst recht Probleme für den mit entsprechenden Auflagen versehen öffentlich-rechtlichen Rundfunk macht. Mit der Konvergenz ist der Gemeinschaft ein weiteres Argument zugewachsen, was ihre Kompetenz im audiovisuellen Sektor anbetrifft. Das wird es den Mitgliedstaaten in Zukunft wahrscheinlich noch schwerer machen, diesen Bereich für sich zu reklamieren oder wenigstens mitzureden.“ (Holtz-Bacha 2006, 301f)

Grünbuch Anwendung auf die seit Ende des Zweiten Weltkrieges stark nationalstaatlich regulierte und teilweise subventionierte audio-visuelle Programmindustrie. Diese historisch begründeten Merkmale wurden nun zu sicheren Indikatoren ihrer Überkommenheit umgedeutet – zumal sich die Informationsgesellschaft ja ohnehin unvermeidlich ihre Bahn brechen würde und auf diese Weise ein Regulationsrahmen von Vorgestern allein schon technologisch ins historische Abseits befördert würde.

“Broadcasting’s fragmentation into national markets and the diversity of national regulatory frameworks were seen as outdated obstacles to be overcome, rather than as a reflection of the regulatory traditions within each Member State and the quite natural differences in the cultural and other policy objectives pursued. Similarly, the system of individual channel licences, common in broadcasting regulation even after telecommunications had moved towards class licensing, was not seen as reflecting the inevitable complexity of content regulation – where for example judgements of quality are inevitably more subtle and subjective than in telecoms – but as an anachronistic hangover from an age of channel scarcity, and evidence of a lack of transparency and political independence within broadcasting regulation.” (Levy 1999, 126)

Insbesondere als sich Mitte der 1990er Jahre das Internet zunehmend in den Mittelpunkt informationsgesellschaftlicher Entwürfe drängen sollte, schien sich die Universalität der Schlüssel motive des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“<sup>537</sup> noch einmal zu bestätigen:

„The minimal regulatory framework and trans-frontier nature of the Internet appeared to confirm key IS themes about the need for deregulation, and for regulation to move to the EU or international level. Similarly, the multi-functional nature of the Internet and World Wide Web, where users could move swiftly between private communication and a publishing or broadcasting model, appeared to reinforce the case for reducing regulatory distinctions between broadcasting and telecoms.” (Levy 1999, 126)

In diesem Sinne stellt das Grünbuch zur Konvergenz dann auch das Internet als „symbolic and prime driver of convergence“ heraus.<sup>538</sup>

---

<sup>537</sup> Wir haben den von der Industrie verfassten Anhang zur Bonner Erklärung schon diesbezüglich analysiert. Levy fasst noch einmal für uns zusammen: „The key principles underpinning the EU’s approach to Internet regulation were established at the July 1997 Bonn Conference (...). The Industry representatives in Bonn used the occasion to establish their desire for a more ‘horizontal’ approach to all communications regulation, requesting that ‘regulation should be as light-handed and flexible as possible’ and arguing that convergence meant that ‘divisions between telecommunications, broadcasting, publishing and information technology [would no longer] make sense’. Regulators were asked to ‘reappraise the basis of existing regulatory regimes because of the convergence of technologies’, to create a ‘future legal framework ... based on general principles of law, not on sector-specific legislation’, and to ensure that ‘self-regulation and technical solutions, such as voluntary content filtering and rating, should play a central role in content control’.” (Levy 1999, 127)

<sup>538</sup> „The Green Paper explained this in terms of the ease with which the Internet substituted for previously dedicated networks, for example voice telephony or broadcasting, and because of its user-driven – as opposed to supplier-driven – nature. In addition the decentralised character of the Internet, its exponential growth, and its constant shifts between the publishing and private communication modes (...) were all cited in support of this case. For the authors of the Green Paper it symbolised how minimal regulation could facilitate technical innovation and commercial success. The assumption was

Neben dem Aufstieg des Internets und der hegemonialen Strahlkraft des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ war es der im Jahr 1996 in den USA verabschiedete Telecommunications Act, der die Konvergenz des Medien- und Telekommunikationssektors vorantrieb. Unmittelbar nach seiner Verabschiedung erhöhten die großen europäischen Unternehmen den politischen Druck zugunsten einer Marktliberalisierung auch in Europa. In einer Rede von Martin Bangemann nur wenige Monate vor der Veröffentlichung des Grünbuchs ist das Echo des US Telecommunications Act Commission deutlich hörbar:

“The future regulatory framework for communications and media in Europe (...) must be ‘technology neutral’, simplified, uniform, and not fragmented, so that it genuinely reflects the converged environment (...). When we come to review the European telecommunications environment in 1998, we will have to take stock of a completely different situation where it is no longer appropriate to keep telecommunications services separate from other media services. We will undoubtedly need to simplify the current framework and to design a European Communications and Media Act bringing together legislation on the provision of infrastructure, services, content (...) and on the conditions for access to that content (via TV, computer, or telephone networks) (...). For the time being we are encouraging closer co-operation between national regulatory authorities, however a single European regulatory authority for communications and media services may prove necessary”. (Bangemann 1997, zit.n. Levy 1999, 132f)<sup>539</sup>

Ähnliche Argumentationen wurden zur gleichen Zeit von der OECD<sup>540</sup> sowie von den „Neuen Medien“, d.h. im Dunstkreis des Internet neu entstehenden Medienunternehmen aufgebaut. Damit war das Thema „Konvergenz“ zu dieser Zeit relativ weit oben auf der internationalen Agenda (Harcourt 2005, 78). Das Grünbuch zur Konvergenz ist letztlich ein klares Plädoyer für die „ultraliberalen Vorschläge des vorangegangenen Berichts über die globale Informationsgesellschaft“ (und sollte sich u.a. deshalb die Bezeichnung „neuer Bangemann-Bericht“ einhandeln) (Mattelart 2003, 111).

Neben dem immerwährenden Kampf um die internationale Wettbewerbsfähigkeit – beständiger Antrieb für die europäische Wirtschaftspolitik – und dem von vielen Seiten vertretenen Wunsch nach möglichst wenig und vereinfachter Regulierung sind in diesem Kontext noch mindestens zwei weitere Begründungen für den Vorstoß der EU-Kommission

---

that if the rest of the communications sector followed suit and freed itself from outdated regulatory rules it too might realise its full potential.” (Levy 1999, 128)

<sup>539</sup> “It is clear that Bangemann considered the media market to be a part of the ‘communications market’ and there was much pressure on him to aid the realisation of the Global Information Society to which he promised his commitment at the 1995 G7 meeting in Brussels. During the G7 meeting, the issue of convergence between the media and telecommunications industries (driven by technology) had been a key theme.” (Harcourt 2005, 77)

<sup>540</sup> Vgl. OECD Committee for Information, Computer and Communications Policy: Information Infrastructures: Their Impact and Regulatory Requirements. (OECD/GD(97)18) Paris 1997, 7f; vgl. Levy 1999, 133; vgl. Harcourt 2005, 78). “Later that year a pioneering piece of OECD work in the impact of ‘webcasting’ or the use of the Internet to deliver broadcast-type of audio and video services appeared which concluded that: “The more webcasting comes to resemble traditional services the greater the challenge will become to the existing regulatory frameworks. This implies, if technological neutrality is to be practised, that existing regulation of traditional services needs to be reviewed in this light.” (Levy 1999, 133; vgl. OECD: Communications Outlook 1997, Paris 1997, 6)

in Sachen Konvergenz auszumachen: Zum einen würde sie über eine deregulierte Marktwerdung des audiovisuellen Sektors nicht nur ihre politische Handlungsmacht enorm ausbauen. Mit einer Reregulierung der europäischen Programmindustrie nach den Spielregeln des Binnenmarktes und des Wettbewerbsrechtes würde der EU-Kommission eine tatsächlich gesellschaftliche Gestaltungsmacht zufallen. Entscheidender als diese Spekulation auf zukünftige Macht ist aber, dass ihr gegenwärtiges Steckenpferd, die „Europäische Informationsgesellschaft“ ja u.a. an zweierlei krankt: einem Mangel gesellschaftlicher Nachfrage nach ihren Diensten einerseits, einem Mangel an privatem Investitionskapital andererseits. Eine ökonomische Konvergenz des Telekommunikations- mit dem Mediensektor würde hier auf wunderbare Weise Abhilfe schaffen: denn nichts würde die Nachfrage nach der Informationsgesellschaft so sehr antreiben wie der Content der Medienindustrie,<sup>541</sup> und das Medienkapital wäre gleichsam gezwungen, in die informationsgesellschaftlichen Infrastrukturen zu investieren, um seine Position in dem neu entstehenden Mega-Markt zu behaupten.<sup>542</sup> In diesem Sinne kann der Konvergenz-Vorstoß als ein cleverer Schachzug der EU-Kommission dechiffriert werden, einen noch größeren „Kommunikationsmarkt“ zu schaffen, womit sie einerseits ihre politische Gestaltungsmacht ausdehnen und andererseits den Kapitaleinsatz auf ihrem Spielfeld enorm erhöhen könnte. Mit dem Export der „Europäischen Informationsgesellschaft“ nach Mittel- und Osteuropa würden auch die Medienmärkte dort – überall haben sich zu diesem Zeitpunkt duale Systeme etabliert – in ihren Gestaltungsbereich fallen.

Aus diesen Gründen (und vermutlich aus noch weiteren)<sup>543</sup> hochmotiviert, die Konvergenz von Medien, Telekommunikation und Informationstechnologie voranzutreiben, listet das Grünbuch natürlich die aus dem Weg zu räumenden Hindernisse<sup>544</sup> wie auch

---

<sup>541</sup> „The new-found enthusiasm for the Information Society (IS) meant that broadcasting changed from being viewed as a purely cultural or, at best, a relatively minor economic part of Commission concerns, to become a key provider of the ‘content’ which it is recognised will drive the development of IS networks and services.” (Levy 1999, 124)

<sup>542</sup> „The (...) Green Paper (...) recommends expansion of large communications conglomerates, which it envisions would compete with each other in many different countries in different markets.” (Harcourt 2005, 11)

<sup>543</sup> „The forces pushing for a radical rewriting of regulatory structures were considerable. Many EU and other national telecommunications policy-makers argued that sector-based broadcasting regulation should be replaced by much greater reliance on competition policy, alongside a converged regulatory framework embracing the entire communications sector. Some went further, arguing that the increasingly trans-frontier nature of the communications industry called for more of such regulation as was still necessary to be enforced at the international or European level. For its proponents, the case for regulatory convergence had the advantage of presenting as inevitable something they themselves regarded as highly desirable. It suited EU policy-makers who wanted to see regulatory authority shifted from the national to the European level and influence within the Commission rebalanced, reinforcing DG XIII at the expense of the audio-visual Directorate, DG X. It also suited communications companies who wanted to launch new multimedia services unconstrained by what they saw as the tiresome and often conflicting obligations of national broadcasting regulation. Their hope was that European-level regulation would impose fewer constraints than national regulation while bringing more consistency. Enthusiasm for the primacy of competition policy may also have been motivated by the knowledge that DG IV was seriously understaffed.” (Levy 1999, 132)

<sup>544</sup> „Among the potential barriers identified were the uncertainty caused by differing approaches to the classification of new services; the multiplicity of regulatory bodies that operators might have to deal with as well as the very varied ways in which they carried out their tasks; the differing licensing regimes that prevailed in different countries; and the contrasting approaches adopted to spectrum

Lösungsansätze<sup>545</sup> auf. Dazu stützt sie sich zum einen auf unterschiedliche Studien (Schoof and Brown 1995; KPMG Gutachten; Marcel Haag 1995; Squire, Demsey and Sanders), die die Konvergenz von Telekommunikation und Medien als mehr oder weniger unvermeidlich bestätigen, wobei insbesondere das KPMG Gutachten sich nicht nur für eine radikale Deregulierung des Sektors, sondern auch für die Abschaffung des öffentlich-rechtlich Rundfunks ausspricht.<sup>546</sup>

Insbesondere dieser Angriff auf den öffentlich-rechtlichen Rundfunk rief heftige Kritik hervor, zudem schätzen die Mitgliedsstaaten die Notwendigkeit einer radikalen Reform der Kommunikationsregulation auch weit weniger dringlich ein, als dies auf der EU-Ebene – im Schwange der Begeisterung über die Informationsgesellschaft – der Fall war.<sup>547</sup> Eine Deregulierung des Sektors war also vorerst nicht durchsetzbar:

„Die meisten Mitgliedstaaten sprechen sich für eine klare Trennung der Regelungen für den technischen (Infrastruktur)-Bereich einerseits und für den Bereich der Inhalte andererseits aus. Während ersterer aufgrund der Grundlage der Konvergenz-These einheitlich geregelt werden soll, wird im inhaltlichen Bereich an der Unterscheidung

---

allocation in telecommunications and broadcasting. Other obstacles mentioned were the problems of access to conditional access systems, to networks and to premium content, and the lack of agreed standards supporting interoperability and interconnection of the converging networks.” (Levy 1999, 131)

<sup>545</sup> „The preference that clearly emerged was for (...) a new regulatory model for the entire converging communications environment. Having pointed out that this would call ‘for a fundamental reassessment and reform of today’s regulatory environment’, the Green Paper was at pains to offer reassurance not just about the pace of any move towards the new model but also regarding its compatibility with policies aimed at addressing public interest concerns.” (Levy 1999, 132)

<sup>546</sup> „Das KPMG-Gutachten geht davon aus, dass die neuen Übertragungstechniken zu einer starken Ausweitung des Angebotes führen. Besondere Maßnahmen zur Sicherung der Universaldienste und zur Sicherung der Medienvielfalt seien daher nicht mehr erforderlich. Auch der Verbraucherschutz, (innere) Pressefreiheit und Minderheiten-Beteiligung könnten der Selbstregulierung der Markt-Akteure überlassen werden, allein das Wettbewerbsrecht sei noch notwendig. Die Konvergenz beseitige die Unterscheidbarkeit von Telekommunikations- und Fernsehnetzen sowie den Unterschied zwischen Individual- und Massenkommunikation; Fernsehvollprogramme (Massenkommunikation) würden durch Programme nach individuelle Kundenwünschen (Pay-TV, video on demand; interaktives Fernsehen) ersetzt. Damit entfielen auch die definitorischen Grundlagen, die bspw. das deutsche Telekommunikationsrecht einerseits und das Medienrecht andererseits von einander abgrenzen. Mit dem Konvergenz-Grünbuch bekommt die früher entstandene Auseinandersetzung über die Zulässigkeit der Gebühren zur Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks daher neuen Stoff. Das KPMG-Gutachten fordert, dass sich die öffentlich-rechtlichen Anstalten dem Wettbewerb stellen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 212)

<sup>547</sup> Wenngleich der Gedanke sie durchaus faszinierte: “It is true that in Italy a single communications regulator was established. The governments of the UK, France and Germany were all fascinated by the opportunities for economic growth offered by convergence but there was no consensus on the pressing need for regulatory convergence. The pressures were greatest in Germany, but this largely reflected the creation of a new arena in which the struggle for competence between the Länder and the Federal Government could be played out. All three countries undertook some regulatory reform, but none established a converged regulator at national level, and they all retained regulatory rules that treated broadcasting – including video-on-demand – differently from telecoms. Each of them gave greater attention to the application of competition rules to questions of access and market power in the communications sector, but none made the logical leap proposed by some advocates of regulatory convergence, that of replacing sectoral regulation for broadcasting and telecoms with a complete reliance on competition law.” (Levy 1999, 135)

zwischen Individual- und öffentlicher (Rundfunk)-Kommunikation festgehalten“ (Schaper-Rinkel 2003, 213; vgl. Tettenborn 1998, 299; Scherer 2000, 40).

Die von der EU-Kommission im Grünbuch 1997 geforderte Konvergenz der politischen Regulation von Telekommunikation und Medien begründet sie in der Hauptsache nur über die technologische Konvergenz der Infrastrukturen und Technologien. Auf globaler Ebene hingegen sind mit „ökonomischen Konvergenzprozessen“ – sprich intersektoralen Konzentrations- und Konglomerationsprozessen – längst schon Fakten geschaffen worden, die den Umriss des zukünftigen globalen Kommunikationssystems erahnen lassen, dessen Schatten sich deutlich auch auf der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ abzeichnet.

#### **d. Dritte Phase: Aktionsplan eEurope 2003+**

In der dritten Phase kulminieren alle vorherigen Bemühungen, Initiativen und die Insights aus den ausführlichen Statusberichten in der Verabschiedung eines Aktionsplanes, der später dann entlang der wirtschaftspolitischen Linien von Lissabon und dem dort verabschiedeten Aktionsplan eEurope 2002 ausgearbeitet und vorgestellt werden sollte. Insofern eEurope 2002 als Teil der Lissabon-Strategie zu interpretieren ist, ist eEurope 2003+ die Einsetzung operationaler Teile der Lissabon-Strategie in den MOEL, die sich zu diesem Zeitpunkt um den Anschluss an die EU bemühten.

Mit einer Einschränkung: Der Aktionsplan eEurope 2003+ wird auf dem vorläufig höchsten Punkt des IKT-Booms verabschiedet. Neben einem globalen, kommerziellen Mediensystem ist die Liberalisierung der Telekommunikationssektoren EU-weit und auf den meisten internationalen Märkten umgesetzt, die „new economy“ boomt und mit der Erweiterung Europas eröffnen sich neue Märkte. Die über das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ organisierte Koordination der mittel- und osteuropäischen Modernisierungsprojekte hin zu einem integrierten, wachstumsfrohen „Europäischen Kommunikationsraum“ nährt letztendlich den sozialdemokratisch-euphorischen Entwicklungsoptimismus hinsichtlich des informationellen Kapitalismus, der der Lissabon-Strategie eingeschrieben ist.

#### ***Ministerkonferenz in Warschau 2000***

Die Europäische Ministerkonferenz „Information Society – Accelerating European Integration“, die am 11. und 12. Mai 2000 in Warschau stattfand, war bereits im Jahr 1997 auf dem dritten EU-CEEC ISF vereinbart worden. Auf ihr sollten die seitdem gemachten Fortschritte in der politischen und ökonomischen Integration des Europäischen Kommunikationsraumes präsentiert bzw. die besonderen Herausforderungen für die MOEL auf dem Weg dorthin diskutiert werden. Grundlage für diese Debatten sind die Vorlagen und Berichte des JHLC, insbesondere die in den Fortschrittsberichten versammelten Auswertungen der bisherigen Initiativen und Maßnahmen.<sup>548</sup>

---

<sup>548</sup> Dem zusammenfassenden Fortschrittsbericht werden ausführliche und detaillierte Länderberichte zur Seite gestellt, in denen auch die Entwicklungen seit dem 3. EU-CEEC-ISF und die Tätigkeiten und Vorschläge des JHLC zusammengefasst wiedergegeben werden.

Mit dem Aktionsplan eEurope 2003+ sollten die noch ausstehenden Angleichungen und Implementierungen mit dem Aktionsplan beschleunigt werden, zudem sollten die Ziele der im Kontext der Lissabon-Strategie als eEurope-Initiative reartikulierten „Europäischen Informationsgesellschaft“ nun auch von den MOEL übernommen werden – in diesem Sinne findet ihre „intensivierte Heranführung“ auf ein bewegliches Ziel statt. Insbesondere wird der Aktionsplan die quantifizierbaren Parameter, anhand derer ein Fortschritt in Richtung Informationsgesellschaft mess- und vergleichbar gemacht werden soll, festlegen und entsprechende Monitoring-Mechanismen installieren. Ein schließliches Ziel dieser Konferenz ist, selbstredend, die Bedeutung des politischen Projektes einer Europäischen Informationsgesellschaft für den Prozess der europäischen Integration insgesamt herauszustreichen.

Geladen waren neben den hochrangigen Vertretern der mittel- und osteuropäischen Regierungen sowie der Europäischen Kommission auch Vertreter der IKT-Industrie. Als RednerInnen waren zusätzlich führende Persönlichkeiten der Europäischen Kommission, des Europäischen Parlamentes und des Europäischen Rates geladen.<sup>549</sup>

- *Summary Progress Report*

Das Joint High Level Committee legte auf der Ministerkonferenz seinen abschließenden Fortschrittsbericht hinsichtlich der aus den EU-CEEC-ISF hervorgegangenen Empfehlungen vor. Da dieser – in aller Oberflächlichkeit – die für die EU relevanten Themen im Hinblick auf die Osterweiterung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ und damit den Begründungszusammenhang für den Aktionsplan eEurope 2003+ vorstellt, soll er hier zusammengefasst referiert werden.<sup>550</sup>

Dieser „Summary Progress Report“ (fortan SPR) leitet folgendermaßen ein:

All of the CEECs have grasped the importance of the Information Society and are making significant efforts to put in place a comprehensive strategy for the implementation of the Information Society and obtain government approval and support. (SPR 2000, I).<sup>551</sup>

---

<sup>549</sup> Auch wenn sich die Konferenz in erster Linie an die konkreten Beitrittskandidaten richtet, wurden auch Vertreter der MOEL eingeladen werden, die sich derzeit nicht um einen Beitritt zur EU bemühen „since the current dialogues with these countries address the Information Society issues as a priority co-operation theme.“  
([http://ec.europa.eu/information\\_society/topics/international/ceec\\_nis/text\\_en.htm#MINISTERIAL%20CONFERENCE](http://ec.europa.eu/information_society/topics/international/ceec_nis/text_en.htm#MINISTERIAL%20CONFERENCE))

<sup>550</sup> Wo möglich bzw. sinnvoll, wird die Darstellung auf die Visegrad-Länder beschränkt. Diese Übersicht über die Aspekte, die von der EU als relevant für die informationsgesellschaftliche Entwicklung gesehen werden, wird darauf folgend anhand von ausgewählten Länderberichte vertieft. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels – also hinsichtlich des Monitorings – wird dann eine strengere Auswahl der für die Fragestellung dieser Arbeit relevanten Aspekte erfolgen.

<sup>551</sup> Aus dieser Formulierung geht hervor, dass die mit den Belangen der Informationsgesellschaft betrauten Vertreter der MOEL nicht identisch mit Vertretern der Regierung sind, sondern die auf europäischer Ebene vorgestellten Themen jeweils an ihre Regierungen herantragen und dort um die Unterstützung und jeweils nationale Umsetzungsstrategien werben. Entsprechend der tatsächlichen Priorisierung, die die Implementierung des politischen Projektes einer Europäischen Informationsgesellschaft national erfährt, gibt es große Unterschiede nicht nur in der Art und dem

Die Liberalisierung der Märkte für Telekommunikation – als dem zentralen Baustein für eine Implementierung der Informationsgesellschaft – sei in den meisten Ländern zumindest geplant bzw. die rechtlichen Vorkehrungen dafür getroffen. Mit einer vollständigen Liberalisierung werde bis zum Jahr 2003 gerechnet. Auch die Etablierung einer unabhängigen Regulierungsinstitution sei in einigen Ländern bereits sehr gut vorangeschritten. Hinsichtlich der Übernahme des für die Informationsgesellschaft relevanten Acquis Communautaire bemühen sich die meisten Kandidaten um eine schnelle Umsetzung.

Gleichzeitig sei enttäuschend, dass es in einigen Ländern in keinerlei Hinsicht Fortschritte gebe (SPR 2000, II). Dies zumal, da die Etablierung eines rechtlichen Rahmens auf vielen Gebieten nur den notwendigen Anfang markiert, in dessen Folge sich eine tatsächliche Dynamik überhaupt erst entfalten könne, die dann zumeist wiederum Ergänzungen und Justierungen nach sich zöge (dies wird am Beispiel eCommerce durchgespielt) (SPR 2000, II).

Nicht nur die Priorisierung der Implementierung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ gegenüber anderen Projekten überhaupt, auch die Priorisierung der einzelnen Aspekte innerhalb dieses politischen Projektes unterscheidet sich von Land zu Land teilweise sehr. Zwar hätten alle MOEL hinsichtlich der Implementierung der Beschlüsse und Empfehlungen des dritten EU-CEEC-ISF Fortschritte gemacht, allerdings mit großen Unterschieden. Für die Kommission ist der Zusammenhang offensichtlich: „Progress is particularly visible in the countries that are adopting pro-competitive economies that give market forces as much space as possible to operate“ (SPR 2000, III).

Zeitgleich mit dem Dritten EU-CEEC-ISF haben auch die Beitrittsverhandlungen eine neue Form angenommen. Dabei käme den Fortschritten im Bereich der „Informationsgesellschaft“ und insbesondere den Liberalisierungsfortschritten eine zentrale Rolle für die Beurteilung des Gesamtfortschrittes zu:

„The importance that the Information Society would play in the assessment of the state of development of CEECs in the ranking made by the Commission was only too evident. The extent to which progress has been made would also be an important element in the negotiations as would progress towards liberalisation of the telecommunications sector which was introduced into the Union from 1 January 1998.“  
(SPR 2000, 1)

Nach diesen allgemeinen Einschätzungen wird im weiteren Verlauf des SPR überblicksartig auf den Status hinsichtlich der Implementierung einer nationalen Strategie für die Informationsgesellschaft, der Stimulierung privater Investitionen, der Entwicklung des e-Commerces sowie weitere Aspekte in den jeweiligen MOEL eingegangen. Da diese aus den Berichten hervorgehen, die die jeweiligen MOEL selbst erstellt und eingereicht haben, sind die Angaben weder quantitativ noch qualitativ vergleichbar und dokumentieren eher die

---

Fortschritt der nationalen Aktionspläne, der Ausstattung der zur Verfügung gestellten Budgets, sondern auch in der Ausstattung und Verhandlungsautonomie der jeweiligen Handlungsbevollmächtigten.

teilweise sehr unterschiedlichen nationalen Herangehensweisen – vor ihrer formalisierten Angleichung durch den Aktionsplan eEurope 2003+.<sup>552</sup>

### ***Implementierung einer nationalen Strategie für die Informationsgesellschaft***

#### *- Aktionspläne*

Bis auf Albanien, Mazedonien und der Slowakei hätten alle MOEL nationale Aktionspläne vorgelegt und Schritte zu deren Implementierung eingeleitet. Der Stand der jeweiligen Aktionspläne sei jeweils im Zusammenhang mit dem Gesamtfortschritt der ökonomischen Reformen und Entwicklungen in den jeweiligen MOEL zu betrachten.

- In Tschechien wurde der Aktionsplan „State Information Policy – The Road to an Information Society“ durch eine Regierungserklärung im Mai 1999 angenommen.
- In Ungarn werden die Modernisierungsprogramme für IKT und Informationsdienste sowie die Errichtung eines rechtlichen Rahmens für die Informationsgesellschaft mit dem Regierungsbeschluss 1071-1998 angegangen.
- Mit der Annahme des Dokumentes „Aims and Directions of Information Society Development in Poland“ durch den Ministerrat wird Polen im zweiten Quartal des Jahres 2000 die Grundlage für weitere Initiativen und Maßnahmen zur Entwicklung der Informationsgesellschaft in Polen geschaffen haben. (SPR 2000, 3)

#### *- Nationale Budgets*

Jeder der folgenden Aspekte des SPR wird mit der Formulierung “Each CEEC government was invited to (...)” eingeleitet. Nach den Eingaben der MOEL folgt dann oft eine zusammenfassende Anmerkung der Kommission.<sup>553</sup>

Die für die Informationsgesellschaft abgestellten nationalen Budgets wurden uneinheitlich erhoben und berechnet (je nachdem, ob z.B. die Umsetzung des Nationalen Aktionsplans, die staatliche Technologieförderung oder der Etat für Forschungs- und Entwicklung enthalten ist oder nicht) und sind in dieser Form nicht miteinander vergleichbar:

- Tschechien: Die Projekte aus dem Aktionsplan für das Jahr 2000 werden aus dem Staatshaushalt mit einem Umfang von 13,4 Mio. EUR finanziert, dieser Betrag soll sich in den kommenden Jahren erhöhen.

---

<sup>552</sup> In diesem Zusammenhang wird auffallen, dass einige Länder sich teilweise in sehr ausführlichen Angaben ergehen (wenn sie denn was vorzuweisen haben), während andere beinahe desinteressiert knappe Antworten eingereicht haben (Albanien, Bulgarien, Mazedonien, Slowenien, Slowakei).

<sup>553</sup> Im Fall des für die Implementierung der Informationsgesellschaft bereitzustellenden Budgets sieht das dann so aus: “Each CEEC government was invited to ensure that their national Information Society strategy and related action plan contain, among others, chapters specifically devoted to particular subjects. (...) The reports from the CEECs underline the importance of the action plan development. Some countries indicate the budgetary requirements very clearly – probably because the actions that need to be undertaken have been identified whereas other countries have identified who is responsible for the budget without stating how much budget has been allocated. Specification of the budgetary requirements is fundamental to obtaining the finance necessary to successfully implementing the Information Society.” (SPR 5)

- Ungarn: Neben den vom Ministerium für Transport, Kommunikation und Wasser und vom Ministerium für Kultur bereitgestellten Mitteln für die telematische Entwicklung haben auch die einzelnen Regierungsinstitutionen in ihren Budgets Mittel für Investitionen in IT. Zusammengekommen betragen die Aufwendungen für IKT in öffentlicher Verwaltung um die 20 Mio. HUF.<sup>554</sup>
- Polen: Auch in Polen sind die finanziellen Mittel für die Entwicklung der Informationsgesellschaft über die verschiedenen Ministerien, regionalen und lokalen Verwaltungsstellen verteilt und erschweren so eine verlässliche Schätzung des gesamten Aufwandes. Das staatliche Komitee für wissenschaftliche Forschung stellte zwischen 1991-2000 immerhin 140 Mio. EUR für die Entwicklung der IT-Infrastruktur der polnischen Wissenschaft zu Verfügung. Das Bildungsministerium stellte zwischen 1998-2000 74 Mio. EUR für den Anschluss von Primär- und Sekundärschulen and das Internet zu Verfügung. Das Arbeits- und Sozialministerium stellte zwischen 1991-1999 2,75 Mio. EUR (teilweise Weltbankkredite) für die Automatisierung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe zur Verfügung. (SPR 2000, 4f)

Die von den anderen MOEL bereitgestellten Budgets bewegen sich (bis auf Litauen mit 15 Mio. USD) alle im Bereich 1 Mio. EUR und darunter. Neben den unterschiedlichen Berechnungsgrundlagen ist in den Ländern auch die Implementierung der Aktionspläne unterschiedlich weit vorangeschritten.

#### - *Regierungen*

Hinsichtlich der "pro-aktiven" Rolle, die die Regierungen einnehmen sollen, werden die Initiativen von Regierungsseite, insbesondere hinsichtlich der Modernisierung des Regierungs- und Verwaltungsbetriebes sowie der öffentlichen Behörden aufgezählt. Diese Modernisierung, bei der es vor allem um Rationalisierung und Effizienzgewinne geht, wird in praktisch allen MOEL mit gutem Fortschritt vorangetrieben. (SPR 2000, 7)

#### - *Open government*

Unter diesem verheißungsvollen Titel wird mehr oder weniger die Frage gehandelt, inwiefern Regierungsbehörden und deren Dienste eine Online-Präsenz aufgebaut haben. Diesbezüglich gibt es sehr heterogene Initiativen.

Während in Tschechien nur Informationen und Adressen sowie das Angebot öffentlicher Bibliotheken verfügbar sind, stellt Ungarn einfache Verwaltungsaufgaben wie die Registrierung von Unternehmen, ein digitales Katasteramt sowie ein „wide area network for land registration“ online. Polen hingegen setzt auf online-Auftritte der Ministerien.

Auch in den andern MOEL changieren die Initiativen zwischen bloßen Online-Auftritten bis zur Modernisierung öffentlicher Verwaltungsvorgänge. Der Ausbau dieses öffentlichen und ständig verfügbaren Online-Angebots sei sehr ermutigend. (SPR 2000, 8)

---

<sup>554</sup> Die Angaben beziehen sich allerdings vermutlich auf den Zeitraum 1998-1999.

- *Datenschutz*

Hinsichtlich des Datenschutzes sei die Verabschiedung von Gesetzen in Kongruenz mit der EU-Richtlinie 95/46/EC in allen Ländern bis auf Albanien und Mazedonien nahezu überall fortgeschritten oder abgeschlossen.

- *Informationssicherheit und Verschlüsselung*

Während entsprechende Gesetze in Tschechien und in Ungarn noch in Vorbereitung sind, sind diese in Polen teilweise schon verabschiedet. In den anderen Ländern sei die Notwendigkeit zwar erkannt, aber noch kaum Fortschritte erzielt worden:

„Whilst legislation on the protection of personal data has progressed well it is disappointing to note that, as far as information security and cryptography are concerned there has been little progress. Information security and cryptography are essential to the foundations of e-commerce and it is therefore a matter of urgency to ensure that these areas are covered in the legislative framework.“ (SPR, 9)

- *Regionale Entwicklung*

- Tschechien: Seit dem Jahr 1999 gebe es diesbezüglich “The Czech Republic Regional Development Strategy”, die von einem „Regional Development Centre“ umgesetzt wird.
- Ungarn: In Ungarn sei die “Telecottage Association” gegründet worden, die zusammen mit der ungarischen Post ein Netz von sogenannten “Telecottages” bzw. „Telehouses“ aufbauen. Neben der Gründung der “National Union of Intelligent Cities” gebe es regionale Entwicklungsprogramme für sowohl urbane wie ländliche Regionen, wobei weitergehende Kooperationen mit der EU sowie anderen Partnern aufgebaut werden sollen.
- Polen: Zu den Themen mittelfristige Entwicklung und räumliche Entwicklung habe es zwei Ministererklärungen gegeben. Für die Umsetzungen seien die „Voivodeshio Offices“ zuständig, zudem gebe es ebenfalls eine „Cities in the Internet“-Association.

Die Maßnahmen in anderen MOEL divergieren sehr stark. Wo vorhanden werden Programme zur Vernetzung von Kommunen, ansonsten nur die zuständigen Akteure angegeben.

„Progress in aspects related to regional development varies considerably. While some countries have actually developed regional development strategies other countries have either limited the regional development to upgrades of the telecommunications network or putting in place computer networks for local authorities. Much work remains to be done to develop coherent regional development plans that are consistent with regional development measures being undertaken in other sectors.“ (SPR, 11)

- *Erziehung und Ausbildung*

Auf diesem Gebiet seien, den unterschiedlichen Ausgangspositionen entsprechend, fast überall gute Fortschritte erreicht worden.

- Tschechien: Ein bereits vorliegender Gesetzesvorschlag nennt als konkrete strategische Ziele: „functional and international literacy; informational infrastructure of education; and integration of ICT in educational process“ (SPR, 11)
- Ungarn: Die Vernetzung von Universitäten und Kollegs wird durch HUNGARNET, die der Schulen durch „Sulinet“ vorangetrieben, alle weiterführenden Schulen seien bereits vernetzt.
- Polen: In Polen laufen dazu bereits seit einigen Jahren konkrete Projekte: Project Internet for Schools (1995-98); Project Internet classroom in each commune (1998-99); Project Internet classroom in each high School (1999-2000). Zudem Project Interkl@sa, “run by the Ministry of National Education, the Parliamentary Commission for Education, Science and Youth, NGOs, private companies and media“ (SPR 12).

- *Förderung kultureller und linguistischer Diversität:*

Tschechien setzt auf die Unterstützung von Sprachunterricht und -pflege, Übersetzungsarbeiten und Forschung, Ungarn hat ein „Kulturgesetz“ zur telematischen Aufbereitung öffentlicher Sammlungen erlassen, in Polen regelt eine Richtlinie zur staatlichen Förderung von kulturellen Anliegen bspw. die Erstellung digitaler Kataloge, multimedialer Bildungspräsentationen und die Digitalisierung kultureller Sammlungen. Während in anderen MOEL noch nicht einmal Gesetze zum Schutz von Minderheiten erlassen haben, haben andere sich schon konkrete Projekte vorgenommen.

- *Statistische Zusammenarbeit*

Jedes MOEL sollte innerhalb der Nationalen Strategie zur Informationsgesellschaft bzw. des Nationalen Aktionsplans die international statistische Kooperation sicherstellen.

- Tschechien: Seit 1992 arbeitet Tschechien mit Eurostat (Statistische Amt der EC) und den entsprechenden statistischen Stellen in anderen EU-Ländern auf Basis des Phare Multi-Country Programme „Statistics“ zusammen. Diese Zusammenarbeit sei über das Assoziationsabkommen und eine Gemeinsame Erklärung aus dem Jahr 1994 geregelt.
- Ungarn: Kooperation mit Eurostat.
- Polen: Ebenfalls Kooperation mit Eurostat – die Beschlüsse der ‚Eurostat Task Force on Statistics on the Information Society‘ wurden durch das ‚Central Statistical Office‘ umgesetzt. Zudem nimmt Polen seit 1995 an den Treffen der ‚Western European EDIFACT Board Message Development Group 6 (WE/EB MD6) “Statistics”‘, der ‚Eurostat Working Group ‘Statistics, Telematic Networks & Electronic Data Interchange‘ sowie an Veranstaltungen des EU-IDA-Programms teil (SPR 14)

Zwar sei in jedem MOEL Aktivitäten auf dem Feld der Statistik feststellbar, “however, it is not always clear whether the activity is being undertaken as part of the plan or as some parallel activity whose results will have no feedback into the future development of the action plan.“ (SPR 14)

- *Weitere Maßnahmen*

Neben allgemeinen Angaben zum aktuellen Stand des EU-Beitrittes oder der Teilnahme an EU Programmen (Phare, Forschungsrahmenprogramm, IST) erwähnt Tschechien die nationalen Kongresse zur Informationsgesellschaft und den IuK inklusive der Einrichtung von sechs Arbeitsgruppen – und verdient sich damit ein Sonderlob der Kommission: „one of the most noteworthy examples of the individual country initiatives is the creation of a national IS Forum and related working groups to address specific areas of national interest.“ (SPR 15) Polen erwähnt den 1998 geschlossenen ‚Vertrag für die Schaffung einer Informationsgesellschaft in Polen‘, mit dem die Entwicklung der informationstechnologischen Infrastruktur vorangetrieben werden soll sowie die Organisation und Veranstaltung ebendieser Ministerkonferenz im Jahr 2000.

***Stimulierung privater Investitionen***

„Each CEEC government was invited to stimulate investment by business by creating an appropriate environment.“ (SPR 15) Neben der Einrichtung einer Unabhängigen Regulierungsbehörde ist damit die Liberalisierung des Telekommunikationssektors gemeint.

- *Einrichtung einer Unabhängigen Regulierungsbehörde*

Während Tschechien und Ungarn es damit belassen, die jeweils zuständigen Behörden anzugeben, gibt es keinen Bericht aus Polen. Die Kommission fasst zusammen:

“Some countries have made very good progress in putting in place ‘Independent Regulatory Authorities’. It is disappointing that some countries have made almost no progress whatsoever. The importance of an Independent Regulatory Authority cannot be stressed enough.“ (SPR 16)

- *Liberalisierung der Telekommunikation*

- Tschechien: Bisher wurden weder die Bereiche der Fernverbindungen noch der internationalen Verbindungen liberalisiert, auch im Bereich der Ortsnetze ist eine Liberalisierung nur teilweise erfolgt. „The SPT TELECOM, AS (now CZECH TELECOM, AS) was granted exclusive rights by the Gov. till the end of 2000.“ (SPR 16). Ein Telekommunikationsakt, der die volle Liberalisierung vorsieht, sei aber dem Parlament vorgelegt.
- Ungarn: Ein Telekommunikationsgesetz „im Sinne der EU“ stehe kurz vor seiner Verabschiedung. Allerdings wurden auch hier ausländischen Investoren temporäre Monopolbedingungen zugestanden: “All services are subject to competition except the communications infrastructure and the voice telephony and nationwide broadcasting of radio and TV services as these sub -sectors needed the biggest investment. The protection of investment was the main reason to award exclusivity period for the above services.“ (SPR 17) Im Bereich der Mobiltelefonie seien vier Anbieter lizenziert, zudem gebe es Bewegung im Bereich der Internettelefonie.
- Polen: Die Ortsnetze wurden bereits 1999 liberalisiert, mit der Liberalisierung des Marktes für Fernverbindungen sei Anfang Juli 2000 zu rechnen. Damit sei die Liberalisierung des Marktes praktisch vollständig umgesetzt.

Die Kommission hält fest: „Significant progress is being made in liberalising the telecommunications markets. Most countries have developed and introduced the necessary legislative changes. Plans for completing the liberalisation have been developed and practically all countries will have liberalized telecommunication sectors by the year 2003.“ (SPR, 18)

### ***E-Commerce***

„Each CEEC government was invited to build confidence in electronic commerce among businesses and consumers and encourage the take up of electronic commerce and development of digital content by establishing a clear and predictable legal framework, backed up with standards and codes of conduct. Electronic commerce legislation at national level needs to be aligned with the *acquis communautaire* and harmonised with related work in international forums so as to ensure coherence with what is done at European and global levels.“ (SPR, 19)

Tschechien und Ungarn listen verschiedene Gesetze und Richtlinien auf, in Polen gab es lediglich einen Kongressbericht an Parlament und Regierung.

„Most countries have had to concentrate on putting the legislative frameworks into place that will support e-commerce. These include measures on digital signature, encryption, electronic payment and laws governing contracts. The promotion of e-commerce and encouraging its usage is an action that still needs to be performed in most countries.“ (SPR 20)

### ***National Advisory Body***

„Each CEEC government was invited to set up a national advisory body which includes representatives of the main interested parties to: consider Information Society strategy and policy guidelines; give recommendations to national administrations; and to cooperate with other bodies such as the EU Information Society Forum and the EU Information Society Project Office.“ (SPR 22)

Alle bis auf Slowenien und Slowakei (noch nicht) haben ein solches Gremium eingerichtet.

- Tschechien: Council of Czech Government for the State Information Policy
- Ungarn: Hungarian Information Society Forum
- Polen: Council for Informatics, Polish Information Society Forum

### ***Nationales Koordinationsbüro***

„Each CEEC government was invited to create a national office to co-ordinate the implementation of the national action plan and contribute to awareness raising. The office should create a national information server, with a network of public access points, to support its activities and to provide government information and services to the citizen.“ (SPR 24)

Während Tschechien das 'Office for the State Information System (OSIS)' vorzuweisen hat, gibt es dergleichen in Ungarn oder Polen noch nicht.

“Only two thirds of the countries concerned have created a national office to co-ordinate the implementation of the national action plan. This raises concerns about whether national action plans will actually be successful if there is no focal point to co-ordinate implementation of the plan.“ (SPR 25)

### ***Implementierung internationaler Abkommen***

Dem WTO IT-Agreement haben Tschechien, Ungarn und Polen zugestimmt, die Implementierung läuft. Tschechien ist zudem seit 1997 dem GATS beigetreten, Ungarn listet nicht zu Unrecht den EU-Beitritt.

„The adoption of the *acquis communautaire* is an essential element of a strategy to achieve European integration and accession to the European Union. The willingness to perform a rapid adoption is visible in many of the CEECs and ICTs are playing a role in accelerating the accession process. All of the countries concerned can be congratulated for the progress made.“ (SPR 27)

### ***Der Fortschrittsbericht der Europäischen Kommission***

Auch der Europäischen Kommission waren von den EU-CEEC-ISF und dem JHLC Aufgaben aufgetragen worden. Sie nutzt den SPR, um dazu Stellung zu nehmen.

Seit Juni 1999 wurde das EU-ISF um Repräsentanten der MOEL ergänzt. Auch der European Survey on the Information Society (ESIS) wurde auf die MOEL ausgeweitet, um vergleichbare Informationen über die Entwicklung der Informationsgesellschaft und ein Inventar aller relevanten Projekte zu erstellen.

Um regionale Ungleichzeitigkeiten zu analysieren, sei innerhalb des ‚Phare Multi-Country Programme for Telecommunications and Posts‘ das Projekt “The Regional Telecommunications Atlas (RTA)” initiiert worden.

„This project will identify which CEEC regions are lagging behind in telecommunications infrastructure, and therefore highlight where the application of structural funds will be beneficial. Structural funds will play a crucial role in the development of the CEEC regions, and it is vitally important to ensure that the funds are correctly applied where they are needed. The RTA Project will therefore provide a clear portrait of the current situation, and any emerging trends, in all of the CEEC regions, and will provide an essential element in elaborating, assessing and monitoring regional policies and future structural interventions. Eventually, and this is most important, to enable economic development to occur in those regions that are currently economically depressed. This will be an important contribution to the competitiveness of each CEE.“ (SPR 29)<sup>555</sup>

Zudem hätten Ende April 1999 sehr produktive Treffen zwischen der Europäischen Kommission, der Weltbank, dem IFC, der EBRD und dem EIB stattgefunden, bei der darüber debattiert wurde, wie eine marktwirtschaftliche Entwicklung und Modernisierung des Telekommunikationssektors in den MOEL und GUS vorangetrieben werden könnte. Dabei wurden gemeinsame Problemfelder und Kooperationsmöglichkeiten identifiziert, auch wurde

---

<sup>555</sup> Leider ist die Recherche nach diesem Atlas ergebnislos verlaufen.

kurzfristige Maßnahmen beschlossen, um eine zukünftige Zusammenarbeit zu initiieren. "In summary, these meetings have provided a very positive result and agreed important steps to be taken in order to take the co-operation forward." (SPR 30) Das darf getrost übersetzt werden mit: es gab kein Ergebnis.

Hinsichtlich der Empfehlung, eine Refokussierung der PHARE-Programme zugunsten einer Integration der IKT im Bildungsbereich einzuleiten, folgt eine seitenlange Zusammenfassung über den Verlauf und Sinn des Beitrittsprozesses und die Bedeutung des PHARE-Programmes in diesem (SPR 30f), um dann zu schließen:

„Although accession can only be achieved by implementing all of the acquis communautaire the main challenge for the CEE countries lies not in the approximation of their legal texts but in adapting their public administrations and societies to the conditions necessary to make the legislation work. (...) As far as CEEC adoption of the EU 'acquis communautaire' is concerned Telecommunications has not been identified as a priority and therefore Phare financing will not be made available. (...) Taking account of the foregoing the re-orientation of Phare funds entailed the cancellation of future multi-country programmes including that for Telecommunication and Posts.“  
(SPR 30f)

Auch auf die Anfrage, ob Maßnahmen zur Förderung der Informationsgesellschaft und die Teilnahme an darauf bezogenen Programmen (INFO2000, MLIS) nicht über die Strukturfonds gefördert oder kofinanziert werden können, folgt eine längere Erläuterung zu den Strukturfonds. Immerhin sei die Informationsgesellschaft seit März 1998 als eine Priorität des European Regional Development Fund (ERDF) und des European Social Fund (ESF) gelistet, mit dem EU-Beitritt würden den MOEL also entsprechende Mittel zustehen. Vor dem Beitritt stünden drei Instrumente zur Verfügung: Instrument for Structural Policies for pre-Accession (ISPA), Special Action Pre-Accession for Agriculture and Rural Development (SAPARD) sowie Phare Programme projects dealing with structural problems.

Um die MOEL in hinsichtlich der Übernahme des für die Telekommunikation relevanten Acquis Communautaire und insbesondere hinsichtlich der Datenschutz-Richtlinie (95/46/EC) zu beraten, verweist die Kommission auf die Sitzungen des 'Telecommunications Policy Forum'. Auf der letzten dieser Sitzungen wurde die Revision der Richtlinien im Bereich Telekommunikation angekündigt – die gegenwärtig 20 Richtlinien würden auf 6 reduziert, der neue Regulationsrahmen würde vermutlich im Jahr 2003 inkraft treten. Auf die berechnete Frage, ob eine Implementierung der bestehenden Richtlinie zu diesem Zeitpunkt dann sinnvoll sei, lautet der Rat der Kommission: „The reason that the CEECs should not wait until 2003 is that their countries will miss out on the dynamism of the markets and, in fact, should speed up the approximation process rather than slow it down. The EU Member States are moving ahead rapidly and the CEECs should not take the risk of being left behind in this process.“ (SPR 32)

Um Unternehmensverbände aus der EU und den MOEL einzubinden, wurde das "Industrial Forum for Enlargement" initiiert. Neben der Diskussion über die industriellen Aspekte der Erweiterung wurden Empfehlungen hinsichtlich Beschäftigung und Ausbildung, dem Einsatz

von IKT in öffentlichen Verwaltungen, geistige Eigentumsrechte und die Prioritäten für die Regulierung an Kommission und Regierungen weitergeleitet (SPR 33).

- *Fünftes Forschungsrahmenprogramm und IST-Programm*

Obwohl immerhin 25% der auf die erste Ausschreibungsrunde zum Fünften Forschungsrahmenprogramm eingereichten Anträge aus den MOEL stammt, waren nur deutlich weniger als 20% von ihnen erfolgreich. Ein ähnliches Bild ergibt sich hinsichtlich der Anträge zum IST-Programm. Zwar konnte nach der Implementierung von unterstützenden Maßnahmen die Erfolgsquote deutlich erhöht werden, dennoch blieb sie unterdurchschnittlich. (SPR 37)

- *TEN-34 und TEN-155*

Unter dem Fünften Forschungsrahmenprogramm konnten auch die Forschungsnetze von Ungarn (HUNGARNET), the Tschechien (CSNET) an das TEN-34 Netzwerk angeschlossen werden bzw. wurden nun an das Nachfolge-Netzwerk TEN-155 angeschlossen – wie auch das Forschungsnetzwerk Polens (POL-34).

- *Aufmerksamkeitskampagne*

Zu dem europaweiten IS Awareness Day 1998 fanden Workshops, Präsentationen und Konferenzen statt. In den beiden darauffolgenden Jahren wurde eine ‚Internet Fiesta‘ veranstaltet. Gemeinsam mit dem CERP Communication College wurde ein internationaler PR-Wettbewerb zur Informationsgesellschaft ausgerufen. Die Kooperation regionaler TV-Sender CIRCOM produzierte und sendete Dokumentationen über die Informationsgesellschaft (SPR 38).

***Zwischenfazit Summary Progress Report***

Das ausführliche Referat des zusammengefassten Fortschrittsberichtes sollte zum einen die Aktivitäten vorstellen, deren Koordination zwischen 1995 und 2000 die EU-CEEC-ISF sowie das JHLC beschäftigt haben. Auch ist noch einmal deutlich geworden, in welcher Art und Weise die „weiche“ politische Einflussnahme der Europäischen Kommission durch das „naming, blaming und faming“ funktioniert. Aus dem Fortschrittsbericht der Kommission geht die schulmeisterliche Autorität hervor, mit der sie die Heranführung der MOEL an das politische Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ gestaltet.

Zugleich ist bereits deutlich geworden, dass die unterschiedlichen MOEL die Umsetzung der einzelnen Empfehlungen recht unterschiedlich priorisieren und angehen. Dies soll in vergleichenden Referaten der ausführlicheren Länderberichte von Tschechien, Ungarn und Polen noch einmal vertieft werden.

- *Länderberichte/CEEC Country Reports*

Die auf der Ministerkonferenz vorgestellten ausführlichen Länderberichte arbeiten die vom dritten EU-CEEC-ISF und dem JHLC formulierten Aufgaben ab und fassen die dort geführten Debatten und den bisherigen Fortschritt zusammen. Zwar gehen die nationalen Strategien die gestellten Aufgaben gezielt an, gleichzeitig sind die nationalen Ausgangsbedingungen

recht heterogen und führen zu unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen in den jeweiligen Herangehensweisen. Auch sind die Dokumentationen über die nationalen Informationsgesellschafts-Projekte zu diesem Zeitpunkt noch nicht formalisiert und deshalb recht uneinheitlich.

In den ausführlichen Länderberichten werden unterschiedliche Themen und Projekte vorgestellt, die sich zum Teil zu zentralen topoi der Informationsgesellschaft entwickeln werden, zum Teil aber auch als nationale Besonderheiten aufgeführt werden. Aus diesen Berichten und den in diesen angerissenen Problemdimensionen wird der Aktionsplan eEurope 2003+ einen systematisierten und formalisierten Apparat der Problemdimensionen erstellen, denen verschiedene, quantifizierbare Variablen zur Seite gestellt werden. Insofern könnte hier eine vergleichende Analyse der unterschiedlichen Ausgangspositionen, strategischen Herangehensweisen und informationsgesellschaftlichen Resultate – auch hinsichtlich einer empirisch gestützten der Extrapolation der postulierten Trends bis in die Gegenwart – der unterschiedlichen MOEL ansetzen, in der die Frage nach den selektiven Strukturen der „Europäischen Informationsgesellschaft“ konkret beantwortet werden könnte.

Um die Gemeinsamkeiten und Unterschiedlichkeiten in den jeweiligen nationalen Strategien herauszuarbeiten, wäre einerseits eine systematisierende Fokussierung auf jene Bereiche sinnvoll, denen ein zentraler Stellenwert eingeräumt wird und die sich als rote Fäden bis in die quantifizierenden Fortschrittsberichte durchziehen. Andererseits könnten die jeweiligen nationalen Schwerpunktsetzungen dokumentiert werden, zum einen, damit deutlich wird, dass der Aktionsplan nicht von vorneherein feststand, sondern Resultat eines diskursiven Prozesses ist, zum anderen, um die Verschiebungen in der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu dokumentieren.

Allein, diese Analyse würde selbst den ohnehin gedehnten Rahmen dieser Arbeit sprengen. Auch wenn diese Untersuchung an dieser Stelle nicht durchgeführt werden kann, so soll doch zumindest ein Einblick in die grobe Gliederung der jeweiligen Länderberichte gegeben werden. Diese entspricht zu einem Großteil der auf dem JHLC vereinbarten Gliederung:

1. Aktuelle Entwicklungen
2. Aktionsplan
3. Entwicklung des Regulationsrahmens
4. Aufbau von Koordinationsmechanismen und Fokuspunkten
5. Einbindung der Industrie
6. Beste Praxen und Innovationsförderung
7. Internationale Aktivitäten

Im SPR werden zudem die wichtigsten Punkte, die in der Debatte über die Länderberichte aufgekommen sind, zusammengefasst:

- “the reform of the telecommunications regulatory framework oriented towards the policies, procedures and standards of the EU.

- legislation to ensure the realisation of objectives of general national interest, customer protection (including privacy and data protection), presence of emergency services and environment protection.
- the national action plans for the Information Society

Some countries identified the main priorities for future development as being:

- to establish a national Information Society Forum with a role and composition similar to that of the EU IS Forum;
- to adopt laws on electronic commerce and those related to the Information Society.
- the medium term priorities of the Information Society will be adapted to EU Directives as drafted by the European Commission;
- continued implementation of the research policy and promotion of multilateral international collaboration through bi-lateral projects and EU Programmes.“ (SPR 42)

### ***Aktionsplan eEurope 2003+***

Der Aktionsplan eEurope 2003+ ist der Kulminationspunkt der seit 1995 stattfindenden Annäherungsbemühungen und wurde als das Ergebnis der Zusammenarbeit zwischen der EU und den MOEL in den EU-CEEC-ISF wie dem JHLC auf der Ministerkonferenz im Mai 2000 in Warschau verabschiedet. Schon aus seinem Namen geht hervor, dass der Aktionsplan ein verwandtschaftliches Verhältnis zur eEurope-Initiative verbindet, die quasi zeitgleich im Rahmen der Lissabon-Strategie der EU erarbeitet wurde. Um – ganz im Geiste von Lissabon – einen Monitoring- und Benchmarking-Prozess aufsetzen zu können, sollte der Aktionsplan im Laufe dieses Jahres noch um quantifizierbare Indikatoren ergänzt werden.

### ***Vergleich mit eEurope 2002***

Im folgenden soll der Aktionsplan “eEurope 2003+ – A co-operative effort to implement the Information Society” mit dem Aktionsplan “eEurope 2002 – An Information Society For All” verglichen werden, um die Gemeinsamkeiten und zentralen Bestandteile einer europäischen Telekommunikations- und Informationspolitik, aber auch die eventuellen Besonderheiten im Hinblick auf die Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ herauszuarbeiten.

#### *- Entstehungskontext und Ziele*

Wie bereits dargestellt, entstand der Aktionsplan eEurope 2002 im Frühjahr 2000 im unmittelbaren Kontext der Lissabon-Strategie und rekurriert so zunächst auf den Beschluss des Europäischen Rates „to become the most competitive and dynamic economy in the world.“ Daraus wird „an urgent need for Europe to quickly exploit the opportunities of the new economy and in particular the Internet“ abgeleitet, das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ wird zu einem auf quantitatives Wachstum fokussiertes Benchmarking-Programm im Sinne der europäischen Wettbewerbsfähigkeit reartikuliert (eEurope 2002, 1). Zudem steht der Aktionsplan eEurope 2002 unter dem Eindruck einer als gegeben vorausgesetzten “New Economy”:

„This Action Plan focuses on precisely identifiable actions. The analysis of the development of the 'new economy' and its impact, detailed in the previous documents and largely confirmed by the Lisbon European Council, is taken as given. The Action Plan is focused on solutions and concentrates on what should be done, by whom and when.“ (eEurope 2002, 2)

Der Aktionsplan eEurope 2003+ hingegen stellt zunächst nicht das gesamteuropäische Wachstumsversprechen, sondern die Bedeutung des unvermeidlichen technologischen Fortschritts im Bereich der IKT und des Internets für Bürger, Regierungen und Unternehmen in den Vordergrund seines Begründungsprozogs:

„The accelerated use of information and communication technologies and the advent of the Internet has put very powerful tools within the reach of citizens and governments as well as large and small businesses everywhere. This is resulting in profound changes in the internal organisation of governments and business as well as in skill requirements and work organisation, in the relationships amongst businesses, trading partners, citizens and governments. These technologies have a considerable impact on the whole of the economy and policies, which govern and encourage their use and implementation, are decisive in the modernisation of these economies and contribute to the take-up of new opportunities for employment and inclusion in the new global economy.“ (eEurope 2003+, 1)

Die Entwicklung der Informationsgesellschaft erscheint hier nicht mehr als politisches Projekt, sondern als globaler Trend, an den nicht nur der Anschluss nicht zu verlieren ist, sondern der Chancen für eine Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Ökonomien und der Ausbildung ihrer spezifischen Wettbewerbsfähigkeit bietet. Erst dann erfolgt der Rekurs auf die Lissabon-Strategie, deren strategische Ziele auch von den MOEL getragen würden. Um auch in den MOEL die Grundlage zur Erreichung der ehrgeizigen Lissabon-Zielen zu schaffen, solle ein eEurope- ähnlicher Aktionsplan von und für die Kandidatenländer gestartet werden – als Ergänzung zu den politischen Verpflichtungen gegenüber der EU (eEurope 2003+, 1). Der Aktionsplan eEurope 2003+ wurde zwar auch unter dem Eindruck der New Economy beschlossen, jedoch erst mehr als ein Jahr später – am 16.6.2001 und damit Mitten im Crash der “New Economy” – von den Regierungen der Beitrittsländer auf dem Europäischen Rat in Göteborg in ausgearbeiteter Form vorgelegt. Wenngleich ihn das in seinem Wachstumsoptimismus keineswegs einbremsen wird, verzichtet er aus naheliegenden Gründen auf einen Rekurs zur “New Economy”, sondern hebt in erster Linie auf den Beitritts- und Aufholprozess ab.

Während der vom Europäischen Rat beschlossene Aktionsplan eEurope 2002 also der tragende Bestandteil einer gemeinsam beschlossenen, wirtschaftspolitischen Strategie darstellt, stellt der „von und für“ den Beitrittskandidaten verabschiedete Aktionsplan eEurope 2003+ diese Referenz erst in zweiter Linie her, insofern nämlich die Integration in einen sich modernisierenden EU-Binnenmarkt das Ziel der Beitrittsbemühungen insgesamt ist. In erster Linie aber werden für die MOEL die technologischen Veränderungen als unbewegtbewegende Naturgewalt angerufen, der es sich im Rahmen der ökonomischen Transformation zu stellen gilt. Ein genauso unbewegtbewegendes Ziel ist für sie allerdings auch die Lissabon-Strategie – nicht also selbst beschlossene Zielvereinbarung, sondern

gesetzte Zielvorgabe der EU. Bei genauerer Betrachtung kann also festgestellt werden, dass der Aktionsplan eEurope 2003+ aus dem Aktionsplan eEurope 2002 hervorgeht: was bei letzterem unter Rückgriff auf die Beschlüsse von Lissabon noch als Resultat eines (wie auch immer zu bewertenden) politischen Prozesses sich zu erkennen gibt, ist bei jenem diskursiv als alternativlos setzt.

Auf den ersten Blick entspricht der eEurope2003+ Aktionsplan in seinen Zielsetzungen den Prioritäten des eEurope 2002 Aktionsplanes: „Like eEurope, the eEurope+ Action Plan aims to accelerate reform and modernisation of the economies in the candidate countries, encourage capacity and institution building, improve overall competitiveness (...)“ (eEurope 2003+, 1). Allerdings setzt der Aktionsplan eEurope 2002 dabei natürlich auf anderen Ausgangsbedingungen als sein mittel- und osteuropäisches Pendant auf: in Westeuropa ist der Telekommunikationssektor bereits seit Anfang 1998 liberalisiert, die dafür notwendigen Richtlinien und institutionellen Voraussetzungen waren vorgängig implementiert worden und die telekommunikative Grundversorgung ist auf einem vergleichsweise deutlich höheren technologischen Niveau. In den Kandidatenländern hingegen sind all diese Bedingungen erst noch zu schaffen.

Aus diesem Umstand resultiert dann auch der wichtigste Unterschied zwischen den beiden Aktionsplänen: Im Mittelpunkt des eEurope 2003+ Aktionsplanes stehen die Motive des „Aufholens“, der „Modernisierung“ und des „Anschlusses“ – denen bemerkenswerterweise allen ein teleologisches, auf ein gegebenes Ziel gerichtetes Moment eignet. Angesichts des Modernisierungsbedarfs der Wirtschaft, den notwendigen Veränderungen in Staat und Gesellschaft und der Integration in das europäische Binnenmarktprojekt bedürfe es gerade der Nutzbarmachung des vollen Potentials der Informationsgesellschaft. Die in dem Aktionsplan eEurope 2003+ festgehaltenen Initiativen zielen deshalb zunächst auf eine beschleunigte Implementierung des informationsgesellschaftlich relevanten Acquis Communautaire (der Aktionsplan ersetzt nicht die diesbezüglichen Beitrittsverhandlungen).

Das allein sei aber nicht ausreichend, um die Modernisierung der Wirtschaft, die Veränderung der Unternehmenspraxen, die Funktionsweise von Regierungen und die neuen Verhältnisse zwischen Bürgern, Unternehmen und Regierungen für Fortschritt und Wohlstand in den MOEL nutzbar zu machen, gehen. Zur Vermeidung einer digitalen Kluft in Europa seien darüber hinaus gehende „positive action“ und „political commitment“ gefragt (eEurope 2003+, 1). Deshalb wird dem eEurope 2003+ Aktionsplan eine weitere Zielvorgabe vorangestellt, um die „grundlegenden Bausteine“ zu setzen,<sup>556</sup> auf denen der weitere Auf- und Ausbau der Informationsgesellschaft gelingen würde. Insofern beinhaltet der eEurope 2003+ Aktionsplan die zusätzlichen Punkte: a) „Accelerate the provision of affordable communication services for all“ und b) „Transpose and implement the acquis relevant to the Information Society“ sowie einen zusätzlichen Abschnitt zu dem für die MOEL heiklen Thema „Finanzierung“.

---

<sup>556</sup> Das entsprechende Kapitel heisst: "Accelerate the putting in place of the basic building blocks of the Information Society"

Bis auf die vorangestellten „grundlegenden Bausteine für die Informationsgesellschaft“ sind die Aktionspläne eEurope 2002 und eEurope 2003+ relativ homolog entlang der drei übergeordneten Ziele der eEurope-Initiative<sup>557</sup> aufgebaut, ja sogar die diesen zugeordneten Maßnahmen sind weitgehend identisch.<sup>558</sup> Diesen werden wiederum die gleichen Erfolgsindikatoren zur Seite gestellt, um eine quantitative Vergleichbarkeit und Benchmarking zu gewährleisten.<sup>559</sup>

Über die Zusammenarbeit von Kandidatenländern und Mitgliedsstaaten in Sachen Informationsgesellschaft sollen letztlich nicht nur die Ziele der Lissabon-Strategie in einem erweiterten Europa umgesetzt werden, in diesem gemeinsamen Wettrennen würde sich auch die europäische Integration effektiv vollziehen (eEurope 2003+, 2).

---

<sup>557</sup> 1. A cheaper, faster, secure Internet; 2. Investing in people and skills; 3. Stimulate the use of the Internet

<sup>558</sup> Im eEurope 2003+ Aktionsplan findet sich unter den Anmerkungen zum Aktionsplan die Präzisierung des Monitoring und Benchmarking, die allerdings auch für eEurope 2002 Anwendung finden wird. Die hinzugefügte Anwendung „environment online“ ist ebenfalls Thema in den Beitrittsverhandlungen – über die technologische Modernisierung sollen die entsprechenden Ziele schneller erreicht werden können. In diesem Sinne ist das sogenannte „leapfrogging“ ein Thema der eEurope 2003+ Initiative, d.h. die Möglichkeit, durch die Investition in die modernsten Technologien „Entwicklungsstufen“ auszulassen (also nicht erst auf Festnetze zu setzen, sondern direkt mobile und kabellose „state of the art“ Netzwerke einzurichten). Im Aktionsplan eEurope 2002 hingegen finden sich – hinsichtlich der engeren Anbindung an ein supranational formuliertes 10-Jahresprogramm plausibel – die zusätzlichen Aspekte „Internationale Perspektive“ und „Notwendigkeit politischer Verpflichtung“ – wir werden darauf zu sprechen kommen.

<sup>559</sup> Die statistischen Institutionen der Kandidatenländer sollen eng mit denen der EU-Mitgliedstaaten zusammenarbeiten, um eine gemeinsame Methode und Herangehensweise in der Datenerhebung und -präsentation der Vergleichsparameter zu entwickeln.

**Vergleichende Übersicht: Aufbau der Aktionspläne eEurope 2002 und eEurope 2003+**

Name	eEurope 2002	eEurope 2003+
Datum	Seit 1999 als eEurope-Initiative diskutiert, durch einen Progress Report für den Lissabon-Gipfel März 2000 vorbereitet und auf dem Feira Treffen des Europäischen Rates am 19./20.6.2000 beschlossen	Durch die EU-CEEC-ISF (1995-1997) und das JHLC (1998-2000) vorbereitet, auf der Ministerkonferenz in Warschau 11./12.5. 2000 beschlossen, erste Rohfassung lag April 2001 vor, auf dem Göteborg-Gipfel im Juni 2001 präsentiert.
Vorbereitet von	Europäischer Rat, Europäische Kommission	Kandidatenstaaten unter Assistenz durch die Europäische Kommission, Anlehnung an eEurope 2002
Gliederung	<p><b>Kontext</b></p> <p><b>Ziele</b></p> <p><b>Anmerkungen zum Aktionsplan</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzungsmethoden</li> <li>• Zeitrahmen</li>   <li>• <u>Internationale Perspektive</u></li> <li>• <u>Notwendigkeit politischer Verpflichtung</u></li> </ul>	<p><b>Kontext</b></p> <p><b>Ziele</b></p> <p><b>Anmerkungen zum Aktionsplan</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Umsetzung</li> <li>• Zeitrahmen</li> <li>• <u>Monitoring und Benchmarking</u></li> <li>• <u>Finanzierung</u></li> </ul> <p><b><u>0. Accelerate the putting in place of the basic building blocks for the Information Society</u></b></p> <p><u>a) Accelerate the provision of affordable communication services for all</u></p> <p><u>b) Transpose and implement the <i>acquis</i> relevant to the Information Society</u></p>

	<p><b>1. A cheaper, faster, secure Internet</b></p> <p>a) Cheaper and faster Internet access</p> <p>b) Faster Internet for researchers and students</p> <p>c) Secure networks and smart cards</p> <p><b>2. Investing in people and skills</b></p> <p>a) European youth into the digital age</p> <p>b) Working in the knowledge-based economy</p> <p>c) Participation for all in the knowledge-based economy</p> <p><b>3. Stimulate the use of the Internet</b></p> <p>a) Accelerating e-commerce</p> <p>b) Government online: electronic access to public services</p> <p>c) Health online</p> <p>d) European digital content for global networks</p> <p>e) Intelligent transport systems</p>	<p><b>1. A cheaper, faster, secure Internet</b></p> <p>a) Cheaper and faster Internet access</p> <p>b) Faster Internet for researchers and students</p> <p>c) Secure networks and smart cards</p> <p><b>2. Investing in people and skills</b></p> <p>a) European youth into the digital age</p> <p>b) Working in the knowledge-based economy</p> <p>c) Participation for all in the knowledge-based economy</p> <p><b>3. Stimulate the use of the Internet</b></p> <p>a) Accelerating e-commerce</p> <p>b) Government online: electronic access to public services</p> <p>c) Health online</p> <p>d) European digital content for global networks</p> <p>e) Intelligent transport systems</p> <p><u>f) Environment on-line</u></p>
--	---	--

- *Umsetzung und Zeitrahmen*

Der Aktionsplan eEurope 2002 soll auf drei Weisen umgesetzt werden

- „Accelerating the setting up of an appropriate legal environment“. In diesem Zusammenhang spielen vor allen Dingen Termindruck und Stichtage eine zentrale Rolle.
- “Supporting new infrastructure and services across Europe“. Hierbei geht es um die Einwerbung privater Investitionen, eventuell gestützt durch die vergleichsweise eher gering bemessenen finanziellen Mittel der EU, vor allem aber den Mitteln der Nationalstaaten.
- “Applying the open method of co-ordination and benchmarking“. Damit soll die “Effizienz“ der Aktionen und ihre Wirkung optimiert werden.

Für das sogenannte „benchmarking“, das ständige Vergleichen und Messen von Leistung zur Optimierung der Prozesse, ist vor allem die Datenerhebung zentral. Dafür mussten zum Zeitpunkt der Verabschiedung von eEurope 2002 allerdings erst noch die Indikatoren festgelegt sowie deren einheitliche Erhebung europäisch koordiniert werden.

Der Zeitrahmen für den eEurope 2002 Aktionsplan ist durch die ambitionierten Zielsetzungen der Lissabon-Strategie und die rasante Entwicklungsdynamik der „New Economy“ gesetzt:

“The need to undertake urgent actions against tight deadlines in critical areas for the new economy is one of the key driving forces of the eEurope initiative. The approach of this Action Plan is to focus on such actions and thus ensure the quick removal of the remaining barriers. This is why the Action Plan focuses on a key date – 2002 – by which all of the targets should be achieved. If Europe cannot ensure change quickly it will be too late to achieve the ambitious Lisbon objectives.“ (eEurope 2002, 3)<sup>560</sup>

Die Umsetzung des Aktionsplan eEurope 2003+ ist an die Beitrittsbemühungen der MOEL rückgebunden – er ist ja quasi ein freiwilliges Programm, dass die Pflichtübungen der Rechtsangleichung, Liberalisierung und Wettbewerbsfähigkeit beschleunigen und durch weitergehende Maßnahmen unterstützen soll:

“While aiming to avoid any interference with the acquis negotiation process, the clearly identifiable, concrete actions and end target dates contained within this common action plan aim to accelerate the reform and modernisation of the economies of the Candidate Countries. This would have a positive impact on the adoption speed of the acquis for telecommunications, electronic commerce, areas of financial and transports services, and many other areas of economic activity, in addition to capacity and institution building and improving overall competitiveness.“ (eEurope 2003+, 3)

Auch für die Umsetzung des eEurope 2003+ Aktionsplan gibt es eine Handlungsdringlichkeit, die allerdings nicht mehr im Rekurs auf die „New Economy“ begründet wird:

„For this reason Candidate Countries, while acknowledging the marked differences in their economic, social, and industrial environments, have focused on a common key date – 2003 – by which they aim to meet the eEurope+ targets.“ (eEurope 2003+, 3)

Zu diesem Zeitpunkt – 2002 resp. 2003 sollten dann der jeweilige Aktionsplan und seine Ergebnisse überprüft werden, um dann eventuell weitere Empfehlungen und politische Maßnahmen für die Kandidatenländer zu formulieren. Das ehrgeizige Zieldatum wird hier durch die Planungen zum EU-Beitritt vorgegeben.

#### - *Weitere Anmerkungen*

Ein weiterer Unterschied zwischen den beiden Aktionsplänen kommt in den vorangestellten Anmerkungen zum Tragen. Während sich der eEurope 2002 Aktionsplan mit der „internationalen Dimension“ der Informationsgesellschaft und der Notwendigkeit für „political

---

<sup>560</sup> Längerfristig sind natürlich auch forschungs- und entwicklungspolitische Ziele ausschlaggebend, in diesem Sinne sollen die Prioritäten des IST-Programms überprüft werden, was sich dann in Veränderungen im 6. Forschungsrahmenprogramm niederschlagen sollte.

commitment“ auseinandersetzt, geht der eEurope 2003+ Aktionsplan ausführlich auf die Methodik des „Monitoring und Benchmarking“ sowie auf Fragen der „Finanzierung“ ein.

So ist im eEurope 2002 Aktionsplan die Rede von der Globalität der “New Economy” und dem Internet, auf die der Aktionsplan selbst zwar nicht explizit eingeht. Das Bemühen, einen integrierten europäischen Telekommunikationsmarkt voranzubringen, zielt aber natürlich auf eine Verbesserung der ökonomisch-politischen Positionierung des europäischen Wirtschaftsraumes ab. Als erstes Beispiel für die internationale Bedeutung des Aktionsplanes wird interessanterweise der soeben beschlossene eEurope 2003+ Aktionsplan genannt:

„This is already visible in the decision of the Central and Eastern European Countries (CEECs) during a recent conference in Warsaw to establish a work programme for actions in the areas of eEurope by the end of 2000. The eEurope initiative should also become part of the enlargement process of the Union.“ (eEurope 2002, 3f)

Durch den eEurope 2002 Aktionsplan soll die europäische Stimme auf der globalen Ebene (G8, OECD und WTO) gestärkt werden, deren inhaltlicher Beitrag in einer offenen, für alle zugänglichen Informationsgesellschaft gesehen wird:

“Europe must play an active role in the development of a more equitable information society, which offers fair chances of inclusion to all countries. Closing the 'digital divide' between developed and developing countries is a key goal for the European Union. To meet this goal collaboration with Europe's main international partners and private industry will be necessary.“ (eEurope 2002, 4)

Was das “political commitment”, also das “politische Bekenntnis” zur Informationsgesellschaft angeht, erfolgt der eindringliche Aufruf:

“The eEurope targets can only be achieved if Member States, the European Parliament and the European Commission are ready to commit themselves to this Action Plan and to the reassessment of priorities which it will imply. None can afford to relax, no matter how advanced they may be relative to others. A ‘two speed eEurope’ must be avoided. Each Member State must be ready to set new priorities, to provide adequate funding and to remove obstacles to achieve the targets. Each will have to draw the attention of citizens to the emerging possibilities of digital technologies to help to ensure a truly inclusive information society. Only through positive action now can info-exclusion be avoided at European level.” eEurope 2002, 4

Der eEurope 2003+ Aktionsplan erweist sich hier wiederum als der „kleine Bruder“ des eEurope 2002 Aktionsplanes. Nicht so sehr die Positionierung auf der internationalen politischen Bühne oder innerhalb der globalen Informationsgesellschaft, sondern der Anschluss an den EU-Wirtschaftsraum und die Beitrittsperspektive sind seine dominierenden Motive. So geht es ihm zunächst um einen statistischen Anschluss, also die Kompatibilität der Erhebungs- und Auswertungsverfahren mit denen der EU. Hier seien grundsätzliche Bemühungen vonnöten, zumal mit den bereits zu Protokoll gegebenen Erscheinungsdaten

der Fortschrittsberichte ein enges zeitliches Korsett geschnürt wird.<sup>561</sup> „As far as possible, the relevant institutions of the Candidate Countries (notably the statistical offices) will work closely with those of the EU Member States with the aim to develop a common methodology and approach in the collection and presentation of relevant benchmarks.“ (eEurope 2003+, 3)

Zur Finanzierung der eEurope 2003+ Maßnahmen sollen Mittel aus nationalen Haushalten, aus den Töpfen Europäischer Programme und Fonds sowie Mittel der internationalen Finanzinstitute wie EIB, EBRD und der Weltbank akquiriert werden. (eEurope 2003+, 4) Zielführend im Sinne des Aktionsplans sei natürlich die Akquirierung von privaten Investitionen.

### **Zielvorgabe 0:**

- Die *„Bausteine der Informationsgesellschaft“*.

Für die Umsetzung der „Bausteine der Informationsgesellschaft“ ist Dringlichkeit wieder einmal das zentrale Motiv: „The Candidate Countries recognise that the driving force to harness the benefits of the knowledge-based economy requires that urgent action be undertaken against tight deadlines.“<sup>562</sup> Aufgrund dieser Dringlichkeit sollen die Zielvorgaben des Aktionsplanes, trotz aller ökonomischen, sozialen und industriellen Unterschiede der einzelnen Länder, bis zum Jahr 2003 umgesetzt sein. Zu diesem Zeitpunkt sollten die Wirkung und Ergebnisse des eEurope+ Aktionsplanes evaluiert werden, um weitere Empfehlungen und Maßnahmen aussprechen zu können.

Dafür setzt der eEurope 2003+ Aktionsplan auf zwei grundsätzliche Initiativen:

- a) eine beschleunigte Verfügbarmachung von preisgünstigen Kommunikationsdiensten für alle, und
- b) die beschleunigte Implementierung des rechtlichen Rahmens für die Informationsgesellschaft, insbesondere der entsprechenden Teile des Acquis Communautaire.

Ad a) Die MOEL seien noch nicht bereit für die „globale wissensbasierte Ökonomie“, bzw. mit den Telekommunikationsmärkten der EU mitzuhalten. Vor allen Dingen an der Verfügbarkeit preisgünstiger Kommunikationsangebote, einer Voraussetzung für eine Ausweitung der Informationsgesellschaft, mangle es derzeit noch erheblich. Gegen die sogenannte „info-exclusion“ und für ein sogenanntes „Grundrecht auf Kommunikation“ wird die vollständige Liberalisierung der Sektoren als einzige Lösung propagiert, für die der rechtliche Rahmen und weitere Vorkehrungen jetzt zu treffen seien (eEurope 2003+, 5). Erst im Rahmen vollständig liberalisierter Märkte in einem wettbewerbsorientierten Umfeld seien

---

<sup>561</sup> Der Aktionsplan wurde, wie gesagt im Juni 2001 vorgestellt. Ein erster Bericht soll bereits im Februar/März 2002 vorgelegt werden, gefolgt von einem Zwischenbericht zum Ende des Jahres 2002, der Abschlussbericht soll dann Ende 2003 vorliegen. (eEurope 2003+, 4) Es wird sich später erweisen, dass der zeitliche Rahmen zu eng gesteckt ist, um tatsächliche Veränderungen empirisch festzustellen. Aber damit ist der Sinn von Benchmarking ja ohnehin nicht erfasst: Wettbewerb durch permanenten Vergleich.

<sup>562</sup> <http://www.abmankara.gov.tr/english/lib/eu/eeurope.html>

die Voraussetzungen für den Ausbau solcher günstiger Kommunikationsdienste zu gewährleisten.<sup>563</sup> Eine schnelle Umsetzung des Acquis reiche hier nicht aus, da dieser nicht geschaffen sei, um einen universellen Zugang zu günstigen Preisen in der EU zu gewährleisten. Deshalb seien darüber hinausgehende Maßnahmen – im Einklang mit dem Acquis – notwendig.

Insofern werden folgende „konkreten“ Aufgaben an die Kandidatenländer formuliert:

- „Accelerate and complete full liberalisation of the telecommunications sector as soon as possible and ensure that authorisations are available where needed. In particular, ensure that carrier selection facilities are available from the same date as liberalisation and number portability as soon as possible thereafter.
- Transpose and implement the new EU regulatory package for Communications Services as soon as possible once it has been adopted.
- Enact implementing regulations for the achievement of universal service in telecommunications services and secure the availability of affordable basic telephony service that is capable of permitting access to the Internet.“ (eEurope 2003, 5f)

Für die Umsetzung dieser Zielsetzungen werden keine zeitliche Fristen angegeben, allerdings werden bereits die entsprechenden „benchmarks“ (bspw. Prozentsatz der Haushalte mit einem Telefonanschluss, Internetzugang, Zugangskosten, etc.) angedeutet.<sup>564</sup>

Ad b)

Im Hinblick auf den regulatorischen Rahmen sind neben den die Telekommunikation betreffenden Teile des Acquis Communautaire (insbesondere der Bestimmungen zum elektronischen Geschäftsverkehr sowie der seitdem verabschiedeten Richtlinienpakete) auch die über dieses Kapitel hinausgehenden Bestimmungen, insofern sie für die Informationsgesellschaft als relevant betrachtet werden zu implementieren (z.B. Bestimmungen hinsichtlich des Datenschutzes, der Privatsphäre, des Jugendschutzes, der elektronischen Signaturen, des geistigen Eigentums, des Urheberrechts, etc.) (vgl. eEurope 2003+, 6f) – insofern damit nicht garantierte „exclusive rights“ berührt sind. Auf diese Weise würde nicht nur die Nutzung des Potentials einer wissensbasierten Ökonomie ermöglicht werden (eEurope 2003+, 6), sondern auch der Zugang aller BürgerInnen und Unternehmen zu modernen Telekommunikationsnetzen und -diensten gewährleistet.

Als „Benchmark“ soll eine Liste mit den für die Informationsgesellschaft relevanten Teilen des Acquis Communautaire erarbeitet werden.

---

<sup>563</sup> Diese werden vermutlich nicht allein auf dem Festnetz, sondern auf verschiedenen Technologien (Festnetz, Mobilfunk, Kabel) beruhen.

<sup>564</sup> Derartige benchmarks, also Indikatoren für einen quantitativen Vergleich, sind in dem eEurope 2002 Aktionsplan noch nicht aufgeführt und wurden für diesen wohl erst nachträglich erarbeitet.

### ***Zielvorgabe 1: A cheaper, faster, secure Internet***

Die weiteren Zielsetzungen sowohl des eEurope 2002 wie auch des eEurope 2003+ Aktionsplanes sind weitgehend homolog, unterscheiden sich allerdings deutlich in den vorangestellten Begründungszusammenhängen und gehen in der Artikulation der zu unternehmenden Maßnahmen von unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen aus.

- *Billigerer und schnellerer Zugang*

#### *eEurope 2002*

Im Hinblick auf die Artikulation der Zielsetzungen rekurriert der eEurope 2002 Aktionsplan in der Regel zunächst auf die Beschlüsse des Lissabon-Gipfels, in diesem Zusammenhang geht es also um:

„the conclusion 'as early as possible in 2001' of work on the legislative proposals following the Telecom Review; greater competition in local access networks by the end of 2000 and the unbundling of the local loop; that frequency requirements for future mobile communication systems should be met in a timely and efficient manner; availability of low-cost, high-speed networks for Internet access; fully integrated and liberalised telecommunications markets by the end of 2001“ (eEurope 2002, 5)

Anschließend an diese Wiederholung der Lissabon-Beschlüsse wird dann die „Herausforderung“ erläutert und konkretisiert:

„Since the liberalisation of telecommunications services on 1 January 1998 tariffs for long-distance and international calls have decreased substantially. However, most customers access the Internet via local lines, where prices have decreased much less, due to insufficient competition. So far, the market has been relatively slow in producing much needed new tariff models such as flat-rate or free access. Lower prices are especially important for a quick take-up of the high-speed multimedia Internet access made available by new technologies, such as xDSL, cable, optical fibre, digital TV, and radio technologies. The Lisbon European Council has shown strong political will to ensure that a reduction in costs is assured. Implementation of the Commission Recommendation on local loop unbundling is the fastest way to advance the availability of high-speed Internet access at competitive prices.“ (eEurope 2002, 5)

Neben der Einführung von Wettbewerb in den lokalen Netzen wird insbesondere die europäische Vormachtstellung im Bereich der mobilen Netzwerken herausgestrichen, deren Bedeutung nicht nur im Hinblick auf die Festanschlüsse, sondern auch hinsichtlich des Internet-Zugangs in Zukunft zunehmen wird. Insofern sollen diese Mobilfunknetzwerke weiterentwickelt werden (2. und 3. Generation), wobei auch hier „the highest possible level of competition“ (eEurope 2002, 5) vonnöten sei. Angemerkt wird auch, dass den BürgerInnen in weniger entwickelten Regionen die gleichen Zugangsbedingungen zu modernen Kommunikationsnetzen gewährleistet werden müssen und diese Anstrengungen mehr Aufmerksamkeit bedürfen (eEurope 2002, 5). Hinsichtlich der technologischen Grundlage wird die Umstellung auf ein neues Internet Protokoll (IPv6) als dringend erforderlich erachtet, da mit einer erhöhten Nutzung effizientere Netzwerke und Paket-Austausch-Technologien notwendig würden.

Nach der Formulierung dieser „Herausforderungen“ folgt die „Antwort“ des eEurope 2002 Aktionsplanes: von der Kommission solle ein wettbewerbsorientierter Regulationsrahmen vorbereitet werden, der der hohen Entwicklungsgeschwindigkeiten in diesem Sektor gerecht werden kann (eEurope 2002, 6) und zu Beginn des Jahres 2001 verabschiedet werden soll. Insbesondere die Einführung des Wettbewerbes im Ortsnetz sei entscheidend, weshalb diese Strukturen bis Ende 2000 entflochten sein sollen. Für kabellose Multimedia-Systeme sollen zusätzliche Frequenzen freigegeben werden, gegen eine exzessive Preispolitik sollen Maßnahmen ergriffen werden.

Da die Teilhabe rückständiger Regionen an der Informationsgesellschaft eine Priorität der EU darstelle, käme innerhalb der regionalen Entwicklungsstrategien der Nutzung von neuen Technologien eine Schlüsselbedeutung zu. Sollten die Märkte versagen und private Investitionen sich als nicht profitabel erweisen, könnten auch öffentliche Investitionen in die Infrastruktur der Informationsgesellschaft unter Berücksichtigung der spezifischen ökonomischen und sozialen Struktur gerechtfertigt sein, solange diese technologieneutral und nicht wettbewerbsverzerrend wirken. Diesbezüglich sollten innerhalb der Strukturfonds und den Strategien der European Investment Bank die auf die Informationsgesellschaft bezogenen Projekte aufgewertet werden (eEurope 2002, 6). Auch die Unterstützung internationaler Finanzinstitute wie der Weltbank oder dem EBRD sollten in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden (eEurope 2003+, 8).

Um den Einsatz des IPv6 voranzutreiben, würde die Kommission Telekommunikationsanbieter und Geräte-Hersteller zusammen mit Dienste-Anbietern konsultieren.

Mit diesen Maßnahmen soll die bereits 1998 umgesetzte Liberalisierung des Telekommunikationssektors überall dort vervollständigt werden, wo neue Nutzungsweisen (z.B. Internetzugang) oder neue technologische Gegebenheiten (z.B. Mobilfunk) noch nicht einem vollständigen Wettbewerb ausgesetzt sind. Die EU-Kommission nimmt die Rolle einer Koordinatorin dieser marktgetriebenen Entwicklungsdynamik an und zwar sowohl Hinblick auf die *Entstehung* von Märkten (Forschung&Entwicklung, Technologiepolitik, Industriepolitik, d.h. Innovation und deren marktgängige Umsetzung), der *Entwicklung* und *Effizienz* von Märkten (Wettbewerb, Preispolitik, regulative Rahmen), der *regionalen Verbreitungsdichte* von Märkten (regionale Entwicklungsprogramme, Investitionen) sowie auch hinsichtlich eines möglichen *Marktversagens*. In die Artikulation dieser Koordinierungsleistung finden gesellschaftliche Bedürfnisse und Interessen kaum Eingang, die Koordination wird bürokratisch kontrolliert von privater Hand vollzogen.

Zum Schluss des Kapitels werden dann die einzelnen Vorschläge und Maßnahmen noch einmal tabellarisch aufgezählt, zu diesen werden sehr allgemein Akteure (Mitgliedstaaten, EU-Kommission, EU-Parlament, Europäischer Rat, etc.) und zeitliche Zielvorgaben

bestimmt.<sup>565</sup> Zudem werden – wo vorhanden – bereits erste Vorschläge für relevante und quantifizierbare Indikatoren gemacht.

#### *eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan übernimmt die gleiche Zielvorstellung, begründet diese allerdings nicht in unmittelbarem Anschluss an die Beschlüsse aus Lissabon, sondern artikuliert die Aufgabe wieder als eine naturnotwendige Herausforderung im Hinblick auf das zuvor artikuliert Ziel des Anschlusses an die globale Informationsgesellschaft und globale Kapitalströme:

„It is vital that citizens, business, and government have access to modern communications networks and the services available over these networks. (...) Infrastructure roll-out needs to be speeded up in the Candidate Countries in order to provide the basic backbone for the Information Society, especially in less-favoured regions. This roll-out will help Candidate Countries to position themselves in the global, seamless information infrastructure and allows quality access to global markets as well as attract investments, particularly from economic sectors which rely on such infrastructure.“ (eEurope 2003+, 8)

Neben diesem “roll-out” der Infrastruktur (eine Metapher, die den leichten Zugriff auf vorhandene Meterware impliziert), sollen die Zugangskosten zu Hochgeschwindigkeits-Multimedia-Netzwerken durch die Installation neuer Technologien und eines wettbewerbsorientierten Regulationsrahmen gedrückt werden. Bis eine vollständige Liberalisierung durchgesetzt ist, können weitere Preissenkungen durch eine staatliche Preisregulierung durchgesetzt werden. Die Entflechtung der lokalen Ortsnetze, die Lizenzierung von Mobilnetzwerken der dritten Generation, die Einführung digitaler, internetfähiger Fernsehnetzwerke und der Umstieg auf das Internetprotokoll IPv6 sollen die Verfügbarkeit dieser Technologien und den Zugang zu Multimedia-Diensten in einem wettbewerbsorientierten Umfeld weiter erhöhen (eEurope 2003+, 8). Niedrige Preisen versprechen eine hohe Nachfrage.

Trotz der unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen und sicherlich auch unterschiedlichen Prioritäten auf diesem Gebiet sind die für diese Zielsetzung vorgesehenen Maßnahmen also weitgehend identisch mit denen des eEurope 2002 Aktionsplanes. Unterschiede sind, dass in den MOEL direkt auf neue Technologien gesetzt werden solle und sogar eine staatliche Preisregulierung in Erwägung gezogen wird. Zudem ergänzt der eEurope 2003+ Aktionsplanes, dass von den MOEL im Hinblick auf den europäischen Telekommunikationsraum ihre Frequenzpolitik noch zu koordinieren haben (eEurope 2002, 7) und dass bei der Einführung digitaler, internetfähiger Fernsehdienste deren Interoperabilität über Standards sichergestellt sein muss (eEurope 2003+, 9).

- *Schnelleres Internet für die Wissenschaft*

#### *eEurope 2002*

---

<sup>565</sup> Bsp.: „Action: Achieve significant reductions in Internet access tariffs towards the lowest levels in the world by reinforcing competition and clear benchmarking at European and national level; Actors: Member States, European Commission; Deadline: end 2001.“ (eEurope 2002,. 7)

Der Europäische Rat von Lissabon forderte "the creation of a very high speed trans-European network for electronic scientific communications by end of 2001 linking research institutions and universities, as well as scientific libraries, scientific centres and, progressively, schools." (eEurope 2002, 8) Mit der Installation dieser Hochgeschwindigkeitsnetzwerke soll die technische Voraussetzung für neue Kollaborations- und Kooperationsformen zwischen privaten und öffentlichen Institutionen geschaffen werden und dafür, das kommerzielle Potential wissenschaftlicher Anwendungen vollständig ausbeuten zu können (eEurope 2002, 8).

Hinter dem Ausbau der auch „backbones“ genannten Hochgeschwindigkeitsnetzwerke steht die Idee eines "World Wide Grid", eines über Netzwerke vereinten, globalen Supercomputers. Im Rahmen des Fünften Forschungsrahmenprogramm wurden 80 Mio. Euro bereitgestellt, um die Kapazität transeuropäischer Netze auf 2,5 Gbit/s zu erhöhen und den Ausbau der Verbindungen von Forschungseinrichtungen, Universitäten etc. an diese Netzwerke herzustellen. Weitere Mittel sollen aus dem IST-Programm kommen, nationale Netzwerke könnten aus Mitteln des Strukturfonds und der EIB aufgewertet werden. Ziel sei es, Europa als „global connectivity leader“ zu etablieren und das transeuropäische „backbone“ langfristig zu einem vollständig optischen „backbone“ zu entwickeln (eEurope 2002, 9).

#### *eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan fährt hinsichtlich dieser Ziele eine ähnliche Begründungsstrategie, wobei allerdings etwas mehr Emphase auf die Möglichkeiten für Universitäten gelegt wird, Anschluss an die weltweiten Forschungsprojekte zu finden. Auf diese Weise könne über Multimedia und die Entwicklung neuer Anwendungen gelernt werden und die „historisch starken wissenschaftlichen und akademischen Fähigkeiten“ (eEurope 2003+, 10) weiterzuentwickeln. Um die Möglichkeiten neuer Formen des gemeinsamen Lernens und Arbeitens auch in den Kandidatenländern zu nutzen, müssten in gemeinsamen Anstrengungen die entsprechenden Technologien bereitgestellt und der Anschluss an die Forschungsnetzwerke geschaffen werden (eEurope 2003+, 10).

Auch hier gleichen sich die Maßnahmenkataloge, ergänzt wird nur die Verfügbarmachung von Forschungsnetzwerken für die Nutzung durch Schulen, Museen und Bibliotheken (eEurope 2003+, 11).

#### *- Sichere Netzwerke und Smart Cards*

#### *eEurope 2002*

Der eEurope 2002 Aktionsplan zitiert die Feststellung des Lissabonner Gipfels, dass die entscheidenden Schlüssel für die Entwicklung des eCommerce in dem Vertrauen der Verbraucher in Datenschutz und Wahrung der Privatsphäre, dem eigenen Zutrauen für die Tötigung von online-Transaktionen sowie dem Schutz vor neuen Formen der Verletzlichkeit und Verbrechen liegen. Mit der Bedeutungszunahme der digitalen Kommunikationswege wächst die Gefahr:

„As the Internet becomes ubiquitous for all business and personal communications, the sensitivity and economic value of the content of information transmitted is increasing. The economic damage caused by disruptions (e.g. by virus, denial of service attacks) in Internet functioning is increasing.“ (eEurope 2002, 10)

Da die Gewährleistung von Sicherheit nicht nur teuer und aufwendig, sondern tendenziell auch beschleunigten Entwicklungs- und Nutzungszyklen entgegenstehen könne, soll die Regelung dieser Bedürfnisse soweit möglich vom Markt geleistet werden. „The main responsibility for ensuring wider awareness and take-up of security products clearly lies with industry.“ (eEurope 2002, 11) Als zentrale Probleme im Bereich der Sicherheit aber werden mangelndes öffentliches Bewusstsein für sicherheitsbezogene Probleme, fehlende Bewertungsgrundlagen für die angebotenen Lösungen sowie deren interoperable Integration in bestehende Systeme und Anwendungen genannt.

Der Markt für Smart Cards, die bspw. zur Identifikation, Zugangsberechtigung, Zahlungsvorgänge genutzt werden (wie z.B. SIM-Karten) sei regional und sektorell stark fragmentiert. Eine erste Konsolidierung und Harmonisierung wurde mit der „Smart Card Charter“ auf dem Smart Card Gipfel in Lissabon vom 11.4.2000 erreicht, eine High Level Task Force solle eingesetzt werden.

Ein Maßnahmenkatalog mit Forderungen an den privaten Sektor, die Europäische Kommission und die Mitgliedstaaten solle die Sicherheit von online-Transaktionen verbessern:

- “Ensuring the availability of products (in particular network cards, software and routers) capable of supporting secure transmissions based on IPsec and IPv6
- Supporting industry-led security certifications through co-ordination of efforts and mutual recognition, including information security professional certification.
- Promoting privacy-enhancing technologies and supporting their deployment, including proper codes and the consolidation of practice.
- Stimulating public/private co-operation on dependability of information infrastructures (including the development of early warning systems) and improve co-operation amongst national 'computer emergency response teams'.” (eEurope 2002, 12)

An diesem Punkt darf angemerkt werden, dass diese Maßnahmen allesamt eher dilatorisch und allgemein klingen. Tatsächlich wirkt der Aktionsplan eEurope 2002 an vielen Punkten eher unpräzise und nicht auf eine konkrete Umsetzung orientiert und hat, auch hinsichtlich der sehr allgemeine gehaltenen Adressaten seiner Forderungen, mehr den Charakter einer programmatischen Selbstaufforderung und Zielvereinbarung als eines konkreten Arbeitsprogrammes. Die Frage, wie die weitgefassten Ziele konkret umgesetzt werden sollen, bleibt an dieser Stelle also offen. Die auf nationaler Ebene entwickelten Lösungen sollen durch die Benchmarking-Prozesse und den Austausch über „best practices“ verallgemeinert werden. Man könnte also sagen, dass der Aktionsplan auf die Stärke Europas – seine Diversität – setzt und gleichzeitig seiner Schwäche – einem bürokratisch-technokratischen Koordinierungswahn – preisgibt.

### *eEurope 2003+*

Wieder bleibt beim eEurope 2003+ Aktionsplan der Rekurs auf die Beschlüsse von Lissabon aus, sie gelten als gegeben. Hinsichtlich der sicheren Netzwerke und der Smart Cards findet sich hier eine ähnliche Begründungsstrategie, die Antwort des eEurope 2003+:

„Candidate Countries are keenly aware that the protection of networks, the attainment of increasing trust and confidence of consumers, and the further development of and European use of smart-cards, needs to be addressed in parallel with measures which stimulate the roll-out of infrastructure. Addressing Internet security issues is, to a certain extent, still in its infancy and many new developments will have to continue to be tackled, in particular through Europe-wide co-operation.“ (eEurope 2003+, 11)

Hinsichtlich der Nutzung von Smart Cards folgt beiläufig der Hinweis, dass diese “can also be used as national ID cards which will provide a basis for effective applications both in the public and private sector.“ (eEurope 2003+, 11)

Da aber z.B. Smart Cards so gut wie nicht verbreitet seien, würden im Bereich der Sicherheit zunächst andere Probleme wie die Ausbildung von Personal, u.a. von Spezialisten für hochtechnologische Verbrechen und Sicherheit, sowie die Entwicklung und Umsetzung von Rechtsrahmen überwiegen.

In diesem Sinne unterscheiden sich die Maßnahmenkataloge der Aktionspläne: während in den Kandidatenländern noch die grundlegenden Voraussetzungen (Personal, Recht und Technologie) zu schaffen sind, geht es dem Aktionsplan eEurope 2002 um die Entwicklung eines koordinierten europäischen Vorgehens gegen Cyber-Kriminalität, die Verfügbarkeit von Produkten wie Netzwerkkarten, Software und Routern auf dem neuesten Stand der Übertragungstechnologien sowie die Marktharmonisierung und Interoperabilität von Smart Cards durch einen Kern gemeinsamer Bestimmungen.

### ***Zielvorgabe 2: Investing in people and skills***

- *Der Weg von Europas Jugend ins Digitale Zeitalter*

### *eEurope 2002*

Der eEurope 2002 Aktionsplan zitiert die Beschlüsse des Rates von Lissabon, nach denen alle Bürger für die Informationsgesellschaft qualifiziert werden sollen, indem die Schulen ans Internet, Multimedia-Ressourcen und auch die transeuropäischen Hochgeschwindigkeitsnetze angeschlossen, die Ausbildung an die Anforderungen der „Wissensgesellschaft“ angepasst und die LehrerInnen entsprechend ausgebildet werden.

Trotz sichtbarer Fortschritte seien in diesem Bereich Verbesserungen weiter möglich: mehr Computer mit schnelleren Internetverbindungen, bessere Ausrichtung von Ausrüstung, Software, Inhalte und Dienste auf die Notwendigkeiten der Bildung, aber auch bessere Einbindung des informationsgesellschaftlichen Know-Hows in die curriculae ausgerichtet und eine bessere Ausbildung der Lehrer. Die Hauptverantwortung für die Erreichung dieser Ziele wird bei den Mitgliedstaaten verortet, koordiniert von der Kommission:

“The role of the Commission is to support Member States by providing an overall impetus, by helping to co-ordinate their efforts, by promoting the relevant use of new technologies and applications, as well as financing dissemination of best practice and cross-border school networking. An important European added value is the assurance that technological solutions, software and contents are not developed at national level in isolation. Member States should be able to learn from each others' experiences and build upon each other's achievements.“ (eEurope 2002, 13)

Für diese multilateralen Lernprozesse sollen zusätzliche finanzielle Mittel verfügbar gemacht werden, auch die Industrie solle ermutigt werden, durch public-private partnerships eine aktivere Rolle einzunehmen (eEurope 2002, 13). Von der Kommission wurde diesbezüglich die „eLearning-Initiative“ gestartet, d.h. eEurope- bzw. Lissabon-spezifische Maßnahmen im Hinblick auf Bildung und Ausbildung mit vier Prioritäten:

„improvement of infrastructures and equipment (Internet access in all classrooms, ratio of 5-15 pupils per multimedia computer), a training drive at all levels (digital literacy for all school leavers, promoting the use by teachers of digital technologies in education, creation of online learning platforms, adaptation of school curricula, access for all workers to digital literacy), development of quality content and services, and networking of schools in Europe.“ (eEurope 2003+, 13)

#### *eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan stellt neben dem Bezug auf die Prioritäten der eLearning-Initiative auch den Bezug zu der Bologna-Erklärung vom 19. Juni 1999 her, die auch von den Bildungsministern vieler Kandidatenländer unterschrieben worden war:

„a Europe of Knowledge is now widely recognised as an irreplaceable factor for social and human growth and as an indispensable component to consolidate and enrich the European citizenship, capable of giving its citizens the necessary competencies to face the challenges of the new millennium, together with an awareness of shared values and belonging to a common social and cultural space“ (Bologna-Erklärung vom 19.6.1999, zit.n. eEurope 2003+, 13)

Auch hier wird festgestellt, dass Bildung zunächst eine nationale Angelegenheit ist, „however exchange of experience, best practice and adoption of digital technologies can speed up the move towards a European knowledge society.“ (eEurope 2003+, 13) Mit der eLearning-Initiative sollen die Stärken des europäischen Bildungssystems genutzt und gleichzeitig die Hindernisse für die Einführung digitaler Technologien aus dem Weg geräumt werden (eEurope 2003+, 13). Obwohl die Aufgaben, alle Schulen mit ausreichend Multimedia-Computern und alle Klassenzimmer mit schnellen Internetzugängen auszustatten, in den MOEL nicht unmittelbar umgesetzt werden könnten, sollen zumindest – ausgehend von den sehr unterschiedlichen Niveaus des Infrastrukturausbaus in den einzelnen Ländern – in kürzester Zeit größtmögliche Erfolge erzielt werden.

Im Maßnahmenkatalog des eEurope 2003+ Aktionsplanes wird der Anschluss von Schulen an trans-europäische Forschungsnetzwerke nicht erwähnt, vermutlich weil dafür erst noch Voraussetzungen geschaffen werden müssen.

- *Arbeiten in einer wissensbasierten Ökonomie*

Der eEurope 2002 Aktionsplan rekurriert auf die in der Lissabon-Strategie festgehaltene Notwendigkeit des „Lebenslangen Lernens“ in einer „wissensbasierten Ökonomie.“ Da es sich hierbei letztlich um eine euphemistische Verklärung des an die Subjekte weitergegebenen, ständigen Anpassungsdrucks in einer dynamischen, hochflexiblen Produktionsweise handelt, entbehrt es nicht eines zynischen Untertons, wenn das „Lebenslange Lernen“ von der Lissabon-Strategie zu einem grundlegenden Element des „europäischen Sozialmodells“ stilisiert wird.

Ausgehend von einem Fachkräftemangel im Bereich der Informationstechnologien einerseits und der für die Informationsgesellschaft erforderlichen Umstellungen in den Aus- und Weiterbildungssystemen andererseits sollten die notwendigen Fertigkeiten im europäischen Rahmen definiert und im Rahmen von europäischen Diplomas zertifiziert werden. Neben der Flexibilisierung von Arbeitszeitmodellen gebe es „*the need for a substantial increase in per capita investment in human resources.*“ (eEurope 2002, 15)

Hinsichtlich der Entwicklungsmöglichkeiten der New Economy gibt sich der Aktionsplan eEurope 2002 optimistisch hinsichtlich der Möglichkeit, gar Vollbeschäftigung zu erreichen: „In Lisbon, it was made clear that achieving full employment would require a radical transformation of the economy and skills to match the opportunities of the new economy.“ (eEurope 2002, 15) Im Bereich der Arbeit stellten sich drei Herausforderungen: erstens gelte es, durch eine Reform der Bildungs- und Ausbildungssysteme den Mangel an Fachkräften zu beheben.<sup>566</sup> In diesem Zusammenhang wird der Ausbildung der sogenannten „digital literacy“ ein zentraler Stellenwert zugemessen, in ihr wird ein „essential element of the adaptability of the workforce and the employability of all citizens“ gesehen (eEurope 2002, 15). Dabei liege die Verantwortung in erster Linie bei den Unternehmen, die Ausbildungsdefizite sollten durch „training on the job“ behoben werden. „An award for enterprises that are particularly successful in developing human resources could be envisaged“ (eEurope 2002, 15). Wohlweislich würden dadurch nur diejenigen fortgebildet, die bereits in einem entsprechend Arbeitsverhältnis stehen. Um gegen den Ausschluss von Individuen aus dieser schönen neuen Welt vorzugehen und „to secure access for all and increase employability“ (eEurope 2002, 16), sollen Internet-Terminals in öffentlichen Räumen eingerichtet werden, deren Nutzung durch Vor-Ort-Crashkursen nähergebracht werden soll.

Die zweite, recht ehrgeizige Herausforderung, ist selbstgesteckt: bis zum Jahr 2010 soll die Beschäftigungsquote in der EU auf 70% angehoben werden (eEurope 2002, 15). Dieser Nachklang der noch von den Entwicklungsmöglichkeiten der „New Economy“ überzeugten Lissabon-Strategie wird nach dem Zwischenbericht 2004 fallengelassen. Durch „flexible work arrangements such as telework“ sollten soziale Gruppen mit hohen Arbeitslosenquoten an den Arbeitsmarkt herangeführt werden – insbesondere Frauen und ältere Mitbürger seien in den informationstechnologischen Segmenten unterrepräsentiert und „represent a largely untapped resource in most countries“ (eEurope 2002, 15). In der schönen neuen Sprache

---

<sup>566</sup> „Studies on the skills gap indicate that Europe currently has around 800,000 vacancies, expected to grow to around 1.7 million by 2003 unless action is taken.“ (eEurope 2002, 15)

des „human resources development“ werden technologische Lösungen für soziale Probleme angepriesen, diese mit sozialdemokratischen Hoffnungen aufgeblasene Herangehensweise, die einer auch nur annähernd überzeugenden volkswirtschaftlichen Grundlage entbehrt, wird – wie der „Kok-Bericht“ im Jahr 2004 schließlich dokumentieren wird – noch im selben Jahr an die Wand fahren.

Die dritte Herausforderung besteht in der Modernisierung der Arbeitsorganisation, wobei damit eine größere zeitliche wie räumliche Flexibilität gemeint ist. „Social Partners should be encouraged to contribute by supporting agreements on flexible working to the benefit of both employers and employees.“ (eEurope 2002, 16)

Während die Kommission die Hauptverantwortung „for ensuring employability and adaptability in the new economy“ bei den Mitgliedsstaaten (Bildung und Reformen der Arbeitsorganisation) und den Sozialpartnern (Flexibilisierung der Arbeitsorganisation) sieht, schreibt sie sich selbst eine Schlüsselrolle für die Koordination des europäischen Arbeitsmarktes zu. Nach dem Gipfel von Lissabon sollten die eEurope-Ziele in die europäischen Beschäftigungsrichtlinien eingearbeitet und deren Übersetzung in nationale Beschäftigungsstrategien vorangetrieben werden. Eine „High Level Group on the Employment and Social Dimension of the Information Society“ (ESDIS) solle die eEurope 2002 Maßnahmen beobachten und den von diesem Aktionsplan ausgehenden Beschäftigungsimpuls bewerten (eEurope 2002, 16).

#### *eEurope 2003+*

Auch der eEurope 2003+ setzt die Entwicklung zur „wissensbasierten Ökonomie“ als Faktum, aus dem alles Weitere folgt:

„As the candidate countries increasingly move towards knowledge-based economies, ICT skills and appropriate, flexible forms of work organisation become a key for employment growth and for ensuring the employability and adaptability of workers across all sectors.“ (eEurope 2003+, 15)

Auch hier wird der Mangel an Fertigkeiten im Umgang mit IKT und dem elektronischen Geschäftsverkehr als ein Wachstumshemmnis interpretiert, dem im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit unmittelbar begegnet werden muss:

“Productivity gains largely depend on the adjustment of work organisation processes to the higher level of skills and to the greater flexibility made possible by new technologies. Within the EU, adapting to the challenges of the information society has become a main element of the European Employment strategy.“ (eEurope 2003+, 15)

Die Informationsgesellschaft ist aber nicht nur zentraler Katalysator für eine Reartikulation der europäischen Beschäftigungsstrategie, sondern auch „Brückenkopf“ für eine korporatistische Reartikulation der gesellschaftlichen Diskurse über die Organisation des Sozialen schlechthin:

„Candidate Countries call on social partners and the private sector to work together with their governments to seize the employment potential of the knowledge-based

economy and use information society issues as a driver for developing the social dialogue.“ (eEurope 2003+, 15)

Diese Zielvorstellungen und Gesellschaftsbilder auf europäischer Ebene werden zu Aktionsplänen und Richtlinien artikuliert, die von den nationalen Parlamenten mit mehr oder weniger eigenen strategischen Schwerpunktsetzungen, allerdings immer im Rahmen des Diskurses um Wettbewerbsfähigkeit, der Integration des europäischen Binnenmarktes sowie den Anforderungen einer wissensbasierten Ökonomie umgesetzt werden. In diesem Sinne ist der Maßnahmenkatalog gehalten, der eEurope 2003+ Aktionsplan ergänzt allerdings die Maßnahme: “Offer appropriate information technology training to long-term unemployed to facilitate re-entry into the workplace, where appropriate using PHARE Funds.“ (eEurope 2003+, 16)

- *Partizipation und Inklusion*

*eEurope 2002*

Der eEurope 2002 Aktionsplan rekurriert auf den in Lissabon ausgerufenen Kampf gegen “info-exclusion” und fordert entlang der EU-Initiative für mehr soziale Inklusion die besondere Berücksichtigung von Menschen mit Behinderung und eine stärkere Fokussierung auf „eParticipation“:

„As government services and important public information become increasingly available on-line, ensuring access to government websites for all citizens becomes as important as ensuring access to public buildings.“ (eEurope 2002, 17)

Für die Sicherung eines erleichterten Zugangs zu den Informationstechnologien muss deren Kompatibilität mit unterstützenden Technologien bereits im Entwicklungsprozess berücksichtigt werden. Neben diesen technischen Auflösungen von Zugangsbehinderungen bedürfte es desweiteren Maßnahmen zur Integration derjenigen, die aufgrund von Armut oder dem Mangel an Ausbildung und Kenntnissen über die Möglichkeiten der IKT nicht an der Informationsgesellschaft teilnehmen (eEurope 2002, 17). Der Erfolg dieser Maßnahmen soll durch eine Koordination europaweiter Lernprozesse auf diesem Feld erreicht und ebenfalls von der „High Level Group on the Employment and Social Dimension of the Information Society“ (ESDIS) überwacht werden.

*eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan setzt die Entwicklung zur Informationsgesellschaft als gegeben und spricht das Risiko der sozialen Gruppen und auch Räumen, die von diesem Prozess abgehängt werden, deutlicher aus:

„As the knowledge-based economy advances, the exclusion from ICT becomes more and more a barrier to economic, employment and social opportunities and to using public services. Disadvantaged areas and groups are at higher risk of lagging for various reasons including low-income and poverty, lack of ICT infrastructures, awareness and training opportunities, or difficulties of access because of disabilities.“ (eEurope 2003+, 17)

Gleichwohl wird an dem Heilsversprechen der IKT festgehalten – aus Risiken werden Chancen:

“On the other hand, ICT can overcome barriers of distance, distribute more equally knowledge resources and generate new services for citizens with special needs, in a more targeted, flexible, and pro-actively enabling way than is possible by traditional forms of assistance. Thus, the risks of the digital divide need to be transformed to digital opportunities by actions focussed at disadvantaged groups and areas.“  
(eEurope 2003+, 17)

Die besondere Verantwortung, gleiche Zugangsbedingungen für alle zu schaffen, fällt den Regierungen zu. In den MOEL müssen die Strukturen von info-exclusion allerdings zunächst einmal durch die Erhebung von Daten zu demografischen Tendenzen, sozioökonomischen Strukturen und rechtlichen Gegebenheiten hinsichtlich der Integration von Menschen mit Behinderung ergründet werden (eEurope 2003+, 17). Da sich die Kandidatenländer zur Unterstützung benachteiligter Gruppen und Regionen bekennen, sollen in der Ausarbeitung der nationalen Aktionspläne die Bedürfnisse aller Altersgruppen berücksichtigt werden, um eine Diskriminierung durch die informationsgesellschaftliche Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft zu vermeiden (eEurope 2003+, 17).

### ***Zielvorgabe 3: Stimulate the use of the Internet***

- *Beschleunigung des e-Commerce*

#### *eEurope 2002*

Im Rekurs auf die Lissabon-Ziele werden die beschleunigte Inkraftsetzung des Regulierungsrahmens für e-Commerce, die Förderung des Vertrauens in e-Commerce, die Einrichtung von „e-procurement“ für EU- und Regierungsstellen bis 2003 sowie die Erwägung von neuen, flexibleren Regulationsansätzen zitiert.

Während sich der e-commerce zwischen größeren Unternehmen bereits dynamisch entwickelt und Sektoren wie bspw. der Banken- und Versicherungssektor sowie die Automobilindustrie umfassend restrukturiert werden (eEurope 2002, 19), müssten insbesondere die KMU in dieser Entwicklung noch aufschließen, auch bei dem elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern (B2C) sei die Entwicklung wenig dynamisch.

Dabei seien insbesondere regulatorische Herausforderungen zu bewältigen: national unterschiedliche rechtliche Bedingungen stellen gerade KMU vor Schwierigkeiten, auch das Vertrauen der KonsumentInnen sei noch nicht grenzüberschreitend ausgeprägt. Diese Probleme existierten allerdings auch auf der globalen Ebene, weshalb die EU auf einen koordinierten Ansatz innerhalb der internationalen Verhandlungen drängt (eEurope 2002, 19).

Zukünftig sollten öffentliche Beschaffungsmaßnahmen elektronisch ausgeschrieben werden (e-procurement): das sei zum einen effizienter, zum anderen würde dadurch grundsätzlich auch die Möglichkeit für KMU geschaffen, diese Aufträge zu bedienen. Dafür müsste

zunächst die rechtliche Situation geklärt und entsprechend überarbeitet werden. "Any required legislative changes will be assured at European level and the European Commission will both monitor developments in Member States and make major efforts to bring substantial elements of its procurement online." (eEurope 2002, 20)

Die vorliegenden Richtlinienvorschläge (zu „dual use“, copyright, distance marketing of financial services, e-money, jurisdiction) sollen auf nationaler Ebene beschleunigt umgesetzt werden. Um das Vertrauen der KonsumentInnen zu gewinnen, seien gemeinsame und transparente Kriterien notwendig. Daneben müssten Anreize geschaffen werden, damit Unternehmen und Verbraucherverbände Initiativen zur Selbstregulierung unternehmen und alternative Konfliktlösungsmodelle etablieren (eEurope 2002, 20).

#### *eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan registriert ebenso ein Wachstum des eCommerce auf der B2B-Ebene, allerdings sei dieser „strongly related to the industrial restructuring path in which most of Candidate Countries are heavily investing.“ Aufgrund dieses ökonomischen Restrukturierungsprozesses, in dem Investitionen und Unternehmen aus dem Ausland wie auch eine stärkere Integration in die europäischen Märkte eine wichtige Rolle spielen, eröffneten sich "leapfrogging opportunities" im Bereich des Handels zwischen Unternehmen. Diese Restrukturierungen von Industrie- und Dienstleistungssektoren seien zu unterstützen, im Fall der Automobilindustrie und des Bankensektors werden sie gar als "best practices" zur Nachahmung empfohlen (eEurope 2003+, 19). Die von starken Abhängigkeiten geprägten Strukturen dieser Sektoren werden so zur idealtypischen Vision des Europäischen Wirtschaftsraums erhoben.

Auch in den MOEL entwickle sich der elektronische B2C-Geschäftsverkehr langsamer als erhofft, wobei hier insbesondere das vergleichsweise niedrigere Einkommen der Haushalte in den Kandidatenländern herausgestrichen wird (eEurope 2003+, 19). Aber auch hier treten, in ewigem Zirkelschluss, die Verkünder der Europäischen Informationsgesellschaft als Übermittler der frohen Botschaft auf:

"Nevertheless, improved communications infrastructures and access, acceptable usage costs, and a strong entrepreneurship mindset of emerging SMEs could lead to fast developments and a growing demand. Secure payment systems, strong delivery logistics, electronic signature, dispute resolution are among the various necessary conditions to be settled, so as to guarantee the sustainability of these developments." (eEurope 2003+, 19)

Für die MOEL ist im Zusammenhang mit dem elektronischen Geschäftsverkehr die Annahme und Umsetzung des Acquis erste Voraussetzung, ferner wird die aktive Teilnahme an Internationalen Organisationen und Wirtschaftsforen als hilfreich empfohlen, um die transnationale Integration der jungen Marktwirtschaften voranzutreiben, wobei insbesondere der Entwicklung der KMU Aufmerksamkeit geschenkt werden soll.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind entlang dieser Linien gehalten. Bemerkenswert ist die Initiative der EU, außergerichtliche Selbstregulationsverfahren zu etablieren, um durch eine flexible Regulierung das Wachstum des elektronischen Geschäftsverkehrs zu

stimulieren. Während der eEurope 2002 Aktionsplan noch zusätzliche Maßnahmen zur „.eu“-Top Level Domain, zur Annahme der Richtlinien hinsichtlich des e-procurement und der Einrichtung von elektronischen Plattformen für ebendieses sowie zur Vereinheitlichung des Steuerrechts vorschlägt, konzentriert sich der eEurope 2003+ Aktionsplan auf die Einrichtung einer Infrastruktur für e-Commerce sowie die Nutzung und gegenseitige Anerkennung von elektronischen Signaturen als eine zentrale Voraussetzung für diesen (eEurope 2003+, 20).

- *Government online: elektronischer Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen*

*eEurope 2002*

Die Lissabon-Strategie forderte: *“efforts by public administrations at all levels to exploit new technologies to make information as accessible as possible; Member States to provide generalised electronic access to main basic public services by 2003”* (eEurope 2002, 22).

Der über elektronische Medien erleichterte Zugang zu den Informationen des öffentlichen Sektors, mehr ist letztlich de facto nicht unter dem Banner des „eGovernment“ zu verstehen,

“could transform old public sector organisation and provide faster, more responsive services. It can increase efficiency, cut costs, increase transparency and speed up standard administrative processes for citizens and business. Electronic access would also make a major contribution to accelerating the transition to the information society by stimulating Internet services that are more relevant to Europeans.“ (eEurope 2002, 22)

Nicht etwa die demokratische Transparenz politischer Prozesse, sondern die Dienstleistungsfähigkeit und Effizienz eines entsprechend „rationalisierten“ öffentlichen Sektors, vor allen Dingen aber die Möglichkeit, über staatliche Modernisierungsinvestitionen die für die Informationsgesellschaft notwendige Anschubnachfrage zu schaffen, stehen im Mittelpunkt der eGovernment-Initiative. Gemeinsam mit dem privaten Sektor soll hier zügig gehandelt werden, zunächst seien Veränderungen in der Arbeitsweise innerhalb und im Informationsaustausch zwischen den Verwaltungen notwendig.

In der Konsultation über das Grünbuch „Public Sector Information in the Information Society“ wurde ein erheblicher Verbesserungsbedarf festgestellt, die Artikulation eines europäischen eGovernment-Ansatzes gestalte sich aufgrund der unterschiedlichen nationalen Verwaltungsvorschriften als eher kompliziert. Die Mitgliedsstaaten und die Kommission arbeiten im Rahmen des „Interchange of Data between Administrations“-Programme (IDA) zusammen, um die Grundlage für die Einrichtung von pan-europäischen Diensten und den Austausch von „best practices“ zu schaffen. Auch die Gesamtheit der “EU institutions should be forerunners in using information technology to promote efficiency, openness and good services to the European citizens“ (eEurope 2002, 22). In diesem Sinne würde auch die Europäische Kommission selbst nach Verbesserungsmöglichkeiten ihrer Praxis in diesem Bereich suchen.

*eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan bewirbt das „eGovernment“ ob der nun möglich gewordenen, größeren Nähe von Verwaltungen zu BürgerInnen und Unternehmen als wichtigen Schritt in Richtung einer wissensbasierten Ökonomie:

“Electronic public administration can make a major contribution to accelerating the transition to the knowledge-based economy in the Candidate Countries by stimulating access to and use of basic on-line government services. Furthermore, by contributing to a transformation of the organisation of the public sector, eGovernment can improve public services, making them faster, as well as more accessible and responsive.“  
(eEurope 2003+, 20)

Die Rationalisierung der Verwaltung wird anhand von technologistischen Reduktionen Unternehmen und BürgerInnen gar als demokratischer Fortschritt verkauft:

„Businesses in the Candidate Countries can also benefit from less administrative burdens, which can therefore contribute to efficiency and economic growth. Even more importantly, a more transparent and interactive government could also stimulate the participation of citizens in the democratic process.“ (eEurope 2003+, 20)

An dieser Stelle kann festgehalten werden, was in ähnlicher Weise für viele andere Stellen des Aktionsplanes auch gilt: Die Begründungen für die MOEL sind einerseits immer etwas blumiger und stellen die erstaunlichen Möglichkeiten der neuen Technologien etwas phantastischer heraus. Andererseits fehlt ihnen – wie bereits gesagt – das Moment eines politischen Projektes völlig, anstatt der politischen Entscheidung artikulieren sie immer auch die Notwendigkeit, auf den Zug einer teleologischen technologischen Entwicklung aufzuspringen, bevor er abgefahren ist. Zu dem schulmeisterlichen Eindruck aus den vorbereitenden Arbeitstreffen gesellt sich nun zunehmend der Eindruck eines Verkaufsgesprächs, in dem das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ schmackhaft gemacht werden soll – nicht zuletzt, indem es als alternativlos dargestellt wird.

Neben den komplexen Veränderungen in den internen Abläufen und Arbeitsweisen der Verwaltungsapparate sollen diese “proper and stable partnerships with the private sector“ eingehen (eEurope 2003+, 20). Da die Kandidatenländer von dem Austausch über „good practices“ mit den EU-Mitgliedsstaaten lernen sollen, wird ihnen die Teilnahme an europäischen Konferenzen und an Arbeitsgruppen nahegelegt (bzw., wo die Teilnahme nicht möglich ist, zumindest eine Assoziierung), auf bzw. in denen die Fortschritte des eGovernment und die Möglichkeiten für eine verbesserte Zusammenarbeit diskutiert werden (eEurope 2003+, 21).

Der Maßnahmenkatalog sieht vor, Informationen in den Bereichen Recht, Verwaltung, Kultur, Umwelt und Verkehr sowie die öffentlichen Dienstleistungen online verfügbar machen. Dabei solle „Open Source Software“ benutzt und elektronische Signaturen eingeführt werden.

Während der eEurope 2002 Aktionsplan darüber hinaus fordert, dass alle öffentlichen Transaktionen mit der Europäischen Kommission schnellstmöglich online möglich sein sollten (eEurope 2002, 23), fordert der eEurope 2003+ Aktionsplan die Einrichtung eines elektronischen Marktplatz für öffentliche Beschaffungspolitik und die Verfügbarkeit öffentlich

zugänglicher „internet access points“ (z.B. in Museen, Bibliotheken, Gemeindezentren) (eEurope 2003+, 21).

- *Gesundheit online*

*eEurope 2002*

In Lissabon wurde gefordert, dass Informationen über neue Technologien für den Gesundheitsbereich verfügbar gemacht werden sollen.

Ziel dieser Initiative ist, die großen, teuren und komplexen Gesundheitssektoren in den Mitgliedsländern durch eine neue Infrastruktur zu nutzerfreundlichen, interoperationablen Systemen für Gesundheitserziehung, Krankheitsvorsorge und medizinischer Versorgung zu verhelfen (eEurope 2002, 23). Obschon die notwendigen Technologien dafür verfügbar seien, stehen die Anstrengungen für eine kohärente Implementierung dieser Infrastruktur noch am Anfang. Im Rahmen des IST-Programmes sollten „best practices“ und „benchmarking criteria“, mithilfe von Experten sollten Kriterien zur Gewährleistung von Qualität und Authentizität von Gesundheitsinformationen erarbeitet werden und bei öffentlichen Anschaffungen müssten unabhängige Technologieeinschätzungen eingeholt werden. Dazu sollen erste Netzwerke eingerichtet werden.

Der Anteil des auf das Gesundheitswesen bezogenen Teils des IKT-Marktes betrage immerhin ca. 6%; Europa habe hier eine starke Position auf dem Weltmarkt, wenn es denn gelingt, die Unklarheiten hinsichtlich der Verantwortlichkeiten und des Datenschutzes zu beseitigen sowie die Rechtmäßigkeit und Qualität von online-vollzogenen medizinischen und pharmazeutischen Beratungen und Arzneimittel- und Produktlieferungen zu garantieren.

Der eEurope 2002 Aktionsplan zitiert den Artikel 152 des Amsterdamer Vertrages, wonach die Gestaltung und der Betrieb des Gesundheitswesens grundsätzlich in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fällt, die Gemeinschaft diese Aktivitäten aber ergänzen könne, um die allgemeine Gesundheit zu fördern bzw. Krankheiten zu verhindern und Gefahren für die Gesundheit abzuwehren (eEurope 2002, 24). In diesem Sinne sieht sich der Aktionsplan eEurope 2002 nicht nur bestätigt, sondern auch in der Pflicht, die Marktentwicklung im Gesundheitswesen zu beschleunigen (eEurope 2002, 24).<sup>567</sup>

*eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan beginnt mit der Feststellung, dass die Gesundheitssysteme der Kandidatenländer aus verschiedenen Gründen unter Druck geraten sind, „such as developments in medical technologies, higher expectations of people receiving care, diffusion of information technology, changing disease patterns and an ageing population (...)“ (eEurope 2003+, 22). Neben allen damit verbundenen Veränderungen sei insbesondere die zukünftige Finanzierung der Gesundheitssysteme infrage gestellt. Deshalb sei von entscheidender Bedeutung, ob das gesundheitsrelevante Wissen der allgemeinen

---

<sup>567</sup> Die Kommission wird im Jahr 2001 eine Mitteilung über die rechtlichen Aspekte des sogenannten eHealth-Programmes veröffentlichen, um die gegenwärtige Rechtslage zu klären und so das notwendige Vertrauen der Industrie für einen Markteintritt zu gewinnen.

Bevölkerung wie der in diesem Sektor Berufstätigen durch die IKT und das Internet qualitativ gehoben werden kann und so einen Paradigmenwechsel zur langfristig sowohl sozial wie verwaltungstechnisch kostengünstigeren Präventiv-Medizin einleiten könnte (eEurope 2003+, 22).

Die Einrichtung eines effizienten und umfassenden Informationssystems im Gesundheitswesen würde auf der nationalen telematischen Infrastruktur inklusive der regionalen Netzwerke beruhen und eine Tages eine medizinische Versorgung der Bevölkerung aus der Ferne und den Austausch von Informationen zwischen den verschiedenen Instanzen im Gesundheitswesen ermöglichen. Deshalb (!) seien für die Einrichtung von Websites im Bereich des Gesundheitswesens Qualitätskriterien zu erarbeiten (eEurope 2003+, 22).

Nicht nur werden technologistische Lösungen von sozialen Problemen und Fragen gesellschaftlicher Umverteilung propagiert – das bereits angesprochene Verkaufsgespräch erinnert in diesem Zusammenhang eher an den Auftritt eines Quacksalbers auf dem Jahrmart – auch die Naivität der technologistischen Wunderheilmittel selbst schillert über das gesamte Spektrum – von der Medizin aus der Ferne bis hin zur Einrichtung von Websites.

Im Maßnahmenkatalog zu dieser Zielvorgabe wird die Arbeitsteilung der beiden Aktionspläne deutlich: während der eEurope 2002 Aktionsplan damit befasst ist, die entscheidenden Qualitätskriterien auszuarbeiten, Netzwerke und Datenbanken einzurichten, geht es dem eEurope 2003+ Aktionsplan um die Anwendung ebendieser Kriterien und den Anschluss an ebendiese Netzwerke und Datenbanken, um die Zusammenarbeit und den Informationsaustausch mit den EU-Mitgliedstaaten zu initiieren.

- *Europäische digitale Inhalte*

*eEurope 2002*

In Lissabon wurde festgehalten: *“Content industries create added value by exploiting and networking European cultural diversity; Member States and the Commission should ensure the availability of content for high speed networks.”* (eEurope 2002, 25)

Der marktvermittelte Ausbau der Telekommunikationsinfrastruktur wird getragen von der Nachfrage nach den über diese erhältlichen Dienstleistungen und informationellen Angeboten. Insofern hat für das politische Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“, das im engeren Sinne ja zunächst nur die Koordinierung ebendieses über den Markt vermittelten Ausbaus der Informations- und Telekommunikationssektoren umfasst, auch die Entwicklung der europäischen Medien- und Programmindustrie eine integrale Bedeutung. Mit anderen Worten: „Content is an essential ingredient in stimulating on-line sales.“ (eEurope 2002, 26) Insofern wird die vorhandene, in

weiten Teilen rudimentäre europäische „Medienpolitik“ unter das Banner der „Europäischen Informationsgesellschaft“ gestellt.<sup>568</sup>

Die Basis für die Entstehung einer dynamischen digitalen „content industry“ bzw. digitalen Programmindustrie stellen natürlich in erster Linie die bereits etablierten „content industries“, also die traditionellen Segmente der Programmindustrie wie Print, Verlagswesen und der audio-visuelle Sektor. Auf der kulturellen und linguistischen Diversität Europas fussend, stellt die europäische Programmindustrie ein schnell wachsendes Segment der europäischen Ökonomie dar.

“A key challenge to the European content industries is to fully exploit the opportunities created by the advent of digital technologies. Support for digitisation of production and distribution of European digital content is, therefore, essential.” (eEurope 2002, 25)

Darüberhinaus geht es um die Digitalisierung des kulturellen Reichtums der über 100.000 kulturellen Institutionen wie Museen, Bibliotheken und Archiven, in denen mehr als eine Million Menschen arbeiten. Durch die Digitalisierung dieses bereits vorhandenen Materials soll nicht nur ein erleichteter Zugang zum kulturellen Reichtum, sondern auch seine effektivere Ausbeutung langfristig gesichert werden. Durch die Integration der neuen Technologien und die Produktion von digitalen Inhalten würden neue Dienstleistungen und Arbeitsplätze entstehen (eEurope 2002, 25). Neben der Stärkung der europäischen Programmindustrien – zentrales Anliegen der bisherigen europäischen Medienpolitik – soll die Digitalisierung der europäischen Kultur auch durch die Zusammenarbeit mit Bildungs-Communities gefördert werden.

Die Kooperation zwischen Bildungs- und Kultureinrichtungen, Gemeinden und der Programmindustrien allerdings sei unzureichend. So schreite die Digitalisierung nur sehr ungleich voran, zum einen seien die Märkte fragmentiert, zum anderen seien die digitalen Inhalte nicht ausreichend linguistisch und kulturell „lokalisiert“, d.h. hätten mit dem „kulturellen Erbe“ Europas nur sehr wenig zu tun. Schließlich herrsche ein Mangel an Klarheit über die Frage, wie Zugang und Ausbeutung öffentlicher Informationen geregelt werden sollen.

Mit der Digitalisierung und der Distribution der digitalisierten Inhalte über die telekommunikative Infrastruktur, insbesondere hinsichtlich des Trends zum „mobilen Internet“ gehe letztlich auch ein Wandel des Inhalts selbst und seiner Vermarktung einher. Auf diesem Feld müsse die europäische Programmindustrie nacharbeiten, da ihre Inhalte in den globalen Netzwerken nur marginal vertreten seien (eEurope 2002, 26).

Aufgrund der Forderungen des Europäischen Rates von Lissabon nach der Verfügbarkeit von digitalisierten Inhalten für die Hochgeschwindigkeitsnetzwerke wird die Kommission die Initiativen zur Unterstützung der europäischen Programmindustrie (wie MEDIA plus und CULTURE 2000) im Hinblick auf die kommenden Herausforderungen verstärken. Als Nachfolger der INFO2000- und „Multilingualism in the Information Society“ (MLIS)-

---

<sup>568</sup> Geöffnet wurde dieses Feld bereits mit dem Grünbuch zur Konvergenz (vgl. S. 461ff), im Rahmen des Rechtsrahmens für elektronische Kommunikation und der i2010-Initiative sollte es weiter beackert werden. Wir werden darauf zurückkommen.

Programme wird die Kommission weitere Programme auflegen, die die Entwicklung und Vermarktung von europäischen Produkten in globalen Netzwerken sowie die Wahrung linguistischer Diversität in der Informationsgesellschaft unterstützen (eEurope 2002, 26).

Daneben soll der Errichtung eines Rahmens zur kommerziellen Ausbeutung öffentlicher Informationen, der Entwicklung von Bildungsmaterialien und multilingualen Diensten sowie die Förderung der live-Übertragung kultureller Veranstaltungen über das Internet über nationale Grenzen hinweg besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Programme zur Digitalisierung zentraler Datenbestände sollen europaweit eingerichtet und koordiniert werden.

#### *eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan betont die Erweiterung des kulturellen Erbes sowie die Zunahme der linguistischen und kulturellen Diversität durch ein erweitertes Europa, womit eine gute Grundlage für deren Ausbeutung durch eine dynamische digitale Programmindustrie geschaffen sei (eEurope 2003+, 23). Darüber hinaus sei gerade für die Kandidatenländer der Einsatz der neuen Technologien zur Entwicklung neuer Inhalte, die Digitalisierung der Bestände sowie die langfristige Sicherung des Zugangs zu diesen Beständen und schließlich die Entwicklung neuer Dienstleistungen aus ökonomischer Perspektive von „utmost importance“ (eEurope 2002, 23).

“(…) the availability of high quality information services offered by public and private operators will allow citizens in the Candidate Countries to be well informed about market opportunities, developments in government at local, national and European level and/or cultural events. The content industry could benefit directly from this wealth and transform it in economical value while generating educational and cohesive benefits to all citizens in an enlarged Europe.“ (eEurope 2003, 23)

Dazu sei neben der Teilnahme an den EU-Programmen zur Förderung der europäischen Programmindustrie und insbesondere der Digitalisierung von Inhalten auch auf den Erfahrungen im Bereich des „EU Safer Internet Action Plan“ aufzubauen, „to promote safer use of the Internet by combating illegal and harmful content on global networks.“ (eEurope 2003+, 24) In diesem Zusammenhang seien auch „Parental Control-Systems“, also technische Lösungen für den Jugendschutz zu beachten. Der Aktionsplan eEurope 2002 beinhaltet als zusätzliche Maßnahme die Einrichtung eines Koordinationsmechanismus, um die Digitalisierung voranzutreiben: “(…) define common themes, catalogue available resources, ensure interoperability.“ (eEurope 2002, 27) Wieder werden also die Standards in der EU gesetzt, in den MOEL kommen sie nur zur Anwendung.

#### *- Intelligente Transport- und Verkehrssysteme*

#### *eEurope 2002*

Der eEurope 2002 Aktionsplan rekurriert auf die Beschlüsse aus Lissabon: “to speed up liberalisation of transport with the aim of achieving a fully operational internal market; the Commission to put forward its proposals regarding the use and management of airspace as soon as possible.“ (eEurope 2002, 27)

Die Integration des Europäischen Binnenmarktes ist ja mit der Integration des Europäischen Kommunikationsraumes noch lange nicht vollendet. Der Aufbau einer modernen Kommunikationsinfrastruktur verändert nicht nur das Kommunikationsverhalten, sondern auch das Konsumverhalten und damit die Anforderungen an Transportwege und -netze. Der eEurope 2002 Aktionsplan geht von einem "growing demand for mobility within finite transport infrastructure networks" (eEurope 2002, 27) aus, neben dem schieren Wachstum an Mobilität, also der Zunahme der Geschwindigkeit in allen Bereichen gesellschaftlicher Interaktion, seien die Herausforderungen Verstopfung, Sicherheit sowie die Etablierung neuer Dienstleistungen.

Neben den quantitativen wie qualitativen Veränderungen der Anforderungen an die Verkehrsnetze u.a. durch die Nutzung der IKT sollen diese wiederum zur Optimierung und Steuerung ebendieser Verkehrsnetze zu Land, zu Wasser und in der Luft eingesetzt werden.

Gründe für die Verstopfung von Verkehrsnetzen liegen in Ineffizienzen und heterogenen Verkehrsmanagementsystemen. „Congestion on the roads is especially acute in urban areas and on trans-European corridors, with consequent negative environmental effects.“ (eEurope 2002, 27) Zwar könnten intelligente Verkehrsleitsysteme Engstellen und Umweltschäden reduzieren, allerdings stelle die Fragmentierung der Systeme zwischen den Mitgliedstaaten Hindernisse für die Anbieter von Dienstleistungen dar, die nicht die „economies of scale“ des Binnenmarktes nutzen können. So seien derartige Systeme<sup>569</sup> aufgrund der unterschiedlichen technischen und rechtlichen Bedingungen in der Regel nicht ohne größere Verzögerungen einsetzbar.

Im Bereich der Sicherheit geht es natürlich in erster Linie um die Vermeidung großer Unfälle zu Lande (Straße und Schiene), zu Wasser und in der Luft, aber allgemeiner auch um die Ermöglichung eines möglichst reibungslosen und bequemen Verkehrs. Neben der Einführung von Sicherheitssystemen in allen Vehikeln führt der Aktionsplan die Lokalisierung von Notrufen, die von einem Mobiltelefon abgesetzt wurden und die optimale Verfügbarkeit aller Notfalldienste (eEurope 2002, 28).

Die Einrichtung einer intelligenten europäischen Transportinfrastruktur geht somit weit über das Internet hinaus und würde das ganze Potential der IKT im Rahmen eines koordinierten und nachhaltigen Rahmen ausschöpfen (eEurope 2002, 28). Die entsprechenden Technologien seien entwickelt, eEurope soll ihren Einsatz beschleunigen und natürlich die Entwicklung neuer Lösungen anschieben (eEurope 2002, 28).

Dazu seien wichtige politische Entscheidungen zu treffen, insbesondere im Hinblick auf die Einrichtung eines „Single European Sky“, dem Einsatz von „Galileo“ und intelligenten Verkehrsleitsystemen für die Straße, die Schiene und die Schifffahrt sowie die Entwicklung von zukünftigen Transportsysteme in urbanen Räumen. Da zusätzliche Investitionen notwendig seien, um das wachsende Verkehrsaufkommen bändigen zu können (eEurope

---

<sup>569</sup> Schlüsselemente einer intelligenten Transportinfrastruktur sind die Identifikation von Fahrzeugen und die Verlinkung elektronischer Datensysteme zwischen z.B. dem Auto und den Anbietern von Diensten wie z.B. Verkehrsbehörden. (eEurope 2002, 27)

2002, 28), müssten Mitgliedstaaten die Barrieren für die Entwicklung und den Einsatz für private wie öffentliche Dienste abbauen.

#### *eEurope 2003+*

Der eEurope 2003+ Aktionsplan macht darauf aufmerksam, dass das gegenwärtige ökonomische Wachstum in den Kandidatenländern von einem wachsenden Verkehrsaufkommen begleitet wird und so die Nachfrage nach Transportsystemen zu Land, zu Wasser und in der Luft wächst. Aufgrund der geographischen Lage dieser Länder geht es dabei nicht nur um einheimisches Wachstum, sondern um inter- und transregionales Verkehrsaufkommen (eEurope 2003+, 24).

Der eEurope 2003+ Aktionsplan stellt die Themen Effizienz, Sicherheit und Umweltschutz in den Mittelpunkt seiner Bemühungen.

„The development of a multi-modal transport network within the territory of the Candidate Countries, providing similar traffic management services than in EU, is a prerequisite to the completion of a pan-European transport network.“ (eEurope 2003+, 25)

Desweiteren geht es um eine Ausweitung der bestehenden europäischen Projekte wie des “Single European Sky” und der “European Common Aviation Area” sowie einer Donauweiten Plattform “River Informations Services”. Dabei stehen die Interoperationalität der verschiedenen nationalen Systeme sowie die Schnittstellen zu den jeweils anderen Transportsystemen im Mittelpunkt (eEurope 2003+, 25).

Die Entwicklung von intelligenten Transportsystemen sei ein integraler Bestandteil der Bemühungen um eine Modernisierung der Verkehrsinfrastruktur. Wichtig sei auch hier die Erhebung qualitativ hochwertiger Daten und die Verfügbarmachung von Verkehrsleitsystemen auf den pan-europäischen Korridoren (eEurope 2003+, 25).

Während sich die Maßnahmen des eEurope 2002 Aktionsplan entlang der oben genannten Linien bewegen, ergänzt um die Spezifizierung von drahtloser Kommunikation für Hochgeschwindigkeitszüge oder die weitere Entwicklung der Galileo Infrastruktur (eEurope 2002, 29), beschränkt sich der eEurope 2003+ Aktionsplan auf die Maßnahme, die Entwicklungspläne für eine Implementierung von Intelligenten Transportsystemen vorzubereiten (eEurope 2003+, 25).

#### *- Umwelt online*

#### *eEurope 2003+*

Dieser Punkt wird nur in dem eEurope 2003+ Aktionsplan geführt, es handelt sich dabei (vermutlich) nicht um eine bloß sinnfällige Ergänzung, die aufgrund eines späteren Veröffentlichungsdatums noch hinzugefügt werden konnte. Die Etablierung der in der EU bereits eingeführten Umweltstandards ist Bestandteil des von den Kandidatenländern umzusetzenden Acquis Communautaires, um ein „Umweltdumping“ aufgrund unterschiedlicher Standards zu verhindern. In den Kandidatenländern gebe es weite Gegenden unberührter Natur, die einen enormen Beitrag zur biologischen Diversität für das

gesamte Europa leisteten. "The sheer scale of past environmental liabilities and the gap at the level of environmental protection in the Candidate Countries compared to the situation in the EU will require targeted long-term strategies." (eEurope 2003+, 26)<sup>570</sup>

Eine effektive Zusammenarbeit mit der EU soll über Abkommen zur Teilnahme an der European Environment Agency (EEA) und dem European Environment Information and Observatory Network (EIONET) eingeleitet werden (eEurope 2003+, 26). Bedingung für eine effektive Teilnahme an EEA ist die Erhebung, Überwachung und Berichterstattung von Umweltdaten im Rahmen der EIONET Projekte (eEurope 2003+, 26). Diese soll informationstechnisch unterstützt werden.

### ***Zusammenfassung und Zwischenfazit***

Auf den von der EU-Kommission unter Bangemann initiierten EU-CEEC-ISF wurden die Themen einer Heranführung der MOEL an die „Europäische Informationsgesellschaft“ besprochen, die Veranstaltung einer Ministerkonferenz beschlossen und – zu deren Vorbereitung wie auch zur Koordination der Umsetzung der Empfehlungen und Intensivierung des Dialogs – das JHLC eingesetzt.

Während der Sitzungen des JHLC wurden die relevanten Bereiche und Programme der EU vorgestellt, über informationsgesellschaftlich relevante Ereignisse berichtet sowie der Fortschritt der einzelnen MOEL festgehalten und von der Kommission wahlweise mit Lob oder Tadel versehen. Aus diesen Treffen wiederum gingen die detaillierten Fortschrittsberichte, die als Grundlage der Debatten auf der Ministerkonferenz vorgestellt wurden und das Programm der Ministerkonferenz in Warschau hervor.

Mit der neuen EU-Kommission unter Prodi wurde das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zur eEurope-Initiative reartikuliert, der entsprechende Aktionsplan wurde auf dem Sondergipfel des Europäischen Rates, auf dem auch die unter dem Eindruck einer boomenden „New Economy“ stehende „Lissabon-Strategie“ beschlossen wurde, vorgestellt und wenig später in Feira angenommen. Der sogenannte Aktionsplan eEurope 2002 folgt der ebenfalls in Lissabon verabschiedeten „Open Method of Coordination“ und setzt auf quantifizierbares Wachstum und einen Benchmarking-Wettbewerb der EU-Länder untereinander. Ganz im Geiste von Lissabon werden alle politischen und sozialen Ziele unter den Imperativ der europäischen Wettbewerbsfähigkeit subsumiert.

Den auf der Ministerkonferenz in Warschau beschlossenen Aktionsplan eEurope 2003+ wird die Kommission in der Einleitung des ersten Fortschrittsberichtes folgendermaßen zusammenfassen:

“The eEurope+ Action Plan aims to help accelerate reform and modernisation of the economies in the EU candidate countries, encourage capacity and institution building, improve overall competitiveness, and enhance social cohesion. EU candidate countries, with the assistance of the European Commission, have committed to this co-

---

<sup>570</sup> In diesem Zusammenhang wird die Implementierung des europäischen Rechtsrahmens sowie die Befolgung dieser Gesetze immerhin als "one of the biggest challenges facing the Candidate Countries" beschrieben.

operative effort in order to implement effectively the Information Society by means of joint actions that address the specific situation of the candidate countries, through benchmarking of progress in the implementation of these actions, and by aligning actions and methodologies with those undertaken by the EU Member States in order to allow for easy integration of all efforts (...).“ (eEurope 2003+ PR 2002, 3)

Der Aktionsplan eEurope 2003+ übernimmt Ziele und Struktur seines Lissabonner Pendant – ergänzt um einige für die MOEL relevanten Aspekte – und ist, wenngleich zwar von der EU-Kommission angeleitet, letztlich ein von den Beitrittskandidaten sich selbstauferlegter Benchmarkingwettbewerb. Insofern ist beiden Aktionsplänen ein an vielen Punkten eher unpräziser Maßnahmenkatalog gemein, der mehr den Charakter einer programmatischen Selbstaufforderung und Zielvereinbarung als eines konkreten Arbeitsprogrammes trägt. Die Lösungen sind jeweils auf nationaler Ebene zu entwickeln und sollen durch Benchmarking-Prozesse und den Austausch über „best practices“ verallgemeinert werden.

Ein genauer Vergleich mit dem Aktionsplan eEurope 2002 macht aber deutlich, dass es zwischen den beiden Aktionsplänen – auch wenn neben Zielen und Struktur sogar ihre Maßnahmen zu einem großen Teil nahezu identisch sind – trotzdem einige wichtige Unterschiede gibt.

Neben dem einleitenden Kapitel 0, in dem es um die Verankerung der „Bausteine der Informationsgesellschaft“ (d.h. beschleunigte Liberalisierung und Implementierung des relevanten Acquis Communautaire, Adoption des neuen Rechtsrahmens und „universal service“-provision) in den Kandidatenländern geht, unterscheiden sich die Aktionspläne vor allen Dingen in ihren Begründungen für die vorgeschlagenen Maßnahmen, wobei immer wieder deutlich wird, dass der Aktionsplan eEurope 2003+ sich aus dem seinem westeuropäischen Pendant ableitet. Dass es dabei nicht allein um Fragen einer vielleicht hier und da etwas überheblichen Tonalität (schulmeisterlich, Verkaufsgespräch, etc.) geht, wird deutlich, wenn man sich die unterschiedlichen Entstehungskontexte der beiden Aktionspläne vergegenwärtigt.

Auf der einen Seite haben wir den Aktionsplan eEurope 2002 für ein EU-Europa, in dem die Telekommunikationssektoren sich über Jahrzehnte – geschützt von nationalen Monopolen – etablieren und ein vergleichsweise hohes technologisches Niveau und gesellschaftliche Durchdringung aufbauen konnten. Die Liberalisierung der Sektoren hatte mehr als ein Jahrzehnt Vorlauf und vollzog sich vorbereitet und relativ geordnet. Bei aller Kritik an demokratischen Defiziten und marktradikalen Inhalten und vor allen Dingen an der naiven Euphorie ob der Segnungen der schon bald indisponierten „New Economy“ ist die Lissabon-Strategie ein von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten selbstbeschlossenes und selbstverschuldetes Wirtschaftsprogramm.

Auf der anderen Seite steht der Aktionsplan eEurope 2003+, der die sich in gesellschaftlichen und ökonomischen Transformationsprozessen befindlichen und auch politisch teilweise instabilen, vor allen Dingen aber als Bittsteller in einem asymmetrischen, konditionalen Beitrittsverfahren auftretenden MOEL auf den Beitritt zum politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ vorbereiten soll. Die Lissabon-Strategie wie

auch die Zielsetzungen des von seinem EU-Pendant abgeleiteten Aktionsplanes sind für sie vorgegeben und stehen nicht zur Diskussion, weshalb der Aktionsplan seine Maßnahmen zum einen über den Rekurs auf den Modernisierungs- und Aufholbedarf begründet und für den Fall einer zu langsamen oder nicht vollständigen Umsetzung ein drohendes Scheitern nicht nur dieser ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation, sondern auch der Beitrittsbemühungen in Aussicht stellt.

Wo der Aktionsplan eEurope 2002 unter Rückgriff auf die Beschlüsse von Lissabon sich noch als Resultat eines politischen Prozesses sich zu erkennen gibt, ist dieses bei dem Aktionsplan eEurope 2003+ diskursiv als alternativlos setzt. Wo der eEurope 2002 Aktionsplan die Ausarbeitung von Kriterien und Benchmarks vorsieht, geht es dem eEurope 2003+ Aktionsplan um deren Anwendung und Implementierung. Im Vordergrund seiner Begründungsstrategie stehen nicht ein politisches Programm und ein gesamteuropäisches Wachstumsversprechen, sondern der unvermeidliche technologische Fortschritt und seine Verheißungen für Bürger, Regierungen und Unternehmen. Hinter diesem unaufhaltsamen technologischen Trend, an den der Anschluss nicht zu verlieren sei, verbirgt sich das Diktat der Bedingungen für einen EU-Beitritt.

Obwohl oder gerade weil der Aktionsplan eEurope 2003+ auf Notwendigkeiten statt auf politische Entscheidungen rekurriert und von alternativlosen Strukturzwängen dominiert ist, werden diese – bunt-blumig eingepackt – als beste aller möglichen Optionen verkauft. Selbst dem in manchen Bereichen nüchtern-realistischen Blick auf die zurückgeworfene Ausgangssituation in den MOEL und der teilweise resignativen Feststellung, man wäre wohl noch nicht soweit und müsse überhaupt erst einmal Daten erheben, wird das Versprechen entgegengehalten, dass ökonomische, soziale und sogar politische Probleme technologisch gelöst, ja bei der IKT-gestützten Aufholjagd gar Entwicklungsschritte übersprungen werden können. Gegen die sogenannte „info-exclusion“ und für ein sogenanntes „Grundrecht auf Kommunikation“ wird die vollständige und unverzügliche Liberalisierung der Sektoren als einzige Lösung propagiert. Erst im Rahmen vollständig liberalisierter Märkte in einem wettbewerbsorientierten Umfeld seien die Voraussetzungen für den Ausbau günstiger Kommunikationsdienste zu gewährleisten. Fast unbemerkt werden auf diese Weise politische und soziale Rechte durch ein Portfolio privater Dienstleistungen ersetzt.

Ein bemerkenswerter Umstand ist weiterhin, dass es, obwohl die New Economy kurz nach der Verabschiedung des Aktionsplanes eEurope 2002 ja geplatzt war, keine Korrekturen in den euphorisch-optimistischen Prognosen für die MOEL geben sollte. Der Aktionsplan eEurope 2003+ sollte aber in erster Linie ohnehin nicht das implodierte Wachstumsversprechen implementieren oder eine für die MOEL bessere Positionierung innerhalb der globalen Informationsgesellschaft schaffen, sondern in erster Linie den peripheren Anschluss an den EU-Wirtschaftsraum organisieren. Insofern diese Beitrittsperspektive sein dominierendes Motive ist, geht es zunächst um einen statistischen Anschluss, also der Implementierung von EU-kompatiblen Erhebungs- und Auswertungsverfahren und ein enges Korsett von Fortschrittsberichten, über die die Ernsthaftigkeit der Beitrittsbemühungen dokumentiert werden soll. Korrekturen an der

Ausrichtung der eEurope-Initiative hätten nicht zuletzt zur Folge gehabt, dass das schöne, europaweite Quantifizierungs- und Benchmarkingprogramm neu aufzusetzen gewesen wäre.

In der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ haben die MOEL keine eigene Stimme, dieses wird top-down – vermittelt über hochrangige Expertenkomitees, politische und wirtschaftliche Eliten<sup>571</sup> – nach Osten erweitert. Die EU beschränkt ihre Bemühungen darauf, günstige Bedingungen für diese Erweiterung zu schaffen, wobei die Wettbewerbsfähigkeit des EU-europäischen Wirtschaftsraumes im Vordergrund steht: denn noch hatte sich die EU nicht erweitert.

### ***Das Scheitern der Lissabon-Strategie***

Die sogenannte Lissabon-Strategie ist keineswegs das Werk einer wirtschaftshörigen, neoliberalen und marktradikalen Geheimgesellschaft, die sich endlich der Herrschaft über den europäischen Wirtschaftsraum bemächtigt hatte. Der Sondergipfel des Europäischen Rates im März 2000 war vielmehr ein Spitzentreffen der europäischen Sozialdemokratie: 13 von 15 Mitgliedsstaaten waren sozialdemokratisch geführt (vgl. Sello 2005, 1019), wengleich die europäische Sozialdemokratie eine Transformation zu „new labour“ bzw. der „neuen Mitte“ vollzogen hatte. Neben der vielzitierten catchphrase, die EU zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen zu wollen, ging es dem wirtschaftspolitischen 10-Jahresprogramm auch darum, „im Rahmen des globalen Ziels der nachhaltigen Entwicklung ein Vorbild für den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt in der Welt“ zu etablieren, „Vollbeschäftigung“ zu erreichen und über Wachstum und volle Kassen die soziale Kohäsion in Europa zu stärken.

Das Problem der Lissabon-Strategie kann in der globalen Ausrufung von Zielen ausgemacht werden, denen trotz ungleicher Ausgangsbedingungen dann kollektiv hinterhergerannt wurde.<sup>572</sup> Aufgrund der „New Economy“, die ein neues kapitalistisches Wachstumsmodell mit jährlichen Wachstumsraten in den der „Informationsgesellschaft“ zugeählten Sektoren jenseits von 3% versprach, währte man sich am Anfang eines neuen Wirtschaftswunders (vgl. Sello 2005, 1020). Die Informationsgesellschaft als tragende Säule des Wachstumsversprechens konnte seine Versprechen nicht halten, ja sollte eigentlich schon im Sommer 2000 – also kurz nach der Verabschiedung der Lissabon-Strategie – unter einer enormen Kapitalvernichtung zusammenbrechen.

Mit dem unmittelbar folgenden Absturz der „New Economy“ jedoch kamen konjunktureller Abschwung und wirtschaftliche Stagnation. „Damit fehlten aber einfach die selbst formulierten Voraussetzungen, welche die Lissabon-Strategie zum Erfolg führen sollten.“ (Klaus Dräger, zit.n. Sello 2005, 1021) „Mit der Wirtschaft kippte auch die sozialdemokratische Dominanz innerhalb der Mitgliedsstaaten. In Italien, den Niederlanden, Österreich, Portugal und Dänemark übernahmen Koalitionen aus Konservativen und Rechtspopulisten die Regierungsmacht.“ (Sello 2005, 1021) Mit den EU-Gipfeln von Barcelona und Sevilla (2002) wendete sich das Blatt und die sozialdemokratischen

---

<sup>571</sup> Mit Gramsci könnte dies unter dem Begriff einer „passiven Revolution“ gefasst werden.

<sup>572</sup> Bei der Reüssierung der Lissabon-Strategie als „Europe 2020“ würde entsprechend auf „intelligentes Wachstum“ gesetzt werden.

Hoffnungen kamen zu einem Einsehen in die Argumente, die von den neoliberalen Strömungen vertreten wurden. Deren Konzepte und Maßnahmen wie größere Lohnspreizung, Flexibilisierung des Arbeitsvertragsrechts, Lockerung des Kündigungsschutzes, Überprüfung von Anspruchsberechtigung, Leistungsdauer, Lohnersatzquote und Ergänzungsleistungen der Arbeitslosenversicherungen, Stoppung der Frühverrentungen, Verlängerung der durchschnittlichen Lebensarbeitszeit etc. sollten sich in Deutschland in Agenda 2010 und Hartz-Gesetzgebung übersetzen.

- *Kok-Bericht*

Im November 2004 legte wieder einmal eine hochrangige Expertengruppe, dieses Mal unter dem Vorsitz des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Wim Kok, einen vernichtenden Zwischenbericht zu den in Lissabon vereinbarten Zielen vor.

„External events since 2000 have not helped achieving the objectives but the European Union and its Members States have clearly themselves contributed to slow progress by failing to act on much of the Lisbon strategy with sufficient urgency. This disappointing delivery is due to an overloaded agenda, poor coordination and conflicting priorities. Still, a key issue has been the lack of determined political action.“  
(Kok 2004, 6)

Die Anstrengungen der Mitgliedstaaten seien nicht ausreichend, der Abstand zu Japan und den USA habe sich in den strategisch wichtigen Bereichen sogar vergrößert. Wenngleich zwar mehr Schulen und Haushalte ans Internet angeschlossen seien, würde das ehrgeizige Ziel, bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum in der Welt zu werden sowie ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen zu sichern, wohl nicht erreicht (vgl. Kok 2004, 11). Ein Aspekt in diesem Zusammenhang sei die Erweiterung der EU, die nicht gerade zu einem Aufschwung geführt habe:

„Enlargement has made inequality and the problems of EU cohesion more pronounced. The EU population has increased by 20 % while the addition to European GDP is only 5 %, resulting in a drop of output per head of 12.5 % in the EU-25. Moreover, the new Member States are characterised by strong regional disparities with wealth concentrated in a small number of regions.“ (Kok 2004, 13)

Gleichzeitig würden aufgrund der Aufholprozesse in den MOEL enorme Wachstumsraten erzielt, die technologische Modernisierung würde sie eine Generation nach vorne bringen.

Trotz einer mehrheitlich sozialdemokratischen Besetzung der Kok-Gruppe kündigt der Bericht „daraufhin den schon kurz nach der Implementierung der Nachhaltigkeitsdimension in Göteborg in stillschweigender Erosion begriffenen Integrationsansatz der Lissabon-Strategie nun offiziell auf. Sozialer und ökologischer Fortschritt sind von nun an nicht mehr als willkommene Abfallprodukte des wirtschaftlichen Wachstums“ (Sello 2005, 1023). „Die Hochrangige Sachverständigengruppe empfiehlt der EU und den Mitgliedsstaaten, sich auf Wachstum und Beschäftigung zu konzentrieren, um den sozialen Zusammenhalt und die nachhaltige Entwicklung zu stützen.“ (Sello 2005, 1023, vgl. Kok 2004, 6)

Auf Grundlage dieser ernüchternden Ergebnisse hat der Europäische Rat auf seinem Treffen in Brüssel im Jahr 2005 unter dem Titel „Facing the Challenge“ eine Neuauflage der Lissabon-Strategie beschlossen, wobei das Zurückfallen im triadischen Vergleich zu einer Verschärfung des neoliberalen wie auch disziplinarischen Tonfalles führt.<sup>573</sup>

„The European Commission must be prepared to ‘name and shame’ those that fail as well as to ‘fame’ those that succeed. Too much is at stake to respect the sensibilities of those who hinder the pursuit of the common European good. And the EU’s common policies, including its budgets, must reflect the Lisbon priorities. If Europe is to achieve its goals, it must act single-mindedly and with focus; and it must act now. (Kok 2004, 17)

Politische Ziele wie sozialer Zusammenhalt, ökologische Nachhaltigkeit oder Bildung haben ihre Berechtigung als Wettbewerbsvorteil oder Wachstumskriterium auszuweisen oder werden in die zweite Reihe gerückt:

„Auf der Basis des Kok-Berichts und der Schlussfolgerungen der damit befassten EU-Ministerräte legte die Kommission Anfang Februar 2005 ein Aktionsprogramm vor, das die Ziele der Lissabon-Strategie modifiziert und ergänzt. Die neuen Vorschläge zielen auf weniger, aber erreichbare Ziele. Oberstes Ziel bleibt es, Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität zu steigern und mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Das ursprüngliche Ziel der Lissabon-Strategie, die Entwicklung der EU zum dynamischsten Wirtschaftsraum der Erde bis 2010, wird allerdings nicht mehr aufgeführt, ebenso wenig die Zielvorgabe, die Beschäftigungsquote auf 70 % zu steigern. (...) Unverändert erhalten bleiben bestimmte Ziele wie die Aufstockung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3% des BIP, die Förderung der Informations- und Kommunikationstechnologie, die Bildung von Innovationszentren, die Förderung von Partnerschaften zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft und die Errichtung eines Europäischen Technologieinstituts.“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags 2005, Nr. 10/05) „Zur Evaluierung der Lissabon-Strategie wurde ein umfangreiches und kompliziertes Berichterstattungssystem eingeführt, mit der Folge, dass die nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten jährlich ca. 300 Berichte abzufassen hatten.“ (Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags 2005, Nr. 10/05)

Wiederum als zentrales Mittel zur Zielerreichung wird die eEurope-Initiative ausgemacht:

“In order to ensure future economic growth, the EU needs a comprehensive and holistic strategy to spur on the growth of the ICT sector and the diffusion of ICTs in all parts of the economy. The top priority is to implement the eEurope action plan, which calls for measures to promote e-commerce, e-government and e-learning. Furthermore, the regulatory framework for electronic communications adopted in 2002 should be fully implemented and strictly enforced, so that competition is more effective in driving down prices for consumers and businesses. This demands closer cooperation between the European Commission, national competition authorities and national regulatory authorities.” (Kok 2004, 22)

---

<sup>573</sup> Die Neuauflage der Lissabon-Strategie aus dem Jahr 2005 trägt die Handschrift von Günther Verheugen, dem Gesandten von Gerhardt Schröder.

Auch die neuaufgelegte Lissabon-Strategie wird letztlich durch die Immobilien- und Finanzkrise ab Mitte 2007 und der darauffolgenden Finanz- und Wirtschaftskrise seit Ende 2008 ihre Ziele verfehlen.

- *eEurope 2005*

Im Rahmen des Kok-Berichts war auch der auslaufende eEurope 2005 Aktionsplan zur „Europäischen Wissensgesellschaft“ – als Säule der Lissabon-Strategie – einer kritischen Revision bedacht worden. Nach einer positiven Bewertung des Aktionsplanes eEurope 2002, in der festgestellt wurde, dass sich die Zahl der Haushalte mit Internetanschluss schnell und deutlich erhöht hatte und fast alle Schulen und Unternehmen mittlerweile über Internetzugang verfügen, hatte der Europäische Rat bei seinem Treffen in Sevilla im Juni 2002 seine Neuauflage als *eEurope 2005* beschlossen (vgl. Holtz-Bacha 2006, 297).

Der Aktionsplan eEurope 2005 setzte sieben Prioritäten: Breitband, elektronischer Geschäftsverkehr, elektronische Behördendienste, Online-Gesundheitsdienste, digitale Integration, elektronisches Lernen und Sicherheit.<sup>574</sup>

„Die Expertengruppe forderte hier eine umfassende Strategie, um das Wachstum im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien zu beschleunigen. Top-Priorität habe die volle Implementierung des Aktionsplanes und Maßnahmen im Bereich von e-Commerce (elektronischer Handel), e-Government (elektronische Behördendienste) und e-Learning (computergestütztes Lernen). Außerdem gelte es, dafür zu sorgen, dass der Internet-Zugang über Breitband ausgedehnt wird und die Verfügbarkeit bis zum Jahr 2010 auf etwa 50% angehoben wird. (...)“ (Holtz-Bacha 2006, 299)

Diese Forderungen sollten Eingang in die neuaufgelegte Lissabon-Strategie finden. In einer Mitteilung über die zukünftige Strategie in Sachen Informationsgesellschaft benennt die Kommission als relevante Themen

„(...) die Förderung der Entwicklung attraktiver Inhalte und Dienste sowie den Abbau von rechtlichen Hemmnissen und die Bewältigung technischer Probleme. Außerdem gelte es, alle Menschen in die Informationsgesellschaft zu integrieren („eInclusion“) und die dafür notwendige „digitale Kompetenz“ zu vermitteln. Die Mitteilung wirbt weiter für einen verstärkten Einsatz der Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Bereich der öffentlichen Dienste, nicht zuletzt als grenzüberschreitende Angebote. Aus- und Weiterbildung für die Tätigkeiten im IKT-Sektor müssten verbessert werden, um das Beschäftigungspotenzial in diesem Schlüsselsektor ausschöpfen zu können. Schließlich seien die Interoperabilität der IKT-Anwendungen und die Sicherheit des Internet zu gewährleisten. Eine besondere Herausforderung des europäischen Marktes liege in einer hohen Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen, die bislang nur zögern und wenig in die IKT investierten (vgl. Kommission der EG, 2004b).“ (Holtz-Bacha 2006, 299)

---

<sup>574</sup> [http://ec.europa.eu/information\\_society/tl/policy/a2z/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/information_society/tl/policy/a2z/index_de.htm)

Konsequenz dieser Debatten war die Reartikulation des zuvor über die eEurope-Initiativen gefassten, strategischen Rahmens des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zur „i2010-Initiative“, die im Juni 2005 eingeläutet wurde.

- *i2010, gemeinsamer Rechtsrahmen „elektronische Kommunikation“*

Die i2010-Initiative „Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung“ ging aus einer umfassenden Konsultation der Akteure zu früheren Initiativen und Werkzeugen, insbesondere der eEurope-Initiativen hervor und soll die Maßnahmen der Mitgliedstaaten koordinieren und die digitale Konvergenz fördern.<sup>575</sup> Das integrierte Gesamtkonzept sieht vor, unter dem Dach der i2010-Initiative alle bisherigen EU-Initiativen sowohl zur Informationsgesellschaft wie auch zu den Medien zusammenzufassen und verfolgt das Ziel, bis zum Jahr 2010 einen „Einheitlichen Europäischen Informationsraum“ mit kostengünstigen und schnellen Kommunikationsverbindungen, wettbewerbsfähigen Dienstleistungen und Programmen zu schaffen.

Nach dem Scheitern des Konvergenz-Grünbuchs von 1997 (vgl. S. 450ff) hatte die Kommission damit nun schließlich doch ihre Ziele in Sachen Konvergenz erreicht.<sup>576</sup> Unterschieden wurde fortan zwischen Regulierungen, die die Netze bzw. Übertragungswege

---

<sup>575</sup> Die EU-Konvergenz-Initiative ging Hand in Hand mit dem britischen Communications Act von 2003: “OFTEL (Office of Telecommunications) and the DCMS [Department of Culture, Media and Sports] were enthusiastic about the DG Information Society’s convergence initiation. The British legislative initiative for communications ran parallel to the EC’s convergence initiative. There was a high degree of dialogue between DG Information Society and the UK regulatory authorities. A joint team was set up to work on a British convergence initiative in 1998. (...) UK was thus the first to implement the EC new regulatory framework for communications. The 2003 Communications Act implements the Authorisation, Access, Universal Service and Framework Directives. All eyes are presently on the UK as to the success of its new regulatory framework. The prior licensing system is being replaced with a new framework for the regulation of electronic communications networks and services. The first step was the establishment of a joint regulatory authority for broadcasting and telecommunications, the Office of Communications (OFCOM) which was a key recommendation of the European Commission. OFCOM is replacing the existing regulatory bodies (these are the Broadcasting Standards Commission, the Director General of Telecommunications, the Independent Television Commission, and the Radiocommunications Authority). (...) OFCOM will take on board all existing tasks of the UK’s previous regulatory authorities.” (Harcourt 2005, 172f)

<sup>576</sup> Über die Konzertierung einer “hochrangigen Gruppe von Experten“ – wiederum durch Bangemann und wiederum in der Hauptsache der großen europäischen Unternehmen – war es der Kommission gelungen, einen Konsens über eine neue Konvergenz-Initiative herbeizuführen. Bereits im Jahr 2001 hatte die Kommission überarbeitete Entwürfe veröffentlicht, bis zum Juli 2002 sind alle Richtlinien-Vorschläge der Kommission verabschiedet (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 217, vgl. ABl. 2002 L 108; ABl. 2002 L 201) Unter dem Begriff der „elektronischen Kommunikationsnetze“ („eCommunications“) fasst sie seit dem Jahr 2003 nicht nur alle Telekommunikations-Infrastrukturen und -Dienstleistungen, sondern auch die Rundfunkübertragungstechnik und Mobilkommunikation. Der neue Regulationsrahmen für elektronische Kommunikation und Dienste “consists of six Directives: a ‘framework’ Directive and five accompanying Directives (‘Authorisation’ Directive, ‘Access’ Directive, ‘Universal Service’ Directive, ‘Data Protection’ Directive and the ‘Liberalisation’ Directive) (...) The plan is to ‘roll back’ regulation as competition becomes effective in relevant markets.” (Harcourt 2005, 13, vgl. auch Beese/Merkt 2000) “This regulatory framework seeks to regulate both traditional media and telecommunications networks together” and “included the establishment of a new European forum: the European Regulators Group (ERG). The ERG was established by a Commission Decision (...). The ERG acts as a forum for national regulatory authorities (NRAs) of both telecommunications and media markets.” (Harcourt 2005, 14)

betreffen und den Regulierungen, die die durch die Netze transportierten Inhalte betreffen.<sup>577</sup> Zusätzlich gibt es Programme und Initiativen, die die Entwicklung und auch Nutzung der Informationsgesellschaft anschieben und fördern sollen.<sup>578</sup> Konsequenterweise sind seit Anfang 2005 Telekommunikation und Medien gemeinsam der Generaldirektion für „Informationsgesellschaft und Medien“ unterstellt.<sup>579</sup>

Die Errichtung eines „Einheitlichen Europäischen Informationsraumes“ solle die Entwicklung eines offenen und wettbewerbsfähigen Binnenmarktes für die Informationsgesellschaft und die Medien gewährleisten. Dazu solle das Angebot von finanzierbaren und sicheren Breitband-Kommunikationstechniken, reichhaltigen und vielfältigen Inhalte sowie digitalen Dienstleistungen verbessert werden. Neben der Überarbeitung des Rechtsrahmens für die elektronische Kommunikation und der Schaffung eines kohärenten Rahmens für die Dienstleistungen der Informationsgesellschaft und der Medien durch die Modernisierung des Rechtsrahmens für die audiovisuellen Mediendienste (z.B. der Richtlinie „Fernsehen ohne Grenzen“) solle auch das gültige Gemeinschaftsrecht auf die Erfordernisse der neuen Dienstleistungen in der Informationsgesellschaft angepasst werden.<sup>580</sup>

Um den Abstand zur globalen Konkurrenz zu verringern, setzt die Kommission auf die Förderung von Innovationen und Investitionen in die Informations- und

---

<sup>577</sup> So geht es zum einen um den gemeinsamen Rechtsrahmen für die elektronische Kommunikation, der sektorübergreifend z.B. den Datenschutz und Schutz der Privatsphäre oder den Kampf gegen Kriminalität sicherzustellen versucht (ohne dabei den grenzüberschreitenden Fluss personenbezogener Daten unnötig zu behindern), Fragen nach den Gebühren, der Vergabe von Frequenzen, der Normierung von Funk- und Telekommunikationsendgeräten, der Einrichtung einheitlicher Notrufnummern, oder die Sorge um gesundheitliche Aspekte hinsichtlich der Nutzung elektromagnetischer Felder oder der Arbeit an Bildschirmen. Auf der anderen Seite die Regulierungen für den audiovisuellen Bereich (Fernsehen ohne Grenzen), der grenzüberschreitenden Übertragungen, des Urheberrechts und anderer Schutzrechte (Jugendschutz, Schutz der Menschenwürde, etc.), Barrierefreiheit des Internets, etc. (vgl. [http://ec.europa.eu/information\\_society/tl/policy/index\\_de.htm](http://ec.europa.eu/information_society/tl/policy/index_de.htm)).

<sup>578</sup> Dabei geht es um die Förderung der Forschung, des Ausbaus der Infrastruktur oder die Förderung des Angebots von Inhalten und Dienstleistungen (von der Digitalisierung der kulturellen Erbes Europas bis hin zur Integration telematischer Dienstleistung in beinahe alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, wie der Verfügbarmachung öffentlicher Dienstleistungen durch Behörden und Verwaltungen, der Einrichtung eines elektronischen Beschaffungswesens, elektronischer Gesundheitsdienste, dem Einsatz von IKT in den Bildungs- und Ausbildungsinstitutionen, der Sicherung der Strassenverkehrssicherheit, eines ökologisch nachhaltigen Wirtschaftswachstums, sowie des Ausbaus des elektronischen Geschäftsverkehrs überhaupt durch die Setzung entsprechender rechtlicher Rahmen, Normen und Standards, Zahlungsverfahren, etc.).

<sup>579</sup> Das DG „Informationsgesellschaft und Medien“ beschäftigt etwa 1.100 Mitarbeiter und gehört damit zu den größeren DGs. Neben den Verwaltungskosten von etwa 195,5 Mio EUR ist sein Budget grob wie folgt verteilt: 1.040 Mio EUR für IST-Projektförderung; 97,22 Mio EUR für eEurope; 88,17 Mio EUR für Medien und Audiovisuelles; 2,95 Mio EUR Regulationsrahmen elektronische Kommunikation. (DG Information Society and Media Factsheet 1, September 2005)

<sup>580</sup> Angesichts der technologischen Entwicklungen im Medienbereich, die allesamt über die Telekommunikationsinfrastruktur laufen (bspw. hochauflösendes Fernsehen (HDTV), Satellitendirektübertragungen, EUREKA, Breitbildformate, Digitalfernsehen, Video-on-demand, Streaming-Portale, Second-Screen-Formate, etc.), ist davon auszugehen, dass die Zukunft des öffentlich-rechtlichen Rundfunks – naturgemäß eine Wettbewerbsverzerrung – umkämpft bleibt. Wenn der Zugang zu den neuen technologischen Infrastrukturen zunehmend unter allein wettbewerbsrechtlichen Gesichtspunkten betrachtet wird, ohne den Schutz spezifischer Inhalte zu berücksichtigen (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 217; KOM 2000/393, Erwägungsgründe 7 und 16, Art. 7), wird es schwer, die Bestandsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu begründen.

Kommunikationstechnologien. Neben einer „Erhöhung der Unterstützung der Forschung im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologien auf Gemeinschaftsebene um 80 % bis 2010“<sup>581</sup> und der Empfehlung für die Mitgliedstaaten, ihre Forschungsetats ebenfalls aufzustocken, sollen den als wichtig erachteten Technologieschwerpunkten<sup>582</sup> im 7. Forschungsrahmenprogramm und im Programm für Wettbewerbsfähigkeit und Innovation Priorität eingeräumt werden sowie die unterschiedlichen Instrumente hinsichtlich der Hauptengpässe von „Interoperabilität, Sicherheit und Zuverlässigkeit, Identitätsverwaltung und Rechteverwaltung“ besser koordiniert werden sollen. Insbesondere KMU sollten fortan durch geeignete Maßnahmen ermutigt werden, in IKT zu investieren.

Zudem werden unterschiedliche Programme zur Integration, einer verbesserten elektronischen Zugänglichkeit, einer besseren Breitbandabdeckung, besseren öffentlichen Diensten und einer Verbesserung der Lebensqualität aufgelegt. Für die Weiterentwicklung der i2010-Initiative sieht nun auch die Kommission eine „offene Koordinierungsmethode“ vor, in der „best practices“ und jährliche Berichte vorgesehen sind, die wir an dieser Stelle aber nicht weiterverfolgen können.

#### **e. Vierte Phase: Monitoring und Controlling**

Um für den vorgesehenen Monitoring- und Benchmarkingprozess vergleichbare Daten zwischen den Mitgliedstaaten (eEurope 2002) und den Kandidatenländern (eEurope 2003+) zu schaffen, haben letztere sich dazu verpflichtet, die gleichen Indikatoren wie die EU-15 zu benutzen und entsprechende Daten zu erheben. Aus einer engen Zusammenarbeit der entsprechenden statistischen Behörden mit denen der Mitgliedstaaten sowie der EU soll ein gemeinsamer methodologischer Ansatz in der Erhebung und Präsentation der relevanten Vergleichswerte entwickelt werden. Für das dem Aktionsplan eEurope 2003+ vorangestellten Kapitel zur Implementierung der „Bausteine der Informationsgesellschaft“ (wie auch für sonstige Ergänzungen sowie zusätzliche Maßnahmen) wurden zusätzliche Indikatoren formuliert.

Neben den beiden Fortschrittsberichten (vorgesehen für Februar/März 2002 und Ende 2003, tatsächlich sollten sie erst im Juni 2002 bzw. Anfang 2004 veröffentlicht werden) sollte es Ende 2002 sogar noch einen weiteren Zwischenbericht geben. Der „(...) Blick auf die jährlichen Fortschrittsberichte zeigt, wie detailliert die Ansprüche an die Politik in der osteuropäischen Peripherie sind.“ (Schaper-Rinkel 2002, 445) Da diese Berichte zeitlich sehr eng aufeinanderfolgen, wird später festgestellt werden, dass aufgrund dieser zeitlichen Nähe in den meisten Bereichen kaum signifikante Fortschritte festzustellen sind. In diesem Zusammenhang ist zunächst daran zu erinnern, dass die Erhebung von tatsächlichem Fortschritt ohnehin wohl nur eine sekundäre Funktion dieser Berichte darstellt, primär soll

---

<sup>581</sup>

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/employment\\_and\\_social\\_policy/job\\_creation\\_measures/c1132\\_8\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/job_creation_measures/c1132_8_de.htm)

<sup>582</sup> „Technologien im Dienste von Wissen, Inhalt und Kreativität, hoch entwickelte und offene Kommunikationsnetze, sichere und zuverlässige Software, eingebettete Systeme und Nanoelektronik“, vgl.

[http://europa.eu/legislation\\_summaries/employment\\_and\\_social\\_policy/job\\_creation\\_measures/c1132\\_8\\_de.htm](http://europa.eu/legislation_summaries/employment_and_social_policy/job_creation_measures/c1132_8_de.htm)

durch permanente Vergleichbarkeit im Rahmen des Benchmarkingverfahrens die Beschleunigung der Implementierung erreicht werden.

Deshalb werde ich bei der Präsentation der Ergebnisse dieser Fortschrittsbericht diese auch soweit möglich zusammenfassen und mich in der Hauptsache auf den letzten Abschlussbericht aus dem Jahr 2004 konzentrieren. Die Daten aus dem Fortschrittsbericht 2002 („Progress Report“ – im folgenden PR 2002) werden in diesen eingearbeitet und nur dann referiert, wenn eine signifikante zeitliche Dynamik dargestellt oder interessante Beobachtungen gemacht werden können. Aufgrund der Tatsache, dass diese Berichte ihren Indikatoren rein quantitativ auf den Grund gehen, gleichzeitig aber die Erhebungsverfahren im Jahr 2002 noch nicht standardisiert waren und auch die Fallmenge in der Regel unzureichend war, kommt dem PR 2002 eine ohnehin nur eingeschränkte Aussagekraft zu. Aus all diesem wiederum folgt, dass sich meine Untersuchung des ersten Fortschrittsberichts auf eine knappe Darstellung insbesondere der Probleme beschränken kann.

Nachdem der Aktionsplan eEurope 2003+ ausführlich in seiner ganzen Breite dargestellt und mit dem Aktionsplan eEurope 2002 verglichen wurde, werde ich mich folgenden zudem auf die für die Fragestellung dieser Arbeit relevanten Aspekte konzentrieren bzw. die vorliegenden Daten in ihrem Sinne interpretieren.<sup>583</sup>

### ***Der erste Fortschrittsbericht***

Auf der Europäischen Ministerkonferenz „Information Society - Connecting Europe“ am 4. Juni 2002 in Ljubljana wurde der PR 2002 vorgestellt. Anwesend waren neben den zuständigen Ministern und weiteren Repräsentationen der Kandidatenländer, Mitgliedsländer sowie auch von südosteuropäischen Ländern, Vertretern der EU-Kommission (natürlich der neue zuständige Kommissar Erkki Liikanen) auch Vertreter der Industrie, der Zivilgesellschaft, Forschungseinrichtungen und der internationalen Finanzinstitutionen.

Zum Auftakt der mondän im Grand Hotel Union stattfindenden Konferenz wurde eine Ausstellung zur Informationsgesellschaft eröffnet, dann ging es in dreieinhalb-stündige Sitzungen zu den Themen „Knowledge Based Society and Economy“, „Information Infrastructure“ und „Emerging Services at Local Level – An Initiative for All“, in denen neben den üblichen Vorträgen und Präsentationen auch erfolgreiche Beispiele und Strategien vorgestellt wurden.

*Unter anderem gab es dort einen Beitrag von Walter Beforth, dem damaligen Senior Executive Vice President, Alliances Relations, Deutsche Telekom (heute Senior Executive Vice President New Business Development International Business at T-Mobile Usa Inc.) über die Erfahrungen und Perspektiven von Investitionen in die Kandidatenländer. Diese seien natürlich Teil einer Internationalisierungsstrategie, die auf vier strategischen Säulen beruhe: Mobilkommunikation, Onlinekommunikation, Wireline Access, Data/IP und System Solutions.*

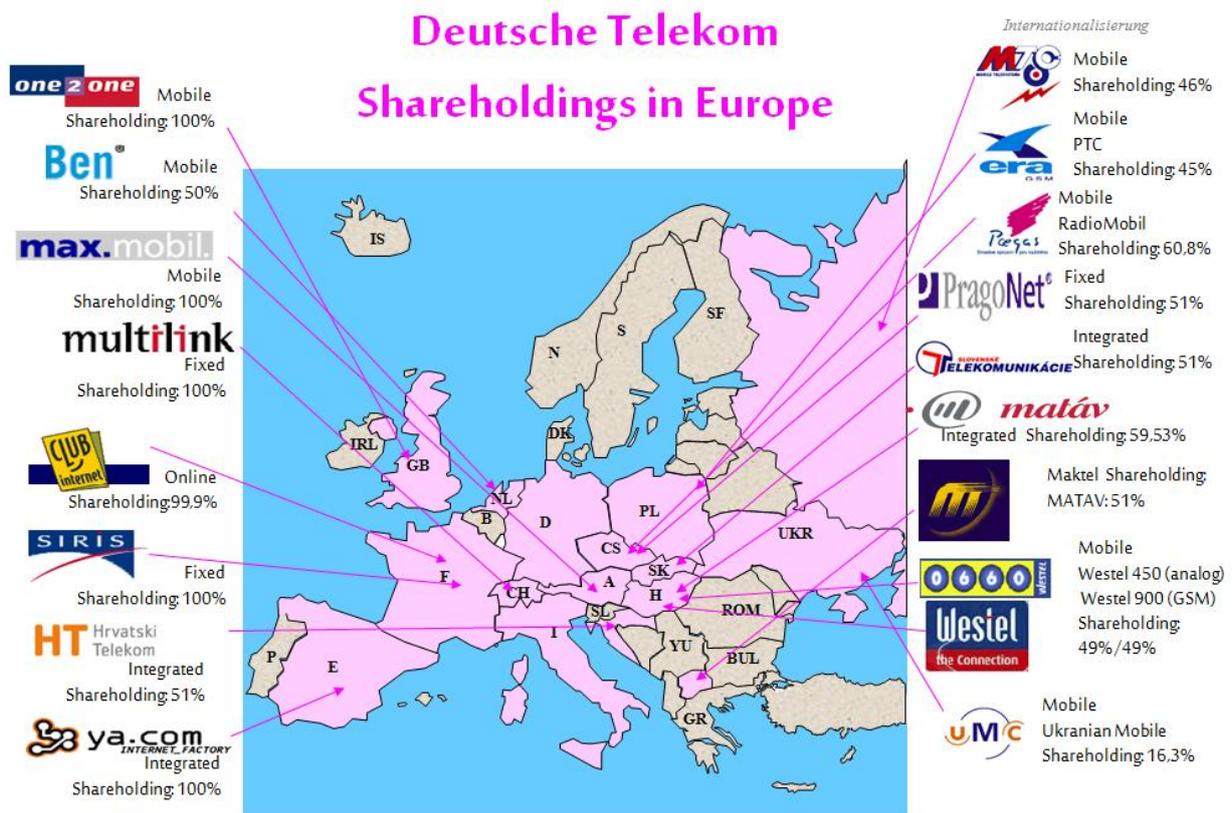
<sup>583</sup> Diese lautete: *Inwiefern wurde mit der Artikulation des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa die Integration eines selektiv strukturierten „Europäischen Kommunikationsraumes“ vorangetrieben? Von besonderem Interesse werden in diesem Zusammenhang also jene Aspekte sein, die das „inwiefern“ einer „selektiv strukturierten Integration“ des „Europäischen Kommunikationsraumes“ erläutern.*

*„After organizational restructuring T-Com will assume responsibility for monitoring the three incumbent telcos in central and eastern Europe: Matáv in Hungary; ST in Slovakia; HT in Croatia. The main objective here will be to improve the operational results and thus of the consolidated result of Deutsche Telekom Group.” (Beforth 2002, 4) Damit sei die Deutsche Telekom der wichtigste ausländische Investor in Ungarn, Kroatien und der Slowakei. In einem von Wettbewerb und Konvergenz geprägten Umfeld sind die globalen Ambitionen der Deutschen Telekom „driven by the needs of an international customer base and the goal to increase shareholder value.” (Beforth 2002, 5) Die Deutsche Telekom “gained extended experience and knowledge in the liberalization and deregulation process in the German market as well as in the markets of existing affiliates.” (Beforth 2002, 5)*

*Grundsätzlich seien die Volkswirtschaften der Kandidatenländer von einem steten Wachstum geprägt und insbesondere für Investitionen im Bereich Telekommunikation attraktiv. Insbesondere im “wireline and mobile market, additionally in IP based business segments” seien “remarkable growth potentials”. (Beforth 2002, 8)*

*Investitionen in Infrastrukturen, Technologien, Netzwerke, Plattformen und neue Dienste seien eine wichtige Entwicklungsvoraussetzung für andere Unternehmen. Neben “digitization of networks; extension of ISDN services and networks; introduction of DSL services; configuration of IP networks; implementation of Unified Messaging Systems; SMS services in the wireline network; applications for UMTS licences” gehe es auch um “support in the penetration of Internet services; support in creation of venture funds for further technology; development in the countries; support in the implementation of research and technology centers.” (Beforth 2002, 9ff)*

*“O[u]r expectations for the future extension of the EU: stable and transparent regulation framework; remarkable possibilities of cost reductions in the EU; the earlier the extension takes place the easier the European integration of telecommunications societies will take place“(Beforth 2002, 12)*



Quelle: Beforth 2002, 4

In der anschließenden Plenarsitzung ging es um „Inclusion and Participation – Implications to Society“, den Vorsitz dieser Sitzung hatte Douglas Holmes, der Autor des Buches mit dem bezeichnenden Titel „e.gov: E-Business Strategies for Government.“ Es folgte eine Unterzeichnungszeremonie für die Erweiterung des Global Cities Dialogue.<sup>584</sup> Beschlossen wurde der erste Tag mit einem Gala-Abend, der nächste wurde mit einem exklusiven Ministerfrühstück eröffnet. Nach einer weiteren Plenarsitzung zu den Themen „Trust and Security – Requirements für Society“ wurden unter dem Vorsitz von Erkki Liikanen die „Conference Conclusions“ verabschiedet, es folgten die abschließende Pressekonferenz und ein Mittagessen. An welcher Stelle in diesem feierlichen Programm der Fortschrittsbericht präsentiert und diskutiert wurde (wenn nicht beim Ministerfrühstück), geht aus dem Konferenzprogramm nicht hervor.

Wie dem auch sei, seine Referenzpunkte sind natürlich die Zielvorgaben der Lissabon-Strategie sowie seine Operationalisierung durch die Aktionspläne eEurope 2002 und eEurope 2003+. Die Gesamtkoordination der Implementierung des eEurope 2003+ Aktionsplanes oblag dem JHLC (PR 2002, 8). Die Aufgabe dieses ersten

<sup>584</sup> Folgende Städte traten durch die Unterschrift ihrer Bürgermeister bei: Sarajevo (Bosnia and Herzegovina); Jihlava (Czech Republic); Tartu (Estonia); Birkirkara (Malta); Lublin (Poland); Bacau (Romania); Galati (Romania); Celje (Slovenia); Koper (Slovenia); Maribor (Slovenia); Nova Gorica (Slovenia); Velenje (Slovenia); Podgorica (Yugoslavia).

Fortschrittsberichtes ist die einer „Nullmessung“, d.h. er soll einen Überblick über die angelaufenen Maßnahmen schaffen, eine erste Messlatte anlegen und einen ersten Vergleich zwischen den Fortschritten der einzelnen Länder ermöglichen. Der relativ kurze Zeitraum zwischen der Verabschiedung des eEurope 2003+ Aktionsplanes (bzw. den auf der Ministerkonferenz in Warschau vorgestellten Länderberichten) und diesem Bericht – wobei zusätzlich der für eine Datenerhebung notwendige Vorlauf zu berücksichtigen ist – erlaubt keine verlässlichen Schlussfolgerungen.

Die Kandidatenländer hatten für diesen Fortschrittsbericht sowohl quantitative wie auch qualitative Berichte eingereicht. Dabei stellt die Erhebung, die Analyse sowie der Vergleich der Daten das grundlegende Problem dieses ersten Zwischenberichts dar. Neben den noch nicht ausgeräumten methodologischen Differenzen der unterschiedlichen beteiligten statistischen Organisationen bleibt auch die Entwicklung von Instrumenten zur Datenerhebung problematisch. In Kandidatenländern sei: „relatively little data (...) available either in the public sector or in the private sector (e.g. as a result of commercial surveys)“ (PR 2002, 8). Aus unterschiedlichen Gründen konnten in einigen Fällen überhaupt keine Daten erhoben werden, dies solle für den nächsten Bericht nachgeholt werden. Deshalb wurden mit unterschiedlichen Methodologien erhobene Daten aus unterschiedlichen Quellen herangezogen,<sup>585</sup> die nicht verlässlich miteinander vergleichbar sind.

Um diese Probleme bis zum Abschlussbericht herauszuarbeiten, solle die statistische Arbeitsgruppe<sup>586</sup> die Datenlage überarbeiten und bis zum Ende des Jahres 2003 eine möglichst konsistente (auch im Hinblick auf die Methodologie im Rahmen der eEurope 2002 Initiative), aktuelle, reliable und valide Datenlage schaffen, die Vergleiche zulässt und letztlich adäquate Schlussfolgerungen für den politischen Prozess ermöglicht. Dafür solle auch die Zusammenarbeit der verschiedenen statistischen Arbeitsgruppen verbessert werden.

Gleichwohl beginnt der Bericht mit der programmatischen Feststellung:

„The candidate countries are fully aware that they must make greater efforts than the EU Member States if they are to be a part of the future, integrated European Information Society.“ (PR 2002, 7)

Auch die statistische Auswertung der erhobenen oder gesammelten Daten wird immer wieder von den Bekenntnissen zu einer marktorientierten Telekommunikationspolitik und der Wiederholung ihrer Axiome unterbrochen: „Competition in any market has a positive effect on prices, increases consumer choice, and serves to increase consumer awareness of the product or service on offer as competitors publicise their own offerings to gain market share.“ (PR 2002, 22)

---

<sup>585</sup> Die im Zwischenbericht verarbeiteten Daten wurden, sofern nicht anders gekennzeichnet, von den öffentlichen Institutionen der Kandidatenländern zur Verfügung gestellt und von den nationalen statistischen Ämtern kontrolliert. Teilweise sind privat oder von anderen öffentlichen Institutionen (wie z.B. internationalen Institutionen wie ITU, UN, OECD oder Weltbank) erhobene Daten hinzugezogen worden.

<sup>586</sup> Die statistische Arbeitsgruppe setzt sich aus den Experten der verschiedenen nationalen Institute und der technischen Ministerien zusammen, die von EUROSTAT und dem Joint Research Centre der Europäischen Kommission unterstützt werden.

Der erste Fortschrittsbericht kommt so zu dem letztlich recht verhaltenen Ergebnis, dass "the Information Society is already very present in EU candidate countries and is the subject of considerable political interest due to its potential for the economies and societies in the countries." (PR 2002, 35) Mit der Implementierung des Acquis Communautaire, des eEurope 2003+ Aktionsplanes sowie der nationalen Aktionspläne hätten die Beitrittsländer nicht nur ein klares und praktisches Bekenntnis zum Projekt der Europäischen Informationsgesellschaft, der Modernisierung ihrer Gesellschaften und Ökonomien sowie zur Schließung der „digital divide“ abgelegt. Mit der Bereitschaft, die relevanten Daten zu erheben und internationalen Fortschrittsvergleichsverfahren zur Verfügung zu stellen, hätten sie darüber hinaus ihr Bekenntnis zum europäischen Binnenmarkt, ja sogar „a genuine effort to progress in a more profound sense“ dokumentiert (PR 2002, 35).

Die Rhetorik ob der Unvermeidbarkeit und Zwangsläufigkeit der Informationsgesellschaft verdeutlicht, dass die Informationsgesellschaft als politisches Projekt top-down durchgesetzt wird. Die Politik antizipierte einen technologischen Trend und versucht, über dessen Beschleunigung Rationalisierungseffekte zu erzielen. Aber offenbar fehlen für diese vom Reißbrett geplante Politik der Beschleunigung in den MOEL vielerorts sogar die politischen Voraussetzungen.

„During the last few years, an important issue has been that of “materialising the political will”. In other words, how to get from policy to practice? Policy driven development versus development driven policy? It is probable that a development driven policy may work better in the candidate countries as the implementation mechanisms are not yet operating at an optimal level and public administration reforms are still in process.“ (PR 2002, 37)

Eine Steigerung der Nutzung soll durch einen erhöhten Wettbewerb und die sich davon versprochenen Kostensenkungen erreicht werden. Immer wieder wird also die EU-ropäische Ausgangsthese wie von selbst bestätigt: „The importance of an effective, and properly enforced, precompetitive regulatory framework is self-evident.“ (PR 2002, 36)

Als vordringlichste Aufgaben für die nächste Phase des eEurope 2003+ Aktionsplanes werden die vollständige Implementierung des Acquis, insbesondere im Hinblick auf den eCommerce und elektronischen Geschäftsverkehr, die Einführung alternativer Zugangstechnologien und Zugangsmöglichkeiten zum Internet, die Ausstattung von Schulen mit Computern und Internetanschlüssen, die Integration von IKT in Lehrpläne und Ausbildung des Lehrkörpers sowie der Ausbau der eGovernment-Dienste und die Förderung von lokalen Angeboten festgehalten. (eEurope 2003+, PR 2002, 38)

In der abschließenden Ministererklärung der Konferenz wird dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nochmals eine enorme Bedeutung für die ökonomische Integration und die soziale und kulturelle Kohäsion zugeschrieben. Die Ausrichtung der nationalen Aktionspläne auf die durch die eEurope-Initiative formulierten, gemeinsamen Ziele sollten Fortschritte in die gleiche Richtung koordinieren. Die Modernisierungsanstrengungen in den Kandidatenländern seien im Kontext der Lissabon-Strategie zu sehen.

Der eEurope 2003+ Aktionsplan „(...) draws on the strengths of each country to bring a positive impact on the social, cultural and economic exchanges between the European Union and the Candidate Countries. Furthermore, it aims to significantly reduce any remaining disparities, particularly in areas such as affordable access to communications and, in particular, Internet, education, and e-commerce.“ (Ministerial Conclusions 2002, 2)

Diese europäischen Bemühungen zur Schaffung eines transeuropäischen, integrierten Informationsraumes würden der EU nicht nur Kooperationsanfragen<sup>587</sup> und internationale Anerkennung verschaffen, sondern – insofern die weitere Entwicklung und Implementierung der Informationsgesellschaft entschieden vorangetrieben wird – gar zu einer führenden Rolle in der Gestaltung der Globalen Informationsgesellschaft (wie z.B. beim UN World Summit on the Information Society) (vgl. Ministerial Conclusions 2002, 2).

Die Minister der Kandidatenländer unterstützen darüber hinaus die Intentionen und Prioritäten des eEurope 2005 Aktionsplanes<sup>588</sup> (Ministerial Conclusions 2002, 2).

- *PrepCom zum WSIS*

Am 9./10. November 2002 fand in Bukarest eine pan-europäische Regierungskonferenz zur Vorbereitung des UNO-Weltgipfels zur Informationsgesellschaft (WSIS) statt, geladen hatten die International Telecommunications Union (ITU), die United Nations Economic Commission for Europe (UNECE) in Zusammenarbeit mit dem Gastgeberland Rumänien. Ralf Bendrath berichtet von der Konferenz:

"Die Konferenz fand im Parlamentspalast in Bukarest, dem zweitgrößten Bürogebäude der Welt, statt. Die pompösen Räumlichkeiten, die noch unter dem Diktator Ceaucescu begonnen, aber erst nach seinem Sturz fertiggestellt worden waren, bildeten eine surreale Atmosphäre. Der rumänische Staatspräsident Ion Iliescu erwähnte in seiner Begrüßungsrede nicht ohne Stolz, dass für die Konferenz nur ein Prozent des Gebäudes genutzt wurde. (...)

Von den ca. 500 Teilnehmern kamen viele aus Mittel- und Osteuropa, aber der politische Einfluss dieser Region ist nach wie vor gering. (...)

Die Regierung in Bukarest hatte versucht, die Konferenz gleichzeitig zu einer IT-Messe für die rumänische IT-Industrie zu machen. Auch sonst war der Einfluss der Industrielobby zu spüren. Den großen IT-Konzernen aus dem Westen geht es vor allem darum, über den Gipfelprozess eine Öffnung neuer Märkte für ihre Produkte und Dienstleistungen zu erreichen, und dies wurde in einigen Arbeitsgruppen auch sehr deutlich geäußert. Die Regierungen in Osteuropa sollten doch, bitteschön, entsprechende steuerliche und andere Erleichterungen schaffen oder gleich direkt Großaufträge vergeben. Denn nur wenn es sich rechnet, werde man auch in diesen Regionen investieren, so etwa der Tenor des Vortrages von Jan Mühlfeit, der bei

---

<sup>587</sup> So wurden von den Ländern Südost-Europas ähnliche Koordinierungsbemühungen angestoßen.

<sup>588</sup> Die Prioritäten werden aufgeführt als: "(...) promoting attractive content for all Europeans; providing modern public services on-line particularly e-government, e-learning and e-health services; pursuing digital inclusion for all Europeans; progressing a dynamic e-business environment, promoting a faster Internet and deployment of a broadband infrastructure; and ensuring trust and confidence in cyberspace" (Ministerial Conclusions 2002, 3).

Microsoft in München für Mittel- und Osteuropa sowie Afrika zuständig ist. Schon hier war der Unterschied zwischen den Interessen der osteuropäischen Staaten und denen der EU deutlich zu spüren. Während in Ländern wie etwa Kirgisien eine flächendeckende IT-Infrastruktur erst einmal aufgebaut werden muss, denkt man in Westeuropa schon weiter. (...)

Insgesamt bleibt von der offiziellen Diskussion während der Konferenz der Eindruck, dass auch viele Regierungen von der Thematik überfordert sind. Dies liegt wahrscheinlich an zwei Gründen. Zum einen ist die Materie noch sehr neu, so dass es oft noch keine klaren politischen Positionierungen gibt, die über die simple Forderung "Zugang für alle" hinausgehen. Zum anderen ist "Informationsgesellschaft" ein Querschnittsthema, das alle gesellschaftlichen Bereiche berührt, und bei dem es keine klaren Zielvorstellungen wie bei Klimawandel ("schlecht") oder Entwicklung ("gut") gibt. Diese Probleme auch auf Seiten der Regierungen könnten von der NGO-Szene und ihrer gerade im Netzbereich oftmals hervorragenden Expertise genutzt werden, wenn sie sich selber genügend organisiert und dies auch schnell tut." (Bendrath 2002)

### ***Der Abschlussbericht 2004, Budapest***

Auf der Europäischen Ministerkonferenz "New Opportunities for Growth in an Enlarged Europe" vom 26./27.2.2004 in Budapest wurde der Abschlussbericht, der die Fortschritte in den Kandidatenländern seit der Verabschiedung des Aktionsplanes eEurope 2003+ im Mai 2000 zusammenfasst, präsentiert (Final Progress Report, im folgenden FPR 2004). Damit erscheint der Abschlussbericht am Vorabend der bisher größten Erweiterung in der Geschichte der EU: zum 1.5. 2004 werden die 10 bisherigen Beitrittskandidaten mit 75 Millionen neue EU-BürgerInnen der Europäischen Union beitreten.

Der Aktionsplan eEurope+ als eine von und für die Kandidatenländer beschlossene Initiative „had the aim to help accelerate reform and modernisation of their economies of the Acceding and Candidate countries, encourage capacity and institutional building, improve overall competitiveness, and enhance social cohesion" (PR 2004, 2). Unter der Führung der EU-Kommission sollte mithilfe von gemeinsamen, koordinierten Maßnahmen sowie der Kontrolle und des Vergleichs der erzielten Fortschritte zum einen die Implementierung der "Europäischen Informationsgesellschaft" und einer „wissensbasierten Ökonomie“ beschleunigt, zum anderen die Integration der „neuen Mitgliedstaaten“ in die bereits laufende eEurope-Initiative erleichtert werden (PR 2004, 2f).

Dies zielt in erster Linie darauf ab, die „Europäische Informationsgesellschaft“ zu etablieren, indem eine steigende Nutzung der IKT erreicht wird. Um sowohl Nachfrage wie auch Angebot zu stimulieren, wurden „konkrete Maßnahmen“ und entsprechende Indikatoren zur Kontrolle der Zielerreichung vorgeschlagen.

Die finanziellen Mittel für die Umsetzung des eEurope 2003+ Aktionsplanes wurden zu großen Teilen von den jeweiligen Regierungen aus den jeweiligen nationalen Haushalten gestellt, indem besondere Programme aufgelegt wurden oder die Maßnahmen des Aktionsplanes in die nationalen Entwicklungspläne oder bestehende Budgets integriert wurden. Die Europäische Kommission hatte über das PHARE-Programm (über die Generaldirektion für die Erweiterung) insgesamt 3,4 Millionen Euro für organisatorische und

logistische Unterstützung im Bereich der Koordination des Aktionsplanes sowie zur Datenerhebung zu den vereinbarten Indikatoren bereitgestellt. (PR 2004, 4) Angesichts des notwendigen Investitionsvolumens seien diese Mittel aber sehr begrenzt, weshalb die internationalen Finanzinstitute (Weltbank, EIB, EBRD) zusätzliche Mittel bereitstellen sollten (PR 2002, 7).

Der Bericht stellt grundsätzliche Bemerkungen zum quantitativen Erhebungsverfahren voran. Zunächst konnte die mangelnde Aussagekraft des ersten Fortschrittsberichts aus dem Jahr 2002 einigermaßen behoben werden, so dass nun einige Trends identifiziert werden können. Gleichwohl wird weiterhin auf die Schwierigkeiten bei der Datenerhebung verwiesen. Besonders bedauerlich hinsichtlich der Fragestellung dieser Arbeit ist, dass insbesondere hinsichtlich der „digitalen Kluft“ zwischen städtischen und ländlichen Regionen – obwohl der eEurope 2003+ Aktionsplan diesbezüglich explizit eine differenzierte Erhebung einforderte – von einigen nationalen Statistikämtern nicht die entsprechenden Daten geliefert werden konnten, so dass statt regional differenzierten Daten nur grobe Durchschnittswerte abgebildet werden.

Grundsätzlich muss hinzugefügt werden, dass es bei dem Quantifizierungsvorhaben zur Entwicklung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ immer wieder zu Ungenauigkeiten, Ungereimtheiten und Widersprüchen kommt. Insofern sind die in den Berichten aufgeführten und hier wiedergegebenen Zahlen, Werte und Prozentsätze allesamt mit Vorsicht zu genießen. Mitunter kommt es zwischen unterschiedlichen Versionen desselben Berichts (z.B. zwischen der ausführlichen, der nach Ländern aufgeschlüsselten und der zusammengefassten Version) zu unterschiedlichen Angaben. Die Unterschiede sind teilweise so erheblich, dass von Schreibfehlern und „Zahlendrehern“ ausgegangen werden muss. Auch sind die Methoden der Datenerhebungen nur teilweise synchronisiert und die erhobenen Fallmengen zu gering, um repräsentativ zu sein. Deshalb kann es im Folgenden auch immer wieder zu Diskrepanzen bspw. zwischen den Daten im Text und den Schaubildern geben. Wo sich diese im Bereich der statistischen Fehlermarge bewegen, bleiben sie unkommentiert, sollten sie eklatant sein, wurde nach der Konsultation anderer Berichte und Statistiken das wahrscheinlichste Ergebnis ausgewählt. Diesbezüglich wurde oft auf eine ausführliche Fassung des Fortschrittsberichts, versehen mit einem üppigen Anhang von statistischen Datenblättern, zurückgegriffen (firmiert unter demselben Titel „Final Progress Report“, um Verwechslungen vorzubeugen, wird er als „Extended Progress Report“, im folgenden EPR 2004, geführt).

„With such a short timeframe to put in place national plan in support of the eEurope+ Action Plan, obtain the necessary funding, initiate actions, and the achieve specific objectives it is doubtful that any progress made over the last two years is really a direct result of the eEurope+ Action Plan. Nevertheless, progress has been made (...) but it is probable that this is a result of actions initiated before the eEurope+ Actions Plan was developed. (EPR 2004, 11)

Auch nach ihrer rigorosen Quantifizierung bleibt die Informationsgesellschaft also letztlich nebelumwitterte „terra inkognita“. Ohnehin steht im Zentrum dieser Arbeit nicht die Frage nach der Entwicklung der „Europäischen Informationsgesellschaft“ „an und für sich“, wie sie

sich über einen umfassenden Datenkorpus darstellen ließe, sondern die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seine Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa sowie die Frage, inwiefern sich damit eine selektiv strukturierte Integration eines erweiterten europäischen Kommunikationsraumes vollzieht.

- *Regulierung*

Seit dem Beginn der Bemühungen der EU um das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ gilt die Implementierung eines vorausschauenden, „zukunftsfähigen“ Rechtsrahmens als Voraussetzung für die Nutzung ihres vollen Potentials als gesetzt. Diese Priorität hat sich mittlerweile auf den politischen Agenden der Beitrittsländer durchgesetzt. „The possibilities offered in terms of economic growth, public and private sector efficiency, and competitive advantage are now widely recognised.“ (PR 2002, 11)

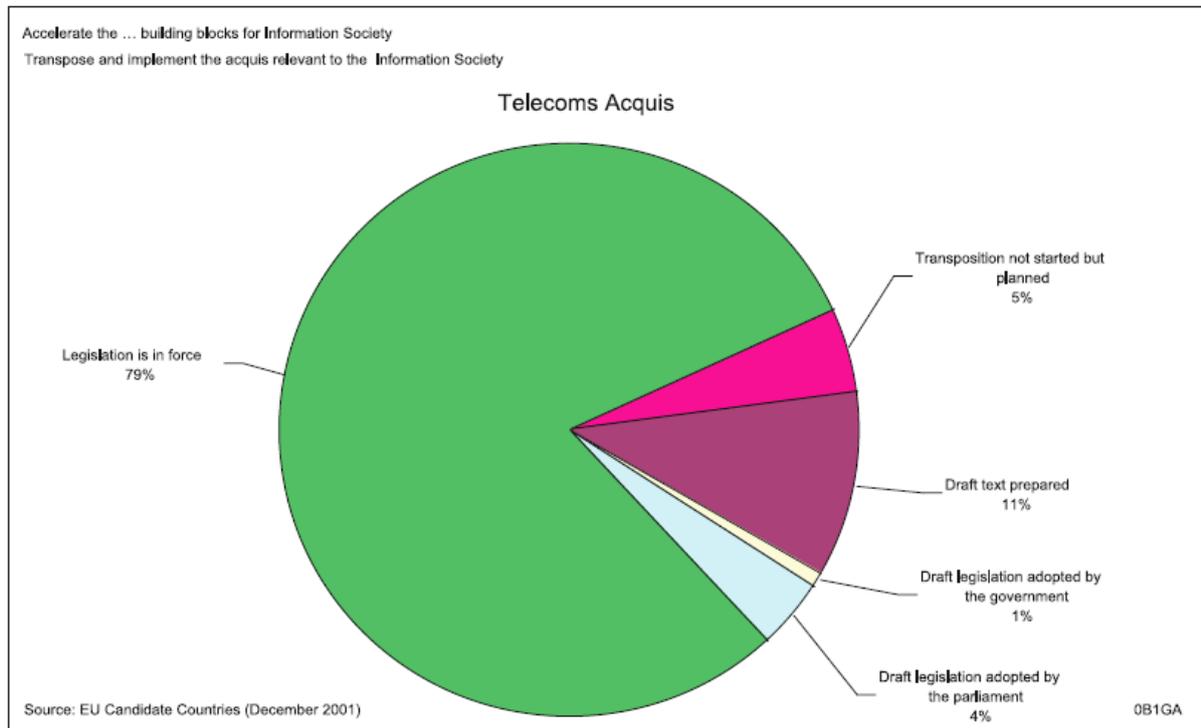
Die meisten Länder hatten bereits in den 1990er Jahren Pläne entwickelt, die an die Ziele und Maßnahmen des eEurope+ Aktionsplanes anzupassen waren (vgl. PR 2002, Annex A). Parallel dazu verläuft die Transposition des Acquis Communautaire, der wiederum im Rahmen der i2010-Initiative um das neue Regulationspaket für eine grenzüberschreitende, internetbasierte Informations- und Kommunikationsumgebung ergänzt wurde. Vor dem Hintergrund institutioneller Reformen, gesellschaftlicher Transformationsprozesse, ökonomischer Modernisierungsstrategien ist die Anpassung an ein sich bewegendes Ziel ein ohne Zweifel recht komplexer Vorgang. Die Unübersichtlichkeit dieser Prozesse und die daraus resultierenden Zweifel und Unsicherheiten ob der Rechtslage störe das Vertrauen von Investoren, Produzenten und Konsumenten empfindlich.

Immerhin seien seit dem ersten Fortschrittsbericht signifikante Fortschritte in der Implementierung des vorgegebenen regulatorischen Umfeldes erzielt worden. Mit der Liberalisierung der Telekommunikationssektoren, der institutionellen Trennung von Betrieb und Regulierung der Telekommunikationsnetze durch die Einrichtung unabhängiger Regulierungsbehörden seien die entscheidenden Umstrukturierungen eingeleitet worden.

Das die Telekommunikation betreffende Kapitel 19 des Acquis Communautaire wurde für alle Beitrittsländer (außer Rumänien und die Türkei) vorläufig abgeschlossen. Die Transposition des neuen Regulationspakets sei kompliziert, da eben erst eingeführte rechtliche Bestimmungen nun erneut die politischen Prozesse durchlaufen müssten, gleichwohl seien auch hier alle erforderlichen Schritte bereits eingeleitet:

„Liberalisation in Acceding and Candidate Countries has been achieved, requiring major restructuring, including the separation of ownership and regulation, and creating independent regulatory authorities. Most directives concerned with Information Society Services are, at least, at the stage of initial drafts of the legislative texts in Acceding and Candidate Countries.“ (FPR 2004, 42)

Die Blüten, die der in diesen Fortschrittsberichten betriebene Quantifizierungs- und Benchmarking-Fetisch treibt, veranschaulicht das Kuchendiagramm zur Transposition des Acquis Communautaire für Telekommunikation:



### Transposition of the Telecoms Acquis

Quelle: PR 2002, 12

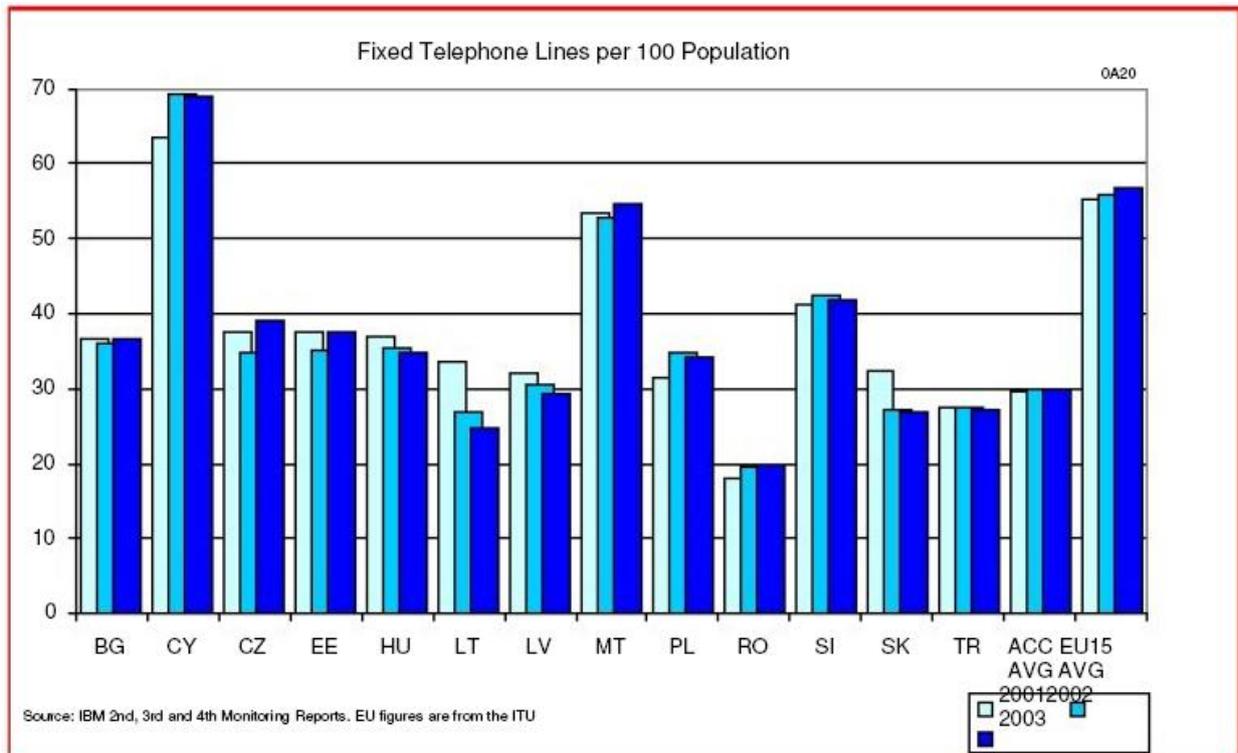
#### - *Verbreitung der IKT in den MOEL*

Die Modernisierung und der Ausbau der Kommunikations- und Informationsinfrastruktur ist die technische, ein breit in alle Segmente der Bevölkerung gestreuter Zugang zu diesen die soziale Voraussetzung für einen erfolgreichen Ausbau der Europäischen Informationsgesellschaft. Der Ausbau der Infrastruktur soll aber marktgetrieben von privaten ökonomischen Akteuren stattfinden, gegenüber der "Info-Exclusion" bzw. der "Digital Divide" soll in erster Linie die Implementierung eines wettbewerbsorientierten Regulierungsrahmen helfen. Bei eventuellem Marktversagen solle, um den "universal service" zu gewährleisten, auf „specific actions“ zurückgegriffen werden, die aber unbestimmt bleiben (PR 2002, 16).

#### - *Festnetz*

Die Modernisierung des Festnetzes, der auch für den Zugang zum Internet meistgenutzten telekommunikativen Infrastruktur, ist zwar in den MOEL bereits Anfang der 1990er Jahre begonnen worden.

Im Bereich der Festnetzanschlüsse habe es bei einigen Kandidatenländern Fortschritte gegeben. Während sich so Anzahl der Anschlüsse pro Haushalt mit 65% dem Niveau der EU-15 (69%) mittlerweile schon stark angenähert haben (und Länder wie Slowenien (85%), Bulgarien (75%) und Polen (74%) dieses sogar deutlich übertreffen), ist der Unterschied bei der Anzahl von Festnetzanschlüssen pro 100 Einwohnern doch weiterhin erheblich.

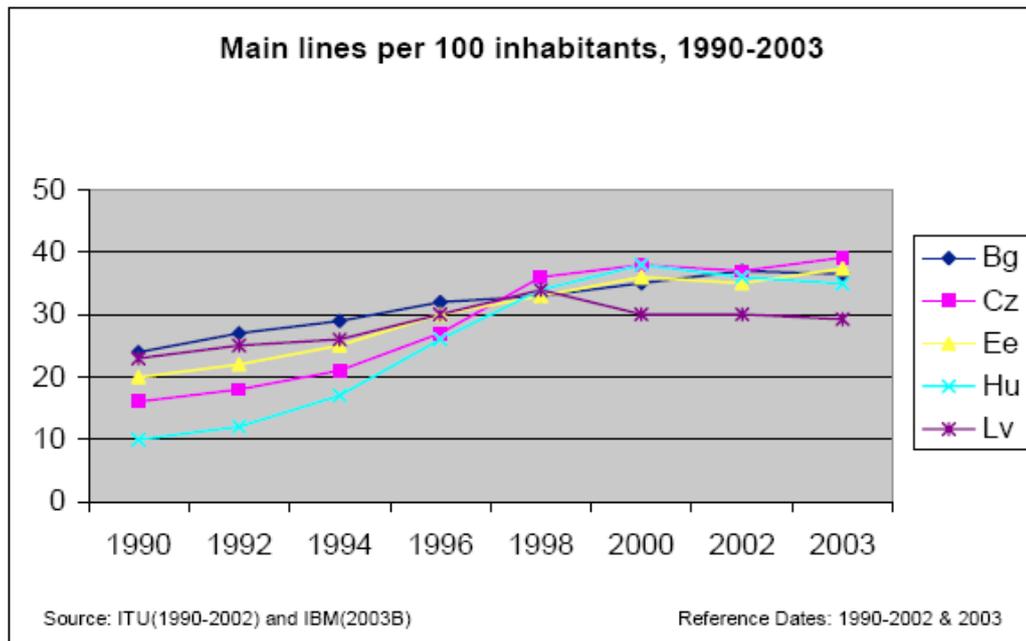


Quelle: (FPR 2004, 7)

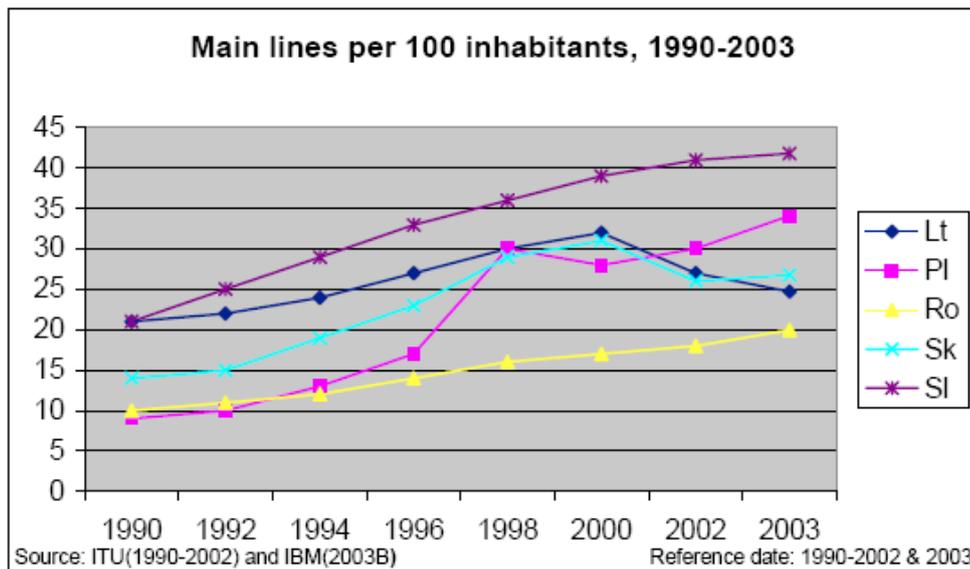
Während es im Jahr 2002 in den MOEL durchschnittlich 30 Festanschlüsse pro 100 Einwohner gibt, sind es bspw. in Deutschland 65; Frankreich 57; Großbritannien 59; Griechenland 53, Italien 49; Spanien 46 und sogar beim Schlusslicht Portugal sind es immer noch 42. Tschechien, Ungarn und Polen haben im Vergleich zu Deutschland gerade einmal gut die Hälfte der Anschlüsse pro 100 Einwohner. Selbst bei stagnierenden Penetrationsraten wie z.B. in Griechenland, Frankreich und Portugal bewegen sich diese Länder auf einem deutlich anderen Niveau als die MOEL (Ausnahmen: Zypern, Malta, Slowenien) (EPR 2004, Annex 2, 38ff)

Deutlich zu erkennen ist, dass der Ausbau des Festnetzes in Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik zwischen 1994 und 1998 am schnellsten vorangetrieben wurde, seit 1998 stagniert der Ausbau in allen Ländern mehr oder weniger.

**Graph A.2.1 Main lines per 100 inhabitants, 1990-2003 (BG, CZ, EE, HU, and LV)**



**Graph A.2.2 Main lines per 100 inhabitants, 1990-2003 (LT, PL, RO, SK, and SI)**



Quelle: EPR 2004, Annex 2, 39

Immerhin seien 88% des Telekommunikationsnetzes in den Beitritts- und Kandidatenländern digital, die übrigen 12% seien analoge Leitungen, deren Zustand keinen zuverlässigen Internetzugang zulassen (Verbindungsfehlerraten zwischen 10-30%). Die durchaus noch weit verbreiteten „shared-lines“, also Gemeinschaftsleitungen für mehrere Nutzerparteien, sind für einen Internetzugang gänzlich unbrauchbar. Diese Zahlen sind aber nur bedingt aussagekräftig hinsichtlich der tatsächlichen Internetnutzung. Der PR 2002 geht sogar davon aus, dass es zwischen den Daten zu Festanschluss, Internetzugang und regelmäßiger Internetnutzung keine Korrelationen gebe, da alternative Zugangsmöglichkeiten wie

öffentliche Zugangspunkte, Internet-Cafés, sogenannte Telecottages oder aber Internetanschlüsse am Arbeitsplatz oder in der Schule genutzt werden könnten (von den 1,1 Mio. Internetnutzern in Ungarn greifen z.B. 390.000 von dem Arbeitsplatz und 420.000 von der Schule auf das Internet zu) (PR 2002, 17). Gleichwohl zeigt die Stagnation im Bereich der Festnetzanschlüsse so etwas wie einen Schwellwert an, der die Möglichkeiten einer breiten Internetnutzung hemmt, solange dies nicht über die massive Verbreitung von mobilen Internetzugängen oder Zugängen über das Fernseekabelnetz kompensiert werden kann.

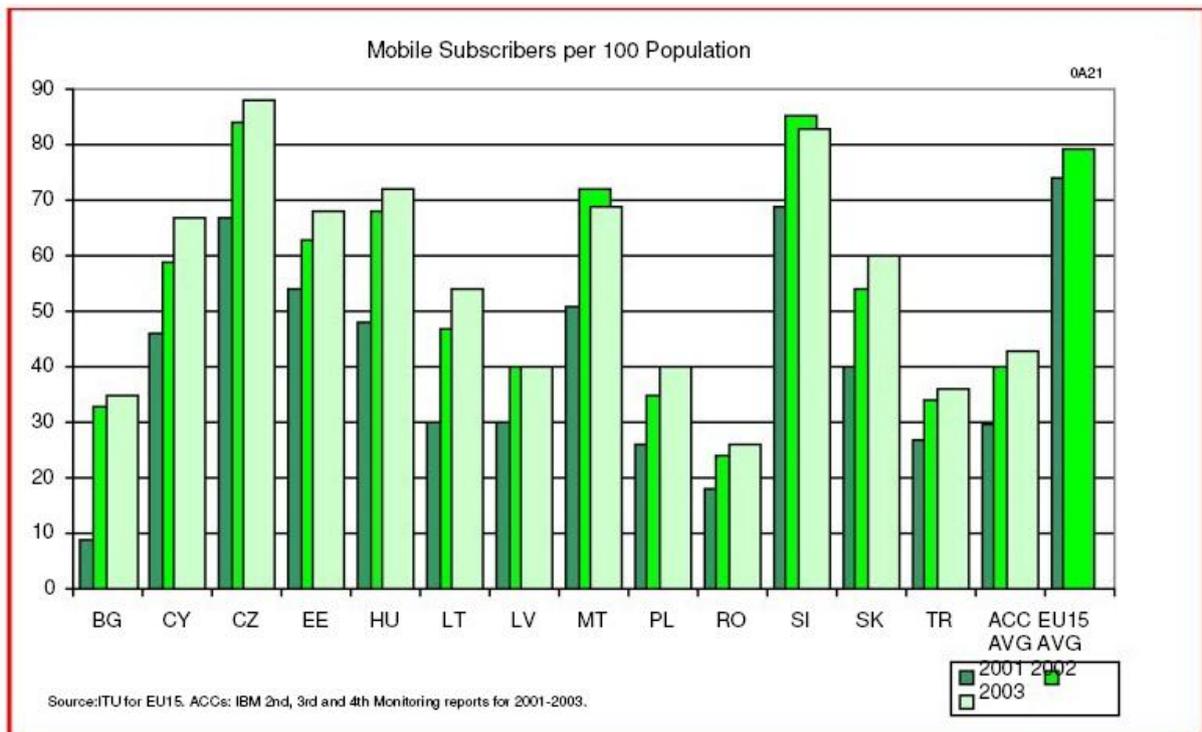
*„The situation in Romania can be taken as an illustration. Here telecom operators and regulatory authorities reckon with a rapid expansion of broadband Internet provision through the cable network to which 55 per cent (2003) of the population is connected. In addition, the telecom operators are not investing very much in the telecommunication backbone infrastructure in the expectation that wireless solutions may be cost saving and will provide broadband access. It means that there is the option of leapfrogging with the help of new technologies. Remarkable is the 5 per cent of households with computer in Romania that access the Internet through a mobile phone (...). It is probably related to the 3G mobile services that are now covering the whole of the territory of Romania.” (EPR 2004, Annex 2, 41)*

Die erheblichen Unterschiede zwischen Stadt und Land allerdings konnten nicht weiter eingeebnet werden (vgl. Abschnitt „digital divide“). Während erstere zu annähernd 100% erschlossen und zudem oft mit modernen, digitalen Verbindungen ausgestattet sind, fehlt es in letzteren oft noch an jeglichem Anschluss.

Als Problem in diesem Zusammenhang stellt sich – kaum überraschend – heraus, dass die Modernisierung der Netze einen erheblichen Kapitaleinsatz erfordert, dessen Refinanzierung gerade bei einem marktorientierten Entwicklungsmodell in ländlichen Regionen nicht immer gesichert werden kann. Hinzu kommt, dass die Netzbetreiber erheblicher Konkurrenz durch alternative Technologien, allen voran dem stark wachsenden Bereich der Mobiltelefonie, aber auch der Drahtlos-Netzwerke und der Fernseekabelnetze ausgesetzt sind.

#### - Mobiltelefonie

Der Rückgang der Festnetzanschlüsse (vor allen Dingen in Ungarn, Lettland, Litauen und der Slowakei) hängt mit dem starken Wachstum der Mobiltelefonie zusammen (FPR 2004, 7f).



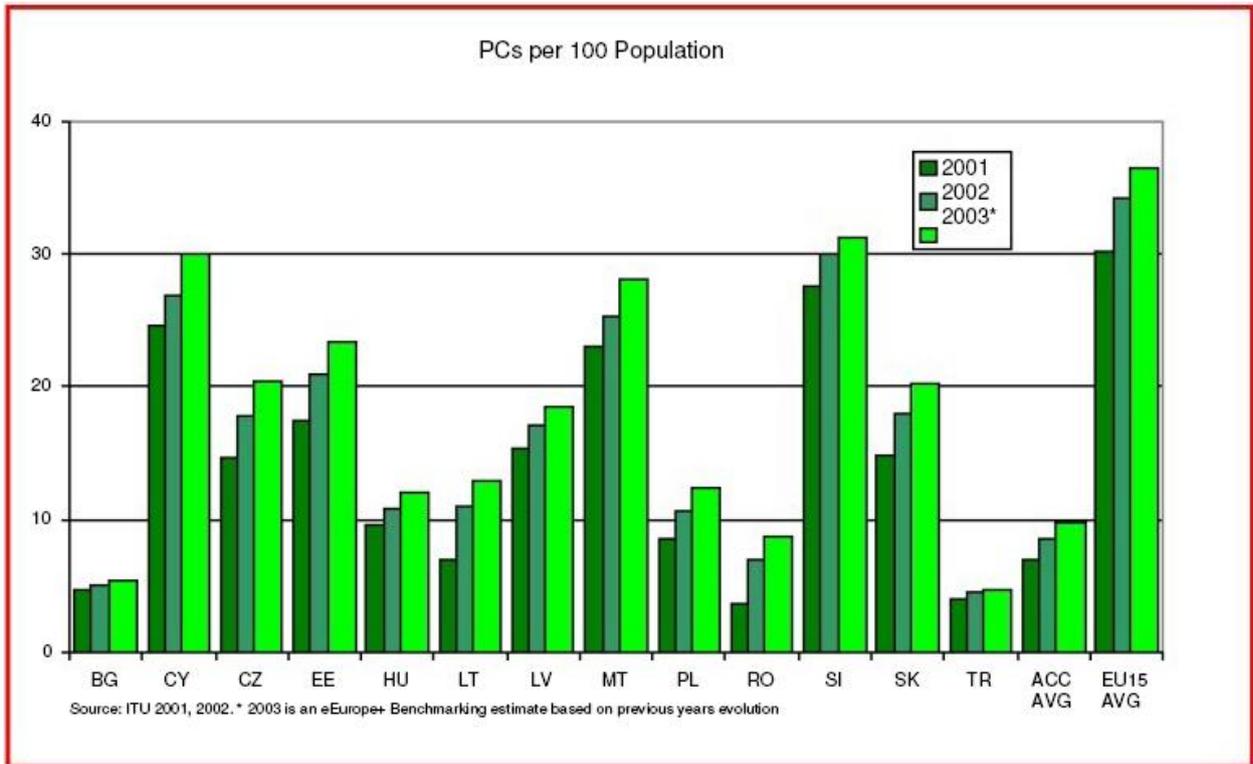
Quelle: FPR 2004, 8

Aufgrund der weiterhin langen Wartezeiten bei der Einrichtung von Festanschlüssen, der Erhöhung der Ortstarife im Festnetz sowie der frühen Verfügbarkeit von technisch ausgereiften Mobiltelefonie-Diensten seien diese vielerorts nicht nur Ausweichmöglichkeit, sondern die bessere Lösung. „Indeed, in some countries the fixed telephony penetration rates have even dropped as subscribers cease using fixed telephony in favour of mobile.“ (PR 2002, 16)

Auch wenn sich in Slowenien und Tschechien mit der Erreichung des Penetrationsgrades der EU-15 im Jahr 2003 sogar erste Anzeichen für eine Sättigung der Märkte erkennen lassen, bleibt fraglich, ob über die mobilen Verbindungen auch der massenhafte Zugang zum Internet ermöglicht werden und die Einebnung der Stadt/Land Asymmetrien gelingen kann. Bis auf in Tschechien und Rumänien bewegten sich die Internetzugriffe über Mobiltechnologie im Dezember 2003 überall deutlich unter 5%.

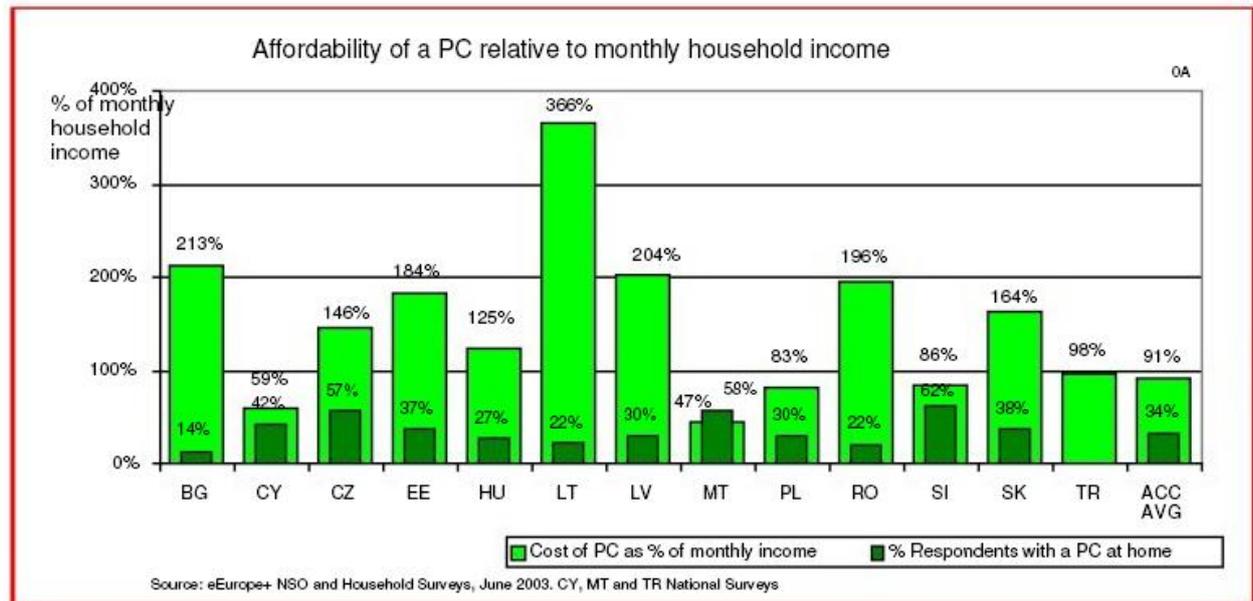
#### - PC-Penetration

Die Verbreitung von PCs ist von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der Nachfrage nach Internetzugängen. Dabei ist die durchschnittliche PC-Penetration in den MOEL signifikant niedriger als in den EU-15 und bewegt sich für die Jahre 2001, 2002 und 2003 bei etwa 7, 8,6 und 10 pro 100 Einwohnern (im Vergleich zu 30, 34 und 36 für die EU-15).



Quelle: FPR 2004, 10

Ein zentrales Kriterium für die Entwicklung der Penetrationsraten sowohl von Kommunikationsanschlüssen als auch von PCs ist deren Erschwinglichkeit. Ins Verhältnis zur monatlichen Kaufkraft eines Durchschnittshaushaltes gesetzt, kostet ein PC folgendes:

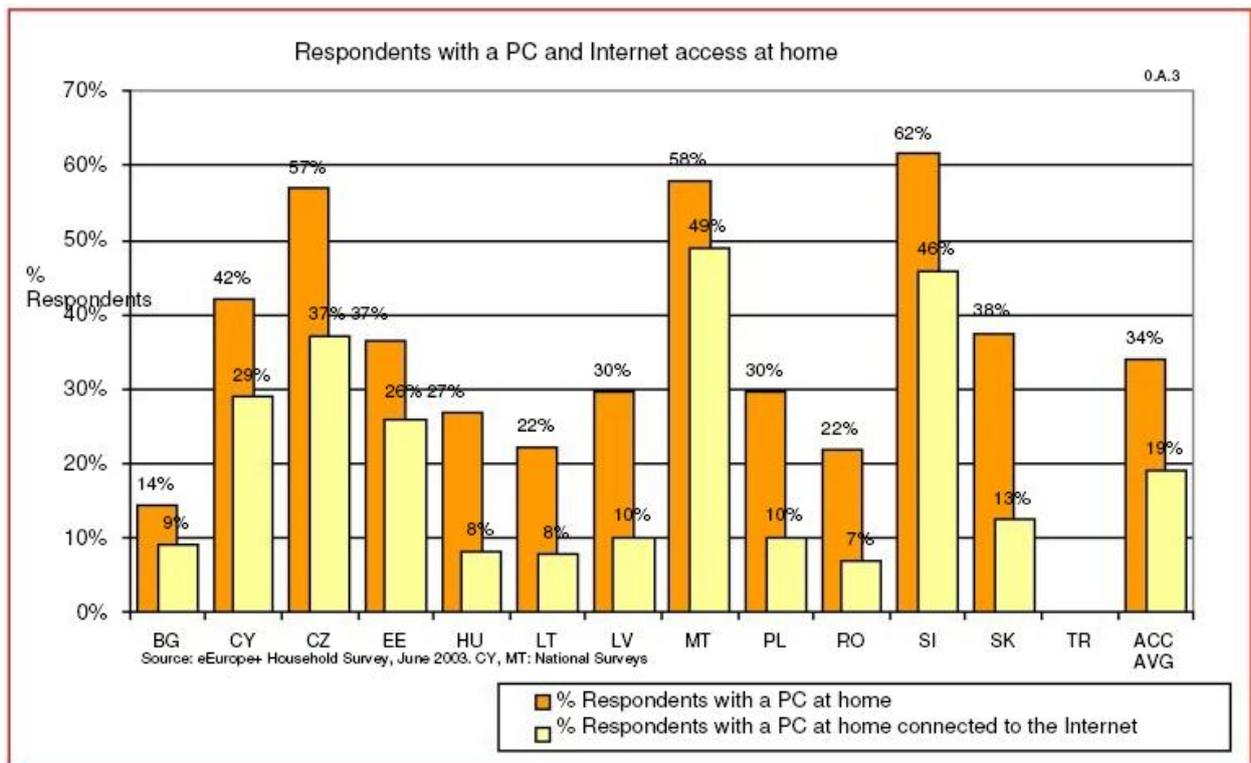


Quelle: FPR 2004, 12

„For the Czech Republic, Estonia, Hungary, Poland, Slovenia, and the Slovak Republic, the purchase price of a PC is more than the average monthly salary but in Bulgaria, Lithuania, Latvia, and Romania, the purchase price is more than twice the average monthly salary. In Lithuania, a PC costs almost four times the average monthly salary. As using a PC is the favoured means of accessing the Internet, the

high cost in many countries will be a major inhibitor. The four countries with the most expensive PCs are amongst those with the lowest household Internet penetration levels.“ (EPR 2004, 4)

Im Durchschnitt belaufen sich die Anschaffungskosten für einen PC in etwa auf ein durchschnittliches Monatseinkommen und stellen somit eine erhebliche finanzielle Belastung für die Privathaushalte dar, die nur durch erhebliche Vorteile eines solchen und die über das Internet verfügbaren Dienste kompensiert werden könnte. Der Bericht gibt schließlich unumwunden zu, dass: “The availability of ‘online government services’ or the ability to ‘purchase goods and services online’ hardly seems to justify such a major investment.“ (FPR 2004, 12)



Quelle: FPR 2004, 13

#### - Ausbau der Breitbandinfrastruktur

Für die Entwicklung der Informationsgesellschaft kommt dem Ausbau der Breitbandinfrastruktur natürlich eine zentrale Bedeutung zu. In den Beitritts- und Kandidatenländern seien gerade einmal 13% der in den Haushalten vorhandenen Computer über eine Breitbandverbindung an das Internet angeschlossen – wobei sich die Diffusion von Computern in den Haushalten insgesamt auf einem deutlich niedrigeren Niveau bewegt (s.o.).

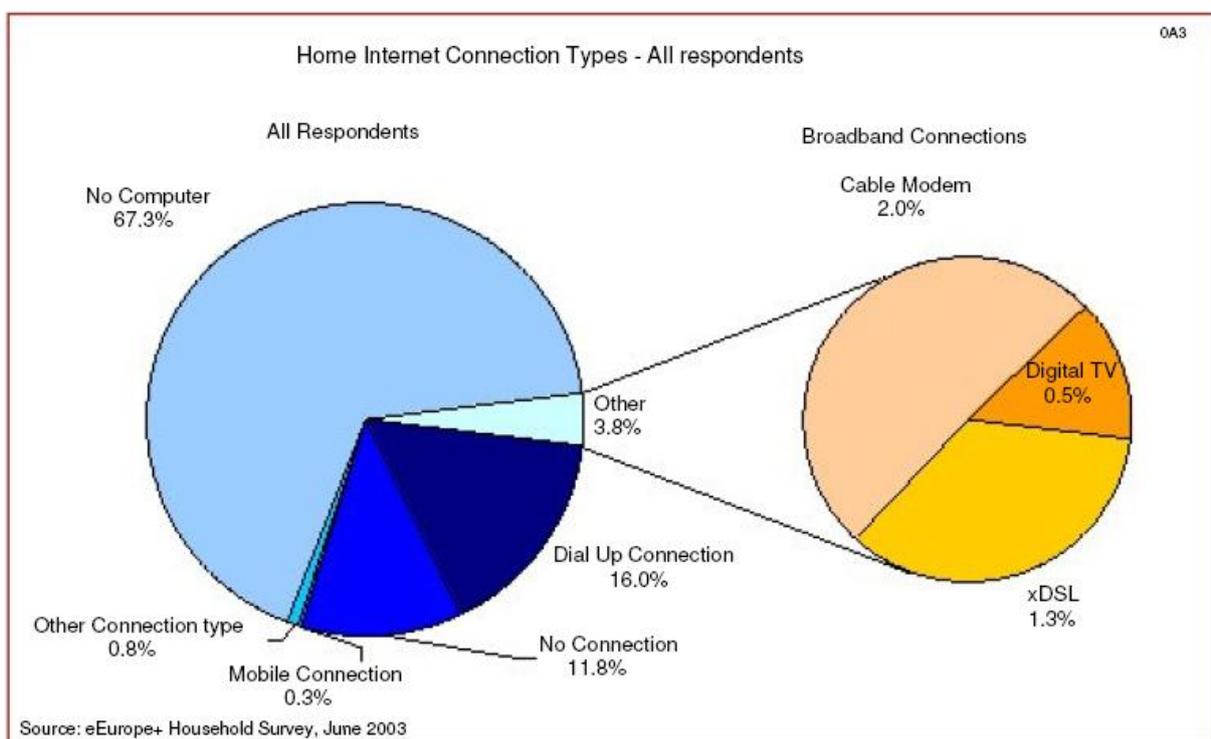
Angesichts der Bedeutung, die der Aktionsplan eEurope 2003+ dem Ausbau der Breitbanddienste beigemessen hat, seien diese Ergebnisse „enttäuschend“ (FPR 2004, 9). Tatsächlich offenbaren sich hier die Schwächen eines marktgetriebenen

Infrastrukturausbaus. Dort, wo es keinen Wettbewerb gibt, gibt es keine fallenden Preise, entsteht keine ausreichende Nachfrage und gibt es demnach keine Aussichten, eventuelle Investitionen zu refinanzieren. In ländlichen Regionen setzt der Teufelskreis bei der mangelnden Nachfrage an, die keine Investitionen und keinen Wettbewerb und somit keine fallenden Preise nach sich ziehen. Die Preise für einen DSL-Anschluss sind in den MOEL deutlich höher als in den EU-15:

“For example, in Estonia a 256K download speed costs just over 20 euro a month and in Belgium a 3M download speed also costs just over 20 euro a month. The fastest download speed identified in the ACCs was in Lithuania (2M download speed) and priced at almost a 1,000 euro a month and this represents two thirds of the speed on offer in Belgium at forty times the price. Therefore, xDSL prices in the ACCs are far higher than in the EU and this will be a restraining factor in broadband deployment over the next few years.” (EPR 2004, 10)

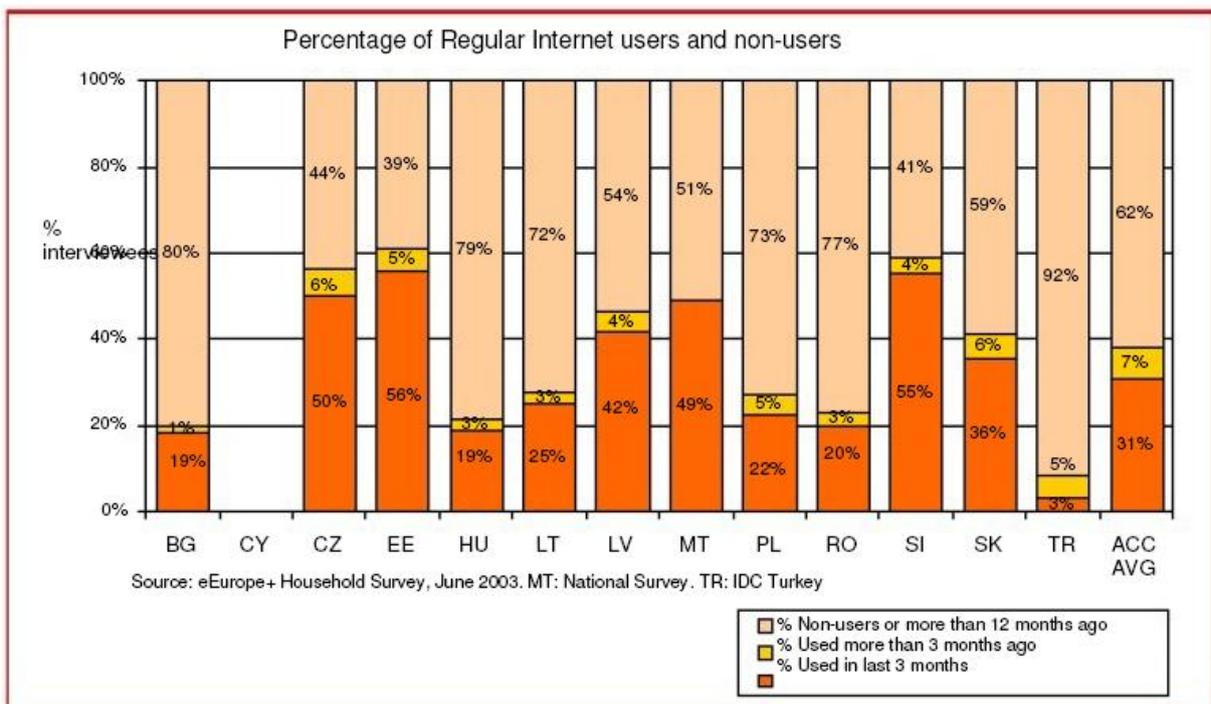
Die Kosten für einen Telefon- und Internet-, insbesondere für einen Breitbandanschluss sind im Vergleich zum EU-15 Durchschnitt erheblich höher, bei deutlich geringeren Bandbreiten. Im Juni 2003 lagen die Tarife in allen mitteleuropäischen Ländern über dem günstigsten EU-15 Tarif (Finnland 5,90 EUR) – nicht nur zu „peak“-Zeiten, sondern auch zu „off peak“-Zeiten, woraus wiederum geschlossen werden kann, dass die Tarifmodelle in den MOEL weniger Vergünstigungen vorsehen und damit eine wenig effiziente Auslastung der Netze zementieren (EPR 2004, Annex 2, 55).

Ein marktgetriebener Infrastrukturausbau wird bestimmte Regionen demnach auch mittel- und langfristig aussparen: „It should be noted that in the EU there are regions where xDSL services are not provided until there is sufficient local demand to make it economically feasible for the operator to offer the service.“ (FPR 2004, 9) Da der Rückstand bei dem Ausbau der Breitbandnetze vermutlich nicht mehr eingeholt werden kann, müssen die MOEL auf ein anderes Entwicklungsmodell setzen: statt eines weiteren Ausbaus des Festnetzes wird wohl auf eine Strategie des „leapfrogging“ über mobile, drahtlose Netze gesetzt.



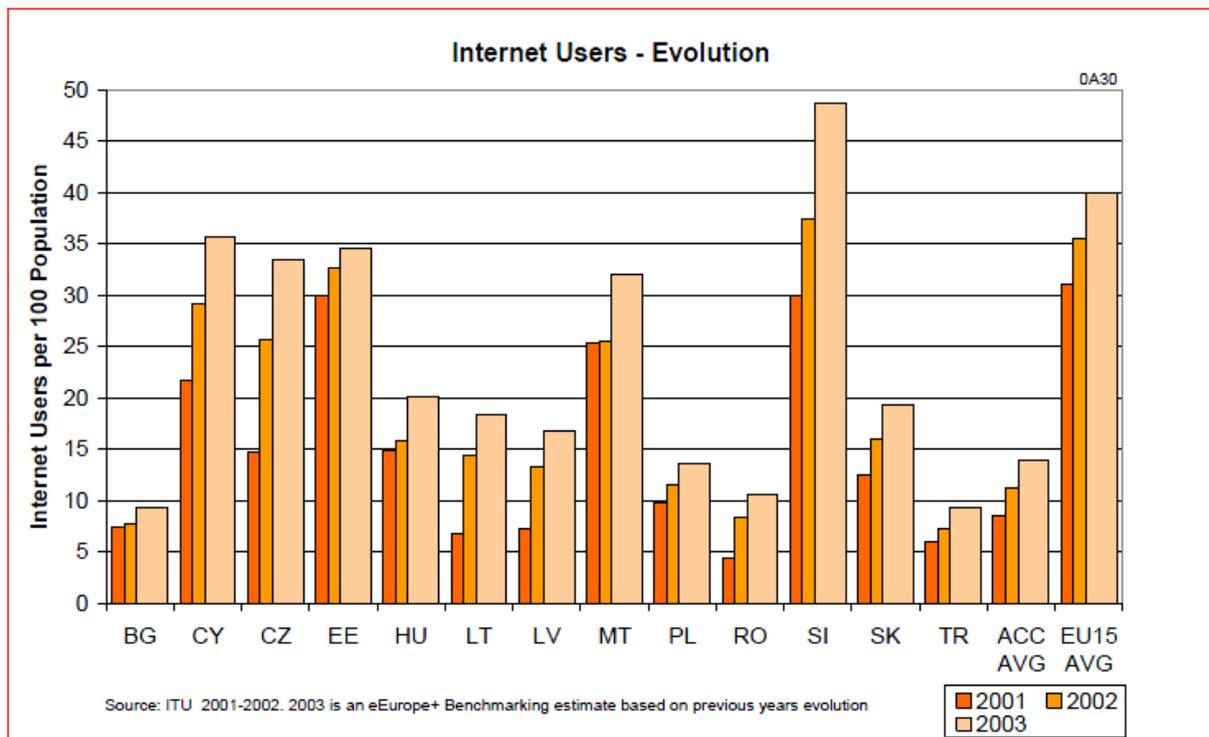
- *Internetnutzung*

Aufgrund der Nutzung alternativer Zugangsmöglichkeiten zum Internet (öffentliche Zugangspunkte, Arbeitsplatz, Schulen, Universitäten, Internetcafés, etc.) kann die tatsächliche Internetnutzung von der Verbreitung der technischen Zugangsmöglichkeiten abweichen. Während im Jahr 2003 in den EU-15 durchschnittlich 50% der BürgerInnen das Internet genutzt haben (mit Dänemark (71%) und Schweden (77%) an der Spitze, Portugal (26%) und Griechenland (16%) am unteren Ende), waren es in den Beitritts- und Kandidatenländern nur durchschnittlich nur 38%. Allein Estland (61%), Tschechien (56%), Slowenien (59%) und die Slowakei (42%) können westeuropäische Durchschnittswerte erreichen oder sogar übertreffen, Rumänien (22%), Ungarn (21%) und Bulgarien (24%) bewegen sich immerhin nur knapp unterhalb der westeuropäischen unteren Grenze. Im Umkehrschluss heißt das, dass im Durchschnitt 62% (in Tschechien immerhin noch 44%, in Polen 73% und in Ungarn gar 79%) der Bevölkerung der Beitritts- und Kandidatenländern das Internet so gut wie gar nicht nutzen.



Auch wenn man die regelmäßige Nutzung des Internet betrachtet (mindestens einmal pro Woche), dann ist der Abstand zwischen den Beitrittsländern (20%) zu den EU-15 (46% ) erheblich. Während es in Polen, Bulgarien, Ungarn und Rumänien sogar deutlich weniger als 20% regelmäßige Internetnutzer gab, können nur Estland, Tschechien und Slowenien den EU-15 Durchschnitt erreichen (EPR 2004, Annex 2, 43). In den letztgenannten Ländern hatte es auch das größte Wachstum der regelmäßigen Internetnutzer gegeben (FPR 2004, 25),

ausschlaggebend dafür seien vermutlich die in diesen Ländern relativ günstigen ökonomischen Bedingungen und die relative niedrigen Kosten für Computeranschaffung und Internetzugang (PR 2004, 25). 34% der Menschen aus den Beitrittsländern geben an, einen Internetanschluss haben zu wollen, dem Abbau dieses Nachfrageüberhang stehen vermutlich strukturelle Gründe (Zugangskosten vs. Kaufkraft, mangelnder Infrastrukturausbau, etc.) entgegen.



Quelle: FPR 2004, 14

Immerhin ist die durchschnittliche Zahl der Internetnutzer in den Beitritts- und Kandidatenländern innerhalb von zwei Jahren von 8,6% (2001) auf 13,9% (2003) um beinahe 60% gewachsen (während das Wachstum in den EU-15, allerdings auf deutlich höherem Niveau, nur 29% betragen hat). Zudem war das Wachstum der Internetnutzer sehr unterschiedlich in den verschiedenen Ländern verteilt, von den bspw. nur sehr bescheidenen Fortschritten in Polen oder Bulgarien zu den Wachstumssprüngen in Tschechien, Slowenien, Litauen oder Lettland (FPR 2004, 13).

#### - Nutzungsweisen

Die meistgenutzten Orte für den Internetzugang sind der Heim-PC (54%), der Arbeitsplatz (44%) und Bildungseinrichtungen (19%). In Bulgarien, Polen, Rumänien und der Slowakei werden zudem, vermutlich aufgrund der weitaus geringeren Verbreitung von Computern, auch die privaten Internetcafés regelmäßig benutzt (FPR 2004, 26).

Diese Internetnutzer, ein Bruchteil der Gesamtbevölkerung, nutzen das Internet hauptsächlich für die Suche nach Informationen (84% der Nutzer), die Kommunikation per e-

mail (77%), die Beschaffung von Spielen und Musik (38%) sowie die Teilnahme an Diskussionsforen und Chats (32%) (FPR 2004, 27).

- *eCommerce, Unternehmen im Netz*

Der Kauf und Verkauf von Gütern und Dienstleistungen online kommt nur schleppend voran. Zum einen ist die Transposition des rechtlichen Rahmens für eCommerce, notwendig zur Schaffung von Rechtssicherheit und Vertrauen, gerade in diesem Bereich weniger weit vorangeschritten, da sie vorgängige Bestimmungen zur Verschlüsselung und zum Datenschutz voraussetzt, wo erst einmal entsprechende Infrastrukturen aufzubauen wären.

Zum anderen sei das Vertrauen der KonsumentInnen aufgrund der schlechten Qualität und geringen Zuverlässigkeit von Lieferungen nach Hause so gut wie inexistent, wie ohnehin ein allgemeines Misstrauen gegenüber dem elektronischen Zahlungsverkehr gehegt wird. Damit der eCommerce angeschoben werden kann, bedürfe es neben der Schaffung von Rechtssicherheit regelrechte Kampagnen zur Imageaufbesserung.

Zwar habe im Untersuchungszeitraum die Suche nach Informationen über Produkte und Dienstleistungen in Bulgarien um 17%, in Tschechien um 14%, in Estland um 15% und in Rumänien um 11% zugenommen (in Polen hingegen ist sie um 8% eingebrochen). Während um die 51% das Internet zur Recherche und Suche nach Produkten und Dienstleistungen nutzen, bestellen nur 12% diese Waren dann auch online. So haben die online abgewickelt Käufe in Tschechien tatsächlich nur 6%, in Estland 5% und in Ungarn 4% zugenommen, in Lettland sind sie um 4%, in Polen um 5% eingebrochen. Aufgrund des sehr niedrigen Gesamtniveaus lassen sich hier aber nicht wirklich Trends ablesen, zumal sich diese Werte ja ohnehin nur auf die Zuwachsraten unter den wenigen Internetnutzern beziehen.

„Business to Consumer e-commerce is on a very low level. The Central European average is 3.4 per cent of individuals having purchased on the Internet (December 2003) while the EU-15 average is 16 per cent (...). The EU-15 countries that scored lowest were Greece (3 per cent), Portugal (4 per cent), and Italy (7 per cent) while the highest scorers in Central Europe are Slovenia (10.8 per cent), Czech Republic (9.9 per cent), and Estonia (5.9 per cent).“ (EPR 2004, Annex 2, 58)

Immerhin würden 23% der Internetnutzer Online-Banking nutzen (in Estland 75%, Polen und Tschechien um die 20%, Ungarn aber nur 9%).

Auch der elektronische Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen<sup>589</sup> (B2B) nehme zwar zu, bleibt aber auf einem insgesamt sehr niedrigen Niveau. In den MOEL haben mittlerweile über 70% der untersuchten Unternehmen einen Internetzugang, allerdings nur 39% dieser Unternehmen eine eigene Internetpräsenz (SPR 2004, 29). Von den Unternehmen mit einer eigenen Internetpräsenz wiederum vertreibt nur jedes vierte über diese auch Waren oder Dienstleistungen und nur jedes siebte dieser Unternehmen erzielt damit mehr als 1% seines

---

<sup>589</sup> „The eEurope+ Benchmarking surveyed companies in the following sectors: manufacturing, construction, wholesale and retail trade, hotels and restaurants, transport, storage, communication, and other activities such as consultancy, R&D, testing, and advertising.“ (eEurope 2003+, PR 2004, 29). Unter den Unternehmen lassen sich ähnliche Muster und Trends finden.

Umsatzes (FPR 2004, 31). Die Abwicklung von Zahlvorgängen online ist kaum vorhanden, auch vielleicht weil Kreditkarten in den CEEC nicht so weit verbreitet sind wie in den EU-15.

Immerhin nutzen aber 69% der tschechischen, 61% der ungarischen und 53% der polnischen Unternehmen das Internet für Bank- und Finanztransaktionen (FPR 2004, 28).

#### - *Digitalisierung der Arbeitswelt*

Die Integration von Computern in den tägliche Arbeitsabläufe bzw. die Anwendung von Computerkenntnissen sind nicht weit verbreitet. Während in den EU-15 durchschnittlich 53% (mit Schweden (73%) und Dänemark (72%) auf der einen, Spanien (36%), Griechenland (35%) und Portugal (32%) auf der anderen Seite des Spektrums) der Arbeitnehmer einen Computer an ihrem Arbeitsplatz nutzen, sind es in den MOEL nur durchschnittlich 35%. Immerhin liegen außer Bulgarien und Rumänien alle MOEL vor der EU-15 Schlussgruppe (EPR 2004, 8). Mit Ausnahme von Polen (61%), Tschechien (50%) und der Slowakei (48%) sind nur 36% oder weniger der Arbeitskräfte in der Lage, einfache Computeranwendungen zu bedienen (EPR 2004 ausf., 7).

#### - *Die Nicht-Nutzung*

„Among the most important reasons not to use Internet are, according to the eEurope+ survey, ‚I don't want Internet' (35,3 per cent), ‚I don't know how to use a computer' (33 per cent), ‚I have no access device at home' (17,3 per cent), ‚I do not know exactly what it is' (17,3 per cent), ‚computers are too expensive' (18,2 per cent) and ‚the Internet connection is too expensive' (12,6 per cent) (December 2003).“ (EPR 2004, Annex 2, 55)

Auf das nicht-Wollen und nicht-Wissen entfällt somit ein Großteil der Angaben, ersteres wird mit einem Mangel an Freizeit und an Interesse für die im Internet abgestellten Inhalte begründet. Dieser Mangel von Interesse wird – vermutlich im Sinne der EU-i2010-Initiative – auf mangelnde Angebote und Inhalte in der entsprechenden Sprache zurückgeführt, obwohl weniger als 5% Sprachbarrieren als Verhinderungsgrund (und mangelnde Sicherheit bei Internettransaktionen von weniger als 1%) angegeben hatten (SPR 2004, 41).

Unter denjenigen, die das Internet gerne nutzen würden, wird das Nichtvorhandensein der technischen entsprechenden Zugangsgeräte als Hauptbegründung für die Nichtnutzung genannt. Trotz eines durchaus vorhandenen Nachfrageüberhangs kann diese nicht im Rahmen der vorhandenen Kaufkraft bedient werden. So werden die Anschaffungskosten für einen internetfähigen Computer und die Anschlusskosten ans Internet von 11% bzw. 8% als zu teuer angegeben (Tschechien 10% und 10%; Ungarn 14% und 17%; Polen 9% und 15%) (FPR 2004, 39). Die Kosten für die Anschaffung eines PCs und den Unterhalt einer Breitbandverbindung „can offer an explanation as to why approximately 66% of households do not possess a PC and 81% do not have access to the Internet.“ (FPR 2004, 12)

Die im Verhältnis zur Kaufkraft hohen IKT-Kosten zeigen sich im Anteil der tatsächlichen Ausgaben der Privathaushalte: Innerhalb der OECD-Länder geben die ungarischen Haushalte mit 5,7% nach Korea am meisten für IKT aus (!), tschechische Haushalte immerhin noch 3,7%, polnische 3% – und das trotz des relativ geringen technologischen

Austattungsniveaus (OECD, 2002, Measuring the Information Economy, 13, zit.n. EPR 2004, Annex 2, 55).

“A major inhibiting factor for the Central European countries is the fact that average income is very low compared to the EU average. The average GDP per capita of the Central European countries in purchasing power parity terms was, in 2002, 34 per cent of the EU level (...). The GDP per capita of the 10 new EU member states (2004) is 47 per cent of the EU level (2002). Behind these figures economic structures are hidden that are usually very different from the average EU-15 country. For example, a significant part of the population in many Central European countries still lives in the countryside, sometimes deprived of basic services. In addition, service industries are usually less developed.” (EPR 2004, Annex 2, 36)

**Table A.2.1 EU new member states and Candidate Countries, GDP per capita (2003, EU=100) GDP in 2002 as percentage of GDP in 1989 and population, 2004**

	Country code	GDP per capita PPS EU=100, 2003	GDP in 2002 as a % of GDP in 1989	Population, millions (1st January 2004)
<i>Slovenia</i>	<i>SI</i>	76	117	2.0
<i>Cyprus</i>	<i>CY</i>	72(2002)		0.7
<i>Czech Republic</i>	<i>CZ</i>	61	105	10.2
<i>Hungary</i>	<i>HU</i>	59	118	10.1
<i>Malta</i>	<i>MT</i>	55 (1999)		0.4
<i>Slovakia</i>	<i>SK</i>	49	109	5.4
<i>Estonia</i>	<i>EE</i>	44	95	1.4
<i>Lithuania</i>	<i>LT</i>	41	78	3.5
<i>Poland</i>	<i>PL</i>	40	130	38.2
<i>Latvia</i>	<i>LV</i>	38	81	2.3
<i>Bulgaria</i>	<i>BG</i>	26	83	7.8
<i>Romania</i>	<i>RO</i>	26	88	21.7
<i>Turkey</i>	<i>TR</i>	23		69.6
13 accession countries and new member states		34 (2002)		173.3
10 new EU member states (2004)		47 (2002)		74.2
10 Central European countries (new member states in CE plus Bulgaria and Romania)	CE			102.6

Source: GDP per capita and population: Eurostat: IBM (2003); GDP 2002/1989: Economic Commission for Europe, UN.

Quelle: EPR 2004, Annex 2, 37

Die mangelnde Verfügbarkeit von Internetzugängen in privaten Haushalten soll durch die Einrichtung von öffentlichen Internetzugangspunkten durch private wie auch von öffentliche Anbietern überbrückt werden (Computerarbeitsplätzen mit Internetanschluss bspw. in Bibliotheken und Schulen (nach Schulschluss), vollständig private Internet-Cafés zählen nicht in diese Kategorie). Durch Kursangebote könnten zudem die notwendigen Kenntnisse vermittelt werden.<sup>590</sup>

<sup>590</sup> Allerdings wurde auch in Estland, dem Land mit der höchsten Dichte an PIAPs, das Nichtvorhandensein von internetfähigen Computern als wichtigster Grund für die Nicht-Nutzung des Internets ausgegeben wird.

- *Digital Divide*

Die sogenannte "digital divide" (digitale Kluft) trennt nicht nur die Kandidatenländer von den EU-15, sondern auch innerhalb der Gesellschaften Menschen aus urbanen von Menschen aus ländlichen Regionen, Menschen mit hoher von Menschen mit niedriger Ausbildung, Ältere von Jüngeren, Männer von Frauen, Reiche von Armen. Auch wenn in einigen Ländern die Datenerhebung nicht ausreichend differenziert durchgeführt wurde, sind doch einige Konturen erkennbar.

In den Beitrittsländern ist der Anteil der Investitionen in IKT pro Kopf deutlich geringer als in den EU-15:

**Table A.2.4. ICT expenditure per capita (2000) and as percentage of GDP (2002)**

	BG	CZ	EE	HU	LT	LV	PL	RO	SI	SK	Western Europe
Per capita	37	252	162	187	97	71	106	30	136	257	755
% of GDP	2.1	4.0	3.8	3.2	2.0	1.8	2.1	1.5	3.4	2.4	3.3

Source: EITO (2003)

Quelle: EPR 2004, Annex 2, 42

Den 755 (Währungseinheiten unklar) in Westeuropa stehen 106 in Polen, 187 in Ungarn und 252 in Tschechien gegenüber. Nicht nur in absoluten Zahlen sind die Investitionen in IKT in den Beitrittsländern deutlich geringer als in den EU-15, auch ihr Anteil am BIP – allem Gerede vom „leapfrogging“ zum Trotz – ist in der Regel geringer als in den EU-15. Dies gilt auch, wenn man längerfristige Zeiträume in den Blick nimmt:

„During 1993-2001 the Czech Republic spent 6.8 per cent of GDP, Hungary 6.2 per cent, Slovakia 5.5 per cent, Poland 3.7 per cent, Slovenia 3.7 per cent, and Romania 1.5 per cent. For comparison: the UK spent 8.0 per cent, Belgium 6.5 per cent, The Netherlands 7.5 per cent, and the USA 7.8 per cent (...).“ (EPR 2004, Annex 2, 42)

Aufgrund der geringen Ausgaben für IKT wird es wohl kaum zu einer substantiellen Annäherung zwischen West und Ost in Sachen Telekommunikation kommen. Zwar wird der Ausbau der Infrastruktur in absoluten Zahlen vorangehen, aber deutlich langsamer und ohnehin von einem geringeren Niveau beginnend als in den EU-15. Während im Jahr 2003 Westeuropa 15.9 Mio. ADSL-Anschlüsse vorhanden sind, sind es in Osteuropa gerade mal 128 000. Nach Schätzungen von EITO wird es im Jahr 2006 in Westeuropa 35.6 Mio. ADSL Anschlüsse geben, in Osteuropa aber nur 2.2 Mio.. Daraus kann zwar geschlossen werden, dass Osteuropa über die stärksten Wachstumsraten verfügt, den knapp 20 Mio. neuen Anschlüssen innerhalb von 3 Jahren in Westeuropa stünden aber gerade einmal 2,1 Mio. neue Anschlüsse im gleichen Zeitraum in Osteuropa gegenüber (EPR 2004, Annex 2, 42).

Die Disparität der in die IKT geschossenen Investitionen in West und Ost schlägt sich weiterhin in einem deutlichen Nachfrageüberhang, d.h. Wartezeiten auf einen Anschluss ans Telefonnetz nieder: trotz eines deutlichen Abbaus der Wartezeiten im Vergleich zu den frühen 1990er Jahre beträgt sie – im Jahr 2003 – in Bulgarien und Polen immer noch länger als zwei Monate. Dazu kommen die hohen Quoten an Verbindungsstörungen: ebenfalls im Jahr 2003 schlugen in Bulgarien 47% aller Verbindungsversuche fehl, in Rumänien 9.8%, in Slowenien 8.6% (EPR 2004, Annex 2, 42).

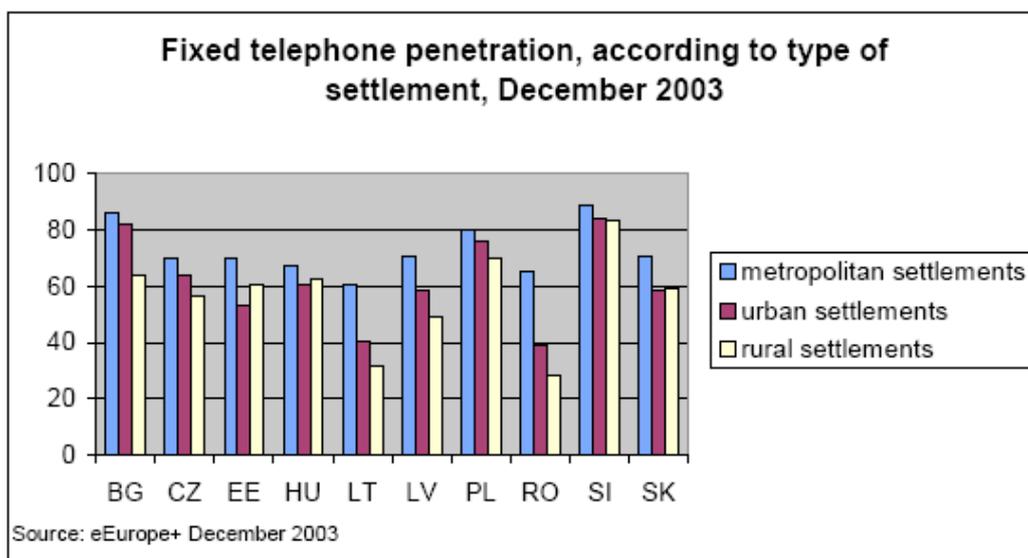
Ein weiteres Problem hinsichtlich der Nutzung des Festnetzes für den Internetzugang ist, dass insbesondere in ländlichen Räumen weiterhin „Gemeinschaftsleitungen“ verlegt sind, d.h. mehrere Nutzer-Anschlüsse durch eine Leitung bedient werden. So waren Ende 2002 z.B. in Bulgarien immer noch 46,6% aller Telefonleitungen „Gemeinschaftsleitungen“, in Rumänien 4,1% (EPR 2004, Annex 2, 42).

- *Stadt/Land*

Spitzenregionen wie urbane Ballungsgebiete in den MOEL können einzelne EU-Mitgliedsländer durchaus übertreffen, der Gesamtdurchschnitt eines Landes aber kaum. Daraus kann geschlossen werden, dass die Asymmetrien zwischen Stadt und Land in den MOEL viel stärker ausgeprägt sind als in den EU-15.

Hinsichtlich der Festanschlüsse sind die Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen deutlich zu erkennen, besonders drastisch ausgeprägt sind sie in Bulgarien, Litauen, Lettland und Rumänien, weniger stark in Slowenien.

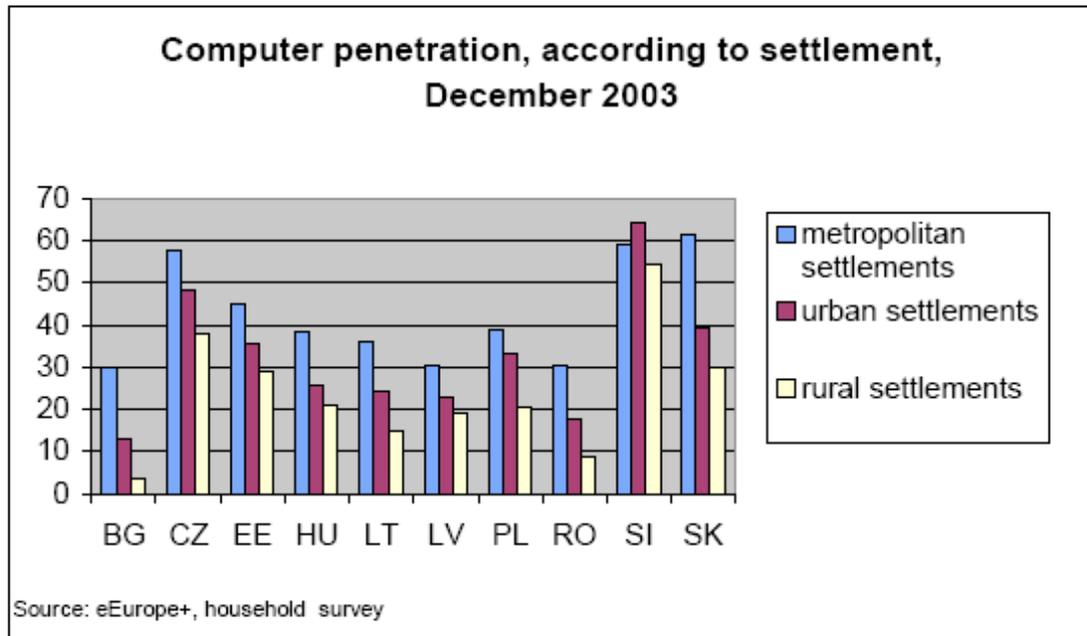
**Graph A.2.8 Fixed telephone lines; according to type of settlement, December 2003**



Quelle: EPR 2004, Annex 2, 48

Auch hinsichtlich der Verbreitung von Computern ist die Stadt/Land-Schere in allen Ländern (außer Slowenien) deutlich ausgeprägt.

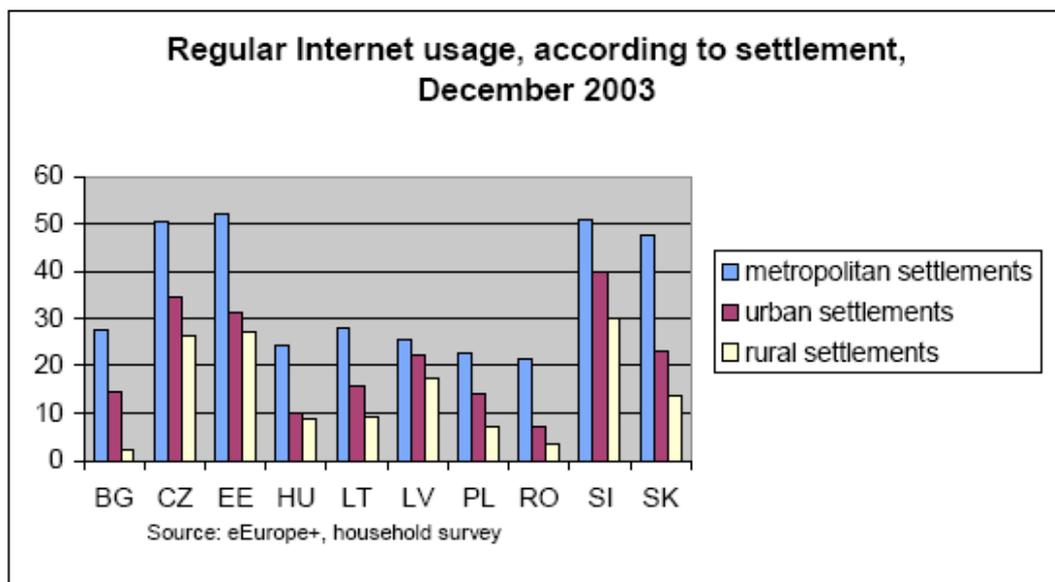
**Graph A.2.9 Computer penetration, according to settlement, December 2003**



Quelle: EPR 2004, Annex 2, 49

Nach der Betrachtung dieser beiden für die Nutzung des Internets relevanten Indikatoren ist kaum verwunderlich, dass diese ebenfalls in allen Ländern deutlich entlang des Stadt/Land-Kriteriums aufgespalten ist.

**Graph A.2.10 Regular Internet usage, broken down by residence, December 2003**



Quelle: EPR 2004, Annex 2, 49

Obwohl Slowenien sowohl im Bereich der Festnetzanschlüsse als auch hinsichtlich der Verbreitung von Computern eine nur sehr schwach ausgeprägte Stadt/Land-Schere aufweist, ist auch hier hinsichtlich der Internetnutzung eine bemerkenswerte Schere festzustellen. Neben der Tatsache, dass selbst vorhandene Festnetzanschlüsse auf dem Land häufig analog geschaltet sind, nur über eine geringe Bandbreite verfügen und für den Aufbau einer Internetverbindung zu unzuverlässig sind, kommen hier vermutlich auch noch andere entlang der Stadt/Land-Schere verteilte, für die Internetnutzung relevante Faktoren (wie z.B. Bildung, Alter oder spezifischer Gebrauchswert des Internetangebots) zum Tragen.

- *Bildung*

Die Korrelation der Internetnutzung mit dem Bildungsniveau ist deutlich ausgeprägt.

**Table A.2.8 Percentage of respondents that have never used Internet, according to educational attainment (in brackets: total numbers of respondents with level of educational attainment) (June 2003)**

	BG	CZ	EE	HU	LT	LV	PL	RO	SI	SK
Primary and lower secondary education	82% (631)	71% (546)	50% (195)	81% (460)	81% (291)	82% (522)	91% (398)	76% (235)	76% (235)	61% (279)
Medium and upper secondary education	80% (1028)	30% (505)	45% (639)	67% (909)	73% (1104)	67% (616)	57% (298)	77% (1028)	44% (642)	51% (562)
Tertiary education	43% (345)	12% (133)	18% (214)	36% (150)	41% (156)	31% (260)	29% (81)	44% (160)	13% (114)	19% (241)

Source: eEurope+, household survey

Quelle: EPR 2004, Annex 2, 51

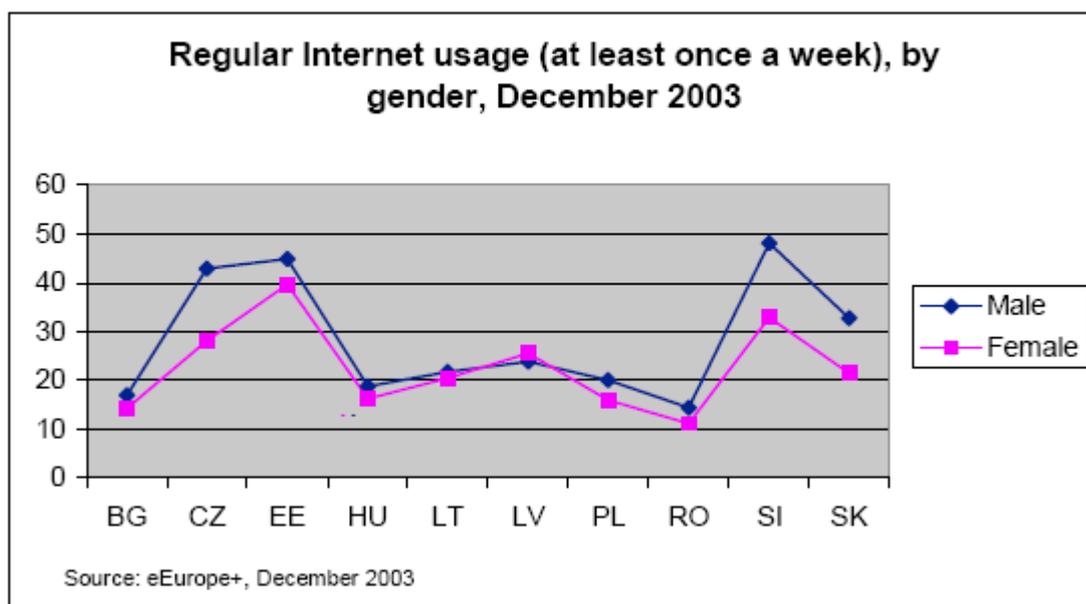
- *Digital Literacy*

Die sogenannte „digital literacy“, also die Internetfähigkeit der Bevölkerung ist – auf einer Skala von 0 bis 3 (max.) – mit einem Indexwert von 0,3 in den MOEL ebenfalls auf einer deutlich niedrigeren Stufe als in den EU-15 (0,8, in den USA ist dieser Wert 1,5) (EPR 2004, Annex 2, 50). Mit 0,7 haben Estland und Slowenien die höchsten Werte der ACC und bewegen sich damit auf dem gleichen Niveau wie Italien und Spanien, während Tschechien (0,6), Lettland (0,5), Litauen (0,4) und Bulgarien, Rumänien, Polen und Ungarn (jeweils 0,3) sich auf oder unter dem Niveau der schwächsten westeuropäischen Staaten (Griechenland 0,5, Portugal 0,4) bewegen (EPR 2004, Annex 2, 50). Dabei ist die „digital literacy“ der Jugend höher als die der Gesamtbevölkerung, allerdings ergeben sich im Vergleich zu den EU-15 auch auf diesem höheren Niveau die nahezu gleichen Abstände (MOEL: 0,9; EU-15: 1,5) (EPR 2004, Annex 2, 50).

- *Geschlecht*

Mit einer Verteilung von 47% weiblichen gegenüber 53% männlichen gibt es bei der Internetnutzung nach Geschlechtszugehörigkeit insgesamt weniger starke Unterschiede als bei den anderen Diskriminierungskategorien. In Tschechien, Slowenien und Slowakei sind die Unterschiede in der Internetnutzung zwischen Männern und Frauen deutlicher ausgeprägt. Im Bereich der tertiären Bildung ist allerdings eine deutliche Rücknahme des Frauenanteils in den IKT-bezogenen Ausbildungsprogrammen zu erkennen (13% weiblich vs. 87% männlich).

**Graph A.2.13 Regular Internet usage, by gender, December 2003**



Quelle: EPR 2004, Annex 2, 49

- *Einkommen*

Der Zugang zum Internet ist ebenfalls deutlich mit dem durchschnittlichen Haushaltseinkommen sowie den Kosten für einen Internet Zugang korreliert:

**Table A.2.12 Internet access from home, Internet access costs and average monthly salary, December 2003**

	BG	CZ	EE	HU	LT	LV	PL	RO	SI	SK
% of all respondents with Internet access from home	8.4	29.8	29.5	10.3	8.6	9.8	14.1	5.9	34.8	13.4
Mean costs for Internet access costs per month (euros)	14	19	16	32	14	18	10	10	21	15
Average monthly salary (euros)	211	550	383	491	317	324	444	167	1312	440

Source: eEurope+, household survey, NSO survey

Anteil Internetzugangskosten vom Durchschnittseinkommen	6,6%	3,5%	4,1%	6,5%	4,4%	5,6%	2,2%	6%	1,6%	3,4%
---	------	------	------	------	------	------	------	----	------	------

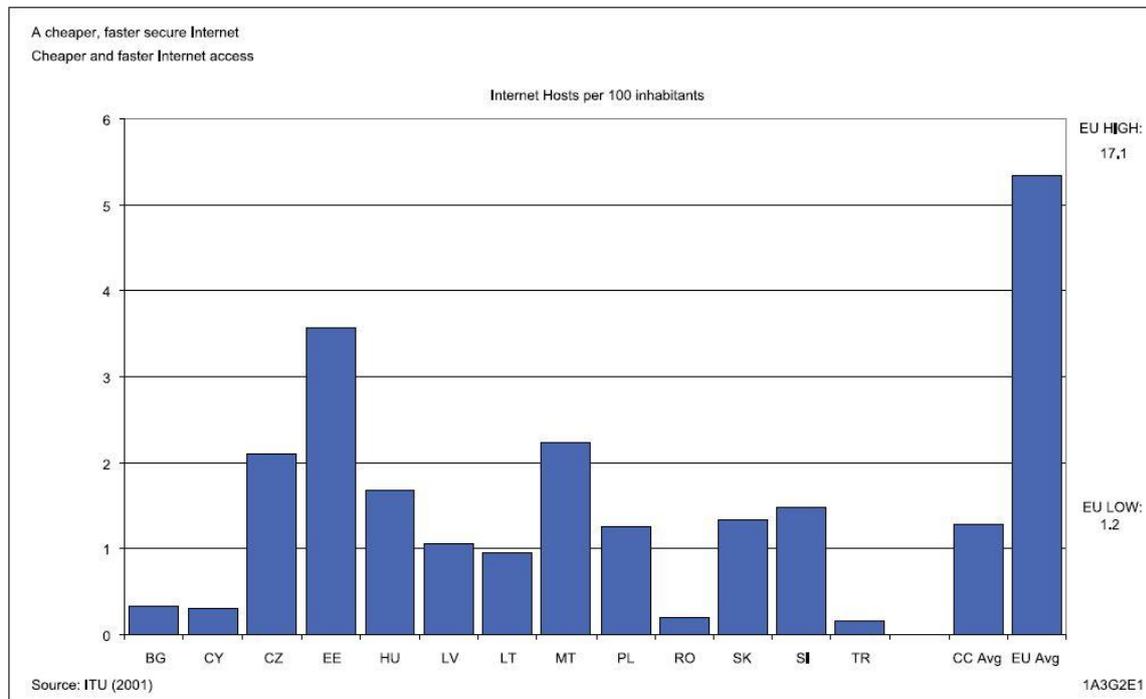
Quelle: EPR 2004, Annex 2, 57

Für behinderte Menschen gibt es nur ungenügende Angebote für einen Zugang zum Internet.

- *Produktion für das Internet*

Die Zahl der Internet Hosts, also der Rechner, die Dienste, Anwendungen und Ressourcen für das Internet bereitstellen, ist ein Indikator von großer Bedeutung, lässt er doch nicht nur auf die konsumistische Nutzung, sondern auf die produktiv-aktive Teilnahme an der Internet-Gemeinschaft, der virtuellen Welt schließen.

Während es in EU-15 durchschnittlich ca. 5,3 Internet-Hosts pro 100 Einwohner gibt, sind es in den CEEC nur 1,3.



Internet Hosts per 100 inhabitants

Quelle: PR 2002, 22

Die Verfügbarkeit von Internet-Host-Computern (d.h. Computern, die Dienste für andere Computer liefern) liegt bei etwa 20 % des EU-Niveaus (vgl. <http://www.agrar.de/agenda/agd20m3.htm>)

- *Sicherheit*

Erstaunliche 36% der Nutzer mit Internetanschluss in den MOEL hatten innerhalb der letzten 12 Monate Sicherheitsprobleme. Nicht nur häuften sich die Sicherheitsprobleme in Ländern mit einer hohen Internetpenetration und fortgeschrittenen Nutzungsweisen des Internet, sondern nahmen dort auch zu: "Increases in exposure to security problems are seen in the Czech Republic (+14%), Estonia (+7%), Hungary (+7%), Romania (+7%), (+8%) and the Slovak Republic (+4%), strongly suggesting that the number of security risks have proliferated during the last six months." (EPR 2004, 4) Bei den Sicherheitsproblemen handelte es sich hauptsächlich um Computer-Viren (77%) und nur zu einem geringen Teil um den Missbrauch von persönlichen Informationen. Nur 26% der Nutzer treffen entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, was letztlich auch die Gefahr für andere Nutzer vergrößert. Der Bericht mahnt, dass sich das Wissen um die Notwendigkeit von Sicherheitsmaßnahmen mit der weiteren Verbreitung von Breitbandanschlüssen erheblich steigern müsse.

- *Schulen ans Netz!*

Im Zusammenhang mit Bildung und Ausbildung kursieren eine Menge unkonkreter Beschwörungsformeln. Im Jahr 2002 stellte ein „Europa des Wissens“ das Leitmotiv dar: "A Europe of Knowledge is now widely recognised as an irreplaceable factor for social and human growth and as an indispensable component to consolidate and enrich European citizenship." (PR 2002, 25) Im Jahr 2004 wird in den Investitionen in den Bildungsbereich ein entscheidender Schlüssel für die Verwirklichung einer "Informationsgesellschaft für alle" gesehen: „As the level of education increases so will the rate of ICT use regardless of citizens' level of income or social standing.“ (FPR 2004, 19) Die Verbreitung von Kompetenzen und Sicherheit im Umgang mit den IKT eine nachhaltige Investition in das nationale "Humankapital", die Integration der IKT und die parallele Entwicklung von entsprechenden Dienstleistungen in den Bildungssystemen das wirkungsvollste Instrument im Kampf gegen die "digitale Kluft".<sup>591</sup>

Schlussendlich kulminieren diese Phrasen in der Maßnahme, alle Schulen mit an das Internet angeschlossenen Computern auszustatten, auf dass für 100 Schülerinnen und Schüler 5-15 Computer, womöglich mit Hochgeschwindigkeitsverbindungen zur Verfügung stehen, um dort entsprechende Software und Inhalte für ein interaktives, multimediales Lernen bereitzuhalten.

Dabei sind nach den unterschiedlichen Schultypen (primär, sekundär, tertiär) und den verschiedenen Ländern erhebliche Unterschiede in der Ausgangssituation festzustellen.

---

<sup>591</sup> Traditionell haben die Schulen und Universitäten der ACC in der Ausbildung in den Bereichen Mathematik und angewandte Wissenschaften ein hohes Niveau, das insbesondere hinsichtlich der Quote für Frauen teilweise deutlich über EU-15 Niveau liegt. Dennoch sind ausgebildete IKT-Fachkräfte und Programmierer Mangelware in den Beitrittsländern: „With currently a mismatch between demand for and supply of ICT skills there is a shortfall in industry and also a shortage of high level ICT skills in central and local government administrative functions, which could lead to an inability to drive forward ICT development and policy implementation.“ (EPR 2004, 6) Ihre Abwesenheit könnte mit einem „brain drain“ zusammenhängen, da IT-Fachkräfte in anderen Ländern deutlich mehr verdienen können und ein höheres Ansehen genießen.

Während im Jahr 2001 in den Primär- und Sekundärschulen der EU-15 mehr als 11 Computer auf 100 Schüler kommen, waren es in den Beitrittsländern gerade einmal 4, von denen nur 2 an das Internet angeschlossen sind, von diesen wiederum nur einer über eine schnelle Verbindung. Bis zum Jahr 2003 konnte der Durchschnitt in den Primärschulen von 4,0 Computern pro 100 Schülern auf 5,9 gehoben werden, allerdings hat nicht einmal knapp die Hälfte der MOEL das ausgegebene Ziel von 5-15 Computer pro 100 Schüler erreicht (Tschechien hat 8,9 (nach 3,9 in 2001), Ungarn 6,0 (nach 4,1) und Polen 3,1 (nach 2,4). In den Sekundärschulen sind die Fortschritte ähnlich, wenn auch auf etwas höherem Niveau: Tschechien 9,5 (nach 5,9), Ungarn 14,4, (nach 9,3) und Polen 3,7 (nach 3,1), der Durchschnitt der MOEL beträgt 6,5 (nach 4,2) (FPR 2004, 19ff). Auch ist IKT ab der Sekundärschule in allen Ländern als verpflichtendes Schulfach eingerichtet. Auf der tertiären Ebene sehen die Zahlen noch besser aus: in Tschechien 15,5, in Ungarn 20,5 und Polen 10,1 Computer pro 100 Schüler – von diesen sind auch quasi alle an das Internet angeschlossen (FPR 2004, 21; vgl. EPR 2004, Annex 5, 209). „In all Acceding and Candidate countries, the percentage of tertiary level educational establishments connected to the National Research and Education Networks is encouraging.“ (FPR 2004, 22)<sup>592</sup>

Aufgrund der unterschiedlichen Herangehensweisen der einzelnen Länder an diese Aufgabe empfiehlt der Bericht, Ideen und Erfahrungen über besonders erfolgreiche Projekte, Probleme und deren Lösungen auszutauschen (FPR 2002, 27). In diesem Sinne markiert der Bericht in kleinen Fenstern immer wieder „vorbildliche Beispiele“ aus den Kandidatenländern.

#### - *Anschluss an die Forschungsnetzwerke*

Die Kapazitäten der Hochgeschwindigkeitsnetzwerke, der sogenannten „backbones“, werden ständig ausgebaut. Der Zusammenschluss der nationalen Forschungs- und Bildungsnetze sollen über die TEN-34-, TEN-155-, GEANT- und GEANT2-Projekte das transeuropäische „Rückgrat“ des Europäischen Informationsraumes bilden. Im Jahr 2003 sind in den EU-15 Netzwerke mit 10 Gbps bereits installiert, Geschwindigkeiten von 2,5 Gbps meistverbreitet. Mit dem GEANT Netzwerk verfügen Tschechien, Polen und Ungarn ebenfalls über ein „backbone“ mit einer Kapazität von 2,5 Gbps und sind daher auf einer Höhe mit den EU-15. Andere Länder hingegen bleiben diesbezüglich zurück.

Der Ausbau der nationalen Forschungsnetzwerke ist sicherlich hilfreich, geht aber nicht auf den Aktionsplan eEurope 2003+ zurück, sondern auf die nationalen Forschungs- und Entwicklungsprogramme und die internationale Zusammenarbeit bspw. im Europäischen Forschungsrahmenprogramm (EPR 2004, 11).

#### - *Exkurs: Forschungsnetzwerke und Internet-Backbones*

Ein „backbone“ ist der Kernbereich eines Netzwerks, über das kleinere Teilnetze miteinander verbunden werden. In der Tat ist es vergleichbar mit dem menschlichen Rückenmark, in dem wichtige Nervenstränge gebündelt verlaufen. Besser noch eignet sich das Bild einer

---

<sup>592</sup> Im Rahmen dieser Priorisierung in der Ausstattung der unterschiedlichen Schulebenen darf davon ausgegangen werden, dass die ‚digitale Kluft‘ hinsichtlich der Dimension „Bildung“ sich bis auf weiteres ausdehnen wird.

Autobahn als dem schnellen, überregionalen Basisnetz, an das die langsameren, regionalen Netze angeschlossen sind:

„In der Regel bestehen die Backbone-Verbindungen im Internet aus Glasfaserkabeln mit hoher Bandbreite, durch die große, in Lichtwellen umgewandelte Datenmengen geleitet werden. Dies gilt für Backbone-Leitungen auf dem Land und auch für große unterseeische Datenleitungen durch die Weltmeere, die die Kontinente verbinden. Die Leitungsführung sollte in einem gut ausgebauten Netz redundant abgesichert sein, das heißt die Knoten- und Zugangspunkte sind mehrfach verknüpft, so dass der Ausfall einer einzelnen Verbindung über andere Leitungen abgedeckt werden kann. Aber auch Satelliten-Verbindungen sind mittlerweile aus den weltumspannenden Backbone-Verknüpfungen nicht mehr wegzudenken.

Die physischen Knotenpunkte, an denen die einzelnen Glasfaserstränge zusammengeschaltet werden oder an denen sich Übergabepunkte zu anderen Providern befinden, bezeichnet man auch als Points of Presence (PoPs). In diesen Rechnerzentralen bestimmen Router, über welche Leitungen die Daten im Netz übermittelt werden. Im Optimalfall für den Kunden ist das der schnellste Weg, wenn auch nicht unbedingt der geografisch kürzeste. Die Geschwindigkeit der Datenübertragung ist abhängig von der Anzahl der Hops – dies ist die Länge einer Etappe zwischen zwei Netzknoten. Auch die Leistungsfähigkeit der Router und die Bandbreite spielt eine Rolle. Idealerweise sollte ein Backbone üblicherweise eine höhere Übertragungskapazität als die an ihm angeschlossenen Netze haben. (...)

Mittlerweile gibt es zahlreiche Backbone-Netze, die von verschiedenen, international und national agierenden Carriern betrieben werden. Im Verband der deutschen Internetwirtschaft, eco, sind derzeit über 100 Backbone-Betreiber in Deutschland vertreten. Internet-Service-Provider können also mit verschiedenen Backbone-Betreibern kooperieren, wenn sie über kein eigenes Hintergrund-Netz verfügen. Wie schnell und sicher die Internetverbindung des Kunden ist, hängt in entscheidendem Maße von dem Backbone ab, über das der Service-Provider sein Angebot realisiert. Je engmaschiger das Netz aus Knotenpunkten und Datenleitungen geknüpft ist, um so leistungstärker ist die Datenübertragung und um so geringer die Gefahr von Netzüberlastungen. (...)

Einer der größten und bekanntesten Netzbetreiber in Deutschland ist die Telekom Deutschland. Weitere bedeutende Netze unterhalten zum Beispiel der spanische Konzern Telefónica, Vodafone und Versatel. (...) Jeder einzelne Betreiber schaltet seine Backbone-Infrastruktur an zentralen Austauschnoten mit den Netzen anderer Betreiber zusammen, an sogenannten Peering Points, die gemeinsam finanziert und verwaltet werden. Hier werden die Datenpakete in andere Netze geleitet. Da der Betrieb der Schnittstellen mit entsprechender Hardware und Wartung hohe Kosten verursacht, haben sich weltweit einige große öffentliche Knoten wie etwa der DeCIX etabliert." (Brodersen/Kuch: <http://www.teltarif.de/internet/backbone.html>)

Das Konzept der Trans-Europäischen Netzwerke (TEN) wurde Ende der 1980er Jahre im Kontext des Binnenmarktprojektes entwickelt und stellt quasi dessen technisch-informationelle Grundlage dar. Neben den Telekommunikationsnetzen sind darunter auch Transport- und Energienetze gefasst. Kapitel XV des Vertrags von Maastricht (Art. 154, 155

und 156) schafft die rechtliche Grundlage für die TENs und verpflichtet die EU, deren Entwicklung zur Ermöglichung Europäischen Binnenmarktes voranzutreiben. Dafür sei in erster Linie Interkonnektivität und Interoperabilität der Netzwerke untereinander sowie der Zugang zu diesen sicherzustellen. Darüber hinaus werden Ziele und Prioritäten sowie Projekte von allgemeinem Interesse über Richtlinien eingesteuert und über den Strukturfonds oder Kredite der European Investment Bank (EIB) finanziert (vgl. [http://ec.europa.eu/ten/index\\_en.html](http://ec.europa.eu/ten/index_en.html))

Vor 1992 gab es Nationale Forschungs- und Bildungsnetzwerke (NRENs – National Research and Education Networks), die nur bilateral über ad-hoc-Links verbunden waren. Desweiteren gab es einige Links zu dem Europäischen Forschungsnetzwerk (EARN). Die MOEL waren zu diesem Zeitpunkt weder beteiligt noch angeschlossen.

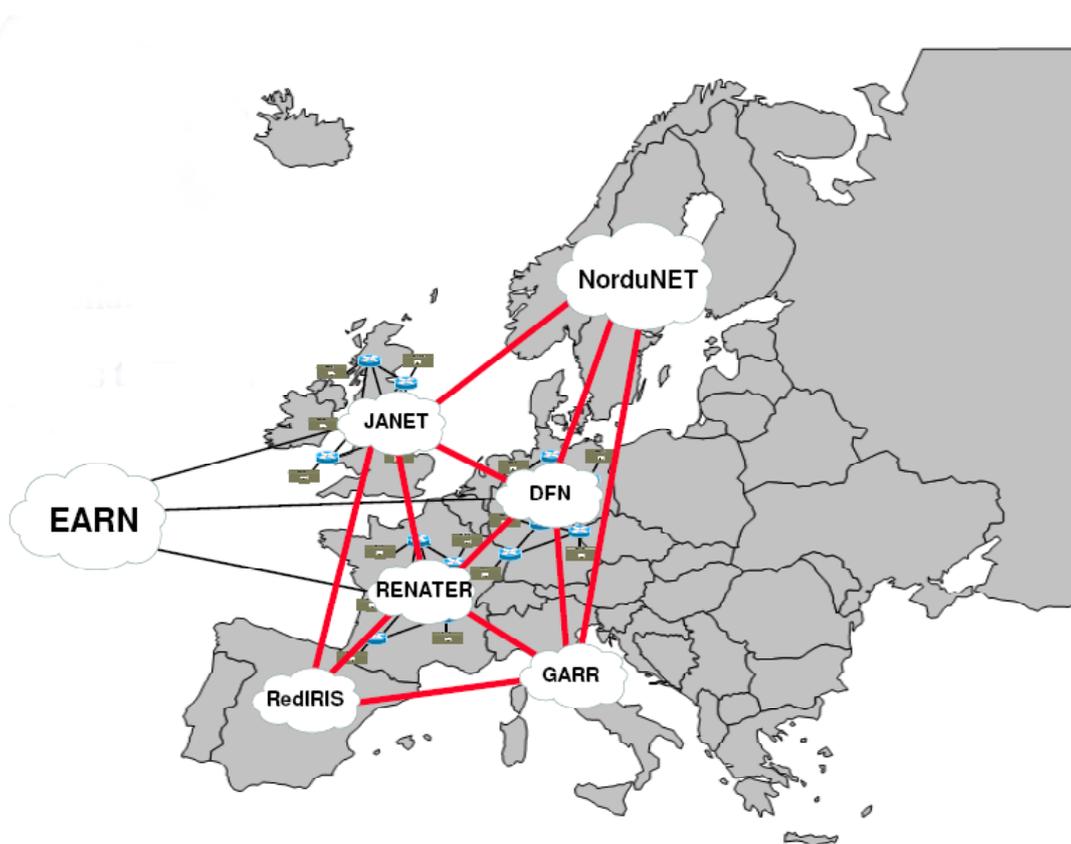


Abbildung 25: NRENs und EARN als Grundlage der transeuropäischen Internetbackbones, Stand 1992 (Quelle: vgl. Enrico 2002, 6)

Ab 1994 wurden die zentralen Knotenpunkte der MOEL an das sogenannte „EuropaNET“ angeschlossen – wenngleich mit vergleichsweise geringen Bandbreiten. Bemerkenswert: noch 1996 ist Polen noch ausgespart (vgl. Abb. rechts).

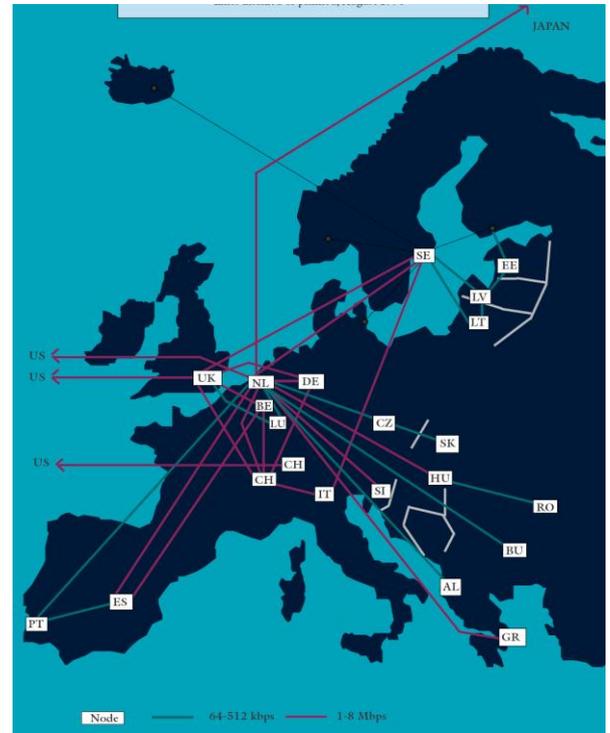
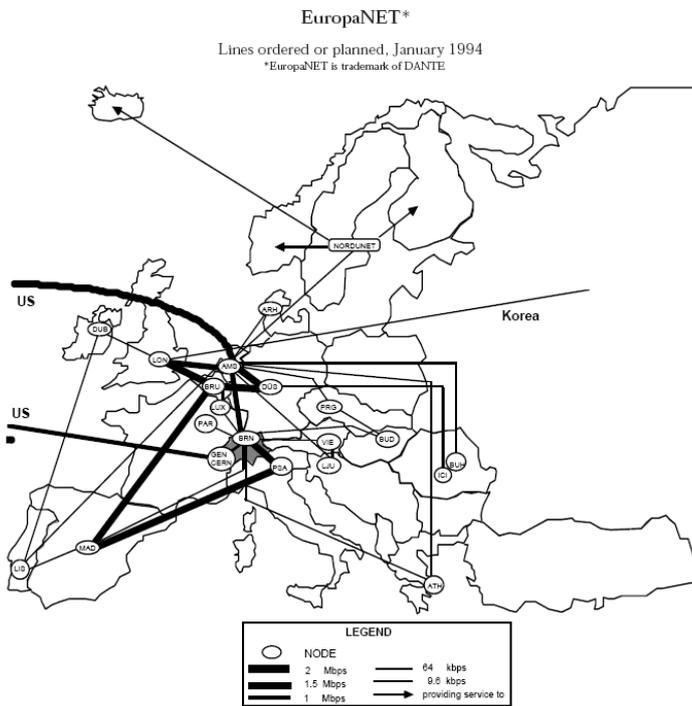


Abbildung 26 (links): EuropaNET, Stand Jan. 1994 (Quelle: Bersee 1994)

Abbildung 27 (rechts): EuropaNET, Stand 1996 (Quelle: <http://archive.dante.net/upload/pdf/EuropaNET9608.pdf>)

Der Nachfolger von EuropaNET war das sogenannte TEN-155:

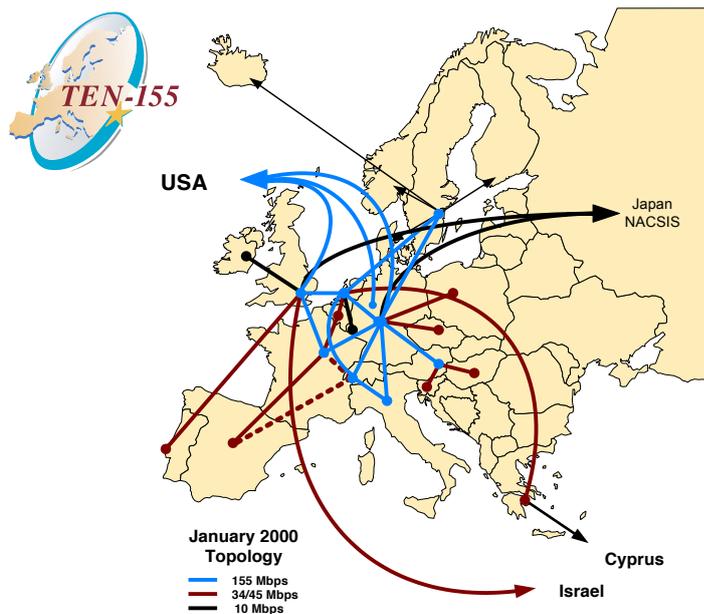


Abbildung 28: TEN-155, Stand April 1999 (Quelle: [www.dante.net/ten-155/ten155net.gif](http://www.dante.net/ten-155/ten155net.gif))

Auf das TEN-155 Projekt wiederum folgte GEANT, das als transeuropäisches Backbone aus der Zusammenarbeit von 26 nationalen Forschungs- und Bildungsnetzen, der Europäischen Kommission und DANTE entstehen sollte.

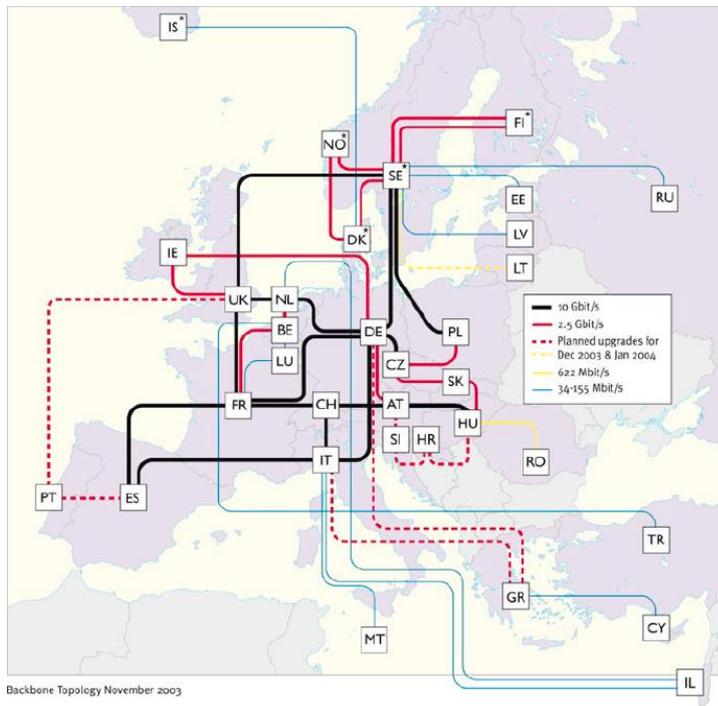


Abbildung 29: GEANT Topologie im November 2003<sup>593</sup> (Quelle: [http://www.dante.net/upload/pdf/DD-04\\_Euro\\_India.pdf](http://www.dante.net/upload/pdf/DD-04_Euro_India.pdf))

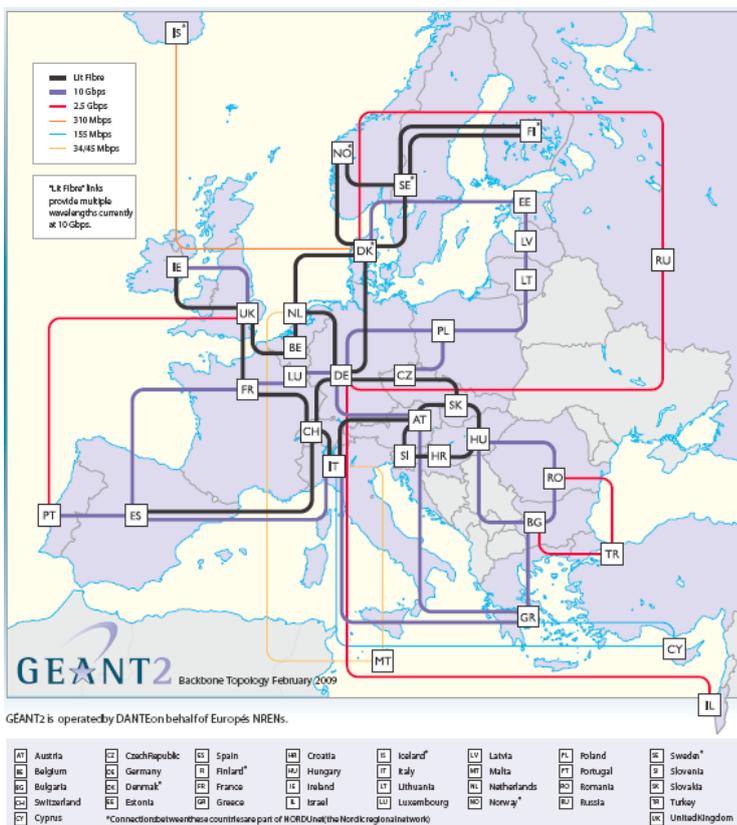


Abbildung 30: GEANT 2 Topologie im Februar 2009 (Quelle: [http://www.geant.net/Resources/Media\\_Library/Pages/Maps.aspx](http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx))

<sup>593</sup> Die Verbindung nach Ungarn haben im Dezember 2002 nur 622 Mbit/s (vgl. [http://www.dante.net/upload/pdf/GEANT\\_Support\\_for\\_Research.pdf](http://www.dante.net/upload/pdf/GEANT_Support_for_Research.pdf), Folie 4)

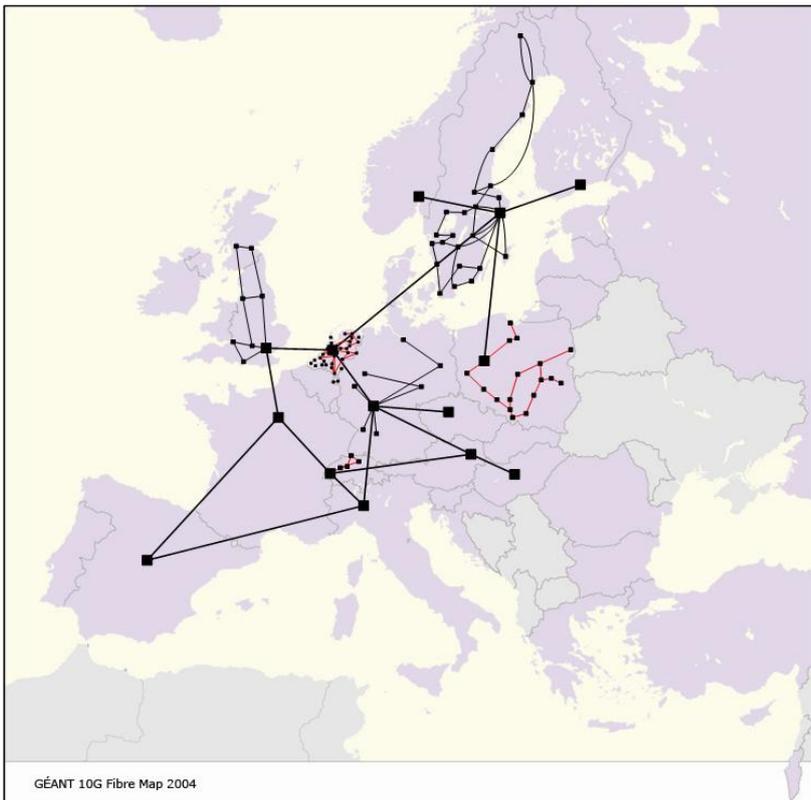


Abbildung 31: Topologie des 10G  
Fiber-optischen Netzes 2004  
(Quelle:  
[http://www.geant.net/Resources/Media\\_Library/Pages/Maps.aspx](http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx))

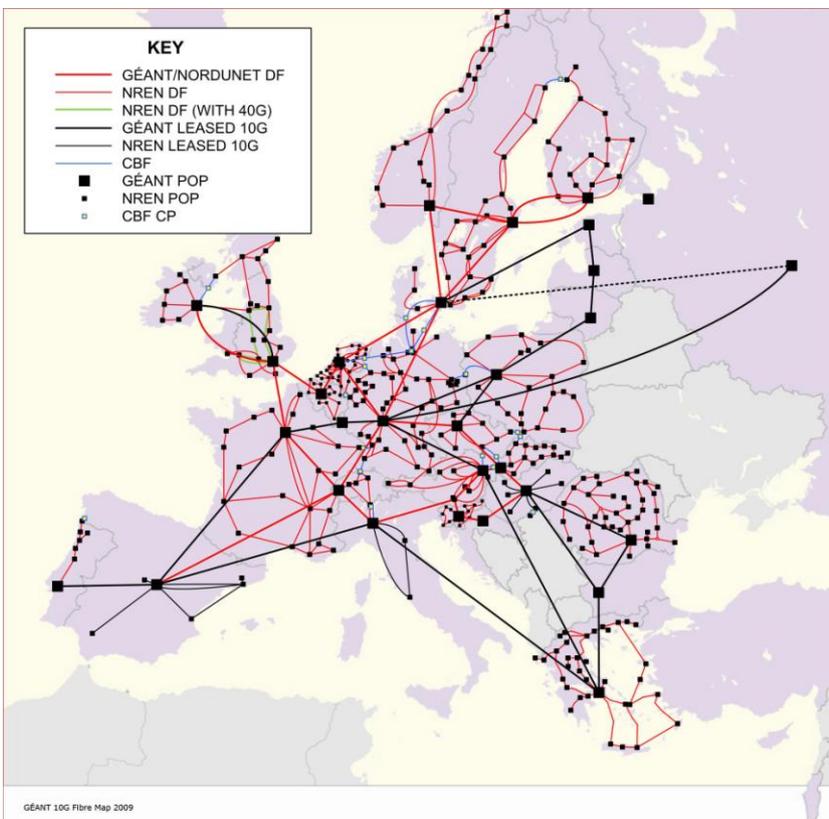


Abbildung 32: Topologie des 10G  
Fiber-optischen Netzes 2009  
(Quelle:  
[http://www.geant.net/Resources/Media\\_Library/Pages/Maps.aspx](http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx))

- *Government online*

Auch wenn eine bessere Effektivität und Transparenz von öffentlichen Dienstleistungen, eine größere Bürgernähe und auch die Verbesserung von Partizipationsmöglichkeiten immer wieder als Motive im Begründungskontext von sogenannten „e-government“-Initiativen genannt werden, lassen die unterschiedlichen eEurope-Initiativen keine Zweifel über die Hauptmotivation für den Ausbau des Online-Angebots von öffentlichen Verwaltungen aufkommen:

“Development of the Information Society is dependent upon the two tightly inter-related issues of the availability of a rich and highly developed set of services that will motivate adoption by the public and a sufficiently large user population that will motivate the business sector to invest in the provision of Internet based services.” (FPR 2004, 33)

Das „e-government“ soll die Nachfrage nach Breitband-Verbindungen und elektronischen Dienstleistungen schüren und so eine kritische Masse von InternetnutzerInnen schaffen, die dann vom privaten Sektor erschlossen werden kann. Damit handelt es sich bei „e-government“ um eine „Anschubinvestition“ der öffentlichen Hand, die sich selbst davon mehr Effizienz und Bürgernähe verspricht.

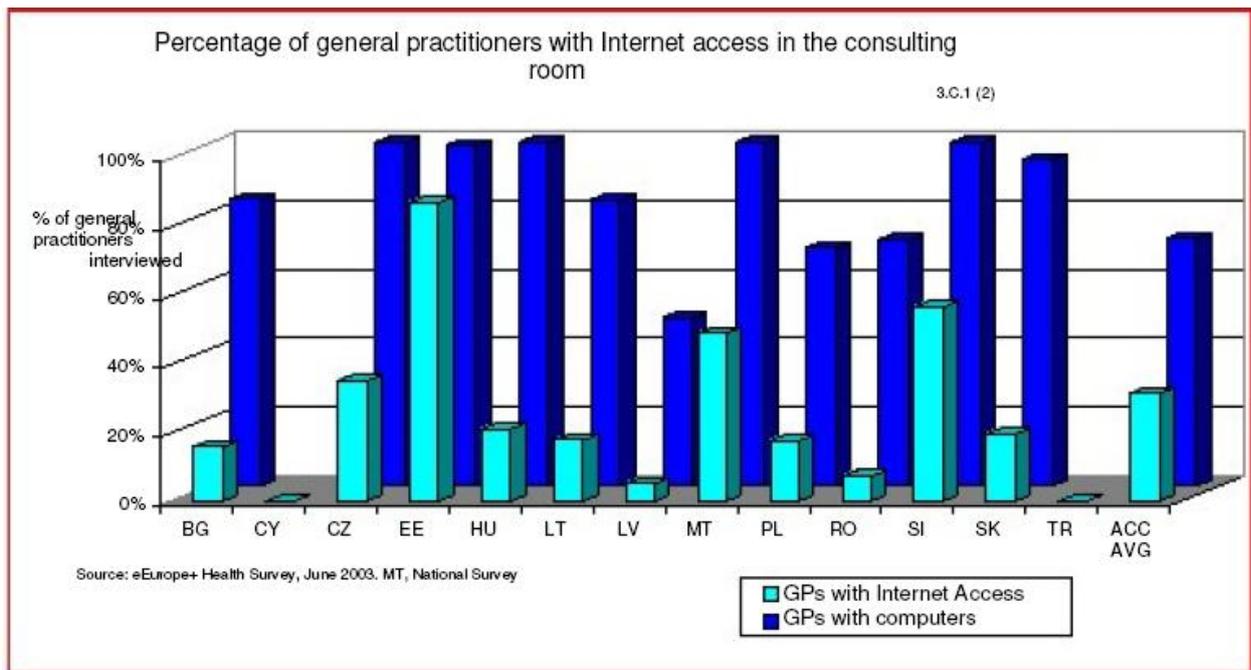
Die Regierungen der Kandidatenländern haben die online-Verfügbarkeit der im eEurope 2003+ Aktionsplan identifizierten Dienstleistungen von knapp 20% im Jahr 2001 auf 66% im Juni 2003 gesteigert. Die einfache Verfügbarmachung von Informationen konnten von 2% auf 24% gesteigert werden, interaktive Dienste und vollständig durchführbare online-Transaktionen von 1% auf fast 20%. (FPR 2004, 33)

*“In Poland, the “Malopolska Gateway” enables individuals and businesses to settle everyday matters at a Digital Office on the Internet (24 hours, 7 days a week), without visiting the office in person. This concerns filling out customs and tax statements, applying through the Internet for documents such as identity cards, driving licenses, passports and settling all essential matters indispensable for setting up a business.” (FPR 2004, 34)*

In Tschechien haben 12% der Bürger offizielle Dokumente heruntergeladen und 6% ebensolche elektronisch eingesandt, in Ungarn ebenso (12% und 5%), in Polen gar 26% und 16%. Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen für Unternehmen ist das Vorankommen etwas weiter vorangeschritten, vor allen Dingen ist bereits ein höheres Maß an „full-online transactions“ umgesetzt.

- *e-Health*

Von der gemeinsamen Nutzung von Informationen zwischen allen Akteuren des Gesundheitswesens (PatientInnen, ÄrztInnen, Krankenhäusern, SpezialistInnen und Versicherungen) verspricht sich der Aktionsplan große Synergieeffekte und Rationalisierungspotentiale (FPR 2004, 36). Als Gatekeeper für eine elektronische Abwicklung des Gesundheitssektors sei der praktizierende Arzt zu betrachten. In diesem Sinne sei die Verbreitung von Computern in deren Praxen sowie die Verwendung elektronischer Datenverarbeitungssysteme „ermutigend“, die Vernetzung der Datenbestände übers Internet jedoch weise jedoch noch ein „erhebliches Entwicklungspotential“ auf.



Quelle: FPR 2004, 37

Mehr als 70% der Ärzte (Ausnahmen: Tschechien, Estland, Malta und Slowenien) haben kein Internet im Sprechzimmer. Und wenn vorhanden, werde das Internet nur für e-Mails und Recherchen, also z.B. für die Kommunikation mit Fachärzten, Spezialisten und den Pharmazeutischen Unternehmen, in sehr geringem Ausmaß auch mit Gesundheitsministerien, Krankenkassen und öffentlicher Verwaltung genutzt, nicht aber für den Austausch von Patientendaten. Das immer wieder beschworene, immense Rationalisierungspotential könne solange nicht umgesetzt werden, bis ausreichende Datenschutzvorkehrungen getroffen worden sind und eine technische Interoperabilität der Systeme hergestellt ist.

In der ausführlichen Fassung des Abschlussbericht 2004 (eEurope 2003+, FPR 2004 ext.) werden die Fortschritte in der Regulierung, dem Ausbau der technologischen Infrastruktur und die Entwicklung der Märkte wie folgt zusammengefasst:

“Apart from deregulation and liberalisation of the telecommunication market, most EU accession countries pursued the policy of involving foreign capital, usually by selling off (part of) telecommunication companies.

It appears that there are many modalities doing so. One important aspect of privatisation is that of competition. In some countries, like Hungary, lack of competition has contributed to high tariffs.

The timing of privatisation and deregulation is also important. Those countries that privatised their telecommunication companies after the stock market crash of 2001 in which above all IT companies lost value had greater difficulties in attracting investment capital.

Generally, the IS development path of most Central European countries differs from that of the EU-15 in the sense that

1. Internet access and telephony is much more expensive than in the EU-15,
2. the expansion of fixed line penetration is stagnating or declining at a much lower level than in the EU-15 while
3. the role of mobile telephony has become relatively more important (compared to fixed lines ) than in the EU-15,
4. the potential role of alternative channels of Internet access (including cable TV) has become more important given declining fixed telephone line penetration. Also
5. the role of public internet access points in the spread of Information Society has become relatively more important than in the European Union (15), given the low access ratios for households to telecommunications capable of Internet provision.

In this context, and given the financial constraints of Central European countries and the lack of investment capital of telecommunication companies, the question of how to secure telecommunication access for all should be seen in a new light.

The UNCTAD report 'E-Commerce and Development Report 2003' describes the strategic divide between developed and developing countries. Highest on the list of priorities of developing countries are basic telecommunications, basic access, human capacity building, and affordable access. Highest on the list of developed countries are privacy, intellectual property rights protection, cross border certification and consumer protection. In addition, within the enlarged European Union, priorities with respect to Information Society development differ accordingly." (FPR 2004 ext., 113)

"Although the purpose of this report is not to give a comprehensive picture of Information Society in Central Europe it can be stated, based on data presented in this report, that the state of affairs with respect to Information Society in the Central European countries is characterised by the following:

1. all Central European countries were faced with the task to modernise a telecommunications infrastructure that had been neglected for decades, in the context of an overburdened policy agenda related to transition of all spheres of society and economy and a transitional recession
2. the disparity within the region in availability, affordability and uptake of telecom services remains big
3. a low fixed line penetration in most Central European countries
4. in many Central European countries penetration levels of fixed telephony have gone down recently while mobile telephony is experiencing a boom
5. few profits can be made in the fixed-line market (see for details EITO 2003 and BuddeComm, 2003)
6. in many Central European countries there is a rural/urban divide with respect to computer penetration and Internet usage

7. since 2001 especially Latvia, Lithuania and the Czech Republic have made big progress on most IS indicators, while Hungary shows stagnation. In Poland the Internet usage among the general population stagnated since 2002
8. with respect to regular Internet usage (at least one hour a week) there was during the year 2003 stagnation in Bulgaria, Estonia, Hungary, Latvia, Poland, Romania and Slovakia
9. in half of Central European countries, regular Internet usage in metropolitan settlements decreased while in three countries, the better connected ones, there was a significant decrease. This may point at a possible saturation at, for EU-15 standards, rather low levels
10. however, Internet access from home increased in all countries during 2003
11. with respect to levels of Internet usage and educational attainment, the big divide is, in all Central European countries, between those with tertiary education and those who have not. There is a correlation between the share of the population with tertiary education and regular Internet usage
12. regular Internet usage is among men more frequent than among women, except in Latvia. In the Czech Republic, Slovakia and Slovenia the difference between male and female Internet usage is particularly big
13. the pattern of Internet usage of the general population differs, across Central Europe, very much compared to that of youth of 16-20 years old
14. most Central European countries lag behind the EU average with respect to Information Society infrastructure
15. for some Central European countries the digital gap with the EU-15 has widened over the past two years, for others the digital gap is getting smaller
16. for most Central European countries a multi-channel Internet access policy is more topical than for most EU-15 countries, given declining fixed line penetration
17. there is a correlation between Internet access from home, average expenditures per month for Internet access and average monthly salary
18. costs of telephony and Internet access are higher than the EU-15 average in terms of purchasing power parity (see for details IBM 2003B)
19. in some countries, insufficient attention has been, in the process of de-regulation and privatisation, for furthering competition in the telecom sector, with an adverse impact on tariffs
20. the digital literacy divide is big compared to the EU-15 average and EU-15 cohesion countries, but less pronounced for the youth
21. during 2003, online shopping by the general population stagnated in eight out of ten Central European countries

22. the level of e-banking and shopping online of the general population is not a good predictor for the level of e-commerce among enterprises. While Estonia and Slovenia are doing very well on the first variable while Poland doing less well, the roles are reversed with respect to B2B e-commerce
23. e-commerce is often developing faster in the sphere of business-to-business relations, while on-line financial transactions are lagging behind
24. IT brain drain is for most Central European countries an acute problem
25. for some Central European countries there are problems with the implementation of intellectual property rights

Based on the foregoing, the following suggestions for further research can be made (see also the eEurope+ report about policy recommendations, December 2003):

- Given declining fixed line penetration and limited capital investment, the possibilities of leap-frogging with state-of-the-art technology should be investigated
- Given the rural-urban divide in most Central European accession countries and the potential use of ICTs for regional development, a study in the use of ICTs in regional development in Central Europe should be made
- Given the potential of e-banking, as shown in Estonia, a study could investigate the development potential of e-banking across Central Europe" (FPR 2004, ext., 114f)

### ***Zwischenfazit und Zusammenfassung in Richtung eEurope 2005***

Wie die Fortschrittsberichte selbst festhalten, ist ihr Erscheinen nach der Verabschiedung der Aktionspläne, deren Maßnahmen ja überhaupt erst noch auf nationaler Ebene finanziert und – teilweise mit Partnern – umgesetzt werden müssen, zu kurzfristig, um die erhobenen Daten und Tendenzen in einen Zusammenhang mit Aktionsplan selbst zu stellen (vgl. EPR 2004, 11). Obenauf kommt, dass die Erhebung erst mit dem Abschlussbericht 2004 einigermaßen validiert erscheint, wenngleich immernoch nicht vollständig (bspw. hinsichtlich der digital divide) und in manchen Teilen weiterhin offenbar unzuverlässig.

Während im Bereich der Telefonie Fortschritte festzustellen waren, insofern sich die Zahl der Festnetzanschlüsse zumindest pro Haushalt dem EU-Schnitt annähert und auf die Mobiltelefonie als weiterführende Ersatztechnologie für die Lücken im Festnetz zurückgegriffen werden kann, gibt es hinsichtlich des Zugangs zum Internet weiterhin Probleme. Neben den veralteten Technologien vor allen Dingen in ländlichen Regionen und der Tatsache, dass die aktuellen Mobilnetze noch nicht für einen massenhaften Zugang zum Internet ausgerüstet sind (eine Aufrüstung zu UMTS wäre hier erforderlich), werden auch die Fernseekabelnetze und andere Zugangstechnologien (drahtlose Netzwerke, DSL, Digitalfernsehen) nicht oder nur sehr begrenzt genutzt. Zum einen liegt das daran, dass die Zugangs- und Nutzungskosten in Relation zur Kaufkraft sehr hoch sind, zum anderen fehlen großen Teilen der Bevölkerung Kenntnisse, Interesse und Vertrauen in das Internet. Dort, wo Festanschlüsse, alternative Zugangnetze und Computer fehlen, komme den sogenannten „Public Internet Access Points“ (PIAPs) eine zentrale Bedeutung zu (PR 2002, 37).

Initiativen wie Schulen ans Netz, Government online oder e-Health laufen als europäische ‚best practices‘ noch mehr oder weniger ins Leere – Fortschritte gibt es hier nur, insofern sie als Teile eines dem europäischen Aktionsplanes vorgängigen, nationalen Entwicklungsplans bereits implementiert sind. In diesem Sinne organisiert der Aktionsplan eEurope 2003+ eher den Austausch über die unterschiedlichen nationalen Initiativen und richtet sie auf gemeinsame Entwicklungsindikatoren aus, er ist somit eher ein Instrument gegenseitiger Motivation und Kontrolle bei den Vorbereitungen eines Anschlusses an die „Europäische Informationsgesellschaft“ als ein originärer Motor für die Entwicklung der Informationsgesellschaft.

Allerdings muss in diesem Zusammenhang auch auf den Vorlauf des Aktionsplanes hingewiesen werden: immerhin begann die Heranführung der MOEL an das Projekt „Europäische Informationsgesellschaft“ bereits mit den Assoziierungsabkommen Anfang der 1990er Jahre und die mit diesen eingeleitete Öffnung der Telekommunikationssektoren, mit den EU-CEEC-ISF ab 1995, den verschiedenen Arbeitsgruppen sowie des JHLC wurde die Heranführung über die Jahre intensiviert. Der Aktionsplan fasst im Kern also nur zusammen, was im Rahmen der Transposition des Acquis Communautaire ohnehin absehbar war, ergänzt um vorbereitende, beschleunigende und flankierende Maßnahmen.

Deutlich geworden ist, dass die Kandidatenländern mehr oder weniger in allen Bereichen den EU-15 deutlich hinterherhinken. Eindrucksvoll dokumentiert auch der Ausbau eines paneuropäischen Forschungs- und Bildungsnetzwerkes (unter den Titeln EuropaNET, TEN-155 oder GEANT), wie schwer es über zwei Jahrzehnte war, den Anschluss von Ost an West herzustellen. Zwar konnten sich kleinere Länder (wie die Baltischen Staaten oder Slowenien) in einigen Bereichen zumindest an den EU-Schnitt heranarbeiten, auch sind die urbanen Regionen oft gut erschlossen. Angesichts des Gesamtdurchschnittes jedoch muss daraus wiederum geschlossen werden, dass sich innerhalb der MOEL enorme Asymmetrien ausbilden, sozusagen Peripheriebildungen innerhalb der Peripherie.

Damit ist eine grundsätzliche Erkenntnis über die sich selbst als universal und global imaginierende „Informationsgesellschaft“ ausgesprochen: der Zugang zu dieser ist überall durch Faktoren wie Bildung, Einkommen, Alter, Geschlecht und Stadt/Land asymmetrisch verteilt, außerhalb der westlichen Industriestaaten aber stellen die Verfügbarkeit der technischen Voraussetzungen und die Zugangskosten weiterhin eine reale und nur schwer zu überwindende Hürde dar. Hinsichtlich der ungleich verteilten Kaufkraft – und den damit ungleich verteilten Voraussetzungen für den Zugang zur Informationsgesellschaft sollen die Regierungen der MOEL Vorschläge erarbeiten, wie z.B. die Computer-Penetration der Haushalte erhöht werden kann.

Zum anderen ist bei einem marktgetriebenen Aufbau der informationsgesellschaftlichen Infrastruktur die Dynamik von Angebot und Nachfrage zu beachten, die sich gerade in ländlichen Regionen zu einem Teufelskreis schließt: Dort, wo es an Nachfrage mangelt, rentieren sich keine Investitionen, wo es aber keinen Wettbewerb gibt, fallen auch die Preise nicht, weshalb wiederum die Nachfrage stagniert. Der Ausbau der sogenannten „eGovernment“-Services ist in dieser Hinsicht eine relativ hilflose Maßnahme, wie auch

bereitwillig zugegeben wird, um über das Angebot von Inhalten eine kritische Nachfrage nach Breitband-Verbindungen und -Diensten zu generieren.

Auch das Beschäftigungspotential der Informationsgesellschaft, zu Beginn des 21. Jahrhunderts überaus euphorisch begrüßt, wird nun zwar in ähnliche Worte gekleidet, letztlich aber doch deutlich nüchterner eingeschätzt:

„The continued, significant contribution of the Information Society to overall economic growth and the creation of employment should be reinforced by increased and more effective use of life-long ICT training in order to improve employability and adaptability in labour markets and addressing the needs of the unemployed and disabled in providing requalification and improve their chances on the job market.“ (EPR 2004, 44)

Zusammenfassend hält der Abschlussbericht zum eEurope 2003+ Aktionsprogramm fest:

„Nevertheless, while much has been achieved, this report shows that there is some way to go before the majority of Acceding and Candidate Countries reach the levels of availability and use of ICT seen in the current EU Member States and before Europe can be regarded as making satisfactory progress towards the Lisbon goals.“ (EPR 2004, 42)

Mit dem unmittelbar bevorstehenden EU-Beitritt der zehn mittel- und osteuropäischen Länder sollen die Maßnahmen nationalen Aktionspläne vor dem Hintergrund der Neuauflage des eEurope 2002-Programms als eEurope 2005-Initiative neu bewertet werden. Mit eEurope 2003+ sei in diesem Sinne nur ein erstes Zwischenziel erreicht, denn der eEurope 2005 Aktionsplan erhöht die Anforderungen im Bereich der Dienstleistungen, Anwendungen und des Inhaltes sowohl im öffentlichen als auch im privaten Bereich und setzt Prioritäten beim Ausbau der Breitband-Infrastruktur sowie der Netzsicherheit (EPR 2004, 45). Da die Zielvorgaben des eEurope 2005 Aktionsplanes aber schon für die etablierten Mitgliedstaaten recht ambitioniert seien, würde deren Umsetzung die Beitritts- und Kandidatenländern vor erhebliche Herausforderungen stellen, zumal sie diesem Aktionsplan erst in der Mitte seiner Laufzeit beitreten. Insofern sei es auch nach dem EU-Beitritt notwendig, die Informationsgesellschaft im oberen Bereich der politischen Agenda zu halten.

Da sich Veränderungen nur mit geringeren statistischen Fehlermargen (also nur aufgrund einer breiteren Datenlage) und mit größeren zeitlichen Abständen zwischen den Erhebungen nachvollziehen lassen, solle die Datenerhebung kontinuierlich fortgeführt und weiter verbessert werden (EPR 2004, 11). Die Zusammenarbeit mit öffentlichen und privaten Institutionen müsse in diesem Zusammenhang deutlich verbessert werden:

„The eEurope+ Monitoring and Benchmarking Project suffered from a lack of cooperation on the part of telecommunication operators and public institutions. The public institutions seemed largely unaware of the eEurope+ activity and were unwilling or unable to provide the necessary information (in one case a public institution wanted payment for provision of the statistics even though the project was financed by the European Commission).“ (EPR 2004, 12)

Insbesondere um die deutlich ausgeprägten Stadt/Land-Disparitäten mit entsprechenden Maßnahmen besser in den Griff zu kriegen, sollen diesbezüglich fortan differenziertere Daten erhoben werden.

## 7. Fazit

Mit dem Beitritt der zehn Mittel- und Osteuropäischen Länder zur EU am 1. Mai 2004 endet der zuvor abgesteckte Untersuchungszeitraum dieser Arbeit. Nicht nur durch die eben angedeuteten Unwägbarkeiten der Datengrundlage wird schmerzhaft deutlich, dass diese Arbeit für eine Beantwortung der diese Untersuchung leitenden Fragestellung zu früh abbricht.

Diese Fragestellung lautete:

***Inwiefern wurde mit der Artikulation des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa die Integration eines selektiv strukturierten "Europäischen Kommunikationsraumes" vorangetrieben?***

Insbesondere das die Exploration leitende „Inwiefern“ muss unbeantwortet bleiben. Der Abgleich des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ mit seiner empirischen Wirklichkeit sollte durch eingehende Vergleiche der sozio-technologischen und politisch-ökonomischen wirksamen Dimensionen in den Visegrad-Ländern herausgearbeitet werden. Diese exemplarischen Vergleiche sollten sich vor allen Dingen auf die von der EU-Kommission zusammengestellten Monitoring-Berichte stützen. Im Jahr 2004 allerdings beziehen diese sich auf ein gesellschaftliches Feld in Umbrüchen und erweisen sich als nicht verlässlich aussagekräftig. Um sich ihrer nicht der Verifizierung hungrig extrapolierend zu bedienen, wären jüngere empirische Studien auszuwerten, deren Ergebnisse im weiteren Verlauf dieses Fazits nur noch stichpunktartig angerissen werden können.

Insofern aber die Beantwortung der Frage nach der selektiven Struktur des „Europäischen Kommunikationsraumes“ die Voraussetzung auch für eine Bewertung der konkreten Gesellschaftlichkeit des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ist, muss auch dieses Versprechen letztlich uneingelöst bleiben.

Gleichwohl konnte gezeigt werden, dass sowohl dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ – von den diskursiven Vorbereitungen über die politischen Maßnahmen bis hin zu den Monitoring-Berichten – die alternativlos-imperative Programmatik der „europäischen Wettbewerbsfähigkeit“ eingeschrieben ist. Damit ist die Struktur des Raumes definiert, innerhalb dessen sich die bestimmte strategische Selektivität des Europäischen Kommunikationsraumes ausbildet.

In diesem Zusammenhang wäre sicherlich der politisch-juristische Akt des „EU-Beitrittes“ genauer zu untersuchen gewesen, indem z.B. die Übernahme des Acquis Communautaire anhand der Verhandlungs-Protokolle und deren jeweils nationale Umsetzungsformen detailliert herausgearbeitet würde.<sup>594</sup>

---

<sup>594</sup> Sicherlich habe ich zu oft den Ablenkungen am Wegesrand nachgegeben und letztlich Nebensächliches ausufernd betrachtet und Relevanteres nur oberflächlich bearbeiten können. In einer explorativen Untersuchung, die nicht von einer zu falsifizierenden Hypothese, sondern von einer

Trotz dieser Mängel, Versäumnisse und zu kurz geratenen Sprünge können wir zu einem reichen Fazit ansetzen. Wenngleich dieses nicht in einer starken These oder in der Promotion eines abstrakten Begriffes kulminieren wird, so können wir doch die Ergebnisse der unterschiedlichen Betrachtungen zum politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in seiner konkreten Artikulation in einem spezifisch strukturierten Feld zusammenfassen, zusammenführen, einordnen und – im Interesse seiner abstrakten Bestimmung – theoretisch pointieren.

### **a. Pointierende Zusammenfassung**

Nach der Explikation der explorativen Fragestellung begann deren Bearbeitung mit den Feststellungen über die mythische Diskursivität der Informationsgesellschaft, die der spontanen, suggestiven Überzeugungskraft des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zugrundeliegt. Wir haben die „Informationsgesellschaft“ als kleinsten gemeinsamen Nenner eines nahezu unüberschaubaren Konglomerats von sich teilweise ahistorisch überlappenden Diskursen und Diskursfragmenten ausgemacht, die, wenn sie nicht direkt von der Digitalisierung der kapitalistischen Gesellschaften handeln, so doch heute auf diese bezogen werden und in diesem Sinne nicht nur die Modernisierung der kapitalistischen Produktionsweise versprechen, sondern zugleich die technologische Lösung sozialer Probleme propagieren – wenngleich unter fahrlässiger Abstraktion von der der „Informationsgesellschaft“ eigenen, gesellschaftlichen Materialität.

Nachdem wir uns durch Feldexkursionen einen Eindruck sowohl von der Materialität wie auch von der Globalität der Informationsgesellschaft verschafft haben – sowohl in dem trivialen Sinne einer weltumspannenden Kommunikations- und Informationsmaschine wie auch in dem nicht-trivialen Sinne der sie konstituierenden wie auch der durch sie konstituierten globalen gesellschaftlichen Verhältnisse –, haben wir uns an die Historisierung der für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ relevanten Diskursfragmente gemacht.

Diese mögen ihre Ursprünge in den archaischen Menschheitsträumereien über die Beherrschbarkeit der Natur, die Rationalisierung von Gesellschaft, der Berechenbarkeit von Risiken und Wahrscheinlichkeiten oder die Universalisierung des Wissens haben. In den 1960er und 1970er Jahren wurden diese Fragmente von den soziologischen und volkswirtschaftlichen Diskursen aufgenommen, die die durch neue Messungen festgestellte Informatisierung der kapitalistischen Gesellschaften spekulative extrapolierten und dys/utopisch überhöhten. Damit kristallisieren sich zwei für die Informationsgesellschaft (wiewohl für technologische Neuerungen überhaupt) konstitutive Haltungen heraus – die euphorischen Hoffnung auf eine technologische Lösbarkeit sozialer Konflikte einerseits und die dystopischen Angst nicht nur vor dem Wandel, sondern dem Zerfall der tradierten Lebensformen andererseits. Beide Haltungen, ob sie den technologischen Fortschritt nun optimistisch begrüßen oder pessimistisch befürchten, trafen sich jedoch in dem ihnen

---

Fragestellung und genuinen Neugier gegenüber dem Gegenstand geleitet war, muss es solche Versäumnisse gegenüber einer wissenschaftlichen Zielstrebigkeit und Effizienz geben.

gemeinsamen Punkt, nämlich dass sie ihn letztlich als natürlichen, teleologischen und letztlich alternativlosen Prozess sui generis fassen.<sup>595</sup>

Zur Dekonstruktion dieses für die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ konstitutiven Motivs haben wir in einem Abriss die historischen Konjunkturen gesichtet und die Vorgeschichte ebendieses Projektes in seinen geopolitischen, geoökonomischen, kapital- und technologiegeschichtlichen Dimensionen herausgearbeitet. Denn utopische Hoffnungen und dystopische Ängste waren sicherlich der Humus, gleichwohl nicht ausreichende Grundlage für die Artikulation eines politischen Projektes von dieser Tragweite und Konkretisierung. Die Organisation des politischen Projektes ist ebenso bestimmt durch die politische Artikulationsfähigkeit der beteiligten Akteure einerseits, wie durch die Topographie des politischen Raumes andererseits, die wiederum die Beteiligung und Nicht-Beteiligung von bestimmten Akteuren begünstigt. Die Topographie des politischen Raumes und die politische Artikulationsfähigkeit definieren sich somit gegenseitig in strategischer Abhängigkeit.

In diesem Sinne sollte gezeigt werden, dass die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ aus in konkreten gesellschaftlichen Verhältnissen und globalen Konstellationen begründeten historischen, soziologischen, ökonomischen, politischen und geographischen Konjunkturen heraus erfolgte. Im Zentrum dieser Konjunkturen standen nicht nur der Kalte Krieg und die Systemkonkurrenz als geopolitischer Rahmen und Motivator für technologische Entwicklungen wie dezentrale Datennetze und Satellitentechnologien, sondern vor allen Dingen die Weltwirtschaftskrise der 1970er Jahre mit ihrem Appendix der Ölpreiskrise sowie die Erschöpfungskrise des fordistischen Produktionszusammenhangs. Diese bildeten den Rahmen für die ökonomischen Restrukturierungsstrategien der Unternehmen, die Investitionsstrategien an den Finanzmärkten und die Modernisierungsstrategien der Schwellenländer.

Die Erschöpfung des fordistischen Paradigmas hing ursächlichem mit seinem eigenen Erfolg zusammen. Die enormen Produktionskapazitäten des transatlantischen Produktionsregimes führten zu einer Überakkumulationskrise und in deren Folge zu Absatzproblemen, zumal in der Folge der Ölpreiskrise der Konsum einbrach. Das Kapital, das in den primären und sekundären Wirtschaftssektoren nicht mehr produktiv tätig werden konnte, wurde zunehmend in die tertiären (Dienstleistungen) und quartären (Telekommunikation, Medien, Internet, Werbung) Sektoren investiert. Diese Entwicklung wurde beschleunigt durch die sich in den OPEC-Staaten auftürmenden Petro-Dollar, die global nach profitablen Anlagemöglichkeiten suchten.

Die vom US-amerikanischen militärisch-industriellen Komplex während des Kalten Krieges hervorgebrachten technologischen Entwicklungen – hier sind insbesondere das Internet als

---

<sup>595</sup> „In diesen Positionen, die lediglich die Marktkräfte und die Technologien selbst als treibende Kräfte begreifen, verschwindet die politische Geschichte der Technologien und Infrastrukturen der Informationsgesellschaft.“ (Schaper-Rinkel 2003, 30) „Heute wird in der Ablehnung wie in der euphorischen Zustimmung die Determinierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch Technik ins Zentrum gerückt. Die Perspektive der politischen Bestimmung von Technologien bleibt dabei jeweils unsichtbar.“ (Schaper-Rinkel 2003, 31)

dezentrales Netzwerk von Großcomputern, optimierte und vor allen Dingen paketvermittelte Datenübertragungstechnologien und die Satellitentechnologie zu nennen – schufen die technischen Voraussetzungen für Entwicklungsschübe in den Computer- und Telekommunikationsindustrien sowie den benachbarten Sektoren und in deren Folge die Durchsetzung des digitalen Datenformats.

Als Produkt sowohl der militärisch-industriellen Schöpfungskraft im Kalten Krieg wie auch der Maßnahmen zur ökonomischen Restrukturierung erfuhren die Informations- und Kommunikationstechnologien seit Anfang der 1980er Jahre einen enormen Nachfrage- und Investitionsschub, und in deren Folge auch eine technologische Weiterentwicklung, als deren Resultat sie als „neue Technologien“ reüssieren konnten. Damit wiederum waren die Voraussetzung für die Internationalisierung der Produktion und die Globalisierung der Märkte geschaffen, in deren Folge eine globale "real-time"-Wirtschaft entstehen konnte. Die Intensivierung des "sales effort", die unter anderem über die in den westlichen Industrienationen durchgesetzte Privatisierung öffentlich-rechtlicher Rundfunkanstalten – und damit der Schaffung neuer und durch die Attraktivität billig produzierter US-amerikanischer Unterhaltungsformate auch effektiver Werbeoberflächen, kann in diesem Zusammenhang als eine flankierende Entwicklung interpretiert werden.

Die Deregulierung der Finanzmärkte, die Internationalisierung von Produktion und Absatzmärkten, eine zunehmende Transnationalisierung des Kapitals und natürlich die schrittweise erfolgende Privatisierung und Liberalisierung der bis dahin nationalstaatlich-hoheitlich geführten Telekommunikationssektoren sollten die technologische Entwicklungsdynamik weiter beschleunigen. Begrifflichkeiten wie „PC-Revolution“, „Internetzeitalter“, „Generation Mobil“ usw. dokumentieren die historisch einmaligen „Penetrationsraten“ der jeweils neuen Technologien in die Bevölkerungen. Trotz der im historischen Vergleich sensationellen Verbreitungsgeschwindigkeit der neuen Technologien ist zu berücksichtigen ist, dass bestehende Asymmetrien entlang sozialer Kategorien wie Einkommen, Alter, Bildung, Geschlecht etc. nicht aufgehoben, sondern teilweise verstärkt werden.<sup>596</sup>

Als entscheidender Impuls für die Entstehung eines globalen Kommunikationsmarktes und die Artikulation eines Europäischen Kommunikationsraumes wurde die Zerschlagung des US-amerikanischen Fernmeldemonopolisten AT&T im Jahr 1984 ausgemacht. Die Veränderungen in den Akteursstrukturen und deren ökonomischen Interessen wie auch die politisch-ökonomischen Strategien auf nationalstaatlicher Seite angesichts eines in Entstehung begriffenen, globalen Kommunikationsmarktes wurden am Beispiel des bundesdeutschen Fernmeldewesens exemplarisch herausgearbeitet. Der Kapitalisierung der Telekommunikation, die Konzentration des Kapitals durch zwei große Fusionswellen und die

---

<sup>596</sup> Auch im Jahr 2008 verfügen von den 6,7 Milliarden Menschen gerade einmal 1,3 Milliarden über einen Festnetzanschluss, 1,2 Milliarden über einen Internetzugang und nur 380 Millionen über einen schnellen Internetzugang. Gleichwohl gibt es mit 3,5 Milliarden Mobiltelefonverträgen mittlerweile eine rasant wachsende, neue Technologie, die über die billiger werdenden, internetfähigen mobilen Endgeräte eine Kommunikationsrevolution bisher ungekannten Ausmaßes einleitet. (Alle Zahlen: Schätzungen von BuddeComm <https://www.budde.com.au/Research/2008-Global-Telecoms-Key-Trends-and-Statistics.html>)

mit diesen einhergehende ökonomische, technologische und schließlich auch politische Konvergenz, als deren prominentestes Beispiel die Inkorporation des Internets in den globalen Kapitalismus steht, haben wir ein eigenes Kapitel gewidmet, das den Bogen bis zum Fall der sogenannten New Economy spannt.

Auf die wahrgenommene US-amerikanische Dominanz in den informationstechnologischen Branchen formierten sich bereits seit Ende der 1970er Jahre europäische Initiativen einer auf die Wettbewerbsfähigkeit des EU-ropäischen Wirtschaftsraumes gerichteten, supranationalen Wirtschafts- und Industriepolitik. Dies ist der Boden, auf dem das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ab Mitte der 1980er Jahre artikuliert wurde. In einer Phase ökonomischer Rezession wird die Angst vor einem weiteren Zurückfallen in der triadischen Konkurrenz weiter genährt durch arbeitssoziologische, volkswirtschaftliche und makroökonomische Studien über Verschiebungen in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und die Verheißungen neuer Produktionsweisen und Wachstumsmodelle.

Zwischenzeitlich hatte das Ende des Kalten Krieges und der Systemkonkurrenz ein diskursives Vakuum hinterlassen, in das vor allen Dingen steuerungsoptimistische, technikzentrierte Narrative, denen der Glaube an die produktiven Kräfte von Markt und Kapital allerdings gleichsam alternativlos wie unhinterfragbar eingeschrieben war wie dem alles und nichts meinenden Narrativ der „Globalisierung“. Die Informationsgesellschaft sei demnach unvermeidliche Naturgewalt und alternativloser politischer Imperativ zugleich; indem sie neuartige, technische Lösungen für nahezu das vollständige Spektrum gesellschaftlicher und sozialer Probleme bereit halte, avancierte sie zur allgegenwärtigen Projektionsfläche. Die erstaunlich naive Euphorie über die Möglichkeiten des Internets Anfang der 1990er Jahre stellt nur die erstaunlichste der in dieser Periode spießenden Blüten dar.

Dieser steile Aufstieg des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ findet ihre Begründung auch in der Umbruchphase, in der sich Europa mit der Vollendung des Binnenmarktes sowie der Gründung der Europäischen Union ab Mitte der 1990er Jahre befand. Auf die „Europhorie“, die das Binnenmarktprojekt noch getragen hatte, folgte mit der wirtschaftlichen Ernüchterung, den stärker zutage tretenden disziplinierenden Aspekte einer neoliberal artikulierten Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik und den Ratifizierungsproblemen der mit dieser zusammenhängenden „Reformprogramme“ die sogenannte „Post-Maastricht-Krise“.

In dieser Krise des europäischen Integrationsprozesses fungiert das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ als leuchtendes Fanal einer erneuerten europäischen Hoffnung. Bereits im Weißbuch von 1993 als Grundlage für das europäische Entwicklungsmodell des 21. Jahrhunderts identifiziert, wurde es im programmatischen Gründungsdokument, dem Bericht der Bangemann-Gruppe, als Vehikel auserkoren, den Glauben an die heilsbringenden Kräfte des Marktes zu erneuern. Und in der Tat: die europäisch eingeleitete Privatisierung der nationalstaatlichen Telekommunikationssektoren und der Kampf um den telekommunikativen Weltmarkt generieren die von der EU euphorisch begrüßten, dynamischen Marktentwicklungen. Es sollte der von den segensreichen

Wachstumsversprechen der „Neuen Ökonomie“ wie den durch die Informationsgesellschaft herstellbaren Formen gesellschaftlicher Teilhabe geblendeten, europäischen „neuen“ Sozialdemokratie vorbehalten bleiben, die „Europäische Informationsgesellschaft“ als tragende Säule des ersten wirtschaftspolitischen 10-Jahresprogrammes des neuen Jahrtausends zu installieren.

Das günstig verfügbare Kapital wurde auch als Kredite in die Modernisierungsprojekte aufstrebender Volkswirtschaften investiert – insbesondere in jene von geopolitischer Bedeutung, wozu insbesondere auch die mittel- und osteuropäischen Staaten zählten, die der Versuchung billigen Geldes nicht widerstanden. Diese planten technologische Entwicklungsprojekte, einerseits um vermittelt über den Weltmarkt den Lebensstandard ihrer Bevölkerungen zu heben und so die Legitimität der politischen Führungen zu schützen, andererseits um eine größere politische-ökonomische Autonomie von der Transfer-Rubel-Ökonomie und somit Russland zu erlangen. Trotz teilweise beachtlicher Modernisierungsleistungen scheiterten die Entwicklungsprojekte der ost- und mitteleuropäischen Volkswirtschaften an der Produktivität des kapitalistischen Fordismus, zumal die Preise auf dem Weltmarkt für einfache industrielle Produkte drastisch verfielen. Auch wenn in allen MOEL nationale Programme zur Entwicklung der Computertechnologie aufgelegt worden waren, blieben den MOEL die enormen Fortschritte in den Computer-, Informations- und Kommunikationstechnologien u.a. durch den über die COCOM organisierten Handelsboykott weitgehend vorenthalten.

Mit dem Scheitern der Rekapitalisierung der aufgenommenen Kredite beginnt die Verschuldungskrise der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften. Um diese erfolgreicher managen zu können, erfolgt nicht nur der Beitritt zum IWF, sondern auch eine politische Annäherung über die KSZE. Zudem werden – noch unter kommunistischer Flagge – marktwirtschaftlich geschulte Reform-Eliten ausgebildet, die die Verhandlungen über die Kredite und eine Liberalisierung des Handels mit Westeuropa führen sollten. Der Kollaps des RGW, der natürlich auch politische Dimensionen hatte und vor allen Dingen in Russland seinen Anfang nahm, war indes nicht mehr aufzuhalten.

Mit dem Fall des Eisernen Vorhangs und der politischen wie auch wirtschaftlichen Reorientierung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften gen Europa, sollte sich der Einflussbereich der europäischen Wirtschaftspolitik erweitern. Die Suggestivkraft der „Europäischen Informationsgesellschaft“, in die nicht nur die gesellschaftspolitischen Insignien von „Marktwirtschaft“ und „demokratischer Gesellschaftsordnung“, sondern auch die Hoffnungen auf eine technologisch ermöglichten, wirtschaftlichen Aufholprozess eingeschrieben waren, fungierte hier sowohl zeitlich wie auch organisatorisch in vielerlei Hinsicht als „Türöffner“ für den Export der EU-politischen Regulationsweise und einer weitreichenden Übergabe nicht nur der kommunikativen Infrastruktur an westliche Investoren. Über eine moderne Kommunikationsinfrastruktur, so das Versprechen, könnten die mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften sich nicht nur neue Absatzmärkte erschließen, sondern ihre Position in der internationalen Arbeitsteilung als verlängerte Werkbänke der westeuropäischen Industrie profilieren. Hinter diesem Versprechen stand allerdings die immer wieder mahnend in Erinnerung gebrachte Drohung, dass wer diese

Gelegenheit verstreichen ließe, auf absehbare Zeit den Anschluss an Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung verlieren würde.

Die politisch-ökonomische Transformationsprozesse nach 1989 wurden nun unter Federführung der noch unter kommunistischer Flagge ausgebildeten wirtschaftsliberalen Eliten eingeleitet, die in den frühen, von einem leidenschaftlichen Anti-Kommunismus geprägten 1990er Jahren nicht nur den Wind der Geschichte in ihrem Rücken spüren, sondern auch die Gunst der Stunde zu nutzen wissen. Sie verfügen über das ökonomisch-politische Know-How und werden nicht nur als Experten und ökonomische Berater herangezogen, sondern bekleiden nicht selten auch die entscheidenden politischen Positionen. In einer Phase, in der die politische Opposition desorganisiert oder delegitimiert ist und ein neues politisch-ökonomisches Regime sich noch nicht etabliert hat, kann die Kaste der Kompradoren in einem weitgehend gesetzefreien Raum schalten und walten, nicht ohne an ihren eigenen Vorteil zu denken. Die wöchentlichen, teils massiven Korruptionsskandale werden von einer resignierten Öffentlichkeit bald nur noch zur Kenntnis genommen. Die neuen politischen Führungen, die die Rückkehr nach Europa gestalten sollen, sind oft instabil und von einer hohen Fluktuation geschwächt. Aus mangelnder politischer Erfahrung werden sie gegeneinander ausgespielt und bearbeitet wie politische Erstklässler. In dieser nervösen Situation, in der schon „kritische Anmerkungen“ aus der EU oft eine unmittelbare Auswirkung auf politischen Kräfteverhältnisse in den jeweiligen Staaten haben, werden die westlichen Vorgaben für eine Rückkehr nach Europa, die von einer erfahrenen politischen Klasse formuliert werden, die sich ihres längeren Hebels durchaus bewusst ist, nicht nur oft einfach abgenickt, sondern übererfüllt. Innerhalb weniger Jahre ist das volkswirtschaftliche Tafelsilber verhökert, auch um den rigiden Maßgaben der „Shock-Therapie“ nachzukommen, die zu einem schnellen kapitalistischen Anschluss führen soll.

Die Gewinner dieser Transformationsphase sind – neben den MOEL-Kompradoren, ihren Handlangern und Hehlern – in erster Linie die westeuropäischen Unternehmen, die sich für wenig Kapitaleinsatz funktionierende Produktionsstätten in sogenannten „Sonderwirtschaftszonen“ und strategisch wichtige Infrastrukturen auf dem Silbertablett servieren lassen – oft noch im Paket mit Steuerbefreiungen, exklusiven Marktzugängen und Monopolrechten. Auch können sie sich auf diesem Weg die missliebige Binnenkonkurrenz aus dem Weg schaffen und so ihren Marktanteil vergrößern. Über eine koordinierte Standardisierungs- und Wettbewerbspolitik entstehen so Produktionsstandorte in Niedriglohnländern, die den europäischen Unternehmen gegenüber den mit Fernost vernetzten US-amerikanischen Unternehmen zwar noch keinen Wettbewerbsvorteil verschaffen, sie aber zumindest im internationalen Vergleich aufschließen lassen.

Das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ kann als der Rahmen eines großangelegten europäischen Investitionsprogramms gefasst werden, dessen Koordinierung zwar auf europäischer Ebene, dessen Umsetzung (und zum großen Teil auch Finanzierung) jedoch auf nationaler Ebene in „Partnerschaft“ mit der Privatwirtschaft erfolgte. In diesem Sinne wurde die „Osterweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft“ im 6. Kapitel dieser Arbeit detailliert untersucht: von der Ausgangssituation in den Visegrad-Staaten über die gemeinsamen Information Society Fora, aus denen das Joint High Level

Committee als Steuerungskomitee hervorging, das wiederum die Formulierung und Verabschiedung des Aktionsplanes eEurope 2003+ sowie dessen Implementierung und Evaluation übersah.

Diese Vorgehensweise hielt zwar durchaus Räume für nationale Schwerpunktsetzungen bereit, wirklich alternative Entwicklungsmodelle werden jedoch durch die europäische Rechtssetzung und die mit den Aktionsplänen implementierte Überwachung des Fortschrittes auf die gemeinsamen Zielvereinbarungen, die u.a. auf den Aufbau der Infrastruktur und die Integration des europäischen Kommunikationsraumes abzielen, unterbunden. Nach dem Platzen der Spekulationsblase war es dann wiederum die europäische „neue“ Sozialdemokratie, die den Schwenk von den nun einbrechenden Lissabonner Wachstumsversprechen zur neoliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik vollzog. Die Implosion der „New Economy“ ab Mitte des Jahres 2000 trübt die Hoffnungen in das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ keineswegs, wie die CEEC in ihren Fortschrittsberichten dokumentieren. Die industriepolitischen Vorgaben für ein sich nach Osten erweiterndes Europa werden aufrechterhalten.

Das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ integriert nicht nur den europäischen Kommunikationsraum (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 147), sondern auch den europäischen Wirtschaftsraum. Dabei geht es erst in zweiter Linie um die konkreten Anwendungen, Dienstleistungen und Produkte und noch viel weniger um die Inhalte, auch wenn diese das alltägliche Erscheinungsbild der Kommunikationsinfrastrukturen bestimmen mögen.

Die diskursiven und materiellen Pfeiler der „Europäischen Informationsgesellschaft“ können in folgenden Punkten ausgemacht werden:

- die marktgetriebene (und staatlich flankierte) Innovation als wirtschaftlicher Motor
- technologische Interoperabilität als Voraussetzung für den Binnenmarkt und zur Abwehr von Anbietern aus Drittländern
- gemeinsamer Rechtsrahmen für die transnationale Produktion und Distribution
- Stimulanz von Nachfrage durch staatliche geförderte Modernisierungsprogramme (Bsp. e-health oder e-transport), staatlich generierte Nachfrage (e-government, e-learning), staatliche Content-Förderung und insbesondere durch den Aufbau Multimedia-fähiger Infrastrukturen
- Starthilfe-Programme für den e-Commerce
- Modernisierung der Produktion und Wertschöpfung (teleworking, Inter- und Transnationalisierung der Produktion, Verlagerung von Werkbänken, etc.)
- konzertierte Organisation von Zustimmung auf politischer, wirtschaftlicher, wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene

Die nachholende Modernisierung der materiellen Kommunikations-Infrastruktur, d.h. der Anschluss der produzierenden und konsumierenden Bevölkerung an die Hochgeschwindigkeitsnetzwerke, die durch diese ermöglichte, umfassende Erfassung der

Bedürfnisse und Vorlieben zumindest der kaufkräftigen Mittelschichten und die damit erreichte Optimierung und Beschleunigung des Kapitalumschlages bilden überhaupt erst die Grundlage für die Möglichkeit einer massenhaften Verbreitung von Kommunikationsmöglichkeiten, die über die in erster Linie ökonomischen Beziehungen hinausgehen. Die Integration des europäischen Kommunikationsraum über seine kommunikative Infrastruktur ist deshalb nicht nur in seiner technologischen, sondern in einer höchst politischen Dimension zu betrachten.

Die Herausbildung von transnational integrierten Wirtschaftsregionen bzw. -sektoren führt in den mittel- und osteuropäischen Ländern zu einer ökonomisch-sozial-politischen Dualisierung und Peripherisierung der Volkswirtschaften. Gegenüber den traditionellen Wirtschaftssektoren zwar hochtechnologisch aufgerüstet und an die internationalen Kapitalströme angeschlossen, bleiben die neuen Produktionsstandorte in ihrer Fragmentierung nicht nur strukturell abhängig von den konjunkturellen Strategien ihrer Mutterkonzerne, sondern finden sich, da sie von dem weitgehend ortsungebunden Investitionskapital leicht gegeneinander ausgespielt werden können, in schlechteren Verhandlungspositionen wieder.

Die sich sozialräumlich herauskristallisierende Dualisierung und Peripherisierung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften führt zu gesellschaftspolitischen Spannungen und einer Fragmentierung des „nationalen Interesses“. Wo sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zugunsten der transnational orientierten Fraktionen verschieben, treten ihnen umso erbitterte nationalistisch-protektionistische Positionen gegenüber, die die sozialen Verwerfungen und den Betrug an den Steuerzahlern, die den Kapitaltransfer auch noch subventionieren, teilweise nationalistisch-ethnisiert artikulieren.

In die strukturell selektive Architektur des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ sind die Insignien der europäischen, d.h. auf supranationaler Ebene artikulierten geopolitischen und geoökonomischen Glaubenssätze der 1990er Jahre eingeschrieben, die mit der Troika „Wettbewerbsfähigkeit, Wachstum, Beschäftigung“ zusammengefasst werden können (wobei letzterer nur der Status des marktvermittelten Resultats der ersteren zukommt). Im Gegensatz zur augenscheinlichen politischen Programmatik und auch der gängigsten Kritik ist die dominante Reproduktionslogik der Europäischen Informationsgesellschaft somit nur teilweise durch „Marktmechanismen“ bestimmt. Vielmehr wurden diese – von Erwartungen an die und Sorge um die zukünftigen (regionalen, nationalen und europäischen) Wettbewerbsbedingungen – im Rahmen eines kapitalistischen Modernisierungsprojektes politisch geschaffen und in Kraft gesetzt – wie sie nach ihrem Dämpfer durch den Crash der New Economy und vor allen Dingen in der Folge der Ereignisse des 11.9.2001 nun zunehmend durch Sicherheitsdiskurse kontaminiert und zumindest teilweise wieder überschrieben wurden.

Die Informationsgesellschaft kann in diesem Sinne als ein von politischen Kräften konstituiertes Feld begriffen werden, das von den politischen Interessen der ökonomischen und politischen, in subversiv anverwandelter Praxis auch gelegentlich gesellschaftlichen Akteuren strukturiert wird, die unter Rekurs auf einen technologischen „Fortschritt“ agieren, der allerdings keineswegs teleologisch oder auch nur systematisch voranschreitet, sondern

wiederum selbst von einem zunehmend von Markt und Politik determinierten, sozialen Feld hervorgebracht wird (vgl. Schaper-Rinkel 2003).

## **b. Die Osterweiterung der Informationsgesellschaft als „hegemoniales Projekt“**

Das Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ beinhaltet ein politisches Programm zur Modernisierung des europäischen Kapitalismus, das, obwohl es in den Zentren des europäischen Informationskapitals artikuliert wurde, auch über die Grenzen des europäischen Binnenmarktes hinaus spontane Zustimmung und handlungsleitende Überzeugungskraft – bspw. bei den politischen und wirtschaftlichen Eliten der MOEL – zu organisieren vermochte. Bei dem politischen Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ handelt es sich in diesem Sinne ganz sicherlich um eine „besondere, konkrete politische Initiative“, die, getragen von einem überaus integrativen Mythos, „sich selbst als Lösung von drängenden sozialen, ökonomischen und politischen Problemen (...)“ dazustellen vermochte (Bieling/Steinhilber 2000, 106).

In diesem Sinne kann die „Europäische Informationsgesellschaft“ als ein „hegemoniales Projekt“ (vgl. Bieling/Steinhilber 2000) beschrieben werden:

„Im allgemeinen handelt es sich bei hegemonialen Projekten um politische Projekte, die als Moment der institutionalisierten (Klassen-)Kompromisse den „historischen“ und „hegemonialen Block“ dynamisch stabilisieren bzw. transformieren. „Hegemoniale Projekte“ beeinflussen, indem sie die Regulationsformen verändern und eine breite öffentliche Unterstützung herstellen, sowohl die Art und Weise der materiellen als auch die der ideologischen Reproduktion.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 106)

Bieling und Steinhilber rekurren selbstverständlich auf den von Gramsci ins Spiel gebrachten Hegemoniebegriff, den sie „neogramscianisch“ reartikulieren:

„Aus gramscianischer Perspektive verbinden sich in hegemonialen Projekten verschiedene Dimensionen des sozialen und politischen Handelns: materielle Interessen, strategische Orientierungen, diskursive und kulturelle Bedeutungen, ideologische Überzeugungen, Gefühle, etc. Die unterschiedlichen Dimensionen überlagern sich nicht einfach, sondern artikulieren sich auf eine spezifische Art und Weise. Unabhängig davon, wie das konkrete Muster aussehen mag, entfalten sich politische Projekte, wenn sie hegemonial werden, als ein „motivierender sozialer Mythos“ (...), d.h. sie erzeugen einen Modus des kollektiven Handelns bzw. Verhaltens, der im Bann einer politischen Vision große Bevölkerungsgruppen elektrisiert und begeistert.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 106f)

Die in den Bann schlagende „politische Vision“ beruht auf der mythischen Diskursivität der Informationsgesellschaft, die als kleinster gemeinsamer Nenner eines Konglomerats unterschiedlicher Diskurse und ahistorisch miteinander verknüpften Diskursfragmenten ihre enorme, quasi-epochale Suggestivkraft erzeugt.<sup>597</sup> In diesem Zusammenhang geht es also weder um eine imaginativ-illusorische, voluntaristisch-subjektive „Vision“ noch um rationale, materiell-objektive bestimmbare „Interessen“, sondern um deren strategische und von einer

<sup>597</sup> Vgl. S. 330ff, vgl. Schaper-Rinkel 2003; Latzer 1997; Esser/Lüthje/Noppe 1997

relativen Kohärenz geprägten Artikulation in einer konkreten, d.h. von den Subjekten als solcher interpretierten, historisch-politischen Situation. In diesem Zusammenhang ist zu präzisieren, dass sich diese Artikulation nicht „bloß“ diskursiv, voluntaristisch und wie von selbst vollzieht, sondern von unterschiedlichen Akteuren – unter Rückgriff auf „Bedeutungen, Interpretationen, kulturelle Formen, Ideologien, subjektive Gefühle, Vorstellungen“ (Bieling/Steinhilber 2000, 107) sowie dem Anschluss an andere solcher Projekte bzw. Leitbilder – auf einem immerschon selektierend-vorstrukturierten, politisch-diskursiven Terrain interesse- und strategiegeleitet hervorgebracht wird. Dieses politisch-diskursive Terrain ist nicht nur von den ökonomisch-materiellen Strukturen geprägt, sondern auch von der politischen Artikulationsfähigkeit bestimmter Akteure, ihrem Zugang zu Ressourcen und politischen Entscheidungsebenen, den Kontingenzen und Konjunkturen der konkreten politischen Situation und ihrer interpretativen Aneignung durch die handelnden Subjekte und – in unserem Falle – dem Zuhandensein bestimmter Technologien, suggestivkräftiger Diskursfragmente, dem Eigensinn politischer Institutionen bzw. deren Personal, usw. usf..

Es ist diese Konstellation der hier abstrakt geführten Begrifflichkeiten, die in dieser Arbeit am Beispiel der Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und am Beispiel ihrer Osterweiterung konkret angereichert und ausgearbeitet wurde.

### ***Die Organisation von Zustimmung: Konsens und Zwang***

Ein politisches Projekt, dass zu einem hegemonialen Projekt artikuliert wird, muss nach Bieling/Steinhilber „interessen-basierte rationale Strategien“ zusammen mit Formen der „diskursiven Interaktion“ wie auch der „affektiven Imagination“ so miteinander verknüpfen, dass sie spontan konsensfähig sind, d.h. potentielle Antagonismen neutralisieren bzw. absorbieren, so dass das Projekt als von „allgemeinem Interesse“ akzeptiert werden kann (vgl. Bieling/Steinhilber 2000, 108).

Bieling und Steinhilber fassen den ‚normalen Verlauf sozialer und politischer Kämpfe‘ – sie meinen damit wohl die Artikulation von politischen Projekten in den Mitgliedsstaaten und auf der EU – als eine Reihe aufeinander folgender Schritte oder Phasen:

„Die Initiative, das Agenda-Setting, der politische Entscheidungsprozess, die Erzeugung von öffentlicher Unterstützung und strukturelle Anpassungen im Kontext ihrer Umsetzung. Während meistens nur eine kleine Gruppe von Intellektuellen, Politikern bzw. Wirtschaftsvertretern die Initiative ergreift, verlangt der Prozess des Agenda-Setting die Beteiligung weiterer Interessensgruppen und eine breitere Unterstützung. Bis zur politischen Entscheidung beschränkt sich die Formierung von Allianzen – zumindest dann, wenn es sich um europäische Projekte mit weitreichenden Konsequenzen handelt – allerdings weitgehend auf einen elitären Machtzirkel. Erst wenn sich diese auf weitere Schritte im Prozess eines „neuen Konstitutionalismus“ geeinigt haben, wird die national fragmentierte europäische Öffentlichkeit mit einbezogen.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 108f).

Tatsächlich entspricht diese hier sicherlich nur idealtypisch umrissene Abfolge exakt dem Artikulationsprozess, wie er für das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ herausgearbeitet werden konnte. Auch dieses wurde von einem

kleinen, ausgewählten Kreis westeuropäischer politischer und ökonomischer Eliten initiiert und artikuliert: Von der Davignon-Gruppe (sprich: dem europäischen Großkapital) initiiert, von der Bangemann-Gruppe (sprich: dem europäischen Großkapital) neoliberal ausgearbeitet und von den sozialdemokratischen Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Wachstums- und Beschäftigungsschub über die Schwelle getragen, ist das relativ hohe Maß an spontaner Zustimmung ausführlich erörtert worden und auch nicht weiter verwunderlich, zumal das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ dem in die Krise geratenen europäischen Integrationsprozess neue Hoffnung verleihen konnte.

Jenseits dieser Kreise kann desweiteren in der konzertierten Organisation von Zustimmung ein integraler Bestandteil dieses politischen Projektes ausgemacht werden. In diesem Zusammenhang ist insbesondere das politische Eigeninteresse der EU-Kommission zu berücksichtigen, für die die Europäische Informationsgesellschaft ein wichtiges Instrument darstellte, nicht nur um den europäischen Integrationsprozess voranzutreiben, sondern über die Ausweitung der Marktförmigkeit auch ihre politischen Kompetenzbereiche erheblich auszuweiten. In diesem Sinne sind die von der EU-Kommission vorangetriebene Europäisierung der Technologie- und Telekommunikationspolitik nicht nur der Hebel für eine technologische Integration, sondern auch der Hebel für eine bestimmte Form der politischen Integration. Europaweit interoperable Telekommunikationsinfrastruktur und eine Technologieentwicklung nach europäisch definierten Standards „erscheinen als *Effekt* der europäischen Integration“, sind aber „zugleich ein entscheidendes *Instrument* der Integration“ (Schaper-Rinkel 2003, 229). Die Kompatibilität der technologischen Infrastrukturen ist nicht nur ein wichtiger Schritt zur Realisierung des Europäischen Binnenmarktes, über ihre von der EU-Kommission konsequent vorangetriebene Überführung in die Marktform verlagert sich auch ihre politische Regulierung auf die supranationale Ebene und damit in einen sich erweiternden Zuständigkeitsbereich der EU-Kommission.

„Anfangs – in der Konstituierung der Europäischen Technologiegemeinschaft – wird die gemeinsame Technologieentwicklung als Instrument genutzt, um die politische Integration voranzutreiben. In der Entwicklung eines Europäischen Telekommunikationsraumes dient die gemeinsame Technologieentwicklung der Telekommunikation zugleich dazu, die Organisationsform dieses großtechnischen Systems vollständig zu verändern. Durch die dreifache Transformation der Telekommunikation von nationalstaatlich regulierten analogen Versorgungsinfrastrukturen zu einer europäisch regulierten digitalen Marktinfrastruktur für kommerzielle teledigitale Dienstleistungen wird die Regulierungsmacht auf die europäische Ebene verlagert. Zugleich ermöglicht diese Umstrukturierung eine Vielzahl von Innovationen, da sie den Rahmen für eine zunehmende Konvergenz teledigitaler Technologien schafft. Insgesamt wird die wesentliche Infrastruktur der Informationsgesellschaft so umstrukturiert, dass zukünftig die politische Steuerung nurmehr indirekt über den Markt möglich ist. Mit der Entwicklung der Europäischen Informationsgesellschaft wird diese Politik verschärft: Der erreichte Stand der politischen Integration wird nun dazu genutzt, die weitere technologische Entwicklung dem internationalen Markt zu unterwerfen. In dem Prozess der Durchsetzung der marktförmigen Regulierung verändert sich der politische Status der Technologieentwicklung: Diente die Forcierung digitaler Technologien *programmatisch*

zu Beginn der 70er Jahre noch dem gesellschaftlichen Nutzen, so steht seit den 90er Jahren das industrielle Wohlergehen im Mittelpunkt politischer Initiativen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 229)

„In der Technologiepolitik lässt sich ein stetiger Machtzuwachs und eine stetige Zunahme der Handlungsfähigkeit der Kommission feststellen. Auch wenn der Rat und das Parlament formal entscheiden bzw. zustimmen müssen, so gelingt es der Kommission in den 80er und 90er Jahren stärker, in der Vorbereitung ein hohes Maß an Handlungsfähigkeit an sich zu ziehen und in Detailfragen immer weniger von den einzelnen Mitgliedstaaten abhängig zu sein. Da sie neben der Zustimmung des Parlaments nur noch die Mehrheit im Rat braucht und keine Einstimmigkeit mehr erforderlich ist, ist sie in der Lage, strategische Allianzen zu schmieden. Da zugleich das Volumen der Rahmenprogramme ständig steigt, wird auch die direkte (finanzielle) Wirksamkeit europäischer Forschungsförderung gesteigert. Zu Beginn ihrer technologiepolitischen Ambitionen hat die Kommission durch die diskursive Problemzuschneidung den Prozess der Europäisierung der Technologiepolitik forciert. Mit der tatsächlichen Praxis einer europäischen Technologiepolitik, wie sie sich in den 80er Jahren herauskristallisiert, ist die Kommission nun in neuer Weise in der Lage, eine *Agenda-Setting*-Funktion nicht nur für ihre eigene europäische Ebene wahrzunehmen, sondern zugleich die Technologiepolitik der Mitgliedstaaten über hegemoniale Diskurse und über die Rahmenbedingungen (insbesondere der Telekommunikation) zu beeinflussen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 230f)

Die nationalen Informationsgesellschafts-Projekte der Mitgliedsstaaten werden von der EU, allen voran der EU-Kommission koordiniert, die sich durch die Beteiligung der europäischen Großindustrie bei der Ausarbeitung ihrer informationsgesellschaftlichen Politik abzusichern sucht. Die EU-Kommission fungierte in diesem Zusammenhang als Stichwortgeber für „industrial round tables“, „hochrangige Expertengruppen“ und „high level committees“, in denen politische Entscheidungsträger und ökonomische Interessen ihre konkret Identität miteinander ausarbeiteten und die Handlungsrahmen formulierten, die sich in EU-weite Generalstrategien und Richtlinien übersetzen sollten.

Die Arbeiten von Dorothee Bohle legen die grundsätzliche Unterscheidung zwischen der *Hegemoniefähigkeit* eines vergleichsweise „eingebetteten Neoliberalismus“ (Bohle 2002) in den Gesellschaften Westeuropas und der von oben, in der Form einer „passiven Revolution“ ohne populäre Beteiligung erfolgenden Durchsetzung seiner marktradikalen Variante in Mittel- und Osteuropa nahe.

Und in der Tat ist die Ausgangssituation der westeuropäischen Nationalstaaten im Hinblick auf das Mitte der 1990er Jahre artikulierte politische Programm einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ eine gänzlich andere als in den MOEL. Hier finden sich weitgehend intakte, flächendeckende Kommunikationsinfrastrukturen, die über Jahrzehnte im Rahmen eines staatlichen Versorgungsdienst aufgebaut worden waren. In den europäischen Mitgliedsstaaten wird die Modernisierung der informationellen Infrastruktur den jeweiligen nationalen Parlamenten als notwendige Forschungs- und Entwicklungs-, Technologie-, Wirtschafts-, Konjunktur-, kurz: Standortpolitik verkauft. Von Privatisierung und Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte erhoffte man sich international

wettbewerbsfähige Unternehmen und somit einen Anteil an einem rasant wachsenden Weltmarkt. In diesem Sinne wurde der Blick nach Mittel- und Osteuropa gerichtet.

Es wurden einige Anstrengungen unternommen, um unter den politischen Vertretern der MOEL die Zustimmung zur Osterweiterung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu organisieren. Allerdings wurde recht schnell deutlich, dass hier kaum Überzeugungsarbeit zu leisten war. Hinter den mehr oder weniger offenen Türen befanden sich veraltete, schwache Infrastrukturen, die nun über privates Kapital aufgebaut und modernisiert werden sollten. Der spontane Konsens beruhte hier zunächst auf der Suggestivkraft des westlichen Entwicklungsmodells, den Versprechen einer modernen Kommunikationsinfrastruktur sowie dem in Aussicht gestellten Anschluss an den europäischen Binnenmarkt.<sup>598</sup> Desweiteren ist dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ ein spezifisches Deregulierungs- und Privatisierungsprogramm eingeschrieben, das versprach, wirtschaftliches Wachstum, Beschäftigung und vor allen Dingen die dringend benötigten Investitionen zu generieren. Diese Versprechen wurden noch am Vorabend des Absturzes der New Economy verheißungsvoll und zukunftsfröh in der Lissabon-Strategie unter der Überschrift „Beschäftigung und Wachstum für alle“ zusammengefasst und – vor dem Hintergrund des Narrativs des globalen Konkurrenzdrucks – von dem ebenso zentralen Motiv der „Dringlichkeit“ flankiert.

Diese Themen, versammelt unter dem wirtschaftspolitischen Ziel der gesteigerten „internationalen Wettbewerbsfähigkeit“, dessen immer auch drohender Optimismus unmittelbare Zustimmung erpressen sollte, werden beinahe jedem EU-politischen Dokument, jeder Studie und jedem Aktionsplan vorangestellt und letztlich auch von den Vertretern der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften geteilt und unterschrieben. Nicht zuletzt der in Warschau im Jahr 2000 verabschiedete Aktionsplan eEurope 2003+ bewegt sich eindeutig im Kielwasser der Lissabon-Ziele. In diesem Sinne sind die politischen Vertreter der MOEL auch aktiv an der Artikulation des politischen Projektes beteiligt, wenngleich mit subalternen Stimme.

Denn hinter der von Dringlichkeitsrhetorik vorangetriebenen Konsensfähigkeit des politischen Projektes stehen die politischen und ökonomischen Zwänge, die sich aus der politischen und ökonomischen Situation der MOEL nach 1989 und insbesondere dem von breiten Mehrheiten getragenen Bestreben nach einem Anschluss an (West-)Europa ergaben. Diese Zwänge werden über die Europa-Abkommen, die Assoziierungsverträge, die von einem permanenten und engmaschigen Screening- und Monitoringprozess überwachte Übernahme des Acquis Communautaire sowie überhaupt das hohe Maß an Konditionalität im EU-Beitrittsverfahren institutionalisiert. Diesen Zwänge dokumentieren sich nicht zuletzt in den spezifischen Kommunikationsverhältnisse der „Verhandlungssituationen“ – in denen es eben nicht um die Verhandlungen zwischen zwei gleichwertigen Partnern auf Augenhöhe, sondern vielmehr um ‚Lehrer-Schüler-Verhältnisse‘ wenn nicht gar ‚ungleiche Verträge‘ ging.

---

<sup>598</sup> „Materiellen Zugeständnisse“ an die konkreten Delegationen – wie z.B. kostspielige Empfänge in repräsentativen Hotels, die Erstattung von Reisekosten quer durch Europa, etc. mögen ebenfalls eine Rolle in der Organisation von Zustimmung gespielt haben.

Obwohl das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ also von einer relativ großen spontanen Zustimmung auf der Ebene der politischen Entscheidungsträger getragen wurde, musste es doch in der Form einer „passiven Revolution“, d.h. „top down“ umgesetzt werden. Das hängt ursächlich damit zusammen, dass es nicht staatlich-zentralistisch, sondern dezentral, „über den Markt vermittelt“ und durch private Investitionen aufgebaut werden sollte. Dazu musste die Unterstützung von weiteren ökonomischen und politischen Akteuren gewonnen werden.

Der erhoffte „virtuous vircle“ eines sich gegenseitig antreibenden Spiels von Angebot und Nachfrage stellte sich, wie aus den „Fortschrittsberichten“ hervorgeht, oft als ein „vicious circle“ dar: denn wo keine Nachfrage, da rentiert sich kein (oft kapitalintensives) Angebot (und umgekehrt). Es reichte nicht aus, die Märkte und die darin gehandelten Warenformen politisch zu schaffen und die für die kapitalistische Akkumulation notwendigen Eigentumsverhältnisse herzustellen. Darüber hinaus wurde den Nationalstaaten von der Kommission – vermittelt über den Austausch von „best practices“ – die Schaffung von Anreizsystemen nahegelegt. Der mangelnde Enthusiasmus der Unternehmen, in die Europäische Informationsgesellschaft zu investieren, wurde immer wieder bemängelt. Also wurden zusätzliche Industrieforen, nationale Aktionstage und nationale Information Society Task Forces mit recht mittelmäßigem Erfolg eingerichtet und prestigeträchtige, die Imagination ankurbelnde Pilotprojekte finanziert. Vor allen Dingen aber verpflichteten sich die Staaten dazu, die kritische Masse von Nachfrage nach informationsgesellschaftlichen Diensten, Anwendungen und Produkten im Rahmen ihrer Beschaffungsmaßnahmen selbst aufzubringen.

Um möglichst breite Bevölkerungsschichten trotz ihrer gesunden Skepsis gegenüber der technologischen, ökonomischen und politischen Programmatik<sup>599</sup> für das von oben durchgesetzte Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ zu gewinnen, wurde nicht etwa auf demokratische Mobilisierungs- oder gar Entscheidungsprozesse gesetzt. Stattdessen wurden unter dem Stichwort „Awareness“ klassische PR-Maßnahmen in den relevanten Zielgruppen, wie z.B. die europaweite Aktionstage oder Wettbewerbe veranstaltet. Trotz der weitgehend synonymen Verwendung ging es nicht in erster Linie um eine Einbindung der europäischen BürgerInnen als politische Subjekte, sondern als KonsumentInnen:

“It is surprising how many times such words as "citizens' involvement," "participation," "dialogue," "transparency" and even "democracy" appear in EU policy documents without a clear reference to concrete actions concerning them. Government online is one of the priority areas of the eEurope initiative that covers some issues related to democracy. It states that better access to public information would make the Internet more relevant to daily lives and thereby encourage wider participation in the

---

<sup>599</sup> „Offenbar ist diese [die europäische Öffentlichkeit] im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts [die 1990er, MH] gegenüber europäischen Projekten skeptischer und kritischer geworden. Dies scheint vor allem der Tatsache geschuldet, dass sich der neoliberale und monetaristische Diskurs verschärft hat, obwohl große Bevölkerungsgruppen die disziplinierenden Effekte der neoliberalen Restrukturierung mehr und mehr zu spüren bekommen. (...) Die meisten Reaktionen – Protestwahlen, Demonstrationen, Streiks etc. – sind vorerst allerdings stark emotional geprägt und in erster Linie defensiv.“ (Bieling/Steinhilber 2000, 108f).

Information Society. Very a little is said about how this actually improves a cherished democratic government. To put it bluntly, the EU refers to "access" as critical mass, "participation" to consumption processes, "dialogue" to opportunity to make inquiries via Internet, and "transparency" to official documents available in e-format on the Internet. This suggests how eEurope and the entire Union deal with democracy. The techno-economic message is usually surprisingly explicit, though sometimes it is bundled with expressions suggestive of genuine democracy and participation. When considering the entire European Information Society policy, democracy does not seem to be a real issue at all. Rather, democracy has been on the agenda in the most serious way when the EU is dealing with the enlargement of the Union or some issues of Foreign policy. (...) The bottom line is that in spite of the official rhetoric on the democratic heritage of Europe and the actual democracy deficit of the Union, democracy is not really an issue at the community level. It is as if all the democratic rights were secured for European citizens at the national level and nothing more is needed. Democracy is on the margin of the agenda, and consequently only partial project-based measures are directed to support some selected aspects of it. (Anttiroiko 2001, 34f)

Neben den neoliberal-marktgläubigen Wachstumsargumenten wird auf dieser Ebene auch das demokratisierende Potentiale des „e-governments“ unermüdlich wiederholt, womit allerdings kaum mehr als eine Art staatliche Nachfragepolitik in der ansonsten angebotsorientierten Wirtschaftspolitik gemeint ist. Den BürgerInnen bietet das politische Projekt also nicht politische Teilhabe, wohl aber vereinfachte Behördengänge. Der Anschluss an die Europäische Informationsgesellschaft erfolgt nicht als universelles Bürgerrecht, sondern als marktvermittelte Dienstleistung, der die Versprechen eines rationalisierten Konsums, sinkender Preise und neuartiger Kommunikations-, Unterhaltungs- und Informationsmöglichkeiten im Sinne einer gesamtwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit eingeschrieben ist.

„Auch wenn die verschiedenen Bereiche im Aktionsplan gleichrangig nebeneinander stehen, so ist die Intensität, mit der wirksame öffentliche Initiativen vorangetrieben werden, sehr unterschiedlich.“ (Schaper-Rinkel 2003, 201) Während die Gesundheitsfürsorge oder intelligente Verkehrssysteme eine eher nachrangige Bedeutung zukommt, liegt der Schwerpunkt auf der Entwicklung des elektronischen Geschäftsverkehrs (e-Commerce) und semi-öffentlichen Diensten bzw. staatlichen Dienstleistungen (e-government) (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 201). „Mit dem eEurope-Aktionsplan werden die Internet-Dienste – insbesondere e-commerce – ein Synonym für die Wachstumsmärkte der Informationsgesellschaft.“ (Schaper-Rinkel 2003, 201)<sup>600</sup>

---

<sup>600</sup> Da für den elektronischen Geschäftsverkehr, der im Vergleich zu den USA deutlich unterentwickelt ist, viele Vertrauensprobleme zu lösen sind (u.a. die sichere Identifikation von Geschäftspartnern, ein zuverlässiger Rechtsrahmen für Transaktionen, Gewährleistung der Authentizität von Informationen, etc.), will die EU-Kommission mit der Signaturen-Richtlinie die Voraussetzung für einen sicheren Rechtsverkehr schaffen. „Ausgangspunkt für den Richtlinien-Vorschlag der Kommission ist aber nicht dieses Sicherheitserfordernis, sondern wieder einmal der Binnenmarkt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 203; vgl. ABl. 2000 L 13). „Zusammenfassend zeigt sich, dass die Signatur-Richtlinie darauf zielt, aktiv einen wachsenden Markt für Zertifizierungsdienste zu forcieren. An diese werden lediglich einige wenige zentrale und abstrakte Anforderungen gestellt. Die Sicherheit des elektronischen

Informations- und Kommunikationstechnologien werden in erster Linie dort eingeführt, wo sich kurz- und mittelfristig Kosten einsparen lassen oder Wachstumsmärkte prognostiziert werden. Einzig die Investitionen in die Bildung und ihre Infrastruktur verfolgen längerfristige Ziele, die aber als „Lebenslanges Lernen“ artikuliert vor allen Dingen darauf abzielen, IuK-fähige Arbeitskräfte für das Überleben in einem auf Innovation und Flexibilität getrimmten, peripheren Ökonomie vorzubereiten. Diese – oft an westlichen Universitäten ausgebildeten – InformationsarbeiterInnen sind heute Teil der Elite der ArbeitnehmerInnen in den urbanen Räumen oder hochtechnologischen Produktionszonen Mitteleuropas. Für ArbeitnehmerInnen bedeutet dies flexibilisierte und entgrenzte Arbeitsverhältnisse und die sozialen Folgen nationaler und europäischer Standortpolitik im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.<sup>601</sup>

Insofern reproduziert sich im politischen Projekt der „Europäischen Informationsgesellschaft“ ein zentrales Merkmal des neoliberalen Globalisierungsprozesses: die Verschiebung gesellschaftlicher „Artikulationsmacht“ zugunsten der makropolitischen und makroökonomischen Ebene. Mit der Überführung der telekommunikativen Infrastruktur in ein transnationales Marktregime verändert sich auch die Struktur des politischen Feldes. Die Artikulation des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“, also die Verdichtung der unterschiedlichen Auffassungen, Praxen und Beziehungen in Richtung eines mehr oder weniger kontinuierlich-kohärenten Wirkungszusammenhangs, ist in diesem Sinne von einer in hohem Maße selektiven Repräsentation gesellschaftlicher Interessen geprägt. Da verwundert es nicht, dass sie auch im Hinblick auf die Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa das wirtschaftspolitische Dogma der „Wettbewerbsfähigkeit“ fortschreibt, inklusive der damit verbundenen sozialen Kosten. Auf der mikropolitischen und -ökonomischen Ebene und auf den subalternen politischen Positionen führt dies zu Wahrnehmungen einer alternativlosen „Systemlogik“ und unvermeidlichen „Sachzwängen“ und folglich zu einer Einschränkung der politischen Handlungsfähigkeit.

### **c. Tentative Bestimmungen zur strukturell selektiven Integration des mittel- und osteuropäischen Kommunikationsraums**

Vor dem Hintergrund der diesem Fazit vorangestellten Einschränkungen soll im Folgenden der Versuch unternommen werden, zumindest tentative Skizzen für eine Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit zu entwerfen.

---

Rechtsverkehrs wird somit nicht durch staatliche Verantwortung gewährleistet. Vielmehr wird die öffentliche bzw. staatliche Verantwortung abgelöst durch eine Privatisierung der Sicherheitsinfrastruktur. Wenn aber digitale Signaturen die Basistechnologie des elektronischen Rechtsverkehrs sind, wäre die Sicherstellung der Rechtssicherheit in diesem Bereich eine zentrale Aufgabe und Verpflichtung der Nationalstaaten bzw. eine quasi-hoheitliche Aufgabe europäischer Politik. Bei der Regelung Signaturen-Richtlinie rangiert die Entwicklung eines umsatzträchtigen neuen Marktsegments an erster Stelle, während die Sicherheit im Rechtsverkehr zweitrangig bleibt.“ (Schaper-Rinkel 2003, 206, vgl. Rosnagel 1998, 331ff) Auch im Hinblick auf die Rechtssicherheit im elektronischen Geschäftsverkehr gilt: „Verbraucherschutz gilt nur nach Maßgabe des Wachstumsinteresses“ (Schaper-Rinkel 2003, 208).

<sup>601</sup> Die breiten Schichten der Bevölkerungen nehmen an der Europäischen Informationsgesellschaft in erster Linie durch aufregende neue Konsum- und Unterhaltungsangebote teil. In der letzten Dekade wird dieses Regime ergänzt durch die potentielle Vollüberwachung nahezu sämtlicher biometrischer Daten, individueller Verhaltensmuster und Vorlieben und sozialer Interaktionen.

Begründungszusammenhänge für den Zusammenhang der Artikulation des politischen Projektes eines „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa und der selektiv strukturierten Integration des „Europäischen Kommunikationsraumes“ haben wir in dieser Arbeit einige versammelt. An dieser Stelle lässt sich der Zusammenhang dahingehend pointieren, dass sich diese strukturelle Selektivität über die „Marktfixierung“ der EU-ropäisch vorgegebenen Politik in der weitgehenden Integration profitabler Regionen, Bevölkerungsteile und zahlungskräftiger Kunden einerseits und der weitergehenden Peripherisierung ländlicher Regionen, großer Bevölkerungsteile und gesellschaftlicher Interessen andererseits ausdrückt.

Das Erbe eines weitgehend überalterten und kaputten Telekommunikationssystems, die knappen und anderweitig weitaus dringender benötigten Ressourcen und der Mangel an know-how hatten eine ohnehin komplizierte Ausgangssituation geschaffen, in der eine gleichmäßige Integration der mittel- und osteuropäischen Kommunikationsräume in das idealisierte Konstrukt einer „Europäische Informationsgesellschaft“ von vorneherein recht unwahrscheinlich war. Diese ungünstige Ausgangssituation wurde durch die frühe und weitgehend ungesicherte, d.h. in einem unregulierten, z.T. sogar rechtsfreien Rahmen und unter den Bedingungen „charismatischer Führung“ (Tzankoff 2001, 29) sich vollziehende Öffnung der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften für westeuropäisches Investitionskapital nicht verbessert.

Die Erweiterung des „Europäischen Kommunikationsraumes“ nach Mittel- und Osteuropa vollzog sich dementsprechend in erster Linie, um neue Märkte für die westeuropäischen Kommunikationsnetzbetreiber und anhängigen Herstellerindustrien zu sichern. Für die westeuropäischen Telekommunikationsunternehmen waren diese oft politisch vermittelten Einladungen zur Modernisierung der mittel- und osteuropäischen Telekommunikationssektoren ein willkommenes „window of opportunity“ – angesichts stagnierender Wachstumsraten auf gesättigten Heimatmärkten, einem durch politische Deregulierung und technologische Alternativen gestiegenen Konkurrenzdruck und der Möglichkeit, über den selektiven Zugriff auf profitable Geschäftsfelder dominante Marktpositionen in Mittel- und Osteuropa aufzubauen. Der exklusive Marktzugängen über langfristige Zeiträume wurde nicht selten vertraglich zugesichert.

Die Modernisierung über ausländisches Investitionskapital wiederum hat den Haken, dass ein Technologie- und Know-How-Transfer nur eingeschränkt stattfindet.

„In Ungarn zeigt sich beispielsweise, dass bei ausländischen Direktinvestitionen nur begrenzt und langsam Kompetenzen bereitgestellt wurden, die es den ungarischen Tochterunternehmen ermöglichen, technologisch anspruchsvolle Aufgaben zu übernehmen. Einerseits steigt in den übernommenen ungarischen Unternehmen die Produktivität und die Qualität der Produkte, doch die Arbeitsteilung in Forschung und Entwicklung läuft darauf hinaus, dass ungarische Zweigstellen mit nachrangigen Produktions- und Entwicklungsaufgaben betraut werden und kein Möglichkeit haben, an zukunftsorientierten strategischen Forschungs- und Entwicklungsvorhaben teilzunehmen“ (Schaper-Rinkel 2002, 445f, vgl. Habuda/Szvalavetz 2000).

Der politischen, rechtlich-regulatorischen und technologischen Integration der unterschiedlichen Kommunikationssysteme zu einem erweiterten „Europäischen Kommunikationsraum“ kam vor diesem Hintergrund vor allen Dingen die Bedeutung zu, die Interoperabilität im Sinne des europäischen Binnenmarktes und gleichzeitig seine Abschließung nach außen, sprich gegenüber der außereuropäischen Konkurrenz, sicherzustellen. Diese Funktion widerspricht in keiner Weise, dass dieser europäische Binnenmarkt von starken, westlichen Akteuren dominiert wird und zu seinen Rändern hin von politischen, aber auch technischen und ökonomischen Abhängigkeiten gekennzeichnet ist (vgl. Schaper-Rinkel 2002, 446).

Bewerkstelligt werden konnte dieser Anschluss über das hohe Maß an Zustimmung der mittel- und osteuropäischen Eliten zu dem westeuropäischen, von Marktwirtschaft und liberal-repräsentativer Demokratie geprägten Gesellschaftsmodell, das Versprechen, mit einer Modernisierung der Kommunikationsinfrastrukturen den Grundstein für ein zukünftiges Wirtschaftswachstum zu legen und die Attraktivität als Investitionsstandort zu erhöhen. Neben dem hohen Maß an politischer Konditionalität, das den MOEL zuverlässig den kürzeren Hebel in den Beitrittsverhandlungen zuteilte, waren die zu leistenden Anpassungen nicht nur enorm und unidirektional, sondern zudem erschwert, weil sie sich auf ein bewegliches Ziel bezogen: sowohl regulatorisch wie auch technologisch/ökonomisch gingen die MOEL eine Wette auf die zukünftige Entwicklung ein, deren Gestaltung nicht in ihrer Hand lag.

Der kommunikative Anschluss insbesondere der Industriezentren war in der Tat eine wichtige Voraussetzung für ihre Einbindung als Niedriglohnstandorte und verlängerte Werkbänke in erweiterte europäische Produktionszusammenhänge. Die diesbezüglich entworfenen nationalen Entwicklungsstrategien setzten nicht auf einen öffentlich-rechtlich gesteuerten, an der Grundversorgung orientierten Ausbau der Netze, wie es in Westeuropa über den „universal service“ organisiert worden war, sondern vor allen Dingen auf Investitionen durch privates, oft westeuropäisches Kapital, die sich zunächst selektiv auf die besonders lukrativen Regionen (urbane und dicht besiedelte Räume sowie industrielle Zentren) konzentrierten. Das Vertrauen in die Kräfte des „freien Marktes“ führte so zu einer ungleichmäßigen Entwicklung der kommunikativen Infrastruktur, mit der Folge, dass bspw. dünn besiedelte, ländliche Regionen weiter peripherisiert wurden. Noch für das Jahr 2008 kann konstatiert werden, dass der Ausbau von schnellen optischen Netzwerken in den 10 Beitrittsländern (mit Ausnahme von Slowenien) weit unterdurchschnittlich voranschreitet, was insbesondere auf die wirtschaftlichen Restriktionen zurückzuführen sei, die den Ausbau zunächst in den bevölkerungsdichten Regionen begünstigen.<sup>602</sup>

Grundsätzlich ist die Entwicklung der mittel- und osteuropäischen Telekommunikationsmärkte eng mit der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung gekoppelt. In diesem Zusammenhang ist den EU-induzierten regulatorischen Reformen retrospektiv eine durchaus positive Wirkung zu bescheinigen, da sie die Marktbedingungen für konkurrierende Anbieter – vor allen Dingen von Zugängen zu den Breitband- und

---

<sup>602</sup> vgl. <https://www.budde.com.au/Research/2008-European-Cable-and-Fibre-Market.html>

Mobilnetzen – verbesserten. Der Erfolg letzterer – die Penetrationsraten haben im Jahr 2008 100% überschritten (Polen 109%; Tschechien 130%, Ungarn 103%)<sup>603</sup> – ist allerdings zu einem erheblichen Maße auch auf die weiterhin schwachen Infrastruktur im Festnetzbereich mit weiterhin langen Wartezeiten zurückzuführen. Die Märkte für den Mobilfunk von westeuropäischen Anbietern dominiert (T-Mobile, Vodafone, Telekom Austria, Tele2 und TeliaSonera).<sup>604</sup>

Die Einbindung der kaufkräftigen Mittelschichten in die Konsumtion über eine Starthilfe im Bereich e-commerce ging nur schleppend voran, da zum einen das Vertrauen und Interesse in online-vermittelte Produkte und Dienstleistungen nur gering ausgeprägt war und zum anderen die technischen Voraussetzungen für einen florierenden Online-Markt fehlte – denn weiterhin waren ganze Landstriche überhaupt erst einmal an ein funktionierendes Telefonnetz anzuschließen. Hier sorgten die marktvermittelten Entwicklungsstrategien für erhebliche Zeitverzögerungen gerade in den ländlichen, strukturschwächeren Regionen. Hinsichtlich der Sprach-Telefonie konnten diese Verzögerungen durch den vergleichsweise schnellen Ausbau der Mobilfunknetze zwar teilweise kompensiert werden, nicht aber für den Zugang zum Internet. "It may turn out that different concepts and policies do really matter less than other factors having to do with income levels, the general political and economic climate, the educational standards of the population and so on." (Schenk/Kruse/Müller 1997, 3)

Absolut genesen hat sich die kommunikative Anbindung hinsichtlich der Anschlussraten, Verbindungsqualitäten, Verfügbarkeit erschwinglicher Endgeräte, Dienstleistungen, durchschnittlichen Kommunikationskosten und insbesondere der Mobiltelefonie im Untersuchungszeitraum und darüber hinaus durchaus verbessert, insofern damit gemeint ist, dass die heutigen Kommunikationssysteme nicht nur leistungsfähiger und billiger geworden sind, sondern auch auf technologischer Basis enorme Weiterentwicklungen stattgefunden haben. Zum Zeitpunkt der Europäischen Osterweiterung haben sich die MOEL – und hier insbesondere die Visegrad-Staaten – auf dem Gebiet der IKT in vielen Bereichen an den EU-Durchschnitt herangekämpft. Zwar gibt es in vielen Aspekten immer noch deutliche Unterschiede, die sich aber zumindest innerhalb des europäischen Konzertes bewegen, d.h. vergleichbar sind mit den strukturschwächeren westeuropäischen Ländern.<sup>605</sup>

---

<sup>603</sup> vgl. <https://www.budde.com.au/Research/2008-Europe-Telecoms-Mobile-and-Broadband-in-Central-Europe.html?sub=EXECUTIVE>

<sup>604</sup> <https://www.budde.com.au/Research/2007-Eastern-Europe-Mobile-Communications-Mobile-Data-tables-only.html>

<sup>605</sup> Es wäre verkürzt, die Schwierigkeiten der MOEL allein auf das Ost-West-Gefälle oder den Entwicklungsrückstand der Zu-Spät-Gekommen zu reduzieren. Stylianos Papathanassopoulos weist darauf hin, dass insbesondere kleinere Staaten, zu denen die meisten MOEL entweder flächen- oder bevölkerungsmäßig zu zählen sind, es grundsätzlich schwerer haben, den Entwicklungen auf den Kommunikationsmärkten zu folgen und diese zu ihrem Vorteil zu nutzen. Sie sind nicht nur hinsichtlich Marktgröße und Ressourcen im Nachteil, weshalb sie es deutlich schwerer haben, günstige Bedingungen bei Investoren auszuhandeln. Auch hinsichtlich der politischen Macht bei den supranationalen Verhandlungen über neue Regulationsformen ziehen sie oft den Kürzeren und müssen den Vorgaben größerer Wirtschaftsnationen folgen, was sie wiederum oft nur mit einer gewissen Zeitverzögerung schaffen und sich dann oft – aufgrund der unterschiedlichen Ausgangssituationen – vor inkohärenten, inadäquaten und teilweise irrationalen

Gegenüber dieser so zu konstatierenden *absoluten* Entwicklung ist allerdings auch festzuhalten, dass sich in einem *relativen* Sinne Ungleichheiten und Asymmetrien noch stärker ausprägen als zuvor. Während die kommunikativen Möglichkeiten für große, zahlungskräftige und kommerzielle Kunden enorm angestiegen sind, bleiben weiterhin ganze Landstriche und soziale Schichten von dieser Entwicklung ausgeschlossen, die Schere zwischen „information-haves“ und „information-have-nots“ hat sich in den MOEL weiter geöffnet. So wie auch innerhalb der westeuropäischen Industriestaaten ganze Regionen vom wirtschaftlichen Wachstum ausgeschlossen bleiben, bilden sich in den Ländern der Peripherie – vor allem in den strategischen und hochtechnologischen Sektoren – ‚weltmarktintegrierte Wachstumspole‘ (vgl. Hirsch 2001b) heraus. Die nationalen Konsolidierungsanstrengungen der strukturschwächeren Länder sind oft nicht mehr als die Vorbereitung der Übernahme durch ausländische Investoren: „Erst vor diesem Hintergrund wird die gesamte Zielsetzung der EU-Politik in der Region deutlich: Sie verpflichtet die Kandidaten auf die Restrukturierung und Privatisierung ihrer Ökonomien und verbessert in ausgewählten, lukrativen Sektoren damit die Verwertungsmöglichkeiten für ausländische Kapitalgruppen (...) mit dem Ergebnis, dass westliche Investoren diese Sektoren übernehmen.“ (Bohle 2000, 321) Die Restrukturierung traditioneller, wenig lukrativer Sektoren muss einseitig von den Transformationsökonomien getragen werden. Auf diese Weise entstehen zunehmend parallele ökonomische Systeme (vgl. Bohle 2002, 2003), in denen veraltete und lokale Produktionszweige neben hochtechnologischen und in transnationale Kapitalkreisläufe integrierten Produktionszweigen – wie z.B. die Medien- und Kommunikationsindustrien – fortexistieren.

In der Konsequenz führt die auf verschiedenen Ebenen selektive Integration zu einer verstärkten Ausprägung von unterschiedlichen Mustern einer peripheren Entwicklung und ökonomischen Dualisierung innerhalb der mittel- und osteuropäischen Gesellschaften.

---

Regulationsproblemen auseinandersetzen müssen. (vgl. Papathanassopoulos 2005: 1, 48; vgl. Burgelman and Pauwels, 1992: 181). “The policies of the smaller states have to take into account the policies of larger countries, rather than the other way round. This is because their resources are limited, their market size is small for production and consumption, and their markets do not usually represent a worthwhile target for multinational corporations. (...) “The result is that small states, in most cases, have gained little or nothing from the changes in the European media landscape (...). On the contrary, they have to follow and implement policies that they do not really need.” Papathanassopoulos 2005: 1, 49; vgl. Meier and Trappel, 1992)

### Die Topographie der Peripherisierung

Betrachtet man die internationalen Telefon-Verbindungen im Jahr 1995, wird deutlich was mit Peripherisierung gemeint ist. Die Dicke der Linien ist proportional zum jährlichen Volumen der Sprachtelefonie (gemessen in Millionen Minuten), wobei nur die Hauptrouten ab einem gewissen Schwellwert angezeigt werden. Das Dreieck zwischen England, Deutschland und Frankreich dominiert die innereuropäischen Kommunikationsflüsse. Nicht nur hinken die MOEL auch hier ihren westeuropäischen Nachbarn hinterher, der Großteil der Verbindungen reproduziert das für eine Peripherie typische „Naben-Speichen-Muster“, d.h. die Verbindungen verlaufen nicht innerhalb der MOEL, sondern zwischen Zentrum und Peripherie.

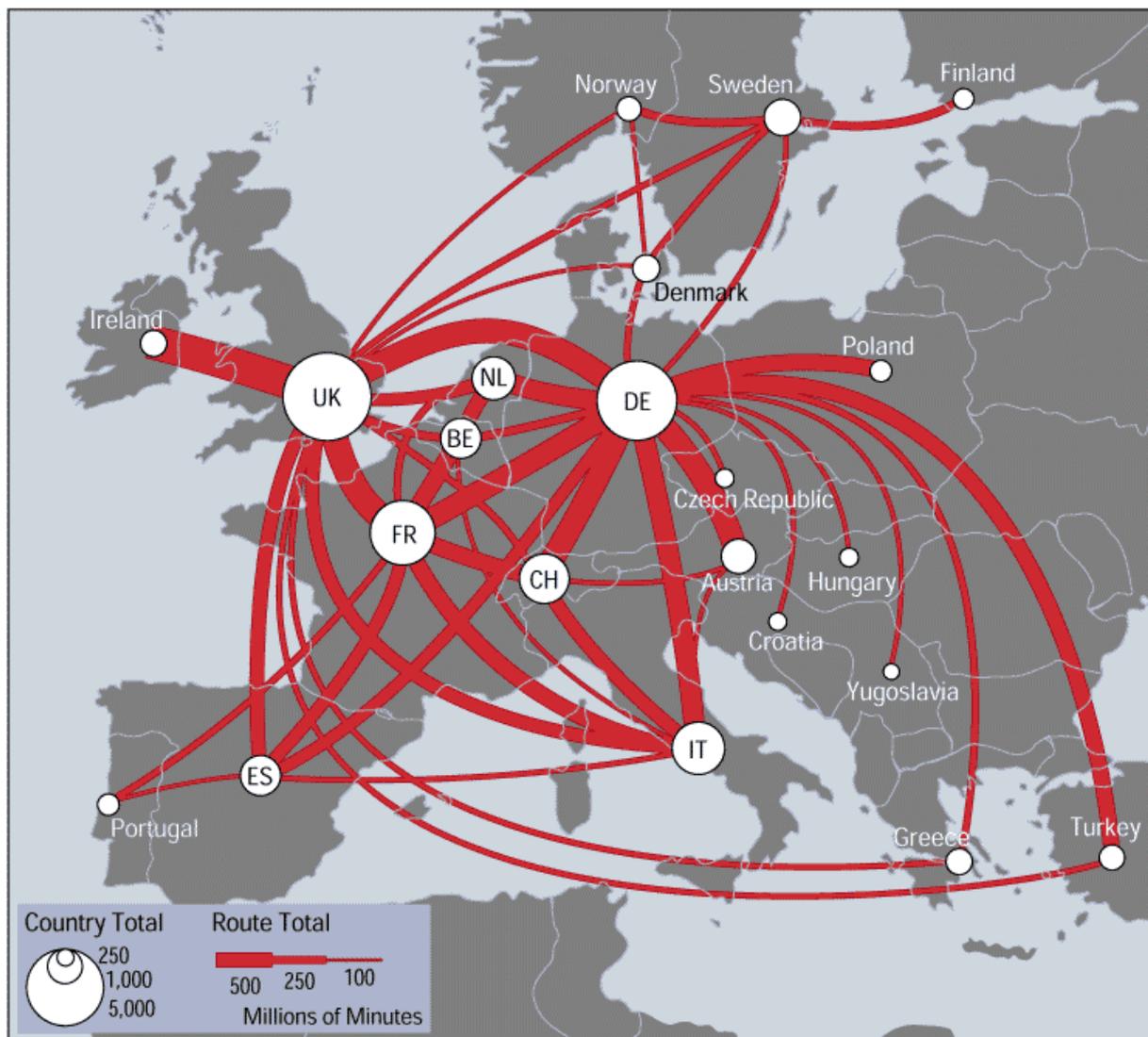


Abbildung 33: Internationale Telefon-Verbindungen im Jahr 1995 (Quelle: [http://mappa.mundi.net/maps/maps\\_014/](http://mappa.mundi.net/maps/maps_014/))

Dieses asymmetrische Verhältnis zwischen Ost und West hat sich auch zum Jahr 2005 nicht nennenswert geändert:

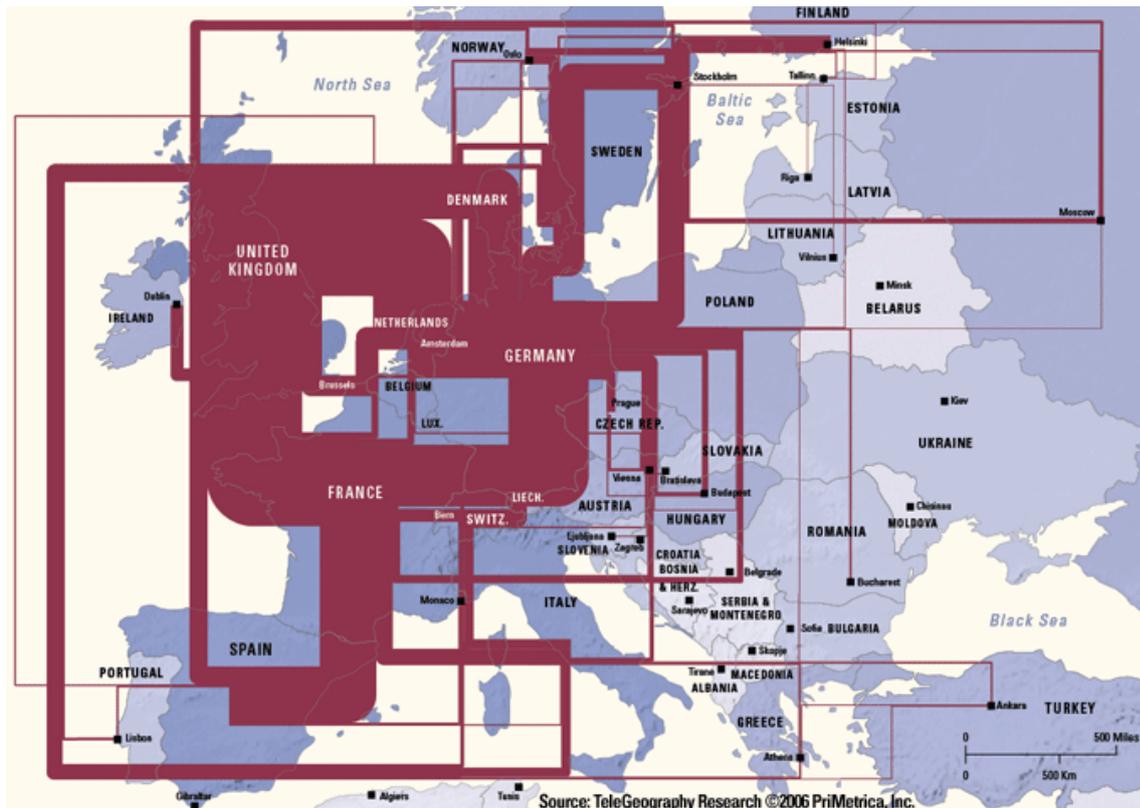


Abbildung 34: Karte der Internet-Bandbreiten in Europa im Jahr 2005 (inkl. der Wachstumsprognosen bis zum Jahr 2008) (Quelle: [http://www.infovis.info/visuals/Individual/TeleGeography/06\\_map\\_europe.gif](http://www.infovis.info/visuals/Individual/TeleGeography/06_map_europe.gif)).

In dieser von Matthew Zook erstellten Karte ist auf andere Weise deutlich zu erkennen, dass die „Europäische Informationsgesellschaft“ im Jahr 2000 von einem deutlich erkennbaren Ungleichgewicht geprägt ist. In den MOEL sind deutlich weniger länderspezifische Top Level Domains (CC = Country Code) und CONE Top Level Domains (Domains wie .com, .net, .org oder .edu) Domains angemeldet als in den westeuropäischen Staaten.

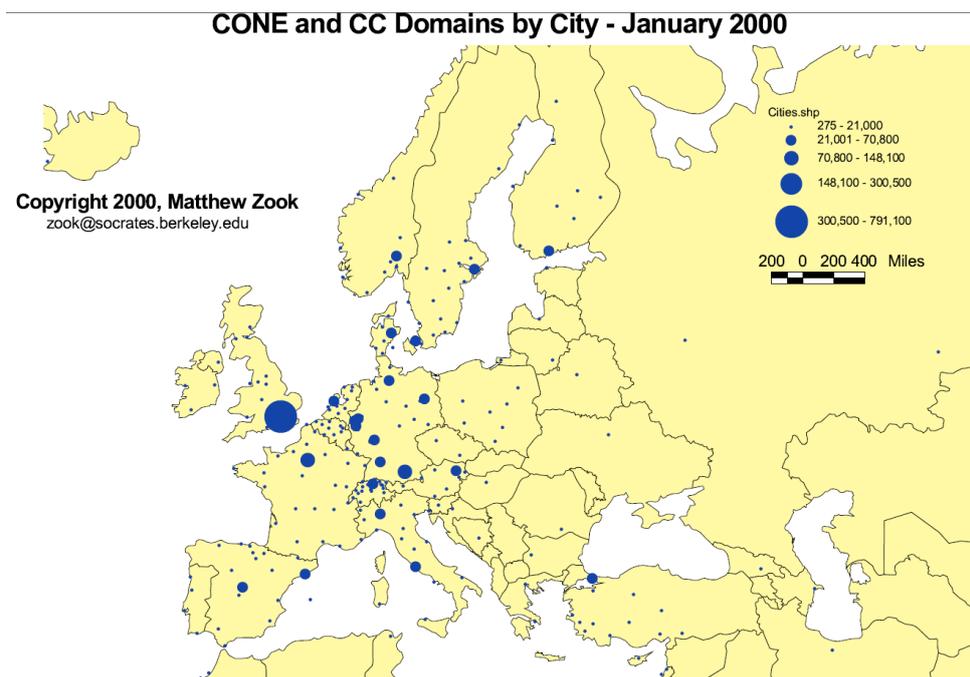


Abbildung 35: CONE und CC Domains nach Städten, Stand Januar 2000. (Quelle: Matthew Zook, [http://www.zooknic.com/Domains/europe\\_Jan00.pdf](http://www.zooknic.com/Domains/europe_Jan00.pdf))

Diese Asymmetrie wird auch durch die Zahl der Internet-Nutzer im August 2001 bestätigt:

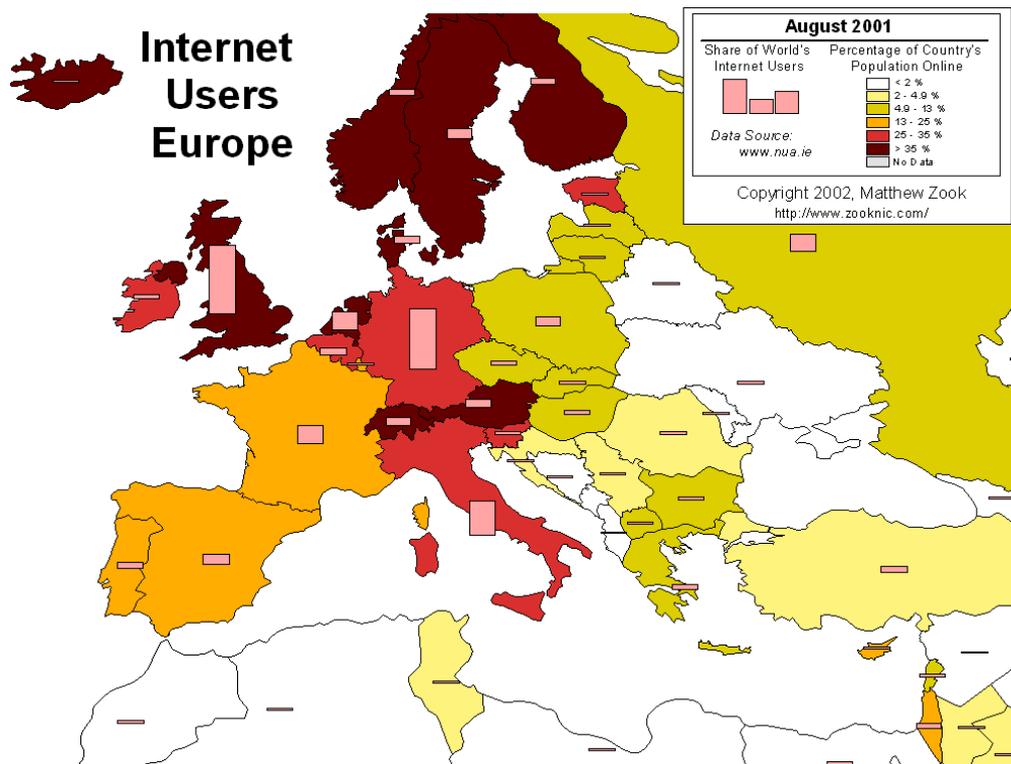


Abbildung 36: Bevölkerung Online, August 2001 (Quelle: Matthew Zook, [http://www.zooknic.com/Users/europe\\_2001\\_08.html](http://www.zooknic.com/Users/europe_2001_08.html))

Gleichwohl zeigen die Langzeitstudien von Matthew Zook auch den Prozess einer Angleichung – zumindest hinsichtlich der Internet-Nutzung – über die folgenden Jahre:

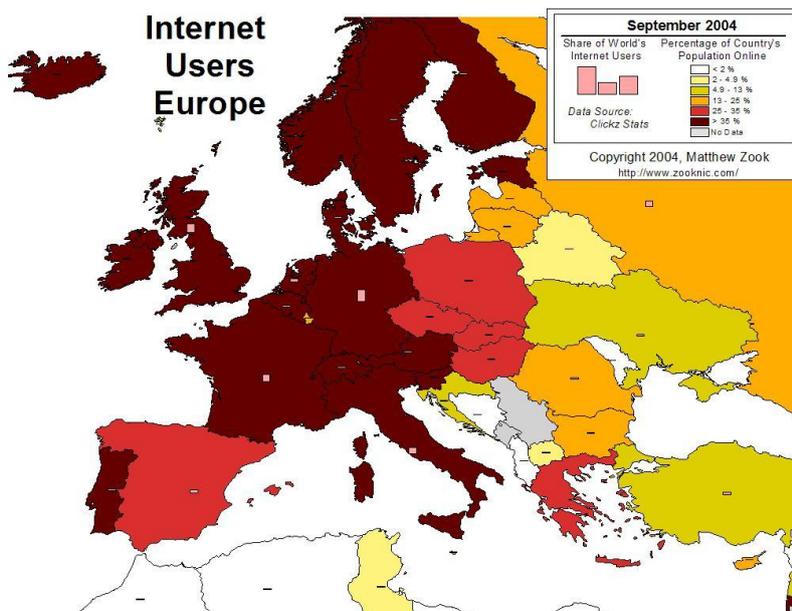


Abbildung 37: Bevölkerung Online, September 2004 (Quelle: Matthew Zook, [http://www.zooknic.com/Users/europe\\_2004\\_09.html](http://www.zooknic.com/Users/europe_2004_09.html))

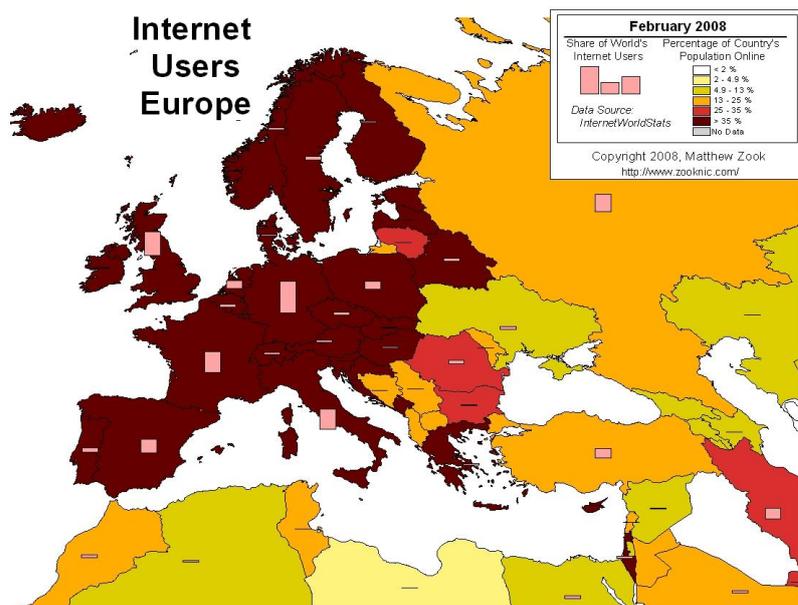


Abbildung 38: Bevölkerung Online, Februar 2008 (Quelle: Matthew Zook, [http://www.zooknic.com/Users/zooknic\\_europe\\_2008\\_02\\_users.jpg](http://www.zooknic.com/Users/zooknic_europe_2008_02_users.jpg))

## Nokia

Auch wenn das Fazit ein gemeinlich eher ungeeigneter Ort für einen Exkurs ist, pointiert die die Schließung des Nokia-Werks in Bochum die ökonomische, politische und soziale Quintessenz des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“.

Am 15.1.2008 eröffnete Veli Sundbäck, Vizepräsidentin von Nokia, in einer Mitteilung, dass „durch die Entwicklungen des Marktes und den gesteigerten Bedarf an Kosteneinsparungen“ eine wettbewerbsfähige Produktion von Mobiltelefonen in Deutschland nicht mehr machbar sei, weshalb die "harte Entscheidung" gefällt wurde, den Standort Bochum noch im laufenden Jahr zu schließen<sup>606</sup> und die Fertigungsprozesse nach Rumänien, Ungarn und Finnland zu verlagern. Die Unternehmenssprecherin Arja Suominen begründete weiter: "Bochum war einfach als Standort nicht global konkurrenzfähig zu machen. Deutschland ist ein sehr teures Land für unsere Produktion."<sup>607</sup> Unter dem Druck, die Kosten weiter zu senken, bietet der Standort Rumänien enorme Vorteile, wie auch Personalchef Juha Äkräs ausführt: "Dort arbeiten die Menschen für ein Zehntel der deutschen Entgelte. (...) Selbst wenn sich die Löhne in den kommenden Jahren verdoppeln oder verdreifachen, lohnt sich das."<sup>608</sup>

Trotz umfangreicher Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Bochum – „nach Angaben von Rüttgers hatte Nokia 60 Millionen Euro Subventionen vom Land und bis

<sup>606</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-Werk-Bochum-wird-geschlossen-Update-178470.html>

<sup>607</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-verlagert-Handy-Produktion-von-Deutschland-nach-Rumaenien-Ungarn-und-Finnland-178549.html>

<sup>608</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Politiker-warnen-Nokia-vor-Image-Verlust-180365.html>

zu 28 Millionen Euro vom Bund erhalten<sup>609</sup> – müsse dieser innerhalb der nächsten Monate geschlossen werden. „Diese Ankündigung bedeutet den Verlust von insgesamt 4.300 Arbeitsplätzen in Bochum - betroffen sind 2.300 Festangestellte, 1.000 Leiharbeiter und etwa 1.000 Arbeitsplätze bei Zulieferbetrieben.“<sup>610</sup> „Nur für rund 280 Mitarbeiter in zwei zum Verkauf stehenden Betriebseinheiten bestehe derzeit konkrete Aussicht auf eine Weiterbeschäftigung, sagte Suominen.“<sup>611</sup> „Noch in diesem Quartal soll nach Angaben der Sprecherin die Produktion in einem neuen Werk im rumänischen Cluj aufgenommen werden. Ein weiterer Teil der bisherigen Massenfertigung in Bochum soll auf das Werk Komárom in Ungarn verlagert werden. Für Spitzenprodukte mit Bedarf an hochqualifizierter Arbeitskraft ist die Verlagerung in das finnische Nokia-Werk in Salo geplant.“<sup>612</sup>

In der Folge dieser Ankündigung herrschte eine entsetzte Betroffenheit, die in einen wahren Proteststurm umschlug. Die betroffenen Arbeitnehmerinnen und die zuständigen Gewerkschaften nahmen den Arbeitskampf bzw. den Kampf um die Arbeitsplätze bzw. den Kampf um angemessene Abfindungen auf. Von spontanen Arbeitsniederlegungen über Werksbesetzungen, Großdemonstrationen, Menschenketten und Krisengespräche bis hin zu eindringlichen Forderungen nach Unterstützung aus der Politik wurde Nokia der Kampf angesagt.

Die erheblichen Positionierungsprobleme in einer nur vermeintlich einfachen Situation werfen ein Schlaglicht auf die Komplexität der Arbeitnehmerposition in einem von der Wettbewerbsfähigkeit der Standorte geprägten Europa: So tönten auf den Kundengebungen nationalistische Reden um „deutsche Arbeitsplätze“, es wurde gegen „die Finnen“ und „korrupte Rumänen“ gewettert.<sup>613</sup> Bei einem Treffen europäischer Arbeitnehmervertreter von Nokia am 30.1.2008 kam es wegen der geplanten Schließung des Bochumer Werks zu einem Eklat:

„Die deutschen Vertreter hätten ein Treffen mit finnischen Gewerkschaftskollegen in Brüssel am Mittwoch verlassen, nachdem diese die Konzernpolitik rechtfertigt hätten, sagte die Betriebsratsvorsitzende von Nokia Bochum, Gisela Achenbach. Die finnischen Arbeitnehmervertreter hätten um Verständnis dafür geworben, dass ein Standort geschlossen werden müsse, da Nokia ein globales Unternehmen sei.“<sup>614</sup>

In einem Interview nimmt Sture Fjäder, der Chefunterhändler der finnischen Gewerkschaft Akava...

„deutlich Abstand von den deutschen Protesten und Boykottaufrufen gegen Nokia. Ein Boykott ist Unsinn, davon profitieren nicht die Arbeitnehmer, höchstens Nokias Konkurrenten. Wir haben zwar auch Probleme mit Unternehmen, die ins billigere

---

<sup>609</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Ruettgers-warnt-Nokia-vor-Image-als-Subventions-Heuschrecke-179019.html>

<sup>610</sup> <http://www.wsws.org/de/articles/2008/02/noki-j02.html>

<sup>611</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-verlagert-Handy-Produktion-von-Deutschland-nach-Rumaenien-Ungarn-und-Finnland-178549.html>

<sup>612</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-verlagert-Handy-Produktion-von-Deutschland-nach-Rumaenien-Ungarn-und-Finnland-178549.html>

<sup>613</sup> <http://www.bo-alternativ.de/2008/01/22/beeindruckende-solidaritaet-mit-den-nokia-beschaefigten/>

<sup>614</sup> <http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

Ausland abwandern (...). Aber Gewerkschaften führen nicht Unternehmen im ökonomischen Sinne, das ist Aufgabe der Vorstände. Die lautstarken deutschen Boykottaufrufe dienen vielleicht als Ventil für die erste Frustration. Aber das hilft nichts. Eher im Gegenteil – sollte Nokia Absatzeinbußen in Deutschland haben, kann das zu weiteren Kündigungen führen. (...) Es ist einfach so, dass Handys unglaublich billig geworden sind und weiter billiger werden. Deshalb ist es nicht verwunderlich, dass sie nicht mehr in Industrieländern produziert werden können. Der Umzug in billigere Länder wird zu einer ökonomischen Notwendigkeit. (...) Wir können diesen Trend leider nicht aufhalten. Aber wir können dafür kämpfen, dass die Unternehmen die Schließungen so rücksichtsvoll wie möglich durchführen.“<sup>615</sup>

Es sollte keine Woche vergehen, bis die ersten Kündigungen für die in der Produktion beschäftigten Mitarbeiter von Zeitarbeitsfirmen ausgesprochen wurden. Mithilfe der Betriebsräte und politischen Vermittlern wurden in der Zwischenzeit an fragwürdigen Modellen gearbeitet, die Arbeitsplätze zu erhalten. So appellierte bspw. NRW-Ministerpräsident Rüttgers (CDU): "Die Mitarbeiter sind bereit, Veränderungen zu tragen und Verzicht zu üben" – sie hätten „angeboten, ein Kosten-Niveau mitzuentwickeln, das mit den Produktionskosten von Nokia in Ungarn vergleichbar“ sei. "Wenn ein solches Angebot da ist, dann ist es eigentlich eine Selbstverständlichkeit, dass eine Unternehmensleitung ein solches Angebot annimmt", sagte Rüttgers unter dem Beifall von über 1000 Gästen.“<sup>616</sup>

Betrachtet man allerdings die Arbeitsbedingungen, die – gerade für Zeitarbeiter, die etwa ein Drittel der Belegschaft ausmachten – vorherrschten und die für 6,80 EUR Stundenlohn in der Zeit vor 2008 bei Nokia im Akkord Mobiltelefone montierten, muss die Frage gestellt werden, für welche Arbeitsplätze und -bedingungen da genau gekämpft wurde.<sup>617</sup> Der rumänische Politiker und ehemalige Chefunterhändler des EU-Beitritts, Vasile Puscas, warf der deutschen Politik "primitiven Protektionismus" vor. Das Mitleid der rumänischen Bevölkerung hielt sich in Grenzen, da die Rumänen vom vorbildlichen deutschen Sozialsystem und von den vermutlichen Abfindungen nur träumen könnten. Das deutsche Arbeitslosengeld läge weit über den rumänischen Löhnen von durchschnittlich rund 300 Euro.“<sup>618</sup> Auch Nokia hatte sich zu der – später zurückgenommenen – polemischen Spitze hinreißen lassen, die protestierenden Bochumer Angestellten zu einer Bewerbung in Rumänien einzuladen – wo sie außer einem monatlichen Gehalt von 200 Euro auch noch Essensmarken und günstige Sozialwohnungen bekommen könnten.“<sup>619</sup>

Binahe täglich meldeten sich entrüstete und wütende deutsche PolitikerInnen und Funktionäre zu Wort: Der CDU-Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Jürgen Rüttgers, warnte Nokia davor, sich ein Image als "Subventions-Heuschrecke" zu verschaffen. Der SPD-Chef Kurt Beck „warf der Konzernleitung (...) eine hemmungslose Gewinnmaximierung

---

<sup>615</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/werksschliessung-finnischer-gewerkschafter-kritisiert-nokia-boykott-a-532273.html>

<sup>616</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Erste-Kuendigungen-nach-angekuendigtem-Nokia-Aus-180475.html>

<sup>617</sup> [http://www.wildcat-www.de/aktuell/a055\\_nokia.htm](http://www.wildcat-www.de/aktuell/a055_nokia.htm)

<sup>618</sup> vgl. <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/auf-nach-rumaenien/>

<sup>619</sup> <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/unmenschliches-arbeiten-bei-nokia>

vor. Arbeitnehmer würden im Stich gelassen und Steuerzahler ausgenutzt.“<sup>620</sup> Der FDP-Generalsekretär Dirk Niebel vermeldete: "Es ist eine absolute Sauerei, deutsche Fördermittel für Arbeitsplätze in Anspruch zu nehmen und dann Arbeitsplätze aus Deutschland zu verlagern.“<sup>621</sup> Die Grünen-Landeschefin Daniela Schneckenburger sieht in den Schließungsplänen von Nokia einen „Frontalangriff eines international operierenden Unternehmens auf die Menschen in Bochum und im Ruhrgebiet" und Ausdruck von Verantwortungslosigkeit gegenüber einer Stadt, die erhebliche Investitionen geleistet habe, um die Ansiedlungsfläche für Nokia herzurichten.<sup>622</sup> Der Deutsche Gewerkschaftsbund forderte eine Rücknahme der Schließungspläne, „der IG Metall-Bezirksleiter Oliver Burkhard sprach von einer "bodenlosen Sauerei" und warf dem Management "Gewinnsucht zu Lasten der Menschen" vor. Die Ankündigung sei ein Schlag ins Gesicht der Menschen, sagte der Gewerkschafter. (...) Enttäuscht zeigte sich auch der Branchenverband Bitkom: "Es ist bedauerlich, dass mit Nokia nun auch der weltweit führende Handyhersteller seine deutsche Produktionsstätte schließt. Damit ist die Handyproduktion in Deutschland so gut wie tot", erklärte Bitkom-Präsident August-Wilhelm Scheer in Berlin.“<sup>623</sup> Für den EU-Industriekommissar Günter Verheugen ist die Schließung des Werkes in Bochum – wie grundsätzlich jede Schließung einer Fabrik – ein Zeichen von Managementversagen. Standortentwicklungen seien – aus Verantwortung gegenüber den Anteilseignern wie auch den Beschäftigten und dem Standort – im Voraus zu beurteilen. Eine direkte Intervention der EU-Kommission in eine Standortverlagerung innerhalb der Europäischen Union sei nicht möglich.<sup>624</sup>

"Weil die Art und Weise, wie das abläuft", ihm nicht gefallen könne, tauschte Bundesverbraucherminister Horst Seehofer nicht sein Nokia-Handy gegen das einer anderen Firma um, sondern trompetete, dass er prüfen lasse, ob Nokia-Produkte nicht aus dem gesamten Ministerium verbannt werden könnten. Auch SPD-Bundestagsfraktionsvorsitzender Peter Struck hatte sein Nokia-Gerät zurückgegeben. Edmund Stoiber sorgte sich derweil: "Die Unternehmensführung von Nokia handelt unanständig, bringt mit ihrer allein auf Profitmaximierung ausgerichteten Geschäftspolitik die soziale Marktwirtschaft in Verruf.“<sup>625</sup>

Die hilflosen Boykott-Aufrufe deutscher Politiker müssen verwundern. Denn Nokia handelt innerhalb des *politisch* gesetzten ökonomischen Rahmens betriebswirtschaftlich rational. Und so verwundert es kaum, dass Nokia sich – allen Protestnoten zum Trotz – weigerte, über eine Weiterführung des Werkes in Bochum zu verhandeln. Die

---

<sup>620</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Debatte-um-Foerdermittel-fuer-Nokia-entbrannt-179398.html>

<sup>621</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Debatte-um-Foerdermittel-fuer-Nokia-entbrannt-179398.html>

<sup>622</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Massive-Kritik-an-Schliessung-des-Bochumer-Nokia-Werks-178748.html>

<sup>623</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Massive-Kritik-an-Schliessung-des-Bochumer-Nokia-Werks-178748.html>

<sup>624</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Steinbrueck-kritisiert-Karawanen-Kapitalismus-Merkel-verlangt-Antworten-von-Nokia-180149.html>

<sup>625</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Politiker-wechseln-aus-Protest-gegen-Nokia-ihre-Handy-marke-179959.html>

Unternehmenssprecherin Arja Suominen: "Wir haben sehr sorgfältige Analysen der Kosten und der langfristigen Wettbewerbsfähigkeit des Bochumer Werkes durchgeführt. Die Entscheidung zur Schließung ist genau durchdacht."<sup>626</sup> Und weiter: „Es ist so, dass nur ein profitables Unternehmen auf lange Sicht für seine Beschäftigten sorgen kann.“<sup>627</sup>

Natürlich wurden auch die „unverhältnismäßigen“ Profitinteressen von Nokia selbst zur Zielscheibe der krokodilstränen-getränkten Kritik. Denn nur wenige Tage nach der Ankündigung, Bochum aufgrund mangelnder Wettbewerbsfähigkeit zu schließen,

„verkündete der Konzernvorstand, im Jahr 2007 Rekordprofite in Höhe von 7,2 Milliarden Euro eingefahren zu haben, was eine Gewinnsteigerung von 67 Prozent gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Das vergangene Jahr war damit das erfolgreichste in der Unternehmensgeschichte. Auch das Bochumer Werk trug seinen Anteil zur Realisierung der Profite bei. So berichtete das Magazin *Capital*, dass der Standort 134 Millionen Euro Betriebsgewinn erwirtschaftet habe, das entspricht einem Profit von 90.000 Euro pro Mitarbeiter in der Produktion. Hinzu kamen Zinsgewinne in Höhe von 70 Millionen, die durch die Rücklagen des Bochumer Werks im Gesamtumfang von 2 Milliarden Euro erzielt wurden.“<sup>628</sup>

Die Hilflosigkeit neigt zur Verlogenheit, wenn Bundesfinanzminister Peer Steinbrück in diesem Zusammenhang einen "Karawanen-Kapitalismus" geißelt, der das Vertrauen der Menschen in die Wirtschaftsordnung zerstöre, die gesellschaftliche Stabilität und damit einen wertvollen wirtschaftlichen Standortfaktor gefährde.<sup>629</sup> Denn interessanterweise hatte derselbe Steinbrück fünf Jahre zuvor – in seiner damaligen Position als NRW-Ministerpräsident – anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Ansiedlung des Nokia-Konzerns in Deutschland noch eine markige Laudatio gehalten, in der er seinerseits den Kampf um jeden einzelnen UMTS-Sendemasten – auch in Wohngebieten – versprochen hatte: "Die Landesregierung steht gerne als Dienstleister für Nokia voll zur Verfügung."<sup>630</sup>

Tatsächlich war die Ansiedlung von Nokia als ein Triumph für das Ruhrgebiet gefeiert worden, zumal nachdem bereits Opel massiv Arbeitsplätze abgebaut und Ende 2006 auch der Mobiltelefonhersteller BenQ 3.000 Mitarbeiter entlassen hatte.

Mit Nokia sollte sich – nach Motorola, BenQ und dem Niedergang von Siemens – der letzte Handyproduzent aus Deutschland zurückziehen, u.a. weil sich trotz des hohen finanziellen Aufwands keine Zulieferer ansiedeln wollten, aufgrund des für die Fertigung von Massenprodukten vergleichsweise hohen Lohnniveaus in Deutschland. Neben dem Lohnunterschied sind es vor allen Dingen die Synergieeffekte in dem neu entstehenden rumänischen Industriepark, die einen Umzug für Nokia attraktiv machen: Dort wird in Zukunft „das komplette Produkt hergestellt, von der Verpackung, über die Bedienungsanleitung über

---

<sup>626</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-ist-nicht-gespraechsbereit-179567.html>

<sup>627</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-wehrt-sich-gegen-Vorwurf-des-Subventionsmissbrauchs-179712.html>

<sup>628</sup> <http://www.wsws.org/de/articles/2008/02/noki-j02.html>

<sup>629</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Steinbrueck-kritisiert-Karawanen-Kapitalismus-Merkel-verlangt-Antworten-von-Nokia-180149.html>

<sup>630</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Steinbrueck-kritisiert-Karawanen-Kapitalismus-Merkel-verlangt-Antworten-von-Nokia-180149.html>

Zubehör bis hin zum Endprodukt. (...) Allein die Kosten, die durch den logistischen Minderaufwand eingespart werden können, macht es für jeden kapitalistisch betriebenen Betrieb zur Pflicht, einen Standortwechsel in Erwägung zu ziehen.“<sup>631</sup>

Zwar war die Bindungsfrist der Subventionsmillionen – übrigens von der CDU von 10 auf 5 Jahre heruntergesetzt – nun gerade ausgelaufen, dennoch wurden nun von allen Seiten – selbstredend insbesondere von denen, die für die Verhandlung mit Nokia verantwortlich zeichneten – publikumswirksam Prüfungen eingefordert und eingeleitet, ob nicht wenigstens ein Teil der zwischen 1995 und 1999 aus dem Fonds für die regionale Wirtschaftsförderung gezahlten Fördergelder zurückgefordert werden könnte, insbesondere nachdem bekannt geworden war, dass Nokia weniger als die vorgesehenen Arbeitsplätze in Bochum geschaffen hatte. Zu diesen Mitteln kamen noch knapp 10 Millionen Euro Forschungsmittel, die das Bundesforschungsministerium zwischen 1998 und 2006 gewährt hatte.<sup>632</sup>

Die Klagen auf Rückforderungen wiederum wurden vom Betriebsrat des Bochumer-Nokia-Werks kritisiert, da diese das Verhandlungsklima um Ersatz-Jobs und Abfindungen enorm verschlechterte.<sup>633</sup>

Vor allen Dingen wurde aber mit höchster Nervosität geprüft, ob die Auslagerung der Arbeitsplätze nicht gar von der EU gefördert worden war. Selbstredend dementierte die EU-Kommission umgehend, das keinerlei EU-Mittel für die Übersiedlung der Handy-Produktion von Nokia nach Rumänien geflossen seien. „Das gelte auch für den Aufbau von Infrastruktur in dem entsprechenden Industriepark, versicherte eine Kommissionssprecherin in Brüssel laut dpa.“<sup>634</sup> Zwar war die Infrastruktur „im ersten Bauabschnitt des rumänischen Industrieparks "Tatarom" 2001 durch "Phare"-Vorbeitrittshilfen der EU in Höhe von etwa 3,4 Millionen Euro unterstützt worden“, wobei der Bau von Straßen, Leitungen und anderer "Basisinfrastruktur" gefördert worden war. Nokia jedoch „habe seine neue Produktionsstätte im später errichteten dritten Abschnitt des Parks angesiedelt, für den keine EU-Gelder geflossen seien.“<sup>635</sup> EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso ließ indessen verlauten: "Wenn eine Verlagerung von Finnland nach Deutschland möglich ist, dann muss auch eine Verlagerung von Deutschland nach Rumänien möglich sein.“<sup>636</sup> Für die EU habe nur Priorität, dass die Produktion nicht aus Europa abwandere. In diesem Sinne hätten "Politiker auf allen Ebenen" den Bürgern die Vorteile der EU-Erweiterung zu erklären, denn gerade Deutschland profitiere von den neuen Märkten in Osteuropa, was wiederum auch in Deutschland neue Arbeitsplätze schaffe.

---

<sup>631</sup> <http://de.indymedia.org/2008/01/205657.shtml>

<sup>632</sup> vgl. <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Debatte-um-Foerdermittel-fuer-Nokia-entbrannt-179398.html>, vgl. auch <http://www.spiegel.de/wirtschaft/millionenforderung-des-landes-nokia-verweigert-rueckzahlung-von-subventionen-a-533483.html>

<sup>633</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-Betriebsrat-kritisiert-Landesregierung-189543.html>

<sup>634</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Debatte-um-Foerdermittel-fuer-Nokia-entbrannt-179398.html>

<sup>635</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Debatte-um-Foerdermittel-fuer-Nokia-entbrannt-179398.html>

<sup>636</sup> <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/hauptsache-in-der-eu/>

„Der rumänische Botschafter in Deutschland betonte derweil (...), Nokia sei durch das "stabile und attraktive Wirtschaftsklima" in seinem Land angezogen worden – so wie auch "zahlreiche deutsche Firmen". Wenn in Bochum Stellen gestrichen würden, sei das "nicht als eine 'Schuld' Rumäniens zu betrachten. Sein Land respektiere die von der EU festgelegten Wettbewerbsregeln.“<sup>637</sup>

Dabei hatten der rumänische Staat und der Landkreis Cluj für die infrastrukturelle Erschließung und Anbindung sowie für weitere Vergünstigungen etwa 33 Millionen Euro ausgegeben. „Unter anderem sollte die rumänische Eisenbahngesellschaft dort ein extra Nebengleis für die Güterwaggons errichten. Die Elektrizitätswerke sollten (...) für 17 Millionen Euro ihre Infrastruktur erneuern.“<sup>638</sup> Zudem wurden Nokia – und allen anderen Investoren – auf 30 Jahre die Immobiliensteuer erlassen.<sup>639</sup>

Unterdessen waren in Rumänien bereits erwartungsfroh die Unterkünfte für die etwa 3.500 Menschen geschaffen worden, die in dem 159 Hektar großen Industriepark "Nokia Village" arbeiten sollen, in dem sich – neben Nokia – zunächst drei Zuliefererbetriebe, vier weitere Telekom-Firmen und eine Gasfirma ansiedeln würden.<sup>640</sup> Ioan Dorel Pojar, der Bürgermeister von Jucu, einem nahe dem Industriepark gelegenen Ort, bringt es auf den Punkt: „Nokia ist schon von Finnland nach Deutschland gezogen, um Gewinn zu machen. Jetzt haben sie sich entschieden, von Deutschland nach Rumänien zu ziehen, um einen noch größeren Gewinn zu machen. Und wer weiß - vielleicht werden sie in einigen Jahren wieder woandershin ziehen! Das ist die Marktwirtschaft, wie sie die EU uns so ans Herz gelegt hat.“<sup>641</sup>

„Insgesamt 15.000 Arbeitsplätze wird Nokia indirekt in der Region schaffen, schätzt das rumänische Arbeitsamt. Die ersten rumänischen Angestellten wurden im vergangenen Sommer ausgewählt. Für die 500 Plätze bewarben sich damals sage und schreibe 8200 Kandidaten. Die Kreishauptstadt Cluj gilt als Zentrum für IT-Ausbildung. Siemens finanziert dort ein Forschungszentrum. Die US-Firma Emerson hat am Stadtrand von Cluj ebenfalls einen Industriepark errichtet. Dies dürfte auch Nokia angelockt haben. Die Finnen waren schon seit 2006 auf der Suche nach einem Standbein in Rumänien. Die Gehälter bei Nokia in Jucu sollen vorerst laut Medienberichten zwischen 170 und 238 Euro liegen. Das ist nicht viel. Derzeit liegt der Netto-Durchschnittslohn in Rumänien bei 320 Euro.“<sup>642</sup>

---

<sup>637</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Steinbrueck-kritisiert-Karawanen-Kapitalismus-Merkel-verlangt-Antworten-von-Nokia-180149.html>

<sup>638</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Debatte-um-Foerdermittel-fuer-Nokia-entbrannt-179398.html>

<sup>639</sup> Diese werde allerdings rückwirkend fällig, sollte Nokia den Standort vor dieser Frist verlassen. (<http://www.spiegel.de/wirtschaft/standortplus-nokia-zahlt-in-rumaenien-keine-immobiliensteuer-30-jahre-lang-a-532372.html>)

<sup>640</sup> Gebaut werden sollte das neue Werk in Rumänien vom Bielefelder Bauunternehmen Goldbeck, das sich den etwa 40 Millionen Euro schweren Auftrag bereits Mitte 2007 hatte sichern können. (<http://www.heise.de/newsticker/meldung/Steinbrueck-kritisiert-Karawanen-Kapitalismus-Merkel-verlangt-Antworten-von-Nokia-180149.html>)

<sup>641</sup> <http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

<sup>642</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/In-Rumaenien-entsteht-das-Nokia-Village-179799.html>

Tatsächlich nahm Nokia bereits unmittelbar nach der Bekanntgabe der Schließung des Standortes Bochum die Produktion der ersten Handy-Prototypen in Rumänien auf.

Zunächst hatten es die rumänischen Gewerkschaften vorgezogen, „sich nicht an den von der Europäischen Metallgewerkschaft vorgeschlagenen Protestaktionen gegen Nokia zu beteiligen“, um den Umzug des Nokia-Werkes nicht zu gefährden.

„Inzwischen sind sie aber aufgerüttelt. Die ursprüngliche Euphorie scheint verfliegen, nachdem bekannt wurde, dass die rumänischen Angestellten der Nokia-Filiale wöchentlich nicht wie gesetzlich erlaubt 48 Stunden, sondern 60 bis 70 Stunden arbeiten sollen. Um den finnischen Wünschen nach Flexibilisierung nachzukommen, muss das rumänische Arbeitsrecht geändert werden. Entsprechende Pläne des Arbeitsministeriums kritisierte Bogdan Hossu, der Vorsitzende der rumänischen Gewerkschaft Cartel Alfa, in einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung. Hossu war nach Klausenburg gekommen, um in dem neuen Betrieb eine Basisorganisation zu gründen - gegen den Willen von Nokia. Er bezeichnete die beabsichtigten Arbeitszeitverlängerungen sowie die Einführung von drei Schichten, mit der die Zahl der benötigten Arbeitsplätze reduziert werden soll, als "eine neue Form moderner Sklaverei". Die Pläne des Konzerns, Studenten als Teilzeitbeschäftigte einzustellen, die dann in zwei Schichten 60 Stunden pro Woche schuften sollen, seien "unmenschlich". Nokia hat diese Beschuldigungen zurückgewiesen.“<sup>643</sup>

In Deutschland hatte die staatsanwaltliche Prüfung derweil „keine Anhaltspunkte für ein betrügerisches Verhalten von Verantwortlichen der Firma Nokia zu Tage gefördert.“ Zivilrechtlich jedoch wurde weiter um die Forderungen der Landesregierung nach einer Rückzahlung von fast 60 Millionen Subventionen gestritten.<sup>644</sup> Ende August konnte den ehemaligen Beschäftigten dann der Sozialplan vorgestellt werden, der Abfindungen und Vermittlungsleistungen für neue Arbeitsplätze im Volumen von insgesamt 200 Millionen Euro vorsieht.<sup>645</sup> Die IG-Metall sprach von einem "vernünftigen Ergebnis", mit dem "alle Seiten leben können" und das nur „dank des hohen Engagements der Beschäftigten und der öffentlichen Solidarität möglich geworden“ sei.<sup>646</sup>

Zusätzlich beteiligte Nokia sich an dem Förderpaket "Wachstum für Bochum" mit rund 20 Millionen Euro sowie mit 13 weiteren Millionen Euro, die aus dem Erlös des Betriebsgeländes kommen sollen. Das Paket, mit dem u.a. Investoren für die Region eingeworben, ein Gründerzentrum gebaut werden und ein Lehrstuhl an der Ruhruniversität Bochum eingerichtet werden sollen, wird von der nordrhein-westfälischen Landesregierung auf insgesamt rund 60 Millionen Euro gestockt. Die Darstellung der Landesregierung, die betont, dass der Fördertopf damit in etwa den Subventionen entspreche, die Nokia dereinst erhalten habe, ist dahingehend zu berichtigen, dass davon ja wiederum ein nicht unerheblicher Teil aus Steuermitteln bereitgestellt werden.

---

<sup>643</sup> <http://www.taz.de/1/zukunft/wirtschaft/artikel/1/unmenschliches-arbeiten-bei-nokia/>, vgl.

<http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

<sup>644</sup> <http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

<sup>645</sup> <http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

<sup>646</sup> <http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

Anfang 2009, also ein Jahr nach der angekündigten Schließung, hatten 1.380 der insgesamt 2.300 ehemals Beschäftigten – also mehr als die Hälfte – noch keinen neuen Arbeitsplatz gefunden. Diese waren mittlerweile „in die Beschäftigungsgesellschaft Peag überführt [worden], in der sie bis zum 31. Januar 2010 noch 85 Prozent ihres Nettolohns erhalten. Lediglich 520 Beschäftigte haben eine andere Arbeit. 110 blieben im Konzern, 220 arbeiten bei der ausgelagerten Automotive-Sparte in der Novero GmbH und 70 gingen in Altersteilzeit.“<sup>647</sup>

Im Oktober 2009 bewilligte das EU-Parlament die Auszahlung von etwa 5,5 Millionen Euro aus dem EU-Globalisierungsfonds, der eigentlich für Opfer von Arbeitsplatzverlagerungen in Länder außerhalb der Europäischen Union eingerichtet worden war, dessen Vergabekriterien aber aufgrund der Wirtschaftskrise gelockert wurden:

„Obwohl das Nokia-Werk in Bochum in den EU-Staat Rumänien verlegt wurde, wurde der Antrag des Landes Nordrhein-Westfalen auf Fördermittel aus dem Fonds bewilligt. Zur Begründung erklärten EU-Kommission und Parlament, Nokia habe die Produktion von Mobiltelefonen im vergangenen Jahr weitgehend nach Asien, Mexiko und Brasilien verlagert. Das neue rumänische Werk dient nach Angaben von Kommissionsexperten weniger der Herstellung als der Verpackung von Mobiltelefonen.“<sup>648</sup>

„Das Geld solle in die laufenden Qualifizierungsmaßnahmen für die über 1.300 bei der Schließung des Werks entlassenen Arbeitnehmer fließen, teilte die Brüsseler Behörde mit. Sofern EU-Parlament und Ministerrat zustimmen, würde die EU damit die Hälfte der Kosten für die Umschulungsmaßnahmen und Transferkurzarbeitergeldzahlungen für die Betroffenen übernehmen.“<sup>649</sup>

Nachdem das Nokia-Village nach einer Investition von 60 Millionen Euro im Jahr 2008 eingeweiht worden war, beschloss Nokia bereits im Februar 2011 die Schließung des Standortes. Öffentlich kommuniziert wurde die Werksschließung Ende September 2011, „im November 2011 beschlagnahmte der rumänische Staat das Nokia-Werk Cluj als Sicherheit für Steuerschulden in Höhe von 10 Millionen US-Dollar. Durch die Beschlagnahmung sollte ein Verkauf des Geländes durch Nokia vor Begleichung der Schulden verhindert werden. Im Dezember 2011 beglich Nokia die Steuerschulden.“<sup>650</sup> Ende Dezember wurde das Werk geschlossen und an einen Hausgerätehersteller verkauft. Den etwa 2200 Angestellten<sup>651</sup> wurde ihr Gehalt<sup>652</sup> immerhin bis März 2012 weitergezahlt<sup>653, 654</sup>.

---

<sup>647</sup> <http://www.rf-news.de/2009/kw03/15.01.09-nokia-nach-einem-jahr-ueber-die-haelfte-arbeitslos>

<sup>648</sup> <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/standortwettbewerb-eu-zahlt-millionen-an-ehemalige-nokia-mitarbeiter-1868628.html>

<sup>649</sup> <http://www.welt.de/wirtschaft/article4232218/EU-unterstuetzt-Ex-Nokia-Mitarbeiter-mit-Millionen.html>

<sup>650</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Nokia>

<sup>651</sup> Wir erinnern uns: das rumänische Arbeitsamt ging von 15.000 daran hängenden Arbeitsplätzen aus.

<sup>652</sup> Wir erinnern uns: etwa 200 Euro.

<sup>653</sup> Wir erinnern uns: in Bochum wurde den entlassenen Arbeitnehmern zwei Jahre 85 Prozent ihres Nettolohns ausgezahlt, hinzu kam ein üppig bestückter Sozialplan inkl. Abfindungen, nenneswerte Investitionen in den Standort und die Weiterbildungsmaßnahmen. Diese Fakten sind eine Veranschaulichung für Dorothee Bohles These eines eingebetteten Neoliberalismus in Westeuropa gegenüber seiner marktradikalen Variante in einem dualisierten, periphrisierten Mittel- und Osteuropa.

„Nokias Beschluss, das Werk in Rumänien bereits drei Jahre nach dessen Fertigstellung wieder zu schließen, stieß auf heftige Kritik seitens der rumänischen Regionalverwaltung. Der Bau auf einer abgelegenen Ackerfläche wurde erst durch millionenschwere Subventionen des rumänischen Staates möglich (bspw. der Anschluss an das Strom-, Wasser- und Straßennetz). Der rumänische Staat verkündete daraufhin, dass er prüfen werde, ob die Millionenzahlungen zurückgefordert werden können.“<sup>655</sup>

Zusätzlich waren 1.300 Stellen von einem Umbau der Software-Entwicklung betroffen, in dessen Zuge auch der Standort Bonn geschlossen wurde.<sup>656</sup> Nokia sicherte aber zu, dass Europa – und speziell Deutschland – wichtige Forschungs- und Entwicklungsstandorte bleiben würden. So bleibe bspw. Berlin zentraler Standort für die Dienstleistungssparte Location & Commerce, die Mitarbeiterzahl in Deutschland könne auf längere Sicht sogar steigen.<sup>657</sup>

Da in Westeuropa allerdings inzwischen vor allem Smartphones statt Einfach-Handys verkauft wurden und Nokia mit der für das folgende Jahr geplanten Offensive mit Geräten auf Basis des Microsoft-Systems „Windows Phone“ keinen befreienden Erfolg erzielen konnte, hatte Nokia mit massiven Einbußen in den Marktanteilen zu kämpfen.“<sup>658</sup> Mitte 2012 gab der – u.a. durch die rasante Entwicklung des Marktes für Android- und iOS-basierte Smartphones – immer stärker unter Druck geratene Nokia-Konzern bekannt, bis Ende 2013 weltweit weitere 10.000 Stellen streichen zu müssen. Um in Zukunft die Konzentration auf (Lumia-)Smartphones, Geo-Dienste und verwandte Angebote zu richten, müssten andere Geschäftsbereiche gekürzt werden.

Im Jahr Frühjahr 2012 kündigte Nokia den Bau einer Fabrik in Vietnam an, in der günstige Mobiltelefone für die Wachstumsmärkte in Schwellen- und Entwicklungsländern hergestellt werden sollen. Wiederum in einem Industriepark gelegen, soll dort bereits Anfang 2013 die Produktion aufgenommen werden. „Anfang Februar kündigte Nokia an, auch die Smartphone-Herstellung in Asien anzusiedeln. Davon sind 4000 der 6900 Mitarbeiter an Standorten in Ungarn, Finnland und Mexiko betroffen.“<sup>659</sup> „Anfang 2011 hatten noch 132000 Mitarbeiter für das Unternehmen gearbeitet. Seither hat Nokia den Abbau von insgesamt mehr als 40000 Stellen bekanntgegeben.“<sup>660</sup>

Der Fall Nokia illustriert nicht so sehr die Widersprüche und Dilemmata des europäischen Binnenmarktes als die Quintessenz seiner politischen, ökonomischen und sozialen Logik.

---

<sup>654</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-schliesst-Werk-in-Rumaenien-und-Software-Standort-Bonn-1351520.html>

<sup>655</sup> <http://de.wikipedia.org/wiki/Nokia>

<sup>656</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-schliesst-Werk-in-Rumaenien-und-Software-Standort-Bonn-1351520.html>

<sup>657</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-schliesst-Werk-in-Rumaenien-und-Software-Standort-Bonn-1351520.html>

<sup>658</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-schliesst-Werk-in-Rumaenien-und-Software-Standort-Bonn-1351520.html>

<sup>659</sup> <http://www.heise.de/newsticker/meldung/Nokia-baut-Werk-in-Vietnam-1545872.html>

<sup>660</sup> <http://labournet.de/branchen/medien-it/nokia/index.html>

Rudolf Hickel, Direktor des Instituts Arbeit und Wirtschaft (IAW) in Bremen, hält fest: „Die EU hat mit massiver Unterstützung der deutschen Regierung einen grenzenlosen Binnenmarkt geschaffen. Da die unbehinderte, grenzüberschreitende Liberalisierung der Standortwahl im Rahmen des EU-Binnenmarktes gewollt ist, muss man sich nicht wundern, wenn Konzerne an den Standort wandern, der für die kommenden Jahre hohe Renditen abwirft.“ (Hickel 2008) Das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ beinhaltet und fördert explizit – im Sinne der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen – die Möglichkeit einer Verlagerung von Produktionsstandorten in die mittel- und osteuropäischen Niedriglohnregionen mit maximalen Ausbeutungsprofitraten.<sup>661</sup>

Konsequenterweise verteidigte die EU-Kommission auch die Vorgehensweise von Nokia, und förderte die Grundsteinlegung des Industrieparks, in dem das „Nokia Village“ seine Zelte aufschlug. Den Krokodilstränen und der populistischen Stimmungsmache deutscher Gewerkschaften und Politiker liegt eine fast antiquiert anmutende Auffassung standortstrategischer Politik zugrunde, gleichwohl sie diesen politischen Auftrag auch im Namen ihrer Wählerschaft artikulieren. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sie sich einst in den mit Subventionsmillionen erkaufenen standortpolitischen Erfolgen brüsteten, das versenkte Geld ihnen nun um so schwerer um den Hals gelegt wird und die Aufstachelung des tumben Ressentiments „wir gegen die“ sich gerade in Wahlkampfzeiten als eine verlässliche Bank erwiesen hat.

Gegenüber der politisch durch „Marktschaffung“ gesetzten, expansiv-ökonomischen Logik des Europäischen Binnenmarktes – vom freien Warenverkehr über die Personenfreizügigkeit bis hin zur Dienstleistungsfreiheit, vor allen Dingen aber des freien Kapital- und Zahlungsverkehrs – erscheint sie freilich wenig hilfreich, naiv und teilweise verlogen. Das beginnt bei der Hilflosigkeit der Boykott-Aufrufe gegen Nokia (oder BenQ), denn die Standortentscheidungen anderer Mobiltelefon-Hersteller (neben diesen bspw. Motorola, Siemens, Samsung) sind keineswegs vorteilhafter oder weniger drastisch ausgefallen. Das setzt sich fort in der naiven Vorstellung, ein sich in einem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb befindliches, mit dem Rücken an der Wand stehendes, global operierendes Telekommunikationsunternehmen würde bei der im Namen der europäischen Wettbewerbsfähigkeit politisch-rechtlich freigestellten, europaweiten Wahl des Standortes nach moralisch-ethischen Prinzipien vorgehen und nicht nach betriebswirtschaftlichem Kalkül. Verlogen sind sie dort, wo die politische und ökonomische Naivität umschlägt in demagogisches, karrieristisches Kalkül. Die Krokodilstränen der deutschen Subventionspolitik sind aber auch deshalb fehl am Platze, da Deutschland maßgeblich an der Artikulation des Europäischen Binnenmarktregimes beteiligt gewesen war und gerade deutsche Unternehmen sehr stark nach Mittel- und Osteuropa expandieren und auslagern.

Das Schicksal der nicht ausreichend profitabel produzierenden Nokianer in Bochum wie in Rumänien ist nicht als die Perversion, sondern als die soziale Quintessenz dieses um jeden Preis auf die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkt setzenden europäischen Modells zu begreifen.

---

<sup>661</sup> Zur Erinnerung: der Standort Bochum war profitabel, nur eben nicht so sehr, wie der in Rumänien und dieser wiederum nicht so sehr wie der in Vietnam.

Die Schaffung einer EU-eigenen Peripherie um gegenüber der triadischen Konkurrenz in Sachen Wettbewerbsfähigkeit nachzulegen, ist ein explizit formuliertes, strategisches Ziel des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“. Nach Maßgaben der Zentren werden die „wachstumsorientierten“ und „profitablen“ Teilsegmente der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften in die transnationalen Kapital-, Produktions- und Kommunikationsflüsse integriert. Die selbst für rumänische Verhältnisse offenbar skandalösen Arbeitsbedingungen sind sowohl einer ebendieser „Standortvorteile“ und zugleich der wohlfeile Kollateralschaden des globalen Wettbewerbs um Investitionen und Arbeitsplätze. Schließlich konnte sich auch der rumänische Standort trotz der investierten 60 Millionen Euro nicht gegenüber den Bedingungen in Vietnam behaupten.

Das zentrale, mit der Lissabon-Strategie institutionalisierte wirtschaftspolitische Ziel ist die Wettbewerbsfähigkeit des Europäischen Binnenmarktes, wobei die EU auf den „Wettbewerb“ als Erzeuger ebendieser setzt und so Produktionskosten, Preise, Löhne und soziale Standards in einen unerbittlichen, fast schon destruktiven Konkurrenzkampf miteinander wirft – mit zweifelhaftem Erfolg.<sup>662</sup> Denn die Produktionskosten können nur niedrig gehalten werden durch Arbeitsplatzabbau in den Ländern mit hohem Lohnniveau und den Aufbau von in der Tat als solche zu bezeichnenden Ausbeutungsverhältnissen in Niedriglohn-Regionen. Die in den MOEL als Standortvorteile eingesetzten Niedriglöhne wiederum gefährden die westeuropäischen Tarife in der industriellen Fertigung – und angesichts eines drohenden Arbeitsplatzverlustes sind die Arbeitskämpfe eher defensiv geführt worden – für transnational operierende Unternehmen eine win-win-Situation. Die Preise für Produkte und Dienstleistungen mögen in den letzten Jahren drastisch und kontinuierlich gefallen sein, die allgemeine Kaufkraft und die sozialen Standards allerdings ebenso.

*„Die Nokia Corporation entstand 1967 durch den Zusammenschluss der Nokia Company – der ursprünglichen Papierfabrik – mit den Finnish Rubber Works und den Finnish Cable Works. Damit wurde der Grundstein für das Technologieunternehmen gelegt. 1981 erhielt Skandinavien sein erstes Mobilfunknetz NMT. Nokia stellte damals die ersten Autotelefone für dieses Netz her. 1987 folgte aus dem Hause Nokia das erste wirklich tragbare Mobilfunktelefon.*

*Inzwischen hat Nokia weltweit feste Produktionsstätten für Netzwerk- und Unterhaltungstechnik in Brasilien (Manaus), China (Dongguan und Peking), Ungarn (Komárom), Indien (Chennai), Mexiko (Reynosa), Südkorea (Masan) und Vietnam (Hanoi) und Deutschland für die Entwicklung von Mobiltelefonen und Zubehör sowie Service in Brasilien, China, Finnland, Deutschland, Großbritannien, Ungarn, Polen, Mexiko, Italien, Südkorea und den USA. (...)*

*Mit der Fusion der Netzwerksparten von Nokia und Siemens zum Joint Venture Nokia Siemens Networks war hinter Alcatel-Lucent und Ericsson-Marconi der drittgrößte Telekommunikationsausrüster der Welt entstanden. „Am 1. Juli 2013 gab Nokia bekannt, Nokia Siemens Networks für 1,7 Milliarden Euro vollständig zu übernehmen; nach der Übernahme wurde*

<sup>662</sup> Die europäische Wirtschaftspolitik führt de facto (intendiert, lamentiert, geschmiert oder nicht) dazu, dass sich die Kapitale in den einzelnen Sektoren nun auf europäischer und damit transnationaler Ebene eher stärker konzentrieren. Damit verschlechtern sich die Wettbewerbsbedingungen der Kleinen und Mittleren Unternehmen zuungunsten gegenüber den transnationalen Konzernen, wobei letztere erstere ohnehin oft nicht in einem fairen Wettbewerb gegenüber treten, sondern einfach aufkaufen.

das Unternehmen in Nokia Solutions and Networks umbenannt.<sup>663</sup>

„Nachdem Nokia durchgehend von 1998 bis 2011 weltgrößter Mobiltelefonhersteller war, wurde die Firma im ersten Quartal 2012 von Samsung mit einem geschätzten Marktanteil von 25,4 % abgelöst; Nokia hatte noch 22,5 % und Apple 9,5 % Marktanteil. Der Marktanteil sank damit seit 2008 um mehr als ein Drittel. (...) Das Jahr 2011 wurde mit einem Verlust nach Steuern von 1,073 Mrd. Euro abgeschlossen. (...) Der Konzern hatte im Bereich der Smartphones infolge verhaltener Innovationsgeschwindigkeit erheblich an Boden verloren. (...) Das Geschäftsjahr 2012 wurde mit einem Verlust von 2,303 Mrd. Euro abgeschlossen (...).

Nokias Konzernchef Stephen Elop verfolgte ab Oktober 2012 offiziell das Ziel, Nokia zum führenden Anbieter von Geodiensten zu machen. So stellte Nokia in Partnerschaft mit Microsoft seine Kartendienste auf Geräten mit dem Betriebssystem Windows Phone zur Verfügung. (...) Am 3. September 2013 gab Nokia bekannt, seine Mobiltelefonsparte für umgerechnet 5,4 Milliarden Euro (3,79 Milliarden Euro zuzüglich 1,65 Milliarden Euro für Patentlizenzen) an Microsoft zu verkaufen und sich in Zukunft hauptsächlich auf das Netzwerkgeschäft und seine Kartendienste zu konzentrieren. (...) Am 25. April 2014 übernahm Microsoft Nokias Handysparte. (...) Am 17. Juli 2014 informierte Microsoft, dass 12.500 der 25.000 übernommenen Nokia-Angestellten entlassen würden. Der finnische Finanzminister Antti Rinne erklärte gegenüber der Zeitung Kauppalehti, Finnland sei getäuscht worden. Am 10. September 2014 wurde bekannt, dass Microsoft plane, den Namen Nokia aufzugeben.“ (<http://de.wikipedia.org/wiki/Nokia>)

---

<sup>663</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Nokia#1967\\_bis\\_2012](http://de.wikipedia.org/wiki/Nokia#1967_bis_2012)

Marktanteil von Nokia am weltweiten Absatz von Smartphones vom 1. Quartal 2007 bis zum 3. Quartal 2012

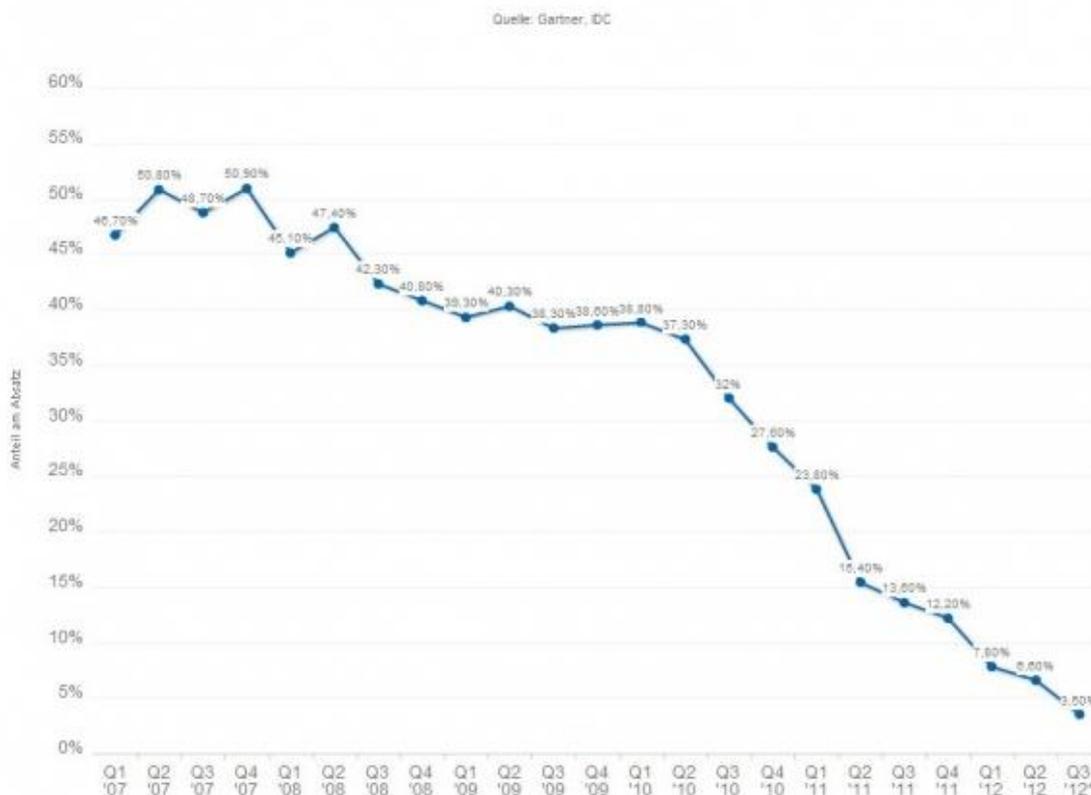


Abbildung 39: Marktanteil von Nokia am weltweiten Absatz von Smartphones, 2007 - Q3 2012 (Quelle: <http://www.horizont.net/marketing/nachrichten/-Exklusiv-Nokia-attackiert-Apple-mit-der-groessten-Werbekampagne-seit-Jahren-111321>)

Im Jahr 2014 ist der Marktanteil Nokias am Mobilmarkt auf etwa 11,3 Prozent gesunken (von etwa 40% im Jahr 2007),<sup>664</sup> im Zukunftsmarkt der Smartphones sieht es noch dramatischer aus: von etwa 50% im Jahr 2007 und einer zwischenzeitlichen Stabilisierung um die 40% 2009/2010 sank Nokias Anteil bis Ende 2012 dramatisch auf 3,5%).<sup>665</sup>

Insofern das ökonomische, politische und soziale verheerende Straucheln von Nokia als einer der vielbeschworenen „european champions“ in vielerlei Hinsicht als symptomatisch für die mit dem politischen Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ installierten Logik des Binnenmarktes begriffen werden kann, stellt es derselben ein vernichtendes Zeugnis aus.

<sup>664</sup> <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/184625/umfrage/marktanteile-am-absatz-von-mobiltelefonen-weltweit-nach-quartalen/>

<sup>665</sup> <http://www.horizont.net/marketing/nachrichten/-Exklusiv-Nokia-attackiert-Apple-mit-der-groessten-Werbekampagne-seit-Jahren-111321>

#### **d. Notizen zur Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation**

Um den Kreis des in der Einleitung angerissenen Vorhabens zu schließen, sollen aus dem Vorangegangenen noch einige Notizen und Perspektiven für eine Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation entwickelt werden.

Ausgehend von einer kritischen Positionierung an einer weit verbreiteten, selbstreferentiellen Art von Theorieproduktion, die aus vorgefertigten Epochalbezeichnungen den Blick auf bestimmte Phänomene oder eben Projekte richtet und diese – in hermetischer Sprache – entsprechend zurichtet und identifiziert, wollte diese Arbeit einen „untheoretischen“ Beitrag zu der wissenschaftlichen Tradition der „Internationalen Politischen Ökonomie“ im Hinblick auf das bisher nur ansatzweise bearbeitete Feld der Massenkommunikation leisten.

Auch wenn der vielfach konstatierte „neoliberale“ Charakter des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ nicht zu leugnen ist und im Einklang mit den „meisten der zurückliegenden Initiativen in der Europäischen Union“ stehen mag, erschien es nicht hilfreich, eine entsprechende Theoriebildung *abschließend* zu betreiben, indem Phänomene den bereits bekannte Begrifflichkeiten lediglich systematisierend zugeordnet werden.

„Um den Prozess der neoliberalen Restrukturierung zu verstehen, scheint es zunächst jedoch hilfreich zu sein, die unterschiedlichen Phasen und konkreten Schritte und auch die sehr spezifischen, zum Teil widersprüchlichen Motive, Strategien und Effekte getrennt voneinander zu analysieren.“ (Bieling/Steinilber 2000, 106).

Um Theoriebildung *substantiell voranzutreiben*, ist in dieser Arbeit eine solche hilfreiche, auseinanderlegende, den Widerspruch willkommen heißende Analyse versucht worden. Die über die Bearbeitung der Fragestellung hinausweisende Motivation war es, einen *offenen analytischen Rahmen für das relativ junge Projekt einer „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ auszuarbeiten*, um eine kritische Positionierung gegenüber der ubiquitär zumeist nur konstatierten, enormen gesellschaftlichen Bedeutung der Massenkommunikation und ihrer technologischen, politischen und ökonomischen Restrukturierung zu ermöglichen.

Ein zentraler Kritikpunkt an den vorliegenden Ansätzen einer kritischen Auseinandersetzung mit Massenkommunikation ist der oft emphatisch-positive Bezug auf liberale Themen und Ideale, eine „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ hingegen hätte sich durch um die Ausbildung eines nicht-normativ motivierten Ansatzes von den bürgerlich-positivistischen Medientheorien zu emanzipieren. Eine „Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation“ kann nicht aus ahistorischen Verklärungen der frühbürgerlichen Epoche gewonnenen Ideale, sondern nur aus der nüchternen Analyse und Kritik des Bestehenden entwickelt werden. Mit der zunehmenden Integration der Massenkommunikation in die globalen Kapitalkreisläufe und der zunehmend bereitwilligen Identifizierung von ‚Markt‘ und ‚Demokratie‘ im sozialwissenschaftlichen ‚mainstream‘ ist das Feld der traditionellen Medientheorien ohnehin

kollabiert, da es sich bisher genau in der behaupteten Spannung zwischen diesen beiden Polen entfaltetete.

Aus der im Vorangegangenen skizzierten, im Rahmen des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ artikulierten, kapitalistisch-marktvermittelten und europäisch koordinierten Kommunikationsraum geht hervor, dass „Kommunikation“ nicht als strukturverwandelt Abtrünnige eines einstmals gültigen Konzeptes bürgerlicher Öffentlichkeit begriffen werden kann. In dem Maße, wie „Öffentlichkeit“ von global operierenden, konglomerierten Unternehmen hergestellt wird, wird sie durch kommerzielle Zwänge nicht kompromittiert, sondern überhaupt erst konstituiert. „Öffentlichkeit“ ist „Agora“ nur im um das Politische depravierten Sinne eines tatsächlichen „Marktplatzes“.

Die Entwicklung der kommunikativen Infrastruktur ist weder teleologischer Fortschritt noch revolutionäre Naturgewalt, sondern beruht auf einer integrierten Technologieentwicklung, die im Namen der Wettbewerbsfähigkeit durch eine transnational orientierte, auf die Marktform setzende Politik artikuliert wird. Als gesellschaftliche Infrastruktur dient sie in erster Linie der Beschleunigung des Kapitalumschlages, indem sie Wege verkürzt, Räume verkleinert und die Zeit verdichtet und so letztlich alle gesellschaftlichen Prozesse einem neuen Diktat der Zeit unterwirft (vgl. MEW 4, 464).

„Die digitalen Informations- und Kommunikationstechnologien ermöglichen die neue *Ökonomie der Zeit*. Die permanente Beschleunigung ökonomischer und sozialer Prozesse braucht eine *Politik* der Beschleunigung. Als Instrument zur Beschleunigung im Dienste der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf den globalen Märkten hat sich in den letzten Jahrzehnten die Politik der Europäischen Kommission herauskristallisiert.“ (Schaper-Rinkel 1999, 30) „Mit dem Tempo, in dem die Produktion und die Kapitalverwertung beschleunigt werden, können demokratische Prozesse vielfach nicht mehr mithalten (...).“ (Schaper-Rinkel 2003, 67, vgl. Barber 1998, 120f)

Auch angesichts der dramatischen technologischen, ökonomischen und politischen Verschiebungen auf dem Feld der Massenkommunikation ist ihr Terrain heute neu zu bestimmen. So kann eine nüchterne Analyse des Bestehenden sicherlich nicht mehr hinter einen konvergenten Medien- bzw. Kommunikationsbegriff zurückfallen. Michael Latzer hatte bereits Ende der 1990er Jahre auf die Konvergenzprozesse zwischen diesen Sektoren hingewiesen und den Begriff der „Mediamatik“ (einem Kunstwort aus „Telematik“ (Telekommunikation und Informatik) und „Multimedia“ (elektronischen Massenmedien) geprägt:

„Bei diesem Transformationsprozess handelt es sich weniger um einen additiven Prozess der Verschmelzung, vielmehr formiert sich ein neues Paradigma, eine neue dominante Sichtweise, die in der Folge die in Wirtschaft und Politik gesetzten Aktivitäten prägt und somit den Sektor neu strukturiert. (...) In den Mittelpunkt der Analyse des Transformationsprozesses stelle ich daher die *Konvergenz*, im Sinn von Annäherung, Vermengung und Überschneidung bisher getrennter Subsektoren, insbesondere von Telekommunikation und Rundfunk.“ (Latzer 1997, 16)

„The convergence of the telecommunications sector with the computer and broadcasting world is creating new synergy, most evident in the exponential growth of

the Internet. (...) The significance of the Internet lies not in what it is but in what it will become." (ITU Mitteilung aus dem Februar 1997, zit.n. Golding 1998, 80)

Heute sind die Dynamiken auf den Feldern der Telekommunikation, Informatik und Multimedia, der Unterhaltungs- und Kommunikationselektronik, der sozialen Netzwerke, Suchmaschinen, Geodienste und auch des Verlagswesens, etc. etc. nur noch zu begreifen, wenn sie als Teile eines sich permanent verschiebenden Feldes gefasst werden, dass von global operierenden transnationalen Akteuren und einer politisch gesetzten, kapitalistischen Marktlogik dominiert wird.

„Mit dem Zusammenwachsen – der Konvergenz – von Computertechnologie und Telekommunikation wird die gesamte Industriegesellschaft in den Sog der Digitalisierung und der teledigitalen Vernetzung gezogen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 22)

Neben der technologischen Konvergenz – ermöglicht durch die Durchsetzung des digitalen Datenformats und immer intelligenteren und omnipräsentere, universal-integrierten Endgeräten – vollziehen sich auf dem globalen Kommunikationsmarkt durch Fusionen, Konglomerationen und strategische Allianzen ökonomische Konvergenzprozesse in einer Geschwindigkeit, die durch eine Konvergenz politischer Regulierung oft nur nachholend eingeholt werden können. Gleichwohl ist die technologische und ökonomische Konvergenz wiederum ein Resultat politischen Handelns:

„Der massive technologische Wandel der letzten Jahrzehnte ist keine naturwüchsige Entwicklung und er ist auch nicht Produkt der unsichtbaren Hand eines anonymen Marktes. Die sprunghafte Entwicklung teledigitaler Technologien – insbesondere der Geräte und Dienstleistungen, die auf der Konvergenz von digitalen Technologien und Telekommunikation beruhen – werden durch die Europäisierung und Transformation der Telekommunikationspolitik ermöglicht und sind damit ein Resultat diskursiver und materieller Praxis politischen Handelns auf europäischer Ebene.“ (Schaper-Rinkel 2003, 234)

Was Latzer bereits 1997 bemängelte, gilt heute umso mehr:

„Der Konvergenz von Telekommunikation und Rundfunk in der Technik, bei den Tele-Diensten und in der Industrie stehen in der Analyse und der Politik meist strikt getrennte Ansätze und Institutionen gegenüber. Eine integrative Sicht des elektronischen Kommunikationssektors fehlt. Dies führt zu Lücken und Schwächen in der Analyse und im politisch/regulatorischen Umgang mit dem aktuellen Umbruch.“ (Latzer 1997, 9)

Neben einer nüchternen Analyse des Bestehenden eines nur in seiner Konvergenz begreifbaren Kommunikationsfeldes, gilt es ferner, das insbesondere vielen sich selbst als kritisch begreifenden Diskurse eingeschriebene, instrumentelle Technologie- und Medienverständnis zurückzulassen. In der Technokratiedebatte, aber auch darüber hinaus wurde Technik bis in die 1980er Jahre wissenschaftlich vorwiegend als „unabhängige Variable“ betrachtet, deren ökonomische, soziale und kulturelle „Auswirkungen“ zu untersuchen seien.

„In den 80er Jahren konzentriert sich die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung auf die konkreten Auswirkungen informationsgesellschaftlicher Technologien: Die positive Betrachtung der Auswirkungen besteht in der Vorstellung einer ‚informierten Gesellschaft‘, in der die umfassende Einführung von Informations- und Kommunikationstechnologien positive Auswirkungen auf die Handlungsfähigkeit der politischen Akteure hat, da mit ihnen Informationen schneller und umfassender zur Verfügung stehen (Kevenhörster 1984).“ (Schaper-Rinkel 2003, 23f)

Den Auseinandersetzungen der 1980er Jahre um informationelle Selbstbestimmung liegt in diesem Sinne ein instrumenteller Technologiebegriff zugrunde, der in der These des Kultur- und Informationsimperialismus kulminiert: „Die *Erste Welt* nutzt die neuen Informationstechnologien, wie z.B. Fernerkundungssatelliten, um ihr systematisches Wissen über die *Dritte Welt* zu erweitern und setzt die neuen Übertragungsmedien ein, um ihre kulturelle Hegemonie auszudehnen (Becker 1984).“ (Schaper-Rinkel 2003, 24, vgl. auch S. 135ff) Dabei geht es nicht darum, die empirisch vielfach nachgewiesenen und in der Tat unbestreitbaren Asymmetrien zwischen kapitalistischen Zentren und ihren Peripherien zu bestreiten. Die Frage ist nur, ob „informationelle Selbstbestimmung“ über einen objektivierend-deterministischen und instrumentell gefassten Technologiebegriff erreicht werden könnte, der das Problem losgelöst von den gesellschaftlichen Begründungszusammenhängen ihrer Entstehung und Verwendung in erster Linie als eines der Verteilung von und Verfügung über diese Technologien darstellt.

Wie ausführlich nachvollziehbar gemacht wurde, ist der Entstehungsprozess der modernen Informations- und Kommunikationsmittel und ihre beschleunigte Entwicklung nicht ein teleologisches Voranschreiten eines technologischen Entwicklungsprozesses *sui generis*, sondern integraler Bestandteil einer komplexen geopolitischen und geoökonomischen Konstellation. Das globale Kommunikationssystem kann nicht im Sinne eines „Apparates“ ideologischer Herrschaft übernommen werden, weil es mit der kapitalistisch-marktwirtschaftlichen Form, die es politisch hervorgebracht hat, identisch ist. Die Cultural Studies und Subaltern Studies zeigen indes, dass die instrumentelle kulturimperialistische These auch deshalb zu kurz greift, insofern jede kulturelle Praxis immer auch eine Aneignungspraxis ist – gleichwohl innerhalb von bestimmten Herrschaftsverhältnissen. Technologien sind in diesem Sinne weder gesellschaftspolitisch unschuldig noch instrumentell determinierend, sondern können als eine Verdichtung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse aufgefasst werden.

In der Tat begannen insbesondere soziologische Studien seit den 1980er Jahren die sozialen Faktoren der Technikentwicklung in den Vordergrund zu stellen (vgl. Schaper-Rinkel 2003, 17). Petra Schaper-Rinkel stellt nun die politischen Faktoren der Technikentwicklung in den Vordergrund:

„Nicht die Auswirkungen, sondern die Entstehung der Informationsgesellschaft steht hier im Mittelpunkt und damit das Zusammenspiel von politischer und technologischer Entwicklung.“ (Schaper-Rinkel 2003, 18) „Die Geschichte der modernen Technologie lässt sich als Geschichte des Krieges erzählen. (...) Die Geschichte der Technologien lässt sich mit nicht weniger Plausibilität als Geschichte von Erfindungen – von vielen berühmten Erfindern und wenigen anerkannten Erfinderinnen – schreiben. Sie lässt

sich als Kulturgeschichte, als Geschichte ökonomischen Wandels und sogar als Geschichte des Denkens schreiben (...). In jeder dieser Geschichten der Technologieentwicklung verbirgt sich implizit eine politische Geschichte der Technologie“ (Schaper-Rinkel 2003, 70). „(...) wird die politische Geschichte der Digitalisierung und der Telekommunikation betrachtet, dann zeigt sich, wie ‚gemacht‘, wie wenig naturwüchsig, wie reguliert technisch-mediale Kommunikations(infra)strukturen sind“ (Schaper-Rinkel 2003, 67). „Die europäische Dimension als analytischen Ausgangspunkt zu wählen, liegt darin begründet, dass die Rahmenbedingungen zur weiteren Entwicklung teledigitaler Technologien (insbesondere der Telekommunikation) heute auf europäischer Ebene politisch bestimmt werden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 18) „Die Technikentwicklung teledigitaler Technologien wird – so die These dieser Studie – genutzt, um die Politik der marktorientierten Regulationsmechanismen in Europa zu entwickeln und zu europäisieren.“ (Schaper-Rinkel 2003, 17)

Wir haben diese These ausführlich belegen können. In dem Maße wiederum, in dem die teledigitalen Technologien „(...) die Welt der Produktion und Arbeit, die politische Sphäre und die Dimensionen der Alltagswelt in abgestimmter Weise (...)“ durchdringen (Schaper-Rinkel 2003, 71), verändern sie ebendiese. „Mit der Entwicklung und Verbreitung einer neuen Schlüsseltechnologie wird eine partiell neue soziale, ökonomische, kulturelle und politische Realität geschaffen.“ (Schaper-Rinkel 2003, 74):

„Technologien und Werkzeuge erschließen Denkdimensionen und Handlungsräume (...). Mit der Durchsetzung neuer medialer Technologien wird die Selbstwahrnehmung und die Wahrnehmung von Zeit, Raum und gesellschaftlichen Zusammenhängen transformiert.“ (Schaper-Rinkel 2003, 37) „Technologien sind Kristallisationen, in denen Erkenntnispraxen und Verfahrenswissen ihre materielle Realisierung finden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 38)

So verleiht die Suggestivkraft der Informations- und Kommunikationstechnologien und insbesondere die Tatsache, dass der Nexus Technologie/Information/Kommunikation eine wesentliche Voraussetzung für die Subjektkonstitution in unseren Gesellschaften darstellt, technokratischen Politikversionen Plausibilität,<sup>666</sup> in denen technologistische Begriffe wie „Steuerung“, „Störung“, „Kontrolle“, „Optimierung“, „System“ einer Enttennung gesellschaftlicher Beziehungen und Zusammenhänge Vorschub leisten:

„System(at)ische Informationsverarbeitung ist der praktische und theoretische Ausgangspunkt der Kybernetik, um Prozesse in Maschinen und Gesellschaften zu analogisieren, analytisch zu vereinheitlichen und praktisch zu normieren. Unabhängig vom Inhalt (Sinnegehalt) ist Information in kybernetischen Denkmodellen ein Signal für die Steuerung und Regelung eines Prozesses. Im Mittelpunkt des Systemdenkens stehen Ordnung, Gleichgewicht, Kontrolle, Effizienz und Steuerung. Zentral ist die funktionale Logik. Mit der Reduktion von Komplexität als Voraussetzung und Prinzip, werden analoge Modelle entwickelt, um Prozesse in Maschinen und Lebewesen als auch gesellschaftliche Zusammenhänge gleichermaßen abzubilden. Dieser

---

<sup>666</sup> Vgl.: „Politik ist in der heutigen Gesellschaft gleichbedeutend mit Management der Gesellschaftsstruktur, d.h. sie wird zum Mechanismus, der den Wandel regelt“ (Bell 1973/1979, 364, 357).“ (zit.n. Schaper-Rinkel 2003, 23)

Schematismus hat es nicht nur zum Status der Theorie gebracht, sondern erscheint darüber hinaus als ein interessenfreies, formales Abbild einer vermeintlich abbildbaren Wirklichkeit. Das rechnende Denken wird zu einem selbstreferentiellen System, in dem alles, was sich nicht subsumieren lässt, als überflüssiger Ballast erscheint. (...) Die politische Konsequenz der kybernetischen Hegemonie besteht im Verschwinden gesellschaftlicher Widersprüche. Das Denken in kybernetischen Systemen impliziert die Ide(ologie)e des Gleichgewichts, der Selbststeuerung und der Selbstregulierung, und so produziert die hegemoniale Denkform der Kybernetik als sozialwissenschaftliche Systemtheorie harmonisierende Gesellschaftsvorstellungen. Aus gesellschaftlichen Widersprüchen und unvereinbaren Interessen werden Steuerungsprobleme. (...) Es bleiben nur noch Kommunikationsstörungen, die zu beheben sind; Probleme, die zu lösen sind, und Prozesse, die zu optimieren sind: Die Ideologie der Minimierung von ‚Reibungsverlusten‘. Gesellschaftliche Entwicklung wird zu einer Frage von Steuerung und Gleichgewicht.“ (Schaper-Rinkel 2003, 59)

„Durchsetzen kann sich die kybernetische Denkform auch, da sie sich als ausgesprochen kompatibel mit den beiden politischen Hauptströmungen der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert erweist: Sowohl das Modell des steuernden und intervenierenden Staates, das bis in die 70er Jahre vorherrschend bleibt, rekuriert auf Information als einer entscheidenden Steuerungsressource, als auch das darauf folgende neoliberale Modell der Selbstregulierung des Marktes.“ (Schaper-Rinkel 2003, 59)

Die Übertragung der abstrakten technischen Möglichkeit auf gesellschaftliche Zusammenhänge jedoch tut diesen ob der Unterschlagung von politischen, ökonomischen und sozialen Faktoren Gewalt an. „Die inhärente Schlüssigkeit der technologischen Szenarien entsteht durch die Ausblendung des widersprüchlichen politischen und ökonomischen Kontextes, in dem die Technologie-Entwicklung forciert wird.“ (Schaper-Rinkel 2003, 73) Bei genauerer Betrachtung "real-existierender" Netzwerke wird schnell deutlich, dass sie keineswegs ortlose, zentrumslose, offene, interaktive oder nicht-hierarchische Gebilde sind.

„(...) de facto - trotz aller technischen Dezentralisierungsoptionen – sind Konzentrationsprozesse festzustellen. (...) Im Zuge der Globalisierung fördert die territoriale Streuung wirtschaftlicher Unternehmungen das Wachstum zentralisierter Funktionen und Abläufe (Sassen 1997, 161f). Geographische Streuung und zentralisierte Kontrolle unter dem extremen Geschwindigkeitsdiktat des heutigen Weltmarkts sind nur über Telekommunikation zu realisieren: Der geographischen Streuung von wirtschaftlichen Unternehmungen bei hoher zentralisierter Kontrolle liegt eine entsprechende Struktur telekommunikativer Vernetzung zugrunde. Machtzentren sind heute zugleich Zentren der Telekommunikationsströme und Knotenpunkte, in denen dezentral generierte Datenströme zusammenlaufen und zu einer zentralen Steuerungsressource werden.“ (Schaper-Rinkel 2003, 65f)

Am Beispiel des Internet, dem Inbegriff einer dezentralen Netztechnologie, wird klar, dass die Realisierung der ‚naiven‘, technischen Möglichkeiten de facto weitgehend durch soziale Faktoren bestimmt wird, die bewirken, dass sich bisher die grundlegenden Zentrum-Peripherie-Strukturen der globalen Gesellschaft eher reproduzieren und relativ verstärken. Entgegen aller Hoffnungen der frühen 1990er Jahre wurde das Internet nicht nur privatisiert

und kapitalistisch eingehegt, auch die dominanten Nutzungsmuster sind heute – trotz der in einem absoluten Sinne durchaus vorhandenen Produktions- und Aneignungsmöglichkeiten für eine gut ausgebildete, englischsprachige, meist männlich-junge Elite – weitgehend konsumptiv geprägt. Neben den neuen Formen virtueller Öffentlichkeit (wie blogs, Foren und Communities) ist das Internet heute vor allen Dingen eine Plattform für Werbung, werbefinanzierte Unterhaltung, (illegalen) Datenaustausch und eine globalisierte Konsumkultur. „Mit der Revolutionierung der Datenverarbeitung und Datenkommunikation wird die Gesellschaft wie die Kultur immer stärker von der Logik des Marktes durchdrungen. Das Internet ist dabei der mit Abstand wichtigste Mechanismus.“ (Schiller 2009, 11) Das Überleben auch der herkömmlichen Massenmedien (und Säulen der bürgerlichen Öffentlichkeit) ist längst an ihre Überführbarkeit in multimediale Geschäftsmodelle geknüpft. Damit eröffnen sich sicherlich neue, interessante Möglichkeiten, in die auch das Althergebrachte zumindest teilweise – indem es sich in die sprichwörtlichen Bytes und Bits, Tweets, Hashtags oder Emojis transformieren lässt – inkorporiert werden kann.

Neben der massenmedialen Kommunikation verlagert sich zunehmend auch die interpersonale, Individualkommunikation in Mobilfunknetze, soziale Netzwerke und elektronische Posteingänge – und läuft damit über dieselben, transnational und marktförmig integrierten, und wie jüngst öffentlich geworden: sicherheitsstaatlich vollüberwachten Infrastrukturen. Im gleißenden Licht der Informationsgesellschaft werfen die Subjekte einen digitalen Schatten, der durch jede Erfassung, jede online vollzogene Handlung, jede Äußerung in soziale Netzwerke oder Frage an eine Suchmaschine wächst und längst eine eigene Identität führt. Über die hinterlassenen Spuren und Profile antizipieren Suchmaschinen nicht nur was relevante Ergebnisse sein könnten, sondern auch, was wohl als nächstes gesucht werden wird, um Vorschläge für Produkte und deren Zubehör, aber auch für Nachrichten, Freunde, Arbeitgeber und Geschäftskontakte möglichst zielgenau zu unterbreiten. Unser digitaler Schatten filtert auf diese Weise aber auch unsere Wahrnehmung der Welt, indem nur noch in unser Blickfeld gerät, was Algorithmen anhand unserer digitalen Historie als relevantes Ergebnis identifizieren. Diese sogenannte „Filterbubble“ ist ein solch präziser Abdruck unserer individueller Interessen, Gewohnheiten und Vorlieben, dass die der US-amerikanische Geheimdienst NSA ein Programm aufgesetzt hat, mit dem sie anhand dieser individuellen Muster Zielpersonen eindeutig identifizieren kann – weltweit.

Weitaus interessanter sind die großen Datenmengen für die werbetreibende Konsumgüterindustrie, Versicherungen und Banken. Mögen sich große Menschenmengen im realen Raum wie zähe Flüssigkeiten verhalten, im Virtuellen verhalten sie sich wie ein Schwarm. „Big Data“ eröffnet neue Möglichkeiten für eine zielgerichtet-instrumentelle Segmentierung der Bevölkerungen bis in die individuelle Regung hinein. Was wird der nächste Trend sein? Wo entsteht ein Risiko? Was ist das wahrscheinliche Szenario? Wer ist die Zielgruppe für ein bestimmtes Produkt? Mit den heute weit verbreiteten Smartphones, die heute neben Mikrofon, Lautsprecher, Kamera, GPS-Ortung, Mobilnetz-Antennen, Gyroskop, Thermometer, Nähe- und Lichtsensoren auch Pulsmesser, Fingerabdruck- und sogar Irisscanner beinhalten, führen Menschen heute das vollständige

überwachungssensorische Arsenal in ihrer Hosentasche mit sich, das nur noch ausgelesen werden muss.

Was für das „Netz der Netze“ gilt, gilt erst recht für „soziale Netzwerke“, deren Widersprüche und Gesellschaftlichkeit ja nicht verschwinden, sondern über einen idealisierten Netzwerkbegriff bzw. einen technologistisch desinformierten Politikbegriff nur in einem dreifachen Sinne aus dem Blick geraten: erstens werden gesellschaftliche Machtverhältnisse in der Sprache der Netze zu „Ausschlussmechanismen“ desartikuliert und damit zweitens auf einer nur bloß kommunikativen Ebene als periphere soziale Positionen begriffen, womit drittens ebenfalls ihre die spezifische gesellschaftliche Macht, die als Arbeitskraft tagtäglich ausgebeutet wird, aus dem Blick gerät.

„Auch von den Kritikern der heute herrschenden Szenarien der „Europäischen Informationsgesellschaft“ werden freilich die mit dem Umbruch in den Formen und Bedingungen der Technolgienormenkonkurrenz verbundenen grundsätzlichen gesellschaftspolitischen Fragen nur wenig gestellt. Gewerkschaften, Sozialdemokraten, Grüne aber auch kritische SozialwissenschaftlerInnen und TechnikerInnen oder die Initiatoren „alternativer“ Netzentwicklungsprojekte diskutieren in vielfältiger Weise die Frage nach dem universellen Zugang zu den alten und neuen Kommunikationsinfrastrukturen, um die Spaltung der Gesellschaft in Kommunikations- „Besitzer“ und -„Nicht-Besitzer“ zu verhindern. (...) Angesichts der tiefgreifenden Umbrüche in den allgemeinen Produktionsbedingungen kapitalistischer Gesellschaften kann die Entwicklung der kommunikationstechnischen Infrastruktur indes heute weniger denn je als ein reines „Verteilungs-“, oder „Gestaltungsproblem“ diskutiert werden.“ (Esser 1997, 210)

Denn eine alternative Infrastrukturentwicklung ist immer mit den „tiefgreifenden Veränderungen in den Formen und Mechanismen der gesellschaftlichen Kontrolle über die Technologieentwicklung konfrontiert“ (Esser 1997, 210). Deren Reorganisation folgt keineswegs aus den Sachzwängen eines neuen technisch-ökonomischen Paradigmas, sondern hat zuvorderst mit der Verschiebung der politischen Kräfteverhältnisse auf die transnationale Ebene zu tun, auf der bis dato keineswegs die Bedingungen für alternative Gestaltungsmöglichkeiten „von unten“ herrschen. Infrastruktur, Endgeräte, Anwendungen, Inhalte und all unsere Daten in privaten, profitorientierten Händen. Die unter dem Banner der globalen Wettbewerbsfähigkeit politisch eingesetzte, marktgetriebene Entwicklung hat die Informations- und Kommunikationstechnologien – trotz des Stolperstarts in das 21. Jahrhundert – als die strategischen Schlüsseltechnologien unserer Volkswirtschaften bestätigt und einige der an dieser Entwicklung beteiligten Unternehmen zu den größten ökonomischen Akteuren dieser Welt gemacht.<sup>667</sup>

Die politische Frage nach der Realisierbarkeit einer gesellschaftlich wünschenswerten sozialen Entwicklung in einem auf dem Weltmarkt konkurrierenden Europa ist bisher unbeantwortet. Sie kann letztlich nicht einmal auf europäischer Ebene beantwortet werden:

---

<sup>667</sup> Die 10 größten dieser Unternehmen sind nicht nur größer, sondern vermutlich auch mächtiger als die Hälfte aller Nationalstaaten, deren Bürger längst als Kunden bzw. Publikum auf sehr unterschiedliche Art und Weise in die fragmentierte Chimäre einer „globalen Öffentlichkeit“ eingebunden sind.

„Das techno-informationelle Paradigma ist zum Angelpunkt eines geopolitischen Projekts geworden, das eine geoökonomische Neuordnung in einer unipolaren Welt rund um die Werte der freien Marktwirtschaft garantieren soll. Die globale Perspektive prägt auch die Formen und Manifestationen, die diese im Entstehen begriffene Weltordnung hinterfragen.“ (Mattelart 2003, 117)

Die Frage nach einer Regulierung der Technikentwicklung gemäß gesellschaftlich-sozialen Interessen hat als ihre „unabdingbare Voraussetzung“ „eine Politisierung dieser in komplizierten technischen und wettbewerbspolitischen Formeln und Begriffen geführten Auseinandersetzung“ (Esser 1997, 211). Die Leitlinien von Technikentwicklung (wie auch -anwendung, -zugang) wären politische Fragen, über die es sich in der Tat zu streiten lohnt.

Das leidlich „deskriptive Vorgehen“ dieser Arbeit sollte diesem Anliegen dienen, indem es die „Widersprüchlichkeit“ der historisch-gesellschaftlichen Prozesse nicht aufgrund eines theoretisch privilegierten Zugriffs auf die die gesellschaftliche Realität regulierenden Prinzipien entwickelt. Die Darstellung begrifflicher oder imaginierter Gegensätze hat nur dann einen über das theoretische hinausgehenden Wert, wenn es ihr gelingt, die tatsächlichen politischen Auseinandersetzungsfelder einer konfliktiven, umkämpften, antagonistischen Gesellschaft zu markieren und orientieren.

Der Gleichgültigkeit einer marktvermittelten, funktionalistisch-technischen Netzwerkrationalität und ihren hier nur skizzierten politischen wie sozialen Auswirkungen kann zu einer Wiedergewinnung der Handlungsfähigkeit der fragmentierten gesellschaftlichen Individuen nur über eine globale Vernetzungsstrategie „von unten“ führen. Dies erfordert nicht nur eine Revision traditioneller Strategien politischer Theorie und Praxis, deren Voraussetzung sicherlich „eine vorsichtigeren und genauere Berechnung der in der Gesellschaft wirkenden Kräfte“ (Gramsci Heft 3, §49) sowie die „Kenntnis des Gebietes, dem die Menschenmassen zu entreißen sind“ (Gramsci, zit.n. Kebir 1991, 123) ist.

„Vernetzung“ könnte in diesem Zusammenhang als ein Denkmodell für eine Organisationsform dienen, mit der die Entwicklung einer Gegenmacht auf globaler Ebene die Möglichkeit erhält, sowohl Freiheit wie auch Gleichheit, sowohl Autonomie wie auch Abhängigkeit zu denken und eine neue Kultur gleichzeitig individuell und kollektiv zu produzieren. Dabei dürfte es nicht um Formen von „Vereinheitlichung“, sondern es muss um Formen der „Zusammenführung“ und der „Koordinierung“ diverser sozialer und politischer Positionen gehen, wobei in dieser Form organisierte Selbstverständigungsprozesse notwendig immer nur fragmentarisch konfiguriert werden können. In dieser Organisationsform jedoch lässt sich eine mehrdimensionale Wahrnehmung der Wirklichkeit denken. Damit ist aber auch die Frage nach der Organisationsform gesellschaftlicher Solidarität neu gestellt. Weitere zentrale Fragen in diesem Prozess bleiben die Problematik der Herstellung von kollektiver Handlungsfähigkeit sowie die Frage nach der Möglichkeit von Demokratie in „fragmentierten Zusammenhängen“ (vgl. Heise 2002).

## 8. Literatur

- Adorno, Theodor W.: Ästhetische Theorie. Frankfurt/Main 2000
- Alter, Rolf/Wehrlé, Frédéric: *“Foreign Direct Investment in Central and Eastern Europe. An Assessment of the Current Situation.”* In: Intereconomics, o.O., May/June 1993 (zit.n. Huffschmid 1994)
- Althusser, Louis: *“Ideology and Ideological State Apparatuses. (Notes towards an Investigation) (January-April 1969).”* In: ders.: Lenin and Philosophy and other Essays. Translated by Ben Brewster. London 1971 (121-175) 1971
- Altmeppen, Klaus-Dieter/ Karmasin, Matthias (Hrsg.): Medien und Ökonomie. Band 2: Problemfelder der Medienökonomie. Lehrbuch. Wiesbaden 2004
- Altmeppen, Klaus-Dieter/ Karmasin, Matthias (Hrsg.): Medien und Ökonomie. Band 1: Grundlagen der Medienökonomie: Soziologie, Kultur, Politik, Philosophie, International, Geschichte, Technik, Journalistik. Wiesbaden 2003
- Amin, Samir: Spectres of Capitalism. A Critique of Current Intellectual Fashions. New York 1998
- Andor, Lászlo/Lóránt, Károly: *„Enklaven für das Auslandskapital.“* In: Ost-West-Gegeninformationen, 4/2001, Graz, 2001. (zit.n.: Hofbauer 2007)
- Ang, Ien: *„Kultur und Kommunikation. Auf dem Weg zu einer ethnographischen Kritik des Medienkonsums im transnationalen Mediensystem.“* In: Bromley, Göttlich, Winter (Hrg.): Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung. Lüneburg 1999
- Anttiroiko, Ari-Veikko: *“Fitting democracy into the techno-economic mold of the European Union is easier said than done. The European Information Society.”* In: Communications of the ACM, January 2001/Vol. 44. No 1, (31-35)
- Apeldoorn, Bastiaan van: *“The Struggle over European Order. Transnational Class Agency in the Making of „Embedded Neoliberalism“.”* In: N. Brenner u.a. (Hg.), State/Space. A Reader. Oxford 2003, 147-164
- Appelbaum, Richard P./ Robinson, William I. (Hrg.): Critical Globalization Studies. New York 2005
- Axt, Heinz-Jürgen: *„Was kostet die EU-Erweiterung?“* In: WSI-Mitteilungen 1/2003, S. 3-9 (zit.n. Wehrheim 2005)
- Bagdikian, Ben H.: The Media Monopoly. Revised and expanded – with the latest information on the expansion of global media giants. Boston 1997
- Baldwin, R. E.: Towards an Integrated Europe. London, 1994.

- Baran, Nicholas: *“The Privatization of Telecommunication.”* In: McChesney/Wood/Foster (Hrsg.): *Capitalism and the Information Age. The Political Economy of the Global Communication Revolution.* New York 1998 (123-134)
- Baran, Paul A. und Sweezy, Paul M.: *“Theses on Advertising, Science and Society, Winter 1964.”* In: P.A. Baran: *The Longer View.* New York 1969
- Baran, Paul A. und Sweezy, Paul M.: *Monopoly Capital. An Essay on the American Economic and Social Order.* New York/London 1966
- Barber, Benjamin R.: *„Wie demokratisch ist das Internet? Technologie als Spiegel kommerzieller Interessen.“* In: Claus Leggewie, Christa Maar (Hg.): *Internet und Politik. Von der Zuschauer- zur Beteiligungsdemokratie.* Köln 1998 (120-133)
- Baskoy, Tuna: *The political economy of European Union competition policy: A case study of the telecommunications industry.* New York/Oxon 2008
- Bauder, Marc: *Die Medienkonzerne Time Warner und News Corporation Ltd.. Ein Vergleich ihrer Anpassungsfähigkeit an technologische Entwicklungen und veränderte Marktbedingungen.* Arbeitspapiere des Instituts für Rundfunkökonomie an der Universität zu Köln. Heft 120, Köln, März 2000
- Becker, Jörg: *Informationstechnologie in der Dritten Welt.* Frankfurt/Main 1984
- Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank (Hrsg.): *„Eurokapitalismus“ und globale politische Ökonomie.* Hamburg 2003
- Beckmann, Martin/Bieling, Hans-Jürgen: *„Europäische Union: Ziviler oder imperialer Globalisierungsakteur?“* In: *Widerspruch* 48. Beiträge zu sozialistischer Politik: Europa sozial. 25 Jg., 2005 (115-124)
- Beese, Dietrich/Merkt, Jutta: *„Europäische Union zwischen Konvergenz und Re-Regulierung - Die neuen Richtlinienentwürfe der Kommission.“* In: *Multimedia und Recht*, 2000/3, 9 (532-537)
- Beichelt, Timm: *Demokratische Konsolidierung im postsozialistischen Europa. Die Rolle der politischen Institutionen.* Opladen, 2001
- Bell, Daniel: *Die nachindustrielle Gesellschaft.* Reinbek bei Hamburg 1979 (Original: ders.: *The Coming of Post-Industrial Society: A Venture in Social Forecasting.* New York 1973)
- Beniger, J.: *The Control Revolution. Technological and Economic Origins of the Information Society.* Cambridge 1986
- Beyme, Klaus von: *Systemwechsel in Osteuropa.* Frankfurt am Main, 1994
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (Hrsg.): *Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social Relations in the Global Political Economy.* New York 2001

- Bieler, Andreas: „*The Struggle over EU Enlargement. A Historical Materialist Analysis of European Integration.*“ In: *Journal of European Public Policy*, 9:4; 2002 (575-579)
- Bieling, Hans-Jürgen/Deckwirth, Christina/Schmalz, Stefan: *Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union.* Münster 2008
- Bieling, Hans-Jürgen/Deppe, Frank: ‚Gramscianismus in der Internationalen Politischen Ökonomie.‘ In: *Das Argument* 217. Hamburg/Berlin 1996
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie.* Münster 2000
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Einleitung: Theorie und Kritik der europäischen Integration. In: dies. (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie.* Münster 2000 (7-22)
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Finanzmarktintegration und Corporate Governance in der Europäischen Union. In: *Zeitschrift für internationale Beziehungen*, 1/2002, 2002 (39-74)
- Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen: Hegemoniale Projekte im Prozess der europäischen Integration. In: dies. (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie.* Münster 2000 (102-130)
- Bieling, Hans-Jürgen: Implikationen der neuen europäischen Ökonomie: Reorganisation oder Desorganisation der Produktions- und Innovationsregime? In: *Prokla* 144, "Europa", 36. Jg., 3/2006 (325-342)
- Bischoff, Joachim/Boccarda, Paul/Zinn, Karl Georg (et al.): *Die Fusions-Welle. Großkapitale und ihre ökonomische Macht.* Hamburg 2000
- Bischoff, Joachim/Boccarda, Paul/Zinn, Karl Georg: „Die Fusions-Welle. Großkapitale und ihre ökonomische Macht“ Hamburg 2000
- Boccarda, Paul: Riesenfusionen und Aufkäufe. Hintergründe und Ursachen. In: Bischoff/Boccarda/Zinn et al.: *Die Fusions-Welle. Großkapitale und ihre ökonomische Macht.* Hamburg 2000
- Bogdanowicz, Marc: The social impacts of telecom liberalisation in Europe. The productivity gains hypothesis. How do corporate users react? In: *Telematics and Informatics*, Vol. 14, No. 4, 1997 (357-363)
- Bohle, Dorothee: „Race to the Bottom“? Die Dynamik der Konkurrenzbeziehungen in der erweiterten Europäischen Union. In: *Prokla* 144, Jg. 36, 3/2006 (343-360)
- Bohle, Dorothee: Erweiterung und Vertiefung der EU: Neoliberale Restrukturierung und transnationales Kapital. In *Prokla* 128, Jg. 31, 3/2002 (353-376)

- Bohle, Dorothee: EU-Integration und Osterweiterung: die Konturen einer neuen europäischen Unordnung. In: Bieling/Steinhilber: Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster 2000 (304-330)
- Bohle, Dorothee: Europas neue Peripherie. Polens Transformation und transnationale Integration. Münster 2002
- Bohle, Dorothee: Osterweiterung der EU – Neuer Impuls oder Rückschlag für die europäische Integration. In: Beckmann/Bieling/Deppe Frank (Hrsg.): „Eurokapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg 2003 (144-168):
- Bormann, Sarah: „Race to the bottom“ in der PC-Branche: Die Standortkonkurrenz im Süden. In: Elmar Altvater et al. (Hg.): Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, Oktober 2006
- Bornschie, Volker: Ist die Europäische Union wirtschaftlich von Vorteil und eine Quelle beschleunigter Konvergenz? Explorative Vergleiche mit 33 Ländern im Zeitraum von 1980 bis 1998. In: Bach, Mauricio (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40/2000 (178-204)
- Bornschie, Volker: Ist die Europäische Union wirtschaftlich von Vorteil und eine Quelle beschleunigter Konvergenz? Explorative Vergleiche mit 33 Ländern im Zeitraum von 1980 bis 1998. In: Mauricio Bach (Hrsg.): Die Europäisierung nationaler Gesellschaften. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 40/2000 (178-204)
- Brecht, Bertolt: ‚Der Rundfunk als Kommunikationsapparat.‘ In: Dieter Prokop (Hrsg.): Massenkommunikationsforschung. Band 1: Produktion. Frankfurt/Main 1972, 31-5
- Brecht, Bertolt: Notizen über Dialektik. In: Gesammelte Werke, Bd. 20: Schriften zur Politik und Gesellschaft. Frankfurt/M 1977, 156)
- Breiter, Andreas/Beckert, Bernd/Hagen, Martin/Kubicek, Herbert: Staatliche Initiativen zur Förderung der Informationsgesellschaft. Wiesbaden 2007
- Brenner, Robert: The Boom and the Bubble. London 2002
- Bruce, Robert/Kessides, Ioannis/Kneifel, Lothar: Overcoming Obstacles to Liberalization of the Telecom Sector in Estonia, Poland, The Czech Republic, Slovenia, and Hungary. World Bank Technological Paper No. 440, Washington DC 1999
- Brzezinski, Zbigniew K.: Between Two Ages: America’s role in the technotronic era. New York 1969
- Bühl, Achim: CyberSociety. Mythos und Realität in der Informationsgesellschaft. Köln 1996

- Burgelman, Jean-Claude/ Pauwels, Caroline: Audiovisual Policy and Cultural Identity in Small European States: The Challenge of a Unified Market. In: Media Culture and Society, 14(2), 1992 (169-183)
- Burgelman, Jean-Claude/Servaes, Jan: Guest Editors' Note: European Approaches to the Information Society: A Gold Rush over bumpy roads? In: Telematics and Informatics, Vol. 13, No. 213, 1996 (63-66)
- Burgelman, Jean-Claude/Verhoest, Pascale: Trans-European Information Networks: Rhetoric and Practice. In: Telematics and Informatics, Vol. 13, No. 213, 1996 (67-80)
- Butollo, Florian; Laufer, Tine: System Error. Die Schattenseiten der globalen Computerproduktion. WEED e.V. (Hrsg.), Berlin, März 2008
- Campbell, P./Konert, B.: Building blocks for the information society. In: Langham-Brown, J. (Hg.): The Yearbook of the European Institute for the Media 1998. Düsseldorf 1998 (45-51)
- Canning, Anna: Privatization and Competition in Hungarian Telecommunications. In: Ryan, Daniel J. (Hg.): Privatization and Competition in Telecommunications. International Developments. Westport 1997 (103-126)
- Canzler, Weet/Dierkes, Meinolf: Informationelle Techniksteuerung: Öffentliche Diskurse und Leitbildentwicklungen. In: Simonis/Martinsen/Saretzki 2001 (457-475)
- Castells, Manuel: Das Informationszeitalter I. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft. Opladen 2001
- Castells, Manuel: The Internet Galaxy. Reflections on the Internet, Business, and Society. Oxford, New York, 2001(b)
- Cawson, A. (et al.): Hostile Brothers. Competition and Closure in the European Electronics Industry. Oxford 1990
- Chomsky, Noam und Herman, Edward S.: Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media. New York 2002
- Claus, Werner (Hrg.): Medien-Wende Wende-Medien? Dokumentation des Wandels im DDR-Journalismus Oktober '89 - Oktober '90. Berlin, 1991
- Cowles, M. G.: Setting the Agenda for a New Europe: The ERT and EC 1992. In: Journal of Common Market Studies, Vol. 33, Nr. 4, 1995, S. 501-526
- Csaba, Lázló: Transformation – Entwicklung – EU-Integration. In: Berliner Debatte INITIAL 2/2002 (5-16)
- Dauderstädt, Michael: EU-Osterweiterung: Wirkungen, Erwartungen und Interessen in den Beitrittsländern.- In: Integration 3/1998 (149-167)
- Davies, Gareth/Carter, Steve/McIntosh, Stuart/Stefanescu, Dan: Technology and policy options for the telecommunications sector. The situation in Central and Eastern

Europe and the Former Soviet Union. Telecommunications Policy, Vol. 20, 1996, No. 2 (101-123)

- de Smaele, Hedwig: More Europe: More Unity, More Diversity? The Enlargement of the European Audiovisual Space. In: Katharine Sarikakis: Media and Cultural Policy in the European Union, Rodopi 2007
- Deckwirth, Christina: Der Erfolg der Global Player: Liberalisierung und Privatisierung in der Bundesrepublik Deutschland. In: Bieling/Deckwirth/Schmalz (Hrsg.): Liberalisierung und Privatisierung in Europa. Die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union. Münster 2008
- Delors, Jacques: Entwicklungsperspektiven der Europäischen Gemeinschaft. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B1, 1993
- Deppe, Frank: ‚Neue Formation – neue Epoche – neue Politik? Anmerkungen zu einer offenen Debatte.‘ In: ders., Mario Candeias: Ein neuer Kapitalismus? Hamburg 2001
- Deppe, Frank: Die Osterweiterung. In: Karass, Anne (et al.): Europa: Lieber sozial als neoliberal. Hamburg 2004 (45-60)
- Deubner, Christian: Frankreich in der Osterweiterung der EU, 1989 bis 1997. zit.n. Wehrheim 2005
- Dizard, Wilson P.: Digital Diplomacy: US Foreign Policy in the Information Age, Westport 2001
- Dodge, Martin/ Kitchin, Rob: Atlas of Cyberspace. London 2001
- Dolata, Ulrich: Weltmarktorientierte Modernisierung. Frankfurt/New York 1992
- Dörr, Dieter: Möglichkeiten und Grenzen europäischer Medienpolitik: Konvergenz und Kompetenz. In: Kommunikation und Recht, 1999 (97-103)
- Downings, John: Internationalizing Media Theory. Transition, Power, Culture. London 1996
- Eagleton, Terry: Ideology. An Introduction. London/New York 1991
- Edelstein, Alex S./Bowes, John E./Harsel, Sheldom M.: Information Societies. Comparing the Japanese and American Experiences. Seattle 1978
- Erdmenger, Katharina/Ziegler, Astrid: Strukturpolitik nach 2006 – Der Vorschlag der Europäischen Kommission. In: WSI-Mitteilungen 6/2004 (325-331)
- ERT (European Roundtable of Industrialists): East-West Win-Win Business Experience in Hungary. The latest developments and the updated ERT Enlargement Business Council Report on Hungary. Brussels, o.J.
- ERT (European Roundtable of Industrialists): Opening up the business opportunities of EU enlargement. ERT Position Paper and Analysis of the Economic Costs and Benefits of EU Enlargement. Brussels, 2001

- ERT (European Roundtable of Industrialists): Reshaping Europe. Brussels 1991
- ERT (European Roundtable of Industrialists): The East-West Win-Win Business Experience. Brussels 1999
- Esser, Josef/Lüthje, Boy/Noppe, Ronald: Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung – Fragestellung und theoretischer Bezugsrahmen. In: dies. (Hg.): Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung. Infrastruktur im Umbruch. Münster 1997
- Esser, Josef/Noppe, Ronald: Private Muddling Through as a Political Programme? The Role of the Commission in the Telecommunications Sector in the 1980s. In: West European Politics, Vol. 19, No. 3. (547-562)
- Esser, Josef: Germany: Symbolic Privatizations in a Social Market Economy. In: Wright, Vincent (Hrsg.): Privatizations in Western Europe: Pressures, Problems and Paradoxes. London 1994 (105-121)
- Esser, Josef: Infrastruktur im Umbruch: Schlußfolgerungen und offene Fragen. In: Esser/Lüthje/Noppe (Hg.): Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung. Infrastruktur im Umbruch. Münster 1997
- Fleissner, P: Die soziale Gestaltung der Datenautobahn. In: Fleissner/Heintel/Noll/Sommer: Sozio-ökonomische Effekte der Entwicklung des Internet. Forschungsbericht. Wien 1995
- Foster, John Bellamy: Monopolkapital an der Schwelle zum neuen Jahrtausend. In: Bischoff/Boccard/Zinn et al.: Die Fusions-Welle. Großkapitale und ihre ökonomische Macht. Hamburg 2000
- Fraunhofer-Institut für Zuverlässigkeit und Mikrointegration (Fraunhofer IZM) in Kooperation mit Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (Fraunhofer ISI): Abschätzung des Energiebedarfs der weiteren Entwicklung der Informationsgesellschaft. Abschlussbericht an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, Karlsruhe, März 2009
- Fülberth, Georg: Berlin – Bonn – Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945. Köln 1999
- Gasparini, Alberto (Hrsg.): Social actors and designing the civil society of Eastern Europe. Greenwich, 1995
- Gaudissart, M.-A. und Sinnaeve, A.: The Role of the White Paper in the Preparation of the Eastern Enlargement. In: M. Marescu (Hrsg.): Enlarging the European Union. Relations between the EU and Central and Eastern Europe. London/New York 1997, S. 41-72.
- Genschel, Philipp/Werle, Raymund: Koordination durch Standards. Von hierarchischer Steuerung zur internationalen Standardisierung von Telekommunikationstechnik. In: Kenis/Schneider (Hrsg.): Organisation und Netzwerk. Institutionelle Steuerung in Wirtschaft und Politik. Frankfurt/Main 1996 (387-421)

- Gershon, Richard A.: The Transnational Media Corporation. Global Messages and Free Market Competition. Mahwah/New Jersey 1997
- Gill, Stephen: Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse der europäischen Integration. In: Bieling/Steinhilber (Hrg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster 2000 (23-50)
- Glaser Barney G./Strauss, Anselm L.: The Discovery of Grounded Theory. Strategies for Qualitative Research. New Brunswick/London 2008
- Golding, Peter: Global Village or Cultural Pillage? The unequal inheritance of the Communications Revolution. In: McChesney/Wood/Foster (Hrsg.): Capitalism and the Information Age. The Political Economy of the Global Communication Revolution. New York 1998 (69-86)
- Gore, Albert Jr.: 'Forging the new Athenian age of democracy', Intermedia, 22:2, 1994
- Gore, Albert Jr.: Information Superhighways: the next information revolution. In: The Futurist, January 1, 1991
- Gowan, Peter/Anderson, Perry (Hrsg.): The Question of Europe. London/New York 1997
- Gowan, Peter/Panitch, Leo/ Shaw, Martin: 'The State, Globalisation and the New Imperialism: A Roundtable Discussion.' In: Historical Materialism, Vol. 9, Leiden 2001 (3-38)
- Gowan, Peter: Eastern Europe, Western Power and Neo-Liberalism', In: New Left Review 216/1996, I (129-140)
- Gowan, Peter: Neo-Liberal Theory and Practice für Eastern Europe. In: New Left Review 213/1995, A (3-60)
- Gowan, Peter: The American Campaign für Global Sovereignty. In: The Socialist Register, New York 2003 (1-27)
- Gowan, Peter: The Global Gamble. Washington's Faustian Bid for Global Dominance. London/New York 1999
- Gowan, Peter: The Passages of the Russian And East European Left. In: The Socialist Register Vol. 34 „Communist Manifesto Now“, 1998 (124-146)
- Gowan, Peter: Unsicherheiten in der EU-Osterweiterung. In: Prokla 112/1998 (433-442)
- Grabbe, Heather: A Partnership for Accession? The Implications of EU Conditionality for the Central and East European Applicants. Robert Schuman Centre Working Paper 12/99, San Domenico di Fiesole (FI): European University Institute, 1999
- Grabitz, Eberhard/Hilf, Meinhard: Das Recht der Europäischen Union. München 1984 (ff)

- Gramsci, Antonio: Gefängnishefte. Kritische Gesamtausgabe in 10 Bänden. Hgg. Von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug u.a.; Registerband hgg. von Ruedi Graf und Peter Jehle. Hamburg 1991-2002
- Gramsci, Antonio: Notizen für einen Aufsatz über Benedetto Croce, In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Gefängnishefte, Bd. 6: Philosophie der Praxis. Heft 10/II, §17
- Grande, Edgar/Häusler, J.: Industrieforschung und Forschungspolitik. Staatliche Steuerungspotentiale in der Informationstechnik. Frankfurt/New York 1994
- Grande, Edgar: Vom Monopol zum Wettbewerb? Die neokonservative Reform der Telekommunikation in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland. Leverkusen 1989
- Grande, Edgar: Von der Technologiepolitik zur Innovationspolitik – Europäische Forschungs- und Technologiepolitik im Zeitalter der Globalisierung. In: Simonis/Martinsen/Saretzki (Hrsg.): Politik und Technik: Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts. PVS Sonderheft 31/2000, Wiesbaden 2001 (368-387)
- Grossberg, Lawrence: It's a Sin. Essays on Postmodernism. Politics and Culture. Sydney 1988
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. 5.Aufl. Frankfurt/Main 1996
- Habuda, Judith/Kost, Michael B.: Schwierige Phase der Privatisierung in Ungarn: Rettung der Unternehmen durch Sanierung? In: IFO-Schnelldienst, 25-26/1992 (zit.n. Huffs Schmid 1994)
- Habuda, Judith/Szalavetz, Andrea: Technology Transfer, Innovation, and Modernisation. The Example of German-owned Hungarian Engineering Firms. München 2000
- Hadamik, Katharina: Medien in Polen. In: Thomaß/Tzankoff (Hrsg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001 (145-166)
- Hadamik, Katharina: Transformation und Entwicklungsprozess des Mediensystems in Polen 1989 bis 2001. Dortmund 2003
- Hall, Stuart: 'Cultural Studies and its theoretical legacies.' In: David Morley and Kuan-Hsing Chen (Hrg.): Stuart Hall. Critical Dialogues in Cultural Studies. London 1996
- Hall, Stuart: ‚Kodieren/Dekodieren.‘ In: Bromley, Göttlich, Winter (Hrsg.): Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung. Lüneburg 1999
- Harcourt, Alison: The European Union and the regulation of media markets. Manchester/New York 2005
- Harcourt, Alison: The Regulation of Media Markets in selected EU Accession States in Central and Eastern Europe. In: European Law Journal, Vol. 9, No. 3, July 2003

- Hauf, Oliver: Die Informationsgesellschaft: Anatomie einer Lebenslüge. Frankfurt am Main, 1996
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich: Phänomenologie des Geistes, Vorrede. In: Hegel-Werke, Bd. 3. Frankfurt/M 1986
- Heise, Mikiya/von Fromberg, Daniel: »Die Machtfrage stellen«. Zur politischen Theorie Antonio Gramscis. In: Merkens/Rego Diaz (Hrsg.): Mit Gramsci arbeiten. Texte zur politisch-praktischen Aneignung Antonio Gramscis. Hamburg 2007 (110-125)
- Heise, Mikiya: Phantasmagorien der „Netzwerkgesellschaft“. Zu Manuel Castells. In: Das Argument 248, 44. Jg., Heft 5/6 2002 (684-695)
- Held, David (et al.): Global Transformations. Politics, Economics and Culture. Stanford 1999
- Hensel, Matthias: Die Informationsgesellschaft. Neuere Ansätze zur Analyse eines Schlagwortes. München 1990
- Herden, R.W./Thiell, C.: M&A Markt – Abwärtstrend des vergangenen Jahres setzt sich ungebremst fort. In: M&A Review, Nr. 6/2002 (328-331)
- Herman, Edward S.: 'The Propaganda Model revisited'. In: R. McChesney, E.M. Wood, J.B. Foster (Hrg.): Capitalism and the Informations Age. The Political Economy of the Global Communication Revolution. New York 1998
- Hesmondalgh, David: The Cultural Industries. London 2002
- Hickel, Rudolf: Entfesselter Eurokapitalismus. In: Bartz, D. (Hrsg.): Konfusion im Binnenmarkt, Augsburg 1990
- Hills, Jill (mit Papthanassopoulos, Stylianos): The Democracy Gap. The Politics of Information and Communication Technologies in the United States and Europe. Westport 1991
- Hills, Jill: U.S. Rules. OK? Telecommunications Since the 1940s. In: McChesney, Wood, Foster (Hrsg.): Capitalism and the Information Age. The Political Economy of the Global Communication Revolution. New York 1998
- Hirsch, Joachim: Der nationale Wettbewerbsstaat. Berlin/Amsterdam 1995
- Hirsch, Joachim: Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin 1998
- Hobsbawm, Eric: The Age of Extremes: The Short Twentieth Century, 1914–1991. London 1994
- Hofbauer, Hannes: Der Hinterhof der Europäischen Union. Gewinner und Verlierer der Osterweiterung. In: Widerspruch 48. Beiträge zu sozialistischer Politik: Europa sozial. 25. Jg./1. Halbjahr 2005
- Hofbauer, Hannes: EU-Osterweiterung. Historische Basis – ökonomische Triebkräfte – soziale Folgen. Wien 2007

- Holman, O.: „Die Neue Europäische Peripherie. Ost- und Süderweiterung der Europäischen Union im Vergleich.“ In: Prokla 128, 2002 (399-420)
- Holman, O.: The Enlargement of the European Union towards Central and Eastern Europe: The Role of Supranational and Transnational Actors. In: Bieler/Morton (Hrsg.): Social Forces in the Making of the New Europe. Houndmills 2001 (161-184)
- Holman, Otto: Neoliberale Restrukturierung, transnationale Wirtschaftsbeziehungen und die Erweiterung der EU nach Mittel- und Osteuropa. Arbeitspapier Nr. 19 der FEG. Marburg 1999
- Holtz-Bacha, Christina: Medienpolitik für Europa. Wiesbaden 2006
- Homburg, C./Lucas, M./Bucerius, M.: Kundenbindung bei Fusionen und Akquisitionen – Gefahren und Erfolgsfaktoren. Arbeitspapier des Institutes für Marktorientierte Unternehmensführung an der Universität Mannheim, Reihe: Management Know-how Nr. M 51, 2000
- Huber, Silvia: Media Markets in Central and Eastern Europe. An Analysis on Media Ownership in Bulgaria, Czech Republik, Estonia, Hungary, Latvia, Lithuania, Poland, Romania, Slovakia and Slovenia. Wien/Berlin 2006
- Huber, Sylvia: 'Medienmärkte in Mittel- und Osteuropa – Chancen und Bedrohungen für den Medienpluralismus in Europa' (2006)
- Hübner, Kurt: Ökonomische Theorie und osteuropäische Transformation. In: Prokla 89/1992 (552-579)
- Huffschmid, Jörg: Mega-Fusionen und „neue Ökonomie“. In: Joachim Bischoff, Paul Boccara, Karl Gerog Zinn et al.: Die Fusions-Welle. Großkapitale und ihre ökonomische Macht. Hamburg 2000
- Huffschmid, Jörg: Politische Ökonomie der Finanzmärkte. Hamburg 1999
- Huffschmid, Jörg: Wem gehört Europa? Wirtschaftspolitik und Kapitalstrategien. Band 2: Kapitalstrategien in Europa. Heilbronn 1994
- Huws, Ursula: Die Produktion des Kybertariats. Die Wirklichkeit der virtuellen Arbeit. In: Das Argument 248, Berlin/Hamburg 2002 (763-775)
- Ito, Youichi: The "Johoka Shakai" Approach to the Study of Communications in Japan. In: KEIO Communications Review, Vol. 1/1980 (13-39)
- Jasinski, Piotr: Competition Rules and Regulations in Telecommunications. The Case of Poland's Intent to Join the EU. In: Ryan, Daniel J. (Hrsg.): Privatization and Competition in Telecommunications. International Developments. Westport 1997 (127-147)
- Jasper, Jörg: Technologischer Innovation in Europa. Ordnungspolitische Implikationen der Forschungs- und Technologiepolitik der EU. Wiesbaden 1998

- Juchler, Jakob: Big Bang mit schrillen Tönen: Widersprüche und Widerstände bei der Implementierung des BAlerowicz-Planes in Polen. In: Rudolph, Hedwig (Hrsg.): Geplanter Wandel – ungeplante Wirkungen: Handlungslogiken und –ressourcen im Prozess der Transformation. Berlin 1995 (79-93)
- Kant, Immanuel: Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf. In: Werke in zwölf Bänden. Band 11, Frankfurt am Main 1977 (195-252)
- Kebir, Sabine: ‚Die Internationalisierung der ‚Zivilgesellschaft‘. Ein Versuch zur Aktualisierung Gramscis.‘ In: Argument Sonderband 159, Die Linie Luxemburg – Gramsci. Zur Aktualität marxistischen Denkens. Hamburg/Berlin 1989, 51-68
- Kebir, Sabine: Gramsci’s Zivilgesellschaft. Alltag, Ökonomie, Kultur, Politik. Hamburg 1991
- Kevenhörster, Paul: Politik im elektronischen Zeitalter. Politische Wirkungen der Informationstechnik. Baden-Baden 1984
- Klapper, J.T.: The Effects of Mass Communication. New York 1960
- Klodt, Henning: Europäische Industriepolitik nach Maastricht. In: Die Weltwirtschaft, 1992 V. (263-273)
- Kording, Volker: Das ESPRIT-Programm der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Genese und Implementation europäischer Informationstechnologiepolitik. Frankfurt/Main, Berlin, Bern, New York, Paris, Wien 1998
- Krugman, Paul: Competitiveness: A Dangerous Obsession. In Foreign Affairs, Vol 73, No. 2, March/April 1994 (28-44)
- Kruse, Jörn: Institutional options for East European telecommunications policy. In: Schenk/Kruse/Müller (Hg.): Telecommunications take-off in transition countries. Hants 1997 (7-24)
- Kubicek, Herbert/Dutton, William H.: The social shaping of Information Superhighways: Introduction. In: Kubicek/Dutton/Williams (Hrsg.): The social shaping of Information Superhighways. Frankfurt/New York 1997
- Kupper, Siegfried: Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsentwicklung. In: Burcher/Nakath/Stephan (Hrsg.): Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Staat – Politik. Ein Handbuch. Berlin 2006
- Latzer, Michael: Mediamatik – Die Konvergenz von Telekommunikation, Computer und Rundfunk. Opladen 1997
- Leidinger, Christiane: Medien, Herrschaft, Globalisierung. Folgenabschätzung zu Medieninhalten im Zuge transnationaler Konzentrationsprozesse. Münster 2003
- Levitt, Theodore: „The globalization of markets“. In: Harvard Business Review, 61. Jg., 1983, Nr. 3, S. 92

- Levy, David A.: Europe's Digital Revolution. Broadcasting regulation, the EU and the nation state. London 1999
- Lippert, Barbara/Umbach, Gaby: Verwaltungen in Mittel- und Osteuropa unter Europäisierungsdruck: Phasen – nationale Differenzierungen – Szenarien. In: Integration 1-2/2004 (56-74)
- Lippert, Inge: Öffentliche Dienstleistungen unter EU-Einfluss. Liberalisierung – Privatisierung – Restrukturierung – Regulierung. Berlin 2005
- Lob, Harold/Oel, Matthias: Europa und die Informationsgesellschaft: Wirtschaftspolitische Herausforderungen und regionalpolitische Chancen. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 40/1998, 30-8
- Lüthje, Boy: Die Neuordnung der Telekommunikationsbranche in den USA. Krise fordistischer Akkumulation, Deregulierung und Gewerkschaften. Wiesbaden 1993 (a)
- Lüthje, Boy: On the Political Economy of Post-Fordist Telecommunications: The US Experience. In: Capital and Class, Nr. 51, 1993 (b)
- Lüthje, Boy: Regulierungskrise im Telekommunikationssektor in der BRD. In: Prokla 64, 1986
- Lüthje, Boy: Transnationale Dimensionen der ‚network revolution‘. In: Esser/Lüthje/Noppe (Hg.): Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung. Infrastruktur im Umbruch. Münster 1997
- Machlup, Fritz: The Production and Distribution of Knowledge in the United States. Princeton 1962
- Madden, Gary/Savage, Scott J.: CEE telecommunications investment and economic growth. In: Information Economics and Policy 10, 1998 (173-195)
- Marx, Karl und Friedrich Engels: ‚Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten.‘ In: Marx-Engels-Werke, Band 3, 13-530
- Marx, Karl: ‚Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band.‘ In: Marx-Engels-Werke, Band 23
- Marx, Karl: ‚Die Verhandlungen des 6. rheinischen Landtags.‘ In: Marx-Engels-Werke, Band 1, 28-147
- Marx, Karl: ‚Thesen über Feuerbach.‘ In: Marx-Engels-Werke, Band 3, 5-7
- Marx, Karl: ‚Zur Kritik der politischen Ökonomie.‘ In: Marx-Engels-Werke, Band 13, 615-41
- Marx, Karl: Thesen über Feuerbach. In: Marx Engels Werke, Bd. 3, Berlin 1958
- Mattelart, Armand: Kleine Geschichte der Informationsgesellschaft. Berlin 2003

- Mattelart, Armand: Networking the World: 1794 – 2000. Minneapolis 2000
- Maurer, Annette: Die europäische Antwort auf die soziale Frage. Eine Analyse zur europäischen Binnenmarktdynamik und ihre sozialpolitischen Implikationen. Marburg 1993
- Maurer, Annette: Die europäische Antwort auf die soziale Frage. Eine Analyse zur europäischen Binnenmarktdynamik und ihre sozialpolitischen Implikationen, Marburg 1993
- McChesney, Robert W. und Nichols, John: Unsere Medien? Demokratie und Medienkonzerne in den USA. Berlin 2004
- McChesney, Robert W.: Rich Media, Poor Democracy. Communication Politics in Dubious Times. New York 1999
- McChesney, Robert W.: The Global Media. The New Missionaries of Corporate Capitalism. London/New York 1997
- McChesney, Robert W.: The Problem of the Media. U.S. Communication Politics in the 21st Century. New York 2004
- McChesney, Robert/Wood, Ellen Meiksins/Foster, John Bellamy (Hrg.): Capitalism and the Information Age. The Political Economy of the Global Communication Revolution. New York 1998
- McChesney, Robert: The Political Economy of Global Communication. In: McChesney/Wood/Foster (Hrg.): Capitalism and the Information Age. The Political Economy of the Global Communication Revolution. New York 1998
- McLuhan, Marshall: Understanding Media: The Extension of Man. New York 1964
- Meske, Werner (Hrsg.): From system transformation to European integration. Science and technology in Central and Eastern Europe at the beginning of the 21st century. Münster, 2004
- Michali, Maria/Takla, Lina: Telecommunications in the Czech Republic. In: Daniel J. Ryan (Hg.): Privatization and Competition in Telecommunications. International Developments. Westport 1997, 89-102
- Morris, Meaghan: 'Banality in Cultural Studies.' In: Block, Vol. 14, 1988, 15-25
- Müller, Jürgen/ Nyevrikel, Emilia: Closing the Capacity and Technology Gaps in Central and Eastern European Telecommunications. In: Wellenius/Stern (Hg.): Implementing Reforms in the Telecommunications Sector: Lessons from Experience. Washington DC 1994 (353-374)
- Müller, Jürgen: Das Fernmeldewesen in Osteuropa. In: DIW-Wochenbericht, 21/1991 vom 23.5.1991; zit.n. Huffs Schmid 1994
- Müller, Klaus: „Countries in Transition“. Entwicklungspfade der osteuropäischen Transformation. In: Osteuropa 10/2001 (1146-1167)

- Müller, Klaus: Konkurrierende Paradigmen der Transformation. In: Hopfmann/Wolf (Hrsg.): Transformationstheorie – Stand, Defizite, Perspektiven. Münster 2001 (202-255)
- Müller, Klaus: Nachholende Modernisierung? Die Konjunkturen der Modernisierungstheorie und ihre Anwendung auf die Transformation der osteuropäischen Gesellschaften. In: Leviathan 2/1991 (261-291)
- Narr, Wolf-Dieter/Stary, Joachim (Hrsg.): Lust und Last des wissenschaftlichen Schreibens. Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer geben Studierenden Tips. Frankfurt/Main 1999
- Narr, Wolf-Dieter: Vom Fascinosum der Theorie und seiner steilen Klettertour. In: Michael Take (Hrsg.): Politik als Wissenschaft. Festschrift für Wilfried Röhrich zum 70. Geburtstag, Berlin 2006 (15-40)
- Neunhöffer, Gisela/Schüttpelz, Anne: „Offene“ und „geschlossene“ Transformation: Vom peripheren und noch periphereren Kapitalismus in Osteuropa. In: Prokla 128, 2002
- Noam, Eli: Telecommunications in Europe. New York/Oxford 1992
- Nolte, Hans-Heinrich: Wohin mit Osteuropa? Überlegungen zur Neuordnung des Kontinents. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitschrift Das Parlament, o.O. 22.11.1995
- Noppe, Ronald: Europäische Arenen der Transnationalisierung von Technologiestrategien. In: Esser/Lüthje/Noppe (Hrsg.): Europäische Telekommunikation im Zeitalter der Deregulierung. Infrastruktur im Umbruch. Münster 1997
- Nora, Simon/Minc, Alain: Die Informatisierung der Gesellschaft. Frankfurt/Main, New York 1979
- Nulty, Timothy E.: Challenges and Issues in Central and Eastern European Telecommunications. In: Wellenius/Stern: Implementing reforms in the telecommunications sector: lessons from experience. Washington D.C. 1994 (339-352)
- Nye, Joseph S. Jr.: Soft Power. The Means to Success in World Politics. New York 2004
- Nye, Joseph S./Owens, William A.: America's Information Edge. In: Foreign Affairs, March/April 1996 (20-36)
- OECD: (OECD/GD(97)18): Committee for information, computer and communications policy: Information Infrastructures: Their impact and regulatory requirements. Paris 1997
- OECD: Communications Outlook 1997, Volume I; Volume II Regulatory Annex. Paris 1997

- Oliner, Stephen D./Sichel, Daniel E.: The Resurgence of Growth in the Late 1990s: Is Information Technology the Story? Washington, DC 2000
- Olt, Reinhard (Hrsg.): Der Riese erwacht: Osteuropa nach 1989. Facetten aus Gesellschaft, Politik und Medien. Frankfurt am Main 1995
- Panitch, Leo/Gindin, Sam: 'The New Imperial Challenge. Global Capitalism and American Empire.' In: The Socialist Register 2004, Vol. 40, London 2003
- Panitch, Leo/Gindin, Sam: Bringing the Totality Back In. Neo-Imperial Integration and Variety in the Making of Global Capitalism. Paper Presented to the Wake Forest Conference on the Convergence of Capitalist Economies: Competing Perspectives on the Organization of Advanced Capitalism in the New Century, September 27-29, 2002
- Panitch, Leo/Gindin, Sam: Euro-Kapitalismus und amerikanischer Imperialismus. In: Beckmann/Bieling/Deppe (Hrsg.): „Eurokapitalismus“ und globale politische Ökonomie. Hamburg 2003 (113-143)
- Panitch, Leo: 'Globalisation in Crisis: Bringing the (imperial) State back in.' A paper presented to the 'Politics Today' International Conference in memory of Nicos Poulantzas, Athens, 29 September- 2 October 1999. Zit.n.: New Left Review 2, 2000
- Panitch, Leo: Globalisation and the State. In: The Socialist Register 1994, Vol. 30. London (60-93)
- Paphanassopoulos, Stylianos: Europe: an exemplary landscape for comprehending globalization. In: Global Media and Communication, 1 (1), 2005 (46-50)
- Porat, Marc Uri: The Information Economy. 9 Vols. Office of Telecos. U.S. Department of Commerce. Special Publication 1977
- Poulantzas, Nicos: Classes in Contemporary Capitalism. London 1975.
- Poulantzas, Nicos: Political Power and Social Classes. London 1973.
- Poulantzas, Nicos: State, Power, Socialism. New Edition with an Introduction by Stuart Hall. London/New York 2000
- Prokop, Dieter: Der Kampf um die Medien. Das Geschichtsbuch der neuen kritischen Medienforschung. Hamburg 2001
- Prokop, Dieter: Der Medien-Kapitalismus. Das Lexikon der neuen kritischen Medienforschung. Hamburg 2002
- Prößdorf, Henrik: Telekommunikation in Osteuropa: Die Reform der Festnetzkommunikation in Polen, Tschechien und Ungarn. Frankfurt am Main 1996
- Quah, Danny T.: "Increasingly Weightless Economies". In: Bank of England Quarterly Bulletin, Feb. 1997
- Rilling, Rainer: ‚Internet.‘ In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 6.II., Hamburg 2004

- Rometsch, Dietrich: Europäische Kommission. In: Weidenfeld/Wessels (Hrsg.): Europa von A-Z. Taschenbuch der europäischen Integration, Bonn 1995 (60-167)
- Rossnagel, Alexander: Elektronische Signaturen in Europa: Der Richtlinienvorschlag der europäischen Kommission. In: MultiMedia und Recht, 1998 (331-337)
- Röttger, Bernd: Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistischer Regulation. Die politische Konstitution des Marktes. Münster 1997
- Ryan, Daniel J. (Hrsg.): Privatization and Competition in Telecommunications. International Developments. Westport 1997
- Sallai, Gyula/Schmideg, Ivan/Lajtha, George: Telecommunications in Central and Eastern Europe. Similarities, peculiarities and trends of change in the countries of transition. In: Telecommunications Policy, Vol. 21, No. 5, 1996 (325-340)
- Sarikakis, Katharine: Media and Cultural Policy in the European Union. Rodopi 2007
- Sassen, Saskia: Metropolen des Weltmarktes: Die neue Rolle der Global Cities. Frankfurt am Main/New York 1997
- Schaper-Rinkel, Petra: Die europäische Informationsgesellschaft. Technologische und politische Integration in der europäischen Politik. Münster 2003
- Schaper-Rinkel, Petra: Die Macht von Diskursen. Europäisierung, Ökonomisierung und Digitalisierung der Telekommunikation. In: Eder, Franz (Hrsg.): Historische Diskursanalysen: Genealogie, Theorie, Anwendungen. (Sonderband der Österreichischen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft), Wiesbaden 2006 (223-237)
- Schaper-Rinkel, Petra: Die Ost-Erweiterung der Europäischen Informationsgesellschaft: Technologische Anpassung als Modus politischer Institutionalisierung. In: Prokla 128, Juni 2002
- Schaper-Rinkel, Petra: Zur politischen Produktion von Sachzwängen. Die europäische Informationsgesellschaft als regulativer Rahmen zur Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. In: Prokla 114. Jg. 29, Nr. 1, März 1999 (29-55)
- Schenk, Karl-Ernst/Kruse, Jörn/Müller, Jürgen (Hrsg.): Telecommunications Take-Off in Transition Countries. Aldershot, Brookfield 1997
- Schenk, Karl-Ernst: The single market and open network concept: A constitutional perspective of Europe-wide integration. In: Schenk/Kruse/Müller (Hrsg.): Telecommunications Take-Off in Transition Countries. Aldershot, Brookfield 1997 (25-42)
- Scherer, Joachim: Entwicklungslinien des Telekommunikationsrechts. In: Computer und Recht 2000, 35-44
- Scherrer, Christoph: ‚Internationale politische Ökonomie.‘ In: Wolfgang Fritz Haug (Hrsg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus. (HKWM), Bd. 6.II., Hamburg 2004

- Scherrer, Christoph: New Economy: Wachstumsschub durch Produktivitätsrevolution? In: Prokla 122, 31.Jg., Nr. 1, 2001 (7-30)
- Schiller, Dan: How to think about Information. In: Mosco, Wasko: The Political Economy of Information. Studies in Communication and Society. London 1988
- Schiller, Dan: Telematics and Government. Norwood 1982
- Schiller, Herbert I.: Mass Communications and American Empire. Boulder/Oxford 1992
- Schilling, Kerstin (Hrg.): Medienmarkt Ost-West, Innovation durch Vernetzung. Mitteldeutsches Medienforum 1994, eine Dokumentation. Leipzig/Berlin 1994
- Schmidt, Susanne K.: Liberalisierung in Europa: Die Rolle der Europäischen Kommission. Frankfurt am Main/New York 1998
- Schneider, V./Werle, R.: Die Eroberung eines Politikfeldes. Die Europäische Gemeinschaft in der Telekommunikationspolitik. In: Ellwein, T. (et al.) (Hrsg.): Organized Interests and the European Community. London 1992 (42-68)
- Schneider, Volker/Werle, Raimund: Die Eroberung eines Politikfeldes. Die europäische Gemeinschaft in der Telekommunikationspolitik. In: Gewerkschaftliche Monatshefte, 6/1995, (349-361)
- Schneider, Volker: Staat und technische Kommunikation. Die politische Entwicklung der Telekommunikation in den USA, Japan, Großbritannien, Deutschland, Frankreich und Italien. Opladen 1999
- Schulten, T.: Zwischen nationalem Wettbewerbskorporatismus und symbolischem Euro-Korporatismus – zur Einbindung der Gewerkschaften in die neoliberale Restrukturierung Europas. In: Bieling/Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster 2000 (222-242)
- Schwarzkopf, Dietrich (2001). "Geschichte des Fernsehens". In: Leonhard, Joachim-Felix (et al) (Hrsg.): Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. Berlin/New York (1539–1551)
- Schwarzkopf, Dietrich. „Geschichte des Fernsehens“. In: Leonhard, Joachim-Felix, Hans-Werner Ludwig, Dietrich Schwarze & Erich Straßner (Hg.). Medienwissenschaft. Ein Handbuch zur Entwicklung der Medien und Kommunikationsformen. Berlin New York 2001 (1539–1551) zit.n.: <http://www.mediensprache.net/de/werbesprache/tv/history/>
- Schweigler, Gebhard: Globalisierung – eine Folge der Weltinformationsgesellschaft. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Informationen zur politischen Bildung. Heft 263: Globalisierung. 2. Quartal 1999
- Sello, Benjamin: Europa über Alles! Die »Lissabon-Strategie« der Europäischen Union. In: UTOPIE kreativ, Heft 181, November 2005 (1017-1026)

- Servaes, Jan: The European Information Society: Much Ado About Nothing? In: International Communication Gazette 2002; 64; (433-447)
- Servan Schreiber, Jean-Jacques: Die amerikanische Herausforderung. Hamburg 1968
- Shaw, Martin: Theory of the Global State. Globality as an Unfinished Revolution. Cambridge 2000
- Shaw, Martin: Theory of the Global State. Globality as an Unfinished Revolution. Cambridge 2000
- Shields, Stuart: The ‚Charge of the Right Brigade‘: Transnational Social Forces and the Neoliberal Configuration of Poland’s Transition. In: New Political Economy 2/2003 (225-243)
- Simonis, Georg/Martinsen, Renate/ Saretzki, Thomas (Hrsg.): Politik und Technik: Analysen zum Verhältnis von technologischem, politischem und staatlichem Wandel am Anfang des 21. Jahrhunderts. PVS Sonderheft 31/2000, Wiesbaden 2001
- Singh, J.P.: Leapfrogging Decelopment. The Political Economy of Telecommunications Restructuring. New York 1999
- Slot, Piet Jan: Commission versus public Enterprises (Vorträge und Berichte Nr. 16), Zentrum für europäisches Wirtschaftsrecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn 1991
- Starbatty, Joachim, Vetterlein, Uwe: Die Technologiepolitik der Europäischen Gemeinschaft: Entstehung, Praxis und ordnungspolitische Konformität. In: Ernst-Joachim Mestmäcker: Wirtschaftsrecht und Wirtschaftspolitik, Bd. 112, Baden-Baden 1990
- Tanner, Jakob: ‚Fordismus.‘ In: Wolfgang Fritz Haug (Hrg.): Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus (HKWM), Bd. 4, Hamburg 1999
- Tettenborn, Alexander: Zwischennotiz zum Grünbuch. In: Kommunikation und Recht 1998, (296-300)
- Thomaß, Barbara (Hrsg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden, 2001
- Thomaß, Barbara und Tzankoff, Michaela: Medien und Transformation in den postkommunistischen Staaten Osteuropas. In: Thomaß/Tzankoff (Hrsg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001 (235-252)
- Thomaß, Barbara: Kommunikationswissenschaftliche Überlegungen zur Rolle der Medien in Transformationsgesellschaften. In: Thomaß/Tzankoff (Hrsg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001 (39-64)
- Thompson, John B.: The Media and Modernity. A Social Theory of the Media. Stanford 1995

- Todoran, Horea: The Common EU-CEEC Forums on the Information Society. Studia Universitatis Babes-Bolyai, Studia Europaea, XLII, 1-2, 1997
- Todoran, Horea: Towards an European Information Society. Major EU Initiatives. Studia Universitatis Babes-Bolyai, Studia Europaea, 1-2, 1996
- Toffler, Alvin: The Post-Industrial Society. New York 1971
- Toffler, Alvin: The Third Wave. New York 1980
- Touraine: The Post-Industrial Society. New York 1971
- Tzankoff, Michaela: Die deutsche Transformationsforschung nach 1989 – Ein Überblick. In: Thomaß, Barbara und Tzankoff, Michaela (Hrg.): Medien und Transformation in Osteuropa. Wiesbaden 2001, S.9-38
- Ungerer, Herbert: The European Situation: An Overview. In: Wellenius/Stern: Implementing reforms in the telecommunications sector: Lessons from experience. Washington D.C. 1994 (273-284)
- v. Bukold, Steffen, Musiolik, Stefan: Binnenmarkt 1992: Neuer Wohlstand oder trojanisches Pferd des Sozialabbaus? In: Strübel, M. (Hrsg.): Wohin treibt Europa?: Der EG-Binnenmarkt und das gemeinsame europäische Haus, Marburg 1990
- Van Apeldoorn, B.: Transnationale Klassen und Europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists. In: Bieling/Steinhilber (Hrsg.): Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie. Münster 2000 (189-221)
- Voelzkow, Helmut: Private Regierungen in der Techniksteuerung. Eine sozialwissenschaftliche Analyse der technischen Normung. Frankfurt am Main/New York 1996
- von Sydow, Schmitt: Kommentar zum EU/EG-Vertrag. In: Groeben/Thiesing/Ehlermann (GTE), 5. Auflage, Band IV, Baden-Baden 1997
- Votsos, Theo: Der Begriff der Zivilgesellschaft bei Antonio Gramsci. Ein Beitrag zu Geschichte und Gegenwart politischer Theorie. In: Argument Sonderband 281. Hamburg/Berlin 2001
- Wagner, Helmut: Europäische Wirtschaftspolitik. Perspektiven einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin 1998
- Wagner, Helmut: Europäische Wirtschaftspolitik. Perspektiven einer Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU), 2. überarbeitete und erweiterte Auflage, Berlin, 1998
- Wehner, Ewald (Hrsg.): Von der Bundespost zu den Global Players Post AG + Telekom AG. Profiteure und Verlierer der Privatisierung. München 2005

- Wehrheim, Melanie: „Doppelte Transformation“ in Polen. Wandel im Zeichen von „Globalisierung“ und „Europäisierung“. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI) (Hrsg.), Studie Nr. 22, Marburg 2006
- Wehrheim, Melanie: EU-Osterweiterung und erweiterte EU im globalen Kontext. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (FEI) (Hrsg.): Euroimperialismus? Studie Nr. 20, Marburg 2005 (119-142)
- Weischenberg, Siegfried. Ohne Titel. In: Spiegel-Spezial 1/1995, 21. Zitiert nach: Eckart Thurich: ‚Thema im Unterricht: Die öffentliche Meinung.‘ In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrg.): Arbeitsheft 10, Neudruck 1998
- Welfens, Paul J.J./Graack, Cornelius: Telekommunikationswirtschaft. Deregulierung, Privatisierung und Internationalisierung. Berlin/Heidelberg/New York 1996
- Welfens, Paul J.J.: Telecommunications and Transition in Central and Eastern Europe. In: Telecommunications Policy, Vol. 19, No 7. Oxford 1995 (561-577)
- Wellenius, Bjorn/Stern, Peter A. (Hrsg.): Implementing Reforms in the Telecommunications Sector: Lessons from Experience. Washington, DC 1994
- Werle, R.: Telekommunikation in der Bundesrepublik. Expansion, Differenzierung, Transformation. Schriften des Max Planck Instituts für Gesellschaftsforschung Köln, Bd. 6, Frankfurt/New York 1990
- Wessel, Wolfgang: Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte. In: Jahrbuch der Europäischen Integration 1988/89
- Whitaker, Reg: Das Ende der Privatheit. Überwachung, Macht und soziale Kontrolle im Informationszeitalter. München 1999
- Wieland, B.: Die Entflechtung des amerikanischen Fernmeldemonopols. WIK – Schriftenreihe Nr. 1, Heidelberg 1985
- Wissen, Markus: europäische Wettbewerbsstaatlichkeit. Die Rolle der EU im Prozess der neoliberalen Restrukturierung. In: Widerspruch 48. Beiträge zu sozialistischer Politik: Europa sozial. 25. Jg./1. Halbjahr 2005
- Ziltener, P.: Strukturwandel der Europäischen Integration. Die Europäische Union und die Veränderung von Staatlichkeit. Münster, 1999
- Zohlnhöfer, Reimut: Die Wirtschaftspolitik der Ära Kohl. Eine Analyse der Schlüsselentscheidungen in den Politikfeldern Finanzen, Arbeit und Entstaatlichung, 1982-1998. Opladen 2001
- Zook, Matthew A.: Old Hierarchies or New Networks of Centrality? – The Global Geography of the Internet Content Market. In: American Behavioral Scientist. Vol. 44, No.10, June 2001

## **Zeitungsartikel und Online Ressourcen**

- "A corporate plan for Europe Inc." In: Financial Times (London), 25. März 2000. Zit.n. Sello 2005
- „Fürsorgliche Belagerung. Auch Prominenz aus Sport und Politik gerät in den Affärenstrudel.“ In: DER SPIEGEL 17/2008, 21.04.2008 (97), zit.n. <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-56670307.html> (24.2.2007)
- „Rückbesinnung auf Zeiten des Wilhelm Conrad Roentgen: Bangemann-Vize Joerg Wenzel zu Europas Weg in die Informationsgesellschaft.“ Interview. In: Computerwoche 45/1994; <http://www.computerwoche.de/heftarchiv/1994/45/1124583/> (11.8.2007)
- Bangemann, Martin: "The need for an international charter, a new World Order for global communications." Speech to Telecom Inter@ctive '97 Conference, zit.n. <http://www.ispo.cec.be/infosoc/promo/speech/geneva.htm>), Geneva, 8. Sep. 1997
- Becker, Joachim: „EU-Verfassung: Zentrum gegen Peripherie?“ In: Kurswechsel, Nr. 1, 2004, (7-16), zit.n. [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_becker\\_osteuropa.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_becker_osteuropa.html) (3.3.2010)
- Beforth, Walter: „Information Infrastructure“ - Experience & Perspective of Investing in the Candidate Countries." Powerpoint-Präsentation, Ljubljana, 3./4. Juni 2002, zitn.n. [http://emcis.gov.si/mid/emcis.nsf/V/K33F9152755F3623FC1256BCD00519FB4/\\$file/PPT\\_TS\\_2\\_2\\_Walter\\_Beforth.ppt](http://emcis.gov.si/mid/emcis.nsf/V/K33F9152755F3623FC1256BCD00519FB4/$file/PPT_TS_2_2_Walter_Beforth.ppt) (26.6.2015)
- Bendrath, Ralf: "Das ist hier nicht die Zivilgesellschaft, das ist die Informationsgesellschaft". 14.11.2002, zit.n. <http://www.heise.de/tp/artikel/13/13600/1.html> (14.4.2007)
- Bersee, Josefien: "DANTE and EuropaNET: a profile." In: ConneXions, The Interoperability Report, Vol 8 No.6, 1994, zit.n. [archive.dante.net/Backbones/Documents/DiP04.pdf](http://archive.dante.net/Backbones/Documents/DiP04.pdf) (24.6.2015)
- Bersee, Josefien: „DANTE and EuropaNET: A Profile.“ In: ConneXions, The Interoperability Report, Vol 8 No.6, 1994, zit.n. <http://www.gateway.nameflow.net/pubs/dip/04/04.pdf> (25.6.2015)
- Bogdanowicz, Marc/Burgelman, Jean-Claude/Centeno, Clara/Gourova, Elisaveta/Carat, Gérard: "Factors of Regional/National Success in Information Society Developments: Information Society Strategies for Candidate Countries." In: First Monday, Peer-reviewed Journal on the Internet. Volume 8, Number 10 - 6 October 2003 <http://firstmonday.org/ojs/index.php/fm/article/view/1080/1000>. (7.5. 2014)
- Bohle, Dorothee: Harsche Bedingungen für Osteuropas Rückkehr nach Europa: Warum gibt es nicht mehr Widerstand? Zitiert nach: <http://www.linksnet.de/artikel.php?id=1231>

- Bohle, Dorothee: Imperialismus, peripherer Kapitalismus und europäische Einigung. In: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Heft 54, Juni 2003, 14. Jg. Zit.n.: <http://www.zeitschrift-marxistische-erneuerung.de/archiv/xxinfo/h054s019.html>
- Bormann, Sarah: Die Materialität des Cyberspace. Die lange Reise eines PCs und die Folgen für Arbeit, Umwelt und Entwicklung. In: sul serio Nr. 12, Netzwelten, 2007, zit.n. <http://www.reflect-online.org/publikation/sulserio/die-materialitaet-des-cyberspace> (25.6.2015)
- Brockdorff, Benita: „Die Corporate Brand bei Mergers & Acquisitions – Konzeptualisierung und Integrationsentscheidung.“ Bamberg 2003, 2. [http://www.unisg.ch/www/edis.nsf/wwwDisplayIdentifizier/2797/\\$FILE/dis2797.pdf](http://www.unisg.ch/www/edis.nsf/wwwDisplayIdentifizier/2797/$FILE/dis2797.pdf) (30.6.2015)
- Brodersen, Björn/Kuch, Alexander: „Backbones – die leistungsstarken Hintergrundnetze des Internets.“ zit.n. <http://www.teltarif.de/internet/backbone.html> (8.5.2014)
- Campbell-Kelly and Aspray: Computer: A History of the Information Machine. New York 1996 (zit.n. [http://en.wikipedia.org/wiki/Al\\_Gore\\_and\\_information\\_technology](http://en.wikipedia.org/wiki/Al_Gore_and_information_technology))
- Cass, Stephen: How Much Does The Internet Weigh? Discover puts the online world on the scale. In: Discover Magazin, Juni 2007. Zit.n. <http://discovermagazine.com/2007/jun/how-much-does-the-internet-weigh> (8.7.2015)
- Cassen, Bernard: „Neoliberale Zwangsjacke für Europa. Scheitert Fischers europäische Förderung an der Wirklichkeit?“ In: Le Monde Diplomatique, Nr. 6168 vom 16. Juni 2000, S. 18 f.
- Castells, Manuel: 'Information Technology, Globalization and Social Development. Paper presented at the UNRISD Conference on Information Technologies and Social Development.' Genf 22.-23. Juni 1998. Zitiert nach: [http://www.uoc.edu/in3/hermeneia/sala\\_de\\_lectura/castells\\_information\\_technology.htm](http://www.uoc.edu/in3/hermeneia/sala_de_lectura/castells_information_technology.htm) (30.4.2005, 01:36)
- Castells, Manuel: Information Technology, Globalization and Social Development. Paper presented at the UNRISD Conference on Information Technologies and Social Development. Genf 22.-23. Juni 1998, zitiert nach: <http://www.unrisd.org/infotech/conferen/castelp1.htm>
- Christiansen, Ulrich Alexis: Pioniere der globalen Kommunikation. Kabelanschluss für die Neue Welt. zit.n. <http://www.spiegel.de/einestages/pioniere-der-globalen-kommunikation-a-947658.html#featuredEntry> (8.7.2015)
- Dräger, Klaus: „e-Europe: Überholen ohne Einzuholen? Die neue, alte EU-Strategie für die „Informationsgesellschaft“.“ In: Sozialismus, Hamburg, Vol. 27.2000, 7/8, (24-30); zit.n. <http://www.dielinke-europa.eu/article/3833.e-europe-ueberholen-ohne-einzuholen.html>, 20.01.2000 (30.6.2015)

- Dräger, Klaus: „Hintergründe der Lissabon-Strategie“. In: [http://www.attac.de/19.maerz/infos/abrief\\_lissabon.pdf](http://www.attac.de/19.maerz/infos/abrief_lissabon.pdf). (26.2.2008)
- Engelhardt, Marc: Computer-Friedhöfe in Afrika. Immer mehr Elektroschrott landet in Entwicklungsländern. zit.n. <http://www.welt-sichten.org/artikel/art-04-008/computer-friedhoeft-in-afrika.html> (8.9.2011)
- Enrico, Michal: „Pan-European Research Networks: Past, Present & Future.“ Workshop on „The Internet Protocol & Optical Networking. Workshop Presentation, Grasmere, 23.-25.September 2002, zit.n. [http://www.dante.net/upload/ppt/Grasmere%20workshop%20\(MPE\).ppt](http://www.dante.net/upload/ppt/Grasmere%20workshop%20(MPE).ppt) (29.6.2015)
- Fuchs, Gerhard: *"The European Commission as Corporate Actor? European Telecommunications Policy after Maastricht"*. In: Carolyn Rhodes, Sonia Mazey (Hg.): *The State of the European Union. Building a European Polity?* Boulder 1995, zit.n. <http://aei.pitt.edu/6931/>
- Gore, Albert Jr.: Speech delivered at the Information Superhighway Summit at UCLA January 11, 1994, <http://www.uibk.ac.at/voeb/texte/vor9401.html> (22.3.2009)
- Helmut Ricke, Vorstandsvorsitzender der Deutschen Telekom. In: HB vom 17.3. 1993, 20. Zit.n. Huffschmid 1994, 227
- Hickel, Rudolf: *„Wanderkonzern Nokia: Neue Gewinnchancen, soziale Not, politische Heuchelei.“* zit.n. <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m0608.pdf> (25.1.2008)
- Hirsch, Joachim: ‚Was ist eigentlich Imperialismus?‘ Zitiert nach: [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_hirsch\\_imperialismus.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_imperialismus.html) (30.4.2005, 01:39) ; auch veröffentlicht unter ders.: ‚Was bedeutet Imperialismus heute?‘ In: *Das Argument* 257. Hamburg/Berlin 2004
- Hirsch, Joachim: *„Was ist eigentlich Imperialismus?“* März 2004, zit.n. [http://www.links-netz.de/K\\_texte/K\\_hirsch\\_imperialismus.html](http://www.links-netz.de/K_texte/K_hirsch_imperialismus.html) (5.5.2006)
- Horvath, John: Die Informationsgesellschaften in den osteuropäischen EU-Beitrittsländern. In: *Telepolis*, 13.12.2003, zit.n. <http://www.heise.de/tp/artikel/16/16288/1.html>
- Huws, Ursula: *„Der Mythos der "Weightless Economy".“* In: *Das Argument* 238, 2000, 646-660. Zitiert nach: <http://www.linksnet.de/de/artikel/17711>
- Kavoossi, M./Christine, J.: *Leapfrogging Development: The Political Economy Of Telecommunications Restructuring.* In: *Advances in Competitiveness Research, Annual*, 2000, zitiert nach: [http://findarticles.com/p/articles/mi\\_hb6482/is\\_1\\_8/ai\\_n28814763/](http://findarticles.com/p/articles/mi_hb6482/is_1_8/ai_n28814763/) (1.7.2009)
- Kreile, Michael: *„Die Osterweiterung der Europäischen Union.“* CAP Working-Paper. zit.n. <http://www.cap.lmu.de/download/2000/kreile.pdf> (28.6.2015)
- Lafite, Wolfgang, Vorstandsmitglied der österreichischen Creditanstalt Investment Bank. In: HB vom 2.6. 1992 (12). Zit.n.: Huffschmid 1994, 207

- Machowski, Heinrich: „*Der gesamteuropäische Aspekt darf im Binnenmarkt nicht übersehen werden.*“ In: HB vom 18./19.6. 1993 (9), zit.n.: Huffschmid 1994, 204
- Matthias Hensel: „*Die Informationsgesellschaft. Neuere Ansätze zur Analyse.*“ zit.n. <http://viadrina.eu/frankfurt-o.de/~sk/SoSe97/infosoc/InfosocDefll.html#anchor1499899> (4.9.2008)
- McChesney, Robert W. und Schiller, Dan: ‘The Political Economy of International Communications. Foundations for the Emerging Global Debate about Media Ownership and Regulation. Technology, Business and Society.’ In: United Nations Research Institute for Social Development: Programme Paper Number 11, October 2003. Zit.n.: [http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/httpNetITFramePDF?ReadForm&parentunid=C9DCBA6C7DB78C2AC1256BDF0049A774&parentdoctype=paper&netitpath=80256B3C005BCCF9/\(httpAuxPages\)/C9DCBA6C7DB78C2AC1256BDF0049A774/\\$file/mcchesne.pdf](http://www.unrisd.org/80256B3C005BCCF9/httpNetITFramePDF?ReadForm&parentunid=C9DCBA6C7DB78C2AC1256BDF0049A774&parentdoctype=paper&netitpath=80256B3C005BCCF9/(httpAuxPages)/C9DCBA6C7DB78C2AC1256BDF0049A774/$file/mcchesne.pdf) (30.4.2005)
- Nye, Joseph: ‘Why military power is no longer enough.’ Observer Worldview Extra, 31.3.2002, zit.n.: <http://observer.guardian.co.uk/worldview/story/0,11581,676169,00.html> (30.4.2005)
- Quinion, Michael: “*Weightless Economy*”. In: <http://www.worldwidewords.org/turnsofphrase/tp-wei1.htm>, 14. Juni 1997
- Schiller, Dan: „*Alles wird anders, alles wird Markt. Internet und Kommunikationsindustrie sind Betreiber wie Gewinner der Krise.*“ In: Le Monde Diplomatique, Dezember 2009, S. 11
- Schnitzer, Isabel: Europäische Ministerkonferenz: Ministererklärung zur Entstehung globaler Informationsnetze verabschiedet. In: IRIS 1997-8:3/1; zit.n. <http://merlin.obs.coe.int/iris/1997/8/article1.en.html> (29.6.2015)
- Sello, Benjamin: „*Europa über Alles! Die "Lissabon-Strategie" der Europäischen Union.*“ In: UTOPIEKreativ, zit. n. <http://www.linksnet.de/de/artikel/19550> (19.1.2009)
- Shaw, Martin: ‘Civil society.’ In: Lester Kurtz (Hrsg.): Encyclopaedia of Violence, Peace and Conflict. San Diego 1999 (269-278). Zit.n.: <http://www.sussex.ac.uk/Users/hafa3/cs.htm> (30.4.2005, 03:59)
- Siochrú, Seán Ó: „*The Use and Abuse of the Information Society: Reclaiming the Concept?*“ Paper for the 9th MacBride Round Table, Boulder Colorado, October 1st to 2nd 1997, zit.n.n <http://tdg.uoguelph.ca/~drichard/macbride>, [http://www.idsnet.org/Papers/Communications/USE\\_ABUSE.HTML](http://www.idsnet.org/Papers/Communications/USE_ABUSE.HTML) (8.7.2015)
- Verband der Schweizer Studierendenschaften: „*Grundlagenpapier Lissabon-Strategie Bildungsökonomisierung in internationalen Prozessen – die Lissabon-Strategie*“. Verabschiedet auf der 143. Delegiertenversammlung des VSS am 20.05.2006 in Bern, [http://www.vss-unes.ch/issues/2006/Grundlagenpapier\\_Lissabon-Strategie\\_dv-bern2006.pdf](http://www.vss-unes.ch/issues/2006/Grundlagenpapier_Lissabon-Strategie_dv-bern2006.pdf) (26.7.2012)

- Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestags: Der Aktuelle Begriff, 22.02.2005, Nr. 10/05: „Reform der Lissabon-Strategie“, zit.n. [http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2005/2005\\_02\\_22.pdf](http://www.bundestag.de/wissen/analysen/2005/2005_02_22.pdf) (14.9.2008)

### **EU-Dokumente**

- ABl. 1999 L 26: Beschluß Nr. 182/1999/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Dezember 1998 über das fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich Forschung, technologische Entwicklung und Demonstration (1998-2002)
- ABl.: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (verschiedene Ausgaben)
- Bangemann-Gruppe (1994): Europe and the global information society. Recommendations of the high-level group on the information society to the Corfu European Council. In: Bulletin of the European Union, Supp. 2/1994; zit.n. [http://www.umic.pt/images/stories/publicacoes200801/raport\\_Bangemanna\\_1994.pdf](http://www.umic.pt/images/stories/publicacoes200801/raport_Bangemanna_1994.pdf) (8.7.2015) und <http://www.cyber-rights.org/documents/bangemann.htm> (8.7.2015)
- Danish Management A/S: Central and Eastern European Countries: Information Society Benchmarks. Summary Report. September 2004
- Danish Management A/S: Central and Eastern European Countries: Information Society Benchmarks. Country Analysis. September 2004
- eEurope 2002: An Information Society For All. Draft Action Plan prepared for the European Council in Feira (19./20. Juni 2000), Brüssel 14.6.2000
- eEurope+ 2003. Action Plan: A co-operative effort to implement the Information Society in Europe. Prepared by the Candidate Countries with the assistance of the European Commission, June 2001
- (EPR) eEurope+ 2003. Final Progress Report. (Extendend Progress Report: Data Collection, Monitoring and Benchmarking.) 19. Juli 2004
- (FPR) eEurope+ 2003: Final Progress Report. Anlässlich der Europäischen Ministerkonferenz „Information Society – New Opportunities for Growth in an Enlarged Europe.“ Budapest, Februar 2004
- (PR 2002) eEurope+ 2003: Progress Report. Anlässlich der Europäischen Ministerkonferenz in Ljubljana, 3.-4. Juni 2002. Brüssel, Juni 2002
- (PR 2000) EU-CEEC Joint High Level Committee: Progress Report. Consolidated CEEC Country Reports since the 3rd EU/CEEC Information Society Forum. Anlässlich der Europäischen Ministerkonferenz: „Information Society. Accelerating European Integration. Warschau, 11.5. 2000
- (SPR) EU-CEEC Joint High Level Committee: Summary Progress Report. Since the 3rd EU/CEEC Information Society Forum. Anlässlich der Europäischen

Ministerkonferenz: „Information Society. Accelerating European Integration. Warschau, 11.5. 2000

- *Kommission der Europäischen Gemeinschaften/Europäische Kommission:*

- Europäische Kommission: Continuing Enlargement. Strategy Paper and Report of the European Commission on the progress towards accession by Bulgaria, Romania and Turkey. Brüssel 2003
- Europäische Kommission: DG Information Society and Media at a glance. Factsheet 1, September 2005
- Europäische Kommission: Die Erweiterung der EU – Eine historische Gelegenheit. Brüssel 2002
- Europäische Kommission: EU-Nachrichten. Themenheft. eEurope. Die europäischen Union auf dem Weg in die Informationsgesellschaft. Nr. 1/19.2.2002
- Europäische Kommission: Extracts of the conclusions of the Presidency of the Corfu European Council. In: Bulletin of the European Union, Suppl. 2/94. zit.n. [http://www.unic.pt/images/stories/publicacoes200801/raport\\_Bangemanna\\_1994.pdf](http://www.unic.pt/images/stories/publicacoes200801/raport_Bangemanna_1994.pdf) (8.7.2015)
- Europäische Kommission: Informationstechnologie für die Praxis. Ergebnisse aus dem ESPRIT-Programm. Brüssel/Luxemburg 1996
- Gruppe hochrangiger Experten: Eine europäische Informationsgesellschaft für alle. Erste Überlegungen der Gruppe hochrangiger Experten. Zwischenbericht, Brüssel 1996
- Kok-Bericht (2004): Facing the Challenge: The Lisbon strategy for growth and employment. (Report from the High Level Group chaired by Wim Kok). Brüssel November 2004
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften: EU-Nachrichten. Themenheft: eEurope. Die Europäische Union auf dem Weg in die Informationsgesellschaft: Nr. 1/ 19.02.2002
- Ministerial Conclusions of the European Ministerial Conference Information Society – Connecting Europe. Ljubljana, 4.6. 2002
- KOM (79) 650: Die Europäische Gesellschaft und die neuen Informationstechnologien. Eine Antwort der Gemeinschaft. Brüssel, 6.12.1979
- KOM (82) 865: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Vorschlag für eine europäische Strategie auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik – Rahmenprogramm 1984-1987, 21.12.1982

- KOM (83) 258: Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Annahme des ersten europäischen strategischen Programms für Forschung und Entwicklung auf dem Gebiet der Informationstechnologien (ESPRIT), 2.6.1983
- KOM (83) 329: Mitteilung der Kommission an den Rat, Fernmeldewesen. 8.6.1983
- KOM (83) 573: Mitteilung der Kommission an den Rat betreffend Telekommunikation – Aktionslinien. 30.9.1983
- KOM (85) 350: Memorandum für eine Technologiegemeinschaft (25.6.1985)
- KOM (87) 290: Grünbuch: „Auf dem Wege zu einer Dynamischen Europäischen Volkswirtschaft – Grünbuch über die Entwicklung des Gemeinsamen Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen und Telekommunikationsgeräte“. Brüssel, 30.06.1987
- KOM (90) 456: Grünbuch zur Entwicklung der Europäischen Normung: Maßnahmen für eine schnellere technologische Integration in Europa. Brüssel, 08.10.1990
- KOM (90) 556: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Industriepolitik in einem offenen und wettbewerbsorientierten Umfeld. Ansätze für ein Gemeinschaftskonzept. 16.11.1990
- KOM (93) 159: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament, Über die Konsultation zur Lage im Bereich der Telekommunikation. 28.4.1993
- KOM (93) 700: Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung: Herausforderungen der Gegenwart und Wege ins 21. Jahrhundert. Weißbuch Luxemburg 5.12.1993
- KOM (94) 347: Europas Weg in die Informationsgesellschaft: Ein Aktionsplan. Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament sowie an den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. 19.7.1994
- KOM (94) 440: Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament. Grünbuch über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze (Teil 1): Grundsätze und Zeitrahmen. Brüssel, 25. Oktober 1994
- KOM (94) 682: Grünbuch über die Liberalisierung der Telekommunikationsinfrastruktur und der Kabelfernsehnetze (Teil 2): Ein gemeinsames Konzept zur Bereitstellung einer Infrastruktur für Telekommunikation in der Europäischen Union. Brüssel 1995
- KOM (95) 224: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, Über eine Methodik zur Realisierung der Anwendungen der Informationsgesellschaft: Auf dem Weg in eine Informationsgesellschaft. Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über Leitlinien für transeuropäische Telekommunikationsnetze. 31.5.1995

- KOM (95) 688: Grünbuch zur Innovation. Brüssel, Dezember 1995
- KOM (96) 359: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament betreffend Normung und die globale Informationsgesellschaft: Der europäische Ansatz. 24.7.1996
- KOM (96) 389: Grünbuch: Leben und Arbeiten in der Informationsgesellschaft: Im Vordergrund der Mensch. Brüssel 24. 07.1996
- KOM (96) 471: Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament: Lernen in der Informationsgesellschaft: Aktionsplan für eine europäische Initiative in der Schulbildung (1996-98). 2.10.1996
- KOM (96) 607: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Europa als Wegbereiter der globalen Informationsgesellschaft: Dynamischer Aktionsplan. Brüssel, 27.11.1996
- KOM (97) 142: Über das Fünfte Rahmenprogramm der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, Technologischen Entwicklung und Demonstration (1998-2002). Brüssel 30.04.1997
- KOM (97) 152: Communication from the Commission to the Council, the European Parliament, the Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: "The competitiveness of the European Information and Communication Technologies (ICT) Industries" Brussels, 16.04.1997
- KOM (97) 152: Die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie für Informations- und Kommunikationstechnologien. Brüssel 16.4.1997
- KOM (97) 2000: AGENDA 2000 - Band I: Eine stärkere und erweiterte Europäische Union. (Bulletin der Europäischen Union, Beilage 5/97). Luxemburg 1997
- KOM (97) 2000: AGENDA 2000 - Band II: Auswirkungen einer EU-Mitgliedschaft der beitragswilligen Länder Mittel- und Osteuropas auf die Politiken der EU (Wirkungsanalyse). Brüssel, 15.7.1997, zit.n. <http://www.agrar.de/agenda/agd20m3.htm>
- KOM (97) 623: Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen. Ein Schritt in Richtung Informationsgesellschaft, Brüssel, 03. 12.1997
- KOM (97) 623: Grünbuch zur Konvergenz der Branchen Telekommunikation, Medien und Informationstechnologie und ihren ordnungspolitischen Auswirkungen. Ein Schritt in Richtung Informationsgesellschaft. 3.12.1997
- KOM (99) 687: eEurope. Eine Informationsgesellschaft für alle. Mitteilung über eine Initiative der Kommission für den Europäischen Sondergipfel von Lissabon am 23./24. März 2000, Brüssel 8.12.1999

- KOM (99) 687: eEurope. Eine Informationsgesellschaft für alle. Mitteilung über eine Initiative der Kommission für den europäischen Sondergipfel von Lissabon am 23./24.3.2000, 8.12.1999
- KOM (2000) 130: eEurope – Eine Informationsgesellschaft für alle. Zwischenbericht für den Sondergipfel des Europäischen Rates zum Thema "Beschäftigung, Wirtschaftsreform und sozialer Zusammenhalt – für ein Europa der Innovation und des Wissens" (Lissabon, 23./24. März 2000), Brüssel, 8.3.2000
- KOM (2000) 330: eEurope 2002. Eine Informationsgesellschaft für alle. Entwurf eines Aktionsplanes der Europäischen Kommission zur Vorlage auf der Tagung des Europäischen Rates am 19./20. Juni in Feira. Brüssel 24.5.2000
- KOM (2000) 6: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Hin zu einem europäischen Forschungsraum. 18.1.2000
- KOM (2000) 814: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: 6. Bericht über die Umsetzung des Reformpakets für den Telekommunikationssektor. 7.12.2000
- KOM (2001) 756: Tätigkeiten der EU im Bereich der Forschung und technologischen Entwicklung. Jahresbericht 2001, Brüssel, 12.12.2001
- KOM (2001) 94: Vorschlag für einen Beschluss des Europäischen Parlaments und des Rates über das mehrjährige Rahmenprogramm 2002-2006 der Europäischen Gemeinschaft im Bereich der Forschung, technologischen Entwicklung und Demonstration als Beitrag zur Verwirklichung des europäischen Forschungsraumes. 21.2.2001
- KOM (2002) 263: Communication from the Commission to the council, the European Parliament, The Economic and Social Committee and the Committee of the Regions: eEurope 2005: An information society for all. An Action Plan to be presented in view of the Sevilla European Council, 21/22 June 2002
- KOM (2002) 62: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament und den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: eEurope-Benchmarking-Bericht. 5.2.2002
- KOM (2003) 66: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: eEurope 2002, Abschlussbericht. Brüssel, den 11.2.2003
- KOM(2005) 229: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen. „i2010 – Eine europäische Informationsgesellschaft für Wachstum und Beschäftigung.“ Brüssel 2005

## 9. Anhang

### *Zusammenfassung der Arbeit*

Diese Arbeit untersucht in explorativer Absicht die Frage, inwiefern mit der Artikulation des politischen Projekts einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und seiner Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa die Integration eines selektiv strukturierten "Europäischen Kommunikationsraumes" vorangetrieben wurde.

Im Rahmen einer materialistischen Diskursanalyse wird zu einer Dekonstruktion der zentralen informationsgesellschaftlichen Mythen ausgeholt, um – vor dem Hintergrund der relevanten historischen Strukturen, Konstellationen, Konjunkturen und Situationen – den gegliederten und praktischen Akt der politisch-diskursiven Hervorbringung des politischen Projektes einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ in den Mittelpunkt der Betrachtung zu bekommen. Dieses wird in seinem EU-ropäisch konzertierten Ausgreifen nach Mittel- und Osteuropa in seiner wesentlichen Bewegung bestimmt.

Ein zentrales Ergebnis dieser Arbeit ist die These, dass das politische Projekt einer „Europäischen Informationsgesellschaft“ und insbesondere seine Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa als ein „hegemoniales Projekt“ begriffen werden kann. Darüber hinaus werden Anhaltspunkte für eine teilweise Beantwortung der untersuchungsleitenden Frage gegeben, inwiefern darüber eine strukturell selektive Integration des europäischen Kommunikationsraumes vorangetrieben wurde.

Der wichtigste Beitrag dieser Arbeit aber sei ihre Haltung während einer explorativen Reise durch irrlichternde Nebel, über unscharf vermessene informationsgesellschaftliche Kontinente, das unwegsame politisch-ökonomische Terrain Europas und die einstmals eisern verhangenen Grenze zwischen Ost und West hinweg – im Dienste des noch jungen Projektes einer Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation.

### *- Über den Autoren*

Mikiya Heise wurde am 16.9.1977 in Wiesbaden geboren. Er studierte Publizistik- und Kommunikationswissenschaften, Philosophie und Politikwissenschaften an der Freien Universität Berlin sowie Political Sciences an der York University Toronto. Diese Promotion wurde zwischen 2006 und 2010 durch ein Stipendium der Rosa-Luxemburg-Stiftung gefördert. Mikiya ist Gründungsmitglied von „reflect! – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung e.V.“ und hat in diesem wie auch im universitären Rahmen Seminare und Vorlesungen zu unterschiedlichen Themen gegeben. Zwischen 2000 und 2006 war er Mitglied der Redaktion des „Historisch-Kritischen Wörterbuch des Marxismus“. Inhaltliche Schwerpunkte seiner Arbeit sind Geschichte, Politik, Ökonomie, Soziologie und Geographie des digitalen Wandels, historisch-materialistische Staatstheorie, politische Theorie im Anschluss an Gramscis Philosophie der Praxis, Medien- und Öffentlichkeitskritik sowie politisch-kommunikative Strategie.

- *Schlagworte*

Informationsgesellschaft, Europäische Union, Telekommunikation, Internet, Osterweiterung, hegemoniale Projekte, eEurope, eEurope+, Peripherisierung, Transformation, Wettbewerbsfähigkeit, materialistische Diskursanalyse, politische Artikulation, Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie der Massenkommunikation

**Abstract**

This thesis explores the question, in what sense the articulation of the political project of a „European Information Society“ drove the integration of Central and Eastern European Countries into a selectively structured „European Communication System“.

From the vantage point of a Materialist Discourse Analysis, central myths about the Information Society are deconstructed. Against the backdrop of relevant historical structures, constellations, conjunctures and situations, particular attention is paid to the practical act of the politico-discursive articulation of the political project of a „European Information Society“. This analysis is then validated by a case study of the EU-ropean orchestrated, expansive claim for Central and Eastern Europa.

A central finding of this study is that the political project of the „European Information Society“ and its extension to Central and Eastern Europe may best be understood as a „hegemonic project“. Further, some jottings on the guiding question regarding the outline of the selectively structured integration of the „European Communication System“ are put forward.

Most importantly, the strong stance taken along this explorative journey through irritating fogs, vaguely measured continents and steep political-economic terrain of European politics and also across the former iron curtain parting East from West, shall contribute to the very young project „Critique of the International Political Economy of Mass Communications.“

- *About the Author*

Mikiya Heise was born in Wiesbaden on September 16th in 1977. He studied Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Philosophie and Politikwissenschaft at the Freie Universität Berlin and Political Sciences at York University, Toronto. The dissertation was supported by a scholarship of the Rosa-Luxemburg-Foundation between 2006 and 2010. Mikiya is a founding member of „reflect – Assoziation für politische Bildung und Gesellschaftsforschung e.V.“ and gave several seminars and lectures on a variety of topics. Between 2000 and 2006 he was a member of the editing board of the „Historico-Political Dictionary of Marxism“. His work focuses on the history, politics, economy, sociology and geography of digitalization, historical-materialist state theory, political theory in the wake of Gramsci's philosophy of praxis, critique of media and public as well as strategies of political communication.

- *Keywords*

Information Society, European Union, Telecommunication, Internet, European Eastern Enlargement, Hegemonic Projects, eEurope, eEurope+, Peripheralisation, Transformation, Competitiveness, Materialist Discourse Analysis, Political Articulation, Critique of International Political Economy of Mass Communication

### ***Abkürzungsverzeichnis***

ADSL - Asymmetric Digital Subscriber Line

CEEC - Central and Eastern European Countries

CR – Country Report

DSL - Digital Subscriber Line

EITO - European Information Technology Observatory

EMCIS - European Minister Conference on the Information Society

EPR – Extended Final Progress Report

Epsilon - European Pilot Site for Industrial and Local Networks

ESDIS - High Level Group on the Employment and Social Dimension of the Information Society

ESIS - European Survey of Information Society

ESPRIT - European Strategic Programme for Research and Development in Information Technology

ETS - European Trusted Services”

ETSI - European Telecommunications Standards Institute

EU – Europäische Union

EU-CEEC-ISF – European Union and Central and Eastern European Countries Information Society Forum

EU-ISF – European Union Information Society Forum

EUMEDIS - Euro-Mediterranean Information Society

FDI – Foreign Direct Investment

FPR – Final Progress Report

FRP - Forschungsrahmenprogramm

GIP - Global Inventory Project

IDA - Interchange of Data between Administrations

IKT – Informations- und Kommunikationstechnologien

INFO2000 - Programm zur Entwicklung multimedialer Produkte und Dienste und zur Förderung der entsprechenden Nachfrage

ISDN - Integrated Services Digital Network

ISF - Information Society Forum

ISIS - Information Society Initiatives in Standardization

ISPO - Information Society Project Office

IST - Information Society Technologies

ITU – International Telecommunication Union

IuK - Informations- und Kommunikationstechnologien

JHLC – Joint High Level Committee

JHLC SC - Joint High Level Committee – Steering Committee

MLIS - Multilingual Information Society-Programm

MNK – Multinationaler Konzern

MOEL – Mittel- und Osteuropäische Länder

PC – Personal Computer

PROMISE - Promotion of the Information Society in Europe

RACE - Research and Development in Advanced Communication Technologies in Europe

SIMAP - Système d'information pour les marchés publics européens (Informationssystem für die Europäische öffentliche Auftragsvergabe)

SPR – Summary Progress Report

SPRITE-S<sup>2</sup> - Support and Guidance to the Procurement of Information and Telecommunication Systems and Services

TEN-Telecom - Trans-European Telecommunications Networks-Programm

TNC – Transnational Corporation

## **Abbildungsverzeichnis**

Abbildung 1: Chris Harrison: European City-to-City Connections. (Quelle: <a href="http://www.chrisharrison.net/index.php/Visualizations/InternetMap">http://www.chrisharrison.net/index.php/Visualizations/InternetMap</a> ).....	1
Abbildung 2: Suche mit dem google Ngram Viewer nach der Häufigkeit der Verwendung des Begriffes "globalization" in der englischsprachigen Literatur zwischen 1800 und 2000 (18.2.2010).....	13
Abbildung 3: (Quelle: Fraunhofer ISI und Fraunhofer IZM 2009, 14).....	75
Abbildung 4: (Quelle: Fraunhofer ISI und Fraunhofer IZM 2009, 15).....	75
Abbildung 5: Karte des submarinen Glasfaserkabelnetzwerkes von Alcatel Submarine Systems aus dem Jahr 1999 (Quelle: Dodge/Kitchin 2001, 22f, vgl. <a href="http://www.alcatel.com/submarine/">http://www.alcatel.com/submarine/</a> ).....	76
Abbildung 6: Schematische Abbildung der geostationären Satelliten auf dem sogenannten „Clarke Belt“. (Quelle: <a href="http://www.cnes.fr/web/CNES-en/1108-the-beginnings-of-satellite-telecommunications.php">http://www.cnes.fr/web/CNES-en/1108-the-beginnings-of-satellite-telecommunications.php</a> ).....	78
Abbildung 7: Elektro-Schrott in Taizhou, China – 2004 (Quelle: BAN - <a href="https://www.flickr.com/photos/basel-action-network/9263439564/">https://www.flickr.com/photos/basel-action-network/9263439564/</a> ).....	85
Abbildung 8: “Young woman cleaning fish in the exact place where imported electronic waste is also cleaned and processed. Guiyu, China. May 2008.” (Quelle: BAN - <a href="http://www.ban.org/photogallery/china_guiyu_2008/pages/girl_clean_fish.html">http://www.ban.org/photogallery/china_guiyu_2008/pages/girl_clean_fish.html</a> ).....	85
Abbildung 9: "Women picking through wires torn out of computers. The wires are sorted by day and burned by night in this village. The families live right in the burnyards." Guiyu, China - 2001 (Quelle: <a href="https://www.flickr.com/photos/basel-action-network/9260624105/">https://www.flickr.com/photos/basel-action-network/9260624105/</a> ).....	85
Abbildung 10: “A sea of television housings, cathode ray tubes, computers, monitors and other imported electronic waste not salable at the Alaba market in Lagos, Nigeria, is dumped here in a nearby swamp.” ( <a href="http://ban.org/BANreports/10-24-05/pages/Image4969.htm">http://ban.org/BANreports/10-24-05/pages/Image4969.htm</a> ).....	86
Abbildung 11: Broken televisions and monitors lying in the dumpster just outside the warehouse at Ibru. It is estimated that as much as 75% of what arrives in Lagos via importation is not salable." ( <a href="http://www.ban.org/photogallery/nigeria_lagos/pages/image4668.html">http://www.ban.org/photogallery/nigeria_lagos/pages/image4668.html</a> ).....	86
Abbildung 12: Internet Map 1024 (Quelle: <a href="https://en.wikipedia.org/wiki/Opte_Project#/media/File:Internet_map_1024.jpg">https://en.wikipedia.org/wiki/Opte_Project#/media/File:Internet_map_1024.jpg</a> ).....	89
Abbildung 13: Chris Harrison: World Connection Density (Quelle: <a href="http://www.chrisharrison.net/projects/InternetMap/">http://www.chrisharrison.net/projects/InternetMap/</a> ).....	90
Abbildung 14: Chris Harrison: World City-to-City Connections (Quelle: <a href="http://www.chrisharrison.net/index.php/Visualizations/InternetMap">http://www.chrisharrison.net/index.php/Visualizations/InternetMap</a> ).....	91
Abbildung 15: Quelle: <a href="http://www.internetworldstats.com/stats.htm">http://www.internetworldstats.com/stats.htm</a> .....	92

Abbildung 16: "Great Circle" map (Quelle: Dodge/Kitchin 2001, 14f, vgl. <a href="http://www.cwhistory.com/">http://www.cwhistory.com/</a> ) .....	94
Abbildung 17: "Map shows the extension of internet connections based on data from the World Bank's World Development Report 2000 and the Internet Software Consortium ISC" In den hellblauen Regionen gibt es weniger als vier Internetverbindungen pro 10.000 Menschen. (Quelle: <a href="http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/Internet_connection_rate_2000.png">http://upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/a/aa/Internet_connection_rate_2000.png</a> ). 95	95
Abbildung 18: Brian Reid: Complete Aggregate News Flow, Worldwide. (Quelle: Dodge/Kitchin 2001, 52f. Vgl. <a href="ftp://gatekeeper.dec.com/pub/maps/">ftp://gatekeeper.dec.com/pub/maps/</a> und <a href="http://www.reid.org">http://www.reid.org</a> )95	95
Abbildung 19: „Great Eastern". Das mächtige Schiff war 211 Meter lang und 18.915 Bruttoregistertonnen schwer - in einer Zeit, als 1000 Bruttoregistertonnen schon viel waren. Damit taugte die "Great Eastern" ideal als Kabelverleger.“ .....	117
Abbildung 20: Eine „nur“ 33 Tonnen schwere Kabeltrommel wird 1935 über dem Hafen von London verladen, um nach China transportiert zu werden. „Für die Verladung des Unterseekabel wurde ein schwimmender Schwerlastkran eingesetzt.“ .....	117
Abbildung 21: Eisenbahnen- und Telegraphendichte der Erde um 1900. Kolonial- und Weltverkehrskarte. Kopie aus Andrees Handatlas, Albert Scobel (Hrg.), 1901, 4. Auflage, S. 17.....	117
Abbildung 22: Der Neue Markt Index 1997 bis 2002. Quelle: <a href="http://home.arcor.de/theili/bild_hp/boerse/nma_chrt.htm">http://home.arcor.de/theili/bild_hp/boerse/nma_chrt.htm</a> .....	242
Abbildung 23: NASDAQ IXIC, Boom and Burst der dotcom-Blasé. Quelle: Wikipedia .....	243
Abbildung 24: Aufstieg und Fall der als "Volksaktie" ausgegeben T-Aktie. Quelle: <a href="http://www.finanzen.net/aktien/Deutsche_Telekom-Aktie@pkZeit_100000">http://www.finanzen.net/aktien/Deutsche_Telekom-Aktie@pkZeit_100000</a> .....	243
Abbildung 25: NRENs und EARN als Grundlage der transeuropäischen Internetbackbones, Stand 1992 (Quelle: vgl. Enrico 2002, 6).....	542
Abbildung 26 (links): EuropaNET, Stand Jan. 1994 (Quelle: Bersee 1994).....	543
Abbildung 27 (rechts): EuropaNET, Stand 1996 (Quelle: <a href="http://archive.dante.net/upload/pdf/EuropaNET9608.pdf">http://archive.dante.net/upload/pdf/EuropaNET9608.pdf</a> ).....	543
Abbildung 28: TEN-155, Stand April 1999 (Quelle: <a href="http://www.dante.net/ten-155/ten155net.gif">www.dante.net/ten-155/ten155net.gif</a> ). 543	543
Abbildung 29: GEANT Topologie im November 2003 (Quelle: <a href="http://www.dante.net/upload/pdf/DD-04_Euro_India.pdf">http://www.dante.net/upload/pdf/DD-04_Euro_India.pdf</a> ).....	544
Abbildung 30: GEANT 2 Topologie im Februar 2009 (Quelle: <a href="http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx">http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx</a> ) .....	544
Abbildung 31: Topologie des 10G Fiber-optischen Netzes 2004 (Quelle: <a href="http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx">http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx</a> ) .....	545
Abbildung 32: Topologie des 10G Fiber-optischen Netzes 2009 (Quelle: <a href="http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx">http://www.geant.net/Resources/Media_Library/Pages/Maps.aspx</a> ) .....	545

Abbildung 33: Internationale Telefon-Verbindungen im Jahr 1995 (Quelle: <a href="http://mappa.mundi.net/maps/maps_014/">http://mappa.mundi.net/maps/maps_014/</a> ) .....	575
Abbildung 34: Karte der Internet-Bandbreiten in Europa im Jahr 2005 (inkl. der Wachstumsprognosen bis zum Jahr 2008) (Quelle: <a href="http://www.infovis.info/visuals/Individual/TeleGeography/06_map_europe.gif">http://www.infovis.info/visuals/Individual/TeleGeography/06_map_europe.gif</a> ).....	576
Abbildung 35: CONE und CC Domains nach Städten, Stand Januar 2000. (Quelle: Matthew Zook, <a href="http://www.zooknic.com/Domains/europe_Jan00.pdf">http://www.zooknic.com/Domains/europe_Jan00.pdf</a> ( .....	576
Abbildung 36: Bevölkerung Online, August 2001 (Quelle: Matthew Zook, <a href="http://www.zooknic.com/Users/europe_2001_08.html">http://www.zooknic.com/Users/europe_2001_08.html</a> ).....	577
Abbildung 37: Bevölkerung Online, September 2004 (Quelle: Matthew Zook, <a href="http://www.zooknic.com/Users/europe_2004_09.html">http://www.zooknic.com/Users/europe_2004_09.html</a> ).....	577
Abbildung 38: Bevölkerung Online, Februar 2008 (Quelle: Matthew Zook, <a href="http://www.zooknic.com/Users/zooknic_europe_2008_02_users.jpg">http://www.zooknic.com/Users/zooknic_europe_2008_02_users.jpg</a> ) .....	578
Abbildung 39: Marktanteil von Nokia am weltweiten Absatz von Smartphones, 2007 - Q3 2012 (Quelle: <a href="http://www.horizont.net/marketing/nachrichten/-Exklusiv-Nokia-attackiert-Apple-mit-der-groessten-Werbekampagne-seit-Jahren-111321">http://www.horizont.net/marketing/nachrichten/-Exklusiv-Nokia-attackiert-Apple-mit-der-groessten-Werbekampagne-seit-Jahren-111321</a> ) .....	591